BSB Bayerische StaatsBibliothek

MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Verhandlungen des Reichstages

Bd.: 178. 1898/1900

Berlin 1900

4 J.publ.g. 1142 y,A-178
urn:nbn:de:bvb:12-bsb00002789-5

Die PDF-Datei kann elektronisch durchsucht werden.

Stenographische Berichte*

über die

Verhandlungen des Reichstages.

10. Legislaturperiode. — I. Session 1898/1900

Siebenter Anlageband.

Nr. 712 bis 919 der amtlichen Drucksachen des Reichstages enthaltend.

Von Seite 5105 bis 5681.

* Die stenographischen Berichte werden in der Norddeutschen Buchdruckerei, Berlin W. Wilhelmstr. 32, gedruckt und verlegt. Das Post-Abonnement ist getrennt zu bestellen, auf die Berichte besonders und auf diese bei Julius Sittenfeld erscheinenden Anlagebände gleichfalls besonders.

Berlin 1900.

Gedruckt bei Julius Sittenfeld.

Mauerstraße 44.

Inhaltsverzeichniß.

Nr. Seite

712. Abänderungs-Anträge Albrecht und Genossen zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 703a der Drucksachen — (Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz) 5105

713. Schleuniger Antrag Müller (Fulda) auf Annahme des Gesetzentwurfs wegen Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 (Reichs-Gesetzbl. S. 381) . 5105

714. Interpellation der Mitglieder des Reichstages Graf v. Schwerin-Löwitz und Genossen, die Aufhebung der gemischten Privat-Transitlager und Mühlenkonten, sowie die Einschränkung der bei der Einfuhr von Getreide zinsfrei gewährten Zollkredite betreffend 5109

715. Schleuniger Antrag Werner und Genossen, betreffend die Einstellung des gegen den Abgeordneten Bindewald beim Amtsgericht zu Charlottenburg schwebenden Privatklageverfahrens für die Dauer der gegenwärtigen Session 5109

716. Antrag Bassermann und Genossen auf Annahme des Gesetzentwurfs, betreffend Abänderung des Zolltarifgesetzes 5109

717. Abänderungs-Antrag Albrecht und Genossen zu dem Antrag der Wahlprüfungs-Kommission, betreffend die Wahl des Abgeordneten Dr. Hänel im 7. Wahlkreise der Provinz Schleswig-Holstein — Nr. 582 der Drucksachen — 5110

718. Siebenzehntes Verzeichniß der bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen 5110

719. Bericht der XII. Kommission über die derselben zur Vorberathung überwiesene, von den Abgeordneten Dr. Paasche und Roesicke (Dessau) zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1899 eingebrachte Resolution, betreffend die Verwendung von Surrogaten bei der Bierbereitung — Nr. 149 der Drucksachen —, nebst den Abänderungsanträgen Gamp bzw. Dr. Hermes — Nr. 150 bezw. 151 der Drucksachen — 5110

720. Anträge Müller (Waldeck), Raab zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes — Nr. 703a der Drucksachen — 5124

721/722. Abänderungs-Anträge zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes — Nr. 703a der Drucksachen —.
- Nr. 721. Freiherr v. Stumm-Halberg . . . 5124
- Nr. 722. Freiherr v. Richthofen-Damsdorf . 5125

723/724. Abänderungs-Anträge zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 703 der Drucksachen —. (Mantelgesetz).
- Nr. 723. Freiherr v. Stumm-Halberg . . . 5125
- Nr. 724. v. Waldow und Reitzenstein und Genossen 5125

725. Antrag Dr. v. Levetzow und Genossen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, betreffend die Besteuerung des Saccharins und ähnlicher Süßstoffe. 5125

726/727. Mündliche Berichte.
- Nr. 726. Der Kommission für die Geschäftsordnung, betreffend die Eingabe des Rechtsanwalts Dr. Link zu Zittau vom 9. April 1900, als Bevollmächtigter des Kaufmanns Richard Henke in Leutersdorf, um Ertheilung der Genehmigung zur Einleitung der Privatklage wider das Mitglied des Reichstages Fischer (Sachsen) wegen Beleidigung 5126
- Nr. 727. Der Rechnungs-Kommission über die an dieselbe zurückverwiesene Uebersicht der Reichs-Ausgaben und -Einnahmen für das Rechnungsjahr 1898 — Nr. 471 der Drucksachen — . . 5126

728/732. Abänderungs-Anträge zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes — Nr. 703a der Drucksachen —.
- Nr. 728. Albrecht und Genossen 5126
- Nr. 729. Dr. Lehr. Frhr. v. Richthofen-Damsdorf. Boerner 5129
- Nr. 730. Freiherr v. Stumm-Halberg . . . 5130
- Nr. 731. Freiherr v. Richthofen-Damsdorf . 5130
- Nr. 732. Fischbeck 5130

733. Mündlicher Bericht der XXV. Kommission über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Postdampfschiffsverbindungen mit Afrika — Nr. 702 der Drucksachen — 5130

734/738. Berichte der Kommission für die Petitionen.
- Nr. 734. Vierundneunzigster Bericht, betreffend Abänderung des Militärpensionsgesetzes 5131
- Nr. 735. Fünfundneunzigster Bericht, betreffend Erlaß eines Reichs-Berggesetzes 5132
- Nr. 736. Sechsundneunzigster Bericht, betreffend Erhöhung der Beamten-Ruhegehälter 5132
- Nr. 737. Siebenundneunzigster Bericht, betreffend Abänderung des Servistarifs 5134
- Nr. 738. Achtundneunzigster Bericht, betreffend Begründung eines deutschen Frauen-Pensionsfonds 5135

739. Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl des Abgeordneten Boltz im 5. Wahlkreise des Regierungsbezirks Trier 5135

740/741. Abänderungs-Anträge zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 703a der Drucksachen —. (Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz.)
- Nr. 740. Roesicke (Dessau). Dr. Opfergelt. Dr. Lehr. Schmidt (Elberfeld). Freiherr v. Richthofen-Damsdorf. Molkenbuhr . 5226
- Nr. 741. Dr. Opfergelt. Dr. Hitze 5226

742/743. Abänderungs-Anträge zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, 703 der Drucksachen —. (Mantelgesetz.)
- Nr. 742. Fischbeck 5226
- Nr. 743. Gamp 5226

744. Mündlicher Bericht der Rechnungs-Kommission über die Rechnungen der Kasse der Ober-Rechnungskammer für das Etatsjahr 1897/98 — Nr. 701 der Drucksachen — 5226

745. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die militärische Strafrechtspflege im Kiautschou-Gebiet 5226

746/747. Abänderungs-Anträge zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes — Nr 703a der Drucksachen —.
- Nr. 746. Freiherr v. Richthofen-Damsdorf . . 5227
- Nr. 747. Freiherr v. Stumm-Halberg 5227

748. Abänderungs-Anträge Hofmann (Dillenburg) zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, 703 der Drucksachen —. (Mantelgesetz.) . 5227

749/750. Abänderungs-Anträge zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Unfallversicherungsgesetzes für Land und Forstwirthschaft — Nr. 703b der Drucksachen —.
- Nr. 749. Gamp 5228
- Nr. 750. Freiherr v. Richthofen-Damsdorf . . 5228

Nr. Seite

751/755. Berichte der Kommission für die Petitionen.
Nr. 751. Mündlicher Petitionsbericht, betr. Abänderung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes 5228
Nr. 752. Mündlicher Petitionsbericht, betr. Friedensvermittelung im südafrikanischen Kriege 5228
Nr. 753. Mündlicher Petitionsbericht, betr. Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes . . 5229
Nr. 754. Neunundneunzigster Bericht, betr. Abänderung des Gesetzes zur Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen 5229
Nr. 755. Hundertster Bericht, betr. Errichtung einer Zweigpostanstalt in Apolda 5230

756. Anträge Albrecht und Genossen zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft — Nr. 703b der Drucksachen — . 5230

757. Abänderungs-Anträge Albrecht und Genossen zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 703d der Drucksachen —. (See-Unfallversicherungsgesetz.) . . 5231

758. Abänderungs-Anträge Hofmann (Dillenburg) zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, 703b der Drucksachen —. (Land- und Forstwirthschaft.) 5231

759. Weiterer Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl des Abgeordneten Graf Carmer im ersten Wahlkreise des Regierungsbezirks Breslau 5232

760. Abänderungs-Anträge Freiherr v. Richthofen-Damsdorf zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, 703b der Drucksachen —. (Land- und Forstwirthschaft.) 5234

761. Abänderungs-Antrag Freiherr v. Schele-Wunstorf, Freiherr v. Hodenberg zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau — Nr. 138 und Nr. 631 der Drucksachen — 5234

762. Achtzehntes Verzeichniß der bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen 5234

763/768. Abänderungs-Anträge zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, 703b der Drucksachen —. (Land- und Forstwirthschaft.)
Nr. 763. v. Waldow und Reitzenstein . . . 5235
Nr. 764. Gaulke 5235
Nr. 765. Freiherr v. Richthofen-Damsdorf (Mantelgesetz) — Nr. 703 der Drucksachen — . 5235
Nr. 766. Gaulke — (Land- und Forstwirthschaft) — Nr. 703b der Drucksachen — 5235
Nr. 767. Freiherr v. Richthofen-Damsdorf. Dr. Lehr. Hofmann (Dillenburg) 5235
Nr. 768. Freiherr v. Richthofen-Damsdorf . 5235

769. Mündlicher Bericht der Kommission für den Reichshaushalts-Etat über die derselben zur Vorberathung überwiesene Vorlage, betreffend die Ergänzung des Entwurfs des Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1900 — Nr. 676 der Drucksachen — 5236

770. Mündlicher Bericht der Kommission für den Reichshaushalts-Etat über die derselben zur Vorberathung überwiesene Vorlage, betreffend die Ergänzung des Entwurfs zum Haushalts-Etat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1900 — Nr. 677 der Drucksachen — . . . 5239

771/772. Abänderungs-Anträge zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, 703 der Drucksachen —. (Mantelgesetz.)
Nr. 771. Hofmann (Dillenburg) 5240
Nr. 772. Albrecht und Genossen — (Land- und Forstwirthschaft) — Nr. 703b der Drucksachen — 5240

773. Zusammenstellung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523 und 703 der Drucksachen — 5241

773a. Zusammenstellung des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes — Nr. 523, 703a und zu Nr. 703a der Drucksachen — 5262

773b. Zusammenstellung des Entwurfs eines Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft — Nr. 523, 703b und Zu Nr. 703b der Drucksachen — 5274

773c. Zusammenstellung des Entwurfs eines See-Unfallversicherungsgesetzes — Nr. 523, 703d und Zu 703d der Drucksachen —.
[Mit den Beschlüssen des Reichstages in zweiter Berathung.] 5303

774/781. Abänderungs-Anträge zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, 703b der Drucksachen —. (Land- und Forstwirthschaft.)
Nr. 774. Gamp 5316
Nr. 775. Freiherr v. Richthofen-Damsdorf . 5316
Nr. 776. v. Waldow und Reitzenstein . . . 5316
Nr. 777. Broekmann. Hartmann. Dr. Hitze. Trimborn. Stötzel. Dr. Hille 5316
Nr. 778. Gamp 5316
Nr. 779. v. Waldow und Reitzenstein . . . 5316
Nr. 780. Roesicke (Dessau) 5316
Nr. 781. Hofmann (Dillenburg) 5316

782. Abänderungs-Antrag Bassermann, Eickhoff, Kirsch, Rickert zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die militärische Strafrechtspflege im Kiautschougebiet — Nr. 745 der Drucksachen — . . . 5316

783/785. Abänderungs-Anträge zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, Zu Nr. 703d der Drucksachen —. (See-Unfallversicherungsgesetz.)
Nr. 783. v. Bloedau. Fischbeck. Hofmann (Dillenburg). Freiherr v. Richthofen-Damsdorf 5317
Nr. 784. (Berichtigt.) Dr. Semler 5317
Nr. 785. v. Bloedau. Fischbeck. Hitze. Hofmann (Dillenburg). Molkenbuhr. Freiherr v. Richthofen-Damsdorf. Roesicke (Dessau) 5317

786/788. Abänderungs-Anträge zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, Zu Nr. 703b der Drucksachen —. (Land- und Forstwirthschaft.)
Nr. 786. Hofmann (Dillenburg) 5317
Nr. 787. v. Waldow und Reitzenstein . . . 5318
Nr. 788. Roesicke (Dessau) 5318

789/791. Abänderungs-Anträge zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, Zu Nr. 703d der Drucksachen —. (See-Unfallversicherungsgesetz.)
Nr. 789. Dr. Lehr. Hofmann (Dillenburg) . . 5318
Nr. 790. Dr. Lehr. Hofmann (Dillenburg). Dr. Hitze. Roesicke (Dessau) 5318
Nr. 791. Molkenbuhr. Fischer (Sachsen) . . 5318

792. Bericht der XXI. Kommission über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene — Nr. 524 der Drucksachen — 5318

793. Abänderungs-Antrag zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, Zu Nr. 703d der Drucksachen —. (See-Unfallversicherungsgesetz.) . . . 5335

794. Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl des Abgeordneten Placke im 7. Wahlkreise des Regierungsbezirks Magdeburg 5335

795. Zusammenstellung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die militärische Strafrechtspflege im Kiautschou-Gebiete — Nr. 745 der Drucksachen — mit den Beschlüssen des Reichstags in zweiter Berathung 5341

796. Bericht der XXIV. Kommission über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten — Nr. 690 der Drucksachen — 5342

797. Abänderungs-Anträge Roesicke (Dessau) zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene — Nr. 524, 792 der Drucksachen — 5379

798. Abänderungs-Antrag v. Bonin-Bahrenbusch zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau — Nr. 631 der Drucksachen — 5379

799. Zusammenstellung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene — Nr. 524 und 792 der Drucksachen — mit den Beschlüssen des Reichstags in zweiter Berathung 5380

Nr. Seite

800/805. Abänderungs-Anträge zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs — Nr. 571 der Drucksachen —.
Nr. 800. Haußmann (Böblingen) 5382
= 801. Beckh (Coburg) 5382
= 802. Frohme 5382
= 803. Munckel. Dr. Müller (Meiningen) . . 5382
= 804. Horn (Sachsen). Stadthagen . . . 5382
= 805. Heine 5383

806/809. Berichte der Kommission für die Petitionen.
Nr. 806. Mündlicher Petitionsbericht, betreffend die Arbeitsverhältnisse im Gastwirthsgewerbe. . . 5383
Nr. 807. Mündlicher Petitionsbericht, betreffend die Errichtung einer Postagentur 5383
Nr. 808. Hundertunderster Bericht, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung 5383
Nr. 809. Hundertundzweiter Bericht, betreffend die Vorbildung für das thierärztliche Studium . . 5385

810/811. Abänderungs-Anträge zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau — Nr. 631 der Drucksachen —
Nr. 810. Beckh (Coburg). 5388
Nr. 811. Aichbichler und Genossen 5388

812. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1900 5389

813/818. Abänderungs-Anträge zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs — Nr. 571 der Drucksachen —.
Nr. 813. Heine. Dr. Schoenlank 5392
Nr. 814/817. Heine 5392
Nr. 818. Dr. Spahn. Dr. v. Levetzow . . . 5392

819. Interpellation der Mitglieder des Reichstages Albrecht und Genossen, betreffend bundesstaatliche Bestimmungen über Kontraktbruch ländlicher Arbeiter ꝛc. 5392

820/831. Abänderungs-Anträge zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs — Nr. 571 der Drucksachen —.
Nr. 820/822. Heine 5393
Nr. 823. Dr. Müller (Meiningen). Munckel . . 5393
Nr. 824. Haußmann (Böblingen) 5393
Nr. 825/26. Stadthagen 5393
Nr. 827/828. Heine 5393
Nr. 829. Dr. Müller (Meiningen) 5394
Nr. 830. Haußmann (Böblingen) 5394
Nr. 831. Beckh (Coburg) 5394

832. Abänderungs-Antrag Hoffmann (Hall) zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau — Nr. 138 und 631 der Drucksachen — 5394

833. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Handelsbeziehungen zum Britischen Reiche 5394

834. Antrag Graf v. Hompesch, Graf v. Bismarck-Bohlen, v. Cegielski, Dietrich, Gröber, Dr. v. Jazdzewski, v. Kardorff, Graf v. Klinckowstroem, Dr. v. Levetzow, Liebermann v. Sonnenberg, Graf v. Preysing-Lichtenegg-Moos, Raab, Roeren, Dr. Spahn, Dr. Stockmann auf Annahme des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs 5395

835. Bericht der XVI. Kommission über den Antrag Dr. Lieber (Montabaur), Dr. Hitze, die Errichtung von Arbeitskammern betreffend — Nr. 46 der Drucksachen, mit den Zusatzanträgen Nr. 144 und 197 der Drucksachen —, und den Antrag Dr. Pachnicke, Roesicke (Dessau) — Nr. 61 der Drucksachen — wegen Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes 5396

836. Bericht der Kommission für den Reichshaushalts-Etat über den Entwurf einer Novelle zum Gesetze, betreffend die deutsche Flotte, vom 10. April 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 165) — Nr. 548 der Drucksachen — 5400

837. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau. (Nach den Beschlüssen des Reichstages in dritter Berathung.) 5474

838/839. Anträge zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Aenderungen im Münzwesen — Nr. 657 der Drucksachen —.
Nr. 838. Herold. v. Kardorff. Dr. v. Levetzow 5477
Nr. 839. Dr. Arendt 5477

840/841. (Berichtigt.) Abänderungs-Anträge zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Anlage II, Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirthschaft: Nr. 523, 703b, Zu 703b, 773b, der Drucksachen —.
Nr. 840. Freiherr v. Richthofen-Damsdorf und Genossen 5477
Nr. 841. (Berichtigt.) v. Waldow und Reitzenstein 5477

842. (Berichtigt.) Anträge Fischer (Sachsen), Hoch, Molkenbuhr, Stadthagen zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Anlage I, Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz Nr. 523, 703a, Zu 703a und 773a der Drucksachen — 5478

843. Weiterer Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl des Abgeordneten Müller (Rudolstadt) im Wahlkreise Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt 5478

844. Neunzehntes Verzeichniß der bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen 5485

845/857. Abänderungs-Anträge zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze.
Nr. 845. Roesicke (Dessau) und Genossen — Mantelgesetz Nr. 523, 773 der Drucksachen — . . . 5485
Nr. 846. Roesicke (Dessau) und Genossen — Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz Nr. 523, 703a, Zu 703a und 773a der Drucksachen — 5485
Nr. 847. Roesicke (Dessau) und Genossen — Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirthschaft Nr. 523, 703b, Zu 703b, 773b der Drucksachen — 5485
Nr. 848. Roesicke (Dessau) und Genossen — See-Unfallversicherungsgesetz Nr. 523, 703d, Zu 703d und 773c der Drucksachen — 5486
Nr. 849. Roesicke (Dessau) und Genossen — Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz Nr. 523, 703a, Zu 703a und 773a der Drucksachen — . . . 5486
Nr. 850. Roesicke (Dessau) und Genossen — Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirthschaft Nr. 523, 703b, Zu 703b, 773b der Drucksachen — 5487
Nr. 851. Roesicke (Dessau) und Genossen — See-Unfallversicherungsgesetz Nr. 523, 703d, Zu 703d und 773c der Drucksachen — 5487
Nr. 852. Roesicke (Dessau), Doerksen, Hofmann (Dillenburg), Trimborn, Dr. Hitze, Dr. Lehr, Dr. Opfergelt, Freiherr v. Richthofen-Damsdorf 5488
Nr. 853. Fischer (Sachsen), Hoch, Molkenbuhr, Stadthagen 5488
und
Nr. 854. Trimborn, Doerksen, Dr. Hitze, Hoch, Hofmann (Dillenburg), Dr. Lehr, Freiherr v. Richthofen-Damsdorf, Roesicke (Dessau), v. Waldow und Reitzenstein — Mantelgesetz Nr. 523, 773 der Drucksachen — . . . 5488
Nr. 855. Albrecht und Genossen 5488
und
Nr. 856. Trimborn, Doerksen, Dr. Hitze, Hoch, Hofmann (Dillenburg), Dr. Lehr, Freiherr v. Richthofen-Damsdorf, Roesicke (Dessau), v. Waldow und Reitzenstein — Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirthschaft Zu Nr. 703b, 773b der Drucksachen — 5489
Nr. 857. Dr. Opfergelt und Genossen — Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz Nr. 523, Zu 703a, 773a der Drucksachen — 5489

858. Abänderungs-Anträge Roesicke (Dessau) zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene — Nr. 524, 799 der Drucksachen — 5489

859/863. Abänderungs-Anträge zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze.
Nr. 859. Roesicke (Dessau) — Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz Nr. 523, 703a, Zu 703a, 773a der Drucksachen — 5489

Nr. Seite

Nr. 860. Dr. Opfergelt — Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirthschaft. Zu Nr. 703b der Drucksachen — 5490

Nr. 861. Dr. Opfergelt — See-Unfallversicherungsgesetz. Zu Nr. 703d der Drucksachen — . . . 5490

Nr. 862. Dr. Opfergelt — Bau-Unfallversicherungsgesetz Nr. 703c der Drucksachen — . . . 5490

Nr. 863. Roesicke (Dessau) — Land- und Forstwirthschaft Nr. 703b, Zu 703b, 773b der Drucksachen — 5491

864. Petitionen, welche, von der Kommission für die Petitionen als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erachtet, zur Einsicht im Büreau niedergelegt sind . . 5491

865, 866 Abänderungs-Anträge zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523 der Drucksachen —.

Nr. 865. Roesicke (Dessau) — Land- und Forstwirthschaft — Nr. 703b, Zu Nr. 703b, Nr. 773b der Drucksachen — 5492

Nr. 866. Roesicke (Dessau) — See-Unfallversicherungsgesetz — Nr. 523, 703d, Zu Nr. 703d und Nr. 773c der Drucksachen — 5492

867. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung. (Nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Berathung.) 5492

868. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze. (Nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Berathung.) 5497

868a. Zusammenstellung des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes — Nr. 523, 703a, Zu Nr. 703a und Nr. 773a der Drucksachen — mit den Beschlüssen des Reichstages in dritter Berathung 5502

868b. Zusammenstellung des Entwurfs eines Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft — Nr. 523, 703b, Zu Nr. 703b und Nr. 773b der Drucksachen — mit den Beschlüssen des Reichstags in dritter Berathung. 5506

868c. Zusammenstellung des Entwurfs eines Bau-Unfallversicherungsgesetzes — Nr. 523 und 703c der Drucksachen — mit den Beschlüssen des Reichstages in dritter Berathung 5512

868d. Zusammenstellung des Entwurfs eines See-Unfallversicherungsgesetzes — Nr. 523, 703d, Zu Nr. 703d und Nr. 773c der Drucksachen — mit den Beschlüssen des Reichstags in dritter Berathung 5512

869. Bericht der Kommission für den Reichshaushalts-Etat über den von den Abgeordneten Bassermann, Dr. Hasse, Graf v. Oriola, Dr. Paasche eingebrachten Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes — Nr. 716 der Drucksachen — . . . 5516

870. Bericht der Kommission für den Reichshaushalts-Etat über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 (Reichs-Gesetzblatt Seite 381) — Nr. 713 der Drucksachen — . 5524

871. Zusammenstellung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene — Nr. 524, 792 und 799 der Drucksachen — mit den Beschlüssen des Reichstags in dritter Berathung 5590

872. Deklaration des Artikels 35 zu der am 19. März 1897 zu Venedig unterzeichneten internationalen Sanitätsübereinkunft, betreffend Maßregeln gegen die Einschleppung und Verbreitung der Pest 5591

873. Weiterer Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl des Abgeordneten Firzlaff im dritten Wahlkreise des Regierungsbezirks Köslin 5593

874. Bericht der Reichsschulden-Kommission vom 11. Mai 1900

I. über die Verwaltung des Schuldenwesens des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs;

II. über ihre Thätigkeit in Ansehung der ihr übertragenen Aufsicht über die Verwaltung:

a) des Reichs-Invalidenfonds und

b) des Fonds zur Errichtung des Reichstagsgebäudes;

III. über den Reichskriegsschatz und

IV. über die An- und Ausfertigung, Einziehung und Vernichtung der von der Reichsbank auszugebenden Banknoten 5607

Nr. Seite

875. Zusammenstellung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Handelsbeziehungen zum Britischen Reiche — Nr. 833 der Drucksachen — mit den Beschlüssen des Reichstags in zweiter Berathung 5637

876/879. Abänderungs-Anträge zur zweiten Berathung des von dem Abgeordneten Müller (Fulda) eingebrachten Gesetzentwurfs wegen Abänderung des Reichsstempelgesetzes — Nr. 870 der Drucksachen —.

Nr. 876. Wörle 5638

Nr. 877. Frese, Dr. Paasche 5638

Nr. 878. Bassermann 5638

Nr. 879. Richter 5638

880. Abänderungs-Anträge Rickert zur zweiten Berathung des Entwurfs einer Novelle zum Gesetze, betreffend die deutsche Flotte, vom 10. April 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 165) — Nr. 836 der Drucksachen — 5638

881. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderungen des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete (Reichs-Gesetzbl. 1888 S. 75, Reichs-Gesetzbl. 1899 S. 365) 5639

882. Abänderungs-Antrag Dr. Heim zur zweiten Berathung des von dem Abgeordneten Müller (Fulda) eingebrachten Gesetzentwurfs wegen Abänderung des Reichsstempelgesetzes — Nr. 870 der Drucksachen — 5641

883. (Berichtigt.) Abänderungs-Antrag Dr. Semler zur zweiten Berathung des von den Abgeordneten Bassermann und Genossen eingebrachten Antrags wegen Abänderung des Zolltarifgesetzes — Nr 869 der Drucksachen — 5641

884. Zusammenstellung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die deutsche Flotte, nach den Beschlüssen des Reichstags in zweiter Berathung 5642

885/886. Abänderungs-Anträge zur zweiten Berathung des von dem Abgeordneten Müller (Fulda) eingebrachten Gesetzentwurfs wegen Abänderung des Reichsstempelgesetzes — Nr. 870 der Drucksachen —.

Nr. 885. Graf v. Oriola 5642

Nr. 886. Wörle 5642

887. Resolution Hilbck zu dem von dem Abgeordneten Müller (Fulda) eingebrachten Gesetzentwurf wegen Abänderung des Reichsstempelgesetzes — Nr. 870 der Drucksachen — 5642

888. Antrag Dr. Paasche und Genossen zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Handelsbeziehungen zum Britischen Reiche — Nr. 875 der Drucksachen — 5643

889. Mündlicher Bericht der Rechnungs-Kommission über die Rechnung über den Haushalt der afrikanischen Schutzgebiete für die Etatsjahre 1894/95 und 1895/96 — Nr. 632 der Drucksachen — 5643

890. Abänderungs-Antrag Reißhaus zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten — Nr. 796 der Drucksachen — 5643

891. Abänderungs-Anträge Frese. Dr. Paasche zur zweiten Berathung des von dem Abgeordneten Müller (Fulda) eingebrachten Gesetzentwurfs wegen Abänderung des Reichsstempelgesetzes — Nr. 870 der Drucksachen — . . 5643

892. Abänderungs-Anträge Baudert zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten — Nr. 796 der Drucksachen — 5643

893. Petitionen, welche von der Kommission für die Petitionen als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erachtet, zur Einsicht im Büreau niedergelegt sind 5643

894. Abänderungs-Antrag Baudert zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten — Nr. 796 der Drucksachen — 5644

895. Zusammenstellung des von dem Abgeordneten Müller (Fulda) eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 (Reichs-Gesetzbl. S. 381) — Nr. 713 und Nr. 870 der Drucksachen — mit den Beschlüssen des Reichstags in zweiter Berathung 5645

896. Zusammenstellung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Zolltarifgesetzes (Antrag Bassermann und Genossen — Nr. 716 der Drucksachen —), mit den Beschlüssen des Reichstages in zweiter Berathung 5652

Nr. Seite

897/899. Abänderungs-Anträge zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten — Nr. 796 der Drucksachen —.
Nr. 897. Dr. Böckel 5653
Nr. 898. Rembold 5653
Nr. 899. Reißhaus 5653

900/901. Abänderungs-Anträge zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Aenderungen des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete (Reichs-Gesetzbl. 1888 S. 75, Reichs-Gesetzbl. 1899 S. 365) — Nr. 881 der Drucksachen —.
Nr. 900. Beck (Heidelberg). Kirsch. Dr. Oertel (Sachsen). Schrader 5653
Nr. 901. Gröber und Genossen 5653

902. Abänderungs-Anträge Hilbck. Müller (Fulda). Graf v. Oriola. Dr. Paasche zur dritten Berathung des von dem Abgeordneten Müller (Fulda) eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 — Nr. 895 der Drucksachen — 5653

903. Zusammenstellung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten — Nr. 690, 796 der Drucksachen — mit den Beschlüssen des Reichstags in zweiter Berathung 5654

904. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten. (Nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Berathung.) 5656

905. Antrag Büsing und Genossen zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die deutsche Flotte — Nr. 884 und 836 der Drucksachen — . . . 5660

906. Abänderungs-Antrag Büsing und Genossen zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 (Reichs.-Gesetzbl. S. 381) — Nr. 895 und 870 der Drucksachen — 5660

907. Abänderungs-Antrag Dr. Endemann zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten — Nr. 903 der Drucksachen — 5660

908. Zusammenstellung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Aenderungen des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete (Reichs-Gesetzbl. 1888 S. 75, Reichs-Gesetzbl. 1899 S. 365) — Nr. 881 der Drucksachen —. (Mit den Beschlüssen des Reichstags in zweiter Berathung.) 5661

909. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die deutsche Flotte. (Nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Berathung.) 5662

910. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894. (Nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Berathung.) . . 5664

911. Allerhöchste Ermächtigung. Gegeben Neues Palais, den 6. Juni 1900, den Schluß des Reichstags betreffend . 5671

912/919. Berichte der Kommission für die Petitionen.
Nr. 912. Mündlicher Petitionsbericht, betreffend die Friedensvermittelung im südafrikanischen Kriege 5672
Nr. 913. Hundertunddritter Bericht, betreffend die Zulassung zum Garnison-Bauschreiberdienst . . 5672
Nr. 914. Hundertundvierter Bericht, betreffend Gewährung von Invalidenwohlthaten 5673
Nr. 915. Hundertundfünfter Bericht, betreffend Gewährung von Invalidenwohlthaten 5673
Nr. 916. Hundertundsechster Bericht, betreffend anderweite Festsetzung eines Besoldungsdienstalters 2c. 5674
Nr. 917. Hundertundsiebenter Bericht, betreffend Nachzahlung von Gehaltsgebührnissen . . . 5678
Nr. 918. Hundertundachter Bericht, betreffend die Abänderung der Fernsprechanschlußnummern nach Inkrafttreten der Fernsprechgebührenordnung . 5680
Nr. 919. Hundertundneunter Bericht, betreffend den Vertrieb von Schreibmaterialien 2c. in dem Markenverkaufsstand eines Postdienstgebäudes . 5680

Nr. 712.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 703 a der Drucksachen —.

Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz.

Albrecht und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

1. a) in **§. 1** den Abs. 1 zu fassen, wie folgt:

„Personen, welche als Arbeiter, Gehülfen, Gesellen, Lehrlinge oder Gesinde gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden, werden gegen die Folgen der Unfälle, welche sich ereignen:

1. bei dem Betriebe oder auf dem Wege von oder nach der Arbeitsstätte,
2. bei häuslichen oder anderen Diensten, zu denen sie von ihren Arbeitgebern oder von deren Beauftragten herangezogen werden,

versichert."

b) folgenden Absatz zuzufügen:

„Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes ist derjenige, der vertraglich verpflichtet ist, einen Theil seiner geistigen oder körperlichen Arbeitskraft für ein wirthschaftliches oder ein gewerbliches Unternehmen eines Anderen oder für die häusliche Gemeinschaft eines Anderen gegen einen vereinbarten Lohn zu verwenden; die Lohnform (Zeitlohn, Stücklohn, Akkordlohn, Werklohn, Geldlohn, Naturalbezüge, freie Wohnung, Kost, Feuerung u. s. w.) ist für den Begriff „Arbeiter" unerheblich.

Zu den Arbeitern im Sinne dieses Gesetzes werden auch gerechnet:

1. Lehrlinge,
2. diejenigen Personen, welche gemeinschaftlich die Ausführung einer Arbeit für das Gewerbe, die Wirthschaft oder die Hausgemeinschaft eines Anderen übernommen haben,
3. diejenigen Personen, welche für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb der Arbeitsstätte der letzteren mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind, und zwar auch dann, wenn sie die Roh- und Hülfsstoffe selbst beschaffen."

2. im **§. 1a** Abs. 3 die Worte „und zu diesem Zwecke mindestens zehn Arbeiter regelmäßig beschäftigt werden" zu streichen.

3. dem **§. 3** folgenden Satz zuzufügen:

„Als Arbeiter beziehungsweise Betriebsbeamte im Sinne dieses Gesetzes sind auch Lehrlinge, Volontäre, Praktikanten und andere Personen anzusehen, welche wegen noch nicht beendeter Ausbildung kein Gehalt oder Lohn beziehen."

Berlin, den 27. April 1900.

Albrecht. Antrick. Auer. Agster. Baudert. Bebel. Blos. Bock. Calwer. Cramer. Dietz. Dreesbach. Ehrhart. v. Elm. Fischer (Berlin). Fischer (Sachsen). Förster (Reuß). Frohme. Geck. Geyer. Dr. Gradnauer. Haase (Königsberg). Heine. Dr. Herzfeld. Hoch. Hofmann (Chemnitz). Horn (Sachsen). Kaden. Klees. Kloß. Kunert. Liebknecht. Meister. Metzger. Molkenbuhr. Pfannkuch. Reißhaus. Rosenow. Sachse. Schippel. Schlegel. Schmidt (Frankfurt). Dr. Schoenlank. Schwartz (Lübeck). Segitz. Seifert. Singer. Stadthagen. Stolle. Thiele. Tutzauer. Ulrich. v. Vollmar. Wurm. Zubeil.

Nr. 713.

Schleuniger Antrag.

Müller (Fulda). Der Reichstag wolle beschließen:

dem nachfolgenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu geben:

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 (Reichs-Gesetzbl. S. 381).

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher **Kaiser, König von** Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Das Reichsstempelgesetz vom 27. April 1894 wird wie folgt geändert:

Artikel 1.

Die Ueberschrift in Abschnitt I wird wie folgt ergänzt:

I. Aktien, Kuxe, Renten und Schuldverschreibungen.

Artikel 2.

In dem Tarif zum Reichsstempelgesetz vom 27. April 1894 (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 27. April 1894, Reichsgesetzblatt Seite 381) wird der Steuersatz

zu Nummer 1a (inländische Aktien) von 1 vom Hundert auf $1^1/_2$ vom Hundert

zu 1b (ausländische Aktien) von $1^1/_2$ vom Hundert auf 2 vom Hundert

zu 2b (ausländische Renten- und Schuldverschreibungen) von 6 vom Tausend auf 8 vom Tausend

erhöht.

Nach 1b wird eingeschaltet:

c) Antheile gewerkschaftlich betriebener Bergwerke (Kuxe, Kuxscheine) soweit die Gewerkschaften in 1000 oder mehr Theile (Kuxe) getheilt sind, 30,— ℳ, soweit die Gewerkschaften in weniger als 1000 Theile (Kuxe) getheilt sind, 300,— ℳ von jeder einzelnen Urkunde.

Vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegebene Antheile sind der vorbezeichneten Abgabe nicht unterworfen.

Die Abstufungen in der Spalte „Berechnung der Stempelabgabe" werden

zu 1a auf . . . . . 1,50 ℳ
" 1b " . . . . . 2,— "

zu 2b auf 80 Pfennig für je 100 ℳ oder einen Bruchtheil dieses Betrages festgesetzt.

Artikel 3.

Die Stempelabgabe von den Genußscheinen, Anmerkung zu Tarifnummer 1 und 2 wird für

a) solche, welche als Ersatz an Stelle erloschener Aktien ausgegeben werden, auf . 0,50 ℳ,

b) alle übrigen und zwar

1. inländische auf . . . . . 15 =
2. ausländische auf . . . . 20 =

festgesetzt.

Artikel 4.

Die Bestimmung, betreffend die „Ermäßigung" zu Nr. 4a des Tarifs, erhält im Abs. 1 folgenden Zusatz:

Bei Arbitragegeschäften über Werthpapiere der unter Nr. 4a 3 bezeichneten Art beträgt die Ermäßigung 2/10 vom Tausend für jedes der beiden einander gegenüberstehenden Geschäfte.

Artikel 5.

Der Tarif wird ferner abgeändert und ergänzt wie folgt:

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz vom Hundert	Steuersatz vom Tausend	Steuersatz vom Mark	Steuersatz vom Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
	Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte.					
4	a) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte über:					
	1. ausländische Banknoten, ausländisches Papiergeld, ausländische Geldsorten . .	—	2/10	—	—	vom Werthe des Gegenstandes des Geschäfts und zwar in Abstufungen von 20 und 50 Pfennig für je 1000 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages.
	2. Werthpapiere der unter Nr. 2a, 3a und 3b bezeichneten Art	—	2/10	—	—	
	3. sonstige Werthpapiere der unter 1—3 bezeichneten Art	—	5/10	—	—	Der Werth des Gegenstandes wird nach dem vereinbarten Kauf- oder Lieferungspreis, sonst durch den mittleren Börsen- oder Marktpreis am Tage des Abschlusses bestimmt. Die zu den Werthpapieren gehörigen Zins- und Gewinnantheilsscheine bleiben bei Berechnung der Abgabe außer Betracht
	Den Kauf- und sonstigen Anschaffungsgeschäften u. s. w. (wie bisher).					
	b) Kauf- und Anschaffungsgeschäfte, welche u. s. w. (wie bisher)	—	5/10	—	—	
	Lotterieloose.					
5	Loose öffentlicher Lotterien, sowie Ausweise über Spieleinlagen bei öffentlich veranstalteten Ausspielungen von Geld- oder anderen Gewinnen					Ausländische Werthe sind nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umzurechnen.
	a) inländische	20	—	—	—	bei inländischen Loosen vom planmäßigen Preise (Nennwerth) sämmtlicher Loose oder Ausweise mit Ausschluß des auf die Reichsstempelabgabe entfallenden Betrages; bei ausländischen Loosen von dem Preise der einzelnen Loose in Abstufungen von 1 Mark für je 4 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages.
	b) ausländische	25	—	—	—	
	Den Spieleinlagen stehen gleich u. s. w. (wie bisher).					
	Schiffsfrachturkunden.					
6	Zur Beurkundung eines Frachtvertrages über die Beförderung von Gütern im Seeverkehr dienende Schriftstücke (Konnossemente)					
	a) im Inlande ausgestellte . . . . . mindestens jedoch 10 Pfennig von jeder Tonne Raummaß, bezw. wenn die Berechnung der Fracht nach Gewicht erfolgt, von je 1000 Kilo der Ladung,	1/2	—	—	—	vom Betrage der Seefracht in Abstufungen von 10 Pf. für je 20 ℳ. oder einen Bruchtheil dieses Betrages. Der Stempel ist für alle über dasselbe Frachtgeschäft ausgestellten Konnossemente nur im einmaligen Betrage zu entrichten.
	b) im Auslande ausgestellte, sofern sie im Inlande ausgehändigt werden					
	1. wenn die Schriftstücke über ganze Schiffsladungen lauten	—	—	10	—	von dem die Ladung fordernden Schriftstück.
	2. wenn sie über Theilladungen oder Stückgüter lauten	—	—	—	20	

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz vom Hundert	Steuersatz vom Tausend	Steuersatz vom Mark	Steuersatz vom Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
	mindestens jedoch 10 Pfennig von jeder Tonne Raummaß, bezw. wenn die Berechnung der Fracht nach Gewicht erfolgt, von je 1000 Kilo der Ladung. Der Beförderung von Gütern im Seeverkehr wird gleich erachtet diejenige Beförderung, welche zwischen ausländischen Seehäfen und deutschen Flußhäfen stattfindet.					
	Handelt es sich im Falle zu b um Sendungen aus Häfen der Nord- oder Ostsee, so werden nur $^5/_{10}$ der vorgeschriebenen Sätze erhoben.					
	Befreit sind Konnossemente der zu a und b gedachten Art, aus welchen sich ergiebt, daß der Raumgehalt der Ladung eine Tonne Raummaß oder, falls die Frucht nach Gewicht berechnet wird, 1000 Kilo nicht übersteigt und zugleich die Fracht nicht mehr als 2 *M.* beträgt.					
	Schiffsfahrkarten.					
7	Fahrkarten, Fahrscheine und sonstige Ausweise über die erfolgte Bezahlung des Personenfahrgeldes im Seeverkehr von inländischen nach ausländischen Häfen					
	a) für die Fahrt in der zweiten Kajüte . . .	—	—	2	50	von jeder einzelnen Fahrkarte.
	b) in der ersten Kajüte	—	—	10	—	Die Abgabe ist für jede Fahrt nur im einmaligen Betrage zu entrichten.
	Handelt es sich in den Fällen zu a und b um den Verkehr nach ausländischen Häfen der Nord- oder Ostsee einschließlich Frankreich und England im Kanal, so werden nur $^2/_{10}$ der vorgeschriebenen Sätze erhoben.					

Artikel 6.

Die §§. 1, 6 Abs. 1 und 29 des Gesetzes erhalten nachstehende Fassung:

§. 1.

Die in dem anliegenden Tarif unter 1, 2, 3, 5, 6 und 7 bezeichneten Urkunden und unter 4 bezeichneten Geschäfte unterliegen den daselbst aufgeführten Abgaben nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen.

§. 6 Abs. 1.

Bezüglich der vor dem 1. Juli 1900 ausgegebenen inländischen und mit dem Reichsstempel versehenen ausländischen Werthpapiere bewendet es bei den bisherigen Vorschriften. Dasselbe gilt für die nach dem genannten Zeitpunkt ausgegebenen inländischen Werthpapiere in Ansehung der vorher geleisteten Zahlungen.

§. 29.

Loose u. s. w. inländischer Unternehmungen, für welche vor dem 1. Juli 1900 die obrigkeitliche Erlaubniß bereits ertheilt ist, sowie ausländische Loose, welche vor diesem Zeitpunkt eingeführt, auch binnen drei Tagen nach demselben angemeldet sind, und die Loose von Staatslotterien, deren Ausgabe auch nur für eine Klasse bereits vor diesem Zeitpunkte begonnen hat, unterliegen, sofern die Ziehung der Loose vor dem 1. Januar 1901 beendet ist, der Reichsstempelabgabe nur nach Maßgabe der bisherigen Bestimmungen.

Artikel 7.

Das Gesetz erhält hinter §. 30 die nachstehende Einschaltung:

III. Schiffsfrachturkunden und Schiffsfahrkarten.
(Tarifnummer 6 und 7.)

§. 30a.

Die Beförderung von Gütern im Seeverkehr (Nr. 6 des Tarifs) nach und von deutschen Häfen darf nur auf Grund einer die Beurkundung des Frachtvertrags enthaltenden Schiffsfrachturkunde (Konnossement), ebenso die Beförderung von Personen von deutschen nach ausländischen Häfen nur auf Grund eines Ausweises über die erfolgte Bezahlung des Personenfahrgeldes stattfinden.

Die Verpflichtung zur Entrichtung der unter Nr. 6 des Tarifs bezeichneten Stempelabgabe liegt bei Urkunden, welche im Inlande ausgestellt werden, dem Aussteller, bei den im Auslande ausgestellten Urkunden demjenigen ob, der das Schriftstück im Inlande aushändigt.

§. 30b.

Werden im Inlande Konnossemente ausgestellt, so ist eine gleichlautende Urkunde dem Führer des Schiffes auszuhändigen oder, falls er selbst der Aussteller ist, von ihm zurückzubehalten und von dieser Urkunde die Steuer zu

entrichten. Auf den übrigen Urkunden ist zu vermerken, daß und in welchem Betrage die Steuer entrichtet worden ist.

Der Betrag der Seefracht und des Raumgehalts, bezw. soweit die Fracht nach dem Gewicht berechnet wird, des Gewichts der Ladung ist auf jedem einzelnen Schriftstück anzugeben. Sind in einem Konnossement verschiedene Bestimmungsorte enthalten, in der Art, daß sich erst später entscheidet, nach welchem dieser Orte die Güter zu befördern sind, so ist der höchste der hierbei in Betracht kommenden Frachtbeträge anzugeben. Ist aus anderen Gründen die Höhe der Fracht noch unbestimmt, so ist unter Angabe der hierfür maßgebenden Vereinbarungen der voraussichtlich höchste Betrag auf dem Schriftstück zu vermerken.

§. 30c.

Die Abgabe muß entrichtet werden, bevor die Aushändigung des Schriftstückes erfolgt. Ausnahmen von dieser Vorschrift zuzulassen, ist der Bundesrath ermächtigt.

§. 30d.

Ist die Entrichtung der Abgabe von den dazu verpflichteten Personen unterlassen worden, so ist sie von jedem ferneren Inhaber des nicht gestempelten Schriftstückes binnen drei Tagen nach dem Tage des Empfangs und jedenfalls vor der weiteren Aushändigung des Schriftstücks, sofern diese im Inlande erfolgt, zu bewirken.

§. 30e.

Die im §. 30a gedachte Verpflichtung wird erfüllt durch Verwendung von Vordrucken, die vor dem Gebrauch vorschriftsmäßig abgestempelt sind, oder von Stempelmarken nach näherer Anordnung des Bundesraths.

Dem Bundesrath steht auch die Bestimmung darüber zu, ob und in welchen Fällen die Entrichtung der Abgabe ohne Verwendung von Stempelzeichen erfolgen darf.

§. 30f.

Die Nichterfüllung der Steuerpflicht wird mit einer Geldstrafe bestraft, welche dem 25fachen Betrage der vorenthaltenen Abgabe gleichkommt, mindestens aber 20 Mark beträgt.

Diese Strafe trifft besonders und zum vollen Betrage jeden, der die ihm obliegende Verpflichtung zur Entrichtung der Abgabe nicht rechtzeitig erfüllt.

Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher Güter im Seeverkehr nach und von deutschen Häfen, oder Personen von deutschen nach ausländischen Häfen ohne die in §. 30a vorgeschriebenen Urkunden bezw. Ausweise befördert, oder ein Konnossement mit einem unrichtigen Vermerk der im §. 30b bezeichneten Art versieht.

Kann der Betrag der hinterzogenen Abgabe nicht festgestellt werden, so tritt statt der im Abs. 1 gedachten Strafe eine Geldstrafe von 20 bis 5000 Mark ein.

§. 30g.

Wer die Beförderung von Gütern als Gewerbe betreibt, hat, wenn er nach erfolgter Bestrafung auf Grund des §. 30f von Neuem der dort bezeichneten Vorschrift zuwiderhandelt, neben der Strafe des §. 30f die im §. 20 vorgesehene Rückfallstrafe verwirkt.

§. 30h.

Zoll-, Hafen- und andere Behörden, in deren Gewahrsam sich Güter, welche Gegenstand eines Seefrachtvertrages sind, befinden, sind befugt, vor der Auslieferung der Güter die Vorlegung eines hierüber ausgestellten vorschriftsmäßig versteuerten Konnossements zu verlangen.

Der Schiffsführer ist verpflichtet, den Zoll- und Hafenpolizeibehörden die in seinen Händen befindlichen Konnossemente auf Erfordern zur Einsicht vorzulegen.

§. 30i.

Enthält ein Schriftstück außer der Beurkundung eines Frachtvertrages noch eine andere, einer landesgesetzlichen Stempelabgabe unterliegende Beurkundung, so finden die landesgesetzlichen Vorschriften neben den Bestimmungen dieses Gesetzes Anwendung.

Im Uebrigen unterliegen die Schriftstücke keiner weiteren Stempelabgabe (Taxe, Sportel u. s. w.) in den einzelnen Bundesstaaten.

§. 30k.

Die Verpflichtung zur Entrichtung der unter Nr. 7 des Tarifs bezeichneten Stempelabgabe liegt dem Aussteller der Fahrkarte ob und muß erfüllt werden, bevor die Karte ausgehändigt wird.

§. 30l.

Die vorgedachte Verpflichtung wird erfüllt durch Zahlung des Abgabenbetrages an die zuständige Steuerstelle, welche die ihr vorzulegenden Karten mit dem vorschriftsmäßigen Stempel zu versehen hat.

Der Bundesrath ist ermächtigt, die Verwendung von Stempelmarken zur Entrichtung der Abgabe zuzulassen, oder zu bestimmen, daß und unter welchen Voraussetzungen die Abstempelung der Karten ohne Entrichtung des Abgabenbetrages erfolgen und die letztere bis zum Verkaufe der Karten an die Reisenden ausgesetzt bleiben soll.

§. 30m.

Bezüglich der Bestrafung der Nichterfüllung der Steuerpflicht, der Rückfallstrafe für diejenigen, welche die Personenbeförderung als Gewerbe betreiben, und der Anwendung landesgesetzlicher Bestimmungen auf die Schiffsfahrkarten finden die Vorschriften der §§. 30f, g und i entsprechende Anwendung.

§. 30n.

Die Strafe des §. 30f findet auf jeden Anwendung, welcher eine mit dem vorschriftsmäßigen Stempel nicht versehene Fahrkarte veräußert oder an sich bringt.

§. 30o.

Die Zoll- und Hafenpolizeibehörden sind befugt, die Schiffsfahrkarten der Reisenden zum Zwecke der Prüfung auf ihre vorschriftsmäßige Versteuerung einzusehen.

§. 30p.

Eine Erstattung der Abgabe ist zulässig, wenn seitens des Ausstellers der Fahrkarte dem Erwerber der volle Betrag des Preises der Karte zurückgewährt worden ist.

Artikel 7.

Im §. 34 Abs. 2 des Gesetzes wird statt „§§. 3, 19 und 26" gesetzt: „§§. 3, 19, 26 und 30f."

Im §. 39 Abs. 2 des Gesetzes wird hinter „Geschäfte der unter Nr. 4 des Tarifs bezeichneten Art" eingeschaltet:

„oder die Beförderung von Gütern oder Personen im Seeverkehr."

Am Schlusse desselben Absatzes wird hinzugefügt:

„Die Steuerdirektivbehörden können anordnen, daß auch anderweit bei Personen, welche Geschäfte der bezeichneten Art gewerbsmäßig betreiben oder vermitteln, eine Prüfung der Abgabenentrichtung vorzunehmen ist."

Artikel 8.

Insoweit für das Rechnungsjahr 1900 die Erträge an Reichsstempelabgaben das Etatssoll der Ueberweisungen

aus den letzteren übersteigen, ist der Ueberschuß zur Verstärkung der Betriebsmittel der Reichskasse zurückzuhalten.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, die unter Berücksichtigung der obigen Aenderungen sich ergebende Fassung des Reichsstempelgesetzes in einer fortlaufenden Nummernfolge der Abschnitte und Paragraphen mit dem Datum des vorliegenden Gesetzes durch das Reichs-Gesetzblatt bekannt zu machen.

Berlin, den 1. Mai 1900.

Müller (Fulda).

Prinz v. Arenberg. Dr. Arendt. Graf v. Arnim. Baron v. Arnswaldt-Hardenbostel. Dr. Bachem. Bassermann. Beck (Aichach). Beck (Heidelberg). Bender. Graf v. Bernstorff (Lauenburg). Biesenbach. Bindewald. Fürst v. Bismarck. Graf v. Bismarck-Bohlen. Börner. Broekmann. Cahensly. Prinz zu Carolath-Schönaich. Dörksen. v. Dziembowski-Bomst. Dr. Endemann. Förster (Sachsen). Frank. Franken. Frese. Fritzen (Düsseldorf). Fritzen (Rees). Gäbel. Graf v. Galen. Gamp. Glowatzki. Graßmann. Gröber. Dr. Hasse. Henning. Hieber. Hilgendorff. Hische. Dr. Hitze. Hofmann (Dillenburg). Holtz. Graf v. Hompesch. Horn (Goslar). Horn (Neiße). Jacobskötter. Kahlcke. v. Kardorff. v. Kaufmann (Helmstedt). Kirsch. Fürst zu Inn- und Knyphausen. Kraemer. Dr. Freiherr v. Langen. Dr. Lehr. Letocha. Liebermann v. Sonnenberg. Linder. Dr. Lingens. Dr. Marcour. v. Massow. Mauser. Müller (Waldeck). Münch-Ferber. Nauck. Dr. Oertel (Sachsen). Dr. Opfergelt. Graf v. Oriola. Dr. Paasche. Pingen. Raab. Freiherr v. Richthofen-Damsdorf. Rimpau. Roeren. Rother. Scherre. Schmidt (Warburg). Schulze. Schwarze (Lippstadt). Dr. Spahn. Speck. v. Sperber. Dr. Stockmann. Dr. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode. Stubbendorff. Freiherr v. Stumm-Halberg. Freiherr v. Thünefeld. v. Tiedemann. Uhlemann. Wallenborn. v. Weitzel. Wellstein. Werner. Will.

Nr. 714.

Interpellation.

Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Auskunft darüber zu ertheilen, weshalb der Bundesrath zu den wiederholten Beschlüssen des Reichstags, betreffend die Aufhebung der gemischten Privattransitlager und Mühlenkonten, sowie besonders zu der letzten unter dem 10. März 1897 mit großer Mehrheit vom Reichstag angenommenen Resolution, betreffend die Einschränkung der bei der Einfuhr von Getreide zinsfrei gewährten Zollkredite — weder in zustimmendem noch auch in ablehnendem Sinne Stellung genommen hat?

Berlin, den 1. Mai 1900.

Graf v. Schwerin-Löwitz.

Graf v. Arnim. Graf v. Bernstorff (Lauenburg). Graf v. Bismarck-Bohlen. v. Blödau. v. Dallwitz. v. Dewitz. Graf v. Dönhoff-Friedrichstein. Firzlaff. Gäbel. Gamp. Gräfe. Haake. Dr. Hahn. Hegelmaier. Henning. Himburg. Graf v. Kanitz. v. Kardorff. Graf v. Klinckowstroem. Dr. Freiherr v. Langen. Dr. v. Levetzow. Liebermann v. Sonnenberg. Lotze. Lucke. v. Massow. Müller (Waldeck). v. Normann. Dr. Oertel (Sachsen). Pauli (Ober-Barnim). Raab. Rettich. Freiherr v. Richthofen-Damsdorf. Dr. Roesicke (Kaiserslautern). v. Salisch. Scherre. v. Staudy. Dr. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode. Freiherr v. Stumm-Halberg. Dr. Vielhaben. v. Waldow und Reitzenstein. Freiherr v. Wangenheim (Pyritz). Werner. v. Winterfeldt-Menkin.

Nr. 715.

Schleuniger Antrag.

Werner und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die gegen den Abgeordneten Bindewald beim Amtsgericht zu Charlottenburg schwebende Privatklagesache (B. 124/1900) für die Dauer der gegenwärtigen Session eingestellt werde.

Berlin, den 1. Mai 1900.

Werner. Graf v. Bernstorff (Uelzen). Cegielski. Gäbel. Gräfe. v. Janta-Polczynski. Dr. v. Jazdzewski. Lotze. Motty. Müller (Waldeck). Dr. Oertel (Sachsen). Raab. Dr. Roesicke (Kaiserslautern). Freiherr v. Schele-Wunstorf. Stoecker. Freiherr v. Wangenheim.

Nr. 716.

Antrag.

Bassermann und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

dem nachstehenden

Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Zolltarifgesetzes,

die verfassungsmäßige Genehmigung wie folgt zu ertheilen:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Im Zolltarif wird die Tarifnummer 25 folgendermaßen geändert:

b) 1. Liköre	statt 180 M.	240 M.
2. alle übrigen Branntweine		
α) in Fässern . . .	statt 125 M.	160 =
β) in Flaschen, Krügen oder anderen Umschließungen	statt 180 M.	240 =
c) Wein		
2. in Flaschen eingehend		
α. Schaumweine .	statt 80 M.	120 =

Berlin, den 1. Mai 1900.

Bassermann. Dr. Hasse. Graf v. Oriola. Dr. Paasche.

Prinz v. Arenberg. Graf v. Arnim. Dr. Bachem. Bauermeister. Graf v. Bernstorff (Lauenburg). Biesenbach. Fürst v. Bismarck. v. Blödau. Börner. Boltz. Breuer. v. Brockhausen. Bumiller. Dietrich. Dörksen. v. Dziembowski-Bomst. Dr. Endemann.

Firzlaff. Franken. Dr. v. Frege-Weltzien. Fritzen (Düsseldorf). Fritzen (Rees). Gamp. Glowatzki. Graßmann. Gröber. Haake. Hartmann. Dr. Freiherr v. Heereman. Dr. Heiligenstadt. Herold. Herrmann. Hieber. Hilgendorff. Dr. Hille. Dr. Hitze. Graf v. Hompesch. Horn (Goslar). Horn (Neiße). Hubrich. Jacobskötter. v. Kardorff. v. Kaufmann (Helmstedt). Kirsch. Graf v. Klinckowstroem. Klose. Kraemer. v. Kröcher. Letocha. Dr. v. Levetzow. Dr. Lingens. Dr. Marcour. v. Massow. Mauser. Müller (Fulda). Münch-Ferber. Nauck. Dr. Oertel (Sachsen). Dr. Opfergelt. Quentin. Rembold. Rettich. Rimpau. Roeren. Dr. Sattler. Scherre. Schulze. Schwarze (Lippstadt). Sieg. Dr. Spahn. Dr. Stockmann. Dr. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode. v. Strombeck. Strzoda. Stubbendorff. Freiherr v. Stumm-Halberg. Tasch. Freiherr v. Thünefeld. Trimborn. Uhlemann. v. Waldow und Reitzenstein. Wallenborn. Freiherr v. Wangenheim (Pyritz). v. Weitzel. Wellstein. Will. v. Winterfeldt-Menkin. de Witt (Köln).

Nr. 717.

Abänderungs-Antrag

zu dem

Antrag der Wahlprüfungs-Kommission, betreffend die Wahl des Abgeordneten Dr. Hänel im 7. Wahlkreise der Provinz Schleswig-Holstein — Nr. 582 der Drucksachen —.

Albrecht und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

zu dem erheblich erklärten Punkt II des Wahlprotestes noch die eidliche Vernehmung nachstehender Personen zu veranlassen:

Johs. Rathjen, Fischhändler, und Hans Eckmann, Maurer, zu Hohenwestedt,
Johannes Behrens, Meldorf i/H., Breiterweg 2,
Fritz Jürgens, Schuhmacher, Hohenwestedt,
Adolf Ehlers, Stepper, Hohenwestedt.

Berlin, den 1. Mai 1900.

Albrecht. Antrick. Auer. Agster. Baudert. Bebel. Blos. Bock. Calwer. Cramer. Dietz. Dreesbach. Ehrhart. v. Elm. Fischer (Berlin). Fischer (Sachsen). Förster (Reuß). Frohme. Geck. Geyer. Dr. Gradnauer. Haase (Königsberg). Heine. Dr. Herzfeld. Hoch. Hofmann (Chemnitz). Horn (Sachsen). Kaden. Klees. Kloß. Kunert. Liebknecht. Meister. Metzger. Molkenbuhr. Pfannkuch. Reißhaus. Rosenow. Sachse. Schippel. Schlegel. Schmidt (Frankfurt). Dr. Schoenlank. Schwartz (Lübeck). Segitz. Seifert. Singer. Stadthagen. Stolle. Thiele. Tutzauer. Ulrich. v. Vollmar. Wurm. Zubeil.

Nr. 718.

Siebzehntes Verzeichniß

der

bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen.

Nr. 719.

Berichterstatter: Abgeordneter Speck.

Bericht

der

XII. Kommission

über

die derselben zur Vorberathung überwiesene, von den Abgeordneten Dr. Paasche und Roesicke (Dessau) zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1899 eingebrachte Resolution, betreffend die Verwendung von Surrogaten bei der Bierbereitung — Nr. 149 der Drucksachen —, nebst den Abänderungsanträgen Gamp resp. Dr. Hermes — Nr. 150 bezw. 151 der Drucksachen —.

An den Verhandlungen der Kommission nahmen Theil:

die Mitglieder des Bundesraths:

Königlich bayerischer Ministerialrath v. Geiger,
Königlich sächsischer Geheimer Finanzrath Dr. Rüger,

und als Kommissar des Bundesraths:

Geheimer Ober-Regierungsrath Rauschning.

Die Kommission hat ihre Berathungen in zwei Sitzungen erledigt und bei der Schlußabstimmung wurde die Resolution Dr. Paasche und Roesicke (Dessau) in der am Schlusse gegenwärtigen Berichtes beigefügten Fassung mit 12 gegen 3 Stimmen angenommen.

Vor Eintritt in die Berathung war seitens eines Mitgliedes der Kommission zur Gewinnung bestimmterer Anhaltspunkte für die Beurtheilung der Wirkung eines eventuellen Surrogatverbotes für die Bierbereitung an das Reichsschatzamt das Ersuchen gestellt worden um Mittheilung statistischer Nachweise über den Umfang und die Art der Surrogatverwendung bei der Bierbereitung, über die Produktionsverhältnisse der in Betracht kommenden Brauereien und Stärkezuckerfabriken und über die in den letzteren zur Verarbeitung kommenden Kartoffelmengen. Die in diesen verschiedenen Richtungen formulirten Fragen und die hierauf von Seiten des Reichsschatzamtes der Kommission gegebenen Aufschlüsse sind aus der Anlage A ersichtlich. Anl. A S. 5119ff

Zum Beginn der Kommissionsberathungen wurde die beantragte Resolution mit nachstehenden Ausführungen begründet:

Es sei wohl selbstverständlich gewesen, daß die Antragsteller die Frage des Verbotes von Surrogaten bei der Bierbereitung nicht mit dem Verbot der Saccharin-Verwendung als erledigt betrachtet hätten; im Gegentheil, gerade das Saccharinverbot habe die Brauereien, welche bis dahin Saccharin verwendet hätten, dazu geführt, nun zu anderen Surrogaten überzugehen; dadurch sei die Forderung, endlich ein allgemeines Surrogatverbot zu erlassen, um so dringender geworden. Es sei auch nicht recht verständlich, warum die verbündeten Regierungen nicht schon selbst eine solche Vorlage gebracht hätten. Nicht nur die Brauereien hätten sich seit Anfang der siebziger Jahre unaufhörlich bemüht, die Surrogate aus der Brauerei zu verdrängen, sondern auch der Reichstag hätte sich wiederholt auf denselben Standpunkt

gestellt und zwar hätten die Vertreter aller Parteien den Grundsatz als richtig anerkannt, daß Bier nur aus Hopfen, Malz, Hefe und Wasser bestehen dürfe. Noch im Jahre 1895 sei eine dementsprechende Resolution gefaßt worden. Auch die verbündeten Regierungen hätten früher das Surrogatverbot dadurch als berechtigt anerkannt, daß sie in ihren Vorlagen, betreffend die Erhöhung der Brausteuer vom Jahre 1879, 1880 und 1881 eine entsprechende Bestimmung aufgenommen hätten. Allerdings fehlte das Surrogatverbot in der Vorlage vom 6. Dezember 1892. Aber auch damals, als dem Staatssekretär Freiherrn v. Maltzahn dieser Mangel vorgehalten wurde, erklärte er sich nicht etwa principiell dagegen, sondern erwiderte nur, daß, falls die Brausteuer-Erhöhung angenommen würde, auch über ein Surrogatverbot sich reden lasse. In seiner Rede vom 23. März 1895 stellte sich der Herr Staatssekretär Graf v. Posadowsky auf denselben Standpunkt, indem auch er das gesetzliche Verbot von einer Erhöhung der Brausteuer abhängig machte. Wenn eine solche Stellungnahme schon früher nicht als berechtigt anerkannt werden konnte, so sei dies jetzt aber noch weniger der Fall, denn in dem Flottengesetz vom Jahre 1898 sei ja ausdrücklich die Erhöhung der die unteren Klassen belastenden Steuern, also auch der Brausteuer, ausgeschlossen worden. Die verbündeten Regierungen könnten sich somit jetzt nur noch dann ablehnend gegen den gestellten Antrag verhalten, wenn sie beabsichtigten, die Angelegenheit bis zum Ablauf des Flottengesetzes zu vertagen, um sie mit einer Brausteuer-Erhöhung verbinden zu können. Gegen eine solche Absicht hätte aber der Reichstag alle Ursache, Einspruch zu erheben.

Es sei ja bekannt, daß in Bayern schon seit Jahrhunderten das Surrogatverbot für die Bierbereitung bestehe und man könnte nicht mit Unrecht einen Theil des guten Rufes der bayerischen Biere auf diese gesetzgeberische Bestimmung zurückführen. Die norddeutschen Brauer empfinden es schwer, daß durch die anderweitige Regelung der Steuerverhältnisse in der Brausteuergemeinschaft das diesseitige Bier sozusagen zu einem Biere zweiter Klasse gestempelt werde, indem die Surrogate nicht nur erlaubt, sondern auch versteuert werden und somit das Publikum nicht die Ueberzeugung gewinnen könne, stets reines unverfälschtes Bier zu bekommen, wie dies in Bayern der Fall sei. Es komme noch hinzu, daß für die norddeutschen Brauer zugleich eine sehr bedauerliche Unsicherheit bestände, indem sie für die Verwendung von Surrogaten bestraft werden könnten, trotzdem sie ihre Steuern dafür bezahlt hätten. Denn das Reichsgericht hätte wiederholt entschieden, daß auch in Norddeutschland Jemand sich eines Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz schuldig mache, wenn er dem Bier bei der Bereitung bezw. vor dessen Verkauf fremde Stoffe zusetze, ohne daß der Käufer davon Kenntniß erhalte. Namentlich kleine Brauer, die mit den gesetzlichen Bestimmungen und der Rechtsprechung nicht so genau Bescheid wüßten, würden in Norddeutschland zur Verwendung von Surrogaten durch das Brausteuergesetz geradezu verleitet, weil sie annehmen, daß das, wofür der Staat Steuern einziehe, doch auch erlaubt sein müsse.

Die Lage für die norddeutschen Brauer sei aber noch ungünstiger geworden, seitdem nun auch in Baden und Württemberg ein Surrogatverbot eingeführt sei. Es blieben also nur noch die Staaten der Brausteuergemeinschaft übrig, in welchen Surrogatbiere zu haben seien und könne deshalb nicht bestritten werden, daß, solange ein Surrogatverbot hier nicht bestehe, den norddeutschen Bieren ein Makel aufgedrückt sei, wogegen Süddeutschland ein Monopol für reine Biere besäße.

Gerade der Umstand, daß in dieser Frage die Interessen der Produzenten und die der Konsumenten identisch seien, müsse umsomehr Veranlassung geben, den Wünschen der Brauereien entgegenzukommen. Wenn die Frage von den Antragstellern gerade jetzt von Neuem aufgeworfen sei, so sei hierfür unter anderem der Umstand maßgebend gewesen, daß der Verbrauch der Surrogate in immer schnellerem Tempo zunehme. So ergebe sich aus der Statistik des Deutschen Reiches, daß die verwendeten Surrogatmengen im Jahre 1879 nur 18168 Doppel-Zentner betrugen, jetzt aber auf 157 596 Doppel-Zentner — in den beiden letzten Jahren allein um 36 500 Doppel-Zentner — gestiegen seien. Wenn auch hiervon der größte Theil auf den Verbrauch von Reis komme, habe doch auch der Zuckerverbrauch erheblich zugenommen, derselbe sei in den 20 Jahren von 11 399 Doppel-Zentner auf 36 720 Doppel-Zentner gestiegen. Da andererseits aber die Surrogatmenge im Verhältniß zu dem verbrauchten Malz nur etwas über 2 % ausmache, so wäre es um so ungerechtfertigter, zu Gunsten dieser 2 % die gesammten Verhältnisse des norddeutschen Braugewerbes dauernd zu schädigen.

Es würde von den Befürwortern der Surrogatverwendung allerdings die Behauptung aufgestellt, daß leichte, bekömmliche, namentlich obergährige Biere nicht ohne Surrogate hergestellt werden können. Dies sei aber entschieden zu bestreiten. Der Beweis des Gegentheils sei dadurch erbracht, daß große Gruppen von obergährigen Brauereien und solchen, die besonders leichte Biere herstellen, keine Surrogate verwenden, wie dies z. B. bei den Berliner Weißbierbrauereien der Fall sei. Der Werth leichter, insbesondere auch obergähriger Biere namentlich für die Landbevölkerung sei vollkommen anzuerkennen und es sei zu wünschen, daß diese Brauereien nicht geschädigt werden. Aber es sei durchaus falsch, wenn man meine, man schaffe dieser Art von Brauereien Nutzen, indem man die Einführung eines Surrogatverbotes verhinderte. Gerade Gegenden, in welchen die Landbevölkerung überwiege, hätten einen geringen Surrogatverbrauch, so z. B. Ostpreußen, wo nur 746 Doppel-Zentner, Westpreußen, wo nur 806 Doppel-Zentner, Posen, wo nur 650 Doppel-Zentner Surrogate trotz sehr erheblicher Bierproduktion verbraucht seien. Hierbei sei allerdings der Verbrauch von Reis nicht berücksichtigt, weil Reis fast ausschließlich für untergährige Biere Verwendung finde, für diese aber durchaus kein Bedürfniß sei. Gerade die kleinen Brauereien litten am meisten unter der Surrogatfreiheit, weil man ihnen viel eher und, wie bewiesen, oft mit Unrecht deren Verwendung zutraue. Es sei sogar fraglich, ob nicht die ganz großen Betriebe, bei denen Geheimnißkrämerei unmöglich sei, sich unter den jetzigen Verhältnissen sogar besser befänden, indem das Vertrauen des Publikums wegen der größeren Gewähr für reines Bier sich ihnen immer mehr zuwende. Die Kleinbrauereien würden in ihrer Position gestärkt, wenn die schlimme Konkurrenz der Surrogat-Brauer, die namentlich in den größeren Städten zu finden sind, beseitigt würde. Es sei ja bekannt, daß z. B. in Berlin Getränke unter dem Namen „Bier" verkauft würden, die aus Stoffen zusammengemischt seien, welche mit denen des Bieres garnichts gemein haben. Die Surrogatbrauer seien es, welche einerseits die Produkte der Klein-Brauereien diskreditiren, andererseits die Preise herabdrücken und sich trotzdem immer noch wesentlich besser stehen, als die Brauereien, welche ohne Surrogate brauen, indem sie dem Publikum gegenüber ihren Bieren den Schein einer besseren Qualität zu geben verstehen, als sie thatsächlich besitzen. Unrichtig sei es auch anzunehmen, daß die Surrogat-Brauer die Surrogate nur aus technischen Rücksichten verwenden, wie dies vielfach

behauptet wird. Keiner oder nur sehr wenige würden zu diesen Mitteln greifen, wenn nicht gleichzeitig materielle Vortheile dabei herauskämen.

Die Menge der Surrogate, die verwendet wird, sei aber auch noch nicht mit den Angaben der Reichs-Statistik erschöpft, da es ja eine Reihe von Mitteln gebe, die der Besteuerung nicht unterliegen, z. B. die neuen Erzeugnisse auf dem Gebiete der künstlichen Süßstoffe, welche in der Reichsstatistik keine Berücksichtigung finden könnten, da Steuern dafür nicht gezahlt werden; es sei natürlich, daß durch die Verwendung dieser Stoffe die redlichen Brauereien doppelt geschädigt würden. Wenn hervorgehoben würde, daß eine sehr große Zahl von Brauereien durch das Surrogatverbot betroffen würde, indem von den im Jahre 1898 in Betrieb gewesenen 7312 Brauereien 3127 Surrogate verbraucht haben, so müsse darauf hingewiesen werden, daß ein nicht unerheblicher Theil dieser Brauereien nur Zuckercouleur zum Färben ihrer Biere verwendet habe; da Zuckercouleur zu den Surrogaten gehöre, müßten natürlich auch diese Brauereien zu den Surrogat-Brauereien gerechnet werden. Darüber sei aber selbst in den davon betroffenen Kreisen kein Zweifel, daß Zuckercouleur sehr gut durch Farbmalz oder mit Hülfe von Farbmalz hergestelltes sogenanntes Farbebier ersetzt werden kann. Den Beweis hierfür liefere Bayern, welches den Ruf seiner Biere gerade mit denen von dunklerer Farbe zuerst begründet habe.

Nach alledem sei der Nachweis erbracht, daß ein allgemeines Surrogatverbot nothwendig sei, um endlich auch auf diesem Gebiete ein einheitliches Recht in ganz Deutschland herzustellen.

Hierauf gab der Kommissar des Reichsschatzamtes die nachstehende Erklärung ab:

„Die Frage des Verbots der Surrogatverwendung in den Brauereien ist im Bundesrath seit mehreren Jahren nicht zur Erörterung gekommen. Das Reichsschatzamt hat indeß, nachdem im vorigen Jahre im Reichstage der Antrag der Herren Abgeordneten Dr. Paasche und Genossen eingebracht und einer Kommission überwiesen worden, Anlaß genommen, sich mit den Regierungen der norddeutschen Brausteuergemeinschaft ins Benehmen zu setzen, um einen Ueberblick zu gewinnen, welche Stellung sie gegenwärtig zu der Sache einnehmen.

Nach den eingegangenen Antworten hat die von den Regierungen bisher angestellte Prüfung zu weit auseinanderliegenden Ergebnissen geführt.

Einige erklären sich im Interesse der soliden norddeutschen Brauerei und aus Rücksicht auf die Konsumenten mit einem umfassenden Surrogatverbot einverstanden und würden auch in der Erstreckung des Verbots auf die Brauereien obergähriger Biere eher eine Stärkung und Förderung als eine Benachtheiligung dieser vorzugsweise in schwächeren Händen liegenden Betriebe erblicken.

Andere Regierungen sind zwar dem Surrogatverbot ebenfalls nicht abgeneigt, glauben jedoch, insbesondere mit Rücksicht auf die davon zu befürchtenden Gefahren für die kleineren Betriebe, deren Zahl ohnehin schon fortdauernd zurückgeht, daß dasselbe nur in Verbindung mit einer umfassenden Reform des Brausteuergesetzes eingeführt werden sollte, wobei auf eine Staffelung der Steuersätze Bedacht zu nehmen wäre, um eine Steuererleichterung der Kleinbetriebe zu ermöglichen.

Eine dritte Gruppe hat sich gegen das Verbot ausgesprochen. Die betreffenden Regierungen folgern aus dem verhältnißmäßig geringen Umfange, in dem ausweislich der Statistik Malzsurrogate in den Brauereien überhaupt verbraucht werden, daß ein Bedürfniß für den Erlaß eines gesetzlichen Verbots nicht bestehe, und halten den guten Ruf der norddeutschen untergährigen Brauerei für so wohl begründet, daß er eine Stütze durch das Surrogatverbot, von welchem die auf die Mitverwendung von Reis und Zucker angewiesenen Exportbrauereien überdies auszunehmen sein würden, keineswegs nöthig habe. Andererseits aber meinen sie voraussehen zu können, daß das Verbot die schon jetzt schwer kämpfenden kleinen Brauereien, namentlich Brauereien obergähriger Biere, nur noch schneller zum Erliegen bringen werde.

Die Regierung des größten der betheiligten Staaten, die Königlich preußische, hat zu der Frage noch nicht endgültig Stellung genommen und hält sie zur Zeit noch nicht für spruchreif. Der Herr Finanzminister ist der Meinung, daß an den Erlaß eines Surrogatverbots nur dann herangetreten werden dürfe, wenn es möglich sei, dabei die Existenz der davon betroffenen zahlreichen Kleinbetriebe zu sichern. Ob das der Fall sein würde, habe die bisherige Prüfung noch nicht unzweifelhaft erwiesen. Es bedürfe in dieser Hinsicht noch weiterer Klärung, als sie die in der gegebenen Zeit angestellten Ermittelungen ergeben hätten. Im Uebrigen scheine es, als ob der größere Theil der Gewerbtreibenden der Frage theilnahmslos gegenüberstehe. Eine von dem Bunde der mittleren und kleineren Brauereien im Gebiete der norddeutschen Brausteuergemeinschaft gehaltene Umfrage, die an rund 6000 Brauer gerichtet gewesen, sei nur von etwa 1400 überhaupt beantwortet worden. Von den eingelaufenen Aeußerungen habe sich zwar die Mehrzahl, etwa 70 Prozent, für das Surrogatverbot und nur 30 Prozent dagegen ausgesprochen; immerhin lasse die geringe Theilnahme Zweifel obwalten, ob im norddeutschen Brauergewerbe wirklich ein so lebhaftes Interesse an dem Surrogatverbot vorhanden sei, wie dies von Vertretern der Großbrauer behauptet wird.

Das Reichsschatzamt theilt die Auffassung, daß für die Erledigung der Frage vorwiegend wirthschaftliche und sozialpolitische Interessen in Betracht zu ziehen sind. Es ist aber bis jetzt im Zweifel, ob die Interessen des Großbetriebes und des Kleinbetriebes dabei in der gleichen Richtung gehen und hält deshalb in Uebereinstimmung mit dem Königlich preußischen Herrn Finanzminister eine sehr vorsichtige Behandlung des Gegenstandes für geboten und die Entscheidung für keineswegs dringlich. Sollte der Beschluß des Reichstags im Sinne des vorliegenden Antrages ausfallen, so wird das Reichsschatzamt bei dem Bundesrath für eine Weiterführung der angestellten Prüfung eintreten. Zu welchem abschließenden Ergebniß und zu welcher Entscheidung sie gelangen wird, läßt sich indeß zur Zeit nicht übersehen."

Zu Gunsten der auf Nr. 150/51 der Drucksachen gestellten Anträge, welche das Surrogatverbot auf die Bereitung untergähriger Biere beschränkt wissen wollen, wurde in der Kommission geltend gemacht, ein vollständiges Surrogatverbot lasse sich vom gesundheitlichen Standpunkt aus nicht rechtfertigen. Denn in den obergährigen Brauereien würde als Surrogat fast ausschließlich nur Stärkezucker verwendet; dieser könne aber durchaus nicht als ein gesundheitsschädliches Surrogat bezeichnet werden, das unter Mitverwendung von Stärkezucker hergestellte Bier sei vielmehr sehr gut bekömmlich. Die wirklich gesundheitsschädlichen Surrogate seien überdies schon durch das Nahrungsmittelgesetz getroffen. Durch das Fehlen des Surrogatverbotes im Gebiete der Brausteuergemeinschaft werde die Konkurrenz der bayerischen Biere begünstigt. Diese Konkurrenz treffe aber nur die untergährigen Brauereien

und deshalb könne auch das Verbot auf diese letzteren beschränkt werden. Ein allgemeines Surrogatverbot hätte für die obergährigen Brauereien eine Preissteigerung zur Folge und damit eine finanzielle Schädigung dieser kleinen, für die ärmere Bevölkerung, insbesondere für die landwirthschaftliche Bevölkerung des Ostens ein nothwendiges Bedürfniß bildenden Betriebe. Es sei sogar zu befürchten, daß eine große Anzahl der bestehenden obergährigen Brauereien durch ein allgemeines Surrogatverbot vernichtet würde. Wenn deshalb überhaupt auch die obergährigen Brauereien dem Verbot unterstellt werden sollten, dann müsse durch eine anderweitige Regelung der Biersteuer, und zwar nach dem bayerischen Muster eine Herabsetzung dieser Steuer für die kleinen und mittleren Betriebe den letzteren die Existenzmöglichkeit gegenüber der übermächtigen Konkurrenz der Großbetriebe gesichert werden. Im Sinne dieser Ausführungen wurde dann von einem Kommissionsmitgliede der Antrag gestellt:

Antr. 1. im Falle der Annahme des Antrages Dr. Paasche und Roesicke (Dessau) hinter den Worten „durch welchen" zu setzen: „unter gleichzeitiger Herabsetzung der Steuer für die kleineren und mittleren und entsprechender Erhöhung für die größeren Brauereien".

Zur Begründung der für die obergährigen Brauereien angestrebten Ausnahme von dem Surrogatverbote wurde ferner von anderer Seite noch auf die Interessen der Stärkeindustrie und die damit zusammenhängenden Interessen des inländischen Kartoffelbaus hingewiesen und der Antrag eingebracht:

Antr. 2. in der Resolution Dr. Paasche und Roesicke (Dessau) eventuell hinter den Worten „bei der Bierbereitung" einzuschalten: „(mit Ausnahme von Zucker, Syrup und Zuckerconleur)". —

Demgegenüber wurde zu Gunsten des allgemeinen Surrogatverbotes bemerkt, daß die Verwendung von Surrogaten immer einen Betrug des Publikums in sich schließe. Eine Unterscheidung zwischen ober- und untergährigem Bier bei Erlaß eines Surrogatverbotes verbiete sich aber auch schon aus dem Grunde, weil es thatsächlich nicht möglich sei, an dem fertigen Biere festzustellen, ob es obergährig oder untergährig gebraut ist, dies sei nur während des Brauprozesses möglich. Es erfordere aber deshalb eine solche Unterscheidung eine ständige, sehr kostspielige Ueberwachung der Betriebe. Die Ursache der Abnahme der obergährigen Brauereien liege ausschließlich in der übermächtigen Konkurrenz der untergährigen großkapitalistischen Betriebe. Dieser Prozeß des Rückgangs der Kleinbetriebe könne aber bei den Brauereien durch eine Staffelung der Steuer ebensowenig aufgehalten werden, wie dies auf anderen wirthschaftlichen Gebieten möglich sei. Die Befürchtung, daß durch ein allgemeines Surrogatverbot ein großer Theil der obergährigen Brauereien zu Grunde gerichtet würde, sei unbegründet. Die gleiche Befürchtung sei seiner Zeit bei Einführung des Saccharinverbotes ausgesprochen worden, ohne daß sie sich bis jetzt bewahrheitet hätte. Die Interessen der Landwirthschaft sprächen für ein allgemeines Surrogatverbot. Denn an Stelle des Stärkezuckers würde ein verhältnißmäßig viel größerer Bedarf an Gerste und Weizen treten. Vom gesundheitlichen Standpunkt aus empfehle es sich nicht, Surrogate zuzulassen, denn diese seien dem Körper weniger bekömmlich als die durch die Mälzung des Getreides entstehenden Maltosezuckerarten.

Von anderer Seite wurde dann noch darauf hingewiesen, daß Jeder, der obergähriges Bier trinke, auch wisse, daß dasselbe unter Verwendung von Surrogaten hergestellt sei, von einem Betrug könne also hier keine Rede sein. Auch sei die deutsche Stärkeproduktion viel umfangreicher als dies in der amtlichen Statistik angegeben werde und deshalb sei auch das Interesse der Landwirthschaft an dem Fortbestehen dieses Produktionszweiges ein viel größeres als von mancher Seite angenommen werde. Wenn man aber auf eine solche Ausnahmestellung für die obergährigen Brauereien sich nicht einlassen wolle, so empfehle es sich doch, wenigstens eine Uebergangszeit festzustellen, während welcher die obergährigen Brauereien noch Stärkeprodukte verwenden dürfen und die durch den Uebergang zum untergährigen Betriebe nothwendigen Veränderungen vorbereiten können.

Bezüglich der Frage, wie es bei Einführung eines allgemeinen Surrogatverbotes mit dem deutschen Porter zu halten sei, der zur Zeit als Konkurrenzfabrikat gegenüber dem englischen Porter hergestellt wird, war man in der Kommission allgemein der Anschauung, daß dieser Porter zwar hergestellt, aber nicht im Gebiete der Brausteuergemeinschaft abgesetzt werden dürfe, vielmehr ausschließlich zum Export verwendet werden müsse.

Von einer Seite wurde sodann zur Begründung des allgemeinen Surrogatverbotes noch Folgendes ausgeführt:

Es sei bekannt, daß der Bund der kleineren und mittleren Brauereien nur in bedingter Weise für das Surrogatverbot eintrete, nämlich, wenn gleichzeitig eine Herabsetzung des Steuersatzes für die kleineren Brauereien vorgenommen würde. Das ungünstige Resultat, der von dem Bund der kleineren und mittleren Brauereien angestellten Enquête, aus welchem der Herr Finanzminister mit Unrecht das mangelnde Interesse an dieser Frage bei der Mehrheit der Brauereien herleiten wolle, sei deshalb sehr erklärlich. Es komme aber hinzu, daß der Bund der kleineren und mittleren Brauereien sich in Wort und Schrift in Gegensatz zu der seit mehreren Dezennien in dem „deutschen Brauerbunde" verkörperten offiziellen Vertretung des deutschen Braugewerbes gesetzt habe, und daß auch aus diesem Grunde eine Umfrage von Seiten des Bundes der kleineren und mittleren Brauereien ein ungenügendes Resultat hätte ergeben müssen.

Wie der Herr Vertreter des Reichsschatzamtes weiter ausgeführt habe, mache der Herr Finanzminister die Einführung des Surrogatverbotes abhängig von der Frage der Sicherstellung der kleineren Brauereien; nun sei eine solche Sicherstellung absolut unmöglich und deshalb bedeute die Stellungnahme des preußischen Finanzministers nichts anderes, als ein kategorisches Nein, das man sehr bedauern müßte.

Da Hopfensurrogate so gut wie gar nicht mehr verwendet würden, handle es sich nur noch um Malzsurrogate. Der Nachweis der Gesundheitsschädlichkeit dieser Surrogate sei sehr schwer. Die Verwendung von Surrogaten bedeute eben eine Täuschung des Publikums und deshalb könne man mindestens mit demselben Rechte dagegen einschreiten, wie gegen die Verwendung von Margarine unter der Bezeichnung von Butter oder gegen den unlauteren Wettbewerb im Allgemeinen.

Gegen den Vorschlag, die obergährigen Biere von dem Verbote auszunehmen, spreche auch der Umstand, daß die Kontrole in dieser Beziehung eine sehr schwere, wenn überhaupt möglich sei, denn es würde in ein und derselben Brauerei oft ober- und untergähriges Bier zu gleicher Zeit gebraut; auch wäre es für das Publikum kaum möglich zu unterscheiden, was obergähriges und untergähriges Bier sei.

Wenn man von einer Seite für die obergährigen Biere wegen ihres geringen Alkoholgehaltes und billigen Preises eintrete, so sei zu berücksichtigen, daß eine große

Zahl von Brauereien, die sich mit der Herstellung solcher leichten Biere befasse, wie z. B. in Sachsen schon längst das obergährige Verfahren verlassen und das untergährige eingeführt habe, trotzdem sie für die Reichsstatistik immer noch als obergährige Brauereien gelten. Der Rückgang der obergährigen Brauereien sei auch durchaus nicht allein oder auch nur in der Hauptsache auf die in Folge der großen Konkurrenz mangelnde Rentabilität, sondern auf die veränderte Geschmacksrichtung des Publikums zurückzuführen. Das ergäbe sich ja deutlich daraus, daß die Produktion von obergährigem Bier wesentlich zurückgegangen sei, die von untergährigem Bier aber ganz bedeutend zugenommen habe, indem erstere im Jahre 1889: 8 989 271 hl und nach Verlauf von zehn Jahren, nämlich im Jahre 1898, nur noch 7 566 770 hl trotz der bedeutenden Zunahme der Bevölkerung und fortwährend steigender Verwendung von Surrogaten betragen habe; dagegen sei die Produktion von untergährigem Bier im gleichen Zeitraum von 23 190 944 hl auf 34 698 630 hl gestiegen.

Die Rücksichtnahme auf die Landwirthschaft spreche auch nicht, wie dies von einer Seite angenommen werde, gegen das Surrogatverbot. Denn an Stelle von Zucker und sonstigen Surrogaten würde eine zunehmende Verwendung von Gerste stattfinden. Die Landwirthschaft habe überhaupt alle Ursache gegen die Surrogate in der Bierbrauerei energisch einzutreten, weil nicht nur die Verwendung von Reis bereits erhebliche Dimensionen angenommen habe, sondern auch nicht ausgeschlossen sei, daß, wie in Amerika, sich die Verwendung von Mais immer mehr einbürgere. Versuche mit günstigen Erfolgen seien bereits wiederholt gemacht. Wenn man im Interesse der Stärkezuckerfabrikanten gegen das Surrogatverbot eintrete, so müsse man doch bedenken, daß es nicht gerechtfertigt sei, das Braugewerbe in seinem Rufe zu schädigen, lediglich aus Rücksicht auf einen kleinen Theil der Produktion der Stärkezuckerfabriken, denn das Quantum, welches in den Brauereien nach der Reichsstatistik verwendet werde, sei viel zu gering, um auf die Verhältnisse der Stärkefabriken einen nennenswerthen Einfluß ausüben zu können.

Von einer Seite waren Zweifel darüber ausgesprochen worden, ob das in Bayern schon längst bestehende allgemeine Bier-Surrogatverbot auch von Seiten der bayerischen Steuerbehörden, speziell in Kulmbach, immer streng aufrecht erhalten würde.

Daraufhin wurde von dem königlich bayerischen Bevollmächtigten zum Bundesrath folgende Erklärung abgegeben:

„Die soeben geäußerten Zweifel stimmen im Wesentlichen überein mit einzelnen Ausführungen in der Abhandlung

„Der Erlaß eines gesetzlichen Surrogatverbots für die Bierbrauerei des norddeutschen „Steuergebietes" von Dr. Struve.

Dort ist (S. 33) hinsichtlich der angeblichen Verwendung von Biercouleur in den Kulmbacher Brauereien gesagt, es werde behauptet, daß diese Verwendung „unter stillschweigender Duldung der bayerischen Steuerbehörde" geschehe.

Diese Behauptung ist unrichtig. Nach Art. 7 des bayerischen Malzsteuergesetzes ist die Verwendung von Couleur bei der Bierbereitung unbedingt verboten. An diesem Verbote wurde in Bayern stets festgehalten und bei nachgewiesener Uebertretung die gesetzliche Strafe verhängt. Ich kann hiewegen Bezug nehmen auf die bekannten Brauerprozesse, die Mitte der 80er Jahre in Bayern stattgefunden haben; es sind damals verschiedene Brauer auch wegen Verwendung von Biercouleur gerichtlich verurtheilt worden. Ebenso haben im Jahre 1897 mehrere Verurtheilungen von Brauern und von Kaufleuten, welche die Couleur geliefert hatten, stattgefunden. Auch jetzt sind, soviel mir bekannt, mehrere Untersuchungen wegen Verwendung von Biercouleur gegen Brauer und gegen die Lieferanten der Couleur im Gange; Näheres hierüber mitzutheilen bin ich nicht in der Lage, weil die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind. Ich kann weiter anführen, daß die bayerischen Steuerbehörden und Aufsichtsbeamten den Auftrag haben, der etwaigen Verwendung von Biercouleur ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden und die Brauereien in dieser Hinsicht zu überwachen. Die bayerische Regierung hat also Alles gethan, um das Gesetz zu wahren. Dabei möchte ich bemerken, daß es nicht immer leicht ist, den Nachweis der Verwendung von Couleur zu liefern: Die Chemie ist nach dem heutigen Stande dieser Wissenschaft nicht in der Lage, stets mit aller Bestimmtheit zu sagen, ob die dunkle Farbe eines Bieres von dem Zusatze von Farbmalz oder von Couleur herrührt. Die Gerichte fällen aber nur dann ein verurtheilendes Erkenntniß — und meines Erachtens mit vollem Rechte — wenn der Nachweis der Couleurverwendung erbracht, wenn also der Betheiligte entweder auf frischer That ertappt wurde, oder ein Geständniß abgelegt hat oder sonst überwiesen worden ist. Uebrigens ist vom technischen Standpunkt aus die Biercouleur entbehrlich. Die dunkle Farbe des Bieres kann nach einem mir vorliegenden technischen Gutachten auch noch auf andere Weise erzielt werden, nämlich durch eine Mischung von Karamelmalz und sogenanntem karamelisirtem Malz; es sind das feinere Farbmalzarten, die seit langer Zeit in England, seit einer Reihe von Jahren aber auch in Bayern in großen Mengen hergestellt und verwendet werden. Hiebei bemerke ich, daß in Bayern reines Farbmalz — und hierzu gehören die erwähnten Farbmalzarten — niemals als Surrogatstoff im Sinne des Art. 7 des bayerischen Malzsteuergesetzes angesehen worden ist.

In der Abhandlung des Dr. Struve (Seite 36) ist ferner gesagt, daß behauptet werde, daß die Steuerbehörde einen nachträglichen Zuckerzusatz zu dem Münchener obergährigen Weißbier gestatte. Mit dieser Behauptung verhält es sich ebenso, wie mit der vorhin besprochenen. Nach Art. 7 des bayerischen Malzsteuergesetzes ist die Verwendung von Zucker (Farinzucker 2c.) bei der Bereitung von Weißbier untersagt. Damit ist der Standpunkt der bayerischen Regierung klar vorgezeichnet, die selbstverständlich auf diesem Standpunkt steht. Daß hieran auch festgehalten wird, ergiebt sich aus einem Urtheil eines bayerischen Landgerichts aus neuester Zeit (Ende Juli 1899), wonach ein Weißbierbrauer, der nachweislich Farinzucker verwendet hatte, wegen Uebertretung des Nahrungsmittelgesetzes und des bayerischen Malzsteuergesetzes in die gesetzliche Strafe verurtheilt wurde. Es liegt auch eine reichsgerichtliche Entscheidung aus dem Jahre 1884 vor, die sich in der gleichen Richtung bewegt. Uebrigens sind die bayerischen Steuerbehörden erst in neuerer Zeit wieder angewiesen worden, auch diesem Punkte ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden. Die Verwendung von Farinzucker bei der Bereitung von obergährigem Bier ist nach technischem Gutachten unnöthig: Dr. Struve hat in seiner Abhandlung (Seite 37) selbst darauf hingewiesen. Neben dem dort bezeichneten Mittel kann auch durch Bierwürze der gleiche Zweck erreicht werden, wie durch einen Zusatz von Zucker.

Der Standpunkt der bayerischen Regierung ist nach dem Gesagten ein vollkommen korrekter, dem Gesetze entsprechender."

Einer eingehenden Erörterung wurde in der Kommission die Frage unterzogen, welche Wirkungen die Staffelung der Biersteuer in der Brausteuergemeinschaft voraussichtlich haben würde.

Der bayerische Bundesrathsbevollmächtigte, zu einer Aeußerung über die Staffelsteuer in Bayern von einem Kommissionsmitgliede veranlaßt, erklärte in dieser Richtung, daß in Bayern der Hauptgrund für die Staffelung die ungünstige Lage der mittleren Brauereien gewesen sei. Die Verhältnisse dieser Betriebe hätten sich auch seit der Einführung der Staffelung thatsächlich gebessert. Ein großer Theil der mittleren Brauereien, aber auch viele Kleinbetriebe hätten die Ersparungen an Steuer zu Betriebsverbesserungen verwendet. Die Staffelung habe also in Bayern ihren Hauptzweck erreicht. Allerdings müsse auch er zugeben, daß durch die Staffelung allein die kleinen Betriebe auf die Dauer nicht gegen die Konkurrenz der Großbrauereien geschützt werden können.

Demgegenüber wurde von einem Mitgliede der Kommission bemerkt, es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die kleineren Betriebe unter der Konkurrenz der Großbetriebe zu leiden haben. Diese Thatsache, die nicht nur im Braugewerbe, sondern in sehr vielen anderen Gewerben zu verzeichnen sei, könne aber durch eine Abänderung des Brausteuergesetzes, wie ja auch von anderer Seite anerkannt werde, nicht aus der Welt geschafft werden. Andererseits müsse zugegeben werden, daß sogenannte Produktionssteuern von den Kleinbetrieben noch schwerer empfunden würden, wie von den größeren Unternehmungen. Das treffe für das Braugewerbe umsomehr zu, als nicht bestritten werden könne, daß die Ausbeute aus dem Malz bei guten und entsprechend großen Betriebseinrichtungen eine höhere sei, wie in den kleinen Brauereien, welche zum Theil mit mangelhaften oder veralteten Einrichtungen versehen sind. Dieser Nachtheil würde noch dadurch verstärkt, daß diese Brauereien auch nicht immer in der Lage seien, so gutes Rohmaterial zu verarbeiten, wie die Großbrauereien. Insoweit also die Brausteuer für die verschiedenen Gruppen von Brauereien eine ungleiche Belastung herbeiführe, erschiene auch die Forderung berechtigt, diese Verschiedenheit durch eine Abstufung der Steuer nach unten auszugleichen. Eine Ansicht, die schon im Jahre 1886 vom Redner vertreten worden sei, also lange bevor in Bayern zum ersten Mal die Staffelbesteuerung eingeführt wurde. Es sei auch ganz erklärlich, daß die Kleinbrauereien die Gelegenheit benutzen, um ihren Bestrebungen in dieser Beziehung Anerkennung zu verschaffen, umsomehr, als ja der preußische Finanzminister ihrem Ansinnen geneigt scheine und die Staffelbesteuerung neuerdings auch in Baden und Württemberg eingeführt worden sei. Wenn nun auch die Frage der Staffelbesteuerung mit dem Surrogatverbot eigentlich nichts zu thun habe, empfehle sich doch deren Erledigung mit der Einführung des allgemeinen Surrogatverbotes. Es sei ja zwar nicht zu erwarten, daß damit die Kleinbrauereien in ihrer Existenz gesichert würden. Denn das sei und könne auch nicht der Fall sein, wenn man nicht etwa zu einer Besteuerung der Großbetriebe übergehen wolle, wie man dies jetzt den Waarenhäusern gegenüber zu thun im Begriffe sei. Eine Staffelsteuer, wie sie in Bayern, Baden und Württemberg bestehe, bei der es sich um eine Steigerung des Steuersatzes für die großen Brauereien um 20 bis 30 Prozent gegenüber dem Satz für die kleinsten Brauereien handele, würde niemals die Existenz dieser Brauereien zu sichern im Stande sein. Denn für Brauereien, die zum Beispiel jährlich nicht mehr als 500 Centner Malz verbrauchen, mache die Ermäßigung in den genannten Staaten jährlich höchstens 500 bis 700 ℳ aus, ein Betrag, der nicht viel mehr sei als die Hälfte des Tagelohnes eines einzelnen Arbeiters. Bei Brauereien, die eine größere Ausdehnung haben, könne die Steuerermäßigung einen solchen Erfolg ebensowenig haben, weil ja in Folge der Staffelung mit der zunehmenden Größe die Ermäßigung des Steuersatzes sich verringere. In Norddeutschland, wo der Steuersatz an sich erheblich geringer als im Süden sei, würde der Vortheil für die Kleinbrauereien noch weniger ins Gewicht fallen. Das wüßten auch die Kleinbrauereien sehr wohl, deshalb verlangen sie einen Aufschlag für die großen gegenüber dem Steuersatz für die kleinen Brauereien, welcher sich nicht auf 20–30 Prozent, sondern auf nahezu 200 Prozent belaufe.

Wenn der Vertreter der bayerischen Regierung den Erfolg der bayerischen Staffelsteuer gerühmt habe, so könne dem nicht ohne Weiteres zugestimmt werden. Allerdings sei von Seiten der bayerischen Regierung wiederholt behauptet worden, durch das Steuergesetz vom Jahre 1889 wären die Verhältnisse für die kleineren Brauer wesentlich gebessert, sie seien konkurrenzfähiger geworden. Wie in der Kommission, so habe dies der Vertreter der bayerischen Regierung auch in der von ihm verfaßten und im „Finanz-Archiv, Zeitschrift für das gesammte Finanzwesen", 14. Jahrgang, zum Abdruck gebrachten Broschüre behauptet. Diese Schrift sei aber nur hervorgerufen worden durch die kurz vorher erschienene Abhandlung eines anderen bayerischen Sachverständigen, des Königlichen Oberzollinspektors Franz Graf in Passau über die gleiche Frage. In letzterer Schrift werde offen anerkannt, daß der bayerische Versuch gerade in Bezug auf die Kleinbrauer Fiasko gemacht habe. Denn in den 5 Jahren nach Einführung der Staffelsteuer (1890—1894) sei nicht nur die Zahl der Brauer, sondern auch das von diesen verbraute Malzquantum wesentlich zurückgegangen; ja, zum Theil in noch höherem Maße, als dies früher der Fall war. Herr Graf beziffere das im Durchschnitt der 5 Jahre vor Einführung der Staffelsteuer von 12 284 Kleinbrauern jährlich verarbeitete Quantum auf 2 257 651 hl Malz gegen 2 106 054 hl im Durchschnitt der 5 Jahre nach Einführung der Staffelsteuer, an welch' letzterem Quantum 11 843 Brauer betheiligt waren, so daß also die Abnahme 151 597 hl und die Abnahme der Brauer 441 per Jahr beträgt. Allerdings gebe auch Graf zu, daß die sogenannten Mittelbrauer einen kleinen Aufschwung erfahren hätten, sowohl nach der Zahl wie nach dem verbrauten Quantum, indem das letztere innerhalb dieser Zeit von 1 762 869 auf 1 950 867 hl gestiegen sei. Wenn man sich aber vergegenwärtige, daß der Aufschwung des Braugewerbes innerhalb dieser Zeit auch in Bayern ein sehr bedeutender gewesen, daß die Konkurrenz der Groß-Brauereien durch den enorm gestiegenen Export theilweise abgelenkt worden und daß der Malzverbrauch der letzteren, deren Zahl ja eine viel geringere sei, von 1 977 487 hl auf 2 593 616 hl gestiegen sei, so werde man die Steigerung, welche die Produktion der Mittel-Brauer erfahren habe, keineswegs als ein günstiges Resultat der Staffelsteuer anführen können. Sobald erst einmal die Zunahme des Exports der bayerischen Groß-Brauereien, insbesondere nach Norddeutschland — ein Zeitpunkt, der bei Einführung eines Surrogatverbotes in Anbetracht der Entwickelung des norddeutschen Brauergewerbes gar nicht so fern liege — ins Stocken gerathe, dann würden diese Brauereien sich mit doppelter Kraft des Inlandskonsums zu bemächtigen suchen und suchen müssen und dann würde es sich noch weit deutlicher zeigen, wie wenig die bayerische Brausteuerpolitik geeignet gewesen sei, einen Schutz für die Klein- und Mittel-Brauer zu gewährleisten. Im Uebrigen komme es ja für die Existenzfrage der Mittel-Brauereien nicht nur darauf an, ob sie an Zahl oder an verbrauchter Malz-

menge eine Steigerung aufzuweisen haben, sondern darauf, ob die Staffelsteuer ihre Rentabilität gegenüber der Groß-Brauerei nennenswerth gesteigert habe, was bestritten werden müsse. Auch der Vertreter der bayerischen Regierung habe nicht bestreiten können, daß die Zahl der kleineren Brauereien und deren Produktion immer weiter zurückgegangen sei. Nur habe er gemeint, daß auch diese Brauereien ihre erzielten Ersparungen zu Betriebsverbesserungen benutzt hätten und daß dadurch eine Verringerung des früheren Rückganges dieser Braustätten herbeigeführt worden sei; eine Ansicht, die allerdings auch der Herr Finanzminister Dr. Freiherr v. Riedel im Jahre 1893 im Reichstag und später im bayerischen Landtage vertreten habe, für die er aber den Beweis schuldig geblieben sei. Im Gegentheil habe der Herr Finanzminister v. Riedel — über diese seine Behauptung interpellirt — erklärt, daß sich seine Angaben nur auf 11 bayerische Steuerbezirke beziehen, während die andern 13 von ihm außer Acht gelassen seien. Auf diese Weise könne man allerdings alles Mögliche beweisen. Solche Beweisführung könne um so weniger als maßgebend erachtet werden, als es notorisch sei, daß in diesen nicht berücksichtigten 12 Bezirken die Zahl der Klein-Brauer und das von ihnen verbrauchte Malzquantum erheblich zurückgegangen sei. Eine neuerdings bekannt gewordene Statistik, welche bis zum Jahre 1896 reiche, beweise von Neuem, daß die Hoffnung der bayerischen Regierung in dieser Beziehung trügerisch sei. Aus dieser Statistik gehe nämlich hervor, daß der Antheil, welchen die kleinen Brauereien in Bayern an der gesammten Bierproduktion in den sieben Jahren vor Einführung der Staffelsteuer gehabt haben, sich durchschnittlich auf 38,94 %, in den sieben Jahren nach Einführung der Staffelsteuer sich aber nur auf 30,82 % beziffert habe. Auch der Antheil der Mittel-Brauer, d. h. derjenigen Brauer, welche 2 bis 10 000 hl Malz verbrauchen, sei nicht gestiegen, sondern noch zurückgegangen. Er habe in den sieben Jahren vor dem Staffelsteuergesetz 30,04 % und in den sieben Jahren nach Einführung dieses Gesetzes durchschnittlich nur 29,30 % betragen. Dagegen sei der Antheil der bayerischen Groß-Betriebe in diesem selben Zeitraum durchschnittlich von 31,02 % auf 39,95 % gestiegen. Aus all diesem gehe deutlich hervor, daß der Uebergang vom Klein- zum Großbetriebe, der sich auch im Braugewerbe immer mehr bemerkbar mache, mit solchen Mitteln nicht aufgehalten werden könne. Die Großbetriebe verfügen eben über größere Betriebskapitalien und bessere Einrichtungen, sie können sich alle Erfindungen der Neuzeit zu Nutze machen, die besten technischen Beamten anstellen — lauter Vortheile, die durch keine Staffelung der Brausteuer ausgeglichen werden können. Es komme hinzu, daß nicht nur die großen Brauereien selbst, sondern noch mehr die Konsumenten zu dieser Entwickelung beitrügen. Der Geschmack der letzteren sei nach und nach verfeinert worden und man lege immer mehr Werth auf gleichmäßig gute und beste Biere. Die Herstellung solcher Biere sei aber auf die Dauer nur mit Hülfe der neuesten Einrichtungen und Nutzbarmachung der Erfindungen der Neuzeit möglich, was für kleinere Betriebe, auch wenn man ihnen die Steuer ganz erlassen würde, ausgeschlossen sei. Eine Staffelbesteuerung, wie sie in Süddeutschland eingeführt sei, könne deshalb nichts Anderes wie einen Akt der Gerechtigkeit bedeuten und aus diesem Grunde empfehle sich deren Durchführung auch für das Gebiet der Brausteuergemeinschaft.

Von dem königlich bayerischen Bundesrathsbevollmächtigten wurde hierauf erwidert, er vermöge diese Ausführungen, soweit sie sich auf die Wirkung der Staffelung in Bayern beziehen, nicht als zutreffend anzuerkennen. Die Schlußfolgerung seiner im Finanzarchiv von G. Schanz veröffentlichten Abhandlung „Die bayerische Malzaufschlagnovelle von 1889 und ihre Wirkungen", daß die Staffelung des Steuersatzes im Großen und Ganzen auch bei den Kleinbrauereien eine gute Wirkung gehabt habe, stütze sich auf eine genaue Kenntniß aller einschlägigen Verhältnisse. In dieser Abhandlung habe er auch nachgewiesen, daß der bayerische Oberzollinspektor Graf bei der Besprechung der Wirkungen der erwähnten Novelle auf die Kleinbrauereien verschiedene wichtige Umstände außer Acht gelassen habe und daß diese Unterlassungen die von ihm gezogenen Schlüsse als unhaltbar erscheinen ließen. Auf die Einzelheiten dieser ganzen Frage jetzt einzugehen, möchte er vermeiden, weil sich die Diskussion sonst auf Punkte erstrecken würde, die mit dem Gegenstande der Berathung in keinem Zusammenhange ständen.

Seine Anschauung, daß die bayerischen Kleinbrauereien die durch die Staffelung des Steuersatzes erzielten Ersparungen vielfach zu Betriebsverbesserungen benützt hätten, beruhe auf den Erfahrungen, die er bei seinem langjährigen persönlichen Verkehr mit vielen Kleinbrauern, zu dem er in seiner beruflichen Thätigkeit Veranlassung habe. Ueberdies seien ihm aber die gleichen Mittheilungen auch von den Vorständen der beiden brautechnischen Versuchsanstalten in Nürnberg und Weihenstephan gemacht worden, die täglich mit Kleinbrauern verkehren und deren Verhältnisse genau kennen.

Wenn aus einer Aeußerung des Herrn Finanzministers Dr. Freiherrn v. Riedel, daß in 11 bayerischen Hauptzollamtsbezirken eine günstige Wirkung der Staffelsteuer auf die Kleinbrauereien wahrnehmbar sei, der Schluß gezogen werden wolle, daß in den übrigen 13 Hauptzollamtsbezirken die günstige Wirkung ausgeblieben sei, so müsse er dem gegenüber bemerken, daß in jenen 11 Bezirken eben der Kleinbetrieb vorherrschend sei, während in den anderen Bezirken der Groß- und Mittelbetrieb vorherrsche, auf den einzugehen der Herr Finanzminister nach der an ihn gestellten Anfrage keinen Anlaß gehabt habe. Diese Aeußerung könne also nicht als Beweismittel gegen die gute Wirkung der Staffelsteuer auf die bayerischen Kleinbrauereien angeführt werden.

Die nur bis zum Jahre 1896 reichende Statistik könne für den Nachweis des Rückganges der Kleinbrauereien nicht als genügend angesehen werden. Die amtliche Statistik aus den späteren Jahren habe er zwar nicht zur Hand, er erinnere sich aber, daß in den folgenden Jahren wieder eine Zunahme der Kleinbetriebe stattgefunden habe.

Allerdings müsse er zugeben, daß die Staffelsteuer unmöglich eine völlige Aenderung derjenigen Verhältnisse herbeiführen könne, welche den Großbetrieben ihre bevorzugte Stellung im Wettbewerbe gegeben haben. Er sei auch überzeugt, daß selbst die gänzliche Befreiung der Mittel- und Kleinbetriebe von der Steuer kaum eine wesentliche Besserung in der Stellung derselben gegenüber den Großbetrieben herbeiführen werde. Dies habe er auch in der mehrfach erwähnten Abhandlung ausdrücklich anerkannt.

Der Vertreter der bayerischen Regierung theilte sodann aus dieser Abhandlung noch die auf den Rückgang der Brauereien in einzelnen Staaten bezüglichen Zahlen für das Jahrzehnt 1885/94 mit. Der Rückgang hat in diesem Zeitraum betragen:

in Bayern	6,2	Prozent
im Brausteuergebiet . .	22,5	=
in Württemberg . . .	43,6	=
= Baden	28,3	=
= Oesterreich-Ungarn . .	13,6	=
= England	36,8	=

aller Betriebe. Aehnliche Prozentverhältnisse berechnen sich auch für Elsaß-Lothringen, für die Schweiz und für die Vereinigten Staaten. Bei der Berechnung sind alle Betriebsstätten, gleichviel ob sie untergähriges oder obergähriges Bier erzeugen, in Ansatz gebracht, weil nicht überall bei Aufstellung der Statistik eine Ausscheidung nach diesen Biergattungen vorgenommen wird.

Gegenüber der Behauptung, daß die kleinen Brauereien schon deshalb mehr zurückgehen, weil sie nicht im Stande seien, Bier von so guter Beschaffenheit herzustellen, wie die Großbetriebe, bemerkte der bayerische Bundesrathsbevollmächtigte, daß er dieser Anschauung, soweit bayerische Kleinbrauereien in Betracht kämen, widersprechen müsse. Es seien ihm viele Kleinbetriebe in Bayern bekannt, welche Bier erzeugen, das an Güte dem Biere der Großbrauereien völlig gleichstehe. In Norddeutschland und auch anderwärts würde wohl das Gleiche der Fall sein. Die zur Begründung des Rückganges der obergährigen Brauereien hervorgehobene Veränderung der Geschmacksrichtung des Publikums sei auch ihm bekannt. Er habe diesen Umstand in seiner Abhandlung deswegen nicht besonders hervorgehoben, weil auch in Bayern eine verhältnißmäßig große Anzahl von Weißbierbrauereien, die nur obergähriges Bier erzeugen, vorhanden sei; nach der Statistik für das Jahr 1897 habe die Zahl dieser Brauereien 1507 betragen.

Von einem Mitgliede der Kommission wurde sodann darauf hingewiesen, daß nach der amtlichen Statistik in Bayern gerade in den letzten Jahren bei einzelnen Kategorien der Klein- und Mittelbrauereien eine Vermehrung der Betriebe zu konstatiren sei. So hätte z. B. betragen die Anzahl der Betriebe:

	1894	1898
mit einem Malzverbrauche bis 100 hl . .	6254	6460
mit einem Malzverbrauche von 2001 bis 3000 hl . .	227	240
mit einem Malzverbrauche von 5001 bis 6000 hl . .	30	54

Dagegen sei die Anzahl der Brauereien mit einem Malzverbrauche von 20 001 bis 40 000 hl von 29 im Jahre 1897 auf 26 im Jahre 1898 zurückgegangen. Aus diesen Zahlen sei aber doch wohl auf eine günstige Wirkung der Staffelung in Bayern zu schließen.

Gegen die Staffelung der Biersteuer wurde schließlich noch geltend gemacht, daß dieselbe eine Erhöhung der Steuer für die größeren Betriebe in sich schließen und deshalb eine Vertheuerung des Bieres für die große Masse des Volkes zur Folge haben werde.

Es wurde hierauf beantragt, der dem Plenum vorzuschlagenden Resolution folgende Fassung zu geben:

Der Reichstag wolle beschließen:

Antr. 3. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen bestimmt wird, daß zur Bereitung von Bier, welches nicht nachweislich für den Export bestimmt ist, andere Stoffe als Malz, Hopfen, Hefe und Wasser nicht verwendet werden dürfen, daß jedoch ein Zusatz von Stärkezucker, Stärkesyrup und Zuckercouleur gestattet sein soll bei der Bereitung von obergährigen und sogenannten einfachen Bieren, sofern diese Biere unter einer Bezeichnung zum Verkauf gebracht werden, aus welcher die Konsumenten den Zusatz der vorerwähnten Stoffe erkennen können.

Von anderer Seite wurde beantragt, diese Resolution wie folgt zu fassen:

Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag Antr. 4.
baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen bestimmt wird, daß zur Bereitung von untergährigem Bier, welches nicht ausschließlich für den Export bestimmt ist, andere Stoffe als Malz, Hopfen, Hefe und Wasser und ebenso zur Bereitung von obergährigem und einfachem Bier andere Stoffe als Malz, Hopfen, Hefe, Zucker, Syrup, Zuckercouleur und Wasser nicht verwendet werden dürfen. Biere, welche Zucker, Syrup oder Zuckercouleur enthalten, dürfen nur mit der ausdrücklichen Bezeichnung als „obergähriges oder einfaches Bier" zum Verkauf gebracht werden.

Schließlich wurde noch beantragt, in dem vorstehenden Antrag 3 nach den Worten „daß jedoch" die Worte einzuschalten:

„während einer Uebergangszeit von 3 Jahren". Antr. 5.

Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung wurde der Antrag 3 mit den in den Anträgen 1 und 5 vorgeschlagenen Ergänzungen mit 12 gegen 3 Stimmen angenommen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, wurde hierbei unter allgemeiner Zustimmung konstatirt, daß die Worte „entsprechende Erhöhung" im Antrag 1 lediglich die Bedeutung haben, daß bei der Staffelsteuer die Erhöhung nach oben hin die Ermäßigung bei den Kleinbetrieben nicht überschreiten dürfe, so daß eine Erhöhung des Gesammt-Steueranfalles bei Einführung der Staffelsteuer ausgeschlossen ist.

Die eingegangenen **Petitionen** sprechen sich zum größten Theil für ein unbedingtes Surrogatverbot aus, zum Theil lassen sie die Frage, ob ein solches Verbot zu erlassen sei oder nicht, unentschieden, verlangen aber im Falle des Erlasses eines Verbotes eine Staffelung der Steuer, zum Theil bitten sie um eine Beschränkung des Verbotes auf die untergährigen Brauereien, einige erklären sich auch gegen jedes Surrogatverbot bezw. verlangen die Freigabe von Stärkesyrup, Stärkezucker und Zuckercouleur.

Die Kommission beschloß, die Petitionen durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt zu erklären.

Anträge der Kommission:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. der von den Abgeordneten Dr. Paasche, Roesicke (Dessau) und Genossen beantragten Resolution — Nr. 149 der Drucksachen — in der aus der anliegenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung die Zustimmung zu ertheilen;
2. die beim Reichstag zu dieser Resolution eingegangenen Petitionen durch die Beschlußfassung zu der Resolution für erledigt zu erklären.

Berlin, den 1. Mai 1900.

Die XII. Kommission.

Dr. **Paasche**, Vorsitzender. **Speck**, Berichterstatter. Prinz **v. Arenberg**. **Beck** (Aichach). **Biesenbach**. **Boerner**. **Broemel**. **Gamp**. **Hartmann**. **Hoffmann** (Ellwangen). **Herold**. Dr. **Hermes**. **Kettner**. **Meister**. **Müller** (Waldeck). **v. Queis**. **Roesicke** (Dessau). **Schmidt** (Frankfurt). Graf **v. Schwerin-Löwitz**. Freiherr **v. Wangenheim** (Pyritz). **Wurm**.

Zusammenstellung

des

Antrages der Abgeordneten Dr. Paasche, Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 149 der Drucksachen —

mit den Beschlüssen der XII. Kommission.

Antrag.

Resolution

zur

zweiten Berathung des Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1899.

Zölle und Verbrauchssteuern. Einnahme Kapitel 1 Titel 6.

Dr. **Paasche. Roesicke** (Dessau) und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Verwendung von Surrogaten und der Zusatz von Süßstoffen und sogenannten Konservirungsmitteln bei der Bierbereitung in der Brausteuergemeinschaft verboten wird.

Beschlüsse der Kommission.

Resolution

zur

zweiten Berathung des Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1899.

Zölle und Verbrauchssteuern. Einnahme. Kapitel 1 Titel 6.

Dr. **Paasche. Roesicke** (Dessau) und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen **unter gleichzeitiger Herabsetzung der Steuer für die kleineren und mittleren und entsprechender Erhöhung für die größeren Brauereien bestimmt wird, daß zur Bereitung von Bier, welches nicht nachweislich für den Export bestimmt ist, andere Stoffe als Malz, Hopfen, Hefe und Wasser nicht verwendet werden dürfen, daß jedoch während einer Uebergangszeit von drei Jahren ein Zusatz von Stärkezucker, Stärkesyrup und Zuckercouleur gestattet sein soll bei der Bereitung von obergährigen und sogenannten einfachen Bieren, sofern diese Biere unter einer Bezeichnung zum Verkaufe gebracht werden, aus welcher die Konsumenten den Zusatz der vorerwähnten Stoffe erkennen können.**

Anlage A.

Vergl. S. 5110.

Berlin, den 25. Januar 1900.

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich die Beantwortung der mir mitgetheilten Fragen, betreffend die Verwendung von Surrogaten in den Brauereien der norddeutschen Brausteuergemeinschaft, in der Anlage zu übersenden.

Der Reichskanzler.

In Vertretung:

Thielmann.

An

den Vorsitzenden der XII. Kommission des Reichstags

Herrn Dr. Paasche

Hochwohlgeboren.

1. Aus welchen einzelnen Surrogatarten bestehen die in der Statistik des Deutschen Reichs zusammen angegebenen Gruppen, und welche Mengen kommen auf jede Art?

Das Reichsschatzamt besitzt keine anderen als die in der Statistik des Deutschen Reichs enthaltenen und veröffentlichen Nachweise. Eine nähere Spezifikation, wie sie die Frage 1 verlangt, kann deshalb nicht gegeben werden.

2. Wieviel ober- und wieviel untergährige Brauereien im norddeutschen Brausteuergebiete verwenden Surrogate?

und

3. Was für Arten von Surrogaten verbrauchen die unter 2 angegebenen Brauereien?

Die beiden Fragen können aus dem zu 1 angegebenen Grunde nicht für ober- und untergährige Brauereien getrennt beantwortet werden. Für beide Arten von Brauereien zusammengenommen liegen folgende neuesten Mittheilungen vor (vergl. Statistik des Deutschen Reichs, Vierteljahrshefte 1899 S. IV 156 — Uebersicht II der Brauereistatistik):

Direktiv-Bezirke	Im Rechnungsjahr 1898 im Betriebe gewesene Brauereien	Davon verwendeten Surrogate: Anzahl der Brauereien	Davon verwendeten Surrogate: Prozent der Brauereien in Spalte 2	Die in Spalte 3 angegebenen Brauereien verbrauchten im Rechnungsjahr 1898 an Surrogaten: Reis dz	Stärke, Stärkemehl und Dextrin dz	Zucker aller Art dz	Syrup aller Art dz	Sonstige Malzsurrogate dz	an Getreide: geschrotetes Gerstenmalz dz	geschrotetes Weizenmalz dz	sonstiges Getreide dz	überhaupt dz
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.
Ostpreußen	174	83	47,70	7 425	.	241	1	504	256 166	759	65	256 990
Westpreußen	94	76	80,85	4 115	.	390	1	415	147 381	98	.	147 479
Brandenburg	582	380	65,29	1 881	.	17 761	1 262	1 955	1 046 420	173 358	294	1 220 072
Pommern	209	127	60,77	8 221	.	619	95	629	146 461	511	.	146 972
Posen	141	91	64,54	826	.	106	11	533	93 165	10 249	.	103 414
Schlesien	687	378	55,02	3 056	.	1 051	13	2 435	550 223	242	.	550 465
Sachsen	510	313	61,37	1 747	.	3 854	52	2 024	468 205	5 918	1 851	475 974
Schleswig-Holstein	558	156	27,96	2 488	.	2 049	.	550	237 523	7	.	237 530
Hannover	360	116	32,22	11 996	.	409	52	410	289 934	1 614	.	291 548
Westfalen	744	61	8,20	8 775	.	103	.	126	704 101	69	12	704 182
Hessen-Nassau	236	42	17,80	5 073	.	814	1	40	416 872	246	10	417 128
Rheinland	782	282	36,06	33 107	.	2 078	13	721	997 191	2	1 532	998 725
Hohenzollern	194	9	4,64	292	.	.	.	.	29 433	.	.	29 433
Königreich Preußen	5 271	2 114	40,11	89 002	.	29 475	1 501	10 342	5 383 075	193 073	3 764	5 579 912
Sachsen	677	453	66,91	1 053	3	2 341	30	3 798	764 545	385	867	765 797
Hessen	146	24	16,44	2 789	.	3	.	.	291 657	.	25	291 682
Mecklenburg	293	134	45,73	4 310	.	508	48	189	74 385	15	.	74 400
Thüringen einschließlich Allstedt	669	241	36,02	483	.	466	4	500	481 741	280	8	482 029
Oldenburg	64	12	18,75	591	.	27	.	10	40 820	3	.	40 823
Braunschweig	64	45	70,31	315	.	338	5	494	109 351	537	.	109 888
Anhalt	68	57	83,82	99	.	924	.	320	86 365	235	.	86 600
Lübeck	22	18	81,82	.	.	30	.	125	21 175	.	.	21 175
Bremen	15	13	86,67	1 967	.	986	.	122	59 232	.	.	59 232
Hamburg	23	16	69,57	1 645	.	1 622	18	1 113	132 637	191	.	132 828
Ueberhaupt	7 312	3 127	42,77	102 254	3	36 720	1 606	17 013	7 444 983	194 719	4 664	7 644 366

4. Welche Ausdehnung haben die Brauereien, welche Surrogate verwenden?

Hierüber sind Nachweise nicht vorhanden. In der Uebersicht III der Brauereistatistik (für 1898 vergl. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1899 S. IV 158/160) werden die Brauereien zwar nach ihrem Betriebsumfange (maßgebend ist der Betrag der entrichteten Steuer) unterschieden; dabei ist aber nicht ersichtlich, welche Braustoffe sie verwendet haben.

5. Wieviel Brauereien sind im norddeutschen Brausteuergebiete vorhanden, welche ober- und untergährige Biere zugleich brauen?

6. Wieviel von den zu 5 angegebenen Brauereien verwenden Surrogate und was für welche?

Die Statistik unterscheidet die Bierbrauereien bei der Untereintheilung in gewerbliche und nicht gewerbliche danach, ob sie vorwiegend ober- oder untergähriges Bier hergestellt haben. Für das Rechnungsjahr 1898 liegen in dieser Hinsicht folgende Angaben vor (vergl. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1890 S. IV 216 12. bis 16. Spalte der Uebersicht I):

Direktiv-Bezirke	Im Rechnungsjahr 1898 im Betriebe gewesene Brauereien	Davon haben vorwiegend bereitet			
		obergähriges Bier		untergähriges Bier	
		gewerbliche Brauereien	nicht gewerbliche Brauereien	gewerbliche Brauereien	nicht gewerbliche Brauereien
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Ostpreußen	174	117	6	51	.
Westpreußen	94	30	.	64	.
Brandenburg	582	443	2	137	.
Pommern	209	67	67	75	.
Posen	141	82	1	58	.
Schlesien	687	467	.	220	.
Sachsen	510	325	11	174	.
Schleswig-Holstein	558	270	233	55	.
Hannover	360	132	131	97	.
Westfalen	744	521	17	206	.
Hessen-Nassau	236	29	1	206	.
Rheinland	782	396	10	376	.
Hohenzollern	194	72	.	122	.
Königreich Preußen	5 271	2 951	479	1 841	.
Sachsen	677	431	.	246	.
Hessen	146	4	.	142	.
Mecklenburg	293	61	194	38	.
Thüringen einschließlich Allstedt	669	163	.	506	.
Oldenburg	64	47	.	17	.
Braunschweig	64	37	.	27	.
Anhalt	68	50	.	18	.
Lübeck	22	17	1	4	.
Bremen	15	4	.	11	.
Hamburg	23	11	.	12	.
Ueberhaupt	7 312	3 776	674	2 862	.
		oder in Prozenten			
	100,00	51,64	9,22	39,14	.

Wegen der Surrogatverwendung in den Brauereien vergleiche die zu Frage 2 und 3 aufgestellte Uebersicht, Spalten 3 bis 9.

7. Wie vertheilt sich der Surrogatverbrauch auf die einzelnen Staaten und Provinzen?

Vergleiche die zu Frage 2 und 3 aufgestellte Uebersicht, Spalten 5 bis 9.

8. Wieviel Stärkezucker wird produzirt und auf wie hoch beläuft sich der Kartoffelverbrauch hierzu?

Von den Inhabern der Stärkezuckerfabriken sind gemäß der Vorschrift in §. 82 der Ausführungsbestimmungen zum Zuckersteuergesetz (Centralblatt für das Deutsche Reich f. 1896 S. 231 ff.) auf Grund der Fabrikbücher nach vorgeschriebenem Muster Jahresnachweisungen über die Produktion von Stärkezucker aufzustellen, welche die Grundlage für die betreffende, in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs erfolgende Veröffentlichung bilden. Eine Spalte für den Kartoffelverbrauch ist in dem vorgedachten Muster nicht vorgesehen. Es kann angenommen werden, daß zur Herstellung eines Doppelzentners fester Stärkezucker durchschnittlich etwa 7 dz und eines Doppelzentners Stärkezuckerprodukte überhaupt durchschnittlich höchstens 5 dz Kartoffeln erforderlich sind.

A. Stärkezucker-Produktion im deutschen Zollgebiete während des

Direktiv-Bezirke	Zahl der im Betriebe gewesenen Stärkezucker-fabriken	Menge der zu Stärkezucker			
		Selbstfabrizirte Stärke		Angekaufte Stärke	
		nasse	trockene	nasse	trockene
		dz. n.	dz. n.	dz. n.	dz. n.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Brandenburg	10	171 636	21	274 702	5 711
Pommern	2	10 484	349	30 888	21
Posen	3	107 923	800	41 669	.
Schlesien	3	46 969	4 117	17 278	3 812
Sachsen und Hannover	4	8 464	4 887	6 974	1 078
Königreich Preußen	22	345 476	10 174	371 511	10 622
Hessen und Elsaß-Lothringen	2	.	.	460	9 777
Mecklenburg	2	30 215	.	4 980	.
Ueberhaupt	26	375 691	10 174	376 951	20 399

B. Stärkezucker-Produktion im deutschen Zollgebiet

Betriebsjahr					
1889/90	30	287 030	28 150	512 200	28 520
1890/91	29	175 240	14 880	349 010	99 020
1891/92	26	77 000	7 470	133 080	25 590
1892/93	31	224 330	17 600	302 400	20 850
1893/94	30	265 490	7 380	297 120	26 840
1894/95	31	163 720	1 170	323 870	54 710
1895/96	29	352 200	9 860	310 320	32 220
1896/97	27	305 350	13 570	388 420	26 010
1897/98	28	273 990	10 730	386 710	67 410
1898/99	26	375 690	10 170	376 950	20 400

Betriebsjahrs $\frac{\text{1. August 1898}}{\text{31. Juli 1899}}$ (vergl. $\frac{\text{Vierteljahrsheft}}{\text{1899}}$ u. s. w. S. IV. 178).

verarbeiteten Stärke		Stärkezucker-Produktion				Für die Menge in Spalte 12 berechnet sich der Kartoffelverbrauch auf	Bemerkungen.
Ueberhaupt Stärke							
nasse	trockene	Stärkezucker in fester Form	Stärkezucker-Syrup	Couleur	Summe aller Produkte		
dz. n.	dz. n.	dz. n.	dz. n.	dz. n.	dz. n.	dz. n.	
7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.
446 338	5 732	65 353	177 850	37 508	280 711		Der Berechnung in Spalte 13 wird die Annahme zu Grunde gelegt, daß zur Herstellung von 1 dz. Stärkezuckerprodukte 5 dz. Kartoffeln erforderlich sind.
41 372	370	3 496	22 772	313	26 581		
149 592	800	825	86 519	3 235	90 579		
64 247	7 929	3 792	41 081	2 431	47 304		
15 438	5 965	2 282	14 609	562	17 453		
716 987	20 796	75 748	342 831	44 049	462 628		
460	9 777	4 305	5 171	.	9 476		
35 195	.	1 908	21 620	.	23 528		
752 642	30 573	81 961	369 622	44 049	495 632	2 478 000	

in den zehn Jahren 1889/90 bis 1898/99.

799 230	56 670	175 800	346 840	27 480	550 120	2 751 000
524 250	113 900	107 750	278 070	43 580	429 400	2 147 000
210 080	33 060	35 530	116 530	19 780	171 840	859 000
526 730	38 450	86 870	281 290	30 620	398 780	1 994 000
562 610	34 220	79 160	264 570	36 990	380 720	1 904 000
487 590	55 880	68 670	247 470	33 790	349 930	1 750 000
662 520	42 080	95 410	316 680	37 160	449 250	2 246 000
693 770	39 580	63 140	348 750	41 830	453 720	2 269 000
660 700	78 140	75 270	354 130	42 070	471 470	2 357 000
752 640	30 570	81 960	369 620	44 050	495 630	2 478 000

9. Wieviel Kartoffeln sind erforderlich für den in den Brauereien des norddeutschen Brausteuergebiets verwendeten Stärkezucker und Stärkezuckersyrup einschließlich Couleur?

Wie zu 1 bemerkt worden, läßt sich nicht näher angeben, in welchem Verhältniß sich die in den Brauereien verwendeten und statistisch nachgewiesenen Mengen Zucker aller Art und Syrup auf Stärkezucker und Rübenzucker u. s. w. vertheilen. Es ist aber notorisch, daß dabei zum weitaus größten Theil Stärkezucker und Stärkezuckerprodukte in Betracht kommen.

Ginge man davon aus, daß die in Spalte 7 bis 9 der Uebersicht zu Frage 2/3 angegebenen Mengen

Zucker	36 720 dz
Syrup	1 606 „
Andere Malzsurrogate (vorzugsweise Couleur)	17 013 „

durchweg in Stärkezucker u. s. w. bestanden haben, so würde der zur Herstellung dieser Mengen erforderliche Kartoffelverbrauch auf höchstens 300 000 dz zu veranschlagen sein.

Die im Erntejahr 1898/99 zum Verbrauch verfügbar gewesene Kartoffelmenge (das ist die Ernte nach Abzug der neu erforderlichen Aussaat unter Berücksichtigung der Einfuhr und Ausfuhr) ist im Ganzen auf 257 061 600 dz angenommen (Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1899 Seite III. 72). Hiervon wurden, wie oben ermittelt, zur Stärkezuckerfabrikation überhaupt 2 478 000 dz oder 0,96 % verwendet. Wenn auf die Brauereien in der Gestalt von Stärkezucker u. s. w. ein Verbrauch von 300 000 dz entfällt, so würde dies 12,1 % der in die Stärkezuckerfabrikation gelangenden Kartoffelmengen und nur 0,1 % von der gesammten zum Verbrauch überhaupt verfügbar gewesenen Kartoffelmenge ausmachen.

Nr. 720.

Anträge

zur

zweiten Berathung

des

Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes

— Nr. 703a der Drucksachen —.

Müller (Waldeck). **Raab.** Der Reichstag wolle beschließen:

1. in **§. 7a** Zeile 5:
   anstatt des Wortes „jederzeit" zu setzen: „mit seiner Einwilligung";
2. in **§. 7a** Zeile 6:
   anstatt „der §§. 5e, 7 Abs. 1, 3, 4" zu setzen: „des §. 5c";
3. in **§. 63a** Abs. 3 Zeile 5:
   anstatt „§. 62 Abs. 3 findet" zu setzen: „§. 62 Abs. 3 und 4 finden".

Berlin, den 2. Mai 1900.

Nr. 721/722.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes — Nr. 703a der Drucksachen —.

Nr. 721. Freiherr **v. Stumm-Halberg.** Der Reichstag wolle beschließen:

1. im **§. 5a** Abs. 2 statt der Worte „so ist ff." zu setzen:
   „so kann für die Dauer dieser Hülflosigkeit die Rente bis zu hundert Prozent des Jahresarbeitsverdienstes erhöht werden".
2. im **§. 6** Ziffer 1 statt der Worte „der fünfzehnte Theil des nach §. 5b Abs. 1 bis 4 zu Grunde zu legenden Jahresarbeitsverdienstes" zu setzen: „das Zwanzigfache des nach §. 5b Abs. 1 bis 4 für den Arbeitstag ermittelten Verdienstes".
3. im **§. 6b** unter b statt „zwanzig Prozent" zu setzen: „fünfzehn Prozent".
4. im **§. 57** die beiden letzten Absätze zu streichen und den dritten Absatz der Regierungsvorlage wiederherzustellen.

5. den **§. 63c** der Regierungsvorlage wiederherzustellen;
6. im **§. 66a** folgende Ziffer 3 einzufügen:
   3. solange der Berechtigte freiwillig auf den Bezug der Rente verzichtet und mindestens denselben Lohn bezieht, wie vor dem Unfall. Erreicht dieser Arbeitsverdienst nicht den ortsüblichen Tagelohn, so ist dieser letztere Vorbedingung für das Ruhen der Rente.
7. im **§. 67** Abs. 2 dritte Zeile die Worte „auf seinen Antrag" zu streichen.
8. im **§. 76a** den zweiten Absatz zu streichen und die beiden letzten Absätze der Regierungsvorlage wiederherzustellen.
9. an Stelle des **§. 82** die Regierungsvorlage wiederherzustellen und dementsprechend in den §§. 83, 84, 85 und 85a überall statt „technische Aufsichtsbeamte" und „Rechnungsbeamte" zu setzen: „Beauftragte".

Nr. 722. Freiherr **v. Richthofen-Damsdorf.** Der Reichstag wolle beschließen:

nach **§. 7b** folgenden **§. 7c** einzufügen:

Durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde für ihren Bezirk oder eines weiteren Kommunalverbandes für seinen Bezirk oder Theile desselben kann bestimmt werden, daß solchen in diesem Bezirke wohnenden Personen, welchen wegen gewohnheitsmäßiger Trunksucht nach Anordnung der zuständigen Behörde geistige Getränke in öffentlichen Schankstätten nicht verabfolgt werden dürfen, die Rente in derjenigen Gemeinde, für deren Bezirk eine solche Anordnung getroffen ist, ihrem vollen Betrage nach in Naturalleistungen zu gewähren ist. Der Werth der Naturalleistungen wird nach Ortsdurchschnittspreisen (§. 3 Abs. 1) in Ansatz gebracht. Die statutarische Bestimmung bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde.

Der Anspruch auf Rente geht zu demjenigen Betrage, in welchem Naturalleistungen gewährt werden, auf den Kommunalverband, für dessen Bezirk eine solche Anordnung getroffen worden ist, über, wogegen diesem die Leistung der Naturalien obliegt.

Dem Bezugsberechtigten, auf welchen vorstehende Bestimmungen Anwendung finden sollen, ist dies von dem Kommunalverbande mitzutheilen.

Der Bezugsberechtigte ist befugt, binnen zwei Wochen nach der Zustellung dieser Mittheilung die Entscheidung der Kommunal-Aufsichtsbehörde anzurufen. Auf demselben Wege werden alle übrigen Streitigkeiten entschieden, welche aus der Anwendung dieser Bestimmungen zwischen den Bezugsberechtigten und dem Kommunalverbande entstehen.

Sobald der Uebergang des Anspruchs auf Rente endgültig feststeht, hat auf Antrag des Kommunalverbandes der Vorstand der Berufsgenossenschaft die Postverwaltung hiervon rechtzeitig in Kenntniß zu setzen.

Berlin, den 2. Mai 1900.

Nr. 723/724.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 703 der Drucksachen —.

Nr. 723. Freiherr **v. Stumm-Halberg.** Der Reichstag wolle beschließen:

den **§. 7a** zu streichen.

Nr. 724. **v. Waldow und Reitzenstein** und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

im **§. 20** Abs. 2 Zeile 2 bis einschließlich Zeile 5 (von „Wird jedoch" bis „beschlossen wird".) zu streichen.

Berlin, den 2. Mai 1900.

v. Waldow und Reitzenstein.

Graf v. Carmer. Dr. v. Frege-Weltzien. Fürst zu Inn- und Knyphausen. Dr. v. Levetzow. v. Normann. Dr. Oertel (Sachsen). Dr. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode. Weitzel v. Mudersbach. Will. v. Winterfeldt-Menkin.

Nr. 725.

Antrag.

Dr. **v. Levetzow** und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, spätestens Anfang der nächsten Session des Reichstags einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Besteuerung des Saccharins und ähnlicher Süßstoffe in einer der bestehenden Zuckersteuer und der Süßkraft der künstlichen Süßstoffe entsprechenden Höhe gesichert wird.

Berlin, den 2. Mai 1900.

Dr. v. Levetzow.

Graf v. Arnim. v. Blödau. Graf v. Carmer. v. Dewitz. Dörksen. Gäbel. Gräfe. Haake. Dr. Hahn. Henning. Himburg. Holtz. v. Kardorff. Lotze. Müller (Waldeck). Dr. Oertel (Sachsen). Pauli (Potsdam). v. Queis. Raab. Freiherr v. Richthofen-Damsdorf. Dr. Roesicke (Kaiserslautern). Scherre. v. Spiegel. v. Staudy. Dr. Stockmann. Freiherr v. Stumm-Halberg. Freiherr v. Wangenheim (Pyritz). Will. v. Winterfeldt-Menkin.

Nr. 726/727.
Mündliche Berichte.

Nr. 726. Der Kommission für die Geschäftsordnung,
betreffend

die Eingabe des Rechtsanwalts Dr. Link zu Zittau vom 9. April 1900, als Bevollmächtigter des Kaufmanns Richard Henke in Leutersdorf, um Ertheilung der Genehmigung zur Einleitung der Privatklage wider das Mitglied des Reichstages Fischer (Sachsen) wegen Beleidigung.

Antrag der Kommission:
Der Reichstag wolle beschließen:
die beantragte Genehmigung nicht zu ertheilen.

Berlin, den 27. April 1900.

Die Kommission für die Geschäftsordnung.

Singer, Vorsitzender. **Traeger**, Berichterstatter.

Nr. 727. Der Rechnungs-Kommission
über

die an dieselbe zurückverwiesene Uebersicht der Reichs-Ausgaben und Einnahmen für das Rechnungsjahr 1898 — Nr. 471 der Drucksachen —.

Berichterstatter: Abgeordneter Schwarze (Lippstadt).
Antrag der Kommission:
Der Reichstag wolle beschließen:
die im Bericht der Rechnungs-Kommission — Nr. 668 der Drucksachen — gestellten Anträge unverändert **anzunehmen.**

Berlin, den 2. Mai 1900.

Die Rechnungs-Kommission.

Dr. **Hasse**, Vorsitzender. **Schwarze** (Lippstadt), Berichterstatter.

Nr. 728.
Abänderungs-Anträge
zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 703a der Drucksachen —.

Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz.

Albrecht und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

1. im **§. 5a**:
   a) in Abs. 1 die Worte „vom Beginne der vierzehnten Woche nach Eintritt des Unfalls ab" zu streichen,
   b) eventuell in Abs. 1 statt „vom Beginn der vierzehnten Woche nach Eintritt des Unfalls" zu setzen:
      „vom Beginne der fünften Woche nach Eintritt des Unfalls ab",
   c) in Nr. 2 statt „der Erwerbsunfähigkeit" zu setzen: „des Schadens",
   d) Abs. 2 zu ersetzen durch: „Die Höhe der Rente ist nach den Vorschriften der §§. 249, 252, 842 bis 845, 847 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu bemessen."
   e) eventuell:
      A. im Abs. 2:
         1. in Ziffer a
            statt „sechsundsechzigzweidrittel Prozent" zu setzen: „hundert Prozent" und statt „Vollrente" zu setzen: „Arbeiterrente" und für den Fall der Ablehnung dieses Antrages: das Wort „Vollrente" durch „Höchstrente" zu ersetzen,
         2. in Ziffer a und b
            statt „Erwerbsunfähigkeit" zu setzen: „Erwerbsunfähigkeit in seinem Beruf";
      B. dem Abs. 2 zuzufügen:
         „Bei Bemessung des Grades der Erwerbsunfähigkeit ist auch auf die Erschwerung, in dem früheren Beruf Arbeit zu finden, Rücksicht zu nehmen."
   f) I. dem Abs. 5 folgende Fassung zu geben:
         „Völliger Erwerbsunfähigkeit steht der Umstand, daß der Verletzte aus Anlaß des Unfalls thatsächlich und unverschuldet arbeitslos ist, gleich."
      II. eventuell: das Wort „kann" zu ersetzen durch „muß".
2. **§. 5b**:
   a) in Abs. 1: die Worte „wobei der 1500 Mark übersteigende Betrag nur mit einem Drittel zur Anrechnung kommt" zu streichen,
   b) in Abs. 4 dem ersten Satz zuzufügen:
      „falls er 1 Mark 50 Pfennig oder mehr beträgt. Beträgt der ortsübliche Tagelohn weniger, so ist 1 Mark 50 Pfennig als Tagelohn zu Grunde zu legen."
   c) α) dem Abs. 4 folgenden Satz zuzufügen:
      „Bei solchen Personen jedoch, die wegen noch nicht beendigter Ausbildung keinen oder einen geringen Lohn bezogen haben, wird der Rente für die Zeit nach vollendetem sechszehnten Lebensjahre als Jahresarbeitsverdienst der Betrag zu Grunde gelegt, den während des letzten Jahres vor dem Unfalle ausgebildete Arbeiter derselben Art in demselben Betrieb oder in benachbarten gleichartigen Betrieben durchschnittlich bezogen haben."
      β) für den Fall der Ablehnung des vorstehenden Antrags:
      Abs. 4 zu fassen wie folgt:
      „Bei jugendlichen Arbeitern und solchen Personen, welche wegen noch nicht beendigter Ausbildung keinen oder einen geringen Lohn beziehen, gilt als Jahresarbeitsverdienst das Dreihundertfache des von der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Gemeindebehörde für Erwachsene festgesetzten ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiter (§. 8 des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, vom 15. Juni 1883)."

3. **§. 5c**:
   a) in Abs. 1 Zeile 1 nach „befugt," einzuschalten: „mit Zustimmung des Erkrankten",
   b) in Abs. 1 Zeile 4 „vierzehnten" zu ersetzen durch: „fünften",
   c) in Abs. 2 des §. 5c Zeile 12 zwischen „mit Genehmigung" und „der Vorstände" einzuschalten: „der Erkrankten und",
   d) in §. 5c Abs. 3 den letzten Satz zu streichen.
4. im **§. 5d** Abs. 1 Zeile 7 hinter „zu bemessen" einzufügen: „jedoch darf dies Zweidrittel nicht weniger als 1 Mark 50 Pfennig betragen."
5. im **§. 5e** im Abs. 1 Zeile 5 die Worte: „noch über die dreizehnte Woche hinaus andauernde" und den Abs. 2 zu streichen.
6. in **§. 6a**:
   a) in Abs. 1 statt „hinterbliebene Kind" zu setzen: „Kind, zu dessen Unterhalt der Verstorbene gesetzlich verpflichtet war",
   b) in Abs. 1 Zeile 3 statt: „sowie" zu setzen: „30 Prozent und",
   c) in Abs. 1 statt „fünfzehnten Lebensjahre" zu setzen: „sechszehnten Lebensjahre",
   d) den Abs. 3 zu streichen, eventuell zu gestalten wie folgt:
      „Der Anspruch der Wittwe ist ausgeschlossen, wenn die Ehe erst nach dem Unfalle geschlossen worden ist, es sei denn, sie war vor dem Unfall mit dem Verstorbenen verlobt oder lebte bereits vor dem Unfall mit ihm in häuslicher Gemeinschaft."
   e) Abs. 5 zu streichen.
7. in **§. 6b**:
   a) die Worte „aber der Lebensunterhalt ihrer Familie wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehemanns ganz oder überwiegend durch sie bestritten worden", sowie die Worte „bis zum Wegfalle der Bedürftigkeit" zu streichen, eventuell durch die Worte zu ersetzen: „trug sie aber zum Lebensunterhalt ihrer Familie bei",
   b) statt „zwanzig" und „fünfzehnten" die zu §. 6a beschlossenen Ziffern einzusetzen.
8. in **§. 6c** die Worte „falls ihr Lebensunterhalt ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen bestritten worden war, bis zum Wegfalle der Bedürftigkeit" zu streichen, eventuell statt der erst angeführten Worte zu setzen: „falls zu ihrem Lebensunterhalt ein Beitrag durch den Verstorbenen geleistet war".
9. in **§. 6d** statt „fünfzehnten" zu setzen: „sechszehnten" und den Zwischensatz: „falls ihr Lebensunterhalt ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen bestritten worden war" zu ersetzen durch: „falls zu ihrem Lebensunterhalt ein Beitrag durch den Verstorbenen geleistet war".
10. in **§. 6e** auf Zeile 2 statt „60" zu setzen: „100 eventuell 80 Prozent".
11. **§. 6f** zu streichen.
12. in **§. 7**:
   a) Zeile 3 zwischen den Worten „in einer" und „Heilanstalt" einzuschalten:
      „staatlichen oder von Seiten eines Kommunal-, Kreis- oder Provinzialverbandes verwalteten",
   b) in Ziffer 1 Zeile 6 zwischen „denen" und „in" einzuschalten:
      „nach dem Gutachten eines amtlich bestellten Arztes"
      und
      in Ziffer 1 Zeile 7 die Worte „oder wenn" . . . bis . . . erfordert" zu streichen,
   c) nach Ziffer 2 einzuschalten:
      „Das Recht der Wahl des Krankenhauses steht dem Verletzten zu",
      eventuell:
      „falls in einer Gemeinde oder in einem Provinzialverband mehrere Krankenhäuser vorhanden sind, oder falls die Lage des Verletzten einen weiteren Transport gestattet, steht die Wahl des Krankenhauses dem Verletzten zu",
   d) folgende Absätze zuzufügen:
      „I. Nach vollendetem Heilverfahren sowie nach theilweise oder gänzlich wiedererlangter Arbeitsfähigkeit ist die Aufnahme in einer Heilanstalt nur mit Zustimmung des Verletzten zulässig."
      „II. Dem Verletzten steht in allen Fällen das Recht zu, von der Berufsgenossenschaft an Stelle der in den §§. 5a und 5d vorgeschriebenen Leistungen freie Kur und Verpflegung in einer Heilanstalt zu verlangen. Lehnt die Berufsgenossenschaft sein Verlangen, ihm in einer Heilanstalt Aufnahme zu gewähren, ab, so hat das Schiedsgericht auf seinen Antrag die Berufsgenossenschaft durch einstweilige Verfügung zu verurtheilen, an die von dem Verletzten bezeichnete Heilanstalt für die Dauer von drei Monaten Vorschuß für die innerhalb dieser Zeit voraussichtlich erwachsenden Kur- und Verpflegungskosten und an die Angehörigen des Verletzten für die gleiche Zeit die nach Abs. 3 zu entrichtenden Leistungen zu zahlen. Gegen die einstweilige Verfügung kann die Berufsgenossenschaft innerhalb drei Tagen zu einer mündlichen Verhandlung über dieselbe vor dem Schiedsgericht laden. Ist die Ladung unterblieben oder der Widerspruch verworfen, so kann die Berufsgenossenschaft einem von ihr zu bezahlenden Aufenthalt des Verletzten in der Heilanstalt nur widersprechen, wenn eine solche Besserung in dem Zustande des Verhältnisses des Verletzten eingetreten ist, daß sein Aufenthalt in einer Heilanstalt überflüssig erscheint."
   e) dem **§. 7** zuzufügen:
      „Die in einer Heilanstalt aufgenommenen Verletzten dürfen nur solchen Beschränkungen ihrer persönlichen Freiheit unterworfen werden, welche mit Rücksicht auf den Zweck der Heilung durchaus erforderlich sind. Dies gilt besonders von dem Rechte, Besuche, auch von Aerzten, zu empfangen, zu schreiben, Briefe, Bücher und Zeitungen zu lesen."
13. zu **§. 7a**:
   a) in Abs. 1 Zeile 5 nach „jederzeit" zuzufügen:
      „mit Zustimmung des Verletzten",
   b) dem Abs. 1 zuzufügen:
      „Die Angehörigenunterstützung ist, falls der Verletzte innerhalb zwei Monaten vor der Anordnung des neuen Heilverfahrens oder der Aufnahme in der Heilanstalt Arbeit gehabt hatte, auf den Betrag des höchsten von dem Verletzten in dieser Zeit verdienten täglichen Arbeitsverdienstes zu erhöhen."
      in Abs. 2:
   c) Zeile 1 hinter „solchen" einzuschalten: „rechtskräftig gewordenen",
   d) Zeile 4 nach „getroffenen" einzuschalten: „rechtskräftig gewordenen",
   e) Zeile 9 nach „sein Verhalten" einzuschalten: „vorsätzlich",

14. zu **§. 7 b**:
a) in Zeile 2 zu setzen statt „an Stelle der Rente": „an Stelle eines Betrages der Rente, der 300 Mark nicht übersteigt",
b) Satz 2 zu streichen,
eventuell:
in Zeile 6 hinter „wenn er" einzuschalten:
„trotz schriftlicher Anfrage seitens des Vorstandes der Berufsgenossenschaft, ob er in der Anstalt verbleiben wolle".

15. in **§. 16** hinter „Statut" (Zeile 3) folgenden Satz einzuschalten:
„Die Hälfte der Genossenschaftsversammlung hat aus Arbeitervertretern zu bestehen, die auf Grund des gleichen unmittelbaren und geheimen Stimmrechts durch die großjährigen Arbeiter gewählt sind, welche in den unfallversicherungspflichtigen Betrieben beschäftigt sind."

16. in **§. 19** dem ersten Absatz zuzufügen:
„Die Zusammensetzung der Genossenschaftsversammlung, Sektionen und Sektionsversammlungen muß so erfolgen, daß die Mitglieder dieser Körperschaften zur Hälfte aus großjährigen Betriebsleitern beziehentlich deren Stellvertretern, zur anderen Hälfte aus Arbeitern, beziehentlich deren Stellvertretern, besteht."

17. im **§. 51** Abs. 1 hinter „Genossenschaftsorgan" einzuschalten:
„und der zuständigen Krankenkasse".

18. **§. 55**:
a) als Abs. 1 einzuschalten:
„Dem Bevollmächtigten der Krankenkasse, welcher an der Untersuchung des Unfalls theilgenommen hat, sowie den etwa nothwendiger Weise hinzugezogenen Zeugen wird unter Zugrundelegung des am Orte für ihren Beruf üblichen Lohnsatzes für jeden angefangenen Tag der volle Lohnsatz als Entschädigung seitens der Berufsgenossenschaft gewährt. Von der Ortspolizeibehörde ist die stattgefundene Wahrnehmung des Termins zu bescheinigen."
b) den jetzigen Wortlaut durch folgenden Abs. 2 zu ersetzen:
„Von der untersuchenden Behörde ist Abschrift der über die Untersuchung aufgenommenen Protokolle sowie der sonstigen Untersuchungsverhandlungen den Betheiligten gebührenfrei zu ertheilen."

19. a) dem **§. 57** Abs. 1 zuzufügen:
„Diese Beschlüsse sind im Verein mit Arbeitervertretern, die in gleicher Zahl und mit denselben Rechten wie die Vorstandsmitglieder bei den Beschlüssen mitzuwirken haben, zu fassen (Rentenfestsetzungs-Kommission)."
b) dem §. 57 Abs. 3 zuzufügen:
„Der Entschädigungsberechtigte ist nicht verpflichtet, einer Vorladung vor die untere Verwaltungsbehörde Folge zu leisten. Er ist jedoch berechtigt, seine Anträge und Erklärungen auch schriftlich einzureichen."
c) in Abs. 4 des §. 57 Zeile 1 nach „Verhandlungen" einzufügen:
„und eingereichten Erklärungen".

20. zu **§. 61**:
a) in Zeile 3 zwischen „dem Entschädigungsberechtigten" und „einen schriftlichen Bescheid" einzufügen:
„spätestens innerhalb 13 Wochen nach dem Unfall oder der Geltendmachung des Anspruchs auf Rente",
b) in Zeile 4 nach „zu ertheilen" die Worte einzufügen:
„dem der volle Wortlaut des ärztlichen Gutachtens, sowie die Protokolle über die stattgefundene Unfalluntersuchung abschriftlich beizufügen ist und".

21. dem **§. 62** am Schluß zuzufügen:
„Dem Verletzten hat das Schiedsgericht auf seinen Antrag einen Betrag anzuweisen, der für die Reisekosten des Verletzten zwecks persönlicher Wahrnehmung des Termins hinreicht, und den Verletzten bei der Ladung zum Termin über die Berechtigung, solchen Antrag zu stellen, zu belehren."

22. dem **§. 63** zuzufügen:
„Die Entscheidung des Schiedsgerichts muß eine Rechtsbelehrung über die Frist zur Einlegung des Rekurses an das Reichs-Versicherungsamt enthalten."

23. in **§. 63 b** Abs. 1 die Worte: „ebenso kann" bis „offenbar ungerechtfertigt erachten" zu streichen.

24. Zu **§. 65**:
a) in Abs. 2 die ersten fünf Worte „Nach Ablauf von zwei Jahren" zu streichen,
b) folgenden Absatz zuzufügen:
„Widerspricht der Verletzte der Herabsetzung der Rente innerhalb 8 Tagen, nachdem ihm die Unterlagen für die Herabsetzung oder Aufhebung der Rente zugegangen sind, so entscheidet das Schiedsgericht darüber, ob und von welchem Zeitpunkt ab eine Herabsetzung oder Aufhebung der Rente stattfinden soll."

25. Zu **§. 66 a** 1:
a) die Nr. 1 zu streichen,
b) die Nr. 2 zu streichen,
c) eventuell statt „Berechtigte" zu setzen: „berechtigte Ausländer".

26. Zu **§. 67**:
a) in Zeile 2 statt „zwanzig" zu setzen „zehn",
Abs. 2 wie folgt zu fassen:
„Giebt der Entschädigungsberechtigte seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche auf, so muß er auf seinen Antrag mit einer der kapitalisirten Rente entsprechenden Zahlung abgefunden werden."
b) dem Abs. 1 zuzufügen:
„Der Verletzte muß vor Annahme seines Antrags darüber belehrt werden, daß er nach der Abfindung auch in dem Falle keinerlei Anspruch auf Rente mehr habe, wenn sein Zustand sich erheblich verschlechtern würde."

27. zu **§. 68**:
a) im Abs. 1 die Nr. 1 zu streichen,
b) Abs. 3 zu streichen.

28. den **§. 70 a** der Regierungsvorlage wieder herzustellen.

29. in **§. 74 b** am Schluß des dritten Absatzes hinzuzufügen:
„unter Zuziehung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern".

30. in **§. 78**:
a) in Abs. 1 Ziffer 1 zwischen „Unfällen" und „Betrieben" einzuschalten: „zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter",
b) folgenden Absatz zuzufügen:
„Die Vorstände der Orts-, Betriebs-, Innungs-, Knappschafts-Krankenkassen und der in den §§. 75, 75 a des Krankenversicherungsgesetzes hervorgehobenen freien Hülfskassen sind, falls die Mitgliederzahl der Kasse mindestens 500 beträgt,

befugt, für den Umfang ihres Kassenbezirks Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen. Sind diese Vorschriften vom Reichs-Versicherungsamt genehmigt, so kann die Durchführung derselben seitens der Kassenvorstände durch die in Abs. 1 Ziffer 1 und 2 gedachten Geldstrafen erzwungen werden."

31. in **§. 79a**

a) Abs. 1 zu fassen wie folgt:

„Diese Vertreter der Arbeiter werden in geheimem, gleichem, direktem Wahlverfahren von den Arbeitern gewählt, die in den unfallversicherungspflichtigen Betrieben der Berufsgenossenschaft beschäftigt sind."

eventuell

b) den Abs. 1 folgendermaßen zu fassen:

„Diese Vertreter der Arbeiter werden von den Generalversammlungen derjenigen Orts-, Betriebs-, Innungs-, Knappschafts-Krankenkassen und der in den §§. 75, 75a des Krankenversicherungsgesetzes bezeichneten freien Hülfskassen, auf deren Bezirke sich die Berufsgenossenschaft der Sektion erstreckt, gewählt."

c) in Abs. 2 das Wort „männliche" zu streichen und den Satz:

„Nicht wählbar ist, wer zum Amte eines Schöffen unfähig ist (§. 32 des G.V.G.)."

zu streichen,

eventuell zu ersetzen durch:

„Nicht wählbar ist, wer nicht als Vorstandsmitglied der Kasse wählbar ist."

32. dem **§. 81** folgenden Zusatz zu geben:

„Außerdem hat die Polizeibehörde und der Gewerbeaufsichtsbeamte, Bergaufsichts-Beamte, Baukontrol-Beamte und Hafeninspektor gegen diejenigen Unternehmer, welche von den Genossenschaften erlassene Unfallverhütungsvorschriften nicht befolgt haben, Geldstrafen bis zu 150 *M.* oder Haft bis zu sechs Wochen festzusetzen. Gegen die Festsetzung findet innerhalb einer Woche Berufung auf schöffengerichtliche Entscheidung statt."

33. zu **§. 82**:

a) in Zeile 3 statt: „Sie sind befugt" zu setzen: „und";

b) dem Abs. 1 folgenden Satz zuzufügen:

„Die Beauftragten werden zur Hälfte von den Vertretern der Arbeiter und zur Hälfte von den Vertretern der Unternehmer gewählt."

c) am Schlusse zuzufügen:

I. „Die Beauftragten haben über ihre Thätigkeit und die dabei gemachten Beobachtungen alljährlich dem Genossenschaftsvorstand einen Bericht vorzulegen. Derselbe ist zu veröffentlichen."

II. „Den Vorständen der Orts-, Betriebs-, Innungs-, Knappschafts-Krankenkassen und der in §§. 75, 75a bezeichneten freien Hülfskassen steht das Recht zu, die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen und zum Schutz von Leben und Gesundheit erlassenen Vorschriften zu überwachen."

34. in **§. 93d** nach „erfolgt" einzuschalten: „unter Hinzuziehung von Arbeitern".

35. **§. 95**

a) im Abs. 1 Zeile 2 die Worte „die in §. 6a bis 6d bezeichneten Hinterbliebenen . . . bis . . . nicht haben" zu streichen,

b) in Abs. 1 Zeile 9 zwischen „vorsätzlich" und „herbeigeführt" einzuschalten: „oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der er vermöge seines Amts, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet war",

c) Abs. 3 zu streichen.

36. **§. 96** zu ersetzen durch:

„Wird ein Betriebsunternehmer, Bevollmächtigter oder Repräsentant, Betriebs- oder Arbeiteraufseher durch strafgerichtliches Urtheil wegen vorsätzlicher Körperverletzung oder Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der er vermöge seines Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet ist, verurtheilt, so ist in dem Urtheil zugleich auf eine Buße bis zu 6000 *M.* zu erkennen, die an den Verletzten und die Personen zu zahlen ist, zu deren Unterhalt der Verletzte gesetzlich verpflichtet war."

Berlin, 2. Mai 1900.

Albrecht. Antrick. Auer. Agster. Baudert. Bebel. Blos. Bock. Calwer. Cramer. Dietz. Dreesbach. Ehrhart. v. Elm. Fischer (Berlin). Fischer (Sachsen). Förster (Reuß). Frohme. Geck. Geyer. Dr. Gradnauer. Haase (Königsberg). Heine. Dr. Herzfeld. Hoch. Hofmann (Chemnitz). Horn (Sachsen). Kaden. Klees. Kloß. Kunert. Liebknecht. Meister. Metzger. Molkenbuhr. Pfannkuch. Reißhaus. Rosenow. Schippel. Schlegel. Schmidt (Frankfurt). Dr. Schoenlank. Schwartz (Lübeck). Segitz. Seifert. Singer. Stadthagen. Stolle. Thiele. Tutzauer. Ulrich. v. Vollmar. Wurm. Zubeil.

Nr. 729.

Abänderungs-Antrag

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes — Nr. 703a der Drucksachen —.

Dr. **Lehr.** Frhr. **v. Richthofen-Damsdorf. Boerner.**

Der Reichstag wolle beschließen:

zwischen §. 8 und §. 8a folgenden §. 8*a* einzuschieben:

§. 8*a**)

Die in §. 8 bezeichneten Kassen, welche ihren nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen versicherten Mitgliedern bei Unfällen Renten oder Kapitalien gewähren, sind berechtigt, diese Unterstützungen für solche Personen, welche auf Grund der reichsgesetzlichen Bestimmungen einen Anspruch auf Unfallrenten haben, um den Betrag der letzteren oder zu einem geringeren Betrage zu ermäßigen, sofern gleichzeitig die Beiträge der Betriebsunternehmer und der Kassenmitglieder oder im Fall der Zustimmung der Betriebsunternehmer wenigstens diejenigen der Kassenmitglieder in entsprechendem Verhältnisse herabgemindert werden.

Die hierzu erforderliche Abänderung der Statuten bedarf der Genehmigung der zuständigen Landesbehörde. Die letztere ist befugt, eine entsprechende Abänderung der Statuten ihrerseits mit rechts-

*) Entspricht dem §. 52 des Invalidenversicherungsgesetzes.

gültiger Wirkung vorzunehmen, sofern die zu den erwähnten Kasseneinrichtungen beitragenden Betriebsunternehmer oder die Mehrheit der Kassenmitglieder die Abänderung beantragt haben, diese aber von den zuständigen Organen der Kasse abgelehnt worden ist.

Auf statutarische Kassenleistungen, welche vor dem betreffenden Beschluß der zuständigen Organe oder der zuständigen Landesbehörde aus der Kasse bewilligt worden sind, erstreckt sich die Ermäßigung nicht.

Der Ermäßigung der Beiträge bedarf es nicht, sofern die durch die Herabminderung der Unterstützungen ersparten Beträge zu anderen Wohlfahrtseinrichtungen für Betriebsbeamte, Arbeiter oder deren Hinterbliebene verwendet werden sollen und diese anderweite Verwendung durch das Statut geregelt und von der Aufsichtsbehörde genehmigt wird, oder soweit die Beiträge in der bisherigen Höhe erforderlich sind, um die der Kasse verbleibenden Leistungen zu decken.

Berlin, den 3. Mai 1900.

Nr. 730.

Abänderungs-Antrag

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes — Nr. 703a der Drucksachen —.

Freiherr **v. Stumm-Halberg.** Der Reichstag wolle beschließen:

in **§. 6a** ersten Absatz, dritte Zeile die Worte hinter „Wiederverheirathung" ff. zu streichen und durch die Worte zu ersetzen:

„für jedes vaterlose Kind bis zu dessen zurückgelegtem fünfzehnten Lebensjahre fünfzehn Prozent, und, wenn das Kind auch mutterlos ist oder wird, zwanzig Prozent des Jahresarbeitsverdienstes".

Berlin, den 3. Mai 1900.

Nr. 731/732.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes — Nr. 703a der Drucksachen —.

Nr. 731. Freiherr **v. Richthofen-Damsdorf.** Der Reichstag wolle beschließen:

Zeile 8 des in Nr. 722 beantragten **§. 7c** statt „ihrem vollen Betrage nach" zu setzen: „bis zum vollen Betrage".

Nr. 732. Fischbeck. Der Reichstag wolle beschließen:

in **§. 66a** Ziffer 2 zu streichen.

Berlin, den 3. Mai 1900.

Nr. 733.

Mündlicher Bericht

der

XXV. Kommission

über

den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Postdampfschiffsverbindungen mit Afrika — Nr. 702 der Drucksachen —.

Berichterstatter: Abgeordneter de Witt (Köln).

Antrag der Kommission:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend Postdampfschiffsverbindungen mit Afrika, in der von den verbündeten Regierungen vorgelegten Fassung die verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen;
2. folgende Resolutionen anzunehmen:
   a) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen mit dem Unternehmer, dem die Einrichtung einer 14tägigen Postdampfschiffsverbindung mit Ostafrika und einer vierwöchentlichen Postdampfschiffsverbindung mit Südafrika übertragen werden wird, eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß der Herr Reichskanzler die Befugniß erhält, landwirthschaftliche Produkte des Auslandes, welche mit denen der deutschen Landwirthschaft konkurriren — mit Ausnahme von Tabak, Bienenwachs, Häuten, Fellen und Wolle — von der Einfuhr durch die subventionirten Dampfer nach deutschen, belgischen und holländischen Häfen auszuschließen;
   b) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldmöglichst dahin zu wirken, daß die Fahrtgeschwindigkeit bei den Postdampfschiffen nach Afrika im Rahmen der Bestimmungen dieses Gesetzes thunlichst erhöht werde.

Berlin, den 2. Mai 1900.

Die XXV. Kommission.

Münch-Ferber. Vorsitzender. — **de Witt** (Köln). Berichterstatter.

Nr. 734/738.

Berichte*

der

Kommission für die Petitionen.

Nr. 734. Vierundneunzigster Bericht.

Berichterstatter:
Abgeordneter Rimpau. Journ. II. Nr. 12238.

Der Petent, Leutnant a. D. und Postdirektor a. D. Krebs in Kolberg, bittet, daß bei Festsetzung des für seine Ehefrau dereinst etwa zu zahlenden Wittwengeldes seine Pensionserhöhung von 750 M. in Anrechnung gebracht werde.

Er ist 1853 bei der Postverwaltung als Eleve eingetreten, 1862 als Postsekretär angestellt und hat als Reserve-Leutnant am Kriege von 1866 theilgenommen. Im Feldzuge hat er sich angeblich ein Lungenleiden zugezogen und ist zur Fortsetzung seines Militärdienstes für unfähig erklärt. Er ist sodann mit 300 M. jährlich pensionirt, und ferner sind ihm 600 M. jährliche Pensionserhöhung und auf Grund des Gesetzes vom 14. Januar 1894 750 M. jährliche Pensionszulage zuerkannt; außerdem erhielt er die Berechtigung zur Anstellung im Civildienst. Petent trat dann in die militärische Postlaufbahn ein und erhielt eine Anstellung als Vorsteher eines Militär-Postamtes. Nach 40jähriger Dienstzeit trat er am 1. Juni 1894 in den Ruhestand. Sein jährliches Ruhegehalt beträgt 3669 M., wovon 3240 M. auf die Postkasse und 429 M. auf die Militärkasse entfallen, abgesehen von der bereits erwähnten Pensionszulage von 750 M.

Da ihm daran lag, zu erfahren, wie seine Wittwe nach seinem Tode gestellt sein würde, wandte er sich mit einer diesbezüglichen Frage an das Reichs-Postamt und das Kriegsministerium und erhielt zur Antwort, daß bei Berechnung des Wittwengeldes seine Militär- und Civilpension in Höhe von zusammen 3669 M. zu Grunde gelegt, seine Pensionserhöhung von 750 M. jedoch außer Betracht gelassen werde, weil das Militär-Hinterbliebenen-Gesetz vom Jahre 1887 nach der Auslegung des Kriegsministeriums auf ihn, als ehemaligen Offizier des Beurlaubtenstandes, keine Anwendung finde. Es würde sich also hiernach für seine Wittwe ein Ausfall von 40 Prozent der Pensionszulage von 750 M. = 300 Mark ergeben.

In der verschiedenen Behandlung der aktiven und der Reserveoffiziere erblickt Petent eine Ungerechtigkeit. Er meint, es könne vielleicht der Einwand erhoben werden, daß es sich bei Berechnung der Wittwenpension nur um Wittwen solcher Funktionäre handele, welche von der Militärpension und der Pensionszulage Beiträge zur Reichskasse entrichtet haben. Dieser Einwand sei jedoch bezüglich seines Dienstverhältnisses hinfällig, denn 1. habe Petent, so lange er im Dienste war, die Militärpension von 492 M. garnicht erhoben, weil sein Postgehalt ein höheres gewesen sei; 2. habe er von seinem Gehalte als Offizier-Postdirektor — also indirekt auch von der Militärpension — Wittwen- und Waisengeldbeiträge zur Reichskasse entrichtet und 3. seien auf Anordnung der Regierung in Köslin Wittwen- und Waisengeldbeiträge auch von seiner Pensionszulage erhoben worden. Erst in Folge der vom Kriegsministerium am 14. Juni 1888 zur Ausführung des Militär-Hinterbliebenen-Gesetzes erlassenen Nachtragsbestimmung habe ihm die Regierung in Köslin die gezahlten Beiträge zurückerstatten lassen. Diese Nachtragsbestimmung laute zu §. 1 des Gesetzes: „Die Wirksamkeit dieses Gesetzes beschränkt sich auf Funktionäre, welche berufsmäßig dem Dienste im Reichsheere sich gewidmet haben." — Petent erblickt hierin eine Härte größter Art; denn, wenn auch das Militär-Hinterbliebenen-Gesetz nur auf Berufsoffiziere sich erstrecken soll, so lasse sich hieraus doch nicht folgern, daß Offiziere des Beurlaubtenstandes von dieser Vergünstigung grundsätzlich ausgeschlossen bleiben sollten. Gegen eine solche Ausschließung sprechen vielmehr zwei gewichtige Gründe: 1. gehörten die Offiziere des Beurlaubtenstandes auch zum Reichsheere und deshalb seien die Bestimmungen des Gesetzes vom Jahre 1871 betreffend die Pensionirung der Militärpersonen u. s. w. auf Berufsoffiziere und Offiziere des Beurlaubtenstandes gleichmäßig anzuwenden und 2. sei die Reichsverwaltung von dem Grundsatze geleitet worden, die Fürsorge für die Offiziere wie die der Beamten-Hinterbliebenen gleichmäßig zu regeln. Das Wittwengeld bestehe hiernach in 40 % derjenigen Pension, zu welcher der Verstorbene berechtigt gewesen ist, und zu dieser Pension gehöre unzweifelhaft auch die Pensionszulage. Da alle durch Krieg invalide gewordene Militärbeamte des Reichsheeres wie z. B. Auditeure, Intendanturbeamte, Militärpfarrer und Korps-Roßärzte an den Wohlthaten des Gesetzes theilnehmen, so entspreche es der Billigkeit, daß auch Offiziere des Beurlaubtenstandes, welche Staats- und Reichsbeamte waren, von dieser Wohlthat Vortheil hätten.

Zur Berathung der vorstehenden Petition waren von der Petitions-Kommission als Regierungskommissare die Herren Geheimer Oberregierungsrath Plath und Wirklicher Geheimer Kriegsrath Hormuth zugezogen, von denen der letztere folgende Erklärung abgab:

„Der ablehnende Bescheid des Kriegsministeriums vom 27. September 1894 C. 2 Nr. 1006/9. 94 entspricht den gesetzlichen Bestimmungen.

Nach §. 1 des Reichs-Gesetzes vom 17. Juni 1887 und insbesondere nach den Motiven zu diesem Paragraphen, in welchem die Offiziere des Beurlaubtenstandes ausdrücklich erwähnt sind, findet das Gesetz auf die Hinterbliebenen solcher Offiziere keine Anwendung. —

Die Beantwortung der Frage, ob durch das Seitens des Herrn Kriegsministers in der Budget-Kommission kürzlich in Aussicht gestellte neue Militär-Pensions-Gesetz bezüglich dieser Bestimmung eine Aenderung beabsichtigt sei, muß abgelehnt werden, weil die außer dem Kriegsministerium bei der Vorbereitung von Reichsgesetzen mitwirkenden Faktoren zu dem betreffenden Entwurf noch nicht Stellung genommen haben."

Die Petitions-Kommission erkannte zwar mit dem Herrn Regierungskommissar an, daß nach Lage der bestehenden Gesetzgebung der Wunsch des Petenten keine

* Inhaltsverzeichniß.

		Seite.
Nr. 734.	Vierundneunzigster Bericht, betreffend Abänderung des Militärpensionsgesetzes — Berichterstatter: Abgeordneter Rimpau — (Antrag: Ueberweisung als Material)	5131
Nr. 735.	Fünfundneunzigster Bericht, betreffend Erlaß eines Reichs-Berggesetzes — Berichterstatter: Abgeordneter Calwer — (Antrag: Ueberweisung als Material)	5132
Nr. 736.	Sechsundneunzigster Bericht, betreffend Erhöhung der Beamten-Ruhegehälter — Berichterstatter: Abgeordneter Calwer — (Antrag: Ueberweisung als Material)	5133
Nr. 737.	Siebenundneunzigster Bericht, betreffend Abänderung des Servistarifs — Berichterstatter: Abgeordneter Kraemer — (Antrag: Ueberweisung als Material)	5134
Nr. 738.	Achtundneunzigster Bericht, betreffend Begründung eines deutschen Frauen-Pensionsfonds — Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Marcour — (Antrag: Uebergang zur Tagesordnung)	5135

Berücksichtigung finden könne. Sie war jedoch andererseits der Meinung, daß in der ungleichen Behandlung der Berufsoffiziere und der Offiziere des Beurlaubtenstandes, die im Kriege ebenso wie jene sich für das Vaterland aufgeopfert hätten, eine nicht zu verkennende Ungerechtigkeit liege und gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Ungerechtigkeit in dem in Aussicht gestellten neuen Militär-Pensions-Gesetze beseitigt werden möge.

Die Kommission beschloß hiernach einstimmig, zu beantragen:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Petition II. Nr. 12 238 des Leutnants a. D. und Postdirektors a. D. Krebs zu Kolberg, betreffend die Anrechnung seiner Militärpensionserhöhung bei Festsetzung des Wittwengeldes,

dem Herrn Reichskanzler als Material zur Abänderung der Gesetzgebung zu überweisen.

Nr. 735. Fünfundneunzigster Bericht.

Berichterstatter:
Abgeordneter Calwer. Journ. II. Nr. 10125.

Das Büreau des zweiten deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Kongresses, der Ostern 1899 in Halle a./S. tagte, übermittelt dem Reichstag die Beschlüsse des Kongresses mit der Bitte, die in den Resolutionen niedergelegten Wünsche deutscher Berg- und Hüttenarbeiter bei der Berathung eines Berggesetzes möglichst weitgehend zu berücksichtigen.

Die mitgetheilten Beschlüsse fordern zunächst eine wirksame Grubenkontrolle. Erst die Zuziehung praktisch gebildeter, von ihren Kameraden frei gewählter Arbeiter gestatte eine ausreichende Kontrolle. Das Leben und die Gesundheit der Bergarbeiter werde weit besser geschützt, wenn man den heute amtirenden, an Zahl völlig unzulänglichen Berginspektoren Hülfskontroleure aus den Reihen der Bergarbeiter zur Seite stelle. Diese Hülfskontroleure müssen in geheimer, direkter und von den Unternehmern völlig unbeeinflußter Wahl von den Belegschaften gewählt, vom Staate bevollmächtigt und besoldet werden. In Bezug auf das Sanitätswesen fordert die Eingabe: 1. Einrichtung von Wasch- und Badegelegenheiten und Umkleideräumen auf allen Gruben und Hütten. 2. Verbandstuben und Transportmittel für die sofortige Hülfeleistung bei Unglücksfällen und Krankheiten. 3. Peinlichste ärztliche Untersuchung bei Annahme von neuen Arbeitern. 4. Beschaffung von ausreichendem, gesundem Trinkwasser auf allen Werken. 5. Genügende Ventilationseinrichtungen in den Hütten. 6. Speisesäle für die Arbeiter, in denen auch die Lohnzahlungen entgegenzunehmen sind und der Beginn der Schicht abgewartet werden kann. Zur Regelung der eigentlichen Arbeitsverhältnisse fordern die mitgetheilten Resolutionen die gesetzliche Festlegung der Achtstundenschicht, die Abschaffung der Akkordarbeit und das Verbot der Frauen- und Kinderarbeit. Für das Knappschafts- und Unfallwesen wird eine zeitgemäße Reform auf folgender Grundlage gefordert: 1. Vereinheitlichung des gesammten deutschen Knappschaftswesens. 2. Einheitliche Beiträge und einheitliche Renten, letztere nach Dienstaltersberechnung. 3. Erhöhung der Leistung der Kassen. 4. Beseitigung der Anrechnung anderer Renten auf die Knappschaftsrente, solange und soweit diese nicht den Durchschnittslohn übersteigt. 5. Festsetzung eines Dienstalters von 25 Jahren, nach welchem Invalidenrente gewährt wird, ohne daß Erwerbsunfähigkeit nachgewiesen zu werden braucht. 6. Freie Arztwahl. 7. Rückzahlung der Beiträge aus der Pensionskasse bei Aufgabe der Bergarbeit für den Fall, daß Invalidisirungsberechtigung nicht vorliegt. 8. Volle Selbstverwaltung der Kasse durch die Arbeiter. — Solange das Kassenwesen nicht einheitlich geregelt wird, ist mindestens die Einführung eines Gegenseitigkeitsverhältnisses für alle deutschen Knappschaftskassen anzustreben.

Ueber die vorstehende, ihrem wesentlichen Inhalt nach wiedergegebene Petition verhandelte die III. Kommission des Reichstages in ihrer Sitzung vom 14. Februar 1900, der als Regierungskommissare die Herren Geheimer Oberregierungsrath Gruner und Geheimer Oberbergrath Dr. Fürst beiwohnten. Ersterer gab folgende Erklärung ab:

„Die vorliegende Petition wird durch denjenigen Beschluß als erledigt angesehen werden können, den der Reichstag nach mehrtägigen Verhandlungen am 24. Januar 1900 auf die Anträge Agster und Genossen bezw. Lenzmann und Dr. Müller (Schaumburg) gefaßt hat. Dieser Beschluß, welcher dahin geht, den Herrn Reichskanzler um die Vorlegung eines Reichs-Berggesetzes zu ersuchen, liegt zur Zeit noch dem Bundesrath vor, der sich demnächst damit beschäftigen wird. Bei dieser Sachlage vermögen die Kommissare keinen Aufschluß darüber zu geben, welche Stellung der Herr Reichskanzler oder die verbündeten Regierungen zu der Frage des Erlasses eines Reichs-Berggesetzes einnehmen."

Die Kommission war in ihrer Mehrheit nicht der Ansicht, die Petition durch den Beschluß des Reichstags vom 24. Januar 1900 als erledigt anzusehen. Angenommen, daß der Bundesrath dem Beschluß des Reichstags auf Vorlegung eines Reichs-Berggesetzes zustimmt, giebt die Petition für die Ausgestaltung der Vorlage beachtenswerthes Material einer starken in Frage kommenden Interessentengruppe. Tritt aber der Bundesrath dem Beschlusse des Reichstags nicht bei, so ist der Inhalt der Petition wohl geeignet, die Frage der reichsgesetzlichen Regelung der Bergarbeiterverhältnisse von Neuem bei der Reichsregierung in Anregung zu bringen. Von diesen Gesichtspunkten geleitet, beschloß die Mehrheit der Kommission, mittelst schriftlichen Berichts an das Plenum zu beantragen:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Petition II. Nr. 10125 des 2. Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Kongresses zu Halle a./S., betreffend den Erlaß eines Reichs-Berggesetzes,

dem Herrn Reichskanzler als Material zu überweisen.

Nr. 736. Sechsundneunzigster Bericht.

Berichterstatter:
Abgeordneter Calwer. Journ. II. Nr. 9113 ꝛc.

Um Erhöhung der Civilpension petitioniren zahlreiche Ruhestandsbeamte aus nachfolgenden Orten des Reiches:

Aldenhoven, Andernach, Barmen, Bromberg, Chatel-St. Germain b. Metz, Colmar, Frankfurt a. M., Görlitz, Hannover, Hildesheim, Holzminden, Köln a. Rh., Königsberg i. Pr., Lüneburg, Meiningen, Moers, Münster i. W., Templin U. M. und Wiesbaden.

Unter den Unterzeichnern einiger dieser Petitionen befinden sich auch solche Ruhestandsbeamte, für deren Pensionsverhältnisse die Landtage der Einzelstaaten zuständig sind. Soweit deren Bitten in Frage kommen, wurden sie als ungeeignet zur Erörterung im Reichstage von der Berathung und Beschlußfassung ausgeschieden. Die Petitionen bilden im Wesentlichen eine Wiederholung früherer Bittgesuche (vergl. Nr. 222 der Drucksachen des Reichstags, laufende Session). Der Reichstag hat die damaligen Petitionen in seiner Sitzung vom 5. Mai 1899 durch Uebergang zur Tagesordnung ablehnend beschieden. Bei dieser Entscheidung glauben sich die Bittsteller nun nicht beruhigen zu können und treten abermals an den Reichstag mit der Bitte um Erhöhung der auf den veralteten Gehaltsätzen beruhenden Pensionen heran, indem sie für eine zeitgemäße Aufbesserung der Ruhestandsgehälter bezw. Gleichstellung der älteren mit den jüngeren Pensionären bezüglich des Einkommens unter Anderem noch folgende Gründe neu anführen:

1. Die Gesetzgebung der neueren Zeit habe das Prinzip der Alterszulagen für die aktiven Beamten zur Geltung gebracht, wonach ältere verdienstvolle Beamte je nach Stellung und Leistung eine Einkommensverbesserung erfahren. Dieses Prinzip werde aber im Hinblick auf die Ruhestandsbeamten in einen Gegensatz dadurch verwandelt, daß die älteren Beamten auf der veralteten und von der Zeit weit überholten Einkommensstufe ihrer Pension festgehalten würden und zwar trotz der zeitweisen Erhöhung der Servis- und Wohnungsgeld-Zuschußsätze und der fortdauernden Erneuerung der für die Nation veralteten unzeitgemäßen Landesgesetze.

2. Der von der Reichsregierung geltend gemachte Grundsatz, wonach dem geltenden Rechte gemäß mit der erfolgten Festsetzung der Pension das Rechtsverhältniß des Reiches zu den im Ruhestand befindlichen Beamten als endgültig festgestellt anzusehen sei, treffe nicht zu. Habe doch die Reichsregierung zugestanden, daß durch die erlassene Pensionsgesetz-Novelle vom 21. April 1886 (Reichs-Gesetzbl. S. 80) Ausnahmen oder Aenderungen im Pensionswesen gemacht worden seien. Diese beständen nach dem vorbezeichneten Gesetze darin, daß den nach dem 1. April 1882 pensionirten Reichsbeamten ein etwas höheres Einkommen, nämlich die Pension mit $^1/_{60}$ statt mit $^1/_{80}$ für das Dienstjahr bewilligt wurde. Eine ähnliche Abänderung habe das Reichsbeamtengesetz vom 23. Juni 1873 hinsichtlich der Wittwenpensionen erfahren, indem durch Gesetz vom 17. Mai 1897 (R.-G.-Bl. S. 455—457) auch diese Wittwenpensionen erhöht worden seien. Derartige der Neuzeit entsprechende Gesetze seien auch im Preußischen Landtage beschlossen worden. So seien namentlich bei Neuordnung des Eisenbahnwesens am 1. April 1895 Beamte auf 5 Jahre mit vollem Gehalt und Wohnungsgeldzuschuß (und mit Dreiviertelgehalt als Wartegeld) zur Disposition gestellt worden, um sodann unter Anrechnung der Wartezeit nach den neuen Pensionssätzen im Jahre 1900 in den Ruhestand zu treten. In ähnlicher Weise sei nach dem Gesetz vom 13. Juli 1899 Fürsorge für die auf eignen Wunsch zurücktretenden älteren Gerichtsbeamten getroffen worden. Alle diese Fälle sprächen dafür, daß bei der neuen Gesetzgebung gewisse Rücksichten auf die älteren Beamten obgewaltet haben, und daß daher die alten Ruhestandsbeamten gleichfalls eine Berücksichtigung verdienten.

3. Ganz besonders hart seien indeß die Ruhestandsbeamten von ihrer gegenwärtigen Lage betroffen, die zwischen 1890 und 1897 in den Ruhestand versetzt worden seien. Der Reichstag habe 1890 im Prinzip auch diesen Beamten die Gehaltserhöhung zuerkannt und nur aus finanziellen Gründen die thatsächliche Bewilligung verschoben. So sei die Abnormität möglich geworden, daß ein Beamter niedrigeren Grades, der 1890 mit Gehaltserhöhung pensionirt wurde, im Ruhegehaltsbezuge verhältnißmäßig besser gestellt ist, als ein Beamter höheren Grades, der bis 1897 gedient hat.

Ueber die Petitionen vorstehenden Inhalts verhandelte die III. Kommission in Anwesenheit des Herrn Geheimen Oberregierungsraths Plath als Regierungskommissars am 14. Februar 1900. Der Referent führte aus, daß er zwar an dem Grundsatz, nach welchem das Rechtsverhältniß des Reiches zu den im Ruhestand befindlichen Beamten geregelt wird, festhalten wolle. Aber schon nach der Erklärung, die der nämliche Herr Regierungskommissar in der Sitzung der Petitions-Kommission vom 22. Februar 1899 über die ihrem Inhalt nach gleichen Petitionen abgegeben hatte, werden Ausnahmen von diesem Grundsatze zugelassen. Es heißt in dieser Erklärung: „Abweichungen von diesem Grundsatze sind von der Gesetzgebung bisher nur ausnahmsweise, wo besondere Rücksichten dafür sprachen und in beschränktem Umfange zugelassen worden.“ Solche besonderen Rücksichten scheinen dem Referenten bei den Ruhestandsbeamten vorzuliegen, die in dem Zeitraum von 1890 bis 1897 pensionirt worden sind, ohne in ihrem Gehalt vorher aufgebessert worden zu sein. Zweifellos ist es richtig, daß der Reichstag durch seinen Beschluß vom 24. Januar 1890 eine sofortige und dauernde Aufbesserung der Bezüge aller unteren und mittleren Beamten vom Etatsjahre 1890/91 ab zur Durchführung gebracht wissen wollte. Auch die verbündeten Regierungen seien auf den Boden der Resolution getreten. Durch die finanzielle Belastung aber, welche die sofortige allgemeine Aufbesserung zur Folge gehabt hätte, wurde nachträglich der Beschluß vom 24. Januar 1890 nicht zur vollen Ausführung gebracht, vielmehr vorläufig nur die unteren Beamten und ein kleiner Theil der mittleren Beamtenkategorien berücksichtigt. Bis 1897 ruhte alsdann die Durchführung des in der erwähnten Reichstagsresolution zum Ausdruck gebrachten gesetzgeberischen Willens. Damit sind aber die Beamten, die in den Jahren 1890 bis 1897 pensionirt wurden, um diejenigen Pensionsvortheile gebracht worden, die sie gehabt hätten, wenn der Reichstagsbeschluß vom 24. Januar 1890 seinem Wortlaute nach durchgeführt worden wäre. Diese hätten dann zweifellos nach höheren Gehaltssätzen pensionirt werden müssen. Soweit es sich also um Beamte handelt, die in den Jahren 1890 bis 1897 pensionirt wurden, aber von der im Jahre 1890 begonnenen allgemeinen Besoldungsaufbesserung der mittleren und unteren Beamten ausgeschlossen blieben, hält der Referent die Petitionen für begründet genug, um sie dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen. Dem Vorschlag des Referenten wurde von Seiten des Herrn Regierungskommissars widersprochen. Derselbe gab folgende Erklärung ab:

„Von der Reichsverwaltung muß an der wiederholt dargelegten, auch vom Reichstag — zuletzt im Beschluß vom 5. Mai 1899, Stenographische Berichte S. 2093 — getheilten Auffassung festgehalten werden, daß die nach dem Betrage des zuletzt bezogenen Diensteinkommens endgültig festgesetzten Ruhegehälter von einer späteren Aenderung der Gesetze oder der Besoldungen für aktive Beamte unbeeinflußt bleiben. Die Gewährung von Pensionszuschüssen an alle diejenigen Ruhegehaltsempfänger, welche der Wohlthaten der Gesetzesänderung oder der Besoldungsaufbesserung nicht mehr theilhaftig geworden sind, würde in grundsätzlicher wie finanzieller Beziehung schweren Bedenken unterliegen. Jede Beschränkung derartiger Zuschüsse nach Klassen von Beamten,

Zeit der Pensionirung oder sonstigen Merkmalen würde aber dem Vorwurf der Willkürlichkeit begegnen und zu kaum abzuweisenden Berufungen der nicht berücksichtigten Pensionäre führen.

Schließlich ist wiederholt darauf hinzuweisen, daß für Fälle besonderer Bedürftigkeit Unterstützungsfonds zur Verfügung stehen."

Den in der Erklärung des Herrn Regierungskommissars geäußerten grundsätzlichen Bedenken wurde von verschiedenen Mitgliedern der Kommission beigepflichtet. Es wurde namentlich darauf hingewiesen, daß nicht nur die Ruhestandsbeamten, sondern auch diejenigen aktiven Beamten, die erst 1897 mit der Besoldungsaufbesserung bedacht worden seien, mit dem nämlichen Rechte wie die Ruhestandsbeamten um Nachzahlung des ihnen durch die verspätete Gehaltsaufbesserung entgangenen Einkommens an den Reichstag herankommen würden. Der Einwurf, daß die alten, zum Theil invaliden Ruhestandsbeamten in dem vorliegenden Falle doch mehr Anspruch auf besondere Rücksicht verlangen könnten, vermochte die Bedenken der Mehrheit der Kommission nicht zu vermindern. Immerhin wurde nicht verkannt, daß sämmtliche vorliegende Bittgesuche eine Ungleichheit in den Pensionsverhältnissen jener Beamten zum Ausdruck bringe, die bei der Besoldungsaufbesserung des Jahres 1890 nicht berücksichtigt worden sind.

Mit Rücksicht darauf beschloß die Kommission, nach Ablehnung des vom Referenten gestellten Antrages mittels schriftlichen Berichts an das Plenum zu beantragen:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Petitionen II. 9113, 3031, 10 147, 11 837 bis 11 839, 13 765, 13 770/1, 14 360, 14 531, 14 723, 14 743, 14 757, 14 786, 14 801, 15 104, 15 159, 15 325, 15 342, 15 348, betreffend Erhöhung der Ruhegehälter,

dem Herrn Reichskanzler als Material zu überweisen.

Nr 737. Siebenundneunzigster Bericht.

Berichterstatter:
Abgeordneter Kraemer. Journ. II. Nr. 14856.

Die Eisenbahn- und Postbeamten der Gemeinde Benrath bitten um Versetzung der Gemeinde Benrath aus der vierten in die zweite Servisklasse, indem sie zur Begründung dieses Antrags Folgendes ausführen:

Die vielseitige und rasch aufblühende Industrie in der Gemeinde Benrath habe eine von Jahr zu Jahr sich steigernde Zunahme der Bevölkerung mit sich gebracht. Es beständen daselbst zur Zeit 1 Maschinenfabrik, 1 Walzwerk, 1 Röhrenwerk, 1 Verzinkerei, 1 Dampfhammerwerk, 1 Gerbstofffabrik, 1 Dampfsägewerk, das Elberfelder Wasserwerk, die elektrische Zentrale der Bergischen Kleinbahn und zahlreiche kleinere Eisenwaaren-Fabriken.

Diese Verhältnisse hätten eine außerordentliche Preissteigerung der Lebensmittel und der Familienwohnungen veranlaßt, so daß jeder dort wohnende Beamte einen erheblichen Zuschuß zu dem für Benrath festgesetzten Wohnungsgeldzuschuß zu leisten habe, dessen Abzug vom Gehalt bei den auch sonst herrschenden Theuerungsverhältnissen schwer empfunden werde. Der für die vierte Servisklasse ausgeworfene Betrag von 216 M. für Subalternbeamte bezw. 72 M für Unterbeamte reiche bei Weitem nicht aus, um eine einigermaßen standesgemäße Familienwohnung zu beschaffen. So betrage die jährliche Miethe für 2 Zimmer von je 10 Quadratmetern 175 — 200 M., für 3 Zimmer mit einer Dachkammer 270—320 M., für 4 Zimmer mit einer Dachkammer 420—450 M. Die Lebensmittelpreise seihen bedeutend höher als in den benachbarten größeren Städten Düsseldorf, Elberfeld und Köln. Besonders empfindlich würden durch diese mißlichen Verhältnisse selbstverständlich diejenigen Beamten getroffen, welche mit Kindern reich gesegnet und daher gezwungen seien, größere Wohnungen zu miethen. Der Umstand, daß die Dreher, Monteure und Röhrenschmiede einen sehr hohen Verdienst hätten, — es sei nichts Außergewöhnliches, daß ein Röhrenschmied 60—70 M. wöchentlich verdiene, wirke natürlich auch stark auf die Höhe der Wohnungs- und Lebensmittelpreise ein. In Würdigung der außergewöhnlichen Verhältnisse zahle die Kommunalbehörde der Gemeinde Benrath schon jetzt ihren Lehrern eine Miethsentschädigung von 400 M. jährlich, ein Satz, der die zweite Servisklasse um 40 M. übersteige. Seitens der früheren Königlichen Eisenbahn-Direktion Köln rechtsrheinisch sei den Theuerungsverhältnissen wohlwollende Beachtung in der Weise geschenkt worden, daß sie den Angehörigen dortiger Eisenbahnbeamten monatlich zweimal freie Fahrt nach Düsseldorf zum Einkauf von Lebensmitteln gewährt habe.

Die Petenten bitten demgemäß: Der Reichstag wolle das Bedürfniß der Versetzung der Gemeinde Benrath aus der vierten in die zweite Servisklasse anerkennen und dementsprechend beschließen.

Bei der Besprechung in der Petition der Kommission wurde anerkannt, daß die Servisklasse IV für Benrath allerdings, wie übrigens für eine ganze Reihe anderer Gemeinden in ähnlicher Lage, als Maßstab für den Wohnungsgeldzuschuß nicht mehr zutreffend sei. Es wurde aber ferner darauf hingewiesen, daß der Reichstag bereits im Jahre 1897 eine ihm von der Kommission für den Reichshaushalts-Etat vorgelegte Resolution angenommen habe, welche lautet: „dahin zu wirken, daß für die Bemessung der Höhe des Wohnungsgeldzuschusses und die entsprechende Ortsklasseneintheilung nicht ausschließlich die Servisklassen als maßgebend betrachtet werden, und daß demgemäß der §. 3 des Reichsgesetzes vom 30. Juni 1873 geändert wird." Sodann wurde erwähnt, daß nach §. 3 des Gesetzes, betreffend den Servistarif und die Klasseneintheilung der Orte vom Jahre 1897 die nächste Revision der Klasseneintheilung ausnahmsweise und abweichend von den Bestimmungen des §. 2 des Gesetzes vom 28. Mai 1887 nach spätestens 5 Jahren mit der Maßgabe zu erfolgen habe, daß die Neuregelung mit dem 1. April 1902 in Kraft trete.

Auf Grund dieser Feststellungen beantragt die Kommission:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Petition II. Nr. 14 856 der Eisenbahn- und Postbeamten der Gemeinde Benrath um Versetzung dieser Gemeinde aus der IV. in die II. Servisklasse

dem Herrn Reichskanzler als Material zu überweisen.

Nr. 738. Achtundneunzigster Bericht.

Berichterstatter:
Abgeordneter Dr. Marcour. Journ. II. Nr. 9109.

Fräulein Elisabeth Reuter in Berlin, Schriftleiterin für Begründung eines allgemeinen deutschen Frauen-Pensions-Grund-Fonds, ersucht den Reichstag, im Interesse bedrängter deutscher Frauen und Jungfrauen die Initiative zur Ausführung folgender Vorschläge ergreifen zu wollen:

1. Staatliche Begründung eines allgemeinen deutschen Frauen-Pensions-Reichsfonds mit Hülfe der Gesammtheit des deutschen Volkes.
2. Eine Reichsgesetzgebung zum dauernden Troste derjenigen älteren Töchter und Wittwen aller Stände, welche weder durch gute Vermögenslage noch durch guten Erwerb, noch durch die Lebensstellung ihres Vaters beziehungsweise ihres Gatten vor späterer Noth geschützt sind.

Zur Begründung verweist die Petentin auf die überaus traurige Lage vieler Frauen und Jungfrauen aller Stände, die einen heimlichen bitteren Kampf ums Dasein zu führen hätten, von dem die Allgemeinheit keine Ahnung habe, da die Betreffenden peinlich darauf bedacht seien, ihr Elend und ihre Noth nicht an die Oeffentlichkeit gelangen zu lassen. Ihr sei durch einen ernsten Beruf während 10 Jahre ausreichend Gelegenheit gegeben, solche Unglückliche aus allerlei Rang und Stand kennen zu lernen und ihnen auch innerlich und äußerlich näher zu treten, sowie auch ihnen hie und da tragen zu helfen an des Lebens mannigfacher Last. Das düstere Bild, welches sie dabei an den Stätten der Krankheit, des Todes und tiefster Verlassenheit in sich aufgenommen, habe sie veranlaßt, nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie solchem Elend abzuhelfen sei. Allerdings werde sich Noth und Elend, Sünde, Schmach und Ehrlosigkeit niemals ganz aus der Welt schaffen lassen, aber es gebe auch eine große Anzahl „ehrenwerther, tüchtiger Glieder der menschlichen Gesellschaft, die bei aller Mühe doch dem wirthschaftlichen Kampfe nie ganz beikommen könnten, sie verschmähen Almosen und mit Recht, sie wirken erniedrigend auf das Selbstgefühl des gesunden, erzogenen, mit Taktgefühl begabten Menschenherzens". Hier müßten die Gesetzgeber helfend eingreifen. Schon im Jahre 1895 sei daher die Bitte um eine „Reichsgesetzgebung zum Trost unserer deutschen Töchter und Jungfrauen" vor Sr. Majestät dem Kaiser niedergelegt worden und in jedem der späteren Jahre wiederholt. Der Bescheid aber habe gelautet, daß die Finanzlage des Reichs zur Realisirung dieses Planes, von anderen Schwierigkeiten abgesehen, zur Zeit leider keine gute Aussicht böte.

In ganz ähnlichem Sinne äußerte sich der Reichskanzler in einem Schreiben vom 11. August 1895, wobei betont wurde, daß der Reichskanzler den Bestrebungen lebhafte Theilnahme widme und insbesondere auch fortgesetzt die Frage mit Aufmerksamkeit verfolge, ob und inwieweit etwa im Wege der Fortentwicklung der sozialpolitischen Reformgesetzgebung der Gedanke einer Wittwen- und Waisenversorgung der Verwirklichung entgegengeführt werden könne.

Petentin fürchtet, daß „vielleicht eine Antwort aus dem Finanzgebiet des Deutschen Reichs am jüngsten Tage noch ebenso lauten würde", und wendet sich deshalb nunmehr an den Reichstag mit der oben erwähnten Bitte und in der Hoffnung, hier männliche praktische Förderer ihres Planes zu finden.

Der zur Organisation des Werkes erforderliche Grundfonds werde nach eingeholtem Urtheil von Sachverständigen auf 2 Milliarden geschätzt. Ein Theil dieses Fonds könne durch Einziehung nutzlos daliegender Fonds im ganzen Deutschen Reiche, ebenso der zahlreichen zweifelhaften Vermächtnisse 2c. beschafft werden.

Die Kommission, welche sich am 7. Februar 1900 mit der Petition befaßte, würdigte zwar vollkommen die edlen Absichten der Petentin, hielt jedoch eine Verwirklichung ihres Vorschlages in der vorgeschlagenen Form für nicht angängig resp. durchführbar. Soweit es sich um Fürsorge für arme und nothleidende Wittwen und Waisen handele, habe die Armenpflege der Gemeinden einzutreten, insofern aber eine organisatorische Fürsorge im Wege der Versicherung beantragt werde, sei die Sache durch den Beschluß des Reichstags vom 12. Januar 1900 (Annahme der Resolutionen der Abgeordneten Freiherr v. Stumm, Dr. Schaedler und Hitze über Wittwen- und Waisenversicherung) in die Wege geleitet.

Die Kommission beschloß daher einstimmig, beim Plenum zu beantragen:

Der Reichstag wolle beschließen:

über die Petitionen II. Nr. 9109 des Fräulein Elisabeth Reuter in Berlin um Begründung eines allgemeinen deutschen Frauen-Pensions-Reichs-Fonds mit Hülfe der Gesammtheit des deutschen Volks 2c.

zur Tagesordnung überzugehen.

Berlin, den 2. Mai 1900.

Die Kommission für die Petitionen.

Rimpau, Vorsitzender. **Calwer, Kraemer**, Dr. **Marcour**, Berichterstatter. Graf **v. Bismarck-Bohlen. Euler. Firzlaff. Fischbeck. Franken. Gäbel. v. Glebocki. Hegelmaier. Hoffmann** (Hall). **Jacobskötter. Krebs.** Graf **Magnis.** Dr. **Müller** (Meiningen). **Müller** (Waldeck). **v. Oueis. Schwartz** (Lübeck). **Strzoda. Stubbendorff. Thiele. Tutzauer. Wallenborn. Wattendorff.** Dr. **Weißenhagen. Wintermeyer.**

Nr. 739.*

Berichterstatter:
Abgeordneter Wellstein.

Bericht

der

Wahlprüfungs-Kommission

über

die Wahl des Abgeordneten Boltz im fünften Wahlkreise des Regierungsbezirks Trier (Kreis Saarbrücken).

Bei der Reichstagswahl im fünften Wahlkreise des Regierungsbezirks Trier (Kreis Saarbrücken) am 16. Juni 1898 wurden von 34 126 eingetragenen Wählern 24 883

* Antrag der Kommission auf Seite 5171.

Stimmen abgegeben, von denen 24 824 für gültig und 59 für ungültig erklärt wurden. Von den gültigen erhielt:

Justizrath Heinrich Boltz in Saarbrücken	11 094	Stimmen,
Tischlermeister Jakob Euler in Bensberg	10 806	=
Oberlehrer Dr. Theodor Meyer in St. Johann a. d. Saar	2 198	=
Kaufmann Leopold Emmel in Saargemünd	710	=
Auf verschiedene Personen fielen . . .	16	=
Zusammen	24 824	Stimmen.

Die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen beträgt 12 413. Da diese Zahl von keinem Kandidaten erreicht war, wurde am 24. Juni 1898 unter den beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten hatten, Boltz und Euler, die engere Wahl vorgenommen. Hierbei wählten 29 889 Wähler. Von den Stimmzetteln wurden 29 811 für gültig und 78 für ungültig erklärt. Von jenen lauteten für den Kandidaten:

Boltz	16 249	und
Euler	13 562	
Zusammen	29 811.	

Somit war jener mit einer Mehrheit von 2687 Stimmen gewählt; er wurde als gewählter Abgeordneter proklamirt und hat die Wahl rechtzeitig angenommen; seine Wählbarkeit ist bescheinigt.

Bei Nachprüfung der Akten ergab sich für beide Wahlen, daß eine Anzahl von Verstößen gegen die Vorschriften über die Abschließung und Führung der Wählerlisten, sowie über die Einzeichnung der Stimmen in die Gegenlisten vorgekommen ist. Indessen gaben dieselben nach der Praxis des Reichstags zu Bedenken keine Veranlassung.

Was die Hauptwahl vom 16. Juni 1898 anlangt, so ist noch zu bemerken, daß in dem Wahlbezirke Wahlschied Nr. 7 der Bürgermeisterei Heusweiler die Gegenliste von einer Person geführt worden ist, die nicht als Beisitzer dem Wahlvorstande angehört hat, und daß einige Stimmzettel von den Wahlvorständen unrichtig beurtheilt worden sind. Auch sind in Fällen, in denen die Zahl der vorgefundenen Stimmzettel mit der Zahl der in den Wählerlisten vermerkten Abstimmungszeichen nicht übereinstimmte, unrichtige Verrechnungen dieser überschießenden Zahlen vorgenommen worden. Es handelt sich aber bei all diesen Vorgängen um so geringe Zahlen, daß sie zusammengerechnet gegenüber dem Resultate der Hauptwahl nicht in Betracht kommen. Eine richtige Berechnung würde weder einem der beiden Stichwahlkandidaten die absolute Mehrheit bei der Hauptwahl gebracht, noch bewirkt haben, daß an Stelle eines der beiden ein anderer der Kandidaten in die Stichwahl gekommen wäre. Das gilt selbst unter Berücksichtigung des allein für die Hauptwahl in Betracht kommenden unten folgenden Protestes I. Mit Rücksicht hierauf ist von einer näheren Feststellung Abstand genommen worden.

Bei der Stichwahl fand sich, daß in den Wahlbezirken Saarbrücken I, Malstatt-Burbach V, Herrensohr, Guichenbach II und Völklingen II je ein Stimmzettel, in Saarbrücken VI, St. Johann II, IV und V, Malstatt-Burbach VII, Querschied II, Rockershausen und Völklingen IV je zwei Stimmzettel unrichtig beurtheilt worden waren. Ferner waren in den Bezirken Saarbrücken I, St. Johann VI, Malstatt-Burbach IV, Rentrisch, Gersweiler II, Kutzhof, Rockershausen je ein und in Malstatt-Burbach VIII, Bildstock je zwei und in Friedrichsthal II drei Stimmzettel zuviel verrechnet. Die Richtigstellung ergiebt folgendes Resultat:

Lfd. Nr.	Wahlbezirk	Der Gesammtzahl der abgegebenen Stimmen	dem Kandidaten Boltz	dem Kandidaten Euler
1	Saarbrücken I . .	+ 1 — 1	— — 1	+ 1 —
2	= VI . .	+ 2	—	+ 2
3	St. Johann II . .	— 2	—	— 2
4	= IV . .	+ 2	—	+ 2
5	= V . .	+ 2	+ 1	+ 1
6	= VI . .	— 1	— 1	—
7	Malstatt-Burbach IV	— 1	— 1	—
8	= = V	+ 1	—	+ 1
9	= = VII	+ 2	—	+ 2
10	= = VIII	— 2	— 2	—
11	Rentrisch	— 1	—	— 1
12	Herrensohr. . . .	+ 1	—	+ 1
13	Friedrichsthal II . .	— 3	— 3	—
14	Bildstock	— 2	— 2	—
15	Gersweiler II . .	— 1	— 1	—
16	Kutzhof	— 1	— 1	—
17	Querschied II . . .	— 2	—	— 2
18	Rockershausen. . .	+ 2	— 1	+ 3
19	Guichenbach II . .	— 1	— 1	—
20	Völklingen II . . .	+ 1	—	+ 1
21	= IV . . .	+ 1	— 1	+ 2
		+ 15 — 18	+ 1 — 15	+ 16 — 5
		— 3	— 14	+ 11

Das Stimmverhältniß bei der Stichwahl ist demnach dahin festzustellen, daß abgegeben wurden 29 811 — 3 = 29 808 gültige Stimmzettel, von denen für Boltz 16 249 — 14 = 16 235 und für Euler 13 562 + 11 = 13 573 in Anrechnung zu bringen waren.

Gegen die Wahl sind rechtzeitig drei Proteste [Protest I (L. Emmel, Saargemünd, Bruno Behr, St. Johann): S. 5137; Protest II (Dasbach aus Trier): S. 5137/5138; Protest III (Karl Haffmanns, Redakteur, St. Johann a. Saar): S. 5139 bis 5170] eingegangen. Sie haben eine Beantwortung (Anlage I) erfahren und gegen diese sind wieder drei Erwiderungen (Anlagen II, III, IV) eingereicht worden und hiergegen ist nochmals eine Entgegnung (Anlage V) erfolgt. [Schluß.]

Anlage I (S. 5171 bis 5205). Anlagen II (S. 5205 bis 5206), III (S. 5206 bis 5217) und IV (S. 5217 bis 5219). Anlage V (S. 5220 bis 5226).

Proteste.

Beschlüsse der Kommission.

Verweisung auf die Anlagen.

Protest I.

An den deutschen Reichstag in Berlin.

Unterzeichnete erheben hiermit Einspruch gegen die Gültigkeitserklärung der Wahl des Herrn Justizrat Boltz zum Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis Saarbrücken und beantragen die Wahl für ungültig zu erklären und die Vornahme einer Neuwahl zu veranlassen.

Gründe: 1. Am 5. Juni 1898 wurden den Beauftragten des sozial. Wahlkomitees 2000 die Wahl des soz. Candidaten empfehlende Flugblätter und 3000 für denselben lautende Stimmzettel in Sellerblach von dem Fußgendarm Voigt III beschlagnahmt. Auf sofort beim Kgl. Landrat in Saarbrücken persönlich eingelegte Beschwerde wurde eine kurz abweisende Antwort gegeben. Zwei oder drei Tage vor dem 16. Juni wurden dann die beschlagnahmten Sachen per Post an den sozialdemokratischen Candidaten gesandt.

Die Verbreitung der Flugblätter und Stimmzettel war nicht mehr möglich.

2. In Brebach wurden die Flugblätter und Stimmzettel unter Aufsicht des Gendarmen und Polizisten wieder eingesammelt, wer die Sachen nicht von selbst hergab dem wurden sie einfach weggenommen.

Zeugen: Joh. Tetgen Zimmermann, St. Johann a./d. Saar Mainzerstr. 101. Max Böhme, Maurer St. Johann Bahnhofstr. 3.

3. Am 29. Mai wurden drei Zettelverteilern in Malstatt die Wahlzettel von der Polizei abgenommen und erst später wiedergegeben.

Zeugen: Obengenannter M. Böhme und Joh. Wühler Maurer Saarbrücken Hintergasse 12.

Es unterliegt keinem Zweifel daß durch obige Vorkommnisse die Wahl beeinflußt wurde und bei ungehinderter Agitation unsrerseits aus der kleinen Majorität mit der Justizrat Boltz in der Stichwahl gewählt wurde eine Minorität entstanden wäre.

Daher wiederholen Unterzeichnete obengestellten Antrag.

L. Emmel Saargemünd
Bruno Behr St. Johann.

Vergl. Anlage I S. 5183 ff.

Die vorgetragenen Thatsachen sind nach Ansicht der Kommission für keine der beiden Wahlen von dem behaupteten Einflusse gewesen; sie konnten überhaupt mit Rücksicht auf die geringe Zahl der für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegebenen Stimmen nicht für erheblich erachtet werden. Wenn sie indessen erwiesen würden, so läge immerhin ein für unzulässig zu erachtendes Verfahren der in Betracht kommenden behördlichen Personen vor; auch die unter 1 behauptete Zurückweisung der Beschwerde durch den Landrath erscheint unter derselben Voraussetzung nicht gerechtfertigt. Unter dieser Voraussetzung waren daher, wie die Kommission beschloß, die unter 1 genannten Beamten und der für Brebach (Nr. 2 des Protestes) zuständige Gendarm und Polizist auf das Unzulässige ihrer Handlungsweise hinzuweisen. Zu Nr. 3 dagegen beschloß die Kommission, von einem solchen Hinweise Abstand zu nehmen, da der Ausdruck „Polizei" zu allgemein sei, um die handelnde Person zu erkennen.

Protest II.

Berlin, den 16. Dez. 1898.

Gegen die Wahl des Abgeordneten Boltz im Wahlkreise 5 Trier (Saarbrücken) erlaube ich mir noch folgende Anfechtung vorzutragen:

In dem Wahlkreise Saarbrücken wird das Blatt: „Der Bergmannsfreund" überaus stark unter den Bergleuten auf den fiskalischen Gruben verbreitet; die Verbreitung geschieht vielfach durch Steiger. Dadurch und durch einen Theil des Inhaltes gewinnt das Blatt den Anschein eines amtlichen Organs der Königlich preußischen Bergverwaltung. In dem Blatte werden nämlich fast in jeder Nummer (so z. B. in der Nummer 69 vom 21. Juni 1898, die für die vorliegende Wahl von Interesse ist, Seite 489) „Amtliches" und „Personalveränderungen" mitgetheilt.

Diese Nummer vom 21. Juni nun, die also zwischen Hauptwahl (16/6) und Stichwahl (24/6) erschienen und

Vergl. hierzu Anlage I S. 5182 bis 5183.

Der Protest spricht nicht aus, ob er sich gegen die Hauptwahl oder gegen die Stichwahl richtet. Er müßte also so aufgefaßt werden, als ob er sich gegen beide wendete. Indessen läßt die in Ansehung des „Bergmannsfreund" aufgestellte Behauptung der amtlichen Wahlbeeinflussung, da eine zwischen Haupt- und Stichwahl erschienene Nummer in Bezug genommen wird, erkennen, daß er nur die letztere anzufechten bestimmt ist. Dieser Auffassung trat die Kommission bei.

Was nun diese Eingangs des Protestes aufgestellte Behauptung der amtlichen Wahlbeeinflussung der Bergleute durch die Königliche Bergbehörde mittelst des genannten Blattes anlangt, so ist sie unten bei Nr. 1 des Protestes III mitberücksichtigt.

Die weiterhin aufgestellte Behauptung, daß eine die

Proteste.

Noch: Protest II.

dem Wahlprotest des Redakteurs Haffmanns (Journal-Nro. I 5162) als Anlage A I beigefügt ist, enthält an der Spitze des Blattes in großer Schrift einen Aufruf „An die Bergleute der Kreise Saarbrücken und Ottweiler St. Wendel-Meisenheim", in dem diese Bergleute aufgefordert werden, für die Kandidaten der der Centrumspartei entgegenstehenden Parteien zu stimmen: im Kreise Saarbrücken für Herrn Boltz.

Vgl. S. 5167.

Der Aufruf enthielt Ausdrücke, aus denen hervorgeht und die Bergleute schließen mußten, daß er von den Beamten der Bergverwaltung verfaßt ist: die Bergleute mußten also darin eine Aufforderung ihrer vorgesetzten Behörde sehen, ja man könnte sagen: einen Befehl.

Der Aufruf sagt: Es ist Schuldigkeit eines jeden Koenigl. Beamten u. eines jeden Königl. Bergmanns, einzutreten für die Regierung und für diejenigen Männer, die einer wirklich nationalen Partei angehören." Daß solche nicht die Centrumskandidaten seien, war vorher behauptet worden. — Ferner heißt es: „Ebensowenig wie wir bisher bei unseren Beamten u. Bergleuten einen Unterschied zwischen katholisch u. protestantisch gemacht haben . . ." „Es kann gewiß nicht gut thun, wenn solche Personen (wie die Centrumskandidaten) zwischen unsere Belegschaft und uns sich drängen wollen."

„In der folgenschweren Zeit des Jahres 1889, wo auch von jener (Centrums-) Seite . . . Unfrieden zwischen uns (Verwaltung u. Bergleuten) gesäet und ein langanhaltendes Mißverhältniß hervorgerufen wurde." . . . „Wir müssen es als . . . nothwendig ansehen, daß unsere Bergleute sich mit ihrer Verwaltung eins fühlen (d. h. in der Wahl des Reichstagsabgeordneten) und durch ein zielbewußtes einmüthiges Eintreten den Candidaten, die die Regierung unseres Kaisers in schweren Zeiten allzeit unterstützen werden (genannt ist als solcher H. Boltz), zum Siege verhelfen."

Dieser Aufruf wurde auch noch massenhaft als Flugblatt im Wahlkreise verbreitet. Es ist dies die schärfste u. wirksamste amtliche Beeinflussung, die man sich denken kann. Unterstützt wurde sie durch die in allen Wahllokalen, in denen Bergleute wählten, ausgeübte Kontrole der Stimmabgabe: es war den Bergleuten unmöglich, den ihnen unmittelbar vor dem Wahllokale durch einen Angestellten des Bergwerkes übergebenen Boltz'schen Stimmzettel mit einem anderen zu vertauschen, selbst wenn sie einen solchen in einer ihrer Taschen bei sich getragen hätten.

Für einen Bergmann ist der Verlust dieser seiner Berufs-Arbeit doppelt empfindlich, weil er keine andere Arbeit gelernt hat, also nicht leicht andere Arbeit finden wird, und weil er vielfach mit einem Hause und kleinen Grundstücken an seinem Wohnorte angesetzen ist. Eine Kündigung bedeutet daher für die meisten Bergleute den Ruin ihrer wirthschaftlichen Existenz.

Ich beantrage, daß amtlich festgestellt werde, wie groß die Zahl der wahlberechtigten Bergleute im Wahlkreise Saarbrücken gewesen ist. Daraus läßt sich feststellen, wie großen Umfang die durch diese Proklamation der Bergbehörde von Saarbrücken ausgeübte Wahlbeeinflussung der Bergleute genommen hat.

Eines hohen Reichstages

ergebenster

Dasbach aus Trier.

Beschlüsse der Kommission.

Verweisung auf die Anlagen.

Wahlfreiheit beschränkende bezw. das Wahlgeheimniß verletzende Kontrole der Stimmabgabe der Bergleute stattgefunden habe, hielt die Kommission für zu wenig substantiirt und zu allgemein gehalten, um sie unter Beweis stellen zu können, selbst wenn, was nicht geschehen, Beweismittel angegeben wären.

Proteste.

Beschlüsse der Kommission.
Verweisung auf die Anlagen.

Protest III.

Saarbrücken, den 1. Dezember 1898.

Betrifft:

Protest gegen die Wahl im Wahlkreis 5. Trier (Saarbrücken) und zwar gegen Hauptwahl und Stichwahl.

Dem Bureau des Reichstag überreicht der Unterzeichnete ganz ergebenst folgenden Wahlprotest gegen die Rechtszulässigkeit der im Kreise Saarbrücken bei der diesmaligen Reichstagswahl gethätigten Wahl des Herrn Justizrath Boltz, Saarbrücken.

Die angegebenen Thatsachen beweisen, daß statt des Herrn Justizrath Boltz, der Candidat der Centrumspartei, Herr Schreinermeister Jak. Euler, Bensberg, gewählt worden wäre, wenn nicht die amtlichen Beeinflussungen der Wähler, sowie die Beeinflussungen seitens der Privatunternehmer stattgefunden hätten.

I. Die Königliche Bergbehörde im Kreise Saarbrücken betrachtet sich als die Vertreterin der nationalliberalen Politik im Saarrevier und hält sich für verpflichtet in diesem Sinne auf ihre Untergebenen einzuwirken.

Bei der am 16. Juni stattgefundenen Hauptwahl zum deutschen Reichstag wurden im hiesigen Kreise für den Centrums-Abgeordneten Euler 10 813 Stimmen abgegeben, für den Candidaten der nationalliberalen Partei Boltz 11 065 Stimmen, für Oberlehrer Dr. Th. Meyer 2198 Stimmen, für Kaufmann Emmel 710 Stimmen, so daß eine Stichwahl zwischen dem Candidaten der nationalliberalen und dem der Centrumspartei nothwendig wurde.

Bei der ersten Wahl war der Druck, der von Seiten der Beamten auf die Bergarbeiter und von Seiten der Hüttenbeamten auf die Hüttenarbeiter ausgeübt wurde, weniger stark, so daß es möglich wurde, daß das Centrum gegenüber der Wahl, von 1893 um 6000 Stimmen zunahm.

Dieser Erfolg, einzig und allein die Folge eines minderstarken Druckes seitens der Königlichen Beamten, entfachte den Zorn der Beamtenschaft und nunmehr wurde für die Stichwahl die Parole gegeben, mit Hochdruck „amtlich" gegen das Centrum zu agitiren.

Bei der Stichwahl erhielt Herr Abgeordneter Euler 13 630 Stimmen, Herr Justizrath Boltz 16 285. Dieses Mehr des Herrn Boltz war nur möglich durch die unerhörten Wahlbeeinflussungen, da der Wahlkreis Saarbrücken zu $^2/_3$ katholisch ist.

In der Kgl. Bergwerksdirektion St. Johann Saarbrücken wurde unter der Leitung des Herrn Bergrath Vogel ein Wahlbüreau errichtet, das sich auch während der Dienststunden, als Agitationszweig für die nationalliberale Partei in Thätigkeit befand.

Als Frucht dieser Thätigkeit erschien im „Bergmannsfreund", amtliches und von der Bergbehörde herausgegebenes, und von einem Bergamtssecretär redigirtes Organ der hiesigen Bergwerksdirection, in der Nummer 69 am 21. Juni, an der Spitze des Blattes ein Aufruf an die Bergleute mit der Aufforderung die Herren Justizrath Boltz und Freiherrn von Stumm-Halberg am 24. Juni (Stichwahltag) zu wählen. Die Bergleute des Saarreviers mußten aus dem auffälligen Druck in dem der Aufruf er-

Anl. A I und A II S. 5157 bis 5158.

Der Protest richtet sich formell sowohl gegen die Hauptwahl wie die Stichwahl, inhaltlich jedoch nur gegen die letztere; denn nach der Eingangs gegebenen summarischen Darstellung der Wahlergebnisse wird erklärt, daß gerade die Wahlbeeinflussung, auf welche die Wahlanfechtung gestützt wird und für deren Art und Umfang im Verlaufe der Darstellung thatsächliche Beläge gegeben werden, bei der Hauptwahl in geringerem Maße bemerkbar gewesen sei, als bei der Stichwahl. Zudem kann sich die Behauptung bezüglich des Bergmannsfreunds unter I nur auf die Stichwahl beziehen, weil dies Vorkommniß zwischen Haupt- und Stichwahl fällt; außerdem ist bei einzelnen Punkten unmittelbar zum Ausdruck gebracht, daß sie sich nur gegen die Stichwahl richten.

Zu I. Vergl. Anlage I S. 38 ff., 48 bis 50.

Zu diesem Punkte wurde zunächst ausgeführt, daß in der Behauptung, die Königliche Bergbehörde halte sich für die Vertreterin der nationalliberalen Partei in dem in Betracht kommenden Wahlbezirk und für verpflichtet, in diesem Sinne auf ihre Untergebenen einzuwirken in Verbindung mit der weiteren Behauptung, daß der Bergrath Vogel ein Wahlbureau errichtet habe, das sich auch während der Dienststunden als Agitationszweig für die nationalliberale Partei in Thätigkeit befunden habe, eine ausreichende Behauptung gefunden werden müsse, daß der Bergrath Vogel in seiner dienstlichen Eigenschaft diese Thätigkeit entfaltet habe. Ein direkter Beweis sei dafür allerdings nicht angetreten, aber es sei weiter behauptet, daß auf diese amtliche Thätigkeit der im Protest näher bezeichnete Aufruf zurückzuführen sei und daß das Blatt, der „Bergmannsfreund", an dessen Spitze er gestanden, das amtliche, von der Bergbehörde herausgegebene und von einem Bergamtssekretär redigirte Organ der Königlichen Bergwerksdirektion zu Saarbrücken sei, eine Behauptung, die auch der Protest II aufstelle. Danach komme es auf jenes allgemeine Vorbringen, betreffend die Thätigkeit des Bergraths Vogel, nicht mehr an, auch sei es nicht erforderlich, um eine amtliche Wahlbeeinflussung ihrer Bergleute durch die Königliche Bergbehörde in Saarbrücken anzunehmen, daß jener Aufruf auf die Thätigkeit des unter der Leitung des Bergraths Vogel stehenden Wahlbureaus oder des Bergraths Vogel selbst zurückzuführen sei. Es müsse vielmehr zu einer solchen Annahme der Nachweis genügen, daß das genannte Blatt, der „Bergmannsfreund", die ihm in den Protesten beigelegte eben erwähnte Eigenschaften habe. Es wurde ferner im Sinne der Ausführungen des Protestes II darzulegen versucht, daß die Ausdrucksweise des an der Spitze des Blattes stehenden Aufrufs die einer zu ihren Untergebenen sprechenden Behörde sei, daß das Blatt „Amtliches", d. h. dienstliche Bekanntmachungen der Behörde an die betheiligten Personenkreise enthalte und daß als verantwortlicher Redakteur eine Person Theodor Vogel zeichne, der im Zusammenhalt der Protestbehauptung mit ihrer Beantwortung in Anlage I sich wohl als

S. 5137 bis 5138.

Proteste.
Noch: Protest III.

schien, und der Stelle, wo er stand, ersehen daß es sich hier um eine amtliche Publikation handele.

II. Diese Meinung wurde verstärkt durch das Eingreifen der Beamten in die Agitation, dienstlich und außerdienstlich.

1. Obersteiger Jakob, Sulzbach hielt mehrere Tage vor der Stichwahl, vor jeder Schichtenfahrt im Verlesesaal der Grube in amtlicher Eigenschaft aufgeregte Reden, in denen er über die „Pfaffen" schimpfte, und den Bergleuten es zur Pflicht machte, nationalliberal, den Herrn Boltz zu wählen. (Zeuge Joh. Atz, Joh Keber, Gregor Meyer, sämmtlich in Sulzbach)

Beschlüsse der Kommission.
Verweisung auf die Anlagen.

identisch mit dem an letzter Stelle genannten Bergwerksdirektionssekretär gleichen Namens erweisen dürfte. Diese Darlegungen, namentlich soweit es sich um einen Schluß aus der Ausdrucksweise des Aufrufs und der Rubrik „Amtliches" handelt, wurden als unzutreffend bekämpft und fanden nicht die Zustimmung der Kommissionsmehrheit. Letztere hielt vielmehr dafür, daß zur Führung des Nachweises, es läge die behauptete amtliche Wahlbeeinflussung vor, erforderlich sei, den Beweis zu erbringen, daß der „Bergmannsfreund" ein amtliches Organ der Königlichen Bergbehörde sei, oder daß er ein von dieser Behörde herausgegebenes — wenn auch von einem ihr etwa dienstlich nicht unterstellten Redakteur verantwortlich gezeichnetes — Blatt sei und daß die Autorschaft des an der Spitze stehenden Artikels auf einen Beamten der Behörde zurückzuführen sei.

Werde das aber erwiesen, so sei eine amtliche Wahlbeeinflussung durch die Königliche Bergbehörde als nachgewiesen zu betrachten und damit eine Thatsache von solcher Erheblichkeit, daß eine Kassirung der Wahl in Frage kommen könne. Nach der Praxis des Reichstags werde ein unmittelbarer Beweis des Erfolges einer Wahlbeeinflussung der in Rede stehenden Art auf die einzelnen Betheiligten nicht verlangt; es sei vielmehr nach der aus allgemeinen Gesichtspunkten, namentlich der Ausbreitungsfähigkeit des zur Beeinflussung gebrauchten Mittels, zu entnehmenden Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit der Einwirkung der Umfang des Erfolges festzustellen. In dieser Beziehung ergäbe sich zwar, daß der gewählte Abgeordnete vor dem unterlegenen Kandidaten 2662 Stimmen voraushabe. Bei der unbestritten großen Zahl der im Wahlkreise wahlberechtigten, der Königlichen Bergbehörde unterstehenden Bergleute müsse indessen daran festgehalten werden, wenigstens, wenn die unter II folgenden, einzelne Wahlbezirke ergreifenden Anfechtungen, sei es insgesammt oder auch nur theilweise, durchschlügen, daß ohne die in Rede stehende Wahlbeeinflussung der unterlegene Kandidat diese Zahl hätte einholen können. Die Kommission beschloß daher, Beweis darüber erheben zu lassen, ob: Vgl. S. 5171

a) der „Bergmannsfreund" ein amtliches Organ sei,
b) der in Nr. 69 von 1898 des Bergmannsfreunds erschienene Aufruf „An die Bergleute u. s. w." mit Zustimmung der Königlichen Bergwerksdirektion zu Saarbrücken aufgenommen sei,
c) der „Bergmannsfreund" von einem im Dienste befindlichen Bergbeamten redigirt wurde, wenn auch ein anderer als verantwortlicher Redakteur zeichnete,
d) der im Protest genannte Bergrath Vogel der Verfasser des fraglichen Artikels sei.

Zu 1. Vergl. Anlage I S. 5172.

Da die hier behauptete amtliche Wahlbeeinflussung als unzulässig erheblich sein würde, beschloß die Kommission, die nebenbezeichneten und die in Anlage A unter II 1 genannten Personen: Bergleute Jacob Krämer, Konrad Wilhelm, Matthias Groß 8 u. s. w. als Zeugen eidlich und den Obersteiger Jacob zu Sulzbach uneidlich über die Umstände vernehmen zu lassen, unter denen der letztere seine Ansprachen an seine untergebenen Bergleute gehalten hat, insbesondere, ob es bei dienstlichen Anlässen gewesen ist,

Proteste.
Noch: Protest III.

Beschlüsse der Kommission.
Verweisung auf die Anlagen.

2. Bergrath Krümmer, Sulzbach ließ diejenigen Grubenbeamten von denen er annahm, daß sie bei der ersten Wahl, für den Centrumskandidaten gestimmt hätten, vor der Stichwahl einzeln zu sich kommen und bearbeitete sie, demnächst anders zu wählen; so den Grubenwächter Joh Alles, den Chausseeaufseher N. Quirin den Grubenboten Thommes von Altenwald. (Zeuge Glasstrecker Hirth, Sulzbach.)

Bergrath Krümmer ließ wie die übrigen Grubendirektoren, die oberen und mittleren Betriebsbeamte zusammenkommen. Ausgehend von einer Kabinetsordre vom Jahre 1868 forderte er dieselbe in unzweideutiger Weise auf nationalliberal zu wählen. (Zeuge: sämtliche Grubenbeamte.

sowie über den Inhalt der Ansprachen, insbesondere, ob sie eine Aufforderung, den gewählten Abgeordneten Bolz zu wählen, enthalten haben.

Zu 2. Vergl. Anlage I Seite 5172.

Da auch die hier behauptete Thätigkeit eine unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung darstellen würde, wurde eidliche Vernehmung der nebengenannten drei Beamten Alles, Quirin und Thommes und uneidliche Vernehmung des Bergraths Krümmer beschlossen.

3. Obersteiger Hoos von Grube Brefeld (Kreuzgräben) berief zwei Tage vor der Stichwahl alle Vertrauensmänner und Steinzelaufseher auf sein Büreau und äußerte sich folgendermassen: „Laßt Euch nicht die Köpfe verdrehen, von einem Mann (Euler), den Ihr gar nicht kennt. Wählt nationale Männer. Die Pfaffen die haben im Jahre 1889 erst die großen Wunden unter die Arbeiter gerissen, jetzt haben wir dieselben soweit zugeheilt und nun fangen sie schon wieder an Zwiespalt zu schaffen. Einen Bergmann schimpfte er Faullenzer, weil dieser die ihm zum Vertheilen übergebenen nationalliberalen Zettel nicht annahm. Zwei katholischen Beamten, Fuchs und Hellbinck befahl er am Wahltage zwei Schichten hintereinander zu verfahren, um sie so von der Ausübung Ihres Wahlrechtes abzuhalten. Einer der Beamten protestirte dagegen, während der Andere von Morgens 6 Uhr bis Abends 11½ Uhr Dienst zu thun hatte.

Durch das Vorgehen Ihres Vorgesetzten gewitzigt, verkündeten die Steiger der Grube Brefeld, in den Gruben den Bergleuten, daß den Orten, wo für den natonalliberalen Candidaten Bolz wenig Stimmen bei der Stichwahl aufgebracht würden, die Bauprämien entzogen werden und daß Kinder der Bergleute dieser Orte dort nicht mehr zur Arbeit angenommen werden würden.

Zu 3. Vergl. Anlage I S. 5172.

Das Vorbringen des Protestes ist beweislos gelassen. Zur Vernehmung der Gegenbeweiszeugen liegt aber keine Veranlassung vor.

Was Fuchs und Hellbrück anlangt, so ist nicht angegeben, an welchen Orten sie wohnhaft und wahlberecht sind und es konnte daher nicht festgestellt werden, ob sie gewählt haben oder nicht, zumal in der Protestbeantwortung von den beiden Beamten erklärt ist, sie seien in einem anderen als dem hier in Rede stehenden Wahlbezirke wahlberechtigt gewesen.

4. In Humes hat der Obersteiger Michaely von Göttelborn dem dortigen Lehrer am Tag der Wahl gesagt, die dortige Werkschule werde aufgehoben werden. (Zeuge Dr. Royer, Pfarrer, Sulzbach.)

Zu 4. Vergl. Anlage I S. 5173.

Die Aeußerung in der behaupteten Form kann als eine unzulässige nicht befunden werden und es beschloß daher die Kommission, über sie hinwegzugehen.

5. Bergassessor von Meer in Sulzbach hielt am Abend des 22. Juni vor der Centrums Wahlversammlung in Altenwald, sämtliche Straßen und Zugänge zum Versammlungslokal bei Wirth Johann Wilhelm, mit etwa 20 Grubenbeamten besetzt, so daß die Besucher der Versammlung eine Art von Spießruthenlaufen durchmachen mußten, ebenso am selben Abend eine Stunde später in Hühnerfeld. Hier suchte von Meer mit seinen Beamten, die Versammlung der Centrumspartei zu stören und unmöglich zu machen. (Zeuge Pfarrer Dr. Royer, Sulzbach Abgeordneter Euler-Bensberg und Kaplan Roth in Saarbrücken.)

Dieses Verfahren hat zunächst einen Theil der Wahlberechtigten an dem Besuche der Wahlversammlung gehindert. Dann aber stellt dieses Verfahren eine Wahlbeeinflussung dar, wie sie schlimmer gar nicht gedacht werden kann, denn der Bergassessor und seine Unterbeamten haben da in der schärfsten Weise bekundet, daß sie ihre Untergebenen abhalten wollten für den Centrumskandidaten zu stimmen. Die so behandelten Wähler mußten befürchten, daß sie von der Abstimmung für den Centrumskandidaten Nachtheil hätten.

Zu 5. Vergl. Anlage I S. 5174 ff.

Die Mehrheit der Kommission hat in dem behaupteten Vorgehen des Bergassessors v. Meer in Hühnerfeld eine unzulässige Wahlbeeinflussung nicht erblickt, und es ging die Kommission daher über diese Behauptung hinweg.

Proteste.
Noch: Protest III.

6. Den Zettelvertheilern der nationalliberalen Parthei sind Auftrag zum Zettelvertheilen und die Zettel selbst von ihren Grubenbeamten im dienstlichen Anlasse zugewiesen worden. (Zeugen: die Bergleute Dörrenbächer in Sulzbach, und Linnebach in Altenwalde.)

7. Sulzbach I Wahllokal am alten Markt, Wahlvorsteher Dr. Halwachs und Kaufmann Simon in Sulzbach. Die beiden Flügelthüren des Wahllokals blieben auf Beschluß des Wahlvorstandes während der ganzen Zeit geöffnet, trotz des Protestes der untengenannten Zeugen.

Der Hausflur war mit Beamten der Gruben und der Fabriken besetzt, ebenso das Wahllokal. Der Zettelvertheiler der nationalliberalen Parthei war postirt zwischen Haus- & Wahlzimmerthür, beide sind zwei Meter von einander entfernt, so, daß jeder Wähler von den Beamten beobachtet wurde von dem Augenblick an, in dem ihm, von dem liberalen Zettelvertheiler ein Zettel angeboten wurde, bis zur Abgabe des Stimmzettels. Von dem Beamten, Steiger Pauly, wurde eine Liste geführt, wahrscheinlich über diejenigen die keinen liberalen Zettel annahmen, oder ihn vertauschten. Es war unmöglich für die Wähler unbemerkt einen Zettel zu vertauschen, oder ohne Controlle zu wählen.

Zeuge: Pfarrer Dr. Royer, Kaplan Zilliken, N. Conrad, pens. Bergmann alle in Sulzbach, Nic Bock Schriftsetzer in St. Johann.)

8. Sulzbach II Wahlvorsteher L Vopelius. a) Hier dieselben Vorgänge wie in Sulzbach. I. In diesem Lokale wurde von einem Grubenbeamten der vorne am Wahlvorstandstisch saß, eine Liste geführt. Wahlvorsteher L. Vopelius, Fabrikant Sulzbach, machte sich bei verschiedenen Wählern nach deren Stimmabgabe Notizen, was jeder im Locale Anwesende sehen konnte. (Zeuge: Kaplan Seiwert und Kaplan Zilliken)

b) Fabrikant Richard Vopelius Abgeordneter, kontrollirt die Wähler wie sie sich zu dem Zettelvertheiler der liberalen Partei stellen und verfolgt sie bis zur Urne.

9. Sulzbach III Wahlvorsteher Ingenieur Guthöve. Dasselbe Verhältnis wie in Sulzbach I Wahllocal stets offen, Wahllocal und Flur voll Beamten die die Wähler beaufsichtigen Die Vorgesetzten der Wähler verfolgten sie bis zur Urne Steiger Spengler führte eine Liste. (Zeuge Pfarrer Dr. Royer, Kaplan Seiwert, Taglöhner Johann Hoff).

Die Firma A. Zeitz hatte im Hausflur Büreaubeamten postirt, die den Arbeitern Zettel gaben mit den Worten „Den wählt Ihr!", dann wurden die Wähler bis zu der Urne kontrollirt ob Sie auch den Zettel abgaben. (Zeuge: Johann Hoff Sulzbach.)

10. Der Fabrikant Liewenbrück führte seine Arbeiter geschlossen zur Wahlurne und versah sie mit Stimmzetteln der nationalliberalen Partei.

Beschlüsse der Kommission.
Verweisung auf die Anlagen.

Zu 6. Vergl. Anlage I S. 5175.

Ueber die Behauptung war als nicht genügend substantiirt hinwegzugehen, da nicht behauptet ist, daß die Zettelvertheiler, denen von den Grubenbeamten die Stimmzettel übergeben worden sein sollen, Untergebene dieser Grubenbeamten gewesen seien, wenngleich der Ausdruck „ihren" Grubenbeamten darauf hinzudeuten scheine.

Zu 7. Vergl. Anlage I S. 5175.

Es liegt die thatsächlich ausreichend substantiirte Behauptung vor, daß eine die Freiheit der Wahl und das Wahlgeheimniß verletzende Kontrole der Abstimmung stattgefunden; die Kommission beschloß daher, Beweis über die Vorgänge in dem Wahllokal des Wahlbezirks I von Sulzbach bei der Stichwahl zu erheben durch eidliche Vernehmung der nebengenannten Personen als Zeugen und durch uneidliche Vernehmung des Wahlvorstandes: Kaufmann Heinrich Simon zu Sulzbach, Fabrikant Bernhard Salm zu Sulzbach, Ingenieur Dr. Florentin Hallwachs zu Sulzbach, Uhrmacher Heinrich Zeitler zu Sulzbach, Agent Heinrich Pfeilstücker zu Sulzbach, Wirth und Bäcker Ludwig Woll zu Sulzbach, pens. Grubenaufseher Heinrich Schneider zu Neuweiler, Hauer Jacob Thome zu Sulzbach.

Zu 8. Vergl. Anlage I S. 5175.

In Verbindung mit dem unten unter 11b in Betreff der Vorgänge in diesem Wahllokale Gesagten sind hier dieselben Verstöße wie unter 7 behauptet und es wurde daher entsprechend beschlossen, die Kapläne Seiwert und Zilliken zu Sulzbach, den Wiegemeister Georg Piné auf der Koksanlage Hirschbach bei Sulzbach als Zeugen eidlich und den Wahlvorstand: Glasfabrikant Louis Vopelius, Buchhalter Leo Koenig, Prokurist Julius Bartz, Bergmann Konrad Wilhelm, pens. Glasmacher Karl Koch, Schreinermeister Adam Fernsner, Buchhalter Otto Westermann, Fabrikant Gustav Zeitz uneidlich vernehmen zu lassen. — Die Anfertigung von Notizen war, soweit sie nicht als Theil der unter Beweis gestellten Verstöße in Betracht zu kommen hat, nicht als unzulässig zu erachten.

Wegen der unter Beweis gestellten Verstöße ist der nebenstehend unter b bezeichnete Fabrikant Richard Vopelius uneidlich zu vernehmen.

Zu 9. Vergl. Anlage I S. 5175.

Aus denselben Gründen wie zu 7 und 8 wurde auch hier beschlossen, die neben als Zeugen benannten Personen eidlich und den Wahlvorstand: Ingenieur Wilhelm Guthörl, Lehrer Osthof, Schreinermeister Burger, pens. Bergmann Wotipka, pens. Bergmann Maas, Lehrer Schupp, Wirth Gutendorf, Lehrer Freiberger uneidlich vernehmen zu lassen.

Zu 10. Vergl. Anlage I S. 5175.

Auch in diesen Behauptungen ist der Vorwurf von Verstößen wie unter 7 und 8 zu finden und beschlossen

Proteste.
Noch: Protest III.

Als der Vertheiler der Centrumszettel, den Arbeitern Zettel anbot, verbat Liewenbrück die Annahme der Zettel, mit den Worten: „Weg mit dem Zeug!" Einen Arbeiter Jost von dem er durch einen anderen Arbeiter erfahren hatte, daß er trotzdem für den Centrumscandidaten gestimmt hatte, stellte er am Wahllocale hierüber sofort zur Rede und bestellte ihn öffentlich auf sein Bureau, wo er dem Arbeiter die Arbeit kündigte; wenn es auch wahr wäre, was er behauptet, daß er die Kündigung einige Augenbike später zurückgenommen habe, so liegt eine Beeinflussung der anderen Wähler darin, daß er den Jost auf sein Büreau bestellt hat.

5158 Anlage B. u. C.
5162.

Zeuge: Gerichtlich festgestellt in dem Beleidigungsprozeß Liewenbrück gegen den Redakteur der St. Johann-Saarbr. Volkszeitung C. Haffmanns St. Johann Saar.

Dieser Vorfall ereignete sich bereits ziemlich früh, er schreckte die abhängigen Bergleute und Arbeiter davor zurück, für den Centrumscandidaten zu stimmen, obwohl sie sich zu dieser Partei bekennen Namentlich waren die Bergleute sehr ängstlich und viele haben aus diesem Anlaß nicht gewählt, oder aber Boltz, um nicht ihr Brod zu verlieren.

Bemerkt sei noch, daß die Bergbeamten dienstlich bei dem Wahlakt im Sinne der nationalliberalen Partei thätig waren.

11. Altenwald.

a) Wahlbezirk I. Wahlvorsteher war der Ortsvorsteher von Altenwald. Im Wahllokale befanden sich zwei Steiger, von denen einer eine Liste führte, während der andere kontrollirte wie die einzelnen Bergleute wählten. Vor dem Locale standen 6—8 Steiger und beobachteten die Bergleute. Steiger Bode stand um 12 Uhr mit nationalliberalen Stimmzetteln vor der Thüre des Wahllokales, angeblich um seinen Kameraden, also auch Steiger zu vertreten, während der Mittagzeit. Zeuge Kaplan Seiwert in Sulzbach, Schreinermeister Kräninger St. Johann, und Buchbindermeister Botz St. Hohann a. Saar.

Kohlenmesser Moser stand an der Thüre vor dem Wahlzimmer und schaute jedem Bergmann über die Schulter um zu sehen, welchen Zettel er zusammenfalte und abgebe. Es war für einen Wähler unmöglich, ohne sich dieser Controlle zu unterziehen in das Wahllocal hineinzukommen. (Zeuge Buchbinder Botz St. Johann S. & Schriftsetzer Michael Seimetz Trier, Kernstraße 3.

Als Wahlurne diente in diesem Locale eine offene Zuckerkiste.

b) Wahllokal II. Wahlvorsteher Bezirksvorsteher Diehl zu Hühnerfeld. Wahlurne: offner emaillirter Blechtopf.

Im Wahllokal waren zwei Steiger anwesend; die Listen führten, sowie ein Steiger Kirst—Altenwald und Schliffhausmeister Behringer, behufs Controllierung der Bergleute Steiger Kirst ging bei seiner Thätigkeit in ganz auffälliger Weise vor. Er belästigte in unerhörter Weise die Wähler. Vor dem Wahllokale standen bei dem Zettelvertheiler, Obersteiger Graß und Fahrsteiger Meyer, sowie Werkmeister Glasen Kreutzgräben, um zu sehen, ob auch jeder Bergmann einen nationalliberalen Zettel nahm. Die Zettelvertheiler waren Bergleute und von der Grube

Beschlüsse der Kommission.
Verweisung auf die Anlagen.

worden, zum Beweis und Gegenbeweise die Akten des Königlichen Amtsgerichts zu Saarbrücken über die Privatklagesache des Fabrikanten Heinrich Lievenbrück zu Sulzbach (Wahlbezirk Sulzbach I) wider den Redakteur C. Haffmanns zu St. Johann aus dem Jahre 1898 einzufordern.

Zu 11. Vergl. Anlage I S. 5176.

a) Auch hier ist dieselbe Beeinträchtigung der Wahlfreiheit und Verletzung des Wahlgeheimnisses behauptet, wie unter 7 und 8 und es wurde daher entsprechend beschlossen, die nebengenannten Zeugen: Kaplan Seiwert in Sulzbach, Schreinermeister Kräninger in St. Johann und Buchbindermeister Botz daselbst und Schriftsetzer Michael Steinmetz zu Trier, Sternstraße 3, eidlich und den Wahlvorstand: Glasbläser Friedrich Niebling, Buchhalter Ludwig Högel, Unternehmer Karl Baum, pens. Bergmann Wilhelm Stiller, pens. Bergmann Fritz Kilsch, Maurermeister Peter Kilian, Zeichner Philipp Kirchner, uneidlich vernehmen zu lassen. Da in der Vertheilung der Stimmzettel durch Königliche Steiger eine unzulässige Wahlbeeinflussung zu erblicken ist, sofern sie erkennbar dienstlich erfolgt, ist die Vernehmung auch darauf zu richten, ob der Steiger Bode bei der behaupteten Stimmzettelvertheilung mit einem dienstlichen Abzeichen versehen gewesen oder ob sonstwie erkennbar gewesen, daß er diese Vertheilung dienstlich vorgenommen. — Auch sollen wegen der Behauptung, es seien bläulich gefärbte Stimmzettel den Arbeitern gegeben worden, die Stimmzettel eingefordert werden und es soll der Wahlvorstand um amtliche Auskunft über die Beschaffenheit der Wahlurne ersucht werden.

b) Hier wurde auf Grund desselben Thatbestandes wie bei a entsprechende Beweiserhebung beschlossen. Es sollen unter Einforderung der Stimmzettel die Zeugen Peter Müller zu Hühnerfeld und Schriftsetzer M. Steinmetz in Trier, Sternstraße 3, eidlich und der Wahlvorstand: Bezirksvorsteher Ludwig Diehl, Lehrer Peter Michels, Aufseher Johann Leibfried, pens. Bergmann August Thale, Wirth Valentin Franz, pens. Bergmann Anton Schmitz, uneidlich vernommen werden; auch soll der Wahlvorstand uneidlich vernommen und um amtliche Auskunft über die Beschaffenheit der Wahlurne ersucht werden.

Proteste.
Noch: Protest III.

dorthin gestellt. Nachträglich wurde mitgetheilt, daß sämtliche Leute Stimmzettel hatten die von L Vopelius gezeichnet waren. Leider war es nicht möglich einen solchen Zettel zu erhalten.

Zeuge Peter Müller Hühnerfeld Schriftsetzer M. Senirez Trier Sternstraße 3)

Im Wahllokal Sulzbach II wurde einem schwachen Mann (Heinrich Kunz) der in einer Droschke gefahren kam, zwei Schritte vor der Wahlurne von einem Herrn Karl Simon der Stimmzettel aus der Hand gerissen und ihm dafür ein nationalliberaler Zettel gegeben den erabgeben mußte.

Zeuge: Georg Diné, Wiegenmeister auf der Koksanlage Hirschbach bei Sulzbach.)

Der Vorsteher Niebeling im Wahllocal Altenwald I nahm dem Wähler Peter Klein den Wahlzettel ab und öffnete ihn um zu sehen welchen Name er trage. (Zeuge Peter Klein Altenwald.

Der Werkmeister Vogelsang und Meister John von der Glashütte zu Altenwald, standen vor dem Wahllokal I in Altenwald mit bläulich gefärbten Stimmzettel für den nationalliberalen Candidaten und gaben dieselben ihren Arbeitern mit den Worten: „Diesen Zettel haben Sie abzugeben." Um sicher zu sein, daß dieses auch geschehen folgten Sie den Arbeitern bis an die Thüre. Bei der Abzählung am Abend stand John auf erhöhter Stelle um zu sehen, wie viel von seinen Stimmzetteln abgegeben worden waren.

Zeugen Ad. Botz Buchbinder in St. Johann Saar.

Auf der Coksanlage Altenwald kündigte nach der Wahl der Director Baerber dem Arbeiter J. Reimertshofer, weil er annahm, daß derselbe den Centrumskandidaten Euler gewählt hätte, mit den Worten: „Da Sie nicht gewählt haben, wie ich gewollt, kann ich Sie als Arbeiter nicht mehr brauchen. Gehen Sie zu Herrn Röchling — Besitzer der Coksanlage — wenn der Sie behält, will ich nichts dagegen haben." Der Arbeiter zog es vor, sich andere Arbeit zu suchen. (Zeuge: J Reimertshofer in St. Johann, beschäftigt in der Papst'schen Fabrick.)

12. Wahlschied. Im hiesigen Wahllokal saß Steiger Bauer aus Grube Göttelborn, mit einer Liste versehen, zur Controlle der hiesigen Bergleute, von denen viele auf Grube Göttelborn arbeiten. Bauer agitirte und notirte für den nationalliberalen Candidaten, wodurch sich die hiesigen Bergleute sehr beeinträchtigt fühlten. Zeuge: Joh. Götzinger Wahlschied.)

13. Grube Göttelborn.

Die Steiger der hiesigen Grube waren bis auf 4 Steiger und einen Bergschüler denen die Grube und die Arbeiter anvertraut waren, abkommandirt um im Sinne der nationalliberalen Partei die Bergleute zu kontrollieren und zu bewegen, nationalliberal zu wählen. Auf der Grube kam an diesem Tage ein Unglück vor, bei dem ein Bergmann todt blieb. und einer schwer verwundet wurde. Wenn ein noch größeres Unglück vorgekommen wäre, wer hätte dann die Schuld getragen?

Zeuge: Pfarrer Dr Keil Quierscheid und Pfarrer Weber, Friedrichsthal

14. Bildstock.

Wahllokal: Schulsaal. Vier Steiger Fr. Kliebenstein, Forst Ries und Metzen, befanden sich im Wahllokal zur Controlle der Bergarbeiter. Bei dem Zettelvertheiler der nationalliberalen Partei, standen mehrere Steiger um zu sehen, ob die Arbeiter auch alle nationalliberale Zettel nähmen. Der Flur, der 3—4 Meter lang ist, wurde von den Beamten beherrscht, so daß keiner der Wähler, ohne

Beschlüsse der Kommission.
Verweisung auf die Anlagen.

Der Behauptung, welche die Kündigung des Reinertshofer betrifft, war, weil diese Kündigung nach der Wahl erfolgt sein soll, ein Gewicht nicht beizulegen, soweit nicht aus ihr gefolgert werden kann, daß durch eine Verletzung des Wahlgeheimnisses offenkundig geworden, wie Reinertshofer gewählt; abgesehen von der nach dem vorstehenden Absatz bereits unter Beweis gestellten, ist aber eine andere diesbezügliche Behauptung nicht aufgestellt.

Zu 12. Vergl. Anlage I S. 5176.

Die Behauptung erschien nach keiner Richtung ausreichend substantiirt, um als erheblich angesehen werden zu können.

Zu 13. Vergl. Anlage I S. 5176.

Es ist nicht erfindlich, in welcher Weise die behaupteten Thatsachen von Einfluß auf den Ausfall der Wahl gewesen sein können. Der Punkt war daher zu übergehen.

Zu 14. Vergl. Anlage I S. 5176 und 5177.

Zu diesem Punkte wurde ausgeführt, daß eine ausreichend substantiirte und genügend mit Beweismitteln unterstützte Behauptung der Beeinträchtigung der Wahlfreiheit und des Wahlgeheimnisses sowohl durch die angeblich besondere Art, wie die nationalliberalen Stimmzettel gefaltet gewesen, als auch durch die angebliche Kontrole vorliege und deshalb beantragt, Beweis zu

Proteste.
Noch: Protest III.

die allerschwierigsten Manupulationen einen Zettel vertauschen konnten Die Thüre stand offen., Der Zeuge Felberg erhob gegen 11 Uhr Protest gegen die Controlle der Wähler seitens der Beamten, beim Wahlvorstand. Doch sagte dieser, daß er gegen die Beaufsichtigung der Wähler nichts machen könne. Nur die Thüre ließ er schließen. Aber trotzdem war es den Wählern nicht möglich, unbemerkt von der Straße bis zum Wahltisch einen Zettel zu vertauschen, denn sie wurden auf dem Flur und im Wahllokale ganz genau beobachtet. Am Nachmittag blieb der kleine Hausflur leer, doch blieben die Steiger mit der Liste der Grubenbeamten im Wahllocale. Um diesen die Controle zu erleichteren, hatte man nationalliberale Stimmzettel angeschafft, die von dünnem Papier und so gefalten waren, daß man den Namen auf der Rückseite lesen konnte. Die Wähler mußten fürchten, daß der Wahlvorsteher den Namen lese.

Auch wenn dieser es nicht gethan hat, ist die Beeinflussung der Wähler gleichgültig. Zeuge (P. Felberg Trier Paulinusdruckerei.)

15. Gersweiler

Vgl. 5214, 5224. Vor dem Wahllokale stand der Meister der Burbacherhütte Paul Schmitt, und zwar so, daß er genau sehen könnte, welchen Zettel der Arbeiter nahm und auch abgab. Der Zettelvertheiler der nationalliberalen Partei stand direkt an der Thür zum Wahllokal so daß keine Gelegenheit war unbeaufsichtigt diesen Zettel vor dem Wahllokale zu vertauschen und im Wahllokale waren die Wähler den auf sie gehefteten Bliken des Wahlvorstehers ausgesetzt, so daß sie auch dort nicht unbemerkt den Umtausch vornehmen konnten Mehrere Bergbeamte und Meister der Hütte kontrollirten die Wähler, so daß einige Wähler dem Zeugen Schloeder sagten: „Wir werden controllirt." Zeuge: Joh. Schloeder, Buchhalter in Trier. Johannisstraße 27.

16. Ottenhausen. Im hiesigen Wahllokale stand die Thüre offen, direkt an der Thüre stand der Zettelvertheiler der nationalliberalen Partei und im Hausflur kontrollirte der Steiger Kurz von Grube Gerhard die Wähler. Den Zettelvertheiler der Centrumspartei jagte er fort mit den Worten: „Scheren Sie sich fort mit Ihren Zetteln Vielen Wählern, die einen Centrumszettel nehmen wollten, rief er zu: „Nehmen Sie keinen von diesen Zettel hier sind andere zu haben!" Ottenhausen ist ein kleiner Ort und wird zumeist nur von Bergleuten bewohnt deren Vorgesetzter der Steiger Kurz ist, also kennt er sie Alle und sein Verfahren ist eine directe unzulässige Beeinflussung. Zeuge Schloeder bemerkte dem Wahlvorsteher daß die Vorgänge hier gesetzwidrig seien, und daß er doch wenigstens die Thüre schließen lassen sollte, worauf der Vorsteher frech wurde und den Zeugen hinauszuführen drohte. Bei der Zusammenstellung des Resultats stellte sich heraus, daß ein Zettel mehr in der Urne war als Stimmen abgegeben waren. Ob diese Thatsache protocollirt wurde konnte Zeuge nicht erfahren.

(Zeuge: Joh. Schlöder Trier Johannisstraße 27, Schuhmacher Carl Mallet St. Johann.)

17. Altenkessel. a) Die Beamten der Grube Gerhard, kümmerten sich sehr lebhaft um die Durchbringung der Candidatur Boltz, des nationalliberalen Candidaten, der von der Bergbehörde als der von der Regierung gewünschte Candidat hingestellt wurde Dieses mußten die Bergleute und Wähler um so eher für wahr halten, als der Bergrath Huck sich für die Candidatur Boltz verwandte zum Schaden des Centrumscandidaten Euler. Um der Angelegenheit einen noch besseren amtlichen Charakter zu

Beschlüsse der Kommission.
Verweisung auf die Anlagen.

erheben durch eidliche Vernehmung des neben genannten Zeugen Felberg, sowie durch Einziehung der Stimmzettel. Es wurde dagegen jedoch mit Erfolg eingewendet, daß Beobachtungen nur seitens einer Person angegeben seien, daß das aber nicht genüge, weil Ein Zeuge nicht gleichzeitig die Vorgänge im Wahlzimmer und vor demselben beobachten könne; die Befürchtung und der Eindruck der Bergleute, sie würden während der Ausübung des Wählens kontrolirt, sei allein nicht maßgebend. Demgemäß wurde der Antrag abgelehnt.

Zu 15. Vergl. Anlage I S. 5177. Vgl. S. 5214 5224.

Die Behauptung wurde für ausreichend erachtet, um, wenn erwiesen, eine unzulässige Wahlkontrole anzunehmen und daher beschlossen, den Buchhalter Johann Schloeder in Trier, Johannisstraße 27, als Zeugen eidlich und den Wahlvorstand: Bürgermeister Heinrich Lichtenthäler, Lehrer August Hammen, Stiftsförster a. D. Heinrich Stoffel, Ackerer Heinrich Herrmann, Pensionär Georg Büch, Hauptlehrer Georg Waninger, uneidlich über die Art und Weise dieser Kontrole vernehmen zu lassen.

Zu 16. Vergl. Anlage I S. 5177, sowie die Erklärung des Steigers Kurz S. 5214, 5224.

Auch hier wurde die Behauptung über die ausgeübte Kontrole und die dadurch herbeigeführte Verletzung des Wahlgeheimnisses für ausreichend befunden und demgemäß beschlossen, Beweis über die Vorgänge durch eidliche Vernehmung der neben benannten Personen, sowie durch uneidliche Vernehmung des Wahlvorstandes: Fuhrmann Karl Diesinger, Friedrich Kurz (Protokollführer), Lehrer Wilhelm Schommers, pf. Peter Kirschner, pf. Hüttenarbeiter Michel Kerber, pf. Bergmann Heinrich Käufer, zu erheben. Ein Antrag auch über das behauptete Verhalten des Steigers Kurz, weil dasselbe eine unzulässige Wahlbeeeinflussung der unterstellten Bergleute enthalte, wurde abgelehnt.

Zu 17. Vergl. Anlage I S. 5177.

Zu a) wurde die Behauptung nicht ausreichend substantiirt gefunden, sowohl was die angebliche „dienstliche" Kommandirung zur Stimmzettelvertheilung anlangt, weil nicht ersichtlich gemacht ist, von wem die Genannten abkommandirt worden sein sollen, als auch hinsichtlich der Kontrolausübung; von Beweiserhebung soll daher abgesehen werden.

Proteste.
Noch: Protest III.

geben, wurden die kathol. Bergleute Johann Buker-Rischaneck und Johann Alt-Bartosch, sowie der evangelische Bergmann Jacob Gerhold, alle drei aus Altenkessel „dienstlich" bestimmt nationalliberale Stimmzettel am Wahllocal, Schullokal des Lehrers Kill, zu vertheilen und Controlldienst zu verrichten. Nachmittags waren als Controlleure die Bergleute Johann Koch und Nicolaus Meningen-Kels behördlich abkommandirt.

Zeuge Andreas Thomas I Karl Ferd. Schmitt, Johann Stegentritt Altenkessel.

b) Das Local in welchem gewählt wurde, liegt eine Treppe hoch. In der Nähe der Thüre, die zum Wahllokale führt, ist ein Fenster. An diesem Fenster standen der Steiger Hassel—Neudorf und Berginspector Althans letzterer theilweise nachmittags zur Controlle der Wähler. Hassel paßte auf was die Bergleute für Manipulationen mit den ihnen gegebenen nationalliberalen Zettel machten Berginspector Althans unterstützte ihn. Oben an der Treppe also in der nächsten Nähe der beiden Beamten standen die Bergleute Mathias Wirth-Altmayer und J. Gerhold mit den Stimmzetteln der nationalliberalen Partei, die sie gefalten dem Wähler übergaben. Zwischen diesen beiden Zettelvertheilern konnte immer nur ein Wähler durchgehen. Am Fenster standen dann wiederum zur noch größeren Sicherheit, ebenfalls im Auftrage der Grube, die Bergleute Reinhold Blume und Ludwig Wahlster mit den gefaltenen nationalliberalen Stimmzettel Der Zwischenraum zwischen den einzelnen Vertheilern und zugleich Aufpassern war so klein, daß kein Bergmann den ihm gegebenen Zettel mit einem andern verwechseln konnte, ohne daß dies gesehen worden wäre. Die Thüre zu dem einige Schritte vom Fenster entlegenen Wahllocale war offen. Obersteiger Rüffler, saß so, daß er das Gesicht der offnen Thüre zuwandte und im Zimmer sowohl, als auch im Flur die Vorgänge genau beobachten konnte.

Als der Zeuge die Thüre schloß, öffnete Steiger Rüffel sie wieder mit den Worten „Die Thüre bleibt offen."

Rüffler und die übrigen Beamten in und außer dem Wahllockal, beobachteten derart einen jeden Wähler, so daß es nicht möglich war frei und geheim zu wählen.

(Zeuge Vitus Pip, Hafner und Pfarrer Didier.

c) Die von der nationalliberalen Partei, hier besser gesagt, von den Grubenbeamten ausgegebenen Zettel wurden, damit man eine bessere Controlle habe, alle 3/4 Stunden in anderer Weise gefalten und wenn die auf eine neue Art gefaltenen Zettel an die Reihe kamen, wurde ein Muster dem kontrolierenden Beamten, der sich stets im Wahllokal befand, mit dem Bedeuten vorgelegt, daß die jetzt kommenden nationalliberalen Zettel **so** gefalten seien. Dieses Falten erschwerte ein Oeffnen des Zettels, ja machte es geradezu unmöglich. Zur besseren Erklärung liegen dieser Art gefaltene Zettel bei.

Seite 5162 bis 5166.

Anlage D.

Zeugen dieser Vorgänge sind: Karl Ferdinand Michel Meiser I und Mathias Ney Altenkessel

d) In dem Wahllokal waren anwesend Bergrath Huck, Obersteiger Rüffler, auch war anfangs Steiger Wallacher da. In der vorderen Schulbank welche in der Nähe der Wahlurne aufgestellt war, saßen Steiger Willie Neudorf und Kapps aus Altenkessel. Willie führte eine Liste der Wähler und machte mit Blaustifte an den Namen des Wählers bald ein Kreuz, bald einen Strich. Um 11 Uhr 20 Minuten erhielt der im Wahllocal anwesende Bergrath Hueck durch einen Boten ein oder zwei Päckchen national-

Beschlüsse der Kommission.
Verweisung auf die Anlagen.

Zu b wurde die Behauptung der Wahlkontrole und deswegen der Beeinträchtigung der Wahlfreiheit und der Verletzung des Wahlgeheimnisses für ausreichend thatsächlich begründet angesehen und es wurde daher beschlossen, die nebengenannten Zeugen eidlich und den Wahlvorstand: Lehrer Karl Neu, Lehrer Anton Kill, Lehrer Peter König, Lehrer Friedrich Anschütz, Kaufmann Adolf Wunn, Gastwirth Ludwig Zeller, Gastwirth Ludwig Wahlster, Schuhmachermeister Michel Schulien, uneidlich über die Vorgänge vernehmen zu lassen.

Zu c als Vervollständigung der Behauptung unter b wurde beschlossen, ebenfalls den Wahlvorstand (siehe vorstehend zu b) uneidlich und die angegebenen Zeugen eidlich vernehmen zu lassen, auch die Stimmzettel dieses Wahlbezirks einzufordern.

Zu d wurde aus demselben Grunde beschlossen, den Wahlvorstand (siehe vorstehend zu b) uneidlich und den genannten Zeugen eidlich vernehmen zu lassen.

Proteste.
Noch: Protest III.

liberaler Wahlzettel. Nachdem er den beiliegenden Brief gelesen hatte, trug er die Wahlzettel hinaus zu den dort von der Grube Gerhard aufgestellten Beamten und Bergleuten. Nach einigen Minuten kam er zurück und legte neben den Steiger Willié einen nationallib. Wahlzettel der anders gefalten war als die vorherigen. Dieser Akt wiederholte sich oft. Hierdurch war die geheime Wahl aufgehoben u. muß ich annehmen, daß Willié mit den verschiedenen Zeichen die verschiedenen Abstimmungen bezeichnete Als der Zeuge den Steiger Hassel auf die Ungehörigkeit aufmerksam machte und frug wie oft sie diese Manipulationen noch vorzunehmen gedächten erwiderte er mir, daß sie so oft die Art des Zettelfaltens gewechselt hätten als wir, Centrum, dieses ihnen nachgemacht hätten.

Bergrath Hueck, der hinzu kam, erklärte mir, er nehme seine Beamten in Schutz, es stehe nirgend, daß sie die Zettel nicht falten könnten wie sie wollten. Ich erwiderte ihm, daß offenbar das Geheimnis der Wahl verletzt würde, wenn die veränderten Zettel jedesmal vorher dem controlierenden Steiger Willié vorgelegt würden, so daß er ganz genau sehen könne ob der Bergmann einen nationalliberalen oder Centrums-Zettel abgebe.

Er störte sich jedoch nicht daran, sondern gab dem Steiger Hassel noch Anweisungen mit den Worten: „Sie wissen was Sie zu thun haben." und verließ dann das Local. (Zeuge Pfarrer Didier, Altenkessel.)

18. Brebach.

a) Der Großindustrielle Böcking Chef des Freiherr von Stummschen Hüttenwerkes Brebach Halberg, ließ seine Arbeiter kommen und sagte zu ihnen folgendes „Ich sage Euch nicht: wählt den nationalliberalen Candidaten Boltz, sondern ich sage Euch: ich wähle Boltz ich will aber, daß meine Arbeiter so wählen wie ich. Wenn Ihr hungrig seid könnt Ihr nicht zu Euler (Centrum) gehen, sondern müßt zu mir kommen (Zeuge Pfarrer Hower, Bliesransbach.)

b) Ein braver biederer Katholik, kommt zu mir und klagte, daß er von seinem Chef von der Hütte beauftragt worden sei Zettel für Boltz zu vertheilen, was soll ich da machen? Ich erklärte ihm, daß er sich ruhig vor der Thüre des Hauses in dem das Wahllocal sei, aufstellen und Zettel vertheilen soll.

Der Beauftragte der Hütte J. P. Bähr hatte eine vom Werk aufgestellte Liste der Wähler, und sagte mir er habe Befehl hinter den Namen eines Jeden, der einen Zettel nehme, ein Zeichen zu machen und die Liste seinem Chef zurückzubringen.

In den um Brebach liegenden Dörfern wohnen zumeist nur Arbeiter des Stumm'schen Werkes und kann also genau kontrolirt werden, ob die Arbeiter die dort wählen nach dem Befehl des Chefs gewählt hatten. In Anbetracht der Drohungen die den Wählern auf der Hütte zu Theil wurden, hat keiner seiner Ueberzeugung nach Centrum gewählt, sondern nationalliberal, so daß hier allein wohl über 1000 Stimmen dem Centrum verloren gingen. (Zeuge Pfarrer Hower Bliesransbach, Redakeur Haffmanns St. Johann.

c) Anwesend im Wahllokal Brebach war der Chef der Hütte Commerzienrath R Böcking fast den ganzen Tag. Außer dem Chef waren auch angestellte der Hütte in und am Wahllocale thätig Einer derselben stand in der Nähe des Austheilers der Centrums-Stimm-Zettel, und wies jeden, der solche nehmen wollte, ab mi den Worten „Oben giebt es Zettel!" Das Wahllocal lag eine Treppe hoch.

Beschlüsse der Kommission.
Verweisung auf die Anlagen.

Zu 18. Vergl. Anlage I S. 5179, 5180.
Die sämmtlichen Behauptungen unter a, b, c konnten nicht für erheblich erachtet werden und waren daher zu übergehen.

Proteste.
Noch: Protest III.

Drei Schritt von der Thüre ab, stand ein Tisch an dem die Beamten der Hütte mit den nationalliberalen Zetteln saßen und direkt einen Blick ins Wahllocal hatten. Aus Angst in einen falschen Verdacht zu kommen, zerrissen die Wähler sofort vor den Augen der Warner den Centrumszettel und gingen die Treppe hinauf um dort den nationalliberalen zu nehmen. Der Zettelvertheiler der Centrumspartei hatte sich auch obenhin postirt, fand aber keinen Abnehmer infolge der Warnung. (Zeuge Küster Schneider Brebach.)

19. Malstatt Burbach.

a) Wahllokal Bürgermeisterei. Zum Wohllocal führte ein Gang von 8—10 Mtr. Länge. Gleich am Eingang des Ganges standen behufs Controlierung der Wähler die Meister Schwarz und Simon von der Burbacher Hütte. Die Thüre zum Wahllokal stand auf und in diesem selbst standen der Meister Eißenbeiß und noch ein Beamter der Kütte Die Meister Schwarz und Simon, denen noch zwei Arbeiter der Hütte zugetheilt waren, vertheilten an die Wähler, d. h. die Arbeiter der Hütte die Stimmzettel.

Da nun am anderen Ende des Ganges, also in der offenstehenden Thüre zum Wahllokal, Meister Eißenbeiß und noch ein Beamter standen, war es den Wählern unmöglich, da sie fortwährend unter Controlle waren, den Stimmzettel umzutauschen.

Ein Wähler, kein Arbeiter der Hütte, Pflastermeister Steinmetz, entrüstete sich über diese Vorgänge so, daß er derselben öffentlich Ausdruck verlieh, Er sagte: „Hier ist es unmöglich geheim zu wählen. Jeder schaut einem in die Papiere." Er ging hinaus, um im Hof seinen Stimmzettel zu falten. Dieses war den Arbeitern nicht möglich; da sie dann sofort in den Verdacht gekommen wären, nicht nationalliberal gewählt zu haben. Sie mußten, wohl oder übel, den ihnen von den Meistern übergebenen Zettel abgeben und thaten es in der Ueberzeugung, daß Sie anderen Falls entlassen werden würden. Der Aufforderung des Zeugen wenigstens die Thüre zu schließen wurde nicht Folge gegeben. Die meisten Wähler führten Beschwerde über die Art und Weise der Belästigung. Ein Wähler, Sarg, forderte noch vor der Thüre zum Wahllokale jeden einzelnen Wähler auf: „national" d. i. nationalliberal zu wählen.

Zeuge: Joh. Zerfaß Schuhmacher Malstatt bei Saarbrücken.

b) Wahllokal 7 u. 8. Angestellte der Burbacher Hütte theilten direct vor der Thüre zum Wahlzimmer die nationalliberalen Stimmzettel aus Im Wahllokale selbst standen die Meister und Aufseher der Burbacher Hütte aufgestellt, die mit Listen in der Hand den einzelnen Wähler controllirten. Im Wahlbezirk Nr. 8 standen im Wahllokal die Meister Weber Adam, Termes, und Reimer. Die Arbeiter wurden so vertheilt, daß sie wählen mußten, wenn ihre Meister die Controle im Wahllokale hatten. Da die Zettelvertheiler der nationalliberalen Parthei direkt vor der Thür standen, konnten die Meister jeden Wähler (Arbeiter) von dem Augenblike an beobachten, wo er einen nationalliberalen Zettel nahm, bis er ihn in die Urne warf. Die genannten Meister waren den ganzen Tag über im Locale anwesend und wurden noch verstärkt durch die Aufseher Schumacher und Gräf. Kein Zettel der abgegeben wurde entging ihrer Controlle.

c) Wahllokal Nr. 7. Hier vollzog sich dasselbe Schauspiel, es waren dorthin die Aufseher Reiter, Greif, Pille und Ziegler behufs Controlle abkommandirt.

Beschlüsse der Kommission.
Verweisung auf die Anlagen.

Zu 19. Vergl. Anlage I S. 5180 bis 5182.

In allen unter a bis f aufgeführten Wahllokalen in Malstatt-Burbach, den Wahllokalen für die Bezirke 4 (Bürgermeisterei), 7, 8, 6 und 5, ist nach der ausreichend substantiirten Behauptung die Freiheit der Wahl beeinträchtigt und das Wahlgeheimniß verletzt worden durch die von den Angestellten der Burbacher Hütte bezw. der Bergbehörde ausgeübte Kontrole und es wurde daher beschlossen, zu allen Punkten die am Schlusse der abgedruckten Eingabe vom 3. Dezember 1898 angegebenen Personen, sowie zu a den Pflasterermeister Steinmetz zu Malstatt-Burbach und den Schuhmacher Johann Zerfaß daselbst als Zeugen eidlich vernehmen zu lassen. Auch sollen die Wahlvorstände der einzelnen Bezirke: Stadtbürgermeisterei Malstatt-Burbach: Vgl. S. 5150, 5180, 5205, 5210, 5216.

Wahlbezirk 4 (Bürgermeisterei): Kaufmann Jakob Kalkoffen, Lehrer Johann Geßer, Stadtsekretär Wilhelm Schmidt, Kaufmann Karl Hadapp sen., Lehrer Philipp Hofmann, Rentner Philipp Weber, Bierverleger Heinrich Wolf, Kaufmann Karl Steinbrecher.

Wahlbezirk 7: Kaufmann Adolf Reuther, Lehrer Peter Britz, Kaufmann Peter Weyand, Wirth Friedrich Roland, Ziegeleibesitzer Ludwig Niedner, Bäcker Karl Ewald, pens. Bergmann Heinrich Melchior, Kaufmann Wilhelm Beeck.

Wahlbezirk 8: Rektor Michael Hemmerling, Lehrer Balthasar Resch, Lehrer Peter Heen, Schreinermeister Friedrich Schlemmer, pens. Bergmann Georg Melchior, pens. Grubenhüter Nikol aus Lorenz, Hüttenarbeiter Joseph Schons.

Wahlbezirk 6: Hauptlehrer Christian Engers, städtischer Vollziehungsbeamter Karl Hartmann, Bäckermeister Philipp Wagner, Bäckermeister Christian Kunz, Lehrer Philipp Schröder, Hüttenbeamter Wilhelm Hopf, Wirth Johann Simon, Schreinermeister Johann Kluck.

Wahlbezirk 5: Bürgermeisterei-Beigordneter Direktor Heinrich Koehl, Kaufmann Julius Sarg, Apotheker Georg Michiels, Holzhändler Heinrich Braun, Rentuer Adolf Niedner sen., Maurermeister Otto Meyer

über die behauptete Kontrole uneidlich vernommen werden.

Ferner sollen über die im vorletzten Absatze des Protestpunktes aufgestellte Behauptung die dort bezeichneten Arbeiter Dukat, Schäfer, Scherer und Weiskopf eidlich als Zeugen vernommen werden, sodann der auf Seite 5180 Nr. 20 in dem Gegenproteste aufgeführte Kommerzienrath Seebohm uneidlich.

Proteste.
Noch: Protest III.

d) Die Aufsicht resp. Controlle der Arbeiter (Wähler) war eine systematische. Die Oberaufsicht führte der Büreaubeamte Laccus, der von Local zu Local lief und die Controleure anspornte, nur recht aufmerksam zu sein. Die Controleure waren so postirt worden, daß die Arbeiter Spießruthen laufen mußten und außerdem ging Laccus jedem Wähler von der Außenthür bis zum Wahltisch nach, und neigte sich über ihn um zu sehen, was er mit dem genommenen nationalliberalen Zettel mache, um dann dem Controlleur einen Wink zu geben.

Der Postverwalter von hier machte in Uniform den ganzen Tag dasselbe Manöver wie Laccus.

Außer diesen erwähnten Herrn der Hütte standen am Wahllokal zwei von der Bergbehörde beorderte Steiger, eine Beamtenmütze tragend. Einer derselben war von Grube Gerhard, der andere von von der Heydt. Nachmittags wurden dieselben abgelöst durch Steiger Wolff. Es war an beiden Loccalen unmöglich, daß die Arbeiter unbeachtet auch nur einen Schritt thun konnten von der Zettelannahme bis zur Zettelabgabe, und es konnte von jedem Controlleur genau festgestellt werden, ob die Arbeiter den nationalliberalen Zettel abgegeben hatten oder nicht.

e) Wahllokal 6. Hier ging es ebenso wie oben angegeben zu. Zur Beobachtung der Arbeiter hatten sich hier neben die Zettelvertheiler der nationalliberalen Partei, die Meister und Beamten: Paulus, Mollenmeier Sarg und Marschall postirt. Damit nun jeder Arbeiter diesen Zettel nehme und damit er diesen Zettel auf dem Gang zum Wahllokale nicht vertauschen könne standen auf der Treppe und an der offenen Thüre zum Wahlzimmer, die Beamten Baumann, Nalbach l Berger Petto und Geißler, welche die Wähler, wenn es nothwendig wurde, bis zum Wahltisch begleiteten.

f) Wahllokal 5. Die Dinge die sich in diesem Locale abspielten machten eine freie und geheime Wahl vollständig unmöglich. Zur richtigen Beurtheilung der ganzen Tragweite der dortigen Vorkommnisse, muß bemerkt werden, daß fast alle Wähler dieses Wahlbezirks Arbeiter und Angestellte der Burbacher Hütte sind. Vorsitzender des Wahlvorstandes war Direktor Köhl, der fast alle Wähler persönlich kennt. Die Wähler wurden Truppweise zu einer bestimmten Zeit zum Wahllokal kommandirt. Gleich neben dem Haupteingang in das Gebäude führte rechts die Thüre, welche immer offen war, in das Wahlzimmer selbst. Am Haupteingang standen zwei Zettelvertheiler der nationalliberalen Partei Gleich daneben einige Meister so z. B. Didier, Reiter, Hahn die sich abwechselten. Diese sahen zu, ob die Arbeiter auch nationalliberale Zettel nahmen und ob sie dieselben auch abgeben würden. Um dieses sicherer und leichterer bewerkstelligen zu können, befahl der Vorsitzende immer nur einen kleinen Theil der Wähler hereinzulassen, welchen Befehl die Meister, die behufs Controlle an der Thüre standen, auch pünktlich Folge gaben. Die Arbeiter wurden am Eingang fest gehalten und durften nur zu kleinen Partien in das Wahlzimmer

Im Wahlzimmer selbst ein Meter vom Wahltische entfernt da wo die Wähler hintraten stand der Director des Stahlwerks Korten, mit einer Liste in der Hand; er bückte sich über die Leute hin, um in die noch nicht gefaltenen Zettel zu schauen, welchem Gebahren die Arbeiter nicht entgegen zu treten wagten aus Furcht ihr Brod zu verlieren. Neben Director Korten stand ein Beamter Merker der von Zeit zu Zeit Notizen machte, die Wähler vermutheten, er notiere die Arbeiter die den Centrumskandidaten Euler wählten.

Beschlüsse der Kommission.
Verweisung auf die Anlagen.

Proteste.
Noch: Protest III.

Beschlüsse der Kommission.
Verweisung auf die Anlagen.

Vor der Wahl selbst, wirkte man auf die Arbeiter bereits durch Drohungen ein.

Auf einem Plakat das am Schulhaus angeklebt war, stand groß geschrieben: „Wer Euler wählt, dem wird gekündigt." Wer diese Drohung veröffentlich hat, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. Kurz vor der Stichwahl war dem Arbeiter Schommer der eine Hüttenwohnung inne hatte, diese gekündigt worden, weil er bei der Hauptwahl Euler gewählt hatte. Die Meister drohten den Arbeitern mit Entziehung der Prämien und mit Abzügen, wenn sie den Centrumskandidaten wählten versprachen den Arbeitern allerlei Vergünstigungen insbesondere Schichtzulagen in Höhe von 30 Pfg, wenn sie nationalliberal wählen würden. Auch bezeichnete man die Arbeiter, die Euler gewählt hatten, als „Lumpen". Hervorragend thätig waren in diesen Fällen die Meister Mollermann, Reiner, Korn Simon und Geisler. Die Arbeiter dieser Meister werden am besten Auskunft über das Treiben derselben geben können

Zeugen für die in Burbach vorgekommenen Unregelmäßigkeiten sind die Herren Kapläne Kiefer und Junker, die Herren Breit und Burkhardt Ohligschläger, Merker, und Helm, sämmtlich in Burbach.

Der Meister der Burbacher Hütte, Paul Samder, erklärte seinen ihm unterstellten Arbeitern: Ich sage es nochmals und bestimmt: Boltz wird gewählt, oder Ihr bekommt Euere Entlassung." Die Folge dieser Erklärung war, daß der Arbeiter Albert Dukat, Burbach Hintergasse Nr. 1, von dem man annahm daß er Euler gewählt habe, am 1. Juli seine Entlassung erhielt. Zeuge: der entlassene Arbeiter Dukat, sowie die Arbeiter Jakob Schäfer Burbach, von der Heydtstraße Jakob Scherer Burbach und Nikolaus Weiskopf, Gersweiler.

Um nur noch ein kleines Genrebildchen beizufügen, sei mitgetheilt, daß der Meister Rudolf Korn, von der Burbacher Hütte zwei Tage vor der Stichwahl, auf der Hütte Abends gegen 6 Uhr die Arbeiter Ludwig Molz Burbach, Margarethenstraße, Mathias Seiwert Burbach Stockgasse, Philipp Leis Burbach Königstraße und Heinrich Peters Gersweiler, mit den Worten angefallen hat: „Ihr Lumpen, glaubt Ihr, ich könne Leute in meine Arbeit gebrauchen, die Euler wählen?" Er ging in seinem Eifer soweit, auch solche Arbeiter anzufallen, die bei der Hauptwahl gar nicht wählen konnten, weil sie nicht auf der Liste standen.

St. Johann, 3. Dez. 1898.

Vgl. S. 5168.

An
den Deutschen Reichstag
Berlin.

In meinem Protest vom 1. Dezbr. 1898 gegen die Reichstagswahl im Wahlkreis 5. Trier (Saarbrücken) fehlen bei Angabe der Zeugen Seite 41 am Ende die Vornamen und die Wohnungen der angegebenen Zeugen. Ich hole das Versäumte hiermit nach, indem ich die Zeugen nochmals wiederhole, und bitte, auf Grund dieses meines Nachtrages den Protest an der angegebenen Stelle zu vervollständigen.

Die Zeugen sind:

1.) Breid Nikolaus, Burbach Louisenstraße; (pens. Hüttenarbeiter.)
2.) Burkhard Johann, Burbach Heinrichstraße; (pens. Hüttenarbeiter)
3.) Ohligschläger Heinrich, Burbach Krenzelsberg; (pens. Hüttenarbeiter)

Proteste.
Noch: Protest III.

4.) Merker Johann, Burbach Gersweilerstraße; Hüttenarbeiter)
5.) Helm Franz, Burbach Matthiasstraße. (Küster.)
6.) Junker Paul, Burbach Kath. Pfarrhaus; (Kaplan.)

Ergebenst

Carl Haffmanns
Redacteur
St. Johann a. Saar

Beschlüsse der Kommission.
Verweisung auf die Anlagen.

20. Saarbrücken.

a) Emil von Rekowsky in Saarbrücken, Deutschherrnstraße 15, bekundet seine Wahrnehmungen am Tage der Stichwahl wie folgt:

Am Wahllocale des II. Wahlbezirks im Neugelände Schulhaus, war ich mit dem Vertheilen der Centrumstimmzettel beauftragt Im Wahllocale befanden sich behufs Controlle die Herren Güteragent Friedrich Stolz, L. H. Schmidt, Seibert, und einige andere Herren L. H. Schmidt zerstörte den vor dem Wahllokale angeklebten Wahlaufruf für den Centrumskandidaten Euler. L. H. Schmidt und Fabrikant Seibert nahmen den Wählern die Stimmzettel ab und sahen nach welchen Namen sie trugen Die Zettel die den Namen Euler trugen zerrissen sie und warfen sie fort, dann sahen sie nach, ob die betreffenden Wähler auch den von ihnen als „richtig" bezeichneten Zettel für Boltz abgaben. Die Thüre zum Wahlzimmer stand den ganzen Tag offen, so daß es jedem möglich war, alle Vorgänge zu beobachten. Auf meine Bemerkungen die Ungehörigkeiten einzustellen, widrigenfalls ich beim Wahlvorstand vorstellig werde, gaben die Herren zunächst ungehörige Antworten verstanden sich jedoch später dazu, sich behufs Berathung zurückzuziehen. Nach Schluß dieser Berathung, die nur von kurzer Dauer war, geschahen dieselben Ungehörigkeiten wie zuvor.

Auch waren nicht wahlberechtigte junge Leute anwesend, anscheinend aus dem Baugeschäft des Herrn L. H. Schmidt die die Beeinflussung der Arbeiter unterstützten. Es war den vielen dort wählenden Arbeitern unmöglich, in ihrem Sinne zu wählen; sie waren gezwungen, wollten sie nicht ihr Brod verlieren, so zu wählen, wie die kontrolierenden Herren wollte.

b) Die Firma Roth & Schüler hat am Tage der Wahl, morgens gegen 11 Uhr die Arbeiter dahin angewiesen sich zur Wahl zu begeben mit dem Verbot: „unter keinen Umständen einen „Schwarzen", Euler, zu wählen, wer nicht gewillt sei, Boltz zu wählen, möge einfach bei der Arbeit bleiben. Jede Uebertretung würde mit sofortiger Entlassung geahndet werden. Zeuge: Eier und Butterhändler Birkelbach in St Johann Dudweilerstraße.

Zu 20. Vergl. Anlage I S. 5182.

In der vorgetragenen Form sind die Behauptungen nicht genügend substantiirt und erschienen darum nicht beachtlich.

21. Den vorstehend mitgetheilten Thatsachen füge ich noch die von den Zeugen eingereichten Original-Zuschriften aus Püttlingen bei (siehe nachstehend) und zum Beweis für die Erfüllung der ausgesprochenen Drohungen auch einige Artikel der von mir redigirten St Johann-Saarbrücker Volkszeitung; auch für die Richtigkeit der in diesen Zeitungsartikeln aufgestellten Behauptungen stehe ich ein.

Vergleiche S. 5158 bis 5170.

Püttlingen, den 29 Okt. 1898.

Zur Reichstagswahl in Püttlingen.

Unterzeichneter hat am Tage der Stichwahl, am 25 Juni d. J., Folgendes beobachtet: beigefügte Zeichnung diene zur Orientierung:

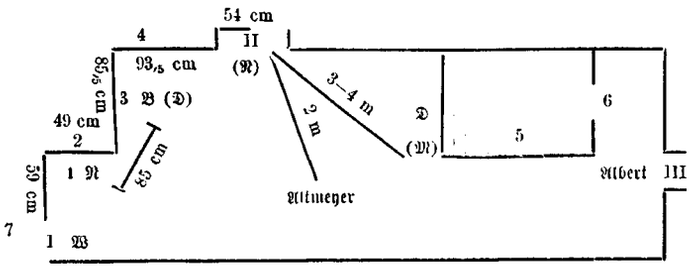
Zu 21. Vergl. Anlage I S. 5178.

Nach den ausreichend substantiirten Behauptungen, vorausgesetzt, daß sie sich als richtig erweisen, muß angenommen werden, daß in den beiden Wahllokalen eine die Wahlfreiheit beeinträchtigende und das Geheimniß der Wahl verletzende Kontrole der Wahl zu Gunsten des gewählten Abgeordneten stattgefunden hat. Es wurde daher beschlossen, über die Vorgänge in den Wahllokalen die betreffenden Wahlvorstände: Bürgermeisterei Püttlingen:

Wahlbezirk Püttlingen I: Lehrer Michel Joseph Weber, Lehrer Johann Quint, Wirth Nikolaus Nauert, Lehrer a. D. Georg Conrad, Wirth

Proteste.

Noch: Protest III.



Diese Zeichnung stellt den Gang des Schulhauses Berg vor, in dem die Wahl des Bezirks Berg stattfand; bei I ist die Eingangsthüre von Außen, bei II die Thüre zum Wahllokal (Schulsaal), bei III Ausgangsthüre zum Spielhof der Kinder; von den kleinen Zahlen bezeichnet 1 den geschlossenen linken Flügel der Eingangsthüre I, 2, 3, 4 bezeichnen Mauerwände, 5 bezeichnet die Treppe zu den oberen Schulsälen; unter dieser Treppe führt eine andere Treppe in den Keller, 6 bezeichnet die Thüre zu der letztern (Keller-)Treppe. Die Maaße geben die Breite der Thürflügel, der Wände oder aufgestellter Personen an. Die Buchstaben bezeichnen die Plätze und auch die Personen der nationalliberalen Partei, welche diese Plätze fast die ganze Wahlzeit (ausgenommen vielleicht eine Stunde zur Mittagszeit, wo fast niemand zur Wahl kam) innehatten: N soll den Bergmann Nalbach andeuten, der die Zettel für den Wahlkandidaten Boltz zu verteilen hatte; er stand fast immer hinter dem Flügel der Eingangsthüre I, zuweilen auch direkt an der Thüre zum Wahllokal (N) II, so daß der Wahlvorsteher Lehrer Weber mehrmals drohte, die Wahl zu kassieren, wenn der Zettelverteiler nicht außerhalb des Ganges sich aufstelle, da er den Gang auch als zum Wahllokal gehörig betrachte; jede Drohung half aber nur für einige Minuten. Rechts von N-Nalbach stand der Berginspektor Wißmann (W), kaum $^1/_2$ m von Nalbach entfernt, also fast in der Thüre, so daß die Leute sich an ihm vorbei drücken mußten; längere Zeit hat er die Wähler d. h. die Bergleute (Nicht-Bergleute wurden von keiner Seite belästigt) scharf beobachtet, ob sie einen Boltz'schen Zettel nahmen oder nicht und was sie damit machten, ob sie ihn falteten, in der Hand behielten oder in die Tasche steckten. Da der Verteiler der Euler'schen Zettel draußen stand (7) so konnte Berginspektor Wißmann von seinem Standpunkte aus ziemlich genau kontrollieren, welchen Zettel jeder Bergmann zum Abgeben bereit machte; doch war er nicht immer da, weil er auch in dem andern Wahlrevier dieselbe Thätigkeit zu entfalten hatte.

Links von N in der Mauerecke stand (B-) der Bergmann Blum, von N 85 cm entfernt, von der Thüre zum Wahllokal 70 cm—90 cm. Dicht an ihm mußten die Wähler vorbei, und er schaute den Bergleuten einfach in den Zettel hinein, sah ganz genau, was mit jedem Zettel geschah, ehe der Wähler durch die Thüre II ins Wahllokal ging. Diese Beobachtung geschah zuweilen in einer so auffälligen Weise, daß Unterzeichneter sich genötigt sah, vor diesen Bergmann Blum zu springen um ihm so das Einsehen in die Wahlzettel der Bergleute zu verhindern. Blum löste sich auch mehrmals mit Bergmann Derrenbacher (D) ab.

Ungefähr mitten im Gang 2—3 m von I und 2 m von II entfernt stand Steiger Altmeyer, etwa 2 m dahinter, von II 3,5 m entfernt, an der Treppe, stand (D) Derrenbacher und Steiger Meiser, bei III der Bergmann Jak. Albert Blaser 6—7 m von II entfernt. Bei dieser Aufstellung von Beobachtern war es sehr schwer, unkontrollirt

Beschlüsse der Kommission.

Verweisung auf die Anlagen.

Peter Speicher, Altmeyer, Metzger Emil Weber, Feldhüter Michel Speicher, Bergmann Michel Speicher, Kammer.

Wahlbezirk Püttlingen II: Hauptlehrer Petri I, Lehrer Thomas, Schneidermeister Jakob Johann Haßdenteufel, Pensionär Peter Burgard, Pensionär Franz Pistorius, Pensionär Johann Stein, Pensionär Johann Albert.

uneidlich vernehmen zu lassen. Ferner sollen die zu den einzelnen Punkten als Zeugen bezeichneten Personen eidlich vernommen werden, und zwar über die Vorgänge

a) im Wahllokal am Berg (Bezirk I): der Eisenwaarenhändler Jacob Baldauf-Bach, der pensionirte Bergmann Jacob Mathis Schmidt, Modewaarenhändler Kirch, Sekretär Merziger, dessen Vater, Schuhmachermeister Biemer, Kaplan März, Ackerer Sander, alle in Püttlingen;

b) im Wahllokale in der Ritterstraße: der Wirth Becker in der Ritterstraße zu Püttlingen und der Kaplan Ainling daselbst;

c) im Wahllokale II: Jacob Kreutzer, Kaplan Ainling und Pfarrer Dr. Dahm in Püttlingen.

Proteste.
Noch: Protest III.

Beschlüsse der Kommission.
Verweisung auf die Anlagen.

einen Zettel zu falten, so daß Unterzeichneter mehrmals die Wähler erst durch die Thüre III hinaus ins Freie schicken mußte, damit sie dort ihren Zettel frei falten konnten.

Zudem erschien auch mehrmals Obersteiger Schmitt II, der weniger im Gange vor dem Wahllokal, aber desto mehr im Wahllokal selbst sich aufhielt, wo er sich sogar auf die Sitze der ersten Schulbänke stellte; auch Steiger Meiser war längere Zeit bei Obersteiger Schmitt II im Wahllokal, und der Eisenwaaren-Händler Jak. Baldauf—Bach hörte, wie einer derselben sagte, als Bergmann Meyer eintrat: „Sehen Sie, was der Meyer für einen Zettel abgiebt."

Der pensionirte Bergmann Jak. Mathis Schmitt bemerkte, wie der Bergmann Jak. Albert Blaser in dem kleinen verborgenen Raume hinter der Treppe (6), von sonst niemand bemerkt, die Boltz'schen Zettel durch Abschneiden bedeutend verkleinerte (wohl nur, um die andern (Euler'schen) Zettel dadurch kenntlich zu machen), sie dem Verteiler überbrachte und dabei die Worte fallen ließ: „Hier muß man alles probieren."

Für die Wahrheit obigen Berichtes stehen viele Bürgen; neben den oben Genannten: der Modewaarenhändler Kirch, Sekretär Merziger sowie dessen Vater, Schuhmachermeister Biewer .... sowie der Endesunterzeichnete, der den ganzen Tag beinahe vor dem Wahllokal zugebracht hat,

Christoph März,
Kaplan.

Zu vorstehenden Angaben des Kaplans März ist noch Folgendes nachzutragen:

1) der Eingangsthüre zum Wahllokal gerade gegenüber saß beständig auf der Schulbank ein Steiger, welcher jeden Wähler im Auge hatte, sobald er in das Wahllokal eintrat;

2) unmittelbar vor dem Wahltisch saßen oder standen den ganzen Tag zwei Grubenbeamte auf den Schulbänken, um jeden Wähler zu beobachten. Der Wahltisch war von der Eingangsthüre nur 3—4 Meter entfernt, so daß ein Umtauschen der Wahlzettel nicht möglich war, ohne beobachtet zu werden.

Unterzeichneter hat längere Zeit beobachtet, wie den unter 1 bezeichneten Platz Steiger Meiser, die unter 2 bezeichneten Plätze Berginspektor Wiesmann (der in eine ganz andere Gemeinde — Obervölklingen — ungefähr 1 Stunde entfernt gehört) und Obersteiger Schmidt II inne hatten.

Außerdem sind Zeugen: Der Wahlvorsteher Lehrer Weber, der Beisitzer P. Speicher — Altmeyer (dessen Zeugnis noch eigens beiliegt), Ackerer Sander, Notariatssekretär Merziger.

Püttlingen, den 8. November 1898.
(Kreis Saarbrücken)

Dr. Dahm,
Pfarrer.

Nachträglich höre ich noch, daß Obersteiger Schmidt II sich auch auf die erste Bank unmittelbar vor dem Wahltisch stellte und einmal sagte: „ich sehe doch scharf, ich habe ein scharfes Auge". Zeugen hierfür sind der pens. Bahnwärter P. Heckmann u. der pens. Bergmann Georg Kiefer, beide zu Püttlingen.

Püttlingen, den 9. November 1898.

Dahm, Pfr.

Proteste.
Noch: Protest III.

Beschlüsse der Kommission.
Verweisung auf die Anlagen.

Zur Reichstagswahl in Püttlingen.

Zwischen der Haupt- und Stichwahl versuchten fast alle Grubenbeamten, die Bergleute bei der Arbeit auf jede mögliche Weise für den liberalen Candidaten Boltz unter Versprechungen und Drohungen einzunehmen. Es waren vor allem die Obersteiger Schmidt I u. II, die Fahrsteiger Kramer u. Diweny, die Steiger Hör I u. II, Zentz, Simon, Groß II, Flegel u. Altmeyer. Zeugen hierfür sind die Bergleute aus den betr. Steigerabteilungen.

Berginspektor Wißmann befuhr fast jeden Tag während der Haupt- und Stichwahl die Abteilungen und agitierte für den liberalen Candidaten bei der Grubenarbeit. Folgendes sind einige Proben seines Verfahrens:

1) Inspektor Wißmann kommt mit Obersteiger Schmidt I zu dem Bergmann Peter Balzert 12. (Abteilung 5 B W.). Er fragt: wen haben Sie gewählt? Euler. warum? weil Euler unsere Sache vertritt. Obersteiger Schmidt I: Herr Inspektor, der Mann hat noch eine Bauprämie bekommen. Inspektor: so?! Sie undankbarer Mensch; hat Ihnen Euler das gegeben oder wir? überlegen Sie sich genau, was Sie jetzt thun, sonst?

2) er kommt zu Heinrich Taffner u. Jakob Speicher Dörr (Abt. 5 B. Wehr) Er sagt: die Püttlinger haben wol Euler gewählt? die Bergleute gestehen das zu; dann sagt der Inspektor: „ihr Püttlinger Dummköpfe! die Augen werden euch schon aufgehen; horcht nur auf eueren Pastor, dann werdet ihr sehen, wie weit ihr kommt!"

3) zu Felix Mathis und Nikolaus Jost (Abt. 5 B West.). Zu Mathis: wen haben Sie gewält? Euler. Wie kommen Sie dazu, einen ultramontanen Demokraten zu wählen? Euch Püttlingern gehen die Augen noch auf, wenn ihr euch nicht anders besinnt. Wen wollen Sie wählen in der Stichwahl? Ich weiß es noch nicht. Nun, überlegen Sie sich mal gut. — Zu Nikolaus Jost aus Schwarzenholz (Wahlkreis Saarlouis): wen haben Sie gewählt? Ich bin nicht von hier, sondern von Schwarzenholz: ich habe Rören gewählt. Auch der ist ein ultramontaner Demokrat.

4) Zu Michel Gauer (Abt. 5 B W.): wen haben Sie gewählt? Euler. Wie kommen Sie dazu? hat den euer Pastor vorgeschlagen? Ja. Die sollen sich um ihre Kirche bekümmern, das sind unsere Sachen. „Herr Inspektor! ich habe auch dem Hrn. Obersteiger gefolgt, als er in der Streikzeit zu mir sagte: horcht auf euren Pastor; nun dasselbe habe ich auch jetzt gethan.

5) Zu Konrad Nalbach aus Schwarzenholz (Wahlkreis Saarlouis) Abt. IIa Ostfl.: „wen haben Sie gewält? Rören. Wie kommen Sie dazu, einen Mann zu wählen, der gegen den Staat ist und dessen Forderungen?" „Rören hat sich bis jetzt noch gut bewährt für den Kreis und hat für die Militärvorlage gestimmt." „was den Staat angeht, so ist er dagegen. „Letzteres hat Berginspektor Wißmann noch zu anderen Bergleuten aus dem Wahlkreis Saarlouis inbetreff des Hrn. Rören gesagt.

6) Zu Franz Hosdenteufel (Abt. IIa). „wen haben Sie gewählt?" „Euler." „Wie alt sind Sie?" 28 Jahre. „28 Jahre alt, und ist noch immer so dumm, daß er nicht weiß, was er zu thun hat."

7) Zu Bergmann Nickels-Burgard sagte der Inspektor: „Euler ist gegen den Staat, wer gegen den Staat ist, der ist auch gegen die Grube."

Püttlingen, den 8. November 1898.

Dr. Dahm,
Pfarrer.

Proteste.
Noch: Protest III.

Beschlüsse der Kommission.
Verweisung auf die Anlagen.

Püttlingen den 27. Oktober 1898.

An
Herrn Pastor Dr. Dahm
Wohlgeboren
Hier.

Auf Wunsch berichte gern, den Hergang, und die Stellungnahme der nationalliberalen Partei an den beiden Wahltagen ds. Jahres. Kann dieses etwa genau angeben da ich an beiden fraglichen Tagen als Beisitzer fungirte, d. h. was den Wahlbezirk No 1 betrifft.

Vor der Thüre des Wahllokales standen 2, mitunter als 3 und 4 Stük, welche beauftragt waren, Zettel auszutheilen.

Im Flur daselbst stand wenn nicht gerade immer aber doch die meiste Zeit ein Beamter oder sonst ein beauftragter, in unmittelbarer Nähe wo die Zettel gefaltet werden sollten. Im Wahllokal selbst gleich wie man die Thür hereintrat saßen faßt ununterbrochen ein oder zwei Beauftragte.

Was die Nähe vom Wahltische betrifft da hätten gewöhnlich der Herr Obersteiger und manchmal auch noch sonst ein Grubenbeamter Platz genommen.

Vielleicht zweimal an jedem der beiden Wahltage erschien der Herr Inspektor mit noch einem unbekannten Herrn hielten sich eine Zeitlang auf, ebenfalls in der Nähe vom Wahltisch.

Am ersten Wahltage waren zwei Beamten mit einer Liste beschäftigt, Sie hatten eine Abschrift von der Wählerliste und strichen einen jeden Wähler welcher seiner Pflicht genügte aus. trotz der Aufforderung des Wahlvorstehers Herrn Lehrer Weber sie mögen die Bemerkungen in der Liste unterbleiben laßen ließen Sie sich jedoch nicht stören, kann mich aber nicht mehr erinnern ob Sie gerade biß Schluß des Wahltages notitze machten.

Mit Hochachtung zeichnet

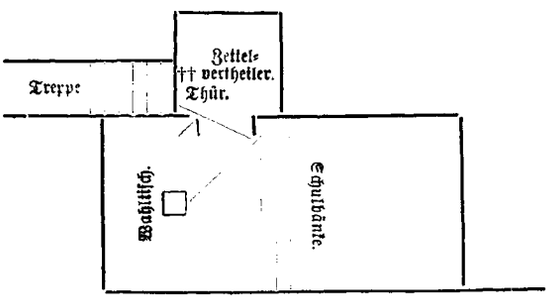
P. Speicher-Altmeyer

Püttlingen, den 29. Okt. 98.

Zur Reichstagswahl in Püttlingen.

Bei der Reichstagsstichwahl am 25. Juni 1898 hat Unterzeichneter folgende Beobachtungen gemacht.

1) Beim Beginn der Wahl um 10 Uhr Vormittags war ich im Wahllokale der Ritterstraße ungefähr eine halbe Stunde anwesend und habe gesehen, wie die Wähler auf folgende Weise von einem Beamten beaufsichtigt wurden. Die kleine Scizze möge es veranschaulichen.



In der Hausflur am Ende der Treppe standen 2 liberale Zettelverteiler, die Thüre zum Saale, die höchstens zwei Schritte von der Treppe entfernt ist, stand offen. Vielleicht zwei Schritte von der Thüre entfernt saß auf der

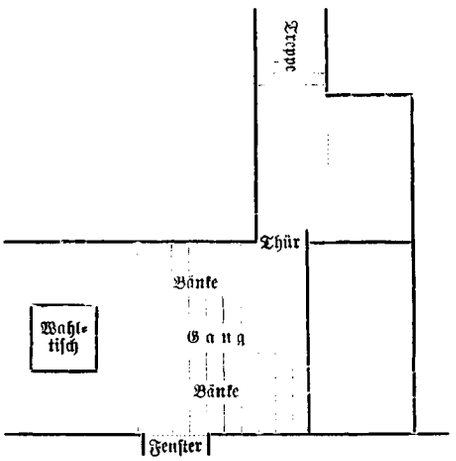
Proteste.
Noch: Protest III.

Beschlüsse der Kommission.
Verweisung auf die Anlagen.

ersten Schulbank der Fahrsteiger Kramer, links vor ihm, etwa 3 bis 4 Schritte entfernt stand der Wahltisch. Fahrsteiger Kramer konnte also von seinem Platze aus jeden, der die Treppe herauf kam, beobachten, ob er einen liberalen Zettel nahm, ihn faltete 2c., und konnte weiter jeden Wähler vom Zettelträger aus bis zum Wahltische beobachten und im Auge behalten, so daß ein etwaiges Vertauschen der Zettel nur schwer zu bewerkstelligen war.

Nach einiger Zeit machte ich den Wahlvorsteher Prümm darauf aufmerksam und dieser ließ die Thüre jetzt schließen. Darauf hin verließ Kramer bald seinen Platz und begab sich auf die andere Seite, resp. ging auf und ab. Zeuge ist außer mir Wirt Becker von Ritterstraße.

2) Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr war ich im II. Wahllokale Dorf (Püttlingen) und beobachtete Folgendes nach beiliegender Scizze.



Neben der Treppe, wie die Punkte andeuten, standen 2 liberale Zettelverteiler; neben ihn 2 oder 3 Bergassessoren resp. Steiger und außerdem Berginspektor Wißmann. Sie beobachteten jeden Wähler, ob er einen Zettel nahm, und verfolgten ihn mit ihren Blicken bis zur Thüre. Im Lokale standen nun an einem Fenster mehrere Steiger und Obersteiger Schmidt I., mit dem Gesicht zum Saal gekehrt. Sobald die Thüre sich öffneten, sahen sie hin und beobachteten den Wähler jetzt von der Thüre bis zum Wahltisch. Der Wähler wurde also beobachtet 1) von der Treppe bis zur Thüre von Berginspektor Wißmann und seiner Umgebung 2) in der Thüre von hinten (No 1) & von vorn (No 3) 3) von der Thür bis zum Wahltisch von Obersteiger Schmidt I. & seinen Kollegen, so daß es den Wählern schwer möglich war, unterwegs noch die Zettel zu vertauschen.

Zeugen dafür sind unter andern Jakob Kreutzer aus Püttlingen und der Unterzeichnete

G. Ainling
Kaplan.

Zur Wahl im II Revier Püttlingen ist noch Folgendes nachzutragen:

1) der Eingangsthüre gegenüber stand den ganzen Tag (abgesehen von der Mittagszeit) Obersteiger Schmidt I und beobachtete jeden Wähler, der in das Wahllokal eintrat; auch konnte er jeden beobachten auf dem ganzen Wege von der Eingangsthüre bis zum Wahltisch;

2) vor dem Wahltisch saßen beständig 2 Grubenbeamte, welche die Leute beim Abgeben der Wahlzettel im Auge behielten;

Proteste.
Noch: Protest III.

3) einmal kam eine große Anzahl von Wählern auf einmal in das Wahllokal, um ihre Stimmen abzugeben. Da stellte sich Berginspektor Wißmann (aus einer anderen Gemeinde — Obervölklingen, ungefähr 1 Stunde entfernt) hoch oben auf den Tisch der ersten Schulbank auf die Ecke unmittelbar vor dem Wahltisch, hinter den Leuten stellte sich Obersteiger Schmidt I und Steiger Flegel; diese letzteren stellten sich gar auf die Zehen, um möglichst genau beobachten zu können. Hierfür sind Zeugen Unterzeichneter, sowie Lehrer Prümm von Püttlingen, welche ihre Verwunderung über diesen Vorgang sich gegenseitig mitteilten.

Zeugen für die übrigen Angaben sind Wahlvorsteher Petri I Hauptlehrer, die Beisitzer Schmiedemeister Haß, J. Albert pens. Bergmann, Burgard pens. Bergmann, sowie Schuhmachermeister Göddert, und Unterzeichneter.

Püttlingen, den 8. November 1898.

Dr. Dahm,
Pfarrer.

Ich beantrage auf Grund aller hierdurch mitgetheilten Thatsachen, die Wahl des Justizrath Boltz für ungültig zu erklären.

Eines Hohen Reichstags

Ergebenster

Carl Haffmanns
Redacteur
St. Johann a. Saar.

Beschlüsse der Kommission.
Verweisung auf die Anlagen.

Anlagen zum Protest III.

Anlage A I.

XXVIII. Jahrgang. Nr. 69. — Saarbrücken, den 21. Juni 1898.

Der Bergmannsfreund.

Glück (Zeichnung) **auf!**

Zeitung zur Unterhaltung und Belehrung für Bergleute.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag. Bestellungen nehmen die Expedition in St. Johann a. S., alle Postanstalten, sowie auf den hiesigen Gruben und den benachbarten Ortschaften die besonderen Boten entgegen.

Preis für das Vierteljahr bei der Expedition 30 Pf., durch die Postanstalten oder durch die besonderen Boten bezogen 40 Pf.

Der Abonnementspreis ist im Laufe des ersten Monats zu berichtigen.

I. 38, 9. An die Bergleute der Kreise Saarbrücken und Ottweiler-St. Wendel-Meisenheim.

Kameraden!

Wie wir wissen, ist zu dem Bedauern aller patriotischen Männer eine Stichwahl notwendig geworden zwischen unseren Kandidaten Herrn Justizrat Boltz und dem Centrumskandidaten Herrn Tischlermeister Euler aus Bensberg im Wahlkreis Saarbrücken und desgleichen zwischen unserem Kandidaten Herrn Freiherrn von Stumm und dem Herrn Generalsekretär Dr. Hille aus Berlin im Wahlkreis Ottweiler-St. Wendel-Meisenheim.

Vergleicht man diese Thatsache mit dem Ergebnis der Wahl vor 5 Jahren, im Jahre 1893, wo Herr Justizrat Boltz mit einer Mehrheit von 7320 und Herr Freiherr von Stumm mit einer Mehrheit von 4900 Stimmen gewählt wurden, so kann die Abnahme der echt patriotisch denkenden Wähler in unseren Kreisen nur der weitgehenden, unverfrorenen und unerhörten Wahlmache des Centrums, welches mit geradezu verwerflichen Mitteln gearbeitet hat, zugeschrieben werden. Es ist sehr zu bedauern, daß viele Bergleute diesen Wahlmanövern zum Opfer gefallen sind.

Kameraden! Unser Kaiser bedarf einer starken Regierung, soll er alle die hochherzigen Pläne, welche er insbesondere auch für das Wohl der Arbeiterklassen hegt, durchführen.

Zur Stärkung der Regierung benötigt unser Kaiser im Reichstag wahrhaft nationalgesinnter Männner, die unter allen Umständen bereit sind, für Kaiser und Reich einzutreten.

Das hat aber sicherlich das Centrum bisher nicht gethan, das beweist unter vielem Anderen die vom Centrum abgelehnte Militärvorlage und zweijährige Dienstzeit, das zeigt die Thatsache, daß die reichsfeindlichen Elemente, Polen, Welfen und elsässischen Protestler, sich beim Centrum befinden.

Ohne eine starke Regierung giebt es keinen Fortschritt im Innern des Landes, kein Emporblühen der Industrie, keine dauernd reichliche Arbeitsgelegenheit, wie wir sie heute haben.

Noch: **Anlagen zum Protest III.**

Da meinen wir, es ist doch wahrlich vor allen anderen Patrioten die Pflicht und Schuldigkeit eines jeden Königl. Beamten und eines jeden Königl. Bergmannes, der das Schlägel und Eisen mit der Krone trägt, einzutreten für die Regierung und für diejenigen Männer, die einer wirklich nationalen Partei angehören und bereit sind, in jedem Falle das Wohl unseres Vaterlandes fest im Auge zu behalten.

Kameraden! Wir können also gewiß nicht zweifelhaft sein, wem wir unsere Stimme geben.

Und wenn Euch aus den Kreisen, die die Kandidatur Euler und Hille betreiben, gesagt wird: ein Katholik kann und darf seine Stimme nur einem Centrumsmanne geben, so ist das ein unverfrorener Stimmenfang, der seinesgleichen sucht, und der damit beabsichtigte Gewissenszwang stellt eine Beeinflussung dar, der jede andere Beeinflussung, welche das Centrum so gerne anderen Parteien in die Schuhe schiebt, weit übersteigt.

Ebenso wenig, wie wir bisher bei unsern Beamten und Bergleuten einen Unterschied zwischen katholisch und protestantisch gemacht haben, sondern nur tüchtige arbeitssame und nachlässige Männer kennen, ebenso wenig giebt es auch im Parteileben Katholiken und Protestanten, sondern da giebt es nur echte Patrioten, gute Deutsche und solche, die es an dem wahren Patriotismus fehlen lassen.

Es liegt aber auch ganz gewiß nicht in unser aller Interesse, Männer, wie Euler aus Bensberg, Hille aus Berlin, die von den Verhältnissen und Bedürfnissen des Saarreviers keine Ahnung haben und für uns auch kein Interesse mitbringen, zu wählen. Es kann gewiß nicht gut thun, wenn solche Personen zwischen unsere Belegschaft und uns sich drängen wollen.

Da erinnern wir uns nur an die folgenschwere Zeit des Jahres 1889, wo auch von jener Seite, die Euch heute diese fremden Männer als Reichstagsabgeordnete aufzwingen möchte, Unfrieden zwischen uns gesäet und ein langanhaltendes Mißverhältnis hervorgerufen wurde.

Angesichts dieser Thatsachen müssen wir es zur Aufrechterhaltung unseres guten Einvernehmens als dringend wünschenswert und notwendig ansehen, daß unsere Bergleute sich mit ihrer Verwaltung eins fühlen und durch ein zielbewußtes einmütiges Eintreten den Kandidaten, die die Regierung unseres Kaisers in schweren Zeiten allzeit unterstützen werden, zum Siege verhelfen.

Kameraden! Kann es da noch eine Frage sein, wofür wir uns entscheiden? Nein!

Wir wollen am 24. Juni, wie vor 5 Jahren, Mann für Mann zusammenstehen und eintreten für unsere Kandidaten Herrn Justizrat Boltz und Herrn Freiherrn von Stumm, die in unserer Mitte stehen und mit unsern Verhältnissen vertraut sind.

Wir wollen nicht gestatten, daß unsere Wahlkreise, die am Fuße der Spicherer Schlachtfelder liegen und immer eine Hochburg des Patriotismus gewesen sind, anheim fallen den Centrumskandidaten, die auf einen nationalen Sinn keinen Anspruch machen können.

Wir wollen dafür sorgen, daß kein Mißton unser gutes Verhältnis trübt und daß nicht frühere Zustände zurückgerufen werden, deren Folgen wir alle zu tragen haben würden.

Also, Kameraden! Wir können nur unseren bisherigen Abgeordneten, unseren Kandidaten die Stimme geben: im Kreise Saarbrücken:

Herrn Justizrat Boltz,

im Kreise Ottweiler-St. Mendel-Meisenheim:

Herrn Freiherrn von Stumm.

Der „Bergmannsfreund".

Anlage A II.

XXVIII. Jahrgang. Nr. 70. — Saarbrücken, den 23. Juni 1898.

Der Bergmannsfreund.

Glück (Zeichnung) **auf!**

Zeitung zur Unterhaltung und Belehrung für Bergleute.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag. Bestellungen nehmen die Expedition in St. Johann a. S., alle Postanstalten, sowie auf den hiesigen Gruben und den benachbarten Ortschaften die besonderen Boten entgegen.

Preis für das Vierteljahr bei der Expedition 30 Pf., durch die Postanstalten oder durch die besonderen Boten bezogen 40 Pf.

Der Abonnementspreis ist im Laufe des ersten Monats zu berichtigen.

Zur Reichstagswahl!

Vgl. S. 5138, 5139.

Wir stehen am Vorabend der Stichwahl!

Nochmals richten wir den dringenden Appell an alle Kameraden, die es wirklich ernst mit dem Wohle unseres deutschen Vaterlandes und der zukünftigen Entwickelung unserer engeren Heimat, des Saarreviers, meinen, morgen Schulter an Schulter zu stehen, an die Wahlurne zu treten und die Stimmen abzugeben für unsere Kandidaten

Herrn Justizrat Boltz in Saarbrücken,

Herrn Freiherrn von Stumm in Neunkirchen.

Keine Stimme darf fehlen.

Seid Eurer Verantwortung bewußt. An Euch liegt es, ob unsere Wahlkreise auch weiterhin nationalen Parteien, unter deren Vertretung unsere Gruben eine so günstige Entwickelung genommen haben, angehören sollen, oder ob hier das Centrum herrschen soll, das durch seine ganze Vergangenheit keineswegs als eine regierungsfreundliche Partei bezeichnet werden kann.

Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß jeder Wähler, welcher bei der Hauptwahl von seinem Wahlrecht nicht Gebrauch gemacht hat, ganz besonders verpflichtet und berechtigt ist, bei der Stichwahl seine Stimme abzugeben und so das Versäumte nachzuholen.

Anlage B.

Aus der St. Joh. Saarbr. Volkszeitung vom Samstag 3. September 1898. I. Bl. Vgl. S. 5143

Beleuchtung der freien und der geheimen Wahl im Saarrevier.

In unserem Blatt vom 25. Juni d. Js. theilten wir mit, was uns über einen Vorgang aus Sulzbach bei der Stichwahl zum Reichstag, die am 24. Juni stattfand, erzählt worden war, daß nämlich einem Arbeiter in Sulzbach am Wohllokale gekündigt worden sei. Wir haben nach Mittheilung dieser Thatsache unserer Entrüstung über diese Wahlbeeinflussung Ausdruck gegeben. Am 29. Juni ersuchte uns Herr L. Vopelius, den Namen des Fabrikanten, der dieses gethan haben solle, anzugeben; wir nannten Herrn Lievenbruck, Inhaber der Firma W. Hartung, und fügten bei, der gemaßregelte Arbeiter heiße Jost. Redacteur und Verleger dieses Blattes wurden von L. wegen Beleidigung verklagt; diese Klage wurde heute von dem hiesigen Schöffengerichte verhandelt.

Der vom Kläger geladene Zeuge Jost bekundete: Unser Chef, H. Lievenbruck, führte seine Arbeiter im Trupp in's Wahllokal; dort wurden uns von einem Manne Centrumszettel angeboten. Herr Lievenbruck sagte: „Weg mit dem Zeug!" Als ich abgestimmt hatte, hat ein Mann

Noch: **Anlagen zum Protest III.**

meinem Chef, indem er auf mich wies, gesagt: „Der hat für Euler gestimmt!" Darauf winkte mein Chef mich zu sich heran und fragte: „Wen haben Sie gewählt?" Ich sagte: „Das sind meine Sachen." Darauf sagte L.: „Gehen Sie hinauf und warten Sie in meinem Bureau." Ich ging hin; Herr L. fragte mich: „Wen haben Sie gewählt?" Nun weiß ich nicht, ob ich nun gesagt habe: „Das geht Sie nichts an", oder etwas Aehnliches; aber ich habe darnach gesagt: „Wenn Sie mich chikaniren wollen, dann ist es besser, daß . . . ." Und darauf ist L. mir in's Wort gefallen und hat gesagt: „In 14 Tagen können Sie gehen!" Später hat er mich fast jeden Tag durchgeholt und hat mich gefragt: „Habe ich Ihnen gekündigt?" Ich habe, um in der Sache Ruhe zu haben, einmal gesagt: „Nein." Eines anderen Tages hat er zwei Zeugen mitgebracht, und als ich sah, daß er ein Protokoll machen wollte, da sagte ich: „Wenn Sie das zu Protokoll nehmen wollen, dann bleibe ich bei der Wahrheit und sage: „„Sie haben mir gekündigt und haben es im nächsten Augenblick widerrufen."" Auf weitere Fragen erläutert der Zeuge die von ihm am Wahltage im Bureau gesprochenen Worte dahin: Ich wollte sagen: „Wenn Sie mich chikaniren wollen, dann ist es besser, daß ich gleich gehe." Aber Herr Lievenbruck ließ mich nicht ausreden, sondern sagte gleich: „Dann gehen Sie in 14 Tagen!"

Rechtsanwalt Lanser, Vertreter des Klägers, fragt den Zeugen Jost, ob es nicht wahr sei, daß er seinem Arbeitgeber gesagt habe: „Sie werden mir doch keine Schlamassen machen, weil ich den Euler (Centrumskandidaten) gewählt hab." Der Zeuge bestreitet dies.

Der Zeuge bekundet auf weitere Fragen, daß Lievenbruck nach der Wahl ihn sehr oft vorgenommen habe und fortwährend über den Hergang der Kündigung mit ihm geredet hat.

Der Angeklagte Dasbach wünscht, daß der Zeuge Jost auch noch bekunden solle, wer gewußt habe, welchen Zettel Jost abgegeben, und durch welches Mittel man seine Abstimmung kennen gelernt habe.

Rechtsanwalt Lanser widersetzt sich sich dieser Fragestellung, das Schöffengericht sei nicht dazu da, um Material für Wahlproteste zu liefern.

Rechtsanwalt Dr. Strauß I., Vertreter der Beklagten, stellt aus seinen während der Vernehmung des Zeugen gemachten Aufzeichnungen fest, daß dieser gesagt habe: „Es kam ein Mann auf Herrn Lievenbruck zu und sagte: Der hat für Euler gestimmt." Diese Feststellung wird von keiner Seite widersprochen.

Angeklagter Haffmanns wünscht, daß der Zeuge gefragt werde, ob auch auf dem Bureau des Herrn L. Vopelius mit ihm über diesen Vorgang verhandelt worden sei. Anwalt Lanser widersetzt sich dieser Frage. Anwalt Dr. Strauß legt dar, es sei wichtig zu erfahren, wie sich der Zeuge bei verschiedenen Personen über diese Sache geäußert. Der Vorsitzende lehnt die Stellung der Frage ab.

Guthorn, Ingenieur bei Lievenbruck, hat den Zeitungsartikel gelesen und hat sich von Jost den Hergang mittheilen lassen. Er behauptet: Jost sagte, ein Mann namens Bender habe ihn bei seinem Arbeitgeber denunzirt; er, Guthorn, habe ihm gerathen, den Bender zu verklagen, und Jost habe darauf gesagt, er habe dieses bereits thun wollen, habe aber Niemand auf dem Bureau angetroffen, als er für diesen Zweck sich Urlaub holen wollte. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Jost ihm (Guthorn) auch mitgetheilt habe, daß Lievenbruck die Klage zurückgenommen habe, sagt der Zeuge, das habe er nicht gesagt.

Lievenbruck sagt, er habe früher bereits den Jost entlassen müssen. Das war aber im Jahre 1894. Der Grund wird nicht angegeben. Lievenbruck hat den Arbeiter später wieder angenommen.

Der Zeuge wird gefragt, was er damit meine, daß Lievenbruck ihn öfters vorgenommen habe. Anwalt Strauß wünscht zu wissen, ob Lievenbruck versucht habe, dem Zeugen die Ueberzeugung beizubringen, daß ihm eigentlich gar nicht gekündigt worden sei. Jost: Jeder konnte mit Händen greifen, was er wollte. Ich habe den Eindruck gewonnen, er wird mich doch zum Teufel jagen. Als mein Kind überfahren war und ich nachher sagte, ich wollte den Urheber des Unglücks vor Gericht nehmen, da wurde ich so behandelt, daß ich meinte, ich würde doch entlassen.

Lievenbruck theilt mit, er habe dem Jost in jener Zeit einen Vorschuß von 30 Mark gegeben und der Frau Krankenkost angeboten.

Pfarrer Dr. Royer bekundet, Jost habe ihm gleich nach dem Vorfalle den ganzen Hergang mitgetheilt und gesagt, er (Jost) habe auf die Vorhaltung des Lievenbruck gesagt: wenn ich chikanirt werden soll, dann wäre es besser, daß mir gleich gekündigt werde; und darauf habe Lievenbruck gesagt: „Gut, in 14 Tagen können Sie gehen." Jost habe ihm (Royer) nicht gesagt, daß Lievenbruck die Kündigung zurückgenommen habe.

Anwalt Lanser führt aus: Der Arbeiter Jost hat seinem Arbeitgeber gekündigt. Uebrigens konnte der Zeuge in den Worten des Herrn L. keine Kündigung finden. Ich kenne den Herrn Lievenbruck sehr gut; wenn der einem Arbeiter kündigen will, dann sagt er: „In 14 Tagen scheeren Sie sich zum Teufel!" Der Artikel enthält Beleidigungen. Da Haffmanns sich als Verfasser angibt, ziehe ich die Klage gegen Dasbach zurück.

Dr. Strauß I legt dar: Lievenbruck hat sofort eingesehen, daß er einen Fehler begangen, und hat denselben baldigst wieder gut gemacht. Das gereicht ihm zur Ehre, aber es bleibt bestehen, daß die Kündigung erfolgt war. Jedenfalls hat Jost die Worte seines Arbeitgebers als eine Kündigung aufgefaßt. Die Kündigung ist gleich verbreitet worden und hat großes Aufsehen erregt. Der Redakteur des hiesigen Centrumsblattes mußte gegen ein solches Verfahren einschreiten zur Wahrung der Interessen der Wähler seiner Partei; er hat die Pflicht, deren Interesse bei den Wahlen zu vertreten. Eine solche Thatsache, wie sie eben hier bekundet worden ist, muß jeden Angehörigen dieser Partei in Erregung bringen, den inneren Menschen knirschen lassen. Der Wiederholung solcher Vorgänge muß vorgebeugt werden. Die einzige Person, die öffentlich in jener Zeit einer solchen Behandlung der Centrumswähler entgegentreten konnte, war der Redakteur des hiesigen Centrumsblattes, der eine der Angeklagten, der den Artikel verfaßt hat. Wenn er in der Beurtheilung des Vorganges scharfe Audrücke gebraucht hat, so sind dieselben wohl zu entschuldigen durch den heute bekundeten Vorfall der Wahlbeeinflussung und durch die Erregung, die bei den Wahlen herrschte.

Das Urtheil lautet: Der Artikel enthält sehr starke Beleidigungen. Das Gericht erachtet es nicht für erwiesen, daß eine Kündigung vorgelegen hat. Es ist einerlei, ob die Unterredung zwischen Jost und Lievenbruck so oder so gelautet hat, da jedenfalls erwiesen ist, daß die Kündigung sofort zurückgenommen worden ist. Wenn auch die Aufregung bei der Wahl sehr groß war, so bleibt es doch zu bedauern, daß in dem Artikel so starke Worte gebraucht worden sind, wie: „Es ist eine Schande", „solche Kreaturen". Es kann keine Rede davon sein, daß dem Redakteur der § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zur Seite stehe, denn es ist nicht Sache des Redakteurs, die Interessen der ganzen Partei zu vertreten. Im Artikel ist

Noch: **Anlagen zum Protest III.**

gesagt, die Kündigung sei „am Wahllokal" erfolgt; dadurch könnte die Meinung erweckt werden, sie sei öffentlich geschehen; auch das ist unrichtig, denn die Unterredung hat im Bureau stattgefunden. Mit Rücksicht auf die dargelegten Momente und die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten wird eine Strafe von 100 Mark verhängt und das Recht der Veröffentlichung in 3 Blättern gewährt.

Anlage C.

Vgl. S. 5143.

Aus der St Joh. Saarbr Volkszeitung No 263. vom 17. November 1898.

Beleuchtung der freien und geheimen Wahl im Saarrevier.

Unter obiger Ueberschrift berichteten wir in unserer Nr. 201, 1. Blatt, über eine Gerichtsverhandlung vor dem Kgl. Schöffengericht hierselbst, die gegen den verantwortlichen Redakteur unserer Zeitung, C. Haffmanns, wegen Beleidigung des Fabrikanten Lievenbruck angestrengt worden war. In der Nr. unserer Zeitung vom 25. Juni cr. theilten wir unsern Lesern mit, was uns über einen Vorgang aus Sulzbach bei der Stichwahl zum Reichstag, die am 24. Juni stattfand, erzählt worden war, daß nämlich einem Arbeiter in Sulzbach am Wahllokal gekündigt worden sei. Wir haben nach Mittheilung dieser Thatsache unserer Entrüstung über diese Wahlbeeinflussung Ausdruck gegeben und nannten auf Ersuchen den Herrn Fabrikanten Lievenbruck als den Thäter. Dieser verklagte darauf den Redakteur Haffmanns wegen Beleidigung. Die Klage, die am 2. September vor dem Kgl. Schöffengericht verhandelt wurde, endete mit der Verurtheilung Haffmanns zu 100 Mark Geldstrafe. In der Verhandlung wurde durch den Zeugen Jost bekundet, daß thatsächlich Lievenbruck ihm wegen seiner Abstimmung die Arbeit gekündigt hatte, die Kündigung jedoch kurz darauf zurückzog. Die Begründung des Urtheils und die Höhe der Strafe bewogen den Beklagten Haffmanns gegen das Urtheil Berufung einzulegen.

In der am 14. Nov. anstehenden Hauptverhandlung vor der Strafkammer des Kgl. Landgerichts führte Angeklagter Haffmanns aus, daß ihm die Mittheilung über die Affäre von einer glaubwürdigen Seite zugegangen sei, und daß er sich in Anbetracht des Vorkommnisses für berechtigt gehalten habe, diese Angelegenheit zu rügen. Wenn nun die Form, in der dieses geschehen, auch eine andere hätte sein können, so ändere dieses an der Thatsache selbst nichts. Wenn aber in der Begründung des Urtheils des Schöffengerichts gesagt werde, daß dem Beklagten der Schutz des § 193 nicht zuerkannt werden könne, da kein berechtigtes Interesse vorliege, so halte er dem entgegen, daß wohl ein solches vorgelegen habe. Es handele sich um die Reichstagswahl. Bekanntlich sei uns von der Verfassung das freie und geheime Wahlrecht gewährleistet worden und jeder Wähler habe ein Interesse daran, daß dieses Recht nicht angetastet werde. Dieses Recht, das gleichsam die Summe unserer gesammten politischen Rechte in sich vereine, sei aber gefährdet durch das Vorgehen Lievenbrucks. Er habe, wie zeugeneidlich festgestellt ist, seine Arbeiter geschlossen zur Wahlurne geführt, habe ferner in Bezug auf die den Namen Euler tragenden und angebotenen Wahlzettel die Aeußerung: „Weg mit dem Zeug!" gebraucht. In diesem Umstand allein liege schon eine schwere Gefährdung des freien Wahlrechtes da der Prinzipal sich anmaße, nicht blos über die Arbeitskräfte seiner Arbeiter zu herrschen, sondern auch über seinen freien Willen. Es könne unmöglich in der Absicht des Gesetzgebers gelegen haben, daß dieses gewährleistete Recht so ausgelegt werde, wie der Kläger L. es durch seine Handlungsweise kundgethan. Da ich nun in erster Linie Reichstagswähler bin, so führte Haffmanns weiter aus, und ein Interesse habe, daß das freie und geheime Wahlrecht uns erhalten bleibt, halte ich mich nicht nur für berechtigt, sondern geradezu für verpflichtet, gegen eine Gefährdung dieses Rechtes zu protestiren. Ich habe es dadurch gethan, daß ich durch die Zeitung veröffentlichte, daß Handlungen vorgekommen, wie z. B. die L.'s, die jeder verurtheilen müsse. Ich habe aber noch ein weiteres Interesse an der Erhaltung dieses freien und geheimen Wahlrechts als Mitglied des Vorstandes einer großen Partei, der Centrumspartei. Das Vertrauen der Mitglieder derselben hat mich in den Vorstand gebracht und verlangt von mir, daß ich die ihnen gewährleisteten Rechte auch entschieden vertrete. Dieses habe ich gethan, als ihr Recht durch den Kläger L. gefährdet war. Und ich habe endlich drittens ein Interesse an der Erhaltung des geheimen Wahlrechts als Redakteur einer politischen Tageszeitung. Die Zeitung besitzt an 7000 Abonnenten — doch ist ihr Leserkreis ein bedeutend höherer — und diese Leser, die sich in ihrer überwiegenden Mehrzahl zu meiner Partei, der größten und hervorragendsten Partei Deutschlands, bekennen, verlangen von mir, daß ich die ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechte entschieden vertrete. Aus diesen drei Gründen nehme ich für mich das Recht in Anspruch, bei der Verurtheilung des Vorgehens L.'s in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt zu haben. Es handelte sich hier auch um ein öffentliches Interesse, das nicht nur den einzelnen Bezirk, sondern das ganze deutsche Reich umfaßt und ich bin der Meinung, daß einem Redakteur das Recht zuerkannt werden muß, solche Dinge zu rügen, wenn öffentliche Interessen auf dem Spiele stehen.

Die weitere Begründung des Urtheils geht von der Annahme aus, daß der Beweis der Wahrheit von mir nicht erbracht sei. Ich muß das dahin berichtigen, daß zeugeneidlich festgestellt ist, daß L. seine Arbeiter an die Wahlurne führte, daß sich die vorhergenannten Vorgänge abspielten und als ein Denunciant dem L. sagte: Jost hat Euler gewählt, L. den Jost darüber sofort zur Rede stellte. Den Schluß der Unterredung bildete eine Aufforderung auf das Bureau des Klägers zu kommen, dort fand die Fortsetzung statt, die, wie ich behaupte, mit der Kündigung des Jost wegen seiner Wahl endete. Und wenn nun später L. die Entlassung zurückgenommen, so geht hieraus nur hervor, daß er sich der Unrichtigkeit seiner Handlung nachher bewußt wurde, beweist aber auf das schlagendste meine Behauptung, daß eine Kündigung stattgefunden, denn sonst hätte sie nicht zurückgenommen werden können. Die Wendung in der Begründung des Urtheils, der Beweis der Wahrheit sei von mir nicht erbracht, ist somit nicht berechtigt.

Nun ist zwar auch gesagt worden, der als Zeuge geladene Jost sei nicht zuverlässig in seinen Aussagen. Dazu bemerke ich aber, daß der Zeuge nicht von mir sondern von dem Kläger L. geladen wurde, auf daß er über den wahren Sachverhalt aussage und da wird doch L. so vorsichtig gewesen sein, sich einen Zeugen zu nehmen, den er für zuverlässig hält. Wenn nun die Aussage anders lautete, als dem L. lieb war, so kann dieses einzig und allein in den Verhältnissen liegen. Jedenfalls hatte Jost kein Interesse daran, etwas auszusagen, was seinem Prinzipal unangenehm war, im Gegentheil würde er gewiß lieber etwas gesagt haben, was für L. günstiger gelautet hätte, wenn ihm sein Eid dies gestattet hätte. Und die Aussage des Jost ist von hohem Werth, weil klipp und klar von ihm unter Eid ausgesagt, daß ihm von seinem Prinzipal gekündigt werde, weil er Euler gewählt hatte.

Noch: **Anlagen zum Protest III.**

Daß diese Kündigung später zurückgenommen, ändert nach meiner Auffassung nichts an der Thatsache.

Ferner ist in der Begründung gesagt, mein Vorgehen störe das gute Einvernehmen zwischen Prinzipal u. Arbeiter. Dies erscheint mir durchaus verfehlt. Ich habe mich nur beschränkt, Thatsachen wiederzugeben und wie hierin eine Gefährdung des guten Einvernehmens zwischen Prinzipal und Arbeiter liegen soll, ist mir durchaus räthselhaft. Der Kläger L. führt seine Arbeiter geschlossen zur Wahlurne, weist die Stimmzettel, des ihm nicht genehmen Candidaten zurück, trotzdem er wissen mußte, daß unter seinen Arbeitern auch solche waren, die politisch anderer Meinung sind, benimmt so seinen Arbeitern die Gelegenheit, einen Zettel des ihnen selbst genehmen Candidaten zu bekommen und beeinflußt dadurch in einer Weise seine Arbeiter, daß, wenn noch das Gefühl eines freien Mannes in der Brust dieser Arbeiter war, diese auf's tiefste empört werden mußten über eine solche Handlungsweise. L. hatte kein Recht, auch über den freien Willen eines Arbeiters zu verfügen, er hatte sich dieses Recht widerrechtlich herausgenommen und setzte seiner Handlungsweise die Krone auf durch sein Vorgehen gegen den Arbeiter Jost, der nicht in seinem Sinne gewählt hat. In der Veröffentlichung dieser Thatsachen liegt doch keine Gefährdung des guten Einvernehmens zwischen Prinzipal und Arbeiter. Mir scheint das vielmehr eine Anschauung zu sein, die sich hier im Saarrevier in erschreckender Weise verbreitet hat. Nicht ich bin derjenige, der das gute Einvernehmen stört, sondern der Arbeitgeber, der seine Rechte überschritten hat. Wo sollte es hinführen, wenn man solche Vorkommnisse nicht mehr rügen darf ohne Gefahr zu laufen der Störung des guten Einvernehmens zwischen Prinzipal und Arbeiter beschuldigt zu werden, wo soll dann der Arbeiter Vertretung seiner Interessen finden, namentlich wenn man bedenkt, daß die meisten Arbeiter aus Angst, ihr Brod zu verlieren, lieber das Ungeheuerste über sich ergehen lassen als zu protestiren gegen die Willkür mancher ihrer Vorgesetzten.

Die in der Begründung des Urtheils angeführten scharfen Ausdrücke haben den Zweck gehabt das System zu treffen, das sich hier im Saar-Revier bei Gelegenheit der Wahl so craß breit machte. Ich bemerke, daß nicht nur der Kläger L. sich in so zu verurtheilender Weise gegen seine Arbeiter vergangen, sondern daß dies auch von Seiten mancher Berg- und Hüttenbeamten geschehen. Die katholischen Wähler werden als rechtlos dahingestellt, man hat ihnen alles mögliche in den Weg gelegt, wenn man erfuhr, daß sie, treu ihrem Glauben, für einen Mann stimmten, von dem sie wußten, daß er sie schützen werde, man hat sich nicht gescheut, ihnen die schwersten Beleidigungen ins Gesicht zu schleudern, sie als Menschen hinzustellen, die überhaupt keine Berechtigung auf irgend welches Ansehen mehr hätten. Beweise sind das Vorgehen mancher Beamten auf den einzelnen Bergwerksinspektionen, mit dem der Reichstag sich demnächst zu befassen haben wird. Es kann hier nicht der Platz sein, das ganze Gebahren derer, die sich „national" nennen, vor das Forum der Oeffentlichkeit zu ziehen. Nur einige Proben will ich Ihnen mittheilen. Man ließ mehrfach die Arbeiter antreten, um ihnen Vorlesungen zu halten über die Bedeutung der Candidatur Boltz und sie abzubringen von Euler. Der Besitzer eines Werkes, sagte zu seinen Arbeitern: „ich sage Euch nicht: wählt Boltz, aber ich sage Euch: ich wähle Boltz, und ich verlange von meinen Arbeitern, daß sie so wählen wie ich, denn wenn Ihr kein Brod habt, könnt Ihr nicht zu Euler gehen, dann müßt Ihr zu mir kommen." Anderswo versprach man den Arbeitern Schichtzulagen, wenn sie Boltz, drohten dagegen mit Abzug, wenn sie Euler wählten. Man nahm an den Wahllokalen den Arbeitern die Wahlzettel Euler aus der Hand, zerriß sie und warf sie den Wählern ins Gesicht mit der Bemerkung: solchen wollt Ihr wählen? Obere Beamten führten ihre untergebenen Beamten an, katholische Versammlungen zu sprengen, sie hielten die Bergleute ab von dem Besuch der Versammlungen mit den Worten: schämt Ihr Euch nicht, in solche Gesellschaft zu gehen? Ein Arbeitgeber kündigte einem Arbeiter mit den Worten: Sie haben nicht gewählt, wie ich gewollt habe, deßhalb muß ich Sie entlassen. Katholischen Bergleuten, die aus ihrer Ueberzeugung kein Hehl machten, wurden die unflätigsten Bemerkungen ins Gesicht geschleudert und als Katholiken in der schroffesten Weise beleidigt.

Ich nehme an, daß auch hier im Saarrevier die Katholiken nicht rechtlos sind, sondern gerade so gut Anrecht auf die gewährleisteten Freiheiten des Staates haben, wie diejenigen, die sich nationalliberal nennen. Das freie und geheime Wahlrecht ist nicht blos für diejenigen geschaffen, die den Patriotismus in Erbpacht genommen zu haben scheinen, sondern auch für andere, die ihn zwar nicht so viel im Munde führen, dafür aber in ihrem Herzen um so treuere Söhne ihres Vaterlandes sind. Das Gebahren hier an der Saar hat aber bewiesen, daß es nothwendig ist, daß die Katholiken entschieden Stellung nehmen gegen die Unterdrückung von seiten derer, die sich aufspielen als die alleinigen Vertreter der nationalen Ideen. Auch wir fühlen uns hingezogen, für die Größe und den Ruhm unseres Vaterlandes thätig zu sein, die unsere Vorfahren ebenso mit ihrem Blute vertheidigt haben, wie die unserer Gegner. Und wenn man da die Handlungsweise bedenkt, die uns Katholiken hier an der Saar bei der Wahl zu theil wurde, dann ist es leicht erklärlich, daß man da bis in das Innerste empört wird und wenn da ein Redakteur einen Ausdruck gebraucht, der vielleicht auf den ersten Moment, wenn man die Thatsachen nicht kennt, etwas scharf erscheint, so ist das wohl leicht erklärlich. Und wenn man weiter bedenkt, wie schutzlos wir Katholiken gestanden, während auf der Gegenseite alle Machtinhaber sich vereinigt hatten, um uns zu vergewaltigen, dann wird man begreifen, daß die Erregung eine große sein mußte und wenn da ein Redakteur, der unter dem Druck der eben erfahrenen Ereignisse stand, sich von dieser Erregung leiten ließ einen Ausdruck zu gebrauchen, der vielleicht nicht vorsichtig genug abgefaßt war, so ist dieses wohl zu entschuldigen.

Der Rechtsbeistand des Beklagten, Herr Rechtsanwalt Dr. Strauß unterzog das den Angeklagten verurtheilende Erkenntniß des Schöffengerichts in rechtlicher Beziehung einer eingehenden Kritik. Den Schwerpunkt verlegte der Vertheidiger auf den Nachweis, daß im vorliegenden Fall dem Redakteur der Schutz des § 193 St.-G.-B. zu Unrecht versagt worden sei. Es sei ein vielfach vorkommender Irrthum bei Auslegung der Gesetzesstelle, zu verlangen, daß ein unmittelbar individuelles Interesse vorliegen müsse. Er wies an der Hand einer Reihe von gerichtlichen Entscheidungen nach, daß auch den Interessen dritter Personen von Jemand, so von einem Redakteur, als eigene betrachtet werden können, wenn er sie kraft seines Amtes oder Berufes zu vertreten habe. Er betonte, daß der Angeklagte, wie dessen eigene Darlegung ergeben hätten, nicht nur als Wähler und als Mitglied des Wahlvorstandes für den Wahlbezirk Saarbrücken, sondern auch als Leiter desjenigen Blattes, das die Interessen der Centrumspartei im allgemeinen und bei der Reichstagswahl insbesondere zu vertreten berufen sei, das Recht und die Pflicht gehabt habe, so erhebliche Mißstände wie die erwiesenen zur Sprache zu

Noch: Anlagen zum Punkt III.

bringen, und deren Wiederholung in der Zukunft zu verhindern.

Auch den Wahrheitsbeweis in betreff der behaupteten Kündigung des Jost durch Lievenbruck erachtete der Vertheidiger für geführt. Die Frage, ob die Kündigung erfolgt sei, sei unterm Gesichtspunkte des Civilrechts zu beantworten. Nun stehe fest durch das Zeugniß des Jost, Lievenbruck habe denselben auf Grund seiner Stimmabgabe aus dem Wahllokal in die Werkstätte bestellt und ihm dort die Entlassung ertheilt. Es sei ja bedauerlich, daß dem Angeklagten von seinem Gewährsmann die nachherige Zurücknahme der Kündigung nicht mitgetheilt worden sei, eine Thatsache, die für Lievenbruck spreche, aber die einmal ausgesprochene Kündigung doch nicht ungeschehen mache.

Der Vertheidiger führte endlich aus, daß die scharfen Wendungen des unter Anklage gestellten Artikels sich nach dem Zusammenhang nicht auf die Person Lievenbrucks beziehen können, sondern das vom Angeklagten geschilderte System der gegnerischen Partei bei der Wahl treffen sollten, ein System, daß ja durch den Mund eines hier gewiß unbefangenen Zeugen, des Freiherrn v. Stumm, seine Characteristik schon erfahren mußte.

Der Vertreter des Klägers suchte darzulegen, daß dem Beklagten der Schutz des § 193 nicht zuzusprechen sei, auch halte er den Beweis der Wahrheit in Betreff der Kündigung nicht für erbracht, da der Zeuge Jost nicht glaubwürdig sei. Dann müsse man bedenken, daß der Kläger durch die Beleidigung des Beklagten sehr geschädigt sei; er nehme eine gesellschaftliche Stellung ein, die ihn schützen müsse vor Beleidigungen, namentlich die sarkastische Bemerkung „Ehrenmann" in dem Artikel lasse die Absicht der Beleidigung klar erkennen.

Der Beklagte Haffmanns bemerkte zum Schluß noch, daß gerade die Stellung, die Lievenbruck einnehme, ihn von seinem Vorgehen hätte abhalten müssen. Der § 109 des Strafgesetzbuches wolle jeden mit Gefängniß und sogar mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft wissen, der Stimmen zu Wahlzwecken kaufe. Wenn hier nun auch kein Stimmenkauf vorliege, so sei doch festgestellt, daß ein Zwang bestanden habe für die Arbeiter, gegen ihre Ueberzeugung zu wählen, und das gebe doch auch zu denken.

Nach längerer Berathung verkündete das Gericht sein Urtheil dahin, daß dem Beklagten der Schutz des § 193 zuzuerkennen sei, doch sei für die Behauptung der Kündigung Jost's der Beweis der Wahrheit nicht erbracht, da das Gericht annehme, daß dem Arbeiter nichtgekündigt worden sei, auch mußten die scharfen Wendungen in dem Artikel als auf den Privatkläger sich beziehend, angesehen werden. Dieselben gingen aber in der Form zu weit und so bleibe daher das schöffengerichtliche Urtheil bestehen, mit Abänderung der Begründung in Bezug auf den Schutz der § 193.

Vgl. S. 5156. **Anlage D.**

1

Justizrath Heinrich Boltz in Saarbrücken.

(In der Länge vierfach gefaltet.)

Noch: Anlagen zum Protest III.

2

Aufschrift: 10 Uhr 24./6. 1898. Altenkessel. Form der nationalliberalen Wahlzettel.

Schreinermeister **Jacob Euler**
in Bensberg.

(In der Länge vierfach gefaltet.)

Aufschrift: ½11 Uhr 24./6. 1898. Altenkessel. Form der nationalliberalen Wahlzettel.

Schreinermeister **Jacob Euler**
in Bensberg.

(In der Länge dreifach gefaltet.)

Noch: **Anlagen zum Protest III.**

4

Aufschrift: 1/4 11 24./6. 1898. Altenkessel. Form der nationalliberalen Wahlzettel.

Schreinermeister **Jacob Euler**
in Bensberg.

(Achtfach gefaltet.)

5

Aufschrift: 11 20 24. 6. 1898. Altenkessel. Form des nationalliberalen Wahlzettels.

Schreinermeister **Jacob Euler**
in Bensberg.

(Zweifach gefaltet.)

Noch: **Anlagen zum Protest III.**

6

Aufschrift: Altenkessel: 2 Uhr 24./6. 1898. Form des nationalliberalen Wahlzettels.

Schreinermeister **Jacob Euler**
in Bensberg.

(In der Länge vierfach gefaltet.)

7

Aufschrift: 3 Uhr 24./6. 1898. Altenkessel. Form des nationalliberalen Wahlzettels.

Schreinermeister **Jacob Euler**
in Bensberg.

(Schmalseitig fünffach gefaltet.)

Noch: Anlagen zum Protest III.

8

Antrag: 4 Uhr 24./6. 1898. Altenkessel. Form des nationalliberalen Wahlzettels.

Schreinermeister **Jacob Euler**
in Bensberg.

(In der Länge doppelt gefaltet.)

Anlage E.

Vgl. S. 5151.

Aus der St. Joh. Saarbr. Volkszeitung vom 4. October 1898. Nr. 227.

!! Interessantes von der Berginspektion II.

Der Bergmann Peter Schneider 4. zu Püttlingen ist einer der geachtetsten und angesehensten Bürger seiner Gemeinde, dem von allen Behörden die schönsten Zeugnisse über sein gutes Betragen ausgestellt werden. Er war Soldat im Garde-Regiment Königin Augusta und machte als Flügelmann der 5. Kompagnie den siegreichen Feldzug 1870/71 mit; er nahm Theil an den Schlachten bei Gravelotte, St. Privat, Beaumont und Sedan. Sodann machte er die ganze Belagerung von Paris mit, vom 28. Septbr. 1870 — 28. Januar 1871, unter den furchtbarsten Entbehrungen und Strapazen; am 1. November half er die Vorstadt Le Bourget stürmen. Er erinnert sich heute noch mit bewegtem Herzen, wie der Hochselige Kaiser Wilhelm kurz vor der Schlacht bei S. Privat in seiner unmittelbaren Nähe den tapferen Grenadieren zurief: „Kinder verlaßt mich nicht, ich werde euch nie vergessen!"

Pet. Schneider war auch einer der treuesten Bergleute, die das Saarrevier aufzuweisen hat; niemals hat er sich an einem Streik betheiligt und selbst die größten Schmähungen und Gefahren lieber ertragen, als gegen die Bergbehörde ungehorsam zu werden. Beim letzten Streik wurden ihm am 2. Januar 1893 nachts um 1/2 12 Uhr Fenster und Hausgeräthe durch Pulverflaschen mit Sprengstoff zertrümmert; seine Frau wurde dadurch so erschreckt, daß sie von der Zeit ab krank war und an den Folgen starb. Mit 7 kleinen Kindern mußte der Bergmann an dem Grabe seiner Frau, die Mutter seiner Kinder, stehen. Die Vorgesetzten kannten seine mißliche Lage; selbst sein Obersteiger Schmidt I. vom Viktoriaschacht gab ihm einen Revolver, damit er ihn Tag und Nacht zu seinem Schutze bei sich trage.

Infolge seiner guten Führung und seines vortrefflichen Beispiels wurden ihm in der Grube mehrere Vertrauensposten übertragen, die ihm monatlich einen Nebenverdienst von 24 Mk. 80 Pf. eintrugen. Auch war er seit 18 Jahren Aufseher und brauchte nicht mehr am Kohlengraben zu arbeiten.

Wie P. Schneider ein treuer verdienter Patriot, ein tüchtiger, solider Bergmann ist, so ist er auch ein seiner hl. Kirche treu ergebener Katholik. Deshalb glaubte er es für seine Pflicht zu halten, bei der letzten Reichstagswahl für den katholischen Kandidaten Euler zu stimmen, ohne jedoch irgendwie bei der Wahlagitation hervorzutreten. Wie Püttlingen bei der Wahl seinen katholischen Namen nicht verleugnet hat, ist bekannt. Dieses veranlaßte den Obersteiger Schmidt 1. vom Viktoriaschacht, am Montag den 20. Juni den Bergmann Schneider anzufahren: Ihr Püttlinger Lumpenzeug, die Pfaffen, die Schwarzkittel, die Gelderpresser: Diese haben euch an der Schnur und beschwindeln euch, ihr dummen Püttlinger. Wir sind doch auch Menschen, gerade so gut wie ihr, und haben auch unsere Geistlichen: Diese machen keinen solchen Schwindel daher, warum machen Euere es nicht so, es geht sie ja überhaupt nichts an, ihr dummen Püttlinger."

Schneider sagte kein Wort. Am folgenden Tage, am 21. Juni, kam der Obersteiger Schmidt 1. wieder in die Grube und fragte gleich: wo ist Schneider? Ich glaube, er fürchtet sich! er hat sich versteckt." Schneider meldet sich sofort bei dem Obersteiger mit dem Gruße: Glückauf. Dann ging es von neuem los. „Nun, so sagte der Obersteiger, Sie haben ja Euler gewählt, Schneider!" Das ist nicht gesagt, antwortete der Bergmann, es ist doch eine geheime Wahl gewesen. „Ja, ja, rief dann der Obersteiger Sch. 1., Sie haben Euler gewählt, den nächsten

Noch: Anlagen zum Protest III.

Monat können Sie zu Euler gehen, dann kann dieser Ihnen etwas geben. Wenn wir Ihnen auch nichts mehr machen können wegen Ihrem Alter, so haben Sie doch noch einen Nachkömmling, diesen werden wir dafür bekommen."

Der Monat Juni ging vorüber; im Juli konnte Peter Schneider wirklich „zu Euler gehen": es wurden ihm alle seine Vertrauensposten abgenommen. Heute gräbt er wieder Kohlen wie vor 18 Jahren. Seine Stelle als Aufseher in der Förderung erhielt ein junger Mann von ungefähr 30 Jahren, welcher an der Spitze der nationalliberalen Püttlinger spaziert, und der für die Beamten von Viktoriaschacht der Polizeispitzel und Anträger ist, der in ihrem Auftrag schon vor 4 Jahren in den Wirthschaften sich sozialdemokratisch gestellt hat, um andere erwischen und anzeigen zu können; die übrigen Posten erhielt ein Protestant.

Vorstehendes ist die nackte Thatsache. Einige Bemerkungen mögen folgen: 1. Kaiser Wilhelm I. lebt nicht mehr; er kann seinem wackeren Soldaten nicht mehr helfen, dem er in schwerer Stunde zugerufen hat: „Kind verlaß mich nicht, ich werde Dich nie vergessen. Wie schwer es einem armen Bergmann ist, gerade in solchen Anliegen Gehör zu finden, ist auch bekannt. Deshalb mögen alle rechtlich denkenden Menschen wissen, wie ein Königlicher Beamter einen Mann behandeln zu müssen glaubt, der kein anderes Verbrechen begangen hat, als seinem christkatholischen Gewissen zu folgen und demgemäß seine staatsbürgerlichen Rechte auszuüben.

2. Bergrath Hueck hat in seiner Festrede beim Bergfest die Bergleute ermahnt, Vertrauen zu ihren Vorgesetzten zu haben und nicht auf jene zu hören, welche sich zwischen die Arbeiter und ihre Behörde drängen wollen. Wer das Vertrauen gestört hat und noch stört, geht aus den mitgetheilten Thatsachen deutlich hervor: und wenn augenblicklich unter den 2000 katholischen Bergleuten der Berginspektion II eine Erbitterung gegen ihre Vorgesetzten herrscht, wie selten zuvor, wenn diese Erbitterung von Tag zu Tag größer wird — wer ist Schuld daran?

3. Obersteiger Schmidt 1. hat eine Sprache geführt, wie man sie in sozialdemokratischen Schriften gegen die Geistlichen nicht abscheulicher findet. Wenn demnächst im Reichstage der von Sr. Majestät angekündigte Gesetzentwurf betr. Schutz der Arbeitswilligen besprochen wird, werden unsere Abgeordneten mit Ernst darauf zu dringen haben, daß auch Kgl. Beamte, welche so reden, schimpfen und drohen wie Obersteiger Schmidt 1., der verdienten Strafe nicht entgehen.

Anlage F.

Vgl. S. 5151. Aus der St. Joh. Saarbr. Volkszeitung Nr. 245 vom 25. Oktober 1898.

× Von der Berginspektion II.

Wir erhalten aus Bergmannskreisen folgende Zuschrift: Es ist leider sehr zu bedauern, welche Wendung die Dinge seit der Reichstagswahl bei uns genommen haben. Die braven, charakterfesten Bergleute haben ihre Bedeutung verloren, wenn sie für das Centrum gewählt haben; sie werden bedrückt, verlieren die Vertrauensposten, die man ihnen übertragen hatte, ihr Gedinge wird niedriger gestellt. Dagegen sind Bergleute obenan und mit den Beamten Freund geworden, die in keinem guten Rufe stehen. Unter ihnen sind Leute, welche in der gemeinsten Weise über unsere Geistlichen schimpfen, die ihr Geld in liederlicher Weise vertrinken, die ihre Frau und Kinder vernachlässigen, die beim Streik die grimmigsten Hetzer waren und nicht genug Schimpfwörter für die Bergbehörden wußten. Jetzt sind sie gut Freund, und man drückt ihnen die Hand, weil sie nationalliberal geworden sind. Diese Leute geben sich als die Vertrauensmänner der Beamten aus und bemühen sich auf alle Weise, Unterschriften für den nationalliberalen Verein zu erhalten. Dabei sagen sie, wer seine Unterschrift gäbe, der werde viel Geld verdienen, werde bei den Beamten in Gunst stehen, der werde bevorzugt und seine Kinder würden bald angelegt. Manche lassen sich so einfangen; die meisten aber hüten und fürchten sich vor diesen Vertrauensmännern und verlieren jedes Vertrauen auf die Gerechtigkeit ihrer Behörde. Man sollte doch meinen, auf den königlichen Gruben käme es nicht darauf an, ob einer katholisch oder protestantisch, ein Centrumsmann oder Liberaler sei, nur darauf werde gesehen, ob einer ein guter Patriot und tüchtiger, braver Bergmann sei. Aber uns katholischen Bergleuten scheint man diese Bezeichnung nicht geben zu wollen.

In einer Wahlversammlung zu Püttlingen sprach ein Redner: Wer nicht Boltz wählt, der ist ein Schuft. Ein Obersteiger führte den Vorsitz, ein Berginspektor und manche andere Beamten waren zugegen: kein einziger dieser Herren fühlte sich veranlaßt, den Ausdruck zu rügen. So hat es auch den Anschein, als ob man uns katholische Bergleute nach diesem Ausdruck behandeln wollte: sind wir ja nach der Aussage mancher Leute Lumpenzeug, Lumpenpack und Vaterlandsverräther.

Bei unserer Behörde glauben wir in dieser bedauerlichen Lage nicht das richtige Verständniß und den nothwendigen Schutz zu finden. Thatsachen mögen das erklären. Unser Kamerad P. Schneider 4. zu Püttlingen ist auf das Beustflötz in eine andere Abtheilung verlegt worden und muß jetzt jeden Tag eine Stunde Wegs zu seiner Arbeit machen. Schneider hat im Feldzug 1870/71 viele harte Gänge für das Vaterland gethan: warum zwingt man diesen Kameraden jetzt in seinem Alter einen so weiten Weg zu machen, um durch harte Bergmannsarbeit für sich und seine Familie das tägliche Brod zu verdienen?

Der Bergmann P. Schmidt 29. zu Püttlingen hat über 40 Jahre in der Grube gearbeitet und niemals gestreikt; er war als freundlicher und gefälliger Mann überall beliebt. Als siebentältester der Inspektion sollte er, wie alle Welt glaubte, am Bergfeste für seine treuen Dienste belohnt werden; sein Obersteiger hat ihm auch gesagt, daß er eine Uhr erhalten werde. Schmidt hatte nun das Unglück, bei der Reichstagswahl scharf beobachtet zu werden, als er den ihm zusammengefaltet dargereichten Zettel für Boltz nicht abgab. Am zweiten Tage nach der Wahl sagte der Maschinensteiger Kaps zu ihm: Peter, was habt Ihr gemacht? Ihr bekommt keine Uhr. Der Bergmann ging zum Bergrath Hueck, um zu fragen, weshalb er keine Uhr bekäme. Dieser empfängt ihn unwirsch und weist ihn ab mit der Antwort: „Ich vertheile die Uhren und nicht Sie."

Am 1. August haben wir gestaunt, als wir sehen mußten, wie gewisse katholische Beamten auf dem Viktoriaschaft auf die Nachtschicht fahren mußten; diese Herren haben als die Aeltesten der Gruben jahrelang nur Frühdienst gehabt; diese Wechseleinrichtung ist, wie man hört, nur auf der Abtheilung Viktoriaschacht eingeführt, aber nicht auf den anderen Abtheilungen der Inspektion II. In letzter Zeit hat man sich auch viel unterhalten über die Gründe, warum gerade ältere katholische Steiger herangezogen würden, um die abgelegene Wohnung zu Wackenmühle zu übernehmen. Ein Steiger, der ein eigenes Haus zu Ritterstraße besaß, und wohl triftige Gründe hatte, die

Noch: Anlagen zum Protest III.

ihm zugedachte Wohnung nicht zu übernehmen, wurde versetzt, ein anderer Steiger mußte seine bisherige schöne Dienstwohnung zu Altenkessel verlassen und einem jüngeren Kollegen Platz machen. Daß es gerade gut katholische Steiger sind, die auf diese Weise behandelt werden, gibt zu denken und hat zu den sonderbarsten Reden Veranlassung gegeben.

Im vorigen Jahr hat unser Pastor uns nach Rücksprache mit dem Bergrath Hueck ermahnt, am Püttlinger Bergmannsfeste im September wegen der vielen dringenden Arbeiten zu arbeiten; dabei sagte er, der Herr Bergrath habe ihn ermächtigt zu erklären, daß, falls im nächsten Jahre die Arbeiten nicht so dringend wären, und keine Ueberschichten verfahren würden, den Bergleuten an diesem Tage frei gegeben würde. In diesem Jahre war im September keine Ueberschicht nothwendig, im vorige Jahre aber waren acht eingelegt, trotzdem wurde uns nicht frei gegeben, vielmehr mit harten Strafen gedroht, wenn wir, wie es früher geschehen, an unserm Bergmannsfest nicht arbeiten würden. Die Erbitterung hierüber läßt sich nur ahnen, aber nicht beschreiben.

Einige Tage nach der Reichstagswahl erhielt unser Kamerad Pistorius die Aufforderung von der Bergbehörde, entweder seine Wirthschaft aufzugeben oder seine Kündigung von der Grubenarbeit zu erhalten. Die Wirthschaft hatte er s. Z. wesentlich auf Befürwortung des Herrn Bergrathes Hilger wegen seiner stets guten Führung erhalten. Jetzt aber sollte er sie aufgeben: er hatte in einer Centrumsversammlung eine Rede gehalten und von seiner gut katholischen Gesinnung kein Hehl gemacht.

Es könnten noch mehr solcher Thatsachen angeführt werden, welche die traurigen Verhältnisse auf Berginspektion II beleuchten. Da kann man kein Vertrauen mehr haben, denn so sind die Verhältnisse noch nie gewesen. Es ist ein Riß zwischen Vorgesetzten und Untergebenen, der auf das Tiefste zu beklagen ist. Wir katholischen Bergleute wollen treue Arbeiter sein, aber wir verlangen auch die Gerechtigkeit, daß man uns wegen unserer katholischen Gesinnung nicht bedrückt. Wir sind keine Windfahnen und ändern unsere Gesinnung nicht wie ein Hemd oder Kleid und es ist auch gar nicht klug, daß man von uns solches verlangt. Leute, die heute katholisch und morgen nationalliberal sind, werden auch sozialdemokratisch, wenn ihnen dafür mehr Gewinn in Aussicht steht. Wir sind und bleiben treu katholisch, und gerade aus diesem Grunde wollen wir, wie unser Glaube es vorschreibt, treue Arbeiter und aufrichtige Patrioten sein. Man sollte glauben, jede kluge Behörde müßte über eine solche Gesinnung ihrer Arbeiter sich freuen und dieselbe um jeden Preis zu erhalten suchen.

Anlage G.

Vgl. S. 5151. Aus der St. Joh. Saarbr. Volkszeitung vom 31. Oktober 1898 I. Bl. Nr. 250.

Von der Berginspektion II

brachte die Nummer 245 der „Volkszeitung" Enthüllungen über die eigenartige Behandlung centrumsfreundlicher Bergleute, welche in Bergmannskreisen mit sichtlicher Genugthuung begrüßt wurden. Hunderte braver Grubenarbeiter werden es beim Lesen jener Zeilen empfunden haben, daß ihnen der betreffende Artikelschreiber aus dem Herzen gesprochen und sind demselben auch ohne Zweifel sehr dankbar für den offenen Freimuth, womit derselbe die wahrhaft beklagenswerthen Schäden und Mängel in dem Verhältniß mancher Bergbeamten zu ihren Untergebenen rückhaltlos der stutzenden Oeffentlichkeit aufgedeckt hat. An der Hand eines aktenmäßig dargestellten Beweismaterials, woran Niemand zu rütteln vermag, hat der Verfasser in Ruhe und mit strengster Objectivität ein meisterhaftes Stimmungsbild unserer Bergleute entworfen. Die Stimmung, welche dieses Bild bei den „namentlich" genannten Herrn Beamten hervorgerufen hat, wird sich ein jeder mit Leichtigkeit vorstellen können! Jedenfalls war es keine rosige. Die Aeußerung des Maschinensteigers Kaps: „Peter, was habt Ihr gemacht? Ihr bekommt keine Uhr", ist ja an und für sich harmlos, naiv ja kindlich naiv, aber angesichts der thatsächlichen Verhältnisse für diesen Herrn ein niederschmetternder Keulenhieb, unter dessen Wucht er gewiß die edelsten Vorsätze gefaßt haben wird, künftig mit seinen Sentenzen und geflügelten Worten etwas vorsichtiger zu sein. So beschämend diese Mittheilungen für gewisse Leute sind, ein so glänzendes Zeugniß sind sie aber auch andererseits für die Charakterfestigkeit und den Opfersinn vieler braver Bergleute.

Als Vervollständigung und unerklärliches (und doch wieder leicht erklärliches!) Gegenstück zu der Angelegenheit des Kameraden Pistorius noch folgende nackte Thatsache: Der vor einigen Jahren wegen seines Betragens gegen Vorgesetzte abgelegte Bergmann Baldauf aus Püttlingen hat in Altenkessel die frühere Wirthschaft von Herrn Wunn in Betrieb genommen. Jetzt nach der Reichstagswahl darf derselbe wieder anfahren und nebenbei auch seine Wirthschaft weiter führen. Dagegen ist dem Bergmann Wilh. Thiel von Altenkessel, einem tüchtigen Arbeiter und wackern Centrumsmann, welcher seitens der Regierung die Genehmigung zum Betrieb einer Gastwirthschaft erlangt hatte, von dem Bergamt bedeutet worden, daß es bei ihm nicht statthaft sei, zugleich Gastwirth und Bergmann zu sein; er war also genöthigt, seine Arbeit aufzugeben.

Es sei hier noch darauf hingewiesen, daß wir dem Herrn Baldauf durchaus nicht seine „glückliche Ankunft" mißgönnen, nur verstehen wir die verschiedenartige Behandlung der beiden angeführten Fälle nicht recht. Im Gegentheil, man hätte annehmen sollen, daß Herrn Thiel, der der doch garnichts auf dem Kerbholz hat, viel eher von der Bergbehörde die Erlaubniß ertheilt worden wäre, neben dem Betrieb der Wirthschaft als Bergmann noch weiter arbeiten zu dürfen, als dem Herrn Baldauf. Da aber nichts in der Welt nach einem alten philosophischen Grundsatze ohne hinreichenden Grund geschieht oder geschehen kann und demnach auch diese höchst eigenartige Maßnahme ihren guten Grund haben muß, so ist wohl die Bitte berechtigt: „Erkläret uns Graf Orindur diesen Zwiespalt der Natur."

Anlage H. Vgl. S. 5148 und 5150.

Anlage J.

St. Johann, 11. Dezember 1898. Vgl. S. 5151.

An den
Deutschen Reichstag
Berlin.

Nach einer Notiz zweier hiesigen liberalen Zeitungen hat Frhr. von Stumm während der Landtags-Wahlbewegung in einer Versammlung in Neunkirchen, gehalten am 16. Oktober,

Noch: **Anlagen zum Protest III.**

zugegeben, daß bei der Reichstagswahl große Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Ich erlaube mir die Nummern der betreffenden Zeitungen beizulegen.

C. Haffmanns
Redacteur
St. Johann a. Saar.

Vgl. Anlage J. (vorsteh.) **Anlage K.**

Nr. 283. Montag, den 17. Oktober 1898. Jahrg. 20.

Neue Saarbrücker Zeitung

(Neuer General-Anzeiger) General-(Reichsadler)Anzeiger (Neueste Nachrichten)

für die Städte St. Johann-Saarbrücken, Malstatt-Burbach und das Saargebiet.

---

* Saarbrücken-St. Johann, 17. Oktober.

* Zur Landtagswahl. Die gestrige Wahlversammlung im Hermannschen Saale in Neunkirchen, zu der die nationalliberalen und freikonservativen Wähler der Kreise Ottweiler und St. Wendel eingeladen waren, war gut besucht. Den Vorsitz führte Freiherr v. Stumm-Halberg, der nach Ausbringung eines Hochs auf S. M. den Kaiser und einer einleitenden Ansprache zunächst dem bisherigen Landtagsabgeordneten, Herrn Richard Vopelius, das Wort zu einem Referat über die verflossene Landtagsperiode und seine Teilnahme an den Arbeiten des Abgeordnetenhauses erteilte. Nachdem Herr Vopelius in gewandtem Vortrage sich seiner Aufgabe entledigt, richtete Herr v. Stumm an die Versammlung die Frage, ob sie mit der Wiederaufstellung des Herrn Vopelius einverstanden sei. Das Ergebnis war eine einstimmige Annahme dieser Kandidatur. Sodann erhielt der vorgeschlagene zweite Kandidat, Herr Bergrat Lohmann, das Wort, der in längerem Vortrag, auf den wir noch zurückkommen werden, sein politisches Programm entwickelte. Auch diese Kandidatur wurde, nachdem auch ein Vertreter des Bundes der Landwirte seine Zustimmung ausgesprochen, einstimmig angenommen. Darauf eröffnete der Vorsitzende die Debatte über den so heiß umstrittenen dritten Kandidaten.

Herr v. Stumm entwarf ein Bild der bekannten, mit der Landtagswahl in Zusammenhang stehenden Vorgänge. Von Saarbrücken aus sei gegen den früher üblichen Modus, wegen der Kandidatenfrage zunächst mit den Kreisen Ottweiler und St. Wendel in Verbindung zu treten und nach gegenseitiger vertraulicher Erörterung derselben einer allgemeinen Wählerversammlung die Entscheidung zu überlassen, verstoßen worden. In den Blättern sei ganz unerwartet eine Einladung des Herrn Kommerzienrats Röchling in Saarbrücken erschienen, worin dieser die Wähler, auch die der Kreise Ottweiler und St. Wendel, zu einer Besprechung der Kandidatenfrage nach Saarbrücken einlud. Diese Einladung, die nicht einmal von dem Wahlkomitee des Kreises Saarbrücken, sondern von einer einzelnen Person ergangen war, habe in den beiden andern Kreisen Erstaunen, ja sogar Entrüstung hervorgerufen. Infolgedessen sei auch fast kein Wähler aus letzteren zu der Versammlung in Saarbrücken erschienen. Daraufhin sei aus den Vertrauensmännern heraus eine Einladung zu einer Zusammenkunft in Oberstein ergangen, der zahlreich Folge geleistet worden sei; dort sei der bekannte Protest gegen das Vorgehen des Saarbrücker Kreises und gegen die Aufstellung der Kandidatur Röchling erhoben worden. Man habe sich sofort wegen der beiden andern Kandidaten geeinigt, die dritte Kandidatur habe jedoch zu lebhaften Erörterungen Veranlassung gegeben. Gegen sein Anraten habe die Mehrheit Herrn Landrat v. Hagen aufgestellt. Dieser habe jedoch, wie zu erwarten gewesen, abgelehnt, und da das Komitee mit der Weiterführung der Angelegenheit betraut worden, so sei diesem die schwierige Aufgabe zugefallen, eine für die beiden Kreise befriedigende Lösung herbeizuführen. Er (Redner) habe sich mit dem Vorsitzenden des Saarbrücker Wahlkomitees, Herrn Justizrat Bolz, in Verbindung gesetzt, um eine gemeinsame Besprechung und eine Verständigung herbeizuführen. Die Besprechung habe in Neunkirchen stattgefunden. Ein selbständiger Kandidat für die Kreise Ottweiler und St. Wendel sei von dem Komitee dieser Kreise nicht vorgeschlagen worden. In Saarbrücken seien dagegen zwei Kandidaten gegenübergestellt worden, Herr Landrichter Röchling von einer Mehrheit, Herr Bürgermeister Dr. Neff von einer Minderheit. Von beiden Seiten sei bei der zur Aussprache nach Neunkirchen einberufenen Versammlung in ganz unparlamentarischer Weise, wenn auch nicht „strafbar", operiert worden, sodaß er gewünscht habe, daß der sonst recht schneidige Herr Sanitätsrat Dr. Füller als Vorsitzender der Versammlung etwas energischer aufgetreten wäre. Ihm wäre, so fährt Herr v. Stumm fort, eine Einigung sehr erwünscht gewesen, um dem Centrum gegenüber eine geschlossene Macht zu zeigen. Da sei Herr Kommerzienrat Seebohm aufgetreten und habe Herrn Regierungs- und Baurat Daub, der eine große Popularität besitze, nationalliberal sei und überhaupt die geeigneten Qualitäten habe, vorgeschlagen. Die Vertrauensmänner der Kreise Ottweiler und St. Wendel hätten alsdann auf seinen (Herrn v. Stumms) Vorschlag hin einstimmig beschlossen, den von einem Angehörigen und Mitglied des Wahlkomitees des Kreises Saarbrücken empfohlenen Kandidaten, Herrn Daub, anzunehmen. Herr v. Stumm wies darauf ziffermäßig nach, nur nationalgesinnte Wahlmänner vorausgesetzt, daß, falls die Anhänger des Herrn Dr. Neff für die Kandidatur Daub eintreten, was zu erwarten steht, für letztern sich eine zwei Drittel Mehrheit gegenüber der Kandidatur Röchling ergeben muß. Diese Rechnung, deren Richtigkeit bisher noch niemand in Zweifel gezogen habe und die eigentlich die Sache schon entschieden haben müßte, habe jedoch die Führer des Saarbrücker Kreises nicht zum Nachgeben bewogen. Er habe mit diesen weitere Verhandlungen gepflogen, aber eine schroffe Abweisung erfahren. Man habe sich auf den Standpunkt gestellt: Das geht uns alles nichts an, wir bestehen auf unserer Forderung. Auf eine solche unberechtigte Forderung könne man sich aber nicht einlassen, wenn man sich nicht in die Abhängigkeit des Saarbrücker Wahlvereins begeben und dessen Sklave werden wolle. Da mit diesen Unterhandlungen nichts zu erreichen gewesen, habe er sich direkt an die Kandidaten gewandt. Diese hätten ihm ihrerseits erklärt, daß sie im Interesse des Zustandekommens eines Kompromisses zurücktreten würden. Herr Dr. Neff habe dies pure erklärt, die ihm telegraphisch zugegangene Antwort des Herrn Dr. Röchling laute nicht so unbedingt zustimmend, nämlich: „Ich bin zum Rücktritt bereit, sofern damit eine Einigung der Kartellparteien erreicht wird." Wenn also der Fall eintrete, daß die Saarbrücker Führer auf die Kandidatur Röchling nicht verzichten wollten, so daß durch sie keine Einigung erreicht werde, so sei ev. für Herrn Röchling die Rücktrittserklärung

Noch: Anlagen zum Protest III.

so gut wie nicht vorhanden. Er (Herr v. Stumm) sei indessen überzeugt, daß Herr Röchling die Erklärung loyal gegeben habe und nicht wolle, daß durch seine Partei ein Zwiespalt in die nationale Sache hineingetragen werde. Er möchte daher beiden Herren den Dank für ihr patriotisches Opfer aussprechen.

Herr v. Stumm bringt sodann ein ihm zugegangenes Schreiben des Herrn Regierungs- und Baurats Daub zur Kenntnis, das folgende Erklärung enthält:

„Gemäß der von mir früher abgegebenen Erklärung vermag ich, auch nachdem Herr Dr. Neff zu meinen Gunsten zurückgetreten ist, als Kandidat für die Landtagswahl nicht aufzutreten, so lange die Kandidatur des Herrn Dr. Röchling nicht beseitigt ist. Auf die Frage, wie ich mich verhalten würde, wenn trotzdem bei der Wahl die Mehrheit der Stimmen auf mich entfallen würde, gestatte ich mir, zu erklären, daß ich in diesem Falle, um dem Wahlbezirke die notwendige große Aufregung einer Neuwahl zu ersparen, mich für verpflichtet erachten würde, die Wahl anzunehmen."

Dieser Brief beweise, fährt Herr v. Stumm fort, daß Herr Daub, der, wie er nochmals ausdrücklich bemerke, weder von ihm noch aus den Kreisen Ottweiler und St. Wendel, sondern aus dem Saarbrücker Kreise vorgeschlagen sei, politischen Sinn und Takt besitze und daher der Mann sei, wie man einen gesucht habe. Der Brief enthalte einen Akt der Courtoisie gegen Herrn Röchling, sei aber doch bestimmend genug. Die Kandidatur des Herrn Daub scheine ihm unter diesen Umständen festzustehen und werde auch den Erfolg für sich haben, wie aus der aufgestellten Wahrscheinlichkeitsrechnung hervorgehe, selbst wenn vielleicht Herr Röchling infolge des Verhaltens der Herren des Saarbrücker Wahlkreises seine Bedingung als nicht erfüllt ansehen und seine Kandidatur wieder aufnehmen sollte. Aber die Saarbrücker Herren hätten allen Grund, mit den Bürgern von St. Johann, den Handwerkern im Kreise, überhaupt den Anhängern des Herrn Dr. Neff zu rechnen und sie nicht vor den Kopf zu stoßen, da sonst bei der nächsten Reichstagswahl dem Centrumskandidaten eine bedenklich günstige Lage geschaffen sein dürfte. Eine neue Reichstagswahl noch vor Schluß der Legislaturperiode sei nicht ausgeschlossen, da eine Ungültigkeitserklärung der letzten Wahl im Kreise Saarbrücken, wie wir erfahren, nicht zu den Unmöglichkeiten gehöre. Eine Versöhnung mit der Bevölkerung von St. Johann sei daher nicht unangebracht, um das Reichstagsmandat für die nationalliberale Partei zu sichern. Redner richtet noch einen Appell an die Wähler der Kreise Ottweiler und St. Wendel, einstimmig zusammenzustehen, um den Beschlüssen der Vertrauensmänner nachdrücklichen Erfolg zu sichern. Wenn er einen gewissen Erfolg zum Wohle des Wahlkreises erzielt habe, so habe er es dem Umstande zu verdanken, daß die Vertrauensmänner einstimmig hinter ihm gestanden hätten. Mit demselben Nachdruck sollten auch die Wähler die von ihm geführte Sache unterstützen, damit für die Zukunft verhütet werde, daß man die Wählerschaft der Kreise Ottweiler und St. Wendel als quantité négligeable behandle.

Die darauf vorgenommene Abstimmung ergab die einstimmige Annahme der

Kandidatur Daub.

Anlage L.

Nr. 243. St. Johann a. d. Saar. — Saarbrücken, Montag, den 17. Oktober 1898. St. Johanner Zeitung. Vgl. S. 5151, 5168, 516

Zu den Landtagswahlen.

Die auf gestern Nachmittag von Freiherrn v. Stumm und Sanitätsrath Dr. Füller nach Neunkirchen einberufene allgemeine Versammlung der Wähler der Kreise Ottweiler und St. Wendel beschloß einstimmig, an der Kandidatur Daub festzuhalten, trotzdem oder gerade weil seitens der aufgestellten 3 Kandidaten, der Herren Dr. Röchling, Dr. Neff und Daub, neue Erklärungen vorlagen. Herr Landrichter Röchling hatte an Freiherrn v. Stumm eine Depesche gerichtet folgenden Inhalts: „Ich bin zum Rücktritt bereit, sofern damit eine Einigung der Kartellparteien erreicht wird." Herr Dr. Neff gab in der am vorigen Freitag Abend hier abgehaltenen Sitzung der Delegirten und des Bezirksvorstands des Wahlvereins St. Johann die Erklärung ab, daß er, da er auch diesmal in seiner Person kein Hinderniß bilden wolle, um aus den Schwierigkeiten herauszuhelfen, zu Gunsten des Kompromißkandidaten zurücktrete, jedoch im Auftrage seiner Anhänger den ausdrücklichen Vorbehalt mache, daß, wenn der Kompromiß nicht zu Stande komme, diese an seiner Kandidatur festhalten würden. Schließlich erklärte Herr Baurath Daub in einem Herrn v. Stumm kurz vor der Versammlung zugegangenen Schreiben, er vermöge als Kandidat unter den jetzigen Umständen nicht aufzutreten; sollte er trotzdem gewählt werden, so fühle er sich verpflichtet die Wahl anzunehmen, um dem Wahlkreis die Aufregung einer weiteren Wahlagitation zu ersparen, Freiherr v. Stumm, der im Laufe einer längeren Rede von diesen Erklärungen Kenntniß gab, empfahl angelegentlichst das Festhalten an der Kandidatur Daub. Er betonte aber ausdrücklich, daß nicht er Herrn Daub aufgestellt habe, sondern Herr Kommerzienrath Seebohm, der, wie Redner zuvor schon bemerkt hatte, nebenbei gesagt über ca. 90 Wahlmänner verfüge. Ferner ließ Herr v. Stumm durchblicken, daß, wenn Herr Boltz das nächste Mal das Reichstagsmandat niederlege, Herr Dr. Röchling ohne Zweifel sein Nachfolger würde. Das könne sogar noch früher als nach Ablauf der Legislaturperiode des Reichstags geschehen; denn in Louisenthal seien bei der jüngsten Reichstagswahl Dinge vorgekommen, die möglicherweise die Wahlkommission des Reichstags veranlassen könnten, dem Plenum die Ungiltigkeit der Wahl von Herrn Boltz vorzuschlagen. Er (Redner) selbst halte übrigens diese Unregelmäßigkeiten für nicht so bedeutend. Wir werden morgen noch auf die Verhandlungen der gestrigen Versammlung zurückkommen. Für heute sei noch bemerkt, daß die beiden Kandidaten, deren Wahl ganz sicher steht, die Herren Fabrikant Vopelius und Bergrath Lohmann, sich den Wählern vorstellten und eine Art Programm entwickelten. Dabei sprach sich Herr Lohmann gegen Kanäle aus, wenigstens hielt er solche für unsere Gegend nicht für wünschenswerth. Bezüglich der Grubenaufsicht äußerte er seine Ansicht dahin, daß er nichts dagegen einzuwenden habe, daß die Arbeiter dabei Sitz und Stimme erhalten. Gegen diese Bemerkung äußerte Frhr. v. Stumm, im Saarrevier sei die Schaffung einer solchen Aufsicht zwar nicht bedenklich, wohl aber in Westfalen, wo die Gefahr des Eindringens sozialdemokratischer Bergleute vorliege. Die zahlreich besuchte Versammlung wurde mit einem Kaiserhoch eröffnet und schloß mit einem Hoch auf Herrn v. Stumm.

Würden sich die nach den Beschlüssen der Kommission unter II unter Beweis zu stellenden Behauptungen bewahrheiten und demgemäß die in den betreffenden Bezirken für den gewählten Abgeordneten abgegebenen Stimmen zu kassiren sein, so kämen für denselben insgesammt rund 4000 Stimmen in Wegfall und er würde demnach nicht die Mehrheit gegenüber dem ihm als unterlegen bezeichneten Gegenkandidaten behalten. Die Nachweise erscheinen daher erheblich. Demnach beantragt die Kommission:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. den Beschluß über die Gültigkeit der Wahl des Abgeordneten Boltz im fünften Wahlkreise des Regierungsbezirks Trier auszusetzen;
2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, durch Vermittelung der Königlich preußischen Staatsregierung das zu Protest I und zu Protest III Nr. I, II, 1, 2, 7, 8, 9, 10, 11, 15, 16, 17, 19, 21 Beschlossene zu veranlassen und die Ergebnisse dem Reichstage mitzutheilen.

Berlin, 26. April 1900.

Die Wahlprüfungs-Kommission.

Dr. **Spahn**, Vorsitzender. **Wellstein**, Berichterstatter. Dr. **Arendt. Boerner. Brandenburg. v. Czarlinski. Dietrich. Ernst. Fischbeck. Fischer** (Berlin). **Graßmann. Pfannkuch. Schrempf. Schwarze** (Lippstadt).

Anlage I.

Saarbrücken, 20. Januar 1899.

Beantwortung der Wahlanfechtung des Wahlkreises V Trier (Saarbrücken).

Haffmanns: Vgl. S. 5139 ff. Daßbach: Vgl. S. 5137/5138. Emmel: Vgl. S. 5137.

Der Wahlprüfungskommission des hohen Reichstages beehrt sich der unterzeichnete Vorstand des nationalliberalen Wahlvereins für den Kreis Saarbrücken auf die Wahlproteste der Herren Haffmanns, Dasbach und Emmel Nachstehendes zur hochgeneigten Kenntnißnahme zu unterbreiten:

I. Theil.

Vgl. S. 5139 ff.

A. Protest Haffmanns.

Vgl. S. 5200 ff.

I. Die Behauptung, die Königliche Bergbehörde im Kreise Saarbrücken betrachte sich als die Vertreterin der nationalliberalen Politik im Saarrevier und halte sich für verpflichtet, in diesem Sinne auf ihre Untergebenen einzuwirken, ist durchaus unzutreffend. Thatsächlich gehören die leitenden Persönlichkeiten der Bergbehörde den verschiedensten Parteirichtungen an und von einem amtlichen Eingreifen kann in keiner Weise die Rede sein.

In dem Proteste des Redakteurs Haffmann ist ausdrücklich zugegeben, daß bei der Hauptwahl ein beachtenswerther Druck auf die Arbeiter nicht ausgeübt worden ist; demgegenüber konnte aber unsererseits, wie aus dem im II. Theile beigefügten Berichte über die Kampfesweise der hiesigen Centrumspartei hervorgeht, festgestellt werden, daß seitens des Centrums, besonders seitens der Dasbachschen Anhänger mit so außerordentlichem Hochdruck gearbeitet worden ist, daß nur diesem Umstande hauptsächlich die Zunahme der Centrumsstimmen gegen 1893 um 6000 Stimmen zuzuschreiben ist. Diese Zunahme der Stimmen erklärt sich aber auch ferner aus der nach 1893 in umfangreichster Weise im Kreise Saarbrücken geschaffenen Organisation der Centrumspartei, welche erst seit dieser Zeit ihre Hauptmacht und ihr Hauptagitationsfeld in den katholischen Bergknappen- und Arbeiter-Vereinen besitzt. Nur der Jahre langen eifrigen Agitation in diesen Vereinen, dem Verbreiten der Dasbachschen Zeitungen im Kreise Saarbrücken und der Hochdruckarbeit während der Hauptwahl selbst ist die Zunahme der 6000 Stimmen zuzuschreiben. Während Boltz bei der Hauptwahl 11 065 Stimmen und Euler 10 813 erhielt, fielen 710 Stimmen Emmel und 2198 Stimmen auf den Kandidat der nationalliberalen sog. Bürgerpartei Dr Meyer. Bei der Stichwahl erhielten Boltz 16 285 — also 5220 mehr wie bei der Hauptwahl — Euler 13 630 — also 2817 Stimmen mehr als bei der Hauptwahl. Dieses Mehr des Herrn Boltz erklärt sich zunächst aus den bei der Hauptwahl für Dr. Th. Meyer abgegebenen 2198 Stimmen, welche auf eine Aufforderung des Dr. Meyer an seine Anhänger bei der Stichwahl alle für Boltz abgegeben wurden. Die weitere Differenz zwischen 5220 und 2198 = 3022 Stimmen ist aber hauptsächlich in der lebhafteren Betheiligung der nationalliberalen Wähler an der Stichwahl zu suchen und entspricht durchaus der Zunahme der für Euler bei der Stichwahl abgegebenen Stimmen. Hierzu bemerken wir ferner, daß durch die Aufstellung des Kandidaten Dr. Meyer seitens der nationalliberalen Bürgerpartei und durch sonstige Vorkommnisse, sowie Zwistigkeiten in der eigenen nationalliberalen Partei sich außerordentlich viele nationalliberale Wähler bei der Hauptwahl der Stimmenabgabe enthalten haben. Als man aber durch den seitens der Centrumspartei ausgeübten Hochdruck unerwarteter Weise den Erfolg der letzteren in der Stimmenzunahme von 6000 erkannt hatte und die Gefahr vor Augen sah, daß der bisher stets der nationalliberalen Partei gehörige Kreis ans Centrum verloren werden könne, da erhoben sich alle nationalliberale Männer, um an die Urne zu treten, und ihre Stimme für Boltz abzugeben. So erhielt Herr Boltz gegen die Hauptwahl z. B. in den drei Saarstädten allein 2752 Stimmen mehr, in welchen 3 jeglicher bergmännischen Bevölkerung entbehrenden Städten von einer Beeinflussung insbesondere seitens der Beamten keine Rede sein kann. In einer Beeinflussung der Wähler besonders der katholischen Wähler ist mithin dieses Mehr auf keinen Fall zu suchen, zumal da die ganze Taktik der nationalliberalen Partei bei der Stichwahl sich lediglich auf das Herbeiholen und das Sammeln aller Säumigen der eigenen Partei erstreckte, während für unsere Partei ein Gewinnen der Centrumspartei schon in Folge deren Bearbeitung durch die Dasbachschen Centrumsführer gar nicht in Frage kam. Und in der That beweist gerade die Stichwahl die völlige Unrichtigkeit jener Behauptung, da das Centrum bei derselben nicht ab, sondern zugenommen hat. (Euler 13 630 gegen 10 813 bei Hauptwahl.)

Die Angabe, in der Königlichen Bergwerksdirektion sei unter der Leitung des Herrn Bergrath Vogel ein Wahlbüreau errichtet gewesen, u. s. w. ist unzutreffend, zum Theil scheint hier eine Personenverwechselung vorzuliegen, indem es bei der Bergwerksdirektion einen Bergrath Vogel gar nicht giebt, sondern nur den Vorsitzenden, Geheimrath Vgl. S. 5207.

Noch: **Anlage I.**

Vogel und einen denselben Namen führenden Bergwerksdirektionssekretär (Vogel). Während sich nun ersterer Herr der nationalliberalen Partei überhaupt nicht angeschlossen hat, aus welchem Grunde auch von einem amtlichen Eingreifen keine Rede sein kann, gehört letzterer Herr, Bergwerksdirektionssekretär Vogel, schon lange Jahre als Schriftführer dem Vorstande der nationalliberalen Partei an — was bisher selbstverständlich niemals und nirgendwo Anstoß erregt hat — und hat diese Thätigkeit auch während der letzten Wahlen wahrgenommen. Diese Thätigkeit ist eine private Sache des Genannten, welche die Verwaltung der Bergbehörde nichts angeht. Wie uns Herr Bergwerksdirektionssekretär Vogel erklärt, ist ihm bei der Uebernahme dieses Schriftführeramtes von seiner vorgesetzten Behörde bedeutet worden, diese Thätigkeit ja nicht mit seinem Dienste zu verquicken. Daß dies niemals geschehen ist, kann jederzeit durch den genannten Schriftführer bewiesen werden.

Wegen der weiteren Ausführungen im Haffmannschen Proteste über einen Artikel im „Bergmannsfreund" verweisen wir auf die Beantwortung des diesbezüglichen Dasbachschen Protestes, indem wir an dieser Stelle schon bestreiten, daß der „Bergmannsfreund" ein amtliches Blatt ist. Derselbe wird, wie jede andere Zeitung nur durch besondere Boten oder durch die Post (siehe Kopf des „Bergmannsfreund") zum Vierteljahrspreise von 40 Pf. **vertrieben.**

Vgl. S. 5140, 5181.

Was das Eingreifen der Beamten in die Agitation anbetrifft, so wird man diese Handlung niemals ein dienstliches Vorgehen nennen dürfen. Mit demselben Rechte, mit welchem die Herren Pastores, Kapläne und der Centrumspartei angehörige Beamte von weit und breit, in und außerhalb des Kreises ansässige u. s. w. an Wahlversammlungen und an den Wahlen Theil nahmen, mit demselben Rechte konnten das Angehörige der nationalliberalen Partei thun und zwar thaten sie dies nicht in ihrer Beamteneigenschaft, sondern als Mitglieder der nationalliberalen Partei nur aus dem einen Grunde, um die Kampfesweise und die Beeinflussungsversuche der Gegner, welche in den beigefügten Nummern der Dasbachschen Presse genügend gekennzeichnet sind, zu beobachten und zu überwachen. So natürlich es ist, daß in den Dörfern unseres Kreises außer vielen anderen Personen jedes Standes auch viele Berg- 2c. Beamte unserer Partei angehören, so unzutreffend u. ungerechtfertigt sind die Schlüsse, welche man aus der Wahlbetheiligung dieser Herren in Bezug auf ihren Dienst gegnerischerseits zu ziehen sucht.

II. Im Einzelnen beehren wir uns zu dem Haffmann'sche Proteste Folgendes anzuführen:

Vgl. S. 5140.

1. **Obersteiger Jacob, Sulzbach**

hat in den letzten Tagen vor der Reichstags-Stichwahl die Leute vor der Anfahrt auf die Wahl mit der Aufforderung reichstreu zu wählen deshalb hingewiesen, weil der katholische Pastor von Sulzbach, Herr Dr. Royer am Sonntage vorher von der Kanzel herunter während des Gottesdienstes anstatt einer Predigt eine Wahlrede — siehe Seite 59/60 — gehalten hatte, in welcher er die katholischen Wähler vor einer Stimmabgabe für den nationalliberalen Kandidaten nachdrücklichst verwarnte.

Vgl. Anlage 11 S. 5198.

An diese Wahlpredigt des Pastors knüpfte der Obersteiger seine Auslassungen vor der Belegschaft mit dem Bemerken an, daß, wenn es gestattet sei, daß ein Geistlicher von der Kanzel herunter seine Glaubensgenossen für die Wahl bearbeite, er (der Obersteiger) sich dann auch für voll berechtigt halte, vor den versammelten Bergleuten seine abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen und die Leute über die Unrichtigkeiten in den Ausführungen des Pastors aufzuklären. Umsomehr habe er sich hierzu gedrungen gefühlt, als andere katholische Geistliche eine Betheiligung an politischen Wühlereien für unvereinbar mit der Würde ihres Standes hielten, und er habe deshalb eine als Wahlzettel verbreitete Auslassung eines auswärtigen katholischen Geistlichen (Anlage I) welcher den Standtpunkt gänzlicher Enthaltung der Geistlichkeit von der Politik vertritt, den Bergleuten zur Kenntniß gebracht.

S. 5193.

Der Obersteiger hält es für möglich, daß der Ausdruck „Pfaffe" ihm vielleicht untergelaufen sei, geschimpft auf die Geistlichkeit habe er aber durchaus nicht.

Zeugen: Die Bergleute Jacob Krämer, Conrad Wilhelm, Mathias Groß 8., Carl Pauly, Christ. Auler, sämmtlich aus Sulzbach, Wendel Laub aus Alsweiler, Mathias Oehm aus Neunkirchen und zahlreiche andere Bergleute.

In amtlicher Eigenschaft habe er seine Ansprachen an die Leute nicht gehalten, sondern lediglich als patriotischer Staatsbürger.

2. **Bergrath Krümmer, Sulzbach**

Vgl. S. 5141.

hat diejenigen Beamten, von denen er annahm, daß sie bei der Wahl für den Centrumskandidaten gestimmt hätten, vor der Stichwahl nicht einzeln zu sich kommen lassen oder bearbeitet.

Den sämmtlichen Beamten der Berginspektion, von den Büreaux sowohl wie aus dem Betriebe, evangelisch oder katholisch, hat er, soweit sie an dem betreffenden Tage nicht anderweit dienstlich behindert waren, die Allerhöchste Kabinetsordre vom 4. 1. 1882 durch Verlesen ihres letzten Theiles in Erinnerung gebracht, in welchem mit aller Klarheit und Bestimmtheit ausgesprochen ist, daß die dem Disziplinargesetze unterstehenden Beamten durch ihren Diensteid die Pflicht einer Vertretung der Politik der Regierung auch bei den Wahlen auf sich genommen haben. Daß die Beamten ihre Stimmen den Nationalliberalen geben möchten, hat er nicht gesagt.

Zeugen: Sämmtliche Beamte.

Zu dem bezeichneten Zwecke ließ er die 50 bis 60 Beamte in mehreren Abtheilungen in sein Dienstzimmer kommen. Nur der Grubenwächter Alles und der Wegewärter Quirin, welche zur Klasse der Unterbeamten gehören, keine andere Beamten, erschienen allein. Diese Beiden hatten sich bei der Hauptwahl in einer für Beamte ungehörigen Weise als ultramontane Agitatore bemerklich gemacht. Der Grubenbote Thommes ist nicht Beamter, sondern gehört zur Belegschaft. Er nimmt eine Vertrauenstrauensstellung zu seinem Werksdirektor ein und kommt täglich mehrmals mit demselben in persönliche Berührung. Der Werksdirektor hat ihm gelegentlich gesagt, daß eine feindliche Stellungnahme seinerseits sich mit seinem Vertrauensposten nicht vereinigen lasse.

3. Zu den unter Nr. 3 enthaltenen Beschuldigungen des Obersteigers Hoos, welcher inzwischen verstorben ist, liegen seitens der genannten Beamten 2c. folgende Erklärungen vor, durch welche die einzelnen Behauptungen des Protestes hinfällig werden.

Vgl. S. 5141.

Wir lassen die Erklärungen abschriftlich hier folgen.

Abschrift.

Brefeld, den 30. Dezember 1898.

Wir unterzeichneten Vertrauensmänner und Aufseher der Grube Brefeld bezeugen hierdurch durch eigenhändige Unterschrift, daß uns der Obersteiger Hoos weder 2 Tage vor der Stichwahl noch überhaupt auf sein Büreau hat

Noch: Anlage I.

kommen lassen, um wegen der bevorstehenden Wahl mit uns zu sprechen.

gez. Mathias Jochum. Jakob Woll.
= Johann Graß III. N. Persch.
= Pet. Naumann. Peter Nicklas.
= Jakob Keßler III. Peter Weber 5.
= And. Baus. Nikl. Schirra.

Abschrift.

Brefeld, den 30. Dezember 1898.

Ich bezeuge durch eigenhändige Unterschrift, daß der Obersteiger Hoos, als ich die Wahlzettel für den nationalliberalen Kandidaten Boltz nicht vertheilen wollte, nicht den Ausdruck „Faullenzer" gebraucht hat.

gez. Michel Theres.

Abschrift.

Brefeld, den 30. Dezember 1888.

Ich unterzeichneter Bergschüler Nikolaus Fuchs bezeuge hierdurch durch eigenhändige Unterschrift, daß ich mich am Tage der Stichwahl zur Reichstagswahl freiwillig erboten hatte, die Aufsicht in der Früh- und Nachmittagsschicht zu übernehmen. Wenn ich nämlich hätte wählen wollen, so hätte ich, da ich in Merchweiler wohnte, dorthin zu Fuß gehen müssen und es wäre mir auch zu spät geworden. Außerdem lag Merchweiler im Kreise Ottweiler, in welchem ganz andere Kandidaten als im Kreise Saarbrücken aufgestellt waren, sodaß ich an einer Wahl Boltz oder Euler gar kein Interesse haben konnte.

gez. Nic. Fuchs.

Abschrift.

Brefeld, den 30. Dezember 1898.

Ich, Hülfssteiger Andreas Helbrück bezeuge durch eigenhändige Unterschrift, was folgt:

Am Tage vor der Stichwahl ließ mich der Obersteiger Hoos zu sich kommen und sagte mir, ich müsse am folgenden Tage Vormittags den Dienst in der Grube, Nachmittags über Tage versehen, da er die übrigen Steiger beurlaubt habe, um wählen zu können. Ich war nämlich der jüngste Hülfssteiger. Wahlberechtigt war ich damals in Humes, Kreis Ottweiler.

Als der Obersteiger hörte, daß ich im Kreise Ottweiler wähle, ließ er mir sagen, ich brauche nur die Schicht bis 12 Uhr verfahren und könne dann nach Hause gehen. Er habe geglaubt, ich wähle in Sulzbach, wohin ich verzogen war, und er habe beabsichtigt, mich in diesem Falle um 5 Uhr Nachmittags zu beurlauben, damit ich dann noch in Sulzbach wählen könne.

Ich habe auch in Humes gewählt.

gez. Andr. Hellbrück.

Abschrift.

Brefeld, den 30. Dezember 1898.

Wir unterzeichneten Königlichen Steiger und Hülfssteiger der Grube Brefeld weisen hierdurch den gegen uns erhobenen Vorwurf, wir hätten in der Grube den Bergleuten gesagt, daß den Orten, in denen für den nationalen Kandidaten Boltz wenig Stimmen bei der Stichwahl aufgebracht würden, die Bauprämien entzogen würden und daß die Kinder der Bergleute dieser Orte dort nicht mehr zur Arbeit angenommen würden, mit Entrüstung als unwahr zurück.

gez. Kratz, Königlicher Steiger.
= Krebs, =
= David, =
= Weber, =
= Baltes, =
= Christmann, =
= Lux, =
= Trenz, Hülfssteiger.
= Müller, =
= Hellbrück, =
= Fuchs, Bergschüler.
= Altpeter, =
= Meiser, =

Abschrift.

Brefeld, den 30. Dezember 1898.

Wir Vertrauensmänner der Grube Brefeld bezeugen hierdurch durch unsere Unterschrift, daß unseres Wissens kein Steiger vor der diesjährigen Reichstagswahl bezw. Stichwahl in der Grube die Aeußerung gethan hat, daß den Orten, wo für den nationalliberalen Kandidaten Boltz wenig Stimmen bei der Stichwahl aufgebracht würden, die Bauprämien entzogen und daß Kinder der Bergleute dieser Orte dort nicht mehr zur Arbeit angenommen werden würden.

gez. And. Baus,
= Jakob Woll,
= Joh. Graß III.,
= Mathias Jochum.

Dem Einwurf, daß die Bergleute Nachtheile von einer Abstimmung für den Centrumskandidaten hätten befürchten müssen, fehlt jede thatsächliche Begründung. Diese Furcht hat auch nur in der Einbildung der Centrumsagitatoren bestanden, um sie für ihre Zwecke ausnützen zu können; bei den Bergleuten selbst war sie nicht vorhanden, es sei denn, daß sie dem einen oder anderen von den Hetzern durch ihre Redereien eingeimpft worden sei. Die Bergleute Sulzbachs wissen sehr genau, daß bei der Vertheilung in die Arbeiten und bei Stellung der Gedinge lediglich auf die Geschicklichkeit und Brauchbarkeit der Leute gesehen wird, auf ihre politische Stellung aber nicht im mindesten Rücksicht genommen wird. Dafür, daß das Verhalten des Werksdirektors in der Wahlperiode dieses Sommers eine Abweichung von diesem Grundsatze bedeutet hätte, ist auch nicht der Schein eines Beweises beigebracht worden noch auch beizubringen möglich.

Zum Schluß erklären wir nochmals, daß alle dem Werksdirektor Krümmer gemachten Vorwürfe von demselben als vollständig unbegründet zurückgewiesen werden. Derselbe hat niemals seine dienstliche Stellung dazu mißbraucht, seine Untergebenen zur Wahl des liberalen Kandidaten zu bestimmen. Dagegen ist es Thatsache, daß, wie aus dem II. Theil unserer Niederschrift hervorgeht, auf der anderen Seite die katholische Geistlichkeit von Sulzbach und in Sonderheit der Pastor Dr. Royer in Ausübung ihres Amtes und unter Ausnützung ihrer amtlichen Autorität die freie Entschließung der katholischen Wähler unzulässiger Weise zu Gunsten des Centrumskandidaten beeinflußt haben.

4. Betreffs der Aussage des Obersteigers Michaely in Humes am Tage der Wahl wegen der Werksschule haben wir zur Richtigstellung Folgendes ermittelt: Vgl. S. 5141.

Steiger Hoppstädter von Grube Göttelborn traf mit dem Lehrer Klein von Humes in einem dortigen Wirths-

Noch: **Anlage I.**

hause (Scherer) zusammen. Klein, welcher auf Hoppst. den Eindruck machte, als wenn er angetrunken sei, frug diesen, ob er nicht dazu beitragen könnte, daß der Werksschulunterricht auf einen Wochentag, statt (wie bisher) Sonntag verlegt würde. H. verwies den K. an den Obersteiger Michaely von Göttelborn. Als dieser gerade zu Wagen ankommend vor der Wirthschaft abstieg, brachte K. beim Zusammentreffen die fragliche Angelegenheit vor. Der Obersteiger, welcher ebenfalls den Eindruck gewann, daß Klein angetrunken sei, antwortete wegwerfend: „Es wäre am besten, wenn die Schule überhaupt aufgehoben würde, der Bergbehörde und mir würden dann manche Unannehmlichkeiten erspart."

Obersteiger Michaely giebt als Grund zu dieser Aeußerung Folgendes an: Durch die zu meiner Kenntniß gelangten mancherlei Beschwerden und Klagen von älteren Bergleuten aus Humes und jüngeren, den Werksschulunterricht besuchenden Schleppern, welche den Lehrer Klein als einen hinterlistigen Menschen schilderten, der keinen Frieden halten könne und öfters im Wirthshause betrunken zu finden sei, habe ich mir gesagt, daß derselbe keine geeignete Person sei, um unsere Bergmannsjugend in der Werksschule gedeihlich fortzubilden.

Als mir nun der Lehrer gerade in einem nicht nüchternen Zustande von der Werksschule anfing, in aufdringlicher Weise (er folgte mir sogar auf die Straße bis zum Wagen nach) auf mich einredete und sich über das schlechte Betragen der Werksschüler beschwerte, packte mich die Wuth und ich gab ihm das Gesagte zur Antwort.

Thatsächlich hat auch die Königliche Berginspektion die Schule mangels einer anderen geeigneten Lehrkraft nach Uchtelfangen verlegt, da der Lehrer Klein sich durchaus nicht als Lehrer eignete und vielfach die Anordnungen der Bergbehörde außer Acht ließ und zu umgehen versuchte.

Vgl. S. 5141, 5209. 5. Zu diesem Punkte des Haffmannschen Protestes schreibt der in dem Proteste angegriffene Herr Bergassessor von Meer uns Folgendes: Daß ich und ebenso verschiedene Grubenbeamte uns am 22. Juni vor den Versammlungslokalen der Centrumspartei zu Altenwald und Hühnerfeld vor Beginn der Versammlungen aufgehalten haben, ist richtig. Daß aber durch unsere Anwesenheit die Straßen und Zugänge zu den Lokalen derart besetzt waren, daß die Besucher der Versammlungen eine Art Spießruthen durchmachen mußten, ist mir neu. Ich bestreite entschieden, daß dies in meiner Absicht gelegen hat, daß es überhaupt der Fall war.

Ebenso verwahre ich mich auf das nachdrücklichste gegen die Verdächtigungen, welche in dem Protest an meine Anwesenheit vor den Lokalen geknüpft werden. Ich habe bewußt niemanden von dem Besuche der Versammlungen abgehalten und habe auch nicht bemerkt, daß thatsächlich sich jemand hat abhalten lassen. In Altenwald habe ich meist in der Nähe des Eingangs zum Hause gestanden, habe aber nicht gesehen, daß jemand, der die die Straße heraufkam, umgekehrt oder vorbeigegangen sei, als er mich oder die Beamten dort sah. Wohl soll einer der hiesigen Kapläne, als er in dem Wirthschaftszimmer sitzen gebliebene Bergleute zum Hinaufgehen in die Versammlung aufforderte, die abweisende Antwort erhalten haben: Es gefiele ihnen hier unten besser. Ich glaube denn doch nicht, daß die Herren diese Antwort mir in die Schuhe schieben wollen. In Hühnerfeld bin ich und mit mir wohl alle Beamte wegen eines eintretenden Platzregens vor Beginn der Versammlung, als erst einige Personen anwesend waren, in den Versammlungssaal eingetreten und habe mich mit dem Rücken gegen die Thüre hingesetzt, was doch sicherlich nicht auf die mir unterstellte Absicht deutet. Daß in dieser Hinsicht von den übrigen Beamten zu einer Beschwerde Anlaß gegeben ist, glaube ich nicht; ich habe wenigstens nichts bemerkt und es ist mir auch nichts zu Ohren gekommen, keinesfalls hatten sie von mir diesbezüglichen Auftrag.

Und wie durch meine und der übrigen Beamten Anwesenheit vor den Versammlungslokalen der Centrumspartei die Bergleute abgehalten worden sein sollen, drei Tage nachher in den Wahllokalen für das Centrum zu stimmen, vermag ich mir nicht zu erklären.

Absicht und Zweck meiner Anwesenheit vor den beiden Lokalen war, mich über die in Altenwald-Hühnerfeld herrschende Stimmung zu orientiren, mir aus dem Besuche der beiden Versammlungen einen Schluß auf den muthmaßlichen Ausfall der Stichwahl in Altenwald-Hühnerfeld zu ziehen. Das Stimmenverhältniß bei der Hauptwahl gab mir hierzu nicht die gehörige Unterlage, da man annehmen mußte, daß inzwischen gerade in Altenwald-Hühnerfeld in Folge von Vorfällen bei dem Stiftungsfest des Knappenvereins, auf die ich später noch näher eingehen werde, ein Stimmungsumschlag eingetreten sei, was denn auch der Ausfall der Stichwahl bewiesen hat. Da ich nun am Morgen des Versammlungstages von einigen Beamten darauf aufmerksam gemacht wurde, daß wahrscheinlich viele auswärtige, hier nicht wahlberechtigte Bergleute die Versammlung besuchen würden, äußerte ich, daß es mir dann angenehm wäre, wenn mich einige Beamte, welche die Leute kennten, bei der Beobachtung unterstützen möchten. Theils diesem meinem Wunsche folgend, theils aus eigenem Interesse oder aus Neugier, waren denn etwa 1 Dutzend Beamte vor den Lokalen anwesend.

Den Vorwurf, daß ich die Versammlung zu Hühnerfeld zu stören und unmöglich zu machen versucht hätte, weise ich auf das entschiedenste zurück. Da mir dieser Vorwurf nur bezüglich Hühnerfeld gemacht wird, muß hier etwas besonderes passirt sein. Angeführt ist nichts, so daß ich nur rathen kann, worauf man den Vorwurf gründet.

Daß wir der Versammlung bis zu Ende beigewohnt haben, was übrigens von vorn herein nicht in meiner Absicht lag, kann uns nicht zum Vorwurf gemacht werden, denn Pastor Dr. Royer, der Leiter der Versammlung, hat uns ausdrücklich den Aufenthalt als Gäste gestattet. Irgend welche laute Aeußerungen des Beifalles oder des Mißfallens sind von den Beamten nicht gemacht worden. Als von den Rednern, namentlich dem Kandidaten Euler, die gemeinsten Verdächtigungen gegen die Beamten geschleudert wurden, äußerte wohl der eine oder andere zu seinem Nachbarn seine Entrüstung, aber so wenig laut, daß über die allernächste Umgebung nichts hinausdrang. Die Bergleute, welche anwesend waren, würden staunen, wenn sie hörten, daß dadurch etwa die Versammlung gestört worden sein sollte. Ein einziger lauter Zwischenruf ist von dem Tische der Beamten gefallen und zwar aus meinem Munde. Als der Kandidat Euler nach verschiedenen beschimpfenden Verdächtigungen gegen die Beamten es für eine unerhörte Beeinflussung der Bergleute bezeichnete, daß Steiger während der Wahl vor den Lokalen gestanden hätten, ließ ich mich leider in Erregung über das vorher Gehörte zu dem Zwischenrufe hinreißen: „Und was wollten die Herren Kapläne in und vor den Lokalen?" Darob geriethen denn die Herren am Vorstandstische in laute Aufregung und Entrüstung, die Versammlung aber blieb vollständig ruhig, nur hier und da steckte man lachend die

Noch: Anlage I.

Köpfe zusammen. In Zeit von einer halben Minute war der ganze Vorfall erledigt. Daß man mir daraus den Vorwurf machen will, ich hätte die Versammlung zu stören und unmöglich zu machen oder, wie Herr Dasbach am folgenden Tage zu berichten beliebte, die Versammlung zu sprengen versucht, ist mir und wohl jedem ruhig und gerecht denkenden Menschen unverständlich. Sonst ist wenigstens nicht das Mindeste vorgekommen, was man auf eine Absicht der Störung deuten könnte.

Bei einigem geringen Nachdenken könnten die sich als Zeugen erbietenden Herren sich wohl selbst sagen, daß wenn ich die Versammlung hätte stören wollen, ich Mittel und Wege gefunden hätte, diesen Zweck zu erreichen, ohne meine Person durch Erscheinen im Lokal bloszustellen. Und was sollte ich mit einer Störung der Centrumsversammlung für mich oder meine Partei bezweckt haben? Ich hätte doch dadurch lediglich der Gegenpartei eine Waffe gegen mich in die Hand gegeben.

Darin, daß ich nach Schluß der Versammlung ein Kaiserhoch ausgebracht habe, unter Hinweis darauf, daß der Mund sämmtlicher 4 Redner anscheinend von Patriotismus übergeflossen sei, aber keiner derselben das Verlangen gespürt habe, durch ein Hoch auf den Kaiser ihren Gefühlen Ausdruck zu geben, obschon es allgemein in öffentlichen politischen Versammlungen Brauch sei, darin werden die Herren Royer, Euler und Rath wohl kaum eine Störung erblicken.

Darüber, daß auch Pastor Royer sein Zeugniß für die Behauptungen des Protestes gegen mich anbietet, kann ich nicht umhin, mein großes Erstaunen und Befremden zu äußern. Als er nämlich mit dem Kandidaten Euler das Versammlungslokal in Hühnerfeld betrat, sprach er mich gleich an mit der Bitte um Aufschluß über den Zweck meiner und der Beamten Anwesenheit. Ich erklärte ihm, im Lokale sei ich nur wegen des Regens, unsere Anwesenheit überhaupt bezwecke unsere Orientirung über die Zahl der Besucher und über die Stimmung der Leute. Auch seine weitere Frage bestätigte ich ihm dann, daß ich eine Beeinflussung der Arbeiter gegen ihre wirkliche Ueberzeugung nicht beabsichtige. Er sprach nur noch seine Freude über diese Erklärung aus und bat mich um die Erlaubniß, dieselbe der Versammlung bekannt geben zu dürfen, die ich ihm auch gab. Er eröffnete dann mit einigen einleitenden Sätzen die Versammlung und fuhr dann ungefähr wie folgt fort: „Herr Bergassessor von Meer, den ich persönlich sehr hoch achte und der ebenso wie ich aus gut katholischer Familie stammt, hat mir soeben erklärt, daß er nicht beabsichtige, die Bergleute abzuhalten, ihrer Ueberzeugung gemäß zu wählen, „ich danke dem Herrn für diese Erklärung" und forderte hierauf die Wähler auf, am Wahltage unbesorgt und ohne Scheu für das Centrum zu wählen". Wie paßt hierzu sein jetziges Zeugnißanerbieten dafür, daß ich durch meine dienstliche Stellung die Leute in der freien Ausübung ihres Wahlrechts hätte behindern wollen? Solange der Pastor mir nicht stichhaltige Gründe für die Aenderung seiner Ansicht bringt, muß ich ihm aus seiner Stellungnahme einen schweren Vorwurf machen.

Vgl. S. 5142. 6. Bemerkt sei ferner, daß es unwahr ist, daß Zettelvertheiler der nationalliberalen Partei den Auftrag zum Zettelvertheilen und die Zettel selbst von den Grubenbeamten in dienstlichem Anlasse erhalten haben. Die in der Beschwerde als Zeugen angeführten Bergleute Dorrenbächer und Linnebach werden dies bekunden, im Gegensatz zu der Centrumsbehauptung. Daß das Zettelvertheilen rein freiwillige Sache war und eine Zuweisung von Zetteln an Leute behufs Vertheilung dienstlich nicht stattgefunden hat, werden außerdem die Obersteiger Jacob und Groß und die anderen Grubenbeamten, sowie die Bergleute Ludw. Zeitz, Michel Theis, Heinrich Lorenz, Robert Lausch und andere bekunden.

Da endlich der Vorwurf, daß die Bergbeamten dienstlich bei den Wahlen im Sinne der nationalliberalen Partei thätig gewesen seien, nur in dieser allgemeinen Form erhoben wird, ohne Angabe, worin die Thätigkeit bestanden haben soll, und ohne irgend einen Beweis, so kann dieser Vorwurf auch nur allgemein zurückgewiesen werden, mit dem Bemerken, daß er vollkommen willkürlich erfunden ist.

7. Sulzbach I. Wahlbezirk.

Vgl. S. 5142.

Herr Kaplan Zilleken machte Nachmittags 1½ Uhr die Thüre im Wahllokal zu. Der Wahlvorsteher Herr Heinrich Simon öffnete die Thüre wieder; Zilleken protestirte, der Wahlvorsteher erklärte: „er allein habe dieses zu bestimmen". Zilleken ging hinaus, kam nach kurzer Zeit wieder zurück und frug den Wahlvorsteher mit erhobener Stimme: „Sind sie für freie Wahl oder nicht?" Der Wahlvorsteher machte ihn auf das ungesetzliche Verfahren aufmerksam, im Wahllokal hätten keine Diskussionen stattzufinden. Der Kaplan ging hinaus, kam nach kurzer Zeit wieder und sagte dem Wahlvorsteher: „Ich frage Sie wiederholt, sind Sie für freie Wahl oder nicht?" Der Vorsteher verwies den Kaplan hierauf energisch zur Ruhe mit dem Bemerken, wenn er diese nicht hielte, dann sahe er sich zur Ergreifung anderer Maßregeln genöthigt.

Pfarrer und beide Kapläne waren wiederholt im Wahllokal und vor demselben. Die Beschuldigung, daß ein Herr Carl Simon einem Wähler Kunz seinen Wahlzettel für Euler abgenommen, wird von dem einzigen, hier bekannten Herrn Carl Simon, Kaufmann, in Abrede gestellt. Demselben ist von dem ganzen Vorfall nichts bekannt.

8. Sulzbach II. Wahlbezirk.

Vgl. S. 5142.

Ob und welche Notizen Herr Louis Vopelius sich gemacht hat, geht Niemanden etwas an.

Herr Richard Vopelius erklärt entgegen den gegen ihn erhobenen Vorwürfen Folgendes: Es ist richtig, daß ich zu beobachten suchte, ob die Wähler auch Zettel der nationalliberalen Zettelvertheiler annahmen. Dahingegen ist es nicht richtig, daß ich die Wähler in das Wahllokal bis zur Urne verfolgt habe; bis zur Urne bin ich nur ein einziges Mal gegangen, als ich meinen Stimmzettel selbst abgab; sonst habe ich das Wahllokal selbst nur einmal betreten, hielt mich die übrige Zeit, soweit ich überhaupt dort war, im Hausflur und vor dem Gebäude auf und hat mir Herr Pastor Dr. Royer eine Zeit lang Gesellschaft geleistet und bot mir ein Compromiß für die Landtagswahlen an.

gez. R. Vopelius.

9. Sulzbach III. Wahlbezirk.

Vgl. S. 5142.

Aehnliche Vorgänge wegen des Thürenschließens wie in I.

10. Seitens der Firma B. Zeitz ist keiner ihrer Arbeiter bis zur Wahlurne controllirt worden, die Firma erklärt dieses für eine Lüge. Für die Angelegenheit Lievenbruck genügt, daß der Redakteur Haffmanns mit *M.* 100,00 wegen Verleumdung durch das Amtsgericht Saarbrücken bestraft und dieses Urtheil von der Straf- Vgl. S. 5142.

Noch: Anlage I.

kammer bestätigt wurde, wie beifolgende Publikation der „St. Johann-Saarbr. Volksztg." beweist:

Anlage 2 zu Anlage I. Seite 5193.

In der Privatklagesache
des Fabrikanten Heinrich Lievenbruck zu Sulzbach,
gegen
den Redakteur C. Haffmanns in St. Johann,
wegen Beleidigung

hat das Königl. Schöffengericht zu Saarbrücken am 2. September 1898

für Recht erkannt:

Der Angeklagte Haffmanns ist der Beleidigung im Sinne der §§ 185, 186 und 200 des Strafgesetzbuches schuldig und wird deshalb zu einer Geldstrafe von einhundert Mark, im Nichtbeitreibungsfalle zu einer Gefängnißstrafe von 10 Tagen, sowie in die Kosten des Verfahrens verurtheilt.

Außerdem wird dem Privatkläger die Befugniß zugesprochen, den verfügenden Theil dieses Urtheils binnen 4 Wochen nach Rechtskraft des Urtheils durch je einmalige Einrückung in die St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung, die Saarbrücker Zeitung und dem Boten des Sulzbachthales auf Kosten von Haffmanns öffentlich bekannt zu machen.

Die Richtigkeit der Abschrift der Urtheilsformel wird beglaubigt und die Rechtskraft des Urtheils bescheinigt.

Saarbrücken, 15. Dez. 1898.

gez. Friedrich, Aktuar,
(L. S.) Gerichtsschreiber des Königl. Landgerichts.

Vorstehendes Urtheil wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Vertreter des Privatklägers:
Lanser, Rechtsanwalt.

11. Altenwald. a) I. Wahlbezirk.

Vgl. S. 5148.

Wahlvorsteher Niebling erklärt die Behauptung, er habe den Zettel des Peter Klein geöffnet, für eine Lüge. Im Wahllokal wurde eine Kiste, deren Deckel mit einem Schlitz versehen war, als Wahlurne benutzt. Nachdem die Kiste als leer von dem Wahlvorstande befunden, wurde der Deckel festgenagelt und die Wahlzettel durch den Schlitz in die Kiste geworfen. Nach Beendigung der Wahl wurde die Kiste erst wieder geöffnet; dieselbe kann jederzeit eingesandt werden.

Der Tisch des Wahlvorstandes befand sich auf dem von Schulbänken freien Platze in der Nähe der Thüre. Einer der Kapläne verlangte beim Beginn der Wahl, daß der Tisch an einen anderen Platz gestellt würde. Der Wahlvorsteher erklärte ihm, das ginge ihn, den Kaplan, nichts an, das sei lediglich Sache des Wahlvorstandes, der Tisch habe auf diesem Platze noch bei jeder früheren Wahl gestanden und bliebe da.

Hülfssteiger Bode hatte während der Mittagszeit von einem Zettelvertheiler, derselbe war kein Steiger, die Wahlzettel in Verwahr genommen, bestreitet jedoch entschieden, selbst Zettel vertheilt zu haben, wohl aber habe er einen der sich vor dem Wahllokale aufhaltenden Kapläne mit den Worten angeredet: „Darf ich Ihnen einen Wahlzettel für Herrn Boltz anbieten?"

Grubenwächter Moser ist viel zu klein, um Jemand über die Schulter sehen zu können.

Die aufbewahrten Wahlzettel werden ergeben, daß keine bläulich gefärbten Zettel abgegeben wurden.

J. Reimertshofen wohnt auf der Schnappach und ist in Altenwald gar nicht wahlberechtigt.

Altenwald. b) II. Wahlbezirk.

Die Wahlurne war ein emaillirtes großes Kochgeschirr mit Deckel. Die Grube hat die Zettelvertheiler nicht angestellt, sondern das Wahlcomitée.

Die von Louis Vopelius gezeichneten Zettel existiren nur in dem Gehirn der Zeugen, sonst nicht.

12. Wahlschied.

Vgl. S. 5144.

Steiger Bauer von Grube Göttelborn hat während seines Aufenthaltes in und vor dem Wahllokale mit keinem der zur Wahlurne tretenden Wähler gesprochen oder auf denselben eingewirkt, also auch nicht agitirt. Die Notizen, die derselbe machte, bezweckten lediglich die säumigen Wähler herbeirufen zu lassen.

13. Göttelborn.

Vgl. S. 5144.

Die Behauptung über mangelhafte Aufsicht der Grube Göttelborn während der Wahl ist vollständig hinfällig. Die Grube war mit Beamten vollzählig besetzt. Ein Todesfall ist weder an der Haupt- noch an der Stichwahl vorgekommen.

Eine schwere Verletzung kam allerdings am Tage der Stichwahl vor, aber zu einer Zeit als Direktor, Inspektor, Obersteiger und Fahrsteiger auf der Grube, Abtheilungssteiger und Fahrhauer in der Abtheilung anwesend waren.

14. Bildstock. Wahllokal Schulsaal.

Vgl. S. 5144, S. 5225.

Die 4 Steiger Kliebenstein, Forst, Ries und Metzen haben sich zwar zum Theil im Wahllokal selbst, zum Theil in der Nähe desselben aufgehalten, dagegen ist von niemanden eine Wahlbeeinflussung auch nur versucht worden. Niemand wurde von den Mitgliedern unserer Partei angesprochen, niemand wurde vor oder im Wahllokal gebeten, den oder den zu wählen.

Vielmehr hat das Auftreten der Bildstocker Ultramontanen bei der Haupt- und Stichwahl nur zu Repressivmaßregeln veranlaßt. Denn der kath. Kaplan Tressel von Bildstock hat mit mehreren seiner Getreuen das Wahllokal von früh bis spät bewacht und erst infolge dieses Umstandes haben sich obige Herren auch dort aufgehalten.

Jene Herren waren in Bildstock wahlberechtigt, während Herr Kaplan Tressel in Friedrichsthal wohnt und in Friedrichsthal wahlberechtigt war, mithin in Bildstock nichts zu suchen hatte, es sei denn daß er eine Kontrole ausüben wollte.

Ebenso war ein Fremder, der ultramontanen Partei angehöriger Herr, wahrscheinlich Herr Felberg aus Trier selbst, da er als Zeuge sich angibt, im Wahllokal anwesend, doch offenbar nur der Kontrole der ultramontanen Wähler wegen, denn was hatte er sonst in Bildstock zu thun. Felberg machte sich sehr oft Notizen.

Die Centrumspartei hatte ihre Wahlzettel von Haus zu Haus getragen. Da wir das nicht gethan hatten, so mußten wir die Zettel vertheilen. Dies geschah vor dem Wahllokal. Aber unsere Zettel wurden niemand aufgenöthigt.

Der Vorwurf, daß der Flur besetzt gewesen sei, ist nicht zutreffend. Durch Zufall kam es, daß Herr Fahrsteiger Fritz und Steiger Kliebenstein, da beide in Bildstock wählen, sich im Flur trafen und ein Gespräch anfingen. Herr Kaplan Tressel, welcher wie gesagt, dort Posten stand, kam hinzu und forderte die beiden vorgenannten Herren auf, den Flur zu verlassen, da der Aufenthalt daselbst unstatthaft sei. Steiger Kliebenstein antwortete, daß sie auch wüßten, was statthaft sei. Wenn jemand Zettel im Flur vertauschen wollte, so war dies mit Leichtigkeit auszuführen.

Noch: Anlage I.

Die nationalliberalen Zettel waren die vom Saarbrücker Comité übersandten. Dieselben waren in üblicher Weise gefaltet und in keiner Weise auffallend. Ueberhaupt vollzog sich der ganze Wahlakt in ruhiger und sachgemäßer Weise. Nur ist die seitens des Kaplans Tressel ausgeübte Kontrole ganz allgemein aufgefallen. Zeugen sind die Bergleute Fritsch, Enderlein und Stephan sämmtlich in Bildstock.

Zum weiteren Beweise dieser Ausführung mögen nachstehende abschriftliche Erklärungen der verschiedenen betheiligten Personen unserer Partei dienen.

Abschrift.

Erklärung.

Der Vorwurf, daß der Flur besetzt gewesen sei, ist nicht zutreffend; wenn es vorkam, daß im Flur Jemand stand, so war dies reiner Zufall, indem Wähler beim Ein- und Ausgehen sich im Flur trafen und ein Gespräch anfingen. Herr Kaplan Tressel, welcher dort Posten stand, kam dann hinzu und forderte die betreffenden Wähler auf, den Flur zu verlassen, da der Aufenthalt dortselbst unstatthaft sei. Auch uns wurde von demselben diese Bemerkung gemacht, worauf wir ihm antworteten, daß wir auch wüßten, so gut wie er, was statthaft sei oder nicht. Wenn Jemand im Flur Wahlzettel vertauschen wollte, so war das mit Leichtigkeit auszuführen.

Das auffallende Benehmen des Herrn Kaplan Tressel wurde viel besprochen.

Bildstock, den 4. Januar 1899.

gez. Fritz, Fahrsteiger.
Kliebenstein I, Steiger.

Erklärung.

Die Centrumspartei hatte ihre Wahlzettel von Haus zu Haus getragen. Da wir dies nicht gethan hatten, mußten wir unsere Wahlzettel vor dem Wahllokale ausgeben, jedoch wurde keinem Wähler ein Wahlzettel aufgedrungen; die Zettel waren in üblicher Weise gefaltet und in keiner Weise auffallend. Ueberhaupt vollzog sich die ganze Wahlhandlung in ruhiger und sachgemäßer Weise, nur die seitens des Herrn Kaplan Tressel ausgeübte Kontrole ganz allgemein aufgefallen.

Bildstock, den 4. Januar 1899.

gez. Heinrich Fritsch, Ph. Wöffler,
Valentin Mösch, Peter Zimmer,
Fr. Bauer I, Joh. Ptr. Reitz,
Aug. Deutsch, Karl Mohr,
Carl Enderlein, Philipp Stephan.

Erklärung.

Den Vorwurf, daß wir Wahlbeeinflussung betrieben haben, müssen wir zurückweisen. Wir waren zum Theil im Wahllokale selbst, zum Theil in der Nähe desselben, haben jedoch Niemanden aufgefordert oder zu überreden versucht, diesen oder jenen Kandidaten zu wählen; vielmehr hat das Auftreten der Ultramontanen bei der Haupt- und Stich-Wahl Aufsehen erregt. Der Kaplan Tressel hat mit mehreren seiner Getreuen das Wahllokal von früh bis spät bewacht, und erst infolge dieses Umstandes haben wir uns auch dort aufgehalten.

Wir waren in Bildstock wahlberechtigt, während Herr Kaplan Tressel in Friedrichsthal wohnt und in Friedrichsthal wahlberechtigt ist, mithin in Bildstock nichts zu suchen hatte, es sei denn, daß er ein Kontrole ausüben wollte.

Ebenso war ein fremder, der ultramontanen Partei angehöriger Herr, wahrscheinlich Herr Felberg aus Trier selbst, da er als Zeuge sich angiebt, im Wahllokal anwesend, doch offenbar der Kontrole der ultramontanen Wähler wegen, denn was hatte er sonst in Bildstock zu thun?

Das Benehmen des Kaplans Tressel erregte großes Mißfallen.

Bildstock, den 4. Januar 1899.

gez. Forst, Steiger. Kliebenstein I, Steiger.
Metzen, Fahrsteiger. Rieß, Steiger.

15. Gersweiler. Vgl. S. 5145, 5214.

Am Tage der Stichwahl wurden seitens der Burbacher Hütte die Obermeister Nalbach und Paul Schmitz zur Beobachtung der Wahlvorgänge nach Gersweiler gesandt. Letzterer stand allerdings längere Zeit vor dem Wahllokal. An derselben Stelle hielt sich aber wiederholt der Pastor Schmidt auf. Die Zettelvertheiler der nationalliberalen Partei standen im Hausgang vor dem Wahllokal, neben ihnen ein Zettelvertheiler der ultramontanen Partei, während ein zweiter Zettelvertheiler dieser Partei vor dem Hause stand. In ungefähr derselben Weise waren die Zettelvertheiler noch bei jeder Wahl vertheilt, ohne daß es Jemand eingefallen wäre, hierauf einen Wahlprotest zu gründen.

Bezüglich der gegen den Steiger Kurz erhobenen Beschuldigungen theilt uns derselbe Folgendes mit:

Es ist eine Lüge, daß ich zu dem Zettelvertheiler der Centrumspartei gesagt hätte „Scheren Sie sich weg mit Ihren Zetteln, wir haben andere hier". Es ist gelogen, daß ich bezüglich des Abnehmens der Zettel auch nur irgend ein Wort zu einem Bergmann gesagt habe. Auch ist es unwahr, daß ich der Vorgesetzte der wählenden Bergleute von Ottenhausen war, denn in meiner Steigerabtheilung war und ist kein einziger Bergmann von Ottenhausen beschäftigt. Diese meine Aussagen kann ich an geeigneter Stelle eidlich bezeugen.

gez. Wilhelm Kurz,
Kgl. Steiger in Stangenmühle.

16. Ottenhausen. Vgl. S. 5145, 5214, 5224.

Laut den Aussagen des Lehrers Kuntz in Ottenhausen wurde das Wahllokal, welches sehr klein ist, auf Antrag des ultramontanen Beisitzers Mich. Körber eine Zeit lang geöffnet, um frische Luft herein zu lassen. Ein Berichterstatter der St. Johanner Volkszeitung (wahrscheinlich der Zeuge Schlöder) wollte dem Wahlvorsteher in Bezug auf das Offenstehen der Thür Vorschriften machen, was sich dieser nicht gefallen ließ. Nachdem die Mahnung des Wahlvorstehers sich ruhig zu verhalten, von dem Schlöder nicht befolgt wurde, wurde ihm allerdings mit hinausführen gedroht. Derselbe Zeuge versuchte übrigens auch in Gersweiler in die Wahlhandlung einzugreifen, indem er dort verlangte, daß die Thüre zum Wahllokal offen stehen müsse.

Bei der Zusammenstellung des Wahlresultates in Ottenhausen zeigte es sich, daß in der Urne ein Zettel mehr vorhanden war als Stimmen abgegeben wurden. Diese Thatsache wurde ins Protokoll aufgenommen.

Ein Zettelvertheiler der ultramontanen Partei, ein Schuhmacher aus St. Johann (jedenfalls der Zeuge Mallet) soll übrigens Vormittags schon so betrunken gewesen sein, daß er schwerlich aus eigener Beobachtung irgend etwas behaupten kann.

17. Altenkessel.

Die Beamten der Grube haben sich nicht mehr um die Wahl bekümmert als der Pastor Didier und seine Vgl. S. 5146 bis 5147, 5185, 5217 bis 5219.

Noch: Anlage I.

Kapläne, die fast den ganzen Tag das Wahllokal nicht verlassen haben. Der eine der Herren stand am Wahltisch, der andere an der Eingangsthüre und beide beobachteten scharf jeden Wähler, so daß Keinem es möglich war etwa einen Zettel zu verwechseln. Die Zettel für Euler waren schon vorher in die Häuser gebracht. Die Wähler kamen in großen Trupps unter geistlicher Führung an, so daß es garnicht möglich war einem derselben einen Zettel der nationalliberalen Partei aufzunötigen. Eine Kontrole war auch in Folge dessen gar nicht möglich. Die Steiger Willié und Kaps haben lediglich zu dem Zwecke eine Liste geführt, daß etwaige säumige Wähler hatten geholt werden können.

Zeugen: Obersteiger Rüffler, Steiger Willié.

Dienstlich ist Niemand bestimmt worden Zettel zu vertheilen, das ist lediglich freiwillige Thätigkeit gewesen.

Vgl. S. 5151, 5212 ff., 5242.

18. Zur Wahl in Püttlingen haben wir Folgendes festgestellt:

Auch hier haben sich der Pastor und die beiden Kapläne mit den ultramontanen Vertrauensleuten jedenfalls in ebenso eingehender Weise um die Wahl bekümmert, als die Grubenbeamten. Im Wahllokal des Bezirks Berg war vor allem Kaplan März, im 2. Wahllokal Kaplan Amling thätig, während der Pastor die beiden Lokale von Zeit zu Zeit wechselte.

Im einzelnen ist auf Grund des Berichtes unseres Vertrauensmannes von Püttlingen dem Proteste des Pastors Dahm gegenüber Folgendes zu bemerken.

Es entspricht nicht der Wahrheit, daß der Flur als zum Wahllokal gehörig vom Wahlvorsteher erklärt wurde. Freilich versuchte der Pastor Dahm vor Beginn der Wahl den Wahlvorsteher unter heftigen Worten zu einer solchen durch nichts gerechtfertigte Erklärung zu bewegen; doch unterblieb sie auf Protest des Obersteigers Schmidt II (damals in Püttlingen, jetzt in Dudweiler) und des Berginspektors Wiesmann. Unser Zettelvertheiler behielt daher den vorher eingenommenen Platz im Flur bei.

Ebendorthin stellte sich bald nach Beginn der Wahl auch der Vertheiler der Eulerschen Zettel. Derselbe stand also nicht draußen, wie im Protest behauptet wird.

Vor der Eingangsthür zum Wahlsaal bewegte sich während des ganzen Wahlverlaufs der Kaplan März in geistlichem Kleide, scheinbar aus einem Buche betend, jeden Eintretenden scharf fixirend. Vor Beginn der Wahl klebte er — der Kaplan — eigenhändig unter höhnischen Worten an die Eingangsthür zum Flur einen Zeitungsausschnitt, der die bekannte ultramontane Nachricht enthielt, daß Se. Majestät den Beamten die Agitation gegen das Centrum verboten habe. Später machte der Mann — wieder der Herr Kaplan — sich auch das Vergnügen, ein nationalliberales Wahlblatt abzureißen. Das Verhalten des Kaplans stellt jedenfalls unter Mißbrauch des geistlichen Amtes die krasseste Wahlbeeinflussung dar, die denkbar ist, und es ist nach vielseitiger Beobachtung kein Zweifel, daß dasselbe auch manchen Wähler in der freien Bethätigung des Wahlrechts behindert hat. Außer dem Kaplan und dem Zettelvertheiler befanden sich immer mehrere Vertrauensleute der Centrumspartei im und vor dem Wahllokal, welche jeden Wähler scharf beobachteten.

Die Unterstellung, welche dem Berginspektor Wiesmann gemacht wird, daß er längere Zeit vom Flur aus die Wähler kontrolirt habe, was sie mit den Zetteln machten, ist unwahr. Berginspektor Wiesmann hat sich überhaupt nur kürzere Zeit in dem Flur aufgehalten und lediglich zu dem Zweck, das merkwürdige Gebahren des Kaplans März zu beobachten.

Zeugen für die Vorgänge im und vor dem Wahllokal am Berg sind die Bergleute Halbach, Dernbecher, Blum, die Steiger Altmeyer und Meiser, Obersteiger Schmidt II in Dudweiler und der Berginspektor Wiesmann.

Des Weiteren bestreiten die Grubenbeamten entschieden, durch Drohungen und Versprechungen auf die Leute einzuwirken den Versuch gemacht zu haben.

Was den Berginspektor Wiesmann betrifft, so hat er sich bis zur Hauptwahl auch nicht im geringsten agitatorisch um die Püttlinger Wahl bekümmert. Erst nach der Hauptwahl, als er gehört hatte, in welch maßloser Weise die Geistlichen auf die Leute einzuwirken suchten, hielt er es für seine Pflicht, die Püttlinger Bergleute, die durchweg ein willenloses Werkzeug in den Händen der Geistlichen sind, zu belehren zu versuchen. Daß er aber fast täglich während der Wahlzeit die Abtheilungen zu Agitationszwecke befahren habe, wie der Protest behauptet, ist unwahr. Er hat nur während 2 Grubenfahrten mit den Leuten über die Wahl gesprochen, und das geschah stets in einer Weise, die keinesfalls die Leute beleidigten oder in ihnen den Gedanken erwecken konnte, daß ihnen aus der Wahl ein Vortheil oder Nachtheil erwachsen würde. Im Gegentheil hat er regelmäßig bemerkt, daß selbstverständlich jedem die freie Wahl unbenommen bleiben solle. Im einzelnen sind Herrn Berginspektor Wiesmann die Gespräche nicht mehr im Gedächtnis; jedenfalls versichert er aber, nicht so thörichte Bemerkungen gemacht zu haben, wie sie ihm im Protest untergeschoben sind.

Thatsache ist doch auch, daß keiner der Püttlinger Bergleute, obgleich deren Stimmen fast ausnahmslos nach dem Ergebnis der Püttlinger Wahl für den Euler abgegeben worden sein müssen, geschädigt worden ist.

Zeugen für die Grubengespräche sind: Obersteiger Schmidt, Fahrsteiger Diversy, die Steiger Jäcker und Scheid — die beiden letzteren enragirte Centrumsleute. —

Das 2. Püttlinger Wahllokal war ultramontanerseits der besonderen Beobachtung des Kaplans Amling unterstellt, der nicht allein zwischen 4 und 5, sondern auch sich sonst noch häufig vor allem am Eingang aufhielt. Im Innern war sehr häufig der Pastor Dahm anwesend. Neben den Geistlichen waren auch hier regelmäßig ultramontane Vertrauensleute, die den Leuten scharf auf die Finger sahen.

Herr Berginspektor Wiesmann hat sich auf die Bank gestellt, nicht wie es in dem Proteste heißt, um die Wähler, sondern um den Wahlvorsteher zu beobachten. Herr Steiger Flegel machte ihn nämlich darauf aufmerksam, daß das Verfahren des Wahlvorstehers nicht ordnungsmäßig erscheine. Um sich selbst davon zu überzeugen, mußte er einen erhöhten Standpunkt wählen.

Das Verfahren des Wahlvorstehers ist des Näheren erläutert in dem unten folgenden Bericht des Obersteigers Schmidt.

Das übrigens der Protest, soweit er Püttlingen betrifft, jeder Berechtigung entbehrt und daß thatsächlich eine Beeinflussung seitens der Grubenbeamten in keiner Weise stattgefunden hat, dürfte deutlich der klägliche Ausfall der Püttlinger Wahl für den nationalliberalen Candidaten darthun.

Daß ferner der wegen der Wahl in Püttlingen erhobene Protest gar nicht in Betracht kommen kann, geht aus Folgendem hervor:

Bei der Hauptwahl erhielt in Püttlingen Justizrath Boltz 114, bei der Stichwahl 170 Stimmen, dagegen fielen auf Euler bei der Hauptwahl 932 und bei der

Noch: Anlage I.

Stichwahl 1 084 Stimmen. Ersterer erhielt also bei der Stichwahl 56, letzterer 152 mehr. Auch hier zeigt es sich, daß auf beiden Seiten bei der Stichwahl die Betheiligung eine größere war. Schließlich ist es doch für die Agitation des Centrums in Püttlingen bezeichnend, wenn bei der Stichwahl von 1 254 nur 170 auf den nationalliberalen Kandidaten gefallen sind, 170 Stimmen, von denen man mit Recht behaupten kann, daß sie nur von Beamten, Gewerbetreibenden und nur einzelnen Bergleuten Püttlingens abgegeben worden sind und jedenfalls ohne irgend welche Agitation auch abgegeben worden wären.

Dieser Umstand, daß von 1 254 Stimmen in Püttlingen nur 170 Stimmen für Boltz fielen, gilt aber auch als Beweis für die im II. Theile der vorliegenden Niederschrift gerade der Püttlinger Geistlichkeit nachgewiesenen Wahlbeeinflussungen.

Es wäre also ganz überflüssig auf den Protest des Püttlinger Pastors ausführlicher, als dies vorstehend geschehen ist, einzugehen, da gerade für die Püttlinger Centrumserfolge ein Protest der nationalliberalen Partei in erster Linie nothwendig gewesen wäre, denn die Geistlichen haben nach Vorstehendem in wirksamster Weise ihre Gemeinde bearbeitet. Sie haben — wie dies aus unserem II. Theil hervorgeht — vor der Wahl von der Kanzel herab agitirt, nach der Wahl haben sie Leute, die nicht nach ihrem Sinne gewählt haben, aus der Kirche gewiesen und vom Abendmahl ausgeschlossen.

Zeugen können noch beigebracht werden. Zunächst sei Steiger Altmeyer genannt.

19. Brebach.

Vgl. S. 5147.

Zu dem Brebach betreffenden Theile des Protestes lassen wir uns von dem dortigen Bezirksvorsitzenden unseres Wahlvereins berichten:

Zu Punkt 1. Vor Beginn der Reichstagswahl ließ ich einige Arbeiter aus den einzelnen Ortschaften, darunter auch solche aus Bliesransbach zu mir kommen und theilte ihnen mit, daß die Reichstagswahl nächstens stattfände und daß ich meine Stimme für Herrn Boltz abgeben würde, und es mir angenehm wäre, wenn die Arbeiter das Gleiche thun würden.

Ich bemerkte aber dabei noch ausdrücklich, daß Keiner hierzu gezwungen sei und ein Jeder seinen freien Willen habe. Es solle auch Keiner der anders wählen würde, Schaden zu erleiden haben.

Zeugen: Maurermeister Johann Kohl, Bliesransbach und Koksarbeiter Peter Breyer von dort und Andere.

Punkt 2. Der Arbeiter Scheerer der Brebacherhütte, Johann Peter Baer aus Bliesransbach, welcher übrigens inzwischen verstorben ist, hat in diesem Jahre wie auch in früheren Jahren Wahlzettel an Arbeiter und sonstige Einwohner von Bliesransbach vertheilt. Derselbe hat jedoch von hier aus kein Verzeichniß der wahlberechtigten Arbeiter erhalten und hat auch keine nach der Wahl hier abgegeben. Sollte er ein solches in Händen gehabt haben, so hatte er sich dasselbe selbst angefertigt, da ihm die Arbeiter alle persönlich bekannt waren.

Die Behauptung, daß über 1000 Stimmen dem Centrum infolge Beeinflussung der Arbeiter der Halbergerhütte verloren gegangen sind, ist unwahr; es wäre dieses, wie nachstehende Zusammenstellung ergiebt, überhaupt gar nicht möglich zu machen.

Die im Kreise Saarbrücken ansässigen Arbeiter der Halbergerhütte wohnen zum weitaus größten Theile in der Bürgermeisterei Bischmisheim und zum kleineren Theile in der Bürgermeisterei Kleinblittersdorf.

In diesen beiden Bürgermeistereien erhielt Herr Boltz ca. 1500 Stimmen, davon entfallen auf die Bürgermeisterei Bischmisheim 1474 Stimmen.

Hierin sind folgende Ortschaften enthalten:

	Stimmen für Boltz	Stimmen für Euler	katholische Wähler überhaupt ca.
fast ausschließlich evangelische Orte			
Bischmisheim . .	362	6	15
Fechingen . . .	249	14	25
Güdingen . . .	232	4	10
halb evangelische Orte			
Brebach . . .	299	53	176
Scheidt	212	49	131
Bübingen . . .	82	46	64
ganz katholische Orte			
Bliesransbach .	25	124	149
Rentrisch . . .	13	174	187
	1 474	470	757

Von den 757 kath. Wählern haben
Herr Euler gewählt 470
Verbleiben an Stimmen der Katholiken für
Herrn Boltz . . . . . 287.

Unter den 287—300 kath. Wähler, die für Herrn Boltz gestimmt haben, befinden sich nicht allein Arbeiter der Halbergerhütte, sondern auch andere Personen. So erhielt z. B. Herr Boltz in dem ganz katholischen Orte Rentrisch 13 Stimmen, wogegen blos 8 wahlberechtigte Arbeiter vom Brebacher Hüttenwerk dort wohnen.

Punkt 3. Die Behauptung, daß Commerzienrath Böcking fast den ganzen Tag im Wahllokale in Brebach anwesend gewesen sei, ist ebenfalls unwahr. Auch sind keine Wahlzettel durch Beamte oder Angestellte der Hütte an die Wähler resp. Arbeiter ausgegeben worden. Solche wurden nur ausgegeben durch Herrn Hauptlehrer Müller und den Backsteinfabrikanten Herrn Fr. Haag und zwar vor dem Wahllokale, woselbst sich auch ein Vertheiler von Centrumszetteln befand. Vor dem Schulhause, woselbst noch ein Vertheiler von Centrumszetteln stand, war der Gemeindeaichmeister, Herr C. Kalkoffen, und machte dieser die Wähler darauf aufmerksam, daß die Stimmzettel für Herrn Boltz oben vor dem Wahllokale zu haben seien. Das nähere hierüber ist aus folgender Aussage der Herren Müller und Haag zu ersehen:

Abschrift.

Aussage des Herrn Hauptlehrers Müller und des Backsteinfabrikanten Herrn Fr. Haag.

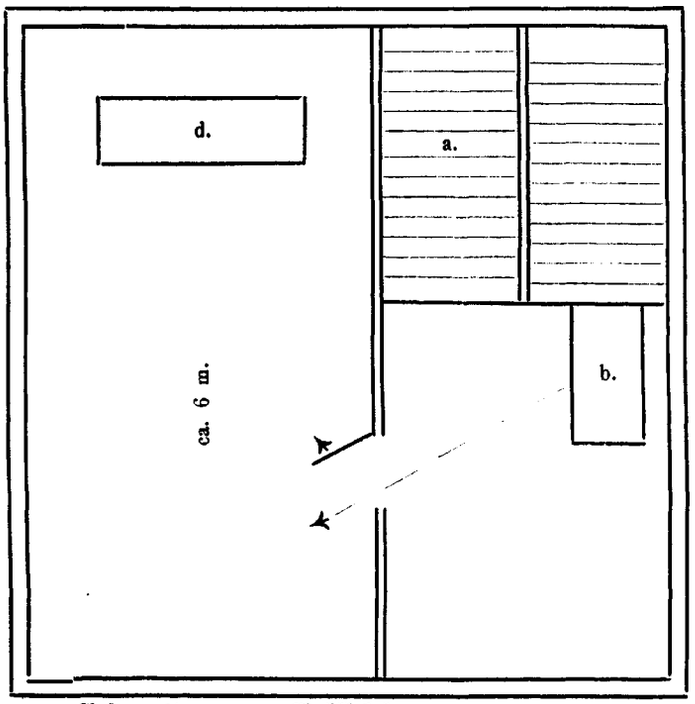
Herr Commerzienrath Böcking war während der Wahlhandlung selbst nur im Wahllokale anwesend, um seinen Stimmzettel abzugeben, wobei er sich überhaupt nicht aufhielt.

Beamte oder Angestellte der Hütte waren mit Stimmzettelvertheilen überhaupt nicht thätig, sondern nur wir beide gaben Zettel an die Wähler vor dem Wahllokale ab. Fast den ganzen Tag über befand sich ein Vertheiler der Centrumszettel bei uns. Ein Herr aus Trier, Stuhlfabrikant. — Dieser äußerte nach Beendigung der Wahl, er habe sich nun überzeugt, daß sowohl im Wahllokale als auch außerhalb desselben alles richtig und angebracht zugegangen sei, er habe dieses vorher gar nicht erwartet.

Vor dem Schulhause befand sich noch ein anderer Zettelvertheiler des Centrums, bei diesem stand der Gemeindeaichmeister Kalkoffen, welcher die Wähler darauf aufmerksam machte, daß die Zettel für Herrn Boltz vor dem Wahllokale zu haben seien.

Noch: Anlage I.

Eine Beeinflussung der Wähler hat weder durch uns, noch durch Beamte 2c. der Hütte oder sonst Jemand stattgefunden. Wir konnten auch die Wähler, wie aus beiliegendem Situationsplane zu ersehen ist, von unserem Standorte aus am Tische, nachdem sie ins Wahllokal eingetreten waren, nicht mehr sehen.



a. Aufgangstreppe zum Wahllokal,
b. Tisch der Zettelvertheiler,
c. Thür des Wahllokales,
d. Tisch des Wahlvorstandes nebst Wahlurne.

Vgl. S. 5148 bis 5151, 5199, 5205, 5225.

20. Malstatt-Burbach.

Hierzu lassen wir den uns vom Vorsitzenden des Wahlbezirks Malstatt-Burbach unseres Wahlvereins erstatteten Bericht wörtlich folgen:

Ueber die Malstatt-Burbacher Vorgänge bei der letzten Reichstagswahl erlaube ich mir Folgendes ergebenst zu berichten:

S. 5204 Anlage 8. S. 5196 Anlage 9a mit Flugblatt. S. 5197 Anlage 9b. S. 5199 Anlage 12. S. 5199 Anlage 13.

Daß jene Partei, welche vor und während der Wahl (vergl. Nr. 168 der Neuen Saarbrücker Zeitung, Nr. 133 u. 140 der St. Joh. Saarbrücker Volkszeitung — Inserat „Auf Allerhöchsten Befehl 2c.") selbst mit den verwerflichsten Mitteln eine wüste Agitation zu Gunsten ihres Kandidaten betrieben hat, eine Partei, welche sich nicht einmal gescheut hat, den Namen Seiner Majestät des Kaisers zu einer wissentlichen Täuschung zu benutzen (vgl. obige Nr. der St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung) und schließlich es sogar nicht verschmäht hat, die Wähler mit den Machtmitteln der kirchlichen Autorität einzuschüchtern, daß eine solche Partei es überhaupt wagt, ihren politischen Gegnern Wahl-Beeinflussung vorzuwerfen, dafür fehlt mir der Ausdruck! Meines Erachtens bedarf es nur eines Hinweises, auf die während der Wahl-Campagne in der Centrumspresse veröffentlichten Aeußerungen, um zu beweisen, daß gerade die Centrumspartei es war, welche bei ihrer Agitation die durch Gesetz und politisches Anstandsgefühl gezogenen Grenzen ganz erheblich überschritten hat. Eine Durchsicht der vorstehend genannten Zeitungen dürfte das beste Material bieten, um die Kampfesweise unserer Gegner zu charakterisiren.

Was insbesondere die in dem Proteste gegen die Anhänger unserer Partei in Malstatt-Burbach erhobenen Beschuldigungen betrifft, so kann ich mit gutem Gewissen behaupten, daß unsere Vorbereitung und Betheiligung an der Wahl sich durchaus innerhalb der gesetzlich gezogenen Grenzen gehalten hat.

Es ist allerdings zutreffend, daß in allen Bezirken in und vor den Wahllokalen Vertrauensmänner unserer Partei sich aufhielten, aber nicht, wie in dem Protest ohne jeglichen Beweis behauptet wird, um den Inhalt der Stimmzettel zu kontroliren, sondern um darauf zu sehen, daß jeder in der Liste enthaltene Wähler auch sein Wahlrecht ausübe und um etwaige Säumige rechtzeitig herbeizurufen. (Vgl. die „Anleitung zum Wählen" in Nr. 133 der St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung.) Diese Männer waren nicht, wie ebenfalls ohne jeglichen Beweis behauptet wird, von irgend einer Seite kommandirt, sondern sie haben sich zu dieser Thätigkeit im Interesse unserer Sache freiwillig erboten. Daß sich unter diesen Männern auch manche Angehörige der Burbacherhütte befanden, konnte doch wohl kaum befremden, wenn man bedenkt, daß die überwiegende Mehrzahl der hiesigen Wähler zu der Hütte in näherer Beziehung steht. S. 5197 unter Anlage 9a.

Jedenfalls aber weisen alle Betheiligten ganz entschieden den Vorwurf zurück, daß sie sich irgend einer als Beeinflussung zu deutenden Handlung schuldig gemacht hätten.

Ebenso einhellig erklären dagegen unsere Vertrauensmänner, daß die hiesigen Pastöre, die Herren Assenmacher, Metzdorf, sowie die 4 Kapläne Junker, Stein, Kiefer und Flesch sich den Wählern gegenüber außerordentlich aufdringlich und anmaßend betragen haben. Die genannten Herren haben in den Wahllokalen gerade das gethan, was unseren Vertrauensmännern mit Unrecht vorgeworfen wird, sie haben nämlich eine scharfe Kontrole darüber ausgeübt, welchen Stimmzettel die Wähler abgaben. Als Zeugen hierfür nenne ich den Zimmermann Friedrich Niedner, die Hüttenbeamten Johann Merker und Adolf Bacus, ferner die Aufseher Michel Ternes, Mathias Greif, Anton Reiter, Johann Ziegler, Peter Petto, Nikolaus Adam, Rudolf Korn und andere.

Die Anmaßung der genannten Geistlichen ging soweit, daß in den Bezirken 7 und 8 der Pastor Herr Assenmacher sogar eine Bevormundung des Wahlvorstandes versuchte, indem er den letzteren aufforderte, unsere wahlberechtigten Vertrauensmänner aus dem Lokale zu weisen, während er selbst sich beispielsweise in dem Lokale des Bezirkes 7 stundenlang mit einem Centrumszettel-Vertheiler so aufstellte, daß er die Wähler bis an die Urne verfolgen konnte.

In dem Bezirke 6 gestattete sich sogar der noch wahlunmündige Kaplan Junker in das Wahllokal einzutreten und wahlberechtigten Männern zu sagen, sie hätten keine Berechtigung sich dort aufzuhalten!! Daraufhin wurde der junge Herr allerdings von dem Wähler Ingenieur Baumann in einer der Situation durchaus entsprechenden Weise aus dem Lokale entfernt.

In dem Lokale des 5. Bezirkes provozirte ein Kaplan den Hüttenbeamten Merker mit der laut gesprochenen Bemerkung: „Hier haben keine Hüttenbeamten zu stehen," worauf ihm der letztere erwiderte: „Dürfen denn hier nur Kapläne stehen?" Der Kaplan wurde hierauf so laut, daß sich der Wahl-Vorsteher genöthigt sah, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß in dem Wahllokale gesetzlich keine Diskussionen gestattet seien.

Vor den Lokalen der Bezirke 7 und 8 hatte die Centrumspartei einen Schreinergesellen Wolf postirt, welcher nur damit beschäftigt war, die auf unseren Kandidaten lautenden Stimmzettel abzuändern in solche für den Centrumskandidaten, während der Kesselschmied Johann Merker

Noch: Anlage I.

von Lokal zu Lokal ging, um sich für den gleichen Zweck von unseren Stimmzetteln zu verschaffen.

Indem ich nunmehr zur Wiederlegung der gegen bestimmte Angehörige der Burbacherhütte erhobenen Beschuldigungen schreite, kann ich zunächst für mich erklären, daß ich mich vor der Wahl ausdrücklich dahin ausgesprochen habe, daß ich jede Handlung vermieden zu sehen wünschte, welche als eine Beeinflussung gedeutet werden könnte.

Zu a. Daß die Arbeiter in dem Wahllokale auf dem Bürgermeister-Amt ihre natl. Stimmzettel nur in der Ueberzeugung abgegeben haben sollen, daß sie anderen Falles entlassen werden würden, ist eine kühne, jeden Beweises entbehrende Behauptung. Die Beschwerde wegen des Nichtschließens einer Thür kann sich nur gegen den amtlich bestellten Wahlvorsteher richten, da nur diesem die Wahrung der äußeren Ordnung zusteht. Wenn ein Wähler — Sarg — vor dem Lokale jeden einzelnen Wähler aufgefordert haben soll, „nationalliberal" zu wählen, so kann ihm dies doch wohl Niemand untersagen! Auch von der Centrumspartei ist dies Recht in weitgehendem Maße ausgeübt worden.

Zu b. Wahllokal 7 und 8. Die Behauptung, „die Arbeiter wurden so vertheilt, daß sie wählen mußten, wenn ihre Meister die Controlle im Wahllokal hatten", erscheint schon deshalb absurd, weil doch die Wähler nicht nach ihrer Beschäftigung auf der Burbacherhütte, sondern nach ihrer Wohnung den einzelnen Bezirken zugetheilt waren. Wenn einzelne Meister in diesem Lokale den ganzen Tag anwesend gewesen sind, so haben sie eben die „Anweisung zum Wählen" befolgt, wie sie seitens der Gegenpartei in Nr. 133 der St. Joh.-Saarbrücker Volkszeitung gegeben worden war.

S. 5197 unter Anlage 9a.

Zu c und d. Ein Büreaubeamter Laerm ist mir überhaupt nicht bekannt. Dagegen berichtet der Hüttenbeamte Bacus, daß er sich an den Wahllokalen 7 und 8 aufgehalten habe, jedoch lediglich zu dem Zwecke, von dem ihm in der mehrfach genannten „Centrums-Anweisung zum Wählen" zugesprochenen Rechte gebrauch zu machen, das heißt, für die Heranbringung säumiger Wähler zu sorgen und die allzu augenfällige Beeinflussung der Wähler von Seiten der kath. Geistlichkeit und ihrer Beauftragten abzuwehren. Daß er hierbei sich irgend welcher unerlaubter Einwirkung auf die Wähler in Bezug auf die Art ihrer Stimmabgabe schuldig gemacht habe, bestreitet der genannte Herr ganz entschieden. Wenn dann an dieser Stelle des Protestes auch davon die Rede ist, die Arbeiter hätten „Spießruthen laufen müssen", so verschweigt der betreffende Berichterstatter, daß die Wähler in jenem Lokale ebensowohl an unseren Zettelvertheilern, als auch an den vor dem Lokale umhergehenden Kaplänen und dem im Flure stehenden Herrn Pastor Assenmacher, sowie dem von ihm beauftragten Invaliden Johann Burkart vorbeigehen mußten. Wie man hier auch dem hiesigen wahlberechtigten Herrn Postmeister einen Vorwurf daraus machen will, daß er in den betreffenden Lokalen in Uniform sich aufgehalten habe, ist mir um so unverständlicher, als der Herr gewohnt ist, stets außer Dienst, also immer seine Uniform zu tragen. Auch die Herren Geistlichen hielten es ja nicht für nöthig, während ihres agitatorischen Wirkens den ihrem Stande eigenthümlichen Priesterrock abzulegen! Dasselbe ist auch von der angeblichen Anwesenheit eines Steigers mit Dienstmütze zu sagen.

Zu 6. Wahlbezirk 6. Die hier genannten Meister und Beamten weisen entschieden den Vorwurf zurück, daß sie die Wähler bis zum Wahltisch begleitet hätten. Nur der Obermeister Geißler erinnert sich, daß er einem auf Krücken ankommenden Mann beim Besteigen der zum Lokale führenden Treppe unterstützt, ihn dann aber sich selbst überlassen habe.

Obermeister Nalbach berichtet dagegen, daß ein junger, selbst noch nicht wahlberechtigter Kaplan, ihm die Bemerkung gemacht habe, er (Nalbach) hätte kein Recht, im Flur des Wahllokales zu stehen. Derselbe junge Herr aber betrat das Wahllokal selbst, wurde aber sofort von dem Ingenieur Herrn Baumann, wie oben bereits geschildert, hinausgebracht.

Zu 7. Wahllokal 5. In den an dieser Stelle vorgebrachten Aeußerungen scheint mir zunächst der Vorwurf versteckt zu sein, als ob schon bei Ernennung der Wahl-Vorsteher der nationalliberalen Partei eine absichtliche Unterstützung zu Theil geworden sei. Eine derartige Behauptung würde jedenfalls unbegründet sein, denn die Zusammensetzung des Wahl-Vorstandes in dem Bezirk 7 war beispielsweise eine durchaus centrumsfreundliche.

Herr Koksofen-Direktor Koehl verwahrt sich aber entschieden gegen die Verdächtigung, daß er sein Amt anders, als in peinlichster Beobachtung des Wahlgesetzes und des Wahl-Reglements geführt hätte.

Wenn er die Wähler gebeten habe, nicht in großer Masse an den Wahltisch heranzutreten, so sei dies lediglich geschehen, um Irrthümer zu vermeiden, welche bei der Anwesenheit so vieler Menschen nur zu leicht vorkommen und bei der Feststellung des Ergebnisses Schwierigkeiten bereiten. Herr Koehl erklärt ferner, daß er keinerlei Unregelmäßigkeiten bemerkt habe, und auch nicht geduldet haben würde. Nur den Herrn Kaplan, welcher ein lautes Zwiegespräch mit dem Hüttenbeamten Herrn Merker provozirt hatte, sei er genöthigt gewesen, darauf aufmerksam zu machen, daß Discussionen im Lokale nicht gestattet seien. Das truppweise Erscheinen von Wählern erklärt sich aus dem Umstande, daß die continuirlichen Betriebe der Burbacherhütte ihren Arbeitern die Theilnahme an der Wahl nur durch gruppen- und stundenweise Ablösung ermöglichen konnten. Herr Stahlwerksdirektor Korten weist die Behauptung, daß er nur einen Meter vom Wahltisch gestanden und den Leuten in die offenen Stimmzettel geschaut habe, mit Entrüstung zurück. In Wirklichkeit habe er in einer Fensternische, mindestens 4 Meter von dem Tische entfernt gestanden und auch mit keinem Arbeiter gesprochen. Er habe an der Hand einer Liste lediglich verfolgt, welche Wähler ihre Stimmen abgegeben hatten, um danach etwa Fehlende noch herbeirufen zu können. Herr Merker entsinnt sich nicht, irgend welche Notizen gemacht zu haben.

Die Meister Mollemeier, Korn, Simon, Geißler und der Hüttenbeamte Reimer sind wegen der Behauptung, daß die Meister den Arbeitern mit Entziehung der Prämien, mit Abzügen gedroht und allerlei Vergünstigungen, insbesondere Schichtzulagen in Höhe von 30 Pf. versprochen hätten, persönlich gehört worden. Kein Einziger weiß Etwas von derartigen Drohungen oder Versprechungen. Das Plakat: „Wer Euler wählt, dem wird gekündigt" haben wir ebenfalls bemerkt; von wem dasselbe herrührt, ist uns unbekannt. Bei der eigenartigen Kampfesweise unserer Gegner ist es sogar nicht ausgeschlossen, daß jene Drohung als eine Drohung aus ultraamontaner Quelle stammte.

Einem Arbeiter Schommer ist, wie wir aus unserer Wohnungsliste entnehmen, allerdings vor der Stichwahl die Wohnung gekündigt worden, doch ist es unwahr, daß ihm als Grund hierfür seine Abstimmung bei der Reichstagswahl angegeben worden ist.

Daß irgend ein Arbeiter von den namentlich aufgeführten Meistern wegen seiner Abstimmung als „Lump" bezeichnet worden sein soll, erklären die Genannten für un-

Noch: Anlage I.

wahr. Auch der Meister Sander bestreitet, die Aeußerung gethan zu haben: „Boltz wird gewählt, oder Ihr bekommt Eure Entlassung." Die Entlassung des Arbeiters Dukat ist lediglich „wegen Frechheit" gegen seinen Meister am 1. Juli 1898 erfolgt und stand zu der Wahl in keiner Beziehung.

Die Aeußerung, welche dem Meister Korn in den Mund gelegt wird, nämlich: „Ihr Lumpen, glaubt Ihr, ich könne Leute in meiner Arbeit gebrauchen, die Euler wählen," ist nach Angabe des 2c. Korn in dieser Form durchaus entstellt. Er giebt dagegen zu, daß er einige seiner Leute vor der Wahl häufig während der Arbeitszeit in Gruppen zusammenstehend und für den Centrumskandidaten propagirend getroffen habe und dann allerdings hier und da derb dazwischen gefahren sei ungefähr mit den Worten: „Wer sich von der Burbacherhütte ernähren läßt und die Arbeitszeit, welche ihm bezahlt wird, noch dazu benutzt, in einem der Hütte feindlichen Sinne zu agitiren, der ist in meinen Augen ein Lump."

Wenn die Centrumspartei gegen die Wahl nichts Wesentlicheres vorzubringen hat, als das in der Anlage vorgebrachte, dann hätte sie sich ihre Anklage besser erspart!

Der Vorsitzende des Lokal-Wahl-Vereins Malstadt-Burbach
gez. Seebohm, Königlicher Kommerzienrath.

Vgl. S. 5151. 21. Zu Saarbrücken schreibt uns der angegriffene Baugewerksmeister L. H. Schmidt:

„Es dürfte doch mehr wie leicht sein, zu beweisen, daß dieser Herr von Rekrwsky unwahre Angaben gemacht hat.

Ich kann versichern, daß ich allerdings vor dem Wahllokal stand gleich diesem edlen Rekrwsky Zettel vertheilte überhaupt in demselben Sinne und Thätigkeit meiner Partei diente, wie 2c. Rekrwsky seiner Partei.

Aber Zettel herrunterreißen, Wählern die Zettel aus der Hand nehmen 2c., nein das thun wir schon deshalb nicht — abgesehen von der Unanständigkeit — weil diese oder eine solche Handlungsweise jedem unterliegenden Gegner Wasser auf die Mühle treiben würde, bezw. die Macht des Sieges hierdurch angreifen könne. Da ferner sich ja bei uns am Wahllokal stets noch ein Kapländchen zur Assistents des von Rekrwsky befand — wäre ja eine solche von 2c. Rekrwsky behauptete Handlungsweise — einfach Wahnsinn gewesen.

Im Uebrigen kann die Aussage des 2c. Rekrwsky durch meine eigenen katholischen Arbeiter wiederlegt werden."

b) Betreffs der Firma Roth und Schüler berichtet man uns:

Nach Aussage des Herrn Roth ist die Sache in obiger Darstellung durchaus unwahr und ist das demselben zur Last gelegte Verbot nicht ergangen. Von einer Beeinflussung seiner Arbeiter betreffend der Wahl könne daher keine Rede sein.

B. Protest Dasbach.

Vgl. S. 5137 bis 5138, 5157, 5203. Die von dem Reichstagsabgeordneten und Kaplan Dasbach aus Trier gegen die Wahl des Abgeordneten Boltz erhobene und mit einem Artikel im „Bergmannsfreund" begründete Anfechtung weisen wir hiermit entschieden zurück.

Der in der Nr. 69 enthaltene Artikel ist von einem Mitgliede unseres Preßausschusses dem genannten Blatte zum Abdruck übergeben worden und hat in der Redaktion eine kleine Umarbeitung erfahren, jedenfalls steht die Bergbehörde diesem Artikel durchaus fern und hat mit demselben nichts zu thun.

Daß das Blatt den Artikel aufgenommen hat, ist ihm keineswegs zu verdenken; der Artikel sollte sich doch gerade richten gegen die beständige Bearbeitung der Bergleute durch die „Dasbach"sche Presse: die „St. Johann-Saarbrücker Zeitung" und die „Neunkirchener Zeitung", welche, wie aus den Anlagen hervorgeht, in einer zum Theil unerhörten Tonart über die Bergleute und ihre Verwaltung loszieht. S. 5157, 5201.

Seitdem der „Bergmannsfreund" als selbstständiges politisches Blatt, aber keineswegs als „amtliches Organ" existirt, mußte es seinen erbittersten Feind sehen in der Dasbach'schen Presse, die keine Gelegenheit vorübergehen läßt, wo sie die Artikel des „Bergmannsfreund" in der gehässigsten Weise bekriteln, auslegen und das Blatt selbst angreifen kann.

Dem „Bergmannsfreund" ist das Auftreten gegen die Arbeit der Dasbach'schen Presse umsoweniger zu verdenken, als in Dasbach die Seele der ganzen Bewegung von 1889, welche der Beginn von langwierigen Arbeiterunruhen, von vielen Mißverständnissen zwischen der Verwaltung und der Belegschaft, von vielen Verdächtigungen und Schwierigkeiten in den Kreisen der Beamten war.

Und in Dasbach muß der „Bergmannsfreund" auch den Mann erblicken, dessen Preßtreiben im Saargebiet in erster Linie heute noch geeignet ist, die einträchtige, friedliche Zusammenarbeit der Bergverwaltung und ihrer Arbeiter, welche der „Bergmannsfreund" mit aller Mühe und, wie von allen Seiten auch anerkannt, anzustreben sucht, zu stören und zu untergraben.

Allein hierauf, allein auf die Thätigkeit Dasbach's und seiner Presse beziehen sich die Ausführungen:

„Es kann gewiß nicht gut thun, wenn solche Personen zwischen unsere Belegschaft und uns sich drängen wollen.

Da erinnern wir uns nur an die folgenschwere Zeit des Jahres 1889, wo auch von jener Seite, die Euch heute diese fremden Männer als Reichstagsabgeordnete aufzwingen möchte, Unfrieden zwischen uns gesäet und ein langanhaltendes Mißverhältniß hervorgerufen wurde."

Mit den weiteren Ausführungen:

„Und wenn Euch aus den Kreisen, die die Kandidatur Euler und Hille betreiben, gesagt wird: ein Katholik kann und darf seine Stimme nur einem Centrumsmanne geben, so ist das ein unverfrorener Stimmenfang, der seinesgleichen sucht, und der damit beabsichtigte Gewissenszwang stellt eine Beeinflussung dar, die jede andere Beeinflussung, welche das Centrum so gerne anderen Parteien in die Schuhe schiebt, weit übersteigt.

Ebenso wenig, wie wir bisher bei unsern Beamten und Bergleuten einen Unterschied zwischen katholisch und protestantisch gemacht haben, sondern nur tüchtige, arbeitssame und nachlässige Männer kennen, ebenso wenig giebt es auch im Parteileben Katholiken und Protestanten, sondern da giebt es nur echte Patrioten, gute Deutsche und solche, die es an dem wahren Patriotismus fehlen lassen."

sollte den Behauptungen der Dasbach'schen Presse entgegengetreten werden, daß jeder Katholik auch Centrumsmann sein müsse, bekräftigt durch Aussprüche in der Dasbach'schen Presse wie: „Gehorsam ist des Christen Schmuck" am Schlusse eines längeren Artikels der beigefügten Nr. 136 der „St. Johanner Volkszeitung." S. 5193 Anlage 3.

Noch: Anlage I.

Dem ganzen Gebahren der Dasbach'schen Presse setzt aber entschieden die Krone auf die Veröffentlichung eines angeblichen Erlasses des Kaisers an die Ressortminister, welcher in der Dasbach'schen Presse und in tausenden von Flugblättern in großer, fetter Schrift verbreitet wurde und der thatsächlich eine Wahlbeeinflussung verursachte, wie sie wohl gar nicht schlimmer gedacht werden kann.

Von den vielen Nummern der Dasbach'schen Blättern, in welchen dieser Schein-Erlaß des Kaisers zum Abdruck gekommen ist, fügen wir zur Charakteristik der Dasbach'schen Kampfesweise die Nr. 141 der „St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung" hier bei.

S. 5194 bis 5197 Anlage 4.

Uebrigens erschien der fragliche von Dasbach zu einem Proteste benutzte Artikel des „Bergmannsfreund" so frühzeitig vor der Stichwahl, daß es der Dasbach'schen Presse noch möglich war, in ihrer bekannten Weise gegen diesen Artikel loszuschlagen und zwar nicht nur in den Dasbach'schen Blättern, sondern auch in Flugblättern, welche in ungeheuren Massen unter die Saarbergleute vertheilt wurden. In diesen Artikeln und Flugblättern bezeichnet die Dasbach'sche Presse — wie aus der Anlage hervorgeht — den „Bergmannsfreund" als den „schlimmsten Feind aller Bergleute", als ein „bedeutungsloses" Blatt und warnt in langathmiger Weise die Bergleute vor ihm.

S. 5194 Anlage 5.

Wie sehr sich Dasbach persönlich die Wahl angelegen sein ließ, geht daraus hervor, daß er am Tage der Stichwahl selbst hier in den Saarstädten anwesend war, sogar dadurch persönlich in den Wahlkampf eingriff, daß er einen Wahlaufruf für Boltz abriß.

Diesem ganzen Gebahren der hiesigen Dasbachspresse entgegenzutreten, war allein die Absicht des Artikels und zu diesem Vorgehen war man durch die erbitterte Kampfesweise jener Presse gezwungen, von der man während der Hauptwahl Artikel zu lesen bekam, wie man sie bisher im hiesigen Wahlkampfe nicht gekannt hatte.

Wenn schließlich in dem Dasbach'schen Proteste hervorgehoben wird, daß Ausdrücke in jenem Artikel wie: Wir meinen . . . Unsere Belegschaft . . . mit uns . . . u. s. w. für den amtlichen Charakter der Zeitung sprechen und den Beweis bilden, daß der Artikel von den Beamten der Bergverwaltung verfaßt ist und auch den Glauben hieran unter der Belegschaft wecken mußte, so muß das entschieden bestritten werden. Gerade der Dasbach'schen Presse, welche den „Bergmannsfreund" schon Jahre lang kennt und welche wie ihre verschiedenen Angriffe auf den „Bergmannsfreund" beweisen dürften, auch mit der Schreibweise des „Bergmannsfreund" vertraut ist, muß bekannt sein, daß der „Bergmannsfreund" seit jeher in allen die Belegschaft und die Beamten angehenden allgemeinen Artikeln, sowie auch in den kleinen Nachrichten unterschiedslos von „unseren Bergleuten", „unserer Belegschaft", „unseren Beamten", „unseren Gruben" u. s. w. zu sprechen pflegt. Diese Schreibweise der Redaktion des „Bergmannsfreund" ist aus jeder einzelnen Nummer ersichtlich, besonders aber aus den unter „Briefkasten" für die Bergleute enthaltenen Mittheilungen. Aus einer jeden Nummer des „Bergmannsfreund" geht hervor, daß es langjährige Gewohnheit der Redaktion ist, in dieser Weise von den Bergleuten, Beamten und Gruben, sowie von sich selbst stets im Pluralis zu sprechen, wie ja letzteres bei allen Zeitungsredaktionen zu geschehen pflegt. Außerdem will aber die Redaktion durch diese Sprache die als „Bergmannsfreund" nur natürliche große Zusammengehörigkeit und das gemeinschaftliche Interesse des Blattes und seines Leserkreises bekunden und lediglich diesem ausführlich begründeten Gebrauche folgend ist der fragliche Artikel in gleicher Weise abgefaßt worden.

Ganz unabhängig vom „Bergmannsfreund" ist der Artikel dann als Flugblatt vom Preßausschuß der nationalliberalen Partei verbreitet worden, sodaß hierfür weder die Redaktion noch die Bergverwaltung, welche, wie oben bemerkt, mit dem Artikel überhaupt nichts zu thun hat, verantwortlich zu machen sind.

C. Protest Emmel.

Vgl. S. 5137.

Während bei der Stichwahl für den nationalliberalen Kandidaten 16285 und für den Centrumskandidaten 13630 Stimmen abgegeben wurden, erhielt der Sozialdemokrat Emmel-Sargemünd gegen diese 29915 Stimmen nur 710 Stimmen.

Diese für den Kandidaten der Sozialdemokraten abgegebene auffallend geringe Stimmenzahl hat einzig und allein ihren Grund in der für das ganze Saarindustriegebiet erfreulichen Thatsache, daß im Saarrevier eine sozialdemokratische Partei in Wirklichkeit nicht besteht.

Während der Wahlen hatte sich in den Saarstädten ein sozialdemokratischer Wahlverein gegründet, welchem fast nur fremde Arbeiter, welche vorübergehend hier Beschäftigung gefunden, angehörten. So sind denn auch die 710 Stimmen bei nicht eingesessenen Arbeitern zu suchen, denn die altansässigen Arbeiter weisen alle sozialdemokratischen Annäherungen von sich.

Aus diesen Gründen ist uns der Zweck des Emmel'schen Protestes unklar, umsomehr als die von Emmel gemachten Angaben nicht einmal der Wahrheit entsprechen.

Wir haben Ermittelungen angestellt und zur Widerlegung der einzelnen Punkte des Emmel'schen Protestes Folgendes in Erfahrung gebracht:

Die in Sellerbach am 5. Juni von dem Fußgendarmen Voigt III beschlagnahmten Flugblätter wurden bereits am 8. Juni den sozialdemokratischen Vertreibern wieder zugestellt und Emmel wurde von dieser Freigabe der Flugblätter seitens des Landrathsamtes durch Schreiben vom 10. Juni in Kenntniß gesetzt. Durch den Landrath wurde ferner der Gendarm belehrt, daß die Beschlagnahme zu Unrecht erfolgt sei. Die Sozialdemokraten hatten also nach dem 8. Juni zur Verbreitung ihrer Flugblätter noch hinreichend Gelegenheit. In dem Versehen des Gendarmen kann bei der frühzeitigen Rückgabe der Flugblätter etwas Ungesetzliches oder gar Wahlbeeinflussung nicht erblickt werden.

Die Behauptung, daß in Brebach vom Gendarmen oder unter polizeilicher Aufsicht die sozialdemokratischen Flugblätter zerrissen worden sind, ist unrichtig. Thatsache ist, daß die Brebacher Arbeiter vor den Augen der Sozialdemokraten die ihnen übergebenen Flugblätter zerrissen und weggeworfen haben, ohne daß Gendarmen oder Polizeidiener sich darum bekümmert hätten. Von einer Wahlbeeinflussung kann also auch hier ernstlich nicht die Rede sein, denn in Brebach haben die Sozialdemokraten bei beiden Wahlen überhaupt keine Stimmen bekommen.

In Malstatt wurden am 29. Mai von der Polizei Flugblätter ihres aufhetzerischen Inhaltes wegen konfiscirt und dem Ersten Staatsanwalt übersandt, weil die Polizei in dem Inhalte eine Verletzung des § 131 (Aufhetzung) sah. Vom Ersten Staatsanwalt gelangten die Flugblätter durch Vermittelung des Landrathsamtes schon am 3. Juni wieder in die Hände der sozialdemokratischen Agitatoren.

Auch durch dieses Vorkommniß wurde aber die Wahl in keiner Weise beeinflußt, denn in allen 3 Fällen hatten die Sozialdemokraten vollauf Zeit ihre Flugblätter an den Mann zu bringen, was aber bei dem patriotischen Sinne der Arbeiterbevölkerung im hiesigen Kreise sehr schwer war.

Noch: Anlage I.

II. Theil.

Schon bei der Widerlegung der Behauptungen des Protestes ist des öfteren nachgewiesen, in wie vielen Fällen gegnerischer Seits und zwar hauptsächlich von Dasbach nahestehenden Männern Ausschreitungen, Uebergriffe, Beeinflussung und Bevormundung der katholischen Wähler vorgekommen sind.

Daß die Agitation unserer Partei an die der Gegenpartei durchaus nicht heranreichen kann, dürfte schon aus der vorzüglichen Organisation der Centrumspartei im Saarrevier hervorgehen. Es hat während des Wahlkampfes z. B. keine einzige Centrumsversammlung stattgefunden, welche nicht von einem Pastor geleitet wurde, in welcher nicht eine Anzahl Pastores und Kapläne anwesend waren. Hatten aber die Geistlichen in diesen Versammlungen ein großes Agitationsfeld gewonnen, so war dies noch in viel größerem Umfange denselben durch ihre amtliche Thätigkeit in der Kirche und in den Privatwohnungen u. s. w. gegeben. Die Leitung der ganzen Wahlagitation lag thatsächlich in den Händen der vielvermögenden, einflußreichen katholischen Geistlichkeit. Hierbei bemerken wir ausdrücklich, daß es natürlich unmöglich ist, jeden einzelnen Fall von Wahlbeeinflussung in Erfahrung zu bringen und zu beweisen, jedoch berechtigen die in Nachstehendem niedergelegten Beobachtungen über die Agitationsweise der Gegner unbedingt zu dem Schlusse, daß außer diesen Vorkommnissen im Geheimen seitens der Gegenpartei noch ganz anderes vorgekommen ist.

Bevor wir die uns bekannt gewordenen Einzelfälle aufführen, können wir nur erklären, daß auch von unserer Seite, falls das Centrum gesiegt hätte, unverzüglich ein Protest erfolgt wäre. Des Weiteren erklären wir, daß wir außer den unten folgenden Einzelfällen gewiß noch vieles Andere hätten aufführen können, wenn es uns an der Zeit zu Umfragen nicht sehr gemangelt hätte.

Schon bei Beginn der Wahlagitation am Sonntag den 15. Mai richtete Herr Kandidat Euler am Schlusse seiner Rede in der ersten Centrumsversammlung in St. Johann an die Wähler folgende verfängliche Aufforderung zur Wahlbeeinflussung: (Vgl. S. 5208.)

„Wer einen Bruder hat, der hole den Bruder, wer einen Schwager hat, den Schwager und wer einen Gesellen hat, den Gesellen," einerlei, an die Wahlurne und sage ihm: „Hier stimmst Du für Deinen Glauben!" (S. 5196 bis 5201. Anlage 14.)

In derselben Versammlung wurde wiederholt von verschiedenen Rednern, Pastor Becker, Pastor Dahm, Rechtsanwalt Strauß, Euler u. s. w. in nicht miß zu verstehender Weise den Anwesenden in feierlichster Weise eingeredet, es sei die heiligste Pflicht eines jeden Katholiken, für den Centrumskandidaten einzutreten; derjenige, welcher dies nicht thue, verleugne seinen Glauben und habe die Folgen selbst zu tragen. Die Wahl sei das Glaubensbekenntniß. Derartige unerhörte Wahlbeeinflussungen geschahen von einem Vorstandstische aus, an welchem außer 2 Laien fast die ganze Geistlichkeit — Pastores und Kapläne — des ganzen Wahlkreises Platz genommen hatte. Die Mehrzahl der dieser Versammlung beiwohnenden Wähler war nebenbeibemerkt in Trupps unter Führung ihrer Ortsgeistlichen meistens vom Lande herbeigekommen. In derselben Versammlung schloß Rechtsanwalt Strauß seine Rede mit den Worten: (S. 5208. Anlage 16.)

„Wir werden alle die Personen, auf die wir einen wohlthuenden Einfluß üben können, veranlassen, auf daß diese Leute auch unserem Kandidaten ihre Stimmen geben." (Vgl. S. 5200 bis 5201. Anlage 14.)

Zeuge hierfür: Redakteur von Kaldenberg in St. Johann.

Ganz unbeschreiblich ist die Agitation gewesen, wie sie von der Dasbach'schen Presse betrieben worden ist. Die Dasbach'schen Blätter gingen bei der Wahl so weit, daß sie sich nicht scheuten, die Person Sr. Majestät des Kaisers in den Wahlkampf zu ziehen, nur um ein Mittel zu einer Wahlbeeinflussung zu haben, wie es wohl einzig im ganzen deutschen Reiche von einer Partei benutzt worden ist.

Während wir einige Nummern der Dasbach'schen Blätter hier beifügen, in welchen in fetter, großer auffallender Schrift diese Wahlbeeinflussung, welche beginnt: (S. 5195. und 5196. Anlagen 6 und 7.)

„Auf Allerhöchsten Befehl ist an die Ressortminister die Weisung ergangen, ihre Untergebenen dahin zu belehren, daß bei der Wahl nichts gegen das Centrum zu unternehmen sei" u. s. w.

enthalten ist, lassen wir weiter eine ebenfalls in großer, fetter Schrift in den Dasbach'schen Blättern enthaltene Erklärung hier im Wortlaute folgen, welche sicher das Stärkste ist, was an Wahlbeeinflussung jemals geleistet wurde. Am Tage vor und während der Stichwahl hieß es in den Dasbach'schen Blättern wie folgt:

Kein Wahlschwindel!

Sr. Majestät der Kaiser äußerte sich einem hochstehenden Geheimrat gegenüber, wie der Abgeordnete Euler in einer großen Wahl-Versammlung in Saarbrücken sagte: „Ich habe die Erkenntniß gewonnen, daß das Centrum eine politische Nothwendigkeit ist. Es ist unentbehrlich." Der Kaiser hat gesprochen. Deutsche Männer! Darum Muth! Gebet furchtlos Eure Stimme dem Schreinermeister Euler u. s. w.

Nicht allein durch die Dasbach'schen Blätter wurden aber diese Wahlbeeinflussungen verbreitet, sondern auch in vielen Tausenden von Flugblättern, von denen wir eins beigefügt haben, wurden sie den Wählern mitgetheilt. (S. 5197. Anlage 9.)

Angesichts solcher Thatsachen darf man sich in der That nicht verwundern, wenn das Centrum gegen die Reichstagswahl 1893 um 7804 Stimmen bei der Stichwahl zugenommen hat.

Wenn in dem Proteste des Redakteurs Haffmanns so häufig zum Beweise der von unserer Seite betriebenen Wahlbeeinflussung die Aufzählung von verschiedenen Anhängern unserer Partei, welche der Wahlhandlung beigewohnt haben, wiederkehrt, so weiß man in der That nicht, was man daran Gesetzwidriges oder Auffallendes findet, wenn man die von genanntem Herrn redigirte St. Johann-Saarbrücker-Volkszeitung der damaligen Wahlzeit durchblättert und fast in jeder Nummer „Die zehn Wahlgebote" und „Anleitung zum Wählen" liest.

Indem wir einige der betreffenden Nummern hier beifügen heben wir besonders den in Nr. 133 — Anleitung zum Wählen — enthaltenen Absatz 2 hervor, in welchem die Dasbach'sche Presse den Wählern folgende Anleitung giebt: (S. 5196 bis 5197. Anlagen 8 und 9.)

„. . . . Du kannst, wenn Du willst, nach Abgabe des Zettels das Wahllokal wieder verlassen. Du kannst aber, wenn Du Zeit hast, drin bleiben, solange Du willst, um aufzupassen, daß keine Unregelmäßigkeiten geschehen. Kein Mensch hat Dir das zu verwehren."

Wir führen dies nur an, um zu beweisen, was unsere Gegenpartei für sich erlaubt, für uns aber unerlaubt und verboten hält, denn während in dem Haffmann'schen Protest fortwährend die Anwesenheit unserer Parteivertrauensmänner als Wahlbeeinflussung hingestellt wird, beweist doch obige Anleitung in der Dasbach'schen Presse, daß zu einer „solchen Wahlbeeinflussung" von der Gegenpartei offiziell aufgefordert worden ist.

Noch: Anlage I.

Es würde zu weit führen, wollten wir noch auf alle sonstigen Erzeugnisse der Dasbach'schen Blätter eingehen, jedoch gestatten wir uns verschiedene Nummern der hier erscheinenden Dasbach'schen St. Johann-Saarbrücker-Volkszeitung beizulegen und auf die blau angestrichenen Artikel hinzuweisen, ebenso auf die blau angestrichenen Artikel der im Anhange beigefügten Neuen Saarb. Ztg.

Anlagen 13, 15, 16, 17, 18, 19. S. 5199, 5201 bis 5205.

Nachdem wir in Vorstehendem die Kampfesweise der Gegner schon hinreichend charakterisirt zu haben glauben, lassen wir jetzt die uns innerhalb 14 Tage zugegangenen Mittheilungen über das Auftreten der katholischen Geistlichkeit im besonderen und über sonstige Beobachtungen, welche das Eingreifen verschiedener katholischen Geistlichen in die Wahlagitation beleuchten, folgen, um zu beweisen, daß von verschiedenen Geistlichen unter Mißbrauch Ihres Amtes auf die Wähler in einer solchen Weise eingewirkt worden ist, daß schwerwiegendere Wahlbeeinflussungen irgend einer Partei wohl kaum nachgewiesen werden können.

Saarbrücken: Zu St. Johann hat am Sonntag den 19. Juni 1898 in der katholischen Kirche Herr Pastor Clüsserath von der Kanzel herab die Frauen aufgefordert, ihre Männer zu bearbeiten, daß sie den Euler wählen, da dies Pflicht eines jeden Katholiken sei. Die Braut solle den Bräutigam, die Schwester den Bruder u. s. w. dazu anhalten.

Zeuge: Peusch bei Dingler & Karcher und Peter Hüther Gerber bei Zix.

Wie Kaplan Dasbach selbst in den Wahlkampf eingegriffen hat, geht daraus hervor, daß er die von der nationalliberalen Partei angeklebten Zettel selbst abgerissen hat und einem von unserer Partei beauftragten Dienstmann das Zettelankleben verbieten wollte.

Zeugen: Ladenfräulein Herzog aus Malstadt bei Schuhmacher Strack (Bahnhofstraße) und Frau Strack.

Burbach: Außer den unter Burbach im I. Theile aufgeführten ungehörigen Vorkommnissen seitens der Centrumspartei ist noch Folgendes anzuführen:

Herr Pastor Assenmacher hat vor der Wahl in dem katholischen Vereinshause Stimmzettel der nationalliberalen Partei persönlich umgeändert in solche für den Centrums-Kandidaten. Ferner sind Blödsinnige zur Wahl herangeholt worden, um ihre Stimmen für den Centrums-Kandidaten abzugeben.

Zeuge: Bahnmeister Gollhofer.

Vgl. S. 5177, 5217 bis 5219.

I. Altenkessel. Herr Pastor Didier in Altenkessel hat am 30. Januar 1898 in der katholischen Kirche daselbst über nationalliberale Wahlversammlungen und Betheiligung daran abfällig gepredigt, hat aber auch in nicht zu verkennender Weise den Steiger Willié, der anwesend war, blosgestellt, da derselbe wie bekannt war sich der nationalliberalen Sache sehr warm angenommen hatte. Willié ist katholisch.

Zeuge: Steiger Willié.

II. Pastor Didier hat dem Steiger Willié später persönlich zugesetzt, hat ihn in seiner Wohnung aufgesucht, ihm Vorhaltungen gemacht, wie er als Katholik für Herrn Boltz agitiren könne. Er ist so weit gegangen, daß er ihm vorgehalten hat, er solle nur ja an seine Sterbestunde denken, wo ihm dann die Tröstungen der Religion fehlen würden.

III. Pastor Didier hat in gleicher Weise Frau Willié einzuschüchtern versucht und ihr gedroht.

IV. Der Kaplan hat in der Schule das Töchterchen des Willié in verletzender Weise über den Anzug getadelt; die Mutter solle besser sorgen für das Kind, welches einen kleinen Riß im Kleid gehabt haben soll.

Zeuge für II, III und IV Steiger Willié und Andere.

V. Nachstehende Abschrift eines Zettels des Pastor Didier vom 20. I. 98 beweist, wie von dieser Seite die Wahlbeeinflussung getrieben wurde. Der Zettel wurde von Haus zu Haus den Katholiken überbracht.

„Auch heute Abend den 20. Januar, 7 Uhr, sind sämmtliche katholische Beamte, Geschäftsleute und Handwerker von Altenkessel-Neudorf zu einer nationalliberalen Vertrauensmänner-Versammlung im Saale des Herrn Gastwirthes Müller eingeladen. Als Seelsorger mache ich die betreffenden Pfarrkinder aufmerksam, daß die nationalliberale Partei die Trägerin des Kulturkampfes gewesen und sich bei Beendigung desselben für einen neuen Kulturkampf durch Herrn von Eynern erklärt hat; — daß deren Weltanschauung gegen die katholische Glaubenslehre ist —, daß also ein überzeugter Katholik diese Partei nicht unterstützen kann. Ich erwarte, daß meine Pfarrkinder die sich hieraus ergebenden Folgerungen ziehen.

Altenkessel, 20. Januar 1898.

gez. Andr. Didier, Pastor."

VI. Pastor Didier hat einen katholischen Lehrer gewarnt, in die nationalliberale Versammlung zu gehen, indem er ihm in der Wohnung eindringlichste Warnung ertheilte.

Zeuge: Hauptlehrer Preuß in Rockershausen.

VII. Am Tage der Stichwahl war Pastor Didier fast den ganzen Tag im Wahllokale oder vor demselben. Meistens war auch noch ein Kaplan da. Zur Zeit des stärksten Zudranges stand der Pastor an der Thüre, der Kaplan am Tische des Wahlvorstandes so daß die Leute fortwährend auf das schärfste beobachtet waren. Da ihnen die Wahlzettel für den Centrumskadidaten schon zu Hause unter den nöthigen Drohungen zugestellt waren, war es ihnen unmöglich, unbeobachtet einen anderen Zettel zu nehmen und diesen abzugeben. Trotzdem beklagte sich der Pastor Didier über Wahlbeeinflussung der Gegnerseite und versuchte die vor dem Wahllokale stehenden Zettelvertheiler der nationalliberalen Partei einzuschüchtern.

Ritterstraße. Pastor Didier hat den katholischen Wirth Koch zu Ritterstraße versucht umzustimmen, da er wußte, daß dieser nationalliberal ist. Seit der Stichwahl wird Koch's Lokal völlig gemieden, während die andere katholische Wirthschaft von der Geistlichkeit, den katholischen Lehrern u. s. w. besucht wird.

Obervölklingen. Im Wahllokale in Obervölklingen standen am Tage der Stichwahl fortwährend 2 Kapläne, darunter ein vollständig fremder, die die Leute beaufsichtigten. Einer stand vor der Thüre, einer im Wahlraume selbst. Vgl. S. 5209

I. Püttlingen. Pastor Dahm in Püttlingen hat daselbst in einer Wahl-Versammlung des Centrums etwa gesagt:

„Ich rede jetzt als Euer Priester zu Euch, ein jeder muß katholisch wählen, sonst ist er kein gläubiger Katholik."

Zeuge: Obersteiger Schmidt II.

II. Derselbe hat am Wahltage im Wahllokale laut die Forderung gestellt, die Führung einer Gegenliste durch Steiger Flegel habe zu unterbleiben, so daß der Wahlvorsteher (katholischer Lehrer Petri) sich einschüchtern ließ und die Listenführung verbot, bei Einstellung des Wahlverfahrens. Im zweiten Wahllokale hat er das Gleiche versucht, ist aber an dem energischen Auftreten des Ober-

Noch: Anlage I.

steigers Schmidt II gescheitert. — Nachher hat Pastor Dahm sich diesem gegenüber entschuldigt, er sei wohl im Unrecht gewesen, er habe nicht gewußt, daß die Listenführung erlaubt sei.

III. Pastor Dahm ist am Stichwahltage von Haus zu Haus gelaufen und hat die Wähler herangeholt; wenigstens muß dies aus dem Besuch verschiedener Häuser — wie Photographenbude 2c. geschlossen werden. Er hat einen Geisteskranken zum Wahllokale geschleppt. Ob dieser gewählt hat, war nicht festzustellen.

Zeuge: Berginspektor Wiesmann.

IV. Nach der Wahl wendete sich ein in gemischter Ehe lebender Mann für den katholischen Sohn um Unterstützung an den Pastor Didier. Derselbe erklärte daraufhin:

„Geht doch oben nach Neudorf zum Pastor (evangelische) oder zu Boltz, die können Euch ja unterstützen."

Zeuge: Obersteiger Schmidt.

Wenn dieser Vorfall natürlich nicht als Wahlbeeinflussung gelten kann, so wirft er doch ein klares Licht auf die christliche Gesinnung desjenigen Theiles der katholischen Geistlichkeit, welche sich agitatorisch bei den Wahlen betheiligt hat und läßt zweifellos Rückschlüsse zu, auf die Art und Weise, wie dieser Theil der Geistlichkeit vor den Wahlen auf die Stimmabgabe ihrer Pfarreingesessenen eingewirkt hat.

V. Nach der Wahl und nach der Gründung des nationalliberalen Wahlvereins war an der katholischen Kirche in Püttlingen ein Zettel angeklebt folgenden Inhalts: „Katholische Männer von Püttlingen! Hier könnt Ihr sehen aus der Speengergasse die Boltzbrüder (folgen 13 Namen). Auffallend an dieser Geschichte ist der Umstand, daß dieser Zettel nicht sofort entfernt worden ist.

Ferner Püttlingen. Dem Vorstande unseres Wahlvereins wurde gleich nach der Wahl von Püttlingen aus folgender Protest eingesandt:

Die Unterzeichneten erachten das Verfahren des Wahlvorstehers, Herrn Hauptlehrer Petri I im Wahllokale Bengesen in Püttlingen als nicht den Wahlvorschriften entsprechend und erheben hierdurch Einspruch dagegen und zwar aus folgenden Gründen:

1. Genannter Wahlvorsteher hatte am 23. Juni 1898 als Wahlurne einen Holzkoffer von ca. 70 cm Länge, 40 cm Breite und 40 cm Höhe benutzt. Derselbe war so gestellt, daß sich der Deckel von der Gesichtsseite des Wahlvorstehers gegen die Wähler öffnete. Zum Einlegen der Stimmzettel wurde durch den Wahlvorsteher der Deckel stets ca. 4—5 cm geöffnet gehalten, was er dadurch erzielte, daß er seine linke Hand zwischen Deckel und Kasten legte. Es war somit keine nach dem Sinne des Gesetzes vorgeschriebene Wahlurne, denn es wäre bei starkem Wählerandrang sehr leicht möglich gewesen, durch irgend ein geeignetes Werkzeug, spitzen Draht 2c. Wahlzettel aus der Urne zu beseitigen und andere dafür hineinzustecken, ohne daß es der Wahlvorsteher gemerkt hätte.

2. Der Wahlvorsteher hat die Wähler ersucht, den Wahlzettel so kurz zusammen zu falten, daß er durch die geschlossene Hand ganz verdeckt werden konnte und sich dieselben so von der Seite hinter den Tisch reichen lassen und hat ihn dann mit seiner zur Faust geballten Hand so in das Koffer eingeführt, daß kein Mensch sehen konnte, hat der Wähler einen Wahlzettel oder sonst etwas abgegeben. Er ersuchte außerdem die Wähler, sich so nahe wie möglich an den Tesch zu stellen, damit die Zettelabgabe möglichst verdeckt geschehen könne.

3. Der Wahlvorsteher hat ferner häufig Wahlzettel in die Hand genommen, ehe der Name des Wählers in der Wählerliste gefunden war, und die Hand mit dem Wahlzettel auf seinem Beine hinter dem Tische liegen lassen, bis der Name gefunden war. Hierdurch war der Wahlzettel auf die Dauer von 1—2 Minuten den Blicken der Wähler entzogen und hätte in dieser Zeit sehr gut ein Vertauschen desselben stattfinden können.

4. Herr Pastor Dr. Dahm kam kurz vor Eröffnung der Wahlhandlung am 16. Juni 1898 sehr eilig zu Herrn Hauptlehrer Petri an den Tisch und erklärte, vor schon versammelten Wählern, der Wahlvorsteher solle ja ganz genau auf die strengste Beachtung der Wahlvorschriften achten, da der geringste Verstoß seinerseits als Grund zum Einspruch gegen die Wahl benutzt würde. Der Wahlvorsteher ist nach der guten Meinung der Unterzeichneten ein Centrumswähler und der Pastor Dr. Dahm als Lokalschulinspektor sein direkter Vorgesetzter, wodurch die Handlungsweise des Herrn Wahlvorstehers zu Gunsten des Centrums leicht erklärlich ist.

Dieses bezeugen der Wahrheit gemäß die Herren:
Berginspektor Wiesmann, Louisenthal,
Obersteiger Ed. Schmidt, Püttlingen,
Steiger Zentz, Gräffer, Flegel, Püttlingen und
Bergmann Georg Karrenbauer, Püttlingen.

Herr Pastor Dr. Dahm kam am 16. Juni 1898 vormittags 11 Uhr in das Wahllokal Püttl.-Berg, trat in Gegenwart von ca. 20 Wählern, während der Wahlhandlung vor den Wahlvorsteher, Herrn Lehrer Weber und sprach in sehr erregter Weise zu demselben, er solle seine Wahlhandlung vor Beeinflussungen schützen, es gingen hier Beeinflussungen vor.

Der Wahlvorsteher erklärte, daß ihm bis jetzt nichts derartiges aufgefallen sei. Darauf erklärte Herr Pastor Dr. Dahm, er sähe Wahlbeeinflussung darin, daß hier zwei Beamten der Grube säßen und eine Liste führten, dagegen protestire er, er wolle die Wahlparagraphen vorgelesen haben. Als ihm Herr Lehrer Weber erklärte, daß er dazu nicht verpflichtet sei, da dieselben vor Beginn der Handlung um 10 Uhr vorgelesen worden wären, und sie sich jedermann hätte anhören können, da wurde Herr Dr. Dahm furchtbar aufgebracht, schlug mit den Fäusten mehrere Male vor dem Wahlvorsteher auf den Tisch und verlangte, es sollte sofort ein Protokoll über den Thatbestand aufgenommen werden. Der Wahlvorsteher erklärte nun, daß er solches auch nicht brauche und nicht thue und sich jetzt jede weitere Störung und Unterbrechung der Wahlhandlung verbitte, da er sonst die Handlung einstelle, worauf sich Herr Dr. Dahm beruhigte und hinsetzte. Der Wahlvorsteher verlaß gleich darauf trotzdem mehrere §§ der Wahlvorschriften aus Gefälligkeit gegen den Herrn Pastor, welcher auch der Vorgesetzte dieses Wahlvorstehers ist. Die Wahlhandlung war also thatsächlich durch das Auftreten des Pastors Dr. Dahm auf ca. 10—15 Minuten unterbrochen, und der befehlende aufgebrachte Ton, welchen Herr Dr. Dahm dem Wahlvorsteher gegenüber anschlug, kann sehr wohl als eine Beeinflussung der anwesenden katholischen Wähler angesehen werden, welche ihrerseits wieder durch Erzählen des Vorfalles auch andere Wähler beeinflußt haben werden, den Zettel für Euler abzugeben.

Dieses bezeugen der Wahrheit gemäß die Herren:
Joh. Schmidt Kgl. Obersteiger, Püttlingen (jetzt Dudweiler)
Jak. Altmeyer = Steiger, =
Hrch. Flegel = = , =
Joh. Meiser = = , =
Jak. Albert Bergmann, =
Nikl. Derrnbecher Bergmann, =
Joh. Werron-Blum dto., =

Noch: Anlage I.

Im Hausflur des Wahllokals Püttlingen-Berg, dicht bei der Eingangsthüre zum Wohllokale und ganz in der Nähe der Zettelvertheiler stand und ging Herr Kaplan März und beobachtete scharf die Zettelabnehmer und verfolgte die weitere Hantirung mit den Zetteln wodurch wohl viele katholische Wähler beeinflußt worden sind, den Zettel für den Centrumskandidaten Euler abzugeben. Genannter Herr Kaplan hat dabei ein Gebetbuch in den Händen gehabt und scheinbar daraus gelesen.

Dies bezeugen der Wahrheit gemäß die Herren:

Joh. Schmidt Kgl. Obersteiger, Püttlingen (Dudweiler)
Jak. Altmeyer = Steiger, =
Nkl. Derrnbecher Bergmann, =
Joh. Werron-Blum = =

gez. Schmidt, Obersteiger.

Herr Pastor Dr. Dahm hat in der Wahlperiode verschiedene Häuser, darunter auch Wirthshäuser besucht, und die Leute jedenfalls zur Wahl eines Centrumsmannes aufgefordert.

Dies bezeugt der Wahrheit gemäß Herr Berginspektor Wiesmann, Louisenthal.

Aus Vorstehendem erklärt sich auch der im I. Theile dieser Niederschrift eingehend erläuterte Erfolg der Centrumspartei in Püttlingen.

Nur durch die von Pastor Dahm und den Kaplänen ausgeübte fortwährende scharfe Kontrolle war es möglich gewesen, daß Euler hier 914 Stimmen mehr erhielt als Boltz. Ueberhaupt dürfte in keinem Orte des Wahlkreises Saarbrücken seitens der Geistlichkeit mit solchem Hochdruck bei den Wahlen gearbeitet worden sein, als dies gerade in Püttlingen der Fall gewesen ist.

Sulzbach.

Vgl. S. 5173, 5209.

Die katholische Geistlichkeit Sulzbachs hat in Ausübung ihrer kirchlichen Aemter mehrfach und nachdrücklich versucht, einen Druck auf die Gewissen der Katholiken zu Gunsten der Centrumspartei auszuüben, eine Beeinflussung, wie sie stärker und nachhaltiger nicht gedacht werden kann.

Am Sonntag vor der Hauptwahl hat Pastor Dr. Roger und auch Kaplan Seibert auf der Kanzel erklärt, ein Katholik dürfe einem Nationalliberalen seine Stimme nicht geben, wer dies thue, müsse sich in seinem Gewissen bedrückt fühlen. (Zeugen: Assessor von Meer, bei Seibert Maschinensteiger Jochum in Altenwald.

Und am Sonntage zwischen den beiden Wahltagen hat Pastor Dr. Roger eine förmliche Wahlrede von der Kanzel herab gehalten. Wenn der Ort selbst einem nicht gesagt hätte, wo man war, aus den Worten des Pastors hätte man sicherlich nicht geschlossen, daß man in der Kirche sei, daß Gottesdienst abgehalten werden sollte. Nach einem einleitenden Bibelverse kam der Pastor sofort auf die bevorstehende Stichwahl zu sprechen.

Er hielt zunächst der nationalliberalen Partei ein langes Sündenregister vor, namentlich aus der Kulturkampfzeit, ihre Feindschaft gegen Papst, Bischöfe und Priester, gegen die Jesuiten. Dem hielt er gegenüber die Sorge des Centrums für die katholische Kirche und ihre Institutionen. Wer es ehrlich mit seiner Religion meine, könne nur den Centrumskandidaten wählen. Wer den anderen wähle, sei kein echter Katholik, der verleugne sein Bekenntniß. Die Altenwalder und Hühnerfelder verdienten ein Lob für ihren Mannesmuth, mit dem sie ihre Stimme für das Centrum abgegeben, für die Bethätigung ihrer katholischen Gesinnung. Dieses Lob könne er den Sulzbachern nur zum Theil zuerkennen; aus dem sogenannten Oberdorf hätten viele Katholiken für den liberalen Kandidaten gestimmt. „Wie die mit ihrem Gewissen fertig werden wollen, ist deren Sache, ich weiß es nicht." (Dieser Ausspruch ist sofort während der Predigt notirt worden). Doch bei der Stichwahl könnten sie noch manches wieder gut machen. Mann für Mann sollten sie die Wahlzettel des Centrums in die Wahlurne legen. (Zeugen: Maschinenmeister Forster—Altenwald, Grubenbote Math. Thonnies—Altenwald und ich selbst).

An die Adresse dieser Herren hätte der Kandidat Euler sich in seiner Hühnerfelder Rede wenden sollen, als er ausführte, die Staatsbeamten dürften sich gar nicht am politischen Leben betheiligen. Der Staat müsse seinem Zwecke gemäß über den Partheien stehen und folgerichtig müßten die Staatsbeamten, als die Organe des Staates, zur Erfüllung seines Zweckes, ebenfalls über den Partheien stehen, sich außerhalb des politischen Kampfes halten.

Nach diesen Proben, wie die geistlichen Herren die Wahlagitation öffentlich von der Kanzel herab betrieben haben, ist der Schluß wohl nicht unberechtigt, daß im Geheimen von den Herren das Amtskleid zu eindringlichen „Belehrungen" mißbraucht worden ist und daß sie hierdurch manche Stimme für das Centrum eingefangen haben. Ueberall, wo der Pastor Dr. Roger sich vernehmen ließ, war seiner Rede kurzer Sinn: ihr habt volle Freiheit in der Wahl, niemand darf euch dieses Recht verkümmern. — Aber wählt ihr einen andern wie den Centrumskandidaten, so vergeht ihr euch gegen eure Religion, so seid ihr in Wirklichkeit keine Katholiken. An den Wahltagen selbst waren die Herren ebenfalls sehr rührig. Kranke und Lahme wurden von den Geistlichen, von dem Kaplan Seibert eigenhändig herbeikutschirt. Daß hierbei dafür gesorgt wurde, daß die Leute nur mit Centrumszetteln versehen waren, darf man wohl mit Bestimmtheit annehmen. Welcher Entrüstungsschrei würde sich in dem Centrumslager erhoben haben, wenn ein Grubenbeamter solches unternommen hätte!

Den ganzen Tag waren die Herren während der Wahl unterwegs. Jetzt waren sie für eine halbe oder ganze Stunde in dem einen Lokal, gleich darauf für die gleiche Zeitdauer in dem anderen Lokal. Dabei standen noch vor jedem Lokal Spione, welche, sei es nun im Auftrage des Pastors, oder aus eigenem Antriebe dem Pastor diejenigen Katholiken namhaft machten, welche keinen Centrumszettel, sondern nur einen liberalen Zettel nahmen. Ein Lob für ihre freie Ausübung der Wahl wird diesen der Pastor wohl nicht ertheilt haben. Wenn aber die Steiger durch ihren Aufenthalt bei den Lokalen, in denen sie wahlberechtigt waren, die freie Wahl beeinflußt haben, wie die Geistlichen behaupten, so haben schwerlich die Geistlichen durch ihre Anwesenheit bei den Lokalen, in denen sie nicht wahlberechtigt waren, einen Druck auf die freie Entschließung der Katholiken zu Gunsten des Centrums ausgeübt, denn es ist Thatsache, daß die katholischen Bergleute mehr Angst vor ihrem Pastor, als vor dem Steiger haben, soweit man hier überhaupt von Angst reden kann. Nur einige wenige Katholiken wagen es, vor den Augen der Geistlichen anders zu handeln, als wie es der Pastor will.

Eine treffliche Illustration der Art, wie der Pastor gegen Katholiken, welche ihm nicht ganz zu Willen sind, vorgeht, bietet der Streit des Pastors mit dem katholischen Knappenverein, welcher zur Zeit der Wahlen seinen Höhepunkte erreichte. Zum vollen Verständniß müssen wir etwas weiter ausholen.

Vgl. S. 5211.

Der katholische Knappenverein von Altenwald, der gemäß § 1 seiner Statuten im Jahre 1889 seinen anfänglichen Zweck, „zur Verschönerung und Aufbelebung des katholischen Kultus in der hiesigen Pfarrei, sowie zur Verehrung der bergmännischen Schutzpatronin, der heiligen

Noch: Anlage I.

Barbara zu dienen" durch Errichtung einer Kranken-Unterstützungs- und Sterbekasse erweitert hat, konnte im vorigen Sommer das Fest des 25jährigen Bestehens feiern. In einer Versammlung im Monat April wurde die Feier desselben generell beschlossen und als Festtag der 19. Juni bestimmt. In einer zweiten Versammlung am 8. Mai wurde der Vorstand beauftragt, die näheren Vorbereitungen zu treffen und insbesondere wegen des Festgottesdienstes mit dem Pastor in Verbindung zu treten und denselben zu dem Feste einzuladen. Der Pastor ist zwar vor einigen Jahren auf seinen Wunsch zum Ehrenpräsidenten gewählt worden — das Statut sagt nichts über einen Ehrenpräsidenten (vergl. Notiz der St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung vom 22. Juni unter Altenwald, 21. Juni) — aber weil ihm der langjährige Vorsitzende des Vereins, der pens. Bergmann Anton Schmitz-Altenwald nicht gefiel, hat er sich seit langem nicht um den Verein gekümmert. Der Festgottesdienst war so gedacht, daß die Vereine mit ihren Fahnen dem regelmäßigen Sonntagnachmittags-Gottesdienste beiwohnen sollten und der Geistliche in der allsonntäglichen Predigt auf das Fest Bezug nehmen sollte. In der Erwartung, daß der Pastor, dem durch den Festgottesdienst keine besondere Last entstand, mit dem Programm einverstanden sein würde, schickte der Vorstand die Einladungen an die auswärtigen Vereine bereits in den Tagen um den 10. Mai herum ab, ohne vorher mit dem Pastor gesprochen zu haben. Erst am 15. Mai gingen der Vorsitzende Schmitz und die Vorstandsmitglieder Nikolaus Klein, Mathias Thommes und Jakob München, alle in Altenwald, nach der 2. Messe zu dem Pastor, um ihn zu dem Feste einzuladen und um Abhaltung der Festpredigt zu bitten. Ehe noch Schmitz sein Anliegen vollständig vorgebracht, schnitt ihm der Pastor das Wort ab, er hätte jetzt wegen seiner Vorbereitung für die folgende Predigt keine Zeit mit ihnen zu verhandeln, er wolle ihnen seine Antwort schriftlich zukommen lassen. Einige Tage später gingen Klein und Thommes, da noch keine Antwort erfolgt war und sie vermutheten, daß der Pastor neuerdings beleidigt sei, nochmals hin und baten ihn um Mitwirkung bei dem Feste, erhielten aber auch keine bestimmte Antwort.

Anlage 10 S. 5198.

Als nun inzwischen von den eingeladenen und wunderbarer Weise auch von nicht eingeladenen Vereinen eine Absage nach der anderen kam, ja anfängliche Zusagen nachträglich zurückgenommen wurden, mit der Begründung, daß der Verein kein kirchlicher Verein mehr sei, erkannten die Leute hierin den einflußreichen Willen des Pastors und hielten weitere Schritte zur Einigung für aussichtslos. In diese Phase des Streites nun fiel eine liberale Versammlung, in welcher der Kandidat Boltz sprach. Dieser wohnten mehrere Mitglieder des Vereins bei und der Vorsitzende desselben, Schmitz, sprach zum Schluß den Dank der Versammlung an Boltz aus. Dies erregte nun den hellen Zorn des Pastors, der sich in einer Notiz der St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung vom 18. Juni widerspiegelt. Trotzdem versuchten die Vorstandsmitglieder Klein und Schmidt und das Vereinsmitglied, pens. Bergmann Jakob Hottong-Sulzbach nochmals eine Einigung und gingen am Abend der Hauptwahl, am 16. Juni zu dem Pastor und baten ihn eindringlichst um seine Mitwirkung. Als unerläßliche Vorbedingung hierfür verlangte der Pastor die Abdankung des jetzigen Vorstandes, der ja sowieso nicht statutenmäßig gewählt sei. Derselbe ist nämlich nicht, wie das Statut bestimmt, „mittelst Stimmzettel" gewählt, sondern durch Acclamation ohne den geringsten Widerspruch wiedergewählt, gegen welches Verfahren bisher die Mitglieder selbst nichts einzuwenden hatten. Auf weitere Bitten der drei Leute ließ der Pastor sich bereit finden, am folgenden Tage am 17. Juni zu einer Besprechung mit den noch schnell zu bestellenden Vereinsmitgliedern zu erscheinen. Zu der Zusammenkunft erklärte der Pastor, er sei noch einmal gekommen, weil die Altenwalder am Tage vorher gut gewählt hätten. Das Fest könne er jedoch nur dann mitfeiern, wenn der derzeitige Vorstand zurücktrete, namentlich der Vorsitzende Schmitz müsse weg, weil er in der liberalen Versammlung auf den Gegenkandidaten geredet habe. Daß Schmitz ihn in der Besprechung dreimal um Verzeihung bat, genügte nicht, und als in der nun folgenden Abstimmung die überwiegende Mehrzahl der Vereinsmitglieder an ihrem langjährigen Vorsitzenden festhielt, war der Einigungsversuch gescheitert.

Anlage 10 S. 5198.

Am Festtage zog nun trotzdem der Verein mit dem einzigen erschienenen Verein aus Sulzbach im Zuge zur Kirche, um an dem gewöhnlichen Gottesdienste um $2^1/_2$ Uhr Theil zu nehmen. Die begleitende Musik hörte in der üblichen, von dem Pastor früher selbst genehmigten Entfernung von der Kirche mit Spielen auf und hat auch in der Folge die Kirche nicht betreten. Obwohl es noch etwas vor Beginn des Gottesdienstes war und die voraufgehende Christenlehre noch nicht beendet war, traten die Altenwalder Fahnenträger mit der Fahne, welche kirchlich geweiht ist und an hohen Festtagen stets in der Kirche aufgestellt war, in Begleitung der Ehrenjungfrauen ruhig in die Kirche ein, wie es jedem Gläubigen gestattet ist und blieben im untersten Theile der Kirche stehen. Sofort kam ihnen der Pastor entgegen, mit den Armen hinauswinkend, und die Leute verließen wieder ruhig die Kirche. Als dann nach einigen Minuten die Christenlehre beendet war, ging der ganze Verein mit der Fahne und ebenso der Sulzbacher hinein. Aber ehe die Fahnenträger noch an dem üblichen Platze Aufstellung genommen hatten, erschien wieder der Pastor aus der Sakristei und rief: „Hinaus mit der Altenwalder Fahne, ich will sie nicht mehr sehen." Als darauf die Fahnenträger sich allein zum Gehen wandten, fuhr er fort: Hinaus mit allen Altenwalder, ich will Euch hier nicht mehr sehen, worauf dann der ganze Altenwalder Verein abzog. Seitdem wird die Fahne nicht mehr in der Kirche geduldet und die wiederholten Bitten des Vorstandes und anderer Vereinsmitglieder haben bis jetzt den Sinn des Pastors zu wenden nicht vermocht.

Wenn auch der Pastor mit Recht verlangen konnte, daß die Leute vor Festsetzung des Programmes und vor Absendung der Einladungen wegen des Festgottesdienstes mit ihm sprachen, so kann dies doch allein nicht der Grund sein für das schroffe Verhalten des Pastors, für die Verbannung der geweihten Fahne aus der Kirche, in der sie so lange Jahre stets an Festtagen geprangt hatte, für die Ausweisung der Katholiken aus ihrem Gotteshause. Der wirkliche Grund für die Handlungsweise des Pastors ist irgendwo anders zu suchen; er ist zu suchen in dem Eintreten verschiedener Mitglieder für die liberale Partei. Durch die öffentliche Ausweisung der Leute aus ihrer Kirche wollte er einen Druck auf die katholischen Gewissen derselben ausüben dahin, daß sie ihre angebliche Versündigung gegen ihre Religion durch eine „gute" Stimmabgabe bei der Stichwahl sühnten. Er hat auch verschiedentlich geäußert, daß seine Stellungnahme wesentlich durch die Verleugnung der ultramontanen Sache seitens mehrerer Vorstandmitglieder bestimmt ist, und hat keinen Zweifel gelassen, daß ein offenes, geschlossenes Eintreten des Vereins für das Centrum ihn versöhnen und den verhängten Bann lösen könne.

Durch öffentliche Ausweisung der Leute aus der Kirche in seiner Eigenschaft als Pastor und Seelsorger hat Dr. Royer die Parteinahme für Boltz in der Hauptwahl bestrafen wollen, hat er die Vereinsmitglieder für die Stichwahl zu

Noch: Anlage I.

Gunsten des Centrums beeinflussen, hat er nach außen für andere liberale Katholiken ein abschreckendes Beispiel statuiren wollen.

All diese Machenschaften des Pastors kann man nicht anders auffassen, wie als Mißbrauch der kirchamtlichen Autorität und Macht zur Erreichung eines für das Centrum günstigen Wahlausfalles. (Zeugen: die bereits genannten Vereinsmitglieder, außerdem die Vorstandsmitglieder Nikolaus Treib, Knappschaftsältester, und Glaser, Bergmann, beide zu Altenwald).

Die oben geschilderten Vorgänge bei dem Stiftungsfeste des Knappenvereins haben zu mehreren öffentlichen Erklärungen in der Zeitung: „Bote des Sulzbachthales" sowohl von Seiten des Pastors wie von Seiten des Vereinsvorstandes geführt. Wir legen dieselben hier bei (Anlage). Anlage 10 S. 5197.

Wenn wir nun hier noch hinzufügen:

daß auf die letzte Erklärung des Vereinsvorstandes in Nr. 150 des „Boten" weder eine Entgegnung des Pastors noch ein Widerruf des Vorstandes, noch irgend eine andere Veröffentlichung erfolgt ist, also gegen den Pastor der Gemeinde der öffentliche Vorwurf „der wiederholten Entstellung wahrer Thatsachen und der wider besseres Wissen gemachten Darstellung" unwiderlegt und unangefochten besteht, daß der Pastor mir, als ich persönlich ein Einvernehmen zwischen ihm und dem Verein auf Bitten des letzteren vermitteln wollte, sagte, er könne nicht eher in Verhandlung treten, als bis die Beschuldigungen öffentlich widerrufen oder bis der Vorstand erklärt habe, deß er solcher den Veröffentlichungen fern stehe, geschehe keines von beiden, so werde er am letzten Tage der Klagefrist Beleidigungsklage erheben, den entsprechenden Auftrag habe er einem Rechtsanwalt — wenn ich nicht irre, Dr. Muth-Saarbrücken — bereits ertheilt.

daß aber die Frist abgelaufen, ohne daß er Klage erhoben hat,

daß ferner der Kaplan Tilliken-Sulzbach dem alten Anton Schmitz, der infolge der Vorgänge ganz tiefsinnig geworden war und bettlägerig krank war, erklärt hat, er dürfe ihm gemäß Auftrag des Pastors die gewünschten Sakramente (Beichte und Kommunion) nicht eher spenden, als bis er die ihm vorgelegte schriftliche Erklärung unterschrieben habe,

daß dann der schwerkranke Mann in seiner Gewissensnoth die Erklärung, welche ihm der Kaplan vorlas, unterschrieben hat, aber zu schwach war, den Inhalt des Schriftstückes zu verstehen, so daß der jetzt wieder hergestellte alte Mann heute von der ganzen Erklärung nur das Eine weiß, daß sie sich auf seine Uneinigkeit mit dem Pastor bezieht, das Nähere aber, was er unterschrieben hat, nicht weiß, auch nicht gewußt hat,

so brauchen wir zur Erläuterung und Kennzeichnung der Veröffentlichungen und zur Charakterisirung des Pastors Dr. Royer nichts mehr auszuführen.

Wenn, wie im I. Theile nachgewiesen die Angriffe des Centrums auf unzulässige Wahlbeeinflussung der Bergleute seitens der Beamten durchweg als haltlos sich erweisen, so muß demgegenüber auf den Mißbrauch der geistlichen Gewalt ausdrücklich hingewiesen werden, dessen sich die katholische Geistlichkeit in Sulzbach in der Person des Pastors Dr. Royer schuldig gemacht hat, um der ultramontanen Partei zum Siege zu verhelfen. Wir fügen zum Beweise der Richtigkeit dieses Vorwurfes den Auszug aus einer Wahlrede bei (Anlage) welche Pastor Royer am Sonntag, 19. Juni v. J. — zwischen Haupt- und Stichwahl — während des Hauptgottesdienstes in der katholischen Kirche zu Sulzbach anstatt einer Predigt von der Kanzel heruntergehalten hat. Der Auszug ist zum Theil Vgl. S. 5210 ff. Vgl. S. 5210 ff.

auf Grund von während des Gottesdienstes gemachten Notizen unmittelbar nach demselben niedergeschrieben worden von dem (damals besuchsweise in Sulzbach anwesenden) Kaiserlichen Wallmeister Jacob in Straßburg i. E. Dieser wird die Richtigkeit des Auszuges bezeugen. Für die Uebereinstimmung desselben mit dem Sinne der Rede sind außerdem Zeugen der Bergassessor v. Meer von hier und und der Maschinenwerkmeister Forster von Altenwald, die ebenfalls in der Kirche anwesend waren. Diese Rede kann keinen anderen Zweck gehabt haben, als den, durch Gewissenszwang, ausgeübt von Geistlichen, die Wähler in der freien Ausübung ihres Wahlrechtes zu behindern und zur Stimmabgabe für den ultramontanen Kandidaten zu nöthigen.

Wegen des noch auf andere Weise seitens des Pastors Dr. Royer ausgeübten Zwanges auf die katholischen Wähler verweisen wir auf die im I. Theile niedergelegten Ausführungen des Bergassessor v. Meer, der, selbst Katholik, mit den einzelnen Vorgängen sehr vertraut ist.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß all diese geistlichen Zwangsmittel ihren Zweck nicht verfehlt haben, und daß ohne dieselben in Sulzbach zahlreiche Stimmen, die aus Angst vor dem Pastor den Ultramontanen zu Gute gekommen sind, den Nationalliberalen zugefallen sein würden.

In welchem Geiste der Ultramontanismus im Saarrevier vorging, lehrt auch das anliegende Flugblatt „An die Bergleute des Kreises Saarbrücken", das in Form und Inhalt so gut von der sozialdemokratischen wie von der Centrumsparthei hätte herausgegeben werden können. Anlage 5 S. 5194. Im Anschluß an diese Mittheilung sei nur die Thatsache erwähnt, daß ein Vertheiler ultramontaner Wahlzettel vor einem Wahllokale in Altenwald sich ausdrücklich rühmte: „er sei gar nicht ultramontan, er sei Sozialdemokrat." (Zeugen: Steiger Wiszinsky, Kohlenmesser Moser).

Zur Charakterisirung des Pastor Dr. Roger dürfte schließlich Folgendes genügen: Am 24. Juni leistete sich Royer folgendes hübsche Stückchen. Er frug den Fahrsteiger Schröder im Wahllokal in Altenwald, was er hier wolle? Auf den Bescheid Schröder's er wolle sich die Wähler ansehen, sagte Royer: „na dann können sie mich ansehen, von oben, von vorne, von der Seite und von hinten."

Die Herren Geistlichen versuchten in mehreren Wahllokalen die Thüren des Saales zu schließen und nur das energische Gebot der Wahlvorsteher brachte sie endlich dazu, von diesem Vorhaben abzustehen.

An allen fünf Wahllokalen der Bürgermeisterei Sulzbach und den beiden in Quierschied waren die Geistlichen den ganzen 24. anwesend.

Zeuge L. Vopelius und mehrere Andere.

Altenwald, daß in dem benachbarten Altenwald in ähnlicher Weise Wahlbeeinflußung wie in Sulzbach getrieben wurde, dürfte aus nachstehender Abschrift eines Schreibens des Herrn Hermann Schneider hervorgehen, welches die unter Schulzbach betr. des Knappenvereins gemachten Mittheilungen als wahr beweist.

Abschrift.

Herrn Commerzienrath Röchling
Hochwohlgeboren
in
Saarbrücken.

Altenwald, den 16. August 1898.

Hochgeehrter Herr.

Ich bitte sehr ergebenst, gütigst verzeihen zu wollen, wenn ich mir erlaube im Falle einer sehr unangenehmen

Noch: **Anlage I.**

Calamität Ew. Hochwohlgeboren um eine Auskunft anzugehen.

Sie hatten die Liebenswürdigkeit, bei der jüngsten Wahlbewegung sich an die Spitze unserer Partei zu stellen und für unseren Candidaten, Herrn Justizrath „Boltz" so warm einzutreten. Mit Ihnen haben dies noch eine Reihe von Männern gethan, zu verhüten, daß der Wahlkreis nicht dem hierarchie'chen Centrum anheim falle. Auch ich rechnete mir es als Ehrensache an, meine Dienste voll und ganz der Bewegung für Boltz anzupassen. Der Präses des hiesigen katholischen Knappenvereins der pensionirte Bergmann Schmitz hier, hat in der Boltz'schen Versammlung den Herrn Abgeordneten dadurch zu ehren versucht, daß er die anwesenden gleichgesinnten Leute aufforderte, sich in Anerkennung der Verdienste des Herrn Boltz, von ihren Sitzen zu erheben.

Sofort hat nun der katholische Pfarrer Dr. Royer in Sulzbach den Schmitz, ein Ehrenmann, einen Nichtchristen und unwürdigen Katholiken genannt, und dies in öffentlicher Weise. Der qu. Verein sollte dann auch sofort den Präses seines Amtes entsetzen, oder auf sein künftiges Erscheinen verzichten. Bis auf eine geringe Anzahl haben die Vereinsmitglieder das Letztere vorgezogen. Schmitz durfte nun nicht mehr mit seinem Verein in den Gottesdienst kommen und erhielt die Kirchenthüre vor der Nase vom Pastor zugeschlossen. Um der Sache die Krone aufzusetzen folgten in der St. Johanner-Saarbrücker-Volkszeitung und im Boten des „Sulzbachthales" diverse empörende Artikel die nicht nur entstellt, sondern erlogen waren, aber auch auf Schmitz, der ein braver Mann ist, so einwirkten, daß er seither tiefsinnig ist und bleiben wird.

Der stellvertretende Vorstand, darunter der Knappschaftsälteste „Treib" beschloß die Richtigstellung der Sachlage entgegen dem mit Unterschrift versehenen Artikels des Pastors im Boten des Sulzbachthales und bat mich die Entgegnung zu verfassen Es wurden nun mehrere Artikel hin und her geschrieben, und da die Wahrheit nur in unseren Händen lag wurde der Pastor blamirt. Nun hatte ich selbstredend die Gewalt des Herrn Pastors als Wirth zu fürchten, ohne daß es mich abhielt, den unbeholfenen Leuten meine Dienste zuzuwenden.

Schon war im aufgeregten Publikum fast alles vergessen, da kam der vor einem halben Jahre nach Völklingen von hier versetzte Lehrer, jetzt Rector Michel in Wehrden wohnhaft, in die Jünglingsvereinsversammlung am Sonntag vor 8 Tagen und citirte diese Angelegenheit vor die Versammlung und ergoß sich in Beleidigungen der abscheulichsten Art.

Diese unter der harmlosen Maske sich nennende Jünglingsvereine, die alle Gläubigen durch die am morgen vorausgegangene Einladung in der Kirche zusammenzieht, auch den Herd der Wahlagitation seit Herbst bildeten, sind dadurch, daß sie unüberwacht bleiben, die großartigsten Gelegenheiten, daß Feuer zu erhalten. Den Verfasser der qu. Artikel nannte dieser Michel einen vom Glauben längst abgefallenen Katholiken, dies gilt mir, da ich als ursprünglicher Katholik ein evangelisches Mädchen heirathete und meine Kinder evangelisch werden ließ, daher aus der katholischen Kirchengemeinschaft ausgeschlossen wurde, weil ich mich weigerte div. Bedingungen zu erfüllen.

Ich bin zweifelsohne durch die Aeußerungen im Geschäft geschädigt nnd weiß nicht wie ich mich für die Folge davor schützen soll, ich darf doch unter keinen Umständen klagen, sonst geht mein Geschäft ganz dahin. Dieser Michel hat nun schon seit Jahren mit der hiesigen Bevölkerung und mit seinem vorgesetzten Rector und mit seinen Collegen hier und in Sulzbach ohne Ausnahme sich in den Haaren gelegen, allen Unfrieden gestiftet, alles verhetzt und nachdem man zur Freude aller besseren Bürger den Mann endlich quitt geglaubt, kommt er von neuem her und verhetzt das Publikum.

Ich stehe rathlos der ultramontanen Macht gegenüber und muß täglich die Verhetzungen gegen mich mitansehen ohne etwas daran hindern zu können.

Darf denn der Mann ohne Genehmigung der Schulaufsichtsbehörden hier die Vorträge halten?

Ich wende mich mit dem Vertrauen Ew. Hochwohlgeboren, mir gütigst Ihren Rath zu Theil werden zu lassen was ich gegen die Angriffe thun soll, ich kann mich doch nicht untergehen sehen, und dazu stillschweigen, ich weiß thatsächlich aber auch nicht wo ich mich hinwenden soll.

Mit jedem hiesigen xbeliebigen Beamten beweise ich Ihnen jede Einzelheit der gelinde geschilderten Verhältnisse.

Im Vertrauen ihres hochgeschätzten Beistandes, zeichne hochachtend:

H. Schneider.

Querschied. Fahrsteiger Schröder in Brefeld schreibt uns: „Bei Gelegenheit der diesjährigen Reichstagsstichwahl, stand ich zeitweise auf der Haustreppenmauer, zeitweise auf dem Hausflure des Wahllokals (Schulhaus am Steinberg) in Quierschied und unterhielt mich mit dem ebenfalls anwesenden Fahrsteiger, Herrn Wohlfanger von Maybach über die verflossene Wahl und über die vorzunehmende Stichwahl. Zettel für irgend einen Candidaten gaben wir nicht aus, hatten auch keine, sprachen aber auch mit sonst keinem Wähler, der in diesem Wahlloke sein Wahlrecht ausüben wollte, am allerwenigsten aber über Wahlangelegenheiten. Lange Zeit von keiner Seite behelligt, fühlte sich plötzlich der katholische Küster von Querschied, „Stenger dazu berufen, mich mit Spitzen und unpassenden Redensarten zu belästigen z. B. u. A. „Was machen Sie dort, machen sie daß sie auf die Grube kommen, dort gehören sie hin, da kann heute vorkommen was will, dort ist heute kein einziger Beamter u. s. w. worauf ich ihm erwiederte, daß er der Letzte sei der mich fortzuschicken habe und es ihm ganz gleichgültig sein könne was ich hier mache, ich sei Wähler und habe als solcher das Recht hier zu stehen. Nach einigem Hin- und Herreden, wobei mich Herr Wolfanger rieth ich solle dem einfältigen Menschen nicht mehr antworten, entfernte er sich, worauf alsbald, anscheinend durch den Küster gerufen Herr Pastor Dr. Keil auf mich zukam. Nach der Begrüßung frug mich Herr Dr. Keil was ich denn dort mache, ich sollte doch heraus gehen und mich vor das Haus stellen. Ich erwiederte ihm hierauf, daß mir der von ihm angewiesene Platz nicht passe, ich würde da bleiben wo ich sei. Herr Dr. Keil meinte dann ich würde die Wähler beeinflußen, worauf ich ihm meinerseits die Antwort gab: „Ich beeinflusse Niemand. Sie können mir keinen Mann nennen, mit dem ich gesprochen oder besser den ich angesprochen habe, mithin kann von einer Beeinflußung meinerseits nicht die Rede sein. Ich stehe nur hier um zu sehen, daß von einer anderen Seite keine Beeinflußnngen vorkommen. Herr Dr. Keil forderte mich nun nochmals auf meinen Platz zu verlassen (Hausflur. Das eigentliche Wahllokal der Schulsaal war durch eine Thüre während der ganzen Handlung stets verschlossen und war auch, selbst wenn die Thüre aufgeblieben wäre, der Tisch nnd die Personen welche die Wahlhandlung vornahmen, nicht zu sehen) worauf ich ihm nochmals eine verneinende Antwort gab, gleichzeitig bemerkend, daß er selbst als Schulinspektor mich nicht auszuweisen habe, da es heute hier keine Schule, sondern ein Wahllokal gäbe. Mich etwa ausweisen, wie er es anderen in dem Wahllokale an

Vgl. S. 5214 5225.

Noch: Anlage I.

der Kirche gemacht (es waren dies die Steiger Flock von Göttelborn und Baltes von Brefeld) lasse ich mich grunddessen nicht, worauf er antwortete: „So, wissen sie das?" Als er mich nun nochmals frug, aus welchem Grunde ich denn eigentlich den Pletz nicht verlassen wollte, (er nannte mich jetzt mit Namen, welches vorher nicht geschah — ich weiß auch nicht woher er mich kennt) erwiederte ich, daß ich aus dem Grunde nicht weg gehe, weil anscheinend er und sein Küster es sich zur besonderen Aufgabe gemacht hätten mich zu vertreiben. Nun verließ Herr Dr. Keil mich mit den Worten, er sei gezwungen, schon aus Rücksichten auf seine Partei, dieser diesen Fall mitzutheilen, mit welchem Vorhaben ich mich ganz einverstanden erklärte.

Herr Fahrsteiger Wolfanger wird sich der Einzelheiten auch erinnern können, da er während des ganzen eben erzählten Herganges in der Nähe stand.

Schröder Kgl. Fahrsteiger.

Abschrift.

Etwa zwei Tage vor der Reichstagswahl d. J. wurde in Quierschied von Seiten der Geistlichkeit eine Collekte erhoben. Am Tage der Wahl kam Tagesteiger Lehnhoff von Göttelborn zu seiner verheiratheten Tochter Johanna, Frau Schneider in Quierschied, welche ihm bezüglich der Beeinflußung den Wahl folgendes erzählte: „Der Kaplan, Johann Heinrich Endres kam zu der Familie Michel Regnerie in Quierschied und sagte zu demselben: „Sie wählen doch Euler!" Regnerie hat nichts erwidert, die Frau jedoch entgegnete: „Nein! ich habe zu meinem Manne gesagt, daß er Boltz wählen soll und wenn mein Mann Boltz wählt, können wir auch in den Himmel kommen. Der Geistliche machte dagegen verschiedene Einwendungen. Allem Anscheine nach, hat die Erhebung der Collekte vor der Reichstagswahl den Hauptzweck verfolgt die Stimmen für den Candidaten Euler zu sichern.

Ueber weitere Vorkommnisse in Quierschied sagt Steiger Floch von Grube Göttelborn folgendes aus: Als ich bei der Stichwahl in Quirschied auf der Treppe im Wahllokal bei Steiger Baldes aus Kreuzgräben stand und wir uns über harmlose Dinge unterhielten, kam der Pastor Dr. Keil aus Quirschied und fragte mich, wo ich her wäre und ob ich die Erlaubnis hätte, hier stehen zu dürfen. Dasselbe that er bei dem Aufseher Gerstner und dem Heilgehülfen Kraushaar beide auf Grube Maybach in Quierschied wohnhaft und dem Bergmann Peter Jakob Wolf aus Quierschied, welche sich im unteren Flur des Schulhauses als Zettelvertheiler befanden in dessen oberem Stockwerke gewählt wurde, darauf forderte er uns mit der Bemerkung, er wäre Lokalschulinspektor, auf, das Schulhaus zu verlassen. Diese Bemerkung und Aufforderung wiederholte er später mehrmals und wies unsere Zettelvertheiler wiederholt auf die Straße, wo sie der Pastor resp. die Kirchenvorstandsmitglieder, die auch Zettel vertheilten, besser beobachten und vor allem auch besser sehen konnten wer von den Wählern einen Zettel des Gegenkandidaten in Empfang nahm. Auch ersuchte der Pastor den Gendarm Krüger den Zettelvertheiler zu befehlen das Schulhaus zu verlassen. Der Gendarm sagte mir aber persönlich, daß Beamte und Zettelvertheiler sich aufhalten könnten wo es ihnen beliebe.

An dem zweiten Wahllokale belästigten der Pastor und Küster ebenfalls mehrfach die nationalliberalen Zettelvertheiler. An diesem Lokale waren auch Personen aus dem Kirchenvorstand als Aufpasser vor die Thür gestellt.

Kutzhof. Der Steiger Thoma von Grube Göttelborn meldet über sein Verweilen bei der Stichwahl in Kutzhof:

In aufdringlicher und ungebührlicher Weise, sogar mit der Drohung, Gewalt anzuwenden, wurde ich von dem Wahlvorstande hierselbst aufgefordert das Wahllokal zu verlassen, mit dem Bemerken, sie brauchten sich nicht kontroliren zu lassen und wollten ihre Bergleute nicht beeinflussen lassen. Darauf lasen mehrere der Herrn das Wahlgesetz durch und beanstandeten meinen Aufenthalt im Wahllokal nicht mehr, nur wurde mir, als ich nach einem kurzen Verlassen des Wahllokales am Nachmittage dasselbe wieder betrat, verboten Notizen zu machen. Die Notizen bezweckten nur säumige Wähler ausfindig zu machen und herbei holen zu lassen, im Uebrigen wurde ich bis zum Schluß der Wahlhandlung nicht mehr behelligt.

Holz. In welcher Weise auf die Wähler eingewirkt wurde geht aus den nachfolgenden Schilderungen hervor. Die Wahlversammlung der Centrumspartei in Holz am 22. Juni 1898 bei Wirth Johann Welde wurde durch Pastor Haw von Holz eröffnet. Die kurze Inhaltsangabe der Agitationsrede dieses Pastors war Bedeutung des Nationalliberallismus, die Sozialdemokraten sind ein Kind der Nationalliberalen, der Nationalliberallismus fördert die Sozialdemokratie. Ferner hätte er (Redner) von einer hochgestellten Persönlichkeit erfahren, daß bereits von einem Minister ein Gesetz ausgearbeitet sei, wonach das geheime Wahlrecht abgeschaft werden solle, daß das Centrum aber nicht damit einverstanden sei. Wer also das Centrum nicht wählt, sündigt gegen die Verfassung, er sündigt gegen die katholische Kirche und sündigt gegen den der über uns ist.

Obersalbach. Bezüglich der Obersalbacher Vorgänge theilt man uns folgendes mit: Als Steiger Kläs morgens das Wahllokal betrat, wollte ihm dies der Obersteiger a. D. Reiter, der als Schriftführer fungirte, verwehren. Nachdem Kläs denselben auf das Gesetz und dessen Ausführungsbestimmungen verwiesen, ließen sie ihn bleiben, mit dem Bemerken, sein Verhalten werde zu Protokoll gegeben werden. Gegen 1/2 12 erschien Herr Kaplan Maurer von Reisweiler. Dieser betrat das Wahllokal, die Herren vom Wahlvorstand grüßend und sich über den Gang der Wahl erkundigend. Zum besseren Verständniß des Gesagten zeigte ihm der Wahlvorsteher (Ortsvorsteher Schaefer) den Inhalt der Wahlurne, indem er den Deckel aufhob und Herrn Kaplan die Gelegenheit bot, nachzusehen, ob nicht schon ein Boltz'scher Wahlzettel zwischen einen Euler'schen geschafft worden sei. Ganz befriedigend nickend verließ der würdige Herr den Wahltisch und steuerte auf den Steiger Kläs los, stellte sich ihm als Pfarrer der Gemeinde vor und sagte: „Ich weiß ja wohl, daß Sie nicht aus eigenem Antrieb hierhergegangen, sondern von Ihren Vorgesetzten hierhergeschickt worden sind. Es ist doch eine öffentliche und freie Wahl und es ist doch nicht schön, daß die armen Leute so bei der Wahl beaufsichtigt werden. Hierauf erwiderte Kläs: „Es ist nicht blos eine öffentliche und freie, sondern auch eine geheime Wahl und dies Wahlrecht soll meinerseits niemandem verkümmert werden. Auch bin ich nicht hierhergeschickt, sondern freiwillig hierhergegangen. Dasselbe Recht, was Sie zum Betreten des Wahllokals in Anspruch nehmen, habe auch ich. Dies Letzteres bestritt er, indem er sich auf sein Recht als Pfarrer der Gemeinde Oberselbach berief, deren Wohl und Wehe er zu überwachen habe. Hier wurde die Auseinandersetzung durch den Schriftführer Herrn Reiter gestört, welcher auf Grund des §. 26 eine Diskussion im Wahllokal als nicht gesetzlich bezeichnete. Der Schriftführer erklärte, er werde diesen Vorfall zu Protokoll bringen. Der Herr Kaplan war damit einverstanden und Steiger Klaes schloß sich seiner Erklärung an, mit der Bitte auch nicht zu vergessen, daß der Wahlvorsteher seiner Ansicht nach nicht gesetzlich verfahren, als er die Urne öffnete und den Kaplan hineinsehen ließ.

Vgl. S. 5208, 5221.

Noch: Anlage I.

In Großrosseln wurden Seitens des Pastors Lorscheid selbst während der Wahl vor dem Wahllokale die Zettel für den Centrumskandidaten an die Wähler ausgehändigt. (Zeuge: Gendarm Früh in Großrosseln und viele andere.)

In Guichenbach trat Pastor Senzig aus Guichenbach, der als Redner in einer hiesigen Centrumsversammlung auftrat, leistete sich folgende Stilblüthen: „Die Nationalliberalen gehen am „Bankrottche", nein „Bankrottche", an „Schwindsucht", nicht an Schwindsucht, an „galoppirender Schwindsucht" kaput". Derselbe Herr ließ es an aufreizenden Redewendungen nicht fehlen. Unter Anderem sagte er: „Und Leute, laßt Euch nicht irre führen, wenn die Beamten hier sitzen und wenn ihr auch jetzt kein Brot habt, Brot bekommt ihr doch; der oberste Kriegsherr wird schon sorgen"; ferner: „Und wenn's euch schlecht geht, weil ihr das Centrum wählt, dann kommt nur zu uns, wir werden helfen." Zeugen: Fahrsteiger Wahlmann und Steiger Ackermann aus Dilsburg u. A.

Berschweiler. In Berschweiler versuchte der Bergmann Jul. Simmet aus Numborn 2 Euler'sche Wahlzettel abzugeben. Zeugen: Friedrich Büch, Gemeindevorsteher in Berschweiler und pens. Bergmann Jakob Groß aus Berschweiler.

In Eiweiler zerriß der pens. Bergmann Meiser aus Kirchhof vor dem Wahlvorstande einen nationalliberalen Wahlzettel und warf ihn dem anwesenden nationalliberalen Grubenhüter Friedrich Sander aus Dilsburg vor die Füße mit den Worten: „Da hast Du ihn." Zeuge: genannter Sander.

Vgl. S. 5215. In Heusweiler brachte der berittene ultramontan gesinnte Gendarm Bost einen ultramontanen Wähler ins Wahllokal geschleppt, nachdem bereits vorher der zum Wahlvorstande gehörige Lehrer Gemmel aus Heusweiler den Schluß der Wahlhandlung verkündet hatte. Da man den angekommenen Wähler nicht mehr wählen lassen wollte, erklärte der Gendarm Bost: „Nach Heusweiler Ortszeit fehlen noch so und so viel Minuten bis 6 Uhr. (Bemerkung: Es giebt in Heusweiler überhaupt keine öffentliche Uhr), worauf jener Wähler seine Stimme abgeben durfte. Zeuge: Lehrer Ensmenger aus Heusweiler. In einer Wirthschaft (Klaes) zu Engelfangen äußerte der Gemeindediener Stutz aus Walpertshofen: Möchten alle Nationalliberalen nur verrecken.

In Fürstenhausen ging ein junger Kaplan, welcher in den katholischen Schulen den Religionsunterricht ertheilt, früh morgens vor und auch während der Wahl von Haus zu Haus und bearbeitete die Leute, besonders die Frauen, daß ihre Männer dem Centrumkandidaten ihre Stimme geben sollten und müßten. Die Frau des Schreinermeisters Josef Herzog antwortete ihm: „Mein Mann wählt Boltz und keinen anderen, der Schneinermeister pp. kann uns kein Brot verschaffen." Grollend zog sich der Kaplan zurück, hat aber später im Religionsunterricht die Kinder von Herzog immer und immer wieder gestraft. Zeuge: Schreiner Herzog.

Vgl. S. 5216. In Wehrden sollen den am Neubau der Kirche beschäftigten Arbeitern Wahlzettel eingehändigt worden sein mit dem Bemerken: „Wer Euler wählt, bekommt 1 Mark."

Als Herr Holzhändler Prudlo, der einer nationalliberalen Versammlung in Wehrden vor der Reichstags-Stichwahl beiwohnte und dadurch seine politische Gesinnung offen kundgab, wurde ihm dies seitens der Agitatoren der Centrumspartei sehr verargt und ihm am nächstfolgenden Tage seitens des Schreinermeisters Lorenz Schreiner zu Wehrden mitgetheilt, daß nach Verabredung in der Wirthschaft Hch. Braun zu Wehrden beschlossen wurde, ihm in Folge seiner politischen Gesinnung die bereits bestellte und in Aussicht gestellte Holzlieferung für den Kirchenbau in Wehrden ganz zu entziehen. Auf seine Bemerkung, daß er nicht anders als nur seiner Gesinnung nach wählen könne und werde, wurde ihm bedeutet, falls er auf die Holzlieferung für die Kirche in Wehrden reflektire, sich der Wahl ganz zu enthalten.

Geislautern. Bei der am 16. Juni 1898 stattgefundenen Reichstagswahl haben sich folgende Wahlbeeinflussungen in hiesiger Gemeinde zugetragen. Vgl. S. 5209

1. Die Wahl war im katholischen Schulhause in einem Klassenzimmer ebener Erde anberaumt.

In das Schulgebäude führen 2 Eingangsthüren die erste zum Flur der unteren Klassenzimmer, die zweite zum Flur des Treppenhauses des oberen Stockwerkes, beide Fluren sind durch eine Glasthüre verbunden.

Um $8^1/_2$ Uhr ließ ich die Eingangsthür zum 1. Flur öffnen, die direkt zum Wahllokale führte. Als sich der Wahlvorstand etwas vor 10 Uhr versammelte, war die Eingangsthür zum 1. Flur verschlossen und der Thürschlüssel entfernt, die Scheiben der Glasthür waren mit Leinewand verhangen, der Flur dunkel gemacht und der direkte Zugang zum Wahllokal aufgehoben, man mußte also, um zum Wahllokal zu gelangen, zuerst den 2. Flur, dann durch die verhangene Glasthür den dunkelen Flur passiren. Als ich den anwesenden katholischen Hauptlehrer fragte, wer und wozu das gemacht worden wäre, antwortete der hinzutretende Kaplan Bastchen: „um Zugwind zu verhindern." Da es zehn Uhr war und ich keinen Schlosser mehr anrufen konnte, mußte die Thür mit Gewalt geöffnet werden.

2. Am Tage der Stichwahl hatte der Wahlvorsteher den Hülfspolizeidiener Kern ausgesandt, ein Mitglied des Wahlvorstandes zu rufen. Als er seinen Auftrag ausgerichtet und Meldung machen wollte, wurde derselbe vom Kaplan Bastchen, der im Hausflur postirt war, angefahren: „Sie haben hier nichts zu thun, scheeren Sie sich heraus, Sie beeinflussen die Wähler."

3. Eben dieser Herr Kaplan beschäftigte sich fortwährend mit dem Schließen der einen Hälfte der Eingangsthüre und verhinderte dadurch einen freien Eingang zum Wahllokal; er ließ nicht eher davon ab, bis der Wahlvorstand einstimmig beschloß, die Thüre muß geöffnet bleiben, welchen Beschluß er mit anhörte. Zeuge: S. Schröder.

Wenn durch vorstehende Darlegungen auf das Augenscheinlichste erwiesen ist, daß jedenfalls nicht auf unserer Seite, sondern vielmehr auf der Gegenseite ungesetzliche Wahlbeeinflussungen stattgefunden haben, so machen wir zum Schluß nochmals darauf aufmerksam, daß — wie der Protesterheber Hoffmanns und das Dasbach'sche Organ selbst zugeben — seitens unserer Partei bei der Hauptwahl nur eine unbedeutende Agitation stattgefunden hat. Erst die Art und Weise, wie die Gegenpartei, insbesondere die katholische Geistlichkeit aller Ortschaften des Wahlkreises bei der Hauptwahl schon auf die Wähler katholischer Confession durch die unerhörtesten Agitationsmittel einzuwirken versucht hat, namentlich auch die Art und Weise, wie diese Geistlichkeit bei der Hauptwahl durch Besetzung sämmtlicher Wahllokale, durch ungehöriges Eingreifen in die Wahlhandlung und die Ueberwachung der Wähler während derselben, thätig war und dadurch die Befürchtung einer ungehörigen Beeinflussung der Wähler hervorrief, hat es veranlaßt, daß unsererseits bei der Stichwahl Gegen-

Noch: Anlagen zu Anlage I.

maßregeln ergriffen wurden und ebenfalls für Ueberwachung der Wahlhandlung und der Wahllokale durch Parteiangehörige gesorgt wurde.

Saarbrücken, 17. Januar 1899.

Der Vorstand
des nationalliberalen Wahlvereins für den Kreis Saarbrücken.
J. A.
Louis Vopelius,
Glasfabrikant in Sulzbach.

Vgl. S. 5171.

Anlage I.

Wähler! Im Sprechsaal der „Straßburger Post" Nr. 80 vom Sonntag, den 30. Januar spricht sich ein katholischer Pfarrer folgendermaßen aus:

Aus Baden, 27. Januar.

Erlauben Sie noch ein Wort zu der letzthin mehrfach erörterten Frage, ob die Geistlichen Parteipolitik treiben sollen und dürfen. Der Herr, welcher dafür eintrat, stellt die Geistlichen einfach in die Reihe aller Staatsbürger: Rechtsanwälte, Aerzte, Kaufleute, Wirte. So einfach ist das noch nicht! Ich verweise auf die Offiziere. Der Offizier ist auch Staatsbürger, so gut wie der Pfarrer und die anderen Genannten. Aber er darf sich nicht mit Politik abgeben, er hat sogar kein aktives Wahlrecht. Das ist meines Erachtens auch der Fall mit der Geistlichkeit, wenigstens mit der katholischen. Auch die katholische Geistlichkeit ist ein Offizierscorps, und zwar auf dem höchsten und edelsten Gebiete, dem der Religion. Der Geistliche soll für den Himmel kämpfen, nicht für die Erde, und das Ansehen des geistlichen Kleides leidet, wenn es mit dem irdischen Staube der Parteikämpfe befleckt wird. Der Priester soll über all dem kleinlichen Erdentreiben stehen, hoch auf geistiger Zinne, lediglich darauf bedacht, den Weg zum Himmel zu weisen. Es ist also keine Beschränkung, sondern eine Ehren- und Ausnahmestellung, die man ihm zuweist, wenn man ihn von der Arena fernhält, in der persönliche Kämpfe um irdische Angelegenheiten nur zu viel Schmutz aufwirbeln machen. Wer sich dem Offizierstande widmet, der weiß von vornherein, daß er sich mit Politik nicht beschäftigen soll. Will er dies, so kann er eben nicht Offizier werden, sondern muß einen anderen Beruf wählen. Gradeso ist es mit dem Geistlichen. Wer sich dem Priesterstande widmen will, der soll rechtzeitig bedenken, daß seine Aufgabe auf religiösem Gebiet liegt. Er soll die Geheimnisse des Glaubens erklären, soll das religiöse Leben in seiner Gemeinde anfachen, soll durch eigenes Beispiel und durch Ausübung seiner Priesterpflichten die Gläubigen nach oben weisen. Wer sich dieser Aufgabe nicht gewachsen fühlt, der soll dem Altar fern bleiben und Rechtsanwalt, Arzt, Wirt, Kaufmann oder — Zeitungsredakteur werden. In allen diesen Berufen, hauptsächlich in der Presse, kann er politisch thätig sein, soviel er immer will. Aber der Dienst des Allerheiligsten ist nicht für Parteipolitik und ähnliche irdische Nichtigkeiten bestimmt, in derem verwirrendem Kreise man nur zu leicht den Blick vom Höchsten abwendet. Ein Pfarrer, der sich als Parteimann fühlt und benimmt, kann natürlich das Vertrauen der einer gegnerischen Partei Angehörigen nicht in dem Maße genießen, wie das seiner eigenen Parteigenossen. Je intensiver er sich am politischen Leben beteiligt, desto größer ist das Mißtrauen, welches ein Teil seiner Pfarrkinder gegen ihn empfindet. Darunter leidet sein religiöser Einfluß, seine Stellung als Seelsorger, seine Bedeutung als Hirt. Ich habe, und viele meiner Confratres teilen meine Ansicht, das Wort, wonach der Priester in die Sakristei gehöre, niemals als eine Beleidigung empfunden, sondern als eine Ehrenbezeugung. Nach unserer Ansicht gehört der Priester nicht in die lärmenden Volksversammlungen und Wahlberatungen, nicht in die rabulistischen Verhandlungen der Parlamente, nicht auf die Redaktion mit ihren Preßplaidoyers, welche oft mehr von advokatorischer Geschicklichkeit zeugen, denn von dem Streben, der Wahrheit zu dienen. Die Zeit, welche der Priester auf derlei irdische Dinge verwendet, sollte er auf die Seelsorge anwenden, dann würde er mehr Nutzen stiften. Denn an Abgeordneten und Redakteuren mangelt es auch ohne ihn nicht, aber sein Amt können die Abgeordneten und Redakteure nicht wahrnehmen, und die Zeit, die er dem Irdischen widmet, versäumt er notgedrungen im Dienste des Allerhöchsten, zu dem er bestellt ist. Ich habe mit diesen Ausführungen hauptsächlich die Pfarrgeistlichkeit im Auge. Wenn ein Priester sich nicht der Seelsorge, sondern der Redaktion widmet, so liegt die Sache etwas anders, indessen frage ich mich in diesem Falle immer: „Warum ist er denn Priester geworden, warum nicht Redakteur?

Ein katholischer Pfarrer.

---

s. S. 5176 (Strafurtheil). **Anlage 2:**

Anlage 3. Vgl. S. 5182.

St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung.

Organ der Centrums-Partei.

Nr. 136. St. Johann-Saar, Samstag, den 18. Juni 1898. XV. Jahrg.
1. Blatt.

Zu den Stichwahlen.

Diejenigen Wahlkreise, welche am 16. d. M. absolute Stimmenmehrheit auf einen Kandidaten vereinigt haben, können nun ausruhen auf ihren Lorbeern oder dem Gegentheil von Lorbeern. Aber in einer sehr großen Zahl von Wahlkreisen muß sofort die Wahlarbeit von Neuem anfangen, weil die Entscheidung erst durch eine engere Wahl (Stichwahl) zwischen den beiden höchst bestimmten Kandidaten getroffen werden muß.

Die Stichwahlen sind von der größten Bedeutung. Unter den obwaltenden Verhältnissen pflegt bei uns die Zahl der Stichwahlen so groß zu sein, daß von ihrem Ausfall erst der Charakter des künftigen Reichstages abhängt. Die Entscheidung, ob eine Kartellmehrheit zu Stande kommt oder ob das Centrum seine ausschlaggebende Stellung wahrt, kann dieses Mal leicht in die Stichwahlen verlegt werden.

Die größte Sorgfalt in der Behandlung der Stichwahl ist also nöthig. Aber auch große Geschwindigkeit. Es bleiben nur wenige Tage Zwischenzeit; davon darf kein Tag und nicht einmal eine Stunde vergeudet werden. Die Führer und die organisirten Gehilfen müssen sofort auf dem Posten sein, nachdem sich herausgestellt hat, daß eine Stichwahl zu erwarten ist. Schon ehe das amtliche Wahlergebniß festgestellt und verkündet ist — das geschieht bekanntlich erst am 4. Tage nach der Wahl — muß auf Grund der privaten Ermittelungen die Vorarbeit für die Stichwahl in Gang gesetzt werden. Je schneller die Parole ausgegeben wird, desto wirksamer wird sie. Die Wähler-

Noch: **Anlagen zu Anlage I.**

schaft hat auf der andern Seite die Pflicht, die Parole schnell aufzufassen, und ihr nach Kräften die weiteste Verbreitung und die beste Beachtung zu sichern.

Wenn ein Kandidat der Centrumspartei mit zur Stichwahl steht, so ist die Parole ja selbstverständlich. Alle zielbewußten Parteigenossen müssen dann sofort mobil bleiben für den neuen Wahlkampf, und alle säumigen und unsicheren Kantonisten müssen mobil gemacht werden. Bei einer solchen Stichwahl muß noch mehr Eifer entfaltet werden, als bei dem ersten Wahlgang. Und da der organisirte Parteidienst in den wenigen Tagen nicht Alles kann, was er wohl möchte, so ist die Mithilfe der privaten Agitation in Bekanntenkreisen 2c. gerade bei Stichwahlen besonders erwünscht. Man lasse sich nicht dadurch einschläfern, daß der Gegenkandidat ja so und so viel tausend Stimmen weniger habe. Die Gegenseite entfaltet auch alle werbenden Kräfte, die sie hat, und schon öfter sind Kandidaten, die mit bedeutendem Rückstande in die Stichwahl kamen, als Sieger daraus hervorgegangen. Wir dürfen nicht übersehen, daß die verschiedenen anderen Parteien sich leicht zusammenfinden im Haß gegen das Centrum, wenn sie sich auch vorher gegenseitig in den Haaren gelegen haben.

Wenn zwei Angehörige anderer Parteien in Stichwahl stehen und die Centrumswähler sich für das „kleinere Uebel" entscheiden sollen, so ist die Haltung nicht selbstverständlich, sondern unterliegt einer Entschließung von Fall zu Fall.

In manchen Wahlkreisen sind schon vor der Hauptwahl feste Abmachungen für den Fall der Stichwahl getroffen. Dort ist die bereits ausgegebene Parole treu zu befolgen, es sei denn, daß die berufene Stelle, welche die erste Parole ausgegeben hatte, in Folge veränderter Verhältnisse die alte Anweisung widerruft und eine neue ausgibt. Eine solche Aenderung könnte nothwendig werden, wenn die Hauptwahlen überraschende Ergebnisse brächten, welche die Gesammtlage erschüttern. Würden z. B. die Hauptwahlen den Kartellparteien schon nahezu die Mehrheit bringen, so dürften wir in keinem Wahlkreise mehr für einen Konservativen eintreten, und sollten andererseits die Hauptwahlen die positive wirthschaftliche Mehrheit (mit Einschluß des Centrums) gefährdet erscheinen lassen, so könnten wir nicht mehr für einen Freisinnigen stimmen. Diese Fälle sind nicht wahrscheinlich, aber man muß für alle Möglichkeiten gerüstet sein.

Die nothwendige Rücksicht auf die Gesammtlage begründet auch für alle Parteigenossen die Pflicht, bei den Stichwahlen nicht nach persönlichem Eigensinn zu handeln, sondern sich streng an die Parteidisziplin zu halten.

Besonders streng muß man bei der Stange bleiben, wenn Abmachungen mit anderen Parteien getroffen sind (gegenseitige Hülfe bei den Stichwahlen in verschiedenen Kreisen). Ein Mann ein Wort! Wollten die Wähler ihre Parteiführer bei der Einlösung solcher Abmachungen im Stich lassen, so wäre die Ehre der Partei und ihre Bündnißfähigkeit geschädigt.

Werden einem Stichwahl-Kandidaten von den Autoritäten der Centrumspartei Bedingungen für die Wahlhilfe unterbreitet und erfüllt er dieselben in der verlangten Form, so muß er allseitig Unterstützung finden, als ob er unser eigener Kandidat wäre.

Vor Allem folge man treu der Parole der Wahlenthaltung, wo die berufenen Führer sie ausgeben mußten. Es hat schon viel Verdruß und Aergerniß gegeben, wenn Hitzköpfe sich nicht enthalten konnten, aus besonderm Haß gegen den einen Kandidaten für den nicht unterstützungswürdigen Gegenkandidaten zu stimmen. „Muth zeiget auch der Mameluk, Gehorsam ist des Christen Schmuck."

Centrums-Wähler-Versammlung.

Sonntag, den 19. dieses Monats, Nachmittags 4 Uhr, findet im katholischen Vereinshause zu St. Johann, Mainzerstraße eine Wähler-Versammlung statt, wozu die Parteigenossen des Kreises eingeladen sind. Es werden reden die Herren Abgeordneten Trimborn-Köln und Euler-Bensberg. Das Wahl-Comité. NB. Zu dieser Versammlung sind auch diejenigen Wähler des Kreises, die sich für die Kandidatur des Herrn Euler interessiren, höfl. eingeladen.

Anlage 4. Vgl. Anlage 9a S. 5197.

Anlage 5. Vgl. S. 5192.

An die Bergleute des Kreises Saarbrücken!

Der „Bergmannsfreund", der sich als schlimmster Feind der Bergleute stets bewährt hat, der für die Interessen des Bergmanns bisher noch nichts leistete, aber dafür aus den Vertrauensmänner-Versammlungen nur solche Berichte brachte, die sehr gefärbt waren und stets nur nichtssagende Worte enthielten, oder Lobhudeleien der Verwaltung, durch die dem Bergmann nicht geholfen ist, hat sich in seiner gestrigen Nr. 69 wieder einmal kräftig durchgelogen. In einer Weise geht es gegen das Centrum und seine Wähler vor, die seine Erbärmlichkeit in das rechte Licht stellt. Das Geschreibsel dieses amtlichen Monateurs hat nur den Zweck, den Bergleuten Sand in die Augen zu streuen.

Bergleute! Ihr müßt diesem Erguß des Blattes gebührend Rechnung tragen. Es ist sonst nicht unsere Gepflogenheit, diesem bedeutungslosen Blatt zu folgen, aber heute, wo wir annehmen müssen, daß der Appell an die Bergleute einen amtlichen Charakter hat, müssen wir eine Ausnahme machen, um die amtlichen Irrthümer, denn anders können wir die Auslassungen nicht nennen, festzunageln, die man gegen das Centrum auszunützen sucht. Es heißt in dem Artikel:

> Kameraden! Unser Kaiser bedarf einer starken Regierung, soll er alle die hochherzigen Pläne, welche er insbesondere auch für das Wohl der Arbeiterklasse hegt, durchführen. Darum wählet Boltz und nicht „Euler", heißt es dann weiter.

Jawohl bedarf unser Kaiser einer starken Regierung, um für die Wohlfahrt des Volkes arbeiten zu können. Wer hemmt diese Arbeit? Niemand anders, als die Kandidaten, für die sich der Bergmannsfreund von Amtswegen ins Zeug legt. Frhr. v. Stumm ist es, dieses Bleigewicht in der Entwickelung einer gesunden Sozialreform, wie ihn Dr. Muth richtig bezeichnete, von Stumm und seinen Trabanten, zu denen auch der Candidat der Nationalliberalen, Herr Justizrath Boltz gehört. Sie sind es, die dem Kaiser die Durchführung seiner reformerischen Pläne erschweren, die er zum Wohle der Arbeiter gefaßt hat.

Bergleute! Und solche Candidaten wollt Ihr wählen? Solche Candidaten, die Euch das bischen Leben, das Ihr habt, noch verleiden, die bisher für Euch nichts gethan haben, und in Zukunft nichts für Euch thun werden? Solche Candidaten, deren Creaturen Euch, wenn Ihr denselben den Willen nicht thut, schinden, schikaniren, Euch als Gott weiß was betrachten, mit dem man machen kann, was man will, wollt Ihr Eure Stimme geben? Solche Candidaten, die Euch Eure geistige Kost vorschreibt, die Euch als unreife Menschen, als stumpfsinnige, der Vormundschaft bedürftige Menschen betrachten, und Euch auch so behandeln, solchen Candidaten wollt Ihr Eure Stimme geben?

Noch: Anlagen zu Anlage I.

Bergleute! Wir halten Euch für zu vernünftig, als daß Ihr diese Dummheit begehen könntet. Ihr verdankt Euren Arbeitgebern ebensoviel, wie diese Euch verdanken. Der Staat verdient durch Euch eine stattliche Summe Geldes, und daß Ihr dafür noch danken sollt, ist eine Zumuthung, die Euch nur ein ganz beschränkter Kopf stellen kann. Ihr habt ein Anrecht auf die Dankbarkeit des Staates für Euren Fleiß, für Eure Ausdauer, und diese Dankbarkeit soll der Staat Euch geben bei der Wahl Eures Candidaten zum Reichstag, indem er Euch frei wählen läßt, den Mann Eures Vertrauens, und nicht den, der zwar Eurer Behörde Recht sein kann, aber für Euch und Eure Interessen keinen Finger rührt.

Bergleute! Ihr habt ein verfassungsmäßig gewährleistetes Recht, das Euch zusteht, und nach dem Ihr wählen könnt, wen Ihr wollt. Also laßt Euch durch den amtlichen Bergmannsfeind nicht beirren, sondern wählt alle am 24. Juni Euler, den Mann des Volkes, der sich in seinem Patriotismus nicht übertreffen läßt von einem Freiherrn von Stumm, Boltz, einem höheren und niederen Bergbeamten, mag er heißen, wie er will, oder von sonst einer gefügigen Kreatur, die mit schönen Worten alles gethan zu haben glaubt.

Darum Bergleute, aufgepaßt! Traut ihnen nicht, die jetzt die Krallen versteckt haben und mit Sammtpfötchen zu Euch kommen, um Euch nach gethaner Arbeit diese Krallen fühlen zu lassen. Traut Ihnen nicht, die Euch Alles vorgaukeln, um Euch zu fangen. Fürchtet Euch aber auch nicht vor solchen, die in ihrer Brutalität Euch drohen sollten, sondern geht hin an die Wahlurne und wählt Euler, wenn Ihr überzeugt seid, daß er Euer geeigneter Vertreter ist.

Der „Bergmannsfreund" hat für Euch bis jetzt noch nichts gethan und wird auch für die Zukunft nichts für Euch thun, da fragen wir, mit welcher Berechtigung er sich an Euch wendet, damit Ihr Boltz wählt. Mit keiner. Einem solchen Wisch schenkt man keine Aufmerksamkeit und läßt sich nicht von ihm irre führen. Wir betonen nochmals: Er ist des Bergmanns schlimmster Feind. Also nochmals Bergleute, aufgepaßt: Muthig ans Werk! Laßt Euch nicht beirren von den Phrasen des Nationalliberalismuß. Glaubt den Lügnern nicht, die Euch vor machen, das Centrum sei nicht national. Das Centrum ist und war stets national, es hat sich hierin von keinem übertreffen lassen, am allerwenigsten von dem verkrachten Nationalliberalismus, der unserm Kaiser und König vor 6 Jahren seine Treue kündigen wollte.

Bergleute! Wähler! Von dieser Gesellschaft lassen wir uns nicht übertreffen, unser Patriotismus ist nicht von heute auf morgen, er war und ist für alle Zeit, und wer seinem Kaiser einen großen Gefallen erweisen will, der wähle am 24. Juni Euler, auf das der Kaiser seine herrlichen Februarerlasse durch die Unterstützung aller wahren Sozialpolitiker verwirklichen kann, zu des Volkes und des Reiches Wohl.

Vgl. S. 5194 bis 5195.

Anlage 6.

St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung

Organ der Centrums-Partei.

Nr. 134. St. Johann-Saar, Donnerstag, den 16. Juni 1898. XV. Jahrg.

St. Johann, den 16. Juni 1898.

Ein letztes Wort vor der Wahl richtet die „Neue" an ihre Leser, die leider, Gott sei's geklagt, ein verschwindend kleines Häuflein sind, daß man sie mit der Laterne suchen muß, um überhaupt einen zu finden, und malt in ihrer ihr eigenen Weise das Schreckgespenst des Ultramontanismus in allen seinen Abscheulichkeiten an die Wand. Daß dabei unser Candidat, Herr Euler, nicht glimpflich wegkommt, ist in Anbetracht der Bildung, der sich die Schleifsteinmänner rühmen, wohl erklärlich; aber, daß die Neue zum Schlusse ihres Artikels noch an der Wahrheit dessen, daß Euler Bergmann war, zweifelt, nachdem wir ihr kurz klipp und klar dieses gesagt, setzt allem die Krone auf. Bergräthe, Hueck und Wiggert, gingen ebenfalls mit der Behauptung Euler sei nie Bergmann gewesen, hausiren, um die Bergleute vor der Candidatur Euler zu warnen. Dieser ein echtes rheinisches Kind, dem auch ein Königl. Bergrath nicht imponirt, namentlich dann nicht, wenn er, auf Kosten der Wahrheit zu Ungunsten eines Gegners, Behauptungen aufstellt, für die er schwerlich den Beweis der Wahrheit anzutreten im Stande ist, ist den „Machern" die Antwort nicht schuldig geblieben; an den Bergrath Huck in Louisenthal hat er folgendes Schreiben, das doch wahrhaftig nicht davon zeugt, das wir Unwahres behaupteten, als wir schrieben: Euler sei Bergmann gewesen, gerichtet:

Herrn Bergrath Hueck
Hochwohlgeboren
Louisenthal.

Sehr geehrter Herr!

Es ist mir gestern in Guichenbach von hochgestellten und glaubwürdigen Personen mitgetheilt worden, Sie hätten mich in öffentlicher Versammlung als Lügner dargestellt. Ich versichere hiermit auf Ehrenwort, daß ich thatsächlich in den Jahren 1856/57 und 58 über 2 Jahre Bergmann gewesen, auf den Erzgruben Weiß, Berzelius und Blücher in der Aufbereitung und zuletzt in der Grube Appel als Fördermann gearbeitet habe, was ich leicht durch noch lebende Kameraden und Vorgesetzte beweisen kann.

Da ich Ihre Aeußerung als eine persönliche Ehrenkränkung und Beleidigung auffasse, die um so schwerer verletzend für mich ist, weil sie in öffentlicher Versammlung gegen mich geschleudert wurde, so darf ich wohl von Ihnen als Ehrenmann erwarten, daß Sie kein Mittel unversucht lassen werden — und zwar noch vor den Wahlen — um die mir in der Oeffentlichkeit angethane Schmach öffentlich zu sühnen. Anderfalls werde ich Mittel und Wege wissen, Sie zur Verantwortung zu ziehen.

Hochachtungsvoll
Euler,
Kunsttischlermeister in Bensberg.
Mitglied des deutschen Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses.

Die „Neue" wird hoffentlich ehrlich genug sein, von diesem Brief des Herrn Euler ihren Lesern Mittheilung zu machen.

Der Centrumsthurm,
das Centrum-Panier
im Saarrevier!

Bei Sonnenschein und Wettersturm
Steht das alte Centrumsthurm,
Fest und treu wie die Wacht am Rhein!
Wird stets das starke Centrum sein.

Hoch weht im schwarzen Saarrevier
Des schwarzen Centrums rein Panier
Dies zeigt das Volk in starker Zahl
Heute bei der Reichstagswahl!

Noch: Anlagen zu Anlage I.

Eingesandt

Ein dieser Tage eingetroffener Ministerial-Erlaß verbietet den Beamten strengstens, die Arbeiter bei der Wahl zu beeinflussen. Veritas.

Kath. Vereinshaus St. Johann.

Centrums-Versammlung. Heute Donnerstag, Abends 8½ Uhr, findet hierselbst eine Versammlung der Centrumswähler beider Städte statt, zu der ergebenst eingeladen wird.

Das Comité.

Vgl. S. 5194 bis 5195.

Anlage 7.

St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung.

Organ der Centrums-Partei.

Nr. 189. St. Johann-Saar, Mittwoch, den 22. Juni 1898. XV. Jahrg.

Nicht ohne Allerhöchsten Befehl ist an die Ressortminister die Weisung ergangen, ihre Untergebenen dahin zu belehren, daß bei der Wahl nichts gegen das Centrum zu unternehmen sei. Indem wir dieses zur Kenntnis unserer Leser bringen, bitten wir, nur ruhig bei der Stichwahl für das Centrum zu stimmen, kein Haar wird ihnen gekrümmt werden. Sollte sich trotzdem ein Beamter finden, der gegen den Willen des Kaisers handelt, so werden wir schon Mittel und Wege finden, seine Thaten an passender Stelle vorzubringen. Also keine Furcht, und muthig zur Wahl!

St. Johann, den 22. Juni 1898.

Wir bitten unsere Freunde und Correspondenten uns nach der Stichwahl, also noch am Freitag Abend, das Resultat der Wahl telegraphisch mitzutheilen, damit wir in der Lage sind, gleich Abends noch ein übersichtliches Bild des Wahlresultates zu geben.

Um Irrthümern vorzubeugen, theilen wir mit, daß, trotzdem Herr Euler bereits gewählt ist, wir ihn hier wählen können. Es wird, wie er in der Versammlung am Sonntag erkärte, wenn er hier im Kreise gewählt wird, daß hiesige Mandat annehmen und unsern Kreis im Reichstag vertreten, während die Wähler des anderen Kreises einen neuen Kandidaten zu wählen haben. Also lasse sich keiner abhalten, am Freitag Euler zu wählen.

Altenkessel, 21. Juni.

Der Verlauf der Wahl am letzten Donnerstag scheint Vielen großen Aerger bereitet zu haben. Etliche Steiger der hiesigen Grube verhöhnen in nicht erlaubter Weise bei der Befahrung unsere Bergleute. Doch lassen sich diese nicht irre machen und arbeiten ruhig weiter, während sie auch das ihrige denken über solche Vorgesetzten, die sich so wenig vernünftig zeigen. (Wir sind der Meinung, daß, wenn die Verhöhnung zu schlimm wird, sich die Bergleute beschwerdeführend an ihre Vorgesetzten wenden sollen, die werden schon Abhülfe schaffen. Sollte dieses nicht helfen, so schreibe man an uns, dann werden wir das Nöthige schon nachholen. Den Steigern aber dürfen wir verrathen, daß wenn sie so fortfahren, sie unsere Sympathien vollständig verlieren werden. Im verflossenen Jahre sind uns unzähliche Zuschriften zugegangen von Steigern aller Richtungen, auch von Boltzianern, in denen sie uns baten, für ihre Interessen einzutreten, wir haben dieses auch gethan und manches erreicht. Wenn sich die Herren aber so benehmen, wie uns dieses aus allen Bezirken geschildert wird, dann mögen sie uns in Zukunft verschonen mit ihren Bitten, denn für die Peiniger der Bergleute haben wir kein Interesse mehr. Sie mögen sich dann gefälligst an ihre Auftraggeber wenden, oder an den Herrn Boltz, die werden dann „vielleicht" aus Dankbarkeit über den Dienst, den sie ihnen geleistet haben, sich herbeilassen, ihre Interessen zu verfechten, ob mit Erfolg muß die Zukunft lehren, die Vergangenheit hat davon bis jetzt noch nichts gezeigt. Die Bergleute aber möchten wir bitten, am 24. Juni die Antwort auf diese schmutzige Arbeit der Steiger zu geben, indem sie Mann für Mann ihre Stimme dem Herrn Euler geben. Er wird schon bei der ersten sich ihm bietenden Gelegenheit im Reichstag, denn er kommt bestimmt in den Reichstag, das Gebahren der Beamten hier an der Saar in gehöriger Weise beleuchten. Anm. D. R.)

Anlage 8.

St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung.

Organ der Centrums-Partei.

Nr. 132. St. Johann-Saar, Dienstag, den 14. Juni 1898. XV. Jahrg.

Zehn Wahlgebote zur Beherzigung für jeden Centrumsmann in dieser Wahlperiode:

1. Du sollst für den Centrums-Kandidaten Wähler zu gewinnen suchen und durch freie Ueberredung in Versammlungen, Werkstätten, Gesellschaften 2c. nie aber durch Zwang, Druck, Versprechungen, — überhaupt nie durch ein unlauteres Mittel!

2. Du sollst vor allem deine Verwandten, deine wahlfähigen Söhne, deine Untergebenen durch dieses rechtliche Mittel belehren und für die Sache des Centrums zu gewinnen suchen.

3. Du sollst besondere Mühe verwenden bei den sogenannten „Drückebergern", die sich um Gott und die Welt nicht kümmern, denen alles, was nicht in ihre tägliche Beschäftigung einschlägt, lästig vorkommt, vornehmlich aber die Wahl.

4. Du sollst dir zur Pflicht machen, wenigstens einen unsicheren „Kantonisten" zu gewinnen und am Tage der Wahl über ihn wachen, daß er bestimmt den Wahlzettel für den Centrumskandidaten in die Wahlurne legt.

5. Du sollst in deinem Kreise frühzeitig die Wahlzettel vertheilen und sie möglichst dem Wahlmanne persönlich einhändigen. Gar leicht verlegt oder vergißt die Frau, das Kind den Zettel und der Wähler erhält gar keine Kenntniß von dem Dasein eines solchen.

6. Du sollst ohne Furcht deinen Centrumskandidaten wählen, niemand weiß, wen du wählst, niemand kann es dem Papiere ansehen, wessen Name darauf gedruckt ist.

7. Du sollst am Wahltage selbst der erste sein, der seinen Centrumszettel in die Wahlurne legt, damit kein unvorhergesehener Fall im Laufe des Tage dir dein kostbares Gut, das Wahlrecht, noch in letzter Stunde nehmen kann.

8. Du sollst für die übrige Zeit des Tages dich, wenn möglich, in den Dienst des Wahlkommitees stellen und alle dir von der Seite angewiesenen Aufträge freudig und schnell verrichten.

9. Du sollst auch deine Untergebene, deine Söhne 2c. für den Tag in den Dienst des Comitees stellen, und falls du im Besitz anderweitiger Hülfsmittel bist, sie freudig für die große Sache des Tages hergeben. Das Comitee hat vieles und vielerlei an dem Tage zu besorgen und wird jedes Entgegenkommen seitens der Wähler dankbar annehmen.

Noch: Anlagen zu Anlage I.

10. Du sollst am Schlusse auch dein Scherflein zu den Unkosten beitragen, denn sie sind groß. Hast Du viel, so gieb viel, hast du aber wenig, so gieb von dem Wenigen mit gutem Herzen.

Vgl. S. 5180. **Anlage 9a.**

St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung.

Organ der Centrums-Partei.

Nr. 133. St. Johann-Saar, Mittwoch, den 15. Juni 1898. XV. Jahrg.

Anleitung zum Wählen.

Erster Wähler: „Nun, lieber Nachbar, am 16. ist Wahltag, ich war zu Lichtmeß 25 Jahre und nun freue ich mich, dieses Mal auch mitwählen zu können. Ihr seid schon ein alter Wähler, habt bei mancher Wahl mit meinem Vater, Gott hab' ihn selig, zusammen gestimmt. Wie wählt man, lieber Nachbar?

Zweiter Wähler: Du faltest den Wahlzettel auf welchem steht: J. Euler in Bensberg doppelt zusammen, hältst ihn feste in der Hand, ein anderer braucht ihn nicht zu sehen, gehst am Donnerstag, 16. Juni, in der Zeit zwischen 10 Uhr Vormittags und Abends 6 Uhr in das Wahllokal (ich gehe schon um 10 Uhr, damit ich ja meiner Pflicht nachkomme), trittst vor den Wahltisch, nennst Deinen Namen und Wohnort und giebst den Zettel, wie schon gesagt, beliebig klein gefaltet — so daß er nicht gelesen werden kann — dem Wahlvorsteher. Derselbe muß den Zettel uneröffnet, wie Du ihn übergiebst, sofort in das vor ihm stehende verdeckte Gefäß (Urne) zu den andern bereits abgegebenen Zetteln werfen. Du kannst, wenn Du willst, nach Abgabe des Zettels das Wahllokal wieder verlassen. Du kannst aber, wenn Du Zeit hast, drin bleiben, so lange Du willst, um aufzupassen, daß keine Unregelmäßigkeiten geschehen. Kein Mensch hat Dir das zu verwehren.

Erster Wähler: Ich danke Euch, lieber Nachbar; ich werde auch schon um 10 Uhr zur Wahl gehen, damit ich ja nicht zu spät komme und damit ich, sobald Ihr mir, lieber Nachbar, einen Wink gebt, laufen kann, um säumige Wähler heranzuholen.

Zweiter Wähler: Noch eins, lieber Franzl. Du weißt, ich bin Ortsvorsteher und ein alter Mann. Aber auch an mich drängen sich die Nationalliberalen heran, um mich zu bethören. Wenn sie Dir also am Wege zum Wahllokale einen Zettel mit dem Namen des nationalliberalen Kandidaten — oder überhaupt einen andern Zettel als für meinen Freund Euler geben würden, so nimmst Du ihn ruhig, bedankst Dich höflich für die Gabe und steckst ihn in Deine hintere Rocktasche ein, damit Du ihn ja nicht mit Deinem Centrumszettel verwechselst. Zu Hause erst kramst Du den falschen Zettel aus und verbrennst ihn. Ein anderer als Deine Freunde braucht davon nichts zu wissen. . . . . Guten Morgen, Franzl!

Erster Wähler: Ich danke Euch, bester Nachbar, für die Belehrung. Alles geschieht, so wie Ihr wollt.

Vgl. S. 5180. **Anlage 9b.**

Wähler des Saarreviers!

Unsere Gegner haben die Stirne, den alten, längst durch Thatsachen widerlegten Vorwurf zu wiederholen, wir trachteten die Staatsgewalt, ja, das gesammte Volksleben der Herrschaft Roms zu unterwerfen und unsere nationale Gesinnung sei bloße Verstellung. Nun aber ist Auf Allerhöchsten Befehl an die Ressortminister die Weisung ergangen, ihre Untergebenen dahin zu belehren, daß bei der Wahl nichts gegen das Centrum zu unternehmen sei.

Seht darin die allerschlagendste Widerlegung jener abgedroschenen Anschuldigungen unserer Gegner. Oder glaubt Ihr, daß unser Kaiser und die höchsten Würdenträger des Reiches nicht besser, als das hiesige, nationalliberale Wahl-Comitee beurtheilen können, ob das Centrum national ist oder nicht, ob es volksfreundlich ist oder nicht, ob es kulturfördernd ist oder nicht?

Gebt die Antwort auf diese Unterstellungen, indem Ihr jetzt gerade Schreinermeister Euler wählt.

Anlage 10. Vgl. S. 5187 ff.

Bote des Sulzbach-Thales.

Nr. 143. Donnerstag, den 23. Juni 1898.

Erklärung.

Auf die Angriffe des Herrn Obersteigers Jakob u. a. erkläre ich Folgendes:

1. Der Altenwalder Knappenverein hatte für letzten Sonntag einen Festgottesdienst mit Kirchgang festgesetzt, ohne der Geistlichkeit davon Mitteilung, geschweige denn Bitte um Mitwirkung zukommen zu lassen. Es ist dies noch lange nicht die erste Beleidigung, die mir seit 6 Jahren von diesem Verein angethan worden. Ueberdies stellte sich heraus, daß der Vorstand gegen § 19 des Statuts, also ungültig gewählt sei. 2. Ein geringer Teil der Mitglieder des genannten Vereins drang am Sonntag kurz nach 2 Uhr in die eben begonnene Christenlehre mit Musik und Gepolter störend ein und es geschah ihnen, wie es störenden Elementen gebührt. 3. Es ist Sache des Pastors, Ordnung in der Kirche und im Gottesdienste aufrecht zu erhalten. 4. Ich habe nie jemanden wegen der Wahl Gewissenszwang anzuthun versucht: ich habe lediglich belehrend erklärt, ein Katholik handle gegen sein Gewissen, wenn er einen Kulturkämpfer wählt oder gegen seine Erklärung stimmt.

Dr. Royer.

Nr. 145. Sonntag, den 25. Juni 1898.

Erklärung.

Der unterzeichnete Vorstand des kathol. Knappen-Vereins Altenwald giebt auf die wiederholten Angriffe der „St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung," sowie auf die diesbezügliche Erklärung des Herrn Pastors Dr. Royer in Nr. 143 des „Bote des Sulzbachthales" den nur allein der thatsächlichen Wirklichkeit angepaßten Bescheid:

es ist nur eine Stimme inmitten der Mitglieder, daß der fragl. Verein mit vollem Bewußtsein correct gehandelt hat, und schon am 15. Mai a. c. dem zuständigen Pfarrgeistlichen durch vier Vorstandsmitglieder von dem Vorhaben unterrichten und bitten ließ, dem Verein am Jubeltage seine Mitwirkung zu Teil werden zu lassen; daß, nachdem der damals zugesagte schriftliche Bescheid über die Entschließung immer ausgeblieben, am 16. Juni der Vorstand durch drei Mitglieder wieder persönlich vorsprach.

Es ist unwahr, das der Verein mit Musik und Gepolter in die Kirche eingedrungen ist oder Störungen gröblicher Art verursacht hat, denn die Musik hat rechtzeitig zu spielen aufgehört und den Bereich der Kirche überhaupt nicht betreten; im Uebrigen hat jedes Mitglied des über 80 Personen zählenden „Häufleins" die Auffassung gehabt, vollberechtigt zu sein, an dem Gottesdienste, dem nach Belieben jeder Katholik beizuwohnen das Recht hat, teilnehmen zu dürfen."

Noch: Anlagen zu Anlage I.

Ferner betrachten wir es als unser unwürdig, auf alle Einzelheiten näher einzugehen und die gebührende Antwort darauf zu geben.

Der Vorstand des kathol. Knappenvereins Altenwald.

Nr. 147. Dienstag, den 28. Juni 1898.

Der „Erklärung" des „Vorstandes" des Altenwalder Knappenvereins" in Nr. 145 des „Bote des Sulzbachthales" gegenüber halte ich meine Behauptungen vollständig aufrecht. Nach dem in jener Erklärung angeschlagenen Tone verbietet mir meine Würde jede weitere Erörterung.

Dr. Royer.

Nr. 150. Freitag, den 1. Juli 1898.

Erklärung.

Der Vorstand des kath. Knappenvereins Altenwald sieht sich auf die wiederholten Entstellungen der wahren Thatsachen durch Herrn Pastor Dr. Royer veranlaßt, nochmals und endgültig zu erklären: Wir widerlegen aufs entschiedenste die wider besseres Wissen gemachte Darstellung und verweisen auf unser Inserat in Nr. 145 des „B. d. S.-Th." als nur allein richtige Auslegung der Sachlage.

St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung.

Nr. 136. Samstag, den 18. Juni 1898 I. Blatt.

Altenwald, 17. Juni. Der hiesige katholische Knappenverein hat einen merkwürdigen Vorsitzenden. Derselbe hielt nämlich in der liberalen Versammlung eine Ansprache zu Gunsten des liberalen Kandidaten Herrn Boltz und schloß mit einem Hoch auf denselben. Und das läßt sich dieser Verein, der am Sonntag sein 25jähriges Stiftungsfest feiert, ruhig gefallen. Wie werden sich die benachbarten Knappenvereine freuen, wenn sie am Sonntag hierhin kommen und sich an den Triumphwagen eines liberalen Vertrauensmanns gespannt sehen!

Vgl. S. 5188.

Nr. 139. Mittwoch, den 22. Juni 1898.

Altenwald, 21. Juni. Samiel hilf! Helfe, was helfen kann! Unter dieser Wahl-Parole des hiesigen Nationalliberalismus muß auch folgendes Manöver gelten. Da ist hier ein Knappenverein, dessen statutenmäßiger Ehrenpräses der Pastor ist. Nun hat sich dieser Verein bisher um den Ehrenpräses garnicht gekümmert, sogar ein 25jähriges Stiftungsfest festgesetzt mit Kirchengang, Fest-Gottesdienst und Predigt — ohne dem Pastor irgend eine Anzeige, geschweige Bitte um Mitwirkung zukommen zu lassen. Die Folge war, daß am letzten Sonntag ein Häuflein Knappen mit Fahne nach 2 Uhr in die Christenlehre in der Kirche mit Musik und Gepolter eindrang und vom Pastor selbstverständlich aus der Kirche gewiesen wurde. Nun wird auch das von den Liberalen gegen das Centrum ausgenutzt. Es heißt, der Pastor habe den Bergmannsstand beschimpft, und zwar wegen des Liberalismus dieser Knappen. Gleich Montag hielt Obersteiger Jakob von Sulzbach in diesem Sinne im Verlesesaal eine Rede an die zum Einfahren fertige Gruben-Mannschaft. Wir fragen: Muß denn der Liberalismus zu solchen unredlichen Kniffen greifen, um sich zu retten?

Vgl. S. 5172.

Anlage 11.

Rede des Pastors Dr. Royer-Sulzbach.

Auf Text: „Ein guter Hirte läßt sein Leben für seine Schafe", knüpfte der Pastor ungefähr folgende Wahlrede an die Kirchenversammlung:

Ich bin auch als Hirte vorgesetzt, ihr seid die Schafe, und als solcher habe ich für euer geistiges und leibliches Wohl zu sorgen und will auch auf die Bedeutung der am folgenden Freitag stattfindenden Stichwahl aufmerksam machen. Die auch wohlbekannte ungenannte Partei, die wir zu bekämpfen haben, ist eine entschiedene Gegnerin der katholischen Partei, was sie schon seit dem Bestehen des Reichstages bewiesen hat. Diese Partei zu bekämpfen, ist die Pflicht eines jeglichen Katholiken, der es ehrlich mit seiner Religion meint. Die auch wohlbekannte ungenannte Partei sagt wohl, der Priester gehört in die Kirche und nicht in die Politik und diese gehört nicht auf die Kanzel. In Bezug auf die reine Politik mag dieselbe nicht Unrecht haben, aber hier handelt es sich nicht um Politik, hier handelt es sich um unsere Religion, welche die ungenannte Partei seit ihrem Bestehen bekämpft hat. Sie wollen durch diese Redensarten uns Priester mundtodt machen, uns zu Bürger II. Klasse verurtheilen; ja sind wir denn nicht eben so gut Bürger, wie diese, zahlen wir nicht auch unsere Steuern, mußten wir nicht auch bis ungefähr vor 10 Jahren Soldat werden? Uns wollen sie unser Wahlrecht rauben, damit auch die Stütze der Religion geraubt oder doch geschmälert und unterdrückt wird. Nun frage ich euch, wer ist der Feind, der euch kulturkämpferisch seit 1873 zu nichte machen wollte? Es ist die ungenannte Parthei, die den Kulturkampf eingeleitet und durchgeführt hat und auch einen Bestandtheil euerer Religion nach dem anderen abgenommen hat und immer mit allen Stimmen dafür gekämpft hat, damit die katholische Religion in ihrer Stärke geschwächt wurde. Daß diese jetzt bankerotte Parthei darauf ausging, die katholische Religion zu bekämpfen, will ich euch beweisen.

Ihr Hauptaugenmerk haben sie von je her darauf gerichtet, uns von Rom loszureißen und uns von unserem Kirchenhaupte, dem Papst zu trennen, uns zusammenzuschütteln und eine deutsche Religion, ein Rumpelhausen zu schaffen. Sie wußten wohl, daß Einigkeit unsere Macht war, deshalb ihr Ziel, uns einen anderen Nachfolger als den Nachfolger Petri zu geben. Aber das nicht allein; sie haben es dahin gebracht, daß unsere Bischöfe nicht mehr vom Papste und unsere Priester nicht mehr von den Bischöfen ernannt wurden bezw. als solche ernannt werden sollten. Die Folge davon war, daß die Bischöfe abgesetzt und in's Gefängniß gesteckt, die Priester, die Kämpfe der Religion abgesetzt, ins Gefängniß geworfen und später außer Landes gewiesen wurden. Sie haben es durchgesetzt, daß unsere Priester- und Nonnenkloster, mit Ausnahme der mildthätigen, aufgehoben wurden, daß die Jesuiten außer Landes verwiesen wurden. Auch den wohlthätigen Gesellschaften konnte durch einen Federstrich dasselbe Schicksal passiren. Doch jetzt ist diese Parthei bankerott, denn sie ist noch nicht einmal ein Fünftel dessen, was sie früher war. Dadurch haben wir die kulturkämpferischen Nachtheile vor ungefähr 10 Jahren zum größten Theile zu nichte machen können, weil diese bankerotte Parthei nicht mehr ihre alte Kraft besitzt, aber noch muß sie schwächer werden, denn diese ist unser Feind. Noch ist nicht alles erreicht, noch ist die katholische Religion nicht auf dem Standpunkt ihrer alten Kraft angelangt, noch giebt es zu kämpfen, noch sind die Jesuiten, diese treuen Männer unserer Religion nicht wieder im Lande. Wir sind keine dummen Jungen, wir müssen viel lernen, Examinas ablegen, aber noch lange erreichen wir die Jesuiten nicht an Bildung und Wissen, von ihnen können wir lernen. Dieser bankrotten Parthei, die die katholische Kirche zu jeder Zeit bekämpft, der wollt ihr als katholische Christen eure Stimme geben? Wer es ehrlich meint, der wähle unseren Kandidaten, wählt ihr

Noch: Anlagen zu Anlage I.

aber den der ungenannten Parthei, so seid ihr persönliche Gegner eurer Religion, ihr seid nicht ehrlich, denn ein Katholik kann nur ehrlich sein, wenn er unseren Kandidat wählt und nicht einen Feind der katholischen Kirche, einen der bankrotten Parthei.

Daß es noch viele gute Bürger (Kath.) giebt, habt ihr ja am verflossenen Donnerstage schon bewiesen. Sehr zufrieden bin ich mit dem Hühnerfeld. Altenwald hat gut gewählt. Sogar von Neuweiler sind welche gekommen. Sulzbach hat auch gut gewählt. Doch läßt das Gebiet jenseits der Bahn noch viel zu wünschen übrig. Ist es dort persönliche Furcht oder Druck von gewissen Leuten der ungenannten wohlbekannten Parthei. Ja, dürft ihr denn nicht sagen, schwarz ist schwarz, müßt ihr euch vormachen lassen, daß schwarz weiß oder grau ist? Habt ihr keine persönliche Meinung? Seid ihr nicht selbstständig?

Drum auf zur Wahl, zeigt, daß ihr gute Katholiken seid, zeigt euch als richtige Katholiken und gebt nicht eure Stimme dem Kandidaten der ungenannten katholisch feindlichen Parthei.

Hierzu wird noch bemerkt, daß außer Eingang, der Epistel und Schluß keine Predigt gehalten wurde, sondern nur obige Wahlrede, welche über 1/2 Stunde dauerte; außerdem sind noch die Zeiten der verschiedenen Wahlversammlungen und katholische Vereine bekannt gemacht worden.

Anlage 12.

Vgl. S. 5180.

St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung.

Organ der Centrums-Partei.

Nr. 133. St. Johann-Saar, Mittwoch, den 15. Juni 1898. XV. Jahrg.

Wähler des Saarreviers!

Morgen ist der entscheidende Tag, wo es gilt mit dem Wahlzettel in der Hand zu protestiren gegen die hier so geübte Beeinflussung der freien Wähler, gegen das Bevormundungssystem, gegen die Zumuthung uns zu Heloten herabzudrücken. Darum auf Wähler! brecht den Bann.

Unsere Gegner scheuen vor keinem Mittel zurück, wie wir an anderer Stelle erwähnten, um zu siegen. Uns sind die schmutzigen Mittel nicht geläufig, die überlassen wir den Reichen, den Gebildeten, die wissen in Folge ihrer Stellung besser damit umzuspringen. Wir kämpfen mit anständigen Waffen für unsern Candidaten, und wenn, wie das Sprichwort sagt, das Recht oben schwimmt und Gewalt nicht vor Recht geht, dann wissen wir, wer morgen aus der Wahlurne als Sieger hervorgeht. Es ist Euler, der Volkstribun, der Vorkämpfer für die reine Wahrheit, das wahre Recht und die rechte Freiheit!

Es giebt heutzutage noch viele ganz verständige Leute, die nationalliberal wählen, weil sie glauben, diese Partei sei noch wie früher die einzige, die national und liberal ist.

Diese Rechnung stimmt ganz und gar nicht: Sie ist weder allein national noch wirklich liberal mehr, obwohl sie noch ihren alten Namen führt.

Die nationalliberalen Herren versäumen zwar nie, bei patriotischen Festen und Gedenktagen großartige Reden zu halten und sich und andere zu begeistern; sie thun das gelegentlich auch einmal im Reichstag oder im Landtage. Oefters stiften wohl auch einzelne nationalliberale Herren große Summen für patriotische Denkmäler und Stiftungen. Ob sie es aber immer nur aus nationaler Gesinnung thun, oder nicht auch manchmal deshalb, weil sie gern „Herr Commerzienrath heißen oder so einen hübschen kleinen Orden im Knopfloch tragen möchten? Wenn man genauer hinsieht, da sieht man doch recht viel, was einem deutschgesinnten Manne wenig gefallen kann. Man beachte nur, wie ungenirt sie sich gelegentlich bei Wahlen wie in München, Hannover, Kaiserslautern mit den Sozialdemokraten verbündet haben, gegen die sich sonst vor lauter Abscheu gar nicht zu lassen wissen. Nennt man ein solches Verhalten etwa national?

Und ebensowenig sind sie wirklich liberal. Sie thun sich da zum Beispiel immer sehr viel zu Gute darauf, daß sie das preußische Vereinsrecht gegen die Sozialdemokratie u. s. w., das allerdings sehr reaktionär war, durch ihre Stimme im preußischen Landtage verhindert haben. Das ist zwar richtig. Aber sonderbarer Weise waren gerade sie es, die im Jahre 1890, als sie bei den Wahlen kräftig hereingefallen waren, am lautesten und dringendsten ein Bedrückungsgesetz gegen „Umsturzbestrebungen" verlangten. Also, je nachdem es ihnen in ihren Kram paßt, treten sie einmal mit großem Spektakel gegen Bevormundung des Volkes durch die Polizei auf und schreien ein anderes Mal gerade umgekehrt heftig nach dieser Polizei. Solche kleine Scherze leisten sich die Herren öfters. Ist das etwa wirklich liberal?

Es ist wirklich schwer, ernst zu bleiben, wenn man hört, daß diese Partei, deren Hauptthätigkeit in einem fortwährenden Hin- und Herschwanken besteht, noch dieselbe Achtung bei den Wählern zu finden beansprucht, die sie sich vor dreißig Jahren einmal verdient hatte.

Allmählich sind denn auch zahlreiche Wähler dahinter gekommen, daß es mit den Nationalliberalen recht schlecht bestellt ist. Ein deutlicher Beweis dafür ist, daß sie bei den allgemeinen Reichstagswahlen von 1893 über 680 000 Stimmen weniger erhielten als 1887!! Hunderttausende haben also bereits erkannt: Wer sich auf die Nationalliberalen verläßt, der ist verlassen.

Wen sollen wir nun aber wählen? Freisinnige und Sozialdemokraten sind noch jugendfreundlicher, als die Nationalliberalen, sie sind in nationaler Beziehung ganz unzuverlässig. Nun denn, es giebt eine Partei, die in nationaler Hinsicht ebenso zuverlässig ist, wie die nationalliberale Partei früher einmal — gewesen ist.

Das ist die Centrumspartei! Ihr Candidat der Schreinermeister Jak. Euler. Für sie wollen wir eintreten, ihrem Canditaten die Stimme geben.

Sie tritt für die Größe und Macht des Staates ein, aber sie weiß auch, daß Machtentfaltung nach außen auf die Dauer nur möglich ist, wenn wir ein kernhaftes und gesundes deutsches Volk haben. Darum fordert sie vor allem soziale Reformen, Schutz der deutschen Landwirthschaft gegen ausländische Konkurrenz, Schutz des deutschen Mittelstandes gegen die Proletarisirung durch das Großkapital, überhaupt Schutz der ehrlichen deutschen Arbeit in Stadt und Land.

Auf deutsche Wähler! Arbeiter, Bergleute, Handwerker, Bürger! an die Wahlurne! Gebt Eure Stimme ab für den Mann des Volkes, den Schreinermeister Jak. Euler. Er giebt uns die beste Gewähr dafür, daß unsere Interessenvertretung bei ihm in guten Händen ist.

Auf für Euler ist die Parole, durch das Feldgeschrei!

Anlage 13

Vgl. S. 5180.

(siehe Anlage 9a).

Noch: Anlagen zu Anlage I.

Vgl. S. 5184. **Anlage 14.**

Neue Saarbrücker Zeitung

(Neuer General-Anzeiger.) General- (Reichs-adler) Anzeiger (Neueste Nachrichten.)

für die Städte St. Johann-Saarbrücken, Malstatt-Burbach und das Saargebiet.

Nr. 131. Montag, den 16. Mai 1898. Jahrg. 20.

Die erste Centrumsversammlung.

Das Centrum hat nun in unserem Wahlkreise seine Aktion begonnen, es hat gestern eine Heerschau in St. Johann abgehalten und dem auf den Schild erhobenen Kandidaten dem versammelten Volke gezeigt, nein, vielmehr zeigen wollen, denn was da auf die dringend ergangenen Aufforderungen hin zur Parade erschienen war, ein so kleines Bruchtheilchen des Ganzen, kann nicht das Volk genannt werden. Knapp 400 Leutchen, wohl zumeist Landbewohner, konnte der Saal des kath. Vereinshauses aufweisen, allerdings nicht zu vergessen, noch einige Korsett, Federhut und Schleier tragenden Menschenkinder mehr. War es die allen Evakindern angeborene Neugier, war es die Sorge um die rechtzeitige Heimkehr des Ehegatten, die sie bewog, das holde Näschen in eine politische Versammlung zu stecken, oder waren es — warum nicht? — Agentinnen des Agitationsgeneralstabs, weiß doch die Diplomatie die Fähigkeiten der Damen recht wohl zu schätzen und bedient sich ihrer, wo sie es für gerathen erachtet? Ja, es gibt Diplomaten und Diplomatinnen, beide tragen manchmal lange Röcke.

Die gestrige Kandidatenparade des Centrums machte in Anbetracht der kleinen Zahl der angetretenen Soldaten — man rufe sich dagegen die von 3000 Wählern besuchte Versammlung in der Saarbrücker Markthalle ins Gedächtniß — keinen sonderlich imposanten Eindruck. Das Befehlshaberkorps war verhältnißmäßig besser vertreten — an 15 geistliche Herren hatten auf dem Podium Platz genommen. Dagegen war ein Theil der erschienenen Truppen gut geschult und verstand sich aufs Beifallklatschen, überhaupt war die Stimmung der Soldaten gut, die richtige — Bravostimmung. Herr Pastor Becker von Saarbrücken eröffnete die Versammlung, stellte den Herrn Kandidaten, Tischlermeister Euler aus Bensberg, vor — einen recht behäbig und wohl aussehenden Herrn, dem die Abgeordnetenthätigkeit in den letzten zwei Jahren sehr gut bekommen zu sein scheint. Das Centrumskomitee hat wirklich das Glück gehabt, das muß man sagen, in Herrn Euler einen „schwerwiegenden" Gegner unserm bisherigen Reichstagsabgeordneten gegenüberstellen zu können. Herr Euler, der ja bei seinem glücklichen Temperament zu Scherzen aufgelegt ist, wird uns diesen Scherz wohl nicht verübeln. Herr Becker stellte also Herrn Euler vor unter Mittheilung seiner im Verzeichniß der Abgeordnetenliste enthaltenen und daher auch wohl als bekannt vorauszusetzenden Personalien: Elementarschule und Zeichenschule, zwei Jahre Bergmann, Tischlergeselle und -Meister, Redakteur einer Handwerkerzeitung und Mitglied des Abgeordnetenhauses und des Reichstags. Demnach, so schloß Herr Becker, wissen wir, daß es ein glücklicher Griff war, Herrn Euler hier für Saarbrücken vorzuschlagen. Nachdem er sich noch in etwas erregter Weise über den Unterschied zwischen ultramontan und ultramontan ausgesprochen und der angenehmen Hoffnung Raum gegeben, daß die Zeit gekommen sei für den Kreis Saarbrücken, auch einmal einen Centrums-Abgeordneten in den Reichstag zu senden, richtete er seine Gedanken nach Berlin und nach Rom, um mit einem Hoch auf den Kaiser und den Papst seine Rede zu enden. Sodann ertheilte er Herrn Rechtsanwalt Dr. Strauß das Wort. Es würde zu weit führen, die fünfviertelstündige, formvollendete Rede dieses Herrn zu skizziren. Erwähnt sei, daß er den ihn schon bei seinem am Rednerpulte empfangenden Beifall für seine Person ablehnte, aber für „das erlauchte Centrum" annahm. Zu verwundern ist, daß Herr Dr. Strauß sich bescheiden mit dem Mitteladel für das Centrum begnügte, Se. Durchlauch das Centrum würde entschieden imponirender lauten. Herr Dr. Strauß mahnte sehr zur Eintracht, vermuthlich weil bis vor Kurzem noch die Eintracht des Centrums in die Brüche zu gehen drohte: „Könnte ich es doch mit feurigen Worten rufen, möchten diese Worte hinausgehen, die Schläfer wecken, damit sie in der Eintracht, von der ich geredet habe, zu uns gehören, dann wird der Sieg unser sein!" (Ja, wenn!) Suaviter in modo, fortiter in re soll die Devise für diesen Wahlkampf sein. Bravo! Herr Justizrath Boltz wird mit Vergnügen vernehmen, daß seine Worte, die er in der Markthalle gesprochen, ein so genaues Echo bei seinem Kollegen gefunden haben. Leider werden wir bald sehen, wie schlecht dieses suaviter in modo verstanden wird. Wir schmähen Niemand, sagt Herr Dr. Strauß, und wir schmähen Niemand, sagt sein Nachfolger am Rednerpult, Herr Pastor Dahm von Püttlingen. Hören wir zum Schlusse Herrn Euler. Herr Dr. Strauß vergleicht dann noch die Aufrufe der verschiedenen Parteien mit dem der Centrumspartei, indem er einen einzigen Satz aus diesen herausgreift. Seiner Anschauung nach genügt so ein Satz, um einen ganzen Aufruf zu verurtheilen. Keine Partei findet Gnade vor ihm. Vor dem in dem Aufrufe der nationalliberalen Partei enthaltenen Passus über den Ultramontanismus empfindet er „dégoût". „Wie kann man so etwas schreiben, mit kaltem Blute? Denken, ja, aber nicht schreiben!" ruft er aus. Nachdem Herr Strauß ein großes Loblied, einen sogenannten Panegyrikus, auf das Centrum gesungen und noch bewiesen, daß aus Gründen des Herzens und des Verstandes ein Katholik nur der Centrumspartei angehören könne, das Centrum als Allheilmittel für alle Schäden anempfohlen und seiner Freude Ausdruck gegeben, daß das Flottengesetz zu Stande gekommen, schließt er mit dem Appell an die Zentrumswähler, der gleichzeitig eine kleine Drohung an eine andere Adresse enthält: „Wir werden Mann für Mann zur Wahlurne gehen und dort für unseren Reichstagskandidaten, Herrn Euler, die Stimme abgeben, wir werden auch alle die Personen, auf die wir einen wohlthuenden Einfluß können, veranlassen auf daß diese Leute auch unserem Kandidaten ihre Stimme geben. Daß wir uns doch nicht von der unseligen Menschenfurcht bestimmen lassen! Ich kann Sie versichern, es wird uns kein Haar gekrümmt. Eine so erlauchte wie die Centrumsgesellschaft ist für uns eine gute Gesellschaft. Den möchte ich sehn, der uns doch zu verunglimpfen wagte, ich glaube, er hätte später eine schöne Rechnung zu begleichen! Wir fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt — — —" Für eine so erlauchte Gesellschaft klingt diese Drohung nicht gerade sehr passend. Herr Dr. Strauß schloß unter großem Beifall der Zuhörerschaft. Wir wissen diesmal nicht, ob er den Beifall für sich annahm oder für das „erlauchte" Centrum. Herr Pastor Dahm zog Vergleiche zwischen dem Centrum und der nationalliberalen Partei, die natürlich zu Gunsten des ersteren ausfielen Der Liberalismus sei ein unsicherer Kantonist in Sachen der Treue zum angestammten Fürsten, er habe revolutionäre Neigungen, die echte, wahre und uneigennützige Treue sei nur beim Centrumsmann zu finden, in dessen Schoß der Fürst getrost sein Haupt legen könne, weil für ihn der Fürst von Gottes Gnaden sei, für den

Noch: **Anlagen zu Anlage I.**

Liberalen sei er von Volkes Gnaden. Der Herr Pfarrer vergißt ganz, daß es im Centrum auch ausgesprochene demokratische Neigungen gibt und daß die Länder, in denen am Meisten gegen die Staatsgewalt revolutionirt wird, gerade katholische Länder sind. Doch was vergißt man nicht in der Hitze des Wahlkampfes! Am Interessantesten dürfte für uns aus der Rede des Herrn Pastors folgendes Geständnis sein: „Der Wahlkampf in unserem Kreise ist ein sehr schwerer und heißer. Wenn nicht alle ihre Schuldigkeit thun, dann können wir nicht durchdringen. Wir haben, ich sage es offen, zu viele Gegner. Gegen uns sind die reichen Fabrikherren, sagen Sie mir einen, der zum Centrum steht! Gegen das Centrum sind zum größten Theil die Behörden, ich meine nicht die Behörde an sich, sondern die Träger der Behörden. Ich füge aber hinzu: Wir wissen die Ueberzeugung eines jeden zu achten, wir wissen auch die Ueberzeugung eines jeden Nationalliberalen zu achten, deßhalb verlangen wir aber auch, daß man unsere Ueberzeugung achtet. Weil so viele Gegner da sind, deßhalb brauchen wir großen Opfersinn und wenn wir keinen Opfersinn haben, dann ist die Centrumssache in diesem Jahre verloren."

Herr Euler begann mit der Auseinandersetzung, daß er zwar sicher in seinem bisherigen Wahlkreise Borken-Recklinghausen gewählt werde, wenn aber der hiesige Kreis dem Centrum durch ihn erobert sei, so werde er den Recklinghausern für die schönen Saarbrücker Augen untreu werden. Ein Wahlprogramm brauche er nach den Reden der beiden Vorredner nicht mehr zu entwickeln, er könne nur alles unterschreiben, was sie gesagt. Er stehe auf dem Standpunkte, daß, wenn es kein Centrum gäbe, man eins haben müßte. Das Centrum sei keine religiöse Partei, wie man behaupte, es achte alle Konfessionen und trete nur deßhalb in erster Linie für die katholische Religion ein, weil die Centrumswähler katholisch seien! Es hätten auch von Anfang an Protestanten als Hospitanten der Centrumspartei angehört (Jawohl, welfische Preußengegner!). Im Uebrigen sei das Centrum eine eminent sozial- und wirthschaftspolitische Partei. Herr Euler berührt in seiner Rede sprungweise die verschiedensten Themen, es war ihm offenbar der durch das Labyrinth führende Faden ausgegangen. So kam er in merkwürdiger Weise zu folgender Auslassung gegen die Anhänger der Politik der Sammlung: Es ist eine wichtige Frage gerade in diesem Augenblick (unsere Freiheiten zu schützen), wo der verlockende Ruf der Sammlung von hoher Stelle ausgegangen, daß kein Kartell im Reichstage erscheint, sonst — würde es um das freie direkte Wahlrecht geschehen sein. Es ist unstreitig, daß es die Arbeit eines Kartellreichstags sein würde, sich über die Freiheit herzumachen. Es haben ja schon verschiedene Leute aus der Schule geschwatzt, wir kennen ja diese Leute, wir wissen ja, wo sie sitzen. Also aufgepaßt!" — Der zweite Müller-Fulda! Warum nennt denn Herr Euler diese Leute nicht! Vermuthlich, weil er schon das Dementi an an der Thüre lauern sieht. Scherzhaft, aber nicht geschmackvoll und liebenswürdig, läßt Herr Euler sich über den Nationalliberalismus aus: „In wirthschaftlicher Beziehung hat der Nationalliberalismus schon lange bankerott gemacht . . . Unsere ganzen wirthschaftlichen Verhältnisse sind durch die liberale wirthschaftliche Gesetzgebung derart zugerichtet, daß nur derjenige, der ein weites Gewissen hat und es versteht, sich durch die Maschen der einzelnen Gesetze durchzuschieben, in der Regel der geachtete Mann im Staate wird. Gelingt es ihm durchzuschlüpfen, dann ist er salonfähig und kann, wenn er sogar im Jahre 48 auf den Barrikaden gestanden hat, zu der höchsten Stelle im Staate befähigt sein, wenn er nur auf Gummirädern in Berlin im Thiergarten fährt, dann kann er es auch zu etwas im Knopfloch bringen. Hat es Jemand heutzutage zu etwas gebracht, so war er entweder in der Wahl seiner Eltern sehr vorsichtig oder aber er hat es verstanden, sein Schäfchen dermaßen zu scheeren, daß er ein gemachter Mann wurde. . . . Der Unterschied zwischen sonst und jetzt ist der: damals hing man die Verbrecher an's Kreuz, und umgekehrt hängt man heute die Kreuze an die Verbrecher. Heute gilt nur das Recht des Stärkeren u. s. w." — Aller Laster Anfang scheint nach Herrn Euler die Gewerbefreiheit zu sein. Ist das nicht ganz gewöhnliche demagogische Verhetzung und richten sich nicht alle diese allgemeinen, gegenstandslosen ungeheuerlichen Behauptungen von selbst? Man kann getrost das Urtheil über diese Manier, Stimmung zu machen, jedem denkenden Menschen allein überlassen, aber wo bleiben da die schönen Grundsätze der Herren Strauß und Dahm: Wir Centrumsleute schmähen nie, nie! Wir müssen über manches zur Tagesordnung hinweggehen, über andere ähnliche Scherze, Gemeinplätze und Schlagwörter, die Herr Euler in seiner Rüstkammer aufgespeichert hat und mit denen er schon seit Jahren in Versammlungen herumplänkelt. Als merkwürdig sei noch erwähnt, daß Herr Euler auch unvermittelt eine lange salbungsvolle Pauke, fast eine Predigt zu nennen, gegen die Sozialdemokratie losließ, als wenn er sich in einem Gesellenverein befände, wobei mancher alte Ladenhüter an den Mann gebracht wurde. Wie eigentlich diese langathmige Abhandlung über die Sozialdemokratie in die Kandidatenrede hineinkam, darüber haben sich noch andere wie wir den Kopf zerbrochen. Eines war uns jedoch neu, Herrn Euler hat man nämlich wieder etwas verrathen: August Bebel soll eingeschätzt sein mit einem Jahreseinkommen von 36 000 Mk.! Herr Euler fügte, nachdem er mehrere versteckte Andeutungen über die Herkunft dieser Bebelschen Einkünfte gemacht, diesmal eine ganz richtige Bemerkung, hinzu: Das kann man doch eigentlich kein Proletariat mehr nennen!

Endlich an den Schluß seiner Rede angelangt, richtete auch der Herr Kandidat Euler eine verfängliche Aufforderung zur Wahlbeeinflussung an die Anwesenden. „Wer einen Bruder hat, der hole den Bruder, wer einen Schwager hat, den Schwager und wer einen Gesellen hat, den Gesellen, einerlei, an die Wahlurne und sage ihm: Hier stimmst Du für Deinen Glauben." Der personifizirte Glaube soll ja wohl in diesem Falle Herr Euler sein. Der Glaube soll ja Berge versetzen können, sein Glaube ist jedenfalls ein sehr robuster. Denn er schloß mit den Worten: Ich richte diesen Appell an alle kath. Wähler des Kreises Saarbrücken für das Centrum, das ich zu repräsentiren die Ehre habe. Ich will gewählt werden. Den Willen muß man Herrn Euler lassen, aber auch den Wählern den ihrigen. Wie Herr Pastor Becker noch zu bemerken sich veranlaßt sah, ist Herr Euler besser als sein Ruf, ja er soll seinen Ruf hier übertroffen haben. — Die Versammlung sollte um 3 Uhr beginnen und dauerte bis gegen 8 Uhr.

Anlage 15. Vgl. S. 5182.

Neue Saarbrücker Zeitung.

(Neuer General-Anzeiger). General-(Reichsadler) Anzeiger. (Neueste Nachrichten.)

für die Städte St. Johann-Saarbrücken, Malstatt-Burbach und das Saargebiet.

Nr. 134. Freitag, den 20. Mai 1898. Jahrg. 20.

„Aber?!" liebe Tante.

Wir könnten uns wohl die Mühe sparen, den aggressiven Artikel der „St. Johanner Volkszeitung", auf den wir

Noch: Anlagen zu Anlage I.

bereits geantwortet haben und den wir eigentlich mit dieser Entgegnung als für uns abgethan betrachteten, noch unter die Lupe und das Sezirmesser zu nehmen. Wir möchten es uns so bequem machen, wie einer der Redner in der Centrumsversammlung, der aus einem einzigen Satze, den er aus den Wahlaufrufen der anderen Parteien herausriß, den Schluß ziehen zu dürfen glaubte, die sämmtlichen anderen Aufrufe, d. h. Parteiprogramme, taugten nichts und es gäbe daher nichts Besseres, Erhabeneres und „Erlauchteres" als der Centrumswahlaufruf. Aber?! Das Aber ist, daß diese Beweismethode nicht immer stichhaltig ist. Sehen wir uns daher den Titel der Volkstante doch etwas näher an. Wir begegnen da gleich im ersten Satze der Behauptung, wir hätten die Anzahl der Theilnehmer an der Versammlung auf „ungefähr 300" angegeben. Wir haben bereits die merkwürdigen Versehen der Tante richtig gestellt. Auf der einen Seite mehrere Hundert zu viel, auf der anderen Hundert zu wenig. Sie wird wohl jetzt ihre Brille geputzt haben. Aber es scheint nun einmal die Tante die Lust zu vergrößern oder zu verkleinern in dieser Wahlzeit anzuwandeln, je nach Bedürfniß, und so ist zu befürchten, daß sie trotz geputzter Brille auch für die nächste Zeit noch schlecht sehen wird. Sie verkleinert sogar mit dem geistigen Auge rückwärts blickend und sieht nur ein kleines Häuflein nationalliberaler Gesinnungsgenossen in der Versammlung in der Markthalle zu Saarbrücken, denn, meint sie, wie viele sind nur aus Neugier dagewesen und wie mancher konnte nicht so, wie er wollte. Ja, liebe Tante, wie Mancher konnte wohl am letzten Sonntag nicht, wie er wollte und wie viele waren aus Neugier da! Oder glaubt die „Volkszeitung" etwa, daß alle Anwesenden auf die Centrumsfahne geschworen hatten? Sollte sie sogar nichts von einem gewissen Einflusse gehört haben, unter dem viele Katholiken, namentlich auf dem Lande, stehen und dem sehr schwer sich zu entziehen ist? Wir wollen übrigens der Volkstante zu ihrem Aerger verrathen, daß gestern in der Thonhalle in Saarbrücken eine Versammlung, wohlgemerkt nur von Vertrauensmännern, der nationalliberalen Partei stattgefunden hat und daß — Nachbarin, Euer Fläschchen! — zu dieser einige Hundert mehr erschienen sind, als zur großen Wählerversammlung des Centrums im Vereinshaus.

Unsere Ansicht über die politische Lage und über den Druck, der hier und anderswo, in sogenannten ultramontanen Wahlkreisen, ausgeübt wird, sind ganz andere als die der Volkstante. Das Thema kann, wenn sie es wünscht, nach Belieben weiter ausgeführt werden. Wenn sie aber von einem Druck spricht, dem sich die Bergleute zu unterwerfen haben, so möchten wir ihr doch nochmals folgende Notiz des „Bergmannsfreund" zu Gemüth führen:

„Die „St. Johanner Volkszeitung" läßt sich in ihrer Nr. 109 aus Püttlingen schreiben, daß viele Bergleute sich vor den Wahlen fürchten, in der Voraussetzung, sie würden von den Beamten chikanirt. Im Namen der Bergbeamten weisen wir diese Unterstellung energisch zurück und nageln hiermit wieder einmal die gehässige und leidenschaftliche Art und Weise fest, in welcher jenes Blatt arbeitet und seine Zwecke zu erreichen sucht."

Die „Volkstante" giebt sich dann viele Mühe zu beweisen, daß Herr Euler nicht, wie wir angegeben, so oder so gesagt habe, um ihn doch schließlich wieder so ziemlich dasselbe sagen zu lassen, was wir berichteten. Sie versteigt sich dabei zu behaupten, die „Neue Sbr. Ztg." hätte Unsinn berichtet. Aber verehrte Tante, so rücksichtslos gegen die Redner der eigenen Partei zu sein!

Herr Euler mühte sich ab, in welcher Absicht, ist klar, plausibel zu machen, das Centrum sei in erster Linie keine konfessionelle Partei, es hätten von jeher Protestanten ihm angehört und es habe uns deshalb die katholischen Interessen so sehr vertreten, weil sie am meisten angegriffen worden seien. Das ist mit Verlaub Brei für Kinder, Erwachsene dürften schwerlich das von Herrn Euler Aufgetischte verschlucken. Es ist der Centrumspartei von jeher vorgehalten worden, sie sei eine rein konfessionelle Oppositionspartei. Die drastischen Benennungen „ultramontan", „klerikal" sind doch nicht von ungefähr gekommen. Fürst Bismarck sagte im Abgeordnetenhause:

„Ich habe es von Hause aus als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiete betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildete, der man, wenn alle übrigen Konfessionen dasselbe Prinzip annehmen wollten, nur die Gesammtheit einer evangelischen Fraktion gegenüber stellen müßte .... dieses streitbare Chor, welches zweifellose Anhänger der Regierung aus ihren Sitzen verdrängt und eine solche Macht übt, daß es gänzlich unbekannte Leute, die in den Wahlkreisen niemals gesehen waren, bei der Wahl durch einfachen Befehl durchsetzt." Und hinsichtlich der „Protestanten", die dem Centrum angehörten, äußerte Bismarck: „Ich glaube, meine Herren vom Centrum, Sie werden zum Frieden mit dem Staate leichter gelangen, wenn Sie sich der welfischen Führung entziehen, wenn Sie in Ihrer Mitte zumal, welfische Protestanten nicht aufnehmen, die gar nichts mit Ihnen gemeinsam haben, wohl aber das Bedürfniß, daß in unserem friedlichen Lande Streit entstehe."

Zwar wies Windthorst, der große Dialektiker, den Vorwurf der konfessionellen Einseitigkeit zurück, jedoch sehr lau, und er wußte nichts Besseres, als auf das Parteiprogramm hinzuweisen. Offenbar verließ ihn hier seine Spitzfindigkeit, denn man kann schließlich nicht wegdisputiren, daß ein Mohr schwarz sei, war doch die Idee zur Gründung der Centrumspartei aus der ursprünglich „katholischen Fraktion" hervorgegangen und zwar, „weil man zur Wahrung und Vertheidigung der religiösen, kirchlichen und politischen Freiheit einer wohlorganisirten katholischen Volkspartei bedurfte." Im Fraktionsprogramm wurde zwar das Wort „katholisch" diplomatisch vermieden, man wollte auch anderen oppositionellen Elementen den Beitritt ermöglichen. Niemand ließ sich aber über den konfessionellen Charakter der Partei täuschen.

Ferner versucht die Volkstante eine Rechtfertigung der geheimnißvollen Andeutungen Herrn Eulers über Leute, die ihre Absicht verrathen hätten, dem freien Wahlrecht bei der ersten Gelegenheit an den Hals zu gehen, er kenne diese Leute, also aufpassen. Was sie Positives beibringt, ist die allbekannte Thatsache, daß in konservativen Kreisen das allgemeine Wahlrecht sich keiner großen Beliebtheit erfreut. Das nennt man eine offene Thür einrennen. Wenn Herr Euler mit seiner Aeußerung nur die Konservativen auf dem Korn hatte, so war diese höchst überflüssig, denn hier im Wahlkreise steht er keinem Konservativen, sondern einem Nationalliberalen gegenüber. Letzterer Umstand und die Thatsache, daß ein Kartell nicht ohne die Nationalliberalen zu Stande kommen kann, daß aber Herr Euler schlankweg behauptete, daß erste Werk eines Kartellreichstags werde das sein, die Wahlfreiheit zu vernichten, mußte den Gedanken erstehen lassen, er wolle auch nationalliberalen Abgeordneten diese Absicht unterschieben. Wir konstatiren, daß die Volkstante hierin für Herrn Euler den Rückzug angetreten hat. Die Insinuation wäre auch lächerlich, da es im Programme der nationalliberalen Partei klar und bündig heißt: „An dem verfassungsmäßig bestehenden Wahlrecht und an dem

Noch: Anlagen zu Anlage I.

Koalitionsrecht wird sie festhalten und Angriffe gegen das Recht der Freizügigkeit wird sie zurückweisen."

Zum Schlusse korrigirt die Volkstante unsere Angabe, Herr Euler habe gesagt: „Wer einen Bruder hat, der hole den Bruder, wer einen Schwager hat, den Schwager, und wer einen Gesellen hat, den Gesellen, einerlei, an die Wahlurne und sage ihm: „hier stimmst Du für Deinen Glauben", dahin: „Du hast für das Centrum einzutreten, weil Du katholisch bist, sonst versündigst Du Dich an Deinem Glauben, die Wahl ist ein Glaubensbekenntniß". — Es ist drollig zu sehen, wie Herr Euler hier das beweist, was er im Anfang seiner Rede wegdisputiren wollte, denn braucht es klarer als durch diese Worte erwiesen zu werden, daß das Centrum, für das stimmen nach Herrn Euler sein Glaubensbekenntniß ablegen heißt, eine konfessionell katholische Partei ist? Drollig ist auch, daß in der Wiedergabe der Rede des Herrn Euler die Stelle „und wer einen Gesellen hat, den Gesellen" wie durch Zauberei verschwunden ist. Warum? Ei, weil Tantchen doch wohl die Erkenntniß aufgedämmert ist, daß in dieser Aufforderung sogar noch mehr als ein „Anflug" von Wahlbeeinflussung erblickt werden kann. Mit ihren ganzen langathmigen Auseinandersetzungen scheint uns die schwarze Tante überhaupt nur einen Eiertanz um die für sie in unserem Berichte enthaltenen sehr kitzlichen Dinge aufgeführt zu haben.

Vgl. S. 5184.

Anlage 16.

Neue Saarbrücker Zeitung

(Neuer General-Anzeiger) General-(Reichs-adler) Anzeiger (Neueste Nachrichten)

für die Städte St. Johann-Saarbrücken, Malstatt-Burbach und das Saargebiet.

Nr. 155. Samstag, den 11. Juni 1898. Jahrg. 20.

Centrums-Versammlung in St. Johann. Zum Donnerstag Abend war in das katholische Vereinshaus in St. Johann eine Versammlung der Centrnmswähler einberufen worden. Wenn das die St. Johann-Saarbrückener Centrumsmänner alle waren, die dem Rufe Folge leisteten, so sind es ihrer nicht sehr viele. Das Land war diesmal nicht eingeladen, man merkte es an dem vielen freien Raum im Saale. Dagegen zeigte es sich, welche Begeisterung die Centrumssache erwecket an der Anwesenheit der Jugend, die sich sonst nicht viel um ernste Dinge kümmert, von denen sie nicht viel versteht. Möglich, daß diese Jünglinge, denen kaum der weiche Flaum auf den Lippen zu sprossen schien, doch schon wahlberechtigt sind, sollten sie es nicht sein, so kann die Partei sich ihrer Antheilnahme an den politischen Debatten dennoch freuen, denn wer die Jugend für sich hat, hat auch die Zukunft. Recht gemüthlich ging es in dieser Versammlung her, besser gesagt, familiär, der Charakter derselben würde wohl am besten mit der Bezeichnung Familien-Zusammenkunft getroffen werden. Die Pausen, wesche die Redner machten, um das von ihnen stark strapazirte Redeorgan mit einem Schluck Wasser zu befeuchten, wurden in unterhaltender Weise durch laute, natürlich immer nur geistreiche Bemerkungen der Zuhörer ausgefüllt. Ueber einen Familienabend berichten die Zeitungen in der Regel nicht viel. Wir sehen keine Veranlassung, davon abzuweichen, und wollen uns auf einige kurze Bemerkungen beschränken. Es ist nicht schwer, mit Redewendungen den Beifall der Zuhörer, namentlich wenn diese der Centrumswählerschaft angehören, zu erringen, wenn man die Behauptungen, die man aufstellt, den Pointen, die an den Mann gebracht werden sollen, anpaßt. Auf diese Weise ist es nicht schwer, Glück in seinen Beweisführungen zu haben. Nach diesem Rezept wurde im Allgemeinen verfahren. Da wurden „Dummheiten" (der „familiäre" Ton war vorherrschend), die von der liberalen Partei gemacht worden sein sollen, geradezu erfunden. Interessant war andererseits zu sehen, wie dagegen alles zur Sprache zu bringen vermieden wurde, was dem Centrum oder dem Centrumskandidaten irgendwie nachtheilig ist. So glaubte Herr Redakteur Haffmanns die Bemerkungen, die in national-liberalen Versammlungen über die von Centrumsseite vielgepriesene einstige zweijährige Bergmanns-Thätigkeit des Herrn Euler gemacht wurden und die ganz richtig dahin gingen, daß diese vor langen Jahren ausgeübte kurze Beschäftigung in einem Bergwerke doch nicht die Berechtigung gebe, ihn als Kenner der einschlägigen Verhältnisse anzupreisen, mit ihm als Angehörigen des Bergmannsstandes zu paradieren, mit einem schlechten Witz abgefertigt. Der Beschäftigungen in einer Grube sind viele und man hatte niemals gesagt, welche Beschäftigung Herr Euler ausgeübt haben sollte. Herr Haffmanns meinte, Herr Justizrath Boltz hätte ja nicht einmal zwei Jahre mit den Bergleuten gearbeitet. Davon aber, daß Herr Euler überhaupt gar nicht Bergmann gewesen ist, wie in national-liberalen Versammlungen mitgetheilt worden ist, ließ er kein Sterbenswörtchen verlauten. Wenn irgend wie an der Richtigkeit dieser Behauptung gezweifelt werden könnte, so würde dieses mit Stillschweigen Uebergehen den Beweis der Richtigkeit geliefert haben. Nachdem Herr Haffmanns noch die unvorsichtige Aeußerung des Herrn Euler, wer einen Gesellen habe, der solle seinen Gesellen zur Wahl schleppen, zu beschönigen versucht und aufgefordert hätte nicht nur zum Wählen, sondern auch zum Wühlen, machte er zum Schlusse eine Bemerkung, die nicht gerade von den Siegeszuversichten des Centrums spricht. Er erwähnte die Aufstellung des neuesten Kandidaten, Herrn Meyer, und meinte, das Centrum braucht nicht zu bedauern, daß es so gekommen. Die Sympathie, die man von seiner Seite für das Centrum gezeigt habe, sei doch sehr fragwürdig. Man stehe nun wieder allein, Gegner gegen Gegner. Dies habe den Vortheil, daß die Situation sich klar zeigen würde und man demgemäß für die nächste Wahl in 5 Jahren seine Dispositionen treffen könne. Mit einem ähnlichen Pessimismus hat sich bekanntlich schon in der Centrumsversammlung vom 10. Mai Herr Pastor Dahm aus Püttlingen ausgesprochen.

Anlage 17. Vgl. S. 5182 ff.

Neue Saarbrücker Zeitung

(Neuer General-Anzeiger) General-(Reichs-adler) Anzeiger (Neueste Nachrichten)

für die Städte St. Johann-Saarbrücken, Malstatt-Burbach und das Saargebiet.

Nr. 167. Donnerstag, den 23. Juni 1898. Jahrg. 20.

Die Intoleranz, d. h. seine wahre Natur, kann der Klerikalismus doch nie verleugnen. Naturam expellas furca tamen usque recurret. Mit der Heugabel mag man die Eigenthümlichkeiten hinauszubefördern suchen, sie finden sich immer wieder zurück. Mit anderen Worten: Der Mensch verliert die Raupen nicht. In der ersten allgemeinen Centrumsversammlung in St. Johann hieß es: „Handeln wir kraftvoll, energisch, entschieden aber mild in der Form, das gebietet uns unsere Gewissenspflicht. Wir

Noch: **Anlagen zu Anlage I.**

schmähen Niemand, sie mögen draußen stehen, wir schmähen Niemand."

Die zweite Centrumsversammlung schloß mit der schmählichsten Schmährede gegen hochstehende und hochachtbare Personen. In der ersten Centrumsversammlung sagte Pastor Dahm von Püttlingen: „Ich hasse zwar den Irrthum, aber ich liebe den Irrenden. Wir haben die Liebe zu ihnen, die Christus der Herr zu ihnen hatte. Keinen, der dem Centrumsmanne seine Stimme nicht gibt, hassen oder verfolgen wir. Wir gestatten Jedem, nach seiner Ueberzeugung zu handeln. . . . ." Und weiter: „. . . Ich füge aber hinzu: Wir müssen die Ueberzeugung eines jeden Menschen achten, wir müssen auch die Ueberzeugung eines jeden Liberalen achten, der in seinem Innern glaubt, seine Pflicht zu thun, wenn er liberal ist, desgleichen verlangen wir aber auch, daß man unsere Ueberzeugung achtet."

In derselben Versammlung schon sagte der Centrumskandidat Euler, man müsse mit dem Stimmzettel seinen Glauben bekennen und heute wird von den Kanzeln herunter und privatim den Leuten der Zorn des Himmels in Aussicht gestellt, wenn sie sich nicht zum Centrum bekennen. Wer nicht zum Centrum halte, könne kein guter Katholik sein. — Dann muß es Millionen schlechter Katholiken in Deutschland geben, denn bei der letzten Reichstagswahl fielen ungefähr $1^1/_2$ Millionen Stimmen dem Centrum zu, während es doch über 18 Millionen deutscher Katholiken gibt. — Wer derartige Pressionsversuche auszuhalten hat, der antworte doch mit der eben angestellten Reflexion und berufe sich auf die Worte des Püttlinger Pastors.

„Ich muß gestehen, ich hatte Angst", gestand Herr Euler, „als ich hierher kam und fürchtete, alle Mühe sei verloren." Angst scheint das Centrum auch heute noch zu haben, trotz seiner zur Schau getragenen Zuversicht, denn es sucht nach einer Stütze und wagt es, sich an keinen Geringeren anzulehnen, als an — den Kaiser. Ja, mit der unglaublichsten Taktlosigkeit zieht es die Majestät des Kaisers in den Wahlkampf. Das Geschrei hätten wir sehen mögen, wenn es von liberaler Seite geschehen wäre, die Proteste gegen unerhörten Druck u. s. w. Der Kaiser steht über den Parteien und mischt sich nicht ins Parteigetriebe. Der Anstand verbietet uns, die Behauptung der „St. Johanner Volkszeitung" zu glossiren. Wir wollen aber doch die interessante Mittheilung machen, daß die „St. Johanner Volkszeitung" nicht im Stande ist, die Quelle anzugeben, aus der ihre Behauptung stammt. Letzteres haben wir zufällig ganz bestimmt erfahren!

Vgl. S. 5180, 5182 ff.

Anlage 18.

Neue Saarbrücker Zeitung

(General- (Reichsadler) Anzeiger)

für die Städte St. Johann-Saarbrücken, Malstatt-Burbach und das Saargebiet.

Nr. 168. Freitag, den 24. Juni 1898. Jahrg. 20.

Im gegenwärtigen Wahlkampfe zeigt es sich so recht, mit welchen Mitteln das Centrum arbeitet und man darf sich daher gar nicht verwundern, daß die Wahlen in unserer Gegend vorläufig zu seinen Gunsten ausgefallen sind, lag doch die Leitung der ganzen Wahlagitation in den Händen der vielvermögenden, einflußreichen katholischen Geistlichkeit.

Fast nur katholische Geistliche ergriffen das Wort in den Wählerversammlungen, um den Wählern in wirklich dreister Weise vorzureden, daß das Centrum die Hauptsäule des Reiches, die Nationalliberalen aber die Bremse am Reichswagen seien. Als Hauptzugstücke wurden mit Vorliebe das Jesuitengesetz und die Maigesetze dem Programm einverleibt. Mit sichtbarem Behagen wurden Rührgeschichten aus der sogenannten Verfolgungszeit der katholischen Geistlichen und des Jesuitenordens vorgetragen, um die Gemüther und Leidenschaften der Wähler zu erregen und aufzustacheln. von den Jesuiten wurde behauptet, ihr einziges Verbrechen bestände darin, daß sie 12 Jahre studirten und daher in allen Fächern der Wissenschaft klüger und gelehrter seien, als die besten Fachgelehrten und Professoren. Von einem Kaplan wurde erzählt, daß er 6 Monate Gefängniß bekam, nur weil er einem sterbenden katholischen Christen die Sterbesakramente gebracht habe und daß der verurtheilte Kaplan in diesen 6 Monaten in Folge der schlechten Gefängnißkost derart „verelendet" sei, daß er erst wieder wie ein kleines Kind habe essen lernen müssen, daß er sich im Gefängnisse auch noch eine Augenentzündung zugezogen u. dergl. mehr. Katholische Arbeiter, die es gewagt hatten, in nationalliberalen Versammlungen für den Abgeordneten Boltz zu sprechen, wurden in den Centrumsversammlungen durch den Herrn Pastor, der ausdrücklich erklärte, er spreche jetzt als Pastor, niedergedonnert, verdammt und als Abtrünnige der Kirche bezeichnet. Kinder, die aus dem Pfarrunterricht kamen, rissen die Wahlaufrufe der Nationalliberalen herunter, dicht danebenhängende des Centrums ließen sie unverletzt.

Centrumswähler traten in nationalliberalen Versammlungen durch versteckte Opposition in den Ecken der Säle störend auf, während die Nationalliberalen, die auch Centrumsversammlungen besuchten (um zu sehen, wie es dort getrieben wurde), sich ruhig und anständig verhielten, und durch keine Zwischenrufe die Versammlung störten, sondern sich vorbehielten, die falschen Angriffe und Beschuldigungen in einer nationalliberalen Versammlung zurückzuweisen. Verblüffend war die politische Heuchelei oder Unmündigkeit vieler Centrumswähler, die heute: „Hoch Boltz", morgen: „Hoch Euler,", kurz darauf wieder: „Hoch Boltz" riefen, und schließlich Euler wählten. Solche Wähler sind verächtliche, politisch unreife Kreaturen, die nicht wissen, was Ehrgefühl ist.

Ein katholischer Pastor kommt in ein Wahllokal, nachdem die Wahlhandlung schon eine Stunde im Gange ist, und verlangt in sehr aufgebrachter Weise Einstellung der Wahlhandlung, da dieselbe nicht frei, sondern beeinflußt sei. Da ihm vom Wahlvorsteher erklärt wird, daß dies nicht der Fall sei, schlägt er wüthend mit der Faust auf den Tisch des Wahlvorstandes und verlangt, der Wahlvorstand solle ihm die Wahlparagraphen vorlesen, ein Verlangen, daß jedoch mit dem Hinweis, daß die Verlesung bereits zu Beginn der Wahlhandlung um 10 Uhr geschehen sei und er hätte anwesend sein können, um sie anzuhören, abgelehnt, dem aber später doch aus Gefälligkeit entsprochen wird. Sodann verlangt der auf Höchste aufgebrachte Herr Pastor, daß sofort ein Protokoll aufgenommen werden solle. Das wird jedoch ebenfalls abgelehnt und der Wahlvorsteher, dem nun doch der Geduldsfaden gerissen, sieht sich gezwungen, ganz energisch jede weitere Störung und politische Diskussion im Wahllokale zu verbieten. Dies ereignete sich vormittags um 11 Uhr im Beisein vieler Wähler. Am Nachmittag kam der betreffende kath. Pastor wieder und erklärte, daß er am Morgen doch Unrecht gehabt habe. Wahrscheinlich war ihm unterdessen gemeldet worden, daß sein Amtsbruder in einem anderen Orte im Wahllokale den ganzen Vormittag Notizen gemacht habe. Aehnliche Auftritte spielten sich in

Noch: Anlage I.

mehreren Wahllokalen ab, die Herren Geistlichen erschienen und belehrten die Herren Wahlvorsteher, wie sie ihres Amtes zu walten hätten, gerade so, als hätten sie Pfarrkinder im Unterricht vor sich. Nationalliberalgesinnte Wähler, die von den hochgebildeten Herren als solche erkannt, wurden wie dumme Schuljungen angerempelt, zu dem einzigen Zweck, daß die anwesenden Wähler erkennen sollen, die Herren Geistlichen hätten das Kommando.

In einer nationalliberalen Wählerversammlung wurde abends um 10 Uhr ein Hoch auf den Abgeordneten Boltz ausgebracht. Kaum war das Hoch erklungen, stürmten plötzlich 2 Kapläne mit einem Anhang junger, theils noch nicht wahlberechtigter Leute in den Saal, und einer der Herren Kapläne eröffnete mit lauter Stimme eine Centrumsversammlung. Als dem Herrn vom Vorsitzenden, einem Kgl. Beamten, erklärt wurde, daß die Versammlung noch gar nicht geschlossen sei, wurde unter großem Tumult geschrieen, die Versammlung sei wohl geschlossen und Rufe: „Raus mit ihnen", „Versammlung gesprengt" schwirrten durch den Saal. Erst als der anwesende Bürgermeister mehrere Male um Ruhe gebeten, legte sich der Tumult soviel, daß derselbe erklären konnte, die Versammlung sei thatsächlich nicht geschlossen, was alsdann noch durch zwei anwesende Gensdarmen bestätigt wurde. Erst darauf hin schenkten die Herren Kapläne Glauben und forderten ihren Anhang auf, in die unteren Räume des Hauses zu gehen, man werde dort die Versammlung abhalten. Diese darauf abgehaltene Centrumsversammlung war erst abends um 8 Uhr als Besprechung auf der Bürgermeisterei angemeldet worden. Ehe die Herren Kapläne den Saal verließen, hielt es einer derselben für angebracht, an den Vorstandstisch zu kommen und um Entschuldigung zu bitten wegen der Störung, indem er ausführte, er wäre gerade ausgetreten und wie er herauf gekommen, hätten ihm die Leute gesagt, die Versammlung sei geschlossen. Dafür jedoch, daß er dem Vorsitzenden nicht geglaubt hat, hatte er keine Entschuldigung. Wäre der Bürgermeister und die Gensdarmen nicht für die Wahrheit eingetreten, so hätte die Versammlung jedenfalls ein sehr tragisches Ende genommen. Durch solches Auftreten machen diese Herren auf die große strenggläubige Masse einen gewaltigen Eindruck. Und der Zweck wird erreicht. Es gilt eben die bekannte Moral: „Der Zweck heiligt die Mittel."

Vgl. S. 5182 ff.

Anlage 19.

Neue Saarbrücker Zeitung

(Neuer General-Anzeiger.) General-(Reichs-adler)Anzeiger (Neueste Nachrichten.)

für die Städte St. Johann-Saarbrücken, Malstatt-Burbach und das Saargebiet.

Nr. 171. Montag, den 27. Juni 1898. Jahrg. 20.

Schnaubender Zorn spricht aus den wenigen Zeilen, die von der „Volkszeitung" dem Ausfall der Stichwahl gewidmet werden. Sie gehört nicht zu den Spielern, die kaltblütig das Spiel verlieren, ohne eine Miene zu verziehen. Es wäre aber doch auch so schön gewesen, und nun bleibt nichts — als die Kostenrechnung, die recht anständig lang sein mag. Aerger und obendrein zahlen ist doppelter Aerger. Wenn die „St. Johanner Volkszeitung" dabei die Selbstbeherrschung verliert, die sie niemals besessen hat, so muß man ihr den Aerger etwas zu Gut halten. Entschuldigen kann man allerdings ihre Pöbelhaftigkeit nicht, wenn sie von „erbärmlichen Kreaturen" im Saargebiet spricht. Mit Schimpfen wird nichts bewiesen, es beweist zumeist nur, daß der Schimpfende im Unrecht ist. Die „Volkszeitung" stellt einen Protest gegen die Wahl in Aussicht. Das war zu erwarten, schon allein deshalb, weil fast niemals ein so heiß umstrittenes Mandat dem Gegner überlassen wird, ohne daß alle Mittel, die Wahl wieder umzustoßen, versucht werden. Wenn zwei erbitterte Gegner miteinander prozessiren, so wird schon prinzipiell der ganze Instanzenweg durchgelaufen und von jedem Rechtsmittel Gebrauch gemacht. Wir können den Herren vom Centrum verrathen, daß auch von unserer Seite, falls das Centrum gesiegt hätte, unverzüglich ein Protest erfolgt wäre und daß wir schwerwiegende Gründe gebracht hätten. Wie wir schon andeuteten, fehlt es uns nicht an Material, um die unerhörte Beeinflussung nachzuweisen, der die kath. Wähler seitens der Geistlichkeit in Stadt und Land ausgesetzt waren, und um nur eins hervorheben, wir glauben, daß das von der Gegenseite mit dem Namen Seiner Majestät des Deutschen Kaisers getriebene taktlose und unseres Erachtens unerlaubte Wahlmanöver schon genügen würde, den Protest unsererseits zu begründen So viel steht fest, wir können den Herren dienen, und zwar wird es geschehen ohne Schonung, wenn der Ton beibehalten wird, den die „Volkszeitung" angeschlagen hat. — Es ist nicht schön, wenn Zettelkleber blutig geschlagen werden, es ist aber auch nicht passend, wenn ein Kaplan, und zwar ein sehr bekannter, Zettel der Gegenpartei abreißt und einem fremden Zettelankleber Befehle ertheilen will. Wenn ein solcher Kaplan beim Zettelabreißen gesehen wird, so ist das sogar unangenehm — für ihn.

Anlage II.

Vgl. S. 5148 bis 5150, 5180, 5216, 5225, 5226.

Zu dem Proteste des H. Haffmanns gegen die Wahl des Abg. Boltz (Saarbrücken — V. Trier.)

Burbach, den 10. Dec. 1899.

Auf die Erwiderung des H. Generaldirektor Seebohm möchte ich hiermit folgende Gegenerklärung abgeben:

Der H. Generaldirektor Seebohm giebt zu, daß die Hüttenbeamten in u. vor dem Wahllokal gestanden hätten, um Säumige herbeizuholen. Hiermit waren aber nur die beschäftigt, welche Listen führten, u. jene, welche ab- u. zugingen, um Leute herbeizutreiben. Wozu standen aber am Eingang zu den Wahllokalen 5 u. 6 beständig vom Morgen bis zum Schluß der Wahl 4—8 Beamte? Sie hatten die hinzutretenden Wähler zu beobachten. Daß diese Thätigkeit der Beamten eine freiwillige gewesen sei, lasse ich dahingestellt. Jedenfalls war die Sache von ihren Vorgesetzten dirigirt, was schon aus den Worten eines Beamten hervorgeht, die er an einen neu Ankommenden richtete, u. die ich selbst hörte „Kommt jetzt die Ablösung?"

Es ist ferner unwahr, daß die Beamten dort postirt waren, um die Wahlthätigkeit der Geistlichen zu beobachten. Die Beamten standen schon dort, als ich am Wahllokal vorbeikam, u. dieser Umstand bewog mich erst, dort zu verbleiben u. die vorkommenden Ungehörigkeiten zu notieren. Daß ich nicht im geringsten den Leuten durch „scharfes Fixiren" Furcht einzuflößen suchte, sondern sie durch mein Verweilen am Wahllokal vor Ungerechtigkeiten zu schützen, beweist die Thatsache, daß mich dort verschiedene Hüttenarbeiter um einen liberalen Stimmzettel baten, auf dem der Name des liberalen Kandidaten durchgestrichen u. durch den Namen des Centrumskandidaten ersetzt sei, da sie sonst mit Recht befürchteten, als Centrumswähler entdeckt zu werden. Daß diese Furcht eine allgemeine u.

Noch: **Anlage II.**

daher begründete gewesen ist, giebt der H. Generaldirektor durch den Bericht der Thatsache zu, daß der Schreiner Wolf fortwährend mit oben angedeutetem Umschreiben von lib. Wahlzetteln in Centrumswahlzettel u. deren Austeilung beschäftigt war, die von vielen ankommenden Hüttenarbeitern heimlich verlangt wurden.

Wenn auch H. Korn die Aeußerung in dieser weitschweifigeren Form gethan hätte, so ist sie inhaltlich doch dieselbe wie die angegebene kürzere; er bezeichnete offen das Centrum und seine Wähler als Feinde der Hütte.

Die unbegründete Verdächtigung, in welcher H. Generaldirektor unserer Partei die Anbringung des Plakates „Wer Boltz wählt, der hat gesündigt, wer Euler wählt, dem wird gekündigt." zuzuschreiben sucht, fällt in sich zusammen, da ich selbst einen Zettelausteiler von Bezirk 6 nach Bezirk 5 gesandt habe mit dem Auftrag, das Plakat zu entfernen.

Den Ausdruck „Spießrutenlaufen" halte ich nicht für zu scharf, da besonders auf Bezirk 5 sich an die 2 Stimmzettelverteiler der ntlb. Partei, welche am Portal standen, unmittelbar bis zur offenen Thüre des Wahllokals 6—8 Hüttenbeamte anschlossen, von denen sich sogar öfters einer ablöste, um einem Wähler in das Wahllokal selbst zu folgen. Es war den Wählern so unmöglich, ungesehen die Stimmzettel zu wechseln. 2 Wähler, welche sich nicht anders zu helfen wußten, durchbrachen die Kette der Beamten u. suchten an der Treppe im Hausflur ihren Stimmzettel ungesehen zu vertauschen, aber auch hierhin folgte ihnen ein Beamter. Vielleicht waren diese die von H. Gallhofer bezeichneten „Blödsinnigen", die sich in ihrer Angst möglichst ungeschickt benahmen.

Ein wenn auch geringerer Mißstand zeigte sich in Wahllokal 5 darin, daß der dortige Wahlvorsitzende, H. Koehl, ein hoher Beamter der Hütte mit natlb. u. centrumsfeindlicher Gesinnung also der Vorgesetzte vieler hinzutretender Wähler war. Wenn dem entgegnet wird, in Wahllokal 7 oder 8 sei die Zusammensetzung des Wahlvorstandes centrumsfreundlich gewesen, so lag hier der Fall bedeutend anders, da dort den Herrn (meistens Lehrer) infolge ihrer Stellung auch die geringste unfreiwillige Beeinflussung unmöglich war.

Unrichtig ist ferner, was H. Generaldirektor inbetreff meines Rencontre mit H. Baumann mitteilt. Die Thatsache ist folgende:

Um zehn Uhr, gegen Beginn des Wahlgeschäfts, hatte ich in dem Schulhause den Religionsunterricht beendet, in dessen unterem Stockwerke sich das Wahllokal 6. befand. Ich wollte das Schulhaus verlassen u. betrat hierzu den einen Flur, der auch am Wahllokal vorbeiführte. Dieser Flur gehörte nach der ausdrücklichen Erklärung des dortigen Wahlvorsitzenden H. Engers an H. Pastor Assenmacher nicht zum Wahllokal, die Betretung desselben u. selbst der Aufenthalt daselbst stand mir also frei, obwohl ich „wahlunmündig" bin. Das Wahllokal selbst habe ich mit keinem Fuße betreten, Herr Baumann kann mich also auch nicht hinausgewiesen haben, hätte auch gar nicht die Befugnis gehabt, da er sonst in das Recht des Wahlvorsitzenden eingegriffen hätte. — Als ich über den bezeichneten Flur schritt, wurde ich plötzlich von dem dort stehenden Beamten angeschrieen „Sie haben hier nichts verloren". Nachdem ich gegen dies u. die von ihnen geübte Wahlfreiheit protestiert, wandte ich mich langsam dem Ausgang des Hauses zu u. ließ mir die Namen der Betreffenden nennen. Da, außerhalb des Hauses, stürmte H. Baumann auf mich los u. stellte sich in drohender Haltung vor mich hin. Nach einer Weile machte er eine Wendung, wodurch er mir seine Kehrseite zu besichtigen zuwandte. Mit einer Bemerkung über Bildung u. Anstand wandte ich mich von

Anlage III.

ihm ab. — Diese Episode wirft ein grelles Licht auf den Terrorismus u. die Rücksichtslosigkeit, womit diese Herrn bei der Wahl vorgingen.

Die künstlich aufgebaute und Phrasen enthaltende Entrüstungsperiode, womit H. Generaldirektor ab irato seine seine Erwiderung beginnt, paßt schlecht zu den wahren Vorkommnissen. Somit ist das Urteil des H. Generaldirektor, wir hätten besser den Protest unterlassen, nur die letzte der Wahrheit nicht entsprechende Bemerkung in seiner Erwiderung.

P. Junker, Kaplan.
Burbach Saar.

Anlage III. Vgl. S. 5171 ff.

Betrifft die Gegenerklärung des nationalliberalen Wahlkomitees gegen den vom Redacteur C. Haffmanns im Auftrage des Wahlkomitees der Centrumspartei eingereichten Protest gegen die Wahl des Herrn Justizraths Boltz, Trier 5.

Auf die, gegen unsern Protest eingereichte Erklärung seitens des nationalliberalen Wahlkomitees sei folgendes zur Richtigstellung erwidert:

„Zunächst sei bemerkt, daß die Unterstellung, als ob lediglich die Beamten, oder, wie sie in der Erklärung genannt werden: „Vertrauensmänner" der nationalliberalen Partei, sich zu dem Zwecke in den Wahllokalen aufgehalten hätten, um ihre Wähler gegen die Beeinflussung von Seiten der katholischen Geistlichen und der Agitatoren der ultramontanen Partei zu schützen, die Thatsachen denn doch zu sehr auf den Kopf stellt. Es wird in der Entgegnung hervorgehoben, daß der vom Redakteur Haffmanns erhobene Protest gegen die Wahl des Herrn Boltz zugesteht, daß bei der Hauptwahl die Beeinflussung der Wähler zu Gunsten der nationalliberalen Partei weniger stark bemerkt worden sei, dieses ist vollkommen richtig. Richtig ist aber auch, daß am Abend der Hauptwahl, als das Resultat der Wahl bekannt wurde, das bekanntlich sehr zu Gunsten der Centrumspartei ausfiel, die nationalliberale Führerschaft, einschließlich ihres Candidaten, des Herrn Justizrath Boltz, in einem Saarbrücker Lokal versammelt war, sich über dieses Resultat sehr entsetzte und der Bankier Franz Haldy jun. sich unter allgemeinem Jubel der Versammlung dahin äußerte, „daß jetzt die Beeinflussung der Wähler zu Gunsten Boltz unter allen Umständen stattzufinden habe, um den „Schwarzen" zu zeigen, wer hier im Kreise Herr sei." Besonders betonte er, daß alle diejenigen, die in Folge der Zersplitterung der nationalliberalen Partei, die hier stattgefunden, statt Boltz den Oberlehrer Dr. Meyer gewählt hätten, „Schweinehunde" seien. Für diese Aeußerung wurde er vom Schöffengericht in Saarbrücken zu 200 Mark Geldstrafe verurtheilt. Herr Justizrath Boltz wird über diesen Zwischenfall wohl noch genauere Auskunft geben können.

Hieraus geht zur Evidenz hervor, daß nicht die „Ultramontanen", die gar keinen Einfluß auf die Wähler besitzen, eine Beeinflussung der Wähler ausüben konnten, sondern gezwungen waren, die in unserem Protest bereits gekennzeichneten Uebelstände und Uebergriffe nationalliberaler Gegner nicht nur zu beobachten, sondern auch entschieden zurückzuweisen und, wo es möglich war, zu hintertreiben. Der Einfluß auf die Wähler, den man den katholischen Geistlichen und den Agitatoren der Centrumspartei zuschreibt, ist denn doch nicht so groß, wie die Herren behaupten, um so weniger, als es weder den

Noch: Anlage III.

Geistlichen noch den Agitatoren möglich ist, die Wähler in irgend einer Weise materiell zu schädigen.

Wenn aus den Ausführungen der zwei Herren auf der Kanzel — protestantische Geistliche haben dasselbe gethan — gefolgert wird, daß dieses eine ungesetzliche Beeinflussung der Wähler sei, die der nationalliberale Partei geschadet habe, so liefern diejenigen Wähler, die darüber Beschwerde führen, den besten Gegenbeweis, da sie selber sich nicht dadurch haben beeinflussen lassen. Die ferneren Behauptungen in der Gegenerklärung, daß die Beamten und Meister zu dem Zwecke sich in den Wahllokalen aufgehalten hätten, um etwaige säumigen Wähler heranzuholen, mag ja richtig sein; nur vergessen die Herren anzugeben, daß sie hauptsächlich nur deswegen anwesend waren, um die Wähler, die meistens ihre Untergebenen und Arbeiter waren, zur Stimmabgabe in ihrem Sinne durch ihre Autorität zu veranlassen, wie bereits in unserm Protest klar nachgewiesen wurde.

Die Wähler, die so von ihren Vorgesetzten herangezogen wurden, und die unter den Augen derselben zu wählen hatten, wußten ganz genau, daß diese nicht nur wünschten, daß sie nationalliberal wählen, sondern es ihnen, wie im Protest nachgewiesen, unter Strafandrohung befahlen mit der Begründung, daß „kein patriotischer Mann einem Ultramontanen seine Stimme geben dürfe."

Bemerkt sei hier noch, daß sämmtliche Beamten der Grube, die sich für den Spionendienst eigneten, zu diesem Zweck abcommandirt wurden, sodaß die Gruben vielfach nur von den allernothwendigsten Beamten bedient waren. In Grube Maybach, die man einigen Hülfssteigern und Bergschülern anvertraut hatte, geschah ein Unglück, bei dem 1 Bergmann getödtet und einer schwer verwundet wurde: Alles im Interesse der nationalliberalen Partei. Die Hüttenwerke machten dasselbe. Auch sie stellten ihre Meister zur Verfügung, um so den Arbeitern unter deren Augen das Wählen nach ihrer Ueberzeugung unmöglich zu machen.

Wie sehr sich die Arbeiter bei der Abgabe ihrer Stimme durch die Gegenwart ihrer Vorgesetzten im Wahllokal beeinflußt fühlten, beweist, wie in den beigegebenen Erklärungen der Geistlichen ausgeführt wird, die Bitte, die an die Geistlichen gerichtet wurde, sie doch in der Ausübung ihres geheimen und freien Wahlrechtes zu schützen, da es ihnen unmöglich sei, unbehelligt ihren Stimmzettel abzugeben.

Hieraus geht wohl deutlich hervor, daß nicht, wie in der Gegenerklärung behauptet wird, die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei deshalb im Wahllokal erschienen seien, um die Wähler gegen die Beeinflussung seitens der Geistlichen zu schützen, sondern umgekehrt, die Geistlichen geradezu aufgefordert wurden, die Wähler gegen die Beschränkung ihrer Wahlfreiheit durch die Beamten und Vorgesetzten in Schutz zu nehmen. Wie sehr diese freie Wahl beschränkt war, haben wir in unserm Protest klar gelegt und wird, wenn auch indirekt, durch die Gegenerklärung der nationalliberalen Partei zugestanden. Eine Widerlegung der von uns angeführten Thatsachen wird nicht versucht, vielmehr ergeht man sich in einer umständlichen Polemik gegen die Geistlichen und die St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung, um die vorgekommenen Ungehörigkeiten zu verschleiern.

Wenn weiter in der Gegenerklärung behauptet wird, wir hätten die Person des Kaisers in den Wahlkampf gezogen, um dadurch die Wähler zu Gunsten der Centrumspartei zu beeinflussen, so erklären wir, daß diese Notiz: „Auf Allerhöchsten Befehl" nur zu dem Zweck veröffentlicht wurde, um dem Gebahren der nationalliberalen Partei, die in Versammlungen und durch ihre Zeitungen erklärte, daß die Centrumspartei eine vaterlandslose Partei sei, deren Candidaten kein patriotischer Mann wählen könne und dürfe, damit entgegenzutreten, und unsern Wählern dadurch zu zeigen, daß es eine bösartige Unterstellung sei, die Centrumspartei als vaterlandsfeindlich zu erklären; dieses geht auch deutlich aus dem Flugblatt hervor, auf dem die Notiz veröffentlicht wurde.

Die Notiz wurde uns von einer hochgestellten Person, die es wissen konnte, mitgetheilt mit der Motivirung, sie nur ruhig zu veröffentlichen, da sie auf Wahrheit beruhe. Die betreffende Person, die nicht hier im Kreise wohnt, wurde hierzu veranlaßt durch das geradezu verabscheuungswürdige Gebahren der Nationalliberalen in Bezug auf den Patriotismus. Wir haben also nur aus Nothwehr die Notiz veröffentlicht, keineswegs aber behufs Beeinflussung der Wähler, und so wurde es auch allenthalben hier im Kreise aufgefaßt, selbst von den Gegnern.

Wie sehr wir durch die Noth gedrängt waren, von dieser Notiz Gebrauch zu machen, beweist auch die Aufforderung des unserm Proteste beigelegten „Bergmannsfreundes", der an erster, hervorragender Stelle durch sehr auffallenden Druck, die Wähler auffordert, nicht dem Candidaten der Centrumspartei, sondern den königstreuen Candidaten Boltz und Stumm die Stimme zu geben. Hierdurch wurde ausdrücklich den Wählern, die sich zum großen Theil aus Bergleuten rekrutiren, von ihrer vorgesetzten Behörde, der Bergbehörde — der Bergmannsfreund ist das amtliche Organ dieser Behörde — eine bestimmte Weisung gegeben, in welchem Sinne sie zu wählen hätten, und die Candidaten der Centrumspartei als nicht königstreu gebrandmarkt.

Jeder Bergmann weiß, daß der „Bergmannsfreund" das Organ der Bergwerksdirektion ist; letzteres erläßt Bekanntmachungen, den Bergmannsfreund betreffend, an die einzelnen Inspektion. So eine im Dezember 1898, also vor der Wahl, in der sie die Inspection anweist, dahin zu wirken, daß sämmtliche Beamte und Bergarbeiter nicht nur auf den Bergmannsfreund abonniren, sondern auch für denselben correspondiren, darin inseriren und dafür agitiren sollen. Anschließend an diese Bekanntmachung erließen die Inspektionen Bekanntmachungen zum Anschlagen, daß jeder Steiger, jeder Beamte und jeder Bergmann die Pflicht habe, den Bergmannsfreund auf oben angegebene Weise zu unterstützen. Man ist sogar so weit gegangen — namentlich auf Grube Brefeld — daß man die Arbeiter in der Grube während in ihrer Arbeitszeit für den Bergmannsfreund zu gewinnen suchte und daß die Bergleute von ihren Vorgesetzten in der unerhörtesten Weise belästigt würden, eben des Bergmsfrds. wegen. Vgl. S. 5171 ff.

Ein weiterer Beweis, daß der Bergmannsfreund das amtliche Organ der Bergwerksdirektion Saarbrücken ist, geht daraus hervor, daß, als vor 3 Jahren im Saarrevier ein Streit zwischen Frhrn. v. Stumm und der Saarbr. Ztg. entstand, die bisher den Bergmsfrd. gedruckt hatte, die Bergwerksdirektion, jedenfalls auf Veranlassung des Frhrn. v. Stumm, der Saarbr. Ztg. den Druck des Bergmsfrds. abnahm und ihn der von Frhrn. v. Stumm ins Leben gerufenen Neuen Saarbr. Ztg. übertrug. Wäre der Bergmsfrd. nicht Eigenthum der Bergwerksdirektion gewesen, würde sie es wohl unterlassen haben, einen solchen Schritt zu thun.

Ferner führt die Redaktion des „Bergmsfrds." der Bergamtssekretär Th. Vogel, also eine amtlich angestellte und besoldete Person, die eigens dazu bestimmt ist und sich mit weiter nichts beschäftigt. Die Redaktion befindet sich im Bergamtsgebäude, also direkt unter den Augen der

Noch: Anlage III.

Direktion. Da dieser p. Vogel nun auch wie angegeben ist, als Schriftführer der nationallib. Partei fungirt, so identifiziren sich Behörde und nationallib. Partei, indem der eine Theil ausführt, was der andere wünscht.

Vgl. S. 5171 ff. Eine uns zu Ohren gekommene Mittheilung, nach der behauptet wird, daß die Bergbeamten und vornehmlich Herr Geheimrath Vogel, Vorstand der Direktion, mit der Wahl absolut nichts zu thun hätten, ist wohl eine irrige, da Herr Geheimrath Vogel seinen Beamten die Mittheilung zugehen ließ, daß er sie an einem Abend im Hotel „Schwan" zu einer Besprechung bezüglich der Wahl einlade. Daß diese Beamten, dem Wunsche ihres Vorgesetzten entsprechend, nicht nur Boltz gewählt, sondern auch bei ihren Untergebenen dahin gewirkt haben, kann bei den hiesigen Verhältnissen nur als selbstverständlich betrachtet werden, und geht auch aus unserem Wahlprotest hervor.

Um nun noch kurz auf den Artikel im „Bergmsfrd." zurückzukommen, in welchem die Bergleute aufgefordert werden, den „königstreuen" Candidaten Frhrn. v. Stumm und Justizrath Boltz ihre Stimme zu geben, und den man in der Gegenerklärung versucht, möglichst abzuschwächen, sei bemerkt, daß die Behauptung, die in der Entgegnung angeführt ist und nach der gesagt ist, daß der Artikel nur den Zweck habe, dem Gebahren der Dasbach'schen Presse, wie des Caplan Dasbach entgegenzutreten, einfach eine Unrichtigkeit ist. Wenn man behauptet, die Ausführung: „es könne gewiß nicht gut thuen, wenn solche Personen (Candidat Euler und Dr. Hille) zwischen unsere Belegschaft und uns sich drängen wollen" habe den Zweck gehabt, in Erinnerung der folgenschweren Zeit des Jahres 1889 auch jetzt wieder Versuche ähnlicher Art, sich zwischen die Arbeiter und ihre Vorgesetzten zu drängen, zu verhindern, so sei demgegenüber daran erinnert, daß die folgenschwere Zeit von 1889 keineswegs eine Mache der Dasbachschen Presse oder des Herrn Abgeordneten Dasbach war, sondern in den damaligen Umständen lag und hervorgerufen wurde durch die schlechte Behandlung der Bergleute von Seiten der Vorgesetzten und die schlechte Bezahlung von Seiten der Verwaltung. Zu der damaligen Zeit stand alle Welt auf Seiten der Bergarbeiter gegen die Verwaltung, weil alle überzeugt waren, daß die Arbeiter in der Erkämpfung ihres Rechtes und einer Verbesserung ihrer Lage im Rechte waren. Wenn der Herr Abgeordnete Dasbach sie damals unterstützte, so hat er nur das gethan, was Tausende mit ihm gethan haben: sich als Menschenfreund gezeigt.

Hieraus zu folgern, daß der „Bergmsfrd." ein Recht habe, in dem Sinne, wie geschehen, bei Wahlen zu Gunsten des nationalliberalen Candidaten die Bergleute aufzufordern zu wählen, ist zum mindesten irrig.

Wenn weiter angeführt wird, daß der „Bergmsfrd." in Dasbach den Mann erblicken mußte, dessen Preßtreibereien im Saargebiete in erster Linie heute noch geeignet sind, die einträchtige und friedliche Zusammenarbeit der Bergverwaltung und ihrer Arbeiter zu stören und zu untergraben, so wissen wir, vorausgesetzt, daß dieses auf Wahrheit beruhen sollte, was wir jedoch stark bezweifeln müssen, da Abg. Dasbach sich durchaus nicht und die hiesigen Verhältnisse kümmert, was mit dieser Folgerung der Wahlprotest gegen die Wahl des Herrn Boltz zu thun hat. Wir sind der Meinung, daß es sich bei dieser Gelegenheit nicht um eine Polemik gegen den Herrn Abg. Dasbach und seine Blätter handeln kann, sondern um eine Richtigstellung der in unserm Protest angegebenen, von Seiten der Nationalliberalen vorgekommenen ungesetzlichen Beeinflussungen der Wähler.

Hiergegen etwas zu sagen, oder auch nur im geringsten zu versuchen, die von uns vorgebrachten Thatsachen abzuschwächen, ist dem nationalliberalen Wahlkomitee nicht möglich gewesen. Deshalb versucht es, wie die Gegenerklärung so klar zeigt, sich auf das persönliche Gebiet zu begeben und Personen zu verdächtigen, die absolut mit der Angelegenheit nichts zu thun haben und bei dem Protest gar nicht in Frage kommen, auch mit der Wahl in gar keine Verbindung zu bringen sind.

Wenn in der Gegenerklärung weiter behauptet wird, der Herr Abg. Dasbach habe versucht, einen Zettel der nationalliberalen Partei abzureißen, so halten wir den Herrn für viel zu anständig, als daß er sich hierzu herbeilassen könnte.

Mit solchen Argumentationen den Artikel im „Bergmsfrd." abschwächen zu wollen, müssen wir als ein durchaus mißglücktes Manöver bezeichnen.

Was die Aeußerungen des Herrn Abg. Euler angeht, Vgl. S. 5184 ff. so stellen wir es der Wahlprüfungskommission anheim, diesen Herrn persönlich um den Eindruck, den die Wahl hier auf ihn gemacht, und die Aeußerungen, die im unterschoben werden,

In Betreff der Vorkommnisse bei der Wahl in Obersalbach erklärt der unterzeichnete Pfarrer, daß schon am Vgl. S. 5191. Tage der Hauptwahl fremde Steiger von den benachbarten Gruben Püttlingen, Dilsburg, Lampennest, nach Obersalbach gekommen waren, um die Bergleute in der lässigsten Weise zu kontroliren.

Am Tage der Stichwahl nun wurde ich morgens durch einen Ertraboten nach Obersalbach gerufen: Es seien wiederum Steiger an der Arbeit, um auf die Bergleute bei der Wahl einzuwirken, ich möge doch kommen und ihnen helfen. Ich ging sofort nach Obersalbach; damals war mein Herr Prinzipal auf einige Wochen ins Bad gereist, und hatte mich zu seinem Stellvertreter gemacht. Als ich das Wahllokal betrat, beobachtete ich, wie der Steiger Klaes vor dem Wahltische saß, eine Liste führte und mit Bleifeder die ein- und ausgehenden Bergleute verzeichnete. Ich näherte mich dem Wahltische und frug allgemein, ob die Betheiligung an der Wahl eine gute sei, was der Wahlvorsteher kurz bejahte, wobei er die Wahlurne öffnete, um zu zeigen, daß schon viele gewählt hätten. Die Annahme, ich hätte sehen wollen, ob ein liberaler Zettel in der Urne liege, ist denn doch etwas sehr gewagt; erstens war dieses nicht möglich, weil ich abseits vom Tische stand, und zweitens, weil die liberalen Zettel nicht roth oder die anderen gar schwarz waren.

Daß ich Klaes fragte, was er hier mache, und daß der Protokollführer erklärte, hier dürfe keine Diskussion stattfinden, ist wahr.

Joseph Marhofer Pfarrer in Ehlenz
früher Caplan in Obersalbach-Reisweiler.

Herr Redaktur Haffmanns hat meine Zuschrift in Vorstehendem richtig aufgenommen, was ich hiermit durch Namensunterschrift bescheinige.

J. Marhofer, Pfarrer in Ehlenz
früher Kaplan in Obersalbach-Reisweiler.

Zu nebenstehender Erklärung sei noch folgende hinzugefügt:

Herr Caplan Marhofer hatte nicht Zeit, den Inhalt der Schüssel zu sehen. Der Wahlvorsteher Schäfer glaubte, daß derselbe einen Zettel abgeben wollte, als er sich nach den Wahlen erkundigte, hat aber die Schüssel sofort wieder zugemacht, als er sah, daß er sich täuschte.

Noch: Anlage III.

Was die Bemerkung des Herrn Klaes betrifft, daß er aus eigenem Antriebe nach hier gekommen sei, so ist wohl das Gegentheil richtig, da mir Beamte erklärten, sie seien hierzu kommandirt.

Obersalbach, im Novbr. 1899.

Reuter Obersteiger a. D.

Herr Redakteur Haffmanns hat meine Zuschrift in Vorstehendem richtig aufgenommen, was ich hiermit durch Namensunterschrift bescheinige. Gleichzeitig gebe ich an, daß der Beamte Steigergehülfe Conrad Peter v. Victoriaschacht auf meine Frage, was er hier zu thun hätte sagte, Obersteiger Wasmuth von Grube von der Heydt Berginspection III hätte an seinen Obersteiger Schmidt, auf dem Victoria Schacht zu Püttlingen telegraphirt, dieser solle doch einen in Obersalbach bekannten Beamten nach Obersalbach zur Wahl senden, weil sein Beamte dort nicht gut bekannt sei. Deshalb wäre er nach hier geschickt worden. Steiger Konrad Peter ist jetzt nach Grube von der Heydt versetzt worden und wohnt in Güchenbach.

P. Reiter Obersteiger a. D. zu Kurhof.

Brebach.

Vgl. S. 5222. Daß die von uns behauptete Wahlbeeinflussung seitens des Herrn Commerzienraths Böcking richtig ist, ergiebt sich aus dem Zugeständnis des Herrn, wenn er es auch in anderer Form gesagt haben will. Daß Herr Böcking seine Arbeiter bittet, ihm bei der Wahl den Gefallen zu thun und Herrn Boltz zu wählen, dürfte neu sein, umsomehr, als Herr Böcking von dieser Seite gar nicht bekannt ist.

Im Uebrigen bleiben wir bei den im Protest angeführten Thatsachen.

St. Johann, im Novbr. 1899.

C. Haffmanns Redacteur.

Die Entgegnung des Herrn L. H. Schmidt, die Vorkommnisse in Saarbrücken betreffend, kennzeichnet sich selbst, und dürfte sich kaum die Mühe lohnen, darauf zu antworten.

Ebenso halten wir die behaupteten Vorkommnisse bei der Firma Roth & Schüler aufrecht.

C. Haffmanns Redacteur.

Vgl. S. 5191, 5222. In Bezug auf den in der Gegenerklärung der nationalliberalen Partei angeführten Fall aus Wehrden bemerke ich, daß die an der Kirche beschäftigten Arbeiter meist von Auswärts und in Wehrden gar nicht wahlberechtigt waren. Sollten diese Worte gefallen sein, so kann es sich nur um einen Spaß handeln. Die Wehrdener haben 50000 Mark für ihre Kirche zu liefern, haben also sicher nichts zu verschenken.

Im Uebrigen erklären durch Unterschrift H. P. Braun und L. Schreiner, daß die weiteren Behauptungen aus Wehrden auf Unwahrheit beruhen, was daraus hervorgeht, daß die Holzlieferung zur Kirche schon beinahe 1 Jahr vor der Reichstagswahl, im Monat August 1897 an Zimmermeister Felten aus Saarlouis vergeben wurde, was auch Prudlo wußte. Mithin konnte Schreiner Prudlo nicht damit beeinflussen.

Ferner ist unwahr, wie Herr Braun behauptet und durch Unterschrift bekräftigt, daß in seiner Wirthschaft dieserhalb Verhandlungen gepflogen wurden. Dem füge ich hinzu, daß Prudlo das Holz für das neue Pfarrhaus in Wehrden geliefert hat.

Völklingen, C. Kraemer, Pfarrer.

Vgl. S. 8185 Die in der Gegenerklärung der nationalliberalen Partei aufgestellte Behauptung aus dem Wahllokal in Obervölklingen entspricht nicht den Thatsachen.

Es ist 1. unwahr, daß 2 Capläne fortwährend anwesend waren; zwei Capläne waren nur Nachmittags zugegen;

2. daß von diesen 2 Caplänen der eine ein vollständig fremder gewesen sei. Diese beiden Kapläne, die zugleich nur Nachmittags in Obervölklingen waren, sind die beiden Ortskapläne Bergweiler und Kirchesch gewesen.

In dem Wahllokal hat sich, wie mir der nach Hupperath als Pfarrer versetzte Cpln. Bergweiler sagte, folgendes zugetragen: Der Wahlvorsteher forderte den Caplan Bergweiler auf, das Wahllokal zu verlassen, da er kein Recht habe, anwesend zu sein. Auf die Bemerkung des Herrn Caplan, ihm die Bestimmungen zu zeigen, die solches enthalten, wußte man keine Antwort zu geben und er konnte bleiben.

Der Wahlvorsteher scheint auch die Thätigkeit des Herrn Caplans bezüglich der Wahl für durchaus nicht so schlimm gehalten zu haben, was daraus hervorgeht, daß er ihm noch ein Glas Wein anbot, was dieser auch acceptirte.

Völklingen, C. Kraemer, Pfarrer.

Anbei folgen noch Erklärungen:

I. von Pfarrer Dr. Royer Sulzbach
II. = = Dr. Dahm Püttlingen
III. = Hauptlehrer Petri =
IV. = Pfarrer Schmitt Gersweiler
V. = = = =
VI. = = Dr. Keil St. Johann
VII. = = J. Orth Hausweiler
VIII. = Caplan Bastgen Völklingen
IX. = Redakteur Haffmanns, St. Johann
X. = Pfarrer Weber, Friedrichsthal
XI. = = Assemacher, Burbach.

Aus diesen Darlegungen möge die Wahlprüfungskommission des hohen Reichstages erkennen, wie nicht von Seiten der Centrumspartei irgend eine ungesetzliche Beeinflussung der Wähler stattgefunden hat, sondern von Seiten der Nationalliberalen, da, wie ausdrücklich in der Erklärung der Geistlichen gesagt wird, diese nur auf Veranlassung der Wähler in die Wahllokale gegangen sind, um dem Treiben der nationalliberalen Beamten und Agitatoren nicht nur zuzusehen, sondern auch wo möglich, entgegenzutreten. Also keine Beeinflussung der Wähler war es, die die Geistlichen ausübten, sondern ein Schutz, den sie den Wählern zu Theil werden ließen.

Diesen Schutz nun auszubeuten, um zu beweisen, wie sehr die armen Nationalliberalen unter dem Einfluß der Geistlichen zu leiden haben, ist eine That, die nicht entschieden genug zurückgewiesen werden kann. Wir setzen das Vertrauen in die hohe Commission, daß sie das Wahre von dem Falschen unterschiede und auch hier an der Saar einmal dem Recht zu seinem Recht verhelfe.

St. Johann-Saarbrücken, im November 1899.

Das Wahlkomitee der Centrumspartei für den Kreis Saarbrücken.

J. A.

C. Haffmanns Redakteur, St. Johann.

Erklärung des Pastors Dr. Royer in Sulzbach Vgl. S. 5171, 5187, 5222.
zu den gegen ihn von einigen Vertretern der nationalliberalen Partei des Kreises Saarbrücken erhobenen Beschuldigungen.

A. Meine Predigt.

I. Kritik der genannten Zeugen.

1. Bergassessor von Meer von Grube Sulzbach (Altenwald).

Noch: Anlage III.

a. Der Herr hatte mit einem Troß von ca. 20 Grubenbeamten das Lokal der Centrumsversammlung (Wirtschaft Wilhelm) in Altenwald am 22. Juni 1898 nachmittags belagert. Wenn er behauptet, sie hätten das lediglich gethan, um zu sehen, was vorging, so ist dies für jeden, der die Lage aus persönlicher Anschauung kennt, einfach unglaublich. Wozu dann das starke Aufgebot? Wozu das Patroullieren an den Zugängen? Warum gehen sie nicht hinein in das Lokal? Weshalb begiebt sich von Meer sofort, als die Versammlung begonnen, mit mehreren Untergebenen nach Hühnerfeld, um dort vor der Versammlung dasselbe Manöver zu treiben? Thatsache ist endlich, daß viele einheimische Wähler, die zur Versammlung zu kommen im Begriffe standen, einfach vorbeigingen, als sie die Besatzung Königlicher Grubenbeamten erblickten. Die meisten Besucher der Altenwalder Versammlung waren auswärtige Quartierleute. Das ist durch Zeugen feststellbar.

b. In der Angelegenheit des Altenwalter Knappenvereins berichtet von Meer von einer persönlicher Rücksprache mit mir im August 1898. Bei dieser Gelegenheit ist weniger noch von dem genannten Vereine als von einem abgelegten Bergmann Jakob Scherer die Rede gewesen. Dieser sollte gesagt haben: „Die Beamten hätten nicht in die liberale Versammlung hineingehört; man hätte sie (oder speziell Assessor von Meer) zum Teufel jagen sollen." Scherer bestritt, dies gesagt zu haben. von Meer war in dieser Angelegenheit zugleich „Beleidigter" und Untersuchungsrichter. Er erzählte mir bei obengenannter Gelegenheit: „Die (amtliche) Vernehmung der Zeugen sei für Scherer (lange) nicht so belastend ausgefallen, wie die Denunziation gelautet habe." Dies bin ich bereit, zu beschwören. Trotzdem wurde Scherer auf seinen Antrag abgelegt. Scherer war Vertrauensmann der Centrumspartei.

2. Grubenbote Mathias Thommes. Der Mann war bei mir und erklärte, in der Versammlung von Vorstandsmitgliedern des Altenwalder Knappenvereins sei er zwar dabei gewesen, als man die beleidigenden Erklärungen gegen mich in der Zeitung beschloß; aber er habe sich nicht an der Sache beteiligt; er bedaure sie; jetzt könne er, obschon er es gerne thäte, nicht aus dem Vorstande austreten, sonst werde er abgelegt (das sei ihm infolge einer Unterredung mit Bergrat Krümer klar geworden); allein nach Ablauf des Vereinsjahres werde er niederlegen, er wolle nicht gegen seine Geistlichen agitieren; er ließ sich dann auch nicht mehr in den Vorstand wählen. Thommes wird dies auch vor richterlicher Behörde bestätigen.

3. Maschinenwerkmeister Forster und Maschinensteiger Jochum sind Untergebene von Meer's und deshalb abhängige Leute. Soviel ich weiß, war Forster bei der Landtagswahl im Herbste 1898 liberaler Wahlmann und dabei von Bergrat Krimer zur Maßregelung in Aussicht genommen (Untersagung jeder Nebenbeschäftigung), wie andere Beamte auch, weil er für den liberalen Kandidaten Röchling statt des liberalen Daub gestimmt hatte. Man erzählt, diese Maßregelung sei durch direkte Intervention des Herrn Vopelius bei der Königl. Bergwerksdirektion in St. Johann rückgängig gemacht worden.

II. Inhalt meiner Predigt.

Vgl. S. 5189. 1. Am Sonntag vor der Hauptwahl. Es ist unwahr, daß ich auf der Kanzel erklärt habe: „ein Katholik dürfe einem Nationalliberalen seine Stimme nicht geben; wer dies thue, müsse sich in seinem Gewissen bedrückt fühlen." Vielmehr habe ich gesagt, meine Pfarrkinder sollten ihre Stimme keinem Sozialdemokraten, keinem Kulturkämpfer und keinem Mann geben, der die Grundrechte der kath. Kirche in Preußen zu erschüttern bereit sei. Wenn Herr von Meer statt dessen sofort den „Nationalliberalen" einsetzt, so ist das seine Sache; aber es ist keine objektive Berichterstattung.

2. Am Sonntag vor der Stichwahl.

a. Eine Wahlrede habe ich nicht gehalten. Die aus der gegen die katholische Kirche zu bethätigenden Pflicht der Treue sich ergebenden Folgerungen habe ich mit Bezug auf das in der kommenden Woche urgierende Wahlrecht und die Wahlpflicht erläutert, ebenso wie manche protestantischen Geistlichen es zu derselben Zeit gethan haben, z. B. Pfarrer Zillesen von Altenwald vor der Hauptwahl. Auch manche Bischöfe haben früher oder später Erlasse an die Katholiken gerichtet, in denen sie dieselben unterrichteten und ermahnten, Männer der Religion und der Ordnung zu wählen. Wenn die Religion nichts zu sagen hätte bei so wichtigen Angelegenheiten, wie die Wahlen zum deutschen Reichstage sind, so wäre das ein Beweis ihrer Schwäche, und daß sie auf die Einwirkung auf das öffentliche Leben verzichtet. Im Reichstage kommen religiöse Interessen wichtigster Art zur Verhandlung, und ist damit den Dienern der Religion von selbst das Recht eingeräumt, belehrend und ermahnend darauf hinzuwirken, daß Männer von religiöser Gesinnung in den Reichstag gewählt werden. Innerhalb dieses Kreises der Belehrung und Ermahnung habe ich mich durchaus gehalten, wie durch Zeugenaussagen, z. B. Kaplan Zilliken, Lehrer Thinnes, Lehrer Freiberger, Lehrer Greff u. a. festgestellt werden kann.

b. In der durch Herrn von Meer vertretenen Inhaltsangabe meiner Predigt, sowie in der als besondere Anlage zu der nationalliberalen Gegenschrift gegebenen Niederschrift meiner Predigt sind eine Masse Irrtümer, Verdrehungen und Unterschiebsel enthalten, von denen ich nur die wichtigsten zu korrigieren habe. Es scheint mir, daß persönliche Interpretationen allgemeingehaltener Sätze und Reminiszenzen aus Wahlversammlungen bei der Niederschrift stark mitgespielt haben. Wenn in der nationalliberalen Gegenschrift (S. 111) behauptet wird: „Der Auszug ist zum Theil auf Grund von während des Gottesdienstes gemachten Notizen unmittelbar nachher niedergeschrieben worden" —, so weiß jeder vernünftig denkende Mensch, was für Gewicht auf die spätere Niederschrift von Reden von $1/2$ Stunde Dauer in Zeiten hoch gehender politischer Wogen durch Anhänger der Gegenpartei zu legen ist. Warum hat die nationalliberale Partei meine Predigt nicht stenographieren lassen? Sie war ja von langer Hand her auf alles vorbereitet. Obersteiger Jakob in Sulzbach hatte ja extra einen vor zehn Jahren aus der kath. Kirche ausgetretenen Bergarbeiter zu Kontrolle meiner Predigt in meinen Gottesdienst geschickt. Uebrigens beweist auch der Umstand, daß mancherlei Unsinn niedergeschrieben ist, z. B. „sie haben es dahin gebracht, daß unsere Bischöfe nicht mehr vom Papste, und unsere Priester nicht mehr von den Bischöfen ernannt wurden, bezw. als solche ernannt werden sollten" —, daß die Niederschrift objektiv wertlos ist. Ein katholischer Geistlicher, der diesen Satz gesprochen hätte, hätte bewiesen, daß er von den geläufigsten kirchenrechtlichen Bestimmungen keine Ahnung hat. Der Satz hat vielmehr gelautet: „Ein Katholik darf nicht den Anhänger einer Partei wählen, welche den Versuch gemacht hat und zu wiederholen bereit ist, den Einfluß des Papstes auf die Bischöfe und den Einfluß der Bischöfe auf die Priester zu brechen oder ganz zu beseitigen." Was will man aber gegen diesen und ähnliche Sätze, auch wenn sie auf der Kanzel gesprochen werden, einwenden? Wenn das „Gewissenszwang ist, wie die nationalliberale Partei überall ausposaunt, so verwechselt sie „Gewissensfreiheit" mit

Noch: Anlage III.

„absoluter Ungebundenheit" und nennt jede Verpflichtung „Gewissenszwang".

Es ist ferner unwahr und wird von mir mit aller Entschiedenheit bestritten, daß ich gesagt habe: „Wählt ihr aber den der ungenannten Partei, so seid ihr persönliche Gegner euerer Religion; ihr seid nicht ehrlich; denn ein Katholik kann nur ehrlich sein, wenn er unsern Kandidaten wählt und nicht einen Feind, einen der bankrotten Partei." Ich habe überhaupt nicht gesagt „die ungenannte, aber wohlbekannte Partei"; habe nicht gesagt „die liberale Partei", sondern nur einigemale „die Partei, welche die Grundrechte der kath. Partei zerstören möchte" genannt, der beizutreten „das Gewissen verbietet." Warum wenden die Nationalliberalen solche Ausdrücke immer wieder auf sich und ihre Partei an, statt zu beweisen, daß es sie nicht trifft? Es ist ferner unwahr, daß ich gesagt habe: „Doch läßt das Gebiet jenseits der Bahn noch viel zu wünschen übrig. Ist es dort persönliche Furcht oder Druck von gewissen Leuten der ungenannten, wohlbekannten Partei."

Unwahr ist, daß die Zeiten der verschiedenen Wahlversammlungen auf der Kanzel bekannt gemacht wurden, sondern nach alter Sitte die Versammlungen der katholischen Jünglings- und Arbeitervereine, die wohl ein Unkundiger mit Wahlversammlungen verwechselt hat, die aber mit Politik nichts zu thun haben, was den Katholiken allgemein bekannt ist.

Wie unzuverlässig der nationalliberale Bericht über meine Predigt ist, ergiebt sich auch daraus, daß ich aus der heiligen Schrift nachgewiesen habe, daß die kath. Kirche bestimmte Rechte auf den Unterricht der Jugend und folgerichtig auf die Schule habe, daß aber weitverzweigte Parteien in unserem Volke ihr diese Rechte schmälern oder nehmen wollen, und daß es gegen die Pflicht sei, solche Parteien zu unterstützen. Davon steht in der genannten Niederschrift kein einziges Wort.

Ich erhebe also entschieden Protest gegen dieses überaus unzuverlässige Machwerk und berufe mich auf die vielen Männer als Zeugen, die meinen Predigten nicht nur sporadisch, sondern regelmäßig beiwohnen. Warum nennt die liberale Partei keine von diesen Hunderten als Zeugen?

Vgl. S. 5187.

B. Mein Verhältnis zum Knappenverein Altenwald.

Wenn bei dieser meiner Erwiderung der Pfeil auf den Schützen zurückprallt, so ist das nicht meine Schuld. Ich vertrete hierin jedes Wort und bin bereit, es mit vielen Zeugen zu bekräftigen, wenn es verlangt wird.

1. Vor dem Streik Dezember 1892 und Januar 1893 war Altenwald überschwemmt von dem sozial-demokratischen Organ des „Rechtsschutzvereins" „Schlägel und Eisen" (4—500 Exemplare). Weil ich gegen dieses Organ auftrat, hetzte es gegen mich. Diese Saat ging auf in den Reihen des sogenannten „kath. Knappenvereins", eigentlich „Sterbe-Unterstützungs-Kassenverein".

2. Der frühere und jetzige Vorsitzende des Vereins, Grubenschmied Anton Dehmitz, bat mich im Herbste 1892, „doch nichts mehr gegen die Sozialdemokraten zu sagen; die Leute bezögen das alle auf sich; die Sozialdemokratie sei nicht so schlimm, und als mein Vorgänger (Pastor Laven) bei seinem Abschiede sie zur Einigkeit und zu festem Zusammenhalten ermahnt habe, hätten sie das so aufgefaßt, daß sie nur durch Zusammengehen mit der Sozialdemokratie eine Besserung ihrer Lage erzielen könnten." Nun wußte ich, wie die Sachlage stand, und daß der Verein auf gefährlichen Wegen wandelte.

3. Vor dem Streik habe ich auf der Kanzel und in Volksversammlungen davor gewarnt; während desselben (gleich am 3. Tage) eine Abordnung der Grubenförderungs-Maschinenführer (Groß u. Thommes) und somit diese alle zum Aufnehmen der Arbeit beredet (also der Bergwerksverwaltung den größten Dienst erwiesen) und auch durch häusliche Besuche die Leute zur Arbeit vermocht (darunter Nik. Glaser).

4. Beim Streik waren diejenigen, welche jetzt durch liberale Hilfe die Leitung des Vereins in der Hand haben, an der Spitze der Streikenden, besonders Nik. Treib und Nik. Glaser, letzterer einer der regelmäßigsten Besucher der Streikversammlungen.

5. Wegen meines Verhaltens im Streik wurde ich nach demselben nicht mehr zu den Versammlungen des Knappenvereins eingeladen, wie früher. Ich stellte die Forderung: entweder jedesmalige Einladung oder ein Statut, daß ich das Recht habe, in die Versammlung zu kommen; beides wurde von dem Vorsitzenden Schmitz abgeschlagen.

6. Als der Verein 1893 im Herbste von mir eine neue Fahne geweiht haben wollte, ernannten sie mich zum Ehrenpräses. Von da an besuchte ich wieder den Verein, bis ich merkte, daß ein Teil der Mitglieder bei meinen Vorträgen über die Berggewerbegerichte die Versammlung ostentativ verließ.

7. Seither benützten hervorragende Mitglieder und Vorstandsmitglieder des Vereins häufig Anlässe, um über mich oder die Geistlichkeit überhaupt zu schimpfen. Zeugen sind da.

8. Der Bericht über die Verhandlungen bei der Feier des vorigjährigen Stiftungsfestes des Vereins wimmelt von Unwahrheiten. Bei der Einladung des Vorsitzenden, wo von keinem Festgottesdienst die Rede war, habe ich ihn aussprechen lassen und dann erklärt, wir könnten kaum kommen, übrigens sei jetzt keine Zeit (die Glocken läuteten bereits) ich werde später Antwort geben. Diese Antwort habe ich am 2. Tage darauf den beiden (Thommes und Klein) gegeben: Es sei ein Festgottesdienst in das Programm gesetzt, dieses sei mit den Einladungen nach allen Seiten verschickt: alles ohne Mitteilung, geschweige denn Gesuch an uns Geistliche; unsere Ehre verbiete uns, mitzuwirken.

Unwahr ist, daß wir Geistliche die benachbarten Vereine bewogen haben, nicht zu erscheinen. Weil kein Geistlicher die Einladung unterschrieben hatte, wie es bei allen kath. Vereinen hier Sitte ist, wußten diese von selbst, woran sie waren.

Unwahr ist, daß die Beseitigung des alten Vorstandes von mir als Bedingung meiner Mitwirkung deshalb gefordert worden ist, weil er in der liberalen Versammlung geredet habe, sondern ich habe es verlangt, weil ich seit 6 Jahren beständig von diesen Männern beleidigt worden bin; ich fügte nur zum Schluß hinzu, auch benütze der Vorsitzende seine Stellung, um den Verein in's liberale Lager zu führen, und das sei gegen die Statuten.

Unwahr ist, daß in der Versammlung am 17. Juni „die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder an ihrem langjährigen Vorsitzenden festhielt." Wenigstens zwei Drittel wünschten seinen Rücktritt. Erst als die Grubenbeamten sich für ihn in's Zeug legten, blieben von ca. 240 Mitgliedern etwa 60—80 auf seiner Seite, während die Uebrigen aus Furcht vor Benachtheiligungen bei der Arbeit sich seither ganz zurückzogen, ohne auf Einsetzung eines anderen Vorstandes zu dringen.

9. Unrichtig ist die Darstellung des Vorgangs bei dem Gottesdienste am Sonntag Nachmittag. In die Christenlehre konnte der Verein nicht kommen, weil sein Eintritt mich und die Kinder störte. Die Fahne habe ich aus dem darauffolgenden Gottesdienste gewiesen, weil mir

Noch: Anlage III.

bis dahin weder vom Vorsitzenden noch von dessen Stellvertreter eine Mitteilung gemacht worden war, daß der Verein mit Fahne zur Kirche kommen werde. Ich habe ein Recht zu verlangen, daß von solchen Dingen mir vorher in anständiger Weise Mitteilung gemacht wird.

Unwahr ist, daß ich auch die Mitglieder des Vereins aus dem Gottesdienste hinausgewiesen habe: Diese zogen vielmehr von selbst fort, als ich ihre Fahne nicht in der Kirche duldete. Seither folgten die öffentlichen Erklärungen in der Zeitung (Sulzbacher „Boten"), in welcher der Vorstand mir absichtliche Verbreitung von Unwahrheiten vorwarf. Ich habe die Leute deshalb nicht verklagt (wie Assessor von Meer erwartete): 1. weil mir die Vorstandsmitglieder Klein, München und Thommes sagten, daß sie nichts mit der Sache zu thun hätten; 2. weil der Vorsitzende ebenfalls eine ähnliche Erklärung vor Zeugen abgab; 3. weil als Hauptmacher der Sache allgemein in der Oeffentlichkeit die beiden Bergleute Nik. Treib und Nik. Glaser bezeichnet wurden, welche a) wegen gelegentlich bekundeter sozialdemokratischer Gesinnung und anderer Sachen auch ohne gerichtliches Urteil hinreichend gekennzeichnet sind; b) zudem gaben mir beide vor 2 Zeugen die schriftliche Aussage, daß sie ihre Erklärungen in der Zeitung bedauern und als teilweise unrichtig zurücknehmen. (Vgl. Anlage I).

10. An dem Stiftungsfeste nahmen ostentativ die höheren Grubenbeamten, Bergrat Krümmer, Inspektor Dr. Schäfer, Assessor von Meer, teil; auch natürlich die mittleren und unteren Beamten: ein prächtiger Anblick für die große Mehrheit der katholischen Bergleute, welche ganz genau wissen, daß die Schmitz, Treib, Glaser u. a. seit „Schlägel und Eisens" Zeit systematisch gegen Priester und Kirche und auch da, wo sie sich es ungestraft leisten zu können glauben, gegen die staatliche Ordnung hetzen.

11. Es ergiebt sich aus dieser Darstellung, daß die nationalliberale Darstellung des Vorgangs zwischen Pastor und „Knappenverein" durchaus gefälscht ist; daß eine seit Jahren genährte Opposition gegen die berechtigten Forderungen des Geistlichen zur Katastrophe führte, und daß nur intellektuelle Blindheit infolge der die Wahlen begleitenden Aufregung diese Angelegenheit zu einem Angriffe auf die Freiheit der Wähler stempeln konnte.

12. Assessor von Meer beruft sich wegen meiner Predigt auf die Zeugen Forster, Jochum, Thommes. Warum fragt er sie nicht auch über mein Verhältnis zum Knappenverein? Sie hätten ihm manches sagen können, was ihn zur Ansicht gebracht haben würde, daß auch er sich in gewagter Weise an einem Unternehmen beteiligt hat, welches nur geeignet ist, die Rechte des Seelsorgers zu verletzen und, sobald wieder sozialdemokratische Agitatoren unser Kohlengebiet bearbeiten, auch die Grubenbehörde empfindlich zu schädigen.

13. Zugleich ist der Beweis erbracht, daß bei einem solchen Verhalten Königlicher Grubenbeamten es absolut überflüssig ist, für arbeitswillige Arbeiter zur Streikzeit größeren Schutz zu suchen. Die Hauptstreiker brauchen blos bei der nächsten Wahl das liberale Mäntelchen umzuhängen, dann können sie, nach erlangter vollständiger Absulution ihrer früheren Vergehen, den arbeitswilligen Arbeiter, der seine politische Gesinnung nicht wechselt, auslachen.

C. Sonstiges.

1. Was von einer Aeußerung von mir zum Fahrsteiger Schroeder in Altenwald gesagt ist, hat doch keinen Bezug auf Wahlbeeinflussung. Uebrigens habe ich Schroeder am genannten Tage in Altenwald nicht gesehen. Er gehört auch gar nicht zur Grube von Altenwald.

2. Daß wir die offenstehenden Thüren der Wahllokale zu schließen suchten, ist doch nur der Beweis, daß wir die zahlreichen Beamten, die den Flur besetzt hielten, es unmöglich machen wollten, zu kontrollieren, ob die Leute die genommenen liberalen Zettel auch abgaben, und sie für die Unterlassung nachher zu benachteiligen. Wie kann man darin uns Wahlbeeinflussung vorwerfen?

3. Zeuge Vopelius soll bekunden, daß wir Geistliche der Gemeinde Sulzbach „an allen fünf Wahllokalen den ganzen 24. Juni" anwesend waren. Frage: Wie können 3 Personen, ohne ein Wunder zu wirken, den ganzen Tag an 5 Lokalen anwesend sein? Was ist von einem Mann zu halten, der sich bereit erklärt, so etwas zu bezeugen?

Sulzbach, 10. November 1899.

Dr. Royer, Pastor.

Bemerkungen zu dem nationalliberalen Bericht über die Reichstagswahl zu Püttlingen (Saarbrücken).

Vgl. S. 5178, 5179, 5224.

1) Alle Angaben über Versprechungen und Drohungen gegenüber den Bergleuten seitens mancher Grubenbeamter werden aufrecht gehalten. Es wäre nur zu wünschen, daß die katholischen Bergleute vor einem unabhängigen Richter, den sie wegen seiner Zugehörigkeit zur Grube nicht zu fürchten hätten, einmal Aussage machen dürften; die mancherlei Bedrückungen, welche nach der Wahl gegen Centrumswähler erfolgten, sind nur ein zu deutlicher Beweis, wie internationalliberale Beamte handeln zu dürfen glaubten.

2) unwahr ist, daß in Püttlingen vor der Wahl vor der Kanzel agitiert worden sei; am Sonntag vor der Wahl wurde nun folgende Mahnung verlesen: „es wird an die Pflicht erinnert, daß jeder katholische Wähler zur Wahl geht und jenem Kandidaten seine Stimme giebt, der dem Kaiser giebt, was des Kaisers ist, und Gott und seiner heiligen Kirche giebt, was ihnen gebührt." Ausdrücklich hatte ich noch den Kaplänen ans Herz gelegt, betreff der Wahl kein anderes Wort zu sagen, was auch geschehen ist.

3) daß nationalliberale Wähler aus der Kirche gewiesen und vom Abendmahl ausgeschlossen worden seien" erkläre ich mit Rücksicht auf die darin enthaltene Beleidigung als eine Verläumdung der Püttlinger Geistlichkeit.

4) unwahr ist, daß ich jemals in der Wahlbewegung gesagt habe: ein jeder muß katholisch wählen, sonst ist er kein gläubiger Katholik." Von den Beamten wurde den Leuten gesagt, „sie müßten nationalliberal wählen, weil sie mit denen gehen müßten, von welchen sie ihr Brot hätten." Demgegenüber erklärte ich in meiner Eigenschaft als Pfarrer (nicht als „Priester"), um das Gewissen der Bergleute aufzuklären, daß die Grube staatlich sei, und nicht nationalliberaler Eigenthum, daß die liberalen Beamten ebensowohl von der staatlichen Grube lebten als die Centrumsarbeiter, und daß vor dem Staate alle Bürger gleich seien, sowohl die liberalen als die katholischen: somit sei jener Grund unsinnig.

5) unwahr ist, daß ich am Tage der Wahl von Haus zu Haus gegangen bin. Was den Vorfall mit dem „Geisteskranken" angeht, so handelt es sich um einen Kriegsinvaliden von 1870, der infolge des Krieges und der erlittenen Strapazen etwas schwachsinnig, im übrigen sehr harmlos ist, dabei im Genusse seiner bürgerlichen Rechte nicht beschränkt ist. Er ist ein überzeugter Anhänger der Centrumspartei und hatte bei der Hauptwahl auch gewählt; es war ihm nicht klar, warum er noch einmal wählen solle: ich klärte ihn über die Bedeutung der Stichwahl auf und ging mit ihm bis in die Nähe des Schulhauses, in welchem das Wahllokal stattfand; dann verließ ich ihm, ohne darauf zu achten, ob er wirklich zum

Noch: Anlage III.

Wählen ging. Das nennt man „schleppen eines Geisteskranken zum Wahllokal."

6) unwahr ist, daß an der katholischen Kirche zu Püttlingen ein Zettel des betr. Inhaltes jemals angeklebt worden ist. Soviel ich durch andere Leute hörte, war der betr. Zettel an der Kirchhofsmauer angeklebt nnd zwar an derselben Stelle, an welcher alle Vereine Püttlingens und auch die Behörden ihre Bekanntmachungen zu befestigen pflegen. Die Kirchhofsmauer ist Eigentum der Civilgemeinde: was demnach dort bekannt gegeben wird, geht die Geistlichkeit gar nichts an.

7) was meine Thätigkeit im Wahllokale angeht, so habe ich dagegen Einspruch erhoben, daß die Leute durch einen Steiger, welcher eine Liste führte, kontrolliert würden. Ein Herr, der liberalen Partei zugehörig, hatte mir längere Zeit vor der Wahl die Unstatthaftigkeit eines solchen Verfahrens mitgeteilt. Am Wahltage selbst (es war der Tag der Hauptwahl, und nicht der Stichwahl) kamen Bergleute zu mir und klagten, daß sie kontrolliert würden, und zwar von Steigern. In der That saß im Wahllokal II vorn in der ersten Bank an der Stelle, unmittelbar vor den Wahltisch, ein Steiger mit der betr. Liste; ich machte den Wahlvorsteher daranf aufmerksam. Nachdem ich in der Schule Religionsunterricht gehalten, kamen wieder Wähler, außer sich vor Aerger, und berichteten, wie die Sache im Wahllokal I stände. Ich eilte dorthin, und fand in der ersten Bank rechts vom Wahltisch an erster Stelle den Steiger Altmeyer mit der Liste, in der ersten Bank links unmittelbar vor dem Wahltisch den Obersteiger Schmidt II: Diese Controlle, die ich für unmöglich gehalten, brachte mich auf, und so kam es zu dem in der liberalen Färbung übertriebenen Auftritt. Sobald ich über die Ungehörigkeit meines Benehmens mich unterrichtet hatte, nahm ich keinen Anstand, dem Wahlvorstand (nicht dem Obersteiger Schmidt) gegenüber mein aufrichtiges Bedauern darüber auszusprechen.

8) tief zu bedauern ist die Andeutung, als ob ich in meiner Eigenschaft als Ortsschulinspektor einen Einfluß zu Gunsten der Centrumspartei bei den Lehrern versucht hätte. Ich weise diese Andeutung mit Entrüstung zurück, da ich durch kein einziges Wort jemals mit einem der mir unterstellten Lehrer betr. der Wahl verhandelt habe.

9) wie Berginspektor Wiesmann bezeugen kann, daß ich in der Wahlperiode verschiedene Häuser, darunter auch Wirtshäuser besucht, und die Leute jedenfalls zur Wahl eines Centrumsmannes aufgefordert habe", ist unbegreiflich; Berginspektor Wiesmann wohnte in Louisenthal (zur Gemeinde Volklingen, $1^1/_4$ Stunde von Püttlingen entfernt), und will mich gesehen haben, als ich die Häuser in Püttlingen besucht, und will gehört, haben, was ich mit den Leuten gesprochen!

Püttlingen, den 8. November 1899.

Dr. Dahm, Pfarrer.

Entgegnung des Hauptlehrers N. Petri aus Püttlingen über Aeußerungen und falsche Unterstellungen betreffs seiner Thätigkeit als Wahlvorsteher bei der letzten Reichstagswahl.

Püttlingen, 8. November 1899.

Verschiedene Aeußerungen des Wahlvereins über meine Amtsthätigkeit als Wahlvorsteher bei der letzten Reichstagswahl, sowie falsche Unterstellungen erheischen meinerseits folgende Abwehr:

1. Bei allen Wahlhandlungen, bei denen ich die Ehre hatte, als Wahlvorsteher zu fungieren, und es ist dies schon oft der Fall gewesen, suchte ich durch genaueste Beobachtung der Instruktion das Vertrauen, das in mich gesetzt wurde, in vollstem Maße zu rechtfertigen.

Ich nahm regelmäßig die Hälfte der Beisitzer aus Grubenbeamten, was ja bei der letzten Reichstagswahl nicht mehr angängig, weil durch die Instruktion untersagt, war. Diesmal setzte ich den Wahlvorstand zusammen aus Lehrern, Geschäfts- und Bergleuten, deren politische Gesinnung mir unbekannt war. Hierdurch suchte ich allen Parteien gerecht zu werden.

2. Bei der großen Anzahl der berechtigten Wähler erwies sich die als Urne gebräuchliche Schüssel als viel zu klein; es mußten dreie genommen werden, was mit Unannehmlichkeiten verbunden war.

Da nun auch in der Instruktion nur von Einer Wahlurne Rede ist, so nahm ich ein Hoffmannsches Reisstärkekistchen mit Deckel mit. Es hatte 50 cm Länge, sowie 26 cm Höhe und 26 cm Breite. Dies Kistchen erwies sich denn auch gerade als ausreichend, da es mit Wahlzetteln gerade angefüllt wurde. Eine besondere Absicht dabei lag mir durchaus fern. Bei Abgabe des Zettels wurde der Deckel nur insoweit gelüftet, um den Zettel hineinschieben zu können. Dies Kistchen lag mir nicht nur, sondern dem ganzen Wahlvorstande vor Augen, und es ist ganz undenkbar, daß Ungehörigkeiten hätten vorkommen können.

3. Bei früheren Wahlen wurde das Abzählen der Zettel nach Ausschüttung der Urnen dadurch sehr erschwert, daß mehrere Zettel in einandergeschlüpft waren, wie es beim Hineinstecken der Zettel in die Schüsseln leicht möglich war und öfters vorkam. Um dies zu verhüten und die Feststellung des Ergebnisses zu beschleunigen, sagte ich den Wählern, sie sollten die lang gefalteten Zettel in der Mitte nochmals brechen. Es ist eine falsche Unterstellung, wenn man diesem meinem Verlangen eine andere Absicht unterschiebt. Der Zweck, den ich wirklich dabei im Auge hatte, den ich auch der versammelten Wählerschaft kund that, wurde erreicht: die Zahl der Zettel und der notierten Wähler stimmte bei der ersten Zählung sofort überein.

4. Ganz besonders war ich bemüht, das geheime Wahlrecht, wie es in der Instruktion vorgeschrieben ist, für jeden Wähler, ohne Unterschied der Partei, zu schützen, und dies um so mehr, als ich bemerkte, daß von seiten der Bergbehörde Herr Inspektor Wiesmann, und seitens der Zentrumspartei bald darauf Herr Geschäftsmann Merziger die vorderen Bänke bestiegen. Da ich beide für Aufpasser ihrer Partei ansah, rief ich die Wähler dicht an meine Seite, um jedem sein Recht zu wahren und die geheime Abstimmung jedem, ohne Unterschied der Partei, — es waren ja auch sozialdemokratische Wähler zugegen, — zu sichern. Ich glaube, hierdurch die an mich ergangene Instruktion genau erfüllt zu haben.

5. In dieser Instruktion stand nichts darüber, daß außer dem Vorstande sonst jemandem die Führung einer Liste gestattet sei. Auf den Hinweis des Wahlvorstandes, daß Herr Steiger Flegel eine Liste führe, untersagte ich dies; ich hätte es jedem Andern, gleichviel welcher Partei, auch gethan. Ich nahm, nachdem ich erfahren, daß früher dies Thun gestattet gewesen sei, das Verbot sofort zurück.

Die Unterstellung, als sei ich durch die Gegenwart, oder Aeußerungen des Herrn Pfarrers als meines Ortsschulinspektors eingeschüchtert worden, entbehrt durchaus der Begründung. Als Wahlvorsteher erkannte ich nur den Herrn Landrat als Wahlkommissar als meine Behörde an, verfuhr darum auch ganz selbständig, ohne jede Beeinflussung. Kurz, meine Devise war, getreu der Instruktion: „Gleiches Recht und Gerechtigkeit für jeden Wähler gleichviel welcher Partei."

Noch: Anlage III.

Wie man nach dieser wahrheitsgetreuen Darlegung der Sachlage die Vermutung aussprechen kann, ich sei Zentrumswähler, oder gar ich habe zu Gunsten der Zentrumspartei gehandelt, — das verstehe ich nicht. Ich achte jede Partei, die auf dem Boden des Gesetzes steht, in dem Glauben, daß die Gerechtigkeit nicht blos in Einer Platz findet.

N. Petri, Hauptlehrer.
Wahlvorsteher bei der letzten Reichstagswahl.

Vgl. S. 5145, 5177, 5224.

Entgegnung ad Ottenhausen.

Das Wahllokal in Ottenhausen war lange Zeit hindurch während der Wahl geöffnet, jedoch nicht auf Antrag des Beisitzers Michel Körber. Dadurch, daß die Thür offen stand, war es dem grade vor der Thür des Wahllokals im Hausflur stehenden Königl. Steiger Wilh. Kurz möglich, jeden einzelnen Wähler von der Stimmzettelabnahme bis zur Stimmzettelabgabe genau zu beobachten. Herr Kurz machte Notizen, deren Inhalt natürlich unbekannt ist. Neben ihm stand Ledig (meist in Gemeindearbeiten beschäftigt) mit einer Wählerliste, in welche Beide fortwährend Einsicht nahmen, jedenfalls um säumige Wähler zu entdecken.

Schlöder, der später ins Wahllokal trat, machte darauf aufmerksam, daß die Thür geschlossen werden soll, da sonst das Geheime bei der Wahl unmöglich sei. Er fand jedoch Widerspruch und erhielt die Aufforderung, sich ruhig zu verhalten. Schlöder verhielt sich darauf hin ruhig und machte Notizen. Ein Herr des Wahlvorstandes protestirte dagegen, daß Schlöder Notizen schrieb. Später stand Körber auf, schloß die Thüre und öffnete das Fenster des kleinen Wahllokals.

Ob Schlöder in Gersweiler die Thür des Wahllokals öffnen lassen wollte, entzieht sich meiner Kenntnis. Es ist jedoch unwahrscheinlich, weil ja sonst die direkt vor der Thür stehenden Zettelvertheiler der liberalen Partei jeden Wähler bis an die Urne genau hätte beobachten können, was Schlöder sicher nicht intendiren konnte.

Der angeführte Zettelvertheiler der Centrmspartei aus St. Johann war in der ersten Hälfte des Nachmittags, als ich ihn sah, noch nicht betrunken, später soll er sich betrunken haben.

Schmitt, Pastor.

Vgl. S. 5145, 5224.

Entgegnung ad Gersweiler.

Unterzeichneter Pastor Schmitt hielt sich am Tage der Wahl einige Zeit in der Wirthschaft Schauß auf, worin das Wahllokal sich befand, und zwar teils in der Gartenwirtschaft, teils im Wahllokal, und auch indem er in den Hausflur gelentlich mit mehreren bekannten Personen sprach, aber nicht einmal über die Wahl. Dabei war Unterzeichneter gewiß ebenso im Rechte als die dortigen den ganzen Tag ausharrenden Personen, welche „seitens der Burbacher Hütte zur Beobachtung der Wahlvorgänge nach Gersweiler gesandt waren"! darunter war auch Herr Nalbach „gesandt", ein Königl. Obersteiger gesandt von der Burbacher Hütte nach Gersweiler!

Wenn bei frühern Wahlen stets die liberalen Zettelvertheiler grade unmittelbar vor der Thür des Wahllokals standen, während diejenigen für das Zentrum stets an der Hausthür Platz nehmen mußten, so war das früher ebenso wie jetzt nicht besonders lobenswert, weil es eher eine Wahlbeeinflussung seitens der Liberalen als seitens des Zentrums möglich machte, wenn auch früher nie etwas gegen diesen Modus erinnert wurde.

Der Königliche Grubensteiger Herr Kurz scheint wirklich seine Worte vergessen zu haben: „Scheren Sie sich hier weg mit ihren Zetteln", aber er hat sie sicher gesagt. Herr Kurz behauptet allerdings mit Recht, daß er nicht der Vorgesetzte der Wähler von Ottenhausen sei, aber das ist sicher, daß jeder Bewohner von Ottenhausen ihn als Königlichen Grubenbeamten kennt. Uebrigens habe ich noch den Eindruck, als habe Herr Kurz am Wahllokale seine Dienstmütze getragen.

Ich behaupte dazu, daß ich in keiner Weise, weder öffentlich noch insgeheim meine Amtsstellung dazu benutzt habe, Wahlagitation zu treiben.

Schmitt, Pastor.

Vgl. S. 5190, 5224 bis 5225.

Erwiderung auf das Schreiben des Fahrsteigers Herrn Schröder von Kreuzgraben betreff der Wahlvorgänge in Quierschied.

Aus dem Schreiben des Herrn Schröder geht unzweideutig hervor:

1. Daß die unmittelbaren Vorgesetzten der Bergleute von Quierschied sammt und sonders in Quierschied am Wahltage an den Wahllokalen stationirt waren. Die Herren Fahrsteiger Schröder und Fahrsteiger Wolfanger sind weder in Q. ansässig, noch hatten sie dort ein Wahlrecht auszuüben.

2. Die Herren Vorgesetzten hatten unmittelbar die Thür zu den Schulhäusern besetzt „standen zeitweise auf dem Hausflur" —; wo das Wahllokal im II. Stockwerke war, fand ich Steiger oben auf der Treppe — und ständig war ein Steiger in jedem Wahllokale anwesend.

3. Ich selbst bin erst an das Wahllokal gegangen, nachdem ich Kenntniß erhalten von dem großen Aufgebot an Steigern, Beamten, Vorgesetzten, welche die Wahllokale umlagert hatten, und nachdem ich von Eingesessenen von Quierschied dringend ersucht worden war, ab und zu an das Wahllokal zu kommen, damit Freiheit bleibe.

4. Der Kirchenvorstand hat sich überhaupt nicht mit der Wahl befaßt und der Küster ist nicht beauftragt worden, irgend etwas in Sachen der Wahl zu unternehmen.

5. Es waren Zettelverthieler so aufgestellt, daß ein Umtausch der Wahlzettel von den Wählern nicht konnte vorgenommen werden, ohne daß die Zettelvertheiler dieses merkten. — Die Zettelvertheiler der Centrumspartei standen überall vor den Wahllokalen auf der Straße, die übrigen Zettelvertheiler z. B. beim Wahllokale an der Kirche, im Flur des Hauses. Dortselbst standen zunächst 2 fremde Männer, die ich nicht kannte und die sich unterhielten. Sie standen hinten im Hausflur, wo die Lehrerinnen Dahm und Britz ihre Wohnungen haben. Ich frug sie, ob sie hier Wähler seien; Sie sagten nein. Ferner: was sie hier machten? — „Wir unterhalten uns" — Darauf entgegnete ich, ich könne nicht dulden, daß fremde Leute, die sich an der Wahl nicht beteiligten, im Hausflur des Schullokales, wo Lehrerinnen ihre Wohnungen hatten, sich aufhielten, und ich befehle denselben, vor das Haus auf den Platz zu gehen. Da sie meinen Worten gegenüber anscheinend ablehnend sich verhalten wollten, drohte ich den Fremden, ich werde sie mit Gewalt durch die Polizei entfernen lassen. — Es stand auch dort der Sohn — wie man mir sagte — des Oberaufsehers auf der Glashütte in Solzbach von Herren Vopelius, wo manche Quierschieder arbeiten als Zettelvertheiler. Auch er wollte absolut den Platz im Flur des Schullokals nicht verlassen. Dort konnte er nämlich die Wähler besser beobachten.

6. Es war niemand von mir weder unmittelbar noch mittelbar beauftragt, zu kontrolliren, was für Wahlzettel die Wähler in Empfang nahmen. Auch habe ich selbst darnach gar nicht gesehen.

Noch: Anlage III.

7. Die Kirchenkollekte „deren Abhaltung allem Anscheine nach den Hauptzweck verfolgte, Stimmen zu sichern," war schon des öfern von uns in O. gehalten worden und war keine neue Einrichtung. Sie hatte einzig den Hauptzweck, erstens, daß der Pfarrer wiederum Gelegenheit fand, die Familien zu besuchen, und zweitens, daß die Summe der Beiträge höher werde in den besuchten Bezirken, als wenn die Kollektanten die Beiträge erhöben. — Ich habe bloß in 2 von den 9 Sammelbezirken die Beiträge zum Kirchenbau erhoben.

8. Was den Fall „Kaplan Endres" angeht, so sagte die Frau Regnery: wir haben Kinder und müssen für das Brot sorgen und wählen deßhalb Boltz". Die Frau glaubte, wenn ihr Mann fürs Centrum wähle, dann habe er auf der Grube darunter zu leiden — und diese Befürchtung wollte der Herr Kaplan beseitigen.

St. Johann a/Saar, 8. Nov. 1899.

Dr. Keil, Pfarrer,
vorher Pfr. in Quierschied.

Vgl. S. 5187.

Zu den Reichstags-Wahlen des Jahres 1898.
Wahllokal Heusweiler im Kreise Saarbrücken.

Den Vorsitz des Wahl-Vorstandes im Wahllokale Heusweiler bei der Wahl zum Reichstage im Jahre 1898 führte der Ortsvorsteher Jakob Schmidt aus Heusweiler; Protokollführer war der Bürgermeisterei-Sekretair Paul Quirin aus Heusweiler. Beide kennen sich in der Leitung einer Wahlhandlung so vollkommen aus, daß ich die Abgabe einer Stimme nach der Verkündung des Schlusses der Wahlhandlung schon ohne Weiteres für unmöglich hielt.

Ich ließ dessen ungeachtet den Lehrer a. D. Johann Gemmel aus Heusweiler, der thatsächlich Mitglied des Wahlvorstandes war, wie auch die mir zunächst wohnenden Mitglieder des Wahl-Vorstandes Ortsvorsteher Jakob Schmidt und Kaufmann Christian Altpeter zu mir bitten. Dieselben staunten über die Behauptung, daß nach Verkündigung des Schlusses der Wahlhandlung noch ein Wähler seine Stimme abgeben durfte, oder abgegeben habe. Sie weisen mit Entschiedenheit diese Behauptung als der Wahrheit nicht entsprechend zurück und erklären förmlich, daß nach Schluß der Wahlhandlung kein Wähler seine Stimme abgegeben habe.

Keiner der vorhin genannten Männer weiß etwas davon, daß der Gensdarm Boß (nicht Bost) einen Wähler ins Wahllokal geschleppt habe.

Der Lehrer Gemmel erinnert sich aber noch, daß, als der Wahl-Vorstand sich betreffs des Schlusses der Wahlhandlung besprach, der im Wahllokal anwesende Wachtmeister Boß gesagt habe, es seien noch drei Minuten bis sechs Uhr auf seiner Uhr, und daß dann der Vorsitzende gesagt habe, dann wollen wir noch so lange warten. Dieses letztere bestätigt der Ortsvorsteher Schmidt selbst und fügt hinzu, daß er das gethan habe in der Absicht, um ja alle Einwendungen gegen die Gültigkeit der Wahlhandlung abzuschneiden.

Ueber den Fall Engelfangen-Walpershofen kann ich nicht berichten, weil beide Ortschaften in der Pfarrei Cöln (Kreis Saarbr.) liegen.

Heusweiler, den 8. November 1899.

Joh. Orth, Pastor.

Vgl. S. 5192.

Der protestantische Ortsvorsteher Schroeder von Geislautern hat in dem Proteste gegen angebliche Wahlbeeinflussungen von Seiten der Centrumspartei am 16. Juni 1898 gegen mich Beschuldigungen erhoben, die ich mit Entrüstung als unwahr zurückweise.

Schroeder legt mir eine Aussage in den Mund, die ich überhaupt nicht gethan habe. Die allernächste Eingangsthüre in dem Hausflur sei verschlossen gewesen —, und als er den katholischen Lehrer gefragt habe, warum dies geschehen, habe ich geantwortet: „um Zugwind zu verhindern". Es ist gelogen, daß ich diesen Ausspruch gethan, denn als Schroeder den katholischen Lehrer fragte — ich weiß nicht einmal, ob er den Lehrer gefragt —, war ich gar nicht in der Nähe. Zeuge dafür ist der Lehrer Weiler. Unwahr ist es ferner, daß ich im Hausflur „postiert" gewesen sei während der Wahl; umgekehrt aber waren der Polizeidiener Kern von der Partei des Schroeder sowie der Zettelverteiler der nationalliberalen Partei „postiert" in dem Hausflur vor der Thüre des eigentlichen Wahllokals, während der Zettelvertheiler der Centrumspartei stets vor dem Schulhause sich aufhielt. Zeuge: Emser.

Wenn Polizeidiener Kern nach Angabe Schroeders ein säumiges Wahlvorstandsmitglied herbeirufen sollte, so ist es doch auffällig, daß er zur Ausführung dieses Auftrages halbe Stunden lang vor dem Wahllokale sich aufhielt. Warum führt Schroeder keine Beschwerde darüber, daß ein junger Schreiber aus dem Wahlbezirke Ludweiler, im Auftrage der liberalen Partei ebenfalls sich stets auf der Treppe vor dem Wahllokale aufhielt und die Wähler streng beobachtete, welchen Zettel sie abgäben, ja sogar die einzelnen fragte, wem sie ihre Stimmen gäben?

Es ist wahr, daß ich mehrere Mals die Thür, die ins Wahllokal selbst führte, zu schließen mich gezwungen sah, wodurch aber nicht, wie Schroeder vorgiebt, der freie Zutritt gehindert, wohl aber eine freie Wahl gesichert wurde. Es ist ferner wahr, daß ich zu wiederholten Malen den Wahlvorstand mit nachdrücklichen Worten auf den Gesetzes-Paragraphen hinwies, demzufolge die Thüre, die ins Wahllokal selbst führt, geschlossen bleiben muß, und daß der Vorsitzende des Wahlvorstandes erst nach entschiedenem Proteste meinerseits das Gesetzwidrige einsehend, die Thüre zu schließen befahl. Es ist ferner Thatsache, daß ein ganzes Heer von Gruben- und Hüttenbeamten am Tage der Stichwahl sowohl vor dem Schulhause als auch im Wahllokale selbst die Wähler aufs strengste überwachte und kontrollierte, welchen Wahlzettel sie nähmen und welchen sie abgäben. Die Maßnahmen unsererseits waren demnach nur dazu angethan, eine freie Wahl herbeizuführen.

Und ich weise darum gegen mich die von der nationalliberalen Partei erhobene Anklage wegen Wahlbeeinflussung in Geislautern mit Entrüstung als unwahr zurück.

J. Baetgen, Caplan.

Vgl. S. 5182.

Als Nachtrag zu meinem Protest gegen die Wahl des Abgeordneten Boltz (Trier 5) erlaube ich mir aus Anlaß einer Gegenerklärung des Bergraths Lohmann auf die Wahlproteste, betreffend die Wahl des Freiherrn v. Stumm (Trier 6), welche den amtlichen Charakter der Zeitschrift „Bergmannsfreund" bestreitet, und wahrscheinlich auch bei der Prüfung der Wahl des Abgeordneten Boltz gegen mein diesbezügliches Argument verwendet wird, folgendes zu erklären:

Der „Bergmannsfreund" ist das Organ der Bergwerks-Direktion in St. Johann-Saarbrücken, über das sie frei verfügt. Der Druck dieses „Bergmannfreund's" war von Seiten der Direktion der Firma Gebrüder Hofer in Saarbrücken übertragen worden. Als Frhr. von Stumm mit der im Verlage der Gebr. Hofer erscheinenden Saarbrücker Zeitung in Meinungsverschiedenheiten gerieth, rief er die Neue Saarbrücker Zeitung ins Leben. Die Bergwerks-Direktion entzog sofort der Firma Gebr. Hofer den Druck des Bergmannsfreundes und übertrug ihn

Noch: Anlage III.

der Neuen Saarbrücker Zeitung. Mithin ist der „Bergmannsfreund" das Organ der Bergwerksdirektion, über das sie freies Verfügungsrecht hat.

Ferner wirkt die Direktion dahin, daß alle Beamten und Bergleute den „Bergmannsfreund" lesen und unterstützen. Sie erläßt dieserhalb Verfügungen, so noch am 30. Dez. 1897 an sämtliche Inspektionen, in denen gesagt wurde, daß die Belegschaften (Beamte und Bergleute) durch thatkräftige Unterstützung das Unternehmen in jeder Beziehung, durch Sammeln der Abonnenten, sowie interessanter Berichte jeder Art fördern sollten. An diese Verfügung schloß sich die der einzelnen Inspektionen in gleichem Sinne.

Dann stellt die Kgl. Bergwerksdirektion den Redakteur an. Redakteur ist der Bergamtssekretär Th. Vogel, also ein Beamter, der von der Direktion bezahlt wird. Sein Bureau befindet sich im Bergamtsgebäude in St. Johann, also direkt unter den Augen der Direktion.

Die Behauptung, daß die Direktion durchaus nichts mit dem Artikel zu thun habe, ist um so mehr hinfällig, als alle höheren Beamten, Geheimrath Vogel, der Vorstand der Direktion miteingeschlossen, bei der Wahl des Herrn Boltz nicht nur interessirt, sondern direkt engagirt waren, wie ich in meiner Erklärung bereits nachgewiesen habe.

Weiter sei noch bemerkt, daß in Jahren, in denen der Bergmannsfreund einen Zuschuß erheischte, dieser vom Bergamt geleistet wurde. Alle diese Thatsachen sind den Bergleuten und Beamten bekannt, und darf ich da wohl fragen, was da zum amtlichen Charakter des Bergmannsfreund's, den Herr Bergrath Lohmann bestreitet, noch fehlt.

St. Johann a. Saar, im November 1899.

C. Haffmanns, Redakteur.

Vgl. S. 5144, 5176, 5224 bis 5225.

Zum Wahlprotest der Centrumspartei im Wahlkreise Saarbrücken gegen die Wahl des Reichstagsabgeordneten Justizrat Boltz im Jahre 1898.

Betrifft Wahlbezirk Bildstock.

In einer gegen den Protest der Centrumspartei gerichteten Erklärung wird behauptet, es sei reiner Zufall gewesen, daß im Flur zum Wahllokale sich Steiger aufgehalten haben. Dann war das mindestens ein sehr auffallender Zufall, da thatsächlich während der ganzen Wahlhandlung das Wahllokal selbst und der Zugang zu demselben von mehreren königl. Steigern besetzt war. Es ist auch nicht anzunehmen, daß bei weitem die Mehrzahl aller Steiger lediglich für Abgabe ihrer Stimme für die ganze Dauer ihrer Schicht vom Dienste beurlaubt worden sind. Thatsächlich hat aber die große Mehrzahl der Steiger an den Wahltagen keinen Grubendienst gethan.

Die Centrumspartei in Bildstock hat bei früheren Wahlen nie eine Controle bei der Wahl ausüben lassen, obschon die gegnerische Partei stets dieselben Ueberwachungsmaßregeln anwandte. Weil aber bei der 1898 er Wahl größerer Erfolg in Aussicht stand, wurde für möglichst starke Beteiligung und Freiheit der Wahl gesorgt. Daher auch die Anwesenheit des Kaplans Tressel, welcher sich von den Vorgängen bei der Wahl ügerzeugen sollte. Diesem Herrn wirft die Gegenpartei vor, daß er das Wahllokal bewacht habe und einige Steiger aufgefordert habe den auffälligen Standpunkt zu verlassen. Daß das Verhalten und der Mut des Kaplans Tressel bei der Gegenpartei großes Mißfallen erregte, wird gerne zugegeben. Man war eben in Bildstock nicht gewöhnt, daß jemand so viel Mut fand, den Maßregeln der Gegenpartei offen entgegenzutreten.

Wenn von der Gegenpartei gesagt wird, daß trotz der Anwesenheit so vieler Steiger mit Leichtigkeit Zettel vertauscht werden konnten, so unterlassen dieselben aber wohlweislich hinzuzufügen: „ohne daß es von den Steigern bemerkt werden konnte." Auf letzteres kommt es aber hauptsächlich an. Denn einen Zettel ungesehen zu vertauschen, war kaum möglich.

Gerade darum hatte die gegnerische Partei die Zettel nicht von Haus getragen, sondern am Wahllokale selbst ausgeteilt, damit der Zettel den Augen ihrer Wachtposten nicht entschwinden könne.

Die Entgegnung seitens der liberalen Partei auf den Wahlprotest von Bildstock macht es der Centrumspartei zum Vorwurfe, daß ein der ultramontanen Partei angehöriger Herr Felberg aus Trier im Wahllokale zu Bildstock anwesend war offenbar der Controle der ultramontanen Wähler wegen; „denn was hatte er sonst in Bildstock zu thun?"

Herr Fellberg kannte keinen einzigen Wähler von Bildstock; und er sollte diese Wähler controlliren? Nein Herr Fellberg war eigens dazu gekommen die Freiheit der Wahl gegenüber den Machenschaften der Liberalen zu controlliren.

Friedrichsthal, 17. Nov. 1899.

J. W. Weber, Pfr.

Burbach, den 13. Nov. 1899.

Vgl. S. 5140, 5205, 5224 bis 5225.

An
das Wahlcomite der Centrumspartei zu Händen des Herrn Redakteur Hoffmann
in St. Johann.

Gegen den Bericht des Vorsitzenden des Wahlcomites von Malstatt—Burbach, Herr Commerzienrathes Seebohm, bin ich genöthigt, soweit meine Person dabei in Betracht kommt, Folgendes zu erwidern.

Weder auf der Kanzel noch in meiner sonstigen Thätigkeit als Geistlicher habe ich auf meine Pfarrkinder eingewirkt, für Euler zu stimmen, meine Wahlagitation beschränkte sich auf eine kurze Ansprache in einer hier durch das Centrumscomite abgehaltenen Wählerversammlung.

Am Wahltage selbst begab ich mich an das Wahllokal, um meine Stimme abzugeben, fand dort das Wahllokal besetzt von Meistern und Beamten der Burbacherhütte. In den beiden Wahllokalen Nr. 7 und 8 standen die Vertheiler der Wahlzettel der nationalliberalen Partei in der Thüre zum Wahlzimmer. Ich machte den Vorsitzenden des Wahlvorstandes auf diese Ungehörigkeit aufmerksam, und diese wurde abgestellt durch den Wahlvorstand. Von einem Versuch der Bevormundung des Wahlvorstandes weiß ich nichts, da ich darauf aus dem Lokal mich entfernte und dasselbe nicht mehr an dem Wahltage betreten habe. Nachdem ich meinen Stimmzettel abgegeben hatte und mich entfernt hatte, wurde mir mitgetheilt, Herr Kaplan Junker sei bei dem Wahllokal auf dem Weihersberg förmlich attaquiert worden; deshalb begab ich mich dorthin und forderte dort auch den Vorsitzenden des Wahlvorstandes auf zu sorgen, daß die Thüre zum Wahllokale, welche von 4 bis 5 Herren der Burbacherhütte bestellt war, frei bleibe, von einer Aufforderung, die Vertrauensmönner der nationall. Partei aus dem Wahllokal zu verweisen, war keine Rede.

Im Wahllokale 7 hielt ich mich ebenfalls nicht auf, sondern draußen auf dem Hofe, nur gegen 1/2 6 Uhr Abends ging ich den Gang und unterhielt mich mit dem Herrn Postmeister, weil ich der Stimmenzählung am Schlusse beiwohnen wollte. Ich habe keinen Wähler controlliert und konnte das auch nicht, da ich draußen stand. Die Behauptung, die Meister und Beamten hätten dort gestanden,

Noch: Anlage IV.

um die allzuaugenfällige Beeinflussung der Wähler abzuwehren, welcher diese von Seiten der lathol. Geistlichkeit ausgesetzt gewesen seien, ist demnach ganz hinfällig bezügl. des Wahllokales 7 und 8, da stand ich ganz allein und abseits, während des ganzen Tages stand ich nie im Gange und habe mit keinem Wähler gesprochen.

Gegen den Bericht des Zeugen Bahnmeister Gollhofer, welcher sich ebenfalls mit meiner Person beschäftigt, erkläre ich auf Ehre und Gewissen, daß ich am Wahltage das kathol. Vereinshaus mit keinem Fuße betreten habe und dort also keine Wahlzettel umschreiben konnte, was ich überhaupt auch sonst in keinem Falle gethan habe. Ferner habe ich keinen Wähler zur Wahl herangezogen, also auch keine blödsinnigen, wie Zeuge Gollhofer behauptet.

Hochachtend!

H. Assenmacher, Pfr.

Vgl. S. 5177, 5185.

Anlage IV.

Die vom nationalliberalen Wahlkomitee gegen den Wahlprotest der Centrumspartei eingereichte Aeußerung beantworte ich mit folgender

Erklärung.

Ad. I. In meiner Predigt vom 30. Januar 1898 habe ich allerdings im 2. Theile von den Wahlen gesprochen und dabei die Gedanken ausgeführt:

II. Wen darf man wählen, für wen eintreten?

a. Der zu Wählende muß dem Kaiser und Reich treu sein. Beweis aus der heiligen Schrift und aus der Encycl. Leo's XIII., daß man, wenn es zum Wohle des Vaterlandes nöthig sei, für dasselbe sterben müsse. Also Niemand dürfe gewählt werden, der gegen Vaterland oder Kaiser ist;

b. Ferner muß erstrebt werden die Verbesserung der sozialen Zustände. Arbeiterencycl. Leo's XIII. Niemand darf gewählt werden, der gegen die Verbesserung der sozialen Zustände ist.

c. Nach Encycl. Leo's XIII. muß auch für die Kirche eingetreten werden. Wenn eine Partei oder ein Mann nicht Gewähr bietet, daß er für die Freiheit der Gewissen und der Kirche eintritt, kann er vom Katholiken nicht unterstützt und gewählt werden.

Ich habe die nationalliberale Partei nicht genannt, auch Herrn Willie nicht. Wenn Herr Willie sich getroffen fühlte, hat er sich selber in die Schußlinie gestellt.

Ad. II. Ich habe in der That meinen Einfluß auf Herrn Willie geltend gemacht, um ihn wieder für die Centrumspartei zu gewinnen. Willie mußte in den letzten Jahren als Centrumsparteiler gelten. Er hielt unter anderen das Centrumsorgan die „St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung." Ich ging also dieserhalb in seine Wohnung. Der Verkehr war bei dieser Verhandlung von Anfang bis Ende freundschaftlich. Willie erklärte mir: „Ich habe alle Achtung vor Ihrer Person, aber ich kann doch jetzt nicht mehr für das Centurm eintreten. Ich bin von Herrn Bergrath Hueck gerufen worden, damit ich für nationalliberale Partei eintrete — und wenn man vor seinem obersten Beamten steht, ist man nicht mehr ganz frei." Auf meine Frage, was ihm denn geschehen könnte, wenn er mit uns ginge, ohne zu agitieren, antwortete Willie wörtlich: „Ich kann versetzt werden." Ich erinnere mich nicht, ihn auf die Sterbestunde hingewiesen zu haben, es wäre aber möglich. Den Ausdruck „Die Sterbesakramente würden ihm fehlen" kann ich nicht gebraucht haben, denn ich habe eines Tages, — lange Zeit vor meiner Unterredung mit Willie — mit meinen Amtsbrüdern diese Frage besprochen und diese waren der Meinung, man könne die Sakramente nicht wegen der Wahl verweigern. Ich habe mich dieser Meinung angeschlossen. Also kann ich nicht im gegentheiligem Sinne dem Willie gegenüber mich geäußert haben. Ich kann mich einer solchen Aeußerung nicht erinnern. Uebrigens war dieser Besuch nicht unmittelbar vor der Wahl, sondern schon im Januar 1898.

Ad. III. Nachdem Willie durch Herrn Bergrath Hueck angestellt war, die Wahlagitation in Altenkessel Neudorf im Sinne der nationalliberalen Partei zu leiten, gerieth er allmählig in eine verbitterte Stimmung. Es wurden Klagen laut, daß er in der Grube die verschiedenen Arbeiter besuche, die nicht zu seinem Ressort gehörten — siehe unten — und dort die Wähler in nationalliberalem Sinne zu beeinflussen suchte. Unter Andern hielt er den Bergmann Karl Weidmann zwischen erster und Stichwahl an mit den Worten: „Sie müssen sich aber schämen, daß Sie den Euler gewählt; Sie, der Sie Kaiserkrone und Schlägel-Eisen auf der Mütze tragen." Weidmann antwortete: „Woher wissen Sie denn, daß ich für das Centrum gewählt habe? Sie dürfen es ja gar nicht wissen, es ist ja geheime Wahl. Uebrigens schäme ich mich nicht, nach meiner Ueberzeugung zu wählen." Darauf verließ Willie beschämt den Weidmann. Die meisten Arbeiter waren aber nicht so muthig, sondern ängstlich. Ich wollte nun den Versuch machen, Willie von seiner feindseligen Thätigkeit abzubringen. Beim ersten Besuch traf ich ihn nicht; Vater und Mutter seien nach Schwalbach, sagte der älteste Sohn des Willie, später traf ich nur seine Frau und bat sie, mäßigend auf Willie einzuwirken. Es fiel mir garnicht ein, die Frau Willie einzuschüchtern. Frau Willie war übrigens mit dem Auftreten ihres Mannes nicht einverstanden und ärgerte sich darüber. Die Behauptung, ich hätte ihr gedroht, ist unwahr, dazu hatte ich keine Veranlassung.

Ad. IV. Wie die Wahl durch jenen angeblichen Vorfall — Herr Kaplan Lux ist seit September nach Linz a. Rh. versetzt — überhaupt beeinflußt werden konnte, ist mir ein Räthsel.

Ad. V. Der Zettel rührt von mir her. Sämmtliche katholischen Beamten, fast alle kath. Geschäftsleute und Handwerker waren, wie man vermuthete, von Herrn Bergrath, Hueck, resp. auf Veranlassung des Herrn Bergrath's zu der nationalliberalen Versammlung schriftlich geladen worden. Einer der Geladenen gab mir am 20. Januar 1898 die Einladung zur Kenntnißnahme mit der Bitte, bei etwaigen Verhandlungen seinen Namen nicht zu nennen, da er sonst Schaden leide. Die Entrüstung unter den Geladenen war fast allgemein. Ich hätte gerne der Versammlung beigewohnt, um dort unsere Sache, die Sache fast sämmtlicher geladenen Katholiken, zu vertreten. Aber ich durfte nicht, da nur diejenigen erscheinen sollten, „welche für die Wiederwahl des Herrn Boltz eintreten wollten." Darum habe ich die Grundgedanken, die ich historisch und wissenschaftlich in der Versammlung würde bewiesen haben, einen Katholiken und jenen zugesandt, die vorher schriftlich von der nationalliberalen Partei eingeladen worden.

Ad. VI. Ich bestreite diese angebliche Thatsache, sämmtliche katholische Lehrer von Altenkessel — Rockershausen sind erbötig unter Eid, die Unwahrheit dieser Behauptung zu beweisen. Die Namen und Wohnorte derselben sind:

Anton Kill zu Altenkessel,
Peter König " "
Michel Erfort " "
Joseph Mürmann jetzt zu Malstatt,
Peter Krisan zu Rockershausen,
Joseph Erz " "

Noch: **Anlage IV.**

Es ist wahr, daß ich während des Wahlgeschäftes die meiste Zeit im Wahllokal anwesend war, auch war mein Kaplan längere Zeit daselbst. Ich war von mehreren Bergleuten im Auftrag ihrer Kameraden gebeten worden, doch im Wahllokale zu sein, damit die Beeinflussung durch die vielen anwesenden Beamten doch einigermaßen gebrochen werde. (Zeuge Franz Thiel, Bergmann und Frau Johann Zimmer-Müller, Altenkessel.)

Die Centrumszettel sind auf meine Veranlassung vor der Wahl, in sämmtliche Häuser getragen worden. Ich hatte angeordnet, sie genau so zu halten, wie die nationalliberalen Zettel bei der ersten Wahl gefaltet waren.

Die Anklage sagt: „Die Zettel seien „unter den nöthigen Drohungen" verteilt worden." Die Anklägen mögen Jemanden nennen, dem beim Zettelvertheilen „gedroht" wurde, sie werden keinen zu nennen im Stande sein.

„Es war unmöglich, einen andern Zettel zu nehmen, — sie konnten den Zettel nicht wechseln." — Es war von unsrer Seite die Parole ausgegeben worden, jeder Bergmann und abhängige Arbeiter solle einen Zettel von den nationalliberalen Zettelvertheilern nehmen. Wer Centrum wählen wolle, könne den Centrumszettel mit dem genommenen ohne Aufsehen verwechseln."

Ein Aufpassen, wie der einzelne wirklich wähle, lag mir so ferne, daß ich öffentlich in der Centrumsversammlung am Montag vor der Stichwahl und auch privatim die Parole ausgab, es solle niemand bei seiner Wahl belästigt werden, auch dann nicht, wenn er socialdemokratisch wähle, — der Mann an der Urne solle in keiner Weise belästigt oder in seiner Freiheit beeinträchtigt werden.

Weiter heißt es: Er versuchte die vor dem Wahllokale stehenden nationalliberalen Zettelvertheiler einzuschüchtern. Das ist unwahr. Wahr ist nur folgendes: Eine große Anzahl nationalliberaler Zettelverteiler stand im Hausgange des Wahllokals, bei ihnen auch Beamte — wenigstens Steiger Willie — die — Wähler mußten gewissermaßen Spießruthen laufen. Ich verlangte, daß die Zettelvertheiler vor dem Hause Platz nähmen, weil es mir wie Druck vorkam, wenn dieselben im Hausgange in Gegenwart der Steiger die Zettel den Leuten anboten.

Es ist bezeichnend, daß Niemand die Anklage VII mit seinem Namen deckt.

Ad. Ritterstraße. Die Anklage sagt viel zu wenig. Ich wollte nicht allein den Koch, sondern die ganze große, den Saal fühlende Menge für das Centrum gewinnen, dazu war ich gekommen, dazu war ich auf jener Wahlversammlung geredet. Aber dasselbe ist auch vom nationalliberalen Wahlcomitee versucht worden; dasselbe hat sogar versucht, sämmtliche zur Centrumspartei gehörenden „umzustimmen." Ich habe nach der Rede noch einige freundliche Worte mit Koch in gleichem Centrumssinne gewechselt. Koch erklärte mir, er möchte allerdings gerne fürs Centrum stimmen — es lägen jedoch für ihn noch Schwierigkeiten, vor. Ich versuchte diese Schwierigkeiten, die er mir nannte, auszuräumen. Wir schieden mit Händedruck. Dieser Händedruck war der einzige Druck, den ich auf Koch zur Zeit der Wahl ausübte.

Wenn die Wirtschaft Koch heute gemieden wird, so bin ich daran unschuldig. Ich habe Niemanden von dort abgehalten. Uebrigen weiß ich heute noch nicht, ob Koch für das Centrum oder nationalliberal gewählt hat. Ritterstraße gehört auch nicht zu meiner Pfarrei. Ich für meine Person verkehre überhaupt in keiner Wirtschaft außer in dienstlicher Angelegenheit.

Auf die nationalliberale Erklärung entgegne ich:

Wenn gesagt wird: „Die Beamten hatten sich nicht mehr um die Wahl bekümmert, als der Pastor Didier und seine Kapläne, so bemerke ich, daß ich den Herren daraus keinen Vorwurf mache, daß sie sich um die Wahl bekümmerten, denn das ist ihr gutes Recht. Aber ich halte die Art und Weise dieser „Bekümmerung" um die Wahl für gesetzwidrig, daher erhebe ich Einspruch. Um die Aufsicht der Beamten bei der Stichwahl in klarem Lichte zu schauen, muß man herbeiziehen, was unmittelbar vorherging.

I. a. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Herr Bergrat Hueck am Abende nach der ersten Wahl von Herrn Markscheider Keßler am Bahnhofe empfangen wurde, als er von Saarbrücken von der Bekanntgebung des Wahlresultates kam. Auf die Frage des Herrn Keßler: „Wie ist es gegangen, Herr Bergrath? antwortete dieser: „Es ist schlecht gegangen, jetzt müssen die Beamten helfen, daß Boltz durchkommt," Zeugen dafür sind: Herr Markscheider Keßler zu Louisenthal.

b. Desgleichen ist von Mund zu Mund gegangen, daß Herr Bergrat Hueck sämmtliche Beamte, die auf Victoria bedienstet waren, vom Obersteiger bis zum Grubenhütner vor der Stichwahl auf Schacht Victoria versammelte und dort die nationalliberale Partei als die der Regierung genehmste proclamirte und beigefügte: „Wer nicht nationalliberal wähle, habe sein Vertrauen verloren und werde es sobald nicht wiedergewinnen: Zeugen: die sämmtlichen Beamten, u. A. Obersteiger Schmidt I und II, Flegel, Lillig, Simon zu Schacht Viktoria.

Wenn uun die Unterbeamten den Bergleuten deutliche Winke in Betreff der Wahl gaben, schrieb man dies allgemein der Direction des Herrn Bergrath Hueck zu. Solche Winke sind:

II. 1. Am 23. Juni 1898 sagte Willie zu Franz Thiel, Bergmann in Altenkessel: Wenn die Stichwahl nicht gut ausfällt, werden die Bergleute nach der neuen Arbeiterordnung bestraft."

Ferner hatte Willie eine große Anzahl Bergleute um sich in der Grube versammelt und gesagt, sie müßten Boltz wählen. Die Bergleute blieben stumm.

Zeuge: Franz Thiel zu Altenkessel. 2. Steiger Kurz sagte zu Paul Rohley von Neudorf am 18. Juni 1898 auf der Frühschicht: „Folgen Sie ihrem Geistlichen, er wird Sie ins Unglück stürzen. Die Folgen werden Sie finden Der Euler thut nichts für Euch."

Derselbe Steiger äußerte sich am selben Tage zu den Bergleuten Anton Schmidt und Ludwig Schmidt von Altenkessel: „Je nachdem die Wahl am nächsten Donnerstag ausfällt, werde ich wieder böse, ich war schon mal böse.

Am selben Tage derselbe Steiger zu Bergmann Christian Storn zu Altenkessel; „Er sei ein trauriger Kerl, weil er den Euler gewählt."

Am selben Tage derselbe an Johann Hirschmann-Neudorf, er solle an Euler schreiben, damit er ihm etwas (zu seinem Lohne) zusetze.

3. Als Jacob Reck von Altenkessel um Zusatz zu seinem Gedinge bat, weil die Arbeit schlecht geworden, antwortete Steiger Uhl (neben Schrilling wohnend), er solle zu Euler und Altenkeßler Pastor gehen."

4. Nach der ersten Wahl fragte Obersteiger Rüffler den Hülfsgrubenhüter Meiser, wie er gewählt und wie „Euer Niederträchtiger?" — gemeint war ein kranker Sohn des Grubenhüters Joseph Meiser. — Meiser antwortete: „Ich habe keinen Niederträchtigen." Rüffler antwortete: „Ja, ihr bezahlt es."

Noch: Anlage IV.

5. Ein Tag vor der Stichwahl frug Steiger Kapps den Meiser, ob er schon schlüssig für die Wahl sei. Meiser antwortete: „Ja schon lange.“ Kapps antwortete: „Sie sind nicht werth, daß Sie den Platz haben — Grubenhüteramt — und Euer Schwindsüchtiger — oder oben genannte Sohn — geht auch noch hin und wählt so. Wenn ich Bergrath wäre, würde ich ihn sofort wegholen — nämlich von der Büreauarbeit.

Meiser wurde nach der Stichwahl von Schacht Josepha 2c. nach dem entfernten Victoria verlegt, sodaß dieser alte Grubenhüter nunmehr täglich den weiten Weg bis zu seiner vor kurzem erfolgte Pensionirung machen mußte.

Das ist ein Bild im Kleinen, wie es damals auf Inspektion II aussah. Es ging fast durch die ganze Belegschaft eine große Erbitteruug wegen den Worten und Andeutungen, die sie in Bezug auf die Wahlen von so manchen Beamten hörten.

III. Dieselben, allen Bergleuten in dieser Agitationsweise bekannten Beamten, säßen nun im Wahllokale. Herr Bergrath Hueck, Obersteiger Rüffler, Willie, Kapps, dazu noch eine Anzahl anderer Beamten, in der Weise, wie im ersten Wahlproteste von mir geschildert.

Aber sagt man: Willie und Kapps „haben lediglich die Liste geführt um säumige Wähler herbeizuführen.“

Wenn bei der Führung der Liste nicht auch die Controlle sein sollte, wie der einzelne Wähler gestimmt, warum

1. machten Willie und Kapps bald ein Kreuz, bald einen Strich an den Namen der Wähler? Bedeutete † nicht Centrum, | nicht liberal?

2. Woher wußte Willie hernach z. B. bei Weidmann, wie die Leute gewählt?

3. Warum wurden von den Beamten die Form der Wahlzettel durch Falten fortwährend geändert?

4. Warum hat Steiger Hassel 1/2 11 Uhr einen anders gefalteten Zettel neben Willie gelegt, der die Privatliste führte und den Vermerk neben den Namen der Wählenden machte?

5. Warum hat Herr Bergrath Hueck seine Beamten „in Schutz genommen“ für das fortwährende Aendern der Zettelform mit den Worten: „Wo steht im Gesetze geschrieben, daß die Herren die Zettel nicht falten dürfen, wie sie wollen; ich nehme meine Beamten in Schutz.“

Nach der Wahl wurden Diejenigen, die Euler, von denen die Boltz gewählt hatten, in der Grubenarbeit getrennt. Man bezeichnete damals im Volksmund die 4. Abteilung als „Eulerschacht.“ Die Bergleute, welche Euler gewählt hatten, beklagten sich, daß sie den Andern nachgesetzt würden. Peter Bellmann, welcher in Altenkessel wohnt, Centrumsmann, hatte vor der Wahl einen ziemlich leichten Vertrauensposten. Nach derselben wurde er desselben enthoben. Auf die Frage, ob er denn seine Pflicht nicht erfüllt hätte, antwortete Obersteiger Rüffler: doch, er sei ganz zufrieden gewesen; aber er könne nichts dafür, es sei von Oben gekommen. Bellmann verstand aus den Andeutungen, daß er der Wahl wegen zurückgesetzt wurde.

Steiger Veith, wohnhaft in Altenkessel, angestellt auf Grube Gerhard, hatte wegen Kränklichkeit einen angenehmeren, gesündern Posten als Tagesteiger erhalten. Er nahm an keiner nationalliberalen Versammlung Theil, man hielt ihn für Centrumsmann. Er wurde nach der Wahl wieder in die Grube versetzt. — Steiger Lillig, wohnhaft in Altenkessel, angestellt auf Grube Gerhard, der ebenfalls als Centrumsmann angesehen wurde, mußte nach der Wahl aus seiner schönen Dienstwohnung zu Altenkessel auf die entferntere, einsam gelegene Wackenmühle ziehen, trotz seines Widerstrebens. Ein jüngerer, nationalliberaler Beamte kam in die schöne Wohnung. Der Volksmund nahm beide Anordnungen als infolge der Wahl geschehen an.

Es wäre zweckdienlich gewesen, in den zwei ersten Monaten nach der Wahl eine Untersuchung anzustellen. Eine hochgradige Spannung herrschte zwischen Beamten und Bergleuten, die Euler gewählt. Die Euler-Wähler beklagten sich vielfach über Zurücksetzung. Erst als die scharfen Artikel in der St Johann-Saarbrücker Volkszeitung über manche Vorgänge betreffs der Wahl erschienen und, wie es scheint, vom Ministerium des Handels Anfrage auf Inspektion II gemacht wurde, wurde das Verhältnis zwischen Beamten und Bergleuten wieder milder.

Die Arbeiter fühlten sich durch die ungesetzliche Wahlbeeinflussung seitens der Beamten in ihren gesetzlichen Rechten gekränkt und verhöhnt. Es wäre eine Wohlthat für das Vaterland, wenn die gesetzliche Wahlfreiheit auch thatsächlich gesichert würde, wie etwa in Belgien. Das Volk hat ein tiefes Gefühl für das ihm gekränkte Recht. Es kann aber nicht immer die Fehlgriffe königlicher Beamten von den Handlungen der Krone unterscheiden. So bohrt sich in viele Herzen die Sehnsucht nach anderen Verhältnissen in denen sie ihre Rechte besser beschützt glauben. Ein monarchisch gesinntes Herz kann nur mit tiefstem Bedauern die Fehlgriffe königlicher Beamten betrachten.

III. Die Centrumszettel wurden vorher auf eine Anordnung in sämmtlichen Häusern, auch in den protestantischen, vertheilt. Dadurch wurden diejenigen, die für's Centrum wählen wollten, befreit von der Nothwendigkeit, den Centrumszettel unter den Augen der Beamten in Empfang zu nehmen. Ebenso hatte ich angerathen, daß die Arbeiter, die Centrum wählen wollten, in größere Trupps kommen sollten, damit sie freier seien. Wo und wann die geistliche Führung dieser Trupps stattgefunden haben sollte, ist, da nach dem nationallibernlen Gegenproteste die Geistlichen fast die ganze Zeit im Wahllokale sich befanden, ein Rätsel den hiesigen Nationalliberalen. Mir ist von „geistlicher Führung“ der Trupps nichts bekannt. Im Uebrigen verweise ich auf meine Erklärung zu VII.

IV. Dienstlich ist Niemand bestimmt worden, die Zettel zu vertheilen: „Das ist lediglich freiwillige Thätigkeit gewesen.“ Die Sache wurde so gemacht, der katholische Arbeiter z. B. Johann Alt-Bartosch von Neudorf wurde auf das Büreau des Steigers Willie gerufen und gefragt, ob er nicht die nationalliberalen Zettel vertheilen wolle. Dieser fürchtete, dem Steiger zu wiedersprechen und übernahm „freiwillig“ das Zettelvertheilen.

Karl Kelter von Altenkessel wurde in der Grube von Obersteiger Rüffler gefragt, ob er nicht das Vertheilen der nationalliberalen Zettel übernehmen wolle. Als dieser bat, ihm doch aus dieser Geschichte zu lassen, sagte Rüffler: „Du wirst mir das doch nicht anthun, ich war doch immer gut gegen Dich,“ und Kelter übernahm „freiwillig“ mit innerm Unmuthe das Zettelvertheilen.

Aehnlich erging es dem Mathias Wirtz von Altenkessel, der an seine fünf Kinder dachte und deshalb „freiwillig“ das Vertheilen der nationalliberalen Zettel übernahm. Bergmann Koch wurde von Willie in der angegebenen Weise bestellt.

Altenkessel, den 15. Februar 1900

Andr. Didier, Pfr.

Noch: Anlage V.

Vgl. S. 5147, 5177, 5212 ff., 5224.

Anlage V.

Saarbrücken, im Februar 1900.

Beantwortung der Wahlanfechtung des Wahlkreises V. Trier (Saarbrücken).

Entgegnung auf die Erwiderung des Redakteurs Haffmann vom November 1899 gegen die Gegenerklärung des nationalliberalen Wahlkomités.

Indem wir die in unserer Gegenschrift vom 17. Januar 1899 enthaltenen Erklärungen in allen Punkten als der Wahrheit entsprechend aufrecht halten, führen wir auf die von Herrn Redakteur Haffmanns eingereichte Erwiderung vom November v. Js. zur weiteren Richtigstellung Folgendes an:

Zunächst ist es auffallend, daß in der neuesten Erwiderung Haffmanns sehr wesentliche und wichtige, den Anhängern Dasbachs bei der Haupt- und Stichwahl von uns nachgewiesene Vorkommnisse überhaupt nicht erwähnt oder wiederlegt worden sind; sie werden also stillschweigend zugegeben. Wir verweisen hierbei besonders auf den II. Theil unserer ersten Gegenerklärung, in welchem wir ebenso wie im I. Theile vielfach nachgewiesen haben, in wie vielen Fällen von der Gegenpartei, hauptsächlich von Dasbach nahestehenden Männern Ausschreitungen, Uebergriffe, Beeinflussungen und Bevormundungen der katholischen Wähler vorgekommen sind. Bevor wir auf die neueste Entgegnung Haffmanns näher eingehen, stellen wir fest, daß an keiner Stelle in derselben bestritten wird, daß die Betheiligung der katholischen Geistlichkeit bei der vorzüglichen Organisation der hiesigen Centrumspartei eine überaus zahlreiche und lebhafte war. Auch die Art und Weise, wie ein Theil der Geistlichen, meistens Anhänger Dasbachs, in der Kirche, in den Privatwohnungen u. s. w. agitirte, wird nicht nur nicht bestritten, sondern durch die einzelnen umfangreichen Entgegnungen der Herren Pastoren Dahm, Dr. Royer u. s. w. werden unsere Behauptungen nur bestätigt, wie aus den weiter unten folgenden Erklärungen hervorgeht. Auch die inmitten der Geistlichkeit in Versammlungen ausgesprochene, verfängliche Aufforderung des Centrums-Kandidaten Euler: „Wer einen Bruder hat, der hole den Bruder u. s. w., wer einen Gesellen hat, den Gesellen und sage ihm: „Hier stimmst Du für Deinen Glauben!" und weiter: „Es ist die heiligste Pflicht eines jeden Katholiken für den Centrumskandidaten die Stimmen abzugeben, wer das nicht thue, verleugne seinen Glauben und habe die Folgen selbst zu tragen, die Wahl sei das Glaubensbekenntniß", sowie die ebenfalls inmitten der Geistlichkeit in Versammlungen von Rechtsanwalt Strauß ergangene Aufforderung: „Wir werden alle die Personen, auf welche wir einen Einfluß üben können, veranlassen, unserem Kandidaten die Stimme zu geben, all das widerlegt p. Haffmanns nicht, sondern auch das übergeht er mit Stillschweigen. Vollständig zugegeben wird die Thatsache, daß die Dasbachschen Blätter sich nicht gescheut haben, sogar die Person Seiner Majestät des Kaisers in den Wahlkampf zu ziehen, eine Wahlbeeinflussung, wie sie wohl schlimmer nicht vorkommen kann. Wier verweisen auf unsere ausführliche Schilderung dieses unerhörten Vorganges und bemerken auf die einzige Richtigstellung Haffmanns, die „Notiz" „Auf Allerhöchsten Befehl!" sei nur zu dem Zwecke verbreitet worden, um dem Gebahren der nationalliberalen Partei entgegenzutreten, daß dies doch wohl eine sehr mißlungene Abschwächung des Thatbestandes ist, da doch die betreffende Notiz unmittelbar, in letzter Stunde vor der Stichwahl in allen Dasbach-Blättern und in Tausenden von Extrazetteln verbreitet worden ist. Der Zweck dieser Handlung liegt doch wohl auf der Hand.

Es würde zu weit führen, wollten wir alle die von p. Haffmanns nicht widerlegten Punkte unserer ersten Entgegnung hier aufzählen, wir beschränken uns daher nur noch darauf, hervorzuheben, daß u. A. auch unsere Behauptung von der Agitation des Pfarrers Hüsserath-St. Johann von der Kanzel herab, dem Vorgehen des Pastors Didier-Altenkessel gegen den Steiger Willié und sein Töchterchen, sowie von dem Zettel Didiers an seine sämmtlichen Pfarrkinder, worin er denselben Verhaltungsmaßregeln für die Wahl ertheilt, ganz unerwähnt geblieben ist, doch nur aus dem einen Grunde, weil diese Thatsache der Wahlbeeinflussung nicht bestritten werden kann. (Zeugen: Peusch bei Dingler, Karcher u. Co.-St. Johann und Steiger Willié in Altenkessel.)

Zur Erwiderung Haffmanns bemerken wir in aller Kürze Folgendes:

Es entspricht durchaus nicht der Wahrheit, daß auch nur ein einziger Bergbeamter „dienstlich" bei den Wahlen thätig oder sogar zu denselben „abkommandirt" gewesen ist. Wir wiederholen nochmals, daß alle jene Bergbeamten, welche bei der Wahl thätig waren, ebenso wie viele Beamte der übrigen Verwaltungen nur als Vertrauensmänner in unserer Partei bei den Wahlen betheiligt gewesen sind. Andere Bergbeamte haben ja auch für die Centrumspartei agitirt und mehrere gehörten den Vorständen einzelner Centrumsvereine an. Genau wie letztere sich für die Wahl interessirten, thaten es auch unsere Vertrauensmänner, ohne daß ihre Beamteneigenschaft damit etwas zu thun hatte. Mit keinem Worte giebt Haffmanns an, worin denn eigentlich die Thätigkeit der „abkommandirten" Beamten bestanden haben soll und nicht den geringsten Beweis vermag er für seine in dieser allgemeinen Form aufgestellte Behauptung zu erbringen. Daraus folgt, daß dieser Vorwurf willkürlich erfunden ist. Als Zeugen dürften alle die Beamten, welche sich an der Wahl betheiligt haben, zu vernehmen sein.

Was die in Haffmanns Entgegnung angeführte Aeußerung einer Privatperson (Haldy), welche nicht einmal dem Vorstande des Wahlvereins angehört, nicht Vertrauensmann ist und auch sonst keinen besonderen Einfluß auf die Wähler hat, mit dem Wahlproteste zu thun hat, ist uns unverständlich, jedenfalls beweist aber dieses Vorkommniß garnichts und darf der nationalliberalen Partei in keiner Weise zur Last gelegt werden. Uebrigens haben wir in unserer ersten Entgegnung über die Bestrafung Haffmanns wegen Beleidigung des Fabrikanten Livenbruck-Sulzbach durch denselben vorgeworfene Wahlbeeinflussung u. s. w. zu einer Geldstrafe von 200 ℳ berichtet und führen es hier nochmals an, um darzuthun, daß wie Herr Haldy, auch Herr Haffmanns selbst während der Wahl zu weit gegangen ist.

Die Behauptung Haffmanns, nationalliberalen Wählern sei von Vorgesetzten unter Strafandrohung befohlen worden, Boltz zu wählen, ist eine grobe Unwahrheit und dürfte es p. Haffmanns nie gelingen, hierfür einen Beweis zu erbringen. Ebenso so unwahr ist die Behauptung, daß in Versammlungen unsererseits die Centrumspartei als „vaterlandslos" bezeichnet worden sei. Dies ist niemals geschehen.

Einen schwereren Vorwurf gegen die Königliche Bergbehörde erhebt Haffmanns, wenn er zu behaupten wagt, daß alle zum Spiondienst sich eignenden Grubenbeamten abkommandirt und in Folge dessen die Gruben vielfach nur von den allernothwendigsten Beamten bedient gewesen seien. Wir haben uns genau erkundigt und festgestellt,

Noch: Anlage V.

daß diese Behauptung jeder thatsächlichen Begründung entbehrt. Die Beamten wurden erst nach Befahrung ihrer Grubenabtheilungen zur Wahl beurlaubt und zwar in einer sich gegenseitig ablösenden Weise. Hierfür können als Zeugen die Grubenbeamten der verschiedenen Gruben vernommen werden. Wie das Unglück auf Grube Maybach auf die Betheiligung der Beamten an der Wahl zurückgeführt werden kann, ist jedem mit den Grubenverhältnissen nur einigermaßen Vertrauten unverständlich, da derartige Unfälle durch Steinfall sich alltäglich ereignen und selbst bei ständiger Gegenwart eines Beamten unmöglich verhütet werden können. Außerdem kann auch nicht bei jedem Betriebe ein Beamter ständig zugegen sein. Was endlich die den Bergmannsfreund betreffenden Ausführungen anbelangt, so erklären wir nochmals, daß der Bergmannsfreund ein amtliches Blatt nicht ist. Wir berufen uns auf die in unserer ersten Erwiderung unter B. Protest Dasbach" niedergelegten Erklärungen und fügen denselben nur hinzu, daß der Bergmannsfreund nicht etwa unentgeltlich in die Hände der Bergleute und sonstiger Leser gelangt, sondern Jeder, gleich ob Bergmann oder Privatperson, kann den Bergmannsfreund nur gegen Erstattung des vierteljährlichen Abonnementsbetrages von der Saardruckerei in St. Johann, welche Verlegerin der Zeitung ist, beziehen. Letztere nimmt alle Bestellungen entgegen und zieht die Abonnementsbeträge ein. Auch ein sonstiger offizieller Charakter kann dem Blatte nicht beigelegt werden, denn erstens erfolgen weder amtliche Bekanntmachungen in demselben, noch wird es, wie dies bei amtlichen Blättern der Fall ist, bestimmten oder irgend welchen Angehörigen der Bergverwaltung dienstlich oder unentgeltlich zugestellt. Daß auch seitens der Bergverwaltung nicht der geringste Versuch gemacht worden ist, die Bergleute zum Abonnement zu zwingen, dürfte schon daraus hervorgehen, daß der Bergmannsfreund auf den verschiedenen Gruben in verschiedener Auflage im Verhältniß zu der betreffenden Arbeiterzahl gelesen wird. Wir bemerken dabei gleich, daß nach unseren Ermittelungen die Haffmannschen Behauptungen in Bezug auf Vorkommnisse auf Grube Heinitz und Brefeld betr. des „Bergmannsfreund" durchaus nicht als eine Veranlassung der Bergbehörde anzusehen sind. Der erstere Fall Heinitz kann hier schon deshalb nicht in Betracht kommen, weil Heinitz gar nicht in unserem Wahlkreise, sondern außerhalb des hiesigen Wahlkreises liegt und der Vorgang sich im Dezember 1898 — also ein halbes Jahr nach der Wahl — abspielte. Die Behauptung, daß in Brefeld Bergleute in der Grube von Beamten zum Abonnement auf den Bergmannsfreund aufgefordert worden seien, entspricht nicht den Thatsachen, sondern beruht nur auf Erfindung eines entlassenen Hülfssteigers Hellbrück, welcher wegen Beleidigung des Obersteigers der Grube Brefeld zu 30 ℳ Geldstrafe verurtheilt worden ist. Auf Grund verschiedener Mittheilungen desselben Hellbrück veröffentlichte Redakteur Haffmanns seiner Zeit eine Artikelserie über angebliche Mißstände auf ebenderselben Grube, wurde aber am 15. Januar d. J. wegen Beamtenbeleidigung zu einer Geldstrafe von 100 ℳ verurtheilt. Wir führen diese Verurtheilung des Haffmanns an, um darzuthun, aus welchen Quellen derselbe seine haltlosen Behauptungen zu schöpfen pflegt. Als Zeugen für unsere Richtigstellung bezüglich der Grube Brefeld nennen wir den Obersteiger Schröder, Fahrsteiger Becker und die sonstigen Grubenbeamten. Die Richtigstellung Haffmanns dahingehend, daß der Vorsitzende der Bergwerksdirektion, Herr Geheimer Bergrath Vogel, doch mit der Wahl etwas zu thun habe, verhält sich nach unseren Ermittelungen nicht ganz so. Vorsitzender des Wahlvereins St. Johann ist Herr Georg Heckel. Dieser hatte die St. Johanner Wähler zur Aussprache in den Schwan eingeladen, um über gewisse Uneinigkeiten in der eigenen Partei zu berathen. Zu dieser Versammlung waren außer dem Herrn Geheimrath Vogel drei Bergwerksdirektionssekretäre, welche der nationalliberalen Partei schon Jahre lang angehören, erschienen.

Nachdem wir in Vorstehendem die Entgegnungen Haffmanns auf unsere erste Erwiderung in kurzer Weise richtig gestellt haben, lassen wir zu den übrigen Entgegnungen der einzelnen Orte und Personen nachstehende Ausführungen folgen.

Obersalbach.

Die Richtigkeit der Behauptung des Herrn Pfarrers Marhofer, daß Steiger der benachbarten Gruben nach Obersalbach gekommen seien, um die Bergleute in der lästigsten Weise zu kontroliren, muß ganz entschieden bestritten werden. Daß Herr Pfarrer Marhofer bei der Wahl nur deshalb zugegen gewesen ist, weil man ihn der Steiger wegen durch Extraboten habe holen lassen, dürfte nach folgendem Bericht des Steigers Kläs, doch wohl kaum richtig sein. Herr Steiger Kläs erklärt zu den Behauptungen des Herrn Pfarrers Marhofer und Obersteiger a. D. Reiter folgendes: Daß Herr Kaplan Marhofer ein Interesse hatte, der Wahl beizuwohnen, beweist die Thatsache, daß er Sonntags vorher von der Kanzel herunter auf die Obersalbacher schimpfte, weil in Obersalbach bei der Hauptwahl 5 Stimmen auf Boltz gefallen seien. Ferner hat Herr Reiter, welcher als Protokollführer fungirte, vor der Stichwahl erzählt, Marhofer habe ihm die Aufforderung zugehen lassen, er möge diesmal besser wählen wie vorher. „Meint der auch noch ich hätte Boltz gewählt!" mit diesen Worten schloß Reiter seine Erzählung am Wahltische, der ich zuhörte. Vgl. S. 5191, 5209.

Die Behauptung ich habe vor dem Wahltisch gesessen, ist durchaus unzutreffend, denn der Wahltisch stand vor den Schulbänken auf dem freien Platz, während ich gerade auf der entgegengesetzten Seite des Saales an der Thür auf der zweiten Bank, also in weiter Entfernung von dem Tische Platz genommen hatte.

Von einem Verzeichnen der Bergleute kann keine Rede sein, denn ich wohnte dem Wahlakt nicht in meiner Eigenschaft als Steiger, sondern als Mitglied der nationalliberalen Partei bei und hatte daher ein Interesse, nach der Liste sämmtlicher Wähler daraufhin Notizen zu machen, um diejenigen säumigen Wähler, welche noch nicht gewählt hatten, herbeiholen lassen zu können. Ein Vorgehen, wie es wohl ausnahmslos bei allen Wahlen seitens aller Parteien beachtet wird. Daß ich die Liste führte, ist lediglich durch den Herrn Kaplan veranlaßt worden. Während am Hauptwahltage der pens. Bergman Philippi das Anstreichen in der Liste besorgte, mußte ich diese Thätigkeit an der Stichwahl übernehmen, weil die Obersalbacher Wähler vor der Wahl von der Kanzel herunter von dem Kaplan bearbeitet worden waren und Philippi es aus diesem Grunde nicht mehr wagte, eine liberale Wählerliste zu führen.

Betreffs des Oeffnens der Schüssel (Wahlurne) halte ich meine Aussage aufrecht. Ein Irrthum des Wahlvorstehers kann beim Oeffnen der Schüssel nicht vorgelegen haben, denn der wußte ganz genau, daß der Herr Kaplan in Reisweiler, also in einem anderen Wahlkreise wohnte und hier eigentlich garnichts zu thun, also auch keinen Wahlzettel abzugeben hatte. Der Zweck des Schüsselöffnens dürfte also nicht schwer zu erkennen sein. Die Behauptung des pensionirten Obersteigers Reiter, ich sei nicht aus eigenem Antriebe gekommen, sondern die Beamten seien hierzu kommandirt gewesen, weise ich mit Entrüstung

Noch: Anlage V.

zurück. Weder ich, noch sonst ein Beamter war kommandirt; Herrn Reiter wird es nicht möglich sein, auch nur einen kleinen Beweis für diese Behauptung zu erbringen.

Wie ich, so war auch der Steigergehülfe Peter, was derselbe bezeugen wird, aus freiem Willen gekommen, um säumige Wähler herbeizuholen, weil er in Obersalbach sehr bekannt ist. Ich will hierbei noch kurz erwähnen, um die Agitation der kath. Geistlichkeit in Obersalbach zu kennzeichnen, daß die Wahlzettel der Centrumspartei an der Stichwahl in die Häuser getragen worden waren, an der Hauptwahl dagegen lagen sie auf einer Fensterbank im Flur.

Guichenbach, 28. Januar 1900.

gez. Klös, Königlicher Steiger.

Brebach.

Vgl. S. 5209. Hierzu schreibt uns Herr Commerzienrath Rud. Böcking: „In meinem Schreiben vom 31. Dezember 1898 (also in unserer ersten Erwiderung) sind die einzelnen Punkten des Wahlprotestes unter Namhaftmachung der Zeugen widerlegt worden. Das darin Gesagte wird nach wie vor aufrecht erhalten. Insbesondere wird auch meine Erklärung zu Punkt 1 des Wahlprotestes, wonach meinerseits ein Druck auf die Wähler nicht ausgeübt wurde, vielmehr jedem Einzelnen frei gestellt gewesen ist, zu wählen, wen er will, was durch angeführten Zeugen auch bestätigt werden wird, aufrecht erhalten und kann durch die in der Gegenerklärung gebrauchte Redensart, es sei neu, daß ich meine Arbeiter bitte, Herrn Boltz zu wählen, „von dieser Seite sei ich gar nicht bekannt", nicht hinfällig werden. Zu bedauern ist es, daß der durch Herrn Pfarrer Hawer als Zeuge zu Punkt 2 angegebene p. Baer verstorben ist; durch dessen Vernehmung hätte festgestellt werden können, daß die Anklage unrichtig ist."

Saarbrücken.

Dazu liegt uns folgendes Schreiben vor: „Ich gestatte mir Ihnen ergebenst mitzutheilen, daß ich alle, seiner Zeit gemachten Angaben, betreffs des Auftretens pp. der hiesigen Centrumsleute bei der letzten Reichstagswahl voll und ganz aufrecht halte und bereit bin hierfür den Beweis der Wahrheit zu erbringen.

Mit Hochachtung

gez. L. H. Schmidt.

St. Johann.

Auch wir halten unsere erste Widerlegung die von Haffmann behaupteten Vorkommnisse bei der Firma Roth & Schüler in allen Punkten aufrecht.

Wehrden.

Vgl. S. 5191, 5209. Die in unserer ersten Entgegnung geführten Thatsachen, welche große Wahlbeeinflussungen nachweisen, werden in allen Punkten aufrecht gehalten.

Den am Neubau der Kirche beschäftigten Arbeitern wurden Wahlzettel eingehändigt mit den Bemerkungen: „Wer Euler wählt, bekommt eine Mark". Wenn Herr Pfarrer Kraemer erklärt, das könne nur ein „Spaß" gewesen sein, so beweisen wir durch unseren Zeugen Herrn Prudlo in Wehrden, daß es sich hier keineswegs um einen Spaß, sondern um ernstliche Wahlbeeinflussung handelt.

Unsere übrigen Angaben in der ersten Entgegnung beruhen nur auf Wahrheit.

Entgegnung auf die Bemerkungen des Pfarrers Kraemer.

Daß die beiden Kapläne fortwährend anwesend waren, ist allerdings nicht wörtlich zu nehmen; vormittags war jedenfalls stets einer da, der sehr scharf aufpaßte, wie gewält wurde, was u. a. Bergrath Althans, der vormittags einige Zeit im Wahllokale anwesend war, selbst bemerkt hat. Um Uebrigen haben wir unseren Ausführungen im I. Proteste nichts hinzuzufügen.

Entgegnung auf die Erklärung des Herrn Pastors Dr. Royer von Fulzbach vom 10. November 1899 (von Herrn Bergassessor von Meer). Vgl. S. 5209

Herr Bergassessor von Meer, Katholik, erklärt: Die Erklärung Royers bringt nichts, was die in dem Wahlprotest gegen mich erhobenen Anklagen unterstützen, noch was meine Beantwortung entkräften könnte.

Den Vorwurf, daß ich versucht habe, die Hühnerfelder Centrumsversammlung zu stören und unmöglich zu machen, zieht er anscheinend zurück, da er davon nichts mehr erwähnt.

A. Die Predigt.

Den „einfach unglaublichen" Grund für meine Anwesenheit vor den Versammlungslokalen schiebt Royer mir fälschlicher Weise unter. Ich habe denselben nirgendwo ausgesprochen, wie meine frühere Erklärung ergiebt.

Für die „Thatsache", daß viele einheimische Versammlungslustige an dem Lokal vorbeigingen, als sie „die Besatzung erblickten," ist keinerlei Beweis erbracht oder angeboten. Soviel ich durch eigenen Augenschein wahrgenommen habe, war der Saal ziemlich besetzt. Daß nun die Mehrzahl der Besucher auswärtige Quartierleute waren, beweist einmal, daß meine Anwesenheit die Bergleute nicht zurückgehalten hat, denn die auswärtigen Bergleute sind ebensogut meine Untergebenen, wie die einheimischen, und dann, daß Royers Gesinnung bei den Altenwaldern selbst nicht soviel Anklang fand, wie er erwartete.

Ob bei der persönlichen Rücksprache mehr von dem Jakob Scherer oder von dem Knappenverein die Rede war, ist für den vorliegenden Fall doch vollständig gleichgültig. Royer bringt dies offenbar nur vor, um den Vorwurf zwischen die Zeilen schreiben zu können, Scherer sei wegen seiner Centrumsgesinnung gemaßregelt worden. Scherer ist von meiner vorgesetzten Behörde auf meinen Antrag entlassen worden, weil er auf der Grube während der Arbeitszeit zu andern nicht mit ihm zusammen beschäftigten Arbeitern ging und hier unvermittelt Aeußerungen über mich machte, die jeder Disziplin Hohn sprachen und deren Straflosigkeit meine Autorität untergraben hätte.

Uebrigens hat die mir und allen Beamten bekannte Centrumsgesinnung des Scherer uns nicht abgehalten, ihn am Wahltage zum Vertheilen der ultramontanen Wahlzettel zu beurlauben. Obwohl Royer seinem Küster oder Kirchendiener die Vertheilung liberaler Zettel gestattet hätte?

Eine Rechtfertigung gegen den versteckten Vorwurf der Parteilichkeit und Ungerechtigkeit halte ich unter meiner Würde. Thommes erklärte mir, er habe die Veröffentlichung an sich bedauert und zwar weil dieselbe gegen seinen Seelsorger, einen geweihten Diener Gottes gerichtet sei, der Inhalt der Veröffentlichung sei thatsächlich richtig.

Wenn Royer sich einen Untergebenen nicht unabhängig in seiner politischen Meinung denken kann, zwingt er zu einem wohl nicht beabsichtigten Schluß über das Verhältniß seiner Untergebenen zu ihm. Und aus der Erzählung einer Maßregelung Forsters kann man doch nur den Schluß ziehen, daß Forster seine politische Meinung unbeeinflußt von der seines Vorgesetzten zu bethätigen weiß.

Gegenüber Royers Beantwortung der meinerseits ihm vorgeworfenen Wahlbeeinflussung seiner Pfarrkinder halte ich meine früheren Angaben ganz voll und aufrecht mit

Noch: Anlage V.

den einzigen Einschränkungen, daß er auf der Kanzel nicht das Wort „nationalliberal" gebraucht hat, und daß er bei dem Hinauswerfen der Knappenvereinsfahne nicht gesagt hat: „Hinaus mit allen Altenwaldern . . . .". Letzern Ausdruck berichtete mir ein Vereinsmitglied mit Bestimmtheit, die andern von mir jetzt nochmals befragten Mitglieder haben diesen Ausdruck jedoch nicht gehört.

Das Wort „nationalliberal" hatte ich in meinen Angaben nur der Kürze halber eingesetzt für die mir nicht mehr gegenwärtige von Royer gemachte Umschreibung der Partei. Die objektive Richtigkeit meiner Darstellung hat darunter nicht gelitten. Royer hat die nationalliberale Partei, bezw. den nationalliberalen Kandidaten gemeint und jeder Zuhörer hat es so aufgefaßt. Die einfachste Begründung seines Vorwurfes der mangelnden Objektivität wäre doch Royers Erklärung: daß er die nationalliberale nicht gemeint hat. Das wäre loyal gewesen.

Aber selbst zugegeben, daß seine Ausdrücke in der ersten Predigt so allgemein gewesen wären, daß man sie nicht unbedingt auf die Nationalliberalen beziehen müßte, so war dies bei der Stichwahlpredigt zwingende Nothwendigkeit, denn damals war der nationalliberale Boltz der einzige und alleinige Gegner des vielgepriesenen Centrums; vor ihm allein konnte er also die Katholiken warnen.

Kurz: den verschiedenen „Unwahr" und den sophistischen Wortklaubereien gegenüber bleibe ich dabei, daß meine Angaben über die beiden Predigten objektiv richtig sind.

Eigenthümlich muthet einen die Beschwerde Royers an, daß wir nicht alles aus seiner Predigt vorgebracht hätten, was eine unzulässige Wahlbeeinflussung darstellt. Wir haben eben nur das Markanteste notirt und in dem Gegenprotest niedergelegt.

Für den Nachweis der Wahlbeeinflussung zu Gunsten des Centrums genügt schon das eigene Zugeständniß Royers, als Seelsorger von der Kanzel herab während des Gottesdienstes „mit Bezug auf das in der kommenden Woche urgierende Wahlrecht und die Wahlpflicht" zu seinen Pfarrkindern gesagt zu haben: „Ein Katholik darf nicht . . . . .", „das Gewissen verbietet . . . . .", „es ist gegen die Pflicht . . . ." also mit andern Worten: Ihr begeht eine Sünde, wenn Ihr . . . . .

Das Einzelne wird eine Zeugenvernehmung der „vielen Männer ergeben, welche seine Predigten regelmäßig besuchen".

Unwahr ist nach der Versicherung des Obersteigers Jacob, daß er einen Bergmann in die Predigt geschickt habe.

B. Daß Verhältniß zum Knappenverein.

Unsere Darstellung von den Vorfällen zwischen Pastor und Knappenverein wurde mir dieser Tage von den beiden Präsidenten des Vereins Anton Schmitz und Nik. Treeb als richtig bestätigt mit Ausnahme der oben zurückgezogenen Aeußerung in der Kirche. Ich verweise daher nur auf die Vernehmung dieser und anderer Mitglieder des Vereins. In einzelnen Punkten möchte ich aber doch jetzt schon Royers „Berichtigung der durchaus gefälschten nationalliberalen Darstellung" etwas mehr ins Licht stellen.

Die Knappen Schmitz, Treib und Thommes bestreiten, daß jemals die von Royer behaupteten Empfindungen und Ansichten innerhalb des Vereins zu Tage getreten seien. Von dem behaupteten Inhalt des Gespräches weiß Schmitz nichts. Wohl entsinnt er sich, daß er einmal zum Pastor gesagt habe, als dieser und ein Lehrer Michel bei ihren Vorträgen in einer Vereinssitzung bei dem Wirthe Bellon zu erkennen gegeben haben, daß sie einen Theil der Mitglieder für Sozialdemokraten hielten: er (der Pastor) sei in dieser Beziehung im Irrthum. Außer dem von seiner sozialdemokratischen Gesinnung keinen Hehl machenden Peter Klein 29 sei keiner von ihnen Sozialdemokrat. Er sei bereit, den Austritt Kleins zu veranlassen. Darauf habe der Pastor gesagt, er solle es nicht thun, denn der Klein scheine sich zu bessern. Der wegen seiner Hetzereien in dem Streik abgelegte Sozialdemokrat Peter Klein 29 ist also auf die Fürsprache des Pastors in dem Verein geblieben.

Einen Maschinenführer Thommes hat es bei dem Streik nicht gegeben.

Unwahr ist es nach Aussage des Schmitz, Treib und Thommes, daß die Einladungen aller katholischen Vereine von einem Geistlichen unterschrieben sind. Dies ist nur bei denjenigen Vereinen der Fall, deren Vorsitzender ein Geistlicher ist, was freilich bei der Mehrzahl der Knappenvereine zutrifft, ohne daß darum die andern Vereine von ihren Pfarrgeistlichen oder den andern katholischen Knappenvereinen als „nicht katholische" angesehen werden.

(Eventuell beantrage ich die Vernehmung der Vorsitzenden einzelner noch näher zu bezeichnenden Vereine um die Glaubwürdigkeit des Zeugen Royer zu beleuchten.)

Die Beleidigungsklage „erwartete" ich deshalb, weil Royer mir selbst gesagt hatte, er werde die Klage erheben, wenn der Vorstand nicht öffentlich widerrufe, und er habe einem Rechtsanwalt schon entsprechenden Auftrag gegeben, und ein Widerruf vor Ablauf der Klageschrift nicht erfolgt ist. Die Gründe, welche Royer zum Verzicht auf die Klagestellung bestimmten, sind etwas eigenthümlicher Art. Klein, Muncten und Thommes haben auf einen von Royer im Beichtstuhl ausgeübten Druck hin ihr Bedauern über Veröffentlichung schriftlich ausgesprochen. Der Präsident Schmitz ist auf seinem Krankenbette in Todesgefahr von dem Kaplan Zilliken unter Ausnutzung seiner Gewalt als Beichtvater ausdrücklich auf Befehl des Pastors zu einer ähnlichen Erklärung gezwungen worden. Treib und Glaser sind in ihrer Osterbeichte — also ein halbes Jahr nach Ablauf der Klagefrist — von dem Pastor zu der theilweisen Zurücknahme getrieben worden. Bei Treib war wiederum von dem Pastor dem Kaplan Zillicken die Absolution verboten worden.

Durch diese in der Beichte theilweise unter Beschränkung der Absolutionsfreiheit des untergebenen Kaplans erzwungenen Erklärungen glaubt sich der Pastor von dem öffentlichen Vorwurf gereinigt, wissentlich die Unwahrheit gesagt zu haben. Und dabei giebt er selbst zu, daß Treib und Glaser ihre Erklärungen nur theilweise zurückgenommen haben, daß sie also den andern Theil noch aufrecht halten. Die Gründe für den Verzicht auf die öffentliche Reinigung von dem bei einem Priester besonders schweren Vorwurf der öffentlichen Lüge müssen doch wohl anderer Art gewesen sein.

An dem Feste hat weder der damalige Bergrath Krümmer noch der damalige Berginspektor Dr. Schäfer theilgenommen.

Eine derartige Berichterstattung nennt Royer eine Berichtigung.

Die übrigen Auslassungen Royers gehören nicht hierher und verdienen schon allein deshalb keine Beantwortung. Sollte nach diesen Ausführungen auf das Zeugniß Royers in dem Wahlprotest noch Werth gelegt werden, so beantrage ich zur Beleuchtung der Glaubwürdigkeit derselben eidliche Zeugenvernehmung über diese Vorgänge.

gez. von Meer, Kgl. Bergassessor.

Noch: **Anlage V.**

Altenwald, den 14. 2. 00.

Meiner Beantwortung auf die Erklärung Royers füge ich zur Charakterisirung dieses Herrn noch hinzu: Pfarrer Zillesen von Altenwald bezeichnet es als durchaus unwahr, daß er von der Kanzel herab oder sonstwie beim Gottesdienst von der Wahl gesprochen habe, wie Royer behauptet. Zillesen will überhaupt keine Andeutung der bevorstehenden Wahl gemacht haben. Er erbietet sein Zeugniß.

Hochachtungsvoll

gez. v. Meer.

Vgl. S. 5147, 5178, 5212 ff.

Entgegnung auf die Bemerkungen des Pfarrers Dr. Dahm.

Zu 1. Von Versprechungen und Drohungen seitens mancher Grubenbeamten den Bergleuten gegenüber kann keine Rede sein, diese Behauptung dürfte von uns hinlänglich wiederlegt sein. Ebensowenig haben Bedrückungen von Bergleuten aus Anlaß der Wahl stattgefunden.

Unsere ersten Widerlegungen halten wir in allen Punkten aufrecht und führen als Zeugen sämmtliche Püttlinger Beamten an.

Zu 2. Wenn Herr Pastor Dahm erklärt, es sei unwahr, daß von der Kanzel agitirt worden ist, so halten wir dem nur entgegen, daß der Wortlaut der von der Kanzel verlesenen Mahnung die betr. Behauptung von nationalliberalen Seiten voll und ganz bestätigt. Es wird darin doch mit dürren Worten gesagt, daß es „Pflicht" jedes Katholiken sei, einen Centrumsmann zu wählen.

Wenn auch letztere Bezeichnung selbst nicht gebraucht ist, so läßt doch die gewählte Umschreibung keinen Zweifel darüber, was gemeint ist. Wir halten dies jedenfalls für eine sehr gute Agitation von der Kanzel.

Zu 3. Die Behauptung wird aufrechterhalten. Steiger Altmeier hat selbst gehört, wie ein Kaplan sagte: Wer nationalliberal wählt, braucht nicht zur Kirche zu kommen und zu communiciren. Das dürfte wohl genug sagen.

Zu 4. Unsere Behauptung wird aufrecht erhalten. Auch hier heben wir hervor, daß Herr Pastor Dahm, wenn auch nicht direkt, zugiebt, wie er als Priester für die Wahl thätig war. Also wiederum Agitation von der Kanzel.

Zu 5. Aus dem von Herrn Dr. Dahm hier angeführten geht aber doch wohl klar hervor, daß Dr. Dahm den Genannten beeinflussen wollte, ultramontan zu wählen.

Zu 6. Ob der Zettel an der Kirche selbst oder dicht daneben an der Kirchhofsmauer angeklebt war, ist doch auch ganz gleichgültig. Jedenfalls kommt es doch zunächst auf den Wortlaut an, doch davon sagt Herr Dr. Dahm nichts.

Zu 7. Aus dem angeführten geht hervor, daß den Grubenbeamten aus ihrem Verhalten im Wahllokal keinerlei Vorwurf gemacht werden kann, denn Herr Dr. Dahm nahm, wie er ja selbst zugiebt, keinen Anstand, sein aufrichtiges Bedauern über die Ungehörigkeit seines Benehmens auszusprechen.

Zu 8. Pastor Dahm hat vor Beginn der Wahlhandlung ohne jeden Anlaß den Wahlvorsteher, Lehrer Petri, in herrischem Tone ermahnt, daß er seine Pflichten als Wahlvorsteher nicht außer Acht lassen möge (Zeugen Steiger Flegel und Zentz). Jeder andere unabhängige Wahlvorsteher würde sich eine derartige Ungehörigkeit ganz energisch verbeten haben, während Lehrer Petri das nicht that, vielmehr die Bemerkung ruhig hinnahm. Einen andern, von ihm unabhängigen Wahlvorsteher gegenüber würde sich auch Dr. Dahm ein derartiges Benehmen nicht herausgenommen haben. Der Vorgang zeigt deutlich, daß Dr. Dahm den Lehrer Petri in seiner Eigenschaft als sein Vorgesetzter hat beeinflussen wollen, unsere Behauptung ging also nicht zu weit.

Zu 9. Berginspektor Wiesmann wohnte zwar in Louisenthal, hatte jedoch, da ihm die Grubenabtheilung Viktoria (Püttlingen) speciell unterstellt war, sehr wohl Gelegenheit, häufig nach Püttlingen zu kommen und dort die in Rede stehenden Beobachtungen zu machen. Der inzwischen nach Saarbrücken versetzte Berginspektor Wiesmann hält seine Behauptungen aufrecht und ist in der Lage, Zeugen dafür beibringen zu können.

Erwiderung auf die Entgegnung des Hauptlehrers Petri.

Die Behauptungen von nationalliberaler Seite werden in vollem Umfange aufrecht erhalten. Die angeführten Personen beharren bei ihren Aussagen und haben denselben nichts wesentliches hinzuzufügen. Das Verhalten des Lehrers Petri war durchaus reglementswidrig. Wenn er den Zettel vom Wähler erhalten hatte, hielt er ihn in der geschlossenen Faust, welche auf dem Bein unter dem Tisch ruhte, so lange verdeckt, bis der Name des Wählers in der Liste aufgefunden war. Dann fuhr er mit geschlossener Faust in das Kästchen, welches als Urne diente, und ließ den Zettel hineinfallen, ohne daß er den Umstehenden wieder zu Gesicht kam. Ein Vertauschen des Zettels während dieser Zeit wäre also nicht unmöglich gewesen. Im Uebrigen bestätigt dies unsere Widerlegung zu Nr. 8 der Entgegnung auf die Bemerkungen des Herrn Dr. Dahm.

Ottenhausen.

Vgl. S. 5145, 5212.

Das Wahllokal, ein kleines Wirthszimmer von 5 Meter Länge und $2^1/_2$ Meter Breite war allerdinds längere Zeit geöffnet, da bei der herrschenden Hitze der Wahlvorstand es ohne frische Luft in dem kleinen Raum nicht längere Zeit aushalten konnte. Das Oeffnen der Thür erfolgte, wie der Wahlvorsteher Karl Diesinger auf das Bestimmteste versichert, auf Antrag des (ultramontanen) Mitgliedes des Wahlvorstandes Michel Körber. Wie das Offenlassen der Thür das Geheimnis der Wahl unmöglich machen soll, ist nicht klar, da die Personen, welche sich im Hausflur aufhielten, ohne Zweifel auch das Recht hatten, sich im Wahllokal aufzuhalten und dadurch der Wahlhandlung viel näher gewesen wären. Was den Herrn Steiger Wilhelm Kurz betrifft, so hat derselbe allerdings zu dem ihm einen Stimmzettel für Euler anbietenden Zettelvertheiler der ultramontanen Partei gesagt: „Scheren Sie sich weg mit dem Zettel" (nicht „mit Ihren Zetteln").

Herr Kurz wollte damit nur ausdrücken, daß er auf die Ueberreichung eines ultramontanen Wahlzettels verzichte. Daß der Zettelvertheiler die Sache auch nicht anders aufgefaßt hat, beweist der Umstand, daß er bis zum Schluß des Wahlaktes mit seinen Zetteln vor dem Wahllokal aushielt. Darin, daß Herr Kurz am Tage der Wahl seine Dienstmütze trug, kann nichts Außergewöhnliches gefunden werden, denn wer im Saarrevier einigermaßen bekannt ist weiß, daß das Mützetragen bei den Bergbeamten und Bergleuten allgemein üblich ist."

Gersweiler.

Vgl. S. 5145.

Herr Nalbach ist nicht Königlicher Obersteiger, sondern Obermeister auf der Burbacher Hütte. Dieser Herr hat, genau wie Herr Pastor Schmitt, sich theils in der Gartenwirthschaft, theils im Hausflur des Wahllokals und vor dem Wahllokale aufgehalten. Den Zettelvertheilern wurden meines Wissens noch nie ihre Plätze angewiesen, es stand den Zettelvertheilern der ultramontanen Partei frei, ihren Standpunkt ebenfalls unmittelbar vor der Thür des Wahllokals einzunehmen.

Noch: Anlage V.

Vgl. S. 5190, 5214.

Entgegnungen auf die Bemerkungen des Herrn Pfarrers Dr. Keil.

Von einer Anwesenheit seitens der „unmittelbaren" Vorgesetzten „sammt und sonders" kann wohl nicht die Rede sein, da an dem Wahllokal am Steinberg außer dem in Quierschied ansässigen und daselbst wahlberechtigten Steiger Kontz nur Fahrsteiger Wolfanger und Fahrsteiger Schröder anwesend waren. Wenn auch an dem Wahllokal an der Kirche außer den Zettelvertheilern auch Steiger ab und zu gingen, so hat dies seine vollkommene Berechtigung darin, daß es zur Genüge bekannt war, mit welchen Mitteln man in Quierschied arbeitete und es unverantwortlich der nationalliberalen Partei und Sache gegenüber gewesen wäre, wenn, die betr. Herren, welche alle Mitglieder der nationalliberalen Partei sind, sich an dem Wahltage nicht von der vollkommenen Wahlfreiheit und der Nichtbeeinflussung der Wähler seitens der in Quierschied vorhandenen Centrumsmänner überzeugt hätten. Denn wenn man sich, wie dies z. B. an dem Sonntage vor der Wahl geschah, nicht scheut, von der Kanzel herunter im Hochamt zu sagen: Dann und dann ist die Wahl und ihr wißt ja, wen ihr zu wählen habt, so kann man sich am Wahltage selbst noch anderer Dinge versehen. Die Anwesenheit des betr. Herrn war somit ganz gerechtfertigt.

Das die „Vorgesetzten" (wir wiederholen, daß von Vorgesetzten keine Rede sein kann, sondern nur von Vertrauensmännern unserer Partei), die Thüren zu den Schulhäusern „besetzt" hätten, wird ganz entschieden bestritten. Sämmtliche Herren aber, welche der Herr Pfarrer „oben auf der Treppe fand", waren nicht allein Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei, sondern auch Quierschieder Einwohner, welche in dem Lokale zu wählen hatten und dieser Pflicht nachgekommen sind. Wenn danach überhaupt von einem Aufgebot an „Steiger, Beamten, Vorgesetzten" die Rede sein kann, so steht doch jedenfalls fest, daß ein viel größeres Aufgebot von Centrumsmännern da war, welche die ersteren so beobachten, daß sie keinen Schritt ohne Begleitung der Centrumsvertrauensmänner machen konnten. Fahrsteiger Schröder wurde von dem Küster an dem Wahllokale insultirt ohne jede Veranlassung, nur weil er sich unterstand, sich in der Nähe des Wahllokals — auf der Treppe vor dem Schulhause — aufzuhalten. Ob der Herr Pfarrer von Eingesessenen von Quierschied zur Wahrung der Freiheit aufgefordert worden, entzieht sich unseren Beobachtungen. Unsere Zettelvertheiler standen vor dem Wahllokale und zwar Vertheiler vom Centrum wie von Nationalliberalen friedlich beisammen. Was also der eine beobachten konnte, das konnte auch der andere sehen. Was nun die zwei fremden Männer, „die der Herr Pfarrer nicht kannte" betrifft, so sind das dieselben beiden Quierschieder Herren, von denen unter Nr. 2 die Rede ist und die der Herr Pfarrer seit langen Jahren als seine eignen Pfarrkinder notorisch kennt und kennen muß. Von dem Standpunkte des Herrn Pfarrers an der Kirche konnte er ganz gut selbst sehen, was für Wahlzettel die Wähler nahmen, im Uebrigen standen genug Anhänger des Centrums, wie schon sub. 4 erwähnt, an und um den Lokalen herum, die sich dieser Beobachtung unterzogen. Daß gerade vor der Wahl die Kirchenkollecte in den Häusern durch die beiden Herren Geistlichen abgehalten wurde und nicht durch die bisherigen Collectanten, hatte nur den Zweck, Stimmen für den Centrumskandidaten zu sichern.

Brefeld, 1. Februar 1900.

gez. Schröder, Obersteiger.

Entgegnung des Pastors Orth.

Unsere Behauptungen im ersten Proteste halten wir voll und ganz aufrecht. Zeuge: emerit. Lehrer Ensmenger in Gersweiler und Dr. Keipert in Heusweiler.

Bildstock.

Vgl. S. 5144, 5176, 5216.

Die Behauptung des Herrn Pfarrers Weber, daß „thatsächlich während der ganzen Wahlhandlung das Wahllokal selbst und der Zugang zu demselben von mehreren Steigern besetzt gewesen sei", wird entschieden zurückgewiesen. Vor und in dem Wahllokale haben sich Leute aufgehalten und zwar von beiden Parteien. In dem Flur, welcher von zwei Thüren getrennt zum Wahllokale führt, durfte sich Niemand aufhalten, um das Ein- und Ausgehen der Wähler nicht zu hindern, und konnte daher in diesem Flur ein Jeder nach seinem Willen den Wahlzettel mit Leichtigkeit und in aller Ruhe vertauschen.

Daß die große Mehrzahl der Steiger an dem Wahltage beurlaubt gewesen wäre, entspricht durchaus nicht den Thatsachen, sondern ist nur auf einen Irrthum des Herrn Pfarrers Weber zurückzuführen, da sämmtliche Steiger am Wahltage ihren Grubendienst versehen haben.

Malstatt—Burbach.

Vgl. S. 5183, 5205, 5216.

Der dortige Vorsitzende, Herr Kommerzienrath Seebohm entgegnet zu den Bemerkungen des Herrn Pfarrers Assenmacher Folgendes: „Daß Herr Pfarrer Assenmacher auf der Kanzel für den Centrumskandidaten agitirt habe, ist in meinem Bericht vom 31. Dezember 1898 gar nicht behauptet worden. Wohl aber stimmen unsere, in dieser Sache nochmals vernommenen Gewährsleute darin überein, daß an allen Wahllokalen, ganz besonders aber in denjenigen von Burbach, die katholischen Geistlichen sich sehr lebhaft mit den Wählern beschäftigt haben. Herr Pfarrer Assenmacher stellt seine Theilnahme an der Wahl sogar als eine sehr harmlose dar. Unsere Vertrauensmänner versichern jedoch wiederholt, ebenfalls auf ihre Ehre und ihr Gewissen, daß Herr Pfarrer Assenmacher an und in den Wahllokalen 7 und 8 fast ununterbrochen zugegen war und theils auf die Wähler einsprach oder sich mit dem Manne unterhielt, welcher vor dem Wahllokale unsere Wahlzettel in solche für den Centrumskandidaten umänderte, theils die Wähler von der Empfangnahme eines Wahlzettels bis zur Urne beobachtete. In den Wahllokalen 7 und 8 trat ferner Herr Pfarrer Assenmacher nach dem Zeugnisse unserer sämmtlichen Vertrauensmänner thatsächlich gegen die betreffenden Wahlvorstände in einer so ungehörigen Weise auf, daß Jedermann den Eindruck empfing, als ob der geistliche Herr mit der Ober-Aufsicht über die Wahlhandlung betraut sei. In dem Lokal 7 forderte er beispielsweise in ganz erregtem Tone und mit seinem Stocke fuchtelnd, von dem Wahlvorstand, dieser solle unsere wahlberechtigten Vertrauensmänner aus dem Lokale weisen, was denn auch der fast ausschließlich aus Katholiken bestehende Wahlvorstand mit Stimmenmehrheit beschloß. Hierauf aber stellte der Herr Pfarrer sich selbst im Hausflur des Lokals so auf, daß er die Wähler bis zur Urne unter Augen behalten konnte. Welche Meinung der Herr Pfarrer überhaupt von der Autorität des Wahlvorstandes hatte, das erhellt beispielsweise auch aus folgender, uns von einem Wähler berichteten Scene. Der Letztere bemerkte nämlich in Lokal VIII unter den vor der Urne stehenden Wählern einen Mann, welcher rauchte. Da dieser Mann ihm bekannt war, so flüsterte er ihm zu, das schicke sich doch nicht. Sofort habe dann Herr Pfarrer Assenmacher dem Raucher laut gesagt: „Rauche nur weiter, hier hat Dir Keiner etwas zu sagen!"

Noch: **Anlage V.** (Schluß.)

Herr Bahnmeister Gollhofer hat nochmals berichtet, daß ein unter Vormundschaft des Kassenschreibers Groß stehender Blödsinniger, namens Clemens Schmidt, als ihm beim Eintritt in das Lokal ein Wahlzettel für Boltz angeboten wurde, diesen zurückgewiesen, dagegen einen Centrumszettel triumphirend vorgezeigt und abgegeben habe.

Ferner sei ein älterer Mann erschienen und habe seinen Wahlzettel offen auf den Vorstandstisch gelegt, worauf ihm von dem Vorsteher bedeutet wurde, er möge wieder zurückgehen und den Zettel falten. Da auf diesem Wahlzettel der Name Boltz durchstrichen und darüber der Name des Centrumskandidaten geschrieben war, so frug Jemand den Mann, wer ihm den Zettel geschrieben habe, worauf die Antwort erfolgte: „Der Herr Pastor."

Von der namentlichen Anführung unserer Zeugen glaube ich vorläufig absehen zu sollen, da die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, da von gegnerischer Seite eine Beeinflussung derselben versucht werden könnte.

Hochachtungsvoll

Der Vorsitzende des Lokal-Wahl-Vereins.

gez. Seebohm, Königlicher Kommerzienrath.

Aus vorstehenden Darlegungen sowohl, als auch aus den eingehenden Widerlegungen in unserem I. Proteste überlassen wir es der Wahlprüfungskommission zu entscheiden, auf welcher Seite während des Wahlkampfes die Agitation eine Wahlbeeinflussung war.

Wir heben nochmals hervor, daß die Agitation unserer Partei an die der Gegenpartei in keiner Weise heranreichen konnte und zwar nicht allein wegen der im hiesigen Wahlkreise vornehmlich in den Händen der Geistlichen liegenden Organisation als ganz besonders wegen der kein Mittel scheuenden Kampfesweise der Dasbach'schen Presse.

Auch wir setzen das Vertrauen in die Wahlprüfungskommission, daß sie nach den von beiden Seiten vorliegenden umfangreichen Berichten das Wahre von dem Falschen unterscheiden wird.

Saarbrücken, im Februar 1900.

Der Vorstand
des national-liberalen Wahlvereins für den Kreis Saarbrücken.
J. A.
Louis Vopelius, II. Vorsitzender.

Nr. 740/741.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 703a der Drucksachen —.

Nr. 740. Roesicke (Dessau). Dr. **Opfergelt.** Dr. **Lehr. Schmidt** (Elberfeld). Freiherr **v. Richthofen-Damsdorf. Molkenbuhr.** Der Reichstag wolle beschließen:

in **§. 10a** Abs. 2 an Stelle von „zwei Mark" zu setzen: „vier Mark".

Nr. 741. Dr. **Opfergelt.** Dr. **Hitze.** Der Reichstag wolle beschließen:

in **§. 62** Abs. 5 zwischen den Worten „hat" und „keine" die Worte einzuschieben:

„ausgenommen im Falle des §. 7a".

Berlin, den 7. Mai 1900.

Nr. 742/743.

Abänderungs-Anträge

zu dem

Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, 703 der Drucksachen —.

Nr. 742. Fischbeck. Der Reichstag wolle beschließen:

den **§. 20** zu streichen.

Nr. 743. Gamp. Der Reichstag wolle beschließen:

in **§. 20** Abs. 2 die Worte

„nicht mehr als zwei Drittel durch Versicherung gedeckt werden"

zu ersetzen durch die Worte:

„eine Versicherung gegen vorsätzlich herbeigeführte Unfälle nicht stattfinden".

Berlin, den 7. Mai 1900.

Nr. 744.

Mündlicher Bericht

der

Rechnungs-Kommission

über

die Rechnungen der Kasse der Ober-Rechnungskammer für das Etatsjahr 1897/98 — Nr. 701 der Drucksachen —.

Berichterstatter: Abgeordneter Horn (Neisse).

Antrag der Kommission:

Der Reichstag wolle beschließen:

Der Rechnungsleger der Rechnungen der Kasse der Ober-Rechnungskammer für das Etatsjahr 1897/98 wird bezüglich desjenigen Theiles, welcher die Reichsverwaltung betrifft, entlastet.

Berlin, den 7. Mai 1900.

Die Rechnungs-Kommission.

Dr. **Hasse,** Vorsitzender. **Horn** (Neisse), Berichterstatter.

Nr. 745.

Berlin, den 6. Mai 1900.

Im Namen Seiner Majestät des Kaisers beehrt sich der unterzeichnete Reichskanzler den beiliegenden

Entwurf eines Gesetzes, betreffend die militärische Strafrechtspflege im Kiautschou-Gebiete, nebst Begründung,

wie solcher vom Bundesrath beschlossen worden, dem Reichstag zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen.

Der Reichskanzler.

Fürst zu Hohenlohe.

An den Reichstag.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

die militärische Strafrechtspflege im Kiautschou-Gebiet.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§. 1.

Auf die zum Kaiserlichen Gouvernement Kiautschou gehörigen Militärpersonen finden die in der Militär-Strafgerichtsordnung vom 1. Dezember 1898 für das Verhältniß „an Bord" gegebenen Vorschriften Anwendung.

§. 2.

Dieses Gesetz tritt zugleich mit der Militär-Strafgerichtsordnung vom 1. Dezember 1898 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben , den Mai 1900.

Begründung.

Die Militär-Strafgerichtsordnung für das Deutsche Reich hat eine Reihe von Sonderbestimmungen für das Verhältniß „an Bord" eingeführt. Diese bezwecken, die Gerichtsverfassung und das militärgerichtliche Verfahren den in vielfacher Hinsicht eigenartigen Bordverhältnissen anzupassen und insbesondere dem Bedürfnisse Rechnung zu tragen, welches an Bord die einfachsten Formen und die rascheste Erledigung auch auf dem Gebiete der Strafrechtspflege unabweisbar erheischt (vergl. die Begründung des dem Reichstag vorgelegten Entwurfes der Militär-Strafgerichtsordnung, Drucksachen des Reichstages 1897/98, Anlageband I Nr. 6, insbesondere Seiten 152 und 195 f.).

Die nämlichen Erwägungen treffen nun aber in allen Punkten auch auf die Verhältnisse der Marinetheile zu, welche fern von der Heimath dem Kaiserlichen Gouvernement Kiautschou zugetheilt sind. Insbesondere springt dies in die Augen bezüglich der praktischen Unmöglichkeit, hier einen gerichtlichen Instanzenzug, wie ihn das ordentliche Verfahren der Militär-Strafgerichtsordnung vorsieht, einzuführen. Mit Rücksicht auf die weite Entfernung vom Mutterlande würde ein Verfahren in der Berufungs- und Revisionsinstanz zu unabsehbaren Verschleppungen führen, ganz abgesehen von der Kostspieligkeit und theilweise auch Schwierigkeit der dadurch bedingten zahlreichen Transporte von Zeugen und Angeklagten. Der Ausweg, an Ort und Stelle ein Oberkriegsgericht als Berufungsinstanz einzusetzen, würde den Etat außerordentlich belasten, indem alsdann eine große, zu der geringen Zahl der Besatzungstruppen in keinem Verhältniß stehende Zahl von Militär-Justizbeamten dauernd nach Kiautschou entsandt werden müßte. Daneben aber würde die oben angedeutete Verschleppungsgefahr durch den Verkehr mit der in dem Mutterlande befindlichen Revisionsinstanz, dem Reichsmilitärgericht, bestehen bleiben.

Aber auch für das Verfahren I. Instanz erscheinen die Vereinfachungen und Erleichterungen, welche die Militär-Strafgerichtsordnung „an Bord" zuläßt, sämmtlich als sehr zweckmäßig, ja als nothwendig für die in Kiautschou befindlichen Marinetheile.

Eine Analogie besteht in vielfacher Hinsicht auch zwischen den Verhältnissen dieser Marinetheile und denen von Truppen im Felde. Nun sind aber die für die Strafrechtspflege „im Felde" in der Militär-Strafgerichtsordnung gegebenen Sonderbestimmungen ganz die gleichen wie die für das Verfahren „an Bord" vorgesehenen — mit alleiniger Ausnahme der hier nicht in Betracht kommenden Vorschrift des §. 266 Absatz 4 —.

Schließlich darf darauf hingewiesen werden, daß ähnlich vereinfachte und erleichterte Bestimmungen auch für die Strafrechtspflege bei den Schutztruppen in den afrikanischen Schutzgebieten eingeführt sind.

Nr. 746/747.

Abänderungs-Antrag

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes — Nr. 703 a der Drucksachen —.

Nr. 746. Freiherr **v. Richthofen-Damsdorf.** Der Reichstag wolle beschließen:

1. in **§. 96** Abs. 1 den Schluß wie folgt zu fassen:
   „von den Genossenschaften, Gemeinden, Armenverbänden, Krankenkassen und sonstigen Unterstützungskassen (§. 8 Abs. 1) gemacht worden sind."
2. **§. 109** Abs. 3 zu streichen.

Nr. 747. Freiherr **v. Stumm-Halberg.** Der Reichstag wolle beschließen:

den **§. 57** Abs. 3, 4 durch folgende Bestimmung zu ersetzen:

„Vor der Feststellung der Entschädigung ist in jedem Fall der behandelnde Arzt zu hören. Steht der behandelnde Arzt zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältniß, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören."

Berlin, den 8. Mai 1900.

Nr. 748.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, 703 der Drucksachen —.

Hofmann (Dillenburg). Der Reichstag wolle beschließen:

1. den **§. 15a** wie folgt zu fassen:

   Will eine Spruchkammer des Reichs-Versicherungsamts in einer grundsätzlichen Rechtsfrage von der Entscheidung einer anderen Spruchkammer abweichen, so ist die Sache zur Entscheidung an drei vereinigte Spruchkammern zu verweisen. Diese entscheiden unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts.

   Das Gleiche gilt, wenn eine Spruchkammer von der Entscheidung der vereinigten Spruchkammern abweichen will.

2. im **§. 20**:
   a) den Eingang und Ziffer 1 dahin zu fassen:
      Die Berufsgenossenschaften sind berechtigt, Einrichtungen zu treffen
      1. zur Versicherung der Betriebsunternehmer und der ihnen in Bezug auf Haftpflicht gleichgestellten Personen gegen Haftpflicht.
   b) im Abs. 2 den zweiten Satz:
      Wird jedoch eine Haftpflichtversicherung bei einer landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft eingerichtet, so sind die Berufsgenossen verpflichtet, derselben beizutreten, falls dies in der Genossenschaftsversammlung mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen wird.
      zu streichen.
   c) dem Abs. 3 am Schlusse hinzuzufügen:
      Die Berufsgenossenschaften unterliegen auch in Bezug auf diese Einrichtungen der Aufsicht des Reichs-Versicherungsamts.

Berlin, den 9. Mai 1900.

Nr. 749/750.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft — Nr. 703 b der Drucksachen —.

Nr. 749. Gamp. Der Reichstag wolle beschließen:

1. die Absätze 2 und 3 des **§. 1** wie folgt zu fassen:
   „Dasselbe gilt mit den aus Abs. 3 Ziffer 1, 2 sich ergebenden Ausnahmen von Arbeitern und Betriebsbeamten in solchen Unternehmungen, welche der Unternehmer eines land- oder forstwirthschaftlichen Betriebs neben seiner Land- oder Forstwirthschaft, aber in wirthschaftlicher Abhängigkeit von derselben betreibt (land- oder forstwirthschaftliche Nebenbetriebe). Hierzu sind insbesondere solche Betriebe zu rechnen, welche ausschließlich oder vorzugsweise bestimmt sind
   1. zur weiteren Bearbeitung oder Verarbeitung von Erzeugnissen der Land- oder Forstwirthschaft des Unternehmers,
   2. oder zur Befriedigung von Bedürfnissen seiner Land- oder Forstwirthschaft,
   3. oder zur Gewinnung oder Verarbeitung von Bodenbestandtheilen seines Grundstücks.

   Unter dieses Gesetz fallen nicht
   1. Bergwerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Steinbrüche, Werften, Bauhöfe, Hüttenwerke, sowie Betriebe, in denen Explosivstoffe oder explodirende Gegenstände gewerbsmäßig erzeugt werden,
   2. solche Betriebe, welche nach näherer Bestimmung des Reichs-Versicherungsamts wegen ihres erheblichen Umfangs oder wegen besonderer maschineller Einrichtungen oder wegen Verwendung zahlreicher gewerblicher Arbeiter den unter das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz fallenden Fabriken zuzurechnen sind."
2. dem **§. 39a** einen neuen Absatz folgenden Inhalts beizufügen:
   „Sind mit einem land- oder forstwirthschaftlichen Betriebe Nebenbetriebe (§. 1 Abs. 2) verbunden, so können von den Unternehmern dieser Betriebe zur Deckung der Unfallgefahr Zuschläge zu den Beiträgen (Abs. 1) erhoben werden. Die Voraussetzung für die Erhebung solcher Zuschläge, ihre Höhe und das Verfahren wird durch das Statut geregelt."

Nr. 750. Freiherr **v. Richthofen-Damsdorf.** Der Reichstag wolle beschließen:

im **§. 117** Abs. 1 den Schluß dahin zu fassen:
„von den Genossenschaften, Gemeinden, Armenverbänden oder von Kranken- und anderen Unterstützungskassen (§. 11 Abs. 1) gemacht worden sind."

Berlin, den 9. Mai 1900.

Nr. 751/755.

Berichte*

der

Kommission für die Petitionen.

Mündliche Berichte.

Nr. 751. Berichterstatter: Abgeordneter Jacobskötter.

Antrag der Kommission:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Petition II. Nr. 15587 des deutschen Bundes für Handel und Gewerbe zu Leipzig um Abänderung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes

dem Herrn Reichskanzler als Material zu überweisen.

Nr. 752. Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Weißenhagen.

Antrag der Kommission:

Der Reichstag wolle beschließen:

über die Petition II. Nr. 16537 des Kaufmanns Roman Brauer in Zschopau und Genossen, betreffend Einleitung einer Friedens-Vermittelung im südafrikanischen Kriege,

zur Tagesordnung überzugehen.

---

* **Inhaltsverzeichniß.**

		Seite
Nr. 751.	Mündlicher Petitionsbericht, betr. Abänderung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes — Berichterstatter: Abgeordneter Jacobskötter — (Antrag: Ueberweisung als Material)	5228
Nr. 752.	Mündlicher Petitionsbericht, betr. Friedensvermittelung im südafrikanischen Kriege — Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Weißenhagen — (Antrag: Uebergang zur Tagesordnung)	5228
Nr. 753.	Mündlicher Petitionsbericht, betr. Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes — Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Weißenhagen — (Antrag: Ueberweisung als Material)	5229
Nr. 754.	Neunundneunzigster Bericht, betr. Abänderung des Gesetzes zur Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen — Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Weißenhagen — (Antrag: Ueberweisung als Material)	5229
Nr. 755.	Hundertster Bericht, betr. Errichtung einer Zweigpostanstalt in Apolda — Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Müller (Meiningen) — (Antrag: Ueberweisung zur Erwägung)	5230

Nr. 753. Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Weißenhagen.

Antrag der Kommission:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Petition II. Nr. 15283 des Gemeindevorstehers Bruns in Redingsdorf und Genossen wegen Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes (Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Dienstboten)

dem Herrn Reichskanzler als Material zu überweisen.

Nr. 754. Neunundneunzigster Bericht.

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Weißenhagen.

Journ. II. Nr. 14864 ꝛc. und 15117.

Der Verein der Viehhändler der Amtshauptmannschaft Borna und der Verein der Viehhändler von Züllichau und Umgebung bitten, der erstere unterm 27. November 1899, der letztere unterm 9. Dezember 1899, um Abänderung des Viehseuchen-Gesetzes vom 1. Mai 1894.

In beiden Petitionen wird Verwahrung eingelegt gegen die scheinbar herrschend gewordene Ansicht, daß einzig und allein die Viehhändler die Schuld an der Seuche trügen und die Ausbreitung derselben beförderten.

Beide wünschen, daß nicht der Viehbestand der Händler allein, sondern auch die Viehbestände der Gutsbesitzer einer regelmäßigen Beobachtung und Desinfektion unterworfen werden sollen, und daß die Untersuchungskosten entweder auf die Staatskasse übernommen oder von Landwirthen und Händlern gleichmäßig, bezw. von ersteren allein getragen werden sollen.

Nach der ersteren Petition soll jeder Thierarzt berechtigt sein, die erforderlichen Untersuchungen rechtsgültig vorzunehmen; die letztere fordert „Anstellung der beamteten Thierärzte als Staatsbeamte"; nach der ersteren ist ferner die 5tägige Beobachtungsfrist der zum Verkauf bestimmten Thiere von Schaden und muß in Wegfall kommen, die letztere fordert „Einführung von 5tägigen Untersuchungsfristen".

Endlich fordert die erstere noch, daß jedem Viehbesitzer und Händler freigegeben werden muß, — was gar nicht verboten ist, — seucheverdächtiges Vieh sofort zu schlachten, und daß ein Staatspreis zur richtigen Erforschung und Bekämpfung der Seuche ausgeworfen wird, während die letztere noch Erlaß einheitlicher Bestimmungen für die Monarchie oder das Reich erbittet und Verhängung der Gehöfts- oder Dorfsperren als Regel statt der jetzt üblichen Kreis- oder Bezirkssperren, sowie Aufhebung des Fahrgebots für Klauenvieh.

Der Herr Kommissär des Reichsamts des Innern, Geheimer Ober-Regierungsrath Dr. Kelch gab zu diesen Petitionen folgende Erklärung ab:

Die verbündeten Regierungen haben zu den in den Petitionen gestellten Anträgen bisher nicht Stellung genommen. Indessen hat die Reichsverwaltung in Verbindung mit der Königlich preußischen landwirthschaftlichen Verwaltung die Wirkungen des Viehseuchengesetzes und der zu seiner Ausführung vom Bundesrath erlassenen Instruktion vom $\frac{\text{30. Mai 1895}}{\text{27. Juni}}$ (Reichs-Gesetzbl. S. 357), insbesondere auch die Wirkungen der Vorschriften über die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche (§§. 57 ff. der Instruktion) dauernd beobachtet und ist dabei zu der Auffassung gelangt, daß eine Revision der Instruktion in Erwägung zu ziehen sein wird. Eine vorläufige Berathung hierüber hat vor Kurzem unter dem Vorsitz des Präsidenten des Kaiserlichen Gesundheitsamts stattgefunden.

Auch der Deutsche Landwirthschaftsrath hat sich in seiner diesjährigen Tagung mit der Frage der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche beschäftigt und nachstehenden Beschluß gefaßt:

In Erwägung, daß die Erfahrung gelehrt hat, daß die gegenwärtig geltenden gesetzlichen Bestimmungen und deren administrative Handhabung nicht vermocht haben, das Umsichgreifen der Seuche hinreichend einzuschränken, daß andererseits die Viehbesitzer durch die Sperrmaßregeln außerordentlich beschwert werden;

in fernerer Erwägung, daß eine Abänderung der jetzt geltenden Bestimmungen nur mit großer Vorsicht und unter Benutzung der gesammelten Erfahrungen geschehen kann,

ist der Deutsche Landwirthschaftsrath nicht in der Lage, zur Zeit geeignete Vorschläge zu machen und beschließt, eine Kommission zu wählen, welche die erforderlichen Erhebungen anstellen, mit den Staatsregierungen verhandeln und der nächsten Ausschuß- bezw. Plenarsitzung bestimmte Vorschläge machen soll.

Hiernach stehen Berathungen zwischen den vom Deutschen Landwirthschaftsrath gewählten Vertretern und Kommissaren der Reichsverwaltung und der verbündeten Regierungen bevor, wobei auch die in den Petitionen ausgesprochenen Wünsche zur Erörterung gelangen werden.

Im Hinblick auf diese in baldige Aussicht gestellten eingehenden Berathungen hielt es die Kommission nicht für angezeigt, jeden einzelnen Wunsch der Petenten einer allseitigen Werthschätzung zu unterziehen. Es wurde im Allgemeinen betont, daß einheitliche Einzelbestimmungen für das ganze Reich das Gesetz nur noch drückender machen würden; es müsse vielmehr den einzelnen Landesregierungen bezw. höheren Verwaltungsbehörden eine gewisse Freiheit in der Anordnung der für die einzelne Gegend wirksamen Maßregeln verbleiben. Im Besonderen wurde dem dringenden Wunsche zahlreicher Landwirthe Ausdruck gegeben, statt sofortiger Orts- und Feldmarksperren es bei strenger Durchführung der Stall- und Gehöftesperren bewenden zu lassen, einem Wunsche, dem auch der Erlaß des preußischen Ministeriums für Landwirthschaft vom 6. Dezember 1899 schon gerecht wurde. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß der an sich schon über das Gesetz hinausgehende Abs. I und II des §. 64 der Bundesraths-Instruktion vielfach in der Praxis eine äußerst harte Interpretation gefunden habe und stets finden könne, gegen welche die Landwirthschaft geschützt werden müsse. Es müsse nach Abs. I in einer Ortschaft die Abhaltung der Viehmärkte verboten werden, wenn der Ausbruch der Seuche in derselben festgestellt sei, obgleich vielleicht das einzige von der Seuche befallene Gehöft der Ortschaft so weit von jedem zum Marktplatz führenden Wege abliege, daß für das beigetriebene Vieh kaum eine andere Ansteckungsgefahr bestehe, als für alles andere auf Stunden weit in anderen Ortschaften befindliche Vieh. Auch sei der Ausdruck des Abs. II „größere Seuchengefahr" ein sehr relativer, von der Ansicht des beamteten Thierarztes abhängiger Begriff.

Die Kommission einigte sich zu dem Antrag:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Petitionen II. Nr. 14864 und 15117 um Abänderung des Gesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen,

dem Herrn Reichskanzler als Material zu überweisen.

Nr. 755. Hundertster Bericht.

Berichterstatter:
Abgeordneter Dr. Müller
(Meiningen).

Journ. II. Nr. 3670.

Der Vorstand der Stadt Apolda unterzeichnet: Dr. v. Fewson, Erster Bürgermeister hat unterm 21. Januar 1899 eine Petition eingereicht, mit der Bitte „der Reichstag wolle bei der demnächstigen Beratung des Etats der Reichspost die Errichtung einer Zweigpostanstalt in der Mitte der Stadt Apolda beschließen oder die dahin gerichteten Wünsche der städt. Bevölkerung dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung überweisen."

Begründet war das Gesuch u. A. mit der Ausführung, daß die Verlegung des Postverkehrs von der Mitte der Stadt Apolda an die Ecke der Herder- und Oberen Bahnhofstraße geeignet sein würde, hauptsächlich in Folge des erheblich größeren Zeitaufwandes für die Packetbeförderung der Betheiligten, Geschäftsnachtheile herbeizuführen; deshalb sei eine Postfiliale unumgänglich nöthig, welche in Mitten der Stadt anzulegen sei. Zur Begründung war die Korrespondenz mit dem Herrn Staatssekretär des Reichspostamts und dem Herrn Reichskanzler beigefügt, aus welcher sich ergeben sollte, daß von Seiten verschiedener maßgebender Ressortbeamten die Errichtung einer Postfiliale nach Fertigstellung des Postneubaues in Apolda in Aussicht gestellt war.

Die Kommission verhandelte am 21. März 1900 im Beisein der Regierungskommissare Geheimer Oberpostrath Groh und Geheimer Oberpostrath Wagner über diese Petition.

Nachdem der Referent den Inhalt der Petition mitgetheilt hatte, gab der Regierungskommissar Geheimer Oberpostrath Groh folgende Erklärung ab:

„Nachdem das neue Posthaus in Apolda bezogen worden war, wurde — der früher ertheilten Zusage entsprechend — die Ober-Postdirektion Erfurt, zu deren Bezirk Apolda gehört, sofort beauftragt, eingehend zu prüfen, ob ein Bedürfniß vorhanden sei, in Apolda eine Postfiliale einzurichten. Von der Ober-Postdirektion wurde dies entschieden verneint, da das neue Posthaus nur 425 m von dem alten entfernt sei und für die hauptsächlich in Betracht kommenden Geschäfte günstig liege. Für 42 Firmen sei der Weg zur Post jetzt kürzer als früher, für 10 ungefähr gleich. Der weitaus größte Theil der Geschäfte habe einen Weg unter 500 m bis zum Postamte. Bei Einrichtung einer Filiale würde zwar für einen Theil der Geschäfte immerhin eine etwas bequemere Einlieferungsgelegenheit geschaffen werden, ein Bedürfniß hierzu sei aber nicht vorhanden. Solche bequemere Einlieferungsgelegenheit müßte zur Folge haben, daß dem neuen Postamte ein erheblicher Theil des Verkehrs entzogen würde. Damit wäre aber der Zweck des mit großen Mitteln hergestellten Posthauses wesentlich beschränkt, auch würde die Filiale bedeutende Kosten verursachen, die mit dem Nutzen in keinem richtigen Verhältniß ständen.

Der Herr Staatssekretär des Reichs-Postamts hat nach eingehender und wiederholter Prüfung der Verhältnisse sich diesem Urtheil der Ober-Postdirektion anschließen und zu dem Ergebniß kommen müssen, daß zur Einrichtung einer Zweigpostanstalt in Apolda ein Bedürfniß nicht vorhanden sei."

Ein vorgelegter Auszug aus der Statistik des Postamtes Apolda zeigt zunächst eine nicht unbedeutende Zunahme des postalischen Verkehrs, so sind z. B. die eingegangenen Briefsendungen von 1 684 670 Stück im Jahre 1897 auf 1 858 766 Stück im Jahre 1898, die aufgegebenen Briefsendungen in derselben Zeit von 1 581 398 auf 1 719 874 Stück gestiegen.

Ein Blick auf den Stadtplan von Apolda läßt ersehen, daß das alte Postgebäude, das im September 1898 in die obere Bahnhofstraße, sohin in die Nähe des Bahnhofs verlegt wurde, ziemlich im Centrum der Stadt Apolda lag; aus dem Stadtplane geht aber auch weiter hervor, daß die Entwickelung der Stadt nicht in der Richtung nach dem Bahnhofe vor sich ging, sondern in der entgegengesetzten Richtung jenseits des kleinen Baches und des Heidenbergs. Dieser ganze neue Stadttheil liegt nunmehr von dem neuen Postgebäude sehr entfernt. Das letztere liegt an der äußersten Lisière der Stadt. In der Kommission wurde von verschiedenen Mitgliedern hervorgehoben, daß die Verlegung des Postgebäudes um 425 m an die Grenze der Stadt hinaus für den Verkehr in der inneren Stadt und der neuen Vorstadt von größter Tragweite, vor Allem für den Packetverkehr sei; die Errichtung einer Postfiliale in der inneren Stadt, ungefähr in der Nähe des aufgelassenen alten Postgebäudes, sei für den Handelsverkehr von großem Vortheile.

Aus allen diesen Erwägungen beschloß die Petitionskommission, trotz der ablehnenden Erklärung des Regierungskommissars mittels schriftlichen Berichts an das Plenum zu beantragen:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Petition II. Nr. 3670 des Vorstandes der Stadt Apolda wegen Errichtung einer Postfiliale in Apolda

dem Herrn Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Berlin, den 9. Mai 1900.

Die Kommission für die Petitionen.

Rimpau, Vorsitzender. **Jacobskötter,** Dr. **Müller** (Meiningen), Dr. **Weißenhagen,** Berichterstatter. Graf **v. Bismarck-Bohlen. Calwer. Euler. Firzlaff. Fischbeck. Franken. Gäbel. v. Glebocki. Hegelmaier. Hoffmann** (Hall). **Kraemer. Krebs.** Graf **Magnis.** Dr. **Marcour. Müller** (Waldeck). **v. Queis. Schwartz** (Lübeck). **Strzoda. Stubbendorff. Thiele. Tutzauer. Wallenborn. Wattendorff. Wintermeyer.**

Nr. 756.

Anträge

zur

zweiten Berathung des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft — Nr. 703b der Drucksachen —.

Albrecht und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

1. **§. 1a** der Regierungsvorlage wiederherzustellen.
2. im **§. 6a** den Eingang des Abs. 1 zu gestalten wie folgt:

   „Im Falle der Verletzung werden als Schadensersatz für diejenigen Verletzten, für welche eine landesgesetzliche, statutarische oder sonstige Krankenversicherung, die mindestens so viel gewährt, wie die Mindestleistungen nach dem reichsgesetzlichen Krankenversicherungsgesetz betragen, nicht besteht, vom Eintritt des Unfalls ab, für alle übrigen Verletzten vom Beginne der vierzehnten Woche nach dem Unfall ab gewährt:"

3. in **§. 6a** Abs. 1 auf Zeile 1 und 2 die Worte:
„für Betriebsbeamte und die übrigen im §. 1 Abs. 6 bezeichneten Personen"
zu streichen.
4. **§. 6ab** zu fassen wie folgt:
„Bei Berechnung der Rente für versicherte Betriebsunternehmer ist der Jahresarbeitsverdienst zu Grunde zu legen, welchen Betriebsbeamte in demselben Betriebe oder in benachbarten Betrieben durchschnittlich bezogen haben."
5. **§. 9**
a) in Abs. 1 dem ersten Satze zuzufügen: „falls der Bezugsberechtigte dieser Art der Gewährung der Rente zustimmt."
b) Abs. 2 bis 6 zu streichen.
6. folgende Resolution:
„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben sowie als Gesinde beschäftigten Arbeiter, soweit dieselben nicht der reichsgesetzlichen oder einer gleichwerthigen landesgesetzlichen Krankenversicherungspflicht unterliegen, einer reichsgesetzlichen Krankenversicherungspflicht unterworfen werden."

Berlin, den 9. Mai 1900.

Albrecht. Antrick. Auer. Agster. Baudert. Bebel. Blos. Bock. Calwer. Cramer. Dietz. Dreesbach. Ehrhart. v. Elm. Fischer (Berlin). Fischer (Sachsen). Förster (Reuß). Frohme. Geck. Geyer. Dr. Gradnauer. Haase (Königsberg). Heine. Dr. Herzfeld. Hoch. Hofmann (Chemnitz). Horn (Sachsen). Kaden. Klees. Kloß. Kunert. Liebknecht. Meister. Metzger. Molkenbuhr. Pfannkuch. Reißhaus. Rosenow. Schippel. Schlegel. Schmidt (Frankfurt). Dr. Schoenlank. Schwartz (Lübeck). Segitz. Seifert. Singer. Stadthagen. Stolle. Thiele. Tutzauer. Ulrich. v. Vollmar. Wurm. Zubeil.

Nr. 757.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 703d der Drucksachen —.

See-Unfallversicherungsgesetz.

Albrecht und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

1. in **§. 8** Abs. 2 und 3 zu streichen;
2. den **§. 9a** zu streichen;
3. in **§. 9b** Abs. 1 in der ersten Zeile das Wort: „übrigen" zu streichen;
4. in **§. 9c** Abs. 3 statt „achtzehnten" „siebzehnten" und statt „zwanzigsten" „neunzehnten" zu setzen;
5. den **§. 13f** zu streichen;
6. dem **§. 92** zuzufügen:
„Neben der Befugniß des Vorstandes der Berufsgenossenschaft und des Seemannsamts hat die Polizeibehörde das Recht, die im §. 90 Abs. 1 und 3 vorgesehenen Geldstrafen festzusetzen. Gegen diese Festsetzung ist Berufung auf amtsgerichtliche Entscheidung zulässig."
7. als **§. 96a** einzuschalten:
„Der Bundesrath oder eine von diesem zu bezeichnende Behörde hat für jedes Seeschiff eine Tiefladelinie und eine Bemannungsskala festzusetzen. Ein Rheder sowie ein Schiffsführer, der gegen die dieserhalb ergangenen Festsetzungen verstößt, wird mit Geldstrafe von 500 bis 5000 Mark bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnißstrafe bis zu zwei Jahren und auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden."
8. in **§. 109** Abs. 1 im Schlußsatz nach „strafgerichtliches Urtheil" fortzufahren wie folgt:
„oder durch Urtheil eines Seeamts festgestellt worden ist, daß der in Anspruch Genommene den Unfall vorsätzlich oder fahrlässig herbeigeführt hat."

Berlin, den 9. Mai 1900.

Albrecht. Antrick. Auer. Agster. Baudert. Bebel. Blos. Bock. Calwer. Cramer. Dietz. Dreesbach. Ehrhart. v. Elm. Fischer (Berlin). Fischer (Sachsen). Förster (Reuß). Frohme. Geck. Geyer. Dr. Gradnauer. Haase (Königsberg). Heine. Dr. Herzfeld. Hoch. Hofmann (Chemnitz). Horn (Sachsen). Kaden. Klees. Kloß. Kunert. Liebknecht. Meister. Metzger. Molkenbuhr. Pfannkuch. Reißhaus. Rosenow. Schippel. Schlegel. Schmidt (Frankfurt). Dr. Schoenlank. Schwartz (Lübeck). Segitz. Seifert. Singer. Stadthagen. Stolle. Thiele. Tutzauer. Ulrich. v. Vollmar. Wurm. Zubeil.

Nr. 758.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, 703b der Drucksachen —.

Land- und Forstwirthschaft — Nr. 703b der Drucksachen —.

Hofmann (Dillenburg). Der Reichstag wolle beschließen:

1. im **§. 22** unter Ziffer 12 auf Zeile 4 an Stelle des Wortes „sowie" ein Komma zu setzen, und am Schluß die Worte „anzusehen sind" zu streichen.
2. im **§. 38** Abs. 1 auf Zeile 4 und 5 die Worte „, und sofern die Umlegung nicht nach dem Maßstabe von Steuern erfolgt"
zu streichen.
3. im **§. 39a** Abs. 1 auf Zeile 7 und 8 statt „Arbeitsbedarfs" zu setzen: „Arbeitsbedarf".
4. im **§. 81** Abs. 1 auf Zeile 1 und 2 hinter „Genossenschaftsvorstande" einzuschalten:
„unter Berücksichtigung der gemäß §. 36 Abs. 4 erlassenen Bestimmungen".

Berlin, den 10. Mai 1900.

Nr. 759.

Berichterstatter:
Abgeordneter Fischbeck.

Weiterer Bericht
der
Wahlprüfungs-Kommission
über
die Wahl des Abgeordneten Graf Carmer im ersten Wahlkreise des Regierungsbezirks Breslau (Guhrau—Steinau—Wohlau).

Der Reichstag hat entsprechend dem Antrage der Wahlprüfungs-Kommission (Nr. 263 der Drucksachen I. Session 1898/1900) in seiner 89. Sitzung vom 9. Juni 1899 beschlossen:

1. den Beschluß über die Gültigkeit der Wahl des Abgeordneten Graf Carmer im ersten Wahlkreise des Regierungsbezirks Breslau einstweilen auszusetzen.
2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:
   durch Vermittelung der Königlich Preußischen Staatsregierung die bei Punkt I Nr. 1, 5, 7, 9 und V d und e des vorstehenden Berichts für erforderlich erachteten Beweiserhebungen zu veranlassen und deren Ergebniß dem Reichstage mittheilen zu lassen.

Die stattgehabten Beweiserhebungen haben zu folgendem Ergebniß geführt:

I. In Hinsicht auf die Entscheidungen der Wahlvorstände:

1. In Bezug auf die bei der Abstimmung benutzten Wählerlisten des Wahlbezirks 21, Kreis Guhrau, hatten sich Zweifel darüber erhoben, ob die §§. 4 und 5 des Wahlreglements von den betheiligten Guts- und Gemeindevorständen gehörig beobachtet und ob insbesondere die ursprünglich fehlenden, später aber beigebrachten Bescheinigungen über die Auslegung der Listen in der Zeit vom 18. bis 25. Mai 1898 ordnungsmäßig bereits am 9. Juni 1898 abgeschlossen worden sind. Es war deshalb angeordnet, den Gutsvorsteher Heinzel zu Irrsingen und die Gemeindevorsteher Elsner daselbst und Ibscher zu Züchen darüber amtlich zu vernehmen, ob und wann die Wählerlisten ausgelegen haben; ob die auf den nachträglich eingegangenen Listen befindlichen Bescheinigungen bereits am 9. Juni 1898 eventuell wann erfolgt sind und weshalb eventuell das Hauptexemplar der Wählerliste bei der Wahl selbst benutzt worden ist.

Die amtliche Vernehmung hat vor dem Königlichen Landrath des Kreises Guhrau stattgefunden und nach der übereinstimmenden Aussage der drei Zeugen ergeben:

a) daß die Listen vorschriftsmäßig in der Zeit vom 18. bis incl. 25. Mai ausgelegen haben;
b) daß der Abschlußvermerk ordnungsmäßig am 9. Juni unter die Listen gesetzt worden ist;
c) daß durch ein Versehen des Gutsvorstehers von Züchen-Irrsingen und des Gemeindevorstehers von Irrsingen dem Wahlvorsteher anstatt des Nebenexemplars der Wählerliste das Hauptexemplar übermittelt und letzteres bei der Wahl benutzt worden ist.

Ein Einfluß auf das Wahlergebniß kann dem unter c angeführten Versehen nicht beigemessen werden und erklärte daher die Kommission diesen Punkt für erledigt.

5. In Zeippern (Bezirk 75 Guhrau) hat die 38 Wähler enthaltende Liste des Gemeindebezirks Zeippern nach der Bescheinigung des Gemeindevorstehers Preuß vom 8. Juni 1898 in der Zeit vom 22. bis 30. Mai 1898 ausgelegen. Da die Listen der übrigen zum Wohlort Zeippern gehörenden Guts- und Gemeindebezirke zu Bedenken keinen Anlaß geben, überdies von dem Wahlkommissar als Auslegungsanfangstermin der 18. Mai 1898 publizirt worden ist, erschien der Majorität der Kommission die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Liste des Gemeindebezirks Zeippern zu richtiger Zeit ausgelegt worden ist und die vorgeschriebene Zeit auch ausgelegen hat und daß lediglich ein Schreibfehler vorgekommen sein kann. Der darüber amtlich vernommene Gemeindevorsteher Preuß zu Zeippern hat diese Vermuthung bestätigt, indem er sich erinnern zu können glaubt, „daß die Wählerliste in seiner Gemeinde in der vorschriftsmäßigen Zeit, also zu derselben Zeit, in der die Auslegung im Gutsbezirk Zeippern und in den übrigen zum Wahlbezirk gehörigen Ortschaften erfolgt ist. Hiernach müßten die in der Abschlußbescheinigung enthaltenen Daten auf einem Schreibfehler beruhen".

Die Kommission glaubte danach über diesen Punkt hinweggehen zu können.

7. In Guhren (16 Steinau) ist ein Wähler ohne Datirung des Nachtrages in die Wählerliste nachträglich aufgenommen worden. Behufs Richtigstellung der Liste wurde der Gemeindevorsteher Scholz amtlich darüber vernommen, an welchem Tage die Nachtragung erfolgt ist.

Nach seiner Bekundung hat sich am 10. Mai 1898 der Schuhmachergeselle Albert Breuer für Guhren angemeldet und ist, wenn nicht an diesem, dann bestimmt am nächsten Tage in der Wählerliste, welche zwar im Entwurf fertig gestellt, aber noch nicht öffentlich ausgelegt war, nachgetragen worden.

Die Angelegenheit ist danach als aufgeklärt anzusehen.

In Braunau sind 5 Wähler ohne Angabe ihres Alters in Kolonne Bemerkungen eingetragen, von denen drei sich an der Wahl betheiligt haben. Die angeordnete Vernehmung des Gemeindevorstehers Anders hat ergeben, daß die betreffenden Personen zur Zeit der Wahl sämmtlich das wahlfähige Alter besessen haben. Ueber den Tag der Eintragung hat Anders Angaben nicht mehr machen können. Die Kommission war der Meinung, daß Verdachtsgründe für eine ungesetzliche nachträgliche Eintragung nicht vorliegen und erklärte die drei in Betracht kommenden Stimmen für gültig.

9. In Lehsewitz (Nr. 26 Steinau), Przybor (Nr. 35 Steinau) und Ransen (Nr. 39 Steinau) fehlen die Bescheinigungen über die Auslegung der Wählerlisten. Es war vom Reichstage beschlossen worden, den Gutsvorsteher Neumann und den Gemeindevorsteher Deltze zu Lesewitz, den Gutsvorsteher-Stellvertreter Matschey und den Gemeindevorsteher Walter zu Przybor, den Gutsvorsteher Kalau vom Hofe und den Gemeindevorstand Baumgart zu Ransen darüber amtlich zu vernehmen, ob, von wann ab und wie lange die betreffenden Wählerlisten öffentlich ausgelegt worden sind.

Die Vernehmung hat in sämmtlichen Fällen ergeben, daß die Auslegung ordnungsmäßig in der Zeit vom 18. Mai 1898 ab volle acht Tage hindurch stattgehabt hat.

Nach Maßgabe dieser Beweiserhebung haben sich Veränderungen gegen die von der Kommission früher vorgenommene einstweilige Feststellung des Wahlergebnisses — 8293 Stimmen für den Gewählten, 8088 Stimmen für die Gegner — nicht herausgestellt.

II. Anlangend die in dem Wahlprotest gegen die Giltigkeit der Wahl enthaltenen Behauptungen hat sich Folgendes aus der Beweisaufnahme ergeben:

d) Ueber die Wahl in Gabel war behauptet, daß sich der Inspektor Kernig vor dem Wahllokale

postirt, die Zettel der ankommenden Wähler revidirt und die auf den freisinnigen Kandidaten lautenden Wahlzettel mehrfach weggenommen und zerrissen habe. Weiter heißt es in dem Protest: „In der Vorhalle des Wahllokales saß der Rittergutsbesitzer Strach aus Gabel. Derselbe frug jeden Wähler, „wen er wählen wolle", — hielt die Wähler vom Eintritt in das Wahllokal mit den Worten zurück „Ich muß in meinem Dorfe wissen, wen Ihr wählen wollt" und begleitete dann die Wähler bis in's Wahllokal, damit Niemand einen anderen Zettel, als den vom Inspektor und ihm revidirten in die Urne legen konnte."

Da in solchen Vorkommnissen, falls sie erwiesen würden, eine unzulässige Verletzung des Wahlgeheimnisses erblickt werden mußte, war die eidliche Vernehmung der in dem Proteste und einem Nachtrage benannten Zeugen, sowie die nicht eidliche Vernehmung des Inspektors Kernig und des Rittergutsbesitzers Strach aus Gabel angeordnet worden. Der Freistellenbesitzer Gustav Tauchert hat nun unter seinem Eide ausgesagt:

Am Tage der Wahl des Grafen Carmer zum Reichstage ging ich mit den Freistellenbesitzern Ernst und Wilhelm Pätzoldt und dem Bauergutsbesitzer Heinrich Otto, sämmtlich in Gabel, die dortige Dorfstraße entlang zum Wahllokale. Wir hatten alle Zettel, auf denen der Name des Grafen Carmer gedruckt stand. Unterwegs begegnete uns ein Mann, von dem ich nachträglich erfahren habe, es sei ein Gerbergeselle aus Guhrau, ob er das gewesen ist, weiß ich aber nicht. Er fragte uns: Geht Ihr zur Wahl? Wir antworteten: Ja. Er fragte weiter: Habt Ihr Zettel? Wir bejahten dies. Auf seine weitere Frage, ob wir noch einen haben wollten, lächelten wir mit dem Bemerken: Warum denn nicht.

Der Mann bot jedem von uns einen Zettel an, ob offen oder zusammengekniffen, weiß ich nicht. Ich steckte den Zettel ungelesen in die eine Westentasche, in der anderen befand sich der für Graf Carmer. Ob meine Begleiter die ihnen gereichten Zettel gelesen haben, weiß ich nicht. Nachdem der fremde Mann sich entfernt hatte, begegneten wir dem Inspektor Kernig, jetzt in Bronau, hiesigen Kreises, der anscheinend nach dem Vorwerk Oberhof ritt.

Der Inspektor fragte uns, ob der fremde Mann, den er bei uns gesehen haben mochte, uns Wahlzettel gegeben hätte.

Ich für meine Person bejahte das, die Anderen auch. Er fragte weiter: Werdet ihr den wählen? Ich und die Anderen, wir zuckten mit den Achseln und sagten: Nun, wir haben ja Zettel. Der Inspektor entgegnete: Nun, dann gebt doch mal her den Zettel, dann werde ich ihn dem Manne wiedergeben.

Ich gab darauf dem Inspektor den soeben erhaltenen Zettel, ebenso reichten die beiden Pätzoldt dem Inspektor je einen Zettel, Otto, glaube ich, sagte, er hätte keinen genommen. Der Inspektor zerriß die Zettel ungelesen. Schon vorher war übrigens in meinem Hause ein fremder Mann gewesen, der meiner Frau einen Zettel, auf dem, glaube ich, der Name Pohl gestanden hat, übergeben hatte. Ich habe diesen Zettel unbeachtet gelassen, ich glaube, er liegt heute noch dort.

Ich bin darauf mit den Anderen ins Wahllokal gegangen. Davon, daß der Inspektor Kernig vor dem Wahllokal die Zettel der Wähler „revidiert", die auf den Gegenkandidaten des Grafen Carmer lautenden weggenommen und zerrissen hätte, habe ich weder etwas gesehen noch gehört.

Den Rittergutsbesitzer Strach in Gabel habe ich allerdings vor dem Wahllokal getroffen. Das Wahllokal befand sich nämlich in seinem eigenen, dem herrschaftlichen Wohnhause, welches vor der Thür eine Veranda hat. Dort war Strach. Davon, daß dieser jeden Wähler gefragt hätte, wen er wählen wolle, und daß er dabei bemerkt hätte, er müsse wissen, wie in seinem Dorfe gewählt werde, habe ich nichts gesehen oder gehört, ebensowenig davon etwas, daß er die Wähler ins Wahllokal begleitet und dort kontrolliert hätte, welche Art Zettel abgegeben wurden.

Die Aussagen der Zeugen W. Paetzold, E. Paetzold, Nerlich und H. Otto decken sich in allem Wesentlichen genau mit diesen Bekundungen. Der Tagearbeiter Hermann Schmidt hat Folgendes angegeben:

Als ich zur Reichstagswahl gehen wollte, begegnete mir ein Herr, den ich nicht kannte; dieser gab mir einen Wahlzettel mit dem Namen Pohl; ich nahm den Zettel an und steckte ihn in die Tasche. Als ich auf den Hof des Dominiums kam, fragte mich Herr Strach, wen ich wählen wolle, worauf ich erwiderte: Ich mache es wie alle die Anderen und wähle Herrn Grafen Carmer. Darauf gab mir Herr Strach einen Zettel mit dem Namen des Grafen Carmer; keineswegs aber hat er gesagt, er müsse wissen, wie in seinem Dorfe gewählt werde.

Ich bemerke, daß das Wahllokal auf dem Hofe des Herrn Strach war und daß die Abgabe der Zettel in seinem eigenen Wohnzimmer erfolgte. Daß Herr Strach die Wähler bis in das Wahllokal begleitet und die Abgabe der Zettel kontrolliert habe, ist nicht richtig; er stand nur draußen auf der Rampe seinem Hause.

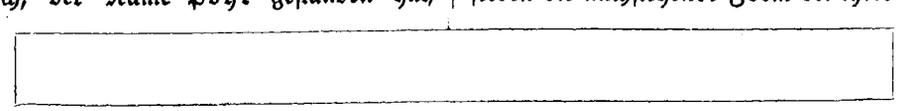
Daß der Inspektor Kernig die Wahlzettel revidiert hätte und die auf Pohl lautenden entzwei gerissen hätte, habe ich nicht gesehen; mit mir selbst hat jedenfalls Kernig sich nichts zu schaffen gemacht.

Der weiterhin als Zeuge benannte Schuhmacher Gustav Paetzold aus Guhrau ist verstorben.

Die informatorisch vernommenen Inspektor Kornich (nicht Kernig) und Rittergutsbesitzer Strach verwahren sich in Uebereinstimmung mit den Zeugenaussagen entschieden gegen die Behauptungen des Protestes. Strach stellt noch unter Beweis, daß er mehreren von ihm beschäftigten, namentlich bezeichneten Arbeitern auf deren Verlangen freisinnige Stimmzettel verabfolgt habe und daß diese Arbeiter nach wie vor in seinen Diensten stehen.

Der Protestpunkt war demnach für unerwiesen und erledigt zu erklären.

e) In Conradswaldau sind, wie sich aus der Prüfung der eingeforderten Stimmzettel ergab, von den Graf Carmer'schen 17, von den Pohl'schen 4 Stück sieben bezw. achtmal der Länge nach gekniffen, so daß dieselben die nachstehende Form bei ihrer Abgabe gehabt haben:



Diese Zettel sollten, soweit dieselben auf den Namen des Grafen Carmer lauteten, nach dem Protest von dem im Dienste des Amtsvorstehers v. Unruh stehenden Inspektor Blum an Dominialarbeiter und Dorfbewohner mit der Weisung ertheilt sein, die Zettel in solcher Form abzugeben. Da die Kommission Zettel in so außergewöhn-

licher Zusammenfaltung für äußerlich erkennbar und die Verabfolgung so gestalteter Zettel durch den im Dienst des Wahlvorstehers v. Unruh stehenden Inspektor Blum an die Dominialarbeiter und Dorfbewohner mit der Weisung, die Zettel in dieser Form abzugeben, sowie die Entgegennahme dieser Zettel durch den Wahlvorsteher für eine Verletzung des Wahlgeheimnisses hielt, so war Beweiserhebung hierüber beschlossen worden.

Daß auch vier Zettel für Pohl in so auffälliger Weise gestaltet abgegeben worden seien, erklärt sich nach Ansicht der Kommission wohl daraus, daß die betreffenden Wähler, welche zu den abhängigen Arbeitern gehört haben dürften, Zeit und Gelegenheit gefunden haben, die erhaltenen Zettel für Graf Carmer mit Pohlschen Zetteln zu vertauschen und in derselben Weise wie die von Inspektor Blum ausgegebenen zu falten, um den Glauben zu erwecken, sie lieferten die von Blum erhaltenen Stimmzettel ab.

Die in dem Protest benannten und zeugeneidlich vernommenen Personen, der Zimmermann Pallaske, Zimmermann Sperling und Rentenempfänger Fiebig haben bekundet, daß sie allerdings Zettel der erörterten Art, auf den Namen des Grafen Carmer lautend, von dem Inspektor Blum mit der Aufforderung erhalten hätten, diese im Wahllokal abzugeben. Blum selbst giebt dies zu. Der weiterhin benannte Zeuge Neumann ist verstorben. Der Wahlvorsteher v. Unruh bestreitet, daß seinerseits Auftrag gegeben sei, Wahlzettel der in Rede stehenden Art zu vertheilen.

Mit Rücksicht darauf, daß eine etwaige Kassirung der hier in Betracht kommenden Stimmzettel auf das endgültige Resultat der Wahl ohne Einfluß bleiben würde, beschloß die Kommission den Protestpunkt auf sich beruhen zu lassen.

Die Kommission beantragt danach:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Wahl des Abgeordneten Graf Carmer im ersten Wahlkreise des Regierungsbezirks Breslau für **gültig** zu erklären.

Berlin, den 1. Mai 1900.

Die Wahlprüfungs-Kommission.

Dr. **Spahn**, Vorsitzender. **Fischbeck**, Berichterstatter. Dr. **Arendt. Boerner. Brandenburg. v. Czarlinski. Dietrich. Ernst. Fischer** (Berlin). **Graßmann. Pfannkuch. Schrempf. Schwarze** (Lippstadt). **Wellstein.**

Nr. 760.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, 703b der Drucksachen —.

Land- und Forstwirthschaft — Nr. 703b der Drucksachen —.

Freiherr **v. Richthofen-Damsdorf.** Der Reichstag wolle beschließen:

1. **§. 1** Abs. 6 die Wörter „oder als eine solche Person" und „welche eine besondere, eine technische Vorbildung erfordernde Stellung einnimmt (Förster, Gärtner, Müller, Ziegelmeister, Stellmacher, Schmiede und andere Facharbeiter" zu streichen.
2. **§. 6a** die Wörter „und die übrigen im §. 1 Abs. 6 bezeichneten Personen" zu streichen.
3. **§. 22** Ziffer 12 die Wörter „oder als solche Personen anzusehen sind, die eine besondere u. s. w. einnehmen" zu streichen.
4. **§. 87** die Wörter „und auf Verlangen des Reichs-Versicherungsamts verpflichtet" zu streichen.
5. **§. 1a**: Die Regierungsvorlage, unter Ablehnung der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung, wiederherzustellen.

Berlin, den 10. Mai 1900.

Nr. 761.

Abänderungs-Antrag

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau — Nr. 138 und Nr. 631 der Drucksachen —.

Freiherr **v. Schele-Wunstorf.** Freiherr **v. Hodenberg.** Der Reichstag wolle beschließen:

1. in dem in der zweiten Lesung angenommenen §. 2 Abs. 1 das Wort „ausschließlich" zu streichen;
2. dem Abs. 2 desselben Paragraphen folgende Worte nach „verboten" anzufügen:

   „doch können einzelne Theile davon in den Handel gebracht werden, wenn sie nachträglich einer Untersuchung unterzogen sind."

Berlin, den 10. Mai 1900.

Freiherr v. Schele-Wunstorf. Freiherr v. Hodenberg.

Unterstützt durch:

Baron v. Arnswaldt-Hardenbostel. Bindewald. Dr. Böckel. Brandenburg. Euler. Gäbel. Graf v. Galen. Gräfe. Freiherr v. Hammerstein. Hilpert. Kirsch. Köhler. Lurz. Müller (Waldeck). Götz v. Olenhusen. Roeren. Freiherr v. Schele-Schelenburg. Schmid (Immenstadt) Schuler. Schwarze (Lippstadt). Speck. Stöcker. v. Strombeck. Szmula. Wattendorff. Dr. Weißenhagen. Werner. Dr. am Zehnhoff.

Nr. 762.

Achtzehntes Verzeichniß

der

bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen.

Nr. 763/768.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, 703, 703b der Drucksachen —.

Land- und Forstwirthschaft – Nr. 703b der Drucksachen –.

Nr. 763. v. Waldow und Reitzenstein. Der Reichstag wolle beschließen:

A. in dem Antrag des Abgeordneten Gamp — Nr. 749 der Drucksachen —

1. unter Nr. 1 Abs. 2 Ziffer 1 Zeile 2 das Wort „Steinbrüche" zu streichen;
2. unter Nr. 2 Zeile 3 das Wort „können" zu ersetzen durch das Wort „sind".

B. im **§. 1** Abs. 4 Zeile 13 hinter den Worten „Unterhaltung von" einzuschalten: „Gebäuden".

Nr. 764. Gaulke. Der Reichstag wolle beschließen:

die Absätze 2 und 3 des **§. 1** wie folgt zu fassen:

„Dasselbe gilt von Arbeitern und Betriebsbeamten in solchen Unternehmungen, welche der Unternehmer eines land- und forstwirthschaftlichen Betriebs neben seiner Land- oder Forstwirtschaft, aber in wirthschaftlicher Abhängigkeit von derselben, betreibt, sofern dieselben

1. zur weiteren Bearbeitung oder Verarbeitung von Erzeugnissen der Land- oder Forstwirthschaft des Unternehmers

oder

2. zur Gewinnung oder Verarbeitung von Bodenbestandtheilen seines Grundstücks

ausschließlich oder vorzugsweise bestimmt sind (land- oder forstwirthschaftliche Nebenbetriebe).

Unter dieses Gesetz fallen nicht

1. }
2. } wie in dem Antrag Gamp auf Nr. 749.

Unfallversicherungsnovelle (Hauptgesetz) — Nr. 703 der Drucksachen —.

Nr. 765. Freiherr **v. Richthofen-Damsdorf.** Der Reichstag wolle beschließen:

1. den **§. 15a** statt, wie in Nr. 748 vorgeschlagen, wie folgt zu fassen:

„Will eine Spruchkammer des Reichs-Versicherungsamts in einer grundsätzlichen Rechtsfrage von der Entscheidung einer anderen Spruchkammer abweichen, so ist die Sache zur Entscheidung an eine erweiterte Spruchkammer zu verweisen. Diese entscheidet unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts in der Besetzung mit zwei nichtständigen Mitgliedern des Reichs-Versicherungsamts aus den vom Bundesrath gewählten Mitgliedern, zwei ständigen Mitgliedern, zwei richterlichen Beamten und je einem Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. An Stelle der vom Bundesrath gewählten Mitglieder können ständige Mitglieder des Reichs-Versicherungsamts zugezogen werden.

Das Gleiche gilt, wenn eine Spruchkammer von der Entscheidung der erweiterten Spruchkammer abweichen will."

2. im **§. 22** als Abs. 2 einzuschalten:

„Die Bestimmungen des §. 8 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, des §. 11 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft treten erst am 1. Januar 1902 an die Stelle der bisherigen Bestimmungen."

Land- und Forstwirthschaft — Nr. 703b der Drucksachen —.

Nr. 766. Gaulke. Der Reichstag wolle beschließen:

dem **§. 39a** einen neuen Absatz wie folgt hinzuzufügen:

„Sind mit einem land- oder forstwirthschaftlichen Betriebe Nebenbetriebe (§. 1 Abs. 2) verbunden, so sind von den Unternehmern dieser Betriebe zur Deckung der Unfallgefahr Zuschläge zu den Beiträgen (Abs. 1) zu erheben. Die Voraussetzung für die Erhebung solcher Zuschläge, ihre Höhe und das Verfahren wird durch das Statut geregelt."

Nr. 767. Freiherr **v. Richthofen-Damsdorf.** Dr. **Lehr. Hofmann** (Dillenburg). Der Reichstag wolle beschließen:

in Konsequenz der Beschlüsse zweiter Lesung zum Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz:

1. im **§. 62** an die Stelle der Abs. 3, 4 folgende Bestimmung zu setzen:

„Vor der Feststellung der Entschädigung ist dem Entschädigungsberechtigten durch Mittheilung der Unterlagen, auf Grund deren dieselbe zu bemessen ist, Gelegenheit zu geben, sich binnen einer Frist von einer Woche zu äußern. Die Berufsgenossenschaft hat in jedem Falle auf Antrag den behandelnden Arzt zu hören. Steht der behandelnde Arzt zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältnisse, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören."

2. im **§. 67** dem Abs. 5 hinzuzufügen:

, ausgenommen im Falle des §. 8a.

3. im **§. 72** Abs. 1 am Schlusse hinzuzusetzen:

„Der Verletzte muß vor Annahme seines Antrages darüber belehrt werden, daß er nach der Abfindung auch in dem Falle keinen Anspruch auf Rente mehr habe, wenn sein Zustand sich erheblich verschlechtern würde."

4. im **§. 85a** Abs. 2 auf Zeile 3/4 die Worte:

„auf Beschluß der Genossenschaftsversammlung"

zu streichen.

Nr. 768. Freiherr **v. Richthofen-Damsdorf.** Der Reichstag wolle beschließen:

in Konsequenz der Beschlüsse zweiter Lesung zum Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz

1. dem **§. 90** als dritten Absatz hinzuzufügen:

„Die Funktionen des technischen Aufsichtsbeamten und des Rechnungsbeamten können in einer Person vereinigt werden."

2. im **§. 129** den Abs. 3 zu streichen.

Berlin, den 10. Mai 1900.

Nr. 769.

Mündlicher Bericht der Kommission für den Reichshaushalts-Etat

über

die derselben zur Vorberathung überwiesene Vorlage betreffend die Ergänzung des Entwurfs des Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1900 — Nr. 676 der Drucksachen —.

Berichterstatter:

Abgeordneter Prinz v. Arenberg für den Etat für das Auswärtige Amt — Anlage I —,
Abgeordneter Singer für den Etat für das Reichsamt des Innern — Anlage II —,
Abgeordneter Gröber für den Etat für die Verwaltung des Reichsheeres — Anlage III —,
Abgeordneter Müller (Fulda) für den Etat für die Verwaltung der Kaiserlichen Marine — Anlage IV — und die außerordentlichen Deckungsmittel und des Nachtrags-Etatsgesetzes.

Anträge der Kommission:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. die Ergänzung zum Entwurf des Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1900 als Nachtrag zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1900

in der folgenden Form zu genehmigen:

Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1900.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen 2c.
verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§. 1.

Nr. 676 der Drucksachen.

Der diesem Gesetze als Anlage beigefügte Nachtrag zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1900 wird
in Ausgabe
auf 4 818 600 Mark, nämlich
auf 25 713 Mark an fortdauernden,
auf 24 313 Mark an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats,
auf 4 820 000 Mark an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats
und
in Einnahme
auf 4 818 600 Mark
festgestellt und tritt dem Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1900 hinzu.

§. 2.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 5 856 744 Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen.

Urkundlich 2c.
Gegeben 2c.

2. Bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats unter Kapitel 9a Abschnitt X „Zur Verminderung der Reichsschuld" den Betrag von 1 036 744 Mark*) als wegfallend einzustellen.
3. Bei Kapitel 23 der Einnahme den Anleihebetrag von 4 820 000 Mark um 1 036 744 Mark**) auf 5 856 744 Mark zu erhöhen.
4. Bei der Einnahme unter
„Kapitel 24. Sonstige außerordentliche Deckungsmittel.
Titel 3. Aus dem ordentlichen Etat zur weiteren Verminderung der Reichsschuld" den Betrag von 1 036 744 Mark als wegfallend einzustellen.

Berlin, den 10. Mai 1900.

Die Kommission für den Reichshaushalts-Etat.

v. Kardorff,
Vorsitzender.

Prinz **v. Arenberg,**
Singer,
Gröber,
Müller (Fulda),
Berichterstatter.

*) Deckungsbedarf des Nachtrags-Etats, der durch die zur Verminderung der Reichsschuld verwendeten Abstriche bei dem Reichshaushalts-Etat ausgeglichen werden soll. (Vergl. die Erläuterung zu Kapitel 22 der Einnahme des Ergänzungs-Etats.)

**) Erhöhung der Anleihe um die zur Verminderung der Reichsschuld weniger angesetzten 1 036 744 Mark.

Anmerkung. Unter Kapitel 44 der fortdauernden Ausgaben muß es heißen: „Titel 260", statt: Titel 261. Bei Kapitel 5 der einmaligen Ausgaben muß es in der Titelspalte heißen: „190/240, 260", statt: 191/241, 261.

Nachtrag

zum

Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1900.

Kap.	Tit.	Ausgabe.	Für das Rechnungsjahr 1900 treten hinzu Mark.	Für das Rechnungsjahr 1900 fallen weg Mark.	Erläuterungen.
		Fortdauernde Ausgaben.			
		IV. Auswärtiges Amt.			
5.	1/139.	Gesandtschaften und Konsulate	—	33 400	
6a.	1/21.	Kolonialverwaltung	8 000	—	
		Summe IV . . .	—	25 400	S. die Anlage I.
		V. Reichsamt des Innern.			
13.	1/8.	Patentamt	11 100	—	S. die Anlage II.
		VI. Verwaltung des Reichsheeres.			
27.	1/18.	Garnisonverwaltungs- und Serviswesen. — Sachsen .	22 600	—	S. die Anlage III.
44.		Militärverwaltung von Bayern . . . . 6 587 M.			
		Ab: der auf die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats — Kapitel 5 — entfallende, unter Titel 260 angesetzte Theil vorstehender Quote . . . . . 3 757 =			
		bleiben . . .	2 830	—	Zu Kapitel 44. Die Quote ist von vorstehenden 22 600 M. und den einmaligen Ausgaben mit . . 30 000 = zusammen von 52 600 M. in gleicher Weise wie die Quote unter Kapitel 44 S. 9 des Entwurfs zum Haupt-Etat berechnet.
		Summe VI . . .	25 430	—	
		VII. Verwaltung der Kaiserlichen Marine.			
51.	1/33.	Geldverpflegung der Marinetheile	—	11 783	
55.	1/7.	Garnisonverwaltung und Servis	—	1 350	
56.	—	Wohnungsgeldzuschuß	—	1 650	
59.	1/7.	Bildungswesen	—	22 000	
64.	1/10.	Verschiedene Ausgaben	—	60	
		Summe VII . . .	—	36 843	S. die Anlage IV.
		Summe der fortdauernden Ausgaben . . .	—	25 713	
		Einmalige Ausgaben.			
		a. Ordentlicher Etat.			
		II. Auswärtiges Amt.			
2.	1/9.	Auswärtiges Amt	80 000	—	
2a.	1/9.	Kolonialverwaltung	917 300	—	
		Summe II . . .	997 300	—	S. die Anlage I.

Kap.	Tit.	Ausgabe und Einnahme.	Für das Rechnungsjahr 1900 treten hinzu Mark.	Für das Rechnungsjahr 1900 fallen weg Mark.	Erläuterungen.
5.		**V. Verwaltung des Reichsheeres.**			
	190/240.	b) Sachsen	30 000	—	S. die Anlage III.
		Summe A für sich.			
	260.	Quote an Bayern von den Ausgaben Summe A . .	3 757	—	Vergl. Kapitel 44 der fortdauernden Ausgaben.
		Summe V . . .	33 757	—	
6.	1/81.	VI. **Verwaltung der Kaiserlichen Marine** . .	30 000	—	S. die Anlage IV.
9a.		X. Zur Verminderung der Reichsschuld	—	1 036 744	
		Summe a . . .	24 313	—	
		b. Außerordentlicher Etat.			
12.		III. **Verwaltung des Reichsheeres.**			
	5.	Für die Vervollständigung des deutschen Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesvertheidigung	4 500 000	—	S. die Erläuterung auf S. 5237.
13.	1/3a.	IV. **Verwaltung der Kaiserlichen Marine** . .	320 000	—	S. die Anlage IV.
		Summe b . . .	4 820 000	—	
		Summe der einmaligen Ausgaben . . .	4 844 313	—	
		Dazu Summe der fortdauernden Ausgaben . . .	—	25 713	
		Summe der Ausgaben . . .	4 818 600	—	
		Einnahme.			
		VII. **Verschiedene Verwaltungs-Einnahmen.**			
7.	1/4.	Auswärtiges Amt	—	1 400	S. die Anlage I.
		XIII. **Außerordentliche Deckungsmittel.**			
23.		Aus der Anleihe.			
	1.	Zu einmaligen Ausgaben für Rechnung der Gesammtheit aller Bundesstaaten	5 856 744	—	
24.		**Sonstige außerordentliche Deckungsmittel.**			
	3.	Aus dem ordentlichen Etat zur weiteren Verminderung der Reichsschuld	—	1 036 744	
		Summe XIII . . .	4 820 000	—	
		Summe der Einnahme . . .	4 818 600	—	
		Summe der Ausgabe . . .	4 818 600	—	

Aenderungen in den Anlagen — Nr. 676 der Drucksachen —.

Anlage I — Seite 4048 — ist zu setzen auf Zeile 1 statt des Wortes **„Ergänzung"** das Wort **„Nachtrag"**, Zeile 4 fallen die Worte (Anlage III des Entwurfs des Reichshaushalts-Etats für 1900.) fort.

Anlage II — Seite 4050 — ist zu setzen auf Zeile 1 statt des Wortes **„Ergänzung"** das Wort **„Nachtrag"**. Zeile 4 fallen die Worte (Anlage IV des Entwurfs des Reichshaushalts-Etats für 1900.) fort.

Anlage III — Seite 4051 — ist zu setzen auf Zeile 1 statt des Wortes **„Ergänzung"** das Wort **„Nachtrag"**. Zeile 3 ist für „Entwurfe des Etats" zu lesen: „Etat". Zeile 4 fallen die Worte (Anlage V des Reichshaushalts-Etats.) fort. In der vorletzten Zeile ist in der Titelspalte statt „202a" zu lesen **201a.**

Anlage IV — Seite 4051 — ist zu setzen auf Zeile 1 statt des Wortes **„Ergänzung"** das Wort **„Nachtrag"**. Zeile 4 fallen die Worte (Zu Anlage VI des Entwurfs des Reichshaushalts-Etats.) fort.

Nr. 770.

Mündlicher Bericht

der

Kommission für den Reichshaushalts-Etat

über

die derselben zur Vorberathung überwiesene Vorlage betreffend die Ergänzung des Entwurfs zum Haushalts-Etat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1900 — Nr. 677 der Drucksachen —.

Berichterstatter: Abgeordneter Prinz v. Arenberg.

Anträge der Kommission:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Ergänzung zum Etat der Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1900 als Nachtrag **in der folgenden Form** zu genehmigen:

1. **Gesetz,**

betreffend

die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalts-Etat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1900.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen 2c.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Nr. 677 der Drucksachen.

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Nachtrag zum Etat der Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1900 wird in Einnahme und Ausgabe auf 1 117 300 Mark festgestellt und tritt dem Etat der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1900 hinzu.

Urkundlich 2c.

Gegeben 2c.

2. Der Eingang des Nachtrags erhält folgende Fassung:

Nach den beiliegenden Spezial-Etats betragen die Einnahmen und Ausgaben: 2c. (wie umstehend).

Berlin, den 10. Mai 1900.

Die Kommission für den Reichshaushalts-Etat.

v. Kardorff,
Vorsitzender.

Prinz **v. Arenberg,**
Berichterstatter.

Anlage.

Nachtrag zum Etat der Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1900.

	Mark.
Nach den beiliegenden Spezial-Etats betragen die Einnahmen und Ausgaben:	
II. für Kamerun	865 300
VIa. für Samoa	252 000
Zusammen . . .	1 117 300

Aenderung auf Anlage II — Nr. 677 der Drucksachen —:

Auf Seite 1 des Spezial-Etats für das Schutzgebiet von Kamerun ist für „**Ergänzung**" zu setzen: „Nachtrag".

Nr. 771.

Abänderungs-Antrag

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, 703 der Drucksachen —.

Hofmann (Dillenburg). Der Reichstag wolle beschließen:

im **§. 10** Abs. 2 Zeile 5 das Wort „Spruchkammern" zu ersetzen durch das Wort: „Senate".

Berlin, den 11. Mai 1900.

Nr. 772.

Abänderungs-Antrag

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, 703 b der Drucksachen —.

Land- und Forstwirthschaft — Nr. 703 b der Drucksachen —.

Albrecht und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

dem **§. 72** Abs. 1 zuzufügen:

Der Verletzte muß vor Annahme seines Antrags darüber belehrt werden, daß er nach der Abfindung auch in dem Falle keinerlei Anspruch auf Rente mehr habe, wenn sein Zustand sich erheblich verschlechtern würde.

Berlin, den 11. Mai 1900.

Albrecht.

Antrick. Auer. Agster. Baudert. Bebel. Blos. Bock. Calwer. Cramer. Dietz. Dreesbach. Ehrhart. v. Elm. Fischer (Berlin). Fischer (Sachsen). Förster (Reuß). Frohme. Geck. Geyer. Dr. Gradnauer. Haase (Königsberg). Heine. Dr. Herzfeld. Hoch. Hofmann (Chemnitz). Horn (Sachsen). Kaden. Klees. Kloß. Kunert. Liebknecht. Meister. Metzger. Molkenbuhr. Pfannkuch. Reißhaus. Rosenow. Schippel. Schlegel. Schmidt (Frankfurt). Dr. Schoenlank. Schwartz (Lübeck). Segitz. Seifert. Singer. Stadthagen. Stolle. Thiele. Tutzauer. Ulrich. v. Vollmar. Wurm. Zubeil.

Nr. 773.

Zusammenstellung*

des

Entwurfs eines Gesetzes,

betreffend

die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze

— Nr. 523 und 703 der Drucksachen —

mit

den Beschlüssen des Reichstages in zweiter Berathung.

* Die Aenderungen des Plenums gegen die Beschlüsse der Kommission sind in fetter lateinischer Schrift gedruckt.

Vorlage.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Abänderung der bisherigen Gesetze.

§. 1.

Das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 (Reichs-Gesetzbl. S. 69), der Abschnitt A des Gesetzes, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vom 5. Mai 1886 (Reichs-Gesetzbl. S. 132), das Gesetz, betreffend die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen, vom 11. Juli 1887 (Reichs-Gesetzbl. S. 287) und das Gesetz, betreffend die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschiffahrt betheiligter Personen, vom 13. Juli 1887 (Reichs-Gesetzbl. S. 329) erhalten die aus den Anlagen ersichtliche Fassung.

Das Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885 (Reichs-Gesetzbl. S. 159) wird aufgehoben.

Wo in Gesetzen auf Bestimmungen Bezug genommen wird, welche hiernach abgeändert oder aufgehoben werden, sind darunter die an deren Stelle getretenen Bestimmungen zu verstehen.

Errichtung neuer Berufsgenossenschaften.

§. 2.

Die Errichtung von Berufsgenossenschaften für die durch §. 1 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes der Unfallversicherung neu unterstellten Gewerbszweige oder deren Zutheilung zu bestehenden Berufsgenossenschaften erfolgt durch den Bundesrath nach Anhörung von Vertretern der betheiligten Gewerbszweige und Genossenschaften.

Bis zur Genehmigung der Statuten der auf Grund dieses Gesetzes errichteten Berufsgenossenschaften können durch Beschluß des Bundesraths aus den auf Grund der Gesetze vom 6. Juli 1884 (Reichs-Gesetzbl. S. 69), vom 28. Mai 1885 (Reichs-Gesetzbl. S. 159), vom 11. Juli 1887 (Reichs-Gesetzbl. S. 287) und vom 13. Juli 1887 (Reichs-Gesetzbl. S. 329)

Beschlüsse der Kommission.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Abänderung der bisherigen Gesetze.

§. 1.

Unverändert.

Errichtung neuer Berufsgenossenschaften.

§. 2.

Unverändert.

Beschlüsse des Reichstags.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Abänderung der bisherigen Gesetze.

§. 1.*

Unverändert.

Errichtung neuer Berufsgenossenschaften.

§. 2.

Unverändert.

* Berathung vorläufig ausgesetzt.

Vorlage.	Beschlüsse der Kommission.
errichteten Berufsgenossenschaften, ohne Rücksicht auf die in diesen Gesetzen vorgeschriebenen Voraussetzungen, nach Anhörung der betheiligten Genossenschaftsvorstände Gewerbszweige ausgeschieden und einer anderen Berufsgenossenschaft zugetheilt werden.	
In den neu errichteten Berufsgenossenschaften wird das Statut durch eine konstituirende Genossenschaftsversammlung beschlossen. Diese besteht aus Delegirten von Handelskammern, Gewerbekammern oder ähnlichen wirthschaftlichen Vertretungen, welchen die Unternehmer der betreffenden Gewerbszweige angehören. Die Landes-Zentralbehörden bezeichnen diejenigen Stellen, welche zur Entsendung von Delegirten befugt sein sollen, und bestimmen für jede derselben unter Berücksichtigung ihrer wirthschaftlichen Bedeutung die Zahl der Delegirten. Erstreckt sich der Bezirk der Berufsgenossenschaft über das Gebiet eines Bundesstaats hinaus, so werden die zur Entsendung von Delegirten befugten Stellen und die Zahl der einer jeden derselben zustehenden Delegirten nach Benehmen mit den betheiligten Landesregierungen vom Reichskanzler bestimmt.	
Die Berufung der konstituirenden Genossenschaftsversammlung und die Leitung ihrer Verhandlungen erfolgt bis zur Wahl eines provisorischen Vorstandes durch das Reichs-Versicherungsamt.	
Bei den neu errichteten Genossenschaften endet die erste Wahlperiode der Vertreter der Arbeiter mit dem 1. Januar 1906.	
Schiedsgerichte.	**Schiedsgerichte.**
§. 3.	§. 3.
Die Entscheidung von Streitigkeiten über Entschädigungen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze wird den gemäß §§. 103 ff. des Invalidenversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichten übertragen. Diese führen fortan die Bezeichnung: „Schiedsgericht für Arbeiterversicherung" mit Angabe des Bezirkes und des Sitzes. Bei Streitigkeiten über Entschädigungen für die Folgen von Unfällen in Betrieben, für welche zugelassene besondere Kasseneinrichtungen bestehen (§§. 8, 10, 11 des Invalidenversicherungsgesetzes), treten die für diese errichteten Schiedsgerichte an die Stelle der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung.	Unverändert.
Die bisherigen Schiedsgerichte für die einzelnen Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden werden aufgehoben. Die bei diesen Gerichten schwebenden Streitigkeiten gehen in der Lage, in welcher sie sich zu dem im §. 22 Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkte befinden, auf die nach diesem Gesetze zuständigen Schiedsgerichte über und sind von diesen zu erledigen.	
§. 4.	§. 4.
Die Zahl der Beisitzer der Schiedsgerichte (§. 104 Abs. 3 des Invalidenversicherungsgesetzes) kann von der Zentralbehörde des Bundesstaats, in welchem der Sitz des Schiedsgerichts belegen ist, oder von der durch sie bestimmten anderen Behörde erhöht werden; dabei kann zugleich bestimmt werden, wieviel Beisitzer am Sitze des Schiedsgerichts oder in dessen naher Umgebung wohnen oder beschäftigt sein müssen. Erstreckt sich der Bezirk des Schiedsgerichts über Gebiete oder Gebietstheile mehrerer Bundesstaaten, so wird die Bestimmung, sofern ein Einverständniß unter den betheiligten Landesregierungen nicht erzielt wird, vom Reichskanzler getroffen. Die Zahl der Beisitzer muß aus der Klasse der Arbeitgeber und der Versicherten mindestens je zwanzig betragen.	Unverändert.

Beschlüsse des Reichstages.

Schiedsgerichte.

§. 3.

Unverändert.

§. 4.

Unverändert.

Vorlage.

In den Schiedsgerichten, deren Bezirk Theile der Seeküste umfaßt, sind zu Vertretern der Versicherten (§. 88 Abs. 2 a. a. O.) auch befahrene Schiffahrtskundige, die nicht Rheder, Korrespondentrheder oder Bevollmächtigte (§. 17 des See-Unfallversicherungsgesetzes) sind, wählbar.

§. 5.

Die für den Sitz des Schiedsgerichts zuständige Landes-Zentralbehörde oder die durch sie bestimmte andere Behörde entscheidet, wieviel Beisitzer von dem Ausschusse der Versicherungsanstalt (§. 104 Abs. 3 a. a. O.) aus solchen Berufsgenossenschaften oder Ausführungsbehörden zu wählen sind, die im Bezirke des Schiedsgerichts vertreten sind. Die Bestimmung des §. 4 Abs. 1 Satz 2 findet Anwendung.

Wird eine solche Anordnung getroffen, so sind die zur Vertretung der Arbeitgeber bestimmten Beisitzer für die Berufsgenossenschaften aus den stimmberechtigten Mitgliedern der Genossenschaften, deren gesetzlichen Vertretern und bevollmächtigten Leitern ihrer Betriebe, für die Ausführungsbehörden aus den Beamten der Betriebe, für welche die Ausführungsbehörde bestellt ist, zu wählen; ausgeschlossen sind Personen, welche dem Vorstand einer für den Bezirk in Betracht kommenden Berufsgenossenschaft oder Sektion oder einer für den Bezirk in Betracht kommenden Ausführungsbehörde angehören, sowie die Vertrauensmänner. Die zur Vertretung der Versicherten bestimmten Beisitzer sind aus den Personen zu wählen, welche in einem der Genossenschaft zugehörenden oder der Ausführungsbehörde unterstehenden Betriebe beschäftigt sind.

Wird die im Abs. 1 bezeichnete Anordnung für eine Knappschafts-Berufsgenossenschaft getroffen, so kann durch deren Statut bestimmt werden, daß die zur Vertretung der Versicherten bestimmten Beisitzer von den Knappschaftsältesten zu wählen sind.

§. 6.

Solange und soweit die festgesetzte Zahl von Beisitzern nicht gewählt ist oder die Gewählten ihre Dienstleistung verweigern, hat die untere Verwaltungsbehörde, in deren Bezirke sich der Sitz des Schiedsgerichts befindet, die fehlenden Beisitzer aus der Zahl der wählbaren Personen zu berufen.

§. 7.

Bei der Verhandlung über Unfälle aus der Land- und Forstwirthschaft sind Beisitzer aus diesem Berufszweige zuzuziehen, sofern nicht besondere Ausnahmeverhältnisse einzelne Abweichungen rechtfertigen.

Im Uebrigen kann der Vorsitzende des Schiedsgerichts auf Antrag der Berufsgenossenschaft, der Ausführungsbehörde oder eines Entschädigungsberechtigten zur Verhandlung und Entscheidung in einem einzelnen Falle, abweichend von der festgesetzten Reihenfolge, Beisitzer aus den Betrieben derjenigen Berufsgenossenschaft oder Ausführungsbehörde zuziehen, welcher der Betrieb, in dem sich der Unfall ereignet hat, angehört. Sofern solche Beisitzer nicht vorhanden sind, können Beisitzer aus anderen Betrieben bestimmt werden, die dem Betrieb, in welchem sich

Beschlüsse der Kommission.

§. 5.

Die für den Sitz des Schiedsgerichts zuständige Landes-Zentralbehörde oder die durch sie bestimmte andere Behörde entscheidet, wieviel Beisitzer von dem Ausschusse der Versicherungsanstalt (§. 104 Abs. 3 a. a. O.) aus solchen Berufsgenossenschaften oder Ausführungsbehörden zu wählen sind, die im Bezirke des Schiedsgerichts vertreten sind. Die Bestimmung des §. 4 Abs. 1 Satz 2 findet Anwendung.

Wird eine solche Anordnung getroffen, so sind die zur Vertretung der Arbeitgeber bestimmten Beisitzer für die Berufsgenossenschaften aus den stimmberechtigten Mitgliedern der Genossenschaften, deren gesetzlichen Vertretern und bevollmächtigten Leitern ihrer Betriebe, für die Ausführungsbehörden aus den Beamten der Betriebe, für welche die Ausführungsbehörde bestellt ist, zu wählen. Den Vorständen der Berufsgenossenschaften und den Ausführungsbehörden ist Gelegenheit zu geben, geeignete Personen in Vorschlag zu bringen. Ausgeschlossen sind Personen, welche dem Vorstand einer für den Bezirk in Betracht kommenden Berufsgenossenschaft oder Sektion oder einer für den Bezirk in Betracht kommenden Ausführungsbehörde angehören, sowie die Vertrauensmänner. Die zur Vertretung der Versicherten bestimmten Beisitzer sind aus den Personen zu wählen, welche in einem der Genossenschaft zugehörenden oder der Ausführungsbehörde unterstehenden Betriebe beschäftigt sind.

Wird die im Abs. 1 bezeichnete Anordnung für eine Knappschafts-Berufsgenossenschaft getroffen, so kann durch deren Statut bestimmt werden, daß die zur Vertretung der Versicherten bestimmten Beisitzer von den Knappschaftsältesten zu wählen sind.

§. 6.

Unverändert.

§. 7.

Bei der Verhandlung über Unfälle aus der Land- und Forstwirthschaft sowie aus dem Bergbaubetriebe sind Beisitzer aus diesen Berufszweigen zuzuziehen, sofern nicht besondere Ausnahmeverhältnisse einzelne Abweichungen rechtfertigen.

Im Uebrigen kann der Vorsitzende des Schiedsgerichts auf Antrag der Berufsgenossenschaft, der Ausführungsbehörde oder eines Entschädigungsberechtigten zur Verhandlung und Entscheidung in einem einzelnen Falle, abweichend von der festgesetzten Reihenfolge, Beisitzer aus den Betrieben derjenigen Berufsgenossenschaft oder Ausführungsbehörde zuziehen, welcher der Betrieb, in dem sich der Unfall ereignet hat, angehört. Sofern solche Beisitzer nicht vorhanden sind, können Beisitzer aus anderen Betrieben bestimmt werden, die dem Betrieb, in welchem sich

Beschlüsse des Reichstags.

§. 5.

Unverändert.

§. 6.

Unverändert.

§. 7.

Bei der Verhandlung über Unfälle aus der Land- und Forstwirthschaft sowie aus dem Bergbaubetriebe sind Beisitzer aus diesen Berufszweigen, ***im übrigen die sonstigen Beisitzer** zuzuziehen, sofern nicht besondere Ausnahmeverhältnisse einzelne Abweichungen rechtfertigen.

Im Uebrigen kann der Vorsitzende des Schiedsgerichts auf Antrag der Berufsgenossenschaft, der Ausführungsbehörde oder eines Entschädigungsberechtigten zur Verhandlung und Entscheidung in einem einzelnen Falle, abweichend von der festgesetzten Reihenfolge, Beisitzer aus den Betrieben derjenigen Berufsgenossenschaft oder Ausführungsbehörde zuziehen, welcher der Betrieb, in dem sich der Unfall ereignet hat, angehört. Sofern solche Beisitzer nicht vorhanden sind, können Beisitzer aus anderen Betrieben bestimmt werden, die dem Betrieb, in welchem sich

* Zusatz in Folge Annahme des handschriftlichen Antrages Roesicke (Dessau), Dr. Hitze, Hofmann (Dillenburg), Freiherr v. Richthofen-Damsdorf.

Vorlage.

der Unfall ereignet hat, wirthschaftlich nahe stehen. Hat der Vorsitzende einen solchen Antrag abgelehnt, so kann vor Beginn der Verhandlung eine Entscheidung des Schiedsgerichts über den Antrag beansprucht werden, welche endgültig ist.

§. 8.

Das Schiedsgericht ist befugt, denjenigen Theil des Betriebs, in welchem der Unfall vorgekommen ist, in Augenschein zu nehmen. Weigert sich der Betriebsunternehmer oder dessen Stellvertreter, die Einnahme des Augenscheins zu gestatten, so ist er hierzu auf Antrag des Schiedsgerichtsvorsitzenden durch die Ortspolizeibehörde anzuhalten.

Dem Schiedsgericht eingereichte Urkunden sind sowohl der Berufsgenossenschaft als auch dem Verletzten rechtzeitig mitzutheilen; inwieweit ärztliche Zeugnisse in gleicher Weise mitzutheilen sind, unterliegt zunächst der Entscheidung des Vorsitzenden. Das Schiedsgericht ist befugt, anzuordnen, daß die unterlassene Mittheilung nachzuholen ist.

§. 9.

Die Kosten des Schiedsgerichts sind nach Ablauf des Rechnungsjahrs der Versicherungsanstalt von den betheiligten Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden antheilig zu erstatten. Dabei wird das Verhältniß zu Grunde gelegt, in welchem die Zahl derjenigen gegen ihre Bescheide eingelegten Berufungen, welche in diesem Jahre erledigt worden sind, zur Gesammtzahl der vor dem Schiedsgericht in demselben Zeitraum erledigten Berufungen steht.

Beschlüsse der Kommission.

der Unfall ereignet hat, wirthschaftlich nahe stehen. Hat der Vorsitzende einen solchen Antrag abgelehnt, so kann vor Beginn der Verhandlung eine Entscheidung des Schiedsgerichts über den Antrag beansprucht werden, welche endgültig ist.

§. 7a. *(Neu.)*

Das Schiedsgericht wählt bei Beginn eines jeden Geschäftsjahres in seiner ersten Spruchsitzung, in der Regel nach Anhörung der für den betreffenden Bezirk oder Bundesstaat zuständigen Aerztevertretung, aus der Zahl der am Sitze des Schiedsgerichts wohnenden approbirten Aerzte diejenigen aus, welche als Sachverständige bei den Verhandlungen vor dem Schiedsgericht in der Regel nach Bedarf zuzuziehen sind. Den zugezogenen Sachverständigen ist zur Abgabe ihres Gutachtens Einsicht in die Akten des Schiedsgerichts und der Berufsgenossenschaft zu gewähren. Die Namen der gewählten Aerzte sind öffentlich bekannt zu machen.

Im Uebrigen wird die Durchführung dieser Bestimmung durch die Landes-Zentralbehörde geregelt.

§. 8.

Das Schiedsgericht ist befugt, denjenigen Theil des Betriebs, in welchem der Unfall vorgekommen ist, in Augenschein zu nehmen. Weigert sich der Betriebsunternehmer oder dessen Stellvertreter, die Einnahme des Augenscheins zu gestatten, so ist er hierzu auf Antrag des Schiedsgerichtsvorsitzenden durch die Ortspolizeibehörde anzuhalten.

Soll die Augenscheinseinnahme in einem Dienstraume einer Behörde oder in einem Fahrzeuge der Kaiserlichen Marine stattfinden, so ist die zuständige Dienst- beziehungsweise Kommandobehörde um Gestattung derselben zu ersuchen.

Die Beisitzer haben über die Thatsachen, welche durch die Besichtigung des Betriebs zu ihrer Kenntniss kommen, Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Nachahmung der von dem Betriebsunternehmer geheim gehaltenen, zu ihrer Kenntniss gelangten Betriebseinrichtungen und Betriebsweisen, so lange als diese Betriebsgeheimnisse sind, zu enthalten.

Dem Schiedsgericht eingereichte Urkunden sind sowohl der Berufsgenossenschaft als auch dem Verletzten rechtzeitig mitzutheilen; inwieweit ärztliche Zeugnisse in gleicher Weise mitzutheilen sind, unterliegt zunächst der Entscheidung des Vorsitzenden. Das Schiedsgericht ist befugt, anzuordnen, daß die unterlassene Mittheilung nachzuholen ist.

Das Schiedsgericht ist befugt, den Verletzten, deren Erscheinen bei der Verhandlung als erforderlich bezeichnet ist oder angesehen wird, eine Reiseentschädigung zuzubilligen.

§. 9.

Die Kosten des Schiedsgerichts sind nach Ablauf des Rechnungsjahrs der Versicherungsanstalt von den betheiligten Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden antheilig zu erstatten. Dabei wird das Verhältniß zu Grunde gelegt, in welchem die Zahl derjenigen gegen ihre Bescheide eingelegten Berufungen, welche in diesem Jahre erledigt worden sind, zur Gesammtzahl der vor dem Schiedsgericht in demselben Zeitraum erledigten Berufungen steht. Die Vertheilung der Kosten auf die

Beschlüsse des Reichstags.

der Unfall ereignet hat, wirthschaftlich nahe stehen. Hat der Vorsitzende einen solchen Antrag abgelehnt, so kann vor Beginn der Verhandlung eine Entscheidung des Schiedsgerichts über den Antrag beansprucht werden, welche endgültig ist.

§. 7a. **(Neu.)**

Unverändert.

§. 8.

Unverändert.

§. 9.

Unverändert.

Vorlage.

Die Kosten des Verfahrens, welche durch die einzelnen Streitfälle erwachsen, sowie solche besondere Kosten, welche durch die ausnahmsweise Zuziehung von Beisitzern gemäß §. 7 Abs. 2 entstehen, sind von demjenigen Träger der Versicherung zu zahlen, gegen dessen Bescheid die Berufung eingelegt ist.

Das Reichs-Versicherungsamt ist befugt, hierüber nähere Bestimmungen zu erlassen.

Das Schiedsgericht ist befugt, den Betheiligten solche Kosten des Verfahrens zur Last zu legen, welche durch Muthwillen oder durch ein auf Verschleppung oder Irreführung berechnetes Verhalten derselben veranlaßt worden ist.

Reichs-Versicherungsamt.

§. 10.

Das Reichs-Versicherungsamt hat seinen Sitz in Berlin und besteht aus ständigen und nichtständigen Mitgliedern.

Der Vorsitzende und die übrigen ständigen Mitglieder werden auf Vorschlag des Bundesraths vom Kaiser auf Lebenszeit ernannt. Die übrigen Beamten des Reichs-Versicherungsamts werden vom Reichskanzler ernannt.

Von den nichtständigen Mitgliedern werden sechs vom Bundesrath, und zwar mindestens vier aus seiner Mitte, sechs als Vertreter der Arbeitgeber von den Vorständen der Berufsgenossenschaften und den Ausführungsbehörden sowie sechs als Vertreter der Versicherten von den dem Arbeiterstand angehörenden Beisitzern der Schiedsgerichte gewählt.

Die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten werden auf die Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden in der Weise vertheilt, daß

a) für den Bereich des Gewerbe- und des Bau-Unfallversicherungsgesetzes,
b) für den Bereich des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft,
c) für den Bereich des See-Unfallversicherungsgesetzes,

je zwei Vertreter der Arbeitgeber und je zwei Vertreter der Versicherten gewählt werden.

Bei der Wahl der Vertreter der Versicherten sind wahlberechtigt

a) für die Land- und Forstwirthschaft nur die land- und forstwirthschaftlichen Beisitzer der Schiedsgerichte,
b) für die See-Unfallversicherung nur die auf Grund des See-Unfallversicherungsgesetzes versicherten Beisitzer der Schiedsgerichte,
c) für die gewerbliche und die Bau-Unfallversicherung die sonstigen Beisitzer der Schiedsgerichte einschließlich der Beisitzer der auf Grund der §§. 8, 10 des Invalidenversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichte.

Beschlüsse der Kommission.

Versicherungsanstalten, die Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden erfolgt durch den Vorsitzenden des Schiedsgerichts.

Die Kosten des Verfahrens, welche durch die einzelnen Streitfälle erwachsen, sowie solche besondere Kosten, welche durch die ausnahmsweise Zuziehung von Beisitzern gemäß §. 7 Abs. 2 entstehen, sind von demjenigen Träger der Versicherung zu zahlen, gegen dessen Bescheid die Berufung eingelegt ist.

Das Reichs-Versicherungsamt ist befugt, hierüber nähere Bestimmungen zu erlassen.

Das Schiedsgericht ist befugt, den Betheiligten solche Kosten des Verfahrens zur Last zu legen, welche durch Muthwillen oder durch ein auf Verschleppung oder Irreführung berechnetes Verhalten derselben veranlaßt worden sind.

Reichs-Versicherungsamt.

§. 10.

Das Reichs-Versicherungsamt hat seinen Sitz in Berlin und besteht aus ständigen und nichtständigen Mitgliedern.

Der Präsident und die übrigen ständigen Mitglieder werden auf Vorschlag des Bundesraths vom Kaiser auf Lebenszeit ernannt. Aus den ständigen Mitgliedern werden vom Kaiser die Direktoren und die Vorsitzenden der Spruchkammern ernannt. Die übrigen Beamten des Reichs-Versicherungsamts werden vom Reichskanzler ernannt.

Von den nichtständigen Mitgliedern werden sechs vom Bundesrath, und zwar mindestens vier aus seiner Mitte, sechs als Vertreter der Arbeitgeber von den Vorständen der Berufsgenossenschaften und den Ausführungsbehörden sowie sechs als Vertreter der Versicherten von den dem Arbeiterstand angehörenden Beisitzern der Schiedsgerichte gewählt.

Die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten werden auf die Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden in der Weise vertheilt, daß

a) für den Bereich des Gewerbe- und des Bau-Unfallversicherungsgesetzes,
b) für den Bereich des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft,
c) für den Bereich des See-Unfallversicherungsgesetzes,

je zwei Vertreter der Arbeitgeber und je zwei Vertreter der Versicherten gewählt werden.

Bei der Wahl der Vertreter der Versicherten sind wahlberechtigt

a) für die Land- und Forstwirthschaft nur die land- und forstwirthschaftlichen Beisitzer der Schiedsgerichte,
b) für die See-Unfallversicherung nur die auf Grund des See-Unfallversicherungsgesetzes versicherten oder auf Grund des §. 4 Abs. 2 berufenen Beisitzer der Schiedsgerichte,
c) für die gewerbliche und die Bau-Unfallversicherung die sonstigen Beisitzer der Schiedsgerichte einschließlich der Beisitzer der auf Grund der §§. 8, 10 des Invalidenversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichte.

Beschlüsse des Reichstags.

Reichs-Versicherungsamt.

§. 10.

Das Reichs-Versicherungsamt hat seinen Sitz in Berlin und besteht aus ständigen und nichtständigen Mitgliedern.

Der Präsident und die übrigen ständigen Mitglieder werden auf Vorschlag des Bundesraths vom Kaiser auf Lebenszeit ernannt. Aus den ständigen Mitgliedern werden vom Kaiser die Direktoren und die Vorsitzenden der ***Senate** ernannt. Die übrigen Beamten des Reichs-Versicherungsamts werden vom Reichskanzler ernannt.

Von den nichtständigen Mitgliedern werden sechs vom Bundesrath, und zwar mindestens vier aus seiner Mitte, sechs als Vertreter der Arbeitgeber von den Vorständen der Berufsgenossenschaften und den Ausführungsbehörden sowie sechs als Vertreter der Versicherten von den dem Arbeiterstand angehörenden Beisitzern der Schiedsgerichte gewählt.

Die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten werden auf die Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden in der Weise vertheilt, daß

a) für den Bereich des Gewerbe- und des Bau-Unfallversicherungsgesetzes,
b) für den Bereich des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft,
c) für den Bereich des See-Unfallversicherungsgesetzes,

je zwei Vertreter der Arbeitgeber und je zwei Vertreter der Versicherten gewählt werden.

Bei der Wahl der Vertreter der Versicherten sind wahlberechtigt

a) für die Land- und Forstwirthschaft nur die land- und forstwirthschaftlichen Beisitzer der Schiedsgerichte,
b) für die See-Unfallversicherung nur die auf Grund des See-Unfallversicherungsgesetzes versicherten oder auf Grund des §. 4 Abs. 2 berufenen Beisitzer der Schiedsgerichte,
c) für die gewerbliche und die Bau-Unfallversicherung die sonstigen Beisitzer der Schiedsgerichte einschließlich der Beisitzer der auf Grund der §§. 8, 10 des Invalidenversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichte.

* Statt „Spruchkammern" zu setzen „Senate" in Folge Annahme des Antrages Hofmann (Dillenburg) — Nr. 771 der Drucksachen —.

Vorlage.

§. 11.

Wählbar sind deutsche, männliche, volljährige, im Reichsgebiete wohnende Personen. Nicht wählbar ist, wer zum Amte eines Schöffen unfähig ist (§. 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes).

Wählbar zu Vertretern der Arbeitgeber sind die stimmberechtigten Mitglieder der Genossenschaften, deren gesetzliche Vertreter sowie die bevollmächtigten Leiter ihrer Betriebe, außerdem für Ausführungsbehörden die die Geschäfte der Genossenschaftsvorstände führenden Beamten sowie die sonstigen Beamten der Betriebe, für welche die Ausführungsbehörde bestellt ist.

Wählbar zu Vertretern der Versicherten sind Personen, die auf Grund der betreffenden Unfallversicherungsgesetze versichert sind, für den Bereich der See-Unfallversicherung auch befahrene Schiffahrtskundige, welche nicht Rheder, Mitrheder, Korrespondentrheder oder Bevollmächtigte (§. 17 des See-Unfallversicherungsgesetzes) sind.

§. 12.

Für die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten sind in der gleichen Weise nach Bedürfniß Stellvertreter zu wählen, welche die Mitglieder in Behinderungsfällen zu vertreten haben. Scheidet ein solches Mitglied während der Wahlperiode aus, so haben für den Rest derselben die Stellvertreter in der Reihenfolge ihrer Wahl als Mitglied einzutreten.

§. 13.

Die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten erfolgt unter Leitung des Reichs-Versicherungsamtes in getrennter Wahlhandlung mittelst schriftlicher Abstimmung nach relativer Mehrheit der Stimmen; bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos. Das Stimmenverhältniß der einzelnen Wahlkörper bestimmt der Bundesrath unter Berücksichtigung der Zahl der versicherten Personen. Der Bundesrath kann bestimmen, daß und in welcher Weise die Wahlen nach Bezirken zu erfolgen haben und wie die zu wählenden Personen auf einzelne Bezirke zu vertheilen sind.

Die Amtsdauer der nichtständigen Mitglieder und ihrer Stellvertreter währt fünf Jahre. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit so lange im Amte, bis ihre Nachfolger ihr Amt angetreten haben. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.

Werden hinsichtlich eines Gewählten Thatsachen bekannt, welche dessen Wählbarkeit nach Maßgabe dieses Gesetzes ausschließen, oder welche sich als grobe Verletzungen der Amtspflicht darstellen, so ist der Gewählte, nachdem ihm Gelegenheit zur Aeußerung gegeben worden ist, durch Beschluß des Reichs-Versicherungsamts seines Amtes zu entheben.

§. 14.

Die Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts sind endgültig, soweit in den Gesetzen nicht ein Anderes bestimmt ist.

§. 15.

Die Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts erfolgen in der Besetzung von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden, unter denen sich je ein Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten befinden muß, und unter Zuziehung eines richterlichen Beamten, wenn es sich handelt

1. um die Entscheidungen auf Rekurse gegen die Entscheidungen der Schiedsgerichte;
2. um die Entscheidung vermögensrechtlicher Streitigkeit bei Veränderungen des Bestandes der Berufsgenossenschaften;

Beschlüsse der Kommission.

§. 11.

Unverändert.

§. 12.

Unverändert.

§. 13.

Die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten erfolgt unter Leitung des Reichs-Versicherungsamtes in getrennter Wahlhandlung mittelst schriftlicher Abstimmung nach relativer Mehrheit der Stimmen; bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos. Das Stimmenverhältniß der einzelnen Wahlkörper bestimmt der Bundesrath unter Berücksichtigung der Zahl der versicherten Personen. Der Bundesrath kann bestimmen, daß und in welcher Weise die Wahlen nach Bezirken zu erfolgen haben und wie die zu wählenden Personen auf einzelne Bezirke zu vertheilen sind. Das Ergebniss der Wahl ist öffentlich bekannt zu machen.

Die Amtsdauer der nichtständigen Mitglieder und ihrer Stellvertreter währt fünf Jahre. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit so lange im Amte, bis ihre Nachfolger ihr Amt angetreten haben. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.

Werden hinsichtlich eines Gewählten Thatsachen bekannt, welche dessen Wählbarkeit nach Maßgabe dieses Gesetzes ausschließen, oder welche sich als grobe Verletzungen der Amtspflicht darstellen, so ist der Gewählte, nachdem ihm Gelegenheit zur Aeußerung gegeben worden ist, durch Beschluß des Reichs-Versicherungsamts seines Amtes zu entheben.

§. 14.

Unverändert.

§. 15.

Die Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts erfolgen in der Besetzung von fünf Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden, unter denen sich je ein Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten befinden muß, und unter Zuziehung von zwei richterlichen Beamten, wenn es sich handelt

1. um die Entscheidung auf Rekurse gegen die Entscheidungen der Schiedsgerichte;
2. um die Entscheidung vermögensrechtlicher Streitigkeit bei Veränderungen des Bestandes der Berufsgenossenschaften;

Beschlüsse des Reichstags.

§. 11.

Unverändert.

§. 12.

Unverändert.

§. 13.

Unverändert.

§. 14.

Unverändert.

§. 15.

Unverändert.

Vorlage.

3. um die Entscheidung in den Fällen des §. *59* Abs. *4*, §§. 63d, 63e Abs. 1, 2, §. 63g des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, §. *64* Abs. *4*, §§. 68d, 68e Abs. 1, 2, §. 68g des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft, §. *68* Abs. *4*, §§. 71d, 71e Abs. 1, 2, §. 71g des See-Unfallversicherungsgesetzes.

Statt des richterlichen Beamten kann ein zum Richteramte befähigtes Mitglied des Reichs-Versicherungsamts zugezogen werden. Diese Bestimmung findet auch in dem Verfahren des Reichs-Versicherungsamts in Angelegenheiten der Invalidenversicherung Anwendung.

Beschlüsse, durch welche Rekurse ohne mündliche Verhandlung zurückgewiesen werden (Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz §. 63b Abs. *2*, Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirthschaft §. 68b Abs. *2*, See-Unfallversicherungsgesetz §. 71b Abs. *2*) erfolgen in der Besetzung mit drei Mitgliedern, unter denen sich je ein Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten befinden muß.

Die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten sind, sofern es sich nicht um allgemeine Angelegenheiten handelt, nur zu denjenigen Verhandlungen zuzuziehen, bei denen es sich um Angelegenheiten der Berufsgenossenschaften handelt, für welche sie gewählt sind.

§. 16.

In folgenden Angelegenheiten:

1. bei der Vorbereitung und Beschlußfassung des Bundesraths über die Bestimmung, welche Betriebe mit besonderer Unfallgefahr nicht verbunden und deshalb nicht versicherungspflichtig sind (§. 1 Abs. 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes);
2. bei der Vorbereitung der Beschlußfassung des Bundesraths über die Genehmigung von Veränderungen des Bestandes der Berufsgenossenschaften (§. 31 a. a. O., §. 42 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft), über die Auflösung einer leistungsunfähigen Genossenschaft (§. 33 des Gewerbe-Unfallversicherungs-

Beschlüsse der Kommission.

3. um die Entscheidung in den Fällen des §. *59a* Abs. *2*, §§. 63d, 63e Abs. 1, 2, §. 63g des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, §. *64a* Abs. *2*, §§. 68d, 68e Abs. 1, 2, §. 68g des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft, §. *68a* Abs. *2*, §§. 71d, 71e Abs. 1, 2, §. 71g des See-Unfallversicherungsgesetzes.

Beschlüsse, durch welche Rekurse ohne mündliche Verhandlung zurückgewiesen werden (Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz §. 63b Abs. *1*, Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirthschaft §. 68b Abs. *1*, See-Unfallversicherungsgesetz §. 71b Abs. *1*) erfolgen in der Besetzung mit drei Mitgliedern, unter denen sich je ein Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten befinden muß.

Die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten sind, sofern es sich nicht um allgemeine Angelegenheiten handelt, nur zu denjenigen Verhandlungen zuzuziehen, bei denen es sich um Angelegenheiten der Berufsgenossenschaften handelt, für welche sie gewählt sind.

§. *15*a. (Neu.)

Hat eine Spruchkammer des Reichs-Versicherungsamts über eine Rechtsfrage zu entscheiden, bei der es sich nach dem Ermessen derselben um eine noch nicht festgestellte Auslegung solcher gesetzlicher Bestimmungen handelt, die von erheblicher grundsätzlicher Bedeutung sind, oder will die Spruchkammer in einer grundsätzlichen Rechtsfrage von der Entscheidung einer anderen Spruchkammer abweichen, so ist über die streitige Rechtsfrage (Feststellung des anzuwendenden Grundsatzes) die Entscheidung von drei vereinigten Spruchkammern einzuholen.

Das Gleiche ist der Fall, wenn eine Spruchkammer von der früheren Entscheidung der vereinigten Spruchkammern abweichen will.

Die Entscheidung der Rechtsfrage durch die vereinigten drei Spruchkammern ist in der zu entscheidenden Sache bindend. Sie erfolgt in denselben in allen Fällen ohne vorgängige mündliche Verhandlung.

Die vereinigten drei Spruchkammern sind alljährlich im Voraus zu bestimmen.

§. 16.

Unverändert.

Beschlüsse des Reichstags.

§. 15a. **(Neu.)**

Will eine Spruchkammer des Reichs-Versicherungsamts in einer grundsätzlichen Rechtsfrage von der Entscheidung einer anderen Spruchkammer abweichen, so ist die Sache zur Entscheidung an eine erweiterte Spruchkammer zu verweisen. Diese entscheidet unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts in der Besetzung mit zwei nichtständigen Mitgliedern des Reichs-Versicherungsamts aus den vom Bundesrath gewählten Mitgliedern, zwei ständigen Mitgliedern, zwei richterlichen Beamten und je *zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. An Stelle der vom Bundesrath gewählten Mitglieder können ständige Mitglieder des Reichs-Versicherungsamts zugezogen werden.

Das Gleiche gilt, wenn eine Spruchkammer von der Entscheidung der erweiterten Spruchkammer abweichen will.

§. 16.

Unverändert.

* Statt „einen Vertreter" — Antrag Freiherr v. Richthofen-Damsdorf — Nr. 765 der Drucksachen — zu setzen „zwei Vertreter" in Folge Annahme des handschriftlichen Antrages Gaulke.

Vorlage.

gesetzes, §. 43a des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft, §. 42 des See-Unfallversicherungsgesetzes);

3. bei der Beschlußfassung über die Genehmigung von Vorschriften zur Verhütung von Unfällen (§. 78 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, §. 87 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft, §. 90 des See-Unfallversicherungsgesetzes)

ist mindestens je ein nichtständiges Mitglied aus den Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten zuzuziehen.

§. 17.

Die Kosten des Reichs-Versicherungsamts und des Verfahrens vor demselben trägt das Reich.

Das Reichs-Versicherungsamt ist befugt, den Betheiligten solche Kosten des Verfahrens zur Last zu legen, welche durch Muthwillen oder durch ein auf Verschleppung oder Irreführung berechnetes Verhalten derselben veranlaßt worden sind.

Die nichtständigen Mitglieder erhalten für die Theilnahme an den Arbeiten und Sitzungen des Reichs-Versicherungsamts eine nach dem Jahresbetrage festzusetzende Vergütung, und diejenigen, welche außerhalb Berlins wohnen, außerdem Ersatz der Kosten der Hin- und Rückreise nach den für die vortragenden Räthe der obersten Reichsbehörden geltenden Sätzen (Verordnung vom 21. Juni 1875, Reichs-Gesetzbl. S. 249). Die Bestimmungen im §. 16 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten, vom 31. März 1873 (Reichs-Gesetzbl. S. 61) finden auf sie keine Anwendung.

Im Uebrigen werden die Formen des Verfahrens und der Geschäftsgang des Reichs-Versicherungsamts durch Kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesraths geregelt.

Landes-Versicherungsämter.

§. 18.

In den einzelnen Bundesstaaten können für das Gebiet und auf Kosten derselben Landes-Versicherungsämter errichtet werden.

Die Wirksamkeit des Landes-Versicherungsamts beschränkt sich auf Berufsgenossenschaften, welche nur solche Betriebe umfassen, deren Sitz im Gebiete des betreffenden Bundesstaats belegen ist.

§. 19.

Das Landes-Versicherungsamt besteht aus ständigen und nichtständigen Mitgliedern.

Die ständigen Mitglieder werden von dem Landesherrn des betreffenden Bundesstaats auf Lebenszeit ernannt. Von den nichtständigen Mitgliedern werden in getrennter Wahlhandlung unter Leitung des Landes-Versicherungsamts mittelst schriftlicher Abstimmung vier als Vertreter der Arbeitgeber und vier als Vertreter der Versicherten und zwar in der Art gewählt, daß aus jeder Kategorie mindestens zwei auf die Land- und Forstwirthschaft und, soweit sonstige Träger der Unfallversicherung unter der Aufsicht des Landes-Versicherungsamts stehen, auf diese Träger mindestens je einer entfallen.

Die Wahl erfolgt unter entsprechender Anwendung der Vorschriften des §. 10 Abs. 4, §§. 11, 12, 13 Abs. 1, 2

Beschlüsse der Kommission.

§. 17.

Unverändert.

Regelung des Gebührenwesens. (Neu.)

§. 17a.

Die Gebühren der Rechtsanwälte im Verfahren vor den Schiedsgerichten und dem Reichs-Versicherungsamt werden durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths, die Gebühren im Verfahren vor den Landes-Versicherungsämtern von den Landesregierungen festgesetzt.

Eine Vereinbarung über höhere Beträge ist nichtig.

Landes-Versicherungsämter.

§. 18.

Unverändert.

§. 19.

Unverändert.

Beschlüsse des Reichstags.

§. 17.

Unverändert.

§. 17a.

Unverändert.

§. 18.

Unverändert.

§. 19.

Unverändert.

Vorlage.

mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Bundesraths die Landes-Zentralbehörde tritt. Jedoch nehmen an der Wahl der Vertreter der Arbeitgeber nur die Vorstände derjenigen Berufsgenossenschaften Theil, welche Betriebe, deren Sitz im Gebiet eines anderen Bundesstaates belegen ist, nicht umfassen sowie die auf das Gebiet des Bundesstaats beschränkten Ausführungsbehörden, und an der Wahl der Vertreter der Versicherten nehmen nur die Beisitzer derjenigen Schiedsgerichte Theil, deren Sitz im Gebiete des Bundesstaats belegen ist.

Umfaßt der Wirkungskreis des Landes-Versicherungsamts außer land- und forstwirthschaftlichen Betrieben nur noch Ausführungsbehörden für Bauarbeiten, so brauchen demselben als nichtständige Mitglieder nur je zwei Vertreter der Land- und Forstwirthschaft anzugehören.

Das Stimmenverhältniß der einzelnen Wahlkörper bestimmt die Landesregierung unter Berücksichtigung der Zahl der bei den betreffenden Genossenschaften und Ausführungsbehörden versicherten Personen.

Die Enthebung eines Vertreters der Arbeitgeber oder der Versicherten (§. 13 Abs. 3) erfolgt durch das Landes-Versicherungsamt.

Die Bestimmungen der §§. 15, 16, 17 Abs. 2 finden auf das Landes-Versicherungsamt entsprechende Anwendung.

Im Uebrigen regelt die Landesregierung die Formen des Verfahrens und den Geschäftsgang bei dem Landes-Versicherungsamte sowie die den nichtständigen Mitgliedern zu gewährende Vergütung.

Weitere Einrichtungen der Berufsgenossenschaften.

§. 20.

Die Berufsgenossenschaften sind berechtigt, unter Berücksichtigung der landesgesetzlichen Vorschriften Einrichtungen zu treffen

1. zur Versicherung ihrer Mitglieder gegen Haftpflicht;
2. zur Organisation des Arbeitsnachweises.

Die Theilnahme an diesen Einrichtungen ist freiwillig. Soweit es sich um Haftpflichtansprüche aus der reichsgesetzlichen Unfallversicherung handelt, darf bei der Einrichtung unter 1 nicht mehr als zwei Drittel durch Versicherung gedeckt werden. Bei der Einrichtung zu 2 sind die Arbeiter in gleichem Umfange wie die Arbeitgeber an der Verwaltung zu betheiligen.

Beschlüsse der Genossenschaftsversammlung, durch welche Einrichtungen der im Abs. 1 bezeichneten Art getroffen werden, sowie die hierfür erlassenen Statuten und deren Abänderung bedürfen der Genehmigung des Bundesraths.

Beschlüsse der Kommission.

Weitere Einrichtungen der Berufsgenossenschaften.

§. 20.

Die Berufsgenossenschaften sind berechtigt, unter Berücksichtigung der landesgesetzlichen Vorschriften Einrichtungen zu treffen

1. zur Versicherung der im §. 96 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, §. 117 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft, §. 110 des See-Unfallversicherungsgesetzes bezeichneten Personen gegen Haftpflicht;
2. zur Organisation des Arbeitsnachweises;
3. zur Errichtung von Rentenzuschuss- und Pensionskassen für die Mitglieder der Berufsgenossenschaft, die bei ihr versicherten Personen und die Beamten der Berufsgenossenschaft sowie für die Angehörigen dieser Personen.

Die Theilnahme an diesen Einrichtungen ist freiwillig. Wird jedoch eine Haftpflichtversicherung bei einer landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft eingerichtet, so sind die Berufsgenossen verpflichtet, derselben beizutreten, falls dies in der Genossenschaftsversammlung mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen wird. Soweit es sich um Haftpflichtansprüche aus der reichsgesetzlichen Unfallversicherung handelt, darf bei der Einrichtung unter 1 nicht mehr als zwei Drittel durch Versicherung gedeckt werden. Bei der Einrichtung zu 2 sind die Arbeiter in gleichem Umfange wie die Arbeitgeber an der Verwaltung zu betheiligen.

Beschlüsse der Genossenschaftsversammlung, durch welche Einrichtungen der im Abs. 1 bezeichneten Art getroffen werden, sowie die hierfür erlassenen Statuten und deren Abänderung bedürfen der Genehmigung des Bundesraths.

Beschlüsse des Reichstags.

Weitere Einrichtungen der Berufsgenossenschaften.

§. 20.

** **Die Berufsgenossenschaften sind berechtigt, Einrichtungen zu treffen**

1. zur Versicherung der Betriebsunternehmer und der ihnen in Bezug auf Haftpflicht gleichgestellten Personen gegen Haftpflicht;

2. zur Organisation des Arbeitsnachweises;
3. zur Errichtung von Rentenzuschuss- und Pensionskassen für ***Betriebsbeamte sowie für** die Mitglieder der Berufsgenossenschaft, die bei ihr versicherten Personen und die Beamten der Berufsgenossenschaft sowie für die Angehörigen dieser Personen.

Die Theilnahme an diesen Einrichtungen ist freiwillig. Soweit es sich um Haftpflichtansprüche aus der reichsgesetzlichen Unfallversicherung handelt, darf bei der Einrichtung unter 1 nicht mehr als zwei Drittel durch Versicherung gedeckt werden. Bei der Einrichtung zu 2 sind die Arbeiter in gleichem Umfange wie die Arbeitgeber an der Verwaltung zu betheiligen.

Beschlüsse der Genossenschaftsversammlung, durch welche Einrichtungen der im Abs. 1 bezeichneten Art getroffen werden, sowie die hierfür erlassenen Statuten und deren Abänderung bedürfen der Genehmigung des Bundesraths. ** **Die Berufsgenossenschaften unterliegen auch in**

* Zusatz in Folge Annahme des handschriftlichen Antrages Freiherr v. Richthofen-Damsdorf.

** Angenommen in Folge des Antrages Hofmann (Dillenburg) — Nr. 748 zu 2 der Drucksachen —.

Vorlage.

Uebergangsbestimmung.

§. 21.

Die Wahlperiode der nach den bisherigen Bestimmungen gewählten Vertreter der Versicherten und nichtständigen Mitglieder des Reichs-Versicherungsamts sowie der Landes-Versicherungsämter und die Wahlperiode ihrer Stellvertreter endet mit dem 1. Januar *1901*. Die Ausscheidenden bleiben jedoch so lange im Amte, bis die nach den neuen Bestimmungen an deren Stelle gewählten ihr Amt angetreten haben.

Gesetzeskraft.

§. 22.

Der Zeitpunkt, von welchem ab

1. die im §. 3 bezeichneten Schiedsgerichte an die Stelle der bisherigen nach Berufsgenossenschaften errichteten Schiedsgerichte treten;
2. die Unfallversicherung für solche Betriebszweige in Kraft tritt, welche durch §§. 1, 1a des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes und durch §§. 124 ff. des See-Unfallversicherungsgesetzes der Unfallversicherung neu unterstellt sind,

wird mit Zustimmung des Bundesraths durch Kaiserliche Verordnung bestimmt.

Im Uebrigen tritt dieses Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

§. 23.

Sofern bis zum 1. Januar *1901* die Statuten einer Berufsgenossenschaft die nach dem gegenwärtigen Gesetz erforderlichen Aenderungen nicht rechtzeitig erfahren sollten, werden diese Abänderungen durch das Reichs-Versicherungsamt von Aufsichtswegen vollzogen.

§. 24.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, den Text der Unfallversicherungsgesetze unter fortlaufender Nummernfolge der Paragraphen jedes einzelnen dieser Gesetze durch das Reichs-Gesetzblatt bekannt zu machen.

Urkundlich 2c.
Gegeben 2c.

Beschlüsse der Kommission.

Uebergangsbestimmung.

§. 21.

Die Wahlperiode der nach den bisherigen Bestimmungen gewählten Vertreter der Versicherten und nichtständigen Mitglieder des Reichs-Versicherungsamts sowie der Landes-Versicherungsämter und die Wahlperiode ihrer Stellvertreter endet mit dem 1. Januar *1902*. Die Ausscheidenden bleiben jedoch so lange im Amte, bis die nach den neuen Bestimmungen an deren Stelle gewählten ihr Amt angetreten haben.

Gesetzeskraft.

§. 22.

Der Zeitpunkt, von welchem ab

1. die im §. 3 bezeichneten Schiedsgerichte an die Stelle der bisherigen nach Berufsgenossenschaften errichteten Schiedsgerichte treten;
2. die Unfallversicherung für solche Betriebszweige in Kraft tritt, welche durch §§. 1, 1a des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes und durch §§. 124 ff. des See-Unfallversicherungsgesetzes der Unfallversicherung neu unterstellt sind,

wird mit Zustimmung des Bundesraths durch Kaiserliche Verordnung bestimmt.

Im Uebrigen tritt dieses Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

§. 23.

Sofern bis zum 1. Januar *1902* die Statuten einer Berufsgenossenschaft die nach dem gegenwärtigen Gesetz erforderlichen Aenderungen nicht rechtzeitig erfahren sollten, werden diese Abänderungen durch das Reichs-Versicherungsamt von Aufsichtswegen vollzogen.

§. 23a. (Neu.)

Die Bestimmungen dieses Gesetzes, insoweit sie für die Berechtigten günstiger sind, finden auch Anwendung auf Entschädigungsansprüche aus Unfällen, welche sich vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ereignet haben, sofern diese Ansprüche bereits nach den bisherigen Unfallversicherungsgesetzen begründet waren und zu jenem Zeitpunkt über dieselben noch nicht rechtskräftig entschieden ist.

§. 24.

Unverändert.

Urkundlich 2c.
Gegeben 2c.

Beschlüsse des Reichstags.

Bezug auf diese Einrichtungen der Aufsicht des Reichs-Versicherungsamts.

Uebergangsbestimmung.

§. 21.

Unverändert.

Gesetzeskraft.

§. 22.

Der Zeitpunkt, von welchem ab

1. die im §. 3 bezeichneten Schiedsgerichte an die Stelle der bisherigen nach Berufsgenossenschaften errichteten Schiedsgerichte treten;
2. die Unfallversicherung für solche Betriebszweige in Kraft tritt, welche durch §§. 1, 1a des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes und durch §§. 124 ff. des See-Unfallversicherungsgesetzes der Unfallversicherung neu unterstellt sind,

wird mit Zustimmung des Bundesraths durch Kaiserliche Verordnung bestimmt.

*** Die Bestimmungen des §. 8 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, des §. 11 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft treten erst am 1. Januar 1902 an die Stelle der bisherigen Bestimmungen.**

Im Uebrigen tritt dieses Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

§. 23.

Unverändert.

§. 23a.

Unverändert.

§. 24.

Unverändert.

Urkundlich 2c.
Gegeben 2c.

Resolution.

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag thunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend Unfallversicherung der bei Rettung oder Bergung von Personen oder Sachen verunglückenden Personen.

Berlin, den 11. Mai 1900.

* Zusatz in Folge Annahme des Antrages Freiherr v. Richthofen-Damsdorf — Nr. 765 zu 2 der Drucksachen —.

Nr. 773a.*

Zusammenstellung des Entwurfs eines

— Nr. 523, 703a und Zu Nr. 703a der Drucksachen —

In allen Theilen unverändert nach den Beschlüssen der XXI. Kommission in — Zu

Zweite Berathung

Entwurf eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes.

Bestehendes Gesetz.

§. 5.

Entw. §. 5 Abs. 2. b) im Falle theilweiser Erwerbsunfähigkeit für die Dauer derselben einen Bruchtheil der Rente unter a, welcher nach dem Maße der verbliebenen Erwerbsfähigkeit zu bemessen ist.

Dem Verletzten und seinen Hinterbliebenen steht ein Anspruch nicht zu, wenn er den Betriebsunfall vorsätzlich herbeigeführt hat.

§. 5c Abs. 1. Die Berufsgenossenschaften (§. 9) sind befugt, der Krankenkasse, welcher der Verletzte angehört, gegen Erstattung der ihr dadurch erwachsenden Kosten die Fürsorge für den Verletzten über den Beginn der vierzehnten Woche hinaus bis zur Beendigung des Heilverfahrens zu übertragen. In diesem Falle gilt als Ersatz der im §. 6 Abs. 1 Ziffer 1 des Krankenversicherungsgesetzes bezeichneten Leistungen die Hälfte des in jenem Gesetze bestimmten

§. 5f. Mindestbetrags des Krankengeldes, sofern nicht höhere Aufwendungen nachgewiesen werden. Streitigkeiten, welche aus Anlaß dieser Bestimmung zwischen den Berufsgenossenschaften und den Krankenkassen entstehen, werden nach Maßgabe des §. 58 Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes entschieden.

§. 5d Abs. 1. Von Beginn der fünften Woche nach Eintritt des Unfalls bis zum Ablaufe der dreizehnten Woche ist das Krankengeld, welches den durch einen Betriebsunfall verletzten Personen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes gewährt wird, auf mindestens zwei Drittel des bei der Berechnung desselben zu Grunde gelegten Arbeitslohns zu bemessen. Die Differenz zwischen diesen zwei Dritteln und dem gesetzlich oder statutengemäß zu gewährenden niedrigeren Krankengelde ist der betheiligten Krankenkasse (Gemeindekrankenversicherung) von dem Unternehmer desjenigen Betriebs zu erstatten, in welchem der Unfall sich ereignet hat. Die zur Ausführung dieser Bestimmung erforderlichen Vorschriften erläßt das Reichs-Versicherungsamt.

§. 5d Abs. 2. Den nach §. 1 versicherten Personen, welche nicht nach den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes versichert sind, hat der Betriebsunternehmer die in den §§. 6 und 7 des Krankenversicherungsgesetzes vorgesehenen Unterstützungen einschließlich des aus dem vorhergehenden Absatze sich ergebenden Mehrbetrags für die ersten dreizehn Wochen aus eigenen Mitteln zu leisten.

§. 5f. Streitigkeiten, welche aus Anlaß der in den beiden vorhergehenden Absätzen enthaltenen Bestimmungen unter den Betheiligten entstehen, werden nach Maßgabe des §. 58 Abs. 1 des Krankenversicherungsgesetzes entschieden, und zwar in den Fällen des letztvorhergehenden Absatzes von der für Ortskrankenkassen des Beschäftigungsorts zuständigen Aufsichtsbehörde.

Vorlage.

§. 5b.

Die Rente ist nach Maßgabe desjenigen Arbeitsverdienstes zu berechnen, den der Verletzte während des letzten Jahres seiner Beschäftigung in dem Betrieb, in welchem der Unfall sich ereignete, an Gehalt oder Lohn durchschnittlich für den Arbeitstag bezogen hat (§. 3), wobei der vier Mark übersteigende Betrag nur mit einem Drittel zur Anrechnung kommt.

War der Verletzte in dem Betriebe nicht ein volles Jahr, von dem Unfalle zurückgerechnet, beschäftigt, so ist der Betrag zu Grunde zu legen, welchen während dieses Zeitraums Arbeiter derselben Art in demselben Betrieb oder in benachbarten gleichartigen Betrieben durchschnittlich bezogen haben. **Ist dies nicht möglich, so ist der dreihundertfache Betrag desjenigen Tagesarbeitsverdienstes zu Grunde zu legen, welchen der Verletzte während der Dauer der Beschäftigung im Betrieb im Durchschnitte bezogen hat.**

Erreicht dieser Arbeitsverdienst (Abs. *1* und *2* den ortsüblichen Tagelohn gewöhnlicher Tage) arbeiter (§. 8 des **Krankenversicherungsgesetzes**) nicht, so ist der letztere zu Grunde zu legen. **Für jugendliche Personen ist hierbei die Rente bis zum vollendeten sechzehnten Lebensjahre des Verletzten nach dem für solche festgesetzten ortsüblichen Tagelohne zu bemessen und von diesem Zeitpunkt ab auf den nach dem ortsüblichen Tagelohn Erwachsener zu berechnenden Betrag zu erhöhen.**

In den Fällen des Abs. *3* ist bei Berechnung der Rente für Personen, welche vor dem Unfalle bereits theilweise erwerbsunfähig waren, derjenige Theil des ortsüblichen Tagelohns zu Grunde zu legen, welcher dem Maße der bisherigen Erwerbsfähigkeit entspricht.

* Aenderungen gegen die Kommissions-Beschlüsse sind mit fettem Druck in lateinischer Schrift bezeichnet.

Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes

mit den Beschlüssen des Reichstages in zweiter Berathung.

Nr. 703a der Drucksachen — jedoch mit Ausnahme der folgenden Paragraphen.
cfr. 184. bis 190. Sitzung.

Entwurf eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes.

Beschlüsse der Kommission.

§. 5b.

Die Rente ist nach Maßgabe desjenigen Jahresarbeitsdienstes zu berechnen, den der Verletzte während des letzten Jahres seiner Beschäftigung in dem Betrieb an Gehalt oder Lohn (§. 3) bezogen hat, wobei der fünfzehnhundert Mark übersteigende Betrag nur mit einem Drittel zur Anrechnung kommt.

Als Jahresarbeitsverdienst gilt, soweit sich derselbe nicht aus mindestens wochenweise fixirten Beträgen zusammensetzt, das Dreihundertfache des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes. Für versicherte Personen in Betrieben, in welchen die übliche Betriebsweise eine höhere oder niedrigere Zahl von Arbeitstagen ergiebt, wird diese Zahl statt der Zahl dreihundert der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes zu Grunde gelegt.

War der Verletzte in dem Betriebe vor dem Unfall nicht ein volles Jahr, von dem Unfalle zurückgerechnet, beschäftigt, so ist die Rente nach demjenigen Jahresarbeitsverdienst zu berechnen, welchen während dieses Zeitraums versicherte Personen derselben Art in demselben Betrieb oder in benachbarten gleichartigen Betrieben bezogen haben. Ist dies nicht möglich, so ist der dreihundertfache Betrag desjenigen Tagesarbeitsverdienstes zu Grunde zu legen, welchen der Verletzte während des letzten Jahres vor dem Unfall an denjenigen Tagen, an welchen er beschäftigt war, im Durchschnitte bezogen hat.

Bei versicherten Personen, welche keinen Lohn oder weniger als den dreihundertfachen Betrag des für ihren Beschäftigungsort festgestellten ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher erwachsener Tagearbeiter beziehen (§. 8 des Krankenversicherungsgesetzes), gilt als Jahresarbeitsverdienst das Dreihundertfache dieses ortsüblichen Tagelohns. Der Festsetzung der Rente für verletzte jugendliche Personen ist hierbei auf die Zeit bis zum vollendeten sechzehnten Lebensjahre der für jugendliche Personen festgesetzte ortsübliche Tagelohn, auf die spätere Zeit der für Erwachsene festgesetzte ortsübliche Tagelohn zu Grunde zu legen.

In den Fällen des Abs. 4 ist bei Berechnung der Rente für Personen, welche vor dem Unfalle bereits theilweise erwerbsunfähig waren, derjenige Theil des ortsüblichen Tagelohns zu Grunde zu legen, welcher dem Maße der bisherigen Erwerbsfähigkeit entspricht.

Beschlüsse des Reichstags.

§. 5b.

Die Rente ist nach Maßgabe desjenigen Jahresarbeitsverdienstes zu berechnen, den der Verletzte während des letzten Jahres seiner Beschäftigung in dem Betrieb an Gehalt oder Lohn (§. 3) bezogen hat, wobei der fünfzehnhundert Mark übersteigende Betrag nur mit einem Drittel zur Anrechnung kommt.

Als Jahresarbeitsverdienst gilt, soweit sich derselbe nicht aus mindestens wochenweise fixirten Beträgen zusammensetzt, das Dreihundertfache des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes. Für versicherte Personen in Betrieben, in welchen die übliche Betriebsweise eine höhere oder niedrigere Zahl von Arbeitstagen ergiebt, wird diese Zahl statt der Zahl dreihundert der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes zu Grunde gelegt.

War der Verletzte in dem Betriebe vor dem Unfall nicht ein volles Jahr, von dem Unfalle zurückgerechnet, beschäftigt, so ist die Rente nach demjenigen Jahresarbeitsverdienst zu berechnen, welchen während dieses Zeitraums versicherte Personen derselben Art in demselben Betrieb oder in benachbarten gleichartigen Betrieben bezogen haben. Ist dies nicht möglich, so ist der dreihundertfache Betrag desjenigen Tagesarbeitsverdienstes zu Grunde zu legen, welchen der Verletzte während des letzten Jahres vor dem Unfall an denjenigen Tagen, an welchen er beschäftigt war, im Durchschnitte bezogen hat.

Bei versicherten Personen, welche keinen Lohn oder weniger als den dreihundertfachen Betrag des für ihren Beschäftigungsort festgestellten ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher erwachsener Tagearbeiter beziehen (§. 8 des Krankenversicherungsgesetzes), gilt als Jahresarbeitsverdienst das Dreihundertfache dieses ortsüblichen Tagelohns.*)

In den Fällen des Abs. 4 ist bei Berechnung der Rente für Personen, welche vor dem Unfalle bereits theilweise erwerbsunfähig waren, derjenige Theil des ortsüblichen Tagelohns zu Grunde zu legen, welcher dem Maße der bisherigen Erwerbsfähigkeit entspricht.

*) Der von der Kommission vorgeschlagene Schlußsatz des Absatzes 4 ist in getrennter Abstimmung nach dem Antrag Fischbeck gestrichen.

Bestehendes Gesetz.

Aufbringung der Mittel.

§. 10.

Die Mittel zur Deckung der von den Berufsgenossenschaften zu leistenden Entschädigungsbeträge und der Verwaltungskosten werden durch Beiträge aufgebracht, welche von den Mitgliedern nach Maßgabe der in ihren Betrieben von den Versicherten verdienten Löhne und Gehälter beziehungsweise des Jahresarbeitsverdienstes jugendlicher und nicht ausgebildeter Arbeiter (§. 3 Abs. 3), sowie der statutenmäßigen Gefahrentarife (§. 28) jährlich umgelegt werden.

Löhne und Gehälter, welche während der Beitragsperiode durchschnittlich den Satz von vier Mark täglich übersteigen, kommen mit dem vier Mark übersteigenden Betrage nur zu einem Drittel in Anrechnung.

Vorlage.

Aufbringung der Mittel.

§. 10.

Die Mittel zur Deckung der von den Berufsgenossenschaften zu leistenden Entschädigungsbeträge und der Verwaltungskosten werden durch Beiträge aufgebracht, welche **auf die Mitglieder** nach Maßgabe der in ihren Betrieben von den Versicherten verdienten Löhne und Gehälter beziehungsweise **des nach §. 3 Abs. 3 anzurechnenden ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher erwachsener Tagearbeiter** sowie der statutenmäßigen Gefahrentarife (§. 28) jährlich umgelegt werden.

Löhne und Gehälter, welche während der Beitragsperiode durchschnittlich den Satz von vier Mark täglich übersteigen, kommen **hierbei** mit dem vier Mark übersteigenden Betrage nur zu einem Drittel in Anrechnung.

Abweichend von den Vorschriften im Abs. 1, 2 kann durch das Statut bestimmt werden, daß für die Umlegung der Beiträge die wirklich verdienten Löhne und Gehälter in Anrechnung kommen.

Für Betriebe, in welchen regelmäßig nicht mehr als fünf Arbeiter beschäftigt werden, kann durch Statut ferner bestimmt werden, daß und nach welchen Grundsätzen mit Zustimmung des Betriebsunternehmers ein Pauschbetrag statt der Einzellöhne bei der Berechnung der Beiträge zu Grunde zu legen ist.

Entscheidung der Vorstände.

§. 57.

Die Feststellung der Entschädigungen für die durch Unfall verletzten Versicherten und für die Hinterbliebenen der durch Unfall getödteten Versicherten erfolgt

1. sofern die Genossenschaft in Sektionen eingetheilt ist, durch den Vorstand der Sektion, wenn es sich handelt
   a) um den Ersatz der Kosten des Heilverfahrens,
   b) um die für die Dauer einer voraussichtlich vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit zu gewährenden Rente,
   c) um den Ersatz der Beerdigungskosten;
2. in allen übrigen Fällen durch den Vorstand der Genossenschaft.

Das Genossenschaftsstatut kann bestimmen, daß die Feststellung der Entschädigungen in den Fällen der

Feststellung der Entschädigungen.

§. 57.

Die **Beschlußfassung über die** Feststellung der Entschädigungen **(§§. 5 bis 7b)** erfolgt

1. sofern die Genossenschaft in Sektionen eingetheilt ist, durch den Vorstand der Sektion, wenn es sich handelt
   a) um **die im §. 5a Abs. 1 Ziffer 1 bezeichneten Leistungen,**
   b) um die für die Dauer einer voraussichtlich vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit zu gewährende Rente,
   c) um **das Sterbegeld,**
   d) **um die Aufnahme des Verletzten in eine Heilanstalt,**
   e) **um die den Angehörigen eines Verletzten für die Zeit seiner Behandlung in einer Heilanstalt zu gewährende Rente;**
2. in allen übrigen Fällen durch den Vorstand der Genossenschaft.

Das Genossenschaftsstatut kann bestimmen, daß die Feststellung der Entschädigungen in den Fällen **des**

Beschlüsse der Kommission.

Aufbringung der Mittel.

§. 10.

Die Mittel zur Deckung der von den Berufsgenossenschaften zu leistenden Entschädigungen und der Verwaltungskosten werden durch Beiträge aufgebracht, welche auf die Mitglieder nach Maßgabe der in ihren Betrieben von den Versicherten verdienten Gehälter und Löhne beziehungsweise des nach §. 5b Abs. 4 anzurechnenden ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher erwachsener Tagearbeiter sowie der statutenmäßigen Gefahrentarife (§. 28) jährlich umgelegt werden.

Gehälter und Löhne, welche während der Beitragsperiode den Jahresbetrag von fünfzehnhundert Mark übersteigen, kommen hierbei mit dem überschiessenden Betrage nur zu einem Drittel in Anrechnung.

§. 10a.

Abweichend von den Vorschriften im §. 10 kann durch das Statut bestimmt werden, daß für die Umlegung der Beiträge die wirklich verdienten Gehälter und Löhne in Anrechnung kommen.

Für Betriebe, in welchen regelmäßig nicht mehr als fünf Arbeiter beschäftigt werden, kann durch Statut ferner bestimmt werden, daß und nach welchen Grundsätzen mit Zustimmung des Betriebsunternehmers ein Pauschbetrag statt der Einzellöhne bei der Berechnung der Beträge zu Grunde zu legen ist oder dass ein einheitlicher Mindestbeitrag, der zwei Mark jährlich nicht übersteigen darf, zu entrichten ist.

Durch Statut kann bestimmt werden, dass die Arbeitgeber der im §. 2 Abs. 1 lit. b bezeichneten Gewerbetreibenden die Beiträge für die von diesen beschäftigten versicherten Personen und, sofern die Versicherung auf die im §. 2 Abs. 1 lit. b bezeichneten Gewerbetreibenden selbst durch Statut ausgedehnt ist, die Beiträge auch für diese zu zahlen haben.

Feststellung der Entschädigungen.

§. 57.

Die Beschlußfassung über die Feststellung der Entschädigungen (§§. 5 bis 7b) erfolgt

1. sofern die Genossenschaft in Sektionen eingetheilt ist, durch den Vorstand der Sektion, wenn es sich handelt
   a) um die im §. 5a Abs. 1 Ziffer 1 bezeichneten Leistungen,
   b) um die für die Dauer einer voraussichtlich vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit zu gewährende Rente,
   c) um das Sterbegeld,
   d) um die Aufnahme des Verletzten in eine Heilanstalt,
   e) um die den Angehörigen eines Verletzten für die Zeit seiner Behandlung in einer Heilanstalt zu gewährende Rente;
2. in allen übrigen Fällen durch den Vorstand der Genossenschaft.

Das Genossenschaftsstatut kann bestimmen, daß die Feststellung der Entschädigungen in den Fällen des Abs. 1

Beschlüsse des Reichstags.

Aufbringung der Mittel.

§. 10.

Die Mittel zur Deckung der von den Berufsgenossenschaften zu leistenden Entschädigungen und der Verwaltungskosten werden durch Beiträge aufgebracht, welche auf die Mitglieder nach Maßgabe der in ihren Betrieben von den Versicherten verdienten Gehälter und Löhne beziehungsweise des nach §. 5b Abs. 4 anzurechnenden ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher erwachsener Tagearbeiter sowie der statutenmäßigen Gefahrentarife (§. 28) jährlich umgelegt werden.

Gehälter und Löhne, welche während der Beitragsperiode den Jahresbetrag von fünfzehnhundert Mark übersteigen, kommen hierbei mit dem überschiessenden Betrage nur zu einem Drittel in Anrechnung.

§. 10a.

Abweichend von den Vorschriften im §. 10 kann durch das Statut bestimmt werden, daß für die Umlegung der Beiträge die wirklich verdienten Gehälter und Löhne in Anrechnung kommen.

Für Betriebe, in welchen regelmäßig nicht mehr als fünf Arbeiter beschäftigt werden, kann durch Statut ferner bestimmt werden, daß und nach welchen Grundsätzen mit Zustimmung des Betriebsunternehmers ein Pauschbetrag statt der Einzellöhne bei der Berechnung der Beträge zu Grunde zu legen ist oder dass ein einheitlicher Mindestbeitrag, der **vier*** Mark jährlich nicht übersteigen darf, zu entrichten ist.

Durch Statut kann bestimmt werden, dass die Arbeitgeber der im §. 2 Abs. 1 lit. b bezeichneten Gewerbetreibenden die Beiträge für die von diesen beschäftigten versicherten Personen und, sofern die Versicherung auf die im §. 2 Abs. 1 lit. b bezeichneten Gewerbetreibenden selbst durch Statut ausgedehnt ist, die Beiträge auch für diese zu zahlen haben.

Feststellung der Entschädigungen.

§. 57.

Die Beschlußfassung über die Feststellung der Entschädigungen (§§. 5 bis 7b) erfolgt

1. sofern die Genossenschaft in Sektionen eingetheilt ist, durch den Vorstand der Sektion, wenn es sich handelt
   a) um die im §. 5a Abs. 1 Ziffer 1 bezeichneten Leistungen,
   b) um die für die Dauer einer voraussichtlich vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit zu gewährende Rente,
   c) um das Sterbegeld,
   d) um die Aufnahme des Verletzten in eine Heilanstalt,
   e) um die den Angehörigen eines Verletzten für die Zeit seiner Behandlung in einer Heilanstalt zu gewährende Rente;
2. in allen übrigen Fällen durch den Vorstand der Genossenschaft.

Das Genossenschaftsstatut kann bestimmen, daß die Feststellung der Entschädigungen in den Fällen des Abs. 1

* **Vier Mark** gegen zwei Mark der Kommissionsbeschlüsse nach dem Antrag **Roesicke** (Dessau) und Genossen — Nr. 740 der Drucksachen — angenommen.

Bestehendes Gesetz.

Ziffer 1 und 2 durch einen Ausschuß des Sektionsvorstandes oder durch eine besondere Kommission oder durch örtliche Beauftragte (Vertrauensmänner) und in den Fällen der Ziffer 2 auch durch den Sektionsvorstand oder durch einen Ausschuß des Genossenschaftsvorstandes zu bewirken ist.

Vor der Feststellung der Entschädigung ist dem Entschädigungsberechtigten durch Mittheilung der Unterlagen, auf Grund deren dieselbe zu bemessen ist, Gelegenheit zu geben, sich binnen einer Frist von einer Woche zu äußern.

Berufung gegen die Entscheidung der Behörden und Genossenschaftsorgane.

§. 62.

Gegen den Bescheid der unteren Verwaltungsbehörde, durch welchen der Entschädigungsanspruch aus dem Grunde abgelehnt wird, weil der Betrieb, in welchem der Unfall sich ereignet hat, für nicht unter den §. 1 fallend erachtet wird (§. 59 Abs. 4), steht dem Verletzten und seinen Hinterbliebenen die Beschwerde an das Reichs-Versicherungsamt zu. Dieselbe ist binnen vier Wochen nach der Zustellung des ablehnenden Bescheids bei der unteren Verwaltungsbehörde einzulegen.

Gegen den Bescheid, durch welchen der Entschädigungsanspruch aus einem anderen als dem vorbezeichneten Grunde abgelehnt wird (§. *59* Abs. *3*), sowie gegen den Bescheid, durch welchen die Entschädigung festgestellt wird (§. *61*), findet die Berufung auf schiedsrichterliche Entscheidung statt.

Die Berufung ist bei Vermeidung des Ausschlusses binnen vier Wochen nach der Zustellung des Bescheids bei dem Vorsitzenden desjenigen Schiedsgerichts (§. *47*) zu erheben, in dessen Bezirk der Betrieb, in welchem der Unfall sich ereignet hat, belegen ist.

Der Bescheid muß die Bezeichnung der für die Berufung zuständigen Stelle beziehungsweise des Vorsitzenden des Schiedsgerichts, sowie die Belehrung über die einzuhaltenden Fristen enthalten.

Vorlage.

Abs. 1 Ziffer 1 durch einen Ausschuß des Sektionsvorstandes oder durch eine besondere Kommission oder durch örtliche Beauftragte (Vertrauensmänner), in den Fällen **des Abs. 1** Ziffer 2 durch den Sektionsvorstand oder durch einen Ausschuß des Genossenschafts- **oder Sektions**vorstandes **oder durch besondere Kommissionen** zu bewirken ist.

Vor der Feststellung der Entschädigung ist dem Entschädigungsberechtigten durch Mittheilung der Unterlagen, auf Grund deren dieselbe zu bemessen ist, Gelegenheit zu geben, sich binnen einer Frist von einer Woche zu äußern.

Berufung.

§. 62.

Gegen den Bescheid, durch welchen der Entschädigungsanspruch abgelehnt wird, sowie gegen den Bescheid, durch welchen die Entschädigung festgestellt wird, findet die Berufung auf **schiedsgerichtliche** Entscheidung statt.

Die Berufung ist bei Vermeidung des Ausschlusses **innerhalb eines Monats** nach der Zustellung des Bescheids bei **dem Schiedsgerichte (Gesetz, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, §. 3)** zu erheben, in dessen Bezirke der Betrieb, in welchem der Unfall sich ereignet hat, belegen ist.

Die Frist gilt auch dann als gewahrt, wenn die Berufung bei einer anderen Behörde oder bei einem Genossenschaftsorgan eingegangen ist. Diese haben die Berufungsschrift unverzüglich an das zuständige Schiedsgericht abzugeben.

Der Bescheid muß die Bezeichnung **des** für die Berufung zuständigen **Schiedsgerichts** sowie die Belehrung über die **einzuhaltende Frist** enthalten.

Beschlüsse der Kommission.

Ziffer 1 durch einen Ausschuß des Sektionsvorstandes oder durch besondere Kommissionen oder durch örtliche Beauftragte (Vertrauensmänner), in den Fällen des Abs. 1 Ziffer 2 durch den Sektionsvorstand oder durch einen Ausschuß des Genossenschafts- oder Sektionsvorstandes oder durch besondere Kommissionen zu bewirken ist.

Dem Entschädigungsberechtigten sind die Unterlagen, auf Grund deren die Feststellung der Entschädigung erfolgen soll, durch Vermittlung der unteren Verwaltungsbehörde vorzulegen; diese hat den Entschädigungsberechtigten zu Protokoll zu hören, auf Kosten der Berufsgenossenschaft die ihr erforderlich scheinenden weiteren Ermittlungen vorzunehmen und in jedem Falle auf Antrag den behandelnden Arzt zu hören. Steht der behandelnde Arzt zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältniss, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören. Dem Entschädigungsberechtigten kann gestattet werden, einen Beistand zuzuziehen und im Falle der Behinderung sich durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen.

Die entstandenen Verhandlungen sind der Berufsgenossenschaft zu übersenden. Giebt der Entschädigungsberechtigte keine Erklärung ab, so ist der Berufsgenossenschaft hiervon alsbald Nachricht zu geben.

Berufung.

§. 62.

Gegen den Bescheid, durch welchen der Entschädigungsanspruch abgelehnt wird, sowie gegen den Bescheid, durch welchen die Entschädigung festgestellt wird, findet die Berufung auf schiedsgerichtliche Entscheidung statt.

Die Berufung ist bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb eines Monats nach der Zustellung des Bescheids bei dem Schiedsgerichte (Gesetz, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, §. 3) zu erheben, in dessen Bezirke der Betrieb, in welchem der Unfall sich ereignet hat, belegen ist.

Die Frist gilt auch dann als gewahrt, wenn innerhalb derselben die Berufung bei einer anderen inländischen Behörde oder bei einem Genossenschaftsorgan eingegangen ist. Diese haben die Berufungsschrift unverzüglich an das zuständige Schiedsgericht abzugeben.

Der Bescheid muß die Bezeichnung des für die Berufung zuständigen Schiedsgerichts sowie die Belehrung über die einzuhaltende Frist enthalten.

Beschlüsse des Reichstags.

Ziffer 1 durch einen Ausschuß des Sektionsvorstandes oder durch besondere Kommissionen oder durch örtliche Beauftragte (Vertrauensmänner), in den Fällen des Abs. 1 Ziffer 2 durch den Sektionsvorstand oder durch einen Ausschuß des Genossenschafts- oder Sektionsvorstandes oder durch besondere Kommissionen zu bewirken ist.

* Vor der Feststellung der Entschädigung ist dem Entschädigungsberechtigten durch Mittheilung der Unterlagen, auf Grund deren dieselbe zu bemessen ist, Gelegenheit zu geben, sich binnen einer Frist von einer Woche zu äußern.

** Vor der Feststellung der Entschädigung ist **in jedem Fall der behandelnde Arzt zu hören. Steht der behandelnde Arzt zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältniss, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören.**

Berufung.

§. 62.

Gegen den Bescheid, durch welchen der Entschädigungsanspruch abgelehnt wird, sowie gegen den Bescheid, durch welchen die Entschädigung festgestellt wird, findet die Berufung auf schiedsgerichtliche Entscheidung statt.

Die Berufung ist bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb eines Monats nach der Zustellung des Bescheids bei dem Schiedsgerichte (Gesetz, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, §. 3) zu erheben, in dessen Bezirke der Betrieb, in welchem der Unfall sich ereignet hat, belegen ist.

Die Frist gilt auch dann als gewahrt, wenn innerhalb derselben die Berufung bei einer anderen inländischen Behörde oder bei einem Genossenschaftsorgan eingegangen ist. Diese haben die Berufungsschrift unverzüglich an das zuständige Schiedsgericht abzugeben.

Der Bescheid muß die Bezeichnung des für die Berufung zuständigen Schiedsgerichts sowie die Belehrung über die einzuhaltende Frist enthalten.

---

* Abs. 3 der Regierungsvorlage ist nach dem Antrag Freiherr v. Stumm-Halberg — Nr. 724 der Drucksachen — angenommen.

** Abs. 3 und 4 der Kommissionsbeschlüsse sind durch den handschriftlich angenommenen Antrag Freiherr v. Stumm-Halberg — Nr. 747 der Drucksachen — ersetzt.

Bestehendes Gesetz.	Vorlage.
Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung.	Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung.
	Kapitalabfindungen.
	§. 67.
	Ist bei theilweiser Erwerbsunfähigkeit eine Rente von zwanzig oder weniger Prozent der Vollrente festgestellt, so kann die Berufsgenossenschaft den Entschädigungsberechtigten auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung abfinden. Gegen den Bescheid, durch welchen die Kapitalabfindung festgesetzt wird, ist Berufung (§. 62) zulässig. Das Rechtsmittel hat in diesem Falle aufschiebende Wirkung. Bis zur Entscheidung kann der Antrag zurückgezogen werden. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig.
	Ist der Entschädigungsberechtigte ein Ausländer, so kann er, falls er seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche aufgiebt, mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden. Durch Beschluß des Bundesraths kann diese Bestimmung für bestimmte Grenzgebiete oder für die Angehörigen solcher auswärtiger Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch Unfall verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden.
	Diese Bestimmungen finden auch Anwendung auf solche Renten, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes festgestellt worden sind. Wird eine solche Abfindung im Laufe der ersten drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ausgesprochen, so sind die Berufsgenossenschaften berechtigt, die erforderlichen Mittel aus dem Reservefonds zu entnehmen. Dieser ist dann nach näherer Anordnung des Reichs-Versicherungsamts (§. 10c Abs. *3*) wieder zu ergänzen.
	§. 76a.
	Die Bestände der Berufsgenossenschaften müssen in der durch §§. *1807*, 1808 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Weise angelegt werden.
	Beschränkt sich der Bezirk der Genossenschaft auf einen Bundesstaat, in welchem durch landesgesetzliche Vorschrift Werthpapiere zur Anlegung von Mündelgeldern für geeignet erklärt sind (Artikel 212 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch), oder erstreckt sich ihr Bezirk nur auf Gebiete oder Gebietstheile von Bundesstaaten, in welchen dieselben Werthpapiere zu solcher Anlegung zugelassen sind, so können die Bestände der Genossenschaft auch in diesen Werthpapieren angelegt werden.

Beschlüsse der Kommission.

Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung.

Kapitalabfindungen.

§. 67.

Ist bei theilweiser Erwerbsunfähigkeit eine Rente von zwanzig oder weniger Prozent der Vollrente festgestellt, so kann nach Anhörung der unteren Verwaltungsbehörde die Berufsgenossenschaft den Entschädigungsberechtigten auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung abfinden. Gegen den Bescheid, durch welchen die Kapitalabfindung festgesetzt wird, ist Berufung (§. 62) zulässig. Das Rechtsmittel hat in diesem Falle aufschiebende Wirkung. Bis zur Verkündung der Entscheidung kann der Antrag zurückgezogen werden. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig. Sie kann nur auf Bestätigung oder auf Aufhebung des Bescheids lauten.

Ist der Entschädigungsberechtigte ein Ausländer, so kann er, falls er seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche aufgiebt, auf seinen Antrag mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden. Durch Beschluß des Bundesraths kann diese Bestimmung für bestimmte Grenzgebiete oder für die Angehörigen solcher auswärtiger Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch Unfall verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden.

Diese Bestimmungen finden auch Anwendung auf solche Renten, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes festgestellt worden sind. Wird eine solche Abfindung im Laufe der ersten drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ausgesprochen, so sind die Berufsgenossenschaften berechtigt, die erforderlichen Mittel aus dem Reservefonds zu entnehmen. Dieser ist dann nach näherer Anordnung des Reichs-Versicherungsamts (§. 10c Abs. *2*) wieder zu ergänzen.

§. 76a.

Die Bestände der Berufsgenossenschaften müssen in der durch §§. *1806* bis 1808 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Weise angelegt werden.

Ausserdem dürfen dieselben in Werthpapieren, welche nach landesgesetzlichen Vorschriften zur Anlegung von Mündelgeldern zugelassen sind, sowie auf Beschluss der Genossenschaftsversammlung in solchen auf den Inhaber lautenden Pfandbriefen deutscher Hypotheken-Aktien-Banken angelegt werden, welche die Reichsbank in Klasse I beleiht.

Beschlüsse des Reichstags.

Die Berufung hat, * **ausgenommen im Falle des §. 7a,** keine aufschiebende Wirkung.

Kapitalabfindungen.

§. 67.

Ist bei theilweiser Erwerbsunfähigkeit eine Rente von zwanzig oder weniger Prozent der Vollrente festgestellt, so kann nach Anhörung der unteren Verwaltungsbehörde die Berufsgenossenschaft den Entschädigungsberechtigten auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung abfinden. Gegen den Bescheid, durch welchen die Kapitalabfindung festgesetzt wird, ist Berufung (§. 62) zulässig. Das Rechtsmittel hat in diesem Falle aufschiebende Wirkung. Bis zur Verkündung der Entscheidung kann der Antrag zurückgezogen werden. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig. Sie kann nur auf Bestätigung oder auf Aufhebung des Bescheids lauten. ** **Der Verletzte muss vor Annahme seines Antrags darüber belehrt werden, dass er nach der Abfindung auch in dem Falle keinerlei Anspruch auf Rente mehr habe, wenn sein Zustand sich erheblich verschlechtern würde.**

Ist der Entschädigungsberechtigte ein Ausländer, so kann er, falls er seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche aufgiebt, auf seinen Antrag mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden. Durch Beschluß des Bundesraths kann diese Bestimmung für bestimmte Grenzgebiete oder für die Angehörigen solcher auswärtiger Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch Unfall verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden.

Diese Bestimmungen finden auch Anwendung auf solche Renten, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes festgestellt worden sind. Wird eine solche Abfindung im Laufe der ersten drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ausgesprochen, so sind die Berufsgenossenschaften berechtigt, die erforderlichen Mittel aus dem Reservefonds zu entnehmen. Dieser ist dann nach näherer Anordnung des Reichs-Versicherungsamts (§. 10c Abs. *2*) wieder zu ergänzen.

§. 76a.

Die Bestände der Berufsgenossenschaften müssen in der durch §§. *1806* bis 1808 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Weise angelegt werden.

Ausserdem dürfen dieselben in Werthpapieren, welche nach landesgesetzlichen Vorschriften zur Anlegung von Mündelgeldern zugelassen sind, sowie*** in solchen auf den Inhaber lautenden Pfandbriefen deutscher Hypotheken-Aktien-Banken angelegt werden, welche die Reichsbank in Klasse I beleiht.

* Zusatz in Folge Annahme des Antrags Dr. Opfergelt — Nr. 741 der Drucksachen —.

** Zusatz nach dem Antrage Albrecht und Genossen — Nr. 728 Ziffer 26b der Drucksachen — angenommen.

*** Hier sind die von der Kommission vorgeschlagenen Worte: „auf Beschluss der Genossenschaftsversammlung" in getrennter Abstimmung gestrichen.

Bestehendes Gesetz.

Ueberwachung der Betriebe.

§. 82.

Die Genossenschaften sind befugt, durch Beauftragte die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen, von den Einrichtungen der Betriebe, soweit sie für die Zugehörigkeit zur Genossenschaft oder für die Einschätzung in den Gefahrentarif von Bedeutung sind, Kenntniß zu nehmen und behufs Prüfung der von den Betriebsunternehmern auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Bestimmungen eingereichten Arbeiter- und Lohnnachweisungen diejenigen Geschäftsbücher und Listen einzusehen, aus welchen die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Beamten und die Beträge der verdienten Löhne und Gehälter ersichtlich werden.

Die einer Genossenschaft angehörenden Betriebsunternehmer sind verpflichtet, den als solchen legitimirten Beauftragten der betheiligten Genossenschaft auf Erfordern den Zutritt zu ihren Betriebsstätten während der Betriebszeit zu gestatten und die bezeichneten Bücher und Listen an Ort und Stelle zur Einsicht vorzulegen. Sie können hierzu, vorbehaltlich der Bestimmungen des §. 83, auf Antrag der Beauftragten von der unteren Verwaltungsbehörde durch Geldstrafen im Betrage bis zu dreihundert Mark angehalten werden.

§. 96.

Diejenigen Betriebsunternehmer, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Auf-

Vorlage.

Erstreckt sich der Bezirk einer Genossenschaft auf Gebiete oder Gebietstheile mehrerer Bundesstaaten, in denen auf Grund des Artikels 212 a. a. O. nicht dieselben Werthpapiere zur Anlegung zugelassen sind, so darf die Anlegung in den für Theile des Genossenschaftsbezirkes hiernach zugelassenen Werthpapieren dann erfolgen, wenn die Zentralbehörden derjenigen Bundesstaaten, auf welche sich der Bezirk der Genossenschaft erstreckt, zustimmen. Wird eine Einigung nicht erzielt, so kann der Bundesrath genehmigen, daß das Vermögen der Genossenschaft in solchen Werthpapieren bis zu demjenigen Betrag angelegt wird, welcher für das letzte Geschäftsjahr dem Verhältnisse der Mitgliederbeiträge aus dem die Werthpapiere zulassenden Bundesstaate zu den gesammten Beiträgen der Genossenschaftsmitglieder entspricht. Die Zustimmung sowie die Genehmigung kann zurückgenommen werden.

Ueberwachung der Betriebe.

§. 82.

Die Genossenschaften sind befugt, durch Beauftragte die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen, von den Einrichtungen der Betriebe, soweit sie für die Zugehörigkeit zur Genossenschaft oder für die Einschätzung in den Gefahrentarif von Bedeutung sind, Kenntniß zu nehmen und behufs Prüfung der von den Betriebsunternehmern auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Bestimmungen eingereichten Arbeiter- und Lohnnachweisungen diejenigen Geschäftsbücher und Listen einzusehen, aus welchen die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Beamten und die Beträge der verdienten Löhne und Gehälter ersichtlich werden.

Die einer Genossenschaft angehörenden Betriebsunternehmer sind verpflichtet, den als solchen legitimirten Beauftragten der betheiligten Genossenschaft auf Erfordern den Zutritt zu ihren Betriebsstätten während der Betriebszeit zu gestatten und die bezeichneten Bücher und Listen an Ort und Stelle zur Einsicht vorzulegen. Sie können hierzu, vorbehaltlich der Bestimmungen des §. 83, auf Antrag der Beauftragten von der unteren Verwaltungsbehörde durch Geldstrafen im Betrage bis zu dreihundert Mark angehalten werden.

§. 96.

Diejenigen Betriebsunternehmer, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Auf-

Beschlüsse der Kommission.

Ueberwachung der Betriebe.

§. 82.

Die Genossenschaften sind verpflichtet, für die Durchführung der gemäss §. 78 erlassenen Unfallverhütungsvorschriften Sorge zu tragen. Sie sind befugt, durch technische Aufsichtsbeamte die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen und von den Einrichtungen der Betriebe, soweit sie für die Zugehörigkeit zur Genossenschaft oder für die Einschätzung in den Gefahrentarif von Bedeutung sind, Kenntniß zu nehmen. Sie sind ferner befugt, durch Rechnungsbeamte behufs Prüfung der von den Betriebsunternehmern auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Bestimmungen eingereichten Arbeiter- und Lohnnachweisungen diejenigen Geschäftsbücher und Listen einzusehen, aus welchen die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Beamten und die Beträge der verdienten Gehälter und Löhne ersichtlich werden.

Die einer Genossenschaft angehörenden Betriebsunternehmer sind verpflichtet, den als solchen legitimirten technischen Aufsichtsbeamten der betheiligten Genossenschaft auf Erfordern den Zutritt zu ihren Betriebsstätten während der Betriebszeit zu gestatten und den Rechnungsbeamten die bezeichneten Bücher und Listen an Ort und Stelle zur Einsicht vorzulegen. Sie können hierzu, vorbehaltlich der Bestimmungen des §. 83 auf Antrag der technischen Aufsichtsbeamten oder der Rechnungsbeamten von der unteren Verwaltungsbehörde durch Geldstrafen im Betrage bis zu dreihundert Mark angehalten werden.

§. 96.

Diejenigen Betriebsunternehmer, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Auf-

Beschlüsse des Reichstags.

Ueberwachung der Betriebe.

§. 82.

Die Genossenschaften sind verpflichtet, für die Durchführung der gemäss §. 78 erlassenen Unfallverhütungsvorschriften Sorge zu tragen. Sie sind befugt, durch technische Aufsichtsbeamte die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen und von den Einrichtungen der Betriebe, soweit sie für die Zugehörigkeit zur Genossenschaft oder für die Einschätzung in den Gefahrentarif von Bedeutung sind, Kenntniß zu nehmen. Sie sind ferner befugt, durch Rechnungsbeamte behufs Prüfung der von den Betriebsunternehmern auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Bestimmungen eingereichten Arbeiter- und Lohnnachweisungen diejenigen Geschäftsbücher und Listen einzusehen, aus welchen die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Beamten und die Beträge der verdienten Gehälter und Löhne ersichtlich werden.

*** Die Funktionen des technischen Aufsichtsbeamten und des Rechnungsbeamten können in einer Person vereinigt werden.**

Die einer Genossenschaft angehörenden Betriebsunternehmer sind verpflichtet, den als solchen legitimirten technischen Aufsichtsbeamten der betheiligten Genossenschaft auf Erfordern den Zutritt zu ihren Betriebsstätten während der Betriebszeit zu gestatten und den Rechnungsbeamten die bezeichneten Bücher und Listen an Ort und Stelle zur Einsicht vorzulegen. Sie können hierzu, vorbehaltlich der Bestimmungen des §. 83 auf Antrag der technischen Aufsichtsbeamten oder der Rechnungsbeamten von der unteren Verwaltungsbehörde durch Geldstrafen im Betrage bis zu dreihundert Mark angehalten werden.

§. 96.

Diejenigen Betriebsunternehmer, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Auf-

* Absatz 2 ist nach einem handschriftlichen Antrage des Freiherrn von Stumm-Halberg angenommen.

Bestehendes Gesetz.

wendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, vom 15. Juni 1883 (Reichs-Gesetzbl. S. 73) von den Genossenschaften oder Krankenkassen gemacht worden sind.

In gleicher Weise haftet als Betriebsunternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

Zuständige Landesbehörden. Verwaltungsexekution.

§. 109.

Die Zentralbehörden der Bundesstaaten bestimmen, von welchen Staats- oder Gemeindebehörden die in diesem Gesetze den höheren Verwaltungsbehörden, den unteren Verwaltungsbehörden und den Ortspolizeibehörden zugewiesenen Verrichtungen wahrzunehmen sind und zu welchen Kassen die in §§. 11 Abs. 3, 35, Abs. 2, 82 Abs. 2 und 85 Abs. 2 bezeichneten Strafen fließen. Diese, sowie die auf Grund der §§. 49 Abs. 3, 103 bis 105 erkannten Strafen, desgleichen die von den Vorständen der Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen verhängten Strafen (§. 80 Abs. 1) werden in derselben Weise beigetrieben, wie Gemeindeabgaben.

Die von den Zentralbehörden der Bundesstaaten in Gemäßheit vorstehender Vorschrift erlassenen Bestimmungen sind durch den Deutschen Reichsanzeiger bekannt zu machen.

Vorlage.

wendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des **Krankenversicherungsgesetzes** von den Genossenschaften oder Krankenkassen gemacht worden sind.

In gleicher Weise haftet als Betriebsunternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

Zuständige Landesbehörden.

§. 109.

Die Zentralbehörden der Bundesstaaten bestimmen, von welchen Staats- oder Gemeindebehörden die in diesem Gesetze den höheren Verwaltungsbehörden, den unteren Verwaltungsbehörden und den Ortspolizeibehörden zugewiesenen Verrichtungen wahrzunehmen sind.

Die in Gemäßheit **dieser** Vorschrift erlassenen Bestimmungen sind durch den Reichsanzeiger bekannt zu machen.

Beschlüsse der Kommission.

wendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Krankenversicherungsgesetzes von den Genossenschaften, Gemeinden (§. 8 Abs. 1) oder Krankenkassen gemacht worden sind.

In gleicher Weise haftet als Betriebsunternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

Zuständige Landesbehörden.

§. 109.

Die Zentralbehörden der Bundesstaaten bestimmen, von welchen Staats- oder Gemeindebehörden die in diesem Gesetze den höheren Verwaltungsbehörden, den unteren Verwaltungsbehörden und den Ortspolizeibehörden zugewiesenen Verrichtungen wahrzunehmen sind.

Die in Gemäßheit dieser Vorschrift erlassenen Bestimmungen sind durch den Reichsanzeiger bekannt zu machen.

Die höhere Verwaltungsbehörde kann bestimmte Gemeindebehörden als untere Verwaltungsbehörde im Sinne des §. 57 Abs. 3 bezeichnen und mit der Wahrnehmung der dort vorgesehenen Geschäfte betrauen.

Beschlüsse des Reichstags.

wendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Krankenversicherungsgesetzes von den Genossenschaften, Gemeinden, ***Armenverbänden, Krankenkassen *und sonstigen Unterstützungskassen** (§. 8 Abs. 1) gemacht worden sind.

In gleicher Weise haftet als Betriebsunternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

Zuständige Landesbehörden.

§. 109.

Die Zentralbehörden der Bundesstaaten bestimmen, von welchen Staats- oder Gemeindebehörden die in diesem Gesetze den höheren Verwaltungsbehörden, den unteren Verwaltungsbehörden und den Ortspolizeibehörden zugewiesenen Verrichtungen wahrzunehmen sind.

Die in Gemäßheit dieser Vorschrift erlassenen Bestimmungen sind durch den Reichsanzeiger bekannt zu machen.

**

* Die Aenderungen sind nach dem Antrage Freiherr v. Richthofen-Damsdorf — Nr. 741,1 der Drucksachen — beschlossen.

** Absatz 8 der Kommissionsbeschlüsse ist nach dem Antrage Freiherr v. Richthofen-Damsdorf — Nr. 747,2 der Drucksachen — gestrichen.

Berlin, den 10. Mai 1900.

Nr.

Zusammenstellung des Entwurfs eines Unfall

— Nr. 523, 703b und Zu Nr. 703b der Drucksachen mit

In allen Theilen unverändert nach den Beschlüssen der XXI. Kommission in — Zweite Berathung ckr.

Bestehendes Gesetz.

Gesetz,

betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen.

Vom 5. Mai 1886.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen 2c.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

A. Unfallversicherung.

I. Allgemeine Bestimmungen.

Umfang der Versicherung.

§. 1.

Alle in land- oder forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten, letztere sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt zweitausend Mark nicht übersteigt, werden gegen die Folgen der bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes versichert.

Dasselbe gilt von Arbeitern und Betriebsbeamten in land- und forstwirthschaftlichen, nicht unter §. 1 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 (Reichs-Gesetzbl. S. 69) fallenden Nebenbetrieben.

Vorlage.

Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirthschaft.

I. Allgemeine Bestimmungen.

Umfang der Versicherung.

§. 1.

Alle in land- oder forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten, letztere sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt zweitausend Mark nicht übersteigt, werden gegen die Folgen der bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes versichert.

Dasselbe gilt von Arbeitern und Betriebsbeamten in land- **oder** forstwirthschaftlichen Nebenbetrieben, **soweit sie** nicht unter §. 1 **Abs. 1 Ziffer 1 und 2 oder unter §. 1a** des **Gewerbe**-Unfallversicherungsgesetzes **fallen. Durch das Genossenschaftsstatut (§. 22) kann bestimmt werden, daß die Versicherung auch bei den letzteren Nebenbetrieben nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes zu erfolgen hat, wenn in diesen Nebenbetrieben überwiegend land- und forstwirthschaftliche Arbeiter beschäftigt werden. Wenn das Statut eine solche Bestimmung enthält, so scheiden mit dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens die davon betroffenen Nebenbetriebe aus der Versicherung bei der Berufsgenossenschaft des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes aus.**

* Aenderungen gegen die Kommissions-Beschlüsse sind mit fettem Druck in lateinischer Schrift bezeichnet.

773 b.*

versicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft

den Beschlüssen des Reichstags in zweiter Berathung. —

Zu Nr. 703b der Drucksachen — jedoch mit Ausnahme der folgenden Paragraphen.
192. und 193. Sitzung.

Beschlüsse der Kommission.

Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirthschaft.

I. Allgemeine Bestimmungen.

Umfang der Versicherung.

§. 1.

Alle in land- oder forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten, letztere sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Gehalt oder Lohn dreitausend Mark nicht übersteigt, werden gegen die Folgen der bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes versichert.

Dasselbe gilt von Arbeitern oder Betriebsbeamten in land- oder forstwirthschaftlichen Nebenbetrieben, insbesondere bei solchen, in welchen, ohne dass sie als Fabriken (§. 1 Abs. 1 Ziffer 1, §. 1a Abs. *3, 4* des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes) anzusehen sind, Dampfkessel oder durch elementare Kraft (Wind, Wasser, Dampf, Gas, heisse Luft, Elektrizität u. s. w.) oder durch thierische Kraft bewegte Triebwerke zur Verwendung kommen (Motorbetriebe), sowie bei solchen Anlagen, für welche nur vorübergehend eine nicht zur Betriebsanlage gehörende Kraftmaschine benutzt wird.

Die in Verbindung mit der Landwirthschaft betriebenen Fabriken (§. *1* Abs. *1* Ziffer *1*, §. *1a* Abs. *3*, *4* a. a. O.) und sonstigen in §. *1* Abs. *1* Ziffer *1*, *2* a. a. O. aufgeführten Betriebe gelten nicht als land- oder forstwirthschaftliche Nebenbetriebe im Sinne dieses Gesetzes.

Beschlüsse des Reichstags.

Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirthschaft.

I. Allgemeine Bestimmungen.

Umfang der Versicherung.

§. 1.

Alle in land- oder forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten, letztere sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Gehalt oder Lohn dreitausend Mark nicht übersteigt, werden gegen die Folgen der bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes versichert.

*Dasselbe gilt **mit den aus Abs. 3 Ziffer 1, 2 sich ergebenden Ausnahmen** von Arbeitern und Betriebsbeamten **in solchen Unternehmungen, welche der Unternehmer eines land- oder forstwirthschaftlichen Betriebs neben seiner Land- oder Forstwirthschaft, aber in wirthschaftlicher Abhängigkeit von derselben betreibt** (land- oder forstwirthschaftliche Nebenbetriebe). **Hierzu sind insbesondere solche Betriebe zu rechnen, welche ausschliesslich oder vorzugsweise bestimmt sind**

1. **zur weiteren Bearbeitung oder Verarbeitung von Erzeugnissen der Land- oder Forstwirthschaft des Unternehmers,**
2. **oder zur Befriedigung von Bedürfnissen seiner Land- oder Forstwirthschaft,**
3. **oder zur Gewinnung oder Verarbeitung von Bodenbestandtheilen seines Grundstücks.**

Unter dieses Gesetz fallen nicht

1. **Bergwerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Werften, Bauhöfe, Hüttenwerke, sowie Betriebe, in denen Explosivstoffe oder explodirende Gegenstände gewerbsmässig erzeugt werden,**
2. **solche Betriebe, welche nach näherer Bestimmung des Reichs-Versicherungsamts wegen ihres erheblichen Umfangs oder wegen besonderer maschineller Einrichtungen oder wegen der Zahl der verwendeten gewerblichen Arbeiter den unter das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz fallenden Fabriken zuzurechnen sind.**

* Absätze 2 und 3 nach den Anträgen Gamp — Nr. 749₁, Nr. 774 — und v. Waldow und Reitzenstein Nr. 763 A I der Drucksachen — angenommen.

Bestehendes Gesetz.

§. 1 Abs. 3 des Gesetzes, betreffend die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen. Vom 11. Juli 1887 (Reichs-Gesetzbl. S. 287).

Die laufenden Reparaturen an den zum Betriebe der Land- und Forstwirthschaft dienenden Gebäuden und die zum Wirthschaftsbetriebe gehörenden Bodenkultur- und sonstigen Bauarbeiten, insbesondere die diesem Zwecke dienende Herstellung oder Unterhaltung von Wegen, Dämmen, Kanälen und Wasserläufen, gelten als Theile des land- und forstwirthschaftlichen Betriebs, wenn sie von Unternehmern land- und forstwirthschaftlicher Betriebe ohne Uebertragung an andere Unternehmer auf ihren Grundstücken ausgeführt werden.

Der Landesgesetzgebung bleibt überlassen, zu bestimmen, in welchem Umfang und unter welchen Voraussetzungen Unternehmer der unter Abs. 1 fallenden Betriebe versichert, oder Familienangehörige, welche in dem Betriebe des Familienhaupts beschäftigt werden, von der Versicherung ausgeschlossen sein sollen.

Wer im Sinne dieses Gesetzes als Betriebsbeamter anzusehen ist, wird durch statutarische Bestimmung der Berufsgenossenschaft (§. 13) für ihren Bezirk festgestellt.

Als landwirthschaftlicher Betrieb im Sinne dieses Gesetzes gilt auch der Betrieb der Kunst- und Handelsgärtnerei, dagegen nicht die ausschließliche Bewirthschaftung von Haus- und Ziergärten.

Welche Betriebszweige im Sinne dieses Gesetzes als land- oder forstwirthschaftliche Betriebe anzusehen sind, entscheidet im Zweifelsfalle das Reichs-Versicherungsamt.

Bei Berechnung der Rente für Arbeiter sowie für andere von dem Betriebsunternehmer nach Maßgabe des §. 2 versicherte Personen, soweit dieselben nicht Betriebsbeamte sind, gilt als Arbeitsverdienst derjenige Jahresarbeitsverdienst, welchen land- und forstwirthschaft-

Vorlage.

Die laufenden Reparaturen an den zum Betriebe der Land- und Forstwirthschaft dienenden Gebäuden und die zum Wirthschaftsbetriebe gehörenden Bodenkultur- und sonstigen Bauarbeiten, insbesondere die diesem Zwecke dienende Herstellung oder Unterhaltung von Wegen, Dämmen, Kanälen und Wasserläufen gelten als Theile des land- und forstwirthschaftlichen Betriebs, wenn sie von Unternehmern land- und forstwirthschaftlicher Betriebe ohne Uebertragung an andere Unternehmer auf ihren Grundstücken ausgeführt werden. **Die kraft öffentlich-rechtlicher Verpflichtung von Unternehmern land- oder forstwirthschaftlicher Betriebe für Gemeindezwecke geleisteten Arbeiten zur Herstellung oder Unterhaltung von Wegen, Kanälen, Dämmen und Wasserläufen werden den land- oder forstwirthschaftlichen Betrieben dieser Unternehmer zugerechnet.**

Der Landesgesetzgebung bleibt überlassen, zu bestimmen, in welchem Umfang und unter welchen Voraussetzungen Unternehmer der unter Abs. 1 fallenden Betriebe versichert, oder Familienangehörige, welche in dem Betriebe des Familienhaupts beschäftigt werden, von der Versicherung ausgeschlossen sein sollen.

Wer im Sinne dieses Gesetzes als Betriebsbeamter anzusehen ist, wird durch statutarische Bestimmung der Berufsgenossenschaft (§. 13) für ihren Bezirk festgestellt.

Als landwirthschaftlicher Betrieb im Sinne dieses Gesetzes gilt auch der Betrieb der Kunst- und Handelsgärtnerei, dagegen nicht die ausschließliche Bewirthschaftung von Haus- und Ziergärten.

Welche Betriebszweige im Sinne dieses Gesetzes als land- oder forstwirthschaftliche Betriebe anzusehen sind, entscheidet im Zweifelsfalle das Reichs-Versicherungsamt.

§. 1a.

Die Versicherung erstreckt sich auf häusliche und andere Dienste, zu denen versicherte Personen neben der Beschäftigung im Betriebe von ihren Arbeitgebern oder von deren Beauftragten herangezogen werden. Durch Statut kann die Versicherung auch für Betriebsunternehmer auf die mit der Landwirthschaft in Zusammenhang stehenden hauswirthschaftlichen Verrichtungen ausgedehnt werden.

§. 6a.

Bei Berechnung der Rente für Arbeiter sowie für andere nach Maßgabe des §. 2 versicherte Personen, soweit dieselben nicht Beamte sind, gilt als Arbeitsverdienst derjenige Jahresarbeitsverdienst, welchen land- **oder** forstwirthschaftliche Arbeiter am Orte der Beschäftigung

Beschlüsse der Kommission.

Die laufenden Reparaturen an den zum Betriebe der Land- und Forstwirthschaft dienenden Gebäuden und die zum Wirthschaftsbetriebe gehörenden Bodenkultur- und sonstigen Bauarbeiten, insbesondere die diesem Zwecke dienende Herstellung oder Unterhaltung von Wegen, Dämmen, Kanälen und Wasserläufen gelten als Theile des land- und forstwirthschaftlichen Betriebs, wenn sie von Unternehmern land- oder forstwirthschaftlicher Betriebe ohne Uebertragung an andere Unternehmer auf ihren Grundstücken ausgeführt werden. Die kraft öffentlich-rechtlicher Verpflichtung von Unternehmern land- oder forstwirthschaftlicher Betriebe für Gemeindezwecke geleisteten Arbeiten zur Herstellung oder Unterhaltung von Wegen, Kanälen, Dämmen und Wasserläufen werden den land- oder forstwirthschaftlichen Betrieben dieser Unternehmer zugerechnet.

Der Landesgesetzgebung bleibt überlassen, zu bestimmen, in welchem Umfang und unter welchen Voraussetzungen Unternehmer der unter Abs. 1 fallenden Betriebe versichert, oder Familienangehörige, welche in dem Betriebe des Familienhaupts beschäftigt werden, von der Versicherung ausgeschlossen sein sollen.

Wer im Sinne dieses Gesetzes als Betriebsbeamter oder als eine solche Person anzusehen ist, welche eine besondere, eine technische Vorbildung erfordernde Stellung einnimmt (Förster, Gärtner, Müller, Ziegelmeister, Stellmacher, Schmiede und andere Facharbeiter), wird durch statutarische Bestimmung der Berufsgenossenschaft (§. 13) für ihren Bezirk festgestellt.

Als landwirthschaftlicher Betrieb im Sinne dieses Gesetzes gilt auch der Betrieb der Kunst- und Handelsgärtnerei, dagegen nicht die ausschließliche Bewirthschaftung von Haus- und Ziergärten.

Welche Betriebszweige im Sinne dieses Gesetzes als land- oder forstwirthschaftliche Betriebe anzusehen sind, bestimmt das Reichs-Versicherungsamt.

§. 1a.

Durch das Genossenschaftsstatut kann die Versicherung erstreckt werden

1. auf hauswirthschaftliche Verrichtungen und andere Dienste, zu denen die auf Grund dieses Gesetzes versicherten Personen neben der Beschäftigung in dem land- oder forstwirthschaftlichen Betriebe und in dessen Nebenbetrieben von dem Arbeitgeber oder dessen Beauftragten herangezogen werden. Auf Dienste in anderen Betrieben darf diese Bestimmung nicht erstreckt werden;
2. auf die mit der Landwirthschaft im Zusammenhange stehenden hauswirthschaftlichen Verrichtungen von Betriebsunternehmern.

§. 6a.

Entw. a Abs. 1 Bei Berechnung der Rente für Betriebsbeamte und die übrigen im §. 1 Abs. 6 bezeichneten Personen ist der Jahresarbeitsverdienst zu Grunde zu legen, welchen der Verletzte in dem Betriebe, in welchem der Unfall sich ereignete, während des letzten Jahres bezogen hat.

Beschlüsse des Reichstags.

Die laufenden Reparaturen an den zum Betriebe der Land- und Forstwirthschaft dienenden Gebäuden und die zum Wirthschaftsbetriebe gehörenden Bodenkultur- und sonstigen Bauarbeiten, insbesondere die diesem Zwecke dienende Herstellung oder Unterhaltung von Wegen, Dämmen, Kanälen und Wasserläufen gelten als Theile des land- und forstwirthschaftlichen Betriebs, wenn sie von Unternehmern land- oder forstwirthschaftlicher Betriebe ohne Uebertragung an andere Unternehmer auf ihren Grundstücken ausgeführt werden. Die kraft öffentlich-rechtlicher Verpflichtung von Unternehmern land- oder forstwirthschaftlicher Betriebe für Gemeindezwecke geleisteten Arbeiten zur Herstellung oder Unterhaltung von ***Gebäuden**, Wegen, Kanälen, Dämmen und Wasserläufen werden den land- oder forstwirthschaftlichen Betrieben dieser Unternehmer zugerechnet.

Der Landesgesetzgebung bleibt überlassen, zu bestimmen, in welchem Umfang und unter welchen Voraussetzungen Unternehmer der unter Abs. 1 fallenden Betriebe versichert, oder Familienangehörige, welche in dem Betriebe des Familienhaupts beschäftigt werden, von der Versicherung ausgeschlossen sein sollen.

Wer im Sinne dieses Gesetzes als Betriebsbeamter oder als eine solche Person anzusehen ist, welche eine besondere, eine technische Vorbildung erfordernde Stellung einnimmt (Förster, Gärtner, Müller, Ziegelmeister, Stellmacher, Schmiede und andere Facharbeiter), wird durch statutarische Bestimmung der Berufsgenossenschaft (§. 13) für ihren Bezirk festgestellt.

Als landwirthschaftlicher Betrieb im Sinne dieses Gesetzes gilt auch der Betrieb der Kunst- und Handelsgärtnerei, dagegen nicht die ausschließliche Bewirthschaftung von Haus- und Ziergärten.

Welche Betriebszweige im Sinne dieses Gesetzes als land- oder forstwirthschaftliche Betriebe anzusehen sind, bestimmt das Reichs-Versicherungsamt.

§. 1a.**

Die Versicherung erstreckt sich auf hauswirthschaftliche Verrichtungen und andere Dienste, zu denen die auf Grund dieses Gesetzes versicherten Personen, **die hauptsächlich in der Land- oder Forstwirthschaft oder in deren Nebenbetrieben beschäftigt werden,** von dem Arbeitgeber oder dessen Beauftragten herangezogen werden. **Durch Statut kann die Versicherung für Betriebsunternehmer, die hauptsächlich in der Land- oder Forstwirthschaft beschäftigt sind,** auf die mit der Land- oder Forstwirthschaft im Zusammenhang stehenden hauswirthschaftlichen Verrichtungen erstreckt werden.

§. 6a.

Bei Berechnung der Rente für Betriebsbeamte und die übrigen im §. 1 Abs. 6 bezeichneten Personen, *****sowie für die sonstigen Arbeiter, welche hauptsächlich in Nebenbetrieben (§. 1 Abs. 2) beschäftigt sind,** ist der Jahresarbeitsverdienst zu Grunde zu legen,

* Das Wort: „Gebäuden" ist nach dem Antrage v. Waldow und Reitzenstein — Nr. 763B der Drucksachen — zugesetzt worden.

** §. 1a ist nach dem Antrage Broekmann und Genossen — Nr. 777 der Drucksachen — angenommen.

*** Nach dem **handschriftlichen** Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 780 der Drucksachen — eingefügt.

Bestehendes Gesetz.

liche Arbeiter am Orte der Beschäftigung durch land- und forstwirthschaftliche, sowie durch anderweite Erwerbsthätigkeit durchschnittlich erzielen. Der Betrag dieses durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes wird durch die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Gemeindebehörde je besonders für männliche und weibliche, für jugendliche und erwachsene Arbeiter festgesetzt. Die Festsetzung kann je besonders für die landwirthschaftlichen und die forstwirthschaftlichen Arbeiter erfolgen. Die für verletzte jugendliche Arbeiter festgesetzte Rente ist vom vollendeten sechzehnten Lebensjahre des Verletzten ab auf den nach dem Arbeitsverdienst Erwachsener zu berechnenden Betrag zu erhöhen.

§.6a Abs. 2. Bei Berechnung der Rente für Betriebsbeamte ist der Jahresarbeitsverdienst (§. 3 Abs. 1) zu Grunde zu legen, welchen der Verletzte in dem Betrieb, in welchem der Unfall sich ereignete, während des letzten Jahres bezogen hat. Uebersteigt dieser Jahresarbeitsverdienst für den Arbeitstag, das Jahr zu dreihundert Arbeitstagen gerechnet, vier Mark, so ist der überschießende Betrag nur mit einem Drittel anzurechnen. War der Betriebsbeamte in diesem Betriebe nicht ein volles Jahr, von dem Tage des Unfalls zurückgerechnet, beschäftigt, so ist der Betrag zu Grunde zu legen, welchen während dieses Zeitraums Betriebsbeamte derselben Art in demselben Betrieb oder in benachbarten gleichartigen Betrieben durchschnittlich bezogen haben. Erreicht der Jahresarbeitsverdienst des verletzten Betriebsbeamten das Dreihundertfache des nach Maßgabe des §. 8 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 (Reichs-Gesetzbl. S. 73) für den Beschäftigungsort festgesetzten ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiter nicht, so ist das Dreihundertfache dieses ortsüblichen Tagelohns der Berechnung zu Grunde zu legen.

§.6a Abs. 3. Bei Berechnung der Rente für versicherte Betriebsunternehmer ist der nach Abs. *3* für den Sitz des Betriebs festgestellte durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirthschaftlicher Arbeiter zu Grunde zu legen, sofern nicht durch das Statut (§. 22) hiervon abweichende Bestimmungen getroffen werden. Uebersteigt der Jahresarbeitsverdienst für den Arbeitstag, das Jahr zu dreihundert Arbeitstagen gerechnet, vier Mark, so ist der überschießende Betrag nur mit einem Drittel anzurechnen.

§.6a Abs. 4. Wenn der Verletzte zur Zeit des Unfalls bereits theilweise erwerbsunfähig war und deshalb einen geringeren als den durchschnittlichen Arbeitsverdienst bezog, so wird die Rente nur nach dem Maße der durch den Unfall eingetretenen weiteren Schmälerung der Erwerbsfähigkeit bemessen. War der Verletzte zur Zeit des Unfalls bereits völlig erwerbsunfähig, so beschränkt sich der zu leistende Schadensersatz auf die im §. *6* Abs. 1 Ziffer 1 angegebenen Kosten des Heilverfahrens.

Vorlage.

(§. 10a) durch land- **oder** forstwirthschaftliche sowie durch anderweite Erwerbsthätigkeit durchschnittlich erzielen. Der Betrag dieses durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes wird durch die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Gemeindebehörde je besonders für männliche und weibliche, für jugendliche und erwachsene Arbeiter festgesetzt. Die Festsetzung kann je besonders für die landwirthschaftlichen und die forstwirthschaftlichen Arbeiter erfolgen. Die für verletzte jugendliche Arbeiter festgesetzte Rente ist vom vollendeten sechzehnten Lebensjahre des Verletzten ab auf den nach dem Arbeitsverdienst Erwachsener zu berechnenden Betrag zu erhöhen.

Bei Berechnung der Rente für Betriebsbeamte ist der Jahresarbeitsverdienst (§. 3) zu Grunde zu legen, welchen der Verletzte in dem Betrieb, in welchem der Unfall sich ereignete, während des letzten Jahres bezogen hat. Uebersteigt dieser Jahresarbeitsverdienst für den Arbeitstag, das Jahr zu dreihundert Arbeitstagen gerechnet, vier Mark, so ist der überschießende Betrag nur mit einem Drittel anzurechnen. War der Betriebsbeamte in diesem Betriebe nicht ein volles Jahr, von dem Tage des Unfalls zurückgerechnet, beschäftigt, so ist der Betrag zu Grunde zu legen, welchen während dieses Zeitraums Betriebsbeamte derselben Art in demselben Betrieb oder in benachbarten gleichartigen Betrieben durchschnittlich bezogen haben. **Ist dies nicht möglich, so ist der dreihundertfache Betrag desjenigen Tagesarbeitsverdienstes zu Grunde zu legen, welchen der Verletzte während der Dauer der Beschäftigung im Betrieb im Durchschnitte bezogen hat.** Erreicht der Jahresarbeitsverdienst des verletzten Betriebsbeamten das Dreihundertfache des nach Maßgabe des §. 8 des Krankenversicherungsgesetzes für den Beschäftigungsort festgesetzten ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiter nicht, so ist das Dreihundertfache dieses ortsüblichen Tagelohns der Berechnung zu Grunde zu legen.

Bei Berechnung der Rente für versicherte Betriebsunternehmer ist der nach Abs. *1* für den Sitz des Betriebs festgestellte durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst land- **oder** forstwirthschaftlicher Arbeiter zu Grunde zu legen, sofern nicht durch das Statut (§. 22) hiervon abweichende Bestimmungen getroffen werden. Uebersteigt der Jahresarbeitsverdienst für den Arbeitstag, das Jahr zu dreihundert Arbeitstagen gerechnet, vier Mark, so ist der überschießende Betrag nur mit einem Drittel anzurechnen.

In den Fällen des Abs. 1, des Abs. 2 Satz *4* und bei Anwendung der gesetzlichen Regel des Abs. 3 ist bei Berechnung der Rente für Personen, welche vor dem Unfalle bereits theilweise erwerbsunfähig waren, derjenige Theil des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes zu Grunde zu legen, welcher dem Maße der bisherigen Erwerbsfähigkeit entspricht.

Bei den durch den Vorstand der Berufsgenossenschaft versicherten Organen und Beamten der Berufsgenossenschaft hat das Statut über die Berechnung der Rente Bestimmung zu treffen.

Beschlüsse der Kommission.

Als Jahresarbeitsverdienst gilt, soweit sich derselbe nicht aus mindestens wochenweise fixirten Beträgen zusammensetzt, das Dreihundertfache des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes an Gehalt oder Lohn (§. 3). Für versicherte Personen in Betrieben, in welchen die übliche Betriebsweise eine höhere oder niedrigere Zahl von Arbeitstagen ergiebt, wird diese Zahl statt der Zahl dreihundert der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes zu Grunde gelegt.

War der Verletzte in dem Betriebe, in welchem der Unfall sich ereignet hat, nicht ein volles Jahr, von dem Unfalle zurückgerechnet, beschäftigt, so ist die Rente nach demjenigen Jahresarbeitsverdienst zu berechnen, welchen während dieses Zeitraums versicherte Personen derselben Art in demselben Betrieb oder in benachbarten gleichartigen Betrieben bezogen haben. Ist dies nicht möglich, so ist der dreihundertfache Betrag desjenigen Tagesarbeitsverdienstes zu Grunde zu legen, welchen der Verletzte während des letzten Jahres vor dem Unfall an denjenigen Tagen, an welchen er beschäftigt war, im Durchschnitt bezogen hat.

§. *6ab.*

Bei Berechnung der Rente für versicherte Betriebsunternehmer ist der nach §. *6aa* für den Sitz des Betriebes festgestellte durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst land- oder forstwirthschaftlicher Arbeiter zu Grunde zu legen, sofern nicht durch das Statut (§. 22) hiervon abweichende Bestimmungen getroffen werden.

Beschlüsse des Reichstags.

welchen der Verletzte in dem Betriebe, in welchem der Unfall sich ereignete, während des letzten Jahres bezogen hat.

Als Jahresarbeitsverdienst gilt, soweit sich derselbe nicht aus mindestens wochenweise fixirten Beträgen zusammensetzt, das Dreihundertfache des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes an Gehalt oder Lohn (§. 3). Für versicherte Personen in Betrieben, in welchen die übliche Betriebsweise eine höhere oder niedrigere Zahl von Arbeitstagen ergiebt, wird diese Zahl statt der Zahl dreihundert der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes zu Grunde gelegt.

War der Verletzte in dem Betriebe, in welchem der Unfall sich ereignet hat, nicht ein volles Jahr, von dem Unfalle zurückgerechnet, beschäftigt, so ist die Rente nach demjenigen Jahresarbeitsverdienst zu berechnen, welchen während dieses Zeitraums versicherte Personen derselben Art in demselben Betrieb oder in benachbarten gleichartigen Betrieben bezogen haben. Ist dies nicht möglich, so ist der dreihundertfache Betrag desjenigen Tagesarbeitsverdienstes zu Grunde zu legen, welchen der Verletzte während des letzten Jahres vor dem Unfall an denjenigen Tagen, an welchen er beschäftigt war, im Durchschnitt bezogen hat.

§. *6ab.*

Bei Berechnung der Rente für versicherte Betriebsunternehmer, ***sowie für die nach §. 2 Abs. 3 versicherten Personen,** ist der nach §. *6aa* für den Sitz des Betriebes festgestellte durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst land- oder forstwirthschaftlicher Arbeiter zu Grunde zu legen, sofern nicht durch das Statut (§. 22) hiervon abweichende Bestimmungen getroffen werden.

* Nach dem Antrage v. Waldow und Reitzenstein — Nr. 779 der Drucksachen — eingefügt.

Bestehendes Gesetz.

§. 9.

Durch das Statut kann bestimmt werden, daß die Rente (§§. 6 bis 8) solchen versicherten Personen, welche ihren Lohn oder Gehalt herkömmlich ganz oder zum Theil in Form von Naturalleistungen (z. B. Wohnung, Feuerung, Nahrungsmittel, Landnutzung, Kleidung 2c.) beziehen, sowie den Hinterbliebenen oder Angehörigen solcher Personen, nach Verhältniß ebenfalls in dieser Form gewährt wird. Der Werth dieser Naturalbezüge ist gemäß §. 3 festzusetzen.

Vorlage.

§. 9.

Durch das Statut kann bestimmt werden, daß die Rente (§§. 6 bis 8) solchen versicherten Personen, welche ihren Lohn oder Gehalt herkömmlich ganz oder zum Theil in Form von Naturalleistungen (z. B. Wohnung, Feuerung, Nahrungsmittel, Landnutzung, Kleidung 2c.) beziehen, sowie den Hinterbliebenen oder Angehörigen solcher Personen, nach Verhältniß ebenfalls in dieser Form gewährt wird. Der Werth dieser Naturalbezüge ist gemäß §. 3 festzusetzen.

Entw. §. 10a. Als Beschäftigungsort gilt im Zweifel diejenige Gemeinde, in deren Bezirke der Sitz des Betriebs (§. 44) belegen ist.

§. 10 Abs. 3. Die Berufsgenossenschaft ist befugt, die im Abs. 1 bezeichneten Leistungen selbst zu übernehmen. Dieselbe ist ferner befugt, der Gemeinde-Krankenversicherung

§. 6b Abs. 1. oder Krankenkasse, welcher der Verletzte angehört, die

§. 10a.

Als Beschäftigungsort **im Sinne dieses Gesetzes** gilt **für Personen, welche in der Land- oder Forstwirthschaft zur Beschäftigung an wechselnden, in verschiedenen Gemeindebezirken belegenen Orten angenommen sind,** der Sitz des Betriebs (§. 44).

Beschlüsse der Kommission.

§. 9.

Durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde für ihren Bezirk oder eines weiteren Kommunalverbandes für seinen Bezirk oder Theile desselben kann, sofern daselbst nach Herkommen der Lohn der in land- oder forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter ganz oder zum Theil in Form von Naturalleistungen gewährt wird, bestimmt werden, dass denjenigen in diesem Bezirke wohnenden Rentenempfängern, welche innerhalb desselben als Arbeiter in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben ihren Gehalt oder Lohn ganz oder zum Theil in Form von Naturalleistungen bezogen haben, sowie den Angehörigen oder Hinterbliebenen solcher Personen auch die Rente bis zu zwei Dritteln ihres Betrages in dieser Form gewährt werde. Der Werth der Naturalleistungen wird nach Durchschnittspreisen in Ansatz gebracht. Dieselben werden von der höheren Verwaltungsbehörde festgesetzt. Die statutarische Bestimmung bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde.

Solchen Personen, welchen wegen gewohnheitsmässiger Trunksucht nach Anordnung der zuständigen Behörde geistige Getränke in öffentlichen Schankstätten nicht verabfolgt werden dürfen, ist die Rente in derjenigen Gemeinde, für deren Bezirk eine solche Anordnung getroffen worden ist, auch ohne dass die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen, theilweise oder ihrem vollen Betrage nach in Naturalleistungen zu gewähren. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Personen, welche wegen Trunksucht entmündigt sind.

Der Anspruch auf die Rente geht zu demjenigen Betrag, in welchem Naturalleistungen gewährt werden, auf den Kommunalverband, für dessen Bezirk eine solche Bestimmung getroffen ist, über, wogegen diesem die Leistung der Naturalien obliegt. Der für die Naturalleistungen nicht in Anspruch genommene Betrag der Rente ist der Ehefrau des Bezugsberechtigten, seinen Kindern oder seinen Eltern zu überweisen.

Dem Bezugsberechtigten, auf welchen vorstehende Bestimmungen Anwendung finden sollen, ist dies von dem Kommunalverbande mitzutheilen.

Der Bezugsberechtigte ist befugt, binnen zwei Wochen nach der Zustellung dieser Mittheilung die Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde anzurufen. Auf demselben Wege werden alle übrigen Streitigkeiten entschieden, welche aus der Anwendung dieser Bestimmungen zwischen dem Bezugsberechtigten und dem Kommunalverband entstehen.

Sobald der Uebergang des Anspruchs auf Rente endgültig feststeht, hat auf Antrag des Kommunalverbandes der Vorstand der Berufsgenossenschaft die Postverwaltung hiervon rechtzeitig in Kenntniss zu setzen.

§. 10a.

Unverändert.

Beschlüsse des Reichstags.

§. 9.

Durch statutarische Bestimmungen einer Gemeinde für ihren Bezirk oder eines weiteren Kommunalverbandes für seinen Bezirk oder Theile desselben kann, sofern daselbst nach Herkommen der Lohn der in land- oder forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter ganz oder zum Theil in Form von Naturalleistungen gewährt wird, bestimmt werden, dass denjenigen in diesem Bezirke wohnenden Rentenempfängern, welche innerhalb desselben als Arbeiter in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben ihren Gehalt oder Lohn ganz oder zum Theil in Form von Naturalleistungen bezogen haben, sowie den Angehörigen oder Hinterbliebenen solcher Personen auch die Rente bis zu zwei Dritteln ihres Betrages in dieser Form gewährt werde, * **falls der Bezugsberechtigte dieser Art der Gewährung der Rente zustimmt.** Der Werth der Naturalleistungen wird nach Durchschnittspreisen in Ansatz gebracht. Dieselben werden von der höheren Verwaltungsbehörde festgesetzt. Die statutarische Bestimmung bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde.

Solchen Personen, welchen wegen gewohnheitsmässiger Trunksucht nach Anordnung der zuständigen Behörde geistige Getränke in öffentlichen Schankstätten nicht verabfolgt werden dürfen, ist die Rente in derjenigen Gemeinde, für deren Bezirk eine solche Anordnung getroffen worden ist, auch ohne dass die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen, theilweise oder ihrem vollen Betrage nach in Naturalleistungen zu gewähren. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Personen, welche wegen Trunksucht entmündigt sind.

Der Anspruch auf die Rente geht zu demjenigen Betrag, in welchem Naturalleistungen gewährt werden, auf den Kommunalverband, für dessen Bezirk eine solche Bestimmung getroffen ist, über, wogegen diesem die Leistung der Naturalien obliegt. Der für die Naturalleistungen nicht in Anspruch genommene Betrag der Rente ist der Ehefrau des Bezugsberechtigten, seinen Kindern oder seinen Eltern zu überweisen.

Dem Bezugsberechtigten, auf welchen vorstehende Bestimmungen Anwendung finden sollen, ist dies von dem Kommunalverbande mitzutheilen.

Der Bezugsberechtigte ist befugt, binnen zwei Wochen nach der Zustellung dieser Mittheilung die Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde anzurufen. Auf demselben Wege werden alle übrigen Streitigkeiten entschieden, welche aus der Anwendung dieser Bestimmungen zwischen dem Bezugsberechtigten und dem Kommunalverband entstehen.

Sobald der Uebergang des Anspruchs auf Rente endgültig feststeht, hat auf Antrag des Kommunalverbandes der Vorstand der Berufsgenossenschaft die Postverwaltung hiervon rechtzeitig in Kenntniss zu setzen.

§. 10a.

Als Beschäftigungsort im Sinne dieses Gesetzes gilt für Personen, welche in der Land- oder Forstwirthschaft zur Beschäftigung an wechselnden, in verschiedenen Gemeindebezirken belegenen Orten angenommen sind, der Sitz des Betriebs (§. 44).

** **Der §. 44 Abs. 3 Satz 3 findet jedoch keine Anwendung, wenn der Verletzte der Kranken-**

* Zusatz nach dem Antrage Albrecht und Genossen — Nr. 756, 5a der Drucksachen —.

** Absatz 2 nach dem Antrage Hofmann (Dillenburg) — Nr. 786 der Drucksachen — angenommen.

Bestehendes Gesetz.

Fürsorge für denselben über die dreizehnte Woche hinaus bis zur Beendigung des Heilverfahrens zu übertragen. In diesem Falle hat sie die gemachten Aufwendungen zu ersetzen.

§. 6b Abs. 1. Als Ersatz der Kosten des Heilverfahrens gilt die Hälfte des nach dem Krankenversicherungsgesetze zu gewährenden Mindestbetrags des Krankengeldes, sofern nicht höhere Aufwendungen nachgewiesen werden.

§. 22.

Das Genossenschaftsstatut muß Bestimmung treffen:

1. über Namen und Sitz der Genossenschaft;
2. über die Bildung des Genossenschaftsvorstandes und über den Umfang seiner Befugnisse;
3. über die Bildung des Genossenschaftsausschusses zur Entscheidung über Beschwerden (§§. 38, 82);
4. über die Zusammensetzung und Berufung der Genossenschaftsversammlung, sowie über die Art ihrer Beschlußfassung;
5. über das den Mitgliedern der Genossenschaftsversammlung zustehende Stimmrecht und die Prüfung ihrer Legitimation;
6. über den Maßstab für die Umlegung der Beiträge und, sofern nicht die Umlegung nach dem Maßstabe von Steuern erfolgt, über das bei der Veranlagung und Abschätzung zu beobachtende Verfahren (§§. 33, 37);
7. über das Verfahren bei Aenderungen in der Person des Unternehmers, sowie bei Betriebsveränderungen (§§. 47, 48);
8. über die Folgen der Betriebseinstellungen, insbesondere über die Sicherstellung der Beiträge der Unternehmer, welche den Betrieb einstellen;
9. über die den Vertretern der versicherten Arbeiter (§. 49) zu gewährenden Vergütungssätze (§§. 53 Abs. 2, *60* Abs. *1*);
10. über die Aufstellung, Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung;
11. über die Ausübung der der Genossenschaft zustehenden Befugnisse zum Erlasse von Vorschriften behufs der Unfallverhütung und zur Ueberwachung der Betriebe (§§. 87 ff.);
12. über das bei der Anmeldung nach dem Ausscheiden der versicherten Betriebsunternehmer und anderer nach §. 1 nicht versicherter Personen (§. 2) zu beobachtende Verfahren sowie über die Ermittelung des Jahresarbeitsverdienstes der ersteren (§. *3*) und darüber, welche in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben des betreffenden Genossenschaftsbezirkes beschäftigten Personen als Betriebsbeamte (§. 1 Abs. 4) anzusehen sind;
13. über die Voraussetzungen einer Abänderung des Statuts.

Vorlage.

Statut der Berufsgenossenschaft.

§. 22.

Die Berufsgenossenschaft regelt ihre Angelegenheiten und ihre Geschäftsordnung durch ein **von der Genossenschaftsversammlung zu beschließendes Statut.**

Das Genossenschaftsstatut muß Bestimmung treffen:

1. über Namen und Sitz der Genossenschaft;
2. über die Bildung des Genossenschaftsvorstandes und über den Umfang seiner Befugnisse;
3. über die Bildung des Genossenschaftsausschusses zur Entscheidung über Beschwerden (§§. 38, 82);
4. über die Zusammensetzung und Berufung der Genossenschaftsversammlung, sowie über die Art ihrer Beschlußfassung;
5. über das den Mitgliedern der Genossenschaftsversammlung zustehende Stimmrecht und die Prüfung ihrer Legitimation;
6. über den Maßstab für die Umlegung der Beiträge und, sofern nicht die Umlegung nach dem Maßstabe von Steuern erfolgt, über das bei der Veranlagung und Abschätzung zu beobachtende Verfahren (§§. *33*, 37);
7. über das Verfahren bei Aenderungen in der Person des Unternehmers, sowie bei Betriebsveränderungen (§§. 47, 48);
8. über die Folgen der Betriebseinstellungen **oder eines Wechsels der Betriebsunternehmer,** insbesondere über die Sicherstellung der Beiträge der Unternehmer, welche den Betrieb einstellen;
9. über die den Vertretern der versicherten Arbeiter zu gewährenden Vergütungssätze **(§. *87a* Abs. *2*);**
10. über die Aufstellung, Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung;
11. über die Ausübung der der Genossenschaft zustehenden Befugnisse zum Erlasse von Vorschriften behufs der Unfallverhütung und zur Ueberwachung der Betriebe (§§. 87 ff.);
12. über das bei der Anmeldung und dem Ausscheiden der versicherten Betriebsunternehmer und anderer nach §. 1 nicht versicherter Personen (§. 2) zu beobachtende Verfahren sowie über die Ermittelung des Jahresarbeitsverdienstes der ersteren und darüber, welche in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben des betreffenden Genossenschaftsbezirkes beschäftigten Personen als Betriebsbeamte (§. 1 Abs. *5*) anzusehen sind;
13. über die Voraussetzungen einer Abänderung des Statuts.

Beschlüsse der Kommission.

Statut der Berufsgenossenschaft.

§. 22.

Die Berufsgenossenschaft regelt ihre Angelegenheiten und ihre Geschäftsordnung durch ein von der Genossenschaftsversammlung zu beschließendes Statut.

Das Genossenschaftsstatut muß Bestimmung treffen:

1. über Namen und Sitz der Genossenschaft;
2. über die Bildung des Genossenschaftsvorstandes und über den Umfang seiner Befugnisse;
3. über die Bildung des Genossenschaftsausschusses zur Entscheidung über Beschwerden (§§. 38, 82);
4. über die Zusammensetzung und Berufung der Genossenschaftsversammlung, sowie über die Art ihrer Beschlußfassung;
5. über das den Mitgliedern der Genossenschaftsversammlung zustehende Stimmrecht und die Prüfung ihrer Legitimation;
6. über den Maßstab für die Umlegung der Beiträge und, sofern nicht die Umlegung nach dem Maßstabe von Steuern erfolgt, über das bei der Veranlagung und Abschätzung zu beobachtende Verfahren (§§. 37, *39a*, *39b*);
7. über das Verfahren bei Aenderungen in der Person des Unternehmers, sowie bei Betriebsveränderungen (§§. 47, 48);
8. über die Folgen der Betriebseinstellungen oder eines Wechsels der Betriebsunternehmer, insbesondere über die Sicherstellung der Beiträge der Unternehmer, welche den Betrieb einstellen;
9. über die den Vertretern der versicherten Arbeiter zu gewährenden Vergütungssätze (§. *87*b Abs. *1*);
10. über die Aufstellung, Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung;
11. über die Ausübung der der Genossenschaft zustehenden Befugnisse zum Erlasse von Vorschriften behufs der Unfallverhütung und zur Ueberwachung der Betriebe (§§. 87 ff.);
12. über das bei der Anmeldung und dem Ausscheiden der versicherten Betriebsunternehmer und anderer nach §. 1 nicht versicherter Personen (§. 2) zu beobachtende Verfahren sowie über die Ermittelung des Jahresarbeitsverdienstes der ersteren und darüber, welche in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben des betreffenden Genossenschaftsbezirkes beschäftigten Personen als Betriebsbeamte oder als solche Personen anzusehen sind, die eine besondere, eine technische Vorbildung erfordernde Stellung einnehmen, (§. 1 Abs. *6*) anzusehen sind;
13. über die Voraussetzungen einer Abänderung des Statuts;
14. über die Bedingungen, unter denen die Beamten der Genossenschaft anzustellen sind.

Beschlüsse des Reichstags.

versicherung auf Grund des Gesetzes vom 10. April 1892 nicht unterliegt.

Statut der Berufsgenossenschaft.

§. 22.

Die Berufsgenossenschaft regelt ihre Angelegenheiten und ihre Geschäftsordnung durch ein von der Genossenschaftsversammlung zu beschließendes Statut.

Das Genossenschaftsstatut muß Bestimmung treffen:

1. über Namen und Sitz der Genossenschaft;
2. über die Bildung des Genossenschaftsvorstandes und über den Umfang seiner Befugnisse;
3. über die Bildung des Genossenschaftsausschusses zur Entscheidung über Beschwerden (§§. 38, 82);
4. über die Zusammensetzung und Berufung der Genossenschaftsversammlung, sowie über die Art ihrer Beschlußfassung;
5. über das den Mitgliedern der Genossenschaftsversammlung zustehende Stimmrecht und die Prüfung ihrer Legitimation;
6. über den Maßstab für die Umlegung der Beiträge und, sofern nicht die Umlegung nach dem Maßstabe von Steuern erfolgt, über das bei der Veranlagung und Abschätzung zu beobachtende Verfahren (§§. 37, *39a*, *39b*);
7. über das Verfahren bei Aenderungen in der Person des Unternehmers, sowie bei Betriebsveränderungen (§§. 47, 48);
8. über die Folgen der Betriebseinstellungen oder eines Wechsels der Betriebsunternehmer, insbesondere über die Sicherstellung der Beiträge der Unternehmer, welche den Betrieb einstellen;
9. über die den Vertretern der versicherten Arbeiter zu gewährenden Vergütungssätze (§. *87*b Abs. *1*);
10. über die Aufstellung, Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung;
11. über die Ausübung der der Genossenschaft zustehenden Befugnisse zum Erlasse von Vorschriften behufs der Unfallverhütung und zur Ueberwachung der Betriebe (§§. 87 ff.);
12. über das bei der Anmeldung und dem Ausscheiden der versicherten Betriebsunternehmer und anderer nach §. 1 nicht versicherter Personen (§. 2) zu beobachtende Verfahren*), über die Ermittelung des Jahresarbeitsverdienstes der ersteren und darüber, welche in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben des betreffenden Genossenschaftsbezirkes beschäftigten Personen als Betriebsbeamte oder als solche Personen anzusehen sind, die eine besondere, eine technische Vorbildung erfordernde Stellung einnehmen, (§. 1 Abs. *6*)**;
13. über die Voraussetzungen einer Abänderung des Statuts;
14. über die Bedingungen, unter denen die Beamten der Genossenschaft anzustellen sind.

---

* Hier sind die Worte: „sowie" und ** „anzusehen sind" nach dem Antrage Hofmann (Dillenburg) — Nr. 758, 1 der Drucksachen — gestrichen.

Bestehendes Gesetz.

§. 36.

Für jeden Unternehmer wird unter Berücksichtigung der Zahl der in seinem Betriebe beschäftigten Arbeiter und der Dauer ihrer Beschäftigung (§. *34*) die Zahl derjenigen Arbeitstage abgeschätzt, welche zur Bewirthschaftung seines Betriebs im Jahresdurchschnitt erforderlich sind. Dabei sind dauernd beschäftigte Arbeiter mit dreihundert Arbeitstagen in Rechnung zu ziehen, die Arbeitstage weiblicher Personen nach Verhältniß des Jahresarbeitsverdienstes (§. *6* Abs. *3*) auf Arbeitstage männlicher Arbeiter zurückzuführen, die Arbeitsleistung von Betriebsbeamten, Betriebsunternehmern und deren nicht versicherten Familienangehörigen (§. 1 Abs. 3) aber nicht zu berücksichtigen (vergl. §. 80).

§. 38.

Den Gemeindebehörden sind seitens der Genossenschaft Verzeichnisse mitzutheilen, aus denen sich ergiebt, welche Betriebe der Gemeinde als zur Genossenschaft gehörig erachtet werden, und sofern die Umlegung nicht nach dem Maßstabe von Steuern erfolgt, welches das Ergebniß der

Vorlage.

Maßstab für die Umlegung der Beiträge.

§. 33b.

Sofern das Statut die **Aufbringung der Beiträge nach einem Steuerfuße** nicht vorschreibt **(§. *33*), erfolgt deren Umlegung nach näherer Vorschrift der §§. *35* bis *39*** nach der Höhe der mit dem Betriebe verbundenen Unfallgefahr **(Gefahrenklasse)** und dem Maße der **für die einzelnen Betriebe** durchschnittlich erforderlichen menschlichen Arbeit **(Arbeitsbedarf).**

§. 36.

Für jeden Unternehmer wird unter Berücksichtigung der Zahl der in seinem Betriebe beschäftigten Arbeiter und der Dauer ihrer Beschäftigung die Zahl derjenigen Arbeitstage abgeschätzt, welche zur Bewirthschaftung seines Betriebs im Jahresdurchschnitt erforderlich sind.

Der Abschätzung liegt mit den gemäß §. 48 zu berücksichtigenden Veränderungen das nach §. 34 des Gesetzes vom 5. Mai 1886 (Reichs-Gesetzbl. S. 132) bei Errichtung der Berufsgenossenschaft aufgestellte Verzeichniß zu Grunde, in welchem für jeden Unternehmer angegeben ist, wieviel versicherte männliche und weibliche Betriebsbeamte und Arbeiter er dauernd und wieviel versicherte Personen er vorübergehend im Jahresdurchschnitte beschäftigt.

Bei der Abschätzung sind dauernd beschäftigte Arbeiter mit dreihundert Arbeitstagen in Rechnung zu ziehen, die Arbeitstage weiblicher Personen nach Verhältniß des Jahresarbeitsverdienstes (§. 6a Abs. *1*) auf Arbeitstage männlicher Arbeiter zurückzuführen, die Arbeitsleistung von Betriebsbeamten, Betriebsunternehmern und deren nicht versicherten Familienangehörigen (§. 1 Abs. *4*) aber nicht zu berücksichtigen (vergl. §. 80).

§. 38.

Den Gemeindebehörden sind seitens der Genossenschaft Verzeichnisse mitzutheilen, aus denen sich ergiebt, welche Betriebe der Gemeinde als zur Genossenschaft gehörig erachtet werden, und sofern die Umlegung nicht nach dem Maßstabe von Steuern erfolgt, welches das Ergebniß der

Beschlüsse der Kommission.

Maßstab für die Umlegung der Beiträge.

a. Gefahrenklassen und Arbeitsbedarf.

§. 33b.

Die Umlegung der Beiträge erfolgt, unbeschadet abweichender Regelung gemäss §§. 39a, 39b, **nach der Höhe der mit dem Betriebe verbundenen Unfallgefahr (Gefahrenklasse)**, nach den Gehältern und Löhnen der Betriebsbeamten und sonstigen im §. *1* Abs. *6* bezeichneten Personen, sowie nach **dem Maße der für die einzelnen Betriebe durchschnittlich erforderlichen** sonstigen **menschlichen Arbeit (Arbeitsbedarf).**

§. 36.

Für jeden Unternehmer wird unter Berücksichtigung der Zahl der in seinem Betriebe beschäftigten Arbeiter und der Dauer ihrer Beschäftigung die Zahl derjenigen Arbeitstage abgeschätzt, welche zur Bewirthschaftung seines Betriebs im Jahresdurchschnitt erforderlich sind. Wird die Versicherung auf hauswirthschaftliche Verrichtungen und andere Dienste erstreckt (§. *1*a), so kann zugleich durch das Statut bestimmt werden, dass diese Verrichtungen und Dienste bei der Abschätzung des Arbeitsbedarfs besonders zu berücksichtigen sind.

Der Abschätzung liegt mit den gemäß §. 48 zu berücksichtigenden Veränderungen das nach §. 34 des Gesetzes vom 5. Mai 1886 (Reichs-Gesetzbl. S. 132) bei Errichtung der Berufsgenossenschaft aufgestellte Verzeichniß zu Grunde, in welchem für jeden Unternehmer angegeben ist, wieviel versicherte männliche und weibliche Betriebsbeamte und Arbeiter er dauernd und wieviel versicherte Personen er vorübergehend im Jahresdurchschnitte beschäftigt.

Bei der Abschätzung sind dauernd beschäftigte Arbeiter mit dreihundert Arbeitstagen in Rechnung zu ziehen, die Arbeitstage weiblicher Personen nach Verhältniß des Jahresarbeitsverdienstes (§§. *6aa*) auf Arbeitstage männlicher Arbeiter zurückzuführen, die Arbeitsleistung von Betriebsbeamten und anderen im §. *1* Abs. *6* bezeichneten Personen sowie von Betriebsunternehmern und deren nicht versicherten Familienangehörigen (§. 1 Abs. *5*) aber nicht zu berücksichtigen (§. 80).

Für Betriebe, in welchen regelmässig nicht mehr als fünf versicherte Personen voll beschäftigt werden, kann durch Statut bestimmt werden, dass einheitliche Beiträge nach einem im Statut festzusetzenden Massstabe zu entrichten sind.

§. 38.

Den Gemeindebehörden sind seitens der Genossenschaft Verzeichnisse mitzutheilen, aus denen sich ergiebt, welche Betriebe der Gemeinde als zur Genossenschaft gehörig erachtet werden, und sofern die Umlegung nicht nach dem Maßstabe von Steuern erfolgt, welches das Er-

Beschlüsse des Reichstags.

Maßstab für die Umlegung der Beiträge.

a. Gefahrenklassen und Arbeitsbedarf.

§. **33b.**

Die Umlegung der Beiträge erfolgt, unbeschadet abweichender Regelung gemäss §§. 39a, 39b, **nach der Höhe der mit dem Betriebe verbundenen Unfallgefahr (Gefahrenklasse)**, nach den Gehältern und Löhnen der * **im §. 6a Abs. 1** bezeichneten Personen, sowie nach **dem Maße der für die einzelnen Betriebe durchschnittlich erforderlichen** sonstigen **menschlichen Arbeit (Arbeitsbedarf).**

§. 36.

Für jeden Unternehmer wird unter Berücksichtigung der Zahl der in seinem Betriebe beschäftigten Arbeiter und der Dauer ihrer Beschäftigung die Zahl derjenigen Arbeitstage abgeschätzt, welche zur Bewirthschaftung seines Betriebs im Jahresdurchschnitt erforderlich sind. ** Durch Statut kann bestimmt werden, dass die hauswirthschaftlichen und anderen Dienste (§. 1a) bei der Abschätzung des Arbeitsbedarfs besonders zu berücksichtigen sind.

Der Abschätzung liegt mit den gemäß §. 48 zu berücksichtigenden Veränderungen das nach §. 34 des Gesetzes vom 5. Mai 1886 (Reichs-Gesetzbl. S. 132) bei Errichtung der Berufsgenossenschaft aufgestellte Verzeichniß zu Grunde, in welchem für jeden Unternehmer angegeben ist, wieviel versicherte männliche und weibliche Betriebsbeamte und Arbeiter er dauernd und wieviel versicherte Personen er vorübergehend im Jahresdurchschnitte beschäftigt.

Bei der Abschätzung sind dauernd beschäftigte Arbeiter mit dreihundert Arbeitstagen in Rechnung zu ziehen, die Arbeitstage weiblicher Personen nach Verhältniß des Jahresarbeitsverdienstes (§§. *6aa*) auf Arbeitstage männlicher Arbeiter zurückzuführen, die Arbeitsleistung der * im §. 6a Abs. 1** bezeichneten Personen sowie von **Betriebsunternehmern und deren nicht versicherten Familienangehörigen (§. 1 Abs. *5*) aber nicht zu berücksichtigen (§. 80).**

Für Betriebe, in welchen regelmässig nicht mehr als fünf versicherte Personen voll beschäftigt werden, kann durch Statut bestimmt werden, dass einheitliche Beiträge nach einem im Statut festzusetzenden Massstabe zu entrichten sind.

§. 38.

Den Gemeindebehörden sind seitens der Genossenschaft Verzeichnisse mitzutheilen, aus denen sich ergiebt, welche Betriebe der Gemeinde als zur Genossenschaft gehörig erachtet werden,† welches das Ergebniß der Veranlagung und Abschätzung ist, und wieviel Arbeiter als dauernd be-

* Nach dem **handschriftlichen** Antrage Roesicke (Dessau) sind die Worte: „Betriebsbeamten und sonstigen im §. 1 Abs. 6" ersetzt durch die Worte: „im §. 6a Abs. 1".

** Der 2. Satz ist nach dem Antrage Gamp — Nr. 778 der Drucksachen — angenommen.

*** Nach dem **handschriftlichen** Antrage Roesicke (Dessau) sind die Worte: „Betriebsbeamten und anderen im §. 1 Abs. 6" ersetzt durch die Worte: „im §. 6a Abs. 1".

† Hier sind die Worte: „und sofern die Umlegung nicht nach dem Maßstabe von Steuern erfolgt" nach dem Antrage Hofmann (Dillenburg) — Nr. 758,2 der Drucksachen — gestrichen.

Bestehendes Gesetz.

Veranlagung und Abschätzung der Betriebe ist, und wieviel Arbeiter als dauernd beschäftigt angenommen sind. Die Gemeindebehörde hat diese Verzeichnisse während zwei Wochen zur Einsicht der Betheiligten auszulegen und den Beginn dieser Frist auf ortsübliche Weise bekannt zu machen.

Binnen einer weiteren Frist von vier Wochen können die Betriebsunternehmer wegen der Aufnahme oder Nichtaufnahme ihrer Betriebe in die Verzeichnisse sowie gegen die Veranlagung und Abschätzung ihrer Betriebe bei dem Genossenschaftsvorstande beziehungsweise dem Genossenschaftsorgane, durch welches die Veranlagung und Abschätzung erfolgt ist, Einspruch erheben.

Gegen den auf den Einspruch schriftlich zu ertheilenden Bescheid steht dem Betriebsunternehmer binnen zwei Wochen nach der Zustellung die Beschwerde an den Genossenschaftsausschuß (§. 22 Ziffer 3) und gegen die Entscheidung des letzteren binnen gleicher Frist die Berufung an das Reichs-Versicherungsamt zu.

Der auf den Einspruch erfolgende Bescheid ist vorläufig vollstreckbar.

Die Mitglieder des Genossenschaftsausschusses dürfen bei der ersten Veranlagung und Abschätzung der Betriebe nicht mitwirken.

§. 33.

Durch das Statut kann, sofern nicht durch die Landesgesetzgebung die Versicherung der Familienangehörigen des Betriebsunternehmers ausgeschlossen ist (§. 1 Abs. 3), bestimmt werden, daß die Beiträge der Berufsgenossen durch Zuschläge zu direkten Staats- oder Kommunalsteuern aufgebracht werden. Sofern das Statut eine solche Vorschrift enthält, muß dasselbe auch darüber Bestimmung treffen, wie solche Mitglieder, welche die der Erhebung zu Grunde gelegte Steuer für ihren gesammten Betrieb oder einen Theil desselben nicht zu entrichten haben, zu den Genossenschaftslasten heranzuziehen sind.

Vorlage.

Veranlagung und Abschätzung ist, und wieviel Arbeiter als dauernd beschäftigt angenommen sind. Die Gemeindebehörde hat diese Verzeichnisse während zwei Wochen zur Einsicht der Betheiligten auszulegen und den Beginn dieser Frist auf ortsübliche Weise bekannt zu machen.

Binnen einer weiteren Frist von **einem Monate** können die Betriebsunternehmer wegen der Aufnahme oder Nichtaufnahme ihrer Betriebe in die Verzeichnisse sowie gegen die Veranlagung und Abschätzung bei dem Genossenschaftsorgane, durch welches die Veranlagung und Abschätzung erfolgt ist, Einspruch erheben.

Gegen den auf den Einspruch schriftlich zu ertheilenden Bescheid steht dem Betriebsunternehmer binnen zwei Wochen nach der Zustellung die Beschwerde an den Genossenschaftsausschuß (§. 22 Ziffer 3) und gegen die Entscheidung des letzteren binnen gleicher Frist die Berufung an das Reichs-Versicherungsamt zu.

Der auf den Einspruch erfolgende Bescheid ist vorläufig vollstreckbar.

Die Mitglieder des Genossenschaftsausschusses dürfen bei der ersten Veranlagung und Abschätzung der Betriebe nicht mitwirken.

Nach der Veranlagung kann die Genossenschaft einen Betrieb während der Tarifperiode neu veranlagen, wenn die vorige Veranlagung auf unrichtigen Angaben des Betriebsunternehmers beruht. Auf die erneute Veranlagung finden die für die vorige Veranlagung maßgebenden Vorschriften Anwendung. Das Gleiche gilt von der Abschätzung des Arbeitsbedarfs.

§. 33.

Durch das Statut kann, sofern nicht durch die Landesgesetzgebung die Versicherung der Familienangehörigen des Betriebsunternehmers ausgeschlossen ist (§. 1 Abs. **4**), bestimmt werden, daß die Beiträge der Berufsgenossen durch Zuschläge zu direkten Staats- oder Kommunalsteuern aufgebracht werden. Sofern das Statut eine solche Vorschrift enthält, muß dasselbe auch darüber Bestimmung treffen, wie solche Mitglieder, welche die der Erhebung zu Grunde gelegte Steuer für ihren gesammten Betrieb oder einen Theil desselben nicht zu entrichten haben, zu den Genossenschaftslasten heranzuziehen sind.

Beschlüsse der Kommission.

gebniß der Veranlagung und Abschätzung ist, und wieviel Arbeiter als dauernd beschäftigt angenommen sind. Die Gemeindebehörde hat diese Verzeichnisse während zwei Wochen zur Einsicht der Betheiligten auszulegen und den Beginn dieser Frist auf ortsübliche Weise bekannt zu machen.

Binnen einer weiteren Frist von einem Monate können die Betriebsunternehmer wegen der Aufnahme oder Nichtaufnahme ihrer Betriebe in die Verzeichnisse sowie gegen die Veranlagung und Abschätzung bei dem Genossenschaftsorgane, **durch welches die Veranlagung und Abschätzung erfolgt ist, Einspruch erheben.**

Gegen den auf den Einspruch schriftlich zu ertheilenden Bescheid steht dem Betriebsunternehmer binnen zwei Wochen nach der Zustellung der Beschwerde an den Genossenschaftsausschuß (§. 22 Ziffer 3) und gegen die Entscheidung des letzteren binnen gleicher Frist die Berufung an das Reichs-Versicherungsamt zu.

Der auf den Einspruch erfolgende Bescheid ist vorläufig vollstreckbar.

Die Mitglieder des Genossenschaftsausschusses dürfen bei der ersten Veranlagung und Abschätzung der Betriebe nicht mitwirken.

Nach der Veranlagung kann die Genossenschaft einen Betrieb während der Tarifperiode neu veranlagen, wenn die vorige Veranlagung auf unrichtigen Angaben beruht. Auf die erneute Veranlagung finden die für die vorige Veranlagung maßgebenden Vorschriften Anwendung. Das Gleiche gilt von der Abschätzung des Arbeitsbedarfs.

b. Steuerfuss.

§. *39a.*

Durch das Statut kann, sofern nicht durch die Landesgesetzgebung die Versicherung der Familienangehörigen des Betriebsunternehmers ausgeschlossen ist (§. 1 Abs. *5*), bestimmt werden, daß die Beiträge der Berufsgenossen durch Zuschläge zu direkten Staats- oder Kommunalsteuern aufgebracht werden, wenn die Anwendung des gesetzlichen Beitragsmassstabes nach Gefahrenklassen und Arbeitsbedarfs (§§. 33b ff.) unzweckmässig erscheint. Sofern das Statut eine solche Vorschrift, welche in der Genossenschaftsversammlung nur mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden kann, enthält, muß dasselbe auch darüber Bestimmung treffen, wie solche Mitglieder, welche die der Erhebung zu Grunde gelegte Steuer für ihren gesammten Betrieb oder einen Theil desselben nicht zu entrichten haben, zu den Genossenschaftslasten heranzuziehen sind.

Bei Beschäftigung von Personen der im §. *1* Abs. *6* bezeichneten Art sind nach näherer Bestimmung des Statuts besondere Zuschläge zu den Beiträgen zu entrichten. Ueber die Anmeldung solcher Personen hat das Genossenschaftsstatut Bestimmung zu treffen und deren Nichtbefolgung mit Strafe zu bedrohen. Dasselbe gilt für Betriebsunternehmer, sofern für dieselben der Berechnung der Rente ein höherer wie der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst land- oder forstwirthschaftlicher Arbeiter zu Grunde gelegt wird (§§. *6ab*, *22*).

Beschlüsse des Reichstags.

schäftigt angenommen sind. Die Gemeindebehörde hat diese Verzeichnisse während zwei Wochen zur Einsicht der Betheiligten auszulegen und den Beginn dieser Frist auf ortsübliche Weise bekannt zu machen.

Binnen einer weiteren Frist von einem Monate können die Betriebsunternehmer wegen der Aufnahme oder Nichtaufnahme ihrer Betriebe in die Verzeichnisse sowie gegen die Veranlagung und Abschätzung bei dem Genossenschaftsorgane, durch welches die Veranlagung und Abschätzung erfolgt ist, Einspruch erheben.

Gegen den auf den Einspruch schriftlich zu ertheilenden Bescheid steht dem Betriebsunternehmer binnen zwei Wochen nach der Zustellung die Beschwerde an den Genossenschaftsausschuß (§. 22 Ziffer 3) und gegen die Entscheidung des letzteren binnen gleicher Frist die Berufung an das Reichs-Versicherungsamt zu.

Der auf den Einspruch erfolgende Bescheid ist vorläufig vollstreckbar.

Die Mitglieder des Genossenschaftsausschusses dürfen bei der ersten Veranlagung und Abschätzung der Betriebe nicht mitwirken.

Nach der Veranlagung kann die Genossenschaft einen Betrieb während der Tarifperiode neu veranlagen, wenn die vorige Veranlagung auf unrichtigen Angaben beruht. Auf die erneute Veranlagung finden die für die vorige Veranlagung maßgebenden Vorschriften Anwendung. Das Gleiche gilt von der Abschätzung des Arbeitsbedarfs.

b. Steuerfuss.

§. *39a.*

Durch das Statut kann, sofern nicht durch die Landesgesetzgebung die Versicherung der Familienangehörigen des Betriebsunternehmers ausgeschlossen ist (§. 1 Abs 5), bestimmt werden, daß die Beiträge der Berufsgenossen durch Zuschläge zu direkten Staats- oder Kommunalsteuern aufgebracht werden, wenn die Anwendung des gesetzlichen Beitragsmassstabes nach Gefahrenklassen und **Arbeitsbedarf**** (§§.33b ff.) unzweckmässig erscheint. **Sofern das Statut eine solche Vorschrift,** welche in der Genossenschaftsversammlung nur mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden kann, **enthält, muß dasselbe auch darüber Bestimmung treffen, wie solche Mitglieder, welche die der Erhebung zu Grunde gelegte Steuer für ihren gesammten Betrieb oder einen Theil desselben nicht zu entrichten haben, zu den Genossenschaftslasten heranzuziehen sind.**

Bei Beschäftigung von Personen der im §. ****6a Abs. 1** bezeichneten Art sind nach näherer Bestimmung des Statuts besondere Zuschläge zu den Beiträgen zu entrichten. Ueber die Anmeldung solcher Personen hat das Genossenschaftsstatut Bestimmung zu treffen und deren Nichtbefolgung mit Strafe zu bedrohen. Dasselbe gilt für Betriebsunternehmer, sofern für dieselben der Berechnung der Rente ein höherer wie der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst land- oder forstwirthschaftlicher Arbeiter zu Grunde gelegt wird (§§.*6ab22*).

* Arbeitsbedarf statt des Genitivs nach Antrag Hofmann Nr. 758/3 der Drucksachen —.

** Nach dem **handschriftlichen** Antrag Roesicke (Dessau) angenommen statt: „§. 1 Abs. 6" „§. 6a Abs. 1". (788 ad 2 der Drucksachen).

Bestehendes Gesetz.

Entw. §. 33b.

Sofern das Statut die Umlegung nach dem Maßstabe von Steuern nicht vorschreibt, erfolgt die Umlegung der Beiträge nach der Höhe der mit dem Betriebe verbundenen Unfallgefahr und dem Maße der in den Betrieben durchschnittlich erforderlichen menschlichen Arbeit.

Entscheidung der Vorstände.

§. 62.

Die Feststellung der Entschädigungen für die durch Unfall verletzten Versicherten und für die Hinterbliebenen der durch Unfall getödteten Versicherten erfolgt:

1. sofern die Genossenschaft in Sektionen eingetheilt ist, durch den Vorstand der Sektion, wenn es sich handelt
   a) um den Ersatz der Kosten des Heilverfahrens,
   b) um die für die Dauer einer voraussichtlich vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit zu gewährende Rente,
   c) um den Ersatz der Beerdigungskosten;
2. in allen übrigen Fällen durch den Vorstand der Genossenschaft.

Das Genossenschaftsstatut kann bestimmen, daß die Feststellung der Entschädigungen in den Fällen der Ziffern 1 und 2 durch einen Ausschuß des Sektionsvorstandes oder durch eine besondere Kommission oder durch örtliche Beauftragte (Vertrauensmänner) und in den Fällen der Ziffer 2 auch durch den Sektionsvorstand oder durch einen Ausschuß des Genossenschaftsvorstandes zu bewirken ist.

Vor der Feststellung der Entschädigung ist dem Entschädigungsberechtigten durch Mittheilung der Unterlagen, auf Grund deren dieselbe zu bemessen ist, Gelegenheit zu geben, sich binnen einer Frist von einer Woche zu äußern.

Vorlage.

Hat nach Bestimmung des Statuts bei Nebenbetrieben gewerblicher Art (§. 1 Abs. 2 Satz 2) die Versicherung nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu erfolgen, so sind von den Unternehmern dieser Betriebe, insoweit mit ihnen eine vermehrte Unfallgefahr verbunden ist, zu deren Deckung besondere Zuschläge zu den Beiträgen (Abs. 1) zu erheben. Die Voraussetzung für die Erhebung solcher Zuschläge, ihre Höhe und das Verfahren wird durch das Statut geregelt.

Feststellung der Entschädigungen.

§. 62.

Die **Beschlußfassung über die** Feststellung der Entschädigungen **(§§. 5 bis 8b)** erfolgt:

1. sofern die Genossenschaft in Sektionen eingetheilt ist, durch den Vorstand der Sektion, wenn es sich handelt
   a) um **die im §. 6 Abs. 1 Ziffer 1 bezeichneten Leistungen,**
   b) um die für die Dauer einer voraussichtlich vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit zu gewährende Rente,
   c) um das Sterbegeld,
   d) um die Aufnahme des Verletzten in eine Heilanstalt,
   e) um die den Angehörigen eines Verletzten für die Zeit seiner Behandlung in einer Heilanstalt zu gewährende Rente;
2. in allen übrigen Fällen durch den Vorstand der Genossenschaft.

Das Genossenschaftsstatut kann bestimmen, daß die Feststellung der Entschädigungen in den Fällen des **Abs. 1** Ziffer 1 durch einen Ausschuß des Sektionsvorstandes oder durch eine besondere Kommission oder durch örtliche Beauftragte (Vertrauensmänner), in den Fällen des **Abs. 1** Ziffer 2 durch den Sektionsvorstand oder durch einen Ausschuß des Genossenschafts- **oder Sektionsvorstandes oder durch besondere Kommissionen** zu bewirken ist.

Vor der Feststellung der Entschädigung ist dem Entschädigungsberechtigten durch Mittheilung der Unterlagen, auf Grund deren dieselbe zu bemessen ist, Gelegenheit zu geben, sich binnen einer Frist von einer Woche zu äußern.

Beschlüsse der Kommission.

Feststellung der Entschädigungen.

§. 62.

Die Beschlußfassung über die Feststellung der Entschädigungen (§§. 5 bis 8b) erfolgt:

1. sofern die Genossenschaft in Sektionen eingetheilt ist, durch den Vorstand der Sektion, wenn es sich handelt
   a) um die im §. 6 Abs. 1 Ziffer 1 bezeichneten Leistungen,
   b) um die für die Dauer einer voraussichtlich vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit zu gewährende Rente,
   c) um das Sterbegeld,
   d) um die Aufnahme des Verletzten in eine Heilanstalt,
   e) um die den Angehörigen eines Verletzten für die Zeit seiner Behandlung in einer Heilanstalt zu gewährende Rente;
2. in allen übrigen Fällen durch den Vorstand der Genossenschaft.

Das Genossenschaftsstatut kann bestimmen, daß die Feststellung der Entschädigungen in den Fällen des Abs. 1 Ziffer 1 durch einen Ausschuß des Sektionsvorstandes oder durch besondere Kommissionen oder durch örtliche Beauftragte (Vertrauensmänner), in den Fällen des Abs. 1 Ziffer 2 durch den Sektionsvorstand oder durch einen Ausschuß des Genossenschafts- oder Sektionsvorstandes oder durch besondere Kommissionen zu bewirken ist.

Dem Entschädigungsberechtigten sind die Unterlagen, auf Grund deren die Feststellung der Entschädigung erfolgen soll, durch Vermittlung der unteren Verwaltungsbehörde vorzulegen; diese hat den Entschädigungsberechtigten zu Protokoll zu hören, auf Kosten der Berufsgenossenschaft die ihr erforderlich erscheinenden weiteren Ermittlungen vorzunehmen und in jedem Falle auf Antrag den behandelnden Arzt zu hören. Steht der behandelnde Arzt zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältniss, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören. Dem Entschädigungsberechtigten kann gestattet werden, einen Beistand zuzuziehen und im Falle der Behinderung sich durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen.

Beschlüsse des Reichstags.

***Sind mit einem land- oder forstwirthschaftlichen Betriebe Nebenbetriebe (§. 1 Abs. 2) verbunden, so sind von den Unternehmern dieser Betriebe zur Deckung der Unfallgefahr Zuschläge zu den Beiträgen (Abs. 1) zu erheben. Die Voraussetzung für die Erhebung solcher Zuschläge, ihre Höhe und das Verfahren wird durch das Statut geregelt.**

Feststellung der Entschädigungen.

§. 62.

Die Beschlußfassung über die Feststellung der Entschädigungen (§§. 5 bis 8b) erfolgt:

1. sofern die Genossenschaft in Sektionen eingetheilt ist, durch den Vorstand der Sektion, wenn es sich handelt
   a) um die im §. 6 Abs. 1 Ziffer 1 bezeichneten Leistungen,
   b) um die für die Dauer einer voraussichtlich vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit zu gewährende Rente,
   c) um das Sterbegeld,
   d) um die Aufnahme des Verletzten in eine Heilanstalt,
   e) um die den Angehörigen eines Verletzten für die Zeit seiner Behandlung in einer Heilanstalt zu gewährende Rente;
2. in allen übrigen Fällen durch den Vorstand der Genossenschaft.

Das Genossenschaftsstatut kann bestimmen, daß die Feststellung der Entschädigungen in den Fällen des Abs. 1 Ziffer 1 durch einen Ausschuß des Sektionsvorstandes oder durch besondere Kommissionen oder durch örtliche Beauftragte (Vertrauensmänner), in den Fällen des Abs. 1 Ziffer 2 durch den Sektionsvorstand oder durch einen Ausschuß des Genossenschafts- oder Sektionsvorstandes oder durch besondere Kommissionen zu bewirken ist.

**** Vor der Feststellung der Entschädigung ist dem Entschädigungsberechtigten durch Mittheilung der Unterlagen, auf Grund deren dieselbe zu bemessen ist, Gelegenheit zu geben, sich binnen einer Frist von ***zwei Wochen zu äussern. Die Berufsgenossenschaft hat in jedem Falle auf Antrag den behandelnden Arzt zu hören. Steht der behandelnde Arzt zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältnisse, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören. † Bei Mittheilung der Unterlagen ist der Entschädigungsberechtigte auf dieses Recht und die einzuhaltende Frist hinzuweisen.**

* Dieser Absatz ist nach dem Antrage Gamp — Nr. 749 II — resp. dem Antrage Gaulke — Nr. 766 — und dem Antrage v. Waldow und Reitzenstein — Nr. 763, A 2 der Drucksachen — angenommen.

** Abs. 3 nach dem Antrage Freiherr v. Richthofen-Damsdorf — Nr. 767 der Drucksachen — mit dem **handschriftlichen** Antrage*** Rösicke (Dessau) statt: „einer Woche" „zwei Wochen" angenommen.

† Schlußsatz nach dem **handschriftlichen** Antrage Rösicke (Dessau) angenommen.

Bestehendes Gesetz.

Berufung gegen die Entscheidung der Behörden und Genossenschaftsorgane.

§. 67.

Gegen den Bescheid der unteren Verwaltungsbehörde, durch welchen der Entschädigungsanspruch aus dem Grunde abgelehnt wird, weil der Betrieb, in welchem der Unfall sich ereignet hat, für nicht unter §. 1 fallend erachtet wird (§. 64 Abs. 4), steht dem Verletzten und seinen Hinterbliebenen die Beschwerde an das Reichs-Versicherungsamt zu. Dieselbe ist binnen vier Wochen nach der Zustellung des ablehnenden Bescheids bei der unteren Verwaltungsbehörde einzulegen.

Gegen den Bescheid, durch welchen der Entschädigungsanspruch aus einem anderen als dem vorbezeichneten Grunde abgelehnt wird (§. 64 Abs. 3), sowie gegen den Bescheid, durch welchen die Entschädigung festgestellt wird (§. 66), findet die Berufung auf schiedsrichterliche Entscheidung statt.

Die Berufung ist bei Vermeidung des Ausschlusses binnen vier Wochen nach der Zustellung des Bescheids bei dem Vorsitzenden desjenigen Schiedsgerichts (§. 51) zu erheben, in dessen Bezirke der Betrieb, in welchem der Unfall sich ereignet hat, belegen ist.

Der Bescheid muß die Bezeichnung der für die Berufung zuständigen Stelle beziehungsweise des Vorsitzenden des Schiedsgerichts sowie die Belehrung über die einzuhaltenden Fristen enthalten.

Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung.

Ausländische Entschädigungsberechtigte.

§. 72.

Die Genossenschaft kann Ausländer, welche dauernd das Reichsgebiet verlassen, durch eine Kapitalzahlung für ihren Entschädigungsanspruch abfinden.

Vorlage.

Berufung.

§. 67.

Gegen den Bescheid, durch welchen der Entschädigungsanspruch abgelehnt wird, sowie gegen den Bescheid, durch welchen die Entschädigung festgestellt wird, findet die Berufung auf **schiedsgerichtliche** Entscheidung statt.

Die Berufung ist bei Vermeidung des Ausschlusses **innerhalb eines Monats** nach der Zustellung des Bescheids bei dem **Schiedsgericht (Gesetz, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, §. 3)** zu erheben, in dessen Bezirke der Betrieb, in welchem der Unfall sich ereignet hat, belegen ist.

Die Frist gilt auch dann als gewahrt, wenn die Berufung bei einer anderen Behörde oder bei einem Genossenschaftsorgane eingegangen ist. Diese haben die Berufungsschrift unverzüglich an das zuständige Schiedsgericht abzugeben.

Der Bescheid muß die Bezeichnung des für die Berufung zuständigen **Schiedsgerichts** sowie die Belehrung über die **einzuhaltende Frist** enthalten.

Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung.

Kapitalabfindungen.

§. 72.

Ist bei theilweiser Erwerbsunfähigkeit eine Rente von zwanzig oder weniger Prozent der Vollrente festgestellt, so kann die Berufsgenossenschaft den Entschädigungsberechtigten auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung abfinden. Gegen den Bescheid, durch welchen die Kapitalabfindung festgesetzt wird, ist Berufung (§. 67) zulässig. Das Rechtsmittel hat in diesem Falle aufschiebende Wirkung. Bis zur Entscheidung kann der Antrag zurückgezogen werden. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig.

Beschlüsse der Kommission.

Die entstandenen Verhandlungen sind der Berufsgenossenschaft zu übersenden. Giebt der Entschädigungsberechtigte keine Erklärung ab, so ist der Berufsgenossenschaft hiervon alsbald Nachricht zu geben.

Berufung.

§. 67.

Gegen den Bescheid, durch welchen der Entschädigungsanspruch abgelehnt wird, sowie gegen den Bescheid, durch welchen die Entschädigung festgestellt wird, findet die Berufung auf schiedsgerichtliche Entscheidung statt.

Die Berufung ist bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb eines Monats nach der Zustellung des Bescheids bei dem Schiedsgericht (Gesetz, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, §. 3) zu erheben, in dessen Bezirke der Betrieb, in welchem der Unfall sich ereignet hat, belegen ist.

Die Frist gilt auch dann als gewahrt, wenn innerhalb derselben die Berufung bei einer anderen inländischen Behörde oder bei einem Genossenschaftsorgane eingegangen ist. Diese haben die Berufungsschrift unverzüglich an das zuständige Schiedsgericht abzugeben.

Der Bescheid muß die Bezeichnung des für die Berufung zuständigen Schiedsgerichts sowie die Belehrung über die einzuhaltende Frist enthalten.

Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung.

Kapitalabfindungen.

§. 72.

Ist bei theilweiser Erwerbsunfähigkeit eine Rente von zwanzig oder weniger Prozent der Vollrente festgestellt, so kann nach Anhörung der unteren Verwaltungsbehörde die Berufsgenossenschaft den Entschädigungsberechtigten auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung abfinden. Gegen den Bescheid, durch welchen die Kapitalabfindung festgesetzt wird, ist Berufung §. 67 zulässig. Das Rechtsmittel hat in diesem Falle aufschiebende Wirkung. Bis zur Verkündung der Entscheidung kann der Antrag zurückgezogen werden. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig. Sie kann nur auf Bestätigung oder auf Aufhebung des Bescheids lauten.

Beschlüsse des Reichstags.

Berufung.

§. 67.

Gegen den Bescheid, durch welchen der Entschädigungsanspruch abgelehnt wird, sowie gegen den Bescheid, durch welchen die Entschädigung festgestellt wird, findet die Berufung auf schiedsgerichtliche Entscheidung statt.

Die Berufung ist bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb eines Monats nach der Zustellung des Bescheids bei dem Schiedsgericht (Gesetz, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, §. 3) zu erheben, in dessen Bezirke der Betrieb, in welchem der Unfall sich ereignet hat, belegen ist.

Die Frist gilt auch dann als gewahrt, wenn innerhalb derselben die Berufung bei einer anderen inländischen Behörde oder bei einem Genossenschaftsorgane eingegangen ist. Diese haben die Berufungsschrift unverzüglich an das zuständige Schiedsgericht abzugeben.

Der Bescheid muß die Bezeichnung des für die Berufung zuständigen Schiedsgerichts sowie die Belehrung über die einzuhaltende Frist enthalten.

Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung,* **ausgenommen im Falle des §. 8a.**

Kapitalabfindungen.

§. 72.

Ist bei theilweiser Erwerbsunfähigkeit eine Rente von zwanzig oder weniger Prozent der Vollrente festgestellt, so kann nach Anhörung der unteren Verwaltungsbehörde die Berufsgenossenschaft den Entschädigungsberechtigten auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung abfinden. Gegen den Bescheid, durch welchen die Kapitalabfindung festgesetzt wird, ist Berufung §. 67 zulässig. Das Rechtsmittel hat in diesem Falle aufschiebende Wirkung. Bis zur Verkündung der Entscheidung kann der Antrag zurückgezogen werden. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig. Sie kann nur auf Bestätigung oder auf Aufhebung des Bescheids lauten. ** **Der Verletzte muss vor Annahme seines Antrags darüber belehrt werden, dass er nach der Abfindung auch in dem Falle keinerlei Anspruch auf Rente mehr habe, wenn sein Zustand sich erheblich verschlechtern würde.**

* Zusatz nach dem Antrage Freiherr v. Richthofen und Genossen — Nr. 767,2 der Drucksachen — angenommen.

** Dieser Schlußsatz ist nach dem Antrage Albrecht und Genossen — Nr. 772 — resp. dem Antrage Freiherr v. Richthofen — Nr. 767,2 der Drucksachen — angenommen.

Bestehendes Gesetz.

Vorlage.

Ist der Entschädigungsberechtigte ein Ausländer, so kann er, falls er seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche aufgiebt, mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden. Durch Beschluß des Bundesraths kann diese Bestimmung für bestimmte Grenzgebiete oder für die Angehörigen solcher auswärtiger Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch Unfall verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden.

Diese Bestimmungen finden auch Anwendung auf solche Renten, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes festgestellt worden sind. Wird eine solche Abfindung im Laufe der ersten drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ausgesprochen, so sind die Berufsgenossenschaften berechtigt, die erforderlichen Mittel aus dem etwa angesammelten Reservefonds zu entnehmen.

§. 78.

Werden die Beiträge nach dem Maßstabe der mit den Betrieben verbundenen Unfallgefahr und der in den Betrieben verwendeten Arbeit umgelegt (§. 33 Abs. 2), so ist die Veranlagung in die Gefahrenklasse (§. 35), im Uebrigen für Arbeiter und versicherte Familienangehörige die Abschätzung der Betriebe (§. 36), für Betriebsbeamte eine besondere jährlich aufzustellende Nachweisung der von denselben thatsächlich bezogenen Löhne und Gehälter (§. 79), für versicherte Betriebsunternehmer deren Jahresarbeitsverdienst (§. *6* Abs. *4*) zu Grunde zu legen.

§. 78.

Werden die Beiträge nach **Gefahrenklassen und Arbeitsbedarf** umgelegt **(§. 33b)**, so ist die Veranlagung in die Gefahrenklasse (§. 35), im Uebrigen für Arbeiter und versicherte Familienangehörige die Abschätzung (§. 36), für Betriebsbeamte eine besondere jährlich aufzustellende Nachweisung der von denselben thatsächlich bezogenen Löhne und Gehälter (§. 79), für versicherte Betriebsunternehmer deren Jahresarbeitsverdienst (§. **6a** Abs. **3**) zu Grunde zu legen.

§. 79.

Zu diesem Zweck hat jedes Mitglied der Genossenschaft, welches im Laufe des verflossenen Rechnungsjahrs versicherte Betriebsbeamte beschäftigt hat, binnen sechs Wochen nach Ablauf des Rechnungsjahrs dem Genossenschaftsvorstand eine Nachweisung desjenigen Betrags einzureichen, welchen jeder Betriebsbeamte im abgelaufenen Rechnungsjahr an Gehalt oder Lohn (§. 3) thatsächlich bezogen hat.

Für Genossenschaftsmitglieder, welche mit der rechtzeitigen Einsendung der Nachweisung im Rückstande sind, erfolgt die Feststellung der letzteren durch den Genossenschafts- beziehungsweise Sektionsvorstand auf Vorschlag des etwa bestellten Vertrauensmanns.

§. 79.

Zu diesem Zwecke hat jedes Mitglied der Genossenschaft, welches im Laufe des verflossenen Rechnungsjahrs versicherte Betriebsbeamte beschäftigt hat, binnen sechs Wochen nach Ablauf des Rechnungsjahrs dem Genossenschaftsvorstand eine Nachweisung desjenigen Betrags einzureichen, welchen jeder Betriebsbeamte im abgelaufenen Rechnungsjahr an Gehalt oder Lohn (§. 3) thatsächlich bezogen hat.

Für Genossenschaftsmitglieder, welche mit der rechtzeitigen Einsendung der Nachweisung im Rückstande sind, erfolgt **deren** Feststellung durch den Genossenschafts- beziehungsweise Sektionsvorstand auf Vorschlag des etwa bestellten Vertrauensmanns.

§. 80.

Bei der Berechnung der Beiträge wird in der Art verfahren, daß je für den Arbeitstag eines Arbeiters oder einer anderen, nach §. 2 versicherten Person, welche nicht Betriebsbeamter ist, der dreihundertste Theil des nach §. *6* für den Sitz des Betriebs ermittelten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes für erwachsene männliche Arbeiter, für jeden versicherten Betriebsunternehmer derselbe Jahresarbeitsverdienst, sofern nicht durch das Statut hiervon

§. 80.

Bei der Berechnung der Beiträge wird in der Art verfahren, daß für jeden Arbeitstag eines Arbeiters oder einer anderen, nach §. 2 versicherten Person, welche nicht Betriebsbeamter ist, der dreihundertste Theil des nach §. 6a **Abs. 1** für den Sitz des Betriebs ermittelten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes für erwachsene männliche Arbeiter, für jeden versicherten Betriebsunternehmer derselbe Jahresarbeitsverdienst, sofern nicht durch das Statut-

Beschlüsse der Kommission.

Ist der Entschädigungsberechtigte ein Ausländer, so kann er, falls er seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche aufgiebt, auf seinen Antrag mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden. Durch Beschluß des Bundesraths kann diese Bestimmung für bestimmte Grenzgebiete oder für die Angehörigen solcher auswärtiger Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch Unfall verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden.

Diese Bestimmungen finden auch Anwendung auf solche Renten, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes festgestellt worden sind. Wird eine solche Abfindung im Laufe der ersten drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ausgesprochen, so sind die Berufsgenossenschaften berechtigt, die erforderlichen Mittel aus dem angesammelten Reservefonds zu entnehmen. Dieser ist dann nach näherer Anordnung des Reichs-Versicherungsamts (§. 17 Abs. 2) wieder zu ergänzen.

§. 78.

Werden die Beiträge nach Gefahrenklassen und Arbeitsbedarf umgelegt (§. 33b), so ist die Veranlagung in die Gefahrenklasse (§. 35), im Uebrigen für Betriebsbeamte und die in §. *1* Abs. *6* bezeichneten Personen eine besondere, jährlich aufzustellende Nachweisung der von denselben thatsächlich bezogenen Gehälter und Löhne (§. 79), für versicherte Betriebsunternehmer deren Jahresarbeitsverdienst (§. *6ac*), für alle übrigen versicherten Personen die Abschätzung (§. 36) zu Grunde zu legen.

§. 79.

Zu diesem Zwecke hat jedes Mitglied der Genossenschaft, welches im Laufe des verflossenen Rechnungsjahrs versicherte Betriebsbeamte oder andere in §. *1* Abs. *6* bezeichnete Personen beschäftigt hat, binnen sechs Wochen nach Ablauf des Rechnungsjahrs dem Genossenschaftsvorstand eine Nachweisung desjenigen Betrags einzureichen, welchen jeder von diesen Versicherten im abgelaufenen Rechnungsjahr an Gehalt oder Lohn (§. 3) thatsächlich bezogen hat oder welcher für ihn anzurechnen ist.

Für Genossenschaftsmitglieder, welche mit der rechtzeitigen Einsendung der Nachweisung im Rückstande sind, erfolgt deren Aufstellung durch den Genossenschafts- beziehungsweise Sektionsvorstand.

§. 80.

Bei der Berechnung der Beiträge wird in der Art verfahren, daß für jeden Betriebsbeamten und jede andere im §. *1* Abs. *6* bezeichnete Person die in den Betrieben von ihnen thatsächlich bezogenen oder für sie anzurechnenden Gehälter oder Löhne (§§. 6a, 6ac), für jeden Arbeitstag eines Arbeiters der dreihundertste Theil des nach §. *6ab* für den Sitz des Betriebs ermittelten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes für erwachsene männliche Arbeiter,

Beschlüsse des Reichstags.

Ist der Entschädigungsberechtigte ein Ausländer, so kann er, falls er seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche aufgiebt, auf seinen Antrag mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden. Durch Beschluß des Bundesraths kann diese Bestimmung für bestimmte Grenzgebiete oder für die Angehörigen solcher auswärtiger Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch Unfall verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden.

Diese Bestimmungen finden auch Anwendung auf solche Renten, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes festgestellt worden sind. Wird eine solche Abfindung im Laufe der ersten drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ausgesprochen, so sind die Berufsgenossenschaften berechtigt, die erforderlichen Mittel aus dem angesammelten Reservefonds zu entnehmen. Dieser ist dann nach näherer Anordnung des Reichs-Versicherungsamts (§. 17 Abs. 2) wieder zu ergänzen.

§. 78.

Werden die Beiträge nach Gefahrenklassen und Arbeitsbedarf umgelegt (§. 33b), so ist die Veranlagung in die Gefahrenklasse (§. 35), im Uebrigen für * die in §. 6a Abs. 1 bezeichneten Personen eine besondere, jährlich aufzustellende Nachweisung der von denselben thatsächlich bezogenen Gehälter und Löhne (§. 79), für versicherte Betriebsunternehmer deren Jahresarbeitsverdienst (§. *6ac*), für alle übrigen versicherten Personen die Abschätzung (§. 36) zu Grunde zu legen.

§. 79.

Zu diesem Zwecke hat jedes Mitglied der Genossenschaft, welches im Laufe des verflossenen Rechnungsjahrs versicherte ** Personen der im §. 6a Abs. 1 bezeichneten Art, beschäftigt hat, binnen sechs Wochen nach Ablauf des Rechnungsjahrs dem Genossenschaftsvorstand eine Nachweisung desjenigen Betrags einzureichen, welchen jeder von diesen Versicherten im abgelaufenen Rechnungsjahr an Gehalt oder Lohn (§. 3) thatsächlich bezogen hat oder welcher für ihn anzurechnen ist.

Für Genossenschaftsmitglieder, welche mit der rechtzeitigen Einsendung der Nachweisung im Rückstande sind, erfolgt deren Aufstellung durch den Genossenschafts- beziehungsweise Sektionsvorstand.

§. 80.

Bei der Berechnung der Beiträge wird in der Art verfahren, daß für *** die in §. 6a Abs. 1 bezeichneten Personen die in den Betrieben von ihnen thatsächlich bezogenen oder für sie anzurechnenden Gehälter oder Löhne (§§. 6a, 6ac), für jeden Arbeitstag eines Arbeiters der dreihundertste Theil des nach §. *6ab* für den Sitz des Betriebs ermittelten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes für erwachsene männliche Arbeiter,

* Nach dem **handschriftlichen** Antrage Roesicke (Dessau) sind an Stelle der Worte: „Betriebsbeamte und die im §. 1 Abs. 6" die Worte: „die im §. 6a Abs. 1" angenommen.

** Desgleichen **handschriftlich** statt der Worte: „Betriebsbeamte oder andere in §. 1 Abs. 6 bezeichnete Personen" die Worte: „Personen der in §. 6a Abs. 1 bezeichneten Art" angenommen.

*** Desgleichen **handschriftlich** statt der Worte: „jeden Betriebsbeamten und jede andere im §. 1 Abs. 6 bezeichnete Person" die Worte: „die in §. 6a Abs. 1 bezeichneten Personen" angenommen.

Bestehendes Gesetz.

abweichende Bestimmungen getroffen sind, sowie für jeden Betriebsbeamten der in dem Betriebe von ihm thatsächlich bezogene Verdienst in Ansatz gebracht wird. Dabei ist der die Höhe von täglich vier Mark, das Jahr zu dreihundert Arbeitstagen gerechnet, übersteigende Betrag des Jahresarbeitsverdienstes nur mit einem Drittheile zur Anrechnung zu bringen.

§. 81.

Auf dieser Grundlage wird von dem Genossenschaftsvorstande der Beitrag berechnet, welcher auf jeden Unternehmer zur Deckung des Gesammtbedarfs entfällt, und die Heberolle aufgestellt.

Den Gemeindebehörden sind bezüglich der dem Gemeindebezirk angehörenden Genossenschaftsmitglieder Auszüge aus der Heberolle mit der Aufforderung zuzustellen, die Beiträge einzuziehen und in ganzer Summe binnen vier Wochen an den Genossenschaftsvorstand einzusenden. Die Gemeindebehörden haben hierfür von der Berufsgenossenschaft eine Vergütung zu beanspruchen, deren Höhe von den Landes-Zentralbehörden festzusetzen ist.

Die Gemeinde haftet für diejenigen Beiträge, bei denen sie den wirklichen Ausfall oder die fruchtlos erfolgte Zwangsvollstreckung nicht nachweisen kann, und muß sie vorschußweise mit einsenden.

Vorlage.

hiervon abweichende Bestimmungen getroffen sind, sowie für jeden Betriebsbeamten der in dem Betriebe von ihm thatsächlich bezogene Verdienst in Ansatz gebracht wird. Dabei ist der die Höhe von täglich vier Mark, das Jahr zu dreihundert Arbeitstagen gerechnet, übersteigende Betrag des Jahresarbeitsverdienstes nur mit einem Drittheile zur Anrechnung zu bringen.

§. 81.

Auf dieser Grundlage wird von dem Genossenschaftsvorstande der Beitrag berechnet, welcher auf jeden Unternehmer zur Deckung des Gesammtbedarfs entfällt, und die Heberolle aufgestellt.

Den Gemeindebehörden sind bezüglich der dem Gemeindebezirk angehörenden Genossenschaftsmitglieder Auszüge aus der Heberolle mit der Aufforderung zuzustellen, die Beiträge einzuziehen und in ganzer Summe binnen vier Wochen an den Genossenschaftsvorstand einzusenden. Die Gemeindebehörden haben hierfür von der Berufsgenossenschaft eine Vergütung zu beanspruchen, deren Höhe von den Landes-Zentralbehörden festzusetzen ist.

Die Gemeinde haftet für diejenigen Beiträge, bei denen sie den wirklichen Ausfall oder die fruchtlos erfolgte Zwangsvollstreckung nicht nachweisen kann, und muß sie vorschußweise mit einsenden.

§. 85a.

Die Bestände der Berufsgenossenschaften müssen in der durch §§. 1807, 1808 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Weise angelegt werden.

Beschränkt sich der Bezirk der Genossenschaft auf einen Bundesstaat, in welchem durch landesgesetzliche Vorschrift Werthpapiere zur Anlegung von Mündelgeldern für geeignet erklärt sind (Artikel 212 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch), oder erstreckt sich ihr Bezirk nur auf Gebiete oder Gebietstheile von Bundesstaaten, in welchen dieselben Werthpapiere zu solcher Anlegung zugelassen sind, so können die Bestände der Genossenschaft auch in diesen Werthpapieren angelegt werden.

Erstreckt sich der Bezirk einer Genossenschaft auf Gebiete oder Gebietstheile mehrerer Bundesstaaten, in denen auf Grund des Artikels 212 a. a. O. nicht dieselben Werthpapiere zur Anlegung zugelassen sind, so darf die Anlegung in den für Theile des Genossenschaftsbezirkes hiernach zugelassenen Werthpapieren dann erfolgen, wenn die Zentralbehörden derjenigen Bundesstaaten, auf welche sich der Bezirk der Genossenschaft erstreckt, zustimmen. Wird eine Einigung nicht erzielt, so kann der Bundesrath genehmigen, daß das Vermögen der Genossenschaft in solchen Werthpapieren bis zu demjenigen Betrag angelegt wird, welcher für das letzte Geschäftsjahr

Beschlüsse der Kommission

für jeden versicherten Betriebsunternehmer derselbe Jahresarbeitsverdienst, sofern nicht durch das Statut hiervon abweichende Bestimmungen getroffen sind, in Ansatz gebracht wird. Dabei ist der die Höhe von fünfzehnhundert Mark übersteigende Betrag des Jahresarbeitsverdienstes nur mit einem Drittel zur Anrechnung zu bringen.

§. 81.

Auf dieser Grundlage wird von dem Genossenschaftsvorstande der Beitrag berechnet, welcher auf jeden Unternehmer zur Deckung des Gesammtbedarfs entfällt, und die Heberolle aufgestellt.

Den Gemeindebehörden sind bezüglich der dem Gemeindebezirk angehörenden Genossenschaftsmitglieder Auszüge aus der Heberolle mit der Aufforderung zuzustellen, die Beiträge unter Verrechnung der nach §. 15a erhobenen Vorschüsse einzuziehen und in ganzer Summe binnen vier Wochen an den Genossenschaftsvorstand einzusenden. Die Gemeindebehörden haben hierfür von der Berufsgenossenschaft eine Vergütung zu beanspruchen, deren Höhe von den Landes-Zentralbehörden festzusetzen ist.

Die Gemeinde haftet für diejenigen Beiträge, bei denen sie den wirklichen Ausfall oder die fruchtlos erfolgte Zwangsvollstreckung nicht nachweisen kann, und muß sie vorschußweise mit einsenden.

§. 85a.

Die Bestände der Berufsgenossenschaften müssen in der durch §§. *1806* bis 1808 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Weise angelegt werden.

Ausserdem dürfen dieselben in Werthpapieren, welche nach landesgesetzlichen Vorschriften zur Anlegung von Mündelgeldern zugelassen sind, sowie auf Beschluss der Genossenschaftsversammlung in solchen auf den Inhaber lautenden Pfandbriefen deutscher Hypotheken-Aktien-Banken angelegt werden, welche die Reichsbank in Klasse I beleiht.

Beschlüsse des Reichstags.

für jeden versicherten Betriebsunternehmer derselbe Jahresarbeitsverdienst, sofern nicht durch das Statut hiervon abweichende Bestimmungen getroffen sind, in Absatz gebracht wird. Dabei ist der die Höhe von fünfzehnhundert Mark übersteigende Betrag des Jahresarbeitsverdienstes nur mit einem Drittel zur Anrechnung zu bringen.

§. 81.

Auf dieser Grundlage wird von dem Genossenschaftsvorstande * **unter Berücksichtigung der gemäss §. 36 Abs. 4 erlassenen Bestimmungen** der Beitrag berechnet, welcher auf jeden Unternehmer zur Deckung des Gesammtbedarfs entfällt, und die Heberolle aufgestellt.

Den Gemeindebehörden sind bezüglich der dem Gemeindebezirk angehörenden Genossenschaftsmitglieder Auszüge aus der Heberolle mit der Aufforderung zuzustellen, die Beiträge unter Verrechnung der nach §. 15a erhobenen Vorschüsse einzuziehen und in ganzer Summe binnen vier Wochen an den Genossenschaftsvorstand einzusenden. Die Gemeindebehörden haben hierfür von der Berufsgenossenschaft eine Vergütung zu beanspruchen, deren Höhe von den Landes-Zentralbehörden festzusetzen ist.

Die Gemeinde haftet für diejenigen Beiträge, bei denen sie den wirklichen Ausfall oder die fruchtlos erfolgte Zwangsvollstreckung nicht nachweisen kann, und muß sie vorschußweise mit einsenden.

§. 85a.

Die Bestände der Berufsgenossenschaften müssen in der durch §§. *1806* bis 1808 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Weise angelegt werden.

Ausserdem dürfen dieselben in Werthpapieren, welche nach landesgesetzlichen Vorschriften zur Anlegung von Mündelgeldern zugelassen sind, sowie ** in solchen auf den Inhaber lautenden Pfandbriefen deutscher Hypotheken-Aktien-Banken angelegt werden, welche die Reichsbank in Klasse I beleiht.

* Einschaltung nach dem Antrage Hofmann (Dillenburg) — Nr. 758,4 der Drucksachen —.

** Hier sind die von der Kommission vorgeschlagenen Worte: „auf Beschluß der Genossenschaftsversammlung" nach dem Antrage Freiherr v. Richthofen-Damsdorf — Nr. 767,4 der Drucksachen — gestrichen.

Bestehendes Gesetz.

VII. Unfallverhütung. Ueberwachung der Betriebe durch die Genossenschaften.

Unfallverhütungsvorschriften.

§. 87.

Die Genossenschaften sind befugt, für den Umfang des Genossenschaftsbezirks oder für bestimmt abzugrenzende Theile desselben oder für bestimmte Industriezweige oder Betriebsarten über die von den Mitgliedern zur Verhütung von Unfällen in ihren Betrieben zu treffenden Einrichtungen Vorschriften zu erlassen und darin die Zuwiderhandelnden mit Zuschlägen bis zum doppelten Betrage ihrer Beiträge oder, sofern eine Einschätzung in Gefahrenklassen stattgefunden hat und der Betrieb des Zuwiderhandelnden nicht in der höchsten Gefahrenklasse sich befindet, mit Einschätzung des Betriebs in eine höhere Gefahrenklasse zu bedrohen.

Für die Herstellung der vorgeschriebenen Einrichtungen ist den Mitgliedern eine angemessene Frist zu bewilligen.

ltw. 87 c. Diese Vorschriften bedürfen der Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts.

Die genehmigten Vorschriften sind den höheren Verwaltungsbehörden, auf deren Bezirke sie sich erstrecken, durch den Genossenschaftsvorstand mitzutheilen.

Dem Antrag auf Ertheilung der Genehmigung ist die gutachtliche Aeußerung der Vorstände derjenigen Sektionen, für welche die Vorschriften Gültigkeit haben sollen, oder, sofern die Genossenschaft in Sektionen nicht eingetheilt ist, des Genossenschaftsvorstandes beizufügen.

Ueberwachung der Betriebe.

§. 90.

Die Genossenschaften sind befugt, durch Beauftragte die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen, von den Einrichtungen der Betriebe, soweit sie für die Zugehörigkeit zur Genossenschaft oder für die Einschätzung in den Gefahrentarif von Bedeutung sind, Kenntniß zu nehmen und behufs Prüfung der von den Betriebsunternehmern auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Bestimmungen eingereichten Arbeiter- und Lohnnachweisungen diejenigen Geschäftsbücher und Listen einzusehen, aus welchen die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Beamten und die Beträge der verdienten Löhne und Gehälter ersichtlich werden.

Die Betriebsunternehmer sind verpflichtet, den als solchen legitimirten Beauftragten der betheiligten Genossen-

Vorlage.

dem Verhältnisse der Mitgliederbeiträge aus dem die Werthpapiere zulassenden Bundesstaate zu den gesammten Beiträgen der Genossenschaftsmitglieder entspricht. Die Zustimmung sowie die Genehmigung kann zurückgenommen werden.

V. Unfallverhütung. Ueberwachung der Betriebe durch die Genossenschaften.

Unfallverhütungsvorschriften.

§. 87.

Die Genossenschaften sind befugt, für den Umfang des Genossenschaftsbezirks oder für bestimmt abzugrenzende Theile desselben oder für bestimmte **Betriebszweige** oder Betriebsarten Vorschriften zu erlassen:

1. über die von den Mitgliedern zur Verhütung von Unfällen in ihren Betrieben zu treffenden Einrichtungen **unter Bedrohung der** Zuwiderhandelnden **mit Geldstrafen bis zu dreihundert Mark oder** mit **der** Einschätzung **ihrer Betriebe** in eine höhere Gefahrenklasse, **oder falls sich die letzteren bereits** in der höchsten Gefahrenklasse **befinden oder ein Gefahrentarif nicht aufgestellt ist,** mit Zuschlägen bis zum doppelten Betrag ihrer Beiträge.

Für die Herstellung der vorgeschriebenen Einrichtungen ist den Mitgliedern eine angemessene Frist zu bewilligen;

2. über das in den Betrieben von den Versicherten zur Verhütung von Unfällen zu beobachtende Verhalten unter Bedrohung der Zuwiderhandelnden mit Geldstrafen bis zu sechs Mark.

Ueberwachung der Betriebe.

§. 90.

Die Genossenschaften sind befugt, durch Beauftragte die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen, von den Einrichtungen der Betriebe, soweit sie für die Zugehörigkeit zur Genossenschaft oder für die Einschätzung in den Gefahrentarif von Bedeutung sind, Kenntniß zu nehmen und behufs Prüfung der von den Betriebsunternehmern auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Bestimmungen eingereichten Arbeiter- und Lohnnachweisungen diejenigen Geschäftsbücher und Listen einzusehen, aus welchen die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Beamten und die Beträge der verdienten Löhne und Gehälter ersichtlich werden.

Die Betriebsunternehmer sind verpflichtet, den als solchen legitimirten Beauftragten der betheiligten Genossen-

Beschlüsse der Kommission

V. Unfallverhütung. Ueberwachung der Betriebe.

Unfallverhütungsvorschriften.

§. 87.

Die Genossenschaften sind befugt und auf Verlangen des Reichs-Versicherungsamts verpflichtet, für den Umfang des Genossenschaftsbezirks Vorschriften zu erlassen:

1. über die von den Mitgliedern zur Verhütung von Unfällen in ihren Betrieben zu treffenden Einrichtungen und Anordnungen unter Bedrohung der Zuwiderhandelnden mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit der Einschätzung ihrer Betriebe in eine höhere Gefahrenklasse, oder falls sich die letzteren bereits in der höchsten Gefahrenklasse befinden oder ein Gefahrentarif nicht aufgestellt ist, mit Zuschlägen bis zum doppelten Betrag ihrer Beiträge.

   Für die Herstellung der vorgeschriebenen Einrichtungen ist den Mitgliedern eine angemessene Frist zu bewilligen;
2. über das in den Betrieben von den Versicherten zur Verhütung von Unfällen zu beobachtende Verhalten unter Bedrohung der Zuwiderhandelnden mit Geldstrafen bis zu sechs Mark.

Die Genossenschaften sind ausserdem befugt, solche Vorschriften für bestimmt abzugrenzende Bezirke oder für bestimmte Betriebszweige oder Betriebsarten zu erlassen.

Ueberwachung der Betriebe.

§. 90.

Die Genossenschaften sind verpflichtet, für die Durchführung der gemäss §. 87 erlassenen Unfallverhütungsvorschriften Sorge zu tragen. Sie sind befugt, durch technische Aufsichtsbeamte die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen und von den Einrichtungen der Betriebe, soweit sie für die Zugehörigkeit zur Genossenschaft oder für die Einschätzung in den Gefahrentarif von Bedeutung sind, Kenntniß zu nehmen. Sie sind ferner befugt, durch Rechnungsbeamte behufs Prüfung der von den Betriebsunternehmern auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Bestimmungen eingereichten Arbeiter- und Lohnnachweisungen diejenigen Geschäftsbücher und Listen einzusehen, aus welchen die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Beamte und die Beträge der verdienten Löhne und Gehälter ersichtlich werden.

Die Betriebsunternehmer sind verpflichtet, den als solchen legitimirten technischen Aufsichtsbeamten der

Beschlüsse des Reichstags.

V. Unfallverhütung. Ueberwachung der Betriebe.

Unfallverhütungsvorschriften.

§. 87.

Die Genossenschaften sind befugt und auf Verlangen des Reichs-Versicherungsamts verpflichtet, für den Umfang des Genossenschaftsbezirks Vorschriften zu erlassen:

1. über die von den Mitgliedern zur Verhütung von Unfällen in ihren Betrieben zu treffenden Einrichtungen und Anordnungen unter Bedrohung der Zuwiderhandelnden mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit der Einschätzung ihrer Betriebe in eine höhere Gefahrenklasse, oder falls sich die letzteren bereits in der höchsten Gefahrenklasse befinden oder ein Gefahrentarif nicht aufgestellt ist, mit Zuschlägen bis zum doppelten Betrag ihrer Beiträge.

   Für die Herstellung der vorgeschriebenen Einrichtungen ist den Mitgliedern eine angemessene Frist zu bewilligen;
2. über das in den Betrieben von den Versicherten zur Verhütung von Unfällen zu beobachtende Verhalten unter Bedrohung der Zuwiderhandelnden mit Geldstrafen bis zu sechs Mark.

Die Genossenschaften sind ausserdem befugt, solche Vorschriften für bestimmt abzugrenzende Bezirke oder für bestimmte Betriebszweige oder Betriebsarten zu erlassen.

***In den Unfallverhütungsvorschriften ist anzugeben, in welcher Art die Vorschriften zur Kenntniss der Versicherten zu bringen sind.**

Ueberwachung der Betriebe.

§. 90.

Die Genossenschaften sind verpflichtet, für die Durchführung der gemäss §. 87 erlassenen Unfallverhütungsvorschriften Sorge zu tragen. Sie sind befugt, durch technische Aufsichtsbeamte die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen und von den Einrichtungen der Betriebe, soweit sie für die Zugehörigkeit zur Genossenschaft oder für die Einschätzung in den Gefahrentarif von Bedeutung sind, Kenntniß zu nehmen. Sie sind ferner befugt, durch Rechnungsbeamte behufs Prüfung der von den Betriebsunternehmern auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Bestimmungen eingereichter Arbeiter- und Lohnnachweisungen diejenigen Geschäftsbücher und Listen einzusehen, aus welchen die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Beamte und die Beträge der verdienten Löhne und Gehälter ersichtlich werden.

Die Betriebsunternehmer sind verpflichtet, den als solchen legitimirten technischen Aufsichtsbeamten der

* Abs. 3 ist nach dem handschriftlichen Antrag Roesicke (Dessau) und Genossen angenommen.

Bestehendes Gesetz.

schaft auf Erfordern den Zutritt zu ihren Betriebsstätten während der Betriebszeit zu gestatten und die bezeichneten Bücher und Listen an Ort und Stelle zur Einsicht vorzulegen. Sie können hierzu, vorbehaltlich der Bestimmungen des §. 91, auf Antrag der Beauftragten von der unteren Verwaltungsbehörde durch Geldstrafen im Betrage bis zu dreihundert Mark angehalten werden.

§. 101.

Der Beaufsichtigung des Landes-Versicherungsamts unterstehen diejenigen Berufsgenossenschaften, welche nur solche Betriebe umfassen, deren Sitz im Gebiete des betreffenden Bundesstaats belegen ist. In den Angelegenheiten dieser Berufsgenossenschaften gehen die in den §§. *14*, 24, 32, *34*, 35, 38, 39, 41, 43, 46, 48, 64, *67*, 68, 82, 84, 87, 88, 91, 93, 94, 96, 97, *107*, *125* dem Reichs-Versicherungsamt übertragenen Zuständigkeiten auf das Landes-Versicherungsamt über.

Soweit jedoch in den Fällen der §§. 38, 41, 43, 46, 48, 64, *67*, 68 einen der Aufsicht eines anderen Landes-Versicherungsamts oder des Reichs-Versicherungsamts unterstellte Berufsgenossenschaft mitbetheiligt ist, entscheidet das Reichs-Versicherungsamt.

Unter den gleichen Voraussetzungen ist das Reichs-Versicherungsamt zuständig für Entscheidungen auf Grund der §§. 30, 32, 37, 38, 62, 63 des Unfallversicherungsgesetzes.

Das Landes-Versicherungsamt hat in derartigen Fällen (Abs. 2 und 3) die Akten an das Reichs-Versicherungsamt zur Entscheidung abzugeben.

Treten für eine der im Abs. 1 genannten, der Aufsicht eines Landes-Versicherungsamts unterstellten Berufsgenossenschaften die Voraussetzungen des §. *14* ein, so gehen die Rechtsansprüche und Verpflichtungen auf den betreffenden Bundesstaat über.

Die Beschlußfassung des Landes-Versicherungsamts in dem im §. 98 unter *b* bis *e* bezeichneten Angelegenheiten ist durch die Anwesenheit von drei ständigen und zwei nichtständigen Mitgliedern bedingt, zu welchen in den Fällen zu b und e außerdem zwei richterliche Beamte zuzuziehen sind.

§. 117.

Diejenigen Betriebsunternehmer, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge

Vorlage.

schaft auf Erfordern den Zutritt zu ihren Betriebsstätten während der Betriebszeit zu gestatten und die bezeichneten Bücher und Listen an Ort und Stelle zur Einsicht vorzulegen. Sie können hierzu, vorbehaltlich der Bestimmungen des §. 91, auf Antrag der Beauftragten von der unteren Verwaltungsbehörde durch Geldstrafen im Betrage bis zu dreihundert Mark angehalten werden.

§. 101.

Ist für das Gebiet eines Bundesstaats ein Landes-Versicherungsamt errichtet, so unterliegen Berufsgenossenschaften, welche nur solche Betriebe umfassen, deren Sitz im Gebiete des betreffenden Bundesstaats belegen ist, der Beaufsichtigung **durch das** Landes-Versicherungsamt. In den Angelegenheiten dieser Berufsgenossenschaften gehen die in den §§. **15**, 24, **30**, **32**, **32a**, 35, 38, 39, 41, 43, **43a**, 46, 48, *64*, 68**a** **bis** **68g**, 82, 84, **85c**, 87**c**, 88, 91, 94, 96, 97, 102 dem Reichs-Versicherungsamt übertragenen Zuständigkeiten auf das Landes-Versicherungsamt über.

Soweit jedoch in den Fällen der §§. 38, 41, 43, 46, 48, *64*, 68**d**, 68**e**, **68g** eine der Aufsicht eines anderen Landes-Versicherungsamts oder des Reichs-Versicherungsamts unterstellte Berufsgenossenschaft **oder eine Ausführungsbehörde eines anderen Bundesstaats** mitbetheiligt ist, entscheidet das Reichs-Versicherungsamt. Das Landes-Versicherungsamt hat in **solchen** Fällen die Akten an das Reichs-Versicherungsamt zur Entscheidung abzugeben.

Hat das Reichs-Versicherungsamt einen Entschädigungsanspruch um deswillen abgelehnt, weil nicht der in Anspruch genommene Träger der Versicherung, sondern ein anderer Träger zur Entschädigung verpflichtet ist, so kann der Anspruch gegen den letzteren nicht mit der Begründung abgelehnt werden, daß der erstere entschädigungspflichtig sei.

Treten für eine der im Abs. 1 genannten, der Aufsicht eines Landes-Versicherungsamts unterstellten Berufsgenossenschaften die Voraussetzungen des §. **43a** ein, so gehen die Rechtsansprüche und Verpflichtungen auf den betreffenden Bundesstaat über.

§. 117.

Diejenigen Betriebsunternehmer, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge

Beschlüsse der Kommission.

betheiligten Genossenschaft auf Erfordern den Zutritt zu ihren Betriebsstätten während der Betriebszeit zu gestatten und den Rechnungsbeamten die bezeichneten Bücher und Listen an Ort und Stelle zur Einsicht vorzulegen. Sie können hierzu, vorbehaltlich der Bestimmungen des §. 91, auf Antrag der technischen Aufsichtsbeamten oder der Rechnungsbeamten von der unteren Verwaltungsbehörde durch Geldstrafen im Betrage bis zu dreihundert Mark angehalten werden.

§. 101.

Ist für das Gebiet eines Bundesstaats ein Landes-Versicherungsamt errichtet, so unterliegen Berufsgenossenschaften, welche nur solche Betriebe umfassen, deren Sitz im Gebiete des betreffenden Bundesstaats belegen ist, der Beaufsichtigung durch das Landes-Versicherungsamt. In den Angelegenheiten dieser Berufsgenossenschaften gehen die in den §§. 15, *17*, 24, 30, 32, 32a, 35, 38, 39, 41, 43, 43a, 46, 48, *64*a, 68a bis 68g, *72*, 82, 84, 85c, *87*, *87*a, 87c, 88, 91, 94, 96, 97, 102 dem Reichs-Versicherungsamt übertragenen Zuständigkeiten auf das Landes-Versicherungsamt über.

Soweit jedoch in den Fällen der §§. 38, 41, 43, 46, 48, *64*a, 68d, 68e, 68g eine der Aufsicht eines anderen Landes-Versicherungsamts oder des Reichs-Versicherungsamts unterstellte Berufsgenossenschaft oder eine Ausführungsbehörde eines anderen Bundesstaats mitbetheiligt ist, entscheidet das Reichs-Versicherungsamt. Das Landes-Versicherungsamt hat in solchen Fällen die Akten an das Reichs-Versicherungsamt zur Entscheidung abzugeben.

Hat das Reichs-Versicherungsamt einen Entschädigungsanspruch um deswillen abgelehnt, weil nicht der in Anspruch genommene Träger der Versicherung, sondern ein anderer Träger zur Entschädigung verpflichtet ist, so kann der Anspruch gegen den letzteren nicht mit der Begründung abgelehnt werden, daß der erstere entschädigungspflichtig sei.

Treten für eine der im Abs. 1 genannten, der Aufsicht eines Landes-Versicherungsamts unterstellten Berufsgenossenschaften die Voraussetzungen des §. 43a ein, so gehen die Rechtsansprüche und Verpflichtungen auf den betreffenden Bundesstaat über.

§. 117.

Diejenigen Betriebsunternehmer, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie ver-

Beschlüsse des Reichstags.

betheiligten Genossenschaft auf Erfordern den Zutritt zu ihren Betriebsstätten während der Betriebszeit zu gestatten und den Rechnungsbeamten die bezeichneten Bücher und Listen an Ort und Stelle zur Einsicht vorzulegen. Sie können hierzu, vorbehaltlich der Bestimmungen des §. 91, auf Antrag der technischen Aufsichtsbeamten oder der Rechnungsbeamten von der unteren Verwaltungsbehörde durch Geldstrafen im Betrage bis zu dreihundert Mark angehalten werden.

*** Die Funktionen des technischen Aufsichtsbeamten und des Rechnungsbeamten können in einer Person vereinigt werden.**

§. 101.

Ist für das Gebiet eines Bundesstaats ein Landes-Versicherungsamt errichtet, so unterliegen Berufsgenossenschaften, welche nur solche Betriebe umfassen, deren Sitz im Gebiete des betreffenden Bundesstaats belegen ist, der Beaufsichtigung durch das Landes-Versicherungsamt. In den Angelegenheiten dieser Berufsgenossenschaften gehen die ****in den §§. 20, 23 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, sowie** in den §§. 15, *17*, 24, 30, 32, 32a, 35, 38, 39, 41, 43, 43a, 46, 48, *64*a, 88a bis 68g, *72*, 82, 84, 85c, *87*, *87*a, 87c, 88, 91, 94, 96, 97, 102 dem Reichs-Versicherungsamt übertragenen Zuständigkeiten auf das Landes-Versicherungsamt über.

Soweit jedoch in den Fällen der §§. 38, 41, 43, 46, 48, *64*a, 68d, 68e, 68g eine der Aufsicht eines anderen Landes-Versicherungsamts oder des Reichs-Versicherungsamts unterstellte Berufsgenossenschaft oder eine Ausführungsbehörde eines anderen Bundesstaats mitbetheiligt ist, entscheidet das Reichs-Versicherungsamt. Das Landes-Versicherungsamt hat in solchen Fällen die Akten an das Reichs-Versicherungsamt zur Entscheidung abzugeben.

Hat das Reichs-Versicherungsamt einen Entschädigungsanspruch um deswillen abgelehnt, weil nicht der in Anspruch genommene Träger der Versicherung, sondern ein anderer Träger zur Entschädigung verpflichtet ist, so kann der Anspruch gegen den letzteren nicht mit der Begründung abgelehnt werden, daß der erstere entschädigungspflichtig sei.

Treten für eine der im Abs. 1 genannten, der Aufsicht eines Landes-Versicherungsamts unterstellten Berufsgenossenschaften die Voraussetzungen des §. 43a ein, so gehen die Rechtsansprüche und Verpflichtungen auf den betreffenden Bundesstaat über.

§. 117.

Diejenigen Betriebsunternehmer, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie ver-

* Zusatz-Absatz nach dem Antrage Freiherr v. Richthofen-Damsdorf — Nr. 768, 1 der Drucksachen —.

** Einschaltung nach dem Antrage v. Waldow und Reitzenstein — Nr. 787 der Drucksachen —.

Bestehendes Gesetz.

ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Aufwendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, vom 15. Juni 1883 (Reichs-Gesetzbl. S. 73) von den Genossenschaften, Gemeinden (§. 10 Abs. 1) oder Krankenkassen gemacht worden sind.

In gleicher Weise haftet als Betriebsunternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

Zuständige Landesbehörden. Verwaltungsexekution.

§. 129.

Die Zentralbehörden der Bundesstaaten bestimmen, von welchen Staatsbehörden, Gemeindevertretungen oder, wo solche nicht bestehen, Gemeindebehörden die in diesem Gesetze den höheren Verwaltungsbehörden, den unteren Verwaltungsbehörden, den Ortspolizeibehörden, den Gemeindebehörden und den Vertretungen der Gemeinden und weiteren Kommunalverbände zugewiesenen Verrichtungen wahrzunehmen sind, imgleichen zu welchen Kassen die in den §§. 34 Abs. 2, 90 Abs. 2, 93 Abs. 2 vorgesehenen Strafen fließen.

Die von den Zentralbehörden der Bundesstaaten in Gemäßheit vorstehender Vorschrift erlassenen Bestimmungen sind durch den Deutschen Reichsanzeiger bekannt zu machen.

Vorlage.

ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Aufwendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des **Krankenversicherungsgesetzes** von den Genossenschaften, Gemeinden (§. 10 Abs. 1) oder Krankenkassen gemacht worden sind.

In gleicher Weise haftet als Betriebsunternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

Zuständige Landesbehörden.

§. 129.

Die Zentralbehörden der Bundesstaaten bestimmen, von welchen Staatsbehörden, Gemeindevertretungen oder, wo solche nicht bestehen, Gemeindebehörden die in diesem Gesetze den höheren Verwaltungsbehörden, den unteren Verwaltungsbehörden, den Ortspolizeibehörden, den Gemeindebehörden und den Vertretungen der Gemeinden und weiteren Kommunalverbände zugewiesenen Verrichtungen wahrzunehmen sind.

Die in Gemäßheit **dieser** Vorschrift erlassenen Bestimmungen sind durch den Reichsanzeiger bekannt zu machen.

Beschlüsse der Kommission.

möge ihres Amts, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Aufwendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Krankenversicherungsgesetzes von den Genossenschaften, Gemeinden (§. 10 Abs. 1) oder Krankenkassen gemacht worden sind.

In gleicher Weise haftet als Betriebsunternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

Zuständige Landesbehörden.

§. 129.

Die Zentralbehörden der Bundesstaaten bestimmen, von welchen Staatsbehörden, Gemeindevertretungen oder, wo solche nicht bestehen, Gemeindebehörden die in diesem Gesetze den höheren Verwaltungsbehörden, den unteren Verwaltungsbehörden, den Ortspolizeibehörden, den Gemeindebehörden und den Vertretungen der Gemeinden und weiteren Kommunalverbände zugewiesenen Verrichtungen wahrzunehmen sind.

Die in Gemäßheit dieser Vorschrift erlassenen Bestimmungen sind durch den Reichsanzeiger bekannt zu machen.

Die höhere Verwaltungsbehörde kann bestimmte Gemeindebehörden als untere Verwaltungsbehörde im Sinne des §. *62* Abs. *3* bezeichnen und mit der Wahrnehmung der dort vorgesehenen Geschäfte betrauen.

Uebergangsbestimmungen. (Neu.)

§. *133.*

Innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes hat in denjenigen Berufsgenossenschaften, in denen auf Grund des Statuts die Beiträge durch Zuschläge zu direkten Staats- oder Kommunalsteuern aufgebracht werden, die Genossenschaftsversammlung zu beschliessen, ob dieser Beitragsfuss beizubehalten ist. Die Beibehaltung kann gemäss §. *39a* Abs. *1* nur mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden.

Beschlüsse des Reichstags.

möge ihres Amts, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Aufwendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Krankenversicherungsgesetzes *von den **Genossenschaften, Gemeinden, Armenverbänden oder von Kranken- und anderen Unterstützungskassen (§. 11 Abs. 1) gemacht worden sind.**

In gleicher Weise haftet als Betriebsunternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

Zuständige Landesbehörden.

§. 129.

Die Zentralbehörden der Bundesstaaten bestimmen, von welchen Staatsbehörden, Gemeindevertretungen oder, wo solche nicht bestehen, Gemeindebehörden die in diesem Gesetze den höheren Verwaltungsbehörden, den unteren Verwaltungsbehörden, den Ortspolizeibehörden, den Gemeindebehörden und den Vertretungen der Gemeinden und weiteren Kommunalverbände zugewiesenen Verrichtungen wahrzunehmen sind.

Die in Gemäßheit dieser Vorschrift erlassenen Bestimmungen sind durch den Reichsanzeiger bekannt zu machen.

**

Uebergangsbestimmungen. (Neu.)

§. *133.*

Innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes hat in denjenigen Berufsgenossenschaften, in denen auf Grund des Statuts die Beiträge durch Zuschläge zu direkten Staats- oder Kommunalsteuern aufgebracht werden, die Genossenschaftsversammlung zu beschliessen, ob dieser Beitragsfuss beizubehalten ist. Die Beibehaltung kann gemäss §. *39a* Abs. *1* nur mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden.

*** **Sind hiernach die Beiträge nach dem Arbeitsbedarf zu erheben, so ist zugleich zu beschliessen, von welchem Zeitpunkt ab dieser Massstab an die Stelle des bisherigen Massstabes treten soll.**

* Nach dem Antrage Freiherr v. Richthofen-Damsdorf — Nr. 750 der Drucksachen — beschlossen.

** Der Abs. 3 der Kommissionsbeschlüsse ist nach dem Antrage Freiherr v. Richthofen-Damsdorf — Nr. 768, 2 der Drucksachen — gestrichen.

*** Absatz 2 nach dem **handschriftlichen** Antrag Dörksen angenommen.

Beschlüsse der Kommission.

Resolutionen.

1. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß die von den höheren Verwaltungsbehörden für die land- oder forstwirthschaftlichen Arbeiter festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste möglichst bald einer Revision unterzogen werden.
2. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bei der demnächstigen Revision des Krankenversicherungsgesetzes in Erwägung darüber einzutreten, wieweit die in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter der reichsgesetzlichen Krankenversicherung zu unterstellen sind.

Beschlüsse des Reichstags.

Angenommene Resolutionen.

1. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß die von den höheren Verwaltungsbehörden für die land- oder forstwirthschaftlichen Arbeiter festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste möglichst bald einer Revision unterzogen werden.
2. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bei der demnächstigen Revision des Krankenversicherungsgesetzes in Erwägung darüber einzutreten, wieweit die in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter der reichsgesetzlichen Krankenversicherung zu unterstellen sind.

Berlin, den 14. Mai 1900.

Nr. 773c.*

Zusammenstellung

des

Entwurfs eines See-Unfallversicherungsgesetzes

— Nr. 523, 703d und Zu Nr. 703d der Drucksachen —

mit

den Beschlüssen des Reichstags in zweiter Berathung.

In allen Theilen unverändert nach den Beschlüssen der XXI. Kommission in — Zu Nr. 703d der Drucksachen, — jedoch mit Ausnahme der folgenden Paragraphen.

Zweite Berathung cfr. 194. Sitzung.

* Aenderungen gegen die Kommissions-Beschlüsse sind mit fettem Druck in lateinischer Schrift bezeichnet.

Bestehendes Gesetz.

Gesetz,

betreffend

die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschiffahrt betheiligter Personen.

Vom 13. Juli 1887.

Abschätzung. Gefahrenklassen.

§. 34.

Für jedes Fahrzeug wird die durchschnittliche Zahl derjenigen Seeleute abgeschätzt, welche als Besatzung desselben erforderlich sind. Die Abschätzung erfolgt auf Grund des Handbuchs für die deutsche Handelsmarine und der Verzeichnisse (§§. 21 und 22) nach Klassen (§. 6).

§. 37.

Die Abschätzung der Fahrzeuge (§. 34) sowie die Veranlagung der Betriebe zu den Gefahrenklassen (§. 35) liegt nach näherer Bestimmung des Statuts den Organen der Genossenschaft ob.

Die Organe der Berufsgenossenschaft sind jederzeit berechtigt, die Abschätzung und Veranlagung einer Revision zu unterziehen.

Regelmäßige Revisionen derselben finden in denjenigen Terminen statt, in welchen der Gefahrentarif zu revidiren

Vorlage.

See-Unfallversicherungsgesetz.

Abschätzung. Gefahrenklassen.

§. 34.

Für jedes Fahrzeug wird die durchschnittliche Zahl derjenigen Seeleute abgeschätzt, welche als Besatzung desselben erforderlich sind. Die Abschätzung erfolgt nach Klassen (§. 6) auf Grund des Handbuchs für die deutsche Handelsmarine und der **nach §§. 21, 22 des Gesetzes vom 13. Juli 1887 (Reichs-Gesetzbl. S. 329) bei Errichtung der Berufsgenossenschaft aufgestellten Unternehmer-Verzeichnisse sowie der gemäß §. 45 zu berücksichtigenden Veränderungen** (Verzeichnisse §§. 21 und 22).

§. 37.

Die Abschätzung der Fahrzeuge (§. 34) sowie die Veranlagung der Betriebe zu den Gefahrenklassen (§. 35) liegt nach näherer Bestimmung des Statuts den Organen der Genossenschaft ob.

Regelmäßige Revisionen, Abschätzung und Veranlagung finden in denjenigen Terminen statt, in welchen der Ge-

Beschlüsse der Kommission.

See-Unfallversicherungsgesetz.

§. *9c.*

Uebersteigt der nach §§. 9a, 9b zu Grunde zu legende Jahresarbeitsverdienst den Betrag von fünfzehnhundert Mark, so ist der überschiessende Betrag nur mit einem Drittel anzurechnen.

Erreicht der nach §. *9b* Abs. *1, 2* berechnete Jahresarbeitsverdienst nicht den dreihundertfachen Betrag desjenigen Lohnes, welcher von der höheren Verwaltungsbehörde nach §. 8 des Krankenversicherungsgesetzes für den Ort der Beschäftigung als ortsüblicher Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter festgesetzt ist, so gilt als Jahresarbeitsverdienst der letztere.

Ist die Rente nach einem geringeren Durchschnittsbetrage bemessen, so ist dieselbe bei Seeleuten vom vollendeten achtzehnten Lebensjahre nach dem für Leichtmatrosen, und vom vollendeten zwanzigsten Lebensjahre nach dem für Vollmatrosen festgesetzten Durchschnittsbetrage der Lohnsätze, bei den im §. *9b* bezeichneten Personen aber vom vollendeten sechzehnten Lebensjahr auf den nach dem ortsüblichen Tagelohn Erwachsener festgesetzten Betrag zu erhöhen.

Abschätzung. Gefahrenklassen.

§. 34.

Für jedes Fahrzeug wird die durchschnittliche Zahl derjenigen Seeleute abgeschätzt, welche als Besatzung desselben erforderlich sind. Die Abschätzung erfolgt nach Klassen (§. *9a*) auf Grund des Handbuchs für die deutsche Handelsmarine und der nach §§. 21, 22 des Gesetzes vom 13. Juli 1887 (Reichs-Gesetzbl. S. 329) bei Errichtung der Berufsgenossenschaft aufgestellten Unternehmer-Verzeichnisse sowie der gemäß §. 45 zu berücksichtigenden Veränderungen (Verzeichnisse §§. 21 und 22).

§. 37.

Die Abschätzung der Fahrzeuge (§. 34) sowie die Veranlagung der Betriebe zu den Gefahrenklassen (§. 35) liegt nach näherer Bestimmung des Statuts den Organen der Genossenschaft ob.

Regelmäßige Revisionen, Abschätzung und Veranlagung finden in denjenigen Terminen statt, in welchen der Ge-

Beschlüsse des Reichstags.

See-Unfallversicherungsgesetz.

§. *9c.*

Uebersteigt der nach §§. 9a, 9b zu Grunde zu legende Jahresarbeitsverdienst den Betrag von fünfzehnhundert Mark, so ist der überschiessende Betrag nur mit einem Drittel anzurechnen.

Erreicht der nach §. *9b* Abs. *1, 2* berechnete Jahresarbeitsverdienst nicht den dreihundertfachen Betrag desjenigen Lohnes, welcher von der höheren Verwaltungsbehörde nach §. 8 des Krankenversicherungsgesetzes für den Ort der Beschäftigung als ortsüblicher Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter festgesetzt ist, so gilt als Jahresarbeitsverdienst der letztere.

Ist die Rente nach einem geringeren Durchschnittsbetrage bemessen, so ist dieselbe bei Seeleuten vom vollendeten * **siebzehnten** Lebensjahre nach dem für Leichtmatrosen, und vom vollendeten ** **neunzehnten** Lebensjahre nach dem für Vollmatrosen festgesetzten Durchschnittsbetrage der Lohnsätze, bei den im §. *9b* bezeichneten Personen aber vom vollendeten sechzehnten Lebensjahr auf den nach dem ortsüblichen Tagelohn Erwachsener festgesetzten Betrag zu erhöhen.

Abschätzung. Gefahrenklassen.

§. 34.

Für jedes Fahrzeug, † **mit Ausnahme der in Schlepper- und Leichterbetrieben verwendeten Fahrzeuge,** wird die durchschnittliche Zahl derjenigen Seeleute abgeschätzt, welche als Besatzung desselben erforderlich sind. Die Abschätzung erfolgt nach Klassen (§. *9a*) auf Grund des Handbuchs für die deutsche Handelsmarine und der nach §§. 21, 22 des Gesetzes vom 13. Juli 1887 (Reichs-Gesetzbl. S. 329) bei Errichtung der Berufsgenossenschaft aufgestellten Unternehmer-Verzeichnisse sowie der gemäß §. 45 zu berücksichtigenden Veränderungen (Verzeichnisse §§. 21 und 22).

§. 37.

Die Abschätzung der Fahrzeuge (§. 34) sowie die Veranlagung der Betriebe zu den Gefahrenklassen (§. 35) liegt nach näherer Bestimmung des Statuts den Organen der Genossenschaft ob.

Regelmäßige Revisionen †† der Abschätzung und Veranlagung finden in denjenigen Terminen statt, in welchen

* } Nach dem Antrage Albrecht und Genossen — Nr. 757 [4] der
** } Drucksachen — ist „siebzehnten", beziehungsweise „neunzehnten" angenommen.

† } Zusätze nach dem Antrage Dr. Lehr, Hofmann (Dillen-
†† } burg) — Nr. 789 [1, 2] der Drucksachen —.

Bestehendes Gesetz.

ist (§. 36). Hierbei ist in derselben Weise wie bei der ersten Abschätzung und Veranlagung zu verfahren.

Die Mitglieder der Genossenschaft sind verpflichtet, den Organen derselben auf Erfordern binnen zwei Wochen diejenige Auskunft zu ertheilen, welche für die Durchführung der Abschätzung oder Veranlagung erforderlich ist. Dasselbe gilt von den Korrespondentrhedern und Bevollmächtigten (§. 17) sowie von dem Fahrer des betreffenden Fahrzeugs.

Feststellung der Entschädigungen.

§. 67.

Die Feststellung der Entschädigungen für die durch Unfall verletzten Versicherten und für die Hinterbliebenen der aus Anlaß des Unfalls ums Leben gekommenen Versicherten erfolgt sobald als möglich von Amtswegen und zwar:

1. sofern die Genossenschaft in Sektionen eingetheilt ist, durch den Vorstand der Sektion, wenn es sich handelt
   a) um den Ersatz der Kosten des Heilverfahrens,
   b) um die für die Dauer einer voraussichtlich vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit zu gewährende Rente,
   c) um den Ersatz der Beerdigungskosten;
2. in allen übrigen Fällen durch den Vorstand der Genossenschaft.

Zuständig ist die Sektion, in deren Bezirke der Heimathshafen desjenigen Fahrzeugs belegen ist, oder derjenige Betrieb seinen Sitz hat, bei welchem der Unfall sich ereignet hat. Das Genossenschaftsstatut kann bestimmen, daß die Feststellung der Entschädigungen in den Fällen der Ziffer 1 und 2 durch einen Ausschuß des Sektionsvorstandes oder durch eine besondere Kommission oder durch örtliche Beauftragte (Vertrauensmänner) und in Fällen der Ziffer 2 auch durch den Sektionsvorstand oder durch einen Ausschuß des Genossenschaftsvorstandes zu bewirken ist.

Vor der Feststellung der Entschädigung ist dem Entschädigungsberechtigten, sofern derselbe im Inland anwesend ist, durch Mittheilung der Unterlagen, auf Grund deren dieselbe zu bemessen ist, Gelegenheit zu geben, sich binnen einer Frist von einer Woche zu äußern.

Vorlage.

fahrentarif zu revidiren ist (§. 36). Hierbei ist in derselben Weise wie bei der ersten Abschätzung und Veranlagung zu verfahren.

Die Mitglieder der Genossenschaft sind verpflichtet, den Organen derselben auf Erfordern binnen zwei Wochen diejenige Auskunft zu ertheilen, welche für die Durchführung der Abschätzung oder Veranlagung erforderlich ist. Dasselbe gilt von den Korrespondentrhedern und Bevollmächtigten (§. 17) sowie von dem Führer des betreffenden Fahrzeugs.

Feststellung der Entschädigungen.

§. 67.

Die Beschlußfassung über die Feststellung der Entschädigungen **(§§. 8 bis 13 f)** erfolgt:

1. sofern die Genossenschaft in Sektionen eingetheilt ist, durch den Vorstand der Sektion, wenn es sich handelt
   a) um **die im §. 9 Abs. 1 Ziffer 1 bezeichneten Leistungen,**
   b) um die für die Dauer einer voraussichtlich vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit zu gewährende Rente,
   c) um **das Sterbegeld,**
   d) um die Aufnahme des Verletzten in eine Heilanstalt,
   e) um die den Angehörigen eines Verletzten für die Zeit seiner Behandlung in einer Heilanstalt zu gewährende Rente;
2. in allen übrigen Fällen durch den Vorstand der Genossenschaft.

Zuständig ist die Sektion, in deren Bezirke der Heimathshafen desjenigen Fahrzeugs belegen ist, oder derjenige Betrieb seinen Sitz hat, bei welchem der Unfall sich ereignet hat. Das Genossenschaftsstatut kann bestimmen, daß die Feststellung in den Fällen des Abs. 1 Ziffern 1 und 2 durch **ein anderes Organ der Genossenschaft** oder durch einen Ausschuß des **Genossenschafts- oder Sektionsvorstandes** oder durch eine besondere Kommission oder durch örtliche Beauftragte (Vertrauensmänner) zu bewirken ist.

Vor der Feststellung der Entschädigung ist dem Entschädigungsberechtigten, sofern derselbe im Inland anwesend ist, durch Mittheilung der Unterlagen, auf Grund deren dieselbe zu bemessen ist, Gelegenheit zu geben, sich binnen einer Frist von einer Woche zu äußern.

Beschlüsse der Kommission.

fahrentarif zu revidiren ist (§ 36). Hierbei ist in derselben Weise wie bei der ersten Abschätzung und Veranlagung zu verfahren.

Die Mitglieder der Genossenschaft sind verpflichtet, den Organen derselben auf Erfordern binnen zwei Wochen diejenige Auskunft zu ertheilen, welche für die Durchführung der Abschätzung oder Veranlagung erforderlich ist. Dasselbe gilt von den Korrespondentrhedern und Bevollmächtigten (§. 17) sowie von dem Führer des betreffenden Fahrzeugs.

Feststellung der Entschädigungen.

§. 67.

Die Beschlußfassung über die Feststellung der Entschädigungen (§§. 8 bis 13f) erfolgt:

1. sofern die Genossenschaft in Sektionen eingetheilt ist, durch den Vorstand der Sektion, wenn es sich handelt
   a) um die im §. 9 Abs. 1 Ziffer 1 bezeichneten Leistungen,
   b) um die für die Dauer einer voraussichtlich vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit zu gewährende Rente,
   c) um das Sterbegeld,
   d) um die Aufnahme des Verletzten in eine Heilanstalt,
   e) um die den Angehörigen eines Verletzten für die Zeit seiner Behandlung in einer Heilanstalt zu gewährende Rente;
2. in allen übrigen Fällen durch den Vorstand der Genossenschaft.

Zuständig ist die Sektion, in deren Bezirke der Heimathshafen desjenigen Fahrzeugs belegen ist, oder derjenige Betrieb seinen Sitz hat, bei welchem der Unfall sich ereignet hat. Das Genossenschaftsstatut kann bestimmen, daß die Feststellung in den Fällen des Abs. 1 Ziffern 1 und 2 durch ein anderes Organ der Genossenschaft oder durch einen Ausschuß des Genossenschafts- oder Sektionsvorstandes oder durch besondere Kommissionen oder durch örtliche Beauftragte (Vertrauensmänner) zu bewirken ist.

Dem Entschädigungsberechtigten, sofern derselbe im Inland anwesend ist, sind die Unterlagen, auf Grund deren die Feststellung der Entschädigung erfolgen soll, durch Vermittlung der unteren Verwaltungsbehörde vorzulegen; diese hat den Entschädigungsberechtigten zu Protokoll zu hören, auf Kosten der Berufsgenossenschaft die ihr erforderlich scheinenden weiteren Ermittlungen vorzunehmen und in jedem Fall auf Antrag den behandelnden Arzt zu hören. Steht der behandelnde Arzt zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältniss, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören. Dem Entschädigungsberechtigten kann gestattet werden, einen Beistand zuzuziehen und im Falle der Behinderung sich durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen.

Die entstandenen Verhandlungen sind der Berufsgenossenschaft zu übersenden. Giebt der Entschädigungsberechtigte keine Erklärung ab, so ist der Berufsgenossenschaft hiervon alsbald Nachricht zu geben.

Beschlüsse des Reichstags.

der Gefahrentarif zu revidiren ist (§. 36). Hierbei ist in derselben Weise wie bei der ersten Abschätzung und Veranlagung zu verfahren.

Die Mitglieder der Genossenschaft sind verpflichtet, den Organen derselben auf Erfordern binnen zwei Wochen diejenige Auskunft zu ertheilen, welche für die Durchführung der Abschätzung oder Veranlagung erforderlich ist. Dasselbe gilt von den Korrespondentrhedern und Bevollmächtigten (§. 17) sowie von dem Führer des betreffenden Fahrzeugs.

Feststellung der Entschädigungen.

§. 67.

Die Beschlußfassung über die Feststellung der Entschädigungen (§§. 8 bis 13f) erfolgt:

1. sofern die Genossenschaft in Sektionen eingetheilt ist, durch den Vorstand der Sektion, wenn es sich handelt
   a) um die im §. 9 Abs. 1 Ziffer 1 bezeichneten Leistungen,
   b) um die für die Dauer einer voraussichtlich vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit zu gewährende Rente,
   c) um das Sterbegeld,
   d) um die Aufnahme des Verletzten in eine Heilanstalt,
   e) um die den Angehörigen eines Verletzten für die Zeit seiner Behandlung in einer Heilanstalt zu gewährende Rente;
2. in allen übrigen Fällen durch den Vorstand der Genossenschaft.

Zuständig ist die Sektion, in deren Bezirke der Heimathshafen desjenigen Fahrzeugs belegen ist, oder derjenige Betrieb seinen Sitz hat, bei welchem der Unfall sich ereignet hat. Das Genossenschaftsstatut kann bestimmen, daß die Feststellung in den Fällen des Abs. 1 Ziffern 1 und 2 durch ein anderes Organ der Genossenschaft oder durch einen Ausschuß des Genossenschafts- oder Sektionsvorstandes oder durch besondere Kommissionen oder durch örtliche Beauftragte (Vertrauensmänner) zu bewirken ist.

*** Vor der Feststellung der Entschädigung ist dem Entschädigungsberechtigten, sofern derselbe im Inlande anwesend ist, durch Mittheilung der Unterlagen, auf Grund deren dieselbe zu bemessen ist, Gelegenheit zu geben, sich binnen einer Frist von ** zwei Wochen zu äussern. Die Berufsgenossenschaft hat in jedem Falle auf Antrag den behandelnden Arzt zu hören. Steht der behandelnde Arzt zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältniss, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören. ** Bei Mittheilung der Unterlagen ist der Entschädigungsberechtigte auf dieses Recht und die einzuhaltende Frist hinzuweisen.**

* Abs. 3 an Stelle der Abs. 3 und 4 der Kommissionsbeschlüsse nach dem Antrage v. Bloedau und Gen. — Nr. 788 der Drucksachen —

** und den handschriftlichen Anträgen Hofmann (Dillenburg) — Nr. 798 der Drucksachen — angenommen.

Bestehendes Gesetz.

Berufung gegen die Entscheidung der Behörden und Genossenschaftsorgane.

§. 70.

Gegen den Bescheid der unteren Verwaltungsbehörde, durch welchen der Entschädigungsanspruch aus dem Grunde abgelehnt wird, weil der Betrieb, in welchem der Unfall sich ereignet hat, für nicht unter den §. 1 fallend erachtet wird (§. 68 Abs. 4), steht dem Verletzten und seinen Hinterbliebenen die Beschwerde an das Reichs-Versicherungsamt zu. Dieselbe ist bei der unteren Verwaltungsbehörde einzulegen.

Gegen den Bescheid, durch welchen der Entschädigungsanspruch aus einem anderen als dem vorbezeichneten Grunde abgelehnt wird (§. 68 Abs. 3), sowie gegen den Bescheid, durch welchen die Entschädigung festgestellt wird (§. 69), findet die Berufung auf schiedsrichterliche Entscheidung statt. Die Berufung ist bei dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts zu erheben, in dessen Bezirke der Heimathshafen desjenigen Fahrzeugs belegen ist, oder derjenige Betrieb seinen Sitz hat, in welchem der Unfall sich ereignet hat. Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Beschwerde und die Berufung ist bei Vermeidung des Ausschlusses binnen vier Wochen, von solchen Personen aber, welche sich außerhalb Europas aufhalten, binnen einer von der unteren Verwaltungsbehörde beziehungsweise von demjenigen Genossenschaftsorgane, welches den angefochtenen Bescheid erlassen hat, zu bestimmenden, auf mindestens sechs Wochen zu bemessenden Frist nach der Zustellung des angefochtenen Bescheids einzulegen.

Vorlage.

Berufung.

§. 70.

Gegen den Bescheid, durch welchen der Entschädigungsanspruch abgelehnt wird, sowie gegen den Bescheid, durch welchen die Entschädigung festgestellt wird, findet die Berufung auf **schiedsgerichtliche** Entscheidung statt.

Die Berufung ist bei dem **Schiedsgerichte (Gesetz, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, §. 3)** zu erheben, in dessen Bezirke der Heimathshafen desjenigen Fahrzeugs belegen ist, oder derjenige Betrieb seinen Sitz hat, in welchem der Unfall sich ereignet hat. **Ist der Heimathshafen nicht im Bezirk eines Schiedsgerichts belegen, so ist die Berufung bei dem für den Sitz der Berufsgenossenschaft zuständigen Schiedsgerichte zu erheben.** Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Berufung ist bei Vermeidung des Ausschlusses **innerhalb eines Monats**, von solchen Personen aber, welche sich außerhalb Europas aufhalten, binnen einer von demjenigen Genossenschaftsorgane, welches den angefochtenen Bescheid erlassen hat, zu bestimmenden, auf mindestens **drei Monate** zu bemessenden Frist nach der Zustellung des angefochtenen Bescheids einzulegen.

Die Frist gilt auch dann als gewahrt, wenn die Berufung bei einer anderen Behörde oder bei einem Genossenschaftsorgan eingegangen ist. Diese haben die Berufungsschrift unverzüglich an das zuständige Schiedsgericht abzugeben.

Der Bescheid muß die Bezeichnung **des** für die Berufung zuständigen **Schiedsgerichts** sowie die Belehrung über die **einzuhaltende Frist** enthalten.

Ruhen der Rente.

§. 74a.

Das Recht auf Bezug der Rente ruht:

1. **solange der Berechtigte eine die Dauer von einem Monat übersteigende Freiheitsstrafe verbüßt oder solange er in einem Arbeitshaus oder einer Besserungsanstalt untergebracht ist;**
2. **solange der Berechtigte nicht im Inlande seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Durch Beschluß des Bundesraths kann diese Bestimmung für bestimmte Grenzgebiete oder für solche auswärtige Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch einen**

Beschlüsse der Kommission.

Berufung.

§. 70.

Gegen den Bescheid, durch welchen der Entschädigungsanspruch abgelehnt wird, sowie gegen den Bescheid, durch welchen die Entschädigung festgestellt wird, findet die Berufung auf schiedsgerichtliche Entscheidung statt.

Die Berufung ist bei dem Schiedsgerichte (Gesetz, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, §. 3) zu erheben, in dessen Bezirke der Heimathshafen desjenigen Fahrzeugs belegen ist, oder derjenige Betrieb seinen Sitz hat, in welchem der Unfall sich ereignet hat. Ist der Heimathshafen nicht im Bezirk eines Schiedsgerichts belegen, so ist die Berufung bei dem für den Sitz der Berufsgenossenschaft zuständigen Schiedsgerichte zu erheben. Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Berufung ist bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb eines Monats, von solchen Personen aber, welche sich außerhalb Europas aufhalten, binnen einer von demjenigen Genossenschaftsorgane, welches den angefochtenen Bescheid erlassen hat, zu bestimmenden, auf mindestens drei Monate zu bemessenden Frist nach der Zustellung des angefochtenen Bescheids einzulegen.

Die Frist gilt auch dann als gewahrt, wenn innerhalb derselben die Berufung bei einer anderen inländischen Behörde, bei einem deutschen Seemannsamt im Ausland oder bei einem Genossenschaftsorgan eingegangen ist. Diese haben die Berufungsschrift unverzüglich an das zuständige Schiedsgericht abzugeben.

Der Bescheid muß die Bezeichnung des für die Berufung zuständigen Schiedsgerichts sowie die Belehrung über die einzuhaltende Frist enthalten.

Ruhen der Rente.

§. 74a.

Das Recht auf Bezug der Rente ruht solange der Berechtigte eine die Dauer von einem Monat übersteigende Freiheitsstrafe verbüßt oder solange er in einem Arbeitshaus oder einer Besserungsanstalt untergebracht ist. Hat der Berechtigte im Inlande wohnende Angehörige, welche im Falle seines Todes Anspruch auf Rente haben würden, so ist diesen die Rente bis zur Höhe jenes Anspruchs zu überweisen.

Beschlüsse des Reichstags.

Berufung.

§. 70.

Gegen den Bescheid, durch welchen der Entschädigungsanspruch abgelehnt wird, sowie gegen den Bescheid, durch welchen die Entschädigung festgestellt wird, findet die Berufung auf schiedsgerichtliche Entscheidung statt.

Die Berufung ist bei dem Schiedsgerichte (Gesetz, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, §. 3) zu erheben, in dessen Bezirke der Heimathshafen desjenigen Fahrzeuges belegen ist, oder derjenige Betrieb seinen Sitz hat, in welchem der Unfall sich ereignet hat. Ist der Heimathshafen nicht im Bezirk eines Schiedsgerichts belegen, so ist die Berufung bei dem für den Sitz der Berufsgenossenschaft zuständigen Schiedsgerichte zu erheben. Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung*, **ausgenommen im Falle des §. 11b.**

Die Berufung ist bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb eines Monats, von solchen Personen aber, welche sich außerhalb Europas aufhalten, binnen einer von demjenigen Genossenschaftsorgane, welches den angefochtenen Bescheid erlassen hat, zu bestimmenden, auf mindestens drei Monate zu bemessenden Frist nach der Zustellung des angefochtenen Bescheids einzulegen.

Die Frist gilt auch dann als gewahrt, wenn innerhalb derselben die Berufung bei einer anderen inländischen Behörde, bei einem deutschen Seemannsamt im Ausland oder bei einem Genossenschaftsorgan eingegangen ist. Diese haben die Berufungsschrift unverzüglich an das zuständige Schiedsgericht abzugeben.

Der Bescheid muß die Bezeichnung des für die Berufung zuständigen Schiedsgerichts sowie die Belehrung über die einzuhaltende Frist enthalten.

Ruhen der Rente.

§. 74a.

**Das Recht auf Bezug der Rente ruht:

1. solange der Berechtigte eine die Dauer von einem Monat übersteigende Freiheitsstrafe verbüßt oder solange er in einem Arbeitshause oder in einer Besserungsanstalt untergebracht ist. Hat der Berechtigte im Inlande wohnende Angehörige, welche im Fall seines Todes Anspruch auf Rente haben würden, so ist diesen die Rente bis zur Höhe jenes Anspruchs zu überweisen;

***2. **solange der Berechtigte auf fremden Kriegsschiffen Dienste that;**

3. **solange der Berechtigte, ohne auf einem deutschen Schiffe angemustert zu sein, im

* Zusatz nach dem Antrage von Bloedau und Genossen — Nr. 783² der Drucksachen —.

** §. 74a Ziffer 1 und 3 sind nach dem Antrage Dr. Semler — Nr. 784 der Drucksachen (resp. den Berichtigungen) —,

*** Ziffer 2 ist nach dem **handschriftlichen** Antrage Roesicke (Dessau) beschlossen.

Bestehendes Gesetz.

Vorlage.

Betriebsunfall verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden.

Hat in den Fällen der Ziffer 1 der Berechtigte im Inlande wohnende Angehörige, welche im Falle seines Todes Anspruch auf Rente haben würden, so ist diesen die Rente bis zur Höhe jenes Anspruchs zu überweisen.

Ins Ausland verzogene und ausländische Entschädigungsberechtigte.

§. 75.

Solange der Berechtigte nicht im Inlande wohnt, ist die Berufsgenossenschaft befugt, die Zahlung der Entschädigungsrenten einzustellen.

Ist der Berechtigte ein Ausländer, so kann ihn die Genossenschaft für seinen Entschädigungsanspruch mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abfinden.

Kapitalabfindungen.

§. 75.

Ist bei theilweiser Erwerbsunfähigkeit eine Rente von zwanzig oder weniger Prozent der Vollrente festgestellt, so kann die Berufsgenossenschaft den Entschädigungsberechtigten auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung abfinden. Gegen den Bescheid, durch welchen die Kapitalabfindung festgesetzt wird, ist die Berufung (§. 70) zulässig. Das Rechtsmittel hat in diesem Falle aufschiebende Wirkung. Bis zur Entscheidung kann der Antrag zurückgezogen werden. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig.

Ist der Entschädigungsberechtigte ein Ausländer, so kann er, falls er seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche aufgiebt, mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente **abgefunden werden. Durch Beschluß des Bundesraths kann diese Bestimmung für bestimmte Grenzgebiete oder für die Angehörigen solcher auswärtiger Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch Unfall bei dem Betriebe verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden.**

Diese Bestimmungen finden auch Anwendung auf solche Renten, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes festgestellt worden sind. Wird eine solche Abfindung im Laufe der ersten drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ausgesprochen, so ist die Berufsgenossenschaft berechtigt, die erforderlichen Mittel aus dem Reservefonds zu entnehmen. Dieser ist dann nach näherer Anordnung des Reichs-Versicherungsamts (§. 19 Abs. 3) wieder zu ergänzen.

§. 88a.

Die Bestände der Berufsgenossenschaft müssen in der durch §§. 1807, 1808 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Weise angelegt werden.

Beschlüsse der Kommission.

Kapitalabfindungen.

§. 75.

Ist bei theilweiser Erwerbungsunfähigkeit eine Rente von zwanzig oder weniger Prozent der Vollrente festgestellt, so kann nach Anhörung der unteren Verwaltungsbehörde die Berufsgenossenschaft den Entschädigungsberechtigten auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung abfinden. Gegen den Bescheid, durch welchen die Kapitalabfindung festgesetzt wird, ist die Berufung (§. 70) zulässig. Das Rechtsmittel hat in diesem Fall aufschiebende Wirkung. Bis zur Entscheidung kann der Antrag zurückgezogen werden. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig. Sie kann nur auf Bestätigung oder auf Aufhebung des Bescheids lauten.

Ist der Entscheidungsberechtigte ein Ausländer, so kann er, falls er seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche aufgiebt, auf seinen Antrag mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden. Durch Beschluß des Bundesraths kann diese Bestimmung für bestimmte Grenzgebiete oder für die Angehörigen solcher auswärtiger Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch Unfall bei dem Betriebe verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden.

Diese Bestimmungen finden auch Anwendung auf solche Renten, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes festgestellt worden sind. Wird eine solche Abfindung im Laufe der ersten drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ausgesprochen, so ist die Berufsgenossenschaft berechtigt, die erforderlichen Mittel aus dem Reservefonds zu entnehmen. Dieser ist dann nach näherer Anordnung des Reichs-Versicherungsamts (§. 19 Abs. 2) wieder zu ergänzen.

§. 88a.

Die Bestände der Berufsgenossenschaft müssen in der durch §§. 1806 bis 1808 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Weise angelegt werden.

Beschlüsse des Reichstags.

Auslande sich aufhält und es unterlässt, der Berufsgenossenschaft seinen Aufenthalt mitzutheilen.

Die Berufsgenossenschaft ist befugt, über diese Mittheilung des Aufenthaltsortes Vorschriften zu erlassen und darin anzuordnen, dass der Rentenberechtigte sich von Zeit zu Zeit bei einem Seemannsamte persönlich vorzustellen hat. Kürzere als einjährige Fristen dürfen für diese Vorschriften nicht angeordnet werden. Die Vorschriften bedürfen der Genehmigung des Reichs-Versicherungsamtes.

Weist der Entschädigungsberechtigte nach, dass er der Vorstellungspflicht ohne sein Verschulden nicht hat genügen können, so lebt in soweit das Recht auf den Bezug der Rente wieder auf.

Kapitalabfindungen.

§. 75.

Ist bei theilweiser Erwerbungsunfähigkeit eine Rente von zwanzig oder weniger Prozent der Vollrente festgestellt, so kann nach Anhörung der unteren Verwaltungsbehörde die Berufsgenossenschaft den Entschädigungsberechtigten auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung abfinden. Gegen den Bescheid, durch welchen die Kapitalabfindung festgesetzt wird, ist die Berufung (§. 70) zulässig. Das Rechtsmittel hat in diesem Fall aufschiebende Wirkung. Bis zur Entscheidung kann der Antrag zurückgezogen werden. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig. Sie kann nur auf Bestätigung oder auf Aufhebung des Bescheids lauten. *** Der Verletzte muss vor Annahme seines Antrags darüber belehrt werden, dass er nach der Abfindung auch in dem Falle keinerlei Anspruch auf Rente mehr habe, wenn sein Zustand sich erheblich verschlechtern würde.**

Ist der Entscheidungsberechtigte ein Ausländer, so kann er, falls er seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche aufgiebt, auf seinen Antrag mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden. Durch Beschluß des Bundesraths kann diese Bestimmung für bestimmte Grenzgebiete oder für die Angehörigen solcher auswärtiger Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch Unfall bei dem Betriebe verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden.

Diese Bestimmungen finden auch Anwendung auf solche Renten, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes festgestellt worden sind. Wird eine solche Abfindung im Laufe der ersten drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ausgesprochen, so ist die Berufsgenossenschaft berechtigt, die erforderlichen Mittel aus dem Reservefonds zu entnehmen. Dieser ist dann nach näherer Anordnung des Reichs-Versicherungsamts (§. 19 Abs. 2) wieder zu ergänzen.

§. 88a.

Die Bestände der Berufsgenossenschaft müssen in der durch §§. 1806 bis 1808 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Weise angelegt werden.

* Zusatz nach dem Antrage v. Bloedau und Genossen — Nr. 783,3 der Drucksachen —.

Bestehendes Gesetz.

Ueberwachung.

§. 93.

Die Genossenschaft ist befugt, durch Beauftragte die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen und behufs Prüfung der auf Grund gesetzlicher oder statuarischer Bestimmungen eingereichten Nachweisungen die Schiffsjournale, Musterrollen, Certifikate, Meßbriefe und sonstigen Schiffspapiere sowie die Listen einzusehen, aus welchen die Zahl der Versicherten sowie der Umfang und die Dauer der zurückgelegten Reisen ersichtlich werden.

Die Behörden sind verpflichtet, den als solchen legitimirten Beauftragten der Genossenschaft die auf die Verhältnisse des Fahrzeugs und der Besatzung sich beziehenden Verhandlungen und Urkunden im Geschäftslokale zur Einsicht vorzulegen. Die Rheder, Korrespondentrheder und Bevollmächtigten sowie die Schiffsführer haben den Beauftragten auf Erfordern den Zutritt zu den Fahrzeugen sowie die Besichtigung derselben zu gestatten und die Schiffspapiere und Listen an Ort und Stelle zur Einsicht vorzulegen. Diese Verpflichtung besteht auch gegenüber dem Seemannsamte (§. 92); demselben ist die Eintragung der von ihm verhängten Strafen in das Schiffsjournal zu gestatten. In gleicher Weise haben die anderen Mitglieder der Berufsgenossenschaft die Besichtigung ihres Betriebs zu gestatten und die im Abs. 1 bezeichneten Listen zur Einsicht vorzulegen.

Die Verpflichteten können hierzu auf Antrag der Beauftragten von dem Seemansamt oder der unteren Verwaltungsbehörde durch Geldstrafen bis zu dreihundert Mark angehalten werden.

§. 110.

Diejenigen Betriebsunternehmer, Mitrheder, Lootsen, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder

Vorlage.

Sind in einem der Bundesstaaten, auf deren Gebiet die Genossenschaft sich erstreckt, Werthpapiere durch landesgesetzliche Vorschrift zur Anlegung von Mündelgeldern für geeignet erklärt (Artikel 212 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche), so können ihre Bestände auch in Werthpapieren dieser Art angelegt werden, sofern die Landes-Zentralbehörden zustimmen. Wird eine Einigung nicht erzielt, so kann der Bundesrath genehmigen, daß das Vermögen der Genossenschaft in solchen Werthpapieren bis zu demjenigen Betrag angelegt wird, welcher für das letzte Geschäftsjahr dem Verhältnisse der Mitgliederbeiträge aus dem die Werthpapiere zulassenden Bundesstaate zu den gesammten Beiträgen der Genossenschaftsmitglieder entspricht.

Ueberwachung.

§. 93.

Die Genossenschaft ist befugt, durch Beauftragte die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen und behufs Prüfung der auf Grund gesetzlicher oder statuarischer Bestimmungen eingereichten Nachweisungen die Schiffsjournale, Musterrollen, Certifikate, Meßbriefe und sonstigen Schiffspapiere sowie die Listen einzusehen, aus welchen die Zahl der Versicherten sowie der Umfang und die Dauer der zurückgelegten Reisen ersichtlich werden.

Die Behörden sind verpflichtet, den als solchen legitimirten Beauftragten der Genossenschaft die auf die Verhältnisse des Fahrzeugs und der Besatzung sich beziehenden Verhandlungen und Urkunden im Geschäftslokale zur Einsicht vorzulegen. Die Rheder, Korrespondentrheder und Bevollmächtigten sowie die Schiffsführer haben den Beauftragten auf Erfordern den Zutritt zu den Fahrzeugen sowie die Besichtigung derselben zu gestatten und die Schiffspapiere und Listen an Ort und Stelle zur Einsicht vorzulegen. Diese Verpflichtung besteht auch gegenüber dem Seemannsamte (§. 92); demselben ist die Eintragung der von ihm verhängten Strafen in das Schiffsjournal zu gestatten. In gleicher Weise haben die anderen Mitglieder der Berufsgenossenschaft die Besichtigung ihres Betriebs zu gestatten und die im Abs. 1 bezeichneten Listen zur Einsicht vorzulegen.

Die Verpflichteten können hierzu auf Antrag der Beauftragten von dem Seemansamt oder der unteren Verwaltungsbehörde durch Geldstrafen bis zu dreihundert Mark angehalten werden.

§. 110.

Diejenigen Betriebsunternehmer, Mitrheder, Lootsen, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder

Beschlüsse der Kommission.

Ausserdem dürfen dieselben in Werthpapieren, welche nach landesgesetzlichen Vorschriften zur Anlegung von Mündelgeldern zugelassen sind, sowie auf Beschluss der Genossenschaftsversammlung in solchen auf den Inhaber lautenden Pfandbriefen deutscher Hypotheken-Aktien-Banken angelegt werden, welche die Reichsbank in Klasse I beleiht.

Ueberwachung.

§. 93.

Die Genossenschaft ist verpflichtet, für die Durchführung der gemäss §. 90 erlassenen Unfallverhütungsvorschriften Sorge zu tragen. Sie ist befugt, durch technische Aufsichtsbeamte die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen. Sie ist ferner befugt, durch Rechnungsbeamte behufs Prüfung der auf Grund gesetzlicher oder statuarischer Bestimmungen eingereichten Nachweisungen die Schiffsjournale, Musterrollen, Certifikate, Meßbriefe und sonstigen Schiffspapiere sowie die Listen einzusehen, aus welchen die Zahl der Versicherten sowie der Umfang und die Dauer der zurückgelegten Reisen ersichtlich werden.

Die Behörden sind verpflichtet, den als solchen legitimirten Rechnungsbeamten der Genossenschaft die auf die Verhältnisse des Fahrzeugs und der Besatzung sich beziehenden Verhandlungen und Urkunden im Geschäftslokale zur Einsicht vorzulegen. Die Rheder, Korrespondentrheder und Bevollmächtigten sowie die Schiffsführer haben den technischen Aufsichtsbeamten auf Erfordern den Zutritt zu den Fahrzeugen sowie die Besichtigung derselben zu gestatten und den Rechnungsbeamten die Schiffspapiere und Listen an Ort und Stelle zur Einsicht vorzulegen. Diese Verpflichtungen bestehen auch gegenüber dem Seemannsamte (§. 92); demselben ist die Eintragung der von ihm verhängten Strafen in das Schiffsjournal zu gestatten. In gleicher Weise haben die anderen Mitglieder der Berufsgenossenschaft die Besichtigung ihres Betriebs zu gestatten und die im Abs. 1 bezeichneten Listen zur Einsicht vorzulegen.

Die Verpflichteten können hierzu auf Antrag der technischen Aufsichtsbeamten oder der Rechnungsbeamten von dem Seemannsamt oder der unteren Verwaltungsbehörde durch Geldstrafen bis zu dreihundert Mark angehalten werden.

§. 110.

Diejenigen Betriebsunternehmer, Mitrheder, Lootsen, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder

Beschlüsse des Reichstags.

Ausserdem dürfen dieselben in Werthpapieren, welche nach landesgesetzlichen Vorschriften zur Anlegung von Mündelgeldern zugelassen sind, sowie* in solchen auf den Inhaber lautenden Pfandbriefen deutscher Hypotheken-Aktien-Banken angelegt werden, welche die Reichsbank in Klasse I beleiht.

Ueberwachung.

§. 93.

Die Genossenschaft ist verpflichtet, für die Durchführung der gemäss §. 90 erlassenen Unfallverhütungsvorschriften Sorge zu tragen. Sie ist befugt, durch technische Aufsichtsbeamte die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen. Sie ist ferner befugt, durch Rechnungsbeamte behufs Prüfung der auf Grund gesetzlicher oder statuarischer Bestimmungen eingereichten Nachweisungen die Schiffsjournale, Musterrollen, Certifikate, Meßbriefe und sonstigen Schiffspapiere sowie die Listen einzusehen, aus welchen die Zahl der Versicherten sowie der Umfang und die Dauer der zurückgelegten Reisen ersichtlich werden.

Die Behörden sind verpflichtet, den als solchen legitimirten Rechnungsbeamten der Genossenschaft die auf die Verhältnisse des Fahrzeugs und der Besatzung sich beziehenden Verhandlungen und Urkunden im Geschäftslokale zur Einsicht vorzulegen. Die Rheder, Korrespondentrheder und Bevollmächtigten sowie die Schiffsführer haben den technischen Aufsichtsbeamten auf Erfordern den Zutritt zu den Fahrzeugen sowie die Besichtigung derselben zu gestatten und den Rechnungsbeamten die Schiffspapiere und Listen an Ort und Stelle zur Einsicht vorzulegen. Diese Verpflichtungen bestehen auch gegenüber dem Seemannsamte (§. 92); demselben ist die Eintragung der von ihm verhängten Strafen in das Schiffsjournal zu gestatten. In gleicher Weise haben die anderen Mitglieder der Berufsgenossenschaft die Besichtigung ihres Betriebs zu gestatten und die im Abs. 1 bezeichneten Listen zur Einsicht vorzulegen.

Die Verpflichteten können hierzu auf Antrag der technischen Aufsichtsbeamten oder der Rechnungsbeamten von dem Seemannsamt oder der unteren Verwaltungsbehörde durch Geldstrafen bis zu dreihundert Mark angehalten werden.

) **Die Funktionen des technischen Aufsichtsbeamten und des Rechnungsbeamten können in einer Person vereinigt werden.

§. 110.

Diejenigen Betriebsunternehmer, Mitrheder, Lootsen, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder

*) Hier sind die Worte: „auf Beschluß der Genossenschaftsversammlung" nach dem Antrage Dr. Lehr, Hofmann (Dillenburg) — Nr. 790 der Drucksachen — gestrichen.

**) Abs. 4 nach dem Antrage v. Bloedau und Genossen — Nr. 788[4] der Drucksachen — angenommen.

Bestehendes Gesetz.

Arbeiteraufseher, oder Personen der Schiffsbesatzung, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften der Genossenschaft und den Krankenkassen für alle Aufwendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883 (Reichs-Gesetzbl. S. 73) von denselben gemacht worden sind.

In gleicher Weise haftet als Betriebsunternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

Zuständige Landesbehörden. Zwangsbeitreibungen.

§. 121.

Die Zentralbehörden der Bundesstaaten bestimmen, von welchen Staats- oder Gemeindebehörden die in diesem Gesetze den höheren Verwaltungsbehörden, den unteren Verwaltungsbehörden und den Ortspolizeibehörden zugewiesenen Verrichtungen wahrzunehmen sind.

Die von den Zentralbehörden der Bundesstaaten in Gemäßheit vorstehender Vorschrift erlassenen Bestimmungen sind durch den Deutschen Reichsanzeiger bekannt zu machen.

Vorlage.

Arbeiteraufseher, oder Personen der Schiffsbesatzung, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften der Genossenschaft und den Krankenkassen für alle Aufwendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des **Krankenversicherungsgesetzes** von denselben gemacht worden sind.

In gleicher Weise haftet als Betriebsunternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

Zuständige Landesbehörden.

§. 121.

Die Zentralbehörden der Bundesstaaten bestimmen, von welchen Staats- oder Gemeindebehörden die in diesem Gesetze den höheren Verwaltungsbehörden, den unteren Verwaltungsbehörden und den Ortspolizeibehörden zugewiesenen Verrichtungen wahrzunehmen sind.

Die in Gemäßheit **dieser** Vorschrift erlassenen Bestimmungen sind durch den Reichsanzeiger bekannt zu machen.

Beschlüsse der Kommission.

Arbeiteraufseher, oder Personen der Schiffsbesatzung, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Aufwendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Krankenversicherungsgesetzes von der Genossenschaft, den Gemeinden (§. *15* Abs. *1*) oder Krankenkassen gemacht worden sind.

In gleicher Weise haftet als Betriebsunternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

Zuständige Landesbehörden.

§. 121.

Die Zentralbehörden der Bundesstaaten bestimmen, von welchen Staats- oder Gemeindebehörden die in diesem Gesetze den höheren Verwaltungsbehörden, den unteren Verwaltungsbehörden und den Ortspolizeibehörden zugewiesenen Verrichtungen wahrzunehmen sind.

Die in Gemäßheit dieser Vorschrift erlassenen Bestimmungen sind durch den Reichsanzeiger bekannt zu machen.

Die höhere Verwaltungsbehörde kann bestimmte Gemeindebehörden als untere Verwaltungsbehörde im Sinne des §. *67* Abs. *3* bezeichnen und mit der Wahrnehmung der dort vorgesehenen Geschäfte betrauen.

Beschlüsse des Reichstags.

Arbeiteraufseher, oder Personen der Schiffsbesatzung, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Aufwendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Krankenversicherungsgesetzes von der Genossenschaft, den Gemeinden*, **Armenverbänden, Krankenkassen und sonstigen Unterstützungskassen** (§. *15* Abs. *1*) gemacht worden sind.

In gleicher Weise haftet als Betriebsunternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

Zuständige Landesbehörden.

§. 121.

Die Zentralbehörden der Bundesstaaten bestimmen, von welchen Staats- oder Gemeindebehörden die in diesem Gesetze den höheren Verwaltungsbehörden, den unteren Verwaltungsbehörden und den Ortspolizeibehörden zugewiesenen Verrichtungen wahrzunehmen sind.

Die in Gemäßheit dieser Vorschrift erlassenen Bestimmungen sind durch den Reichsanzeiger bekannt zu machen.

**

§. 123a. **(Neu).*****

An die Stelle des §. 34 Abs. 2 Ziffer 3 des Invalidenversicherungsgesetzes (Reichs-Gesetzblatt 1899 Seite 531) tritt folgende Bestimmung:

3. für die auf Grund des See-Unfallversicherungsgesetzes versicherten Seeleute, mit Ausnahme der in Schlepper- und Leichterbetrieben beschäftigten Personen, der Durchschnittsbetrag des Jahresarbeitsverdienstes, welcher gemäss §. 9a a. a. O. vom Reichskanzler festgesetzt worden ist.

* Veränderung nach dem Antrage v. Bloedau und Genossen — Nr. 783[5] der Drucksachen — angenommen.

** Abs. 3 der Kommissionsbeschlüsse nach dem Antrag v. Bloedau und Genossen — Nr. 783[6] der Drucksachen — gestrichen.

*** §. 123a (Neu) nach dem Antrage v. Bloedau und Genossen — Nr. 785 der Drucksachen — angenommen.

Angenommene Resolution.

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Erwägungen darüber einzutreten, ob und in welcher Weise für die in den Schutzgebieten des Deutschen Reichs oder sonst im Auslande in deutschen Betrieben beschäftigten deutschen Betriebsbeamten und Arbeiter eine Unfallversicherung einzuführen ist.

Berlin, den 15. Mai 1900.

Nr. 774/777.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, 703b der Drucksachen —.

Land- und Forstwirthschaft — Nr. 703b der Drucksachen —.

Nr. 774. Gamp. Der Reichstag wolle beschließen:

Unter-Antrag zum Antrage Nr. 749 der Drucksachen.

in **§. 1** Abs. 2 Ziffer 2 statt der Worte „oder wegen Verwendung zahlreicher gewerblicher Arbeiter" zu setzen: „oder wegen der Zahl der verwendeten gewerblichen Arbeiter".

Nr. 775. Freiherr **v. Richthofen-Damsdorf.** Der Reichstag wolle beschließen:

1. **§. 1** Abs. 2 und 3 zu streichen und an deren Stelle §. 1 Abs. 2 der Regierungsvorlage zu setzen.
2. **§. 39a** Abs. 1 die Worte:
   „welche in der Genossenschafts-Versammlung nur mit zwei Drittel Mehrheit beschlossen werden kann"
   zu streichen.
3. **§. 39a** Abs. 1 die Worte:
   „wenn die Anwendung des gesetzlichen Beitragsmaßstabes nach Gefahrklassen und Arbeitsbedarf (§§. 33b ff.) unzweckmäßig erscheint"
   gleichfalls zu streichen.

Nr. 776. v. Waldow und Reitzenstein. Der Reichstag wolle beschließen:

unter Aufrechterhaltung des Abs. 6 im **§. 1** und der Ziffer 12 des **§. 22**

1. im **§. 6a** Abs. 1 die Worte „und die übrigen im §. 1 Abs. 6 bezeichneten Personen" zu streichen.
2. im **§. 6aa** Zeile 2 statt „§. 6a" zu setzen: „§. 1 Abs. 6".
3. dem **§. 6aa** folgenden neuen Absatz anzufügen:
   „Der Berechnung der Rente für Arbeiter der im §. 1 Abs. 6 bezeichneten Art ist ein erhöhtes durchschnittliches Jahresarbeitsverdienst zu Grunde zu legen, welches in gleicher Weise, wie das einfache von der höheren Verwaltungsbehörde festgesetzt wird."

Nr. 777. Broekmann. Hartmann. Dr. **Hitze. Trimborn. Stötzel.** Dr. **Hille.** Der Reichstag wolle beschließen:

§. 1a wie folgt zu fassen:

„Die Versicherung erstreckt sich auf hauswirthschaftliche Verrichtungen und andere Dienste, zu denen die auf Grund dieses Gesetzes versicherten Personen, die hauptsächlich in der Land- oder Forstwirthschaft oder in deren Nebenbetrieben beschäftigt werden, von dem Arbeitgeber oder dessen Beauftragten herangezogen werden. Durch Statut kann die Versicherung für Betriebsunternehmer, die hauptsächlich in der Land- oder Forstwirthschaft beschäftigt sind, auf die mit der Land- oder Forstwirthschaft im Zusammenhang stehenden hauswirthschaftlichen Verrichtungen erstreckt werden."

Berlin, den 11. Mai 1900.

Nr. 778.

Abänderungs-Antrag

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, 703b der Drucksachen —.

Land- und Forstwirthschaft — Nr. 703b der Drucksachen —.

Nr. 788. Gamp. Der Reichstag wolle beschließen:

im Falle der Annahme des Antrages Broekmann — Nr. 777 der Drucksachen — zu §. 1a den **§. 36** Abs. 1 Satz 2 wie folgt zu fassen:

„Durch Statut kann bestimmt werden, daß die hauswirthschaftlichen und anderen Dienste (§. 1a) bei der Abschätzung des Arbeitsbedarfs besonders zu berücksichtigen sind."

Berlin, den 11. Mai 1900.

Nr. 779/781.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, Zu Nr. 703b der Drucksachen —.

Land- und Forstwirthschaft — Zu Nr. 703b der Drucksachen.

Nr. 779. v. Waldow und Reitzenstein. Der Reichstag wolle beschließen:

im **§. 6ab** auf Zeile 1/2 hinter „Betriebsunternehmer" einzuschieben:

„sowie für die nach §. 2 Abs. 3 versicherten Personen".

Nr. 780. Roesicke (Dessau). Der Reichstag wolle beschließen:

§. 6a Abs. 1 Zeile 2 hinter „Personen" einzufügen:
„sowie für die sonstigen Arbeiter, welche hauptsächlich in Nebenbetrieben (§. 1 Abs. 2) beschäftigt werden".

Nr. 781. Hofmann (Dillenburg). Der Reichstag wolle beschließen:

in **§. 10a** als Allegat zu setzen „(§. 44 Abs. 2, 3 Satz 1 u. 2 u. Abs. 3)" statt des Allegates „(§. 44)".

Berlin, den 12. Mai 1900.

Nr. 782.

Abänderungs-Antrag

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die militärische Strafrechtspflege im Kiautschougebiet — Nr. 745 der Drucksachen —.

Bassermann. Eickhoff. Kirsch. Rickert. Der Reichstag wolle beschließen:

§. 2 erhält folgende Fassung:

„Dieses Gesetz tritt zugleich mit der Militärstrafgerichtsordnung vom 1. Dezember 1898 in Kraft und hat bis zum 1. Januar 1906 Gültigkeit".

Berlin, den 12. Mai 1900.

Nr. 783/785.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, Zu Nr. 703d der Drucksachen —.

See-Unfallversicherungsgesetz

(Zu Nr. 703d der Drucksachen).

(Konsequenzen aus den zum Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz in zweiter Lesung gefaßten Beschlüssen.)

Nr. 783. v. Bloedau. Fischbeck. Hofmann (Dillenburg). Freiherr **v. Richthofen-Damsdorf.** Der Reichstag wolle beschließen:

1. im **§. 67** die Absätze 3, 4 durch folgende Bestimmung zu ersetzen:

   „Vor der Feststellung der Entschädigung ist dem Entschädigungsberechtigten, sofern derselbe im Inlande anwesend ist, durch Mittheilung der Unterlagen, auf Grund deren dieselbe zu bemessen ist, Gelegenheit zu geben, sich binnen einer Frist von einer Woche zu äußern. Die Berufsgenossenschaft hat in jedem Falle auf Antrag den behandelnden Arzt zu hören. Steht der behandelnde Arzt zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältniß, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören."

2. im **§. 70** Abs. 2 am Schlusse hinzuzusetzen:

   „, ausgenommen im Falle des §. 11b".

3. im **§. 75** Abs. 1 am Schlusse hinzuzusetzen:

   „Der Verletzte muß vor Annahme seines Antrags darüber belehrt werden, daß er nach der Abfindung auch in dem Falle keinerlei Anspruch auf Rente mehr habe, wenn sein Zustand sich erheblich verschlechtern würde."

4. dem **§. 93** als neuen Abs. 4 hinzuzufügen:

   „Die Funktionen des technischen Aufsichtsbeamten und des Rechnungsbeamten können in einer Person vereinigt werden."

5. im **§. 110** Abs. 1 den Schluß wie folgt zu fassen:

   „von der Genossenschaft, den Gemeinden, Armenverbänden, Krankenkassen und sonstigen Unterstützungskassen (§. 15 Abs. 1) gemacht worden sind."

6. im **§. 121** den Abs. 3 zu streichen.

Nr. 784. Dr. **Semler.** Der Reichstag wolle beschließen:

I. dem **§. 74a** folgende Fassung zu geben:

„Das Recht auf Bezug der Rente ruht:

1. solange der Berechtigte eine die Dauer von einem Monat übersteigende Freiheitsstrafe verbüßt oder solange er in einem Arbeitshause oder in einer Besserungsanstalt untergebracht ist.

   Hat der Berechtigte im Inlande wohnende Angehörige, welche im Falle seines Todes Anspruch auf Rente haben würden, so ist diesen die Rente bis zur Höhe jenes Anspruchs zu überweisen;

2. wenn sich der Berechtigte in den Fällen des §. 81 der Seemanns-Ordnung dem Dienste entzogen oder eine fremde Staatsangehörigkeit erworben hat, solange er nicht wieder auf einem deutschen Schiffe angemustert ist oder im Inlande seinen gewöhnlichen Aufenthalt genommen hat;

3. solange der Berechtigte, ohne auf einem deutschen Schiffe angemustert zu sein, im Auslande sich aufhält und es unterläßt, der Berufsgenossenschaft seinen Aufenthalt mitzutheilen.

   Die Berufsgenossenschaft ist befugt, über diese Mittheilung des Aufenthaltsortes Vorschriften zu erlassen und darin anzuordnen, daß der Rentenberechtigte sich von Zeit zu Zeit bei einem Seemannsamte persönlich vorzustellen hat. Kürzere als einjährige Fristen dürfen für diese Vorschriften nicht angeordnet werden. Die Vorschriften bedürfen der Genehmigung des Reichs-Versicherungsamtes.

   Weist der Entschädigungsberechtigte nach, daß er der Vorstellungspflicht ohne sein Verschulden nicht hat genügen können, so lebt in soweit das Recht auf den Bezug der Rente wieder auf."

II. im **§. 75** im Abs. 2 Zeile 3 die Worte:

„auf seinen Antrag"

zu streichen.

Nr. 785. v. Bloedau. Fischbeck. Hitze. Hofmann (Dillenburg). **Molkenbuhr.** Freiherr **v. Richthofen-Damsdorf. Roesicke** (Dessau). Der Reichstag wolle beschließen:

in das See-Unfallversicherungsgesetz als **§. 123a** folgende Bestimmung einzufügen:

„An die Stelle des §. 34 Abs. 2 Ziffer 3 des Invalidenversicherungsgesetzes (Reichs-Gesetzblatt 1899 Seite 531) tritt folgende Bestimmung:

3. für die auf Grund des See-Unfallversicherungsgesetzes versicherten Seeleute, mit Ausnahme der in Schlepper- und Leichterbetrieben beschäftigten Personen, der Durchschnittsbetrag des Jahresarbeitsverdienstes, welcher gemäß §. 9a a. a. O. vom Reichskanzler festgesetzt worden ist."

Berlin, den 12. Mai 1900.

Nr. 786.

Abänderungs-Antrag

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, Zu Nr. 703b der Drucksachen —.

Land- und Forstwirthschaft — Zu Nr. 703b der Drucksachen.

Hofmann (Dillenburg). Der Reichstag wolle beschließen:

dem **§. 10a** folgenden Abs. 2 zuzufügen:

„Der §. 44 Abs. 3 Satz 3 findet jedoch keine Anwendung, wenn der Verletzte der Krankenversicherung auf Grund des Gesetzes vom 10. April 1892 nicht unterliegt."

Berlin, den 14. Mai 1900.

Nr. 787/788.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, Zu Nr. 703 b der Drucksachen —.

Land- und Forstwirthschaft — Zu Nr. 703 b der Drucksachen —.

Nr. 787. v. Waldow und Reitzenstein. Der Reichstag wolle beschließen:

im **§. 101** Abs. 1 auf Zeile 6 hinter „gehen die" einzuschieben:

„in den §§. 20, 23 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, sowie".

Nr. 788. Roesicke (Dessau). Der Reichstag wolle beschließen:

1. in **§. 33b** auf Zeile 4 und 5 statt der Worte „Betriebsbeamten und sonstigen im §. 1 Abs. 6" zu setzen:

   „im §. 6a Abs. 1".

2. die gleiche Aenderung in den **§§. 36** Abs. 3 Zeile 5 und 6 und **39a** Abs. 2 Zeile 1 und 2 vorzunehmen.

Berlin, den 14. Mai 1900.

Nr. 789/790.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, Zu Nr. 703 d der Drucksachen —.

See-Unfallversicherungsgesetz.

Nr. 789. Dr. **Lehr. Hofmann** (Dillenburg). Der Reichstag wolle beschließen:

1. im **§. 34** auf Zeile 1 hinter „Fahrzeug" einzuschieben:

   „, mit Ausnahme der in Schlepper- und Leichterbetrieben verwendeten Fahrzeuge".

2. im **§. 37** Abs. 2 auf Zeile 1 an Stelle des Kommas hinter „Revisionen" einzuschieben das Wort: „der".

Nr. 790. Dr. **Lehr. Hofmann** (Dillenburg). Dr. **Hitze. Roesicke** (Dessau). Der Reichstag wolle beschließen:

im **§. 88a** Abs. 2 die Worte:

„auf Beschluß der Genossenschaftsversammlung"

zu streichen.

Berlin, den 14. Mai 1900.

Nr. 791.

Abänderungs-Antrag

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, Zu Nr. 703 d der Drucksachen —.

See-Unfallversicherungsgesetz.

Molkenbuhr. Fischer (Sachsen). Der Reichstag wolle beschließen:

dem Abs. 1 des **§. 1** zuzufügen:

„Klimatische Krankheiten und diejenigen Todesfälle auf See oder im Auslande, welche nicht nachweislich auf außerhalb des Betriebes liegende Ursachen zurückzuführen sind, sind als Unfälle im Sinne dieses Gesetzes zu erachten."

Berlin den 15. Mai 1900.

Nr. 792.

Berichterstatter:
Abgeordneter Dr. Esche.

Bericht

der

XXI. Kommission

über

den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene — Nr. 524 der Drucksachen —.

Durch Beschluß des Reichstages vom 23. Januar 1900 wurde der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene der zur Berathung eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze gebildeten XXI. Kommission zur Vorberathung überwiesen.

Als Vertreter der verbündeten Regierungen haben an der Berathung Theil genommen

A. die Bevollmächtigten zum Bundesrathe:

1. Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär des Innern, Staatsminister Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner,
2. Kaiserlicher Direktor im Reichsamt des Innern Dr. v. Woedtke,
3. Königlich bayerischer Ministerialdirektor v. Herrmann,
4. Königlich sächsischer Geheimer Rath Dr. Fischer,
5. Königlich württembergischer Ministerialdirektor, Präsident v. Schicker,
6. Großherzoglich badischer außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister, Wirklicher Geheimer Rath Dr. v. Jagemann;

B. die nach Artikel 16 der Reichsverfassung vom Bundesrath bestellten besonderen Kommissare:

1. Kaiserlicher Geheimer Oberregierungsrath Caspar,
2. Ständiges Mitglied des Reichs-Versicherungsamts, Kaiserlicher Geheimer Regierungsrath Dr. Zacher.

Zum Berichterstatter wurde der Abgeordnete Dr. Esche gewählt. Von einer Generaldiskussion wurde abgesehen. Der Entwurf wurde in einer Lesung, die zwei Sitzungen umfaßte, berathen.

§. 1.

Personen, denen oder deren Hinterbliebenen die geplante Entschädigung gewährt werden, und Voraussetzung, unter der das geschehen soll.

Von einem Mitgliede der Kommission wurde geltend gemacht, daß die Worte am Ende des ersten Absatzes „wobei die nachstehenden Grundsätze maßgebend sind," überflüssig, weil selbstverständlich seien, und deshalb beantragt, diese Worte zu streichen. Die Kommission pflichtete dieser Auffassung bei und beschloß dem Antrag entsprechend.

Von anderen Mitgliedern der Kommission wurde beantragt, in der vorletzten Zeile des zweiten Absatzes das Wort „strafrechtlicher" durch „gesetzlicher" zu ersetzen.

Es sei, so wurde zur Begründung des Antrags ausgeführt, nothwendig, die weitergehende Bezeichnung „gesetzlich" zu wählen, weil sonst z. B. die Personen, die an ihrem Unterstützungswohnsitz von der Armenbehörde Armenunterstützung erhielten und deshalb gezwungen würden, für die Gemeinde zu arbeiten, von der Entschädigung ausgeschlossen seien. Denn sie würden nicht auf Grund strafrechtlicher oder polizeilicher, wohl aber auf Grund gesetzlicher Bestimmung zu Arbeiten zwangsweise angehalten.

Von Vertretern der Regierung wurde zwar darauf hingewiesen, daß auch die Nöthigung eines der Unterstützung Bedürftigen zur Arbeit als eine armenpolizeiliche Maßregel anzusehen sei, und daß Personen, die wegen Armuth zur Arbeit angehalten würden, offenbar nicht ungünstiger gestellt werden dürften, als Personen, die wegen einer strafbaren Handlung zur Arbeit gezwungen würden.

Die Kommission trat jedoch den Ausführungen der Antragsteller bei und nahm den Antrag an.

Mit den beiden beschlossenen Abänderungen gelangte darauf §. 1 zur Annahme.

Nach der Abstimmung brachte ein Kommissionsmitglied die Frage zur Sprache, wie die zur Zwangserziehung überwiesenen Personen nach dem vorliegenden Entwurfe zu behandeln seien. Er führte aus, daß es wünschenswerth sei, hierüber Klarheit zu schaffen, um Zweifeln und Streitigkeiten, die nach dem Wortlaute des §. 1, insbesondere auch nach der von der Kommission beschlossenen Fassung vorkommen könnten, vorzubeugen.

Von Vertretern der verbündeten Regierungen wurde hierauf zunächst dargelegt, daß die Ueberweisung zur Zwangserziehung auf verschiedene Weise erfolge, nämlich einmal auf Grund des §. 56 des Strafgesetzbuches nach Begehung einer strafbaren Handlung, wobei die Dauer der Zwangserziehung von der vorgesetzten Verwaltungsbehörde der betreffenden Erziehungs- oder Besserungsanstalt bestimmt werde; sodann auf Grund der Gesetze über Zwangserziehung (in Preußen Gesetz vom 13. März 1878), ebenfalls nach Begehung einer strafbaren Handlung durch das Vormundschaftsgericht; endlich auf Grund des §. 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ohne vorherige strafbare Handlung zur Abwendung von Gefahr für das geistige oder leibliche Wohl eines Kindes ebenfalls durch das Vormundschaftsgericht. — Verschieden sei auch die Art der Durchführung der Zwangserziehung, indem sie theils durch Ueberweisung an die eigene oder eine geeignete fremde Familie erfolge, oder aber sich in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt vollziehe.

Unter diesen Umständen beruhe zwar die Ueberweisung zur Zwangserziehung in allen Fällen auf einer „gesetzlichen" Bestimmung, wie sie in §. 1 Abs. 2 des Kommissionsbeschlusses vorausgesetzt werde, dagegen werde theilweise das weitere Erforderniß nicht vorliegen, daß der Zwang zur Arbeit das charakteristische Merkmal der Beschäftigung sei. Dieses werde vielmehr in zahlreichen Fällen in der erziehlichen Einwirkung zu erkennen sein, also in einem Zwange, wie er auch in jeder Familie vom Vater gegenüber den Kindern ausgeübt werde.

Die Praxis des Reichs-Versicherungsamts habe sich mit solchen Unterscheidungen bereits befaßt; es sei ausgesprochen, daß die Strohflechterei in einer Arbeiterkolonie als ein versicherungspflichtiger Betrieb nicht anzusehen sei, weil die beschäftigten Personen zwar Arbeiter seien, der Betrieb aber nicht überwiegend wirthschaftlichen Zwecken diente, sondern der Beschäftigung gefährdeter Persönlichkeiten, ihrer Anleitung zu nützlicher Arbeit — im Wesentlichen also erziehlichen Zwecken. Dagegen sei die Weberei einer provinziellen Korrigenden-Anstalt als ein versicherungspflichtiger gewerblicher Betrieb erachtet worden.

Es werde sich empfehlen, in dieser Weise auch künftig die Entscheidung nach Maßgabe der thatsächlichen Verhältnisse zu individualisiren. Danach werde eine versicherungspflichtige Beschäftigung dann nicht anzunehmen sein, wenn die Zwangserziehung durch Ueberweisung an eine Familie erfolgt sei; hier müsse grundsätzlich daran festgehalten werden, daß die Ueberweisung nicht zu gewerblicher Ausbeutung der Arbeitskraft geschehe, sondern lediglich zur Erziehung, und daß die Beschäftigung nur unter dem erziehlichen Gesichtspunkte zu beurtheilen sei. — Bei der Ueberweisung zur Zwangserziehung in eine öffentliche Besserungs- oder Erziehungsanstalt müsse der Charakter der einzelnen Anstalt ermittelt und danach entschieden werden, ob die zwangsweise Beschäftigung oder die Erziehung das Bestimmende sei. Diese Unterscheidung sei um so nothwendiger, als man durch allgemeine Subsummirung der Zwangserziehungsanstalten unter das vorliegende Gesetz der Sachlage zum Schaden der Anstaltsinsassen Gewalt anthun würde. Zwar sei die einem erziehlichen Zwecke dienende Beschäftigung zur Zeit noch nicht versichert, sie werde aber bei dem in Aussicht zu nehmenden Erweiterungsgesetze mit ins Auge zu fassen sein; die so beschäftigten Personen würden dann mindestens nach dem ortsüblichen Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter entschädigt werden, also mit höheren Sätzen als die Gefangenen, zu denen sie in der That nicht gehören; sie würden sodann die Rechtsmittel an das Schiedsgericht und das Reichs-Versicherungsamt haben und nicht nur die Verwaltungsbeschwerde der Gefangenen. Dieser künftigen Regelung, bei welcher die thatsächlichen Verhältnisse volle Berücksichtigung finden würden, solle man nicht dadurch vorgreifen, daß man jetzt alle Zwangserziehungsanstalten den Strafanstalten etwa gleichstelle.

Diesen Ausführungen wurde aus der Mitte der Kommission beigetreten. Es wurde namentlich auch darauf hingewiesen, daß Zwangserziehungskinder nicht selten mit anderen, sittlich gefährdeten Kindern in einer Anstalt zusammen erzogen und beschäftigt würden; hier könne man nicht die eine Kategorie der Gefangenenfürsorge unterstellen, die andere dagegen nicht. Hiernach war man in der Kommission der Ansicht, die weitere Entwickelung sei der Praxis zu überlassen.

§. 2.

Folgen des Unfalls, die den Entschädigungsanspruch begründen; Verhalten des Verletzten, das den Anspruch ausschließt.

Nach dem Antrage verschiedener Mitglieder der Kommission sollten im zweiten Satze des zweiten Absatzes die Worte „oder durch ein Verhalten zugezogen, welches als eine grobe Verletzung der Hausordnung erscheint" gestrichen werden.

Zur Begründung dieses Verlangens wurde Folgendes ausgeführt: Würde die gerügte Bestimmung richtig angewendet und ausgelegt, dann sei sie überflüssig, denn sie werde bereits durch den ersten Satz des zweiten Absatzes mit getroffen. Denn ein Gefangener, der eine angemessene Hausordnung absichtlich übertrete, führe in der Regel „vorsätzlich" den Unfall herbei. Die meisten Hausordnungen für Strafanstalten enthielten aber die verschiedensten Vorschriften, die eine mißbräuchliche Anwendung der gerügten Bestimmung befürchten ließen. Wie leicht könne sich ein Gefangener mit einer Vorschrift der Hausordnung in Widerspruch setzen, hierbei einen Unfall erleiden und dann seines Anspruches auf Entschädigung verlustig gehen. Die Leiter der Strafanstalten hätten das natürliche Bestreben, die Hausordnung weit auszudehnen, um ihrer vorgesetzten Behörde gegenüber möglichst gedeckt zu sein. Daß die Verletzung der Hausordnung eine „grobe" sein müsse, beseitige die Bedenken nicht. Dieser Begriff sei zu unbestimmt und schwankend. Endlich sei noch zu berücksichtigen, daß durch die gerügte Bestimmung eine doppelte Bestrafung wegen Verletzung der Hausordnung eingeführt werde. Der verunglückte Gefangene, der sie verletze, werde einmal nach den Bestimmungen der Hausordnung selbst und dann dadurch gestraft, daß er seines Anspruchs auf Entschädigung verlustig gehe.

Diesen Ausführungen und dem ihnen zu Grunde liegenden Antrage trat ein Vertreter der verbündeten Regierungen mit Nachdruck entgegen. Gestützt auf die Gutachten hervorragender Strafvollstreckungsbeamter befürchteten einige verbündeten Regierungen durch das Gesetz schon in der jetzigen Fassung des Entwurfs eine Lockerung der Disziplin in den Strafanstalten. Ihre Bedenken würden nicht zu überwinden sein, wenn der Antrag angenommen würde. Er widerrathe deshalb im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes dringend die Annahme des Antrags.

Bei dem Gesetz handle es sich um einen völlig neuen Versuch auf bisher noch nicht betretenem Gebiete. Es sei deshalb nicht angezeigt, schon jetzt zu sehr auf Einzelheiten einzugehen; vielmehr müßten zunächst Erfahrungen gesammelt werden. Ueberdies verliere der Gefangene, der ordnungswidrig handle, nicht schon dann den Anspruch auf Entschädigung, wenn sich der Unfall bei Gelegenheit seiner Zuwiderhandlung gegen die Hausordnung zugetragen hat, sondern nur dann, wenn er durch das ordnungswidrige Verhalten herbeigeführt worden ist. Bloße Unachtsamkeit gegen die Hausordnung schließe jedenfalls den Entschädigungsanspruch nicht aus.

Diese Darlegung wurde aus der Mitte der Kommission unterstützt. Von der einen Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Bedenken, die zu dem Antrage geführt hätten, nur durch ein Reichsgesetz über den Strafvollzug beseitigt werden könnten. Nicht schon fahrlässige, sondern nur grobe Verletzung der Hausordnung, so wurde von einem anderen Kommissionsmitglied ausgeführt, solle die Entschädigung ausschließen. Das sei aber unbedenklich, werde vielmehr auch den guten Erfolg haben, einer Verletzung der Disziplin vorzubeugen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag abgelehnt und §. 2 unverändert angenommen.

§. 3.

Umfang der Entschädigung im Falle der Verletzung.

Zu diesem Paragraphen lagen zwei Anträge vor:

1. der eine ging dahin:
   a) im ersten Satze des ersten Absatzes hinter dem Wort „Heilmitteln" die Worte:
      „sowie den zur Sicherung des Erfolges des Heilverfahrens und zur Erleichterung der Folgen der Verletzung erforderlichen Hülfsmitteln (Krücken, Stützapparaten und dergleichen)",
   b) im zweiten Satze des vierten Absatzes hinter dem Worte „Heilmittel" die Worte:
      „sowie die zur Sicherung des Erfolges des Heilverfahrens und zur Erleichterung der Folgen der Verletzung erforderlichen Hülfsmittel (Krücken, Stützapparate und dergleichen)"

   einzufügen;
2. der andere Antrag verlangt Streichung des dritten Absatzes.

Zur Begründung des ersten Antrags wurde zunächst auf die gleichlautenden Bestimmungen in §. 5a des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, der dem zur Berathung stehenden Paragraphen entspreche, hingewiesen.

Weiter wurde Folgendes geltend gemacht: Es sei zwar anzunehmen, daß in der Regel der verunglückte Gefangene bei seiner Entlassung von der Leitung der Strafanstalt die etwa nöthigen Hülfsmittel auch schon jetzt erhält. Erhalte er sie aber nicht — und dies könne ja auch vorkommen —, dann werde er meistens darauf angewiesen sein, zu betteln. Wende er sich an einen Schutzverein, dann müsse dieser erst durch Arzt und Bandagisten feststellen lassen, welche Hülfsmittel nöthig seien, und sie dann versorgen. Dies verursache neue Kosten, es vergehe Zeit, die der verunglückte Entlassene besser hätte nützen können, um sich eine angemessene Beschäftigung zu suchen. Es sei deshalb nothwendig, daß dem verunglückten Gefangenen schon bei seiner Entlassung diese Hülfsmittel mitgegeben werden.

Gegen den Antrag erhob sich kein Widerspruch, er wurde angenommen.

Zur Begründung des zweiten Antrags wurde Folgendes ausgeführt:

Schon aus formellen Gründen sei es bedenklich, gesetzgeberisch unzulässig, Grenzen zu ziehen, Beschränkungen festzusetzen, wie es die bekämpfte Bestimmung thue. Die Art der Beschränkung aber setze sich in Widerspruch mit dem Grundgedanken des ganzen Gesetzes. Der vorgesehene Antrag genüge nicht für die Bedürfnisse solcher Entlassener, die an Verhältnisse in größeren Städten gewöhnt seien. Er sei so niedrig, daß die verunglückten Entlassenen als Armenunterstützung jetzt mehr erhielten, wie später als Entschädigung nach dem Gesetz. Wolle man nicht die Beschränkung vollständig fallen lassen, dann möge wenigstens der Höchstbetrag auf 450 *M.* erhöht werden. Die zu niedrige Bemessung des Höchstbetrages würde nur zur Folge haben, daß gerade die armen, kleinen Gemeinden die Last weiterer Armenunterstützung an den Entlassenen, die großen Städte aber, die den Entlassenen ausweisen würden, den Vortheil hätten.

Einige Mitglieder der Kommission hielten für nothwendig, den Betrag der Rente nach oben zu begrenzen und als Höchstbetrag 450 *M.* festzusetzen.

Dagegen wurde der Antrag von den Vertretern der Regierung und auch aus der Mitte der Kommission lebhaft bekämpft.

Es müsse, so wurde von Vertretern der Regierung ausgeführt, auf jeden Fall vermieden werden, daß der

verunglückte freie unbescholtene Arbeiter eine niedrigere Rente erhalte, als der bestrafte Entlassene, der in der Strafanstalt einen Unfall erlitten habe. Denn für das Empfinden großer Kreise unseres Volkes sei es unverständlich, daß bestrafte Personen, die in der Anstalt einen Unfall erlitten haben, nach der Entlassung überhaupt eine Rente erhielten, um wie viel mehr, wenn diese Rente höher sei als die eines unbescholtenen verunglückten Arbeiters auf dem Lande. Ueberdies sei eine Rente von 300 M. durchaus nicht besonders niedrig, denn sie entspreche einem täglichen Arbeitsverdienst von 1,50 M. Der ortsübliche Tagelohn erwachsener männlicher Tagearbeiter im Deutschen Reiche betrage aber durchschnittlich nur etwa 1,70 M. Habe der verunglückte Entlassene Anspruch auf Invalidenrente oder wegen seiner Bedürftigkeit Anspruch auf Armenunterstützung, so gehe er dieser Rechte durch die Entschädigung, die ihm nach diesem Gesetz gewährt werde, nicht verlustig (§. 20 des Entwurfs).

Auch von Mitgliedern der Kommission wurde betont, daß auf die widerstreitende Gefühle des Volks diesem Gesetze gegenüber Rücksicht genommen werden müsse. Bei Bemessung der Rente könne nicht der Lohn, den freie Arbeiter beziehen, sondern müsse der Lohn in der Strafanstalt zu Grunde gelegt werden. Am besten wäre es, wenn die Rente abgestuft werden könnte nach dem früheren Berufe des Entlassenen und nach Art seiner Strafe. Das jetzt zu erreichen, sei aber ausgeschlossen. Man solle sich deshalb mit dem großen Fortschritte, daß die verunglückten Gefangenen ein Recht auf Entschädigung erhalten, begnügen. Der Hinweis auf das Invalidenversicherungsgesetz, auf das sich Freunde der Erhöhung des Höchstbetrags auf 450 M. bezogen hätten, spreche nicht für, sondern vielmehr gegen dieses Verlangen. Denn eine Invalidenrente von 450 M. sei die höchste, die die bestgelohnten Arbeiter und zwar auch erst nach einer längeren Reihe von Jahren erlangen könnten.

Der unter 2 bezeichnete Antrag wurde danach abgelehnt und §. 3 mit den unter 1 bezeichneten Zusätzen angenommen.

§. 4.

Umfang der Entschädigung an Hinterbliebene des getödteten Gefangenen; Gründe, die eine Entschädigung ausschließen.

Nach der Bestimmung im ersten Absatz dieses Paragraphen soll die Rente an Hinterbliebene des getödteten Gefangenen erst von dem Zeitpunkt ab laufen, an dem der Gefangene, wenn er am Leben geblieben wäre, entlassen worden sein würde. Die Hinterbliebenen eines zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurtheilten würden darnach überhaupt keine Rente erhalten.

Ein Mitglied der Kommission erblickte hierin eine Lücke und beantragte deshalb, hinter den Worten „entlassen worden wäre" einzufügen:

„spätestens jedoch nach zehn Jahren seit dem Tode."

Dieser Antrag fand jedoch lebhaften Widerspruch.

Von Vertretern der Regierung wurde darauf hingewiesen, daß eine Rente an Hinterbliebene des getödteten Gefangenen nur als Entschädigung dafür gewährt werde, daß der Gefangene nach Ablauf der Strafzeit nicht mehr für sie sorgen könne, wie er voraussichtlich gesorgt haben würde, wenn er nach Ablauf dieser Zeit noch gelebt hätte. Entfalle diese Voraussetzung, würde der Gefangene wegen lebenslänglicher Freiheitsstrafe garnicht in die Lage kommen, für die Seinen zu sorgen, dann entbehre die Gewährung einer Rente auch der inneren Berechtigung.

Die Kommission stimmte dieser Darlegung zu, lehnte den zunächst beantragten Zusatz ab, beschloß aber, um den Grundgedanken noch schärfer zum Ausdruck zu bringen, auf Antrag eines anderen Mitgliedes der Kommission hinter die Worte „geblieben wäre", die Worte einzuschieben:

„in Folge der Strafverbüßung oder des Straferlasses".

Ein anderer Antrag ging dahin: den ersten Satz des vierten Absatzes zu streichen.

Es sei, so wurde zur Begründung des Antrags ausgeführt, unmöglich, die Thatsachen festzustellen, aus denen geschlossen werden könnte, daß der Getödtete auf freiem Fuße zum Unterhalte seiner Angehörigen nichts beigetragen hätte. Gesetzt auch, der Gefangene würde nach seiner Entlassung freiwillig nichts beigetragen haben, so würden die Angehörigen doch häufig in der Lage gewesen sein, durch Pfändung des ihm zukommenden Lohnes sich Mittel zu verschaffen. Endlich müsse man sich auf den Standpunkt stellen, daß sich der Gefangene bis zu seiner Entlassung gebessert hätte, zur Unterstützung seiner Angehörigen bereit gewesen wäre.

Ein Vertreter der Regierung bezeichnete den Antrag als unannehmbar. Die Streichung der bekämpften Bestimmung würde zur Folge haben, daß die Angehörigen solcher Gefangener, die bisher für sie nicht gesorgt hätten, durch deren strafbare Handlung, Verurtheilung und Bestrafung nur Vortheile haben würden. Erleide der Gefangene in der Anstalt einen tödtlichen Unfall, so würden sie eine Rente erhalten, wiewohl der Gefangene nicht das Mindeste zu ihrem Unterhalt beigetragen haben würde.

Die Kommission pflichtete dieser Darlegung bei und lehnte den Antrag ab. Schließlich wurde noch der Wortlaut des dritten Satzes des vierten Absatzes in Uebereinstimmung gebracht mit dem Wortlaut des dieser Bestimmung entsprechenden zweiten Satzes im dritten Absatz des 6a des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes.

Bei der Abstimmung wurde §. 4 mit den beschlossenen Abänderungen angenommen.

§. 5.

Besondere Art der Gewährung der vorgeschriebenen Leistungen.

(Kur und Verpflegung in einer Heilanstalt, Heilverfahren zum Zwecke der Erhöhung der Erwerbsfähigkeit.)

Da in §. 7 des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes die Anstalt, in der an Stelle der an sich vorgeschriebenen Leistungen freie Kur und Verpflegung gewährt werden kann, als Heilanstalt bezeichnet, dieser Ausdruck auch umfassender ist als Krankenhaus, so wurde auf Anregung eines Mitglieds der Kommission beschlossen, auch in Abs. 1 und 2 des §. 5 das Wort Krankenhaus durch die Bezeichnung Heilanstalt (in einer — in der Heilanstalt) zu ersetzen.

Ebenso fand die Zustimmung der Kommission der Antrag eines anderen Mitglieds, den Wortlaut des Abs. 3 dadurch mit dem ihm entsprechenden Abs. 2 des §. 7a des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes in Einklang zu bringen, daß ihm folgende Fassung gegeben werde:

„Hat der Verletzte sich den gemäß Abs. 1, 3 oder §. 3 Abs. 1 getroffenen Anordnungen ohne gesetzlichen oder sonst triftigen Grund entzogen, so kann ihm die Entschädigung auf Zeit ganz oder theilweise versagt werden, sofern er auf diese Folge hingewiesen worden ist und nachgewiesen wird, daß durch sein Verhalten die Erwerbsfähigkeit ungünstig beeinflußt wird."

§. 6,

nach dem Ausländern, sowie deren Hinterbliebenen Rente nicht gewährt werden soll, wurde ohne Widerspruch angenommen.

§. 7.

Träger der Verpflichtung zur Entschädigung.

Zu diesem Paragraphen lagen verschiedene Anträge vor:

1. Nach der Bestimmung in Abs. 1, so wurde von einem Mitglied der Kommission ausgeführt, sei grundsätzlich in jedem Bundesstaat die Staatskasse verpflichtet, die Entschädigung zu gewähren. Nach dem zweiten Absatz könne diese Verpflichtung zwar durch Landesgesetz auf andere Stellen übertragen werden. Damit sei aber offenbar nur eine Uebertragung der Verpflichtung in ihrem ganzen Umfang, auch mit der Art ihrer Erfüllung, gemeint. Darüber, daß der Staat zur Erleichterung der Erfüllung seiner Verpflichtung Gemeinden oder andere öffentlich-rechtliche Verbände, die Strafanstalten unterhielten, zu Beiträgen heranziehen könne, sei nichts gesagt. Und doch sei es durchaus angemessen, dem Staat diese Befugniß zu gewähren. Ob diese Befugniß ihm durch Landesgesetzgebung übertragen werden könne ohne ausdrückliche Ermächtigung dazu im Gesetz, sei zweifelhaft.

Mit dieser Begründung wurde beantragt, dem Abs. 2 den Satz hinzuzufügen:

„Die Bundesstaaten sind auch befugt, Gemeinden oder andere öffentlich-rechtliche Verbände, die Gefangenen-Anstalten unterhalten, zu Beiträgen heranzuziehen."

Ein Vertreter der Regierung erklärte, daß die beantragte Bestimmung vielleicht schon in dem ersten Satz des zweiten Absatzes mit enthalten sei; ein Bedenken aber sei gegen sie nicht zu erheben.

Sie wurde von der Kommission angenommen.

2. Von einem anderen Mitglied der Kommission wurde beantragt:

a) den vierten Absatz wie folgt zu fassen:

„Unternehmer, welche auf Grund eines Vertrags mit der Anstaltsleitung Gefangene (§. 1) beschäftigen, oder für deren Rechnung die Beschäftigung stattfindet, können zu Beiträgen an diejenige Kasse, welche die Entschädigung zu gewähren hat, herangezogen werden. Die Höhe der Beiträge ist durch den mit dem Unternehmer abzuschließenden Vertrag zu regeln. Die betreffenden Bestimmungen sind der Ausführungsbehörde auf Verlangen mitzutheilen.

b) diesem vierten Absatz einen Absatz 5 folgen zu lassen des Inhalts:

„Bei der Beschäftigung der zur Forst- oder Gemeindearbeit oder zu sonstigen Arbeiten auf Grund gesetzlicher oder polizeilicher Bestimmung zwangsweise angehaltenen Personen hat die Ausführungsbehörde die Höhe der Beiträge festzusetzen."

Zur Begründung dieser Anträge wurde vom Antragsteller und ihn unterstützend von anderen Mitgliedern der Kommission im Wesentlichen Folgendes ausgeführt:

Die Unternehmer, welche Gefangene beschäftigen, seien in der Regel zu Beiträgen zu verpflichten und zwar sogleich bei Beginn der Beschäftigung. Nicht erst der Unfall des Gefangenen bei der Beschäftigung dürfe die Verpflichtung zum Beitrag oder Ersatz etwaiger Auslagen begründen. Zu solcher Ersatzpflicht würden sich überdies die Unternehmer auch nur schwer verstehen, da sie nicht in der Lage wären, den Unfall zu verhüten und den Umfang ihrer Ersatzpflicht zu bemessen.

Mit Gemeinden, die Gefangene zu Forst- und Gemeindearbeit verwendeten, von Fall zu Fall die Beiträge zu vereinbaren, empfehle sich nicht; vielmehr sei es angemessen, daß für diese Beschäftigung die Ausführungsbehörde die Höhe der Beiträge festsetze.

Ein Vertreter der Regierung widerrieth dringend die beantragte Abänderung des vierten Absatzes.

Sei die Anstalt nur darauf angewiesen, von vornherein Beiträge von den Unternehmern zu erheben, so werde meistens die ganze Last der Entschädigung auf ihr allein ruhen, denn es sei schwer, geeignete Unternehmer zu finden, die zu Beiträgen bereit seien. Es müsse deshalb der Anstalt die andere Möglichkeit, den Unternehmer auch zum Ersatz der Auslagen heranzuziehen, offen gelassen werden.

Diese Darlegung wurde unterstützt von einem Mitglied der Kommission, welches ausführte, es sei zwar wünschenswerth, wenn die Unternehmer zu Beiträgen verpflichtet seien, dies sei jedoch zur Zeit noch nicht durchzuführen. Andererseits werde die Befugniß, die Unternehmer zum Ersatz der Ausgaben, die der zur Entschädigung verpflichten Kasse erwachsen sind, heranzuziehen, die Unternehmer zu größerer Vorsicht bei Uebertragung der Beschäftigung veranlassen.

Nach diesen Erklärungen wurden die Anträge unter 2a und b zurückgezogen.

3. Ein anderes Mitglied der Kommission glaubte das mit dem Antrag unter 2b erstrebte Ziel dadurch zu erreichen, daß in dem ersten Satze des vierten Absatzes die Worte:

„auf Grund eines Vertrags mit der Anstaltsleitung"

gestrichen würden.

Aber auch dieser Antrag fand nicht den Beifall der Kommission und wurde abgelehnt.

4. Dagegen stimmte die Kommission dem Antrag zu, im ersten Satze des vierten Absatzes hinter dem Wort „Rechnung" die Worte

„in oder außerhalb der Anstalt"

einzufügen. Durch diesen Zusatz sollte klarer zum Ausdruck kommen, daß die im Abs. 4 bezeichnete Befugniß der Anstaltsleitung auch bei Beschäftigungen Gefangener, die außerhalb der Anstalt geschehen, Anwendung findet.

Bei der Abstimmung wurde §. 7 mit den beschlossenen Abänderungen (s. unter 1 und 4) angenommen.

§. 8,

der sich über die Behörden zur Ausführung des Gesetzes ausspricht,

und

§. 9,

der angiebt, welche Untersuchung nach jedem Unfall vorzunehmen ist,

wurden ohne Widerspruch angenommen.

§. 10.

Art und Zeitpunkt der Feststellung und Beantragung der Entschädigung.

Nach Abs. 2 sind die Entschädigungen wegen einer Körperverletzung — sofern die Feststellung nicht von Amtswegen erfolgt — bei Vermeidung des Ausschlusses vor der Entlassung bei dem Vorstand der Anstalt, in der der Verunglückte zur Zeit des Unfalls untergebracht war, zu beantragen.

Von einigen Mitgliedern der Kommission wurde diese Bestimmung bemängelt, weil sie den verunglückten Gefangenen benachtheilige. Von Amtswegen werde häufig eine

Feststellung des Unfalls nicht erfolgen. Dem Verunglückten aber werde erschwert, selbst die Entschädigung zu beantragen. Denn die Verwaltung der Anstalt habe ein Interesse daran, eine Feststellung des Unfalls zu vermeiden. Solange der Gefangene in der Anstalt sei, habe er auch keine Gelegenheit, sich wegen seines Antrags Rath zu holen.

Mit dieser Begründung wurde beantragt: in der dritten Zeile statt des Wortes „vor" die Worte:

„bis spätestens drei Monate nach"

einzufügen.

Von Vertretern der Regierungen wurde dieser Antrag lebhaft bekämpft.

Die Gefangenen wüßten oder würden sehr bald wissen, daß sie eine Entschädigung zu beanspruchen hätten, wenn sie verunglückt seien. Diesen Anspruch vor ihrer Entlassung geltend zu machen, hätten sie aber reichlich Gelegenheit, so bei jeder Vorführung, die sie beantragen könnten, bei Auszahlung des Arbeitsverdienstes. Nach Ablauf von drei Monaten nach der Entlassung könne kaum noch mit Sicherheit festgestellt werden, ob das Leiden, die verminderte Erwerbsfähigkeit, die der Entlassene behauptet, auf einen in der Anstalt erlittenen Unfall zurückzuführen sei. Ferner seien Zeugen des Unfalls häufig nur Mitgefangene gewesen, die nach Verlauf längerer Zeit entlassen und nicht mehr aufzufinden, oder doch, wenn wieder frei, wegen Kollusion sehr verdächtige Zeugen seien.

Diese Ausführungen wurden aus der Mitte der Kommission auch mit Beispielen aus der Erfahrung lebhaft unterstützt.

Auf Anregung eines Mitgliedes der Kommission sprach sich ein Vertreter der Regierung noch dahin aus:

Habe ein Gefangener mit der Behauptung, er sei verunglückt, eine Untersuchung und Feststellung gewünscht, sei ihm das aber abgeschlagen worden, dann müsse auch nach Ablauf der Frist seiner Anmeldung Folge gegeben werden. Denn er sei von der Stellung des Antrags durch außerhalb seines Willens liegende Verhältnisse abgehalten worden (Abs. 3 des §. 10).

Bei der Abstimmung wurde der Antrag abgelehnt und §. 10 unverändert angenommen.

§§. 11, 12 und 13

behandeln die Festsetzung der Renten, die Mittheilung darüber an die Betheiligten und die Gründe, aus denen die Rente erhöht, herabgesetzt oder aufgehoben werden kann.

Sie wurden unverändert angenommen.

§. 14.

Abrundung und Zeitpunkt der Auszahlung der Renten.

Um §. 14 mit dem ihm entsprechenden §. 66 des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes in Uebereinstimmung zu bringen, wurde ohne Widerspruch auf Antrag beschlossen, ihm folgende Fassung zu geben:

> Die nach diesem Gesetze festgestellten Renten sind in monatlichen, und wenn sich der Jahresbetrag auf sechzig Mark oder weniger beläuft, in vierteljährlichen Beträgen im Voraus zu zahlen, letzteres insoweit, als nicht im Voraus anzunehmen ist, daß die Rente vor Ablauf des Vierteljahrs fortfällt. Die Renten werden auf volle fünf Pfennig für den Monat beziehungsweise das Vierteljahr nach oben abgerundet.

§. 15.

Ruhen der Rente.

Nach der Bestimmung unter 3 des ersten Absatzes soll die Rente auch ruhen, solange der Berechtigte als Landstreicher umherzieht. Von einigen Mitgliedern der Kommission wurde beantragt, diese Bestimmung zu streichen. Sie sei unverständlich. Es könnte mit demselben Rechte jede andere strafbare Handlung herausgegriffen und bestimmt werden, daß die Rente ruhe, solange der Berechtigte diese verübe. Höchstens könne bestimmt werden, daß die Rente ruhe, wenn der Berechtigte vom Gericht wegen Landstreicherei verurtheilt sei und nur während der Dauer der ihm auferlegten Strafe. Bedenklich sei die Bestimmung auch deshalb, weil nicht das Gericht, sondern eine Verwaltungsbehörde, die Ausführungsbehörde, zu entscheiden habe, ob das Verhalten des Berechtigten als Landstreicherei anzusehen sei.

Zur Widerlegung dieser Begründung wurde von Vertretern der Regierung darauf hingewiesen, daß für eine Entschädigung (Rente) dann der Grund, aus dem sie gewährt werden soll, wegfalle, wenn der Berechtigte durch sein Verhalten darthue, daß er gar nicht arbeiten wolle, ihm durch den Unfall also gar kein Schaden, keine Einbuße an seinem Verdienst erwachsen sei. Es würde doch widersinnig sein, durch die Rente dem Landstreicher seine Stromerei noch zu erleichtern. Die Auszahlung der Rente werde überdies auch daran scheitern, daß der Landstreicher nicht aufzufinden sei.

Die Kommission schloß sich diesen Gegengründen an und lehnte den Antrag ab.

Dagegen fand der Wunsch eines anderen Mitglieds der Kommission, den Wortlaut des §. 15 möglichst in Uebereinstimmung zu bringen mit dem Wortlaut des ihm entsprechenden §. 66a des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, den Beifall der Kommission. Es wurde deshalb §. 15 in nachstehender Fassung angenommen:

Der Bezug der Rente ruht:

1. solange der Berechtigte eine die Dauer von einem Monat übersteigende Freiheitsstrafe verbüßt oder solange er in einem Arbeitshaus oder einer Besserungsanstalt untergebracht ist. Hat der Berechtigte im Inlande wohnende Angehörige, welche im Falle seines Todes Anspruch auf Rente haben würden, so ist diesen die Rente bis zur Höhe jenes Anspruchs zu überweisen;
2. solange der Berechtigte nicht im Inlande seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Diese Bestimmung kann durch Beschluß des Bundesraths für bestimmte Grenzgebiete oder für solche auswärtige Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch einen Betriebsunfall verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden;
3. solange der Berechtigte als Landstreicher umherzieht.

§. 16

(Kapitalabfindung)

und

§. 17

(Uebertragung, Verpfändung und Pfändung der Renten)

wurden ohne Widerspruch unverändert angenommen.

§. 18.

Auszahlungen durch die Post.

Mit Rücksicht auf die etwas abweichende Fassung und Ausdrucksweise des dem §. 18 entsprechenden §. 69 des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes nach

den Beschlüssen der Kommission wurde auf Anregung eines Mitgliedes der Kommission beschlossen

in Abs. 1

auf Zeile 3 statt „dasjenige Postamt": „diejenige Postanstalt", auf Zeile 3 und 5 statt „dessen": „deren"

zu setzen,

in Abs. 2

auf Zeile 2 statt „das Postamt" zu setzen: „die Postanstalt",

auf Zeile 3 nach „ist" einzuschalten: „oder bei der Postanstalt des bisherigen Wohnsitzes,

Abs. 3 zu streichen.

Mit diesen Abänderungen wurde §. 18 angenommen.

§. 19

(Abrechnung der Post und Abführung der Beträge an die Postkasse)

wurde ohne Widerspruch angenommen.

Von einem Mitglied der Kommission wurde beantragt, hinter §. 19 einen §. 19a einzufügen des Inhalts:

„Die Landes-Zentralbehörden sind befugt anzuordnen, daß die auf Grund des Gesetzes im Falle der Verletzung zu leistenden Entschädigungsbeträge an Schutzvereine für entlassene Gefangene zur Verwendung für den Verletzten ausgezahlt werden."

Zur Begründung des Antrags wurde Folgendes ausgeführt:

Der zur Berathung stehende Entwurf verdanke seine Entstehung dem Bestreben, aus Gründen der Gerechtigkeit und Billigkeit dem bei einer Beschäftigung verunglückten Gefangenen eine ähnliche Entschädigung zu gewähren, wie sie der freie Arbeiter, der einen Unfall erlitten hat, erhalte. Als letztes Ziel dieser Fürsorge für die Gefangenen dürfte aber doch bezeichnet werden, durch die Entschädigung möglichst dafür zu sorgen, daß die Entlassenen der Armenpflege nicht zur Last fallen, vielmehr bald wieder in geordnete Verhältnisse kommen, nicht rückfällig werden. Dies werde aber in vielen Fällen nur erreicht, wenn sich Andere, berufene Vereine, der Entlassenen annehmen, die Rente verwalten und für den Berechtigten verwenden. Viele Entlassene hätten während längerer Strafe völlig verlernt, Geld nützlich zu gebrauchen. Der Vorschlag knüpfte nur an bereits bestehende Einrichtungen an. So würde im Königreich Sachsen von den Landesstrafanstalten der sogenannte Arbeitsverdienst der Gefangenen in der Regel nicht den Entlassenen ausgezahlt, sondern an die zuständigen Schutzvereine gesandt, die dafür je nach Bedürfniß Handwerkszeug oder Kleider für den Entlassenen anschafften oder die Miethe bezahlten. Dies entspreche auch den Grundsätzen, die auf den großen Kongressen für Gefangenen-Fürsorge aufgestellt seien. Schutzvereine für Gefangene beständen in allen Theilen Deutschlands. Einige von ihnen seien mit obrigkeitlichen Befugnissen ausgestattet, so der ausgezeichnete Landesverband der badischen Schutzvereine für entlassene Gefangene, dessen Bezirksvereinen die Beaufsichtigung und Fürsorge für die Erziehung verwahrloster jugendlicher Personen anvertraut und dessen Zentralleitung Zwangserziehungsanstalten unterstellt seien. Wolle man die geplante Fürsorge für die Gefangenen zu deren wahrem Besten erfolgreich gestalten, dann müsse man den vorgeschlagenen Weg eröffnen.

Der Antrag wurde von einem Vertreter der Regierung warm befürwortet. Bewähre sich die beantragte Maßregel, dann müsse sie zweifellos als ein Gewinn bezeichnet werden. Ueberdies sei der Vorschlag auch ganz unbedenklich. Denn er gebe den Zentralbehörden ja nur die Befugniß, und zwar von Fall zu Fall, wie vorgeschlagen, zu verfahren. Eine Verpflichtung dazu werde nicht begründet. Die Zentralbehörde sei auch jeder Zeit in der Lage, ihre Anordnung wieder aufzuheben.

Von Mitgliedern der Kommission wurde der Antrag bekämpft. Durch die Ueberweisung der Rente an einen Schutzverein würde das Recht des Entlassenen auf Gewährung der Rente an ihn beeinträchtigt. Die Schutzvereine würden sich veranlaßt sehen, Erörterungen über das Verhalten des auf Renten berechtigten Entlassenen anzustellen und diesen dadurch schädigen. Ferner sei zu befürchten, daß die Gutachten, die der Landes-Zentralbehörde für ihre Entschließung als Grundlage dienten, nicht immer zuverlässig seien. Bei der vom Entwurf geplanten Fürsorge handle es sich nicht um die Verwendung von Mitteln, die aus Mildthätigkeit gespendet seien, sondern um einen von dem Gesetz jetzt festzustellenden Rechtsanspruch. Werde bestimmt, daß Privatvereinen die Verwendung der Rente eines Entlassenen, die doch als ein Theil seines Vermögens anzusehen sei, für den Entlassenen übertragen werden könne, so werde dadurch durch Reichsgesetz eine neue Art Pflegschaft eingeführt. Schon dies sei bedenklich. Dazu komme noch, daß solche Vereine jeder behördlichen Beaufsichtigung entbehrten. Die Mittel könnten, trotz besten Willens, falsch verwendet werden.

Die Entlassenen müßten wenigstens die Möglichkeit haben, sich über die Verwendung der Renten in einem geordneten Verfahren bei öffentlichen Behörden zu beschweren.

Der Antrag wurde darauf gegen fünf Stimmen abgelehnt.

§. 20

Verpflichtung anderer Unterstützungskassen,

§. 21

Ueberweisung von Rentenbeträgen

und

§. 22

wurden ohne Weiteres angenommen.

Nach den Wünschen einiger Mitglieder der Kommission sollte hinter §. 22 als §. 22a eine Bestimmung eingeschaltet werden des Inhalts:

Die von den Berufsgenossenschaften erlassenen Unfallverhütungsvorschriften (§. 78 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, §. 87 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft, §. 90 des See-Unfallversicherungsgesetzes) gelten auch für die gleichartigen Betriebe in den Gefangenenanstalten.

Auch in den Betrieben der Gefangenenanstalten seien Maschinen aufgestellt, deren Handhabung leicht eine Verletzung herbeiführten und die deshalb mit Schutzvorrichtungen versehen werden müßten. Die beantragte Bestimmung sei um so nothwendiger, weil gerade in den Anstalten der Billigkeit halber viele alte Maschinen verwendet würden, bei denen Schutzvorrichtungen überhaupt nicht vorgesehen seien.

Die Vertreter der Regierung erklärten den Antrag schon deshalb für unannehmbar, weil sich der Staat in seinen Anstalten nicht den Berufsgenossenschaften unterordnen könne, um so weniger, da er nicht in der Lage sei, auf die Beschlüsse der Genossenschaften als Mitbetheiligter einzuwirken.

Von anderen Mitgliedern der Kommission wurde zwar für wünschenswerth erachtet, daß in den Gefangenenanstalten Schutzvorrichtungen angebracht werden, wie die, welche von den Berufsgenossenschaften für gleichartige Be-

triebe vorgeschrieben seien, schon um der freien Arbeit den Wettbewerb nicht zu erschweren. Aber auch sie hielten den vorgeschlagenen Weg nicht für gangbar.

Mit Rücksicht auf diese Bedenken wurde von den Antragstellern der neu einzufügenden Bestimmung folgender Inhalt gegeben:

> Die Beachtung der von den Berufsgenossenschaften erlassenen Unfallverhütungsvorschriften (§. 78 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, §. 87 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft, §. 90 des See-Unfallversicherungsgesetzes) ist in den Verträgen, die von der Anstaltsleitung über Beschäftigung von Gefangenen abgeschlossen werden, den Unternehmern zur Pflicht zu machen.

Aber auch gegen diesen Vorschlag richtete sich der Widerspruch der Vertreter der Regierung.

Gegen ihn spreche schon die Erwägung, daß dem Unternehmer nicht das Recht eingeräumt werden könne, über Einrichtungen in der Anstalt zu verfügen.

Die Vertreter der verbündeten Regierungen erklärten sich bereit, bei den verbündeten Regierungen anzuregen, daß nunmehr auch für Betriebe in Gefangenenanstalten Unfallverhütungsvorschriften erlassen werden, umsomehr, da dort oft ungelernte Arbeiter beschäftigt würden, und dahin zu wirken, daß auf dem Gebiete der Unfallverhütungsvorschriften Alles geschehe, was möglich sei.

Auch aus der Mitte der Kommission wurde hervorgehoben, daß allein dieser Weg gangbar sei. Dies gehe auch schon daraus hervor, daß sich die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften nicht auf Schutzvorrichtungen an Maschinen beschränkten, sondern sich auch auf Bauten, auf Beschäftigung jugendlicher Personen beziehen. Alle diese Vorschriften könnten aber nicht auf die Verwaltung der Anstalten übertragen werden.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag abgelehnt.

§. 23.

Haftpflicht der Anstaltsbeamten, des Unternehmers und seiner Vertreter und Beauftragten den Entschädigungsberechtigten gegenüber.

Bei Berathung des §. 23 wurde zunächst festgestellt, daß im ersten Absatz Zeile 5 statt 3 die Ziffer 4 zu setzen ist.

Mit der Begründung, daß die Erwägungen, aus denen in §. 95 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes die Haftpflicht der Beamten beschränkt sei, für die gleiche Beschränkung in diesem Entwurf nicht zutreffe, wurde von einigen Mitgliedern der Kommission beantragt:

> in dem ersten Absatz auf Zeile 3 und 4 die Worte
>
> „gegen die Anstalt nicht" und „die Beamten der Anstalt"
>
> zu streichen.

Ein Vertreter der Regierung widersprach diesem Antrag und erklärte, daß neben der geplanten Entschädigung nicht die unbeschränkte Haftung der Anstalt und ihrer Beamten bestehen bleiben könne.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Dagegen wurde der Antrag, in Anlehnung an die gleiche Ausdrucksweise in §. 95 des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes nach den Beschlüssen der Kommission in der zweiten Zeile des zweiten Absatzes statt „den bestehenden": „anderen" zu sagen, angenommen.

Mit dieser Abänderung wurde §. 23 angenommen.

§. 24.

Haftpflicht der Unternehmer und ihrer Vertreter und Beauftragten für schuldhaftes Verhalten den Anstalten und Unterstützungskassen gegenüber.

Auf Antrag eines Mitgliedes der Kommission wurde unter Bezugnahme auf die Fassung in §. 96 des Entwurfes eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes beschlossen, im ersten Absatz auf der letzten Zeile statt der Worte „oder von Krankenkassen" zu sagen

> „von Gemeinden, Armenverbänden oder von Kranken- und anderen Unterstützungskassen" (§. 20 Abs. 1).

Von einem anderen Mitglied wurde beantragt, in dem dritten Absatz statt der Worte „dem Kapitalwerth" zu setzen: „einmalige Abfindung", um dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß der Ersatz der Rente eine Vereinbarung mit dem Berechtigten zur Voraussetzung haben müsse.

Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt, nachdem von einem Vertreter der Regierung darauf hingewiesen war, daß es sich bei diesem Ersatz der Rente nicht um ein Verhältniß zwischen der Anstalt und dem Empfangsberechtigten, sondern um die Berechtigung der Anstalt, gegen den Unternehmer Regreß zu nehmen, handle.

Mit der beschlossenen Abänderung wurde §. 24 angenommen.

Ohne Widerspruch wurde §. 25 angenommen.

§. 26.

Haftpflicht dritter Personen.

Mit Rücksicht auf den Wortlaut des dem §. 26 entsprechenden §. 98 des Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse wurde auf Anregung einiger Mitglieder der Kommission beschlossen, in dem ersten Satz die Worte: „welche den Unfall vorsätzlich herbeigeführt oder durch Verschulden verursacht haben" zu streichen, und das Wort: „bestehenden" durch das Wort: „sonstigen" zu ersetzen, in dem zweiten Satz aber die Worte „zustehen bis . . . über" zu ersetzen durch die Worte „erwachsen ist, geht dieser Anspruch auf den nach diesem Gesetz Entschädigungsverpflichteten im Umfange seiner durch dieses Gesetz begründeten Entschädigungspflicht über."

In der hierdurch gewonnenen neuen Fassung wurde §. 26 angenommen.

§. 27.

Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Um baldiges Inkrafttreten des Gesetzes zu erreichen wurde von einigen Mitgliedern der Kommission beantragt, dem §. 27 den Satz hinzuzufügen:

> „Die Bestimmungen dieses Gesetzes treten spätestens am 1. Oktober 1901 in Kraft."

Von einem Vertreter der Regierung wurde ein solcher Zusatz schon deshalb für unzulässig erklärt, weil nicht der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes Kaiserlicher Verordnung überlassen, gleichzeitig aber im Gesetze vorgeschrieben werden könne, an welchem Termin spätestens das Gesetz in Kraft treten müsse. Ueberdies werde voraussichtlich Preußen von der in §. 7 Abs. 2 des Entwurfs vorgesehenen Ermächtigung Gebrauch machen. Das in §. 7 vorgesehene Landesgesetz müsse aber zuvor den Provinzialverbänden vorgelegt werden. Dies alles werde noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Der Antrag wurde danach abgelehnt und §. 27 unverändert angenommen.

Der Kommission lag noch der Antrag vor, folgende Resolution zu fassen:

Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob und in welcher Weise die Unfallfürsorge für in öffentlichen Anstalten untergebrachte Geisteskranke gesetzlich geregelt werden kann.

Zur Begründung des Antrags wurde geltend gemacht, daß die erbetene Regelung den Wünschen der Irrenärzte entsprechen würde, und daß auch, wie sich aus dem geschilderten umfassenden gewerblichen Betrieb in verschiedenen Anstalten ergebe, ein Bedürfniß für solche Regelung vorhanden sei.

Von einem Vertreter der verbündeten Regierungen wurde auf die Bedenken hingewiesen, die der gewünschten Unfallfürsorge entgegen ständen. Es sei sehr schwierig, festzustellen, ob sich der Irre den Unfall vorsätzlich oder nicht vorsätzlich zugezogen habe. Wer solle der Träger der Verpflichtung sein? Wenn die Anstalten die Verpflichtung übernehmen sollten, dann würden sie sich nur schwer entschließen, die Kranken zu beschäftigen. Und doch sei die Beschäftigung für die Kranken durchaus nothwendig.

Auch von Mitgliedern der Kommission wurde bezweifelt, ob die gewünschte Fürsorge durchführbar und die erbetene Erörterung ein dringendes Bedürfniß sei.

Der Antrag wurde mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Antrag der Kommission:

Der Reichstag wolle beschließen:

dem vorliegenden Gesetzentwurf in der aus der angeschlossenen Zusammenstellung ersichtlichen Fassung die verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen.

Berlin, den 15. Mai 1900.

Die XXI. Kommission.

Roesicke (Dessau), Vorsitzender. Dr. **Esche**, Berichterstatter. **Beck** (Aichach). **v. Blödau. Börner. Broekmann. Fischbeck. Fischer** (Sachsen). **Gamp. Gaulke. Hartmann. Hegelmaier.** Dr. **Hille.** Dr. **Hitze. Hoch. Hofmann** (Dillenburg). Graf **Magnis. Molkenbuhr.** Dr. **Opfergelt.** Freiherr **v. Richthofen. Schmidt** (Elberfeld). **v. Spiegel. Stadthagen. Stoecker. Stoetzel. Trimborn. v. Waldow und Reitzenstein. Witt** (Marienwerder).

Zusammenstellung

des

Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene,

mit

den Beschlüssen der XXI. Kommission.

Vorlage.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

die Unfallfürsorge für Gefangene.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Umfang der Fürsorge.

§. 1.

Wenn Gefangene einen Unfall bei einer Thätigkeit erleiden, bei deren Ausübung freie Arbeiter nach den Bestimmungen der Reichsgesetze über Unfallversicherung versichert sein würden, so ist für die Folgen solcher Unfälle eine Entschädigung zu leisten, wobei die nachstehenden Grundsätze maßgebend sind.

Den Gefangenen werden die in öffentlichen Besserungsanstalten, Arbeitshäusern und ähnlichen Zwangsanstalten untergebrachten Personen gleichgestellt, ebenso die zur Forst- oder Gemeindearbeit oder zu sonstigen Arbeiten auf Grund strafrechtlicher oder polizeilicher Bestimmung zwangsweise angehaltenen Personen.

§. 2.

Die Entschädigung tritt bei Körperverletzung oder Tödtung ein.

Die Entschädigung wird nicht gewährt, wenn der Verletzte den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat. Hat der

Beschlüsse der Kommission.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

die Unfallfürsorge für Gefangene.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Umfang der Fürsorge.

§. 1.

Wenn Gefangene einen Unfall bei einer Thätigkeit erleiden, bei deren Ausübung freie Arbeiter nach den Bestimmungen der Reichsgesetze über Unfallversicherung versichert sein würden, so ist für die Folgen solcher Unfälle eine Entschädigung zu leisten.

Den Gefangenen werden die in öffentlichen Besserungsanstalten, Arbeitshäusern und ähnlichen Zwangsanstalten untergebrachten Personen gleichgestellt, ebenso die zur Forst- oder Gemeindearbeit oder zu sonstigen Arbeiten auf Grund **gesetzlicher** oder polizeilicher Bestimmung zwangsweise angehaltenen Personen.

§. 2.

Unverändert.

Vorlage.

Verletzte sich den Unfall bei Begehung einer strafbaren Handlung oder durch ein Verhalten zugezogen, welches als eine grobe Verletzung der Hausordnung erscheint, so kann die Entschädigung ganz oder theilweise versagt oder, sofern er im Inlande wohnende Angehörige hat, welche im Falle seines Todes eine Rente erhalten würden, diesen ganz oder theilweise überwiesen werden.

§. 3.

Im Falle der Verletzung wird als Entschädigung außer freier ärztlicher Behandlung, Arznei und sonstigen Heilmitteln für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit dem Verletzten nach der Entlassung aus der Anstalt eine Rente gewährt. Gehört der Verletzte auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Verpflichtung einer Krankenkasse oder der Gemeinde-Krankenversicherung an, so fällt die Entschädigung für die Zeit bis zum Ablaufe der dreizehnten Woche nach dem Unfalle fort.

Die Rente beträgt:

a) im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit für deren Dauer als Vollrente den zweihundertfachen Betrag desjenigen ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiter (§. 8 des Krankenversicherungsgesetzes), welcher für den Ort der letzten mindestens drei Monate währenden Beschäftigung festgesetzt ist, die der Gefangene innerhalb des letzten Jahres vor Antritt der Haft gehabt hat. Kann ein solcher Beschäftigungsort im Inlande nicht ermittelt werden, so ist der niedrigste Satz zu Grunde zu legen, welcher in dem Bezirk der für den Sitz der Anstalt zuständigen höheren Verwaltungsbehörde als ortsüblicher Tagelohn gewöhnlicher erwachsener männlicher beziehungsweise weiblicher Tagearbeiter festgesetzt ist.

b) im Falle theilweiser Erwerbsunfähigkeit für deren Dauer denjenigen Theil der Vollrente, welcher dem Maße der durch den Unfall herbeigeführten Einbuße an Erwerbsfähigkeit entspricht.

Der Höchstbetrag der Vollrente ist dreihundert Mark.

Bei der Berechnung der Rente für Personen, welche vor dem Unfalle bereits theilweise erwerbsunfähig waren, ist derjenige Theil des ortsüblichen Tagelohns zu Grunde zu legen, welcher dem Maße der bisherigen Erwerbsfähigkeit entspricht. War der Verletzte zur Zeit des Unfalls bereits völlig erwerbsunfähig, so sind nur freie ärztliche Behandlung, Arznei und sonstige Heilmittel zu gewähren.

§. 4.

Im Falle der Tödtung ist außerdem von dem Zeitpunkt ab, mit welchem der Gefangene, wenn er am Leben geblieben wäre, entlassen worden wäre, an dessen Hinterbliebene eine Rente zu zahlen, welche beträgt:

1. für die Wittwe des Getödteten bis zu deren Tode oder Wiederverheirathung,
2. für jedes hinterbliebene Kind bis zu dessen zurückgelegtem fünfzehnten Lebensjahre

den sechzigfachen Betrag des nach §. 3 zu Grunde zu legenden Tagelohns, jedoch nicht mehr als neunzig Mark.

Beschlüsse der Kommission.

§. 3.

Im Falle der Verletzung wird als Entschädigung außer freier ärztlicher Behandlung, Arznei und sonstigen Heilmitteln **sowie den zur Sicherung des Erfolges des Heilverfahrens und zur Erleichterung der Folgen der Verletzung erforderlichen Hülfsmitteln (Krücken, Stützapparaten und dergleichen)** für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit dem Verletzten nach der Entlassung aus der Anstalt eine Rente gewährt. Gehört der Verletzte auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Verpflichtung einer Krankenkasse oder der Gemeinde-Krankenversicherung an, so fällt die Entschädigung für die Zeit bis zum Ablaufe der dreizehnten Woche nach dem Unfalle fort.

Die Rente beträgt:

a) im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit für deren Dauer als Vollrente den zweihundertfachen Betrag desjenigen ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiter (§. 8 des Krankenversicherungsgesetzes), welcher für den Ort der letzten mindestens drei Monate währenden Beschäftigung festgesetzt ist, die der Gefangene innerhalb des letzten Jahres vor Antritt der Haft gehabt hat. Kann ein solcher Beschäftigungsort im Inlande nicht ermittelt werden, so ist der niedrigste Satz zu Grunde zu legen, welcher in dem Bezirk der für den Sitz der Anstalt zuständigen höheren Verwaltungsbehörde als ortsüblicher Tagelohn gewöhnlicher erwachsener männlicher beziehungsweise weiblicher Tagearbeiter festgesetzt ist.

b) im Falle theilweiser Erwerbsunfähigkeit für deren Dauer denjenigen Theil der Vollrente, welcher dem Maße der durch den Unfall herbeigeführten Einbuße an Erwerbsfähigkeit entspricht.

Der Höchstbetrag der Vollrente ist dreihundert Mark.

Bei der Berechnung der Rente für Personen, welche vor dem Unfalle bereits theilweise erwerbsunfähig waren, ist derjenige Theil des ortsüblichen Tagelohns zu Grunde zu legen, welcher dem Maße der bisherigen Erwerbsfähigkeit entspricht. War der Verletzte zur Zeit des Unfalls bereits völlig erwerbsunfähig, so sind nur freie ärztliche Behandlung, Arznei und sonstige Heilmittel **sowie die zur Sicherung des Erfolges des Heilverfahrens und zur Erleichterung der Folgen der Verletzung erforderlichen Hülfsmittel (Krücken, Stützapparate und dergleichen)** zu gewähren.

§. 4.

Im Falle der Tödtung ist außerdem von dem Zeitpunkt ab, mit welchem der Gefangene, wenn er am Leben geblieben wäre, **in Folge der Strafverbüßung oder des Straferlasses** entlassen worden wäre, an dessen Hinterbliebene eine Rente zu zahlen, welche beträgt:

1. für die Wittwe des Getödteten bis zu deren Tode oder Wiederverheirathung,
2. für jedes hinterbliebene Kind bis zu dessen zurückgelegtem fünfzehnten Lebensjahre

den sechzigfachen Betrag des nach §. 3 zu Grunde zu legenden Tagelohns, jedoch nicht mehr als neunzig Mark.

Vorlage.

Die Renten der Hinterbliebenen dürfen insgesammt den einhundertundachtzigfachen Betrag des Tagelohns (§. 3) und im Höchstbetrage zweihundert und siebenzig Mark jährlich nicht übersteigen; ergiebt sich ein höherer Betrag, so werden die einzelnen Renten in gleichem Verhältnisse gekürzt.

Im Falle der Wiederverheirathung erhält die Wittwe den einhundertundachtzigfachen Betrag des Tagelohns (§. 3), jedoch nicht mehr als zweihundert und siebenzig Mark als Abfindung.

Die Entschädigung der Hinterbliebenen fällt fort, wenn Thatsachen vorliegen, aus welchen zu schließen ist, daß der Getödtete auf freiem Fuße zum Unterhalte seiner Angehörigen nichts beigetragen hätte. Die Entschädigung der Wittwe fällt fort, wenn die Ehe erst nach dem Unfalle geschlossen worden ist. Die Entschädigung kann ganz oder theilweise versagt werden, wenn die Ehefrau, bevor ihrem Ehemanne die Freiheit entzogen worden ist, ohne gesetzlichen Grund die eheliche Gemeinschaft aufgehoben, seit mindestens einem Jahre von ihrem Ehemanne getrennt gelebt und ohne seine Beihülfe ihren Unterhalt gefunden hat.

Die Bestimmungen über die Renten der Kinder finden auch Anwendung, wenn der Unfall eine alleinstehende weibliche Person betroffen hat und diese mit Hinterlassung von Kindern verstirbt.

§. 5.

An Stelle der im §. 3 vorgeschriebenen Leistungen kann freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhause gewährt werden.

Für die Zeit der Verpflegung des Verunglückten in dem Krankenhause steht seinen im §. 4 bezeichneten Angehörigen die daselbst angegebene Rente insoweit zu, als ihnen dieselbe im Falle des Todes des Verletzten zu gewähren sein würde.

Ist begründete Annahme vorhanden, daß der Empfänger einer Unfallrente bei Durchführung eines Heilverfahrens eine Erhöhung seiner Erwerbsfähigkeit erlangen werde, so kann zu diesem Zwecke jederzeit ein neues Heilverfahren eingeleitet werden. Dabei finden die Bestimmungen der Abs. 1, 2 Anwendung.

Hat der Verletzte sich den gemäß Abs. 1, 3 oder §. 3 Abs. 1 getroffenen Anordnungen ohne gesetzlichen oder sonst triftigen Grund entzogen, so kann die Entschädigung auf Zeit ganz oder theilweise versagt werden, sofern der Verletzte auf diese Folge hingewiesen worden ist und nachgewiesen wird, daß durch sein Verhalten die Erwerbsfähigkeit ungünstig beeinflußt oder der Tod beschleunigt ist.

§. 6.

Ausländern, sowie deren Hinterbliebenen wird die Rente nicht gewährt.

Entschädigungsverpflichtete.

§. 7.

Die Entschädigung erfolgt durch den Bundesstaat, in dessen Gebiet die Anstolt liegt, in welcher der Unfall eingetreten ist, oder in dessen Gebiet die zwangsweise Beschäftigung stattgefunden hat.

Die Verpflichtung des Bundesstaats kann durch Landesgesetz auf andere Stellen übertragen werden.

Mehrere Bundesstaaten können sich für ihre Gebiete oder Theile derselben behufs gemeinsamer Tragung der Lasten mit einander verbinden. Die Vereinbarung muß sich auf die Verwaltung, die Beaufsichtigung und das

Beschlüsse der Kommission.

Die Renten der Hinterbliebenen dürfen insgesammt den einhundertundachtzigfachen Betrag des Tagelohns (§. 3) und im Höchstbetrage zweihundert und siebenzig Mark jährlich nicht übersteigen; ergiebt sich ein höherer Betrag, so werden die einzelnen Renten in gleichem Verhältnisse gekürzt.

Im Falle der Wiederverheirathung erhält die Wittwe den einhundertundachtzigfachen Betrag des Tagelohns (§. 3), jedoch nicht mehr als zweihundert und siebenzig Mark als Abfindung.

Die Entschädigung der Hinterbliebenen fällt fort, wenn Thatsachen vorliegen, aus welchen zu schließen ist, daß der Getödtete auf freiem Fuße zum Unterhalte seiner Angehörigen nichts beigetragen hätte. Die Entschädigung der Wittwe fällt fort, wenn die Ehe erst nach dem Unfalle geschlossen worden ist. Die Entschädigung kann ganz oder theilweise versagt werden, wenn die Ehefrau, bevor ihrem Ehemanne die Freiheit entzogen worden ist, ohne gesetzlichen Grund seit mindestens einem Jahre von der häuslichen Gemeinschaft sich ferngehalten und ohne Beihülfe des Ehemanns ihren Unterhalt gefunden hat.

Die Bestimmungen über die Renten der Kinder finden auch Anwendung, wenn der Unfall eine alleinstehende weibliche Person betroffen hat und diese mit Hinterlassung von Kindern verstirbt.

§. 5.

An Stelle der im §. 3 vorgeschriebenen Leistungen kann freie Kur und Verpflegung in **einer Heilanstalt** gewährt werden.

Für die Zeit der Verpflegung des Verunglückten in **der Heilanstalt** steht seinen im §. 4 bezeichneten Angehörigen die daselbst angegebene Rente insoweit zu, als ihnen dieselbe im Falle des Todes des Verletzten zu gewähren sein würde.

Ist begründete Annahme vorhanden, daß der Empfänger einer Unfallrente bei Durchführung eines Heilverfahrens eine Erhöhung seiner Erwerbsfähigkeit erlangen werde, so kann zu diesem Zwecke jederzeit ein neues Heilverfahren eingeleitet werden. Dabei finden die Bestimmungen der Abs. 1, 2 Anwendung.

Hat der Verletzte sich den gemäß Abs. 1, 3 oder §. 3 Abs. 1 getroffenen Anordnungen ohne gesetzlichen oder sonst triftigen Grund entzogen, so kann **ihm** die Entschädigung auf Zeit ganz oder theilweise versagt werden, sofern **er** auf diese Folge hingewiesen worden ist und nachgewiesen wird, daß durch sein Verhalten die Erwerbsfähigkeit ungünstig beeinflußt **wird.**

§. 6.

Unverändert.

Entschädigungsverpflichtete.

§. 7.

Die Entschädigung erfolgt durch den Bundesstaat, in dessen Gebiet die Anstalt liegt, in welcher der Unfall eingetreten ist, oder in dessen Gebiet die zwangsweise Beschäftigung stattgefunden hat.

Die Verpflichtung des Bundesstaats kann durch Landesgesetz auf andere Stellen übertragen werden. **Die Bundesstaaten sind auch befugt, Gemeinden oder andere öffentlichrechtliche Verbände, die Gefangenenanstalten unterhalten, zu Beiträgen heranzuziehen.**

Mehrere Bundesstaaten können sich für ihre Gebiete oder Theile derselben behufs gemeinsamer Tragung der Lasten mit einander verbinden. Die Vereinbarung muß sich auf die Verwaltung, die Beaufsichtigung und das Ver-

Vorlage.

Verfahren, sowie auf die Vertheilung der Lasten und Kosten erstrecken.

Unternehmer, welche auf Grund eines Vertrags mit der Anstaltsleitung Gefangene (§. 1) beschäftigen, können zu Beiträgen an diejenige Kasse, welche die Entschädigung zu gewähren hat, oder wenn sich der Unfall aus Anlaß einer für ihre Rechnung stattfindenden Beschäftigung zugetragen hat, zum Ersatze der der Kasse gemäß §§. 2 bis 5 erwachsenden Ausgaben herangezogen werden. Die Höhe der Beiträge sowie der Umfang und die Voraussetzungen der Ersatzpflicht sind durch den mit dem Unternehmer abzuschließenden Vertrag zu regeln. Die betreffenden Bestimmungen sind der Ausführungsbehörde auf Verlangen mitzutheilen.

§. 8.

Behufs Ausführung dieses Gesetzes hat der Entschädigungsverpflichtete (§. 7) Ausführungsbehörden einzusetzen. Die Ausführungsbehörden sind, soweit nicht durch Landesgesetz oder durch Vereinbarung (§. 7) andere Bestimmungen getroffen werden, von der Landes-Zentralbehörde zu bezeichnen.

Die auf Grund der §§. 7, 8 getroffenen Einrichtungen sind dem Bundesrathe mitzutheilen und durch den Reichsanzeiger zu veröffentlichen.

Untersuchung.

§. 9.

Jeder Unfall, durch welchen eine unter dieses Gesetz fallende Person getödtet ist oder eine Körperverletzung erlitten hat, die voraussichtlich den Tod oder eine über den Zeitpunkt der Entlassung hinauswirkende Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben wird, ist durch den Vorstand der Anstalt, in welcher der Verunglückte zur Zeit des Unfalls untergebracht ist, alsbald einer Untersuchung zu unterziehen, durch welche festzustellen sind:

1. die Veranlassung und Art des Unfalls;
2. die getödteten oder verletzten Personen;
3. die Art der vorgekommenen Verletzungen;
4. die nach §. 4 entschädigungsberechtigen Hinterbliebenen;
5. die Höhe der Renten, welche der Verletzte etwa auf Grund der Unfallversicherungsgesetze oder des Invalidenversicherungsgesetzes bezieht.

Nach Abschluß der Untersuchung sind die Verhandlungen der Ausführungsbehörde einzusenden.

Verfahren.

§. 10.

Die Entschädigung ist von Amtswegen, im Falle der Tödtung sofort, im Falle der Verletzung unmittelbar vor der Entlassung des Verletzten aus der Anstalt festzustellen. Eine Rente ist im Falle der Verletzung nur dann zu gewähren, wenn bei der Entlassung die Beschränkung der Erwerbsfähigkeit fortbesteht.

Entschädigungen auf Grund dieses Gesetzes sind, soweit deren Feststellung nicht von Amtswegen erfolgt, bei Vermeidung des Ausschlusses, wenn es sich um die Folgen einer Körperverletzung handelt, vor der Entlassung, und wenn der Unfall den Tod herbeigeführt hat, vor Ablauf von zwei Jahren nach dem Eintritte des Unfalls bei dem Vorstande der Anstalt, in welcher der Verunglückte zur Zeit des Unfalls untergebracht war, zu beantragen.

Nach Ablauf der Frist ist der Anmeldung nur dann Folge zu geben, wenn zugleich glaubhaft bescheinigt wird,

Beschlüsse der Kommission.

fahren, sowie auf die Vertheilung der Lasten und Kosten erstrecken.

Unternehmer, welche auf Grund eines Vertrags mit der Anstaltsleitung Gefangene (§. 1) beschäftigen, können zu Beiträgen an diejenige Kasse, welche die Entschädigung zu gewähren hat, oder wenn sich der Unfall aus Anlaß einer für ihre Rechnung **in oder außerhalb der Anstalt** stattfindenden Beschäftigung zugetragen hat, zum Ersatze der der Kasse gemäß §§. 2 bis 5 erwachsenden Ausgaben herangezogen werden. Die Höhe der Beiträge sowie der Umfang und die Voraussetzungen der Ersatzpflicht sind durch den mit dem Unternehmer abzuschließenden Vertrag zu regeln. Die betreffenden Bestimmungen sind der Ausführungsbehörde auf Verlangen mitzutheilen.

§. 8.

Unverändert.

Untersuchung.

§. 9.

Unverändert.

Verfahren.

§. 10.

Unverändert.

Vorlage.	Beschlüsse der Kommission.
daß eine die Entschädigung begründende Folge des Unfalls erst später bemerkbar geworden oder daß der Berechtigte von der Stellung des Antrags durch außerhalb seines Willens liegende Verhältnisse abgehalten worden ist, und wenn die Anmeldung innerhalb dreier Monate, nachdem eine Unfallfolge bemerkbar geworden oder das Hinderniß für die Anmeldung weggefallen, erfolgt ist.	
§. 11.	§. 11.
Die Festsetzung der Entschädigungen erfolgt durch die Ausführungsbehörde.	Unverändert.
Ueber die Festsetzung der Rente ist dem Verletzten oder dessen Hinterbliebenen und soweit in den Fällen des §. 7 Abs. 3 zu den Lasten des einzelnen Unfalls der Unternehmer beizutragen hat, auch diesem ein schriftlicher Bescheid, aus welchem die Art der Berechnung ersichtlich sein muß, zuzustellen.	
Die Zustellung kann durch die Post mittelst eingeschriebenen Briefes erfolgen. Posteinlieferungsscheine begründen nach Ablauf von zwei Jahren seit ihrer Ausstellung die Vermuthung für die in der ordnungsmäßigen Frist nach der Einlieferung erfolgte Zustellung.	
Innerhalb eines Monats nach der Zustellung des Bescheids steht dem Verletzten oder seinen Hinterbliebenen sowie dem Unternehmer die Beschwerde zu. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.	
Die Landes-Zentralbehörde bezeichnet die für die Entscheidung über Beschwerden zuständige Stelle. Diese muß in dem Bescheid angegeben werden. Die Entscheidung kann mit Genehmigung des Reichskanzlers dem Reichs-Versicherungsamt übertragen werden.	
Die zur Entscheidung berufene Stelle entscheidet endgültig.	
§. 12.	§. 12.
Zu dem Zeitpunkte, mit welchem der Bezug der Rente beginnt (§§. 3, 4), ist dem Berechtigten von der Ausführungsbehörde die mit der Zahlung beauftragte Postanstalt (§. 16) zu bezeichnen und der unteren Verwaltungsbehörde des Wohnorts über die dem Berechtigten zustehenden Bezüge Nachricht zu geben. Das Gleiche gilt beim Eintritte von Veränderungen.	Unverändert.
Veränderung der Verhältnisse.	Veränderung der Verhältnisse.
§. 13.	§. 13
Tritt in den Verhältnissen, welche für die Feststellung der Entschädigung maßgebend gewesen sind, eine wesentliche Veränderung ein, so kann eine anderweitige Feststellung auf Antrag oder von Amtswegen erfolgen.	Unverändert.
Vor einer Herabsetzung oder Aufhebung der Rente ist dem Rentenempfänger unter Mittheilung der Unterlagen, auf Grund deren die Herabsetzung oder Aufhebung erfolgen soll, Gelegenheit zur Aeußerung zu geben.	
Eine Erhöhung der Rente tritt nur für die Zeit nach Einreichung des Antrags ein. Eine Minderung, Einstellung (§. 15) oder Aufhebung der Rente tritt mit Ablauf des Monats in Wirksamkeit, in welchem der die Veränderung aussprechende Bescheid zugestellt worden ist.	
Ist der Verletzte, für welchen eine Entschädigung auf Grund des §. 3 festgestellt war, in Folge der Verletzung gestorben, so muß der Antrag auf Gewährung einer Entschädigung für die Hinterbliebenen, falls deren Feststellung nicht von Amtswegen erfolgt ist, bei Vermeidung des Ausschlusses vor Ablauf von zwei Jahren nach dem Tode des Verletzten bei dem zuständigen Anstaltsvorstand angemeldet werden. Nach Ablauf dieser Frist ist der Anmeldung nur dann Folge zu geben, wenn zugleich glaubhaft bescheinigt	

Vorlage.

wird, daß der Entschädigungsberechtigte von der Stellung des Antrags durch außerhalb seines Willens liegende Verhältnisse abgehalten worden ist, und die Anmeldung innerhalb dreier Monate, nachdem das Hinderniß weggefallen, erfolgt ist.

§. 14.

Die nach diesem Gesetze festgestellten Renten werden auf volle fünf Pfennig für den Monat nach oben abgerundet und sind in monatlichen Beträgen im Voraus zu zahlen.

Ruhen der Rente.

§. 15.

Der Bezug der Rente ruht:

1. solange der Berechtigte eine die Dauer von einem Monat übersteigende Freiheitsstrafe verbüßt, oder solange er in einem Arbeitshaus oder in einer Besserungsanstalt untergebracht ist;
2. solange der Berechtigte nicht im Inlande seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Durch Beschluß des Bundesraths kann diese Bestimmung für bestimmte Grenzgebiete oder für solche auswärtigen Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch einen Betriebsunfall verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden;
3. solange der Berechtigte als Landstreicher umherzieht.

Hat in den Fällen der Ziffer *1* der Berechtigte im Inlande wohnende Angehörige, welchen im Falle seines Todes eine Rente zu gewähren sein würde, so kann ihnen bis zu deren Betrage die Rente des Verletzten überwiesen werden.

Kapitalabfindung.

§. 16.

Ist bei theilweiser Erwerbsunfähigkeit eine Rente von zwanzig oder weniger Prozenten der Vollrente festgestellt, so kann die Ausführungsbehörde den Entschädigungsberechtigten auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung abfinden. Gegen den Bescheid, durch welchen die Kapitalabfindung festgesetzt wird, ist die Beschwerde (§. 11) zulässig.

Das Rechtsmittel hat in diesem Falle aufschiebende Wirkung. Bis zur endgültigen Entscheidung kann der Antrag zurückgezogen werden.

Uebertragung der Renten.

§. 17.

Die Uebertragung der Renten auf Dritte sowie deren Verpfändung oder Pfändung hat nur insoweit rechtliche Wirkung, als sie erfolgt:

1. zur Deckung eines Vorschusses, welcher dem Berechtigten auf seine Bezüge vor Anweisung der Rente von dem Betriebsunternehmer oder von dem Vorstande der Anstalt, in welcher der Verunglückte zur Zeit des Unfalls untergebracht ist,

Beschlüsse der Kommission.

§. 14.

Die nach diesem Gesetze festgestellten Renten **sind** in monatlichen, **und wenn sich der Jahresbetrag auf sechzig Mark oder weniger beläuft, in vierteljährlichen Beträgen** im Voraus zu zahlen, **letzteres insoweit, als nicht im Voraus anzunehmen ist, daß die Rente vor Ablauf des Vierteljahrs fortfällt.** Die Renten werden auf volle fünf Pfennig für den Monat **beziehungsweise das Vierteljahr** nach oben abgerundet.

Ruhen der Rente.

§. 15.

Der Bezug der Rente ruht:

1. solange der Berechtigte eine die Dauer von einem Monat übersteigende Freiheitsstrafe verbüßt oder solange er in einem Arbeitshaus oder einer Besserungsanstalt untergebracht ist. Hat der Berechtigte im Inlande wohnende Angehörige, welche im Falle seines Todes **Anspruch auf** Rente **haben würden,** so **ist diesen** die Rente **bis zur Höhe jenes Anspruchs zu** überweisen;
2. solange der Berechtigte nicht im Inlande seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Diese Bestimmung kann durch Beschluß des Bundesraths für bestimmte Grenzgebiete oder für solche auswärtige Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch einen Betriebsunfall verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden;
3. solange der Berechtigte als Landstreicher umherzieht.

Kapitalabfindung.

§. 16.

Unverändert.

Uebertragung der Renten.

§. 17.

Unverändert.

Vorlage.

oder von einem Organe der Ausführungsbehörde gegeben worden ist;

2. zur Deckung der im §. 850 Abs. 4 der Civilprozeßordnung bezeichneten Forderungen;
3. zur Deckung von Forderungen der ersatzberechtigten Armenverbände.

Auszahlungen durch die Post.

§. 18.

Die Auszahlung der auf Grund dieses Gesetzes zu leistenden Entschädigungen wird auf Anweisung der Ausführungsbehörde vorschußweise durch die Postverwaltung, und zwar in der Regel durch dasjenige Postamt bewirkt, in dessen Bezirk der Empfangsberechtigte zur Zeit des Unfalls beziehungsweise der Entlassung aus dem Gewahrsame seinen Wohnsitz hatte, oder in dessen Bezirk er bei der Entlassung überwiesen wird.

Verlegt der Empfangsberechtigte seinen Wohnsitz, so hat er die Ueberweisung der Auszahlung der Entschädigung an das Postamt seines neuen Wohnorts bei der Behörde, von welcher die Zahlungsanweisung erlassen worden ist, zu beantragen.

Nach Ablauf eines Jahres von dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ab sind die Zentral-Postbehörden berechtigt, von jeder Ausführungsbehörde einen Betriebsfonds einzuziehen. Derselbe ist nach Wahl der Ausführungsbehörde in vierteljährlichen oder monatlichen Theilzahlungen an die von der Zentral-Postbehörde zu bezeichnenden Kassen abzuführen und darf die für die Ausführungsbehörde im abgelaufenen Rechnungsjahre voraussichtlich auszuzahlenden Beträge nicht übersteigen.

Liquidation der Post und Abführung der Beträge an die Postkasse.

§. 19.

Binnen acht Wochen nach Ablauf jedes Rechnungsjahrs haben die Zentral-Postbehörden den einzelnen Ausführungsbehörden Nachweisungen der auf Anweisung derselben geleisteten Zahlungen zuzustellen und gleichzeitig die Postkassen zu bezeichnen, an welche die zu erstattenden Beträge einzuzahlen sind.

Die Ausführungsbehörden haben die von den Zentral-Postbehörden liquidirten Beträge innerhalb drei Monaten nach Empfang der Liquidationen an die ihnen bezeichneten Postkassen abzuführen.

§. 20.

Die Verpflichtung von Kranken-, Sterbe-, Invaliden- und anderen Unterstützungskassen, ihren von Unfällen betroffenen Mitgliedern, sowie deren Angehörigen und Hinterbliebenen Unterstützungen zu gewähren, sowie die Verpflichtung von Gemeinden und Armenverbänden zur Unterstützung hülfsbedürftiger Personen wird durch dieses Gesetz nicht berührt.

Wenn auf Grund solcher Verpflichtung Unterstützungen für einen Zeitraum geleistet werden, für welchen den Unterstützten nach Maßgabe dieses Gesetzes eine Entschädigung gewährt ist oder noch zu gewähren ist, so ist hierfür den verpflichteten Kassen, Gemeinden oder Armenverbänden durch Ueberweisung von Rentenbeträgen Ersatz zu leisten

In Fällen dieser Art gilt für die unter das Krankenversicherungsgesetz fallenden Kassen als Ersatz der im §. 6 Abs. 1 Ziffer 1 des Krankenversicherungsgesetzes bezeichneten Leistungen die Hälfte des gesetzlichen Mindestbetrags des

Beschlüsse der Kommission

Auszahlung durch die Post.

§. 18.

Die Auszahlung der auf Grund dieses Gesetzes zu leistenden Entschädigungen wird auf Anweisung der Ausführungsbehörde vorschußweise durch die Postverwaltung, und zwar in der Regel durch **diejenige** Post**anstalt** bewirkt, in **deren** Bezirk der Empfangsberechtigte zur Zeit des Unfalls beziehungweise der Entlassung aus dem Gewahrsame seinen Wohnsitz hatte, oder in **deren** Bezirk er bei der Entlassung überwiesen wird.

Verlegt der Empfangsberechtigte seinen Wohnsitz, so hat er die Ueberweisung der Auszahlung der Entschädigung an **die** Post**anstalt** seines neuen Wohnorts bei der Behörde, von welcher die Zahlungsweisung erlassen worden ist, **oder bei der Postanstalt des bisherigen Wohnsitzes** zu beantragen.

Liquidation der Post und Abführung der Beträge an die Postkasse.

§. 19.

Unverändert.

§. 20.

Unverändert.

Vorlage.

Krankengeldes dieser Kassen, sofern nicht höhere Aufwendungen nachgewiesen werden.

Ist die von Kassen, Gemeinden oder Armenverbänden geleistete Unterstützung eine vorübergehende, so können als Ersatz höchstens drei Monatsbeträge der Rente, und zwar mit nicht mehr als der Hälfte in Anspruch genommen werden. Ist die Unterstützung eine fortlaufende, so kann als Ersatz, wenn die Unterstützung in der Gewährung des Unterhalts in einer Anstalt besteht, für dessen Dauer und in dem zur Ersatzleistung erforderlichen Betrage die fortlaufende Ueberweisung der vollen Rente, im Uebrigen die fortlaufende Ueberweisung von höchstens der halben Rente beansprucht werden.

§. 21.

Der Antrag auf Ueberweisung von Rentenbeträgen (§. 20 Abs. 2 bis 4) ist bei der Ausführungsbehörde anzumelden; soweit es sich um den Ersatz für eine vorübergehende Unterstützung handelt, ist der Anspruch bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens binnen 3 Monaten seit Beendigung der Unterstützung geltend zu machen.

Streitigkeiten, welche aus den Bestimmungen des §. 20 Abs. 2 bis 4 zwischen den Betheiligten über den Anspruch auf Ueberweisung von Rentenbeträgen entstehen, werden im Verwaltungsstreitverfahren und, wo ein solches nicht besteht, durch die dem Ersatzberechtigten vorgesetzte Aufsichtsbehörde entschieden. Die Entscheidung der letzteren kann innerhalb eines Monats nach der Zustellung im Wege des Rekurses nach Maßgabe der §§. 20, 21 der Gewerbeordnung angefochten werden.

§. 22.

Die Bestimmungen der §§. 20, 21 gelten auch für Betriebsunternehmer und Kassen, welche die den Gemeinden oder Armenverbänden obliegende Verpflichtung zur Unterstützung Hülfsbedürftiger auf Grund gesetzlicher Vorschrift erfüllen.

Haftpflicht.

§. 23.

Die nach Maßgabe dieses Gesetzes entschädigungsberechtigten Personen und deren Hinterbliebene können, auch wenn sie eine Entschädigung nicht erhalten, einen Anspruch auf Ersatz des in Folge eines Unfalls erlittenen Schadens gegen die Anstalt nicht geltend machen, gegen die Beamten der Anstalt, den Unternehmer (§. 7 Abs. 3), dessen Vertreter und Beauftragte nur dann, wenn gegen diese Personen durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich herbeigeführt haben.

In diesem Falle beschränkt sich der Anspruch auf den Betrag, um welchen die den Berechtigten nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften gebührende Entschädigung diejenige übersteigt, welche ihnen nach diesem Gesetze zu gewähren ist.

Für das über einen solchen Anspruch erkennende ordentliche Gericht ist die Entscheidung bindend, welche in dem durch dieses Gesetz geordneten Verfahren über die Frage ergeht, ob ein Unfall vorliegt, für welchen nach diesem Gesetz Entschädigung zu leisten ist, und in welchem Umfange sie zu gewähren ist.

§. 24.

Diejenigen Unternehmer sowie deren Vertreter und Beauftragte, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder

Beschlüsse der Kommission.

§. 21.

Unverändert.

§. 22.

Unverändert.

Haftpflicht.

§. 23.

Die nach Maßgabe dieses Gesetzes entschädigungsberechtigten Personen und deren Hinterbliebene können, auch wenn sie eine Entschädigung nicht erhalten, einen Anspruch auf Ersatz des in Folge eines Unfalls erlittenen Schadens gegen die Anstalt nicht geltend machen, gegen die Beamten der Anstalt, den Unternehmer (§. 7 Abs. 4), dessen Vertreter und Beauftragte nur dann, wenn gegen diese Personen durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich herbeigeführt haben.

In diesem Falle beschränkt sich der Anspruch auf den Betrag, um welchen die den Berechtigten nach anderen gesetzlichen Vorschriften gebührende Entschädigung diejenige übersteigt, welche ihnen nach diesem Gesetze zu gewähren ist.

Für das über einen solchen Anspruch erkennende ordentliche Gericht ist die Entscheidung bindend, welche in dem durch dieses Gesetz geordneten Verfahren über die Frage ergeht, ob ein Unfall vorliegt, für welchen nach diesem Gesetz Entschädigung zu leisten ist, und in welchem Umfange sie zu gewähren ist.

§. 24.

Diejenigen Unternehmer sowie deren Vertreter und Beauftragte, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder

Vorlage.

durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Aufwendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Krankenversicherungsgesetzes von den Entschädigungsverpflichteten oder von Krankenkassen gemacht worden sind.

In gleicher Weise haftet als Unternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

Der Anspruch verjährt in achtzehn Monaten von dem Tage, an welchem das strafrechtliche Urtheil rechtskräftig geworden ist.

Die Bestimmung des §. 23 Abs. 3 findet Anwendung.

§. 25.

Die in den §§. 23, 24 bezeichneten Ansprüche können, auch ohne daß die daselbst vorgesehene Feststellung durch strafgerichtliches Urtheil stattgefunden hat, geltend gemacht werden, falls diese Feststellung wegen des Todes oder der Abwesenheit des Betreffenden oder aus einem anderen in der Person desselben liegenden Grunde nicht erfolgen kann.

§. 26.

Die Haftung dritter, in den §§. 23, 24 nicht bezeichneter Personen, welche den Unfall vorsätzlich herbeigeführt oder durch Verschulden verursacht haben, bestimmt sich nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften. Insoweit den nach Maßgabe dieses Gesetzes entschädigungsberechtigten Personen ein gesetzlicher Anspruch auf Ersatz des ihnen durch den Unfall entstandenen Schadens gegen Dritte zusteht, geht derselbe auf den nach diesem Gesetz Entschädigungsverpflichteten bis zum Betrage der von diesem zu gewährenden Entschädigung über.

§. 27.

Der Zeitpunkt, mit welchem die Bestimmungen dieses Gesetzes in Kraft treten, wird mit Zustimmung des Bundesraths durch Kaiserliche Verordnung bestimmt.

Urkundlich 2c.

Gegeben 2c.

Beschlüsse der Kommission.

durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Aufwendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Krankenversicherungsgesetzes von den Entschädigungsverpflichteten, **von Gemeinden, Armenverbänden** oder von Kranken- **und anderen Unterstützungs**kassen *(§. 20 Abs. 1)* gemacht worden sind.

In gleicher Weise haftet als Unternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

Der Anspruch verjährt in achtzehn Monaten von dem Tage, an welchem das strafrechtliche Urtheil rechtskräftig geworden ist.

Die Bestimmung des §. 23 Abs. 3 findet Anwendung.

§. 25.

Unverändert.

§. 26.

Die Haftung dritter, in den §§. 23, 24 nicht bezeichneter Personen bestimmt sich nach den **sonstigen** gesetzlichen Vorschriften. Insoweit den nach Maßgabe dieses Gesetzes entschädigungsberechtigten Personen ein gesetzlicher Anspruch auf Ersatz des ihnen durch den Unfall entstandenen Schadens gegen Dritte **erwachsen ist,** geht **dieser Anspruch** auf den nach diesem Gesetz Entschädigungsverpflichteten **im Umfange seiner durch dieses Gesetz begründeten Entschädigungspflicht** über.

§. 27.

Unverändert.

Nr. 793.

Abänderungs-Antrag

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, Zu Nr. 703 d der Drucksachen —.

See-Unfallversicherungsgesetz.

Nr. 793. Hofmann (Dillenburg). Der Reichstag wolle beschließen:

in dem Antrag der Herren Abgeordneten v. Bloedau, Fischbeck, Hofmann (Dillenburg), Frhr. v. Richthofen-Damsdorf zu **§. 67** unter Nr. 783 der Drucksachen

1. anstatt „einer Woche" zu setzen: „zwei Wochen".
2. dem Antrag folgenden Satz hinzuzufügen:

   „Bei Mittheilung der Unterlagen ist der Entschädigungsberechtigte auf dieses Recht und die einzuhaltende Frist hinzuweisen."

Berlin, den 15. Mai 1900.

Nr. 794.

Berichterstatter:
Abgeordneter Auer.

Bericht

der

Wahlprüfungs-Kommission

über

die Wahl des Abgeordneten Placke im siebenten Wahlkreise des Regierungsbezirks Magdeburg (Kreise Aschersleben, Kalbe).

Nach Ermittelung des Ergebnisses der Ersatzwahl zum Reichstag am 26. Februar 1900 im siebenten Wahlkreise des Regierungsbezirks Magdeburg sind von 43 071 überhaupt eingeschriebenen Wählern 37 494 Stimmen abgegeben worden. Davon wurden 334 Stimmen für ungültig erklärt, so daß 37 160 gültige Stimmen verblieben. Von diesen fielen auf:

Kaufmann Georg Placke, Aken	19 224	Stimmen,
Stadtverordneter, Schriftsteller Albert Schmidt, Magdeburg (z. Z. in Gommern) . . .	17 929	"
Zersplittert	7	"
zusammen	37 160	Stimmen.

Der Abgeordnete Placke hat also 643 Stimmen über die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten. Derselbe hat den Nachweis der Wählbarkeit erbracht, sich zur Annahme der Wahl bereit erklärt und ist vom Wahlkommissar als gewählter Abgeordneter proklamirt worden.

Die Nachprüfung der Wahlakten hat eine Reihe von Verstößen gegen die Vorschriften des Wahlreglements ergeben; doch sind dieselben nicht derart, daß durch dieselben das Resultat des Wahlergebnisses beeinträchtigt wird.

Bei der Prüfung der für ungültig erklärten Stimmzettel ergab sich, daß eine größere Anzahl derselben zu unrecht für ungültig erklärt worden sind. Es sind dies besonders Stimmzettel, auf denen der gedruckte Name des einen Kandidaten ausgestrichen und der Name des Gegenkandidaten darauf geschrieben oder mittels Stempels aufgetragen ist. Vier Zettel waren für ungültig erklärt, weil der gedruckte Name gestrichen und Namen aufgeschrieben waren, die sich als Wähler in den betreffenden Bezirken in den Listen eingetragen finden. Die Kommission erachtete auch diese Zettel für gültig und zählte sie den zersplitterten Stimmen zu.

Dagegen sind im IV. Wahlbezirk Aschersleben zwei Zettel, auf denen der Name Placke ersichtlich mit Bleistift durchstrichen ist, die aber der Wahlvorstand für gültig erklärt hatte, „weil der Name noch zu lesen war," von der Kommission für ungültig erklärt worden. In einigen Bezirken, wo sich mehr Zettel in der Wahlurne als Vermerke in den Listen fanden, oder wo zwei ineinander gefaltete, auf denselben Namen lautende Zettel gefunden worden waren, wurde dem gewählten Abgeordneten und der Gesammtzahl die entsprechende Zahl von Stimmen abgezogen oder die zu Unrecht kassirten Stimmen zugezählt. Es waren darnach dem unterlegenen Kandidaten Schmidt 94 und dem gewählten Abgeordneten 2 Stimmen zuzuzählen, während die zersplitterten Stimmen sich auf 11 erhöhten.

Das Schlußresultat ergiebt also folgende Ziffern:

Placke .	19 224	+ 2	=	19 226	Stimmen,
Schmidt .	17 929	+ 94	=	18 023	"
Zersplittert .	7	+ 4	=	11	"
zusammen . . .				37 260	Stimmen.

Es verbleibt also für den erwählten Abgeordneten noch immer eine Mehrheit von 595 Stimmen über die absolute Mehrheit.

Gegen die Wahl ist unterm 10. März 1900 ein von Staßfurt, 8. März 1900, datirter und von einer Anzahl Wähler aus dem Kreise unterzeichneter Wahlprotest eingegangen, dem unterm 22. April 1900 ein ebenfalls von Staßfurt datirter und von den gleichen Wählern unterzeichneter Nachtrag zum Wahlprotest folgte.

Protest.

Protest

gegen die Wahl des Reichstagsabgeordneten Kaufmann Georg Placke in Aken.

Staßfurt, den 8. März 1900.

Dem Hohen Reichstag

überreichen die Unterzeichneten dieses Schriftstück als Protest gegen die am 26. Februar 1900 stattgefundene Wahl des Kaufmanns Georg Placke in Aken als Reichstagsabgeordneter.

Beschlüsse der Kommission.

Protest.

Indem wir uns die Beibringung weiteren Protestmaterials vorbehalten, begründen wir den Protest wie folgt:

1. In Aschersleben ist bei Einsichtnahme der Wählerliste der Name des Arbeiters Christian Hecht, Baumgartenstraße Nr. 13, darin verzeichnet gewesen. Bei der Wahl war der Name wegen Empfangens von Armengeld gestrichen und Hecht konnte sein Wahlrecht nicht ausüben. Hecht hat keine Armenunterstützung erhalten.
   Beweis: Zeugniß des p. Hecht, des Cigarrenhändlers Robert Greiner und des Wahlvorstehers Stadtrath Mayländer, sämmtlich in Aschersleben.
2. Das Gleiche hat sich mit dem Arbeiter Adolf Ficke, Ritterstraße Nr. 2, 39 Jahre alt, zugetragen.
   Beweis: Zeugniß des p. Ficke und des oben benannten Greiner.
3. Der Schlosser Wilhelm Heinecke, 40 Jahr alt, Markt 25b wohnhaft, war bei Einsichtnahme der Wählerliste in derselben verzeichnet, jedoch in der Liste des Wahlvorstehers nicht eingetragen. Heinecke durfte somit sein Wahlrecht nicht ausüben.
   Beweis: Zeugniß des Greiner, des Friseur Böning, des Heinecke und des Wahlvorstehers Kommerzienrath Ramdohr, sämmtlich in Aschersleben.
4. Dasselbe hat sich mit dem Schriftsetzer Hugo Eisenreich, 44 Jahr alt, Hinterbreite Nr. 25 wohnhaft, zugetragen.
   Beweis: Greiner und Eisenreich, sowie Wahlvorsteher Stadtrath Kuntze.
5. In Königsaue war der Arbeiter Robert Behnke in der Wählerliste eingetragen, die am 14. Februar geschlossen wurde. Am 15. Februar verzog und meldete sich Behnke ab nach Cochstedt, in demselben Wahlkreise. Da dort ebenfalls die Wählerliste geschlossen war, und seine Aufnahme nicht mehr stattfinden konnte, versuchte Behnke sein Wahlrecht in Königsaue auszuüben, wie ihm zweifelsohne zustand. Dort war jedoch sein Name in der Wählerliste nunmehr gestrichen, weil er verzogen wäre und er durfte nicht wählen. Hierbei ist also nicht allein Behnke um sein Wahlrecht gekommen, sondern in der Liste von Königsaue sind nach ihrem Schluß noch Aenderungen vorgenommen worden.
6. In Nachterstedt sind 50 bis 60 Stimmzettel für ungültig erklärt worden, weil auf ihnen der Name des einen Kandidaten durchstrichen und derjenige des anderen durch Stempelaufdruck hergestellt war.
   Beweis: Zeugniß des Wahlvorstehers.
7. In Schneidlingen sind von dem Gutsbesitzer Michels an seine zahlreichen, von ihm wirthschaftlich abhängigen Arbeiter Stimmzettel wie der beiliegende ausgegeben worden und die Arbeiter auch angehalten, die Zettel bei der Abstimmung abzugeben. Diese Zettel sind nicht allein nicht von weißem Papier, sondern auch mit einem Kennzeichen (Wasserzeichen) versehen.
   Beweis: Zeugniß des Michels und des Wahlvorstehers.

Beschlüsse der Kommission.

Zu 1. Die Wählerliste ergiebt, daß der Name Hecht nachträglich gestrichen ist, angeblich, weil derselbe Armenunterstützung empfangen hat. Sollte sich diese Annahme als irrig herausstellen, so wäre der Gesammtzahl und dem unterlegenen Kandidaten eine Stimme zuzuzählen.

Zu 2. Auch dieser Name ist in der Wählerliste als Empfänger von Armenunterstützung nachträglich gestrichen. Die Kommission beschloß wie zu Punkt 1.

Zu 3 und 4. Der Name des Schlossers Wilh. Heinecke ist in der Liste nicht zu finden und erachtete die Kommission deshalb diesen Protestpunkt für erledigt.

Dasselbe ist mit dem Schriftsetzer Hugo Eisenreich der Fall. Auch dieser Name findet sich in der Liste der benannten Straße nicht.

Zu 5. Der Wähler Robert Behnke befindet sich in der Wählerliste für Königsaue unter der Nr. 58 eingetragen, sein Name ist nicht gestrichen. Derselbe hat nicht gewählt.

Die Kommission nahm an, daß hier ein Irrthum der Protesterheber vorliegt, und erachtet den Punkt für erledigt.

Zu 6. Das Wahlprotokoll ergiebt die Richtigkeit der Protestbehauptung. Im Wahlbezirk Nachterstedt sind 56 Stimmzettel abgegeben worden, auf denen der Name des Kandidaten Placke deutlich gestrichen und der Name und Wohnort des Kandidaten Schmidt vermittelst eines Stempels deutlich aufgedrückt ist. Diese Zettel hat der Wahlvorstand sämmtlich für ungültig erklärt. Die Kommission ist einstimmig der Ansicht, daß die Zettel zu Unrecht kassirt und dem unterlegenen Kandidaten Schmidt zuzuzählen sind. Letzteres ist in der oben abgedruckten Schlußaufstellung des Wahlresultats bereits geschehen und damit dieser Punkt erledigt.

Zu 7. Der dem Wahlprotest beigefügte Stimmzettel ist aus starkem gelblich schimmernden Konzeptpapier hergestellt und der Name des Kandidaten Placke handschriftlich darauf angebracht. Ein Wasserzeichen ist vorhanden, doch scheint es die Fabrikmarke der betreffenden Papierfabrik zu sein.

Die im Proteste behaupteten Vorgänge wurden als nicht unbedenklich erachtet, zumal die Farbe des Papiers sich ganz wesentlich von der Farbe der ge-

Protest.

Beschlüsse der Kommission.

druckten Zettel beider Parteien unterscheidet. Auch die handschriftliche Herstellung der Zettel kann unter Umständen abhängigen Wählern gegenüber als ein Mittel zur Erzwingung der Abgabe dieser Zettel mißbraucht werden.

Der Protest behauptet auch, daß die Arbeiter von dem Gutsbesitzer Michels angehalten worden seien, diese Zettel abzugeben. Es fehlen aber alle Angaben darüber, auf welche Art und Weise dies geschehen sei. Ebenso fehlen Angaben darüber, wieviel abhängigen Arbeiterwählern solche Zettel eingehändigt worden seien.

Unter diesen Umständen kam die Kommission zu dem Ergebniß, den Protestpunkt als nicht genügend substantiirt und damit für erledigt zu erachten.

In Schneidlingen sind 405 Wähler in die Listen eingetragen. Davon haben 345 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht und zwar stimmten für

Schmidt	172
Placke	169
Ungültig	4

8. In Glöthe ist ein mit einem Vers — außer dem Namen des Kandidaten — beschriebener Stimmzettel für gültig erklärt worden.
   Beweis: Zeugniß des Wahlvorstehers Amtsvorstehers Köhne und des Ortsvorstehers Bedau, beide in Glöthe.

Zu 8. Da nicht behauptet ist, daß der Stimmzettel gegen die Vorschriften des §. 19 des Wahlreglements verstieß, ein Vers an und für sich aber kein Merkmal für die Ungültigkeit ist, so erachtete die Kommission diesen Punkt für unerheblich.

9. In Neu-Gattersleben sind vom Wahlvorsteher, Mühlenpächter Franz Conrad, die Vertreter der sozialdemokratischen Partei aus dem Wahllokal gewiesen worden.
   Beweis: Zeugniß des Herrn Conrad, des Ortsvorstehers Müller in Löbnitz, des Stadtverordneten Richter in Neustadt-Magdeburg, des Bergmanns Strebe in Leopoldshall.

Zu 9. Mangels jeder Angabe über die Gründe der behaupteten Ausweisung wurde dieser Punkt für nicht genügend substantiirt angesehen.

10. Ebendort haben sich bei Auszählung der Stimmzettel zwei Zettel mehr in der Urne befunden, als Stimmen abgegeben sind. Diese zwei Zettel sind als gültige Stimmen gezählt worden.
   Beweis: Dieselben Personen.

Zu 10. Die Protestangabe findet durch das Wahlprotokoll ihre Bestätigung und ist der Irrthum bei der Nachprüfung des Stimmergebnisses korrigirt.

11. Ebendort hat der Wirthschaftsinspektor Müller im Hausflur des Wahllokals mehreren, wirthschaftlich von ihm abhängigen Arbeitern die Stimmzettel aus der Hand genommen, bemerkend, daß sie auf den Namen Albert Schmidt lauteten, die Zettel zerrissen mit den Worten: hier werden nur königstreue Männer gewählt — und ihnen solche auf den Namen Placke gegeben.
   Beweis: Zeugniß des Barbierherrn Grube in Neu-Gattersleben, des Arbeiters Karl Hartung in Leopoldshall, Neuestraße Nr. 25, des Fräulein Emma Poppig in Staßfurt, St. Petrikirchstraße Nr. 13.

Zu 11. Der hier behauptete Vorgang, dessen Richtigkeit vorausgesetzt, verdiente ernsteste Rüge. Es ist im Protest aber nicht behauptet, daß die abhängigen Wähler nicht mehr in der Lage gewesen seien, die Zettel doch noch zu vertauschen, auch wird nicht behauptet, daß eine Kontrolle darüber, ob die von Müller aufgedrängten Stimmzettel auch abgegeben wurden, stattgefunden habe. Der Protest unterläßt auch die Zahl der von Müller abhängigen Wähler anzugeben. Der Punkt wurde deshalb als nicht genügend substantiirt erachtet.

12. In Förderstedt hat der in Staßfurt diensthabende Hilfsweichensteller Friedrich Glockmann sein Wahlrecht nicht ausüben können, weil der Bahnhofsvorsteher in Staßfurt ihn nicht hat ablösen lassen.
   Beweis: Zeugniß des Glockmann.

Zu 12. Da es sich eventuell nur um eine Stimme handelt, wurde die Protestbehauptung als unerheblich für das Wahlergebniß erachtet.

13. In Staßfurt sind eine sehr große Anzahl von Wählern entweder gar nicht, oder unrichtig in der Wählerliste aufgeführt gewesen. So ist es gekommen, daß von den 6 Wahllokalen von Staßfurt allein in demjenigen bei Gastwirth Neuße 28 Wähler nicht haben wählen können. Diese Zahl als Norm genommen, würde für Staßfurt 168 Wähler ergeben,

Zu 13. Es war Sache der Wähler, sich zur Zeit der Auslegung der Wählerlisten davon zu überzeugen, ob ihre Namen eingetragen sind. Haben sie von diesem Rechte keinen Gebrauch gemacht, so haben sie sich die Folgen selbst zuzuschreiben. Daß die Wählerlisten mit Absicht mangelhaft aufgestellt worden seien, ist im Protest nicht behauptet.

Protest.

die ihr Wahlrecht nicht haben ausüben können, gewiß eine sehr beachtenswerthe Zahl.

Es mögen nur einige der Wähler, die in dem Lokal Neuße auf diese Weise ihr Wahlrecht nicht haben ausüben können, als Zeugen benannt sein:

Karl Gräfe, Heckerstraße Nr. 4, Karl Arnold, Rosmarinstraße 6c, Karl Völger, Heckerstraße 15, Ferd. Gablenz, Windmühlenberg Nr. 1, August Machlitt, Heckerstraße Nr. 13, August Frederick, Heckerstraße Nr. 12, Richard Rothe, Schäfereiberg, David Stein, Windmühlenberg Nr. 7, Friedrich Lempke, Friedrichstraße Nr. 3, Ernst Sasse, Hohlweg, Nr. 2, Heinrich Klapproth, Weinbergstraße Nr. 17, Wilhelm Daniel an der Bode Nr. 2.

In demselben Lokal haben nach dem Protokoll des Wahlvorstands 622 Wähler gewählt, die Zählung der Stimmzettel ergab 623, bei dem Verlesen der Zettel ergab sich die Zahl 624.

Beweis: Zeugniß des Wahlvorstehers, Stadtbaumeister Walkhoff, des Handelsmanns Karl Fritsche, des Schneidermeisters Kutz, sämmtlich in Staßfurt.

14. In Staßfurt ferner hat der im Januar 1876 geborene Arbeiter Wilhelm Deising, Wachtelstraße Nr. 32 wohnhaft, gewählt.

Beweis: sein Zeugniß und die Wählerliste.

Dagegen hat der am 26. Februar 1875 geborene, Heckerstr. Nr. 7 wohnhafte Arbeiter Karl Henne nicht wählen dürfen, obschon er in der Wählerliste aufgenommen war.

15. In Athensleben, Wahlvorsteher Amtsvorsteher Dr. jur. Bennecke, ist die Eingangsthür des Wahllokals geöffnet gewesen. Die Stimmzettelvertheiler der nationalliberalen Partei, die übrigens Arbeiter des Herrn Bennecke und von ihm dorthin postirt waren, haben an den Thürpfosten gestanden, so daß der Wahlvorsteher, der auch zugleich Arbeitgeber fast aller dortigen Wähler ist, genau hat sehen können, ob ein Wähler auch von jenen nationalliberalen Stimmzettelvertheilern einen Zettel annimmt und diesen abgiebt.

Beweis: Zeugniß des Herrn Bennecke, des Kohlenmessers Adolf Schwarz, der Arbeiter Hermann Huth und Wilhelm Böhme in Athensleben und des Handelsmanns Andreas Baumgarten in Neundorf i. Anh.

16. Ebendaselbst ist am 25. Februar cr. Vormittags zwischen 8 und 9 Uhr der Verbreiter sozialdemokratischer Flugblätter, Dachdecker Otto Bergmann in Staßfurt, durch den Amtsdiener sistirt, nach dem Amtsbureau gebracht und an der weiteren Verbreitung von Flugblättern verhindert worden.

Beweis: Zeugniß des p. Bergmann und des Amtsdieners.

17. In Löderburg sind am 18. und 25. Februar d. Js. die Verbreiter sozialdemokratischer Flugblätter durch die Polizeisergeanten Schmidt und Dathe in Löderburg durch direktes Verbot des Verbreitens am Verbreiten der Blätter verhindert worden.

Beweis: Zeugniß der beiden genannten Polizeisergeanten und des Dachdeckers Otto Bergmann in Staßfurt.

Beschlüsse der Kommission.

Die zuviel gezählte Stimme ist der Gesammtzahl und dem gewählten Abgeordneten bei der Schlußaufstellung bereits abgezogen.

Zu 14. Nach Ausweis der Wählerlisten hat Deising, dessen Alter auf 25 Jahre angegeben ist, gewählt. Henne steht in der Liste unter Nr. 220 aufgeführt, doch hat derselbe nicht gewählt. Die Angaben des Protestes als richtig vorausgesetzt, wäre also der Gesammtzahl der abgegebenen Stimmen eine Stimme ab und eine zuzuzählen, so daß das Resultat gleich bliebe. Dagegen würde der gewählte Abgeordnete eine Stimme verlieren, der unterlegene Kandidat aber eine gewinnen. Am Wahlergebniß würde dadurch aber nichts geändert.

Zu 15. Hier wird Wahlkontrolle und Verletzung des Wahlgeheimnisses behauptet. Würden die Protestangaben durch Erhebungen ihre Bestätigung finden, so könnte dies die Kassirung der auf Placke gefallenen Stimmen zur Folge haben. Am Schlußergebniß der Wahl würde aber auch dadurch nichts geändert.

In Athensleben fielen bei 101 eingetragenen Wählern auf

Placke	83	Stimmen,
Schmidt . . .	11	= .

Zu 16 und 17. Die hier behauptete Sistirung der Flugblattvertheiler und die Behinderung derselben an der weiteren Vertheilung durch untergeordnete Polizeiorgane stellt sich, die Richtigkeit der Angaben vorausgesetzt, als ein unzulässiger Eingriff in die gesetzlich garantirte Agitationsfreiheit dar.

Die Kommission beschloß deshalb, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, diesen Bericht nebst den zugehörigen Akten der Königlich preußischen Regierung zur Kenntnißnahme zu überweisen.

Auf das Wahlergebniß erachtete die Kommission den Vorgang in Rücksicht auf die Stimmvertheilung in Löderburg, wo von 981 Wählern 934 ihre Stimmen abgegeben haben und zwar für

Schmidt	670,
Placke	264,

für ohne Einfluß.

Protest.

18. In Borne — Bez. Magdeburg — hat der Königliche Landrath Pape in Calbe a. S. von dem Kriegerverein verlangt, am Wahltage einen Mann zur Verbreitung von Stimmzetteln 2c. zu stellen. Da der Herr Landrath aber keine Bezahlung dafür versprochen hatte und Niemand dies Amt honoris causa übernehmen wollte, so ist der Chausseewärter Pilz, der ja Monatsgehalt bezieht und deshalb Arbeitsverdienst nicht einbüßt, mit Genehmigung des in Biere wohnhaften Chaussee-Aufsehers mit diesem unbesoldeten Ehrenamt betraut worden.

Beweis: Zeugniß des Pilz, des Landwehrvereins-Vorsitzenden Süsse und des Ortsvorstehers in Borne, sowie des Königlichen Landrath Pape in Calbe a. S.

18a. Der Herr Landrath wird auch bestätigen, daß er in ähnlicher Weise die Landwehr- und Krieger-Vereine in anderen Orten in den Dienst des Interesses einer Partei zu stellen unternommen hat und daß ihm dieses Unternehmen auch in den meisten Fällen geglückt ist.

19. In Atzendorf hat der Amtsvorsteher den Arbeiter Karl Zech, geboren am 13. Februar 1875 nicht in die Wählerliste aufgenommen, weil er — Zech — seiner Meinung nach noch nicht wahlberechtigt sei.

Die Geschwister August und Marie Bertram erhalten zusammen aus der Ortsarmenkasse einen sogenannten Miethszuschuß von jährlich 30 Mark. Trotzdem ist August Bertram zur Wahl zugelassen worden, wie er bezeugen wird.

20 und Nachtrag 1. In Schönebeck ist der sozialdemokratischen Partei das Abschreiben der Wählerliste nicht gestattet worden.

Beweis: Zeugniß des Herrn Bürgermeisters in Schönebeck a. Elbe und des Arbeiters Theodor Schmidt ebenda, Broihansgasse 6.

Nachtrag 1. Während in Schönebeck a. Elbe dem sozialdemokratischen Wahlkomitee die Ertheilung einer Abschrift oder die Erlaubniß zum Abschreiben der amtlichen Wählerliste seitens des Magistrats verweigert worden ist, ist das nationalliberale Wahlkomitee im Besitz einer solchen Abschrift der amtlichen Liste gewesen. Es liegt also entweder eine Bevorzugung der einen Partei oder ein arger Verstoß eines Beamten vor.

21. In Barby hat in der Versammlung des dortigen Kriegervereins am 18. Februar cr. die bevorstehende Reichstagswahl den zweiten Punkt der Tagesordnung gebildet. Hierbei hat das Mitglied, Schuhmachermeister Buttler in warmen Worten die Wahl des Herrn Placke empfohlen. Der Vereinsvorsitzende, Schiffseigner Marquardt hat den Vortrag des Herrn Buttler

„noch mit der bestimmten Weisung ergänzt, daß kein Kamerad des Barby'er Krieger-Vereins anders wählen darf als den Major Placke und daß derjenige, welcher anders denkt und handelt, dem Verein nicht länger angehören kann."

So sagt Herr Marquardt selbst in seinem Zeitungsbericht.

Beweis: Zeugniß des Herrn Marquardt und Buttler und des Restaurateur Hundertmark in Barby.

Beschlüsse der Kommission.

Zu 18. Ist unerheblich, da dem Chausseewärter eben so gut, wie jedem anderen Reichsangehörigen das Recht zusteht, Stimmzettel zu vertheilen.

Zu 18a. Die Angaben zu diesem Punkte sind zu unbestimmt und können deshalb Schlußfolgerungen daraus nicht gezogen werden.

Zu 19. Es befindet sich über den Vorgang, betreffend die Nichtaufnahme des Zech in die Wählerlisten, kein Vermerk bei den Akten. Glaubte Zech sich benachtheiligt, so hätte er Beschwerde erheben müssen.

Die Angaben des Protestes in Bezug auf Bertram werden durch die Wählerliste nicht bestätigt. Bertram ist in dieselben nicht aufgenommen, hat also nicht gewählt.

Zu 20 und 1 des Nachtrags. (Seite 5340.) Die Kommission hat schon wiederholt ausgesprochen und der Reichstag ist dieser Meinung beigetreten, daß den Wählern resp. den Komitees der verschiedenen Parteien Abschriften der Wählerlisten zu gestatten seien. Unter keinen Umständen aber ist es zulässig, daß der einen Partei Abschriften gewährt, der anderen aber verweigert werden. Es ergiebt sich aus dem Protest nicht, ob die zuständige Behörde in Schönebeck die eine Partei vor der anderen bevorzugt hat, die Verweigerung der Abschrift an die Protestpartei — die Richtigkeit der Protestangabe vorausgesetzt — war aber auf keinen Fall angebracht.

Weitere Schlußfolgerungen auf das Wahlergebniß zu ziehen, unterließ die Kommission schon in Rücksicht auf das Stimmverhältniß in Schönebeck, wo der unterlegene Kandidat eine erhebliche Mehrheit gegenüber dem gewählten Abgeordneten erzielte.

Zu 21. Der Reichstag hat sich schon wiederholt gegen das Hereinziehen der Kriegervereine in die Wahlagitation ausgesprochen und gegebenen Falls aus solchen Anlässen auch schon Wahlen kassirt. Auch im gegebenen Falle wurde in der Kommission das geschilderte Auftreten des Kriegervereinsvorstandes — die Richtigkeit der Protestbehauptung vorausgesetzt — als durchaus unzulässig gerügt.

Aus dem Protest ergiebt sich aber gar kein Anhalt dafür, wie groß die Zahl der Wähler ist, die dem Kriegerverein in Barby angehören, bez. auf wie viele solche Wähler der unzulässige Druck ausgeübt sein soll. Da weiter auch nicht behauptet ist, daß etwa eine Kontrolle ausgeübt wäre, um die Kriegervereins-Wähler zu bestimmen, im Sinne der Ansprache des Vorstandes zu wählen, so glaubte die Kommission auch diesem Punkte eine weitere Folge nicht geben zu können.

Protest.

22. In der Nähe von Glinde (bei Barby) befindet sich eine Ziegelei, auf welcher drei Familien wohnen, die ihre Steuern nach Glinde zahlen und deren wahlberechtigte Mitglieder bisher in Glinde gewählt haben. Bei der Wahl vom 26. Februar 1900 sind dieselben — ihrer drei — in Glinde nicht zur Wahl zugelassen, vielmehr nach Ranies verwiesen worden. Ranies jedoch gehört zu einem ganz anderen Kreise (Jerichow).

Beweis: Zeugniß der Arbeiter Hermann Schirmer, Julius Schirmer und Ganser in Ziegelei bei Glinde.

23. In Calbe a. S. hat der am 24. April 1876 geborene Handelsmann Gustav Keller gewählt.

Beweis: sein Zeugniß.

Ebendort hat der Schneidermeister Franz Anders, geborener Oesterreicher, die preußische Staatsangehörigkeit erst am 28. Februar d. Js. durch Aushändigung der betreffenden Urkunde erworben, trotzdem aber schon am 26. Februar gewählt.

Beweis: sein Zeugniß.

24. In Aken hat der am 10. Oktober 1875 geborene Maurer Hermann Troga gewählt.

Beweis: sein Zeugniß.

Ebendort ist der Name des Maurers Karl Troga bei Einsichtnahme der Wählerliste darin verzeichnet gewesen, bei der Wahlhandlung selbst sich jedoch nicht mehr darin befunden. Karl Troga hat deshalb sein Wahlrecht nicht ausüben können.

Beweis: sein Zeugniß.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee für den Wahlkreis Calbe-Aschersleben.

Georg Wizorowski Staßfurt Rosmarinstr. 6a — Robert Greiner Aschersleben Staßfurterhöhe 5.

August Trautewein Quedlinburg Restaurant Vorwärts.

Nachtrag zum Protest gegen die Wahl des Reichstagsabgeordneten Kaufmann Georg Placke in Aken.

Staßfurt, den 21. April 1900.

Dem Hohen Reichstag

zeigen die Unterzeichneten in Ergänzung des von ihnen am 8. März d. Js. eingereichten Wahlprotestes noch das Folgende an:

1. Während in Schönebeck a/Elbe dem sozialdemokratischen Wahlkomitee die Ertheilung einer Abschrift oder die Erlaubniß zum Abschreiben der amtlichen Wählerliste seitens des Magistrats verweigert worden ist, ist das nationalliberale Wahlkomitee im Besitz einer solchen Abschrift der amtlichen Liste gewesen. Es liegt also entweder eine Bevorzugung der einen Partei oder ein arger Verstoß eines Beamten vor.

2. Ebendort sind im Wahllokal „Rathhaus" bei der Auszählung der Stimmzettel in zwei Fällen zwei ineinander liegende, auf denselben Namen lautende Stimmzettel vorgefunden worden. Jedesmal ist einer der Zettel für gültig erklärt worden.

Beweis: Zeugniß des Wahlvorstehers Stadtrath Senff, des stellvertretenden Wahlvorstehers Juwelier Reinhardt und des Ernst Hoffmann, sämmtlich in Schönebeck.

Beschlüsse der Kommission.

Zu 22. Die Protestbehauptung wurde als ungenügend substantiirt erachtet.

Zu 23 und 24. Der Protest giebt weder die Straßen an, in denen die genannten Personen wohnen, noch sind die Bezirke genannt, in welchen die Betreffenden angeblich zu Unrecht zur Wahl zugelassen oder nicht zugelassen worden sind.

Nun zählt aber die Stadt Calbe 2644 Wähler, die in fünf Bezirken ihre Stimmen abgaben. Ebenso wählen in Aken 1874 Wähler in drei Bezirken. Unter diesen Tausenden von Wählern nun die im Protest Genannten herauszusuchen, lohnt sich um so weniger, als selbst eine Bestätigung der Protestangaben an dem Schlußergebniß nichts ändern würde. Die Kommission erachtete deshalb diese beiden Punkte als nicht genügend substantiirt.

Zu 1. Hat seine Erledigung gefunden durch den Beschluß der Kommission zu Punkt 20 des Protestes. (Seite 5339.)

Zu 2. Der Wahlvorstand hat in der angegebenen Weise durchaus korrekt verfahren und erledigt sich damit dieser Punkt.

Proteste.

3. In Staßfurt ist der Maurer Gustav Tangermann, Michaelisstraße Nr. 5 in der öffentlich ausgelegten Wählerliste verzeichnet gewesen. Trotzdem hat er sein Wahlrecht nicht ausüben können, weil er in der Liste des Wahlvorstehers nicht eingetragen war.
Beweis: sein Zeugniß.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee für den Wahlkreis Calbe-Aschersleben.

Georg Wizorowski, Staßfurt, Rosmarinstr. 6a. Robert Greiner, Aschersleben, Staßfurterhöhe 5. August Trautewein, Quedlinburg, Restaurant „Vorwärts".

Beschlüsse der Kommission.

Zu 3. Die Protesterheber haben auch hier unterlassen, den Wahlbezirk anzugeben. Staßfurt ist aber in sechs Wahlbezirke eingetheilt und zählt über 4000 Wähler. Die Kommission beschloß deshalb auch in diesem Falle wie zu den Punkten 23 und 24 des Protestes.

Die Kommission kam zu dem Antrage:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. die Wahl des Abgeordneten Placke im siebenten Wahlkreise des Regierungsbezirks Magdeburg (Kreise Aschersleben, Kalbe) für **gültig** zu erklären;
2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, diesen Bericht nebst den zugehörigen Akten der Königlich Preußischen Regierung zur Kenntnißnahme der zu Punkt 16 und 17 des Protestes gefaßten Beschlüsse und eventuell weiteren Veranlassung zu überweisen.

Berlin, den 15. Mai 1900.

Die Wahlprüfungs-Kommission.

Dr. **Spahn**, Vorsitzender. **Auer**, Berichterstatter. Dr. **Arendt**. **Boerner**. **Brandenburg**. **v. Brockhausen**. **v. Czarlinski**. **Dietrich**. **Ernst**. **Fischer** (Berlin). **Graßmann**. **Schwarze** (Lippstadt). **Wellstein**. Dr. **Wiemer**.

Nr. 795.

Zusammenstellung

des

Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die militärische Strafrechtspflege im Kiautschou-Gebiete

— Nr. 745 der Drucksachen —

mit den Beschlüssen des Reichstags in **zweiter** Berathung.

Vorlage.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

die militärische Strafrechtspflege im Kiautschou-Gebiet.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§. 1.

Auf die zum Kaiserlichen Gouvernement Kiautschou gehörigen Militärpersonen finden die in der Militär-Strafgerichtsordnung vom 1. Dezember 1898 für das Verhältniß „an Bord" gegebenen Vorschriften Anwendung.

§. 2.

Dieses Gesetz tritt zugleich mit der Militär-Strafgerichtsordnung vom 1. Dezember 1898 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben , den Mai 1900.

Beschlüsse des Reichstags.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

die militärische Strafrechtspflege im Kiautschou-Gebiet.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§. 1.

Auf die zum Kaiserlichen Gouvernement Kiautschou gehörigen Militärpersonen finden die in der Militär-Strafgerichtsordnung vom 1. Dezember 1898 für das Verhältniß „an Bord" gegebenen Vorschriften Anwendung.

§. 2.

Dieses Gesetz tritt zugleich mit der Militär-Strafgerichtsordnung vom 1. Dezember 1898 in Kraft ***und hat bis zum 1. Januar 1906 Gültigkeit.**

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben

* Zusatz nach dem Antrag Bassermann und Genossen — Nr. 782 der Drucksachen —.

Berlin, den 15. Mai 1900.

Nr. 796.

Berichterstatter:
Abgeordneter Dr. Endemann.

Bericht
der
XXIV. Kommission
über
den derselben zur Vorberathung überwiesenen Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten — Nr. 690 der Drucksachen —.

Durch Beschluß des Reichtags vom 25. April 1900 war der Gesetzentwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern zur Vorberathung überwiesen worden, welche denselben in zwei Lesungen berathen hat, und zwar entfielen auf die erste Lesung 5 Sitzungen in der Zeit vom 3. bis 8. Mai während die zweite Lesung in einer Sitzung am 11. Mai erledigt wurde. Zwischen der ersten und zweiten Lesung fand am 10. Mai die Sitzung einer Subkommission statt, welche den Wortlaut der in erster Lesung vorbehaltlich der noch zu verbessernden Fassung beschlossenen Aenderungen und Ergänzungen für die zweite Lesung vorbereitete. Am 12. Mai fand für die Mitglieder der Kommission im Kaiserlichen Gesundheitsamt eine Demonstration von Pestbazillen sowie ein Vortrag über die Pest und den gegenwärtigen Stand der Ausbreitung dieser Seuche statt.

An den Verhandlungen nahmen Theil:

als Mitglieder des Bundesraths:

1. Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner, Staatsminister, Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär des Innern,
2. Dr. Hopf, Direktor im Reichsamt des Innern,
3. v. Herrmann, Königlich bayerischer Ministerial-Direktor,
4. Dr. Fischer, Königlich Sächsischer Geheimer Rath, Ministerial-Direktor,
5. v. Schicker, Königlich württembergischer Präsident, Ministerial-Direktor,
6. Dr. v. Jagemann, Großherzoglich badischer Wirklicher Geheimer Rath, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister;

als Kommissare des Bundesraths:

7. Dr. Köhler, Präsident des Kaiserlichen Gesundheitsamtes,
8. Dr. Lehmann, Geheimer Legationsrath im Auswärtigen Amt,
9. Bumm, Geheimer Regierungsrath im Reichsamt des Innern,
10. Dr. Gaffky, Geheimer Medizinalrath, Universitätsprofessor in Gießen, außerordentliches Mitglied des Kaiserlichen Gesundheitsamts,
11. Dr. Wutzdorff, Regierungsrath im Kaiserlichen Gesundheitsamt,
12. Dr. Burkhardt, Regierungsrath im Kaiserlichen Gesundheitsamt,
13. Oegg, Regierungsrath im Reichs-Justizamt,
14. Wachholtz, Postrath im Reichs-Postamt,
15. Petri, Geheimer Baurath im Reichs-Eisenbahnamt,
16. Dr. Förster, Geheimer Ober-Regierungsrath, Dirigent der Medizinalabtheilung im Königlich preußischen Ministerium der 2c. Medizinalangelegenheiten,
17. Dr. Kirchner, Geheimer Medizinalrath im Königlich preußischen Ministerium der 2c. Medizinalangelegenheiten,
18. Dr. Maubach, Geheimer Ober-Regierungsrath im Königlich preußischen Ministerium des Innern,
19. Wendelstadt, Geheimer Regierungsrath im Königlich preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe,
20. Dr. Dulheuer, Regierungs-Assessor im Königlich preußischen Finanzministerium,
21. Dr. Thel, Oberstabsarzt I. Kl. im Königlich preußischen Kriegsministerium.

Von einer Generaldiskussion wurde Abstand genommen und sogleich in die Berathung des §. 1 eingetreten. Es wurde beschlossen, zwei Lesungen des Gesetzentwurfes abzuhalten.

§. 1.

Hierzu lagen vier Anträge vor:

1. hinter „Pocken (Blattern)" hinzuzufügen „Unterleibstyphus, Scharlach, Diphtherie".
2. zu streichen „Fleckfieber und Gelbfieber" und dafür: „Rotz, Milzbrand und Wuthkrankheit" einzusetzen.
3. §. 1 Abs. 1, wie folgt, zu fassen:

   „Jede Erkrankung und jeder Todesfall an
   1. Aussatz (Lepra),
   2. Cholera (asiatische),
   3. Fleckfieber (Flecktyphus),
   4. Gelbfieber,
   5. Pest,
   6. Pocken (Blattern),

   sowie jeder Fall, welcher den Verdacht einer dieser Krankheiten erweckt,
   ferner jede Erkrankung und jeder Todesfall an
   7. Diphtherie,
   8. Masern,
   9. Scharlach,
   10. Rötheln,
   11. Brechdurchfall,
   12. Ruhr,
   13. Ansteckende Augenkrankheit,
   14. Milzbrand,
   15. Rotz,
   16. Krätze,
   17. Genickstarre,
   18. Tollwuth,
   19. Kindbettfieber

   sind der für den Aufenthaltsort des Erkrankten oder den Sterbeort zuständigen Polizeibehörde unverzüglich anzuzeigen."
4. Zwischen Abs. 1 und 2 folgende Bestimmung einzuschieben:

   „Desgleichen ist jede Erkrankung und jeder Todesfall an Darmtyphus, Diphtherie, Scharlach und Kindbettfieber unverzüglich anzuzeigen."

Zur Begründung wurde vorgebracht, daß von den in die Vorlage aufgenommenen Krankheiten als Volksseuchen nur die Cholera und Pest in Betracht kämen. Die übrigen Krankheiten (Pocken, Gelbfieber 2c.) träten nur in vereinzelten Fällen auf, von Gemeingefährlichkeit könne bei ihnen kaum die Rede sein. Als viel bedrohlicher müßten erachtet werden die sonstigen epidemischen Krankheiten, die oft zu Massenerkrankungen in weitem Umfange führten, ganze Gemeinden heimsuchten, über größere Gebiete sich verbreiteten

und gewaltigen Schaden in weiten Bevölkerungskreisen anrichteten. Als eine unbedingte Fürsorgepflicht des Reiches sei es zu betrachten, hiergegen ebenso Schutz- und Abwehrmaßnahmen zu schaffen, wie gegen die in die Vorlage aufgenommenen Krankheiten. In der Begründung des Gesetzes sei selbst darauf hingewiesen, daß als gefährliche Volkskrankheiten auch Darmtyphus, Ruhr 2c. in Betracht kämen. Das Urtheil der Aerzte gehe, wie aus der Fachpresse und einer Reihe von Beschlüssen der Aerztekorporationen zu ersehen sei, dahin, daß der Kreis der in die Vorlage einbezogenen Krankheiten zu eng gegriffen sei.

Aus den Anlagen zur Begründung des Gesetzentwurfs gehe auch hervor, daß eine große Anzahl ansteckender Krankheiten in den einzelnen Bundesstaaten bereits anzeigepflichtig sei. Der Antrag 3 enthalte die in Preußen anzeigepflichtigen Krankheiten, von denen allerdings einige nur unter gewissen Voraussetzungen (bösartiges oder häufiges Auftreten) in Betracht kämen. Andere Staaten haben die Anzeigepflicht auch noch auf andere Krankheiten ausgedehnt.

Seitens der Regierungsvertreter wurde empfohlen, von der Einbeziehung weiterer Krankheiten in das Gesetz abzusehen. Die Vorlage bedeute einen ersten Schritt der Reichsgesetzgebung auf dem Gebiet der Medizinalpolizei. Es sei richtiger, allmählich vorzugehen als sogleich die Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten umfassend regeln zu wollen. Auch auf anderen Gebieten, so auf demjenigen des Civilrechts, der sozialen Versicherungsgesetzgebung sei ein schrittweises Vorgehen eingehalten worden. Im Reichstage selbst sei, als in den Sitzungen am 22. April 1893 der Seuchengesetz-Entwurf zur Berathung gestanden habe, von Rednern der verschiedensten Parteien der Wunsch geäußert worden, das Gesetz solle auf die pandemischen Krankheiten beschränkt bleiben. Zuzugeben sei, daß auch ein Theil der in den Anträgen aufgeführten Krankheiten unter Umständen bedrohlich auftreten und großen Schaden verursachen könne. Immerhin zeige die Erfahrung, daß diese Krankheiten in der Regel nur innerhalb bestimmter örtlicher Bezirke zu größerer Ausdehnung gelangten und daß es zu ihrer Unterdrückung nicht Maßnahmen bedürfe, die gleichzeitig über das ganze Reich sich erstreckten.

Die Einfügung der vorgeschlagenen Krankheiten in den Abs. 1 würde zur Folge haben, daß dann auch die Bestimmungen des Entwurfes über die Ermittelung der Krankheit und über die Bekämpfung auf diese Krankheiten ohne Weiteres Anwendung fänden. Einestheils paßten aber diese Bestimmungen gar nicht für die zur Aufnahme vorgeschlagenen weiteren Krankheiten, anderntheils würden sie Befugnisse den Polizeibehörden einräumen, wie sie gegenüber diesen Krankheiten vielleicht als zu weitgehend zu erachten wären. Nach der Fassung der Anträge 1 und 2 würden auch die Verdachtsfälle von Unterleibstyphus, Diphtheritis, Scharlach, Rotz, Milzbrand und Wuthkrankheit der Anzeigepflicht unterliegen; ob ein Bedürfniß hierfür, wenigstens bei den drei erstbenannten Krankheiten anzuerkennen sei, erscheine zweifelhaft.

Von Seiten der Antragsteller wurde eingewendet, daß es sich zunächst nur um Einführung der Anzeigepflicht handele. Inwieweit etwa auch die Bestimmungen der übrigen Abschnitte des Gesetzentwurfes auf die vorgeschlagenen weiteren Krankheiten Anwendung finden sollen, bleibe für die Prüfung der nachfolgenden Bestimmungen vorbehalten. Schon allein die Einführung der Anzeigepflicht bringe große Vortheile mit sich. Es werde dadurch die längst ersehnte Grundlage für eine zuverlässige Medizinalstatistik geschaffen, auch werde durch die beantragte Ausdehnung der Anzeigepflicht den verbündeten Regierungen nahe gelegt, nicht mit dem ersten Schritt in der Reichs-Medizinalgesetzgebung sich zu begnügen, sondern mit Vorschlägen zu Maßnahmen für die Bekämpfung der in Frage stehenden Krankheiten später nachzufolgen.

Hiergegen wurde von Seiten der Regierungsvertreter geltend gemacht, daß es wenig praktischen Werth habe, lediglich die Anzeigepflicht für bestimmte Krankheiten einzuführen. Der Medizinalstatistik zu dienen, sei das Gesetz nicht bestimmt. Wenn es solchem Zwecke dienen sollte, müßte es anders lauten. Auch empfehle es sich, nicht für zu viele Krankheiten die Anzeigepflicht einzuführen, sonst laufe man Gefahr, daß die Bevölkerung der Anzeigen überdrüssig werde und die Anzeigepflicht unbeachtet lasse.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge 1 bis 4 abgelehnt.

Eine Uebersicht über die zur Zeit in den einzelnen Bundesstaaten nach Landesrecht anzeigepflichtigen Krankheiten ist als Anlage 1 beigefügt.

§. 2.

Es lagen folgende Anträge vor:

1. in Ziffer 1 statt „der zugezogene Arzt" zu setzen „der an der Behandlung des Falles betheiligte Arzt".
2. in Ziffer 1 statt „der zugezogene Arzt" zu setzen „der an der Behandlung des Krankheitsfalles oder an der Feststellung des Todesfalles betheiligte Arzt".
3. in Ziffer 1 statt „der zugezogene Arzt" zu setzen „der behandelnde Arzt, in Ermangelung eines solchen derjenige Arzt, welcher die Art der Krankheit nachträglich festgestellt hat".
4. die Reihenfolge der anzeigepflichtigen Personen dahin abzuändern, daß Ziffer 3 als Ziffer 2 und Ziffer 2 als Ziffer 3 gesetzt wird.
5. in Abs. 2 hinter den Worten „vorhanden ist" anzufügen „oder der Haushaltungsvorstand an der Erstattung der Anzeige verhindert ist".

Die Anträge 1 bis 3 wurden damit begründet, daß der Ausdruck „zugezogener" Arzt zu Zweifeln Anlaß gebe. In manchen Gegenden werde darunter nicht der behandelnde, sondern der zur Konsultation zugezogene Arzt verstanden. Zweifelhaft sei, ob auch der nur zufällig bei einer Erkrankung Hülfe leistende Arzt nach Ziffer 1 der Vorlage anzeigepflichtig sein solle. Der Antrag unter 4 wurde damit gerechtfertigt, daß der Kurpfuscher in der Reihenfolge der anzeigepflichtigen Personen nicht vor dem Arzte begünstigt werden dürfe, indem ihm erst nach dem Haushaltungsvorstand die Anzeigepflicht auferlegt werde; der Kurpfuscher oder die sonst zur Behandlung oder zur Pflege zugezogenen Personen seien in der Regel nach ihren Erfahrungen eher als der Haushaltungsvorstand in der Lage, die Krankheit zu erkennen.

Für den Antrag 5 wurde geltend gemacht, daß es nach der vorliegenden Fassung an einer anzeigepflichtigen Person in denjenigen Fällen mangele, in welchen ein Arzt nicht zugezogen ist und der Krankheitsfall den Haushaltungsvorstand selbst, der durch Erkrankung an der Erstattung der Anzeige verhindert ist, betrifft.

Regierungsseitig wurde Folgendes bemerkt:

Für die Wahl des Ausdrucks „zugezogener" Arzt sei die Absicht bestimmend gewesen, außer dem „behandelnden" Arzte, dem in den früheren Entwürfen die Verpflichtung auferlegt war, auch den zur Konsultation oder zur Besichtigung der Leiche zugezogenen Arzt zur Anzeige zu verpflichten; der Ausdruck solle den „behandelnden" Arzt mitbegreifen. Die Frage, ob ein Arzt, der zufällig, etwa bei einem Spaziergang oder während einer Reise zu einem Eingreifen Veranlassung erhalte, als „behandelnder" Arzt zu betrachten sei, lasse sich so allgemein nicht beantworten; entscheidend seien

die Umstände des einzelnen Falles; die Frage werde in der Regel dann zu verneinen sein, wenn sich die Thätigkeit des Arztes auf einen einzelnen Akt der Hülfeleistung beschränke. Der Haushaltungsvorstand sei in der Reihenfolge der anzeigepflichtigen Personen unmittelbar hinter den Arzt gesetzt worden, weil bei den meisten Erkrankungs- und Todesfällen ein solcher vorhanden sei und daher die Benachrichtigung der Polizeibehörde am ehesten sicher gestellt werde, wenn diesem unmittelbar nach dem Arzt die Anzeigeerstattung zur Pflicht gemacht werde.

Von mehreren Seiten wurde die Einreihung des Kurpfuschers nach dem Haushaltungsvorstand aus dem Grunde gebilligt, weil eine Voranstellung die Gleichbehandlung desselben mit dem Arzte bedeuten würde.

Auf eine Anfrage über die Tragweite der Bestimmung unter Ziffer 4 wurde von einem Regierungsvertreter erklärt, daß durch diese Vorschrift die Anzeigepflicht dem thatsächlichen Inhaber der Wohnung oder Behausung auferlegt werden solle, in der ein Erkrankungs- oder Todesfall sich ereignet hat, nicht etwa dem Eigenthümer des Hauses oder dem Hauswirth als solchem.

Gegen den Antrag unter Nr. 5 wurde seitens eines Regierungskommissars geltend gemacht, es ergebe sich aus dem ganzen Zusammenhange der Vorschriften über die Anzeigepflicht, daß diejenige Person, hinsichtlich deren die Anzeige zu erstatten ist, selbst nicht zur Anzeige verpflichtet sei. Sei der unter Nr. 2 als Verpflichteter aufgeführte Haushaltungsvorstand selbst die erkrankte oder ansteckungsverdächtige Person und ein Arzt nicht zugezogen, so trete, da in diesem Falle der Haushaltungsvorstand als Verpflichteter ausscheide, die Verpflichtung für die weiteren unter Nr. 3 bis 5 genannten Personen nach der gesetzlichen Reihenfolge ein; einer besonderen Vorschrift für diesen Fall bedürfe es nicht.

Angeregt wurde, ob es überhaupt angängig sei, dem Arzte eine Anzeigepflicht aufzuerlegen, da dieser über die Krankheitsverhältnisse seiner Patienten Verschwiegenheit zu beobachten hätte. Demgegenüber wurde geltend gemacht, daß die rechtzeitige Ermittelung des Ausbruchs einer gemeingefährlichen Krankheit im dringenden öffentlichen Interesse liege und daß hinter diesem das Privatinteresse der von einem Arzte behandelten Personen zurücktreten müsse. Uebrigens handele es sich hier nur um Krankheiten, deren Anzeige keinen Makel auf die von der Krankheit befallenen Personen werfe. Ueberall, wo landesrechtlich eine Anzeigepflicht bezüglich Menschenkrankheiten bestehe, sei die Meldepflicht in erster Linie den Aerzten auferlegt. Klagen der Aerzte über eine ihnen unberechtigter Weise dadurch zugemuthete Handlung seien nicht vernommen worden. Gerade von einer den Aerzten auferlegten Anzeigepflicht sei das Beste zu erhoffen, weil die Aerzte vermöge ihrer Sachkunde am ehesten in der Lage seien, die Art der Krankheit zu erkennen.

Der Antrag 1 wurde zu Gunsten des Antrages 3 zurückgezogen. Die Anträge 2, 3 und 4 wurden abgelehnt; der Antrag 5 wurde nach der regierungsseitig gegebenen Aufklärung zurückgezogen.

§§. 3, 4

wurden ohne Erinnerung angenommen.

§. 5.

Aus der Kommission wurde die Anfrage gestellt, ob auch geschlechtliche Krankheiten von dem Bundesrath anzeigepflichtig gemacht werden können. Bejahenden Falls müßten Bedenken getragen werden, dem Bundesrath eine so weitgehende Befugniß einzuräumen. Die Anzeigepflicht für geschlechtliche Krankheiten könne das Gegentheil dessen bewirken, was mit ihr beabsichtigt sei. Noch mehr wie jetzt würden die geschlechtlich Erkrankten sich scheuen, sich von einem Arzt behandeln zu lassen und, falls die Anzeigepflicht auch auf andere behandelnde Personen ausgedehnt wird, würden sich die Erkrankten mit Geheimmitteln oder sonst wie selber zu kuriren suchen. Dadurch werde die Gefahr, daß die Geschlechtskrankheit weiter verschleppt wird, nur gesteigert. So wünschenswerth es sei, der Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten entgegentreten zu können, sei doch die Anzeigepflicht nicht als eine zum Ziele führende Maßregel zu betrachten. Von einem Kommissar des Bundesrathes wurde Folgendes erwidert:

Als Krankheiten, bezüglich deren eine Ausdehnung der Anzeigepflicht durch den Bundesrath gegebenen Falls soll beschlossen werden können, kommen, wie dies in der Begründung zu §. 5 bereits bemerkt ist, hauptsächlich Darmtyphus, Rückfallfieber, Ruhr sowie gewisse ansteckende Augenkrankheiten und Genickstarre in Betracht. Nach der vorgeschlagenen Fassung würde allerdings der Bundesrath nicht gehindert sein, auch geschlechtliche Krankheiten nachträglich unter die dem Anzeigezwange unterliegenden Krankheiten einzureihen. Bei den Verhandlungen im Bundesrathe über die Gesetzesvorlage ist indessen von keiner Seite eine solche Ausdehnung der Anzeigepflicht angeregt oder für die Zukunft vorgeschlagen worden. Nach Lage der Verhältnisse kann die Einbeziehung der geschlechtlichen Krankheiten in die Anzeigepflicht auf Grund des §. 5 Abs. 2 als ausgeschlossen betrachtet werden.

Der §. 5 fand hierauf unverändert Annahme.

§. 6.

Dieser Paragraph behandelt die ersten Vorkehrmaßregeln, welche zur Ermittlung der Krankheit nach erfolgter Anzeige getroffen werden müssen, damit mit möglichster Beschleunigung Art, Stand und Ursache der Krankheit festgestellt werden. Anträge zu diesem §. 6 waren nicht gestellt.

Auf die Anfrage, ob die Kosten der Ermittelung der Krankheit den von der Krankheit Befallenen oder deren Angehörigen zur Last gelegt werden können, wurde von einem Regierungsvertreter Folgendes erwidert:

Wenn der beamtete Arzt auf die Benachrichtigung der Polizeibehörde an Ort und Stelle sich begiebt, um den Charakter der Krankheit festzustellen, wenn er dabei den Kranken besucht und die zur Ermittelung des Wesens der Krankheit erforderlichen Untersuchungen an ihm vornimmt, wenn er zu dem gleichen Zwecke eine Leiche öffnet, so sind dies polizeiliche Amtshandlungen, deren Kosten nicht dem Kranken oder den betheiligten Angehörigen auferlegt werden können. Die einschlägigen Kosten fallen nach der Absicht des Gesetzentwurfes demjenigen zur Last, welcher im Allgemeinen die Kosten solcher polizeilicher Maßnahmen zu tragen hat.

Weiter wurde bei Abs. 2 angeregt, ob nicht eine nähere Bestimmung darüber nothwendig sei, was unter einem „räumlich abgegrenzten" Theil eines Ortes über 10 000 Einwohner zu verstehen sei. Ein Vertreter der verbündeten Regierungen verwies auf die Motive zu §. 6, in denen bereits bemerkt sei, daß im Verwaltungswege unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse allgemein und im Voraus festgesetzt werden solle, wann der Thatbestand des Seuchenausbruches in einem selbständigen, räumlich abgegrenzten Theil eines Ortes als gegeben zu betrachten sei.

§. 7.

Hierzu lag der Antrag vor, hinter „ist" in Zeile 1 hinzuzusetzen:

„soweit er es zur Feststellung der Krankheit für erforderlich und ohne Schädigung des Kranken für zulässig hält."

Es soll dadurch zum Ausdruck gebracht werden, daß der beamtete Arzt nicht in jedem Falle den Kranken zu besuchen braucht, sondern nur dann, wenn er es zur Feststellung der Krankheit für erforderlich hält. Unter Umständen soll ihm die vom behandelnden Arzte gestellte Diagnose genügen.

Ein zweiter Antrag ging dahin:

in §. 7 Zeile 5 und 6 anstatt „insoweit" bis „ist" zu setzen:

„insoweit der beamtete Arzt dies zur Feststellung der Krankheit für erforderlich hält".

Beide Anträge fanden die Zustimmung der Kommission, nachdem ein Vertreter der verbündeten Regierungen erklärt hatte, daß Bedenken nicht bestünden.

Bei der polizeilich angeordneten Oeffnung einer Leiche bei Verdacht der Cholera, Gelbfieber oder Pest soll das Wort „insoweit" dahin ausgelegt werden, daß der beamtete Arzt nach seinem Ermessen eine vollständige Sektion der Leiche vornehmen darf, daß er sich aber auch auf die Sektion einzelner Körpertheile, Oeffnung einzelner Körperhöhlen beschränken kann. Die Entscheidung darüber, ob und inwieweit eine Leichenöffnung erforderlich ist, soll ausschließlich von der Beurtheilung des beamteten Arztes abhängig sein.

§. 8

gab zu Bemerkungen keinen Anlaß.

§. 9.

Um eine unnöthige, vielleicht sehr verhängnißvolle Verzögerung der nothwendigen Schutzmaßregeln zu vermeiden, ist hier vorgesehen, daß der beamtetete Arzt zu vorläufigen Anordnungen, welche die Weiterbreitung einer gemeingefährlichen Krankheit verhüten sollen, befugt sein soll. Durch einen Antrag, welcher die Zustimmung der Kommission fand, soll dem §. 9 hinzugesetzt werden

„sie bleiben so lange in Kraft, bis von der zuständigen Behörde anderweite Verfügung getroffen wird."

Dadurch soll zum Ausdruck kommen, daß die Dauer der vorläufigen Anordnungen des beamteten Arztes nicht als eine unbeschränkte gedacht ist, daß aber anderseits diese Anordnungen auch für längere Dauer wirksam bleiben können, sofern die zuständige Behörde eine anderweite Verfügung nicht trifft.

Auf die Anfrage, ob die Kosten auch dann dem Erkrankten oder Angehörigen nicht zur Last gelegt werden, wenn der beamtete Arzt irrthümlich zu vorläufigen Vorsichtsmaßnahmen sich veranlaßt sieht, erwiderte ein Regierungsvertreter Nachstehendes:

Wenn ein beamteter Arzt versehentlich zu Amtshandlungen sich veranlaßt sieht, so ist auch diese Thätigkeit als eine amtliche Verrichtung anzusehen, für welche ausschließlich derjenige die Kosten zu tragen hat, welcher überhaupt für die durch die Amtshandlungen des beamteten Arztes entstehenden Kosten aufzukommen hat. Inwieweit gegen den beamteten Arzt Regreß genommen werden kann wegen Verursachung unnöthiger Kosten, richtet sich nach dem zwischen ihm und dem Staate bestehenden Rechtsverhältniß.

§. 10.

Die entscheidende Abstimmung wurde in der Sitzung am 3. Mai ausgesetzt, bis eine Uebersicht über die Regelung der Leichenschau in den einzelnen Bundesstaaten vorgelegt worden war. Dieselbe ist als Anlage 2 angeschlossen.

Mit Rücksicht darauf, daß die Anzeigepflicht im Einzelfall nicht ausreicht und daß Verheimlichungen von Seuchenfällen vorkommen können, bestimmt der §. 10, daß für Ortschaften und Bezirke, welche von einer gemeingefährlichen Krankheit befallen oder bedroht sind, eine Leichenschau angeordnet werden kann.

Auf den Antrag, die allgemeine obligatorische Leichenschau durch das Seuchengesetz einzuführen, erwiderte ein Regierungsvertreter Folgendes:

„Zweifellos ist die allgemeine obligatorische Leichenschau eine Einrichtung, die vom gesundheitlichen Standpunkt aus erwünscht ist. Ihre Einführung ist wiederholt im Reichstag zur Sprache gebracht worden. Auch hat die Reichsverwaltung schon wiederholt sich mit der Angelegenheit beschäftigt. Es hat sich ergeben, daß noch erhebliche Schwierigkeiten der Einführung entgegenstehen. Viele Sachverständige vertreten die Auffassung, daß nur eine ärztliche Leichenschau von praktischem Werthe ist. Auf dem platten Lande ist aber die Zahl der Aerzte gegenwärtig in vielen Theilen des Reichs noch zu gering, um in jedem Todesfalle die Besichtigung der Leiche durch einen approbirten Arzt sicherstellen zu können. Selbst wenn man aber auch Laien zur Vornahme der Leichenschau heranziehen will, würde nicht überall ausreichendes Personal hierfür zur Verfügung stehen. Die Königlich preußische Regierung hat im Jahre 1898, als die Verhandlungen wegen reichsgesetzlicher Regelung der Leichenschau wieder aufgenommen worden waren, die Durchführbarkeit der allgemeinen obligatorischen Leichenschau in Preußen verneint. Es seien weite Landstrecken vorhanden, wo geeignete Personen für einen zuverlässigen Leichenschaudienst nicht aufzufinden wären. In Ostpreußen würde beispielsweise auf dem Lande nur die Uebertragung der Leichenschau an Lehrer in Betracht kommen. Hiergegen habe die Unterrichtsverwaltung schwerwiegende Bedenken geltend zu machen.

Die Leichenschau im ganzen Reiche nebenher in dem vorliegenden Gesetzentwurfe zur Einführung zu bringen, erscheint nicht angängig. Die Angelegenheit ist so wichtig und bedarf der Regelung so vieler Einzelheiten, daß sie zum Gegenstande eines Sondergesetzes gemacht werden muß. Im §. 10 der Vorlage ist die Leichenschau als eine nur vorübergehende Einrichtung in Seuchezeiten gedacht. In diesem Falle kann, wie dies in der Vorlage vorgesehen ist, die Ausführung den Landesregierungen überlassen werden. Wenn aber die Leichenschau zu einer ständigen Einrichtung für das ganze Reich gemacht werden soll, dann muß sie von Reichs wegen in allen Einzelheiten geregelt werden. Hierzu ist ein besonderes Gesetz nöthig. Wenn der Reichstag glaubt, die Zeit zum Erlassen eines solchen Gesetzes sei jetzt gekommen, läßt sich dies vielleicht in einer Resolution zum Ausdruck bringen. Nicht rathsam aber ist es, die Frage der Einführung der obligatorischen Leichenschau mit der vorliegenden Gesetzesvorlage zu verquicken."

Ein Antrag,

im §. 10 (Zeile 2 und 3) die Worte: „sowie für deren Umgegend" zu streichen,

wurde gestellt.

Der §. 10 wurde alsdann mit Streichung der Worte „sowie für deren Umgegend" angenommen; ebenso wurde die von einem Mitglied der Kommission vorgeschlagene Resolution wegen alsbaldiger Vorlage eines Gesetzentwurfes über Leichenschau angenommen.

§. 11

wurde ohne Erinnerung angenommen.

§. 12.

Hierzu lagen zwei Anträge vor:

1. hinter dem Worte „Beobachtung" einzuschalten die Worte „in ihrer Wohnung oder Arbeitsstätte".

2. statt des Wortlautes der Vorlage folgende Fassung zu beschließen:

„Kranke und krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen können einer Beobachtung unterworfen werden. Eine Beschränkung in der Wahl des Aufenthalts oder der Arbeitsstätte ist zu diesem Zwecke nur bei Personen zulässig, welche obdachtlos oder ohne festen Wohnsitz sind oder berufs- oder gewohnheitsmäßig umherziehen."

Gegen den Antrag 1 wurde von den Vertretern des Bundesraths eingewendet, daß unter Umständen auch eine Beobachtung in Form der Auferlegung einer persönlichen Meldepflicht zu einer bestimmten Stunde und an einem bestimmten Orte zweckmäßig sein könne, um der Behörde zu ermöglichen, sich von dem Gesundheitszustande der in Betracht kommenden Person zu überzeugen. Gegebenen Falls komme auch eine Beobachtung mittelst Unterbringung der betreffenden Personen in einen polizeilich zu diesem Zwecke verfügbar gemachten Unterkunftsraum in Betracht. In Hamburg sei beispielsweise im Jahre 1892 ein Theil krankheits- und ansteckungsverdächtiger Personen auf die Dauer des Inkubationsstadiums in besonderen Unterkunftsräumen verpflegt und beobachtet worden. Je mehr die Maßnahme der Beobachtung den Polizeibehörden erschwert würde, desto mehr würden dieselben dazu gedrängt werden, gegenüber krankheits- und ansteckungsverdächtigen Personen von der für dieselben mit viel größeren Unannehmlichkeiten verbundenen Maßregel der Absonderung (§. 14) Gebrauch zu machen.

Eine Anfrage, welche dahin ging, ob auch Landleute, die lediglich auf den Markt gingen, um dort ihre Produkte abzusetzen, unter die im §. 12 benannten Personen fallen, welche berufs- und gewohnheitsgemäß umhergehen, wurde regierungsseitig verneint; dagegen sei es etwas anders, wenn solche Personen ihre Waaren von Haus zu Haus feilbieten.

Antrag 1 wurde zurückgezogen.

Gegen die im Antrag 2 vorgeschlagene Fassung wurden von den Regierungsvertretern Erinnerungen nicht erhoben; dieselbe wurde als eine lediglich redaktionelle Verbesserung angenommen.

§. 13

fand unverändert Annahme.

§§. 14, 18.

Auf Antrag eines Kommissionsmitgliedes wurde in erster Lesung beschlossen, die Besprechung beider Paragraphen zu verbinden; es wurden folgende Anträge gestellt:

Zu §. 14 Abs. 2:

1. hinter den Worten „bestimmten Personen" einzuschieben „oder dem Seelsorger".
2. hinter den Worten „bestimmten Personen" einzuschieben „oder dem von dem Kranken gewünschten Seelsorger".
3. Zeile 3 zu fassen, wie folgt:
   „Pflege bestimmten Personen und dem behandelnden Arzt nicht in".
4. hinter den Worten „in der Behausung des Kranken die" hinzuzufügen „nach dem Gutachten des beamteten Arztes" und den letzten Satz zu streichen.
5. vor dem Worte „Krankenhaus" einzuschalten „geeignetes".
6. folgende Bestimmung anzufügen:
   „Trennung des Kranken von seinen Angehörigen ist nur mit seiner Zustimmung zulässig."
7. folgende Bestimmung anzufügen:
   „Trennung des Kranken von seinen zu sachgemäßer Pflege bereiten Angehörigen ist gegen seinen Willen nur zulässig, wenn nach der Sachlage nicht durch Räumung der Wohnung oder des Gebäudes (§. 18) geholfen werden kann."
8. Folgende Bestimmung hinzuzufügen:
   „Im Krankenhaus ist den vom Kranken zu seiner Behandlung gewünschten Personen der Zutritt zu gestatten."

Zu §. 14 Abs. 3:

9. nach den Worten „untergebracht werden" zu setzen: „auch müssen ansteckungsverdächtige Personen von krankheitsverdächtigen Personen getrennt werden, wenn die Absonderung außerhalb der Wohnung erfolgt."

Zu §. 14 Abs. 4:

10. die Worte „oder Häuser" zu streichen.

Zu §. 18.

11. Statt „die Räumung" zu setzen „die gänzliche oder theilweise Räumung".

Die Anträge 1 und 2 bezwecken, dem Seelsorger ebenso, wie dies in dem Entwurf für den Arzt und die zur Behandlung und Pflege bestimmten Personen vorgesehen ist, den Zutritt zum abgesonderten Kranken zu ermöglichen. Der Antrag 2 will den Zutritt des Seelsorgers nur für den Fall gestatten, daß der Seelsorger vom Kranken herbeigewünscht wird. Gegen letztere Einschränkung wurde geltend gemacht, daß der Kranke in einer Lage sich befinden könne, in der er einen bezüglichen Wunsch nicht mehr zu äußern vermag. In solchen Fällen sei es oft der dringende Wunsch der Angehörigen des Kranken, daß der Seelsorger denselben besuche. Auch sei es unter Umständen Amtspflicht des Seelsorgers, dem Kranken sich zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich habe sich der Seelsorger beim jedesmaligen Verlassen der Wohnung isolirter Kranker resp. des Krankenhauses den erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen gegen eine Weiterverbreitung der Krankheit zu unterziehen.

Antrag 2 wurde abgelehnt, Antrag 1 angenommen.

Durch Antrag 3 soll Kurpfuschern der Zutritt zu abgesonderten Kranken verwehrt werden, da gerade von solchen Personen die Weiterverschleppung des Krankheitskeims zu befürchten sei. Der Antrag wurde angenommen.

Von mehreren Kommissionsmitgliedern wurde auf die unter Umständen auf das Empfindlichste die Familienbeziehungen berührende Maßnahme der zwangsweisen Verbringung eines Kranken in das Krankenhaus hingewiesen. Wenn auch solchen Maßregeln vielfach aus Gründen Widerstand entgegengesetzt würde, die keine Rücksicht verdienen, so sollten sie doch gegen den Willen des Betroffenen nur erfolgen, wenn die Abwehr größerer Nachtheile, wo nicht gewiß, was man verständiger Weise nicht verlangen könne, doch mit aller Wahrscheinlichkeit zu erwarten sei. Gegenüber der Erschütterung, welche die ethischen Bande in Seuchezeiten erfahrungsgemäß erleiden, sollte auch im allgemeinen Interesse möglichst vermieden werden, daß, wenn einmal die Angehörigen des Kranken sich in sachgemäßer Weise zu seiner Pflege aufopfern wollen, die Polizei mit Zwang dazwischen trete. Es sei Thatsache, daß Kranke durch psychische Aufregung, in welche sie durch Maßnahmen der Polizeibehörden versetzt würden, auf das Aeußerste gefährdet werden könnten. Andrerseits könne die Belassung derselben bei ihren Angehörigen, im eigenen Heim in der Regel nur fördernd auf die Wiedergenesung wirken. Von diesen Gesichtspunkten aus sind die Anträge 6, 7, 8 gestellt.

Von den Regierungskommissaren wurde ausgeführt, daß es sich bei der Absonderung, insbesondere bei der Verbringung eines Kranken in das Krankenhaus allerdings

unter Umständen um sehr einschneidende Eingriffe in die persönliche Freiheit und in intime Familienbeziehungen handele. Im Interesse der Allgemeinheit ließen sich indessen dieselben, wie dies in der Begründung der Vorlage mehrfach ausgeführt sei, nicht vermeiden. Die Trennung des Kranken von seinen Angehörigen nur mit seiner Zustimmung zuzulassen, sei nicht ausreichend. Abgesehen davon, daß Kranke zuweilen in dem Zeitpunkte, wo sie abgesondert werden sollen, zu einer Willenskundgebung nicht mehr in der Lage seien, befänden sie sich oft in einer Geistes- und Gemüthsverfassung, in der sie nicht mehr klare Urtheilsfähigkeit besitzen; auch gebe es Kranke, die nimmermehr in eine Trennung von ihren Angehörigen einwilligen, weil sie an eine Uebertragbarkeit der Krankheit von Person zu Person nicht glauben. Die Zulässigkeit der Trennung davon abhängig zu machen, daß zunächst die Räumung der Wohnung oder des Hauses von den gesunden Personen zu versuchen sei, würde die Kosten der Seuchenbekämpfung sehr erheblich vermehren. Trete die Seuche in größerem Umfange auf, so sei es undurchführbar, die Absonderung der Kranken in erster Linie durch deren Belassung in der Wohnung und durch Evakuirung aller Gesunden aus Wohnungen und Häusern, in denen Erkrankungen oder Todesfälle vorgekommen sind, zu bewirken. Im Krankenhaus allen von den Kranken zu ihrer Behandlung gewünschten Personen Zutritt zu gestatten, sei mit einem geordneten Krankenhausbetrieb nicht vereinbar. Würde den Kurpfuschern das Recht zugesprochen, ihre Patienten in den Krankenhäusern weiter zu behandeln, so müsse das zu unhaltbaren Zuständen führen. Die Krankenhäuser würden dann nicht dazu dienen, der Weiterverbreitung der Seuche vorzubeugen, sie würden vielmehr geradezu zur Verschleppung des Krankheitskeimes beitragen.

Auch sei es mit der Krankenhausordnung unvereinbar, andere als die angestellten zur Behandlung und Pflege bestimmten Personen zuzulassen.

Von einem Kommissionsmitgliede wurde darauf hingewiesen, daß in dem Freimaurerkrankenhaus zu Hamburg, sowie in Krankenhäusern zu Frankfurt a. M. und Hanau der Kranke das Recht habe, sich von demjenigen approbirten Arzt behandeln zu lassen, den er wünsche. Auch in Bezug auf diese wie auf nicht approbirte, vom Kranken hinzugezogene ihn behandelnde Personen sei es selbstverständlich, daß sie sich den erforderlichen Vorsichtsmaßregeln gegen eine Weiterverbreitung der Krankheit beim Verlassen des Krankenhauses unterwerfen.

Auf die Anfrage eines Kommissionsmitgliedes, ob die in §. 14 vorgesehenen Maßnahmen in der Praxis sich bewährt hätten, erwiderte ein Regierungsvertreter auf Grund seiner bei der Erforschung der Pest in Indien und bei der Bekämpfung der Cholera im Jahre 1892 und 1893 gemachten Erfahrungen, daß naturgemäß im einzelnen Falle immer die Frage aufgeworfen werden könne, ob nicht auch ohne Anwendung der Maßregeln eine Weiterverbreitung der Seuche ausgeblieben sein würde. Die Erfahrung spreche aber durchaus zu Gunsten jener an sich ja auch völlig rationellen Maßregeln.

Hinsichtlich der Cholera sei vor allem auf die 1892/93 in Deutschland erzielten wider alles Erwarten günstigen Erfolge hinzuweisen. Obwohl im Herbst 1892 von Hamburg aus die Cholera in nahezu 300 deutsche Orte verschleppt worden sei, habe sich Dank der Anwendung jener Maßregeln nirgends eine erheblichere Epidemie entwickelt; die Cholera-Statistik für Deutschland sei beherrscht geblieben durch die Hamburger Zahlen.

Auch auf das Beispiel des Dorfes Bürgeln bei Marburg, wo es 1893 durch strenge Isolirungsmaßregeln gelungen sei, die Seuche zu lokalisiren, sei zu verweisen.

Hinsichtlich der Pest seien in Indien bei strenger Durchführung der Maßregeln vortreffliche Erfolge erzielt worden; nur durch den fanatischen Widerstand der eingeborenen Bevölkerung seien dort die englischen Behörden gezwungen worden, verhängnißvolle Milderungen eintreten zu lassen. — Ob die Allen bekannten Wiener Pestfälle ohne die ergriffenen strengen Absperrungsmaßregeln isolirt geblieben sein würden, sei doch wohl höchst zweifelhaft.

Der Antrag 6 wurde zurückgezogen. Die Anträge 7 und 8 wurden abgelehnt.

Antrag 4 fand allseitige Annahme, nachdem seitens der Regierungsvertreter erklärt worden war, der letzte Satz des Abs. 2 erscheine in der That entbehrlich, wenn im vorausgehenden Satz eingeschaltet werde, daß das Gutachten des beamteten Arztes maßgebend sein solle über die Zulänglichkeit der getroffenen Absonderungseinrichtungen.

Gegen den Antrag 5 wurde von einem Vertreter der verbündeten Regierungen geltend gemacht, es sei als selbstverständlich zu betrachten, daß die Unterbringung der abzusondernden Personen nur in einem dazu geeigneten Krankenhaus zu erfolgen habe. Ein Kommissionsmitglied erwiderte, daß es nichts schade, wenn ein ausdrücklicher Hinweis in das Gesetz aufgenommen werde. Den abzusondernden Personen werde hierdurch ein Schutz dagegen gewährt, daß sie nicht in Anstalten verbracht würden, deren Räume unzureichend und unzweckmäßig seien. Keineswegs seien sämmtliche Krankenhäuser zur Aufnahme von Cholera-, Pest-, Pocken-Kranken 2c. geeignet. In der Regel müßten Krankenanstalten für solche Zwecke erst besonders eingerichtet werden. Der Antrag 5 wurde hierauf angenommen.

Zur Begründung des Antrages 9 wurde geltend gemacht, daß eine gemeinschaftliche Unterbringung krankheits- und ansteckungsverdächtiger Personen unter allen Umständen verhindert werden müsse. Andernfalls bestehe die Gefahr, daß völlig gesunde Personen, bei denen nur ein unbegründeter Verdacht der Krankheit vorliege, erst durch die polizeiliche Maßnahme der gemeinschaftlichen Unterbringung mit anderen, thatsächlich von der Krankheit befallenen Personen, angesteckt würden.

Von Seiten der Regierungsvertreter wurde darauf hingewiesen, daß in der Vorlage selbst bereits bestimmt sei, eine Trennung der Ansteckungsverdächtigen von den Krankheitsverdächtigen habe, soweit möglich, zu erfolgen. Unter Umständen scheitere aber die Durchführung dieses Gebotes an den thatsächlichen Verhältnissen; nicht immer ständen genügende Räume hierfür zu Gebote; die erforderlichen Räume in einem für jeden Fall ausreichenden Umfange zu schaffen, sei mit großen Kosten verbunden. Die Gefahr, daß erst durch den gemeinsamen Aufenthalt in einem Raume eine Ansteckung erfolgt, bestehe auch dann, wenn nur Ansteckungsverdächtige in einem Beobachtungsraum untergebracht würden. Wolle man jede Gefahr ausschließen, dann müsse jede zu beobachtende Person in einen gesonderten Raum verbracht werden. Dies aber sei praktisch undurchführbar. Namentlich auf dem flachen Land, in kleineren Dörfern u. s. w. werde aus Mangel an geeigneten Räumen eine Trennung der ansteckungsverdächtigen Personen von krankheitsverdächtigen nicht immer erreichbar sein. Der Antrag 9 wurde angenommen.

Dem unter 10 eingebrachten Antrag, die Worte „oder Häuser" zu streichen, wurde seitens der Regierungsvertreter widersprochen. Nach den epidemiologischen Erfahrungen hätten sich bei Pest und Cholera bestimmte Häuser als ganz besonders gefährlich insofern erwiesen, als in ihnen Krankheitsfälle immer wieder von Neuem aufzutreten pflegen. Der Aufenthalt in solchen Häusern begünstige das Zustandekommen von Erkrankungen. Nebenbei sei bemerkt, daß die als Ursache für diese Erscheinung angeführten

Momente noch nicht allgemein als Grund dafür anerkannt seien. Immerhin bleibe die Thatsache der Gefährlichkeit bestehen; daher empfehle es sich, solche Häuser, sofern sie nicht geräumt werden, wenigstens äußerlich zu kennzeichnen, um diejenigen Personen zu schützen, welche jene Häuser sonst ohne Kenntniß der Gefahr betreten. Weil man aber von vornherein, sobald in einem Hause ein Krankheitsfall aufgetreten sei, nicht wissen könne, ob dieses Haus zu den Häusern jener Art gehöre, sei es wichtig, ganz allgemein die Ermächtigung zu besitzen, Häuser, in welchen erkrankte Personen sich befinden, kenntlich zu machen. Es könne freilich nicht bezweifelt werden, daß Anschläge bezw. Kenntlichmachung der Häuser für die Bewohner Nachtheile bringen; allein anderseits solle eben durch solche Anschläge das Publikum vor Ansteckung geschützt werden. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die Polizeibehörden nur die fakultative Befugniß zur Kenntlichmachung nach dem vorliegenden Wortlaute erhalten sollen, daß also die Kenntlichmachung nicht unbedingt in jedem Falle erfolgen müsse. Der Antrag 10 wurde abgelehnt.

Antrag 11 wurde angenommen.

In der zweiten Lesung lagen zu §. 14 folgende Anträge vor:

1. in Abs. 2 statt „dem Seelsorger" zu setzen „dem berufenen Seelsorger".
2. einen neuen Abs. 4 mit folgendem Inhalt einzufügen:
   „Trennung eines Kranken von seinen zu sachgemäßer Pflege bereiten und geeigneten Angehörigen ist gegen seinen Willen nur zulässig, wenn nach Lage der Verhältnisse nicht durch Räumung der Wohnung oder des Gebäudes (§. 18) geholfen werden kann."
3. in Abs. 3 die Worte „auch müssen u. s. w." zu ersetzen durch
   „Ansteckungsverdächtige Personen dürfen in demselben Raume mit krankheitsverdächtigen Personen nur untergebracht werden, soweit der beamtete Arzt es für zulässig hält"

   und diese Worte als neuen Satz zu behandeln.

Zur Begründung des Antrages 1 wurde vorgebracht, daß der Besuch eines Kranken durch einen Seelsorger, der zur Konfession desselben in keinen Beziehungen stehe, verhütet werden müsse. Der Antrag wurde abgelehnt, da mit den Worten „dem Seelsorger" selbstverständlich derjenige Seelsorger gemeint sei, der nach dem religiösen Bekenntnisse des Kranken zuständig ist.

Der Antrag 2 wurde mit den gleichen Gründen wie bei der ersten Lesung befürwortet und bekämpft. Von dem Antragsteller wurde noch vorgebracht, in der Begründung des Entwurfes zu §. 18 sei regierungsseitig selbst die Räumung von Wohnungen und Häusern als eine sehr zweckmäßige Maßregel empfohlen. Wenn der Kranke nicht freiwillig ins Krankenhaus gehen wolle, sei es daher nicht unbillig, wenn zunächst die Entfernung der Gesunden aus seiner Wohnung versucht werden solle. Da die Verbringung ins Krankenhaus nur dann unstatthaft sein solle, wenn Angehörige, die zur Pflege des Kranken bereit und geeignet sind, vorhanden seien und wenn nach Lage der Verhältnisse die Räumung der Wohnung sich ausführen lasse, sei der Polizeibehörde für den wirklichen Bedarfsfall noch eine ausreichende Handhabe zur Verbringung des Kranken in ein Krankenhaus geboten. Regierungsseitig wurde entgegnet, daß die in §. 18 vorgesehene Räumung hauptsächlich solche Wohnungen und Häuser betreffe, in denen erfahrungsgemäß die Seuche sich hartnäckig festsetze und trotz aller angewandten Desinfektionsmaßnahmen nicht unterdrückt werden könne (Pesthäuser, Cholerahäuser). Wenn die Cholera oder Pest an einem Orte herrsche, sei es praktisch kaum durchführbar, in allen Wohnungen und Häusern, in denen Seuchefälle vorkommen, zunächst die Entfernung der Gesunden aus diesen Räumen zu bewirken. Abgesehen von den bedeutenden Kosten, die durch die vorgeschriebene unentgeltliche Unterbringung der Evakuirten in geeigneten Räumen entständen, sei die Gefahr gegeben, daß man Unterkunftsräume, die ohnehin in Seuchezeiten nicht leicht in ausreichender Zahl zu beschaffen sind, mit Gesunden belege und hinterher für abzusondernde Kranke nicht mehr zur Verfügung habe. Nur im äußersten Nothfalle lasse ja schon der Gesetzentwurf die Verbringung in ein Krankenhaus zu. In erster Linie habe die Absonderung in der eigenen Behausung des Kranken zu erfolgen; sei sie dort nicht ausführbar, so stehe es dem Kranken frei, sich in einen anderen geeigneten, von ihm zu bestimmenden Unterkunftsraum absondern zu lassen. Erst wenn ein solcher von dem Kranken oder seinen Angehörigen nicht verfügbar gemacht werden könne, solle die Verbringung in ein geeignetes Krankenhaus zulässig sein. Hiernach seien weitreichende Kautelen zum Schutze des Kranken gegeben. Der Antrag 2 wurde abgelehnt.

Der Antrag 3 wurde, da regierungsseitig keine Bedenken erhoben wurden, angenommen.

§§. 15, 16, 17, 19 und 20.

Die Fassung dieser Paragraphen wurde unverändert angenommen.

§. 21.

Auf die Anfrage, ob unter die Vorsichtsmaßregeln für die Bestattung der Leiche gegebenen Falls auch die Anordnung der Feuerbestattung falle, wurde von einem Kommissar des Bundesrathes Folgendes erwidert:

Nach dem Wortlaute der Bestimmung ist die Anwendung der Feuerbestattung nicht ausgeschlossen. Bei den Vorverhandlungen über die Gesetzesvorlage ist indessen diese Maßnahme nicht in Erwägung gekommen. In der Begründung des Gesetzes ist aufgeführt, an welche Maßregeln gedacht worden ist: Verbot der Ausstellung von Leichen in den Wohnungen oder in allgemein zugänglichen Räumen; möglichst baldige Entfernung der Leichen aus der Wohnung; Anwendung desinfizirender Stoffe beim Waschen und bei der Einsargung; Verwendung festschließender Särge; Verbot von Leichenfeierlichkeiten im Sterbehause; Regelung der Beförderung der Leichen zum Bestattungsorte.

Zu §. 22

wurden die Grundsätze besprochen, welche von dem Bundesrathe zu erlassen seien.

Hierzu wurde der Antrag gestellt, den §. 22 wie folgt zu fassen:

„Die näheren Bestimmungen über die Ausführung der in den §§. 12 bis 21 vorgesehenen Schutzmaßregeln, insbesondere der Desinfektion, werden vom Bundesrath erlassen."

Dieser Antrag wurde angenommen; in zweiter Lesung wurde beschlossen, das in dieser Fassung gebrauchte Wort „nähere" zu streichen.

§. 23.

Es wurde geltend gemacht, daß die Worte „im Falle ihrer Leistungsunfähigkeit" zu Mißverständnissen Anlaß geben könne. Es lasse sich daraus folgern, daß im Falle der Leistungsfähigkeit die Pflicht zur Kostentragung die Gemeinden treffe. Da über den Kostenpunkt nach §. 36 die Landesregierungen Entscheidung treffen sollen, empfehle es sich, die Worte „und im Falle ihrer Leistungsunfähigkeit" zu streichen und dafür das Wort „oder" einzusetzen. Diesem Antrag wurde zugestimmt.

§. 24 bis 27.

Diese Paragraphen wurden unverändert angenommen.

Hinter §. 27 wurde beantragt, folgende Bestimmung als §. 27a einzuschieben:

„Krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen haben für die Zeit, während der sie in der Wahl ihres Aufenthaltes oder der Arbeitsstätte beschränkt werden (§. 12) oder einer Absonderung unterliegen (§. 14), Anspruch auf eine Entschädigung, die nach ihrem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst zu berechnen ist und nicht den Betrag von 10 Mark täglich übersteigen darf."

Regierungsseitig wurde hinsichtlich der Entschädigungsfrage bemerkt, daß die Vorlage grundsätzlich nur einen Ersatz für das durch polizeiliche Desinfektionsmaßnahmen beschädigte oder vernichtete Eigenthum vorsehe. Aehnlich sei im Viehseuchengesetz verfahren. Wolle man auch Entschädigung für entgangenen Verdienst und Gewinn gewähren, so sei eine Grenze schwer zu finden. Werde dem Arbeiter Ersatz für den entgangenen Tages-Arbeitsverdienst geleistet, so würden auch solche Gewerbetreibende, denen durch polizeiliche Maßnahmen auf Grund des §. 15 Beschränkungen auferlegt werden, Ersatz des dadurch verursachten Schadens beanspruchen.

Aus der Kommission wurde geltend gemacht, daß es allerdings kaum angängig sein werde, für jeden durch polizeiliche Abwehr- und Unterdrückungsmaßnahmen angerichteten Schaden oder verursachten Entgang an Gewinn Ersatz zu leisten. Wie in Kriegszeiten nicht Jedermann entschädigt werden könne, der durch Stockung von Handel und Verkehr, oder durch verminderte Erwerbsgelegenheit Schaden erleide, so sei auch in Seuchezeiten nicht Vergütung jedes erlittenen Nachtheiles möglich. Wohl aber entspreche es der Gerechtigkeit und Billigkeit, wenn solchen Personen eine Entschädigung zugesprochen werde, die durch direkte polizeiliche Eingriffe in ihre persönliche Verkehrsfreiheit und in die Verfügungsgewalt über ihre Arbeitskräfte daran gehindert würden, ihrer regelmäßigen Tagesarbeit nachzugehen und den im Falle unbehinderter Verkehrsfreiheit ihnen sicher in Aussicht stehenden Lohn zu verdienen.

Von Regierungsvertretern wurde eingewendet, daß im Falle von Krankheitsverdacht in der Regel schon durch das Krankenversicherungsgesetz Fürsorge für die betreffenden Personen getroffen sei. Im Uebrigen erscheine es als zu weitgehend, wenn man auch nichtbedürftigen Personen, insbesondere auch Ausländern, aus öffentlichen Mitteln Schadensersatz leisten wolle.

Der Antrag wurde in erster Lesung vorbehaltlich redaktioneller Aenderung für die zweite Lesung angenommen.

Für die zweite Lesung wurde der Antrag in folgende Fassung gekleidet.

„Personen, welche der Invalidenversicherung unterliegen, haben für die Zeit, während der sie auf Grund des §. 12 in der Wahl des Aufenthalts oder der Arbeitsstätte beschränkt oder auf Grund des §. 14 abgesondert sind, Anspruch auf eine Entschädigung wegen des ihnen dadurch entgangenen Arbeitsverdienstes, bei deren Berechnung als Tagesarbeitsverdienst der dreihundertste Theil des für die Invalidenversicherung maßgebenden Arbeitsverdienstes zu Grunde zu legen ist.

Dieser Anspruch fällt weg, insoweit auf Grund einer auf gesetzlicher Verpflichtung beruhenden Versicherung wegen einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit Unterstützung gewährt wird oder wenn eine Verpflegung auf öffentliche Kosten stattfindet."

Derselbe wurde dahin erläutert, daß nunmehr die Entschädigung nur für solche Personen vorgesehen sei, welche nach Maßgabe des Invalidenversicherungsgesetzes versichert seien, einschließlich derjenigen Personen, die auf Grund freiwilliger Beitragsleistung der Versicherung angehören. Damit sei der Entschädigungsanspruch im Großen und Ganzen auf diejenigen Personen, denen man die Ersatzleistung wohl gönnen könne, beschränkt. Durch die Fassung sei auch zum Ausdruck gebracht, daß nur wirklich entgangener Arbeitsverdienst ersetzt zu werden brauche. Die Berechnung des Schadensersatzes sei nach den im Invalidenversicherungsgesetz maßgebenden Grundsätzen vorgeschlagen. Insoweit für die in Betracht kommenden Personen schon anderweit (Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invalidenversicherung 2c.) Vorsorge getroffen sei, und von einer Schädigung durch die polizeilichen Maßnahmen nicht die Rede sein könne, solle der Entschädigungsanspruch nach Abs. 2 gekürzt werden oder unter Umständen wegfallen.

Regierungsseits wurden die bereits in der ersten Lesung vorgebrachten grundsätzlichen Bedenken wiederholt und bemerkt, daß eine ziemlich willkürliche Herausgreifung einer bestimmten Gruppe von Personen vorliege, denen ein Entschädigungsanspruch zugesprochen sei. Aus der Kommission wurde hiergegen eingewendet, daß man sich wegen der von den Regierungsvertretern vorgeführten finanziellen Bedenken darauf beschränkt habe, wenigstens denjenigen Personen eine Entschädigung zu sichern, die in jedem Falle schon aus Billigkeitsrücksichten eine Entschädigung verdienten. Erscheine der Kreis der Personen, denen Schadensersatz zu Theil werden soll, als zu eng gezogen, dann müsse die Gruppe dieser Personen noch erweitert werden, keinesfalls dürfe man aber aus dem regierungsseitig angeführten Grunde die Festlegung einer Entschädigungspflicht fallen lassen.

Der gestellte Antrag fand einstimmige Annahme mit der Maßgabe, daß die neuen Bestimmungen in den Abschnitt „Entschädigungen" als erster Paragraph eingestellt werden sollen.

§. 28

wurde unverändert angenommen, nachdem auf eine Anfrage, ob nach dieser Vorschrift im Falle der Beschädigung eines Tisches oder Stuhles ein Anspruch auf Entschädigung insolange nicht erwachse, als man auf den Tisch noch etwas stellen oder auf den Stuhl sich noch setzen könne, von einem Vertreter des Bundesraths Folgendes erklärt worden war:

Als bestimmungsmäßig werde der Gebrauch anzusehen sein, dem der Gegenstand nach seiner Natur und Beschaffenheit zu dienen bestimmt ist. Ein Gebrauch, zu dem der Gegenstand von dem einzelnen Besitzer aus Liebhaberei oder sonst willkürlich bestimmt worden sei, werde hiernach außer Betracht zu bleiben haben. Im Uebrigen ließen sich allgemeine Regeln nicht wohl aufstellen.

§. 29.

Beanstandet wurde, daß in Abs. 2 subsidiär die Gemeinden als entschädigungspflichtig erklärt sind, bezw. der Landesregierung die Ermächtigung, den Kommunalverband für entschädigungspflichtig zu erklären, ertheilt ist. Es sei dadurch die Gefahr gegeben, daß die Einzelregierungen, solange eine ihnen genehme Regelung der Aufbringung der Kosten im Wege der Landesgesetzgebung nicht möglich sei, das Zustandekommen einer Regelung verhinderten, da ja subsidiär ein Entschädigungspflichtiger, nämlich die Gemeinde oder der Kommunalverband, da sei.

Ausschließlich den Gemeinden die Aufbringung der Kosten zu überweisen, sei nicht angängig. Da die Entschädigungen im Interesse der Allgemeinheit, nicht bloß der betreffenden Gemeinde, geleistet würden, müßten auch weitere

Kreise zur Beschaffung der erforderlichen Mittel herangezogen werden.

Es wurde ein Antrag eingebracht, den Abs. 2 zu fassen, wie folgt:

„Der Staat ist entschädigungspflichtig."

Hiergegen wurde von den Vertretern des Bundesrathes geltend gemacht, daß es unbillig sein würde, dem Staate ganz allein die Kostenlast aufzubürden. Die Einzelgemeinden hätten ein wichtiges Interesse daran, daß durch Entschädigungsgewährung die Wirksamkeit der Desinfektionsmaßnahmen gesichert würde, und es sei kein unbilliges Verlangen, wenn die Gemeinden zur Kostentragung mitherangezogen würden. Der §. 29 sei dem Viehseuchengesetz nachgebildet. Die Regelung der Aufbringung der Mittel solle den Einzelstaaten überlassen sein. Für den Fall aber, daß eine Regelung in einzelnen Staaten nicht zu Stande komme und für so lange, als eine Regelung nicht erfolgt ist, habe ein Entschädigungspflichtiger im Gesetz geschaffen werden sollen. Als subsidiär entschädigungspflichtig sei die Gemeinde ausgewählt worden.

Ein Bundesrathsbevollmächtigter machte namentlich darauf aufmerksam, daß die Frage, wem die Tragung der Kosten aufzuerlegen sei, nicht für alle in Betracht kommenden Entschädigungen gleich liege. Es könne daher wohl eine verschiedene Behandlung bezüglich der einzelnen Entschädigungen und bei einzelnen Entschädigungen eine Theilung der Kosten zwischen Staat und Gemeinde in Frage kommen.

Würde man den Staat im Gesetz für entschädigungspflichtig erklären, dann könne das Bedenken, das von der Kommission geäußert worden sei, im umgekehrten Sinne geltend gemacht, nämlich die Befürchtung ausgesprochen werden, daß kaum eine landesrechtliche Regelung zu Stande kommen werde, durch welche dem Staat die subsidiär ihm auferlegte Entschädigungspflicht wenigstens zum Theil wieder abgenommen wird. In Frage könnte kommen, ob der Abs. 2 zu streichen sei. Die Einzelstaaten würden dann gezwungen, eine landesrechtliche Regelung unbedingt herbeizuführen.

Der Vertreter des Königlichen Preußischen Ministers des Innern erklärte Folgendes:

Er sei zwar nicht ermächtigt, hier Namens der Preußischen Finanzverwaltung Erklärungen über die vorliegende, das finanzielle Gebiet vornehmlich berührende Frage abzugeben, stehe jedoch nicht an, gleichzeitig für den abwesenden Kommissar des Preußischen Finanzministers auf das Dringendste vor der Annahme des Antrags, der ein für alle Mal die Kosten der zu leistenden Entschädigungen den Staatskassen der Einzelstaaten überbürden will, zu warnen. Die Aufnahme einer diesem Antrage entsprechenden Bestimmung in das Gesetz würde das Zustandekommen des letzteren seines Erachtens auf das Ernstlichste gefährden. Er glaube nicht, daß die Preußische Regierung in der Lage sein würde, einem Gesetze zuzustimmen, welches von Reichswegen den Einzelstaaten einen in finanzieller Hinsicht so weittragenden bedenklichen Grundsatz aufoktroyire, wie ihn der vorliegende Antrag in sich schließe, daß nämlich der Staat unter allen Umständen die Kosten für Maßnahmen zu tragen haben würde, welche nach der bestehenden Organisation und aus den bestehenden Zuständigkeitsverhältnissen seitens der örtlichen, zumeist in den Händen der Gemeinden liegenden Polizeiverwaltungen zu treffen seien. Er könne auch nicht annehmen, daß andere Landesregierungen einer derartigen Bestimmung zustimmen würden.

Was den in Preußen bestehenden und, im Falle es zu einer anderweiten gesetzlichen Regelung nicht kommen sollte, auch nach Erlaß des vorliegenden Gesetzes fortbestehendem Rechszustand anlange, so falle die Frage, wer die aus polizeilichen Abwehr- und Unterdrückungsmaßregeln gegenüber ansteckenden Krankheiten erwachsenden Kosten zu tragen habe, mit der Frage zusammen, ob es sich im Einzelfalle um ortspolizeiliche oder um landespolizeiliche Maßnahmen handle.

Die Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung seien nach Preußischem Rechte, insbesondere nach dem Gesetze über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 von den Gemeinden, — (da, wo nach den Bestimmungen der Kreisordnungen aus mehreren Gemeinden gebildete Ortspolizeibezirke bestehen — von diesen — nämlich von den Amtsbezirken) zu tragen, während die durch Einrichtungen und Veranstaltungen landespolizeilicher Natur entstehenden Ausgaben aus der Staatskasse bestritten werden müssen. Darüber, welche polizeilichen Akte als ortspolizeiliche, welche als landespolizeiliche anzusehen seien, gebe es keine allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen; insbesondere sei auch die polizeiliche Thätigkeit gegenüber den Seuchen nach dieser Richtung hin nicht generell geregelt; wenn auch nach der Vorschrift im §. 6 unter f des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 „Die Sorge für Leben und Gesundheit" zu den Gegenständen der ortspolizeilichen Vorschriften gehören, so fänden sich doch mehrfach gesetzliche Bestimmungen, welche sich neben den ortspolizeilichen auf landespolizeiliche Instanzen berufen, so beispielsweise das Sanitäts-Regulativ vom 8. August 1835 im §. 13, im §. 28 Abs. 2, ferner die zur Ausführung des Impfwesens erlassenen Gesetze u. a. m.

Ungeachtet dieses Mangels an erschöpfenden positiven Gesetzesvorschriften über diese Materie hätten sich in der Wissenschaft und in der Rechtsprechung doch mit der Zeit bestimmte Grundsätze herausgebildet, unter deren Anwendung die im Einzelfalle zu treffende Entscheidung darüber, ob es sich um eine orts- oder um eine landespolizeiliche Maßnahme handle, unschwer erfolgen könne.

Diese Grundsätze ließen sich kurz dahin zusammenfassen, daß überall da, wo die polizeilich zu schützenden Gemeininteressen in erster Reihe und vorwiegend solche der nachbarlich örtlichen Gemeinschaft (Gemeinde 2c.) sind, der diesen Schutz bezweckende polizeiliche Akt als ein ortspolizeilicher, da, wo sie über diese räumliche Beschränkung hinaus in weiteren Bezirken, etwa auch als unmittelbar einheitliche Interessen des Staats hervortreten, — aber als ein landespolizeilicher anzusehen sei. Dabei sei es nicht von entscheidendem Einflusse, ob eine materiell als ortspolizeiliche Verfügung zu betrachtende Anordnung von der Ortspolizeibehörde aus eigener Initiative oder etwa in Folge Anweisung der vorgesetzten Landespolizeibehörde erlassen sei.

Die Verwaltungsgerichte, insbesondere auch das Oberverwaltungsgericht hätten namentlich in Betreff der zur Abwehr der Choleragefahr in den Jahren 1892/93 getroffenen polizeilichen Maßregeln vielfach Gelegenheit gehabt, sich mit der vorliegenden Frage zu beschäftigen. In den bezüglichen Erkenntnissen (vgl. Anlage 3) seien über den Charakter einer Reihe von auch in dem gegenwärtig vorliegenden Gesetzentwurfe vorgesehenen Abwehr- und Unterdrückungsmaßregeln bereits endgültige Entscheidungen gefällt, welche den Verwaltungsbehörden für zukünftige Fälle als Richtschnur dienen könnten.

Es sei daher für Preußen auch kein absolutes Bedürfniß vorhanden, gesetzliche Bestimmungen über den Träger der Entschädigungslast zu treffen. Auch sei die Aufrechterhaltung der subsidiären Bestimmung im Abs. 2 des §. 29 der Vorlage für Preußen nicht unbedingt erforderlich. Gegen die von einer Seite beantragte Streichung dieser Bestimmung seien wesentliche Bedenken nicht geltend zu machen.

Nachdem der Antrag, die Entschädigungspflicht subsidiär dem Staate zu überweisen, abgelehnt und darauf hingewiesen worden war, daß auch zum bürgerlichen Gesetzbuche die Einzelstaaten Ausführungsgesetze zu erlassen gezwungen waren, ohne daß für den Fall des Nichtzustandekommens solcher Gesetze reichsgesetzlich eine Vorsorge getroffen war, wurde die Streichung des Abs. 2 beschlossen. In der zweiten Lesung wurde beantragt, den §. 29 an den Schluß des Abschnittes „Entschädigungen" zu setzen, da derselbe sowohl auf den neu beschlossenen §. 28 als auch auf den bisherigen §. 28 (nunmehrigen §. 28a) sich zu beziehen habe. Zugleich wurde beantragt, denselben, wie folgt, zu fassen:

„Die Kosten der Entschädigungen sind aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten. Im Uebrigen bleibt der landesrechtlichen Regelung vorbehalten, Bestimmungen darüber zu treffen:

1. von wem die Entschädigung zu gewähren und wie dieselbe aufzubringen ist,
2. binnen welcher Frist der Entschädigungsanspruch geltend zu machen ist,
3. wie die Entschädigung zu ermitteln und festzustellen ist."

Durch den an die Spitze gestellten Satz soll verhütet werden, daß landesgesetzlich die zu entschädigenden Personen selbst zur Aufbringung der Kosten herangezogen werden.

Nachdem von einem Vertreter des Bundesrathes bemerkt worden war, daß es sich empfehlen würde, die Regelung der Aufbringung der Kosten völlig dem freien Ermessen der Bundesregierungen zu überlassen, nicht aber ihnen in der beantragten Weise eine gebundene Marschroute für ihre landesrechtliche Regelung zu geben, wurde der Antrag einstimmig angenommen.

§§. 30 bis 33.

Diese Paragraphen wurden mit der Maßgabe angenommen, daß sie, entsprechend der bereits zu §. 29 bemerkten Beschlußfassung über eine andere Reihenfolge die Ziffern 29 bis 33 erhalten sollen und daß in §. 31 (jetzt 30) das Citat in der letzten Zeile „§. 28" in Konsequenz einer vorausgegangenen Beschlußfassung umgeändert wird in „§. 28a".

§. 34.

Zu Abs. 2 lag ein Antrag vor, den Satz 2 zu beginnen:

„Sie können nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zur Herstellung u. s. w."

Es soll dadurch verhütet werden, daß Gemeinden zu unerschwinglichen Ausgaben für Einrichtungen der hier in Frage stehenden Art gezwungen werden. Regierungsseitig wurde es als selbstverständlich erklärt, daß den Gemeinden nur solche Leistungen angesonnen werden könnten, zu denen sie auch wirklich im Stande sind. Der Antrag wurde angenommen.

Als Abs. 4 wurde beantragt, folgende Bestimmung anzufügen:

1. Fassung:

„Für Gewässer, welche die Gebiete mehrerer Bundesstaaten berühren, sind die näheren Bestimmungen über die Ueberwachung und die Beseitigung etwaiger Mißstände vom Bundesrath zu erlassen."

2. Fassung:

„Ueber die Beseitigung von gesundheitsgefährlichen Mißständen in Gewässern, welche die Gebiete mehrerer Bundesstaaten berühren, hat mangels eines Einvernehmens der betheiligten Landesregierungen der Bundesrath zu bestimmen."

Zur Begründung wurde darauf hingewiesen, daß in neuerer Zeit wiederholt Klagen laut geworden seien über die Verunreinigung öffentlicher Flußläufe durch Einleitung gesundheitsschädlicher Abwässer. Die unterhalb der Einlaßstellen gelegenen Orte würden vielfach auf das Empfindlichste getroffen, indem sie an der hergebrachten Benutzung des Wassers behindert, namentlich aber dann, wenn sie das Wasser zur Versorgung der Einwohner mit Trinkwasser bisher verwendet hatten, in große Verlegenheit gebracht würden. Es wurde Bezug genommen auf die Einleitung der Kanalabwässer Mannheims in den Rhein, durch welche die Stadt Worms sich als schwer benachtheiligt betrachte, ferner auf die Verunreinigung, welche die Luppe und Elster durch die Zuleitung der Schmutzwässer der Stadt Leipzig erlitten. Abhülfe sei namentlich in denjenigen Fällen erschwert, wo die Schädigungen solche Gemeinden treffe, die außerhalb des Bundesstaates, in welchem die Verunreinigung vor sich gehe, gelegen seien. Auf die Beseitigung solcher Mißstände sei der vorliegende Antrag gerichtet.

Regierungsseitig wurde der Vorschlag bekämpft, weil die Regelung dieser Angelegenheit mit der Seuchenbekämpfung nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehe und zweckmäßiger außerhalb des vorliegenden Entwurfs geregelt werde.

Der Antrag wurde in der ersten Fassung angenommen.

In der zweiten Lesung wurde der folgende abgeänderte Wortlaut vorgeschlagen:

„Für Gewässer, welche die Gebiete mehrerer Bundesstaaten berühren, sind die Bestimmungen über die Beseitigung von gesundheitsgefährlichen Mißständen mangels einer Verständigung unter den betheiligten Landesregierungen vom Bundesrath zu erlassen."

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages wurde folgende Bestimmung vorgeschlagen:

„Für Gewässer, welche die Gebiete mehrerer Bundesstaaten berühren, sind die Bestimmungen über die Beseitigung gesundheitsgefährlicher Mißstände von den betheiligten Landesregierungen gemeinsam zu erlassen."

Der Staatssekretär des Innern gab folgende Erklärung ab:

Gegen den Vorschlag, die Beseitigung gesundheitlicher Mißstände, welche bei den die Gebiete mehrerer Bundesstaaten berührenden Gewässern bestehen, in dem vorliegenden Gesetzentwurfe mitzuregeln, sind gewichtige Bedenken geltend zu machen. Die in Frage stehenden Mißstände werden hauptsächlich durch die Zuleitung schädlicher Fabrik-Abwässer oder die Zuführung der Fäkalien und Schmutzwässer größerer Städte in die Flußläufe verursacht. Einheitliche, für alle Flußläufe gemeinsam geltende Grundsätze aufzustellen, ist nicht angängig. Erfahrungsgemäß kann eine sachverständige Beurtheilung der Verhältnisse nur von Fall zu Fall eintreten. Aber sogar über die Frage der Flußverunreinigung selbst sowie über die Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung der einschlägigen Mißstände sind Wissenschaft und Technik heutzutage noch nicht einig. Unter den Sachverständigen herrschen zum Theil noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Selbstreinigung der Flußläufe. Unter solchen Umständen erscheint eine gesetzliche Regelung der Angelegenheit als verfrüht.

Außerdem kommt in Betracht, daß eine solche Regelung durch das Reich mit nicht unerheblichen politischen Schwierigkeiten verbunden ist, insofern sie die Ausdehnung der Reichsgewalt auf ein Gebiet voraussetzt, auf welchem bisher die Einzelstaaten Selbständigkeit besessen haben. Uebrigens ist bereits jetzt durch die

Reichsverfassung eine Instanz gegeben, welche bei bestehenden Meinungsverschiedenheiten unter einzelnen Bundesstaaten über die Verunreinigung gemeinsamer Wasserläufe Entscheidung zu treffen hat. Artikel 76 der Reichsverfassung sieht vor, daß Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten, sofern dieselben nicht privatrechtlicher Natur und daher von den kompetenten Gerichtsbehörden zu entscheiden sind, auf Ansuchen des einen Theiles von dem Bundesrath zu erledigen sind. Betrachtet sich demnach ein Bundesstaat durch Verunreinigungen eines Flußlaufes, die seitens eines anderen Bundesstaates innerhalb dessen Gebietes geduldet werden, als geschädigt und kommt auf gütlichem Wege eine Verständigung über die Beseitigung des Mißstandes nicht zu Stande, so ist jederzeit die Möglichkeit gegeben, eine Entscheidung des Bundesrathes über die Angelegenheit herbeizuführen.

Im Uebrigen ist der Bundesrath bereits damit beschäftigt, im Wege einer Vereinbarung die Verhütung und Beseitigung gesundheitsgefährlicher Verunreinigungen der mehreren Bundesstaaten gemeinsamen Wasserläufe zu regeln. Durch die auf Antrag des Abgeordneten Freiherrn Heyl zu Herrnsheim vom Reichstag in der Sitzung vom 13. März 1899 gefaßte Resolution sind bekanntlich die verbündeten Regierungen ersucht worden, auf Grund des Artikels 4 Ziffer 9 der Reichsverfassung eine Reichskommission einzusetzen, welche den Zustand der mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und zwar mit Rücksicht auf die gesundheitlichen Verhältnisse der angrenzenden Städte und Orte und der Schiffer, sowie mit Rücksicht auf die Fischzucht zu beaufsichtigen hat. Verhandlungen hierüber sind alsbald nach Eingang der Resolution im Bundesrath eröffnet worden und es wird voraussichtlich dem Reichstag bis zu seiner nächsten Session die Mittheilung gemacht werden können, daß die Angelegenheit im Wege einer Verständigung unter den verbündeten Regierungen befriedigende Regelung gefunden hat. Mit der Bekämpfung der in §. 1 Abs. 1 der Vorlage bezeichneten Krankheiten steht die Beseitigung der Flußverunreinigungen nicht in unmittelbarem Zusammenhang; es empfiehlt sich deshalb, diese Angelegenheit nicht mit dem zur Berathung stehenden Gesetzentwurf in Verbindung zu bringen und durch ihre Einbeziehung in denselben das Zustandekommen des Seuchengesetzes zu gefährden.

Die beiden gestellten Anträge wurden hierauf abgelehnt.

§. 35.

Auf die Anfrage, ob durch diesen Paragraphen den Privatärzten eine Verpflichtung auferlegt sein solle, sich gegebenen Falls zu amtsärztlichen Obliegenheiten verwenden zu lassen, erklärte ein Kommissar des Bundesraths Folgendes:

Es ist keineswegs beabsichtigt, durch diese Bestimmung eine Handhabe zu schaffen, um von den Privatärzten die Uebernahme amtlicher Funktionen in Seuchezeiten erzwingen zu können. Nur für den Fall, daß der Privatarzt sich dazu bereit erklärt, zu amtlichen Funktionen sich verwenden zu lassen und wenn ihm mit seiner Zustimmung gewisse Amtsverrichtungen übertragen worden sind, soll er als beamteter Arzt im Sinne des Entwurfes, insbesondere auch der Strafbestimmungen gelten. An der freien Stellung, die der approbirte Arzt nach dem jetzt geltenden Recht einnimmt, soll nichts geändert werden.

Um die Absicht des Gesetzentwurfs deutlicher zum Ausdruck zu bringen, wurde in zweiter Lesung beschlossen, die Einleitung des Satzes 2 in Abs. 2, wie folgt, zu fassen:

„Innerhalb des von ihnen übernommenen Auftrages gelten die letzteren als beamtete Aerzte und sind befugt und verpflichtet" u. s. w.

Als einen neuen Paragraphen wurde nach §. 35 einzuschalten beantragt folgende Bestimmung:

„Bei den Abwehr- und Unterdrückungsmaßregeln ist mit aller mit ihrem Zweck zu vereinbarenden Schonung sowohl des Eigenthums als auch der Personen zu verfahren. Namentlich ist dafür zu sorgen, daß die zu beobachtenden abzusondernden oder in Krankenhäusern unterzubringenden Personen angemessen untergebracht werden."

Kosten für die Abwehr- und Unterdrückungsmaßregeln dürfen den von denselben Betroffenen nicht aufgelegt werden."

Begründet wurde der Antrag damit, daß im Hinblick auf die weitgehenden Befugnisse, welche in dem Gesetzentwurf den Polizeibehörden eingeräumt sind, behufs thunlichster Verhütung eines Mißbrauches der Machtbefugnisse es sich empfehle, im Gesetze ausdrücklich ein schonendes und rücksichtsvolles Vorgehen zur Pflicht zu machen. Regierungsseitig wurde es als selbstverständlich erklärt, daß die Polizeibehörden thunlichste Rücksicht zu üben hätten. Eine solche Bestimmung in dieses Gesetz aufzunehmen, könne leicht zu Mißverständnissen führen. In einer Reihe anderer Gesetze seien gleichfalls weitgehende Machtvollkommenheiten den Behörden eingeräumt, ohne daß ähnliche Verpflichtungen wie die beantragte in diese Gesetze mitaufgenommen seien. Eine Anleitung im Sinne des Antragstellers sei wohl geeignet zur Aufnahme in die von den Landesregierungen an die unteren Behörden ergehenden Vollzugsanweisungen, passe aber nicht in das Gesetz hinein.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

In zweiter Lesung wurde beantragt, folgende Resolution vorzuschlagen:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bei Erlaß der Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze darauf Bedacht zu nehmen, daß mit aller mit dem Zweck des Gesetzes zu vereinbarenden Schonung verfahren werde."

Der Antrag wurde abgelehnt.

§. 36.

Hierzu lag in erster Lesung ein Antrag vor, den Satz 2, wie folgt, zu fassen:

„Die näheren Bestimmungen über die Zuständigkeit der Behörden sowie die Aufbringung der entstehenden Kosten sind durch die Landesgesetzgebung zu erlassen."

Der Antrag fand keine Annahme.

Vorgeschlagen wurde, einen §. 36a mit folgendem Wortlaut einzuschalten:

1. Fassung

„Die Kosten, welche durch die in den §§. 6 bis 15, 18 bis 24, 28a und 28 vorgesehenen Ermittelungen, Schutzmaßregeln und Entschädigungen entstehen, fallen dem nach §. 29 Entschädigungspflichtigen zur Last und dürfen nicht als eine dem Betroffenen gewährte Armenunterstützung angesehen werden.

Privatpersonen können Erstattung der von ihnen auf Grund dieser Bestimmungen gemachten Aufwendungen fordern. Wie weit Beamte, öffentliche Anstalten und Kommunalverbände einen Erstattungsanspruch gegen den Verpflichteten haben, bestimmt die Landesgesetzgebung."

2. Fassung

„Die Kosten, welche durch die in den §§. 6 bis 9, 12, 13, 18 bis 21, 28a und 28 vorgesehenen Ermittelungen, Schutzmaßregeln und Entschädigungen entstehen, fallen dem nach §. 29 Entschädigungspflichtigen zur Last und dürfen nicht als eine dem Betroffenen gewährte Armenunterstützung angesehen werden."

3. Fassung.

„Die Kosten der Ermittelung der Krankheit (§. 6) sowie der Beobachtung in den Fällen des §. 12, der Entschädigung nach §. 27a (§. 28a) sowie auf Antrag der Kosten der behördlich angeordneten Desinfektion (§. 19) und der durch Anordnung besonderer Vorsichtsmaßregeln für die Aufbewahrung, Einsargung, Beförderung und Bestattung der Leichen (§. 21) sind aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten. Diese Leistungen gelten nicht als Armenunterstützungen.

Die landesrechtliche Regelung nach §. 29 hat sich auf diese Kosten zu erstrecken."

4. Fassung.

„Die Kosten der Ermittelung der Krankheit (§. 6) sowie der Beobachtung in den Fällen des §. 12, der Desinfektion (§. 19) und der Entschädigung nach §. 27a (28a) sind aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten. Diese Leistungen gelten nicht als Armenunterstützungen.

Die landesrechtliche Regelung nach §. 29 hat sich auf diese Kosten zu erstrecken."

5. Fassung.

„Die Kosten, welche durch die Ermittelung der Krankheit, die Anordnung, Leitung und Ueberwachung von Abwehr- oder Schutzmaßregeln außer in den Fällen des §. 24 oder durch die Ausführung der in den §§. 12, 19 bezeichneten Maßregeln erwachsen, sowie die nach §§. 27a, 28 zu gewährenden Entschädigungen können nur auf öffentliche Mittel gelegt werden."

An der Vorlage wurde von Kommissionsmitgliedern beanstandet, daß die Regelung der Aufbringung der Kosten ausschließlich dem Ermessen der Einzelstaaten überlassen sei. Es bestehe die Gefahr, daß der größte Theil der Kosten vom Staate auf die Gemeinden oder Kommunalverbände abgewälzt werden würde, ja daß vielleicht die kranken, krankheits- oder ansteckungsverdächtigen Personen selbst zur theilweisen Bezahlung der gegen sie gerichteten polizeilichen Maßnahmen gezwungen würden. Die polizeilichen Schutz- und Abwehrmaßnahmen, die in Seuchezeiten getroffen würden, erfolgten in der Hauptsache im öffentlichen Interesse; sie gälten der Fernhaltung und Beseitigung einer die Gesammtheit der Bevölkerung, das ganze Land bedrohenden Gefahr. Für die Kosten derartiger Maßnahmen müsse daher auch die Gesammtheit aufkommen. Auch sei ein wirksamer Vollzug der angeordneten Maßnahmen nur zu erwarten, wenn dem Einzelnen dadurch keine besonderen Kosten erwachsen. Andernfalls sei zu befürchten, daß vielfach die polizeilichen Anordnungen, insbesondere die anbefohlenen Desinfektionen unvollzogen blieben und vorkommende Seuchefälle von der Bevölkerung verheimlicht würden. Die Kostenaufbringung als Sache der Einzelregierungen zu erklären, sei auch um deswillen bedenklich, weil, wenn in einzelnen Bundesstaaten keine befriedigende Regelung erfolge, und deshalb dort der Vollzug des Gesetzes mangelhaft sein werde, den Schaden davon das ganze Reich zu tragen hätte.

Von den Kommissaren des Bundesrathes wurde entgegnet, daß die Regelung der Kostenfrage in dem vorliegenden Entwurf derjenigen in fast allen übrigen Reichsgesetzen, insbesondere auch den Bestimmungen des Viehseuchengesetzes nachgebildet sei. Die Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten seien zu verschieden, um den Kostenpunkt einheitlich für das ganze Reich zu regeln. Was in kleineren Bundesstaaten vielleicht ohne besondere Schwierigkeiten auf die Staatskasse übernommen werden könne, lasse sich nicht ohne Weiteres auf dem gleichen Wege in den größeren Staaten ausführen. Die Lasten, welche dadurch in letzteren dem Staate aufgebürdet würden, könnten eine sehr bedenkliche Höhe erreichen. Nicht bloß im allgemeinen Interesse, auch zum Nutzen und Schutze des Einzelnen erfolgten die polizeilichen Abwehrmaßnahmen. Es sei daher nichts Unbilliges, wenn zu den Kosten einzelner Maßnahmen der davon Betroffene wenigstens zum Theil herangezogen werde. Auch auf anderen Gebieten müsse der Einzelne auf seine Kosten oft polizeiliche Auflagen erfüllen, die vorwiegend der Allgemeinheit nützten, so z. B. wenn polizeilich die Anbringung eines Schutzgeländers an einem Steinbruch, der Anschluß von Privathäusern an das Kanalnetz, die Einrichtung von Wasserklosets u. s. w. verlangt werde. Wenn so nachdrücklich das Interesse des ganzen Landes an den Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung betont werde, so müßten schließlich die Kosten auf das Reich abgewälzt werden, denn was in den Einzelstaaten zur Seuchenabwehr geschehe, komme nicht bloß diesen, sondern dem ganzen Reich zu Gute.

Der Vertreter der Königlich Preußischen Medizinalverwaltung führte unter Bezugnahme auf das von dem Vertreter des Ministers des Innern Erklärte (Seite 5350) noch weiter aus:

Wenn die gesammten Kosten der Seuchenbekämpfung der Staat zu tragen hätte, so wäre dieselbe außerordentlich einfach. Allein dies wäre nicht durchführbar. Bei den Seuchen gilt zunächst dasselbe, was bei jeder anderen Krankheit gilt, die Kosten der Behandlung hat in erster Linie der Kranke selbst zu tragen und in seinem Nichtvermögensfalle die Gemeinde. Bei den Seuchen, die vom Auslande eingeschleppt werden, treffe allerdings den Staat ein Theil der Pflicht, die Kosten der Bekämpfung zu tragen, aber nur ein Theil. Nach einem Runderlaß, welcher am 29. Juni 1893 von den Herren Ministern des Innern, für Handel und Gewerbe, der Finanzen, des Krieges, der öffentlichen Arbeiten, der geistlichen u. s. w. Angelegenheiten herausgegeben worden ist, entfallen die Kosten für alle landespolizeilichen Maßregeln auf den Staat, diejenigen für die ortspolizeilichen Maßregeln dagegen auf die Gemeinde. Konkurriren bei einer Maßregel landes- und ortspolizeiliche Interessen, so findet eine Theilung der Kosten statt.

Als landespolizeilich sollen diejenigen Maßnahmen angesehen werden, welche auf die Verhinderung der Einschleppung der Seuche aus dem Ausland in das Inland oder ihre Verbreitung im Inlande von einem Ort zum andern abzielen, während diejenigen Maßnahmen, welche auf die Bekämpfung oder Beschränkung der Krankheit innerhalb eines einzelnen Ortes gerichtet sind, ortspolizeilicher Natur sind.

Landespolizeilicher Natur sind Einrichtungen zur Absperrung der Landesgrenzen, Veranstaltungen zur Untersuchung oder zur Unterbringung der über die Landesgrenzen eingetretenen und zu überwachenden Personen sowie Vorrichtungen zur Desinfektion ihrer desinfektionspflichtigen Habe und derjenigen Räume, in denen sie untergebracht sind, ferner die Bestellung von Aerzten und deren Gehülfen, sowie die Beschaffung der erforderlichen Desinfektionsmittel zur Durch-

führung der Maßnahmen. Auch die Maßregeln zur Ueberwachung der Flußläufe und Seehäfen soll im Allgemeinen landespolizeilicher Natur sein. Daher hat der Staat die Kosten zu tragen für die Quarantäne-Anstalten, die Bestellung von Staatskommissaren für die Ueberwachung von Flußläufen, die Bereitstellung von Dampfern und Booten zur Ueberwachung, die Versorgung der Schiffsbevölkerung mit Trinkwasser u. s. w. Alles dasjenige dagegen, was im einzelnen Ort zu geschehen hat, fällt der Kommune zur Last.

Der erwähnte Runderlaß der Königlich preußischen Herren Ressortminister hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 29. Juni 1893.

Durch den Runderlaß der mitunterzeichneten Minister des Innern und der geistlichen 2c. Angelegenheiten vom 5. November 1892 — $\frac{\text{Min. d. J. II. 14 004}}{\text{Min. d. g. A. M. 12 096 II.}}$ — war für die Entscheidung der Frage,

> inwieweit die Kosten der sanitätspolizeilichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Choleragefahr von der Staatskasse oder von den Trägern der Ortspolizeilast zu tragen sind,

als leitender Gesichtspunkt die Unterscheidung hingestellt: ob die Maßnahmen im landespolizeilichen oder im ortspolizeilichen Interesse ergriffen sind. Bei dieser Unterscheidung ist seitens der Provinzialbehörden in mehreren Beziehungen von verschiedenen Auffassungen ausgegangen und insbesondere dem Begriffe der landespolizeilichen Maßnahmen eine weit über seine Bedeutung hinausgehende Auslegung gegeben worden, so daß es nöthig gewesen ist, eine Reihe von Erstattungsanträgen an die Staatskasse ganz oder zum Theil abzulehnen. Im Anschlusse an die bisher eingereichten Kostenliquidationen sehen wir uns deshalb veranlaßt, im Wesentlichen diejenigen Maßnahmen, die als landespolizeiliche anzuerkennen sind, hervorzuheben.

Im Allgemeinen ist von dem Gesichtspunkte auszugehen, daß als landespolizeiliche diejenigen Maßnahmen anzusehen sind, welche auf die Verhinderung der Einschleppung der Seuche aus dem Auslande in das Inland oder ihrer Verbreitung im Inlande von einem Orte zum anderen abzielen, während diejenigen Maßnahmen, welche auf die Bekämpfung und Beschränkung der Krankheit innerhalb eines einzelnen Ortes gerichtet sind, ortspolizeilicher Natur sind.

I. Maßnahmen zur Verhinderung der Einschleppung der Seuche aus dem Auslande in das Inland, deren Kosten der Staatskasse zur Last fallen. Hierher gehören insbesondere

a) Einrichtungen zur Absperrung der Landesgrenze und zur Verhinderung des Eintritts cholerakranker oder -verdächtiger Personen, sowie der Einführung von Gegenständen, welche mit dem Choleragift behaftet sind oder sein können, aus dem Auslande in das preußische Landesgebiet;

b) Veranstaltungen zur Untersuchung und zur Unterbringung der über die Landesgrenze eingetretenen und zu überwachenden Personen, sowie zur Desinfektion ihrer desinfektionspflichtigen Habe und derjenigen Räume, in denen sie untergebracht worden sind;

c) die Bestellung von Aerzten und deren Gehülfen, sowie die Beschaffung der erforderlichen Desinfektionsmittel zur Durchführung der Maßnahmen unter a und b.

Für die eben bezeichneten Zwecke sind Gebäude nur in zwingenden Nothfällen anzukaufen oder herzustellen. In der Regel wird es möglich sein und ist darauf Bedacht zu nehmen, die Gemeinden, auf deren Entgegenkommen wir rechnen, zur Bereitstellung, und zwar zur unentgeltlichen Bereitstellung, der erforderlichen Räumlichkeiten zu veranlassen.

Für die Civilärzte, welche ihre ganze Kraft in den Dienst der sanitätspolizeilichen Thätigkeit stellen, wird unter normalen Verhältnissen der Tagessatz von 20 *M.* als Höchstbetrag festzuhalten sein. Dieser Satz wird nur ganz ausnahmsweise zu erhöhen sein: wenn etwa die Heranziehung eines Arztes sehr schnell und plötzlich, ohne daß eine billigere Kraft vorher zu gewinnen war, nöthig wird.

Bei der Beschaffung der Desinfektionsapparate ist, unbeschadet der quantitativen und qualitativen Leistungsfähigkeit der Vorrichtungen und ihrer Dauerhaftigkeit, mit möglichster Sparsamkeit, welche überhaupt bei allen Vorkehrungen im Auge behalten werden muß, zu verfahren.

II. Die Maßnahmen zur Ueberwachung der Seehäfen und Flußläufe werden im Allgemeinen landespolizeilicher Natur sein, ihre Kosten also der Staatskasse zur Last fallen. Dahin sind zu rechnen:

a) Die Bestellung von Staatskommissarien, soweit es sich um Preußen allein zugehörige Stromgebiete handelt, von Hafenbeamten und von Aerzten nebst deren Hülfspersonal zur Durchführung der gesundheitspolizeilichen Kontrole über Schiffe, Häfen und den Flußverkehr.

Für die Remunerirung der Aerzte gilt der unter I angegebene Satz.

b) Die Einrichtung und der Betrieb von Quarantäne-Anstalten in den Seehäfen; dazu gehört auch die etwa nöthige Herstellung von Verbindungen der Quarantäne-Anstalten mit den Hafenbehörden;

c) die Bereitstellung der zum Ueberwachungsdienste erforderlichen Dampfer und Boote nebst ihren Mannschaften;

d) die Versorgung der Schiffsbevölkerung mit einwandsfreiem Trink- und Wirthschaftswasser.

Vielfach wird es möglich sein, die Wasserversorgung durch Revisionsdampfer oder Schiffe der Strombauverwaltung oder in ähnlicher Weise eintreten zu lassen. Falls besondere Stationen zur Versorgung mit Wasser eingerichtet werden müssen, ist sorgfältig zu prüfen, in welcher Weise die Wasserversorgung am zweckmäßigsten und billigsten herzustellen ist: ob durch Anschluß der Station an eine vorhandene Wasserleitung oder durch Heranfahren des Wassers aus vorhandenen Wasserbezugsquellen oder durch Errichtung neuer (abessinischer) Brunnen.

e) Die Errichtung von Bedürfnißanstalten für Schiffer und Flößer in Häfen und an den Flußläufen.

Solche Anstalten sind nur ausnahmsweise und nur an solchen Stellen einzurichten, an denen ein längerer Aufenthalt zahlreicher Fahrzeuge stattzufinden pflegt.

f) Die gesundheitspolizeiliche Ueberwachung der an Land gehenden Flößer und Schiffer und im Anschluß daran die gesundheitspolizeiliche Ueberwachung der Uferortschaften;

g) die Desinfizirung der Schiffe soweit es sich um die Gestellung des Aufsichtspersonals handelt.

Die Kosten für die Desinfektionsmittel sind von den Schiffseigenthümern zu erstatten, sofern nicht durch Erhebung einer Gebühr Ersatz geschaffen wird.

h) Die Bereitstellung von Räumlichkeiten zur Unterbringung erkrankter Personen der Schiffsbevölkerung.

Auch hier gilt das unter I Gesagte, daß von dem käuflichen Erwerb oder der Herstellung von Gebäuden abzusehen ist und thunlichst die Gemeinden zur unentgeltlichen Stellung von Baulichkeiten zu veranlassen sind.

III. Ueberwachung des Eisenbahnverkehrs im Inlande. Auch die Maßnahmen zur Erreichung dieses Zweckes werden in der Regel landespolizeilicher Natur sein. Die Maßnahmen sind im Wesentlichen zu beschränken auf die Ueberwachung der Reisenden durch das Bahnpersonal, die Untersuchung der auf der Fahrt als choleraverdächtig erkannten Personen durch Aerzte und ihre Unterbringung in besondere Räumlichkeiten an sogenannten Uebergabestationen, sowie auf die Desinfizirung der Eisenbahnwagen, Gepäckstücke und — wo dies ausnahmsweise geboten sein sollte — der Frachtgüter.

Für die Untersuchung der Reisenden durch Aerzte ist im Allgemeinen die regelmäßige Anwesenheit eines Arztes bei Ankunft von Personenzügen nicht erforderlich. In der Regel werden Abkommen genügen, welche für den Fall des Vorkommens von Krankheits- oder Verdachtfällen unter den Reisenden die schleunige Heranziehung eines Arztes ermöglichen. Wird ausnahmsweise die ständige Stationirung eines Arztes auf dem Bahnhofe bei Ankunft aller Personenzüge für erforderlich gehalten, so ist hierzu die Genehmigung des mitunterzeichneten Ministers der geistlichen 2c. Angelegenheiten einzuholen. Desgleichen bedarf es zur Einrichtung von Uebergabestationen der vorherigen Genehmigung des Ministers der geistlichen 2c. Angelegenheiten. Als Uebergabestationen sind thunlichst größere Orte zu wählen, an welchen geeignete Anstalten zur Aufnahme Erkrankter oder Krankheitsverdächtiger vorhanden sind.

IV. Behördlich angeordnete bakteriologische Untersuchungen auf Cholera, welche an den hierfür seitens der Centralbehörde bestimmten Stellen ausgeführt werden, sind Maßregeln landespolizeilicher Natur, deren Kosten der Staatskasse zur Last fallen. Schließlich wird in Erinnerung gebracht, daß in Gemäßheit des Eingangs bezeichneten Runderlasses die Anträge auf Anweisung der Kosten für Maßnahmen gegen die Cholera auf die Staatskasse periodisch am Schlusse jedes Monats einzureichen sind. Die vorschußweise Zahlung dieser Kosten ist auf dringende Fälle zu beschränken.

Der Minister des Innern. Im Auftrage. Haase.

Der Minister für Handel und Gewerbe. In Vertretung. Lohmann.

Der Finanz-Minister. In Vertretung. Meinecke.

Der Kriegs-Minister. Im Auftrage. v. Coler.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten. Im Auftrage. Ulrich.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. Im Auftrage. Löwenberg.

Im Einzelnen wurde an den vorgeschlagenen Fassungen von den Regierungsvertretern beanstandet, daß der Nämliche, dem nach §. 29 die Entschädigungspflicht in den dort vorgesehenen Fällen auferlegt sei, auch die hier in Betracht kommenden Kosten tragen solle. Es könne doch in Frage kommen, ob hier nicht die Last auf andere Schultern zu legen wäre, selbst wenn die Bezahlung ausschließlich aus öffentlichen Mitteln erfolgen solle. Auch dem begüterten Theil der Bevölkerung auf Kosten der Allgemeinheit unentgeltlich den Nutzen polizeilicher Maßnahmen, z. B. die Desinfektion der Wohnungen, die Desinfektion und Reinigung von Bettwäsche, Kleidungsstücken zukommen zu lassen, gehe zu weit.

Die Fassung 1 und 2 wurde zu Gunsten derjenigen unter 3 zurückgezogen. In dieser ist bestimmt, daß die Kosten der Desinfektion und der besonderen Vorsichtsmaßregeln für die Bestattung 2c. von Leichen nur auf Antrag aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten sind. Es soll dadurch erreicht werden, daß die bezüglichen Kosten nur bei der minderbemittelten Bevölkerung aus öffentlichen Mitteln beglichen zu werden brauchen. Die Fassung unter 5 schließt sich den zum Viehseuchengesetz erlassenen landesrechtlichen Bestimmungen über den Kostenpunkt an.

Von einem Theile der Kommissionsmitglieder wurde erheblicher Werth darauf gelegt, daß die Bestimmung Annahme finde, wonach die in Frage stehenden Aufwendungen nicht als öffentliche Armenunterstützungen den Betheiligten angerechnet werden dürfen. Die Mehrheit der Kommission war jedoch der Auffassung, daß eine solche Vorschrift sich erübrige. Wenn gesagt sei, daß die Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten seien, und wenn nicht der Vorbehalt des Falles der Bedürftigkeit der dabei in Betracht kommenden Personen gemacht werde, sei es selbstverständlich, daß die Leistungen nicht als Armenunterstützungen angesehen werden können. Diese Auffassung wurde von den Regierungsvertretern als durchaus zutreffend erklärt.

Bei der Abstimmung fand die Fassung unter 3 Annahme; die Fassungen 4 und 5 wurden abgelehnt.

In der zweiten Lesung wurde beantragt, die §§. 36 und 36a zu verschmelzen und als einzigen §. 36 folgende Bestimmung aufzunehmen:

„Die Anordnung und Leitung der Abwehr- und Unterdrückungsmaßregeln liegt den Landesregierungen und deren Organen ob.

Die Zuständigkeit der Behörden und die Aufbringung der entstehenden Kosten regelt sich nach Landesrecht.

Die Kosten der auf Grund des §. 6 angestellten behördlichen Ermittelungen, der Beobachtung in den Fällen des §. 12, ferner auf Antrag die Kosten der auf Grund des §. 19 polizeilich angeordneten und überwachten Desinfektion und der auf Grund des §. 21 angeordneten besonderen Vorsichtsmaßregeln für die Aufbewahrung, Einsargung, Beförderung und Bestattung der Leichen sind aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten.

Die Landesregierungen bestimmen, welche Körperschaften unter der Bezeichnung Gemeinde, weiterer Kommunalverband und kommunale Körperschaft zu verstehen sind."

Regierungsseitig wurden nochmals die Gründe hervorgehoben, welche es zweckmäßig erscheinen ließen, den Einzelregierungen freie Hand in der Regelung des Kostenpunktes zu lassen, während die Mitglieder der Kommission daran festhielten, jedenfalls eine Belastung der von den polizeilichen Maßnahmen Betroffenen durch die Kosten thunlichst zu verhüten. Es wurde geltend gemacht, daß durch die vorgeschlagene Fassung keineswegs ausschließlich dem Staat die Kostenpflicht überbürdet sei. Es solle nur die Verwendung ausschließlich öffentlicher Mittel zur Kostendeckung zulässig sein, die Heranziehung auch von Gemeindemitteln oder Geldern der Kommunalverbände sei hiernach nicht ausgeschlossen. Da Desinfektions- und Bestattungskosten nur auf Antrag aus öffentlichen Mitteln bestritten werden sollen, lasse sich erwarten, daß nur diejenigen die Uebernahme der Kosten auf die dazu bestimmten öffentlichen Kassen beantragen würden, denen die Bestreitung aus eigenen Mitteln billiger Weise nicht zugemuthet werden könne. Allseitige Uebereinstimmung bestand darüber, daß in den Fällen des §. 21 nur diejenigen Kosten, welche durch die besonderen Vorsichtsmaßregeln für die Aufbewahrung, Einsargung, Beförderung und Bestattung der Leichen ent-

stehen, aus öffentlichen Mitteln sollen bestritten werden, daß dagegen hinsichtlich der Verpflichtung zur Tragung der regelmäßigen Kosten für Bestattung der Leichen durch die vorgeschlagene Bestimmung nichts geändert werden solle.

Die beantragte Fassung wurde einstimmig angenommen.

Der wiederholt gestellte Antrag, zu bestimmen, daß die in Frage stehenden Aufwendungen nicht als öffentliche Armenunterstützungen anzusehen sind, wurde abgelehnt, nachdem von den Regierungsvertretern von Neuem die Auffassung der Mehrheit der Kommission als richtig bezeichnet worden war, daß nach dem Wortlaute der Bestimmung die Anrechnungsfähigkeit der in Betracht kommenden Leistungen als Armenunterstützung ausgeschlossen sei.

§. 37

wurde ohne Erinnerung angenommen.

§. 38.

Hierzu wurde auf Anregung aus der Kommission von einem Regierungsvertreter folgende Erläuterung gegeben:

Der Sinn der Bestimmung in Abs. 2 ist nicht der, daß bei Truppenübungen Beschränkungen aus Anlaß einer Seuchengefahr nicht zulässig sein sollen. Es soll nur zum Ausdruck gebracht werden, daß die von der Polizeibehörde etwa angeordneten Verkehrsbeschränkungen für die Bestimmungen der militärischen Kommandostellen über Truppenübungen nicht maßgebend sind, sondern daß die Entscheidung darüber, welche Beschränkungen in den Truppenübungen beim Auftreten einer Seuche einzutreten haben, ausschließlich von den zuständigen militärischen Stellen zu treffen ist. Selbstverständlich wird aber von militärischer Seite bei Abhaltung von Truppenübungen den gesundheitlichen Interessen sowohl der Truppen als der Allgemeinheit in vollem Umfang Rechnung getragen werden. Kontrolversammlungen gelten in dieser Beziehung nicht als Truppenübungen und unterliegen mithin den allgemeinen Verkehrsbeschränkungen.

Der §. 38 wurde hierauf unverändert angenommen.

§. 39.

Es wurde beanstandet, daß nach dem Abs. 2 polizeiliche Verkehrsbeschränkungen und Desinfektionsmaßnahmen gegen das Eisenbahn-, Post- und Telegraphenpersonal nicht zulässig sein sollen. Von den Vertretern der verbündeten Regierungen wurde auf die Motive zu diesem Paragraphen hingewiesen, wonach keineswegs die gebotenen Vorsichtsmaßnahmen gegenüber diesem Personal außer Anwendung zu bleiben haben, vielmehr für dasselbe die allgemeinen Anordnungen zur Abwehr der Seuchegefahr ebenfalls maßgebend, und nur der Vollzug den Behörden der Betriebsverwaltungen vorbehalten sein soll. Hiergegen wurde geltend gemacht, daß es nichtstaatlichen Kleinbahnen gegenüber doch erwünscht sein könne, die Befugniß zu polizeilichen Vorsichtsanordnungen in der Hand zu behalten.

Es wurde folgender Antrag gestellt und angenommen:

„Für den Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr sowie für Schiffahrtsbetriebe, welche im Anschluß an den Eisenbahnverkehr geführt werden und der staatlichen Eisenbahnaufsichtsbehörde unterstellt sind, werden die näheren Bestimmungen insbesondere darüber, in wie weit weitergehende Verkehrsbeschränkungen und Desinfektionsmaßregeln

1. gegen während der Beförderung erkrankte oder krankheitsverdächtig gewordene Personen,
2. gegen die im Dienste befindlichen oder aus dienstlicher Veranlassung vorübergehend außerhalb ihres Wohnsitzes sich aufhaltenden Beamten und Arbeiter der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltungen sowie der genannten Schiffahrtsbetriebe

zulässig sind, vom Bundesrath erlassen.

Die Ausführung der nach Maßgabe dieser Bestimmungen zu ergreifenden Maßregeln steht ausschließlich den zuständigen Reichs- und Landesbehörden zu."

In zweiter Lesung wurde beantragt, Satz 1 der Regierungsvorlage unverändert zu belassen und an Stelle des Satzes 2 nachstehende Bestimmung als besonderen Abs. 2 folgen zu lassen:

„Inwieweit die auf Grund dieses Gesetzes polizeilich angeordneten Verkehrsbeschränkungen und Desinfektionsmaßnahmen

1. auf Personen, welche während der Beförderung als krank, krankheits- oder ansteckungsverdächtig befunden werden,
2. auf die im Dienst befindlichen oder aus dienstlicher Veranlassung vorübergehend außerhalb ihres Wohnsitzes sich aufhaltenden Beamten und Arbeiter der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltungen sowie der genannten Schiffahrtsbetriebe

Anwendung finden, bestimmt der Bundesrath."

Diesem Antrage wurde zugestimmt. Dabei bestand allseitige Uebereinstimmung darüber, daß mit der beschlossenen Abänderung ein Eingriff in die durch die Artikel 46 und 52 der Reichsverfassung gewährleistete Reservatstellung Bayerns und Württembergs nicht beabsichtigt werde, daß vielmehr die bezüglichen Reservatrechte, soweit sie hier einschlägig sind, auch gegenüber dieser Bestimmung gewahrt bleiben sollen.

§§. 40 bis 42

fanden unverändert Annahme.

§. 43.

In erster Lesung lagen folgende Anträge vor:

a) im Abs. 1 in den Nrn. 1, 2 die Worte „in Gebrauch nimmt" zu streichen;
b) im gleichen Absatz die Nr. 3 zu fassen:
„wer wissentlich Fahrzeuge oder sonstige Geräthschaften, welche zur Beförderung von Kranken oder Verstorbenen gedient haben, nachdem für diese eine polizeiliche Desinfektion angeordnet worden war, zur Beförderung von Personen benutzt oder Anderen zur Benutzung überläßt;"
c) den Abs. 3 zu streichen.

Der Antragsteller erklärte, damit nicht einverstanden sein zu können, daß auch derjenige mit Strafe bedroht werde, der einen infektionsverdächtigen Gegenstand vor Ausführung der Desinfektion selbst in Gebrauch nimmt oder im Falle der Nr. 3 des Abs. 1 seinen Wagen selbst zu einer Fahrt benutzt; der Umstand, daß Jemand sich selbst in Gefahr begiebt, sei kein Grund, mit Strafe gegen ihn einzuschreiten; davon abgesehen gehe es zu weit, wenn man jede Art des Gebrauchens oder Benutzens infektionsverdächtiger Gegenstände verbiete, insbesondere in der Nr. 2, nach der sich das Verbot auf alle beweglichen Gegenstände erstrecke, die von dem Kranken gebraucht oder zu seiner Behandlung oder Pflege benutzt worden sind. Der Abs. 3 werde schon deswegen zu streichen sein, weil bei den vielen Wegen, auf denen die Ansteckung sich vollziehen könne, niemals der Beweis zu erbringen sei, daß die Erkrankung eines Anderen die Folge einer bestimmten strafbaren Handlung war; im Uebrigen liege eine zu große Härte darin, daß der Richter gezwungen sein soll, gegen

eine Person, welche das Unglück hatte, die Erkrankung eines nahen Angehörigen zu verursachen, auf Gefängniß von mindestens drei Monaten zu erkennen.

Hinsichtlich des Abs. 3 wurden die gleichen Bedenken auch von anderen Mitgliedern der Kommission geäußert.

Für die Vorschriften des Entwurfs wurde von den Regierungsvertretern geltend gemacht: Die Bestrafung auch desjenigen, der infektionsverdächtige Gegenstände wissentlich selbst in Gebrauch nimmt, sei gerechtfertigt und nothwendig, weil seine Unvorsichtigkeit eine Gefahr nicht nur für seine eigene Person sondern auch für seine Umgebung in sich schließe. Die Beschränkungen, welche der Entwurf dem Einzelnen hinsichtlich des Gebrauchs infektionsverdächtiger Gegenstände auferlege, abzuschwächen, erscheine aus sanitären Gründen im höchsten Grade bedenklich. Es sei im Auge zu behalten, daß es sich in dem Entwurfe nur um die gefährlichsten der ansteckenden Krankheiten handle. Die Höhe der angedrohten Strafen mit Einschluß der im Abs. 3 vorgesehenen Verschärfung entspreche den Bestimmungen im §. 327 des Strafgesetzbuchs, auf Grund dessen die Bestrafung der wissentlichen Verletzung von Desinfektionsanordnungen zu erfolgen habe, die sich gegen ansteckende Krankheiten auch minder gefährlicher Art richten; von jener Vorschrift weiche der Entwurf nur insofern ab, als er die Annahme mildernder Umstände zulasse. Daß der Beweis des Zusammenhanges zwischen einer der hier fraglichen Handlungen und der Erkrankung eines Anderen sich in keinem Falle erbringen lasse, könne nicht zugegeben werden.

Die Anträge unter a und b wurden demnächst zurückgezogen; der Antrag c auf Streichung des Abs. 3 fand die Zustimmung der Mehrheit.

In zweiter Lesung wurde zunächst von den Regierungsvertretern die Wiederherstellung des Abs. 3 dringend befürwortet. Die Mehrheit der Kommission war aber der Anschauung, daß es bei der Streichung zu belassen sei. Schließlich wurde der Antrag gestellt, — unter Aufrechterhaltung der Streichung des Abs. 3 — im Abs. 1 die obere Strafgrenze von zwei Jahren auf drei Jahre Gefängniß hinaufzusetzen. Dieser Antrag wurde angenommen.

§. 44.

Hierzu lag in erster Lesung der Antrag vor, die Nr. 1 dieses Paragraphen als Nr. 1 des §. 45 zu setzen.

Von einem Regierungsvertreter wurde bemerkt: Die Versetzung der Nr. 1 nach §. 45, mit welcher der Antragsteller wohl nur eine mildere als die im Entwurf vorgesehene Bestrafung ermöglichen wolle, werde in Fällen wissentlicher Verletzung der Anzeigepflicht zur Folge haben können, daß eine schwerere als die nach dem Entwurf zulässige Strafe eintrete, nämlich dann, wenn das erkennende Gericht den Thatbestand des §. 327 des Strafgesetzbuchs für gegeben erachte; nach dem Entwurfe könne allerdings unter zehn Mark Geldstrafe nicht herabgegangen werden; auf der anderen Seite solle aber, wie in der Begründung zum Ausdruck gebracht sei, auch im Falle wissentlicher Verletzung der Anzeigepflicht die Anwendung der schwereren Strafbestimmungen des §. 327 des Strafgesetzbuchs ausgeschlossen sein.

Der Antrag wurde darauf zurückgezogen.

§. 45.

Hier waren Anträge nicht gestellt worden.

Es wurde beschlossen, einen neuen

§. 45 a

mit folgendem Inhalt aufzunehmen:

„Die vom Bundesrath zur Ausführung dieses Gesetzes erlassenen allgemeinen Bestimmungen sind dem Reichstag zur Kenntnißnahme vorzulegen."

§. 46

wurde unverändert angenommen.

§. 47.

Da gegenüber der drohenden Pestgefahr es erwünscht erscheint, sobald wie möglich die in dem Entwurfe vorgesehenen Handhaben zu einer wirksamen Bekämpfung der Seuche zu erhalten, wurde beschlossen, das Inkrafttreten des Gesetzes mit dem Tage seiner Verkündung in Vorschlag zu bringen und demgemäß den §. 47, wie folgt, zu fassen:

„Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft."

Sache der Einzelregierungen sei es, so bald wie möglich die Ausführungsbestimmungen über die in dem Entwurfe der landesrechtlichen Regelung überwiesenen Punkte zu erlassen. Sollte schon vorher die Anwendung des Gesetzes zur Seuchenbekämpfung nothwendig werden, so bleibe den Landesregierungen anheimgestellt, die gebotenen vorläufigen Anordnungen zu erlassen, insbesondere dafür Sorge zu treffen, wer die Kosten der in den §§. 28 und 28a festgesetzten Entschädigungen sowie der Schutz- und Abwehrmaßnahmen einstweilen zu tragen habe.

In zweiter Lesung wurde, nachdem Ueberschrift und Einleitung genehmigt, das ganze Gesetz angenommen.

Die eingegangenen Petitionen wurden durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt erklärt.

Die Kommission stellt hiernach die Anträge:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. dem vorliegenden Gesetzentwurf in der aus der angeschlossenen Zusammenstellung ersichtlichen Fassung die verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen;
2. folgende Resolution anzunehmen:
   den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen baldigst für das ganze Reichsgebiet eine allgemeine obligatorische Leichenschau vorgeschrieben wird;
3. die bei dem Reichstage zu dem vorliegenden Gesetzentwurf eingegangenen Petitionen durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt zu erklären.

Berlin, den 16. Mai 1900.

Die XXIV. Kommission.

Gamp, Vorsitzender. Dr. **Endemann,** Berichterstatter. **Bandert. Firzlaff. Hartmann. Himburg. Hofmann** (Ellwangen). **Lotze.** Dr. **Müller** (Sagan). **Rembold. Schrader. Uhlemann.** Dr. **Weißenhagen. Wurm.**

Zusammenstellung

des

Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten

— Nr. 690 der Drucksachen —

mit

den Beschlüssen der XXIV. Kommission.

Vorlage.	Beschlüsse der Kommission.
Entwurf eines Gesetzes, betreffend **die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten.**	**Entwurf eines Gesetzes,** betreffend **die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten.**
Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:	**Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.** verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:
Anzeigepflicht.	**Anzeigepflicht.**
§. 1.	§. 1.
Jede Erkrankung und jeder Todesfall an Aussatz (Lepra), Cholera (asiatischer), Fleckfieber (Flecktyphus), Gelbfieber, Pest (orientalischer Beulenpest), Pocken (Blattern), sowie jeder Fall, welcher den Verdacht einer dieser Krankheiten erweckt, ist der für den Aufenthaltsort des Erkrankten oder den Sterbeort zuständigen Polizeibehörde unverzüglich anzuzeigen. Wechselt der Erkrankte den Aufenthaltsort, so ist dies unverzüglich bei der Polizeibehörde des bisherigen und des neuen Aufenthaltsorts zur Anzeige zu bringen.	Unverändert.
§. 2.	§. 2.
Zur Anzeige sind verpflichtet: 1. der zugezogene Arzt, 2. der Haushaltungsvorstand, 3. jede sonst mit der Behandlung oder Pflege des Erkrankten beschäftigte Person,	Unverändert.

Vorlage.	Beschlüsse der Kommission.
4. derjenige, in dessen Wohnung oder Behausung der Erkrankungs- oder Todesfall sich ereignet hat, 5. der Leichenschauer. Die Verpflichtung der unter Nr. 2 bis 5 genannten Personen tritt nur dann ein, wenn ein früher genannter Verpflichteter nicht vorhanden ist.	
§. 3. Für Krankheits- und Todesfälle, welche sich in öffentlichen Kranken-, Entbindungs-, Pflege-, Gefangenen- und ähnlichen Anstalten ereignen, ist der Vorsteher der Anstalt oder die von der zuständigen Stelle damit beauftragte Person ausschließlich zur Erstattung der Anzeige verpflichtet. Auf Schiffen oder Flößen gilt als der zur Erstattung der Anzeige verpflichtete Haushaltungsvorstand der Schiffer oder Floßführer oder deren Stellvertreter. Der Bundesrath ist ermächtigt, Bestimmungen darüber zu erlassen, an wen bei Krankheits- und Todesfällen, welche auf Schiffen oder Flößen vorkommen, die Anzeige zu erstatten ist.	§. 3. Unverändert.
§. 4. Die Anzeige kann mündlich oder schriftlich erstattet werden. Die Polizeibehörden haben auf Verlangen Meldekarten für schriftliche Anzeigen unentgeltlich zu verabfolgen.	§. 4. Unverändert.
§. 5. Landesrechtliche Bestimmungen, welche eine weitergehende Anzeigepflicht begründen, werden durch dieses Gesetz nicht berührt. Durch Beschluß des Bundesraths können die Vorschriften über die Anzeigepflicht (§§. 1 bis 4) auf andere als die im §. 1 Abs. 1 genannten übertragbaren Krankheiten ausgedehnt werden.	§. 5. Unverändert.
Ermittelung der Krankheit. §. 6. Die Polizeibehörde muß, sobald sie von dem Ausbruch oder dem Verdachte des Auftretens einer der im §. 1 Abs. 1 genannten Krankheiten (gemeingefährliche Krankheiten) Kenntniß erhält, den zuständigen beamteten Arzt benachrichtigen. Dieser hat alsdann unverzüglich an Ort und Stelle Ermittelungen über die Art, den Stand und die Ursache der Krankheit vorzunehmen und der Polizeibehörde eine Erklärung darüber abzugeben, ob der Ausbruch der Krankheit festgestellt oder der Verdacht des Ausbruchs begründet ist. In Nothfällen kann der beamtete Arzt die Ermittelung auch vornehmen, ohne daß ihm eine Nachricht der Polizeibehörde zugegangen ist. In Ortschaften mit mehr als 10 000 Einwohnern ist nach den Bestimmungen des Abs. 1 auch dann zu verfahren, wenn Erkrankungs- oder Todesfälle in einem räumlich abgegrenzten Theile der Ortschaft, welcher von der Krankheit bis dahin verschont geblieben war, vorkommen. Die höhere Verwaltungsbehörde kann Ermittelungen über jeden einzelnen Krankheits- oder Todesfall anordnen. So lange eine solche Anordnung nicht getroffen ist, sind nach der ersten Feststellung der Krankheit von dem beamteten Arzte Ermittelungen nur im Einverständnisse mit der unteren Verwaltungsbehörde und nur insoweit vorzunehmen, als dies erforderlich ist, um die Ausbreitung der Krankheit örtlich und zeitlich zu verfolgen.	**Ermittelung der Krankheit.** §. 6. Unverändert.
§. 7. Dem beamteten Arzte ist der Zutritt zu dem Kranken oder zur Leiche und die Vornahme der zu den Ermittelungen über die Krankheit erforderlichen Untersuchungen zu gestatten.	§. 7. Dem beamteten Arzte ist, **soweit er es zur Feststellung der Krankheit für erforderlich und ohne Schädigung des Kranken für zulässig hält,** der Zu-

Vorlage.

Auch kann bei Cholera-, Gelbfieber- und Pestverdacht eine Oeffnung der Leiche polizeilich angeordnet werden, insoweit dies zur Feststellung der Krankheit erforderlich ist.

Der behandelnde Arzt ist berechtigt, den Untersuchungen, insbesondere auch der Leichenöffnung beizuwohnen.

Die in §§. 2 und 3 aufgeführten Personen sind verpflichtet, über alle für die Entstehung und den Verlauf der Krankheit wichtigen Umstände dem beamteten Arzte und der zuständigen Behörde auf Befragen Auskunft zu ertheilen.

§. 8.

Ist nach dem Gutachten des beamteten Arztes der Ausbruch der Krankheit festgestellt oder der Verdacht des Ausbruchs begründet, so hat die Polizeibehörde unverzüglich die erforderlichen Schutzmaßregeln zu treffen.

§. 9.

Bei Gefahr im Verzuge kann der beamtete Arzt schon vor dem Einschreiten der Polizeibehörde die zur Verhütung der Verbreitung der Krankheit zunächst erforderlichen Maßregeln anordnen. Der Vorsteher der Ortschaft hat den von dem beamteten Arzte getroffenen Anordnungen Folge zu leisten. Von den Anordnungen hat der beamtete Arzt der Polizeibehörde sofort schriftliche Mittheilung zu machen.

§. 10.

Für Ortschaften und Bezirke, welche von einer gemeingefährlichen Krankheit befallen oder bedroht sind, sowie für deren Umgegend kann durch die zuständige Behörde angeordnet werden, daß jede Leiche vor der Bestattung einer amtlichen Besichtigung (Leichenschau) zu unterwerfen ist.

Schutzmaßregeln.

§. 11.

Zur Verhütung der Verbreitung der gemeingefährlichen Krankheiten können für die Dauer der Krankheitsgefahr Absperrungs- und Aufsichtsmaßregeln nach Maßgabe der §. 12 bis 21 polizeilich angeordnet werden.

Die Anfechtung der Anordnungen hat keine aufschiebende Wirkung.

§. 12.

Kranke und krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen können einer Beobachtung unterworfen, auch zu diesem Zwecke, sofern sie obdachlos oder ohne festen Wohnsitz sind oder berufs- oder gewohnheitsmäßig umherziehen, in der Wahl des Aufenthalts oder der Arbeitsstätte beschränkt werden.

§. 13.

Die höhere Verwaltungsbehörde kann für den Umfang ihres Bezirkes oder für Theile desselben anordnen, daß zureisende Personen, sofern sie sich innerhalb einer zu bestimmenden Frist vor ihrer Ankunft in Ortschaften oder Bezirken aufgehalten haben, in welchen eine gemeingefährliche Krankheit ausgebrochen ist, nach ihrer Ankunft der Ortspolizeibehörde zu melden sind.

§. 14.

Für kranke und krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen kann eine Absonderung angeordnet werden.

Beschlüsse der Kommission.

tritt zu dem Kranken oder zur Leiche und die Vornahme der zu den Ermittelungen über die Krankheit erforderlichen Untersuchungen zu gestatten. Auch kann bei Cholera-, Gelbfieber- und Pestverdacht eine Oeffnung der Leiche polizeilich angeordnet werden, **insoweit der beamtete Arzt** dies zur Feststellung der Krankheit **für** erforderlich **hält.**

Der behandelnde Arzt ist berechtigt, den Untersuchungen, insbesondere auch der Leichenöffnung beizuwohnen.

Die in §§. 2 und 3 aufgeführten Personen sind verpflichtet, über alle für die Entstehung und den Verlauf der Krankheit wichtigen Umstände dem beamteten Arzte und der zuständigen Behörde auf Befragen Auskunft zu ertheilen.

§. 8.

Unverändert.

§. 9.

Bei Gefahr im Verzuge kann der beamtete Arzt schon vor dem Einschreiten der Polizeibehörde die zur Verhütung der Verbreitung der Krankheit zunächst erforderlichen Maßregeln anordnen. Der Vorsteher der Ortschaft hat den von dem beamteteten Arzte getroffenen Anordnungen Folge zu leisten. Von den Anordnungen hat der beamtete Arzt der Polizeibehörde sofort schriftliche Mittheilung zu machen; **sie bleiben so lange in Kraft, bis von der zuständigen Behörde anderweite Verfügung getroffen wird.**

§. 10.

Für Ortschaften und Bezirke, welche von einer gemeingefährlichen Krankheit befallen oder bedroht sind, kann durch die zuständige Behörde angeordnet werden, daß jede Leiche vor der Bestattung einer amtlichen Besichtigung (Leichenschau) zu unterwerfen ist.

Schutzmaßregeln.

§. 11.

Unverändert.

§. 12.

Kranke und krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen können einer Beobachtung unterworfen **werden. Eine Beschränkung** in der Wahl des Aufenthalts oder der Arbeitsstätte **ist** zu diesem Zwecke **nur bei Personen zulässig, welche** obdachslos oder ohne festen Wohnsitz sind oder berufs- oder gewohnheitsmäßig umherziehen.

§. 13.

Unverändert.

§. 14.

Für kranke und krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen kann eine Absonderung angeordnet werden.

Vorlage.

Die Absonderung kranker Personen hat derart zu erfolgen, daß der Kranke mit anderen als den zu seiner Behandlung und Pflege bestimmten Personen nicht in Berührung kommt und eine Verbreitung der Krankheit thunlichst ausgeschlossen ist. Werden auf Erfordern der Polizeibehörde in der Behausung des Kranken die zu diesem Zwecke nothwendigen Einrichtungen nicht getroffen, so kann, falls der beamtete Arzt es für unerläßlich und ohne Schädigung des Kranken für zulässig erklärt, die Ueberführung des Kranken in ein Krankenhaus oder in einen anderen geeigneten Unterkunftsraum angeordnet werden. Dasselbe gilt, wenn die Absonderung nach dem Gutachten des beamteten Arztes in anderer Weise nicht durchführbar ist.

Auf die Absonderung krankheits- oder ansteckungsverdächtiger Personen finden die Bestimmungen des Abs. 2 sinngemäße Anwendung. Jedoch dürfen krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen nicht in demselben Raume mit kranken Personen untergebracht werden, auch sollen ansteckungsverdächtige Personen von krankheitsverdächtigen Personen soweit möglich getrennt bleiben.

Wohnungen oder Häuser, in welchen erkrankte Personen sich befinden, können kenntlich gemacht werden.

Für das berufsmäßige Pflegepersonal können Verkehrsbeschränkungen angeordnet werden.

§. 15.

Die Landesbehörden sind befugt, für Ortschaften und Bezirke, welche von einer gemeingefährlichen Krankheit befallen oder bedroht sind,

1. hinsichtlich der gewerbsmäßigen Herstellung, Behandlung und Aufbewahrung sowie hinsichtlich des Vertriebs von Gegenständen, welche geeignet sind, die Krankheit zu verbreiten, eine gesundheitspolizeiliche Ueberwachung und die zur Verhütung der Verbreitung der Krankheit erforderlichen Maßregeln anzuordnen; die Ausfuhr von Gegenständen der bezeichneten Art darf aber nur für Ortschaften verboten werden, in denen Cholera, Flecktfieber, Pest oder Pocken ausgebrochen sind,
2. Gegenstände der in Nr. 1 bezeichneten Art vom Gewerbebetrieb im Umherziehen auszuschließen,
3. die Abhaltung von Märkten, Messen und anderen Veranstaltungen, welche eine Ansammlung größerer Menschenmengen mit sich bringen, zu verbieten oder zu beschränken,
4. die in der Schiffahrt, der Flößerei oder sonstigen Transportbetrieben beschäftigten Personen einer gesundheitspolizeilichen Ueberwachung zu unterwerfen und kranke, krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen sowie Gegenstände, von denen anzunehmen ist, daß sie mit dem Krankheitsstoffe behaftet sind, von der Beförderung auszuschließen,
5. den Schiffahrts- und Flößereiverkehr auf bestimmte Tageszeiten zu beschränken.

§. 16.

Jugendliche Personen aus Behausungen, in denen Erkrankungen vorgekommen sind, können zeitweilig vom Schul- und Unterrichtsbesuche fern gehalten werden. Hinsichtlich der sonstigen für die Schulen anzuordnenden Schutzmaßregeln bewendet es bei den landesrechtlichen Bestimmungen.

Beschlüsse der Kommission.

Die Absonderung kranker Personen hat derart zu erfolgen, daß der Kranke mit anderen als den zu seiner Pflege bestimmten Personen, **dem Arzte oder dem Seelsorger** nicht in Berührung kommt und eine Verbreitung der Krankheit thunlichst ausgeschlossen ist. Werden auf Erfordern der Polizeibehörde in der Behausung des Kranken die **nach dem Gutachten des beamteten Arztes** zu diesem Zwecke nothwendigen Einrichtungen nicht getroffen, so kann, falls der beamtete Arzt es für unerläßlich und ohne Schädigung des Kranken für zulässig erklärt, die Ueberführung des Kranken in ein **geeignetes** Krankenhaus oder in einen anderen geeigneten Unterkunftsraum angeordnet werden.

Auf die Absonderung krankheits- oder ansteckungsverdächtiger Personen finden die Bestimmungen des Abs. 2 sinngemäße Anwendung. Jedoch dürfen krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen nicht in demselben Raume mit kranken Personen untergebracht werden. Ansteckungsverdächtige Personen **dürfen in demselben Raume** mit krankheitsverdächtigen Personen **nur untergebracht werden, soweit der beamtete Arzt es für zulässig hält.**

Wohnungen oder Häuser, in welchen erkrankte Personen sich befinden, können kenntlich gemacht werden.

Für das berufsmäßige Pflegepersonal können Verkehrsbeschränkungen angeordnet werden.

§. 15.

Unverändert.

§. 16.

Unverändert.

Vorlage.

§. 17.

In Ortschaften, welche von Cholera, Fleckfieber, Pest oder Pocken befallen oder bedroht sind, sowie in deren Umgegend kann die Benutzung von Brunnen, Teichen, Seen, Wasserläufen, Wasserleitungen sowie der dem öffentlichen Gebrauche dienenden Bade-, Schwimm-, Wasch- und Bedürfnißanstalten verboten oder beschränkt werden.

§. 18.

Die Räumung von Wohnungen und Gebäuden, in denen Erkrankungen vorgekommen sind, kann, insoweit der beamtete Arzt es zur wirksamen Bekämpfung der Krankheit für unerläßlich erklärt, angeordnet werden. Den betroffenen Bewohnern ist anderweit geeignete Unterkunft unentgeltlich zu bieten.

§. 19.

Für Gegenstände und Räume, von denen anzunehmen ist, daß sie mit dem Krankheitsstoffe behaftet sind, kann eine Desinfektion angeordnet werden.

Für Reisegepäck und Handelswaaren ist bei Aussatz, Cholera und Gelbfieber die Anordnung der Desinfektion nur dann zulässig, wenn die Annahme, daß die Gegenstände mit dem Krankheitsstoffe behaftet sind, durch besondere Umstände begründet ist.

Ist die Desinfektion nicht ausführbar oder im Verhältnisse zum Werthe der Gegenstände zu kostspielig, so kann die Vernichtung angeordnet werden.

§. 20.

Zum Schutze gegen Pest können Maßregeln zur Vertilgung und Fernhaltung von Ratten, Mäusen und anderem Ungeziefer angeordnet werden.

§. 21.

Für die Aufbewahrung, Einsargung, Beförderung und Bestattung der Leichen von Personen, welche an einer gemeingefährlichen Krankheit gestorben sind, können besondere Vorsichtsmaßregeln angeordnet werden.

§. 22.

Der Bundesrath ist ermächtigt, Bestimmungen über die Ausführung der in den §§. 12 bis 21 vorgesehenen Schutzmaßregeln, insbesondere der Desinfektion zu beschließen.

§. 23.

Die zuständige Landesbehörde kann die Gemeinden und im Falle ihrer Leistungsunfähigkeit die weiteren Kommunalverbände dazu anhalten, diejenigen Einrichtungen, welche zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Krankheiten nothwendig sind, zu treffen. Wegen Aufbringung der erforderlichen Kosten findet die Bestimmung des §. 36 Satz 2 Anwendung.

§. 24.

Zur Verhütung der Einschleppung der gemeingefährlichen Kranheiten aus dem Auslande kann der Einlaß der Seeschiffe von der Erfüllung gesundheitspolizeilicher Vorschriften abhängig gemacht, sowie

1. der Einlaß anderer dem Personen- oder Frachtverkehre dienenden Fahrzeuge,
2. die Ein- und Durchfuhr von Waaren und Gebrauchsgegenständen,
3. der Eintritt und die Beförderung von Personen, welche aus dem von der Krankheit befallenen Lande kommen,

verboten oder beschränkt werden.

Beschlüsse der Kommission.

§. 17.

Unverändert.

§. 18.

Die **gänzliche oder theilweise** Räumung von Wohnungen und Gebäuden, in denen Erkrankungen vorgekommen sind, kann, insoweit der beamtete Arzt es zur wirksamen Bekämpfung der Krankheit für unerläßlich erklärt, angeordnet werden. Den betroffenen Bewohnern ist anderweit geeignete Unterkunft unentgeltlich zu bieten.

§. 19.

Unverändert.

§. 20.

Unverändert.

§. 21.

Unverändert.

§. 22.

Die Bestimmungen über die Ausführung der in den §§. 12 bis 21 vorgesehenen Schutzmaßregeln, insbesondere der Desinfektion, **werden vom** Bundesrath **erlassen.**

§. 23.

Die zuständige Landesbehörde kann die Gemeinden **oder** die weiteren Kommunalverbände dazu anhalten, diejenigen Einrichtungen, welche zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Krankheiten nothwendig sind, zu treffen. Wegen Aufbringung der erforderlichen Kosten findet die Bestimmung des §. 36 **Absatz** 2 Anwendung.

§. 24.

Unverändert.

Vorlage.

Der Bundesrath ist ermächtigt, Vorschriften über die hiernach zu treffenden Maßregeln zu beschließen. Soweit sich diese Vorschriften auf die gesundheitspolizeiliche Ueberwachung der Seeschiffe beziehen, können sie auf den Schiffsverkehr zwischen deutschen Häfen erstreckt werden.

§. 25.

Wenn eine gemeingefährliche Krankheit im Ausland oder im Küstengebiete des Reichs ausgebrochen ist, so bestimmt der Reichskanzler oder für das Gebiet des zunächst bedrohten Bundesstaats im Einvernehmen mit dem Reichskanzler die Landesregierung, wann und in welchem Umfange die gemäß §. 24 Abs. 2 erlassenen Vorschriften in Vollzug zu setzen sind.

§. 26.

Der Bundesrath ist ermächtigt, Vorschriften über die Ausstellung von Gesundheitspässen für die aus deutschen Häfen ausgehenden Seeschiffe zu beschließen.

§. 27.

Der Bundesrath ist ermächtigt, über die bei der Ausführung wissenschaftlicher Arbeiten mit Krankheitserregern zu beobachtenden Vorsichtsmaßregeln sowie über den Verkehr mit Krankheitserregern und deren Aufbewahrung Vorschriften zu erlassen.

Entschädigungen.

§. 28.

Für Gegenstände, welche in Folge einer nach Maßgabe dieses Gesetzes polizeilich angeordneten und überwachten Desinfektion derart beschädigt worden sind, daß sie zu ihrem bestimmungsmäßigen Gebrauche nicht weiter verwendet werden können, oder welche auf polizeiliche Anordnung vernichtet worden sind, ist vorbehaltlich der in §§. 32 und 33 angegebenen Ausnahmen auf Antrag Entschädigung zu gewähren.

§. 29.

Der landesrechtlichen Regelung bleibt vorbehalten, Bestimmungen darüber zu treffen:

1. von wem die Entschädigung zu gewähren und wie dieselbe aufzubringen ist,
2. binnen welcher Frist der Entschädigungsanspruch geltend zu machen ist,
3. wie die Entschädigung zu ermitteln und festzustellen ist.

Beschlüsse der Kommission.

§. 25.

Unverändert.

§. 26.

Unverändert.

§. 27.

Unverändert.

Entschädigungen.

§. 28. **(Neu.)**

Personen, welche der Invalidenversicherung unterliegen, haben für die Zeit, während der sie auf Grund des §. 12 in der Wahl des Aufenthalts oder der Arbeitsstätte beschränkt oder auf Grund des §. 14 abgesondert sind, Anspruch auf eine Entschädigung wegen des ihnen dadurch entgangenen Arbeitsverdienstes, bei deren Berechnung als Tagesarbeitsverdienst der dreihundertste Theil des für die Invalidenversicherung maßgebenden Jahresarbeitsverdienstes zu Grunde zu legen ist.

Dieser Anspruch fällt weg, insoweit auf Grund einer auf gesetzlicher Verpflichtung beruhenden Versicherung wegen einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit Unterstützung gewährt wird oder wenn eine Verpflegung auf öffentliche Kosten stattfindet.

§. 28a.

Für Gegenstände, welche in Folge einer nach Maßgabe dieses Gesetzes polizeilich angeordneten und überwachten Desinfektion derart beschädigt worden sind, daß sie zu ihrem bestimmungsmäßigen Gebrauche nicht weiter verwendet werden können, oder welche auf polizeiliche Anordnung vernichtet worden sind, ist vorbehaltlich der in §§. **31** und **32** angegebenen Ausnahmen auf Antrag Entschädigung zu gewähren.

§. 29 (jetzt: §. 33).

Vorlage.

Soweit landesrechtliche Bestimmungen hierüber nicht bestehen, liegt die Entschädigungspflicht den Gemeinden oder nach Bestimmung der Landesregierung einem weiteren Kommunalverband ob.

§. 30.

Als Entschädigung soll der gemeine Werth des Gegenstandes gewährt werden ohne Rücksicht auf die Minderung des Werthes, welche sich aus der Annahme ergiebt, daß der Gegenstand mit Krankheitsstoff behaftet sei. Wird der Gegenstand nur beschädigt oder theilweise vernichtet, so ist der verbleibende Werth auf die Entschädigung anzurechnen.

§. 31.

Die Entschädigung wird, sofern ein anderer Berechtigter nicht bekannt ist, demjenigen gezahlt, in dessen Gewahrsam sich der beschädigte oder vernichtete Gegenstand zur Zeit der Desinfektion befand. Mit dieser Zahlung erlischt jede Entschädigungsverpflichtung aus §. 28.

§. 32.

Eine Entschädigung auf Grund dieses Gesetzes wird nicht gewährt:

1. für Gegenstände, welche im Eigenthume des Reichs, eines Bundesstaats oder einer kommunalen Körperschaft sich befinden;
2. für Gegenstände, welche entgegen einem auf Grund des §. 15 Nr. 1 oder des §. 24 erlassenen Verbot aus- oder eingeführt worden sind.

§. 33.

Der Anspruch auf Entschädigung fällt weg:

1. wenn derjenige, welchem die Entschädigung zustehen würde, die beschädigten oder vernichteten Gegenstände oder einzelne derselben an sich gebracht hat, obwohl er wußte oder den Umständen nach annehmen mußte, daß dieselben bereits mit dem Krankheitsstoffe behaftet oder auf polizeiliche Anordnung zu desinfiziren waren;
2. wenn derjenige, welchem die Entschädigung zustehen würde oder in dessen Gewahrsam die beschädigten oder vernichteten Gegenstände sich befanden, zu der Desinfektion durch eine Zuwiderhandlung gegen dieses Gesetz oder eine auf Grund desselben getroffene Anordnung Veranlassung gegeben hat.

Allgemeine Vorschriften.

§. 34.

Die dem allgemeinen Gebrauche dienenden Einrichtungen für Versorgung mit Trink- oder Wirthschaftswasser und für Fortschaffung der Abfallstoffe sind fortlaufend durch staatliche Beamte zu überwachen.

Beschlüsse der Kommission.

§. 29.

Unverändert wie §. 30.

§. 30.

Die Entschädigung wird, sofern ein anderer Berechtigter nicht bekannt ist, demjenigen gezahlt, in dessen Gewahrsam sich der beschädigte oder vernichtete Gegenstand zur Zeit der Desinfektion befand. Mit dieser Zahlung erlischt jede Entschädigungsverpflichtung aus §. **28a.**

§. 31.

Unverändert wie §. 32.

§. 32.

Unverändert wie §. 33.

§. 33 (früher §. 29 der Vorlage).

Die Kosten der Entschädigungen sind aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten. Im Uebrigen bleibt der landesrechtlichen Regelung vorbehalten, Bestimmungen darüber zu treffen:

1. von wem die Entschädigung zu gewähren und wie dieselbe aufzubringen ist,
2. binnen welcher Frist der Entschädigungsanspruch geltend zu machen ist,
3. wie die Entschädigung zu ermitteln und festzustellen ist.

Allgemeine Vorschriften.

§. 34.

Die dem allgemeinen Gebrauche dienenden Einrichtungen für Versorgung mit Trink- oder Wirthschaftswasser und für Fortschaffung der Abfallstoffe sind fortlaufend durch staatliche Beamte zu überwachen.

Vorlage.

Die Gemeinden sind verpflichtet, für die Beseitigung der vorgefundenen gesundheitsgefährlichen Mißstände Sorge zu tragen. Sie können zur Herstellung von Einrichtungen der im Abs. 1 bezeichneten Art, sofern dieselben zum Schutze gegen übertragbare Krankheiten erforderlich sind, jederzeit angehalten werden.

Das Verfahren, in welchem über die hiernach gegen die Gemeinden zulässigen Anordnungen zu entscheiden ist, richtet sich nach Landesrecht.

§. 35.

Beamtete Aerzte im Sinne dieses Gesetzes sind Aerzte, welche vom Staate angestellt sind oder deren Anstellung mit Zustimmung des Staates erfolgt ist.

An Stelle der beamteten Aerzte können im Falle ihrer Behinderung oder aus sonstigen dringenden Gründen andere Aerzte zugezogen werden. Die letzteren sind innerhalb des ihnen ertheilten Auftrags befugt und verpflichtet, diejenigen Amtsverrichtungen wahrzunehmen, welche in diesem Gesetz oder in den hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen den beamteten Aerzten übertragen sind.

§. 36.

Die Anordnung und Leitung der Abwehr- und Unterdrückungsmaßregeln liegt den Landesregierungen und deren Organen ob. Die Zuständigkeit der Behörden und die Aufbringung der entstehenden Kosten regelt sich nach Landesrecht. Die Landesregierungen bestimmen, welche Körperschaften unter der Bezeichnung Gemeinde, weiterer Kommunalverband und kommunale Körperschaft zu verstehen sind.

§. 37.

Die Behörden der Bundesstaaten sind verpflichtet, sich bei der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten gegenseitig zu unterstützen.

§. 38.

Die Ausführung der nach Maßgabe dieses Gesetzes zu ergreifenden Schutzmaßregeln liegt, insoweit davon

1. dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Militärpersonen,
2. Personen, welche in militärischen Dienstgebäuden oder auf den zur Kaiserlichen Marine gehörigen oder von ihr gemietheten Schiffen und Fahrzeugen untergebracht sind,
3. marschirende oder auf dem Transporte befindliche Militärpersonen und Truppentheile des Heeres und der Marine, sowie die Ausrüstungs- und Gebrauchsgegenstände derselben,
4. ausschließlich von der Militär- oder Marineverwaltung benutzte Grundstücke und Einrichtungen

betroffen werden, den Militär- und Marinebehörden ob.

Beschlüsse der Kommission.

Die Gemeinden sind verpflichtet, für die Beseitigung der vorgefundenen gesundheitsgefährlichen Mißstände Sorge zu tragen. Sie können **nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit** zur Herstellung von Einrichtungen der im Abs. 1 bezeichneten Art, sofern dieselben zum Schutze gegen übertragbare Krankheiten erforderlich sind, jederzeit angehalten werden.

Das Verfahren, in welchem über die hiernach gegen die Gemeinden zulässigen Anordnungen zu entscheiden ist, richtet sich nach Landesrecht.

§. 35.

Beamtete Aerzte im Sinne dieses Gesetzes sind Aerzte, welche vom Staate angestellt sind oder deren Anstellung mit Zustimmung des Staates erfolgt ist.

An Stelle der beamteten Aerzte können im Falle ihrer Behinderung oder aus sonstigen dringenden Gründen andere Aerzte zugezogen werden. Innerhalb des **von** ihnen **übernommenen** Auftrags **gelten die letzteren als beamtete Aerzte und sind** befugt und verpflichtet, diejenigen Amtsverrichtungen wahrzunehmen, welche in diesem Gesetz oder in den hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen den beamteten Aerzten übertragen sind.

§. 36.

Die Anordnung und Leitung der Abwehr- und Unterdrückungsmaßregeln liegt den Landesregierungen und deren Organen ob.

Die Zuständigkeit der Behörden und die Aufbringung der entstehenden Kosten regelt sich nach Landesrecht.

Die Kosten der auf Grund des §. 6 angestellten behördlichen Ermittelungen, der Beobachtung in den Fällen des §. 12, ferner auf Antrag die Kosten der auf Grund des §. 19 polizeilich angeordneten und überwachten Desinfektion und der auf Grund des §. 21 angeordneten besonderen Vorsichtsmaßregeln für die Aufbewahrung, Einsargung, Beförderung und Bestattung der Leichen sind aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten.

Die Landesregierungen bestimmen, welche Körperschaften unter der Bezeichnung Gemeinde, weiterer Kommunalverband und kommunale Körperschaft zu verstehen sind.

§. 37.

Unverändert.

§. 38.

Unverändert.

Vorlage.

Auf Truppenübungen finden die nach diesem Gesetze zulässigen Verkehrsbeschränkungen keine Anwendung.

Der Bundesrath hat darüber Bestimmung zu treffen, inwieweit von dem Auftreten des Verdachts und von dem Ausbruch einer übertragbaren Krankheit, sowie von dem Verlauf und dem Erlöschen der Krankheit sich die Militär- und Polizeibehörden gegenseitig in Kenntniß zu setzen haben.

§. 39.

Für den Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr, sowie für Schiffahrtsbetriebe, welche im Anschluß an den Eisenbahnverkehr geführt werden und der staatlichen Eisenbahnaufsichtsbehörde unterstellt sind, liegt die Ausführung der nach Maßgabe dieses Gesetzes zu ergreifenden Schutzmaßregeln ausschließlich den zuständigen Reichs- und Landesbehörden ob. Polizeiliche Verkehrsbeschränkungen und Desinfektionsmaßnahmen gegen die im Dienste befindlichen oder aus dienstlicher Veranlassung vorübergehend außerhalb ihres Wohnsitzes sich aufhaltenden Beamten und Arbeiter der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltungen sowie der genannten Schiffahrtsbetriebe sind nicht zulässig.

§. 40.

Dem Reichskanzler liegt ob, die Ausführung dieses Gesetzes und der auf Grund desselben erlassenen Anordnungen zu überwachen.

Wenn zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Krankheiten Maßregeln erforderlich sind, von welchen die Gebiete mehrerer Bundesstaaten betroffen werden, so hat der Reichskanzler oder ein von ihm bestellter Kommissar für Herstellung und Erhaltung der Einheit in den Anordnungen der Landesbehörden zu sorgen und zu diesem Behufe das Erforderliche zu bestimmen, in dringenden Fällen auch die Landesbehörden unmittelbar mit Anweisungen zu versehen.

§. 41.

Ist in einer Ortschaft der Ausbruch einer gemeingefährlichen Krankheit festgestellt, so ist das Kaiserliche Gesundheitsamt hiervon sofort auf kürzestem Wege zu benachrichtigen. Der Bundesrath ist ermächtigt zu bestimmen, inwieweit im späteren Verlauf dem Kaiserlichen Gesundheitsamte Mittheilungen über Erkrankungs- und Todesfälle zu machen sind.

§. 42.

In Verbindung mit dem Kaiserlichen Gesundheitsamte wird ein Reichsgesundheitsrath gebildet. Die Geschäftsordnung wird vom Reichskanzler mit Zustimmung des Bundesraths festgestellt. Die Mitglieder werden vom Bundesrathe gewählt.

Der Reichsgesundheitsrath hat das Gesundheitsamt bei der Erfüllung der diesem Amte zugewiesenen Aufgaben zu unterstützen. Er ist befugt, den Landesbehörden auf Ansuchen Rath zu ertheilen. Er kann sich, um Auskunft zu erhalten, mit den ihm zu diesem Zwecke zu bezeichnenden

Beschlüsse der Kommission.

§. 39.

Für den Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr, sowie für Schiffahrtsbetriebe, welche im Anschluß an den Eisenbahnverkehr geführt werden und der staatlichen Eisenbahnaufsichtsbehörde unterstellt sind, liegt die Ausführung der nach Maßgabe dieses Gesetzes zu ergreifenden Schutzmaßregeln ausschließlich den zuständigen Reichs- und Landesbehörden ob.

Inwieweit die auf Grund dieses Gesetzes polizeilich angeordneten Verkehrsbeschränkungen und Desinfektionsmaßnahmen

1. **auf Personen, welche während der Beförderung als krank, krankheits- oder ansteckungsverdächtig befunden werden,**
2. **auf** die im Dienste befindlichen oder aus dienstlicher Veranlassung vorübergehend außerhalb ihres Wohnsitzes sich aufhaltenden Beamten und Arbeiter der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltungen sowie der genannten Schiffahrtsbetriebe

Anwendung finden, bestimmt der Bundesrath.

§. 40.

Unverändert.

§. 41.

Unverändert.

§. 42.

Unverändert.

Vorlage.

Landesbehörden unmittelbar in Verbindung setzen, sowie Vertreter absenden, welche unter Mitwirkung der zuständigen Landesbehörden Aufklärungen an Ort und Stelle einziehen.

Strafvorschriften.

§. 43.

Mit Gefängniß bis zu zwei Jahren wird bestraft:

1. wer wissentlich bewegliche Gegenstände, für welche eine Desinfektion polizeilich angeordnet war, vor Ausführung der angeordneten Desinfektion in Gebrauch nimmt, an Andere überläßt oder sonst in Verkehr bringt;
2. wer wissentlich Kleidungsstücke, Leibwäsche, Bettzeug oder sonstige bewegliche Gegenstände, welche von Personen, die an einer gemeingefährlichen Krankheit litten, während der Erkrankung gebraucht oder bei deren Behandlung oder Pflege benutzt worden sind, in Gebrauch nimmt, an Andere überläßt oder sonst in Verkehr bringt, bevor sie den auf Grund des §. 22 vom Bundesrathe beschlossenen Bestimmungen entsprechend desinfizirt worden sind;
3. wer wissentlich Fahrzeuge oder sonstige Geräthschaften, welche zur Beförderung von Kranken oder Verstorbenen der in Nr. 2 bezeichneten Art gedient haben, vor Ausführung der polizeilich angeordneten Desinfektion benutzt oder Anderen zur Benutzung überläßt.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

Ist in Folge der Handlung ein Anderer von der Krankheit ergriffen worden, so tritt Gefängnißstrafe von drei Monaten bis zu drei Jahren ein. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann die Strafe bis auf eine Woche Gefängniß ermäßigt werden.

§. 44.

Mit Geldstrafe von 10 bis 150 Mark oder mit Haft nicht unter einer Woche wird bestraft:

1. wer die ihm nach den §§. 2, 3 oder nach den auf Grund des §. 5 vom Bundesrathe beschlossenen Vorschriften obliegende Anzeige unterläßt oder länger als 24 Stunden, nachdem er von der anzuzeigenden Thatsache Kenntniß erhalten hat, verzögert. Die Strafverfolgung tritt nicht ein, wenn die Anzeige, obwohl nicht von dem zunächst Verpflichteten, doch rechtzeitig gemacht worden ist;
2. wer im Falle des §. 7 dem beamteten Arzte den Zutritt zu dem Kranken oder zur Leiche oder die Vornahme der erforderlichen Untersuchungen verweigert;
3. wer den Bestimmungen im §. 7 Abs. 3 zuwider über die daselbst bezeichneten Umstände dem beamteten Arzte oder der zuständigen Behörde die Auskunft verweigert oder wissentlich unrichtige Angaben macht;
4. wer den auf Grund des §. 13 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt.

Beschlüsse der Kommission.

Strafvorschriften.

§. 43.

Mit Gefängniß bis zu **drei** Jahren wird bestraft:

1. wer wissentlich bewegliche Gegenstände, für welche eine Desinfektion polizeilich angeordnet war, vor Ausführung der angeordneten Desinfektion in Gebrauch nimmt, an Andere überläßt oder sonst in Verkehr bringt;
2. wer wissentlich Kleidungsstücke, Leibwäsche, Bettzeug oder sonstige bewegliche Gegenstände, welche von Personen, die an einer gemeingefährlichen Krankheit litten, während der Erkrankung gebraucht oder bei deren Behandlung oder Pflege benutzt worden sind, in Gebrauch nimmt, an Andere überläßt oder sonst in Verkehr bringt, bevor sie den auf Grund des §. 22 vom Bundesrathe beschlossenen Bestimmungen entsprechend desinfizirt worden sind;
3. wer wissentlich Fahrzeuge oder sonstige Geräthschaften, welche zur Förderung von Kranken oder Verstorbenen der in Nr. 2 bezeichneten Art gedient haben, vor Ausführung der polizeilich angeordneten Desinfektion benutzt oder Anderen zur Benutzung überläßt.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

(Abs. 3 fällt fort.)

§. 44.

Unverändert.

Vorlage.	Beschlüsse der Kommission.
§. 45.	§. 45.
Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird, sofern nicht nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist, bestraft: 1. wer den im Falle des §. 9 von dem beamteten Arzte oder dem Vorsteher der Ortschaft getroffenen vorläufigen Anordnungen oder den auf Grund des §. 10 von der zuständigen Behörde erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt; 2. wer den auf Grund des §. 12, des §. 14 Abs. 5, der §§. 15, 17, 19 bis 22 getroffenen polizeilichen Anordnungen zuwiderhandelt; 3. wer den auf Grund der §§. 24, 26, 27 erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt.	Unverändert.
Schlußbestimmungen.	**Schlußbestimmungen.**
	§. 45a **(Neu).** Die vom Bundesrath zur Ausführung dieses Gesetzes erlassenen allgemeinen Bestimmungen sind dem Reichstag zur Kenntniß mitzutheilen.
§. 46.	§. 46.
Landesrechtliche Vorschriften über die Bekämpfung anderer als der im §. 1 Abs. 1 genannten übertragbaren Krankheiten werden durch dieses Gesetz nicht berührt.	Unverändert.
§. 47.	§. 47.
Dieses Gesetz tritt am . . . . . 1900 in Kraft. Urkundlich 2c.	Dieses Gesetz tritt **mit dem Tage der Verkündung** in Kraft. Urkundlich 2c. Gegeben 2c.

Resolution.

Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen baldigst für das ganze Reichsgebiet eine allgemeine obligatorische Leichenschau vorgeschrieben wird.

Anlage 1.

Uebersicht

über

die Regelung der Anzeigepflicht bei ansteckenden Krankheiten

in

den einzelnen Bundesstaaten.

	*) Preußen	Bayern	Sachsen	Württemberg	Baden	Hessen	Mecklenburg-Schwerin	Mecklenburg-Strelitz	Oldenburg	Sachsen-Weimar	Braunschweig
Cholera	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a
Pest	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a
Pocken	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a
Lepra	a	—	—	—	—	—	a	—	a	b	—
Epidem. Kopf-, Genickstarre	a	a	—	—	—	a	a	—	—	b	a
Flecktyphus**)	a	a	a	b	a	a	a	b	a	b	a
Rückfallfieber**)	a	a	a	b	a	a	a	b	a	b	a
Unterleibstyphus**)	a	a	a	b	a	a	a	b	a	b	a
Diphtherie	b	b	a	b	a	a	a	b	a	b	a
Scharlach	b	b	a	b	a	a	a	b	a	b	a
Masern	b	b	—	b	b	b	b	b	—	b	a
Rötheln	b	—	—	—	—	b	b	b	—	b	a
Ruhr	b	a	—	b	b	a	a	b	—	b	a
Kindbettfieber	a	a	a	—	a	a	a	a	a	a	a
Augenentzündung der Neugeborenen	—	—	b	—	—	—	—	—	—	—	—
Schälblasen der Neugeborenen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Granulöse kontagiöse Augenentzündung	b	b	—	—	—	b	—	—	—	b	—
Syphilis	b	—	—	—	—	—	—	—	—	b	—
Krätze	b	—	—	—	—	—	—	—	—	b	—
Trichinose	—	a	—	—	—	a	a	—	—	a	a
Tollwuth	a	a	—	a	—	a	a	—	—	a	a
Milzbrand	a	a	—	—	—	a	a	—	—	b	a
Rotz	a	a	—	—	—	a	a	—	—	b	a
Influenza	—	b	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Keuchhusten	—	b	—	—	b	—	—	—	—	—	—
Mumps	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gelbfieber	—	—	—	—	—	—	—	—	a	—	—
Erysipelas	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	a
Weichselzopf	a	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bösartiger Kopfgrind	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tuberkulose	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brandige Lungenentzündung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Malaria	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Anmerkungen: Zeichen a bedeutet, daß die Anzeigepflicht für alle Krankheitsfälle der genannten Art besteht.
" b " , daß die Anzeigepflicht nur unter gewissen Umständen zu erfüllen ist oder angeordnet werden kann.

*) nach dem Regulativ vom 8. August 1835.

**) in dem Regulativ unter der Gesammtbezeichnung Typhus aufgeführt.

Sachsen-Meiningen	Sachsen-Altenburg	Sachsen-Coburg-Gotha	Sachsen-Anhalt	Schwarzburg-Rudolstadt	Schwarzburg-Sondershausen	Waldeck	Reuß ä. L.	Reuß j. L.	Schaumburg-Lippe	Lippe-Detmold	Bremen	Hamburg	Lübeck	Elsaß-Lothringen
a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a
a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a
a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a
—	—	—	a	—	—	—	—	a	a	—	a	a	a	—
a	—	—	a	a	—	b	—	a	a	a	—	a	a	—
a	—	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a
a	—	—	a	a	a	a	—	a	a	a	a	—	a	—
a	—	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a
a	b	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a
b	b	b	a	a	a	b	a	a	a	a	a	a	a	a
b	b	b	b	b	a	b	a	a	a	b	—	a	a	—
b	b	—	—	b	—	b	—	—	—	b	—	—	—	—
a	—	a	b	a	a	a	—	a	a	a	a	a	a	a
a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a
—	—	—	a	—	—	—	—	—	—	—	—	—	a	a
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	a	a	—
b	b	—	—	b	—	b	—	a	—	b	a	—	a	—
b	—	—	—	—	—	b	—	—	—	—	—	—	—	—
b	—	—	—	—	—	b	—	—	a	b	—	—	—	—
a	—	—	a	—	—	b	—	a	—	—	a	a	a	—
a	—	—	a	a	—	a	—	a	—	a	a	a	a	—
a	—	—	a	a	—	a	—	a	—	a	a	a	a	—
a	—	—	a	a	—	a	—	a	—	a	a	a	a	—
—	—	—	—	b	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	b	—	—	—	b	—	a	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	b	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	a	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
b	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
b	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	a	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	a	a	—

Anlage 2.

Uebersicht
über
die Regelung der Leichenschau in den einzelnen Bundesstaaten.

I. Staaten mit allgemeiner obligatorischer Leichenschau.

1. Bayern.

Die obligatorische Leichenschau besteht in Bayern seit langer Zeit; sie läßt sich bis in das Jahr 1766 zurückverfolgen.

Die wichtigsten über die Leichenschau erlassenen Verordnungen sind für die Pfalz die Regierungs-Instruktion vom 5. Januar 1832 und für das rechtsrheinische Bayern die Leichenschauordnung vom 6. August 1839 und in neuerer Zeit die für das ganze Königreich gültigen oberpolizeilichen Vorschriften über die Leichenschau und die Zeit der Beerdigung vom 20. November 1885 (Gesetz- und Verordnungsbl. S. 655).

Nach §. 1 dieser Vorschriften ist jede menschliche Leiche vor der Beerdigung der Leichenschau zu unterstellen. Zu diesem Zwecke sind Leichenschaubezirke zu bilden und für jeden dieser Bezirke ein Leichenschauer und ein Stellvertreter desselben aufzustellen (§. 2). Zur Leichenschau sind in erster Reihe Aerzte, dann Chirurgen, Bader, vormalige Sanitätssoldaten und Lazarethgehülfen, endlich, in Ermangelung von solchen, Laien zu berufen. Die letzteren sind durch den Königlichen Bezirksarzt vor ihrer Bestellung entsprechend zu unterweisen und nach Bedürfniß später zeitweise einer Prüfung zu unterziehen (§. 4 Absatz 2). Die ärztliche Leichenschau ist in der Regel einmal, die nichtärztliche zweimal vorzunehmen; die zweite Leichenschau kann unter Umständen durch die Behörde erlassen werden (§. 6).

Die Leichenschauer haben die Pflicht, bei jedem gemeldeten oder sonst bekannt gewordenen Todesfall ihres Bezirkes die Leiche zu besichtigen, die Todesart und Todesursache festzustellen, bei etwaigem Scheintode Hülfe zu leisten, die Verheimlichung von gewaltsamen oder durch strafbare Vernachlässigung oder medizinische Pfuscherei herbeigeführten Todesarten zu hindern, zur Ermittelung ansteckender Krankheiten mitzuwirken.

Die Regelung der Gebührensätze für die Vornahme der Leichenschau ergiebt sich aus §. 12 der Leichenschauordnung vom 20. November 1885. Als zahlungspflichtig sind diejenigen erklärt, denen die Bestreitung der Beerdigungskosten obliegt. Die Gebühren betragen:

A. Für ärztliche Leichenschauer.

I. Für die erste Leichenschau.

a) Am Wohnorte . . . . . 1 *M.*,

b) Außerhalb des Wohnortes für je ein Kilometer des Hin- und Rückweges (wobei die Entfernungen des Hin- und Rückweges zusammengezählt werden, ein in der Summe sich etwa ergebender Bruchtheil eines Kilometers aber ungerechnet bleibt) . . . 30 Pf.,

jedoch mit der Maßgabe, daß die Gebühr nicht weniger als 1 *M.* betragen soll und — auch bei größeren Entfernungen — in keinem Falle den Betrag von 4 *M.* übersteigen darf.

Eine Verbindung der unter b bezeichneten Gebührensätze mit der unter a bestimmten Gebühr findet nicht statt.

II. Für die zweite Leichenschau . . 50 Pf.

B. Für nichtärztliche Leichenschauer.

Für jede Leichenschau, gleichviel ob erste oder zweite, die Hälfte der unter A I bestimmten Gebühren, so zwar, daß die Gebühr nicht weniger als 50 Pf. betragen soll und keinesfalls den Betrag von 2 *M.* übersteigen darf.

Dem Königlichen Staatsministerium des Innern ist vorbehalten, bei ganz besonderen örtlichen Verhältnissen eine Erhöhung dieser Gebührensätze, soweit nothwendig, eintreten zu lassen.

Die Einhebung der Gebühren ist auf Ersuchen des Leichenschauers durch die Ortspolizeibehörde zu bethätigen.

Nach §. 4 Absatz 2 der Vorschriften sind, wie schon erwähnt, in erster Reihe Aerzte, dann Chirurgen, Bader, vormalige Sanitätssoldaten und Lazarethgehülfen, endlich in Ermangelung von solchen, Laien als Leichenschauer zu berufen.

Vor Erlaß der jetzigen Leichenschauordnung waren 2 858 Leichenschaubezirke im ganzen Königreiche gebildet, von denen übrigens namentlich im Regierungsbezirke der Pfalz (mit 583 Leichenschaubezirken) kleinere Bezirke vielfach dem nämlichen Leichenschauer übertragen waren.

Die Zahl der Leichenschauer betrug 2 787; davon waren 692 Aerzte. 1 480 Bader oder Chirurgen, 615 Laien.

Dieses Zahlenverhältniß hat seitdem wohl insofern eine Verschiebung erfahren, als die Zahl der Aerzte im Lande nicht unbeträchtlich sich vermehrt hat und damit auch die Zahl der ärztlichen Leichenschauer nicht unerheblich gestiegen ist.

Da die Resultate der Leichenschau um so zuverlässiger sind, je mehr sie in die Hände der Aerzte oder doch wenigstens von Chirurgen und Badern gelegt ist, geht das Bestreben dahin, die Leichenschau thunlichst in dieser Weise zu bestellen.

Insoweit aber die örtlichen Verhältnisse solches ohne zu große Beschwerniß der Bevölkerung nicht gestatten, werden zumeist Persönlichkeiten, die als Sanitätssoldaten oder Lazarethgehülfen gedient haben, in der Krankenpflege beschäftigt waren oder sonstwie für den Dienst eines Leichenschauers Geschick und Verständniß annehmen lassen, herangezogen; dieselben erhalten vor ihrer Bestellung entsprechende Unterweisung über ihre Aufgabe durch den Königlichen Bezirksarzt und werden von der Distriktspolizeibehörde in Pflicht genommen; sie unterliegen aber auch weiterhin in ihrer Dienstleistung fortgesetzt der Prüfung und Kontrole durch den Königlichen Bezirksarzt und sind für eine korrekte Handhabung ihres Dienstes strafrechtlich wie disziplinär verantwortlich.

2. Württemberg.

Eine Leichenschau war in Württemberg schon seit den 1830er Jahren auf Grund von Beschlüssen der Ortsbehörden in allgemeiner Uebung. Durch die Königliche Verordnung vom 24. Januar 1882, betreffend die Leichenschau, die Leichenöffnung und das Begräbniß (Reg.-Bl. S. 33), wurde das Institut als eine für jede Gemeinde obligatorische Einrichtung erklärt und näher geregelt.

Nach dieser Verordnung sind für jede Gemeinde je nach Bedarf ein oder mehrere Leichenschauer vom Gemeinderath zu bestellen (§. 1). Der Leichenschaudienst darf nur Männern von unbescholtenem Rufe, welche die zur Versehung der Stelle erforderliche Befähigung besitzen, übertragen werden (§. 2 Abs. 1).

Die gewählten Leichenschauer sind vor dem Antritt ihres Amtes durch den Ortsvorsteher auf die genaue Befolgung ihrer Dienstvorschriften zu verpflichten. Diese Ver-

pflichtung darf, wenn andere Personen als öffentlich ermächtigte Aerzte oder Wundärzte als Leichenschauer bestellt werden, erst erfolgen, wenn der Gewählte durch ein Zeugniß des Oberamtsphysikats dargethan hat, daß er mit dem Inhalt der Dienstvorschriften für Leichenschauer sich bekannt gemacht hat und die zur Versehung der Stelle erforderliche Befähigung besitzt (§. 2 Abs. 2).

Für Krankenhäuser und ähnliche Anstalten des Staats, der Gemeinden und anderer öffentlichen Körperschaften, für Gefangenenanstalten und Arbeitshäuser kann die Dienstverrichtung des Leichenschauers von der Aufsichtsbehörde einem Angestellten der Anstalt übertragen werden (§. 3).

Die Gebühren der Leichenschauer sind von den Gemeinderäthen mit Genehmigung des Oberamts festzusetzen.

Zur Entrichtung dieser Gebühren sind diejenigen verpflichtet, welche die Kosten der Beerdigung zu bestreiten haben (§. 6). Die Leichenschau ist bei jedem Sterbefall vorzunehmen, auch bei allen todtgeborenen Kindern, deren Geburt nach dem Ablauf des sechsten Schwangerschaftsmonats erfolgt ist (§§. 8 ff.). Die Beerdigung darf erst erfolgen, wenn der Leichenschauer dieselbe unter Ausstellung eines Leichenscheines für zulässig erklärt hat (§. 12).

Die Einrichtung der Leichenschau wird im Publikum als ein Akt nothwendiger Staatsfürsorge betrachtet, welche die Furcht vor dem Lebendigbegrabenwerden benimmt.

Die Kosten der Leichenschau sind in 416 Gemeinden ganz auf die Gemeindekasse übernommen, während in den übrigen 1495 Gemeinden Gebühren zur Erhebung kommen, neben welchen übrigens die Leichenschauer in einer Reihe von Gemeinden noch Wartgelder beziehen. Die Gebühren sind, wo solche zur Erhebung kommen, durch Beschluß des Gemeinderaths mit Genehmigung des Oberamts festgesetzt.

Ihre Höhe ist verschieden, die Sätze bewegen sich zwischen 20 Pf. und 4 *M.* Für Kinder und Erwachsene sind die Gebühren in der Regel getrennt festgesetzt.

Mit der Leichenschau waren in Württemberg im Jahre 1896 in 296 Gemeinden Aerzte und niedere Wundärzte und in 1615 Gemeinden Nichtärzte betraut.

Die Uebertragung der Leichenschau ausschließlich an Aerzte würde schon der Kosten wegen auf große Schwierigkeiten stoßen.

3. Baden.

Die Vorschrift der allgemeinen obligatorischen Leichenschau ist in der Verordnung vom 16. Dezember 1875 (Gesetz- und Verordnungsbl. S. 369), insbesondere deren §§. 1, 3 und 4, ausgesprochen. Für jede Gemeinde sind je nach dem Bedarf ein oder mehrere Leichenschauer aufzustellen (§. 1). Der Leichenschauer wird vom Bezirksamt auf den Vorschlag des Gemeinderaths und das Gutachten des Bezirksarztes bestellt (§. 2). Er ist bei Antretung seines Dienstes auf die genaue Beachtung der Dienstweisung für die Leichenschauer zu verpflichten, nachdem er zuvor dargethan, daß er über deren Inhalt von dem Bezirksarzt unterrichtet und mit Erfolg geprüft worden ist. Für öffentliche Krankenhäuser kann die Dienstverrichtung des Leichenschauers einem Angestellten der Anstalt überlassen werden (§. 2). Nach der ersten Besichtigung, und zwar in der Regel mit dem Ablaufe von 48 Stunden nach eingetretenem Tode, hat der Leichenschauer die Leiche einer zweiten Besichtigung zu unterziehen (§. 6), welche indessen in gewissen Fällen wegfällt (§. 8). Den Leichenschauern ist die Ausübung der Heilkunde untersagt (§. 19 der Verordnung vom 22. Dezember 1887).

Die Regelung der Gebühren ergiebt sich aus §. 9 der Verordnung vom 16. Dezember 1875. Hiernach hat der Leichenschauer für die Leichenschau und Ausstellung des Sterbe- und Leichenschauscheins, einschließlich der dazu verwendeten Impressen, eine Gebühr von 1,10 *M.* zu beziehen. In größeren Gemeinden und in Gemeinden mit zerstreut liegenden Häusern oder Zinken kann das Bezirksamt nach Anhörung des Gemeinde- (Stadt-) raths diese Gebühr auf 2 *M.* erhöhen.

Bei Zahlungsunfähigkeit haben diejenigen Kassen einzutreten, welchen auch die sonstigen Beerdigungskosten zur Last fallen.

Außer in den großen Städten bildet der Leichenschaudienst in der Regel eine Nebenbeschäftigung der damit Beauftragten, da ihr bezügliches Einkommen sich nicht so hoch stellt, daß sie davon leben können.

4. Hessen.

Die Beerdigung einer Leiche soll nur stattfinden, wenn ein Zeugniß

a) in den Orten, wo Aerzte oder Wundärzte ihren Wohnsitz haben, von einem solchen;
b) in den Orten, wo keine Aerzte oder Wundärzte wohnen, von dem hierin deshalb anzuordnenden Leichenbeschauer

über den anzunehmenden wirklichen Tod ausgestellt ist und vorgelegt wird (Ministerialausschreiben vom 18. Februar 1841 Ziffer IV, Amtsblatt 1841 Nr. 4).

Zur Vollziehung dieser Bestimmung sollen in denjenigen Orten, worin keine Aerzte oder Wundärzte domizilirt sind, nach dem sich darstellenden Bedürfniß ein oder in größeren Orten mehrere Leichenbeschauer für bestimmte Ortsbezirke angestellt werden.

Es sind dieselben aus den dazu sich eignenden Ortsbewohnern, die rücksichtlich ihres Rufes untadelhaft und des Lesens und Schreibens, wie nöthig, kundig erscheinen, vorzugsweise den Barbieren, Heilgehülfen, Krankenwärtern — unter Zuziehung der betreffenden Physikatsärzte — zu wählen und von diesen für ihre Dienstverrichtungen gehörig zu instruiren, hiernächst auch, wenn ihre Instruirung nach dem Ausspruche der Physikatsärzte für genügend erkannt worden ist, in Dienstpflichten zu nehmen (a. a. O. Ziffer V).

In Betreff der zur Erhebung gelangenden Gebühren sind die folgenden Grundsätze maßgebend:

1. Ist der Leichenbeschauer ein approbirter Arzt, so bezieht er, falls nicht ein höherer Betrag vereinbart ist, die in der Medizinaltaxe von 1865 (Regierungsbl. S. 929) festgesetzte Gebühr von 85 Pf. bis 1 *M.* 70 Pf., wenn die Besichtigung innerhalb seines Wohnorts vorgenommen wurde. Wäre eine Entfernung von diesem nöthig, so würden die Gebühren für den auswärtigen Besuch hinzukommen.

2. Ist der Leichenbeschauer ein Heilgehülfe, so bezieht er die in der Medizinaltaxe von 1865 festgesetzte Gebühr von 35 Pf. bis 70 Pf.

3. Leichenbeschauer, welche weder Aerzte noch Heilgehülfen sind (sogenannte Laienleichenbeschauer), erhalten für die Beschau Vermögender 70 Pf., Wenigbemittelter 35 Pf., Armer 25 Pf.

4. Die Gebühren sind von den Angehörigen des Verstorbenen beziehungsweise aus dessen Nachlaß, bei Armen von der Gemeindekasse zu bestreiten.

5. Es gilt der Grundsatz, daß da, wo ein Leichenbeschauer bestellt ist, dieser die ihm für die Beschau zukommende Gebühr auch dann erhält, wenn die Angehörigen die Besichtigung von einem Arzte vornehmen lassen.

6. Die Gemeinden sind befugt, statt der Gebühren ein Fixum an den Leichenbeschauer zu zahlen.

7. Vielen Gemeindeärzten, auch sogenannten staatlich subventionirten Aerzten (in ärmeren Landestheilen) ist die

Leichenbeschau als nicht zahlbares Pflichtgeschäft vertragsmäßig überwiesen.

8. Da die Bestellung von Aerzten als Leichenbeschauer bei den Gemeinden wegen der befürchteten Mehrbelastung vielfach auf Widerstand stößt, so ist dort, wo von dem unter 7 angegebenen Wege kein Gebrauch gemacht werden kann oder will, der Ausweg geboten,

a) dem Arzte die Leichenschau gegen Gebührenbezug (außer bei Armen) und gegen Ablieferung dieser Gebühren zur Gemeindekasse zu übertragen und demselben alsdann aus den eingehenden Gebühren unter Zurechnung des seither verausgabten Betrags ein Fixum zu zahlen, oder

b) dem Arzte die Leichenschau gegen Gebührenbezug zu übertragen und ihm dagegen die Verpflichtung aufzuerlegen, die Beschau Armer, für welche die Gemeindekasse einzutreten hätte, unentgeltlich auszuüben.

5. Sachsen-Meiningen.

Die obligatorische Leichenschau besteht in Sachsen-Meiningen seit dem Jahre 1838 (Gesetz vom 22. Mai 1838, die Einführung der Todtenschau betreffend, Sammlung der landesherrlichen Verordnungen S. 361). In jeder Ortschaft ist ein Leichenschauer zu bestellen, und zwar, soweit thunlich, Aerzte, in Ermangelung solcher andere geeignete, unbescholtene Personen, die durch ein Zeugniß des Physikus dargethan haben, daß sie die erforderlichen Kenntnisse besitzen. (§. 2 des Ministerialausschreibens vom 19. Februar 1895, betreffend die Leichenschau, Sammlung der Ausschreiben 2c. S. 623.) Die ärztliche Leichenschau ist in der Regel einmal, die nichtärztliche zweimal vorzunehmen (§. 6 a. a. O.).

In die Leichenscheine dürfen nur die von Aerzten angegebenen Todesursachen aufgenommen werden (Ministerialausschreiben vom 19. Februar 1895 §. 7 Abs. 2).

Für die Vornahme der Leichenschau werden die Beschauer in einzelnen Gemeinden aus den Gemeindekassen vergütet und erhalten hier feste Sätze, im Uebrigen schwanken die Sätze für den einzelnen Todesfall in der Hauptsache zwischen 50 Pf. und 2 *M.*, je nachdem der Beschauer am Orte oder auswärts wohnt oder die örtlichen und persönlichen Verhältnisse der Angehörigen des Verstorbenen sind. Im Durchschnitte wird für den Einzelfall etwa 1 *M.* bezahlt. In diesen Fällen bringen die Angehörigen die Gebühren auf.

6. Sachsen-Coburg und Gotha.

a) Im Herzogthume Gotha ist die schon früher durch Vorschrift der Landesregierung eingeführte Leichenschau durch die Verordnung vom 17. Januar 1892 (Gesetz-Samml. S. 1) neu geordnet worden. Danach ist jede menschliche Leiche vor der Bestattung der Leichenschau zu unterstellen (§. 1). Zur Leichenschau sind in erster Reihe Aerzte, dann Chirurgen und approbirte Heilgehülfen, endlich in Ermangelung derselben andere Personen zu berufen. Die letzteren sind durch den Physikatsarzt vor ihrer Anstellung unter Zugrundelegung der Dienstanweisung für die Leichenschauer entsprechend zu unterrichten und darauf mit einem Prüfungszeugnisse zu versehen (§. 3). Die Leichenschau ist in der Regel zweimal vorzunehmen (§. 6). Die Gebühren der Leichenschauer sind von denjenigen zu entrichten, denen die Bestreitung der Bestattungskosten obliegt, und von den Gemeinden mit Genehmigung des Landrathsamts festzusetzen (§. 13).

Die zur Erhebung kommenden Gebührensätze sind je nach Abkommen zwischen den Gemeinden und dem Leichenschauer und namentlich wegen der in Betracht zu ziehenden größeren oder geringeren Entfernung des Wohnorts des Leichenschauers von den einzelnen Ortschaften verschieden, sie bewegen sich zwischen den Beträgen von 75 Pf. und 4 *M.* Die Gesammtkosten der Leichenschau haben im Herzogthume Gotha jährlich etwa 6000 *M.* betragen.

Die Gebühren werden, soweit die Leichenschauer ihre Vergütung nicht aus den Gemeindekassen in Pauschalsummen erhalten, von den Angehörigen der Verstorbenen, getragen.

b) Im Herzogthume Coburg beruht die obligatorische Leichenschau auf der Verordnung vom 20. August 1812 und auf der Instruktion für die Leichenschauer vom 13. Januar 1838 (Gesetz-Samml. für Coburg Bd. 13 S. 222 und 436).

Die Gebührensätze sind in den einzelnen Gemeinden verschieden, sie bewegen sich im Allgemeinen zwischen 50 Pf. bis 2 *M.* 50 Pf. Für die Stadt Coburg ist eine Gebühr nicht fixirt. Soweit von den die Leichenschau ausübenden Aerzten überhaupt eine besondere Gebühr beansprucht wird, gilt als Durchschnittssatz 2 *M.* In Neustadt, Rodach, Königsberg ist als Gebühr 1 *M.* festgesetzt. Auf dem Lande hängt die Höhe der Gebühr, die sich, wie schon erwähnt, in der Regel zwischen 50 Pf. und 2 *M.* 50 Pf. bewegt, hauptsächlich von der Entfernung des Wohnorts des Beschauers ab. In Nassach beträgt dieselbe sogar für jede Beschau 3 *M.* und in Erlsdorf — beide Ortschaften sind Enklaven des Amtsbezirkes Königsberg — 6 *M.*

Die Gebühren werden in den meisten Gemeinden von den Hinterbliebenen getragen, sofern nicht bei vorhandener Mittellosigkeit die Armenkasse in Anspruch genommen werden muß. Nur in Gestungshausen und in einigen Orten des Bezirkes Königsberg trägt die Gemeinde die Gebühren, häufig ist alsdann dem Beschauer allgemein ein Fixum bestimmt.

Die Leichenschau wird zum Theil von Aerzten — besonders in Coburg und Rodach —, zum Theil von Nichtärzten besorgt. Letzteres ist in der Regel in den Landgemeinden der Fall, woselbst die Leichenschau von den dort oder in den benachbarten Orten wohnhaften Heilgehülfen oder auch anderen Personen, Handwerkern 2c. vorgenommen wird. Auch in den Städten Neustadt und Königsberg wird die Leichenschau von einem als Beschauer bestellten Heilgehülfen ausgeübt.

7. Bremen.

Die obligatorische Leichenschau besteht in Bremen seit fünfundzwanzig Jahren. Die hierfür zur Zeit maßgebende Vorschrift ist im §. 51 der Medizinalordnung vom 2. August 1878 (Gesetzbl. S. 113) enthalten, wonach eine Beerdigung nicht stattfinden darf, bevor der Tod durch einen Arzt, einen Medizinalbeamten oder bei Todesfällen im Landgebiete von einem durch die Medizinalkommission nach Vernehmung des Gesundheitsraths bestellten Leichenbeschauer schriftlich bescheinigt ist. Für die Erfüllung dieser Vorschrift ist der die Beerdigung leitende Friedhofsbeamte verantwortlich.

Die Gebühr für die Ausstellung eines Todtenscheins und die vorhergegangene Besichtigung der Leiche betrug für Aerzte nach der Taxordnung von 1872 (Gesetzbl. S. 197) eine bis drei Mark; durch die Taxordnung von 1896 (Gesetzbl. S. 131) ist dieselbe auf drei bis sechs Mark erhöht. In der Regel werden weniger als drei Mark gefordert, sofern der Arzt überhaupt Gebühr beansprucht, was bei Aerzten, die den Gestorbenen behandelt haben, nicht die Regel bildet.

Die im Landgebiete zugelassenen, nichtärztlichen Leichenbeschauer erhalten für Ausstellung des Todtenscheins nach vorgängiger Besichtigung der Leiche eine Mark.

Die Gebühren für die Vornahme der Leichenschau werden von den Hinterbliebenen bezahlt; sofern diese dazu nicht im Stande sind, tritt die Armenverwaltung ein.

8. Hamburg.

Die Leichenschau in Hamburg wird auf Grund von §. 15 der Medizinal-Ordnung vom 19. Februar 1818 (Samml. der Verordn. Bd. 5 S. 44) und neuerdings gemäß §§. 3 Absatz 5, 4 und 5 der Aerzte-Ordnung vom 21. Dezember 1894 (Gesetz-Samml. Bd. 31 S. 166 I) von den praktischen Aerzten ausgeübt. Dieselbe verursacht nur insofern Kosten, als zwecks Ausstellung der Todesbescheinigung in der Regel ein weiterer ärztlicher Besuch nothwendig wird, der den Hinterbliebenen wie andere ärztliche Besuche berechnet wird. Der besondere Besuch wird dadurch nothwendig, daß die Aerzte den Eintritt von Zeichen der Verwesung zu bezeugen haben, was in der Regel erst am Tage nach dem Tode möglich ist. Eine Extrahonorirung für die Bescheinigung ist nicht üblich; doch bestehen gesetzliche Vorschriften darüber nicht.

Bei allen Todesfällen, die in der Krankenhaus-, Armen- und Kassenpraxis vorkommen, entstehen demnach gar keine Kosten.

Eine Ausnahme von dieser Regel machen nur die im §. 5 der Aerzte-Ordnung erwähnten Todesfälle solcher Personen, welche verstorben sind, ohne in ärztlicher Behandlung gewesen zu sein. In diesen Fällen liegt die Leichenschau für die Stadt in den Händen der Polizeiärzte, für das Landgebiet in den Händen der Distriktsärzte. Für diese Thätigkeit wird eine jedesmalige Gebühr von 4 *M.* 50 Pf. zu Gunsten der Staatskasse erhoben und, wenn der Fall einen besonderen Bericht des beamteten Arztes nothwendig macht (z. B. bei Verbrechen), auch noch eine Gebühr für den Bericht von 2 *M.* 70 Pf. Etwaige Fuhrkosten werden vom Publikum nicht eingezogen, bei Unbemittelten werden auch die sonstigen Gebühren nicht erhoben. Die Ausfertigung der Beerdigungserlaubniß abseiten der Polizeibehörde ist kostenfrei.

II. Staaten, in denen das Institut der verpflichteten Leichenfrauen allgemein eingeführt ist.

1. Königreich Sachsen.

Nachdem das Gesetz, die Einführung einer Todtenschau 2c. betreffend, vom 22. Juni 1841 (Gesetz- und Verordnungsbl. S. 98) durch das Gesetz vom 20. Juli 1850, die Leichenbestattungen und die Einrichtung des Leichendienstes betreffend, (Gesetz- und Verordnungsbl. S. 183) aufgehoben worden ist, besteht im Königreiche Sachsen zur Zeit eine förmliche Leichenschau, und zwar eine ärztliche, nur in der Stadt Leipzig, wo die Begräbniß- und Friedhofsordnung vorschreibt, daß eine Besichtigung der Leichen durch die Aerzte, welche die Verstorbenen behandelt haben, und in Fällen, in welchen eine ärztliche Behandlung der Verstorbenen nicht stattgefunden hat, durch besondere Leichenschauärzte, deren jetzt 7 angestellt sind, vorzunehmen ist.

Im übrigen Staatsgebiete hat nach dem Gesetze vom 20. Juli 1850, der Ausführungsverordnung vom gleichen Tage und der derselben angefügten Instruktion für die Leichenfrauen die Besorgung des Leichendienstes durch verpflichtete Leichenfrauen zu geschehen. Die Leichenfrauen, welche rücksichtlich der für ihren Dienst erforderlichen Kenntnisse von den Bezirksärzten unterrichtet und geprüft werden, haben jede Leiche in den ersten zwei Tagen nach dem Tode wenigstens dreimal, am dritten Tage zweimal zu besuchen und sich schon beim ersten Besuche durch Besichtigung der Leiche von der Gewißheit des eingetretenen Todes, wie auch bei den späteren Besuchen jedesmal noch genauer von dem wirklich erfolgten Tode und der bereits beginnenden Verwesung zu überzeugen. Sie dürfen die Beerdigung der Leiche nur dann gestatten, wenn 72 Stunden nach dem Tode verflossen sind und zugleich die Zeichen allgemeiner Fäulniß des Körpers sich bereits eingestellt haben. In jedem Falle von zögernder Fäulniß müssen sie für Herbeirufung eines Arztes sorgen, von welchem die Zeit der Beerdigung zu bestimmen ist. Außerdem sind sie zur Zuziehung eines Arztes verpflichtet, sobald ihnen nach den bei der Besichtigung der Leiche gemachten Wahrnehmungen oder anderen in Erfahrung gebrachten Umständen Zweifel beigehen, ob der Tod wirklich eingetreten ist, ferner bei dem Verdachte, daß der Tod auf gewaltsame Art herbeigeführt worden sein könnte, bei Todesfällen in Folge von Schlagfluß und heftigem Blutsturz, bei plötzlich ohne bekannte Ursache oder durch Schreck, Aerger, übermäßiges Essen und Trinken, langes Hungern und Dürsten, körperliche Ueberanstrengung, Erhitzung oder Erkältung eingetretenem Tode, beim Ableben von Schwangeren und Gebärenden, sowie auch dann, wenn die Verstorbenen früher an Ohnmachten und Krämpfen gelitten hatten. Beim Verdacht auf Scheintod müssen sie vor der Ankunft des Arztes Lebensrettungsversuche nach der ihnen hierfür gegebenen Anweisung vornehmen. Wenn in den angeführten Fällen die Angehörigen der Verstorbenen die Zuziehung eines Arztes verweigern, sowie in jedem Falle des Verdachts auf gewaltsamen Tod sind sie verpflichtet, der Ortsbehörde Anzeige zu erstatten. Beim Herrschen ansteckender Krankheiten sollen die Leichenfrauen bei dem Arzte, der den Verstorbenen behandelt hat, Anordnung einholen, ob die Leiche im Sterbehause belassen werden kann oder in die Leichenhalle überzuführen oder vor Ablauf von 72 Stunden nach dem Tode zu beerdigen ist, falls aber eine ärztliche Behandlung nicht stattgefunden hat, behufs Erlangung der erforderlichen Anordnungen einen Arzt zur Besichtigung der Leiche herbeirufen. Von den Geistlichen oder den sonstigen mit der Aufsichtsführung über die Leichenbestattungen betrauten Personen ist die Beerdigung einer Leiche nicht eher zuzulassen, als bis ihnen der Leichenbestattungsschein durch die Leichenfrau eingehändigt worden ist.

Die angeführten Bestimmungen haben durch die „zur besseren Entwickelung einer brauchbaren Statistik über die allgemeinen Gesundheitszustände und zu weiterer Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege" ergangene Verordnung vom 13. Oktober 1871, die Statistik der Todesursachen betreffend (Gesetz- und Verordnungsbl. S. 240), beziehentlich durch die Verordnungen vom 29. November 1888, Leichenscheine für erwachsene weibliche Personen betreffend, und vom 24. Februar 1877, die an die Standesbeamten abzuliefernden Duplikate von Leichenbestattungsscheinen betreffend (Gesetz- und Verordnungsbl. 1877 S. 187), eine wesentliche Ergänzung erfahren. Durch diese Verordnungen sind für Kinder, für erwachsene männliche und für erwachsene weibliche Personen verschiedene, schon durch ihre Farbe sich unterscheidende Formulare zu den Leichenbestattungsscheinen eingeführt worden. In diesen Formularen sind Angaben über die Personal- und Berufsverhältnisse und die Wohnung des Verstorbenen, die Zeit des Todes, die Todesursache, den Namen des behandelnden oder zugezogenen Arztes, sowie die Zeit und Art der Beerdigung, auf den Formularen für weibliche Erwachsene auch noch Angaben darüber, ob die Verstorbene innerhalb der letzten 6 Wochen geboren hat, vorgesehen. Hat sich der Verstorbene vor dem Tode in ärztlicher Behandlung befunden oder ist aus einem der oben angegebenen Gründe zur Besichtigung der Leiche ein Arzt zugezogen worden, so muß die Leichenfrau den Namen der letzten Krankheit durch den betreffenden Arzt in den

Leichenbestattungsschein eintragen lassen, während sie in den übrigen Fällen nach bezüglicher Erkundigung bei den Angehörigen der Verstorbenen oder bei sonstigen glaubwürdigen Personen selbst die Todesursache auf dem Scheine anzugeben hat. Von den Leichenfrauen sind die Leichenbestattungsscheine vor der Beerdigung an die Geistlichen oder Kirchenbuchführer einzureichen, zugleich aber auch Duplikate derselben an die Standesbeamten abzuliefern. Die Geistlichen haben über die regelmäßige und rechtzeitige Abgabe der Scheine bei allen Todesfällen, sowie über die vorschriftsmäßige Ausfüllung derselben zu wachen, wenn nöthig, die betreffenden Angaben zu berichtigen oder berichtigen zu lassen und die Scheine, mit den Nummern des Kirchenbuchs übereinstimmend numerirt, vierteljährlich oder, wo es die hohe Bevölkerungszahl eines Ortes oder das Auftreten einer Epidemie erforderlich macht, in kürzeren Fristen an die Bezirksärzte einzureichen. In Fällen polizeilicher oder gerichtlicher Aufhebungen, in denen, wie zum Beispiel bei der Aufhebung von Selbstmördern und der Ablieferung derselben an Unterrichtsinstitute, eine Leichenfrau nicht zugezogen wird, werden die Leichenbestattungsscheine durch die nach §. 9 der Verordnung vom 21. September 1874, die Aufhebung von Todten und Scheintodten 2c. betreffend (Gesetz- und Verordnungsbl. S. 311), von den Polizeibehörden an die Pfarrämter abzuliefernden Duplikate der Formularanzeige über die Aufhebung ersetzt; und für den Fall, daß ein Todesfall aus konfessionellen Gründen bei dem Pfarramte nicht angemeldet wird, hat die Leichenfrau gemäß der Verordnung vom 12. April 1883 den Leichenbestattungsschein direkt an den Bezirksarzt einzusenden. Seitens der Bezirksärzte sind die Angaben in den Leichenbestattungsscheinen auf ihre Zuverlässigkeit zu prüfen und, soweit nöthig und möglich, durch Vernehmung mit den Leichenfrauen, Geistlichen, Aerzten 2c. richtig zu stellen. Dieselben sollen diese Angaben benutzen, um sich auch dadurch in genauer Kenntniß über die gesundheitlichen Verhältnisse jedes Ortes ihrer Medizinalbezirke zu erhalten; auch haben die Bezirksärzte auf Grund der Leichenbestattungsscheine alljährlich nach vorgeschriebenem Formular eine tabellarische Uebersicht über die in ihren Medizinalbezirken vorgekommenen Sterbefälle anzufertigen und an das Landes-Medizinalkollegium einzureichen.

Die Gebühren der Leichenfrauen sind sehr verschieden je nach der Größe der Gemeinde und der Wohlhabenheit der Bevölkerung. Sie betragen für die acht Besuche, die die Leichenfrau bei der Leiche zu machen hat, einschließlich der gesammten Verrichtungen, durchschnittlich höchstens $1^1/_2$ bis 2 *M.* Da aber die Leichenfrau die Leiche nicht nur mit Rücksicht auf den Eintritt des Todes zu beobachten und zu untersuchen, sondern auch zu reinigen und aufzubahren hat, so entfällt auf die mit der Leichenschau verbundene Thätigkeit nur ein geringer Theil der Gebühren. Die letzteren sind von den Angehörigen, beziehentlich aus der Nachlaßmasse, zu bezahlen.

2. Sachsen-Weimar.

Zur Vermeidung der Nachtheile, die bei unterlassener Zuziehung von Leichenweibern nicht nur in rechtlicher Hinsicht bei Erbschaftsberichtigungen, sondern auch in polizeilicher Hinsicht entständen, ist durch die Bekanntmachungen vom 11. Juli 1811 (Sammlung der Weimarisch-Eisenachischen Gesetze, Verordnungen 2c. von F. von Göckel, 2. Theil S. 40) und 4. August 1851 (Regierungsbl. S. 346) vorgeschrieben, daß in der Regel bei allen Leichen Leichenfrauen zugezogen werden müssen, und daß nur hinsichtlich solcher Kinder, die das Alter von 6 Wochen noch nicht erreicht haben, die Besorgung der Leichen ausnahmsweise den Hebammen gestattet ist.

3. Sachsen-Altenburg.

Die im Herzogthume Sachsen-Altenburg über das Institut der verpflichteten Leichenfrauen erlassenen Bestimmungen (Verordnung vom 24. April 1857, Gesetzbl. S. 107) sind den im Königreiche Sachsen bestehenden im Wesentlichen nachgebildet. Die Leichenfrau erhält die an ihrem Orte übliche Vergütung (§. 5 a. a. O.).

4. Schaumburg-Lippe.

In Schaumburg-Lippe ist die Leichenschau durch Todtenfrauen mittelst der Verordnungen vom 13. und 14. März 1862 (Sammlung der Landesverordnungen Band 9 S. 273 und 276), welche an Stelle einer älteren Instruktion vom 30. März 1819 (a. a. O. Band 4 S. 412) getreten sind, geregelt. Die Todtenfrauen erhalten die an einem jeden Orte hergebrachten Gebühren.

III. Staaten ohne allgemeine obligatorische Leichenschau, aber mit partiellen (lokalen) Einrichtungen dieser Art.

1. Preußen.

Die Frage der Leichenschau ist in Preußen nicht generell geregelt, sondern den einzelnen Verwaltungsbezirken überlassen geblieben. Allgemein ist eine Leichenschau nur vorgeschrieben, wenn ein Leichenpaß erforderlich ist, um die Erlaubniß zum Transport einer Leiche zu erhalten, oder wenn eine Leiche vor der gesetzlichen Frist beerdigt werden soll.

1. Jede offizielle Leichenschau fehlt zur Zeit noch in den Regierungsbezirken Gumbinnen, Marienwerder, Stralsund, Posen, Breslau, Oppeln, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Osnabrück, Aurich, Münster und Trier.

2. Die Verpflichtung, ärztliche Todtenscheine mit Angabe der Todesursache beizubringen, besteht in folgenden Orten:

1. Regierungsbezirk Königsberg in Königsberg und Allenstein;
2. Regierungsbezirk Danzig in Danzig und Elbing;
3. Stadtkreis Berlin seit 1835;
4. Regierungsbezirk Potsdam in Charlottenburg, Ketzin seit 1855, in Luckenwalde, Mittenwalde, Perleberg, Rixdorf, Steglitz, Teltow, den Rieselgütern von Berlin, sowie in sämmtlichen Orten des Kreises Niederbarnim seit 1878;
5. Regierungsbezirk Frankfurt in Frankfurt a. O. seit 1852, Fürstenberg seit 1875, Küstrin seit 1880, Luckau und Lübben seit 1890;
6. Regierungsbezirk Stettin in Anklam und Stettin seit 5. April 1876;
7. Regierungsbezirk Köslin in Kolberg und Stolp seit 20. September 1894;
8. Regierungsbezirk Bromberg in Schneidemühl seit 11. April 1893;
9. Regierungsbezirk Liegnitz in Görlitz, Grunau, Haynau, Liegnitz, Muskau und Sprottau;
10. Regierungsbezirk Magdeburg in Aschersleben seit 1889 und Magdeburg seit 12. November 1887;
11. Regierungsbezirk Merseburg in Halle a. S., Naumburg und Weißenfels seit 14. Dezember 1884. Außerdem ist durch die Polizeiverordnung vom 28. Juni 1854, betreffend die Behandlung von Leichen, eine Art von Leichenschau im ganzen Bezirke eingeführt. Zur Abhaltung derselben sind Aerzte oder angestellte konzessionirte Leichenwärterinnen oder je zwei zuverlässige und er-

fahrene Männer befugt, die nicht zu der Familie des Verstorbenen gehören;

12. Regierungsbezirk Erfurt in Erfurt, Ilversgehofen bei Erfurt, Mühlhausen, Nordhausen, Schleusingen und Weißensee;
13. Regierungsbezirk Schleswig in sämmtlichen Städten und Flecken, sowie in den Kirchspielen Blankenese, Gaarden bei Kiel, Deezbüll und Niebüll;
14. Regierungsbezirk Minden in Paderborn seit 24. Dezember 1890;
15. Regierungsbezirk Arnsberg in Dortmund;
16. Regierungsbezirk Wiesbaden in Biebrich-Mosbach, Limburg und Wiesbaden. In Frankfurt a/M. werden nur die Leichen unehelicher und ohne ärztliche Behandlung verstorbener Kinder einer Besichtigung durch den Physikus unterzogen;
17. Regierungsbezirk Koblenz in Koblenz und Neuwied;
18. Regierungsbezirk Düsseldorf in Altendorf (Kreis Essen), Barmen, Duisburg, Elberfeld, Essen, Geldern, Gerresheim (Kreis Düsseldorf), Goch, Kaldenkirchen, Kleve, Lennep (für den engeren Stadtbezirk), Meiderich, Mülheim, M.-Gladbach, Oberbrechen, Rheydt, Ruhrort;
19. Regierungsbezirk Köln in Bonn und Köln seit 13. März 1884;
20. Regierungsbezirk Aachen in Aachen.

3. Eine obligatorische Leichenschau durch Laien besteht im Regierungsbezirk Kassel, im Kreise Biedenkopf des Regierungsbezirks Wiesbaden sowie im Regierungsbezirk Sigmaringen.

1. Im Regierungsbezirk Kassel sind die von den Kreisphysikern unterrichteten und geprüften Todtenbeschauer verpflichtet, bei allen ärztlich behandelten Verstorbenen die Todesursache nach der Angabe bezw. der Bescheinigung des behandelnden Arztes in den Leichenschein einzutragen, bei allen nicht ärztlich Behandelten dagegen dies im Leichenschein besonders zu erwähnen. In einigen Orten des Kreises Eschwege sind die Aerzte selbst Todtenbeschauer;
2. Im Kreise Biedenkopf erhalten die Todtenbeschauer keinen auf ihr Amt bezüglichen Unterricht und befinden sich in Folge dessen meist in völliger Unkenntniß über die Zeichen des Todes;
3. Im Regierungsbezirk Sigmaringen besteht in allen Gemeinden die obligatorische Leichenschau nach der Sigmaringer Verordnung vom 20. Januar 1838 und der Hechinger Verordnung vom 11. April 1843. Nach Vorschrift dieser Verordnungen soll für diejenigen Orte, in denen nicht die Oberamtsphysiker oder praktische Aerzte die Leichenschau ausüben, ein unbescholtener, von dem Physikus vorgeprüfter, oberamtlich auf die Leichenbeschau-Ordnung und Instruktion verpflichteter Bürger als Leichenbeschauer wirken.

2. Mecklenburg-Schwerin.

In Mecklenburg-Schwerin ist nach Verordnung vom 17. Mai 1816 (Gesetz-Samml. zweite Folge Band IV S. 81) in den Städten des Landes jede Leiche von beeidigten Todtenfrauen zu besichtigen und darauf zu untersuchen, ob ein natürlicher Todesfall vorliegt. Die Gebühren werden von den Magistraten mit Zuziehung der Bürgerschaft festgesetzt und nach eingeholter Genehmigung der Regierung bekannt gemacht.

Für das platte Land bestehen einschlägige Vorschriften nicht.

3. Braunschweig.

In den Städten des Landes findet auf Grund einer älteren regiminellen Anordnung eine regelmäßige ärztliche Besichtigung der Leichen statt, indem vorgeschrieben ist, daß den Standesbeamten behufs Eintragung des Sterbefalls in das Sterberegister eine Todesbescheinigung nach einem vorgeschriebenen Muster überreicht werden muß. Die Bescheinigungen werden von dem Arzte, welcher den Verstorbenen während der letzten Krankheit behandelte, oder wenn dieser die Ausstellung verweigert oder eine ärztliche Behandlung während der letzten Krankheit nicht stattgefunden hat, unentgeltlich von dem zuständigen Physikus ausgestellt. Nichtärzte werden zur Besichtigung der Leichen nicht zugelassen.

4. Anhalt.

Für die Residenzstadt Dessau ist, im Anschluß an eine dort bereits seit mehreren Jahrzehnten bestehende usuelle Einrichtung durch Polizeiverordnung vom 12. Juni 1896 (Anhalt. Staatsanzeiger Nr. 139) bestimmt, daß die für Sterbefälle meldepflichtigen Personen auf dem Standesamt eine ärztliche Bescheinigung über die Krankheit oder sonstige Todesursache einzureichen haben.

Im Uebrigen besteht in Anhalt nur die Bestimmung, daß ein Verstorbener ohne polizeiliche Erlaubniß nicht früher als 72 Stunden nach dem erfolgten Tode beerdigt werden darf (Polizei-Strafgesetz Artikel 155; Gesetz-Samml. Bd. I Nr. 30 S. 177 Anl. A S. 30). Wird die Beerdigung einer Leiche wegen Fäulniß oder wegen Ansteckungsgefahr, wenn der Tod durch eine ansteckende Krankheit erfolgt ist, für nothwendig erachtet, so darf die Beerdigung nur mit polizeilicher Erlaubniß, welche auf Grund eines eingereichten ärztlichen Zeugnisses ertheilt wird, vor Ablauf der gesetzlichen Frist von 72 Stunden geschehen. Die betreffenden Kosten haben die Angehörigen zu tragen, wenn nicht etwa der Kranke auf öffentliche Kosten durch einen angestellten Arzt behandelt worden ist.

In der Stadt Zerbst wird die Leichenschau durch mit Instruktion versehene Leichenwäscherinnen ausgeübt. Ebenso existiren im früheren Bernburger Landestheile zur Ausübung der Todtenschau Leichenwäscherinnen, denen eine für diesen Zweck verfaßte Instruktion vom 29. Dezember 1857 ertheilt worden ist. Ein gesetzlicher Zwang, die Todtenschau durch Leichenwäscherinnen vornehmen zu lassen, besteht jedoch nicht.

Die Bezahlung derselben für ihre Dienstleistungen ist Sache der Angehörigen.

5. Reuß älterer Linie.

Die obligatorische Leichenschau besteht nur für die Stadt Greiz, und zwar zufolge bestätigten Ortsstatuts vom 20. Juli 1886. Dieselbe erfolgt ausschließlich durch approbirte Aerzte. Die erwachsenden Kosten werden aus der Stadtkasse bestritten.

6. Reuß jüngerer Linie.

Eine allgemeine ärztliche Leichenschau besteht im Gebiete des Fürstenthums Reuß j. L. nur in der Stadt Gera nach Maßgabe des Ortsstatuts vom 2. Juli 1886. Dieselbe wird, soweit nicht die erforderlichen Bescheinigungen von dem behandelnden Arzte ausgestellt werden, durch einen von dem Stadtrath angestellten approbirten Arzt ausgeübt, der hierfür eine Pauschalvergütung von jährlich 400 *M.* aus Gemeindemitteln erhält.

Ferner werden im ganzen Fürstenthume zufolge Verordnung vom $\frac{\text{9. Januar 1836}}{\text{10. August 1852}}$ (Gesetz-Samml. 1852 S. 153) einzelne Funktionen der Leichenschauer, nämlich die Feststellung des Todes, die Ausstellung der für die Beerdigung erforderlichen Bescheinigungen und die Anzeige solcher Umstände, die den Verdacht eines nicht natürlichen Todes begründen, von den die Beschickung der Leichen verrichtenden verpflichteten Leichenweibern wahrgenommen.

7. Lübeck.

Eine organisirte Leichenschau besteht im Lübecker Staatsgebiete nicht; dagegen finden Beerdigungen von Leichen nur auf Grund ärztlicher Todeszeugnisse statt. Für die Stadt und die Thorbezirke ist in solcher Beziehung die Verordnung vom 20. September 1834, betreffend die Einführung ärztlicher Todesbezeugungen (Sammlung der Verordnungen B. 7 S. 61), maßgebend; für Travemünde und die Landgemeinden gilt das bezügliche Gesetz vom 20. April 1891 (a. a. O. B. 58 S. 13).

Durch die Ausstellung der Todeszeugnisse im Stadtbezirk entstehen besondere Kosten nicht, da sie vom behandelnden Arzte, beziehungsweise von einem der beamteten Aerzte, dem Physikus, Polizeiarzt oder Armenarzt, unentgeltlich zu ertheilen sind.

In Travemünde und den Landbezirken fallen etwaige durch das Todeszeugniß entstehende Kosten dem zur Bestreitung der Begräbnißkosten Verpflichteten zur Last; soweit nach Maßgabe des Gesetzes vom 20. April 1891 die betreffende Gemeinde das Todeszeugniß zu veranlassen hat und dasselbe nicht von einem ihrerseits angestellten, zur unentgeltlichen Ertheilung verpflichteten Arzte ausstellen läßt, sind die Kosten im Falle des Unvermögens der zu deren Tragung Verpflichteten als Armenlast auf die Gemeindekasse zu übernehmen.

8. Elsaß-Lothringen.

Durch örtliche Polizeiverordnungen ist in 10 Gemeinden eine allgemeine obligatorische Leichenschau durch Aerzte eingeführt. Außerdem besteht auf gleicher Grundlage in zahlreichen Gemeinden eine beschränkte Leichenschau, die sich nur auf diejenigen verstorbenen Personen erstreckt, welche ohne ärztliche Behandlung gestorben sind, oder bei welchen der behandelnde Arzt die Ausstellung des Todtenscheins verweigert. Auch die beschränkte Leichenschau wird meist durch Aerzte, indessen in einigen Gebirgsgemeinden des Kreises Rappoltsweiler, wo kein Arzt in der Nähe wohnt, durch besonders vorgebildete Nichtärzte ausgeführt. Die Kosten der Leichenschau werden in einer Reihe von Ortschaften von der Gemeinde, die dann dem Arzte regelmäßig ein Jahresfixum zahlt, getragen. In anderen Ortschaften liegt dagegen die Entrichtung der Gebühren für jede Leichenschau zunächst der Familie des Verstorbenen ob, während die Gemeinde nur im Unvermögensfalle beziehungsweise bei Armen eintritt. Die Jahresfixa betragen je nach der Größe der Gemeinde zwischen 80 und 500 ℳ; die Gebühren für die einzelne Leichenschau schwanken zwischen 50 Pf. und 4 ℳ, der Durchschnittssatz ist 2 ℳ.

IV. Staaten ohne obligatorische Leichenschau.

Hierher gehören Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Lippe-Detmold.

Anlage 3.

Erkenntnisse
des
Preußischen Ober-Verwaltungsgerichts.

Ueber die Frage, von wem nach dem in Preußen bestehenden Rechtszustande die Kosten zu tragen sind, welche aus den polizeilicherseits zur Abwehr und Unterdrückung von ansteckenden Krankheiten getroffenen Maßnahmen erwachsen, hat das Preußische Ober-Verwaltungsgericht die nachstehenden Entscheidungen getroffen, welche durch Vorgänge bei Bekämpfung der Choleragefahr in den Jahren 1892/93 veranlaßt sind:

I. Urtheil des I. Senats vom 6. Januar 1894. (Entsch. Band 26 S. 85 ff.)

Es handelte sich um die Frage, wer die Entschädigung zu leisten habe für Schäden, welche durch eine polizeilich angeordnete Desinfektion von Frachtgütern veranlaßt wurden, die durch ein aus einem verseuchten Hafen (Hamburg) ohne Beachtung der Quarantänevorschriften in einen seuchenfreien preußischen Hafen (Danzig) eingebracht worden waren. Die Gemeindeverwaltung der letztgenannten Hafenstadt klagte gegen eine Zwangsetatisirungsverfügung des Regierungspräsidenten, durch welche ihr die Tragung der fraglichen Entschädigungskosten angesonnen war. Die Stadtgemeinde erzielte eine ihr günstige Entscheidung.

Bei Erörterung der Frage, ob die streitigen Kosten durch einen Akt der Landes- oder der Ortspolizei erwachsen seien, ging das Ober-Verwaltungsgericht von folgenden Erwägungen aus:

Augenscheinlich erfordere das Gesammtinteresse des Staats, daß die im Auslande herrschende Seuche die Landesgrenze nicht überschreite, und falls dies in einem Orte des Inlandes dennoch geschehen, das Gesammtinteresse der übrigen Landestheile, daß sie auf diesen Ort beschränkt bleibe. Dagegen werde die Assanirung der einzelnen Ortschaft und die sonstigen Maßnahmen, um im Falle einer Einzelerkrankung die Entstehung einer lokalen Epidemie zu verhüten, als im nachbarlichen Gemeindeinteresse nothwendig zu erachten sein. Besonders scharf trete dies Verhältniß hervor bei der landespolizeilichen Absperrung einer verseuchten Ortschaft zum Schutze der Umgebung (vergl. Denkschrift Nr. 76 der Drucksachen des preußischen Abgeordnetenhauses 1893, Stenogr.Ber. 1893 Anl. 4 S. 2069).

Andererseits werde durch den Schutz der Landes- oder Provinzialgrenzen das besondere Interesse der einzelnen Ortschaften ebenso geschützt, wie es dem Staatsganzen förderlich sei, daß jeder lokale Ausbruch einer Seuche thunlichst schnell unterdrückt, die Entstehung eines lokalen Seuchenheerdes verhindert wird. Die besonderen Ortsinteressen aller Gemeinden seien eben mittelbar auch im staatlichen Gesammtinteresse gelegen.

Daher bestimme auch der Ministerial-Runderlaß vom 26. Juni 1893, daß Maßnahmen, die auf Verhinderung der Einschleppung der Seuche aus dem Auslande in das Inland oder auf die ihrer Verbreitung im Inlande aus einer Gegend zur anderen abzielen, als landespolizeiliche, diejenigen dagegen, welche auf die Bekämpfung und Beschränkung der Krankheit innerhalb des einzelnen Orts gerichtet sind, als ortspolizeiliche zu erachten seien.

Es müsse im Einzelfalle stets geprüft werden, ob bei der betreffenden Maßregel das landespolizeiliche oder das ortspolizeiliche Interesse überwiegend vorherrsche.

Maßnahmen zur Ueberwachung der Seehäfen gegen die Einschleppung von Seuchen aus dem Auslande seien zweifellos vorwiegend landespolizeilicher Natur.

II. Urtheil des I. Senats vom 11. Februar 1896. (Entsch. Band 29 S. 99 ff.)

Es stand in Frage, ob die Stadtgemeinde Tilsit die Kosten der von dem Regierungspräsidenten angeordneten täglichen Untersuchung des das Trink- und Wirthschaftswasser für die Bewohner dieser Stadt liefernden Wasserwerks, welches das Wasser aus dem damals als verseucht erklärten Memelstrome entnimmt, zu tragen habe.

Die Klage der Stadtgemeinde gegen eine im Zwangsetatisirungsverfahren ergangene Verfügung des Regierungs-Präsidenten, durch welche ihr diese Kosten auferlegt wurden, ist von dem Gerichtshofe abgewiesen worden. Es wurde dabei von der Erwägung ausgegangen, daß allgemeine Maßnahmen, welche die Versorgung der Bevölkerung einer Ortschaft mit reinem, gesunden Trink- und Gebrauchswasser zum Gegenstande haben, in erster Linie das gesundheitliche Interesse deren im Auge hat, die sich des Wassers bedienen; das landespolizeiliche Interesse (Verhütung der Verbreitung der Seuche im Inlande von einer Gegend zur anderen, trete hier völlig zurück; es handle sich nicht um eine Untersuchung des Wassers des Memelstromes, sondern um das dem Wasserwerk der Stadt Tilsit aus diesem Strome entnommene und demnächst an die Einwohner zur Verwendung abzugebende Wasser. Ob die Anordnung wegen Untersuchung des Wassers von der Landespolizeibehörde im Wege der Anweisung an die Ortspolizeibehörde veranlaßt sei, könne den ortspolizeilichen Charakter der Maßregel nicht tangiren.

III. Urtheil des I. Senats vom 27. Oktober 1896. (Pr. Verw.-Bl. Bd. 18 S. 168.)

Es handelte sich um Kosten, welche durch Schließung von Brunnen, Beköstigung von isolirten Kranken und Gesunden, Desinfektion von Krankenstuben, Unterbringung der aus der Quarantäne Entlassenen, Vernichtung beschmutzter Nahrungsmittel und Krankenbetten, Verpflegung der in Quarantäne gehaltenen Personen entstanden waren.

Die sämmtlichen vorgenannten Kosten wurden der Gemeinde zur Last gelegt, weil es sich in erster Linie und vorwiegend um die Verhütung einer lokalen Epidemie anläßlich des Auftretens einzelner Krankheitsfälle gehandelt habe, — während die Kosten der Absperrung der Ortschaft nach Außen hin durch Gendarmen, die Verhinderung der Ausfuhr von Molkereiprodukten aus einer in der Ortschaft betriebenen Meierei und die Zufuhr an Rohprodukten in diese Meierei als im landespolizeilichen Interesse (Verhütung der weiteren Verbreitung der Seuche im Inlande) veranlaßt angesehen wurde.

Nr. 797.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene — Nr. 524, 792 der Drucksachen —.

Roesicke (Dessau). Der Reichstag wolle beschließen:

im Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene:

1. im **§. 24** Abs. 1 vorletzte Zeile statt: „anderen" zu setzen:

   „sonstigen".

2. im **§. 11** Abs. 4 hinter: „Die Beschwerde hat" einzufügen:

   „ausgenommen im Falle des §. 5 Abs. 3, 4".

Berlin, den 16. Mai 1900.

Nr. 798.

Abänderungs-Antrag

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau — Nr. 631 der Drucksachen —.

---

v. Bonin-Bahrenbusch. Der Reichstag wolle beschließen:

den §. 14a wie folgt anzunehmen:

§. 14a.

Der Bundesrath wird ermächtigt, abweichend von den Bestimmungen des §. 1, zur Einfuhr in das Reichsgebiet zuzulassen:

1. Speck, Schweineschmalz und Därme;
2. geräucherte Schweineschinken und frisches Fleisch, letzteres jedoch nur in ganzen Thierkörpern, die bei Rindvieh, ausschließlich der Kälber, und bei Schweinen in Hälften zerlegt sein können. Mit den Thierkörpern muß Brust- und Bauchfell, Lunge, Herz, Nieren, bei Kühen auch das Euter in natürlichem Zusammenhange verbunden sein. Der Bundesrath ist ermächtigt, diese Vorschriften auf weitere Organe auszudehnen.

Für die Zeit nach dem 31. Dezember 1903 sind etwaige Ausnahmebestimmungen für die unter 2 genannten Fleischarten durch Gesetz neu zu regeln.

§. 14b.

Das nach §. 14a in das Zollinland zugelassene Fleisch u. s. w.

Berlin, den 16. Mai 1900.

v. Bonin-Bahrenbusch.

Bindewald. v. Bloedau. v. Brockhausen. Graf v. Carmer. v. Dallwitz. v. Dewitz. Graf zu Dohna-Schlodien. Firzlaff. Gäbel. Gräfe. Dr. Hahn. Hauffe-Dahlen. Henning. Hilgendorff. Himburg. Graf v. Kanitz. Dr. Freiherr v. Langen. Liebermann v. Sonnenberg. Graf zu Limburg-Stirum. Lotze. Lucke. Müller (Waldeck). Nißler. v. Normann. Dr. Oertel. v. Puttkamer-Plauth. Raab. Dr. Roesicke (Kaiserslautern). Rother. v. Salisch. Schrempf. v. Sperber. v. Spiegel. v. Staudy. v. Treuenfels. Dr. Vielhaben. v. Waldow und Reitzenstein. Freiherr v. Wangenheim (Pyritz). v. Weitzel. Werner. Will.

Nr. 799.*

Zusammenstellung des Entwurfs eines Gesetzes,

— Nr. 524 und 792 der Drucksachen — mit den

In allen Theilen unverändert nach den Beschlüssen der XXI. Kommission — Zweite Berathung

Vorlage.

Entwurf eines Gesetzes

betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene.

§. 11.

Die Festsetzung der Entschädigungen erfolgt durch die Ausführungsbehörde.

Ueber die Festsetzung der Rente ist dem Verletzten oder dessen Hinterbliebenen und soweit in den Fällen des §. 7 Abs. 3 zu den Lasten des einzelnen Unfalls der Unternehmer beizutragen hat, auch diesem ein schriftlicher Bescheid, aus welchem die Art der Berechnung ersichtlich sein muß, zuzustellen.

Die Zustellung kann durch die Post mittelst eingeschriebenen Briefes erfolgen. Posteinlieferungsscheine begründen nach Ablauf von zwei Jahren seit ihrer Ausstellung die Vermuthung für die in der ordnungsmäßigen Frist nach der Einlieferung erfolgte Zustellung.

Innerhalb eines Monats nach der Zustellung des Bescheids steht dem Verletzten oder seinen Hinterbliebenen sowie dem Unternehmer die Beschwerde zu. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Landes-Zentralbehörde bezeichnet die für die Entscheidung über Beschwerden zuständige Stelle. Diese muß in dem Bescheid angegeben werden. Die Entscheidung kann mit Genehmigung des Reichskanzlers dem Reichs-Versicherungsamt übertragen werden.

Die zur Entscheidung berufene Stelle entscheidet endgültig.

§. 24.

Diejenigen Unternehmer sowie deren Vertreter und Beauftragte, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Aufwendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Krankenversicherungsgesetzes von den Entschädigungsverpflichteten oder von Krankenkassen gemacht worden sind.

In gleicher Weise haftet als Unternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

Der Anspruch verjährt in achtzehn Monaten von dem Tage, an welchem das strafrechtliche Urtheil rechtskräftig geworden ist.

Die Bestimmung des §. 23 Abs. 3 findet Anwendung.

Beschlüsse der Kommission.

Entwurf eines Gesetzes

betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene.

§. 11.

Die Festsetzung der Entschädigungen erfolgt durch die Ausführungsbehörde.

Ueber die Festsetzung der Rente ist dem Verletzten oder dessen Hinterbliebenen und soweit in den Fällen des §. 7 Abs. 3 zu den Lasten des einzelnen Unfalls der Unternehmer beizutragen hat, auch diesem ein schriftlicher Bescheid, aus welchem die Art der Berechnung ersichtlich sein muß, zuzustellen.

Die Zustellung kann durch die Post mittelst eingeschriebenen Briefes erfolgen. Posteinlieferungsscheine begründen nach Ablauf von zwei Jahren seit ihrer Ausstellung die Vermuthung für die in der ordnungsmäßigen Frist nach der Einlieferung erfolgte Zustellung.

Innerhalb eines Monats nach der Zustellung des Bescheids steht dem Verletzten oder seinen Hinterbliebenen sowie dem Unternehmer die Beschwerde zu. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Landes-Zentralbehörde bezeichnet die für die Entscheidung über Beschwerden zuständige Stelle. Diese muß in dem Bescheid angegeben werden. Die Entscheidung kann mit Genehmigung des Reichskanzlers dem Reichs-Versicherungsamt übertragen werden.

Die zur Entscheidung berufene Stelle entscheidet endgültig.

§. 24.

Diejenigen Unternehmer sowie deren Vertreter und Beauftragte, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Aufwendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Krankenversicherungsgesetzes von den Entschädigungsverpflichteten, **von Gemeinden-, Armenverbänden** oder von Kranken- **und anderen Unterstützungs**kassen *(§. 20 Abs. 1)* gemacht worden sind.

In gleicher Weise haftet als Unternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

Der Anspruch verjährt in achtzehn Monaten von dem Tage, an welchem das strafrechtliche Urtheil rechtskräftig geworden ist.

Die Bestimmung des §. 23 Abs. 3 findet Anwendung.

* Aenderungen gegen die Kommissions-Beschlüsse sind mit fettem Druck in lateinischer Schrift bezeichnet.

betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene,

Beschlüssen des Reichstags in zweiter Berathung.

Nr. 792 der Drucksachen — jedoch mit Ausnahme der folgenden Paragraphen.
cfr. 195. Sitzung.

Beschlüsse des Reichstags.

Entwurf eines Gesetzes

betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene.

§. 11.

Die Festsetzung der Entschädigungen erfolgt durch die Ausführungsbehörde.

Ueber die Festsetzung der Rente ist dem Verletzten oder dessen Hinterbliebenen und soweit in den Fällen des §. 7 Abs. 3 zu den Lasten des einzelnen Unfalls der Unternehmer beizutragen hat, auch diesem ein schriftlicher Bescheid, aus welchem die Art der Berechnung ersichtlich sein muß, zuzustellen.

Die Zustellung kann durch die Post mittelst eingeschriebenen Briefes erfolgen. Posteinlieferungsscheine begründen nach Ablauf von zwei Jahren seit ihrer Ausstellung die Vermuthung für die in der ordnungsmäßigen Frist nach der Einlieferung erfolgte Zustellung.

Innerhalb eines Monats nach der Zustellung des Bescheids steht dem Verletzten oder seinen Hinterbliebenen sowie dem Unternehmer die Beschwerde zu. Die Beschwerde hat*, **ausgenommen im Falle des §. 5 Abs. 3, 4,** keine aufschiebende Wirkung.

Die Landes-Zentralbehörde bezeichnet die für die Entscheidung über Beschwerden zuständige Stelle. Diese muß in dem Bescheid angegeben werden. Die Entscheidung kann mit Genehmigung des Reichskanzlers dem Reichs-Versicherungsamt übertragen werden.

Die zur Entscheidung berufene Stelle entscheidet endgültig.

§. 24.

Diejenigen Unternehmer sowie deren Vertreter und Beauftragte, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Aufwendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Krankenversicherungsgesetzes von den Entschädigungsverpflichteten, **von Gemeinden-, Armenverbänden** oder von Kranken- **und** ** **sonstigen Unterstützungs**kassen *(§. 20 Abs. 1)* gemacht worden sind.

In gleicher Weise haftet als Unternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

Der Anspruch verjährt in achtzehn Monaten von dem Tage, an welchem das strafrechtliche Urtheil rechtskräftig geworden ist.

Die Bestimmung des §. 23 Abs. 3 findet Anwendung.

* Zusatz nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 797₂ der Drucksachen —.

** An Stelle des Wortes: „anderen" ist nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 797₁ der Drucksachen — das Wort: „sonstigen" gesetzt.

Berlin, den 16. Mai 1900.

Nr. 800/805.

Abänderungs-Anträge

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs — Nr. 571 der Drucksachen —.

Nr. 800. Haußmann (Böblingen). Der Reichstag wolle beschließen:

1. in **§. 361** des Strafgesetzbuchs am Schlusse der Ziffer 5 die Worte anzufügen: „oder daß er wegen Trunksucht entmündigt wird".
2. in **§. 361** des Strafgesetzbuchs in dem letzten Absatz anstatt der Worte „Nr. 9 und 10" zu setzen: „Nr. 9, 10 und 11".
3. in **§. 361** des Strafgesetzbuchs als Ziffer 11 zu setzen:
   „Wer sich einer Fahrkarte oder einer ähnlichen Urkunde, in welcher das Recht zur Beförderung verzeichnet ist, von unbedeutendem Werth unbefugt bedient, oder den Inhalt derselben unbefugt abändert".
4. in **§. 361** des Strafgesetzbuchs als Ziffer 12 zu setzen:
   „Wer zum amtlichen Verkehr bestimmte Briefmarken oder Werthzeichen unbefugt verwendet".
5. in **§. 361** des Strafgesetzbuchs dem letzten Absatz anzufügen:
   „In dem Fall der Nr. 9 tritt Straflosigkeit ein, wenn eine Verletzung der Gesetze zum Schutze der Forsten in Zeiten eines örtlichen Nothstandes zur Befriedigung eines dringenden wirthschaftlichen oder landwirthschaftlichen Bedürfnisses erfolgt ist."
6. in **§. 361** des Strafgesetzbuches am Ende einen weiteren Absatz anzufügen des Inhalts:
   „In den Fällen der Nr. 4 und 6 kann auf Einziehung desjenigen Betrags erkannt werden, welcher durch Bettelei oder durch gewerbsmäßige Unzucht erlangt ist."

Nr. 801. Beckh (Coburg). Der Reichstag wolle beschließen:

Eventual-Antrag.

In dem Antrage der Abgeordneten Munckel und Dr. Müller (Meiningen) — Nr. 803 der Drucksachen — zu §. 361 des Strafgesetzbuchs statt der Worte:

„Weibspersonen" zu setzen: „Frauenspersonen".

Nr. 802. Frohme. Der Reichstag wolle beschließen: dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs folgenden Abschnitt hinzuzufügen:

1.

„Der fünfzehnte Abschnitt des Strafgesetzbuchs (§§. 201 bis 210) wird aufgehoben."

2.

In den Abschnitten sechszehn und siebenzehn des Strafgesetzbuchs werden die nachstehenden Bestimmungen neu eingestellt:

a) **§. 211** als Abs. 2:
   „Diese Bestimmung findet Anwendung auch auf denjenigen, der einen Menschen im Zweikampf tödtet."

b) **§. 223a** als Abs. 2:
   „Ist die Körperverletzung begangen im Zweikampfe mit tödtlichen Waffen, so ist auf Gefängnißstrafe nicht unter einem Jahr zu erkennen."

c) **§. 223b**:
   „Die Herausforderung zum Zweikampfe mit tödtlichen Waffen sowie die Annahme einer solchen Herausforderung wird mit Gefängniß nicht unter sechs Monaten bestraft.
   Gefängnißstrafe von sechs Monaten bis zu drei Jahren tritt ein, wenn bei der Herausforderung die Absicht, daß einer von beiden Theilen das Leben verlieren soll, entweder ausgesprochen ist, oder aus der gewählten Art des Zweikampfs erhellt."

d) **§. 223c**:
   „Wer einen Anderen zum Zweikampf mit einem Dritten absichtlich, insbesondere durch Bezeigung oder Androhung von Verachtung anreizt, wird, falls der Zweikampf stattgefunden hat, mit Zuchthaus und, wenn in solchem Zweikampf ein Mensch getödtet worden ist, mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft."

e) **§. 224** Abs. 2:
   „Ist solch eine Körperverletzung im Zweikampf mit tödtlichen Waffen begangen worden, so ist auf Zuchthaus nicht unter drei Jahren zu erkennen."

f) **§. 226** Abs. 2:
   „Ist durch die im Zweikampf bewirkte Körperverletzung der Tod des Verletzten herbeigeführt worden, so ist auf Zuchthaus nicht unter sechs Jahren zu erkennen."

Nr. 803. Munckel. Dr. **Müller** (Meiningen). Der Reichstag wolle beschließen:

in dem Gesetzentwurfe, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des R.Str.G.B., ist der folgende neue **§. 361a** einzuschalten:

(Abs. 1.) „Weibspersonen, welche wegen gewerbsmäßiger Unzucht der polizeilichen Aufsicht unterstellt sind, oder welche, ohne einer solchen Aufsicht unterstellt zu sein, die Unzucht gewerbsmäßig betreiben, müssen von jugendlichen Personen, welche das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, getrennt in Haft gehalten werden.

(Abs. 2.) Weibspersonen, welche in den letzten drei Jahren wiederholt auf Grund des §. 361 Z. 6 R.Str.G.B. verurtheilt wurden, müssen von anderen Weibspersonen getrennt in Haft gehalten werden."

Den Antrag auf Nr. 666 der Drucksachen modifiziren die Antragsteller wie folgt:

Nr. 804. Horn (Sachsen). **Stadthagen.** Der Reichstag wolle beschließen:

dem Strafgesetzbuch zuzufügen:

„§. 362a.

Jedes Arbeits- oder Dienstverhältniß darf ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist von dem Dienstverpflichteten und dem gesetzlichen Vertreter sowie von der Mutter des Dienstverpflichteten aufgehoben werden, wenn durch das Arbeits- oder Dienstverhältniß die Sittlichkeit des Dienstverpflichteten gefährdet ist. Der Versuch, die Ausübung dieses Rechts zu hindern, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft."

Nr. 805. Heine. Der Reichstag wolle beschließen:

Das Gesetz, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs — Nr. 112 der Drucksachen — erhält folgenden Zusatz:

„**§. 361** des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich erhält zusätzlich folgenden Absatz:

Weibliche Personen dürfen polizeilicher Aufsicht gemäß §. 361 Nr. 6 des Strafgesetzbuchs nur unterstellt werden, wenn sie bereits wegen gewerbsmäßiger Unzucht rechtskräftig bestraft sind.

Personen, welche von der polizeilichen Aufsicht befreit worden sind, können auch ohne vorgängige erneute Bestrafung ihr wieder unterstellt werden, wenn sie sich von Neuem der gewerbsmäßigen Unzucht ergeben."

Nr. 806/809.

Berichte*

der

Kommission für die Petitionen.

Mündliche Berichte.

Nr. 806. Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Müller (Meiningen). Antrag der Kommission:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Petitionen II. Nr. 17577 des Vereins „Frauenwohl" zu Berlin und II. Nr. 17578 der Frau Emma Ihrer und Genossinnen zu Berlin wegen reichsgesetzlicher Regelung der Arbeitsverhältnisse im Gastwirthsgewerbe

dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Nr. 807. Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Marcour. Antrag der Kommission:

Der Reichstag wolle beschließen:

über die Petition II. Nr. 15270 des Pfarrers Dewies in Oekoven wegen Errichtung einer Postagentur in Oekoven

zur Tagesordnung überzugehen.

* **Inhaltsverzeichniß.**

		Seite
Nr. 806.	Mündlicher Petitionsbericht, betreffend die Arbeitsverhältnisse im Gastwirthsgewerbe — Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Müller (Meiningen) — (Antrag: Ueberweisung zur Berücksichtigung)	5383
Nr. 807.	Mündlicher Petitionsbericht, betreffend die Errichtung einer Postagentur — Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Marcour — (Antrag: Uebergang zur Tagesordnung)	5383
Nr. 808.	Hundertunderster Bericht, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung — Berichterstatter: Abgeordneter Kraemer — (Antrag: Ueberweisung als Material)	5383
Nr. 809.	Hunderlundzweiter Bericht, betreffend die Vorbildung für das thierärztliche Studium — Berichterstatter: Abgeordneter Hoffmann (Hall) — (Antrag: Ueberweisung zur Berücksichtigung)	5385

Nr. 808. Hundertunderster Bericht.

Berichterstatter:
Abgeordneter Kraemer. Journ. II. Nr. 11815.

Der Verband deutscher Lohnfuhrunternehmer zu Frankfurt a./M. hat sich, wie bereits in den Jahren 1893 und 1896, wiederum mit einer vom 9. November 1899 datirten Petition um Erweiterung bezw. Abänderung der §§. 37 und 76 der Reichs-Gewerbeordnung an den Reichstag gewandt, indem er Folgendes ausführt:

Die Petitionen vom 5. Dezember 1893 und 8. Februar 1896 seien durch den Reichstag dem Herrn Reichskanzler überwiesen worden, und zwar erstere in so weit zur Berücksichtigung, als die Fuhrunternehmer vor Festsetzung der Taxen und der sonstigen dieselben betreffenden Vorschriften zu hören seien, die letztere aber als Material bei einer künftigen Revision der Gewerbeordnung.

Die im Verfolge dieser Beschlüsse von dem Herrn Reichskanzler getroffenen Maßnahmen seien in ihren praktischen Erfolgen jedoch so weit hinter den berechtigten Erwartungen zurückgeblieben, daß die Klagen aus den betreffenden Berufskreisen nicht verstummen wollten. Diese Klagen gingen dahin, daß die Ortspolizeibehörden vielfach die allgemeinen Anordnungen der Zentralbehörden nicht beachteten, wonach, bevor sie auf Grund der §§ 37 und 76 der Gewerbeordnung die Unterhaltung des öffentlichen Verkehrs durch Transportmittel regelten, oder Taxen für die Benutzung der Transportmittel festsetzten, sich mit den betheiligten Unternehmern zu berechnen und dieselben gutachtlich zu hören hätten.

Auf ihre eingehend begründeten Eingaben an den Herrn Reichskanzler vom 18. Januar 1896 und 24. Dezember 1898 zur Herbeiführung einer gesicherten Rechtslage auf dem Verwaltungswege seien sie, die Petenten, durch Erlasse vom 6. Februar 1896 und 6. März 1899 unter Hinweis auf den Beschwerdeweg an die Landes-Aufsichtsbehörden abschlägig beschieden worden. So sehe sich denn nun der Vorstand des Verbandes deutscher Lohnfuhrunternehmer genöthigt, nochmals mit der Bitte um gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit hervor zu treten, wozu er sich besonders dadurch ermuthigt fühle, daß bei den früheren Verhandlungen festgestellt worden sei, daß „bei einer späteren Revision der Gewerbeordnung die beiderseitigen Interessen, sowohl diejenigen der öffentlichen Ordnung, als diejenigen der Fuhrwerksbesitzer einer eingehenden Erwägung bedürfen würden.

Daß die Petition vom 8. Februar 1896 nicht den gewünschten Erfolg gehabt habe, sondern dem Herrn Reichskanzler nur als Material überwiesen worden sei, glauben die Petenten darauf zurückführen zu sollen, daß der Herr Regierungskommissar in der Kommission die Erklärung abgegeben habe, daß auf Veranlassung des Herrn Reichskanzlers die Ortspolizeibehörden durch die Landesregierungen allgemein angewiesen seien, bei allen Maßnahmen auf Grund der §§. 37 und 76 R.G.O. die beruflichen Vertreter zunächst gutachtlich zu hören und daß demnach kein Anlaß zu einer Aenderung der Gesetzgebung vorliege, sowie ferner, daß es den Interessenten unbenommen sei, bei den zuständigen Landesbehörden vorstellig zu werden, wenn sie in einzelnen Fällen keine ausreichende Gelegenheit zur gutachtlichen Aeußerung gefunden zu haben glaubten.

Inzwischen hätten sie, die Petenten, immer wieder die Erfahrung machen müssen, daß die Polizeibehörden die ihnen ertheilten diesbezüglichen Anweisungen nicht befolgten, und daß die hierüber an die Aufsichtsbehörden gerichteten Beschwerden ohne Erfolg geblieben seien.

Zum Beweise für diese Behauptungen werden mehrere Fälle angeführt, aus denen die folgenden hervorgehoben seien:

a) In Frankfurt a./O. sei eine neue Verordnung, welche den öffentlichen Verkehrsdienst regelte, erlassen worden, ohne daß die Interessenten hiervon überhaupt zuvor irgend welche Kenntniß erhalten hätten. Eine darin enthaltene Bestimmung sei durch gerichtliche Entscheidung in letzter Instanz als nicht rechtsgültig bezeichnet worden.

b) In Breslau sei die Zulassung von Taxameterdroschken, wodurch gleichzeitig eine Vermehrung der Droschken stattgefunden habe, angeordnet worden. In dem auf eine Beschwerde bei dem Regierungs-Präsidenten ertheilten Bescheide sei ausgeführt worden, daß die gutachtliche Anhörung der Interessenten im vorliegenden Falle nicht in Frage komme, da es sich nicht um eine grundsätzliche Regelung auf Grund der §§. 37 und 76 R.G.O. handele, sondern um die Neukonzessionirung einiger Droschken auf Grund der gemäß den §§. 37 und 76 R.G.O. bereits erlassenen Verordnung.

c) In Frankfurt a./M. sei einer auswärtigen Gesellschaft die Konzession für Taxameterdroschken unter Einführung eines neuen Tarifs verliehen worden. Die dagegen erhobenen Beschwerden bei dem Regierungspräsidenten, dem Oberpräsidenten und dem Minister für Handel und Gewerbe seien erfolglos geblieben. Auch sei es den beruflichen Vertretern nicht gelungen, eine Auskunft von einer Instanz darüber zu erlangen, aus welchem Grunde eine gutachtliche Aeußerung der Interessenten nicht einzuholen gewesen sei. Als Beweis jedoch, wie wechselnd in dieser Beziehung die Ansichten der Polizeibehörden seien, wurde bemerkt, daß kurze Zeit darauf die beruflichen Vertreter der Stadt Frankfurt a./M. bei dem Antrage eines Unternehmers auf Zulassung von Automobildroschken im öffentlichen Verkehrsdienste gutachtlich gehört worden seien.

Die Petenten glauben damit bewiesen zu haben, daß diese Frage auf dem Verwaltungswege nicht befriedigend gelöst werden und daß die Sachlage durch die Beschreitung dieses Weges völlig unhaltbar geworden sei. Zur Klarstellung hätten sie sich nochmals mit einer Eingabe d. d. 24. Dezember 1898 an den Herrn Reichskanzler — jedoch ebenfalls ohne Erfolg — gewandt: wenigstens die Punkte festsetzen zu wollen, bei denen jedenfalls eine gutachtliche Aeußerung der Interessenten einzuholen sei. Bei der Ansicht der Aufsichtsbehörden, daß es einer Anhörung nur bei grundsätzlicher Neuregelung des öffentlichen Verkehrs auf Grund der §§. 37 und 76 R.G.O. bedürfe, würde diese gutachtliche Anhörung in der That illusorisch werden, da allgemeine Verordnungen auf Grund der mehrerwähnten gesetzlichen Vorschriften wohl allerorts erlassen seien.

Nach einigen weiteren Ausführungen im Sinne des Vorstehenden, in denen sich auch der Satz findet: „Der Wunsch nach baldiger Milderung einer so scharfen Ausnahmebestimmung der Gewerbeordnung, durch welche auch die geringste Mitwirkung der beruflichen Vertreter bei Verwaltungsmaßregeln, welche auf Kosten unseres Berufes durchgeführt werden, sowie bei Festsetzung der Taxen gänzlich ausgeschlossen ist, erscheint unter den dargelegten Verhältnissen wohl nicht unbescheiden", kommt die Petition zu dem Schlusse, zu bitten: „Ein hoher Reichstag wolle beschließen, an die verbündeten Regierungen das Ersuchen zu richten um thunlichst baldige Vorlage einer Novelle zur Reichsgewerbeordnung, betreffend Aenderung der §§. 37 und 76 R.G.O., dahin gehend, daß die Festsetzung der Fahrtaxen für das Droschkenfuhrwerk den Ortspolizei- und Gemeindebehörden, der Erlaß von Droschkenordnungen und sonstigen das öffentliche Fuhrwesen betreffenden Bestimmungen den Ortspolizeibehörden im Einvernehmen mit den Berufsvertretern obliegt."

Eine weitere Eingabe des petitionirenden Verbandes deutscher Lohnfuhrunternehmer ist vom 28. Dezember 1899 datirt und betrifft die Beschwerden des Breslauer Droschkenbesitzer-Vereins gegen eine von dem Polizeipräsidenten zu Breslau erlassene Polizeiverordnung vom 26. Mai 1898, insbesondere über die in derselben enthaltenen Bestimmungen über die Abänderung der Wagenhöhe, das Oeffnen der Wagen bei schönem Wetter und die Veränderung des Beginns der Nachttour von 10 auf 11 Uhr. Auch hier wird darüber Klage geführt, daß diese in die Verhältnisse des öffentlichen Fuhrwesens zu Breslau tief eingreifende Verordnung erlassen worden sei, ohne daß die betheiligten Unternehmerkreise bezw. deren Vertretung von einem großen Theil der Bestimmungen vorher Kenntniß erhalten, geschweige, daß sie gutachtlich darüber gehört worden seien. Allerdings habe der Vorsitzende des Vereins eine Aufforderung erhalten, sich, eventuell in Begleitung anderer Berufsgenossen, auf dem Polizeipräsidium einzufinden. Dort seien ihnen einige Punkte eines neuen Tarifs vorgelesen, die Ertheilung einer Abschrift vor Festsetzung der Taxe behufs genauerer Orientirung aber verweigert worden. Es sei dann noch zweimal, aber nur über die Einführung der Zeittaxe, verhandelt worden und dann sei plötzlich am 18. Juni die neue Polizeiverordnung erschienen. Der Erlaß derselben sei also unter Verletzung der preußischen ministeriellen Anordnungen erfolgt, sowie der Erlasse des Herrn Reichskanzlers vom 11. Mai 1894 und 6. Februar 1896, wonach die Ortspolizeibehörden angewiesen seien, bevor sie die Unterhaltung des öffentlichen Verkehrs durch Transportmittel regelten, oder Taxen für die Benutzung der Transportmittel festsetzten, mit den betheiligten Kreisen der Unternehmer oder mit Vertretern derselben ins Benehmen zu treten und sie über den Inhalt der zu treffenden Maßnahmen gutachtlich zu hören hätten. Sodann werden die einzelnen Beschwerdepunkte aufgeführt. Auf diese an den Polizeipräsidenten gerichtete Beschwerdeschrift ist die Antwort erfolgt, daß die Angaben derselben nicht zutreffend seien; die Interessenten seien vielmehr sowohl von dem Kommissar für das öffentliche Fuhrwesen als auch von dem Stellvertreter des Polizeipräsidenten zu Besprechungen eingeladen und mit ihren Wünschen gehört worden, wobei diejenigen Punkte der neu zu erlassenden Verordnung besprochen worden seien, welche eine Aenderung gegen den bisherigen Zustand zur Folge hätten. Die anwesenden Interessenten, unter denen sich auch der Vereinsvorsitzende befunden habe, hätten im Allgemeinen den geplanten Aenderungen zugestimmt und nur einige Wünsche geäußert, welche auch berücksichtigt worden seien. Das Protokoll, welches diese Thatsache feststelle, sei ohne Beanstandung von den sämmtlichen anwesenden Interessenten unterschrieben worden. Im Weiteren werden die Einwände der Beschwerdeführer eingehend widerlegt. Jedoch halten diese in der Replik ihres Vertreters an ihren Darstellungen fest, wurden aber dann neuerdings durch den Regierungspräsidenten im Auftrage des Herrn Ministers des Innern dahin beschieden, daß es bei der früheren Verfügung bewenden müßte.

Die Kommission verhandelte über diese Petition in ihrer Sitzung vom 21. Februar 1900. Nachdem dieselbe ihrem Hauptinhalte nach vorgetragen worden, gab der an der Verhandlung theilnehmende Regierungskommissar Herr

Geheimer Ober-Regierungsrath Werner folgende Erklärung ab:

Er nehme Bezug auf die in dem Berichte der Petitions-Kommission (Reichstags-Drucksache von 1895/97 — Nr. 254 —) wiedergegebene Erklärung des Regierungskommissars. Wie dort bereits ausgeführt sei, könne ein Anlaß zur Aenderung der Gewerbeordnung nicht anerkannt werden. Insbesondere könne nicht in Frage kommen, den Interessenten eine Einwirkung auf die gemäß §§. 37, 76 der Gewerbeordnung seitens der Ortspolizeibehörde zu erlassenden Bestimmungen in dem Maße, wie die Petition verlange, einzuräumen, daß solche Bestimmungen nur im Einvernehmen mit den Berufsvertretern erlassen werden dürften; dies würde dahin führen, daß die Behörde nur solche Bestimmungen erlassen könnte, die den Lohnfuhrunternehmern zusagten.

Den berechtigten Wünschen der Petition sei durch die von den Landes-Zentralbehörden den Ortspolizeibehörden ertheilten Anweisungen Rechnung getragen, wonach die Interessenten gutachlich zu hören sind. Wenn die Petition einzelne Fälle anführe, in denen dieser Anweisung seitens der betheiligten Ortspolizeibehörden nicht entsprochen sei, so lasse das beigebrachte thatsächliche Material nicht erkennen, inwieweit in jedem Falle diese Behauptung zutreffe; die Prüfung dieser Frage komme überdies denjenigen Landes-Zentralbehörden zu, deren Anweisung angeblich durch die nachgeordnete Behörde nicht beachtet sei. Die Unwirksamkeit der seitens der Landes-Zentralbehörden erlassenen Anweisungen könne nicht schon daraus gefolgert werden, daß einmal eine Ortspolizeibehörde der Anweisung versehentlich nicht die genügende Beobachtung schenke; hier genüge die Anrufung der höheren Instanzen im Beschwerdewege. Demgemäß sei auch der petitionirende Verband auf eine an den Reichskanzler gerichtete Eingabe gleichen Inhalts beschieden worden, daß es zur Zuständigkeit der Landeszentralbehörden gehöre, die Beobachtung der von ihnen erlassenen Anweisung zu beaufsichtigen und nach Bedarf deren Klarstellung herbeizuführen.

Die Kommission war überwiegend der Ansicht, daß die Forderung der Petenten viel zu weit gehe und nach dieser Richtung keineswegs genügend begründet sei, beschloß aber mit Rücksicht auf die in der Petition gegebenen thatsächlichen Unterlagen, auch diesmal zu beantragen:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Petition II. Nr. 11815 des Verbandes deutscher Lohnfuhrunternehmer zu Frankfurt a. M. auf Abänderung der §§ 37 und 76 der Reichs-Gewerbeordnung dem Herrn Reichskanzler als Material zu überweisen.

Nr. 809. Einhundertundzweiter Bericht.

Berichterstatter:
Abgeordneter Hoffmann (Hall). Journ. II. Nr. 15327.

Von dem deutschen Veterinärrath ist bei dem Reichstage eine Petition, unterzeichnet von den Herren Dr. Esser, Geheimer Medizinalrath und Professor an der Universität zu Göttingen, Präsident des Veterinärrathes, und Dr. Schmaltz, Professor an der thierärztlichen Hochschule in Berlin, Schriftführer des Veterinärrathes, betreffend Erhöhung der Vorbildung der Thierärzte eingebracht worden. Diese kam in der Sitzung der Petitions-Kommission vom 2. Mai 1900 zur Verhandlung, an welcher als Vertreter der verbündeten Regierungen der Königliche Gerichtsassessor Herr Glatzel theilnahm.

In der Petition wird zunächst erwähnt das verhältnißmäßig hohe Alter ähnlicher Bestrebungen und die sich allmählich vollziehende Anerkennung und Gewährung derselben.

Schon im Jahre 1855 war die Obersekundanerreife für die Zulassung zum thierärztlichen Studium in Preußen Bedingung, und im Jahre 1878 wurde durch die „Bundesrathsvorschriften für die Prüfung der Thierärzte" die Primanerreife gefordert.

Schon vor 1878 war von den Professoren der damaligen Thierarzneischulen dringend die Vorschrift des Abiturientenexamens empfohlen gewesen. Es wurde aber damals diese Forderung unter der Begründung abgelehnt: „Daß der Uebergang von Sekunda zur Maturitas ein zu unvermittelter sei."

Die Petenten klagen dann, daß seitdem über 20 Jahre verflossen seien und seitdem jenen Anforderungen noch nicht Genüge geleistet worden sei, trotzdem die Thierarzneikunde eine ganz andere Wissenschaft geworden sei, und als Beweis hierfür wird angeführt: Obenanstehend und in erster Linie zu nennen, die thierärztliche Chirurgie, welche jetzt viel mehr leiste und andere Kunstfertigkeit verlange, dann die innere Medizin: daß eine Reihe innerer Krankheiten, denen man früher machtlos gegenüberstand, jetzt erfolgreich behandelt werden könne, daß ferner seit jener Zeit die Veterinärpolizei und Nahrungsmittelgesetzgebung erst entstanden seien, womit der Veterinärwissenschaft ganz neue, wichtige und schwierige Aufgaben erwachsen seien, an welche früher gar nicht zu denken war. — Hervorragend die neue Wissenschaft, die Bakteriologie, verlange jetzt von jedem Thierarzt große Kenntnisse und Fertigkeiten, und es habe sich namentlich gezeigt, daß in der auf die Thierseuchetilgung gerichteten bakteriologischen Forschung die Arbeit der thierärztlichen Praktiker das Beste leisten müsse.

Ganz besonders weist die Petition darauf hin, daß die Erfolge der Neuzeit lehren, daß die Thierärzte durch medizinische Bakteriologen, welchen die praktische Kenntniß der Thierkrankheiten abgeht, nicht zu ersetzen seien.

Diesem außerordentlich erweiterten und vertieften Wirkungskreise der Thierärzte sei auch das Unterrichtswesen an den thierärztlichen Hochschulen entsprechend umgewandelt worden und es sei jetzt derart ausgedehnt, daß von den Studirenden der Veterinärmedizin kein geringeres Maß von Fleiß und reifem Verständniß gefordert werden könne, wie von den Studenten, welche den medizinischen Unterricht an den Universitäten genießen. Gerade die Bakteriologie, in der vom Thierarzt mindestens dasselbe wie vom Arzt verlangt werden muß, habe gezeigt, daß zwischen Medizin und Thiermedizin kein Unterschied besteht.

In Folge dieser Entwicklung des thierärztlichen Unterrichts seien auch die sämmtlichen deutschen Thierarzneischulen zu Hochschulen umgewandelt worden.

Das thierärztliche Studium sei keineswegs leichter als das medizinische und an das Können des wirklich tüchtigen praktischen Thierarztes würden nicht geringere Anforderungen gestellt als an den Arzt. Ja die richtige Erkennung und dementsprechende Behandlung der Thierkrankheiten biete sogar größere Schwierigkeiten als beim Menschen.

Da nun leider trotz der außerordentlichen Steigerung der Anforderungen an Lernen und Können,

der heutigen Gleichartigkeit zwischen Medizin und Thiermedizin, nicht die nöthige Fürsorge für befähigtes Material und verbesserte geistige Erziehung Rechnung getragen worden sei, trotz aller Bestrebungen, seit 1878 in dieser Beziehung nicht gehoben sei — (ja einigemale sogar Rückschläge drohten) vgl. Bericht der VIII. Kommission 9. Legislaturperiode II. Session 1893/94 — so sei ein Mißverhältniß zwischen Anforderungen und durchschnittlichen Fähigkeiten entstanden, das mit jedem Jahr schlimmer hervortrete!

Als große Uebelstände, welche diese viel zu lange verzögerte Gewährung des Nothwendigen erzeugt habe, werden in der Petition angeführt:

1. Steigerung der Zahl der Thierärzte, welche den Unterricht, wie er sich den Aufgaben des Veterinärwesens gegenüber nothgedrungen gestaltet habe, nicht haben verdauen können;

daß diese Elemente nicht verstehen, den ganzen Segen, den die Wissenschaft zu geben vermag, sich entfalten zu lassen, daß sie nicht im Stande seien, selbst die Wissenschaft zu bereichern, wo doch deren Entwickelung auf die Mitwirkung der Praktiker angewiesen sei.

2. Daß zunehmend solche junge Leute, welche ohne Abiturientenexamen Studenten sein möchten, das thierärztliche Studium ergreifen. Elemente, die aus Faulheit oder Unfähigkeit Maturitas nicht erlangen können, drängen sich ohne die geringste Neigung zu diesem Berufe hier ein, weil es ihre letzte Ausflucht, ihr Nothbehelf ist, und gerade diese sind es auch, die oft schlimme Einflüsse auf die unerfahrenen und in zu jugendlichem Alter zur akademischen Freiheit Zugelassenen ausüben.

3. Es sei nicht zu verhüten, daß auch solche Elemente, die, ohne Interesse an der Sache zu haben, Thierheilkunde studirten, schließlich die Examina bestehen, daß diese aber niemals tüchtige Thierärzte werden, weil ihnen die Liebe zur Sache fehlt. Diese seien dann auch solche, welche in der Praxis nicht „Handanlegen" wollten — was zu den häufigen und oft nicht unberechtigten Klagen der Landwirthe Veranlassung gebe.

Die Petition führt dann aus, daß das einzige Mittel, diese unnützen Elemente fernzuhalten und die Gesammtqualität zu heben, das Abiturientenexamen sei, da dessen Ablegung ein gewisses Maß von Fähigkeiten voraussetze, und daß der zweijährige Unterricht in der Prima von außerordentlicher Bedeutung für die Vollendung der geistigen Erziehung sei.

Es brauche nicht weiter bewiesen zu werden, daß durch Einführung des obligatorischen Abiturientenexamens die Fähigkeiten der Thierärzte sich steigern würden und daß dies ein Vortheil auch für die Gesammtheit darstelle, daß es sich ebenso von selbst rechtfertige, dem Thierarzt eine nicht geringere Vorbildung zu geben als dem Arzt, weil man von ihm auch nicht geringere Leistungen verlange. Damit glauben die Petenten die Nothwendigkeit und Nützlichkeit des Abiturientenexamens für Thierärzte erwiesen zu haben.

Der zweite Theil der Petition richtet sich gegen die Einwände und Bedenken, welche gegen die Einführung der Maturitas für die Studenten der Veterinärmedicin erhoben worden sind:

1. Es würden Abiturienten nicht in genügender Zahl die Thierarzneiwissenschaft studiren.

2. Ehemalige Abiturienten würden an der thierärztlichen Praxis keinen Geschmack finden und nicht „Handanlegen" wollen.

3. Thierärzte mit Abiturientenexamen würden höhere Honorarforderungen stellen.

4. Auch ohne Maturitas seien sehr viele Kapazitäten der Wissenschaft entstanden; diese allein bilde nicht das Kriterium für Intelligenz und Charakter; mit Lust und Liebe zu einer Sache werde vieles überwunden.

Gegen diese Einwände wird Folgendes angeführt:

ad 1 und 2. Das thierärztliche Studium ist ein sehr interessantes. Der Beruf biete verhältnißmäßig früh Existenz, was bei der Ueberfüllung akademischer Berufe sehr in das Gewicht falle. Die thierärztliche Praxis sei von der ärztlichen Landpraxis gar nicht so verschieden, und wenn auch äußerlich der thierärztliche Beruf gehoben werde, so sei mit Sicherheit zu erwarten, daß der Zuzug gut qualifizirter junger Männer sich nicht vermindere, sondern voraussichtlich noch steigern werde.

Es wird exemplifizirt, daß die Erhöhung der Vorbildung auf die Reife für Prima nicht nur keine Abnahme, die man damals ebenfalls fürchtete, sondern eine fast plötzliche und anhaltende Vermehrung gebracht habe.

Als Beweis für die Wichtigkeit der Niederlassungen der Thierärzte im Deutschen Reich sind folgende Zahlen angegeben:

Im Jahre 1889 wohnten in Preußen 1700 Thierärzte und es kamen auf jeden durchschnittlich 7000 Stück Großvieh (Pferde und Rinder) und zwar in den einzelnen Regierungsbezirken zwischen 15 000 (Königsberg) und 2000 (Hannover) — Im Jahre 1893 betrug die Zahl der preußischen Thierärzte schon über 2000, 1897 aber 2250; sie war also in acht Jahren um über 500 oder fast 30 % gewachsen. Es kamen im letztgenannten Jahr auf einen Thierarzt nur noch 5900 Stück Großvieh (eine sehr geringe Zahl) im Durchschnitt und höchstens 9000 (im Regierungsbezirk Königsberg). In den anderen Bundesstaaten sei es ähnlich. Es kamen 1893 auf einen Thierarzt in Bayern 8000, in Baden 5100, in Württemberg 4900 und in Sachsen gar nur 3000 Stück Großvieh.

Zur Entkräftung der unter Punkt 1 genannten Bedenken wird ferner über die Wirkung des Abiturientenexamens auf die Verhältnisse der Thierärzte im Auslande von autoritativer Seite geltend gemacht:

Wirkung des Abiturientenexamens im Auslande.

Das Abiturientenexamen wird gefordert für das thierärztliche Studium in Schweden (seit 1870), in Belgien, in Frankreich (hier dem unsrigen nicht ganz gleichwerthig), in Oesterreich-Ungarn und ist neuerdings eingeführt in der Schweiz.

In der Schweiz wurde die Thierarzneischule zugleich als veterinärmedizinische Fakultät der Universität einverleibt. Die Erwerbsverhältnisse der Schweizer Thierärzte sind viel ungünstiger als die unsrigen.

In Oesterreich ist die Frequenz zurückgegangen. Dies liegt jedoch daran, daß in Oesterreich zugleich Militärkurschmiede ohne jede Vorbildung an derselben Hochschule ausgebildet werden, welche später in dieselben Civilstellen übertreten können, wie die Civilthierärzte, von denen das Abiturientenexamen verlangt wird. Dies schreckt Abiturienten vom Studium ab.

In Ungarn liegen die Verhältnisse besser, indem die meisten Thierarztstellen amtliche sind und diese den Abiturienten vorbehalten sind. Hier hat sich auch eine Frequenzabnahme nicht gezeigt.

Die österreichische Regierung hat sich daher jetzt auch zu einem Gesetzentwurf entschlossen, durch welchen wenigstens die civilamtlichen Stellen den vollgebildeten Thierärzten vorbehalten werden.

In allen übrigen Ländern, wo die Ausbildung von Thierärzten II. Klasse nicht, wie in Oesterreich, besteht, war die Wirkung eine ganz andere.

In Schweden (dreißigjährige Erfahrung) betrugen an der Hochschule zu Stockholm die Zahl der neu inscribirten Studenten vor dem Abiturientenexamen 1860—1869: 4, 6, 6, 9, 9, 12, 16, 10, 5, 3; nach dem Abiturientenexamen seit 1869: 7, 2, 4, 13, 6, 9, 5, 21, 15, 16, 22, 16, 17, 24. Es existiren in Schweden 260 Thierärzte; die Zahl der Studirenden (4 Jahrgänge) beträgt jetzt 66. Niemals ist ein Mangel an Thierärzten hervorgetreten; die Ausbildung ist eine sehr gehobene. (Originalmittheilung des Direktor Lundgreen an dem Veterinärinstitut in Stockholm.)

Belgien. Nach Mittheilung des Direktors Dégive hat sich seit der Einführung des Abiturientenexamens die Zahl der Studirenden von 64 auf 110 gehoben; Qualität sehr verbessert. (Bericht über den thierärztlichen Kongreß zu Baden 1899.)

Frankreich. Die Zahlen der neuinscribirten Hörer an den Thierarzneischulen zu Alfort und Lyon waren (nach von dort übermittelten Originalaufzeichnungen) folgende:

Lyon. 1880—1889: 57, 59, 70, 40, 52, 54, 40, 76, 51, 53. 1890 Einführung des Abiturientenexamens. 1890—1899: 23, 31, 47, 41, 50, 43, 37, 46, 47, 51.

Alfort desgl. 1883—1889: 69, 79, 71, 82, 89, 87, 83. 1890—1899: 43, 67, 69, 70, 67, 69, 52, 46, 68, 55.

Die Qualität der Studirenden ist viel besser geworden und dies zeigt sich auch in der Zahl der approbirten Thierärzte, d. h. derjenigen, die wirklich mit Erfolg studirt haben.

In Alfort wurden approbirt: 1883—1889: 55, 63, 56, 57, 60, 67, 71. 1890—1899: [53, 78, 69,] 81, 49, 40, 68, 52, 61, 56. Die Durchschnittszahl der Approbationen betrug also in 7 Jahren vor dem Abiturientenexamen $\frac{372}{7}$, in 7 Jahren nachher (1893—1899) $\frac{407}{7}$.

Die übereinstimmenden Meldungen ergeben also:

Die Qualität der Studirenden hat sich durch die verbesserte Vorbildung erkennbar gehoben.

Die Zahl Derjenigen, die das Studium ergreifen, ist nicht geringer geworden.

Auf diese Zahl kommt es aber nicht einmal an, sondern auf die Zahl Derjenigen, die das Studium erfolgreich beenden.

Diese Zahl, welche die dem Lande gelieferten Thierärzte bezeichnet, also die wesentliche ist, ist Dank der Verminderung der unfähigen Elemente durch das Abiturientenexamen sogar absolut größer geworden.

Zahl der Thierärzte in Deutschland.

Gegenüber den in der Petition des Veterinärrathes angegebenen Zahlen hat sich diese Zahl noch vergrößert laut medizinalstatistischen Mittheilungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts Bd. 6, Heft 1, 1899, und beträgt 3813, 700 mehr als vor 11 Jahren.

Veränderung der Unterrichtsgegenstände.

Gegenüber dem Status Mitte der 70er Jahre, auf den die Vorbildung von 1878 zugemessen wurde (obwohl auch diese schon für damalige Verhältnisse als ungenügend bezeichnet wurde), sind neu hinzugetreten:

1. zur Anatomie die gesammte Mikroskopie und die Embryologie;
2. die gesammte neuere Chirurgie mit Aseptik und Antiseptik, welche sich mit der früheren sehr primitiven Veterinärchirurgie und ihren Methoden gar nicht vergleichen läßt;
3. die gesammte Seuchenkunde und Veterinärpolizei, die erst durch die Reichs-Seuchengesetzgebung von 1881 ab begründet ist;
4. die gesammte Fleischschau (nebst Milchkunde), die früher überhaupt nicht gelehrt wurde;
5. die ganze Bakteriologie mit ihren Ergänzungen:
   ausgebildete Mikroskopie und mikroskopische Technik;
   Züchtungsmethode und Impftechnik 2c.;
   die moderne Hygiene;
6. dazu kommt die außerordentliche Erweiterung aller übrigen Lehrfächer.

ad 3. Das Abiturientenexamen könne unmöglich eine Steigerung der Honorarforderungen herbeiführen. Die Lebensansprüche der Kreise, die aus Abiturienten hervorgehen, ließen keinen Unterschied erkennen, gegenüber der Lebensführung solcher, die blos Primanerbildung besitzen. Obwohl im vorigen Jahrhundert die Vorbildung der Thierärzte schon sehr erheblich gesteigert worden sei, liquidirten die Thierärzte z. B. in Preußen noch immer nach der aus dem Anfang jenes Jahrhunderts stammenden Taxe. Uebrigens verhüte ja das Bestehen einer Taxe und noch mehr die Konkurrenz jede allgemeine Uebertreibung der Ansprüche.

Gerade Abiturienten, welche sich aus Neigung dem thierärztlichen Berufe gewidmet hätten, würden diesem Berufe mehr Interesse entgegenbringen, als ein erheblicher Theil der heutigen Thierärzte, die nur als Nothbehelf dieses Fach ergriffen haben, und gerade diese „Besseren" würden auch die Verhältnisse der Praxis von vornherein zu beurtheilen wissen und sich darnach achten, führen und darnach rechnen.

ad 4. Es sei ganz richtig, daß die Thierheilkunde seither ihre besten und zahlreichsten Kapazitäten in wissenschaftlicher Beziehung aus Nichtabiturienten bezogen habe und daß sich der thierärztliche Stand im Allgemeinen steigender Achtung und Anerkennung erfreut. Damit sei aber nicht gesagt, daß es um die Thierheilkunde an sich und um ihre Leistungsfähigkeit nicht viel besser stehen könnte, wenn die Maturitas schon längst eingeführt wäre.

Es ist auch nicht richtig, daß die Thierheilkunde zu den kleinen Berufen gehöre. Die enormen Steigerungen der Werthe im Thierbesitzthum des Reiches, bewiesen dies zur Genüge. Die Seuchetilgung, die Thierzucht erforderten für die Landwirthschaft die höchstmöglichen Leistungen, der Thierhandel sei durch die wissenschaftlichen Gutachten der Thierärzte wesentlich gehoben worden, die Fleischbeschau, im Interesse der Gesundheit der Gesammtheit ausgeführt, die Entschädigungen von Schlachtthieren, die Ausübung der thierärztlichen Praxis 2c. erforderten von dem einzelnen Vertreter dieser Wissenschaft ebenso hohe Ansprüche an Können und Wissen wie an irgend einen anderen studirten Mann in einem wissenschaftlichen Berufe, heiße er, wie er wolle.

Endlich ist noch und als

Ziffer 5 anzuführen, einem Vorschlage Beachtung und Widerlegung zu schenken, nämlich zweierlei Thierärzte zu bilden, d. h. eine höhere Klasse mit Maturitas für die beamteten Stellen und eine niedere Klasse für die Praxis.

Die Petition Esser und Schmaltz sagt hierzu: „Dieser Weg wäre das schlechteste Auskunftsmittel. Gerade die „gewöhnliche Praxis", d. h. die Behandlung der Thierkrankheiten ist ja das Schwierigste." Es sei unmöglich, minder gebildete Elemente hierzu rationell zu erziehen. Derjenige Landwirth andererseits, welcher eine wissenschaft-

liche thierärztliche Ausbildung für überflüssig halte, finde schon heute empirische Thierheiler genug, an die er sich wenden könne. Es sei weder nöthig, noch hätte es einen Nutzen, derartigen Leuten den äußeren Anstrich einer sogenannten thierärztlichen Ausbildung zu geben. Ein solches thierärztliches Zweiklassensystem habe fast überall bestanden, sich aber nirgends bewährt und sei daher überall abgeschafft worden (mit Ausnahme von Oesterreich, das sich aber wegen seines Kurschmiedverhältnisses auch in fortwährender Krisis in dieser Angelegenheit befindet). Ebenso sei es kein Fortschritt nur von den beamteten Thierärzten Abiturientenexamen zu fordern, denn der praktische Thierarzt brauche dieselben Fähigkeiten wie der Veterinärpolizeibeamte und der Landwirth habe an der Thätigkeit des ersteren kein größeres Interesse, wie an der des letzteren. „Wenn für den einen das Abiturientenexamen nöthig erscheint, so treffe dies für den anderen ebenfalls zu."

Seitens des Referenten wurde ferner darauf hingewiesen, daß seit fast 4 Jahrzehnten thierärztliche Vertretungs-Körperschaften sich um die Maturitas bemüht hätten. Und zwar:

1863: Die Landesversammlung der bayerischen Thierärzte.

1867: Der III. internationale thierärztliche Kongreß in Zürich.

1872: Der Kongreß deutscher Thierärzte in Frankfurt a. M.

1883: Der 4. internationale thierärztliche Kongreß in Brüssel.

1885: Die 5. Versammlung des deutschen Veterinärrathes in Leipzig.

1891: Die Versammlung des ständigen Ausschusses des deutschen Veterinärrathes.

Die Lehrkörper der thierärztlichen Bildungsanstalten Deutschlands, zahlreiche thierärztliche Vereine, auch Studirende der Thierheilkunde haben bei ihren Behörden die Angelegenheit immer wieder angeregt.

Ferner verwies der Referent auf die bemerkenswerthen Ausführungen des Professors F. Lüpke in dem Sonderabdruck aus dem Archiv für wissenschaftliche und praktische Thierheilkunde, 1900, Band 26, worin von Kundgebungen aus Kreisen, welche auch als Nichtangehörige die Thierheilkunde zu fördern suchen, in erster Linie die Aeußerungen Sr. Kgl. Hoheit des Prinzen Ludwig von Bayern vom 21. Dezember v. J. im bayerischen Landwirthschaftsrath erwähnt werden, welche auch dem Reichstag von dem Abgeordneten Hoffmann (Hall) in der Sitzung vom 23. Februar 1900 bekannt gegeben worden sind.

Weiter seien noch anzuführen die Beschlüsse verschiedener preußischer Landwirthschaftskammern, die sich entschieden für die Maturitas der Thierärzte aussprachen, und ferner zahlreiche Urtheile hierfür von Autoritäten, wissenschaftlich anerkannten Männern, deren Urtheil nicht unbeachtet bleiben könne.

Der Herr Regierungskommissar äußerte sich zu dem Gegenstande wie folgt:

„Gegenüber der vorliegenden Petition kann zur Zeit nur auf die Erklärung verwiesen werden, welche der Herr Staatssekretär des Innern am 13. Januar d. J. im Plenum des Reichstags abgegeben hat. Danach sind die Erwägungen über die Frage der Einführung des Gymnasial-Reifezeugnisses als Vorbedingung des thierärztlichen Studiums noch nicht abgeschlossen, vielmehr ist zunächst eine gutachtliche Aeußerung des Kaiserlichen Gesundheitsamts eingeholt worden, auf Grund deren in eine weitere Erörterung der Angelegenheit eingetreten werden wird."

Die Kommission beschloß hiernach einstimmig, mittels schriftlichen Berichts beim Plenum zu beantragen:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Petition II. 15327 des deutschen Veterinärraths zu Berlin wegen Einführung des Gymnasial-Reifezeugnisses als Vorbedingung des thierärztlichen Studiums

dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Berlin, den 16. Mai 1900.

Die Kommission für die Petitionen.

Rimpau, Vorsitzender. **Hoffmann** (Hall), **Kraemer**, Dr. **Marcour**, Dr. **Müller** (Meiningen), Berichterstatter. Graf **v. Bismarck-Bohlen. Calwer. Euler. Firzlaff. Fischbeck. Franken. Gäbel. v. Glebocki. Hegelmaier. Jacobskötter. Krebs.** Graf **Magnis. Müller** (Waldeck). **v. Queis. Schwartz** (Lübeck). **Strzoda. Stubbendorff. Thiele. Tutzauer. Wallenborn. Wattendorff.** Dr. **Weißenhagen. Wintermeyer.**

Nr. 810/811.

Abänderungs-Anträge

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau — Nr. 631 der Drucksachen —.

Nr. 810. Beckh (Coburg). Der Reichstag wolle beschließen:

1. in §. 2 Abs. 1 die Worte „die Genußtauglichkeit des Fleisches ausschließenden" zu streichen;
2. dem §. 2 Abs. 2 folgende Fassung zu geben:

„Die entgeltliche Abgabe einzelner Theile solchen Fleisches ist nur gestattet, wenn vorher eine Untersuchung derselben stattgefunden hat."

Nr. 811. Aichbichler und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

den §. 14a wie folgt anzunehmen:

§. 14a.

Die Einfuhr von Fleisch in luftdicht verschlossenen Büchsen oder ähnlichen Gefäßen, von Würsten und sonstigen Gemengen aus zerkleinertem Fleisch in das Zollinland ist verboten.

Im Uebrigen gelten für die Einfuhr von Fleisch in das Zollinland bis zum 31. Dezember 1903 folgende Bedingungen:

1. Frisches Fleisch darf in das Zollinland nur in ganzen Thierkörpern, die bei Rindvieh, ausschließlich der Kälber, und bei Schweinen in Hälften zerlegt sein können, eingeführt werden.

   Mit den Thierkörpern müssen Brust- und Bauchfell, Lunge, Herz, Nieren, bei Kühen auch das Euter in natürlichem Zusammenhang verbunden sein; der Bundesrath ist ermächtigt, diese Vorschrift auf weitere Organe auszudehnen.

2. Zubereitetes Fleisch darf nur eingeführt werden, wenn nach der Art seiner Gewinnung und Zubereitung Gefahren für die menschliche Gesundheit erfahrungsgemäß ausgeschlossen sind oder die Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit in zuverlässiger Weise bei der Einfuhr sich feststellen läßt. Diese Feststellung gilt als unausführbar inbesondere bei Sendungen von Pöckelfleisch, sofern das Gewicht einzelner Stücke weniger als vier Kilogramm beträgt; auf Schinken, Speck und Därme findet diese Vorschrift keine Anwendung.

   Fleisch, welches zwar einer Behandlung zum Zwecke seiner Haltbarmachung unterzogen worden ist, aber die Eigenschaften frischen Fleisches im Wesentlichen behalten hat oder durch entsprechende Behandlung wieder gewinnen kann, ist als zubereitetes Fleisch nicht anzusehen; Fleisch solcher Art unterliegt den Bestimmungen in Ziffer 1.

Für die Zeit nach dem 31. Dezember 1903 sind die Bedingungen für die Einfuhr von Fleisch gesetzlich von Neuem zu regeln. Sollte eine Neuregelung bis zu dem bezeichneten Zeitpunkte nicht zu Stande kommen, so bleiben die im Abs. 2 festgesetzten Einfuhrbedingungen bis auf Weiteres maßgebend.

Berlin, den 17. Mai 1900.

Aichbichler. Aigner. Dr. Arendt. Graf v. Arnim. Bauermeister. Baumann. Bayer. Beck (Aichach). Graf v. Bernstorff (Lauenburg). Biesenbach. Graf v. Bismarck-Bohlen. v. Bonin-Neumark. Breuer. Brockmann. Brückner. Cegielski. v. Christen. Delsor. Dietrich. Graf v. Dönhoff-Friedrichstein. Dörksen. Förster (Sachsen). Dr. v. Frege-Weltzien. Fritzen (Rees). Graf v. Galen. Gamp. Gerstenberger. Haake. Hauß. Hegelmaier. Herold. Dr. Freiherr v. Hertling. Dr. Hille. Dr. Hitze. Dr. Hoeffel. Fürst zu Hohenlohe-Oehringen. Holzapfel. Graf v. Hompesch. Horn (Neiße). Jacobskötter. Dr. Jäger. Dr. v. Jadzdzewski. v. Kardorff. Graf v. Klinckowstroem. Fürst zu Inn- und Knyphausen. Kohl. v. Kröcher. Dr. Kropatscheck. v. Lama. Lehemeir. Lerno. Dr. v. Levetzow. Linder. Dr. Lingens. Freiherr v. Maltzan. Marbe. v. Massow. Motty. Pauli (Ober-Barnim). Pingen. v. Janta-Polczynski. Graf v. Preysing. v. Queis. Ranner. Rembold. Rettich. Freiherr v. Richthofen-Damsdorf. Graf v. Roon. Scherre. Schmid (Immenstadt). Schmidt (Warburg). Graf v. Schwerin-Löwitz. Dr. Spahn. Speck. Dr. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode. Stubbendorff. Szmula. Tasch. Freiherr v. Thünefeld. v. Tiedemann. Dr. Weißenhagen. Wellstein. Werthmann. Wetterlé. v. Winterfeldt-Menkin. de Witt (Köln). Witt (Marienwerder). Witzlsperger. Wörle. Dr. am Zehnhoff.

Nr. 812.

Berlin, den 17. Mai 1900.

Im Namen Seiner Majestät des Kaisers beehrt sich der Unterzeichnete den beiliegenden

Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1900, nebst Anlagen,

wie solcher vom Bundesrathe beschlossen worden, dem Reichstage zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen.

Der Reichskanzler.

Fürst zu Hohenlohe.

An den Reichstag.

R. S. A. I. 3097.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1900.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen 2c.
verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§. 1.

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Nachtrag zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1900 wird
in Ausgabe auf 2 000 000 Mark an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats
und
in Einnahme auf 2 000 000 Mark
festgestellt und tritt dem Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1900 hinzu.

§. 2.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 2 000 000 Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen.

Urkundlich 2c.
Gegeben 2c.

Nachtrag

zum

Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1900.

Kap.	Tit.	Ausgabe und Einnahme.	Für das Rechnungsjahr 1900 treten hinzu Mark.	Erläuterungen.
		Einmalige Ausgaben.		
		b. Außerordentlicher Etat.		
11.	1.	II. **Post- und Telegraphenverwaltung**	2 000 000	S. die Anlage.
		Einnahme.		
		XIII. **Außerordentliche Deckungsmittel.**		
23.		Aus der Anleihe.		
	3.	Zu einmaligen Ausgaben für Rechnung der Bundesstaaten mit Ausschluß von Bayern und Württemberg	2 000 000	

Nachtrag zum Etat

der

Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung für das Rechnungsjahr 1900.

Kap.	Tit.	Ausgabe.	Betrag für das Rechnungsjahr 1900 Mark.	Erläuterungen.
		Einmalige Ausgaben.		
		Außerordentlicher Etat.		
11.	1.	Zur Herstellung einer neuen (der fünften) Telegraphenverbindung zwischen Deutschland und England . .	2 000 000	Der telegraphische Verkehr zwischen Deutschland und Großbritannien ist seit dem Jahre 1896, in welchem die vierte Kabelverbindung zwischen beiden Ländern hergestellt wurde, lebhaft gestiegen. Während die Zahl der Telegramme im Jahre 1895 noch 1867868 betrug, sind im Jahre 1899 2 465 618 Telegramme ausgewechselt worden, d. i. eine Zunahme von 32 vom Hundert. Hiervon entfallen 19,2 Prozent auf die Jahre 1896, 1897 und 1898 zusammen, dagegen 12,8 Prozent
		Summe . . .	2 000 000	

allein auf 1899. In Folge dieser plötzlichen Zunahme sind die vorhandenen deutsch-englischen Telegraphenleitungen derart überlastet, daß täglich ein größerer Theil der Korrespondenz erheblich, oft bis zu mehreren Stunden verzögert wird. Aus den Kreisen des Handelsstandes sind hierüber in den letzten Monaten lebhaft Klagen erhoben und dringende Vorstellungen über die Nothwendigkeit einer besseren telegraphischen Verbindung mit England gemacht worden. Insbesondere hat sich für Bremen die Herstellung einer verbesserten telegraphischen Verbindung mit Liverpool im Interesse der Entwickelung des deutschen Baumwollhandels, dessen Hauptsitz Bremen ist, als ein unabweisbares Bedürfniß herausgestellt. Wie dringend dies in den betheiligten Kreisen empfunden wird, erhellt aus der Thatsache, daß in letzter Zeit die Bremer Baumwollbörse zur Beförderung ihrer Markttelegramme von Liverpool den kostspieligen Umweg über New-York benutzt, und auf diesem Wege die Telegramme bis zwei Stunden schneller erhalten hat, als auf dem Wege Liverpool—London—Bremen. Diese Rückständigkeit des deutsch-englischen Telegraphendienstes hinter dem deutsch-amerikanischen ist unhaltbar.

Außer dem deutsch-englischen Telegrammverkehre hat auch der auf die Kabel beider Länder angewiesene österreichisch-englische Telegrammverkehr, für dessen Vermittelung der Reichskasse eine bedeutende Einnahme an Transitgebühren zufließt, in dem Maße zugenommen, daß die beiden durch Deutschland führenden direkten Leitungen London—Wien hierzu nicht mehr ausreichen. Aus Anlaß lebhafter Beschwerden der Wiener Börsenkammer über ungewöhnliche und andauernde Verspätungen von Telegrammen aus London hat das österreichische Handelsministerium neuerdings die Vermehrung der telegraphischen Leitwege zwischen Oesterreich und England im Reichs-Telegraphengebiete nachgesucht.

Der Versuch, den Bedürfnissen des gesteigerten Verkehrs durch intensivere Ausnutzung der vorhandenen Leitungen mit Hülfe des Gegensprechbetriebs, d. i. des gleichzeitigen Telegraphirens in beiden Richtungen, gerecht zu werden, hat nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Einerseits konnten nur wenige Leitungen in den neueren, zweckmäßiger konstruirten Kabeln hierzu hergerichtet werden und andererseits konnte die Methode nicht hinreichend ausgenutzt werden, weil die Zahl der in beiden Richtungen auszuwechselnden Telegramme zu den verschiedenen Tageszeiten sehr ungleich ist. Vormittags überwiegt der Telegrammverkehr nach England, Nachmittags derjenige von England ganz erheblich.

Hiernach kann nur durch eine abermalige Vermehrung der Verbindungen Abhülfe geschaffen werden. Zu dem Zwecke muß ein neues, fünftes, Kabel mit 4 Leitungen verlegt werden, welches von Borkum auszugehen und bei Bacton (Norfolk) zu endigen hat. Das Kabel, dessen Herstellung und Verlegung im Einverständnisse mit der englischen Telegraphenverwaltung von hier aus in die Wege geleitet wird, soll eine den neuesten Erfahrungen und Fortschritten der Technik entsprechende Bauart erhalten, um es für den Mehrfachbetrieb möglichst geeignet zu machen.

Nach Artikel III des mit der großbritannischen Telegraphenverwaltung bestehenden Abkommens vom 30. Oktober 1888 sind die Kosten der Beschaffung und Verlegung des Kabels zwischen den beiderseitigen Küsten durch beide Verwaltungen gemeinsam zu tragen, während die Anschlußlinien nach den Telegraphenanstalten auf Kosten desjenigen Landes allein hergestellt werden, in dessen Gebiet sie fallen. Die von der Reichs-Telegraphenverwaltung zu bestreitenden Kosten sind mit 2 000 000 Mark zu veranschlagen.

Eine Beantragung der erforderlichen Mittel durch den Reichshaushalts-Etat für 1900 war nicht möglich, weil das Bedürfniß erst in der Mitte des Jahres 1899 mit voller Schärfe hervorgetreten ist und überdies die großbritannische Telegraphenverwaltung erst Mitte April 1900 sich mit der Kabellegung einverstanden und zur Tragung ihres Antheils an den Kosten bereit erklärt hat. Eine Hinausschiebung bis zum Rechnungsjahr 1901 würde nicht nur eine ernste Schädigung des deutschen Handels bedeuten, sondern überdies die Gefahr in sich schließen, daß der telegraphische Verkehr anderer Länder mit England der deutschen Vermittelung verloren geht.

Nr. 813/818.

Abänderungs-Anträge

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs — Nr. 571 der Drucksachen —.

Nr. 813. Heine. Dr. **Schoenlank.** Der Reichstag wolle beschließen:

Das Gesetz, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs — Nr. 112 der Drucksachen — erhält folgenden Zusatz:

§. 361 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich erhält folgenden Zusatz:

„Die polizeiliche Aufsicht, §. 361 Nr. 6 Str.G.B., ist auf Antrag der betroffenen weiblichen Person oder ihres gesetzlichen Vertreters aufzuheben, wenn sie sich seit mindestens 6 Monaten der gewerbsmäßigen Unzucht enthalten hat oder wenn sie in Verhältnissen lebt, welche die Annahme rechtfertigen, daß sie die gewerbsmäßige Unzucht aufgeben werde."

Nr. 814. Heine. Der Reichstag wolle beschließen:

Das Gesetz, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs — Nr. 112 der Drucksachen — erhält folgenden Zusatz:

§. 361 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich erhält folgenden Zusatz:

„Bei Anklage wegen Ueberschreitung polizeilicher Vorschriften gemäß §. 361 Nr. 6 des Strafgesetzbuchs ist die Angeklagte freizusprechen, wenn sie den Nachweis führt, daß sie einer polizeilichen Aufsicht unterstellt worden ist, obgleich sie nicht gewerbsmäßige Unzucht treibt oder daß ihr Antrag, die polizeiliche Aufsicht aufzuheben, abgelehnt worden ist, obgleich sie nicht mehr gewerbsmäßige Unzucht treibt."

Nr. 815. §. 361 des Strafgesetzbuchs erhält folgenden Zusatz:

„Die Polizeibehörde hat das Recht, durch Polizeiverordnung zu bestimmen, daß Personen, welche unter polizeilicher Aufsicht stehen, §. 361 Nr. 6 des Strafgesetzbuchs, nicht in Wohnungen wohnen dürfen, in welchen Kinder oder jugendliche Personen unter 18 Jahren wohnen oder als Gesinde, Lehrlinge oder Arbeiter beschäftigt werden.

Unter polizeilicher Aufsicht stehende Personen, welche einer solchen Polizeiverordnung zuwider Wohnung nehmen, und Haushaltungsvorstände, welche ihnen eine solche Wohnung wissentlich vermiethen, werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft."

Nr. 816. §. 361 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich erhält folgenden Zusatz:

„Wenn eine weibliche Person, die einer polizeilichen Aufsicht gemäß §. 361 Nr. 6 des Strafgesetzbuchs unterstellt ist, in ein Arbeits- oder Dienstverhältniß eintreten will oder eingetreten ist, so ist es den Polizeibeamten untersagt, ihrem Arbeitgeber ohne zwingende Veranlassung von dem Bestehen der polizeilichen Aufsicht Mittheilung zu machen."

Nr. 817. §. 361 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich erhält folgenden Zusatz:

„Weibliche Personen, die nicht der polizeilichen Aufsicht gemäß §. 361 Nr. 6 des Strafgesetzbuchs unterstellt sind, dürfen einer körperlichen Untersuchung wider ihren Willen nicht unterworfen werden."

Dieselben Anträge sind auch zu §. 362 gestellt.

Nr. 818. Dr. **Spahn.** Dr. **v. Levetzow.** Der Reichstag wolle beschließen:

den Schluß des Gesetzentwurfs zu fassen:

„Dieses Gesetz tritt am 1. August 1900 in Kraft.
Urkundlich 2c.
Gegeben 2c."

Berlin, den 18. Mai 1900.

Nr. 819.

Interpellation.

Albrecht und Genossen. Die Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler folgende Anfrage:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Bundesstaat Anhalt durch das Gesetz vom 16. April 1899 (Gesetzsammlung für Anhalt Nr. 1036), der Bundesstaat Reuß j. L. durch ein von der Regierung vorgelegtes, vom Landtage angenommenes Gesetz, betreffend die Bekämpfung des Kontraktbruches ländlicher Arbeiter, und die Regierung des Bundesstaats Lübeck durch eine in Nr. 16 des Gesetz- und Verordnungsblatts vom 24. April 1900 veröffentlichte Verordnung Bestimmungen getroffen haben, welche

a) theilweis das durch §. 152 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich eingeführte Koalitionsrecht der Arbeiter einschränken?
b) theilweis Einwirkungen auf den Willen anderer Personen, entgegen den Bestimmungen des siebenten und des achtzehnten Abschnitts des Strafgesetzbuchs, des Artikels 4 Nr. 13 der Reichsverfassung und der §§. 2, 5 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuche, unter Strafe stellen?
c) theilweis im Widerspruch zu §. 888 der Civilprozeßordnung für das Deutsche Reich die dort verbotene Durchführung eines civilrechtlichen Anspruchs auf Fortsetzung eines Dienstverhältnisses mittels Zwangsmaßregeln landesrechtlich einführen?

und was gedenkt der Herr Reichskanzler zu thun, gegenüber diesen Bundesstaaten den Reichsgesetzen Geltung zu verschaffen? —

Berlin, den 18. Mai 1900.

Albrecht.

Antrick. Bebel. Blos. Bock. Calwer. Dietz. Dreesbach. v. Elm. Fischer (Berlin). Förster (Reuß). Frohme. Geyer. Dr. Gradnauer. Haase (Königsberg). Heine. Dr. Herzfeld. Hoch. Hofmann (Chemnitz). Klees. Kloß. Kunert. Liebknecht. Meister. Molkenbuhr. Pfannkuch. Reißhaus. Rosenow. Schippel. Schlegel. Schmidt (Frankfurt). Dr. Schoenlank. Schwartz (Lübeck). Seifert. Singer. Stadthagen. Thiele. Tutzauer. Zubeil.

Nr. 820/829.

Abänderungs-Anträge

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs — Nr. 571 der Drucksachen—.

Nr. 820. Heine. Der Reichstag wolle beschließen:

Das Gesetz, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs — Nr. 112 der Drucksachen — erhält in **§. 362** des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich folgenden Zusatz:

„Personen, welche auf Grund des §. 362 von der Landespolizeibehörde in ein Arbeitshaus, eine Besserungs- oder Erziehungsanstalt oder ein Asyl untergebracht worden sind, müssen in diesen getrennt gehalten werden von jugendlichen Personen, die auf Grund des §. 55 Strafgesetzbuchs einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt überwiesen worden sind oder gegen welche auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften die Zwangserziehung verhängt worden ist. Diese Bestimmung gilt nicht für Personen, welche der Landespolizeibehörde lediglich deshalb überwiesen worden sind, weil sie, ohne einer sittenpolizeilichen Aufsicht unterstellt gewesen zu sein, gewerbsmäßige Unzucht getrieben haben und deshalb nach §. 361 Nr. 6 bestraft worden sind.

Nr. 821. Heine. Der Reichstag wolle beschließen:

Dem **§. 362** des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich ist folgender Absatz hinzuzufügen:

„Die Bestimmungen der Absätze 2 bis 4 finden auch Anwendung auf Personen, die wegen Vergehens gegen §. 284 des Strafgesetzbuchs zu Gefängniß verurtheilt worden sind."

Nr. 822. Heine. Der Reichstag wolle beschließen:

Das Gesetz, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs — Nr. 112 der Drucksachen — erhält in **§. 362** des Strafgesetzbuchs folgenden Zusatz:

„Die Festsetzung einer Polizeistunde gemäß §. 365 des Strafgesetzbuchs ist als gültig nur anzusehen, wenn sie für sämmtliche Gast- und Schankwirthschaften desselben Ortes die gleiche ist. Ausnahmen dürfen nur für solche Schanklokale gemacht werden, gegen deren Inhaber Thatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß sie der Unzucht Vorschub leisten wollen.

Die Bestimmung des §. 365 des Strafgesetzbuchs findet keine Anwendung auf erlaubte Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten oder politische Gegenstände berathen werden sollen, ebenso nicht auf die Zusammenkünfte erlaubter Vereine."

Nr. 823. Dr. **Müller** (Meiningen). **Munckel.** Der Reichstag wolle beschließen:

unter Zurückziehung des Antrags — Nr. 803 der Drucksachen — zu **§. 362** des R.Str.G.B.:

In dem Gesetzentwurfe, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des R.Str.G.B. ist hinter Absatz 1 des **§. 362** als Absätze 2 und 3 einzuschalten:

Abs. 2. „Frauenspersonen, welche wegen gewerbsmäßiger Unzucht der polizeilichen Aufsicht unterstellt sind, oder welche, ohne einer solchen Aufsicht unterstellt zu sein, die Unzucht gewerbsmäßig betreiben, müssen im Falle der Verurtheilung zu einer Freiheitsstrafe von jugendlichen Personen, welche das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, getrennt in Haft gehalten werden."

Abs. 3. „Bei Frauenspersonen, welche in den letzten drei Jahren wiederholt auf Grund des §. 361 Z. 6 R.Str.G.B. verurtheilt wurden, ist die Trennung von allen Frauenspersonen durchzuführen.

Nr. 824. Haußmann (Böblingen). Der Reichstag wolle beschließen:

dem **§. 362** Abs. 1 die Worte anzufügen:

„ebenso die nach Vorschrift des §. 361 Nr. 1 Verurtheilten, wenn die Stellung unter Polizeiaufsicht beruht auf einer Verurtheilung gemäß St.G.B. §. 180, §. 181, §. 244, §. 256, §. 262, §. 308, §. 311, §. 312, §. 315, §. 321, §. 322, §. 323, §. 324."

Nr. 825. Stadthagen. Der Reichstag wolle beschließen:

in dem Gesetzentwurf zwischen **§. 362** und der Schlußbestimmung folgende Vorschrift einzuschalten:

„§. 370. Zur Aburtheilung über die in den §§. 180, 181, 181a, 184, 184a, 184b, 184c des Strafgesetzbuchs aufgeführten Vergehen und Verbrechen ist das Schwurgericht zuständig."

Nr. 826. Die Eingangsworte des Gesetzentwurfs zu fassen, wie folgt:

„In dem Strafgesetzbuch werden die §§. 180, 181, 184 und 362 durch nachstehende unter den gleichen Zahlen aufgeführte Bestimmungen ersetzt und die folgenden §§. 181a, 184a, 184b, 184c und 370 neu eingestellt."

Nr. 827. Heine. Der Reichstag wolle beschließen:

Das Gesetz, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich — Nr. 112 der Drucksachen — erhält in **§. 361** folgenden Zusatz:

„Nr. 11. Wer an dem Publikum zugänglichen Orten die Entgegennahme von Wettaufträgen und Spielaufträgen öffentlich ankündigt."

Nr. 828. §. 361 Nr. 6 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich erhält folgenden Zusatz:

„Die polizeiliche Aufsicht gemäß Nr. 6 darf nur über weibliche Personen verhängt werden, welche polizeilicher Verwarnung ungeachtet die gewerbsmäßige Unzucht fortsetzen."

Nr. 829. Dr. **Müller** (Meiningen). Der Reichstag wolle beschließen:

die Ziffer 10 des **§. 361** des Strafgesetzbuchs zu fassen wie folgt:

„Wer seine Unterhaltungspflicht gegenüber Familienmitgliedern böswillig verabsäumt oder wer durch Verwahrlosung, Mißhandlung oder ein ähnliches Verhalten seine Pflichten gegen Ehegatten, Kinder oder die unter seiner Obhut stehenden Personen fortgesetzt oder gröblich verletzt."

Berlin, den 19. Mai 1900.

Nr. 830/831.

Abänderungs-Anträge

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs — Nr. 571 der Drucksachen —.

Nr. 830. Haußmann (Böblingen). Der Reichstag wolle beschließen:

in **§. 366** des Strafgesetzbuchs einzufügen:

1. als Ziffer 11:
   „wer als Jagdberechtigter durch übermäßige Hegung von Schwarz-, Roth-, Elch-, Dam- oder Rehwild, durch Fasanen oder Hasen trotz vorangegangener Verwarnung der Behörde die Beschädigung eines fremden Grundstücks herbeiführt;"
2. als Ziffer 12:
   „wer der Anwerbung deutscher Staatsangehöriger zu Kriegsdiensten für eine auswärtige Macht gegen Entgelt Vorschub leistet, wofern dadurch nicht die Bestimmung des §. 141 des Strafgesetzbuchs verletzt wird;"
3. als Ziffer 13:
   „wer entgegen behördlicher Anordnung Waffen, Ausrüstungsgegenstände für Kriegsschiffe oder anderes Kriegsmaterial an eine auswärtige Macht zu liefern übernimmt.
   Neben der Strafe kann auf Einziehung der betreffenden Gegenstände oder ihres Werthes erkannt werden."
4. als Ziffer 14:
   „wer bei einem Ehrengericht oder einer ähnlichen Personenvereinigung an einem Beschluß auf Abhaltung eines Zweikampfs sich betheiligt, es wäre denn, daß er gegen die Abhaltung gestimmt hat.
   Falls in dem darauf folgenden Zweikampf eine Verwundung erfolgt, ist auf Haftstrafe zu erkennen."
5. als Ziffer 15:
   „wer als Mitglied einer Wahlkommission die zum Schutz des Wahlgeheimnisses und der Wahlfreiheit erlassenen Vorschriften übertritt, wofern dadurch nicht die Bestimmungen der §§. 107 und 108 des Strafgesetzbuchs verletzt sind;"
6. als Ziffer 16:
   „wer die zum Schutze der Sicherheit in Bergwerken, Schachten, Gruben und Salzwerken getroffenen Vorschriften verletzt, wofern dadurch nicht eine schwerere Strafe verwirkt ist;"
7. als Ziffer 17:
   „wer die zum Schutze der Sicherheit von elektrischen Kraftübertragungen getroffenen Vorschriften verletzt, wofern dadurch nicht eine schwerere Strafe verwirkt ist;"

Eventualantrag:

im Falle der Ablehnung dieser Anträge zu §. 366 wolle der Reichstag beschließen:

die vorstehenden Bestimmungen in §. 367 des Strafgesetzbuchs als Ziffer 17 bis 22 einzufügen.

Berlin, den 21. Mai 1900.

Eventual-Antrag zum Antrag Heine — Nr. 822 der Drucksachen —.

Nr. 831. Beckh (Coburg). Der Reichstag wolle beschließen:

im Falle der Annahme dieses Antrages im Abs. 1 die Worte: „Gast- und" zu streichen.

Nr. 832.

Abänderungs-Antrag

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau — Nr. 138 und Nr. 631 der Drucksachen —.

Hoffmann (Hall). Der Reichstag wolle beschließen:

dem **§. 2** folgende Fassung zu geben:

„Bei Schlachtthieren, deren Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalt des Besitzers verwendet werden soll, darf, sofern sich keine Merkmale irgend einer Gesundheitsstörung bei diesen Thieren zeigen, die Untersuchung vor der Schlachtung unterbleiben. Unter den gleichen Voraussetzungen darf die Untersuchung vor und nach der Schlachtung bei Schafen und Ziegen sowie noch nicht drei Monate alten Kälbern und noch nicht drei Monate alten Schweinen unterbleiben."

Berlin, den 21. Mai 1900.

Nr. 833.

Berlin, den 23. Mai 1900.

Im Namen Seiner Majestät des Kaisers beehrt sich der Unterzeichnete den nebst Begründung beiliegenden

Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Handelsbeziehungen zum Britischen Reiche,

wie solcher vom Bundesrathe beschlossen worden, dem Reichstage zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers
Graf **v. Posadowsky.**

An den Reichstag.
J. Nr. C. B. 548.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

die Handelsbeziehungen zum Britischen Reiche.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, für die Zeit nach dem 30. Juli 1900, was folgt:

Der Bundesrath wird ermächtigt, den Angehörigen und den Erzeugnissen des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland sowie den Angehörigen und den Erzeugnissen britischer Kolonien und auswärtiger Besitzungen bis auf Weiteres diejenigen Vortheile einzuräumen, die seitens des Reichs den Angehörigen oder den Erzeugnissen des meistbegünstigten Landes gewährt werden.

Urkundlich ꝛc.

Gegeben ꝛc.

Begründung.

Auf Grund der in dem Gesetze vom 1. Juli 1899 (Reichs-Gesetzbl. S. 346) für die Zeit bis zum 30. Juli 1900 ertheilten Ermächtigung hat der Bundesrath gemäß der Bekanntmachung vom 7. Juli 1899 (Reichs-Gesetzbl. S. 364) den Angehörigen und den Erzeugnissen des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland sowie der britischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen, mit Ausnahme von Kanada, für die Zeit bis zum 30. Juli 1900 diejenigen Vortheile eingeräumt, die seitens des Reichs den Angehörigen und den Erzeugnissen des meistbegünstigten Landes gewährt werden.

In der britischen Kolonie Barbados ist am 26. Juni 1899 ein neuer Zolltarif in Kraft getreten, nach welchem gewisse Erzeugnisse der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und der britischen Besitzungen sowie derjenigen Länder, welchen vertragsmäßig das Meistbegünstigungsrecht gegenüber Großbritannien zusteht, zollbegünstigt behandelt werden. Einzelne Waaren genießen hierbei Zollfreiheit, während die gleichen Erzeugnisse anderer Länder als der eben genannten mit einem Zolle belegt sind, andere unterliegen einem ermäßigten Zollsatze. Deutschland nimmt an den Vergünstigungen nicht Theil. Es waren somit für Barbados nicht mehr diejenigen in der Begründung zur Vorlage vom 21. April 1898 (Reichstags-Drucksache Nr. 243) besonders gekennzeichneten Voraussetzungen vorhanden, unter welchen von der Ermächtigung des Gesetzes vom 1. Juli 1899 Gebrauch gemacht werden konnte. Demgemäß hat laut Bekanntmachung vom 16. Dezember 1899 (Reichs-Gesetzbl. S. 701) die meistbegünstigte Behandlung der Erzeugnisse der Kolonie Barbados in Deutschland ihr Ende erreicht.

Da die über den Abschluß eines neuen Handelsvertrags zwischen dem Reiche und Großbritannien eingeleiteten Verhandlungen sich noch in der Schwebe befinden und nicht zu erwarten steht, daß bis zum 30. Juli d. J. eine endgültige Regelung erzielt werden kann, so empfiehlt es sich, die Befugniß des Bundesraths über diesen Zeitpunkt hinaus zu erstrecken. Die Voraussetzungen, unter welchen der Bundesrath von der Ermächtigung Gebrauch zu machen in der Lage sein wird, bleiben auch für den verlängerten Zeitraum unverändert.

Nr. 834.

Antrag.

Graf **v. Hompesch.** Graf **v. Bismarck-Bohlen. v. Cegielski. Dietrich. Gröber.** Dr. **v. Jazdzewski. v. Kardorff.** Graf **v. Klinckowstroem.** Dr. **v. Levetzow. Liebermann v. Sonnenberg.** Graf **v. Preysing-Lichtenegg-Moos. Raab. Roeren.** Dr. **Spahn.** Dr. **Stockmann.** Der Reichstag wolle beschließen:

dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen:

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

In dem Strafgesetzbuch werden die §§. 180, 181, 184 und 362 durch nachstehende unter den gleichen Zahlen aufgeführte Bestimmungen ersetzt und die folgenden §§. 181a, 184a und 184b neu eingestellt:

§. 180.

Wer gewohnheitsmäßig oder aus Eigennutz durch seine Vermittelung oder durch Gewährung oder Verschaffung von Gelegenheit der Unzucht Vorschub leistet, wird wegen Kuppelei mit Gefängniß nicht unter Einem Monat bestraft; auch kann zugleich auf Geldstrafe von einhundertfünfzig bis zu sechstausend Mark, auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann die Gefängnißstrafe bis auf Einen Tag ermäßigt werden.

§. 181.

Die Kuppelei ist, selbst wenn sie weder gewohnheitsmäßig noch aus Eigennutz betrieben wird, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren zu bestrafen, wenn

1. um der Unzucht Vorschub zu leisten, hinterlistige Kunstgriffe angewendet werden, oder
2. der Schuldige zu der verkuppelten Person in dem Verhältniß des Ehemanns zur Ehefrau, von Eltern zu Kindern, von Vormündern zu Pflegebefohlenen, von Geistlichen, Lehrern oder Erziehern zu den von ihnen zu unterrichtenden oder zu erziehenden Personen steht.

Neben der Zuchthausstrafe ist der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auszusprechen; auch kann zugleich auf Geldstrafe von einhundertfünfzig bis zu sechstausend Mark, sowie auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden.

Sind im Falle des Absatz 1 Nr. 2 mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe ein, neben welcher auf Geldstrafe bis zu dreitausend Mark erkannt werden kann.

§. 181a.

Eine männliche Person, welche von einer Frauensperson, die gewerbsmäßig Unzucht treibt, unter Ausbeutung ihres unsittlichen Erwerbes ganz oder theilweise den Lebensunterhalt bezieht, oder welche einer solchen Frauensperson gewohnheitsmäßig oder aus Eigennutz in Bezug auf die

Ausübung des unzüchtigen Gewerbes Schutz gewährt oder sonst förderlich ist (Zuhälter), wird mit Gefängniß nicht unter Einem Monat bestraft.

Ist der Zuhälter der Ehemann der Frauensperson, oder hat der Zuhälter die Frauensperson unter Anwendung von Gewalt oder Drohungen zur Ausübung des unzüchtigen Gewerbes angehalten, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter Einem Jahre ein.

Neben der Gefängnißstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht, sowie auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde mit den im §. 362 Absatz 3 und 4 vorgesehenen Folgen erkannt werden.

§. 184.

Mit Gefängniß bis zu Einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer

1. unzüchtige Schriften, Abbildungen oder Darstellungen feilhält, verkauft, vertheilt, an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausstellt oder anschlägt oder sonst verbreitet, sie zum Zwecke der Verbreitung herstellt oder zu demselben Zwecke vorräthig hält, ankündigt oder anpreist;
2. unzüchtige Schriften, Abbildungen oder Darstellungen einer Person unter sechszehn Jahren gegen Entgelt überläßt oder anbietet;
3. Gegenstände, die zu unzüchtigem Gebrauche bestimmt sind, an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausstellt oder solche Gegenstände dem Publikum ankündigt oder anpreist;
4. öffentliche Ankündigungen erläßt, welche dazu bestimmt sind, unzüchtigen Verkehr herbeizuführen.

Neben der Gefängnißstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden.

§. 184a.

Wer Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, welche ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl gröblich verletzen, einer Person unter sechszehn Jahren gegen Entgelt überläßt oder anbietet, wird mit Gefängniß bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark bestraft.

§. 184b.

Mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten wird bestraft, wer aus Gerichtsverhandlungen, für welche wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Oeffentlichkeit ausgeschlossen war, oder aus den diesen Verhandlungen zu Grunde liegenden amtlichen Schriftstücken öffentlich Mittheilungen macht, welche geeignet sind, Aergerniß zu erregen.

§. 362.

Die nach Vorschrift des §. 361 Nr. 3 bis 8 Verurtheilten können zu Arbeiten, welche ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessen sind, innerhalb und, sofern sie von anderen freien Arbeitern getrennt gehalten werden, auch außerhalb der Strafanstalt angehalten werden.

Bei der Verurtheilung zur Haft kann zugleich erkannt werden, daß die verurtheilte Person nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde zu überweisen sei. Im Falle des §. 361 Nr. 4 ist dieses jedoch nur dann zulässig, wenn der Verurtheilte in den letzten drei Jahren wegen dieser Uebertretung mehrmals rechtskräftig verurtheilt worden ist, oder wenn derselbe unter Drohungen oder mit Waffen gebettelt hat.

Durch die Ueberweisung erhält die Landespolizeibehörde die Befugniß, die verurtheilte Person bis zu zwei Jahren entweder in ein Arbeitshaus unterzubringen oder zu gemeinnützigen Arbeiten zu verwenden. Im Falle des §. 361 Nr. 6 kann die Landespolizeibehörde die verurtheilte Person statt in ein Arbeitshaus in eine Besserungs- oder Erziehungsanstalt oder in ein Asyl unterbringen; die Unterbringung in ein Arbeitshaus ist unzulässig, falls die verurtheilte Person zur Zeit der Verurtheilung das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Ist gegen einen Ausländer auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt, so kann neben oder an Stelle der Unterbringung Verweisung aus dem Bundesgebiete eintreten.

Urkundlich 2c.
Gegeben 2c.

Berlin, den 22. Mai 1900.

Nr. 835.

Berichterstatter:
Abgeordneter Freiherr Heyl zu Herrnsheim.

Bericht
der
XVI. Kommission
über
den Antrag Dr. Lieber (Montabaur)-Dr. Hitze, die Errichtung von Arbeitskammern betreffend, Nr. 46 der Drucksachen, mit den Zusatzanträgen Nr. 144 und 197 der Drucksachen,
und
den Antrag Dr. Pachnicke-Roesicke (Dessau) — Nr. 61 der Drucksachen — wegen Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes.

In seiner 72., 75. und 76. Plenarsitzung am 26. April bezw. 3. und 4. Mai 1899 beschäftigte sich in eingehender Weise der Reichstag mit den nachfolgenden Anträgen:

I. mit dem Antrage Dr. Lieber (Montabaur)-Dr. Hitze — Nr. 46 der Drucksachen — dahin gehend:

Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, thunlichst bald dem Reichstag einen Gesetzentwurf zum Zweck der Errichtung von Arbeitskammern vorzulegen, um so „den Arbeitern den freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten" (Kaiserliche Februar-Erlasse vom 4. Februar 1890).

II. mit dem Zusatz-Antrag Freiherrn Heyl zu Herrnsheim, Bassermann und Genossen — Nr. 144 der Drucksachen —

der Reichstag wolle beschließen:

a) die verbündeten Regierungen zu ersuchen, „für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an

der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten betheiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden." (Kaiserliche Februarerlasse.)

b) den Antrag Dr. Lieber-Dr. Hitze dahin zu erweitern, daß die in dem Gesetze, betreffend die Gewerbegerichte, vom 29. Juli 1890 enthaltenen Bestimmungen in der Weise gesetzlich ausgebaut werden, daß die Landes-Zentralbehörden verpflichtet sind, überall da, wo Gewerbegerichte bestehen oder solche noch errichtet werden, die Bestimmungen des §. 6 dieses Gesetzes auf die Fabrikbetriebe zur Anwendung zu bringen. Den auf diese Weise gebildeten besonderen Abtheilungen der Gewerbegerichte, welche die Unternehmer von Fabriken und die Fabrikarbeiter umfassen, liegt ob:

a) zur Unterstützung der Arbeiter in Fällen der Arbeitslosigkeit thunlichst Kassen einzurichten;

b) Gutachten zur Förderung der gewerblichen Interessen an Staats- und Gemeindebehörden abzugeben und Jahresberichte zu erstatten;

c) Wünsche und Anträge, welche die gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeiter und die Fürsorge für Arbeiterwohnungen betreffen, zu berathen und den Behörden vorzulegen.

c) die Funktionen dieser Abtheilungen der Gewerbegerichte als Einigungsamt im Falle von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern dahin zu erweitern, daß ein gesetzlich gesicherter Verhandlungszwang eingeführt wird.

III. mit dem Zusatz-Antrag Roesicke (Dessau)-Dr. Pachnicke — Nr. 197 der Drucksachen —

der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen:

zur Erfüllung der in den Erlassen des Kaisers vom 4. Februar 1890 der Gesetzgebung gestellten Aufgaben dem Reichstag ferner einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen

1. den zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen Rechtsfähigkeit verliehen wird, wenn sie den §§. 50 bis 60 des Bürgerlichen Gesetzbuchs genügen;

2. den im §. 152 der Reichs-Gewerbeordnung erwähnten Vereinigungen und sonstigen zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet wird, ihre Bestrebungen zum Zwecke der Verbesserung der Lage der Arbeiter auch auf Veränderungen der Gesetzgebung zu richten und mit einander in Verbindung zu treten.

IV. mit dem Antrag Dr. Pachnicke-Roesicke (Dessau) — Nr. 61 der Drucksachen —

der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß ein Reichs-Arbeitsamt errichtet werde, welchem die Untersuchung und Feststellung der Arbeiterverhältnisse im Deutschen Reiche unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer obliegt.

In der Reichstagssitzung vom 5. Mai 1899 wurden diese sämmtlichen Anträge der auf 28 Mitglieder verstärkten XVI. Kommission zur Berichterstattung überwiesen.

Zum Berichterstatter wurde der Abgeordnete Freiherr Heyl zu Herrnsheim ernannt.

Die Kommission verhandelte in einer Sitzung, und zwar am 14. März d. J., an welcher theilnahmen:

als Mitglied des Bundesraths:

der Königlich Sächsische Geheime Rath, Ministerialdirektor Dr. Fischer;

als Kommissare des Bundesraths:

der Kaiserliche Geheime Ober-Regierungsrath Dr. Wilhelmi,

der Kaiserliche Geheime Regierungsrath Werner,

der Kaiserliche Regierungsrath Koch.

Von einer Seite wurde bei Beginn der Berathung der nachstehende Geschäftsordnungs-Antrag gestellt:

„die Sitzung auf so lange zu vertagen, bis der unter Nr. 465 der Drucksachen verzeichnete Antrag die erste Lesung im Plenum passirt hat und mit zur Kommissionsberathung steht".

Es handelt sich hierbei um den Antrag Albrecht und Genossen, welcher am 27. November 1899, also um ein volles Jahr später, als der Antrag Dr. Lieber (Montabaur)-Dr. Hitze eingebracht worden ist. Unter Hinweis auf diese Thatsache und auf die Geschäftslage des Hauses wurde von denjenigen Mitgliedern der Kommission, deren Anträge auf der Tagesordnung standen, gegen die beantragte Vertagung der Berathung ferner geltend gemacht, daß sie das größte Gewicht darauf legen müßten, die verbündeten Regierungen über die Ansichten der Kommission bald unterrichtet zu sehen, um so mehr, als in Folge der sich in der Kommission etwa bildenden Mehrheit gewisse Schlüsse auf die Aufnahme der Anträge im Reichstag zulässig erscheinen könnten. Außerdem würde die Entscheidung der Kommission eine für die verbündeten Regierungen wünschenswerthe Ergänzung zu den Beschlüssen der VII. Kommission über die Gewerbegerichte bilden, in deren Schoß über den früher gestellten Antrag wegen Einführung des Verhandlungszwanges vor dem als Einigungsamt thätigen Gewerbegericht bereits berathen und beschlossen worden sei. Die verbündeten Regierungen würden dadurch auch in die Lage versetzt, sich frühzeitig ein Urtheil über die im Reichstag vorhandenen Anschauungen zu bilden, was, wie man hoffen dürfte, dazu beitragen könnte, daß thunlichst bald Gesetzentwürfe in der von den Antragstellern als wünschenswerth bezeichneten Richtung eingebracht werden würden.

Der Antrag Albrecht wurde im weiteren Verlauf der Verhandlungen von mehreren Mitgliedern der Kommission beleuchtet. Hierbei wurde insbesondere ausgeführt, daß man zwischen den in demselben niedergelegten Grundsätzen und den jetzt zur Berathung gestellten Anträgen einen innerlichen Zusammenhang nicht erkennen könnte. Auch sei bei der Beurtheilung desselben die Wahrscheinlichkeit in Betracht zu ziehen, daß der Antrag Albrecht weder in der Kommission noch auch im Plenum des Reichstags Annahme finden werde, weil durch denselben offenbar nichts Geringeres bezweckt werde, als die Ueberweisung der gesammten behördlichen Gewerbeverwaltung des Reichs und der Einzelstaaten an die Vertretungen von Arbeitgebern und Arbeitern. Außer der sozialdemokratischen Partei werde keine Partei des Reichstages bereit sein, diesem Gedanken zu folgen.

Aus den vorstehenden Erwägungen wurde der Antrag auf Vertagung der Sitzung mit großer Mehrheit abgelehnt.

Von mehreren Mitgliedern der Kommission war inzwischen die nachfolgende Resolution eingebracht worden:

Die Kommission wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen,

a) für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gesetzliche Bestimmungen über

die Formen herbeizuführen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten betheiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden;

b) insbesondere in Erwägung darüber einzutreten, in welcher Weise durch eine weitere gesetzliche Ausgestaltung der Gewerbegerichte unter besonderer Berücksichtigung der §§. 9 (Bildung von Abtheilungen: Fabrik, Handwerk, Hausindustrie), 61 bis 69 (Einigungsamt) und 70 (Gutachten und Anträge) des Gesetzes vom 29. Juli 1890, betreffend die Gewerbegerichte, ein Weg zu dem sub a bezeichneten Ziele sich bietet.

Diese Resolution wurde von den Antragstellern eingehend begründet.

Von einer Seite wurde darauf hingewiesen, daß man weitergehende Wünsche zurückgestellt und den in Vorschlag gebrachten Weg in der Erwartung betreten habe, daß man die vorhandenen Bestrebungen in diesem Programm vereinigen und damit das von verschiedenen Seiten ins Auge gefaßte Ziel sicherer und rascher erreichen könne.

Von einem Mitgliede der Kommission wurde hervorgehoben, daß die sich rasch vermehrenden und fest gegliederten Organisationen der Arbeitgeber eine Verschärfung der mit den Streiks zusammenhängenden Gefahren herbeiführen würden. Die Arbeitgeber würden, durch die Erfahrung über den mächtigen Einfluß ihres Zusammenschlusses belehrt, ihre Organisationen mehr und mehr über das ganze Gebiet des Reichs zu verbreiten bestrebt sein. Eine wesentliche Unterstützung solcher Bestrebungen liege in dem Umstande, daß der Zusammenhalt unter den Arbeitgebern dadurch erleichtert werde, daß hierbei weder politische noch konfessionelle Hindernisse überwunden werden müßten. An der Hand der Erfahrung könne man leicht beurtheilen, welche Wirkung durch eine derartige Entwickelung herbeigeführt werden könne. Man brauche sich nur die im vorigen Jahre in Dänemark in erfolgreicher Weise unternommene Massenaussperrung und das rasche Eingreifen der Arbeitgeber-Vereinigung im Berliner Tischlerstreik zu vergegenwärtigen.

Die Thatsache, daß die Berufsvereinigungen der Arbeitgeber in der neueren Zeit so außerordentlich erstarkt und die Arbeitgeber, namentlich in den größeren Industrieen, vielfach mit großem Erfolge bemüht seien, die in der Ausübung des Koalitionsrechtes liegende Macht auch ihrerseits zu benutzen, stelle der Macht der organisirten Arbeiter in zunehmendem Maße die in der Regel größere Macht der organisirten Arbeitgeber gegenüber. Dieser Entwickelung werde man aus naheliegenden Gründen nicht auf dem Wege entgegentreten dürfen, daß man etwa mit Hülfe der Gesetzgebung die Arbeitgeberorganisationen zu beschränken suche, denn wer der Koalitionsfreiheit der Arbeiter das Wort reden wolle, dürfe auch die Koalitionsfreiheit der Arbeitgeber nicht antasten. Allein je mehr jene Entwickelung an Umfang gewinne, um so mehr habe sie die Folge, daß sich die getrennte Organisation der Arbeiter einerseits und der Arbeitgeber andererseits ausbreite. Hierin liege die Gefahr, daß künftighin bei großen Ausständen an verschiedenen Orten größere Arbeitermassen gleichzeitig auf dem Kampfplatze erscheinen, die Gegensätze sich verschärfen und über die zunächst Betheiligten hinaus weite Kreise in Mitleidenschaft gezogen würden. Die Interessen der weit größeren Mehrzahl der an dem Ausstande Nichtbetheiligten würden durch die zunehmende Ausdehnung der Kampfgebiete in bedenklicher und unerträglicher Weise verletzt werden.

Staat und Gesellschaft könnten und müßten verlangen, daß kein Mittel unversucht bleibe, um solche Gefahren nach Möglichkeit abzuschwächen, denn die Arbeitsstreitigkeiten könnten unter solchen Umständen kaum mehr als private Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeiter angesehen werden, in die die Staatsgewalt sich unter keinen Umständen einzumischen habe.

Mit Recht könne man hieraus eine Befugniß und eine Verpflichtung für die Einmischung des Staates durch gesetzliche Erweiterung der Aufgaben und Pflichten der Einigungsämter ableiten.

Aber auch die Erfahrungen, welche man inzwischen in Holland und Belgien mit den Arbeitskammern gemacht habe, könnten die Freunde solcher Einrichtungen nur ermuthigen, jedenfalls aber nicht abschrecken. Auch in England habe sich das Verständniß für Vermittelung und Schiedsspruch nach vorausgegangener gemeinschaftlicher Verhandlung durch Einführung des Conciliation (Trades Disputes) Act vom Jahre 1896 in weiten Kreisen Bahn gebrochen. Zumal wurde dort durch die Erfahrung langer Jahre die Thatsache bestätigt, daß bei Arbeitsstreitigkeiten das Feuer im Entstehen am leichtesten zu löschen sei. Eine rasche, taktvolle Vermittlung bei aufkeimenden Differenzen verhindere in vielen Fällen den Kampf und damit großen Schaden nicht nur für die zunächst Betheiligten, sondern auch für weite Kreise Fernstehender und für die staatliche Ordnung.

Wenn es der Gesetzgebung gelänge, gemeinschaftliche Organisationen und Stellen im Sinne der kaiserlichen Erlasse zu schaffen, wo solche vermittelnde Hülfe rasch gefunden und in vertrauensvoller Weise in Anspruch genommen werden könnte, so würde dadurch eine wesentliche Erleichterung in der Behandlung der aus dem Arbeitsvertrag entstehenden Differenzen herbeigeführt werden. Von den unter den Bestimmungen des englischen Conciliation Act in den Jahren 1897/99 behandelten Streitfällen seien nicht weniger als 45,4 % vor Ausbruch von Streiks durch vorausgegangene gemeinschaftliche Verhandlung beigelegt worden. Ein nicht minder großer Nutzen der vorgeschlagenen gemeinsamen Organisation sei darin zu finden, daß dieselbe in der Richtung einer Abschwächung und Minderung bestehender Gegensätze und in der Herbeiführung der wünschenswerthen Fühlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitern günstig zu wirken geeignet sein würden.

Von einer anderen Seite wurde die Ablehnung der beantragten Resolution befürwortet. Die Frage, wann und in welcher Weise gemeinsame Vertretungen für Arbeitgeber und Arbeiter zu bilden wären, sei noch nicht spruchreif; vorerst möge eine Enquete über die Verbreitung der Arbeiterausschüsse sowie über die mit denselben gemachten Erfahrungen veranstaltet werden, wie dies 1890 durch den Verein für Sozialpolitik geschehen sei. Es scheine nicht zeitgemäß, jetzt die Resolution zu a zu fassen. Die zu b erörterte Frage sei in der Kommission VII nach dem Bericht Nr. 286 eingehend behandelt worden.

Diesen Ausführungen wurde von mehreren Seiten widersprochen.

Ein Mitglied der Kommission begründete diesen Widerspruch in eingehender Weise. Die Sozialdemokratie habe öffentlich-rechtliche Einrichtungen niemals zu agitatorischen Zwecken ausgenützt. Die Rechtsprechung der Gewerbegerichte sei eine durchaus objektive und die Arbeiterbeisitzer befleißigten sich allerorts der strengsten Unparteilichkeit. Es sei kein Grund vorhanden, Befürchtungen an die Durchführung der vorliegenden Resolution zu knüpfen; vielmehr müsse zugegeben werden, daß die gesetzliche Regelung der in Betracht kommenden Fragen im öffentlichen Interesse

liege. Nach der Ansicht dieses Kommissionsmitgliedes ist es aber erforderlich, daß viel weiter gehende Forderungen gestellt werden. Der schwächliche Versuch, welcher mit der vorliegenden Resolution gemacht werden solle, könne ihn und seine Gesinnungsgenossen nicht befriedigen. — Zunächst sei die obligatorische Einrichtung der Gewerbegerichte anzustreben. Die Wohlthaten der Einigungsämter dürften nicht auf 285 Gewerbegerichte in Deutschland beschränkt bleiben. Redner könne aus diesen Gründen seine und seiner Freunde Zustimmung nur zu Absatz a der Resolution geben, Absatz b müsse dagegen abgelehnt werden.

Auch diese Ausführungen blieben nicht ohne Widerspruch, indem von anderer Seite darauf hingewiesen wurde, daß man die im Gewerbegerichtsgesetz bereits enthaltenen Bestimmungen im Sinne der Resolution nur auszubilden habe, um wirksame Mittel für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Arbeit oder für rasche Beilegung von Streitigkeiten vor Ausbruch eines Streiks zu gewinnen. Außerdem lehre die Erfahrung der jüngsten Zeit, daß sowohl Arbeitgeber wie Arbeiter immer mehr zu der Ueberzeugung gelangten, daß da, wo unversöhnliche Gegensätze vorhanden seien, der beste Ausweg bei dem Gewerbegericht oder dem Einigungsamt zu finden sei, in welchem Arbeitgeber und Arbeiter schon heute Sitz und Stimme hätten.

Den gemeinschaftlichen Organisationen wurde auch von mehreren anderen Rednern eine große Bedeutung beigelegt, weil durch die Einführung derselben ein konservativer Gedanke die erwünschte Verwirklichung finde. Von konservativer Seite sei sowohl in der Presse als mehrfach auch im Reichstag die Nützlichkeit und Nothwendigkeit gemeinsamer Organisationen und des Zusammenwirkens der betheiligten Interessenten zur Förderung friedlicher Arbeit hervorgehoben worden.

Nachdem auf diese Weise eine weitgehende Uebereinstimmung der Ansichten herbeigeführt worden war, wurde zur Abstimmung geschritten.

Das Resultat derselben ergab:

Annahme des Absatzes a der Resolution mit allen Stimmen,

Annahme des Absatzes b der Resolution mit 15 gegen 5 Stimmen.

Hierauf folgte die Berathung über den Antrag Nr. 61 der Drucksachen, welcher von einem der Antragsteller unter Bezugnahme auf die Verhandlungen des Reichstages vom 26. April und 4. Mai 1899 etwa folgendermaßen begründet wurde.

Mit der Entwicklung der deutschen Gewerbethätigkeit mit der bedeutenden Zunahme der Zahl der Arbeiter, die in deutschen Betriebsstätten beschäftigt würden, hätte sich mehr und mehr das Bedürfniß geltend gemacht, zuverlässige Unterlagen zu gewinnen für die Beurtheilung der Lage der Arbeiter und für die zur Regelung des Arbeitsverhältnisses zu treffenden Maßnahmen. Bis vor Kurzem hätte es in Deutschland an jeder besonderen Einrichtung für die Pflege der Arbeiterstatistik, von deren Nothwendigkeit man nicht nur in den Kreisen der Wissenschaft, sondern auch in denjenigen der praktischen Sozialpolitiker allgemein überzeugt sei, gefehlt. Im Jahre 1892 sei auf Antrag des Abgeordneten Siegle der erste Schritt gethan worden, um diesem fühlbar gewordenen Mangel abzuhelfen, indem eine Kommission für Arbeiterstatistik errichtet wurde. Es könne zwar keinem Zweifel unterliegen, daß diese Kommission seit ihrem Bestehen Vortreffliches geleistet habe, aber die Kommission ermangele jeder Selbständigkeit und Stetigkeit, weil sie nur zusammentrete, so oft sie vom Reichskanzler berufen würde, und nur die von diesem ihr überwiesenen Gegenstände in den Kreis ihrer Ermittelung zu ziehen berechtigt sei. Die Kommission könne daher dem Bedürfniß nur in sehr beschränktem Maße genügen. Es bedürfe dringend einer Einrichtung, wie sie in anderen Ländern längst bestehe und namentlich in Oesterreich vor einigen Jahren mit bestem Erfolge geschaffen worden sei. Deutschland dürfe auch auf diesem Gebiete dem Auslande nicht nachstehen.

Der gestellte Antrag bezwecke in erster Reihe, nach dieser Richtung eine Besserung herbeizuführen, indem an Stelle oder neben der Kommission für Arbeiterstatistik ein ständiges Amt gebildet werden solle, welchem die Untersuchung und Feststellung der Arbeiterverhältnisse obliege. Die Kompetenz der Einzelstaaten solle durch die geplante Einrichtung in keiner Weise berührt werden.

Nach dieser Begründung stimmt die Kommission dem nachfolgenden Antrage (Nr. 61 der Drucksachen) ohne weitere Debatte zu:

Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß ein Reichs-Arbeitsamt errichtet werde, welchem die Untersuchung und Feststellung der Arbeiterverhältnisse im Deutschen Reich unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer obliegt.

Die Berathung des Antrages III (Nr. 197) wurde ausgesetzt und es wurde beschlossen, zuerst über die Anträge I, II und IV Bericht zu erstatten.

Demgemäß beantragt die Kommission:

Der Reichstag wolle beschließen:

I. die verbündeten Regierungen zu ersuchen:

a) für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gesetzliche Bestimmungen über die Formen herbeizuführen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten betheiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden;

b) insbesondere in Erwägung darüber einzutreten, in welcher Weise durch eine weitere gesetzliche Ausgestaltung der Gewerbegerichte unter besonderer Berücksichtigung der §§. 9 (Bildung von Abtheilungen: Fabrik, Handwerk, Hausindustrie), 61 bis 69 (Einigungsamt) und 70 (Gutachten und Anträge) des Gesetzes vom 29. Juli 1890, betreffend die Gewerbegerichte, ein Weg zu dem sub a bezeichneten Ziele sich bietet.

II. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß ein Reichs-Arbeitsamt errichtet werde, welchem die Untersuchung und Feststellung der Arbeiterverhältnisse im Deutschen Reich unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer obliegt.

III. die zu dem Antrage Nr. 46 der Drucksachen eingegangene Petition II. Nr. 15284 des Verbandes der katholischen Arbeitervereine

der Erzdiözese Köln, die Errichtung von Arbeitskammern betreffend, durch die Beschlußfassung über die Resolution unter I für erledigt zu erklären.

Berlin, den 21. Mai 1900.

Die XVI. Kommission.

Dr. **v. Frege-Weltzien**, Vorsitzender. Freiherr **Heyl zu Herrnsheim**, Berichterstatter. **Albrecht. Bassermann. Bauermeister. Bebel. Braun. Depken.** Dr. **Hille.** Dr. **Hitze. Horn** (Neiße). **Jacobskötter.** Dr. **Lieber** (Montabaur). Dr. **Müller** (Sagan). **Pauli** (Potsdam). **Pfannkuch. Raab. Reißhaus.** Freiherr **v. Richthofen-Damsdorf. Roesicke** (Dessau). **Segitz. v. Spiegel. Stötzel. Trimborn. Uhlemann. Wattendorff.** Dr. **Weißenhagen.** Dr. **Wiemer.**

Nr. 836.

Berichterstatter:
Abgeordneter Müller (Fulda).

Bericht
der
Kommission für den Reichshaushalts-Etat
über
den Entwurf einer Novelle zum Gesetze, betreffend die deutsche Flotte, vom 10. April 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 165) — Nr. 548 der Drucksachen —.

Durch Beschluß des Reichstags vom 12. Februar 1900 wurde der Entwurf einer Novelle zum Gesetze, betreffend die deutsche Flotte, vom 10. April 1898 der Kommission für den Reichshaushalt zur Vorberathung überwiesen.

Als Vertreter der verbündeten Regierungen haben an der Berathung theilgenommen:

A. die Bevollmächtigten zum Bundesrath:
- Graf v. Bülow, Staatssekretär des Auswärtigen Amts,
- Tirpitz, Vice-Admiral, Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts,
- Freiherr v. Thielmann, Staatssekretär des Reichsschatzamts,
- Dr. Aschenborn, Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt,
- Dr. Freiherr v. Richthofen, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt,
- Perels, Direktor im Reichs-Marine-Amt,
- Diederichsen, Direktor im Reichs-Marine-Amt,
- Fischel, Direktor im Reichs-Marine-Amt,
- v. Fischer, Direktor im Reichsschatzamt,
- Graf v. Lerchenfeld-Koefering, Königlich bayerischer außerordentlicher Gesandter,
- Freiherr v. Stengel, Königlich bayerischer Staatsrath,
- v. Geiger, Königlich bayerischer Ministerialrath,
- Dr. Graf v. Hohenthal und Bergen, Königlich sächsischer außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister,
- Dr. Rüger, Königlich Sächsischer Geheimer Finanzrath,
- Freiherr v. Varnbüler, Königlich württembergischer außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister,
- v. Schneider, Königlich württembergischer Ministerialrath,
- Dr. v. Jagemann, Großherzoglich badischer außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister,
- Scherer, Großherzoglich badischer Ministerialdirektor,
- Dr. v. Neidhardt, Großherzoglich hessischer außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister,
- Krug v. Nidda, Großherzoglich hessischer Geheimer Staatsrath,
- v. Oertzen, Großherzoglich mecklenburg-schwerinscher außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister,
- Dr. Paulßen, Großherzoglich sachsen-weimarischer Geheimer Legationsrath,
- Selkmann, Großherzoglich oldenburgischer Wirklicher Geheimer Rath,
- Dr. v. Bonin, Herzoglich sächsischer Staatsminister,
- Dr. Klügmann, Hanseatischer außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister der Freien Hanse Städte;

B. die nach Artikel 16 der Reichsverfassung vom Bundesrath berufenen besonderen Kommissare:
- Plath, Kaiserlicher Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrath,
- v. Heeringen, Kaiserlicher Fregatten-Kapitän,
- Capelle, Kaiserlicher Fregatten-Kapitän,
- Kalau vom Hofe, Kaiserlicher Korvetten-Kapitän,
- Dähnhardt, Kaiserlicher Korvetten-Kapitän,
- Koch, Kaiserlicher Geheimer Admiralitätsrath,
- Kühn, Kaiserlicher Geheimer Ober-Regierungsrath,
- Rüder, Kaiserlicher Admiralitätsrath.

Den Vorsitz in der Kommission führte der Abgeordnete v. Kardorff, dessen Stellvertretung der Abgeordnete Graf v. Hompesch; zum Berichterstatter wurde am Schluß der ersten Berathung der Abgeordnete Müller (Fulda) bestellt.

Es wurde beschlossen:

I. eine Generaldebatte und zwei Lesungen stattfinden zu lassen,

II. die Generaldebatte in die 4 Hauptabschnitte:
1. Nothwendigkeit und Umfang der Flottenvermehrung,
2. Kosten und Beschaffung der Mittel,
3. Gesetzliche Festlegung der Vermehrung,
4. Durchführung der Vermehrung,

zu theilen.

Anläßlich dieser Generaldebatte wurden von mehreren Kommissionsmitgliedern folgende Fragen an die Vertreter der verbündeten Regierungen gestellt:

Zu 1. Nothwendigkeit und Umfang der Flottenvermehrung.

1. Welche Ereignisse sind seit dem Erlaß des Flottengesetzes vom 10. April 1898 eingetreten, die eine Aenderung desselben nothwendig machen?
2. Wie ist das derzeitige Stärkeverhältniß der Flotten:
   a) Deutschlands, Italiens, Oesterreich-Ungarns,
   b) Rußlands und Frankreichs,
   c) Englands und der Vereinigten Staaten von Nordamerika?

Inhaltsverzeichniß Seite 5428.

3. Welche Verstärkungen der Flotten dieser Staaten sind zur Zeit bereits bewilligt oder in Aussicht genommen?
4. Welches sind die Stärkeverhältnisse der Landarmeen dieser Staaten?
5. Wie sind unsere politischen Beziehungen zu diesen Staaten?
6. Wie weit ist der vorgeschlagene Umfang der Flottenverstärkung begründet mit:
   a) der Abwehr der Blokadegefahr,
   b) dem Schutz der Handelsflotte,
   c) der Vertheidigung der vorhandenen Schutzgebiete?
7. Welche Ziele verfolgen die verbündeten Regierungen über vorstehende Aufgaben hinaus mit der geplanten Weltmachtpolitik?

Zu 2. Kosten und Beschaffung der Mittel.

8. Welche Steigerung der sonstigen Reichsausgaben ist mit Wahrscheinlichkeit bis zum Jahre 1920 zu erwarten, insbesondere durch Mehrkosten für das Heer, den Pensionsfonds, die Versicherungsgesetze, die Kolonien, Neubewaffnung, Festungsbauten, Uebersee-Kabel, Anlagen in Kiautschou, maritime Stützpunkte, Kohlenstationen, Afrikabahnen und Vermehrung der Kolonialtruppen?
9. Sind die verbündeten Regierungen geneigt, die alsbaldige Anlage eines Nickelstahl-Panzerplatten-Werks zur Herstellung des gesammten Panzermaterials für die deutsche Kriegsflotte auf Rechnung des Reichs in Erwägung zu ziehen?
10. Welche neuen Steuern schlagen die verbündeten Regierungen unter Aufrechterhaltung des im Art. 8 des Gesetzes vom 10. April 1898 festgestellten Grundsatzes zur Deckung der Kosten der geplanten Flottenverstärkung vor?

Zu 3. Gesetzliche Festlegung der Vermehrung.

11. Wie denken sich die verbündeten Regierungen die praktische Durchführung der §§. 1 bis 3 der Novelle unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung des §. 7 des Gesetzes vom 10. April 1898?
12. Wäre es nicht besser, die Vorschriften des geltenden und des geplanten Flottengesetzes in ein einheitliches Gesetz zusammenzufassen?

Zu 4. Durchführung der Vermehrung.

13. In welcher Weise gedenken die verbündeten Regierungen den Nachtheilen zu begegnen, welche aus der Verstärkung der Flotte für die Landwirthschaft zu befürchten sind?
14. Sind die verbündeten Regierungen geneigt im Interesse der Landwirthschaft:
    1. eine Maximalpräsenzziffer, für Heer und Flotte zusammen berechnet, zu gewährleisten, welche die Zahl der für beide Zwecke auszuhebenden Mannschaften auf ein erträgliches Maaß beschränkt?
    2. für eine angemessene Erhöhung der Schutzzölle auf landwirthschaftliche Erzeugnisse bei den bevorstehenden Handelsverträgen energisch einzutreten?

Die Kommission beschloß, diese 14 Fragen zur Grundlage der Generaldebatte zu machen. Letztere beschränkte sich im Wesentlichen auf die Erörterung des in Beantwortung dieser Fragen seitens der Vertreter der verbündeten Regierungen vorgelegten Materials.

Generaldebatte.

Die Fragen 1, 5 und 7 wurden im Zusammenhange behandelt und seitens der Antragsteller darauf hingewiesen, daß noch vor 2 Jahren die damals beschlossene Verstärkung der Flotte als völlig ausreichend für die Sicherung unserer Küsten und der deutschen See-Interessen bezeichnet worden wäre und daß in den Motiven zur Novelle nichts enthalten sei, was als hinreichende Erklärung der jetzigen Forderungen dienen könne.

Die Nothwendigkeit müsse überzeugend nachgewiesen werden, ebenso sei es erforderlich, Aufklärung über unsere politischen Beziehungen zu den maßgebenden Mächten zu erhalten und genauen Aufschluß, was mit der proklamirten „Weltmachtpolitik" eigentlich beabsichtigt werde.

Frage 1. **Nothwendigkeit der Flottenverstärkung.**
und „ 5. **Politische Beziehungen zu anderen Staaten.**

Die Fragen 1 und 5 wurden seitens eines Vertreters der verbündeten Regierungen zuerst beantwortet. Dieser führte im Wesentlichen Folgendes aus:

Unsere politischen Beziehungen zu allen Mächten seien durchaus befriedigende und alle aufgetauchten Differenzen hätten bisher stets auf friedliche Weise geregelt werden können. Es unterliege jedoch keinem Zweifel, daß seit zwei Jahren eine politische Entwickelung eingetreten sei, welche man nicht ignoriren dürfe. Fast alle größeren Nationen seien bestrebt, sich auszudehnen, wie das Beispiel der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs und Rußlands zeige, auch Deutschland könne nicht völlig stagniren.

Die deutsche Politik suche ihre Ziele stets auf friedlichem Wege zu erreichen, man bezeichne sie zuweilen als zu vorsichtig. Neben der Erhaltung des Friedens sei aber auch die Würde des deutschen Reichs zu wahren. Bei den in manchen Ländern herrschenden Strömungen sei dies nicht immer leicht und bedürfe der größten diplomatischen Geschicklichkeit. Aber alle Geschicklichkeit und Vorsicht vermöge nichts ohne materielle Mittel. Eine starke Flotte sei neben einem starken Landheer die beste Friedensgarantie. Bei unseren hoch entwickelten Schiffahrts- und Uebersee-Handels-Interessen bilde eine schwache Flotte eine ständige politische und wirthschaftliche Gefahr, sie reize gradezu zu einem Angriff gegen Deutschland und gefährde dadurch die Aufrechterhaltung der Friedenspolitik. Der Besitz einer starken Flotte sichere Deutschland diejenige Rücksichtnahme für seine Interessen, welche es das Recht habe, zu beanspruchen.

In keinem Falle seien für die Verstärkung der Flotte aggressive Tendenzen ausschlaggebend, dieselbe solle lediglich der Erhaltung des Friedens dienen; weil man diesen erhalten wolle, müsse man stark zur See sein. Deshalb genüge der im Jahre 1898 festgesetzte Sollbestand nicht mehr, sowohl hinsichtlich der Schlachtflotte als auch der Auslandsschiffe. Angesichts der veränderten Verhältnisse müsse Deutschland rechtzeitig seine Maßregeln treffen, um allen Aufgaben gewachsen zu sein, die vorgeschlagene Vermehrung werde ja doch erst in etwa 20 Jahren zur vollen Wirkung kommen.

Frage 7. **Weltmachtpolitik.**

Von den Fragestellern wurde dargelegt, daß nicht klar sei, was unter der „Weltmachtpolitik", die so vielfach für die Forderungen der Flottenverstärkung geltend gemacht würde, zu verstehen sei. Eine nähere Darlegung der Ziele der „Weltmachtpolitik" sei deshalb unbedingt zu fordern. Weiterhin wurde noch bemerkt, eine Mittheilung von Seiten der verbündeten Regierungen sei in mehr als einer Beziehung nothwendig, weil in den Erörterungen der Presse über diese Frage die allerverschiedensten und zum Theil beängstigende Forderungen zum Ausdruck gekommen seien. Sogar in dem halboffiziösen Nauticus finden sich

Sätze, die nicht unbesprochen gelassen werden könnten. Es werde hier auf die Eroberungspolitik Englands, Amerikas, Japans u. s. w. hingewiesen, ob denn das Deutsche Reich mit dieser Flottenvermehrung auch diese Wege einer Eroberungspolitik beschreiten wolle? Nicht minder bedenklich seien die Erwartungen, welche man in wirthschaftlicher Beziehung vielfach an die Flottenvergrößerung knüpfen wolle: Ob denn das Deutsche Reich ein reiner Industriestaat werden solle? Endlich fehle es auch nicht an Stimmen, welche in konfessioneller Beziehung die neue „Weltpolitik" fruktifiziren zu können glauben. So bringe ein Aufsatz in Nr. 7 des laufenden Jahrgangs der Grenzboten aus der Feder von Hans Wagner die Ankündigung, daß die deutsche Weltpolitik protestantisch sein müsse, daß Seewasser und Weihwedel sich absolut nicht vertragen, daß Deutschland zunächst im Innern reinen Tisch machen und die protestantische Civilisation in die Welt hinaustragen müsse. Das Traurige an derartigen Ausführungen sei, daß es in Deutschland, und zwar sowohl im Reich als in den einzelnen Bundesstaaten, Gesetze gebe, welche den Vorurtheilen gegen die katholische Minderheit Ausdruck und immer wieder Nahrung geben. Man bitte die verbündeten Regierungen, dafür Sorge tragen zu wollen, daß aller Grund zu Befürchtungen der Katholiken ausgeräumt werde.

Ein Vertreter der verbündeten Regierungen erwiderte, die verbündeten Regierungen beabsichtigen keinerlei Eroberungspolitik, nur eine friedliche Entwickelung der deutschen Interessen solle gesichert werden. Von einer konfessionellen Weltmachtpolitik könne gar keine Rede sein; er glaube in seiner bisherigen Amtsführung gezeigt zu haben, daß ihm die Interessen beider Konfessionen, soweit sie überhaupt sein Ressort berühren, gleich am Herzen liegen. Die Politik, welche das Deutsche Reich betreibe, könne weder eine protestantische, noch eine katholische, sondern nur eine allgemeine deutsche sein.

Frage 2. **Flottenstärke der anderen Länder.**
" 3. **Bewilligte oder beabsichtigte Verstärkungen.**
" 4. **Stärke der Landarmeen.**
" 6. **Begründung der Vorlage mit der Blokadegefahr, dem Schutz der Handelsflotte und der Schutzgebiete.**

Zu Frage 2:

Wie ist das derzeitige Stärkeverhältniß der Flotten:

a) Deutschlands, Italiens, Oesterreich-Ungarns,
b) Rußlands und Frankreichs,
c) Englands und der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika?

wurde seitens der Vertreter der verbündeten Regierungen folgender Aufschluß gegeben:

	Staat.	Linienschiffe fertig und im Bau, 25 Jahre und weniger alt.	Küstenpanzerschiffe fertig und im Bau, 25 Jahre und weniger alt.	Große Kreuzer gepanzerte und geschützte, 5000 tons und darüber groß, 20 Jahre und weniger alt.	Kleine Kreuzer geschützte und ungeschützte, 800 tons und darüber groß, 15 Jahre und weniger alt.	Summe der Schiffe.
a.	Deutschland . . .	17	8	8	27	60
	Italien	14	—	6	14	34
	Oesterreich-Ungarn .	9	—	2	6	17
	Summe a .	40	8	16	47	111
b.	Frankreich	31	13	27	32	103
	Rußland	23	7	14	16	60
	Summe b .	54	20	41	48	163
c.	England	55	2	60	84	201
	Nord-Amerika . .	16	11	8	34	69

Ebenso zu Frage 3:

Welche Verstärkungen der Flotten Deutschlands, Italiens, Oesterreich-Ungarns, Rußlands, Frankreichs, Englands und Nord-Amerikas sind zur Zeit bereits bewilligt oder in Aussicht genommen?

die Auskunft gegeben:

Staat	Durch Etat 1900 gefordert	Weiteres Bauprogramm
Deutschland	2 Linienschiffe, 1 Großer Kreuzer, 2 Kleine Kreuzer.	Novelle zum Flottengesetz.
Italien	Außer den jährlichen Forderungen für Schiffsbauten im Betrage von 24 Millionen Lire ist eine Extraforderung für Schiffsbauten von 40 Millionen Lire gestellt.	Bau von 6 Linienschiffen beabsichtigt.
Oesterreich-Ungarn	Für Neubauten sind 13,5 Millionen Mark gefordert. Für welche Schiffe ist noch nicht bekannt.	Unbekannt.
Frankreich	2 Linienschiffe, 1 Großer Kreuzer.	Der im Januar 1900 eingebrachte Gesetzentwurf der Regierung fordert 6 Linienschiffe und 5 Große Kreuzer, welche bis 1907 fertiggestellt sein sollen.
Rußland	Das Programm von 1897 sieht die Fertigstellung von 5 Linienschiffen und 10 Großen Kreuzern bis 1904 vor. Sämmtliche Schiffe sind im Bau. Ueber das Programm hinaus sind noch 2 weitere Linienschiffe begonnen.	
England	2 Linienschiffe, 6 Große Kreuzer, 1 Kleiner Kreuzer.	Unbekannt.
Nord-Amerika	3 Panzerkreuzer, 3 Kleine Kreuzer.	Unbekannt.

Zu Frage 4.

Welches sind die Stärkeverhältnisse der Landarmeen:

a) Deutschlands, Italiens, Oesterreich-Ungarns,

b) Frankreichs, Rußlands,

c) Englands und der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika?

wurde die Auskunft ertheilt:

Friedensstärken nach dem im Reichs-Marine-Amt vorhandenen Material.

Staat	Offiziere, Aerzte, Beamte	Unteroffiziere und Gemeine	Gesammtstärke	Bemerkungen.
Deutschland . . .	28 564	567 901	596 465	
Italien	13 614	244 001	257 615	Ohne die afrikanischen Truppen.
Oesterreich-Ungarn .	21 160	325 350	346 510	
Frankreich . . .	28 237	545 506	573 743	Einschließlich 1630 Offiziere und 54 793 Mann afrikanischer Truppen Zuaven und Fremdenregimenter.
Rußland	36 000	860 000	896 000	Einschließlich Kosaken, finnischer und kaukasischer Truppen.
England	10 887	247 123	258 010	Stehendes Heer, also ohne Armeereserve, Miliz, Yeomanry und Freiwilligenregimenter.
Nord-Amerika . .	11 963	180 627	192 590	Hiervon: Stehendes Heer: 2587 Offiziere, 65 000 Mann. Organisirte Milizen: 9876 Offiziere, 115 627 Mann. Das Freiwilligenheer ist nicht einbegriffen.

Ein Vertreter der verbündeten Regierungen erläuterte, daß fast bei allen größeren Staaten Anstrengungen gemacht würden, die Flotten zu verstärken, insbesondere die Schlachtflotten, was aus der Antwort zu Frage 3 deutlich hervorgehe. Ueber die neuesten Verstärkungsabsichten habe man nicht für jeden einzelnen Fall genaue Nachweise.

Der Küstenschutz und die Abwehr der Blokade erforderten mehr Schiffe, in dem Verhältniß wie die Flotten anderer Staaten verstärkt würden.

Fragesteller wiesen darauf hin, daß der Schutz der Handelsflotte und der überseeischen Interessen und Kolonien am besten durch eine starke Schlachtflotte gewährleistet sei. Wenn Deutschland eine solche besitze, würde sich auch ein mächtiger Gegner hüten, die deutschen Interessen zu beeinträchtigen oder deutsche Handelsschiffe anzugreifen, weil er wisse, daß hinter denselben als Schutz die deutsche Schlachtflotte stehe. Deshalb sei der Einfluß derselben nicht auf die heimischen Gewässer beschränkt, sondern über dieselben hinausreichend auch für die entfernten Meere wirksam.

Nach Ertheilung der Aufschlüsse fand eine eingehende allgemeine Diskussion über

Abschnitt 1, Nothwendigkeit und Umfang der Flottenvermehrung

statt.

Aus der Mitte der Kommission wurde geltend gemacht, daß die Verstärkung der deutschen Flotte anderen Ländern nur den Ansporn gebe, auch ihrerseits noch mehr zu rüsten und deren chauvinistische Strömungen noch verstärke. Das Treiben der Flottenvereine trage ohnehin dazu bei, das Ausland noch mehr gegen Deutschland aufzuregen und insbesondere die imperialistische Strömung in England zu steigern. Ein gegenseitiges Ueberbieten werde die Folge sein. Deutschlands Seemacht sei schon ohnedies die stärkste im Verhältniß zu seiner Küstenlänge und seinem Kolonialbesitze.

Das beste Mittel, den politischen Frieden zu wahren, seien friedliche Handelsbeziehungen; die Länder seien gegenseitig auf den Austausch ihrer Erzeugnisse angewiesen, insbesondere England und Deutschland. Die kolonialen Interessen Deutschlands seien von so geringem Werth, daß man ihretwegen keinerlei Reibungen hervorzurufen brauche.

England habe den deutschen Flottenplan bereits beantwortet mit der Ankündigung neuer Flottenbauten. England sei der Geldschrank der Welt und die herrschende Klasse daselbst habe große Opferwilligkeit gezeigt. Auch wenn wir die geplante Flotte schon hätten, würde jeder Seekrieg eine weitreichende Unterbrechung des Handels herbeiführen. Wenn England wirklich sich in seiner wirthschaftlichen Konkurrenz bedroht fühlte, so würde es nicht zum Kriege deshalb schreiten, sondern zur Einführung von Schutzzöllen.

Es sei an die Aeußerung des Fürsten Bismarck aus dem Jahre 1885 zu erinnern, in welcher er erklärte, „daß es nicht die Aufgabe von Deutschland sein könnte, eine Seemacht zu halten gleich der von England oder Frankreich. Wenn England sich als Gegner der deutschen Kolonialpolitik erweise, so müsse Deutschland England die Unterstützung in anderen Fragen entziehen und irgend ein do, ut des herstellen. Auch wenn Deutschland seine Flotte auf die Höhe der Seemacht von England bringe, hätten wir noch immer ein Bündniß von England und Frankreich zu fürchten." Niemand zweifele daran, daß bei einem Kriege mit England Frankreich sich sofort auf die Seite Englands gegen Deutschland stellen würde.

England mache auch, obwohl siegend, in Südafrika bittere Erfahrungen. Die Opfer von Geld und Menschen ständen in keinem Verhältniß zum Gegenstande des Streites. England müsse zur allgemeinen Wehrpflicht übergehen, wenn es anderen Staaten auf die Dauer gewachsen bleiben wolle zu Wasser und zu Lande. In der allgemeinen Wehrpflicht aber liege ein Moment der Friedenshaltung. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Frankreich habe das Meiste dazu beigetragen seit 1870, den Frieden zu erhalten. In Betreff von Samoa habe der Staatssekretär in einer früheren Rede selbst gesagt, daß niemals der Streit darüber einen Krieg zwischen Kulturstaaten rechtfertigen könne. England müsse gute Beziehungen zu Deutschland erhalten, schon wegen des Absatzes der englischen Kolonien nach Deutschland. Die Mittheilungen über die Flottenstärke des Auslandes ließen dieselbe geringer erscheinen, als solche bisher angegeben worden sei. Deutschland habe 1888 mit der Vergrößerung der Flotte den Anfang gemacht. Darauf sei Rußland gefolgt, und nunmehr erst habe England die deutschen und russischen Flottenverstärkungen ausgeglichen durch seine Flottenerweiterungen. Eine weitere Nothwendigkeit für England habe sich ergeben aus dem Vordringen Rußlands gegenüber China. Frankreich werde nach dem neuen Flottengesetz erst von 1907 ab eine Flotte von 28 Linienschiffen besitzen.

Es sei so viel die Rede gewesen von der Verstärkung der Flotte, als ob die Absicht vorliege, die gesammte Verstärkung schon jetzt vorzunehmen. Aber der Plan der Regierung selbst gehe doch darauf aus, die Küstenpanzer erst von 1910 durch Linienschiffe zu ersetzen, die Auslandsschiffe erst von 1906 zu vermehren. Was in aller Welt solle uns veranlassen, schon jetzt uns schlüssig zu machen, ob 1906 und 1910 eine solche Vermehrung gerechtfertigt sei.

Es sei auch nicht zu konstatiren, daß die Verhandlung schwerwiegendes neues Material ergeben habe. Bis auf einige Einzelheiten sei alles in der Oeffentlichkeit schon bekannt gewesen.

Ueber die angeblich veränderten Verhältnisse in den letzten zwei Jahren sei keine genügende Auskunft gegeben worden. Das einzige Neue sei, daß ohne die Ankündigung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen auf Samoa dort im Frühjahr 1899 ein Uebereinkommen nicht erzielt worden wäre. Es sei ein Glück, daß wir die neue Flotte damals noch nicht gehabt hätten. Sonst wären wir in einen Krieg wegen Samoa gekommen, was durchaus ungerechtfertigt gewesen wäre.

Von anderer Seite wurde dagegen hervorgehoben, daß die Rücksichten auf die wirklichen Interessen der Völker nicht immer ausschlaggebend seien für deren Beziehungen, manche Kriege würden geführt im Widerspruch mit den beiderseitigen Interessen der betreffenden Staaten. Die Volksleidenschaften seien oft stärker als die kluge Besonnenheit der Regierungen. Die gegebenen Aufklärungen ließen die Nothwendigkeit einer Verstärkung der deutschen Flotte im verlangten Umfange, sowohl hinsichtlich der Schlachtflotte als auch der Auslandschiffe, vollkommen begründet erscheinen. Die Verhandlungen hätten hierfür schwerwiegendes neues Material ergeben.

Die Novelle enthalte keine Bindung, sondern sei nur ein Programm. Nachdem die Vorlage einmal eingebracht, würde es einen eigenthümlichen Eindruck auf das Ausland machen, wenn der Reichstag sie ablehnen wollte. Die Flottenagitation hat allerdings der guten Sache geschadet. Die Annahme der Novelle werde von großer politischer Bedeutung sein, weil sie den ernsten Entschluß Deutschlands zeige, sich stark zur See zu machen; andere Staaten könnten daraus eine Warnung entnehmen, unseren Interessen schon jetzt die gebührende Rücksichtnahme angedeihen zu lassen.

Von dritter Seite wurde ausgeführt: Die Verhandlung habe keine besonderen neuen politischen Momente ergeben. Wenn auch Manches vertraulich mitgetheilt wurde, so wäre

doch ziemlich alles allgemein bekannt gewesen. Die Erklärung des Staatssekretärs, daß man unter Weltmachtpolitik keine Eroberungspolitik verstehe, sondern eine Politik des Friedens, hätte eine gewisse Beruhigung gegeben. Es sei nicht zu bestreiten, daß alle größeren Staaten bemüht wären, ihre Schlachtflotten zu verstärken.

Zwischen der Forderung einer Vermehrung der Schlachtflotte und einer Vermehrung der Auslandsflotte müsse streng unterschieden werden. Es lassen sich ganz andere Gründe für die Vermehrung der Schlachtflotte ins Treffen führen, als für die Vermehrung der Auslandsflotte. Die Vermehrung der Schlachtflotte diene auch dem Schutz des deutschen Seehandels in fremden Gewässern, weil sie die Möglichkeit gewähre, im Falle einer drohenden Schädigung deutscher überseeischer Interessen mehr als bisher alsbald ein Kriegsschiff an Ort und Stelle zu entsenden, und weil jedenfalls die Verstärkung der Schlachtflotte geeignet sei, den diplomatischen Verhandlungen gegenüber ausländischen Staaten immer den nöthigen Nachdruck zu verleihen. Es sei jedenfalls nicht nothwendig, soweit überhaupt ein Bedürfniß für die Vermehrung der Flotte anerkannt werden könne, neben Vermehrung der Schlachtflotte auch die Auslandsflotte zu vermehren. Eine Vermehrung der Auslandsflotte erscheine um so weniger dringlich, wenn man die Wirkungen ins Auge fasse, welche für die deutsche Landwirthschaft aus einer allzuweit getriebenen Vergrößerung der Marine und des damit zusammenhängenden Exports und Imports entstehen würden. Die Vorlage enthalte, wie ein Vergleich mit dem geltenden Flottengesetz beweise, keine Bindung; denn der §. 1 Ziffer 3 des geltenden Flottengesetzes schreibe eine Frist vor, innerhalb welcher die bewilligte Flotte zu bauen sei, und der §. 7 enthalte eine Bemessung der jährlichen Etatsbewilligungen zu diesem Zweck. Von alledem stehe in dem vorliegenden Entwurf nichts. Es fehle sowohl eine Anfangsfrist, als eine Endfrist für den Bau der neuvorgesehenen Kriegsschiffe. Ueber den ganzen Bauplan und dessen Kosten geben nur die Motive der Regierungsvorlage Aufschluß. Diese Motive bilden aber nicht einen Theil des Gesetzes, nicht einmal eine Voraussetzung für die Annahme desselben. Der Reichstag hätte also im Falle der Annahme der Vorlage freie Hand, zu beschließen, in welchem Tempo und mit welchen Kosten der Bau der neuen Schiffe zu geschehen habe. Die neue Vorlage enthalte allerdings nur ein Programm, welches aber für die auswärtigen Beziehungen Deutschlands, insbesondere für dessen Bündnißfähigkeit von großer Bedeutung sei. Ob es im gegenwärtigen Augenblick nothwendig erscheine, ein solches Programm aufzustellen, werde sich nicht schon jetzt, sondern erst nach Prüfung des gesammten von den verbündeten Regierungen theilweise noch erst beizubringenden Materials entscheiden lassen. Der Inhalt dieses Programms bedeute hinsichtlich der Schlachtflotte nur die Schaffung eines weiteren Geschwaders, denn ein drittes Geschwader neben den im Gesetz von 1898 bewilligten zwei Geschwadern sei in den Küstenpanzerschiffen schon vorhanden, und daß diese Küstenpanzerschiffe nach Ablauf ihrer Lebensdauer durch neue vollwerthige, der modernsten Technik entsprechende Kriegsschiffe zu ersetzen seien, könne auch ohne die Vorlage Niemandem zweifelhaft sein.

Eine Aenderung des bestehenden Flottengesetzes habe sich als nothwendig erwiesen wegen der Ersatzbauten.

Würde die Vorlage abgelehnt, so könnten die verbündeten Regierungen nach §. 2 des geltenden Gesetzes den Baubeginn von 17 Schiffen zugleich fordern, weil für

4 Linienschiffe,
3 große Kreuzer und
10 kleine Kreuzer

der Beginn der Erneuerung nach dem alten Gesetz auf das Jahr 1901 falle.

Die Vorlage wolle dagegen im Jahre 1901 trotz der geplanten Verstärkung nur

2 Linienschiffe,
1 großen Kreuzer,
3 kleine Kreuzer

in Bau geben.

Eine Verständigung des Reichstags mit den verbündeten Regierungen über die Ersatzbauten sei unabweisbar, wolle man nicht zu ganz unhaltbaren Verhältnissen kommen. Die Lebensdauer der kleinen Kreuzer müsse dabei von 15 auf 20 Jahre erhöht werden, da sie erfahrungsgemäß so lange haltbar seien.

Die Nothwendigkeit einer anderen Regelung der Ersatzbauten sei auch im Plenum des Reichstags selbst von dem entschiedensten Gegner der Vorlage anerkannt worden.

Auch die Nothwendigkeit der Verstärkung der deutschen Schlachtflotte werde ernstlich nur von Wenigen bestritten, die Streitfrage drehe sich mehr darum, ob man einen gesetzlichen Sollbestand aufstellen oder alljährlich nach Bedarf bewilligen solle.

Die Festlegung eines Programms, ohne Bindung des Etatsrechts habe den Vortheil, daß man auch ein festes Ziel für die Ausbildung der Offiziere, Ingenieure und Mannschaften bekomme. Diese Organisation erfordere viele Jahre und biete größere Schwierigkeiten als der Bau der Schiffe selbst.

Die Behauptung, daß Deutschland im Verhältniß zur Ausdehnung seiner Küste die größte Flotte habe, beweise gar nichts; nicht die Küstenlänge sei maßgebend, sondern die Handels- und Schiffahrtsinteressen. Im Verhältniß zu diesen habe Deutschland die kleinste Flotte von allen in Betracht kommenden Staaten.

Frage 8. **Steigerung der Reichsausgaben bis zum Jahre 1920.**

Antragsteller weisen darauf hin, daß zwar eine regelmäßige Steigerung der Reichseinnahmen an sich wahrscheinlich sei; wenn aber die Motive zur Vorlage etwa darthun sollten, daß diese Steigerung ausschließlich für die Flotte verfügbar bleiben würde, so müsse darauf aufmerksam gemacht werden, daß auch andere Ressorts des Reichshaushalts stetig wachsende Ausgaben zeigten. Insbesondere sei dies bei den Kolonien der Fall, für welche sich die Ausgaben in sechs Jahren um 400 % gesteigert hätten, große Projekte seien ins Auge gefaßt, für welche hunderte von Millionen erforderlich sein würden.

Die Armee steigere ihre Ausgaben von Jahr zu Jahr im ordentlichen und außerordentlichen Etat. Daneben würden sich die Ausgaben für die soziale Gesetzgebung und die Pensionslast noch ganz erheblich vermehren.

Ein Vertreter der verbündeten Regierungen erwiderte, daß die Beantwortung der gestellten Fragen auf eine so lange Reihe von Jahren im Voraus schwierig sei, man könne mit einiger Sicherheit nur bei den auf gesetzlicher Grundlage regelmäßig sich steigernden Etats den künftigen Bedarf vorhersagen, bei den anderen Ausgaben würde doch aber auch der Reichstag mitzusprechen haben.

Die Steigerung der Einnahmen sei, abgesehen von den Getreidezöllen, welche naturgemäß größeren Schwankungen unterworfen wären, eine stetige und sehr bedeutende, wie folgende Zusammenstellung darthue:

Bezeichnung der Einnahmen	Ist-Einnahme im Rechnungsjahr				
	1895/96	1896/97	1897/98	1898	1899 nach Dezember veranschlagt
	Beträge in Millionen Mark				
1	2	3	4	5	6
1a. Zölle ohne Getreidezölle, aber mit Tabaksteuer und Aversen	291,2	311,9	340,2	360,3	372,0
1b. Getreidezölle (für die 5 Hauptgetreidearten)	102,6	133,4	112,8	127,5	104,1
2. Zuckersteuer	80,5	93,1	84,1	96,7	105,3
3. Salzsteuer	45,5	46,9	47,2	47,2	48,7
4. Branntweinsteuer aller Arten, außer Brennsteuer	113,3	117,2	118,7	119,4	128,2
5. Brausteuer zuzüglich der Ausgleichsbeträge	35,2	35,7	37,9	38,4	39,4
6a. Stempelabgaben aller Art (ausschließlich der Staatslotterien)	48,2	42,3	42,7	47,8	50,4
6b. Lotteriestempel (für Staatslotterien)	16,5	16,4	16,4	17,7	17,9
1.—6. ohne Getreidezölle und Lotteriestempel	613,9	647,1	670,8	709,8	744,0
1.—6. mit diesen	733,0	796,9	800,0	855,0	866,0
7. Post- und Telegraphen-Ueberschuß nebst den Ausgleichsbeträgen und der Reichsdruckerei	31,7	33,1	42,1	46,8	46,5*
8. Eisenbahnverwaltung	25,3	23,6	23,0	22,7	20,2*
9. Bankwesen	3,1	8,9	10,7	14,0	12,0†
10. Verschiedene Verwaltungseinnahmen nebst Ausgleichsbeträgen	14,4	16,1	17,7	18,8	16,0*
1.—10. ohne Getreidezölle	704,9	745,2	780,7	829,8	856,6
1.—10. mit Getreidezöllen	807,5	878,6	893,5	957,3	960,7

Aus der Mitte der Kommission wurde erwidert, daß seitens des Reichsschatzamts wohl eine Uebersicht der Steigerung der Einnahmen in den letzten fünf Jahren gegeben worden sei, daß die Frage sich jedoch auf die voraussichtlich zu erwartende Steigerung der Ausgaben für die nächsten 20 Jahre bezogen habe. Die Steigerung der Einnahmen in den letzten fünf Jahren sei außergewöhnlich günstig gewesen, die vorhergehende fünfjährige Periode habe jedoch einen Rückgang gezeigt. Trotz der gestiegenen Einnahmen seien die Ausgaben in noch weit stärkerem Maße gestiegen, so daß man schließlich wieder zur Schuldenwirthschaft gelangt sei. Wenn man auch nicht alle Ausgaben für die nächsten 20 Jahre schon jetzt bestimmen könne, so unterliege es doch keinem Zweifel, daß mit großen Mehrausgaben für die Kolonien, die Heeresverwaltung, Pensionswesen und Versicherungsgesetze bestimmt zu rechnen sei. Auch im Jahre 1893 seien anläßlich der „Heeresvorlage" derartige Aufschlüsse gegeben worden und heute müsse man solche umsomehr verlangen, weil es sich um weit größere Ausgaben als damals handele.

Von anderer Seite wurde behauptet, daß man soweit gar nicht voraussehen könne, wie die Fragesteller es verlangten, die Fragen erinnerten lebhaft an die im Jahre 1893 gestellten, wie es wohl im „Zukunftsstaate" aussehen würde.

Der Vertreter der verbündeten Regierungen sagte eine Beantwortung, soweit solche überhaupt möglich sei, bis zur Spezialberathung der Vorlage zu. — Diese Zusage wurde in der 6. Sitzung der Kommission durch Ueberreichung der Anl. A. Drucksache Nr. 6 (Anlage A zum Bericht) erfüllt.

*) Noch unsicher.

†) Der Antheil an dem Reingewinne der Reichsbank ist nicht berücksichtigt.

Frage 9. Anlage eines Nickelstahl-Panzerplatten-Werkes auf Rechnung des Reichs.

Der Vorsitzende verlas einen ihm zugegangenen Brief eines Reichstagsabgeordneten, worin dieser erklärte, den „lächerlichen Behauptungen entgegentreten" zu müssen, die in der Presse aufgestellt worden seien. Er fabrizire überhaupt keinen Nickelstahl und sei an den Dillinger Werken nur zu einem Achtel betheiligt, mit der Preisgestaltung in den Werken habe er nichts zu thun. Bei wichtigen Entscheidungen gebe er seinen Rath und führe in der Generalversammlung den Vorsitz. In der Budget-Kommission sei der Geschäftsgewinn der Kruppschen Werke und der Dillinger Werke bei den Panzerplatten aus der Vorlage auf 176 Millionen angegeben worden. Abgesehen von den bereits im Sexennat enthaltenen Schiffen brauchten die neuen Schiffe 49 000 Tonnen Panzermaterial zum Preise von 113 Millionen Mark. Daran könnten doch nicht 176 Millionen verdient sein. Selbst wenn man annehmen wollte, daß die Hälfte des Preises reiner Verdienst der Werke sei, ergebe sich hieraus nur die Summe von 56 Millionen, welche vertheilt auf 16 Jahre jährlich $3^1/_2$ Millionen oder für jedes Werk $1^3/_4$ Millionen betrage. Die Fabrikation von Panzerplatten sei sehr schwierig, in 20 Jahren hätte dreimal die Fabrikationsmethode erneuert werden müssen. Das geringste Versehen habe eine Verwerfung zur Folge, die 500 000 *M.* Verlust ergebe. Wenn ihm seitens der Marine die Fabrikation von 49 000 Tonnen angeboten würde, würde er das Angebot ablehnen. Der Vorwurf, daß Krupp sein Patent auch an das Ausland verkauft habe, sei nicht stichhaltig, solche Patente würden stets auch für das Ausland genommen, unmöglich sei es, das Verfahren geheim zu halten. Seit Jahren sei keine Erhöhung des Preises der Panzerplatten eingetreten, obgleich die Löhne und Materialkosten sich verdoppelt hätten. Der deutschen Marine würden

keine höheren Preise für Panzerplatten berechnet, als anderen Marinen.

Diesem Schreiben gegenüber wurde festgestellt, daß der Gesammtbedarf an Panzerplattenmaterial in den nächsten 16 Jahren auf Grund der Vorlage für Neu- und Ersatzbauten nicht 113 Millionen, sondern 260 Millionen Mark betragen würde. Wenn also, wie in dem Briefe zugegeben zu werden scheine, hiervon die Hälfte reiner Gewinn sei, so handle es sich um einen Nutzen von 130 Millionen Mark, welcher bis zur Erreichung des beabsichtigten neuen Flottenbestandes lediglich zwei Unternehmerfirmen zu Gute kommen werde. Ein Reingewinn von der Hälfte des Lieferungsbetrags, also von 100 Prozent des Selbstkostenpreises, sei doch ganz exorbitant hoch, insbesondere, wenn es sich um solche enorme Lieferungen an einen unbedingt sicheren, solventen Abnehmer wie das Deutsche Reich handle.

Es sei dringend zu wünschen, daß diesem Monopol ein Ende gemacht werde, entweder durch Errichtung einer Anlage für Reichsrechnung oder durch Heranziehung von leistungsfähiger Konkurrenz, das Flottengesetz dürfe nicht dazu führen, das Reich in solcher Weise ausbeuten zu lassen.

Zugleich wurde die Anfrage gestellt, ob von den nach Ablauf ihrer Lebensdauer zu ersetzenden Schiffen nicht die Nickelstahlpanzer wieder Verwendung für die Ersatzbauten finden könnten.

Der Vertreter der verbündeten Regierungen erwiderte, über letztere Frage sei noch keine Auskunft möglich, weil die bisherige Ausrangirung von Panzerschiffen sich noch nicht auf solche mit Nickelstahlpanzern erstreckt habe, sondern nur auf Schiffe mit gewöhnlichem Eisenplattenpanzer, welche überhaupt nicht mehr verwendet würden.

Die aufgeworfene Monopolfrage sei von großer Tragweite für die Marineverwaltung, solche Monopole beständen aber nicht allein für Panzerplatten, sondern auch für Geschütze und Munition.

Der staatliche Betrieb wäre für die Marineverwaltung ein enormes Unternehmen, das Beamtenheer müßte bedeutend vermehrt, auch ganz andere Gehälter gezahlt werden, wenn der Privatindustrie Konkurrenz gemacht werden solle, es würden auch Schwierigkeiten in der Rechnungslegung entstehen. Uebrigens fehle noch ein richtiges Urtheil, ob die Gewinne der Panzerplattenfabriken wirklich so hoch seien, zumal wenn man die Generalunkosten der Werke berücksichtige. Für die Marineverwaltung sei ein derartiges Unternehmen ein großes Risiko, und könne zu nicht vorherzusehenden Schwierigkeiten führen. Ihr Bestreben sei, Konkurrenz zu schaffen und die Monopole zu durchbrechen, Redner hoffe dies um so eher thun zu können, wenn durch Annahme der Vorlage ein regelmäßiger Schiffsbau auf längere Zeit gewährleistet werde und sich dann weitere Fabriken ohne allzu großes Risiko für die Fabrikation einrichten könnten. Im gleichen Sinne sprach sich auch ein Theil der Kommissionsmitglieder aus.

Bei dieser Gelegenheit wurde noch seitens eines Mitgliedes der Kommission erwähnt, daß der englische Minister Goschen kürzlich im Parlament geäußert habe, England baue seine Schiffe 20 % billiger als andere Staaten; wenn dies zutreffe, so mache es auf die Neu- und Ersatzbauten der Vorlage eine Differenz von 248 Millionen Mark aus, wofür man schon zehn Linienschiffe mit der gesammten Armirung beschaffen könnte.

Der Vertreter der verbündeten Regierungen erwiderte, daß auch er Kenntniß von dieser Aeußerung Goschens habe und es wohl daran liege, daß die englischen Schiffsbauanstalten in jeder Beziehung gut eingerichtet seien, auch Material und Kohlen etwas billiger hätten, namentlich aber auch daran, daß in England eine schärfere Konkurrenz unter den Unternehmern bestehe und deren Anlagen schon stark abgeschrieben seien.

Frage 10. **Welche neuen Steuern werden zur Deckung der Kosten vorgeschlagen.**

Fragesteller wiesen darauf hin, daß die verfügbaren Mittel auf keinen Fall ausreichen würden, die Mehrausgaben zu decken, schon im Jahre 1901 sollten ca. 50 Millionen Mark mehr aufgewendet werden, als für das laufende Jahr. Auf den Weg, die Schiffe aus Anleihen zu bauen, könne der Reichstag den verbündeten Regierungen nicht folgen. Es müsse deshalb mit dem Flottengesetz, wenn solches ganz oder theilweise Annahme finden solle, auch die Frage der Beschaffung der Mittel gesetzlich geregelt werden, damit Vorkommnisse, wie im Jahre 1893 vermieden blieben. Es sei nicht Sache des Reichstags, sondern der verbündeten Regierungen, mit bestimmten Vorschlägen hervorzutreten, wenn sie auf Zustandekommen des Gesetzes Werth legten.

Der Vertreter der verbündeten Regierungen erwiderte: Zunächst hielten die verbündeten Regierungen prinzipiell fest an dem Gedanken, daß neue Steuern nicht nothwendig seien. Das schließe aber nicht aus, daß man schon heute über solche Steuern reden könne, welche im Falle eines eintretenden Bedürfnisses vorgeschlagen werden könnten. In der Budgetkommission sei bereits angeregt die Verdoppelung des Lotterie-Stempels. Dieser hätten der Kanzler und die größeren Regierungen durchaus zugestimmt. Die Herbeiführung dieser Verdoppelung werde keine große Arbeit sein. Nach Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs aber sei es praktisch und juristisch nicht mehr haltbar, in den Einzelstaaten Strafverbote aufrecht zu erhalten gegen das Spielen in anderen Staatslotterien. Ein nothwendiges Korrelat der Verdoppelung der Lotteriesteuer werde deshalb die Freizügigkeit der Loose sein müssen. Eine erhebliche Abnahme des Spiels sei in Folge der Verdoppelung der Steuer kaum zu erwarten. Die Verdoppelung werde etwa 17 Millionen Mark jährlich einbringen. Das reichte zur Deckung für die Flottenvorlage auf einige Zeit. — Der zweite Vorschlag sei eine Steuer auf Saccharin. Diese werde nicht viele Millionen bringen, und nur die 17 Millionen aus dem Lotteriestempel auf 20 Millionen etwa ergänzen. Damit würden schon für die ersten zwei Jahre die Mehrkosten der Flotte gedeckt sein. Für die weiteren Jahre Steuervorlagen zu machen, halte er nicht für angemessen. Das schließe nicht aus, sich schon jetzt darüber zu unterhalten. Der bereits erwähnte Konnossementstempel würde nicht, wie er 1893 beabsichtigt wurde, als Fixstempel, sondern nur als Prozentualstempel eingeführt werden können. Wie hoch derselbe zu bemessen, darüber müßten Verhandlungen mit dem Handelsstande, den Seestädten und anderen Interessenten geführt werden. Das verhindere, schon jetzt einen desfallsigen Gesetzentwurf vorzulegen. Er sei gern bereit, weitere Anregungen entgegenzunehmen, um eine Klärung der Ansichten herbeizuführen.

Aus der Mitte der Kommission wurden verschiedene Ansichten geltend gemacht; von einer Seite wurde erklärt: Die Rollen seien diesmal vertauscht. Die Regierung sage, sie brauche keine neuen Steuern, und der Reichstag verlange neue Steuern. Redner halte prinzipiell neue Steuern nicht für nothwendig. Aber er sei überzeugt, die Annahme der Flotte hänge ab von der Lösung der Deckungsfrage. Die Verdoppelung des Lotteriestempels und die Regelung der Saccharinbesteuerung entspreche ganz seinen Absichten.

Ein anderes Mitglied der Kommission führte aus: Er bedauere, daß der §. 8, welcher die Besteuerung des

Massenverbrauchs ausschließe, aus dem Flottengesetz von 1898 aufrechterhalten werden solle. Denn gerade die arbeitenden Klassen hätten den Hauptvortheil von dem neuen Flottenplan. Eine eminente Steigerung der Löhne werde die Folge desselben sein. Das sei am nachtheiligsten für die Landwirthschaft. Er möchte vorschlagen eine Reichsstempelsteuer auf die Eisenbahnfahrkarten 1. und 2. Klasse. Dieselbe würde 25 Millionen Mark einbringen können.

Von dritter Seite wurde dargelegt: Wer den Hauptvortheil aus dem neuen Flottenplane habe, davon hätten die Verhandlungen ein anderes Bild entrollt. Die Finanzminister der Einzelstaaten würden eine Steuer auf den Eisenbahnverkehr nicht acceptiren. Saccharin bringe nicht viel ein. Gegen die Verdoppelung des Lotteriestempels sei nichts einzuwenden. Die Schwierigkeiten für die Einführung eines Konnossementsstempels seien nicht so groß. Die vorherige Aufmachung einer Statistik würde an der ernsten Absicht der Durchführung zweifeln lassen. Die Steuer könnte $^1/_2$ bis 1 Prozent betragen. Das wäre als ganz bescheidener Beitrag der Interessenten des Seehandels zur Lösung der Deckungsfrage. Die Schiffahrt werde dadurch nicht ruinirt. Amerika erhebe 5 Dollars Kriegsstempel von jedem Passagier, der New York verläßt. Weiterhin würde in Betracht kommen eine bessere Ausgestaltung des Börsenstempels. Der Umsatzstempel müßte für Dividendenpapiere von $^2/_{10}$ auf $^4/_{10}$ pro Mille erhöht werden. Ebenso könnte man auf ausländische Papiere den Umsatzstempel verdoppeln. Das würde 10 bis 11 Millionen bringen. Auch wäre zu erwägen, ob nicht der Emissionsstempel auf Aktien und auf ausländische Papiere zu erhöhen sei. 1893 habe man vergessen, den Umsatz in Kuxen einer Stempelsteuer zu unterwerfen. So ließen sich, abgesehen vom Konnossementsstempel, jedoch einschließlich des Lotteriestempels, 36 Millionen Mark aufbringen."

Diesen Vorschlägen begegnete folgender Widerspruch: „Die Flotte sei Sache der ganzen Nation. Man sollte deshalb nicht einzelne Verkehrskreise damit belasten. Prinzipiell habe man gar keine Veranlassung, sich mit der Deckungsfrage zu befassen. Es geschehe nur, weil große Parteien ihre Zustimmung zur Vorlage davon abhängig machen. Redner erklärte sich gegen den Konossementstempel wie gegen jeden Stempel, der den Handel trifft. Ein Prozent auf die Fracht geschlagen, würde die Schiffahrt nach holländischen und belgischen Ländern ablenken. Viel sympathischer erscheine ihm die Besteuerung der Passagierbillets zu Lande mit 1 Pfennig pro Kilometer erster Klasse, einem halben Pfennig pro Kilometer zweiter Klasse. Das würde 20 Millionen Mark einbringen. Eine höhere Steuer auf ausländische Papiere würde das Ausland reizen, ebenso unsere Papiere höher zu besteuern. Zwischen Spekulationsgeschäften und soliden Geschäften könne man nicht unterscheiden. Auch in Konsols werde viel spekulirt. Redner schlägt vor, eine Unterkommission einzusetzen für die weitere Behandlung der Steuerprojekte."

Demgegenüber wurde jedoch geltend gemacht: Gegen jede Besteuerung der Fahrkarten erster und zweiter Klasse müsse Widerspruch erhoben werden. Das wäre eine Beeinträchtigung des Eisenbahnverkehrs. Man müsse suchen, durch Erhöhung von Zollsätzen auf Luxusartikel mehr zusammenzubringen, z. B. durch eine höhere Besteuerung von Champagner und Schaumweinen, feinen Liqueuren und ausländischen Cigarren. Daneben brauche man noch eine größere Steuer als Ergänzung, die quotisirt werden könne. Eine Vermögenssteuer würde der ganzen bisherigen Tradition widersprechen. Damit würde eine ganz unbekannte Steuer in vielen Staaten eingeführt werden. Einer Ergänzungssteuer aber bedürfe man als Vorbeugungsmittel gegen weitere Flottenschwärmerei. Jedes Jahr könnte dann in solcher Steuer die Rechnung für die Flotte präsentirt werden. Eine Reichs-Erbschaftssteuer würde manche Vorzüge haben. Sie sei schon einmal für das Reich von Preußen in Vorschlag gebracht worden. Freilich müßte der Werth der Landgüter nach dem Ertragswerth berechnet werden, und je nach der Nähe des Verwandtschaftsgrades und der Höhe der Erbschaftsportion der Steuersatz. Es müßte die Steuer auch auf die Descendenten und Ehegatten ausgedehnt werden. Die Erbschaftssteuer sei ihrer Natur nach zu den indirekten Abgaben zu rechnen, mithin für die Ausbeutung durch das Reich geeignet. Dieselbe müßte alljährlich quotisirt werden, je nach dem Bedarf zur Balanzirung der Reichsausgaben.

Der Vertreter der verbündeten Regierungen erklärte hierauf: Die verbündeten Regierungen erheben gegen einen Konnossementstempel und gegen einen Seepassagierstempel keinen Widerspruch, vorbehaltlich näherer Berathung. Ueber eine Steuer auf Eisenbahnbillets hätten dieselben noch nicht verhandelt. Gegen eine Reichs-Erbschaftssteuer hege die preußische Regierung Bedenken, weil dabei die Landwirthschaft ganz erheblich zu kurz kommen würde und weil dem Reich der Apparat fehle zur Kontrole der Steuer.

Vor überstürzten Steuerprojekten müsse er warnen.

Von mehreren Seiten wurden hierauf die Erhöhung der Börsensteuer, die Verdoppelung des Lotteriestempels, die Einführung eines mäßigen Konnossement- und Seefahrtkartenstempels, sowie eine schärfere Heranziehung von Luxusgegenständen im Zolltarif als durchaus annehmbar bezeichnet und dabei noch betont, daß auch die großen Rhedereien ausdrücklich mit einem mäßigen Konnossementstempel einverstanden seien, ebenso mit einem Stempel auf Kajütenbillets (die Zwischendeckkarten der Auswanderer müsse man frei lassen). Die Rhedereien wollten den Beweis liefern, daß sie gern bereit seien, zu den Kosten der Flotte etwas beizutragen.

Gleichwohl fanden alle diese Projekte auch lebhaften Widerspruch von anderen Seiten, welche erklärten: nur eine Besteuerung auf Einkommen und Vermögen sei gerechtfertigt. Börsensteuern treffen nicht die Bankiers sondern die Kunden. Die Fahrkartensteuer würde sehr ungerecht sein; Geschäftsreisende müssen öfter reisen als andere. Besonders warnen sollte man vor der Verdoppelung des Lotteriestempels. Die Freizügigkeit der Loose würde alsbald Süddeutschland überschwemmen. Man würde auch da Staatslotterien einführen; die Konkurrenz der Staatslotterien untereinander würde zur Anwendung immer unmoralischerer Mittel Anlaß geben. Ein homerisches Gelächter müsse die Arbeiter erfüllen, wenn sie hörten, daß sie den Hauptvortheil von der neuen Flotte haben sollten, nur 36–75000 Arbeiter seien daran betheiligt von 7 Millionen gewerblichen Arbeitern überhaupt. Das Steuerbouquet, wie es heute zusammengestellt worden sei, würde sehr lehrreich in weiten Kreisen der Bevölkerung wirken und die Flottenvorlage klarer stellen als manche Reden; es würde entschieden zur Ernüchterung beitragen. Für die Verdoppelung des Lotteriestempels könne man sich aussprechen unabhängig von der Flottenvorlage, als eines Mittels zur Bekämpfung des Lotteriespiels und um den jetzigen Anleihebedarf des Reiches zu verringern. Aber darüber hinaus neue Steuern zu empfehlen, rechtfertige den Vorwurf einer Steuerbewilligung auf Vorrath. Es sei freilich gesagt worden, man könne die Steuern, wenn man sie als überflüssig erkenne, wieder abschaffen. Das sei aber erfahrungsmäßig nicht so leicht. Eine Erbschaftssteuer lasse sich nicht quotisiren. Eine Vermögenssteuer auf Vermögen von 100 000 ℳ an aufwärts mit $^1/_2$ pro Mille habe man schon zum Flottengesetz 1898 vorgeschlagen, und zwar nicht als eine Steuer auf Vorrath,

sondern nur als eine Steuerform, von der das Reich nur dann Gebrauch machen sollte, wenn in einzelnen Jahren wirklich ein Bedarf nach neuen Steuern im Etat vom Reichstag anerkannt werde. Eine solche Steuerform sei leicht einzuführen. Sie bestehe bis jetzt nur in Preußen. Ein Zuschlag des Reiches von 1/2 pro Mille auf die großen Vermögen gebe der preußischen Steuer nur den Charakter einer Progressivsteuer. Die Steuer würde im Ganzen außerhalb Preußens nur etwa 66 000 Personen treffen und einschließlich 110000 Steuerpflichtigen in Preußen 33 Millionen abwerfen. Auf andere Steuerobjekte sich einzulassen, sei mindestens verfrüht. Erst wenn feststehe, daß die Flottenvorlage nahezu in dem verlangten Umfange bewilligt werde, könne man Gründe hin und wider prüfen, soweit es sich nicht darum handele, Steuern auf Vorrath zu schaffen.

Hierauf wurde der Vorschlag gemacht, eine Subkommission einzusetzen, welche die Steuerprojekte bearbeiten möge.

Diesem Vorschlag wurde jedoch entschieden widersprochen und nochmals betont, es sei Sache der verbündeten Regierungen, die erforderlichen Steuern als Deckungsmittel vorzuschlagen, thäten sie dieses nicht, so würden sich daraus Konsequenzen gegen die Vorlage ergeben.

Bei Besprechung der Frage 10 waren mit einer Ausnahme alle Redner darüber einig, daß §. 8 des Gesetzes vom 10. April 1898 (die Mehrkosten dürfen nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichssteuern gedeckt werden) erhalten bleiben müsse.

Von einer Seite wurde eine Erklärung darüber gewünscht, ob es richtig sei, daß die verbündeten Regierungen eine Erhöhung der Brausteuer planten. Der Vertreter der verbündeten Regierungen erklärte hierauf, daß solche nicht beabsichtigt sei, daß man vielmehr eine Reform der Brausteuer als Reserve für die Zukunft erhalten wolle.

Fragen 11 und 12. **Gesetzliche Festlegung der Vermehrung.**

Antragsteller führte aus: Nach dem Limitparagraphen 7 des alten Gesetzes habe der Reichstag bestimmte Bewilligungen übernommen; wolle man ihn aufrecht halten, so werde man bis 1903 auch nur in seinen Grenzen Bewilligungen eintreten lassen können, und dies werde die Hinausschiebung von Schiffsbauten im Gefolge haben. Nach seiner Meinung sei die Novelle mit diesem Paragraphen nicht vereinbar, denn man wolle doch offenbar mit den Neubauten nicht warten bis zum Jahre 1904. Sonst müßten schon für die Jahre 1901 bis 1903 Ersatzbauten im Betrage von 154 Millionen auf 1904 verschoben werden und im letzten Jahre würden dann fast 200 Millionen Schiffsbauten zu bewilligen sein, ohne daß auch nur die geplanten Vermehrungsbauten in Betracht kämen. Man müsse also wohl beide Gesetze in eines zusammenarbeiten, die Limitirung aufheben und sich über eine ganz andere Vertheilung der Ersatzbauten verständigen.

Der Vertreter der verbündeten Regierungen erklärte, nach seiner Meinung hätte der alte Limitirungsparagraph gestattet, auch höhere Forderungen zu stellen, weil der Reichstag freie Hand gehabt hätte, sie zu bewilligen. Man habe den Limitparagraphen nicht gestrichen, weil man eine Nichtverpflichtung des Reichstags nicht aufheben könne.

Die bemerkten Unzweckmäßigkeiten für den Etat ergäben sich aus den früheren unregelmäßigen Bewilligungen. Die Auffassung der verbündeten Regierungen über das Verhältniß des alten Gesetzes zum neuen sei auf Seite 3464 der Begründung der Novelle enthalten; die Anlagen ergäben weiter, wie sich die Ersatzbauten und Neubauten in einander würden einpassen lassen. Wolle man beide Gesetze zusammenschweißen, so würden die verbündeten Regierungen darin keine Schwierigkeiten erblicken.

Von anderer Seite wurde erwidert: Der §. 3 der Novelle gebe ausreichend freie Hand für den Reichstag, denn danach könne dieser bewilligen, was er wolle; die Sache sei ja jetzt ganz der Etatsbewilligung anheimgestellt, und es liege kein Grund vor, diese verbesserte Stellung aufzugeben. Das Gesetz sei an sich nothwendig, damit das Ausland den festen Willen sehe, eine starke Flotte zu schaffen, man solle sich deshalb nicht unnöthige Fesseln auferlegen.

Das neue Gesetz sei in seiner Form eine Resolution, das alte Gesetz sei ein wirkliches Gesetz gewesen. Die Zusammenschweißung beider werde große Schwierigkeiten haben, man sei zwar bereit, diesen Weg zu betreten, fürchte aber, daß entweder der Reichstag oder die Regierungen schlecht dabei fahren würden.

Von dritter Seite wurde ausgeführt, daß man die Zusammenschweißung der beiden Gesetze jedenfalls versuchen solle; es sei nicht zu befürchten, daß der Reichtag dabei schlecht fahren werde, denn er behalte immer freie Hand in der Bewilligung. Die Vorzüge des alten Gesetzes, das feste Normen schuf, möge man aber gerade deshalb nicht preisgeben.

Fragesteller erklärten demgegenüber nochmals: §. 7 des alten Gesetzes sei neben dem neuen ein Unding; wolle man das neue Gesetz gewissermaßen als Resolution annehmen, so sei daneben der alte §. 7 nicht aufrechtzuerhalten. Dies weise auf das Zusammenschweißen der beiden Gesetze hin, sonst komme man 1904 zu einem Etat von 200 Millionen für Schiffsbauten. Wolle man die Flotte, möge man sich jetzt einigen und nicht spätere Schwierigkeiten vorbereiten. Die Verhältnisse ergäben die Nothwendigkeit, die gewünschte Klärung zu schaffen. Ohne solche hätten die Regierungen freie Hand, plötzlich einen ungeheuren Baubetrieb zu eröffnen, der zu ganz unübersehbaren Folgen führen müsse. Die von dem Staatssekretär gegebene Erläuterung und der Hinweis auf die Begründung genügten nicht.

Frage 13. **Sicherstellung der Landwirthschaft gegen die ihr aus der Novelle drohenden Nachtheile.**

Einer der Fragesteller führte aus: Die Vorlage habe größte Beunruhigung hervorgerufen, weil man sie in der öffentlichen Meinung mit der Nothwendigkeit der Getreideeinfuhr zu begründen versucht habe; er wisse nicht, wer diese ungeschickte Propaganda veranlaßt habe; jedenfalls nöthige sie zu der Klarstellung, wie man die befürchteten Nachtheile für die Landwirthschaft vermeiden wolle. Die Existenz der Landwirthschaft sei eine ebenso schwerwiegende Frage wie die Wehrkraft zur See, man möge deshalb die Befürchtungen der Landwirthschaft zu zerstreuen suchen. Die Landwirthschaft werde auch durch die vermehrte Arbeitsgelegenheit in der Industrie benachtheiligt, weil ihr ohnehin die nöthigsten Arbeitskräfte fehlten, auch dies zwinge zur Klarlegung, wie man solchen Schäden begegnen wolle.

Von anderer Seite wurde dieser Motivirung beigepflichtet und bemerkt: Die Stimmung der Landwirthschaft für die Flotte sei vielleicht gerade in Folge der Flottenagitation sehr wenig begeistert. Die Landwirthschaft werde durch die gesteigerte Industrie naturgemäß zurückgedrängt; die Regierungen würden durch diese Verhältnisse von dem Interesse für die Landwirthschaft noch mehr abgewendet. Man sei geneigt, soweit wie möglich, mit den Regierungen zu gehen, aber um so mehr müsse man auch die gewünschte Klarheit fordern. Die Leutenoth bilde hierbei einen sehr wesentlichen Punkt. Die Propaganda habe viel Unheil gestiftet. Vor Allem spiele der Arbeitermangel dabei eine große Rolle. Die Wirkung der Flotte hierauf werde wohl

auch überschätzt, aber um so mehr sei es nöthig, die Frage zu klären, und namentlich auch die Vermehrung der Industriearbeiterschaft in Betracht zu ziehen. Gewährleiste die Novelle eine stetige Beschäftigung der Industrie, so werde damit ein Theil der Schädlichkeit behoben.

Antragsteller habe sehr recht gehandelt, seine Frage zu stellen, er hoffe auf eine befriedigende Antwort.

Weiterhin wurde ausgeführt: Die Parteien bemühten sich viel mehr, das Gesetz zu Stande zu bringen, als die verbündeten Regierungen. Es sei wohl schwer, die gestellten Fragen zu beantworten, aber erwünscht in dieser Beziehung guten Willen zu sehen. Die Leutefrage sei sehr schwerwiegend. Die Rekrutenfrage allein spiele demgegenüber keine Rolle; die Hauptsache sei, die Landwirthschaft leistungsfähiger zu machen. Dann werde sie bessere Löhne zahlen und mehr Arbeiter halten können.

Von dritter Seite wurde diesen Befürchtungen entgegengetreten und dargelegt: Der Vorredner sehe viel zu schwarz; die Vorlage sei gegenüber dem Gesammtetat des Reichs und der Einzelstaaten doch nicht von so großem Belang; man könne nicht mechanisch aus den Etatsziffern die Arbeiterhände herausrechnen. Dem Grundgedanken des Vorredners könne man zustimmen, aber man solle sich hüten, durch Uebertreibungen die vorhandenen Besorgnisse noch zu erhöhen. Deutschland habe noch immer überzählige Menschen, die Arbeiter würden also an sich vorhanden sein; aber man habe im Volk das Gefühl, daß die Landwirthschaft zurückgesetzt werde, und die Regierungen müßten diese Sorgen in ihrem eigenen Interesse zerstreuen.

Ein Vertreter der verbündeten Regierungen erklärte: Die Begründung der Vorlage sei ja bei der Generaldiskussion erläutert worden, darauf müsse er sich beziehen. Die Wirkung der Novelle auf die Leutenoth werde ganz offenbar überschätzt; die Rekrutenquote vermehre sich in zwanzig Jahren um 10 000 Mann, fürs Jahr also um 500 Köpfe, das könne bei dem stetigen Bevölkerungszuwachs keine Rolle spielen.

Hierauf entgegnete Antragsteller: Die Arbeitsgelegenheit werde durch die Novelle im Werthe von etwa 48 Millionen für das Jahr gesteigert, berechne man den darin enthaltenen Lohnantheil, so ergebe sich, daß 24—30 000 Arbeiter mehr von der Industrie beansprucht würden. Diese Arbeiter würden mit Sicherheit der Landwirthschaft entzogen, denn es beständen keine Arbeiterreserven. Die Kalamität für das Land werde um so größer sein, als die Landwirthschaft keine höheren Löhne zahlen könne, sondern immer weiter zurückgehe, die Regierungen müßten sich der Landwirthschaft ebenso annehmen wie der Industrie.

Frage 14, 1. **Gewährleistung einer Maximalpräsenzziffer für Heer und Flotte zusammengerechnet im Interesse der Landwirthschaft.**

Einer der Fragesteller erläutert, daß der Ueberschuß bei den Aushebungen immer mehr zurückgehe und man dadurch zur Einstellung immer weniger geeigneter Leute gelange; dies vermehre die Zahl der Friedensinvaliden; es sei deshalb erwünscht, eine Grundlage zu finden, wie sie die Frage andeute. Die Vermehrung der Armee vermehre gleichfalls die Leutenoth, denn die gewesenen Soldaten blieben in großer Zahl in den Städten und kehrten nicht auf das Land zurück. Die Präsenzziffern seien unnöthig hoch, das ganze Land werde gleichmäßig hierdurch geschädigt.

Ihm wurde entgegnet: Die Abnahme der ländlichen Bevölkerung habe mit den Präsenzziffern der Armee und Marine nicht viel zu schaffen, insbesondere spiele der Bedarf der Marine hierin keine Rolle, noch seien Ueberschüsse vorhanden. Man berücksichtige viel zu wenig den stetigen Bevölkerungszuwachs von jährlich 800 000 Köpfen. Sorge man nicht für deren Beschäftigung und Ernährung, so würden bald Schwierigkeiten entstehen. Man müsse weiter blicken und nicht auf die Fortdauer der gegenwärtigen Verhältnisse bauen; insbesondere solle man nicht den Marineersatz als gefahrdrohend ins Feld führen.

Von anderer Seite wurde zahlenmäßig nachgewiesen, daß die Landwirthschaft allerdings eine Abnahme ihrer Arbeiter erfahren habe, während die selbständigen Unternehmer zunähmen; in der Industrie sei das umgekehrte Verhältniß der Fall.

Im Allgemeinen werde viel mehr gearbeitet als früher und die Zahl der Arbeitenden vermehre sich von Jahr zu Jahr erheblich.

Von dritter Seite wurde noch bemerkt: Wenn die Armee mehr Garnisonen in kleinen Städten einrichte, werde der Arbeiternoth viel von ihrer Schärfe genommen werden. Durch die großstädtischen Garnisonen würden die Heerespflichtigen dem Lande dauernd entzogen, sie kehrten nicht in ihre Heimath zurück, wenn sie erst die Genüsse der Großstadt kennen gelernt hätten.

Die Fragesteller entgegneten: Die Frage sei auch bezüglich der Marine von Bedeutung, denn auch diese entnehme ihren Ersatz der Landbevölkerung; die Marine brauche gerade besonders kräftige Leute, die nur die Landwirthschaft liefere. Die Angaben des Vorredners über den Vortheil kleiner Garnisonstädte verdienten allerdings gleichfalls alle Beachtung, aber dabei werde so viel Lokalpolitik getrieben, daß man schwer zum Ziel werde gelangen können.

Der Abgang der Arbeiterbevölkerung halte dem Zugang vollkommen die Waage; es gingen immer mehr Leute in allerhand bequeme Beschäftigungen über oder thäten überhaupt nichts mehr, und das platte Land werde dadurch am meisten geschädigt. Das Land spüre von dem Bevölkerungszuwachs nichts.

Frage 14, 2: **Angemessene Erhöhung der Schutzzölle auf landwirthschaftliche Erzeugnisse.**

Einer der Fragesteller begründet die Frage mit der Nothwendigkeit einer besseren Fürsorge für die Landwirthschaft.

Er hege die Befürchtung, daß bei einer Neuregelung des Zolltarifs und der Handelsverträge die Interessen der Landwirthschaft geschädigt würden, vielleicht sogar durch die berufenen Vertreter der Landwirthschaft selbst, weil diese glaubten, sich die Wiederherstellung des erforderlichen Zollschutzes erst durch weitere Konzessionen an die schutzzöllnerische Großindustrie erkaufen zu müssen. Damit würde sich aber die Landwirthschaft selbst das Grab graben, denn ebenso wichtig als ein Schutzzoll sei für sie die Erhaltung der nöthigen Arbeitskräfte zu angemessenen Lohnsätzen. Durch Gewährung von noch höheren Schutzzöllen an die Großindustrie würden einerseits die Bedürfnisse der Landwirthschaft vertheuert, andererseits werde die Entwickelung der Industrie derartig künstlich gesteigert, daß der Landwirthschaft die nöthigen Arbeitskräfte ganz entzogen würden, was für sie die allerschlimmste Kalamität sei. Schon der Zolltarif des Jahres 1879 habe sehr nachtheilige Wirkungen für die Landwirthschaft gehabt, das Wenige, was ihr an Vortheil dadurch geboten worden sei, werde durch die Nachtheile, welche die erhöhten Schutzzölle der Industrie nach obiger Richtung der Landwirthschaft zugefügt hätten, weitaus überwogen.

Man könne die Landwirthschaft nicht genug warnen, sich aufs Neue in dieser Weise von der Großindustrie ins Schlepptau nehmen zu lassen. Auch ohne Erhöhung der Industriezölle, welche zum Theil schon jetzt viel zu hoch seien, werde sich im Reichstag eine große Mehrheit finden, welche bereit sei, die landwirthschaftlichen Interessen zu schützen. Die Landwirthschaft dürfe der Industrie nicht ge-

opfert werden, deshalb wünsche man eine bestimmte Erklärung der verbündeten Regierungen auf die gestellte Frage.

Von anderer Seite wurde diesen Ausführungen beigetreten und die Verwunderung darüber ausgesprochen, daß auf diese schon vor vier Wochen gestellte Anfrage noch keine Erklärung des Bundesraths erfolgt sei.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts erwiderte hierauf: Eine Beschlußfassung der verbündeten Regierungen zu dieser Frage liege nicht vor. Der Gegenstand befinde sich in Bearbeitung, man habe dabei die Interessen der Landwirthschaft im Auge und werde derselben nach Möglichkeit zu helfen suchen, das könne er auch ohne formelle Beschlußfassung versichern. Das Ergebniß der Arbeiten des Wirthschaftlichen Ausschusses sei aber zur Zeit noch nicht zu übersehen.

Ihm wurde aus der Mitte der Kommission entgegnet: Man verlange eine solche Erklärung auch ganz bestimmt und formell durch den Reichskanzler auf Grund eines Bundesrathsbeschlusses. In welchem Maße die Zölle erhöht werden sollen, habe man nicht gefragt. Die Regierung gebe sich einer großen Täuschung hin, wenn sie es für nicht nöthig halte, etwas zu thun, und glaube, ganz von selbst werde die Flottenvorlage zu Stande kommen.

Es müsse alles geschehen, um durch eine beruhigende Erklärung das Zustandekommen der Vorlage zu erleichtern.

Von andrer Seite wurde hierauf erwidert: Der Gang der Verhandlungen lege klar, daß die Fragesteller entweder die Erhöhung der Getreidezölle oder keine Flotte wollten. Was solle dann aber noch die Deckungsfrage? Denn wenn ihre Wünsche Erfüllung finden, dann könne ja alles aus den erhöhten Lebensmittelzöllen gedeckt werden. Die Dinge kämen also darauf hinaus, daß durch Erhöhung der Lebensmittelzölle die Hauptlasten der neuen Flotte auf die arbeitenden Klassen gewälzt würden. Man könne konstatiren, daß es auch diesmal wieder die Arbeiter seien, welche die Lasten zu tragen haben.

Und ferner: Man habe sich absichtlich in der Verhandlung zurückgehalten, um die Fragesteller nicht zu stören, so viel Gründe gegen die Flottenvorlage vorzubringen, wie es heute mehr als je geschehen sei. Alles, was über die Vermehrung der Leutenoth durch die Flottenvorlage gesagt worden sei, habe man auch stets hervorgehoben. Es unterliege keinem Zweifel, daß nach den Absichten der Mehrheitsparteien die Kosten der Flottenvorlage schließlich gedeckt werden durch die Belastung des Massenkonsums in Form der Erhöhung der Getreidezölle. Es bestätige sich damit dasjenige, was gleich beim Bekanntwerden der Vorlage die „Berl. Polit. Nachr." so unvorsichtig waren auszuplaudern. Die Erhöhung der Getreidezölle auch nur auf 5 ℳ würde schon 60 Millionen Mark mehr einbringen. Wozu dann also noch andere Deckungsmittel? Nicht vorübergehend seien die Handelsverträge, sondern sie dauern auch noch über 1903 hinaus, bis sie von der einen oder anderen Seite gekündigt werden. Die Fragesteller hätten selbst für den österreichischen Handelsvertrag gestimmt. Sehr bemerkenswerth sei die Erklärung gegen die gepriesene Sammelpolitik und die Erhöhung der Industriezölle. Dies werde für die Betheiligten sehr lehrreich sein.

Hierauf wurde von Seiten der Fragesteller erwidert: Die sogenannte Sammelpolitik verfolge nicht wirthschaftliche sondern politische Zwecke und sei lediglich gegen die Partei der Fragesteller gerichtet. Die Erklärung für angemessene Schutzzölle zu Gunsten der Landwirthschaft sei dazu bestimmt, die Beunruhigung zu beseitigen, welche die offizielle Flottenagitation in die ländlichen Kreise hineingetragen habe. Für den österreichischen Handelsvertrag habe man gestimmt unter Berücksichtigung politischer Gründe. Die Deckungsfrage müsse positiv hier gelöst werden, gleichgültig, ob in diesem Gesetze oder in einem gleichzeitigen Steuergesetze. Wenn die künftigen Zolltarife erhöhte Einnahmen brächten, so solle die Mehreinnahme aus den Lebensmittelzöllen nach Absicht der Antragsteller nicht für die Flotte, sondern zu Gunsten der Arbeiterbevölkerung verwandt werden.

Von andrer Seite wurde erklärt: Man werde unter allen Umständen für die Flotte stimmen aus nationalen Gründen, allein man wünsche eine zusagende Erklärung, um dem Gesetze eine große Mehrheit zu sichern.

Auf Grund eines Bundesrathsbeschlusses wurde alsdann, nach Beendigung der Generaldebatte, in der 7. Sitzung der Kommission im Auftrage des Reichskanzlers durch den Vertreter der verbündeten Regierungen folgende Erklärung zu Frage 14,[2] abgegeben:

> „Die verbündeten Regierungen sind zur nachdrücklichen Wahrung der Interessen der deutschen Landwirthschaft hinsichtlich des Schutzes ihrer Erzeugnisse bei der Ausgestaltung des in Vorbereitung befindlichen Zolltarifs sowie beim Abschlusse neuer Handelsverträge entschlossen. Ueber die einzelnen Maßnahmen, die zu diesem Zwecke zu ergreifen sind, insbesondere über die Höhe der für die landwirthschaftlichen Erzeugnisse einzustellenden Zollsätze wird naturgemäß erst nach Beendigung der Vorarbeiten für die Aufstellung des Tarifs eine Entschließung getroffen werden können."

Ueber diese Erklärung entspann sich nochmals eine längere Debatte.

Aus der Mitte der Kommission wurde erklärt:

Man sei durch diese Erklärung nicht befriedigt, weil dieselbe gar keinen Bezug nimmt auf die brennendste Frage des Nothstandes der Landwirthschaft, die Leutenoth, welche durch Maßregeln des preußischen Ministeriums, Ausweisungen, im Osten der Monarchie derart verschärft sei, daß weite Kreise der Landwirthe in ihren Wirthschaftsbetrieben behindert wären. Viele Abgeordnete aus dem Osten Deutschlands seien entschlossen, wenn dieser Kalamität nicht durch das preußische Ministerium ein Ende gemacht werde, gegen jede Vermehrung der Flotte zu stimmen.

Auch von anderer Seite wurde bestätigt, daß in Schlesien Landwirthe nicht wüßten, wie sie die kommende Ernte eigentlich hereinbringen sollten; Schuld seien die Maßnahmen der preußischen Regierung, für die man kein Verständniß habe.

Ein anderes Mitglied schilderte im Anschluß an einen Brief eines Herrn von Bonin, der in der Deutschen Tageszeitung veröffentlicht sei, den Nothstand in Folge des landwirthschaftlichen Arbeitermangels. Die preußische Regierung verschärfe durch ihre Ausweisungen diese Lage, weil angeblich diese ausländischen Arbeiter sich lästig gemacht hätten. Lästig hätten dieselben sich ihren Arbeitgebern gar nicht gemacht. Diese sehr wichtige Frage mache das Zustandekommen der ganzen Vorlage schließlich fraglich. Abgeordnete des Ostens seien unter solchen Verhältnissen nicht bereit, etwas zu bewilligen und durch Annahme einer solchen Vorlage die Sachlage für die Landwirthschaft noch zu verschärfen.

Von anderer Seite wurden diese Angaben bestätigt aus ostpreußischen Erfahrungen. Es hänge damit zusammen, daß die Regierung das slavische Arbeiterelement fern halten wolle oder doch nur zeitweise zulasse. Ob deutsche Arbeiter aus Siebenbürgen geeignet sein würden für Beseitigung des Mangels, sei zweifelhaft. Italiener

seien ungeeignet. Die Frage sei eben diese, ob man ganze Striche deutscher Gegenden slavisiren wolle oder nicht.

Auf Wunsch eines Kommissionsmitgliedes wurde einem nicht der Kommission angehörigen Abgeordneten gestattet, über die Verhältnisse in seiner schlesischen Heimath Angaben zu machen. Derselbe führte aus:

Die Angaben über die Leutenoth in Schlesien seien hier auch für Ostpreußen in vollem Maße bestätigt und mitgetheilt worden, daß man in der vom preußischen Minister des Innern einberufenen Kommission allerhand Vorschläge über den Bezug fremdländischer Arbeiter gemacht und namentlich die Heranziehung von Schweden ins Auge gefaßt habe, aber zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß die schwedische Regierung doch wohl denselben Schwierigkeiten bereiten dürfte; man habe auch russische Letten oder Italiener beziehen wollen, sei aber hier auf Schwierigkeiten gestoßen, er könne nur sagen, daß alle diese Projekte ungangbar seien. Er wäre im vorigen Jahre in Schweden gewesen und habe sich überzeugt, daß die Schweden schon wegen ihrer größeren Lebensansprüche überhaupt unbrauchbar sind, dort selbst Mangel an Leuten sei, die polnischen Arbeiter, die in Dänemark gearbeitet, nun auch Schweden aufsuchen. Was die russischen Letten betrifft, so können diese Vorschläge nicht ernst genommen werden, denn schlage man ein Konversationslexikon auf, so laute die Charakteristik dieser Leute, sie sind faul, schmutzig und widerspenstig. Er stelle nicht in Abrede, daß die Italiener gute Arbeiter in Tunnels, Eisenbahnen und Straßen seien, für unsere Landwirthschaft eignen sie sich nicht, denn wer in Italien gereist ist, muß gesehen haben, daß sie sehr regenscheu sind. Beginnt es zu regnen, so spannen sie auf dem Felde sofort ihre großen Regenschirme auf, kriechen unter dieselben und bleiben so lange sitzen, bis es zu regnen aufgehört hat, oder verlassen das Arbeitsfeld. Nach den Erfahrungen, die man gegenwärtig mit Italienern in New-York gemacht habe, wo sie sich zusammengerottet und gedroht haben, die Wasserleitung zu zerstören, Stilet und Revolver zur Anwendung bringen wollten, die Regierung zum Truppenaufgebot veranlaßt haben, dürfte man wohl von dieser Illusion geheilt sein. Der Chauvinismus in manchen Kreisen Deutschlands gegen alles Slavische sei indessen so groß, daß sie doch lieber noch so gefährliche Menschen der Landwirthschaft überweisen wollen, als die gutmüthigen Galizier, welche die preußische Regierung unter dem Vorwande, daß sie sich lästig gemacht haben, unbarmherzig ausweise, wenn sie über den von ihr bewilligten Termin im Lande bleiben. Nach vielen Verhandlungen, nach der von ihm im vorigen Jahre im preußischen Abgeordnetenhause gestellten und begründeten Interpellation wolle endlich die preußische Regierung den fremden Arbeitern gestatten, vom 1. Februar bis zum 15. Dezember in der Landwirthschaft zu arbeiten, zum Gesindedienste lasse sie dieselben nicht zu. Was soll nun aber der Besitzer, der vielleicht 10 Pferde und 50 Kühe hat und dem es an Knechten und Mägden fehlt, der statt 5 Knechten nur einen, statt 3 Mägde keine hat, in diesen sechs Wochen machen? Die Kühe könne er doch nicht narkotisiren, die müssen doch ebenso wie die Pferde gewartet werden, die könne man doch nicht einschläfern und am 1. Februar wieder aufwecken. Viele Großgrundbesitzer hätten sich mit großen Kosten in Schlesien verheirathete Knechte aus dem Gebirge kommen lassen; jetzt im Frühjahr hätten viele plötzlich mit Weib und Kind den Dienst verlassen und sind auf und davon gegangen, die Besitzer in der Noth zurücklassend. Wenn die preußische Regierung von ihrer Praxis nicht ablasse und den Landwirthen nicht gestatte, galizische Arbeiter in den Gesindedienst zu nehmen, so gehe die Landwirthschaft, nicht allein die der Grundbesitzer, sondern auch der Bauern, die vielfach ohne Knechte und Mägde seien, zu Grunde. Als man in diesem Jahre im preußischen Abgeordnetenhause wieder über die Leutenoth sprach und einen ganz horrenden Ausweisungsfall, wo man die Arbeiter, weil sie ohne Erlaubniß die preußische Grenze überschritten, eingesperrt, zur Sprache brachte und der Herr Minister des Innern wenig entgegenkommend antwortete, hätten verschiedene Herren einer Partei Beifall gerufen, derselben Partei, aus welcher ihm im vorigen Jahre darüber Elogen gesagt wurden, daß er den Muth gehabt, die Interpellation zu stellen und die Arbeiterfrage in Fluß zu bringen. Der Landwirthschaft könne nur geholfen werden, wenn man die Grenzen öffne und ihr gestatte, fremde Arbeiter in den Gesindedienst dauernd zu nehmen. Wer sich von diesen Leuten gegen die Landesgesetze vergehe, den möge man herausjagen, ordentliche Leute aber im Lande lassen. Er habe bestimmte Beweise darüber, daß es nicht allein gegen die Ausländer als solche gehe, sondern auch deshalb, weil sie Katholiken seien. Der Regierungspräsident von Oppeln habe vor Kurzem protestantischen Leuten aus Galizien gestattet, dauernd nach Schlesien überzusiedeln. Er könne die Namen der Orte nennen, nach denen sie gekommen seien. Aendere die preußische Regierung ihre Prinzipien in dieser Sache nicht, dann könne er, sowie mancher seiner politischen oberschlesischen Freunde für die Flottenvermehrung nicht stimmen.

Hierauf wurde von anderer Seite entgegnet, es sei eine dankenswerthe Entlastung für den Gutsbesitzer, wenn er die ausländischen Arbeiter nicht die vollen Wintermonate über zu behalten brauche. Zu den nothwendigsten Arbeiten habe er schon noch Arbeiter. Ausweisungen von Tschechen hätten nicht in der Konfession ihren Grund, sondern in dem Wunsche, daß die tschechische Bewegung nicht nach Deutschland übergreife. Es müßten Maßnahmen getroffen werden, daß die Arbeiter nicht nach den großen Städten könnten, wenn sie geeignete Wohnung und Arbeitsgelegenheit dortselbst nicht nachweisen. Diese kleine Beschränkung der Freizügigkeit müsse man sich gefallen lassen. Dagegen müsse man warnen, die Grenzen auf Kosten der Nationalität zu öffnen. Man könne nicht die Nationalität wegen eines chronischen oder vorübergehenden wirthschaftlichen Uebels preisgeben. Dies rief folgende Erwiderung hervor: Der Zug der Arbeiter aus der Landwirthschaft in die Industrie liege in den hohen Löhnen, welche die gesetzgeberisch so sehr begünstigte Industrie zahlen könne. Man müsse die Landwirthschaft besser stellen. Die auswärtigen Arbeiter arbeiteten nur ein paar Jahre in der Landwirthschaft, dann gingen sie doch in die Industrie, um der besseren Löhne willen. Also diese Hülfe sei eine fragliche. Es müsse das Unterstützungs-Wohnsitzgesetz abgeändert werden, daß nicht das platte Land noch zwei Jahre die Abgewanderten eventuell unterstützen müsse. Bestreiten müsse man, daß die Landwirthe der Regierung für die Beschränkung des Aufenthaltes der fremden Arbeiter dankbar seien. Heute seien so manche Großgrundbesitzer, ja sogar Bauern wegen Leutemangels mit ihrem Drusch noch nicht fertig. In einem königlichen Forste konnte im vorigen Jahre sogar nicht einmal die bestimmte Abtriebsfläche wegen Leutemangels abgetrieben werden. In diesem Jahre habe man in Folge des letzten enormen Schneefalles in den Forsten Windbrüche im Werthe von Millionen gehabt. Ein Forstmann klagte, daß in seinem Forst selbst bei genügenden Arbeitskräften ein Jahr zum Aufräumen des Windbruchs erforderlich sein würde — wie würde es bei dem Arbeitermangel dabei aussehen!

Weiterhin wurde zu dieser Frage geltend gemacht: Es wäre zu erwarten gewesen, daß bei den fortwährend wachsenden Forderungen an Menschen für militärische

Rüstungen namentlich die Herren auf dem Lande endlich einmal die Geduld verlieren würden. Wunderbar sei es, daß es nicht schon eher geschehen. Vom Jahre 1884 an seien der Landwirthschaft an Arbeitskräften für Armeeverstärkungen manche Hunderttausend entzogen worden, mehr als der Industrie, ganz abgesehen dann von der Flotte. Wenn man den Armeebestand auf die Hälfte reduzire bei verkürzter Dienstzeit, dann würde die Landwirthschaft Arbeitskräfte haben. Die ganze Militärpolitik müsse eine andere werden. Die Begünstigung der Industrie auf Kosten der Landwirthschaft bestreite man, die Landwirthschaft habe ja die Schutzzollpolitik mit der Industrie zusammen gemacht. Die Industrie müsse doch auch die meisten Lasten tragen. Man freue sich gerade nicht, wenn Massen fremder Arbeiter ins Land kämen, die meist Lohndrücker seien, aber Gewaltmaßregeln dürften nicht angewendet werden. Das Ausland würde Repressalien nicht unterlassen. Man sei von Anfang an Gegner der Bismarckschen Politik der Massenausweisungen gewesen, die dann weiter in milderer Weise fortgesetzt wurde und die man auch jetzt noch betreibe. Gegen den Vorschlag müsse man sich entschieden wenden, den Arbeiter irgendwie gesetzlich an die Scholle fesseln zu wollen. Das jetzt geltende Unterstützungswohnsitzgesetz sei ja schon eine Verbesserung gegen den früheren Zustand.

Demgegenüber wurde jedoch erwidert: 1879 und später sei die Großindustrie gegenüber der Landwirthschaft entschieden begünstigt worden. In Mittel- und Westdeutschland gebe es auch österreichisch-galizische Arbeiter, man habe noch nie gehört, daß dort die deutsche Nationalität gefährdet worden sei. Durch Ausführung des neuen Gesetzes würden 30 bis 40 Tausend neue Mannschaften nöthig sein, die wesentlich der Landwirthschaft entzogen würden. Der Noth der Landwirthschaft an Arbeitern, namentlich in Oberschlesien, müsse das preußische Staatsministerium abhelfen, indem es seine strengen Maßregeln fallen lasse, sonst müßten entschieden die Vertreter derjenigen Bezirke, in denen jene Arbeiternoth herrsche, Bedenken tragen, einer solchen Vorlage zuzustimmen. Wenn man sage, es ginge nicht, dieser Noth der Landwirthschaft durch Zulassung österreichischer Arbeiter abzuhelfen, weil da das Deutschthum gefährdet sei, so heiße das doch nichts anderes als: „Um das Deutschthum zu retten, muß es ausgehungert werden". Es müßte diese Frage im Reichstage zum Austrag kommen, denn im preußischen Abgeordnetenhause sei darin nichts zu erreichen, der Minister des Innern setze sich dort über diese Klage „aus nationalen Gründen" hinweg, und bekomme da eigenthümlicher Weise vielleicht von denen noch Recht, die doch als Abgeordnete solchen Verhältnissen mit abhelfen sollten.

1. Lesung.

Zur 1. Lesung des Gesetzentwurfs wurden von mehreren Kommissionsmitgliedern folgende Fragen gestellt:

1. Wodurch erklärt sich die Nothwendigkeit einer doppelten Schlachtflotte?

   Könnte die Absicht der verbündeten Regierungen nicht auch dadurch erreicht werden, daß die bestehende Schlachtflotte unter Beibehaltung der jetzigen Zahl von Aufklärungskreuzern und eines Flottenflaggschiffes zunächst eine Vermehrung um 8 Linienschiffe erfährt und später die 8 Küstenpanzer durch weitere 8 Linienschiffe ersetzt werden?

2. Ist die Geschwaderstärke von 8 Linienschiffen unbedingt erforderlich oder könnte auch die in der französischen Marine übliche Stärke von 6 Linienschiffen pro Geschwader, eventuell für die Reserve-Schlachtflotte genügen?

3. Welche Gründe werden für die gesetzliche Festlegung der Materialreserve geltend gemacht; weshalb kann solche nicht der jährlichen Festsetzung durch den Etat vorbehalten bleiben?

Die Erörterung dieser Fragen trug einen wesentlich vertraulichen Charakter, der Vertreter der verbündeten Regierungen nahm außerdem auf seine Ausführungen im Plenum des Reichstags Bezug und erläuterte, daß es sich im Wesentlichen darum handele, eine zweite Schlachtflotte neben die erste zu stellen. Die beiden Schlachtflotten seien von einander unabhängig, etwa zu denken wie zwei Armeekorps. In sich sei jede Schlachtflotte vollständig gleichmäßig gegliedert und organisirt. Bezüglich der Anzahl der Schiffe, aus welcher sich die neue Schlachtflotte zusammensetzen soll, sei ebenso wie im Flottengesetz diejenige Anzahl genommen, die von einem einzelnen Führer taktisch noch geleitet werden kann. Dadurch bilde jede Schlachtflotte gewissermassen ein Maximum an Kraft; sie stelle aber auch in anderem Sinne ein Minimum dar, insofern als die militärische Gesammtstärke einer Schlachtflotte sich mit der Verminderung der Schiffe nicht prozentual vermindere, sondern in einem erheblich höheren Grade. Das liege darin, daß, wenn man eine möglichst große Zahl von Schiffen zu einer taktischen Einheit vereinige, der Führer dadurch befähigt werde, an einer Stelle eine höchste Kraft anzusetzen um sich so lokal die Ueberlegenheit zu sichern. Für uns bilde das Doppelgeschwader eine solche taktische Einheit. Wenn es sich nun darum handelte, den Abstand zu verringern, den unsere Flotte gegenüber einzelnen fremden Marinen hat, so könne es sich rationellerweise nur um eine zweite taktische Einheit handeln.

Schwächere Formationen würden nicht genügen, den beabsichtigten Zweck zu erfüllen.

Die Materialreserve sei ja schon durch das bestehende Gesetz festgelegt, es handele sich hier nur darum, für jedes Geschwader auch fernerhin je ein Linienschiff als Materialreserve zu besitzen, die geforderte Vermehrung der Materialreserve an Kreuzern sei lediglich für die Auslandflotte bestimmt.

Bei dieser Gelegenheit wurde nochmals das Stärkeverhältniß der Flotten anderer größerer Staaten ausführlich besprochen.

Fragesteller faßten das Endergebniß dieser Verhandlungen dahin zusammen, daß die deutsche Flotte allerdings den möglichen Gegnern noch nicht gewachsen sei; die politischen Parteien des Auslandes ständen namentlich in Bezug auf Marineforderungen auf einem anderen Boden als diejenigen in Deutschland. Speziell in Frankreich gehe man gewohnheitsmäßig über die Forderungen der Regierung hinaus, Fraktionsrücksichten spielten dort keine Rolle. Man möge auch bei uns aufhören, sich ausschließlich von Parteierwägungen leiten zu lassen; man übernehme ungern die hier geforderten Lasten und ziehe Ausgaben für Kulturzwecke vor. Liege aber die Nothwendigkeit vor, so müßten andere Wünsche zurücktreten.

Von anderer Seite wurde hierauf erwidert, unsere Flottenpläne seien mit denjenigen Frankreichs nicht vergleichbar, dort wolle man eine Anzahl Schiffe bauen, verlange aber nicht ein Programm, das die Kammer für die Zukunft binde.

Man solle doch gar keine Zeit mehr mit Erörterungen vergeuden, da man ja doch Alles bewilligen wolle.

Fragesteller erwiderten hierauf, dieser Vorwurf sei unberechtigt, man prüfe in jedem einzelnen Falle rein objektiv die gestellten Forderungen und sei auch jetzt wieder in dieser Prüfung begriffen. Ergebe die Prüfung die wirkliche Nothwendigkeit, so werde man die Bewilligung

allerdings nicht ablehnen; bis jetzt sei man aber nicht so weit und man glaube auch nicht, daß der volle Beweis erbracht werden würde.

Hierauf wurde das Bedürfniß an Auslandsschiffen besprochen und von einer Seite erklärt:

Die Frage der Auslandsschiffe sei noch gar nicht akut, man wolle ja erst 1906 mit deren Neubau beginnen, für die Materialreserve käme erst 1908 und 1909 in Frage. Die Liniengeschwader repräsentirten gewissermaßen einen einheitlichen Gedanken, da sei auch der Platz für eine gesetzliche Materialreserve. Die Auslandsschiffe seien ein völlig beweglicher Faktor; man fordere in Zukunft 33 Kreuzer für den Auslandsdienst, diese gestatteten eine ausreichende Bewegungsfreiheit; die Reserve sei doch nicht kriegsbereit, also sei es ganz zweckmäßig, aus dieser im Nothfalle Auslandsschiffe hinauszusenden. Hier könne man auch minder kriegsbrauchbare Schiffe noch ganz gut verwenden, in Frankreich beabsichtige man dies offenbar.

Dem wurde von Seiten des Vertreters der verbündeten Regierungen entgegnet:

Man könne mit dem Ersatz von Auslandsschiffen nicht warten, bis solche benöthigt würden; man müsse sich doch wohl über ein Minimum solcher Schiffe einigen, schon um des rationellen Bauplans willen; eine organisatorische Grundlage fehle hier allerdings, aber eine Feststellung eines Minimalbedarfs sei dadurch nicht ausgeschlossen. Eine Unterscheidung zwischen der Reserve des Auslandes und den Schlachtflotten-Kreuzern sei außerdem nicht gefordert. Alte Schiffe könne man nur an einzelnen Punkten verwenden, was jetzt ausrangirt werde, sei zur Auslandsverwendung nicht mehr brauchbar. Man habe sich jede möglichen Fesseln angelegt, weiter könne man nicht gehen. Die Verhältnisse in Ostasien hätten sich in Bezug auf die dort nothwendigen Schiffsklassen nicht geändert, wohl aber in Bezug auf die Größe der Machtentfaltung. Diese sei sehr gewachsen und weise auf eine Vermehrung der Schiffe hin. Frankreich könne in seinen Kolonien wohl alte Schiffe verwenden, für seinen Handelsschutz nicht; um diesen aber handle es sich für uns in erster Linie; die Begründung der Vorlage spreche nicht gegen die gesetzliche Fixirung der Auslandsschiffe; man könne und wolle sich hier nur nicht auf ein Verwendungsprogramm festlegen. Man habe diese Schiffe zurücktreten lassen, weil das Bedürfniß der Schlachtflotte so sehr überwiege; aber die Bedeutung der Auslandsschiffe werde immer mehr hervortreten und man laufe ein großes Risiko, wenn man sich hier mit unzulänglichen Machtmitteln begnügen wolle.

Von anderer Seite wurde jedoch erwidert:

Was nöthig sei, müsse man bewilligen, deshalb könne man aber nicht auf ein so großes Programm ohne Weiteres eingehen; in diesem Programm liege trotz §. 3 eine große Bindung, man halte die Verwendung älterer Schiffe an sehr vielen Punkten für möglich. Die Ereignisse in Haiti sprächen dafür, dort hätten Schulschiffe sofort Ruhe geschaffen. Eine Verstärkung der Auslandsflotte sei nicht nöthig; denn diese mache nicht den Auslandshandel, sondern derselbe beruhe auf der Tüchtigkeit unserer Kaufleute. Auch in China werde die dortige Anhäufung von Kriegsschiffen nicht den erwarteten Einfluß auf den Handel haben. Wer ins Ausland gehe, trage ein Risiko, die Kriegsschiffe könnten ihm dasselbe nicht abnehmen; Eroberungen wolle man doch im Auslande nicht machen, nach Redners Meinung seien Auslandsschiffe bereits genug vorhanden.

Hierauf wurde entgegnet: Man könne diesen Standpunkt nicht theilen. Der Wunsch der Deutschen im Auslande nach Kriegsschiffen könne keineswegs in ausreichendem Maße erfüllt werden; man möge sich hüten, noch einmal so wie in Haiti zu experimentiren. Unsere Schiffe draußen repräsentirten unser Ansehen, mit allen Kasten könne man dasselbe nicht angemessen vertreten. Die Verhältnisse in Samoa zeigten doch, daß die Machtentfaltung auch in solchen Fällen nicht ohne Bedeutung sei. Es sei zu bedauern, daß der Ersatz der Auslandsschiffe erst so spät begonnen werden könne, die Frage sei recht dringlich.

Redner habe von den chinesischen Verhältnissen eine andere Anschauung als die Antragsteller. Die Entwicklung dort werde ihm, wie er hoffe, Recht geben. Er würde es nicht für richtig halten, die Entwicklung des deutschen Handels dort ohne ausreichenden Schutz zu lassen. Unsere bisherige Auslandsvertretung sei durchaus unzulänglich gewesen, aber jeder einzelne Fall zeige, wie nöthig und nützlich dieselbe sei.

Redner erklärt, daß er bereit sei, dem Antrage auf Streichung der Auslandschiffe zuzustimmen, wenn der Antrag nicht etwa in dem Sinne verstanden werden solle, daß eine Vermehrung der Auslandschiffe bis 1917 überhaupt nicht für erforderlich gehalten werde, sondern lediglich in dem Sinne, daß eine gesetzliche Entscheidung hierüber vertagt werden solle, bis die verbündeten Regierungen selbst eine Inbaugabe weiterer Auslandschiffe je nach Entwickelung der politischen Verhältnisse beantragen würden.

Hierauf wurde replizirt: Das Bedürfniß nach Auslandsschiffen werde von den Interessenten immer größer gemacht, als man es jemals werde befriedigen können. Vermöchte man diese Interessenten zu den Lasten heranzuziehen, so werde der Ruf nach Schiffen bald verstummen. Man müsse deshalb die Leistungsfähigkeit der Heimath nicht übermäßig anstrengen, denn verhältnißmäßig bestände hier vielmehr Noth als bei den einzelnen Auslandsdeutschen. Man glaube die Verhältnisse des Auslandes richtig zu übersehen; auch dort könne die Flotte nicht Alles machen, sondern es handle sich in erster Linie um die Geschicklichkeit und Intelligenz der Kaufleute und Industriellen, welche durch die Kriegsschiffe nicht ersetzt oder ergänzt werden könne.

Man solle doch alle Deutschen im Auslande sich in die Konsulatsmatrikel eintragen lassen, sofern sie auf den Schutz des Deutschen Reichs reflektirten und dann eine ihrem Vermögen oder Einkommen entsprechende Abgabe von ihnen erheben, dann könne man eher der Bewilligung von weiteren Auslandschiffen zustimmen.

Nach Erörterung der vorbezeichneten Fragen wurde aus der Mitte der Kommission folgender Antrag eingebracht:

§. 1. Schiffsbestand: Es soll bestehen:

1. die Schlachtflotte:
   aus 2 Flottenflaggschiffen,
   4 Geschwadern zu je 8 Linienschiffen,
   8 großen Kreuzern } als Aufklärungs-
   24 kleinen Kreuzern } schiffen.
2. die Auslandflotte:
   aus 3 großen Kreuzern,
   10 kleinen Kreuzern,
3. die Materialreserve:
   aus 4 Linienschiffen,
   3 großen Kreuzern,
   4 kleinen Kreuzern.

Auf diesen Sollbestand kommen die am 1. April 1900 vorhandenen und bewilligten Schiffe nach Maßgabe der Anlage A in Anrechnung.

§. 2. Ersatzbauten: Ausgenommen bei Schiffsverlusten sollen ersetzt werden:

Linienschiffe nach 25 Jahren,
Kreuzer nach 20 Jahren.

Die Fristen laufen vom Jahre der Bewilligung der ersten Rate des zu ersetzenden Schiffes bis zur Bewilligung der ersten Rate des Ersatzschiffes.

Für den Zeitraum von 1901 bis 1917 werden die Ersatzbauten nach Maßgabe der Anlage B geregelt.

Anl. B.

§. 3. Indiensthaltungen: Bezüglich der Indiensthaltungen der Schlachtflotte gelten folgende Grundsätze:

1. das 1. und 2. Geschwader bilden die aktive Schlachtflotte,
   das 3. und 4. Geschwader die Reserve-Schlachtflotte,
2. von der aktiven Schlachtflotte sollen sämmtliche, von der Reserve-Schlachtflotte die Hälfte der Linienschiffe und Kreuzer dauernd im Dienst gehalten werden,
3. zu Manövern sollen einzelne außer Dienst befindliche Schiffe der Reserve-Schlachtflotte vorübergehend in Dienst gestellt werden.

§. 4. Personalbestand: An Deckoffizieren, Unteroffizieren und Gemeinen der Matrosendivisionen Werftdivisionen und Torpedo-Abtheilungen sollen vorhanden sein:

1. volle Besatzungen für die zur aktiven Schlachtflotte gehörigen Schiffe, für die Hälfte der Torpedoboote, die Schulschiffe und die Spezialschiffe,
2. Besatzungsstämme (Maschinenpersonal $^2/_3$, übrigens Personal $^1/_2$ der vollen Besatzungen) für die zur Reserve-Schlachtflotte gehörigen Schiffe, sowie für die 2. Hälfte der Torpedoboote,
3. $1^1/_2$fache Besatzungen für die im Auslande befindlichen Schiffe,
4. der erforderliche Landbedarf,
5. ein Zuschlag von 5 % zum Gesammtbedarf.

§. 5. Bereitstellung der Mittel: Die Bereitstellung der zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Mittel unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushalts-Etat.

§. 6. Beschaffung der Mittel: Soweit die Summe der fortdauernden und einmaligen Ausgaben der Marineverwaltung in einem Etatsjahr den Betrag von 117 525494 ℳ übersteigt und die eigenen Einnahmen, welche dem Reiche auf Grund der am 1. April 1900 geltenden Gesetze zufließen, zur Deckung des Mehrbedarfs nicht ausreichen, wird der Mehrbetrag gedeckt:

1. durch Erhöhung der Stempelabgaben auf Werthpapiere und Lotterieloose, sowie durch Einführung einer Stempelabgabe auf Kuxe, Schiffskonnossemente und Seefahrtkarten,
2. durch Einführung einer Abgabe auf Schaumwein, sowie durch Erhöhung der Zollsätze auf ausländische Schaumweine, Liköre, Cigarren und Cigaretten,
3. soweit die unter 1 und 2 bezeichneten Abgaben und Zölle nicht genügen, durch Einführung einer ergänzenden, den Massenverbrauch nicht belastenden Reichssteuer, deren Höhe für die einzelne Finanzperiode nach Bedarf festgesetzt wird.

§. 7. Schlußbestimmung: Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit den im §. 6 erwähnten, noch in dieser Gesetzgebungsperiode zu erlassenden Steuer- und Zollgesetzen in Kraft.

Das Gesetz, betreffend die Deutsche Flotte vom 10. April 1898 (Reichsgesetzblatt Seite 165) wird aufgehoben.

Anlage A.

Uebersicht der am 1. April 1900 vorhandenen Schiffe, einschließlich der für das Rechnungsjahr 1900 bewilligten.

27 Linienschiffe.

1. Bayern.
2. Sachsen.
3. Württemberg.
4. Baden.
5. Oldenburg.
6. Brandenburg.
7. Kurfürst Friedr. Wilhelm.
8. Weißenburg.
9. Wörth.
10. Kaiser Friedrich III.
11. Kaiser Wilhelm II.
12. Kaiser Wilhelm d. Gr.
13. A.
14. Kaiser Karl d. Gr.
15. C.
16. D.
17. E.
18. F.
19. G.
20. Siegfried.
21. Beowulf.
22. Frithjof.
23. Hildebrand.
24. Heimdall.
25. Hagen.
26. Aegir.
27. Odin.

12 große Kreuzer.

1. König Wilhelm.
2. Kaiser.
3. Deutschland.
4. Kaiserin Augusta.
5. Hertha.
6. Victoria Louise.
7. Freya.
8. Hansa.
9. Vineta.
10. Fürst Bismarck.
11. A.
12. B.

29 kleine Kreuzer.

1. Zieten.
2. Blitz.
3. Pfeil.
4. Arkona.
5. Alexandrine.
6. Greif.
7. Irene.
8. Prinzeß Wilhelm.
9. Schwalbe.
10. Wacht.
11. Jagd.
12. Sperber.
13. Bussard.
14. Meteor.
15. Falke.
16. Komet.
17. Kormoran.
18. Kondor.
19. Seeadler.
20. Gefion.
21. Geier.
22. Hela.
23. Gazelle.
24. Niobe.
25. Nymphe.
26. C.
27. D.
28. E.
29. F.

Anlage B.

Vertheilung der in den Jahren 1901 bis 1917 inkl. fälligen Ersatzbauten auf die einzelnen Jahre.

Ersatzjahr	Linienschiffe	große Kreuzer	kleine Kreuzer
1901	—	1	—
1902	—	1	1
1903	—	1	1
1904	—	—	2
1905	—	—	2
1906	2	—	2
1907	2	—	2
1908	2	—	2
1909	2	—	2
1910	1	1	2
1911	1	1	2
1912	1	1	2
1913	1	1	2
1914	1	1	2
1915	1	1	2
1916	1	1	2
1917	2	—	1
Summa . . .	17	10	29

Die Antragsteller begründeten ihren Antrag wie folgt: Man habe die Verschmelzung der beiden Gesetze bereits vorher vorgeschlagen, damit das Verhältniß der einzelnen Bestandtheile zu einander klar sei; es ergebe sich durch den Antrag eine wesentliche Vermehrung der Schlachtflotte, denn deren Nothwendigkeit erscheine genügend bewiesen. Mit dem Bau dieser Vermehrung werde im Jahre 1901 zu beginnen sein. Bezüglich der Auslandsflotte scheine die Nothwendigkeit der Vermehrung nicht nachgewiesen, man werde im Nothfall aus der Reserve und den Schlachtflottenkreuzern einzelne Schiffe für Auslandszwecke entnehmen können. Jedenfalls fehle hier ein ziffernmäßiger Beweis der Nothwendigkeit, das Marine-Amt habe auch nicht versucht, solchen zu erbringen, sondern sich auf Schätzungen beschränkt, die fernere Sorge möge man der Zukunft überlassen, für jetzt sei die Frage nicht dringlich.

Nach dem Antrag sei, wie aus Anlage B hervorgehe, der Bau des dritten Geschwaders zunächst beabsichtigt; deshalb habe man für die Jahre 1901—1905 keine Ersatzbauten an Linienschiffen geplant; später würde sich ein viertes Geschwader aus den als Ersatz für die Küstenpanzer herzustellenden Linienschiffen ergeben. Deshalb seien die acht Küstenpanzer bereits in Anlage A unter den Linienschiffen aufgeführt, mit deren seiner Zeit Ersatz solle der Sollbestand des §. 1 erreicht sein, wie aus folgender Aufstellung hervorgehe:

	Sollbestand:				Vorhanden und bewilligt:	Es fehlen mithin:			
	Schlachtflotte	Auslandschiffe	Mat.-Res.	Sa.	einschl. 1900	Schlachtflotte	Auslandschiffe	Mat.-Res.	Sa.
Linienschiffe	34	—	4	38	27	9	—	2	11
große Kreuzer	8	3	3	14	12	2	—	—	2
kleine Kreuzer	24	10	4	38	29	9	—	—	9
Summa	66	13	11	90	68	20	—	2	22

Was den Ersatzbau betreffe, so sei eine andere Regelung desselben, die ja auch im §. 2 des geltenden Gesetzes vorgesehen werde, unerläßlich, weil sonst ganz unhaltbare Zustände eintreten würden. Nach dem geltenden Gesetze könnte, wie schon früher erwähnt, im Jahre 1901 der Beginn von 17 Ersatzbauten zugleich verlangt werden, in späteren Jahren, z. B. 1907, 1909 und 1910 seien gar keine Ersatzbauten fällig, wie nachstehende Tabelle zeige:

Ersatzpflicht nach dem Flottengesetz von 1898

Ersatzjahr	Linienschiffe	große Kreuzer	kleine Kreuzer
1901	4	3	10
1902	—	—	2
1903	—	—	2
1904	—	—	1
1905	—	—	5
1906	1	—	—
1907	—	—	—
1908	—	1	2
1909	—	—	—
1910	—	—	—
1911	—	—	1
1912	1	—	—
1913	—	—	2
Seite . . .	6	4	25
Uebertrag . .	6	4	25
1914	6	—	2
1915	1	4	2
1916	2	2	11
1917	2	—	2
Summa . . .	17	10	42

Vergleiche man hiermit die Anlage B, so werde man finden, daß letztere an Stelle der Unregelmäßigkeit eine fast ganz gleichmäßige Vertheilung der Ersatz-Schiffsbauten auf 17 Jahre herbeiführe. Nur die ersten fünf Jahre bilden eine Ausnahme, weil in diesen hauptsächlich die Neubauten für das dritte Geschwader begonnen werden sollten.

Der Antrag bringe zugleich eine Verlängerung der Lebensdauer der kleineren Kreuzer von 15 auf 20 Jahre, weil diese sich auf Grund der gemachten Erfahrungen rechtfertigen lasse. Dadurch vermindere sich die Zahl der von 1901 bis 1917 zu beginnenden kleinen Ersatzkreuzer von 42 auf 29. Wolle man auf Grund der schätzungsweise aufgestellten Berechnung der Regierungsvorlage eine ebensolche Schätzung auf Grund des Antrags, unter Streichung der Auslandschiffe, aufstellen; so ergebe sich die folgende Zusammenstellung, welche von einem Mitglied der Kommission ausgearbeitet worden sei, um den Unterschied zwischen dem Antrag und der Vorlage ersichtlich zu machen.

Ersatzbauten. Sollbetrag nach dem Gesetz vom 10. April 1898.

Jahr	Schiffe	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917
1901	4 Linienschiffe . .	18,8	32,8	29,2	19,2													
	3 große Kreuzer .	15,6	18,9	19,5														
	10 kleine = .	17,0	18,0	20,0														
1902	2 = = .		3,4	3,6	4,0													
1903	2 = = .			3,4	3,6	4,0												
1904	1 kleiner = .				1,7	1,8	2,0											
1905	5 kleine = .					8,5	9,0	10,0										
1906	1 Linienschiff . .						4,7	8,2	7,3	4,8								
1907	—							—	—	—								
1908	1 großer Kreuzer								5,2	6,3	6,5							
	2 kleine = .								3,4	3,6	4,0							
1909	—									—	—	—						
1910	—										—	—	—					
1911	1 kleiner Kreuzer											1,7	1,8	2,0				
1912	1 Küstenpanzer .												4,7	8,2	7,3	4,8		
1913	2 kleine Kreuzer.													3,4	3,6	4,0		
1914	2 = = .														3,4	3,6	4,0	
	2 Küstenpanzer .														9,4	16,4	14,6	9,6
	4 Linienschiffe . .														18,8	32,8	29,2	19,2
1915	1 Küstenpanzer .															4,7	8,2	7,3
	4 große Kreuzer .															20,8	25,2	26,0
	2 kleine = .															3,4	3,6	4,0
1916	11 = = .																18,7	19,8
	2 große = .																10,4	12,6
	2 Küstenpanzer .																9,4	16,4
1917	2 = .																	9,4
	2 kleine Kreuzer .																	3,4
		51,4	73,1	75,7	28,5	14,3	15,7	18,2	15,9	14,7	10,5	1,7	6,5	13,6	42,5	90,5	123,3	127,7

Bauraten 1901—1917 . . . . . 723,8 Millionen Mark,
Restraten pro 1918 und später . . . . . 112,2 = =
zusammen . . 836 Millionen Mark.

Ersatzbauten nach der Vorlage.

Jahr	Schiffe	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917
1901	1 großer Kreuzer . .	5,2	6,3	6,5														
	2 kleine = . .	3,4	3,6	4,0														
1902	3 = = . .		5,1	5,4	6,0													
	1 großer = . .		5,2	6,3	6,5													
1903	1 = = . .			5,2	6,3	6,5												
	2 kleine = . .			3,4	3,6	4,0												
1904	—				—	—	—											
1905	—					—	—	—										
1906	2 Linienschiffe						9,4	16,4	14,6	9,6								
1907	1 = ...							4,7	8,2	7,3	4,8							
1908	1 = ...								4,7	8,2	7,3	4,8						
1909	2 kleine Kreuzer . .									3,4	3,6	4,0						
1910	3 = = . .										5,1	5,4	6,0					
	2 große = . .										10,4	12,6	13,0					
	1 Linienschiff										4,7	8,2	7,3	4,8				
1911	2 = ...											9,4	16,4	14,6	9,6			
	1 großer Kreuzer . .											5,2	6,3	6,5				
	3 kleine = . .											5,1	5,4	6,0				
1912	3 = = . .												5,1	5,4	6,0			
	1 großer = . .												5,2	6,3	6,5			
	2 Linienschiffe												9,4	16,4	14,6	9,6		
1913	2 = ...													9,4	16,4	14,6	9,6	
	1 großer Kreuzer . .													5,2	6,3	6,5		
	2 kleine = . .													3,4	3,6	4,0		
1914	3 = = . .														5,1	5,4	6,0	
	1 großer = . .														5,2	6,3	6,5	
	2 Linienschiffe														9,4	16,4	14,6	9,6
1915	2 = ...															9,4	16,4	14,6
	1 großer Kreuzer . .															5,2	6,3	6,5
	3 kleine = . .															5,1	5,4	6,0
1916	3 = = . .																5,1	5,4
	2 Linienschiffe																9,4	16,4
1917	6 kleine Kreuzer . .																	10,2
		8,6	20,2	30,8	22,4	10,5	9,4	21,1	27,5	28,5	35,9	54,7	74,1	78,0	82,7	82,5	79,3	68,7

Bauraten 1901—1917 . . . . . 734,9 Millionen Mark,
Restraten pro 1918 und später . . . . . 62,6 = =
zusammen . . . 797,5 Millionen Mark.

Ersatzbauten nach dem Antrage.

Jahr	Schiffe	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917
1901	1 großer Kreuzer . .	5,2	6,3	6,5														
1902	1 = = . .		5,2	6,3	6,5													
	1 kleiner Kreuzer . .		1,7	1,8	2,0													
1903	1 = = . .			1,7	1,8	2,0												
	1 großer = . .			5,2	6,3	6,5												
1904	2 kleine = . .				3,4	3,6	4,0											
1905	2 = = . .					3,4	3,6	4,0										
1906	2 = = . .						3,4	3,6	4,0									
	2 Linienschiffe . . .						9,4	16,4	14,6	9,6								
1907	2 = . . .							9,4	16,4	14,6	9,6							
	2 kleine Kreuzer . .							3,4	3,6	4,0								
1908	2 = = . .								3,4	3,6	4,0							
	2 Linienschiffe . . .								9,4	16,4	14,6	9,6						
1909	2 = . . .									9,4	16,4	14,6	9,6					
	2 kleine Kreuzer . .									3,4	3,6	4,0						
1910	2 = = . .										3,4	3,6	4,0					
	1 großer = . .										5,2	6,3	6,5					
	1 Linienschiff . . .										4,7	8,2	7,3	4,8				
1911	1 = . . .											4,7	8,2	7,3	4,8			
	1 großer Kreuzer . .											5,2	6,3	6,5				
	2 kleine = . .											3,4	3,6	4,0				
1912	2 kleine = . .												3,4	3,6	4,0			
	1 großer = . .												5,2	6,3	6,5			
	1 Linienschiff												4,7	8,2	7,3	4,8		
1913	1 = ...													4,7	8,2	7,3	4,8	
	1 großer Kreuzer . .													5,2	6,3	6,5		
	2 kleine = . .													3,4	3,6	4,0		
1914	2 = = . .														3,4	3,6	4,0	
	1 großer = . .														5,2	6,3	6,5	
	1 Linienschiff														4,7	8,2	7,3	4,8
1915	1 = ...															4,7	8,2	7,3
	1 großer Kreuzer . .															5,2	6,3	6,5
	2 kleine = . .															3,4	3,6	4,0
1916	2 = = . .																3,4	3,6
	1 großer = . .																5,2	6,3
	1 Linienschiff																4,7	8,2
1917	2 = ...																	9,4
	1 kleiner Kreuzer . .																	1,7
		5,2	13,2	21,5	20,0	15,5	20,4	36,8	51,4	61,0	61,5	59,6	58,8	54,0	54,0	54,0	54,0	51,8

Bauraten 1901—1917 . . . . . 692,7 Millionen Mark,
Restraten pro 1918 und später . . . . . 71,8 = =
zusammen . . . 764,5 Millionen Mark.

Neubauten nach der Vorlage (resp. nach den Motiven schätzungsweise geplant).

Jahr	Schiffe	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917
	Restraten aus 1898/1900	67,7	42,3	16,2														
1901	1 kleiner Kreuzer .	1,7	1,8	2,0														
	2 Linienschiffe . . .	9,4	16,4	14,6	9,6													
1902	2 = . . .		9,4	16,4	14,6	9,6												
1903	2 = . . .			9,4	16,4	14,6	9,6											
1904	2 = . . .				9,4	16,4	14,6	9,6										
	1 großer Kreuzer .				5,2	6,3	6,5											
	3 kleine = .				5,1	5,4	6,0											
1905	3 = = .					5,1	5,4	6,0										
	1 großer = .					5,2	6,3	6,5										
	2 Linienschiffe . . .					9,4	16,4	14,6	9,6									
1906	1 großer Kreuzer .						5,2	6,3	6,5									
	2 kleine = .						3,4	3,6	4,0									
1907	3 = = .							5,1	5,4	6,0								
	2 große = .							10,4	12,6	13,0								
1908	2 = = .								10,4	12,6	13,0							
	3 kleine = .								5,1	5,4	6,0							
1909	1 kleiner = .									1,7	1,8	2,0						
	1 großer = .									5,2	6,3	6,5						
	1 Linienschiff . .									4,7	8,2	7,3	4,8					
1910	—																	
1911	—																	
1912	—																	
1913	—																	
1914	—																	
1915	—																	
1916	—																	
1917	—																	
		78,8	69,9	58,6	60,3	72,0	73,4	62,1	53,6	48,6	35,3	15,8	4,8					

Restraten aus früheren Bewilligungen . . . . . 131,7 Millionen Mark,
Neubauten auf Grund der Novelle . . . . . 507,0 = = .

Neubauten nach dem Antrage (in ähnlicher Weise wie in der Vorlage schätzungsweise geplant).

Jahr	Schiffe	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917
Restraten aus 1898/1900 .		67,7	42,3	16,2														
1901	2 Linienschiffe	9,4	16,4	14,6	9,6													
	3 kleine Kreuzer . .	5,1	5,4	6,0														
1902	2 = = . .		3,4	3,6	4,0													
	2 Linienschiffe . . .		9,4	16,4	14,6	9,6												
1903	2 = . . .			9,4	16,4	14,6	9,6											
	1 kleiner Kreuzer . .			1,7	1,8	2,0												
1904	1 = = . .				1,7	1,8	2,0											
	1 großer = . .				5,2	6,3	6,5											
	2 Linienschiffe				9,4	16,4	14,6	9,6										
1905	2 = ...					9,4	16,4	14,6	9,6									
	1 großer Kreuzer . .					5,2	6,3	6,5										
	1 kleiner = . .					1,7	1,8	2,0										
1906	1 = = . .						1,7	1,8	2,0									
1907	—							—	—	—								
1908	—								—	—	—							
1909	—									—	—	—						
1910	—										—	—	—					
1911	—											—	—	—				
1912	—												—	—	—			
1913	1 Linienschiff													4,7	8,2	7,3	4,8	
1914	Materialreserve der Siegfriedklasse . .														—	—	—	—
1915																—	—	—
1916																	—	—
1917																		—
		82,2	76,9	67,9	62,7	67,0	58,9	34,5	11,6	—	—	—	—	4,7	8,2	7,3	4,8	—

Restraten aus früheren Bewilligungen . . . . . 131,7 Millionen Mark,
Neubauten auf Grund des Antrags . . . . . 360,5 = = .

Gesammt-Schiffsbauten nach dem Gesetz vom 10. April 1898:

	pro 1901	1902	1903	1904	
a) Restraten bereits begonnener neuer Schiffe . .	67,7	42,3	16,2	—	Millionen Mark
1 rückständiger neuer kleiner Kreuzer . . .	1,7	1,8	2,—	—	=
b) Ersatzbauten auf Grund des §. 2	51,4	73,1	75,7	28,5	=
zusammen . . .	120,8	117,2	93,9	28,5	Millionen Mark.

Schiffsbauten nach dem Antrage (schätzungsweise geplant):

	pro 1901	1902	1903	1904	
a) Restraten und Neubauten	82,2	76,9	67,9	62,7	Millionen Mark
b) Ersatzbauten	5,2	13,2	21,5	20,—	=
zusammen . . .	87,4	90,1	89,4	82,7	Millionen Mark.

Der Vertreter der verbündeten Regierungen erwiderte: Die verbündeten Regierungen hätten naturgemäß zu diesen Anträgen noch keine Stellung nehmen können. Gestern habe indeß über den bisherigen Gang der Verhandlungen der Budgetkommission unter den gerade Anwesenden, nicht für die vorliegenden Anträge besonders instruirten Bundesrathsmitgliedern ein unverbindlicher Meinungsaustausch stattgefunden. Dabei sei die einstimmige Ansicht vorhanden gewesen, daß ein Verzicht der verbündeten Regierungen auf eine Vermehrung der Auslandsschiffe bis 1916 ganz ausgeschlossen sei, daß dagegen die Möglichkeit ernster Erwägung bedürfe, die gesetzliche Entscheidung über diese Vermehrung so lange hinauszuschieben, bis die verbündeten Regierungen es für angängig hielten, weitere Auslandsschiffe in Bau zu nehmen. Der Antrag bezüglich der Zusammenschweißung beider Gesetze werde eine brauchbare Unterlage für die weiteren Verhandlungen bieten. Die Verlängerung der Bauperiode auf 17 Jahre sei acceptabel, ebenso der Vorschlag bezüglich der Ersatzbauten. Die Verminderung des Ersatzbaues von kleinen Kreuzern um 13 Schiffe im Hinblick auf die Möglichkeit der Verlängerung der Lebensdauer dieser Schiffe sei zu bedauern. Man habe die Ersatzbauten dieser Schiffe im Programm nur hinausgeschoben, um zu einem gleichmäßigen Bauplan zu gelangen. Die bisherigen Schiffe seien nicht länger als 15 Jahre brauchbar gewesen. Wie lange die neuen Schiffe halten würden, sei noch nicht abzusehen; denn die technischen Aenderungen, namentlich hinsichtlich der Schiffsgeschwindigkeit, machten es fraglich, ob die Schiffe 20 Jahre lang voll brauchbar sein würden. Die Ersatzbedürftigkeit der Schiffe ergebe sich einmal aus der Abnutzung des Materials, sodann aber aus der Herabsetzung ihrer militärischen und technischen Eigenschaften. Die alten kleinen Kreuzer seien zu langsam und deshalb neben den neuen Schiffen nicht mehr brauchbar.

Aus der Mitte der Kommission wurde erklärt: Bei den kleinen Kreuzern sei die Schnelligkeit ein sehr wesentlicher Punkt. Wolle man ihre Lebensdauer verlängern, so werde man kostspielige Reparaturen bekommen. Die Handelsmarine zeige, daß die schwächeren und feineren Maschinen sehr hinfällig seien. Der Norddeutsche Lloyd müsse seine 10 000 Tons-Schiffe in 20 Jahren ausscheiden. Das weise darauf hin, daß die kleineren Schiffe nicht so alt werden könnten. Man würde ungern auf die Auslandsschiffe verzichten. Werde der Antrag so verstanden, daß man zu einem späteren Zeitpunkt darüber berathen wolle, so möge man dies schon jetzt in einer Resolution festlegen. Die Schlachtflotte gehe nicht ins Ausland, die Repräsentanten Deutschlands seien aber die Auslandsschiffe. So lange die Regierung ihre Forderungen nicht fallen lasse, würde man ihr zur Seite stehen. Wolle aber die Regierung selbst die Frage der Auslandsschiffe vertagen, so würde man dem nicht entgegen sein. Die Zusammenschweißung beider Gesetze bedeute jedenfalls einen Fortschritt.

Dem gegenüber erwiderten die Vertreter anderer Parteien: Man sei Gegner jeder gesetzlichen Festlegung; am besten möge man die Auslandskreuzer deshalb ganz ausschalten, ebenso sei eine Bestimmung bezüglich des vierten Geschwaders jetzt noch nicht nothwendig. Auch wäre es wohl am besten, die Lebensdauer der kleinen Kreuzer nicht festzusetzen, wie man auch bei den Torpedobooten davon absehe.

Hierauf wurde seitens der Antragsteller erwidert: Bezüglich der Lebensdauer der kleinen Kreuzer folge man nur dem Programm der Regierung. Auch nach dem Bauplan der Motive seien die meisten Schiffe erst nach 20 Jahren zu ersetzen. Bezüglich der Auslandskreuzer sei man der Meinung, daß die Vorlage jetzt ein Ganzes bilde, und daß ein Bedürfniß nach diesen Schiffen zur Zeit nicht vorliege. Was etwa die Zukunft mit sich bringe, könne man natürlich nicht wissen, doch sei man gegen jede Resolution, die in dieser Beziehung binde. Mit solchen Resolutionen habe man schlechte Erfahrungen gemacht.

Hierauf wurde zur Abstimmung geschritten.

§. 1. Die Regierungsvorlage wurde mit 17 gegen 10 Stimmen abgelehnt, alsdann §. 1 des Antrags mit 19 gegen 8 Stimmen angenommen, ebenso mit derselben Mehrheit die §§. 2, 3, 4, 5 des Antrags angenommen.

Zu §. 6 des Antrags Beschaffung der Mittel führte Namens der Antragsteller ein Mitglied der Kommission aus: Da Vorschläge zur Deckungsfrage noch nicht vorlägen, habe man diesen Antrag formulirt. Der Schutz der schwachen Schultern sei voll gewährleistet. Die vorgeschlagenen Steuerobjekte würden nur solche Leute treffen, die diese Lasten mit Leichtigkeit tragen könnten. Auch hätten solche schon früher im Prinzip die Billigung der Mehrheit der Kommission gefunden.

Die weiter vorgesehene Ergänzungssteuer müsse sich in der gleichen Richtung bewegen. Die Höhe des Bedarfs sei augenblicklich noch nicht zu übersehen, aus diesem Grund habe man sich auch spezieller Vorschläge enthalten. Man sehe in dieser Hinsicht den Erklärungen des Schatzamts entgegen und bestimmten Vorschlägen, welche Art der Ergänzungssteuer solches für die angemessenste erachte.

Der Vertreter der verbündeten Regierungen erwiderte: Er könne den Effekt des Antrages noch nicht übersehen, sondern sich nur im Allgemeinen äußern. Zu Punkt 1 des Antrages (Erhöhung der Stempelabgabe auf Werthpapiere und Lotterieloose sowie Einführung einer Stempelabgabe auf Konnossemente nnd Seefahrtkarten) seien die Vorarbeiten so weit gediehen, daß sich die Einbringung einer Vorlage sehr bald werde ermöglichen lassen. Die Einführung einer Stempelabgabe auf Kuxe ziehe er vorläufig noch nicht in Betracht. Weiterhin werden Gesetze ausgearbeitet, können aber erst zum Herbste zur Vorlage gelangen, über die Besteuerung des Saccharins und die Besteuerung des inländischen Schaumweins unter gleichzeitiger Erhöhung der Zölle auf ausländische Schaumweine. Wegen der technischen Schwierigkeiten in den Verhältnissen der Fabriken könne die Ausarbeitung dieser Gesetze nicht rascher stattfinden. Den Ertrag der Schaumweinbesteuerung berechne er auf 5 bis 6 Millionen, den Ertrag der Saccharinsteuer auf 1 Million. Eine Erhöhung der Zölle auf Cigarren und Cigaretten sowie auf Liköre verspreche dagegen keinen Erfolg, weil die Verminderung der Einfuhr die Zollerhöhungen wett machen würde. Zu Nr. 3 der Forderung in §. 6: Einführung einer ergänzenden Reichssteuer, deren Höhe für die einzelne Finanzperiode nach Bedarf festgesetzt werde, könne er für heute noch keine Erklärung geben. Wenn man eine solche Steuer für eine entfernte Zukunft in Aussicht nehme und gleichwohl das Flottengesetz erst mit dem Inkrafttreten eines solchen Steuergesetzes ins Leben treten lassen wolle, so würde das ganze Flottengesetz in der Luft schweben. Die Steuern unter 1 würden etwa 40 Millionen bringen. Man müsse aber auch die stetige Steigerung der Reichseinnahmen in Betracht ziehen, ein Theil davon werde ganz wie seither auch künftig, für die Flotte verfügbar sein. Seine Sorge gehe für die nächsten Jahre mehr dahin, was man mit den den Ueberschüssen aus den vorgeschlagenen neuen Steuern beginnen solle, als wie die Mehrkosten zu decken seien.

Von anderer Seite wurde erklärt: Man wolle zwar Sicherheit für die Deckungsfrage aber nicht über das Bedürfniß hinaus, mit den Vorschlägen zu 1 und 2, sei man einverstanden, solle aber Punkt 3, etwa eine Erbschafts-

oder Vermögenssteuer betreffen, so müsse man sich schon jetzt entschieden dagegen aussprechen, ebenso aber auch gegen jede Vertagung des Gesetzes wie sie §. 7 anzustreben scheine.

Von dritter Seite wurde die Bereitwilligkeit erklärt, an den Steuergesetzen mitzuarbeiten, auch wenn man gegen die Flottenvermehrung sei. Auf keinen Fall solle jedoch die Einnahmesteigerung aus Getreidezöllen für die Deckung verwendet werden.

Weiterhin wurden noch vorgeschlagen eine Erhöhung des Zolles auf ausländisches Bier und eine Steuer auf alle Vermögen über 100 000 Mark, welche 38 Millionen jährlich bringen könne.

Antragsteller erklärten hierauf: Wenn die bereits vorbereiteten Steuerprojekte 40 Millionen bringen würden, und man außerdem nur im Schaumwein und Saccharin noch Objekte habe, so reiche das allerdings nicht aus, um den Beharrungszustand der Flotte herbeizuführen. Für die nächste Zukunft möge der Ertrag ausreichen, später werde man aber zu der Ergänzungssteuer gelangen. Die etwaigen Erträgnisse des neuen Zolltarifs habe man durch die gewählte Fassung allerdings in der Heranziehung für die Zwecke der Flotte ausschließen wollen. Es sei der Zolltarif, wie er jetzt bestehe, zu Grunde gelegt. Man wisse nicht, wie man den Antragstellern daraus einen Vorwurf herleiten könne. Sie wünschten jedenfalls jetzt schon volle Klarheit über die Steuerprojekte zu schaffen. Aus diesem Grunde habe man den Antrag, wie er vorliege, formulirt; werde man erst bis zum Herbst mit den Steuergesetzen fertig, so würde allerdings das Gesetz in der Luft stehen, aber man bezweifle nicht, daß das Schatzamt rechtzeitig fertig werden würde, wenn davon das Flottengesetz abhänge. Es müsse jedenfalls vermieden werden, daß ein Reichstag die Flotte bewillige und ein anderer über die Deckungsfrage materiell entscheide. Die Besteuerung des Saccharins stelle man anheim, die Ergänzungssteuer werde dadurch nicht wegfällig werden. Auf Anleihen wünsche man sich nicht mehr einzulassen und mit höheren Matrikularbeiträgen beabsichtige man nicht zu arbeiten, weil diese in hohen Beträgen erhoben ungerecht und schädlich wirken würden.

In welche Verlegenheit manche Bundesstaaten durch höhere Matrikularbeiträge kommen würden, gehe aus folgenden Erklärungen hervor, die kürzlich seitens zweier Bundesrathsvertreter in der Budget-Kommission erfolgt seien.

I.

Die von dem Großherzogthum Sachsen zu leistenden Matrikularumlagen betragen zur Zeit 3 Millionen Mark jährlich, d. h. etwa 30 Prozent der Jahresausgabe.

Nach der bestehenden Uebung sind die Matrikularbeiträge seitens der Bundesstaaten in monatlichen Vorauszahlungen abzuführen, während die an die Einzelstaaten zu gewährenden Antheile an den Reichseinnahmen aus den Zöllen, der Tabaksteuer, der Verbrauchsabgabe für Branntwein und den Reichsstempelabgaben erst 6 bis 8 Wochen nach Ablauf des Vierteljahres, in welchem sie aufkommen, den Bundesstaaten überwiesen werden.

Hiernach stellen sich die Zahlungen an Matrikularumlagen in ihrer wirthschaftlichen Wirkung für die Bundesstaaten als Vorschüsse an das Reich dar, deren spätere Erstattung durch Ueberweisung der Antheile aus dem Ertrage der Zölle 2c. erfolgt. Diese Vorschußleistung hat mit dem Anwachsen der Matrikularbeiträge einen immer größeren Umfang angenommen und beträgt zur Zeit für das Großherzogthum Sachsen durchschnittlich etwa eine Million Mark.

Je höher diese Vorschußzahlungen mit der Zeit geworden sind, um so fühlbarer ist bei den kleineren Bundesstaaten das Bedürfniß nach einer Abänderung des jetzt üblichen Zahlungs- und Abrechnungsverfahrens und der Mangel eines ausreichenden Betriebsfonds bei der Reichshauptkasse geworden. Dieser Zustand würde in kritischen Zeiten, wo die Geldbeschaffung sich für kleinere Staatswesen ungleich schwieriger wie für das Reich gestalten würde, in dem Staatshaushalt der kleineren Staaten zu einer bedenklichen Störung der Wirthschaftsführung führen, die um so fühlbarer empfunden werden würde, als die Beträge, die den Einzelstaaten nach Abzug der vom Reiche zur Schuldentilgung zurückgehaltenen Ueberweisungssteuern zufließen und als Reserve dienen, nicht sehr erheblich sind.

Im Interesse einer geordneten Finanzwirthschaft in den kleineren Bundesstaaten ist es deshalb dringend zu wünschen, daß bei der Reichshauptkasse ein ausreichender Wirthschaftsfonds angesammelt werde.

II.

Es sei darauf hingewiesen worden, daß die Bundesstaaten in der Lage gewesen seien, durch Aufsparung der ihnen bisher zugeflossenen Ueberschüsse Ausgleichungsfonds zu bilden. Hierzu läge eine Verpflichtung für die einzelnen Bundesstaaten nicht vor, diese seien vielmehr befugt, über die Ueberschüsse frei zu verfügen, und sonach auch berechtigt, sie für die jährlichen Ausgaben zu verbrauchen. Wenn trotzdem verschiedene Bundesstaaten die Ueberschüsse admassirt hätten, so sei das ein Akt der Vorsicht gewesen. Aber diese aufgesparten Beträge reichten zumeist noch nicht einmal aus, um die Vorschußzahlungen, die die jetzige Art der Erhebung der Matrikularbeiträge den Bundesstaaten auferlege, zu decken.

Was über die Finanzverhältnisse Weimars dargelegt worden sei, gelte für diejenigen der kleineren thüringischen Staaten noch in verstärktem Maße. Wenn die Budget-Kommission sich nicht entschließen könne, die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene Verstärkung des Wirthschaftsfonds des Reichs eintreten zu lassen, so dürfe dies keinesfalls dahin führen, den verbündeten Regierungen, über die bisherigen Schuldentilgungsgesetze hinausgehend, die Ueberschüsse im ganzen Umfange zu entziehen. Einem solchen Beschlusse würden die Staatsregierungen, die Redner zu vertreten habe, nicht zustimmen, und er hoffe, daß auch die übrigen verbündeten Regierungen den gleichen Standpunkt einnehmen würden.

Die Berathung über §. 6 wurde hierauf vertagt, um Zeit zur Ausarbeitung positiver Anträge zu §. 6 zu lassen.

In der nächsten Sitzung wurde ein Initiativantrag, betreffend Abänderung des Reichsstempelgesetzes, eingebracht und seitens des Antragstellers bemerkt, er habe seitens des Reichsschatzamts sich einiges Material für diesen Antrag geben lassen und denselben selbst gestellt, weil durch eine besondere Vorlage der verbündeten Regierungen viel Zeit verloren gehen dürfte und man doch das Flottengesetz nicht ohne gleichzeitige gesetzliche Regelung der Deckungsfrage verabschieden wolle.

Diesem Antrag wurde aus der Mitte der Kommission widersprochen und ausgeführt: Man müsse sich vorsehen, daß nicht zuviel Steuern bewilligt würden. Die Ersparnisse, die aus den Beschlüssen der ersten Lesung sich ergäben, könnten doch eventuell so bedeutende sein, daß man vor einem Zuviel von Steuern sich hüten müsse. Im Durchschnitt der ersten 5 Jahre würden sich 45,6 Millionen Mehrkosten ergeben, im Durchschnitt der zweiten 5 Jahre

(1906—1910) würden es 59 Millionen pro Jahr Mehrkosten sein. Es frage sich nun, ob man auf Anleihen für die Marine ganz verzichten wolle. Es würde ein plötzliches Brechen mit dem bisherigen Prinzip der Anleihe zu weitgehend sein. Wenn jährlich aus der natürlichen Steigerung der Reichseinnahmen 10 Millionen für Marine verwendet werden könnten, so würde das im zweiten Jahre 20 Millionen, nach 5 Jahren schon 50 Millionen sein, der Mehrbedarf würde dann ungefähr gedeckt sein durch die natürliche Steigerung der Reichseinnahmen. Man müsse sich hüten, durch Bewilligung von zu viel Steuern Geldüberfluß zu schaffen und damit allen möglichen Plänen in Kolonialpolitik 2c. Nahrung zu geben. Erhöhung des Lotteriestempels könne man bewilligen auf Zeit, bis 1903 oder 1905. Gegen die anderen Stempelsteuern habe man Bedenken. Eine Ergänzungssteuer sei nothwendig, auch ohne Flottengesetz, eine quotisirte Steuer, wie ja auch die Matrikularbeiträge eine solche seien. Diese neue aber müsse auf gerechterer Grundlage, als auf der Kopfzahl, aufgebaut werden. Erbschaftssteuer halte man nicht für angebracht. Sie sei in vielen Bundesstaaten schon eingeführt als Staatssteuer. Eine Reichs-Vermögenssteuer von Vermögen von 100 000 ℳ ab bis zu 1/2 pro Mille sei das einzig Richtige als Ergänzungssteuer. 33 Millionen würde das ergeben. In Preußen seien es 110 000 Steuerpflichtige, im Reich kämen noch etwa 50 bis 60 Tausend dazu.

Hierauf wurde seitens des Vertreters der verbündeten Regierungen erklärt, daß nach seinen von einigen der Regierungen ihm gewordenen Informationen die verbündeten Regierungen auf eine direkte Steuer nicht eingehen würden. Eine so starke Vermehrung der Flotte sei in keinem Lande auf die laufenden Einnahmen genommen worden, man könne die Anleihen nicht ganz auf die Seite schieben. Nach den Beschlüssen erster Lesung würden etwa 200 Millionen Anleihe weniger nöthig sein, als nach der Vorlage verlangt sei, und das sonstige erforderliche Mehr pro Jahr der Vorlage würde erheblich herabgehen.

Von verschiedenen Seiten wurde Widerspruch dagegen erhoben, daß hier im Zusammenhange mit dem Flottengesetz ein solch umfangreicher Steuergesetzentwurf die Budget-Kommission beschäftigen solle, ohne daß er das Plenum des Reichstages in erster Lesung passirt habe.

Man einigte sich dahin, den Antrag nicht in der Kommission zu berathen, ehe er dem Plenum des Reichstags vorgelegen habe.

Der Antrag wurde daraufhin als schleuniger Antrag für das Plenum des Reichstags gestellt, ein weiterer Antrag, betreffs Abänderung des Zolltarifgesetzes kam noch hinzu.

Beide Anträge wurden nach der ersten Lesung im Plenum gleichfalls der Budget-Kommission des Reichstags überwiesen, jedoch darüber eine besondere Berichterstattung beschlossen.

Nachdem diese Anträge eine erste Berathung in der Kommission erfahren hatten, wurde die Berathung über §§. 6 und 7 des Antrages zum Flottengesetz wieder aufgenommen.

Die Antragsteller änderten ihren Antrag zu §§. 6 und 7 wie folgt ab:

§. 6.

Beschaffung der Mittel.

Der in Folge dieses Gesetzes sich ergebende Mehrbedarf an Reichs-Einnahmen wird aufgebracht:

1. durch Erhöhung der Reichs-Stempelabgaben auf Werthpapiere, Kaufgeschäfte und Lotterieloose, sowie durch Einführung einer Reichs-Stempelabgabe auf Kuxe und Schiffsfrachturkunden,
2. durch Erhöhung der Zollsätze auf Schaumwein und Branntwein,
3. durch Einführung einer Verbrauchsabgabe auf inländischen Schaumwein und Saccharin.

Ein etwaiger Fehlbetrag darf nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten den Massenverbrauch belastenden Reichsabgaben gedeckt werden.

§. 7.

Schlußbestimmung.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem in §. 6 Abs. 1 Ziffer 1 und 2 bezeichneten, noch in dieser Sitzungsperiode zu erlassenden Gesetz in Kraft.

Das Gesetz, betreffend die deutsche Flotte, vom 10. April 1898 (Reichsgesetzblatt S. 165) wird aufgehoben.

Die Abänderung wurde damit begründet, daß nach den Beschlüssen zu §§. 1 bis 5 sich ein erheblicher Minderbedarf gegen die Vorlage ergeben würde, so daß man den Mehrbedarf gegen das Jahr 1900 für die nächsten 10 Jahre nur auf durchschnittlich etwa 60 Millionen schätzen könne. Da dieser Betrag durch die eingebrachten Steuergesetze annähernd gedeckt werde, man auch sonst noch auf eine Steigerung der Einnahmen rechnen müsse, so könne man von einer Ergänzungssteuer vorläufig absehen.

Die §§. 6 und 7 wurden schließlich in dieser Fassung mit 15 gegen 7 Stimmen vorbehaltlich späterer redaktioneller Aenderung angenommen.

Das Gesetz, betreffend die deutsche Flotte, hatte sonach auf Grund der Beschlüsse erster Lesung folgende Fassung erhalten.

Entwurf eines Gesetzes, betreffend die deutsche Flotte.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen 2c.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

I. Schiffsbestand.

§. 1.

Es soll bestehen:

1. die Schlachtflotte:
   aus 2 Flottenflaggschiffen,
   4 Geschwadern zu je 8 Linienschiffen,
   8 großen Kreuzern } als Aufklärungsschiffen.
   24 kleinen Kreuzern }
2. die Auslandflotte:
   aus 3 großen Kreuzern,
   10 kleinen Kreuzern.
3. die Materialreserve:
   aus 4 Linienschiffen,
   3 großen Kreuzern,
   4 kleinen Kreuzern.

Auf diesen Sollbestand kommen bei Erlaß dieses Gesetzes die in der Anlage A aufgeführten Schiffe in Anrechnung. Anl. A. S. 5425

§. 2.

Ausgenommen bei Schiffsverlusten sollen ersetzt werden:

Linienschiffe nach 25 Jahren,
Kreuzer nach 20 Jahren.

Die Fristen laufen vom Jahre der Bewilligung der ersten Rate des zu ersetzenden Schiffes bis zur Bewilligung der ersten Rate des Ersatzschiffes.

Für den Zeitraum von 1901 bis 1917 werden die Ersatzbauten nach der Anlage B geregelt. Anl. B. S. 5426.

II. Indiensthaltung.

§. 3.

Bezüglich der Indiensthaltung der Schlachtflotte gelten folgende Grundsätze:

1. das 1. und 2. Geschwader bilden die aktive Schlachtflotte,
   das 3. und 4. Geschwader die Reserve-Schlachtflotte,
2. von der aktiven Schlachtflotte sollen sämmtliche, von der Reserve-Schlachtflotte die Hälfte der Linienschiffe und Kreuzer dauernd im Dienst gehalten werden,
3. zu Manövern sollen einzelne außer Dienst befindliche Schiffe der Reserve-Schlachtflotte vorübergehend in Dienst gestellt werden.

III. Personalbestand.

§. 4.

An Deckoffizieren, Unteroffizieren und Gemeinen der Matrosendivisionen, Werftdivisionen und Torpedo-Abtheilungen sollen vorhanden sein:

1. volle Besatzungen für die zur aktiven Schlachtflotte gehörigen Schiffe, für die Hälfte der Torpedoboote, die Schulschiffe und die Spezialschiffe,
2. Besatzungsstämme (Maschinenpersonal $^2/_3$, übriges Personal $^1/_2$ der vollen Besatzungen) für die zur Reserve-Schlachtflotte gehörigen Schiffe, sowie für die 2. Hälfte der Torpedoboote,
3. $1^1/_2$ fache Besatzungen für die im Auslande befindlichen Schiffe,
4. der erforderliche Landbedarf,
5. ein Zuschlag von 5 Prozent zum Gesammtbedarf.

IV. Kosten.

§. 5.

Die Bereitstellung der zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Mittel unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushalts-Etat.

§. 6.

Der in Folge dieses Gesetzes sich ergebende Mehrbedarf an Reichs-Einnahmen wird aufgebracht:

1. durch Erhöhung der Reichs-Stempelabgaben auf Werthpapiere, Kaufgeschäfte und Lotterieloose, sowie durch Einführung einer Reichs-Stempelabgabe auf Kuxe und Schiffsfrachturkunden,
2. durch Erhöhung der Zollsätze auf Schaumwein und Branntwein,
3. durch Einführung einer Verbrauchsabgabe auf inländischen Schaumwein und Saccharin.

Ein etwaiger Fehlbetrag darf nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsabgaben gedeckt werden.

V. Schlußbestimmung.

§. 7.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit den in §. 6 Abs. 1 Ziffer 1 und 2 bezeichneten, noch in dieser Sitzungsperiode zu erlassenden Gesetzen in Kraft.

Das Gesetz, betreffend die deutsche Flotte vom 10. April 1898 (Reichs-Gesetzblatt S. 165) wird aufgehoben.

Urkundlich 2c.
Gegeben 2c.

Anlage A.

Nachweisung

der

bei Erlaß dieses Gesetzes auf den Sollbestand in Anrechnung kommenden Schiffe.

27 Linienschiffe.

1. Bayern.
2. Sachsen.
3. Württemberg.
4. Baden.
5. Oldenburg.
6. Brandenburg.
7. Kurfürst Friedr. Wilhelm.
8. Weißenburg.
9. Wörth.
10. Kaiser Friedrich III.
11. Kaiser Wilhelm II.
12. Kaiser Wilhelm d. Gr.
13. Kaiser Barbarossa.
14. Kaiser Karl d. Gr.
15. C.
16. D.
17. E.
18. F.
19. G.
20. Siegfried.
21. Beowulf.
22. Frithjof.
23. Hildebrand.
24. Heimdall.
25. Hagen.
26. Aegir.
27. Odin.

12 große Kreuzer.

1. König Wilhelm.
2. Kaiser.
3. Deutschland.
4. Kaiserin Augusta.
5. Hertha.
6. Victoria Louise.
7. Freya.
8. Hansa.
9. Vineta.
10. Fürst Bismarck.
11. Prinz Heinrich.
12. B.

29 kleine Kreuzer.

1. Zieten.
2. Blitz.
3. Pfeil.
4. Arkona.
5. Alexandrine.
6. Greif.
7. Irene.
8. Prinzeß Wilhelm.
9. Schwalbe.
10. Wacht.
11. Jagd.
12. Sperber.
13. Bussard.
14. Meteor.
15. Falke.
16. Komet.
17. Kormoran.
18. Kondor.
19. Seeadler.
20. Gefion.
21. Geier.
22. Hela.
23. Gazelle.
24. Niobe.
25. Nymphe.
26. C.
27. D.
28. E.
29. F.

Anlage B.

Vertheilung

der

in den Jahren 1901 bis 1917 einschließlich vorzunehmenden Ersatzbauten auf die einzelnen Jahre.

Ersatzjahr	Linienschiffe	große Kreuzer	kleine Kreuzer
1901	—	1	—
1902	—	1	1
1903	—	1	1
1904	—	—	2
1905	—	—	2
1906	2	—	2
1907	2	—	2
1908	2	—	2
1909	2	—	2
1910	1	1	2
1911	1	1	2
1912	1	1	2
1913	1	1	2
1914	1	1	2
1915	1	1	2
1916	1	1	2
1917	2	—	1
Summa	17	10	29

Am Schluß der ersten Lesung wurde noch folgende Resolution beantragt:

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen:

1. daß vom Rechnungsjahre 1901 ab im Etat für die Verwaltung der Kaiserlichen Marine die vollen Kosten für Armirungen (statt bisher zwei Drittel) und von den Schiffsbaukosten sechs (statt bisher fünf) Prozent des Werths der Flotte auf den ordentlichen Etat übernommen werden;
2. daß von demselben Zeitpunkte ab, auf den außerordentlichen Marine-Etat nur noch die Ausgaben für Landbefestigungen, Docks und ähnliche auf die Dauer bestimmte Anlagen genommen und die gesammten hieraus sich ergebenden Mehrerfordernisse des ordentlichen Marine-Etats aus dem Mehrertrage, welchen die Reichs-Stempelabgaben über das Etatssoll für das Rechnungsjahr 1900 ergeben, gedeckt werden, und
3. daß der dann von diesem Mehrertrage noch verbleibende Ueberschuß zur Verminderung der Reichsschuld nach Maßgabe der hierüber im Etat zu treffenden Bestimmungen Verwendung finde.

Punkt 1 fand allseitige Zustimmung, da solcher einem früher geäußerten Wunsche der Budget-Kommission entspreche, dagegen erfuhren Punkt 2 und 3 Widerspruch aus der Mitte der Kommission, weil solche, da es sich hier um eine Verfügung über Ueberweisungs-Einnahmen handele, praktisch unausführbar seien. Hierauf wurden Punkt 2 und 3 des Antrags zurückgezogen und Punkt 1 der Resolution einstimmig angenommen. Zugleich wurde der Wunsch ausgesprochen, daß seitens des Reichsschatzamts, eine Berechnung der Kosten, wie sich solche auf Grund der Beschlüsse erster Lesung des Flottengesetzes, und auf Grund der beschlossenen Resolution 1, stellen würden, wenigstens soweit dies schätzungsweise zu ermitteln sei, und in ähnlicher Form wie in den Motiven zur Vorlage gegeben werden möge.

Hierauf wurde die in Anlage B zum Bericht enthaltene Berechnung geliefert, aus der hervorgeht:

1. daß sich der Gesammtbedarf an Anleihen für die Jahre 1901 bis 1920 anstatt wie in den Motiven zur Vorlage geschätzt auf . . . ℳ 790 469 000
   auf nur . . . . . = 434 720 000
   also um . . . . . ℳ 355 749 000
   weniger belaufen würde;
2. daß der Betrag der ordentlichen Marineausgaben sich im Jahre 1920 anstatt auf . . . . . ℳ 341 830 000
   nur auf . . . . . = 292 240 000
   also für das Jahr 1920 um . ℳ 49 590 000
   niedriger stellen würde, als in der Begründung zur Vorlage vorgesehen.

Zweite Lesung.

In dieser wurden die §§. 1 bis 5 nach den Beschlüssen erster Lesung ohne Debatte angenommen.

Zu §§. 6 und 7 lagen folgende Anträge vor:

1. den §. 6 in folgender Fassung anzunehmen:

   „Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Mehreinnahmen des Reichs werden mittelst Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 (R.G.Bl. S. 381) und des Zolltarifgesetzes beschafft.

Insoweit vom Rechnungsjahre 1901 ab dem Mehrbedarf an fortdauernden und einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats der Marineverwaltung nicht ein gleich hoher Mehrertrag der nach Abs. 1 zu erhebenden Stempelabgaben und Zölle gegenübersteht und der Fehlbetrag auch nicht in den sonstigen Einnahmen des Reichs seine Deckung findet, darf der letztere nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsabgaben aufgebracht werden."

2. in §. 7 Abs. 1 die Worte „Ziffer 1 und 2" zu streichen.

Antragsteller begründeten dieselbe mit dem Hinweis, daß es nicht erforderlich sei, in Abs. 1 alle geplanten Steuern und Zollerhöhungen ausdrücklich aufzuführen, da solche ja durch besondere Gesetze gleichzeitig geregelt würden.

Abs. 2 solle nur ein Programm sein, an der clausula Franckenstein und dem §. 45 des Reichsstempelgesetzes solle dadurch nichts geändert werden, der Hauptzweck sei, den Grundgedanken des §. 8 des alten Gesetzes dadurch aufrecht zu erhalten und zugleich klar zu legen, daß die Kosten der Flottenvermehrung ihre gleichzeitige Deckung durch die in Abs. 1 bezeichneten Steuergesetze finden würden.

Der Antrag begegnete dem Einwurf, daß durch die Anführung der Zollgesetze der Glaube erweckt werden könne, es sollten die Kosten aus einer Erhöhung der Getreidezölle gedeckt werden, dies wurde jedoch von den Antragstellern entschieden bestritten.

Ein Vertreter der verbündeten Regierungen führte aus, daß der Antrag zu §. 6 Abs. 2 nicht klar genug angebe, was unter Mehrertrag zu verstehen sei, man müsse eine bestimmte Ziffer einsetzen, welche dem jetzigen Etatssoll entspreche. Am besten sei es, den §. 45 des Stempelgesetzes aufzuheben und die Reichsstempelabgaben zu eigenen Einnahmen des Reichs zu machen.

Diesem Vorschlag wurde auch aus der Mitte der Kommission beigepflichtet und bemerkt, der §. 45 habe thatsächlich keine praktische Bedeutung mehr und erschwere nur die Uebersicht über den Etat.

Hierauf wurde der Antrag an eine Subkommission überwiesen, welche denselben in folgender Fassung einstimmig zur Annahme empfahl:

§. 6.

Insoweit vom Rechnungsjahre 1901 ab der Mehrbedarf an fortdauernden und einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats der Marineverwaltung den Mehrertrag der Reichsstempelabgaben über die Summe von 53 708 000 Mark hinaus übersteigt, und der Fehlbetrag nicht in den sonstigen Einnahmen des Reichs seine Deckung findet, darf der letztere nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsabgaben aufgebracht werden.

V. Schlußbestimmung.

§. 7.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Gesetz, betreffend Abänderung des Reichs-Stempelgesetzes vom 27. April 1894 (Reichs-Gesetzbl. S. 381) in Kraft.

Das Gesetz, betreffend die deutsche Flotte vom 10. April 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 165) wird aufgehoben.

Zur Begründung wurde ausgeführt, daß die Abänderung des Zolltarifgesetzes, betreffend ausländischen Schaumwein, Branntwein u. s. w. keinen wesentlichen Faktor in der Kostendeckungsfrage bilde und daß man auf die besondere Aufführung dieses Gesetzes im §. 7 deshalb umsomehr verzichten könne, als von mehreren Seiten Bedenken hiergegen geäußert worden seien. Dagegen sei es unerläßlich, daß die Aenderung des Reichsstempelgesetzes in solchem Umfange, daß damit die Deckungsfrage thatsächlich als erledigt betrachtet werden könne, noch in dieser Session zu Stande kommen müsse, weil man hiervon die Zustimmung zum Flottengesetz abhängig mache.

Dieser Beschluß der Subkommission erfuhr jedoch in zweiter Lesung mehrfache Anfechtung, insbesondere wurde bemängelt, daß jetzt klar ersichtlich sei, daß nur ein Theil der Kosten gedeckt werden sollte, während der Rest auf Anleihe genommen würde, dies sei ein weiterer Rückzug der Parteien, welche erst auf voller Deckung bestanden hätten.

Auch bliebe es ganz unklar, was die Einschaltung — soweit der Fehlbetrag nicht in den sonstigen Einnahmen des Reichs seine Deckung findet — bedeuten solle, wahrscheinlich sei dahinter die Erhöhung der Kornzölle versteckt.

Demgegenüber wurde erklärt, die Deckung werde nicht blos theilweise, sondern voll angestrebt und bedingt; auch soweit sie nicht durch Erhöhung der Stempelsteuern gesichert sei, durch die Aenderung des Zolltarifs für ausländischen Schaumwein und Branntwein, sowie durch die bestimmte Zusage der verbündeten Regierungen hinsichtlich der Besteuerung des inländischen Schaumweins und des Saccharins gewährleistet. Der Aufnahme von Anleihen würden die Resolutionen 1 und 2, hinsichtlich welcher man allerdings eine bindende Erklärung seitens der verbündeten Regierungen erwarten müsse, Schranken gezogen.

Unter sonstigen Einnahmen des Reichs sei die allenfallsige Ertragssteigerung aus dem Post-, Eisenbahn- und Bankwesen, sowie aus der Zuckersteuer verstanden, auf keinen Fall wolle man darunter eine Erhöhung der Zölle auf Getreide, Petroleum und Kaffee begreifen, deshalb habe man auch den Ausdruck Reichsabgaben anstatt Reichssteuern in §. 6 gewählt.

Von anderer Seite wurde betont, der §. 6 sei durchaus harmlos, er ersetze den §. 8 des alten Gesetzes in zweckentsprechender Weise und auch diejenigen, welche gegen das Flottengesetz an sich wären, könnten für den §. 6 als eine thatsächliche Verbesserung stimmen.

Schließlich wurde beantragt, daß in §. 7 Zeile 1 vor dem 7. Worte „Gesetz" noch eingeschaltet werde:

„noch in dieser Reichstagssession zu erlassenden"

und ferner in §. 7 Zeile 2 nach „S. 381)":

„und dem Gesetz, betreffend Abänderung des Zolltarifgesetzes".

Diese Anträge wurden mit 19 gegen 8 resp. 18 gegen 9 Stimmen angenommen, alsdann wurde §. 6 nach dem Antrag der Subkommission und §. 7 mit oben bezeichneten Aenderungen mit 18 gegen 9 Stimmen angenommen.

Seitens des Vertreters der verbündeten Regierungen wurde noch die Erklärung abgegeben, daß in die gegebene Berechnung (Anlage B zum Bericht) die Schiffsbaukosten, wie sich solche im Durchschnitt jährlich in den einzelnen Perioden stellen würden, aufgenommen seien, daß jedoch die genaue Berechnung der einzelnen Jahresraten insofern ein anderes Resultat ergebe, als die Baukosten sich in den ersten 5 Jahren höher, in der Folgezeit dagegen entsprechend niedriger stellen würden. Das Nähere gehe aus der Anlage C zum Bericht hervor.

Im Endresultat würde sich danach die Ersparniß gegen die Regierungsvorlage für die Jahre 1901—1917 auf etwa 390 060 000 ℳ schätzen lassen, die Verminderung der

Anleihe auf 350 860 000 ℳ und die Ermäßigung der Jahresausgabe für das Rechnungsjahr 1917 auf 59 510 000 ℳ.

Hierauf wurde aus der Mitte der Kommission erwidert, diese Ausführungen deckten sich mit den Ausgabe-Schätzungen, welche vom Antragsteller zu §. 1—5 bereits in der ersten Lesung aufgestellt worden seien (s. Seiten 5419 und 5421 des Berichts).

Schließlich wurden noch folgende weitere drei Resolutionen beantragt und angenommen:

Der Reichstag wolle beschließen:

2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen: daß der aus der Aenderung des Reichsstempelgesetzes noch verbleibende Ueberschuß zur Verminderung der Reichsschuld nach Maßgabe der hierüber im Etat zu treffenden Bestimmungen Verwendung finde;
3. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß im Interesse der Landwirthschaft und zum Zweck deren Versorgung mit den nöthigen Arbeitskräften die deutschen Reichsgrenzen für den erforderlichen Zuzug fremdländischer Arbeiter geöffnet werden;
4. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, spätestens Anfang der nächsten Session des Reichstags einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Besteuerung des Saccharins und ähnlicher Süßstoffe in einer der bestehenden Zuckersteuer und der Süßkraft der künstlichen Süßstoffe entsprechenden Höhe gesichert wird.

Zu 3 und 4 wurde bemerkt, daß sich die Begründung aus den bereits im Bericht enthaltenen Verhandlungen ergebe.

Zu 2 wurde seitens des Antragstellers erklärt:

Dieselbe solle eine Direktive geben, wonach bei der künftigen Aufstellung des Reichshaushalts-Etats entsprechende Vorsorge getroffen werden möge, daß etwaige Ueberschüsse, die sich in Folge der Aenderung des Reichsstempelgesetzes bei den Ueberweisungssteuern gegenüber dem ordentlichen Deckungsbedarf des Reichshaushalts-Etats ergeben, nicht den Einzelstaaten zu Gute kommen, sondern zur Verminderung der Reichsschuld nutzbar gemacht werden.

Den rechtlichen Charakter der Reichsstempelabgaben als Ueberweisungssteuern und die lex Lieber solle diese Resolution jedoch ebensowenig berühren als die bereits beschlossene Fassung des §. 6 des Flottengesetzes.

Eine Gesammtabstimmung über das Flottengesetz, wie es sich schließlich nach den Beschlüssen zweiter Lesung in der Kommission gestaltete, hat nicht stattgefunden.

Die Kommission beantragt nunmehr:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. dem vorliegenden Gesetzentwurf in der aus der angeschlossenen Zusammenstellung ersichtlichen Fassung die verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen;
2. folgende Resolutionen anzunehmen:

I. 1. daß vom Rechnungsjahre 1901 ab im Etat für die Verwaltung der Kaiserlichen Marine die vollen Kosten für Armirungen (statt bisher zwei Drittel) und von den Schiffsbaukosten sechs (statt bisher fünf) Prozent des Werths der Flotte auf den ordentlichen Etat übernommen werden;

2. daß der aus der Aenderung des Reichsstempelgesetzes noch verbleibende Ueberschuß zur Verminderung der Reichsschuld nach Maßgabe der hierüber im Etat zu treffenden Bestimmungen Verwendung finde;

II. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß im Interesse der Landwirthschaft und zum Zweck deren Versorgung mit den nöthigen Arbeitskräften die deutschen Reichsgrenzen für den erforderlichen Zuzug fremdländischer Arbeiter geöffnet werden;

III. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, spätestens Anfang der nächsten Session des Reichstags einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Besteuerung des Saccharins und ähnlicher Süßstoffe in einer der bestehenden Zuckersteuer und der Süßkraft der künstlichen Süßstoffe entsprechenden Höhe gesichert wird;

3. die zu dem Gesetzentwurf eingegangenen Petitionen durch die Beschlußfassung über denselben für erledigt zu erklären.

Berlin, den 22. Mai 1900.

Die Kommission für den Reichshaushalts-Etat.

v. Kardorff, Vorsitzender. **Müller** (Fulda), Berichterstatter. **Antrick.** Prinz **v. Arenberg.** Graf **v. Arnim. Bassermann. Bebel. Eickhoff. Frese. Gröber.** Dr. **Hasse.** Graf **v. Hompesch.** Graf **v. Klinckowstroem. Liebermann v. Sonnenberg.** Dr. **Lingens. Meister. Motty.** Dr. **Müller** (Sagan). Graf **v. Oriola.** Dr. **Paasche. Richter. Roeren. Singer. Speck. v. Staudy.** Dr. **Udo** Graf **zu Stolberg-Wernigerode.** Freiherr **v. Thüneseld. Will.**

Inhaltsübersicht des Berichts.

	Seite
Einleitung	5400—5401
A. Berathung der Grundsätze des Entwurfs:	
I. Nothwendigkeit der Flottenvermehrung	5401—5405
II. Kosten und Beschaffung der Mittel	5405—5409
III. Gesetzliche Festlegung	5409
IV. Durchführung der Flottenvermehrung	5409—5418
B. Berathung der einzelnen Bestimmungen des Entwurfs:	
Erste Lesung	5418—5426
Zweite Lesung	5426—5428
Anträge der Kommission	5428—5431
Anlagen A., B., C., D.	5431—5474

Zusammenstellung

des

Entwurfs einer Novelle zum Gesetze, betreffend die deutsche Flotte, vom 10. April 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 165)

mit

den Beschlüssen der Kommission für den Reichshaushalts-Etat.

Vorlage.

Entwurf einer Novelle

zum

Gesetze, betreffend die deutsche Flotte, vom 10. April 1898

(Reichs-Gesetzbl. S. 165).

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen rc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

I. Schiffsbestand.

§. 1.

1. Der in dem Gesetze, betreffend die deutsche Flotte, vom 10. April 1898 festgesetzte Schiffsbestand wird

vermehrt um

a) verwendungsbereit:

1 Flottenflaggschiff,
2 Geschwader zu je 8 Linienschiffen,
2 Große Kreuzer } als Aufklärungsschiffe der
8 Kleine Kreuzer } heimischen Schlachtflotte,
5 Große Kreuzer }
5 Kleine Kreuzer } für den Auslandsdienst;

b) als Materialreserve:

2 Linienschiffe,
1 Großen Kreuzer }
2 Kleine Kreuzer } für den Auslandsdienst;

vermindert um:

2 Divisionen zu je 4 Küstenpanzerschiffen.

2. Auf diese Vermehrung kommen die 8 Küstenpanzerschiffe bis zu ihrem Ersatz als Linienschiffe in Anrechnung.

Beschlüsse der Kommission.

Entwurf eines Gesetzes

betreffend

die deutsche Flotte.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen rc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

I. Schiffsbestand.

§. 1.

Es soll bestehen:

1. die Schlachtflotte:

aus 2 Flottenflaggschiffen,
4 Geschwadern zu je 8 Linienschiffen,
8 Großen Kreuzern } als Aufklärungsschiffen;
24 Kleinen Kreuzern }

2. die Auslandflotte:

aus 3 Großen Kreuzern,
10 Kleinen Kreuzern;

3. die Materialreserve:

aus 4 Linienschiffen,
3 Großen Kreuzern,
4 Kleinen Kreuzern.

Auf diesen Sollbestand kommen bei Erlaß dieses Gesetzes die in der Anlage A aufgeführten Schiffe in Anrechnung. Anl. A.

§. 2. **(Neu.)**

Ausgenommen bei Schiffsverlusten sollen ersetzt werden:

Linienschiffe nach 25 Jahren,
Kreuzer nach 20 Jahren.

Die Fristen laufen vom Jahre der Bewilligung der ersten Rate des zu ersetzenden Schiffes bis zur Bewilligung der ersten Rate des Ersatzschiffes.

Für den Zeitraum von 1901 bis 1917 werden die Ersatzbauten nach der Anlage B geregelt. Anl. B.

Vorlage.

II. Indiensthaltungen.

§. 2.

In Folge dieser Vermehrung gelten bezüglich der Indiensthaltungen der heimischen Schlachtflotte folgende Grundsätze:

1. Das erste und zweite Geschwader bilden die aktive Schlachtflotte, das dritte und vierte Geschwader die Reserve-Schlachtflotte.
2. Von der aktiven Schlachtflotte sollen sämmtliche, von der Reserve-Schlachtflotte soll die Hälfte der Linienschiffe und Kreuzer dauernd im Dienste gehalten werden.
3. Zu Manövern sollen einzelne außer Dienst befindliche Schiffe der Reserve-Schlachtflotte vorübergehend in Dienst gestellt werden.

III. Bereitstellung der Mittel.

§. 3.

Die Bereitstellung der in Folge dieses Gesetzes erforderlichen Mittel unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushalts-Etat.

Urkundlich 2c.

Gegeben 2c.

Beschlüsse der Kommission.

II. Indiensthaltung.

§. 3.

Bezüglich der Indiensthaltung der Schlachtflotte gelten folgende Grundsätze:

1. Das 1. und 2. Geschwader bilden die aktive Schlachtflotte,
   das 3. und 4. Geschwader die Reserve-Schlachtflotte.
2. Von der aktiven Schlachtflotte sollen sämmtliche, von der Reserve-Schlachtflotte die Hälfte der Linienschiffe und Kreuzer dauernd im Dienst gehalten werden.
3. Zu Manövern sollen einzelne außer Dienst befindliche Schiffe der Reserve-Schlachtflotte vorübergehend in Dienst gestellt werden.

III. Personalbestand. (Neu.)

§. 4.

An Deckoffizieren, Unteroffizieren und Gemeinen der Matrosendivisionen, Werftdivisionen und Torpedo-Abtheilungen sollen vorhanden sein:

1. volle Besatzungen für die zur aktiven Schlachtflotte gehörigen Schiffe, für die Hälfte der Torpedoboote, die Schulschiffe und die Spezialschiffe,
2. Besatzungsstämme (Maschinenpersonal $^2/_3$, übriges Personal $^1/_2$ der vollen Besatzungen) für die zur Reserve-Schlachtflotte gehörigen Schiffe, sowie für die 2. Hälfte der Torpedoboote,
3. $1\,^1/_2$ fache Besatzungen für die im Auslande befindlichen Schiffe,
4. der erforderliche Landbedarf,
5. ein Zuschlag von 5 Prozent zum Gesammtbedarf.

IV. Kosten.

§. 5.

Die Bereitstellung der **zur Ausführung** dieses Gesetzes erforderlichen Mittel unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushalts-Etat.

§. 6. **(Neu.)**

Insoweit vom Rechnungsjahre 1901 ab der Mehrbedarf an fortdauernden und einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats der Marineverwaltung den Mehrertrag der Reichsstempelabgaben über die Summe von 53708000 Mark hinaus übersteigt, und der Fehlbetrag nicht in den sonstigen Einnahmen des Reichs seine Deckung findet, darf der letztere nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsabgaben aufgebracht werden.

V. Schlußbestimmung. (Neu.)

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem, noch in dieser Session des Reichstags zu erlassenden Gesetz, betreffend Abänderung des Reichs-Stempelgesetzes vom 27. April 1894 (Reichs-Gesetzbl. S. 381) und dem Gesetz, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes, in Kraft.

Das Gesetz, betreffend die deutsche Flotte, vom 10. April 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 165) wird aufgehoben.

Urkundlich 2c.

Gegeben 2c.

Anlage A.

Nachweisung

der

bei Erlaß dieses Gesetzes auf den Sollbestand in Anrechnung kommenden Schiffe.

27 Linienschiffe.

1. Bayern.
2. Sachsen.
3. Württemberg.
4. Baden.
5. Oldenburg.
6. Brandenburg.
7. Kurfürst Friedr. Wilhelm.
8. Weißenburg.
9. Wörth.
10. Kaiser Friedrich III.
11. Kaiser Wilhelm II.
12. Kaiser Wilhelm d. Gr.
13. Kaiser Barbarossa.
14. Kaiser Karl d. Gr.
15. C.
16. D.
17. E.
18. F.
19. G.
20. Siegfried.
21. Beowulf.
22. Frithjof.
23. Hildebrand.
24. Heimdall.
25. Hagen.
26. Aegir.
27. Odin.

12 große Kreuzer.

1. König Wilhelm.
2. Kaiser.
3. Deutschland.
4. Kaiserin Augusta.
5. Hertha.
6. Victoria Louise.
7. Freya.
8. Hansa.
9. Vineta.
10. Fürst Bismarck.
11. Prinz Heinrich.
12. B.

29 kleine Kreuzer.

1. Zieten.
2. Blitz.
3. Pfeil.
4. Arkona.
5. Alexandrine.
6. Greif.
7. Irene.
8. Prinzeß Wilhelm.
9. Schwalbe.
10. Wacht.
11. Jagd.
12. Sperber.
13. Bussard.
14. Meteor.
15. Falke.
16. Komet.
17. Kormoran.
18. Kondor.
19. Seeadler.
20. Gefion.
21. Geier.
22. Hela.
23. Gazelle.
24. Niobe.
25. Nymphe.
26. C.
27. D.
28. E.
29. F.

Anlage B.

Vertheilung

der

in den Jahren 1901 bis 1917 einschließlich vorzunehmenden Ersatzbauten auf die einzelnen Jahre.

Ersatzjahr	Linienschiffe	große Kreuzer	kleine Kreuzer
1901	—	1	—
1902	—	1	1
1903	—	1	1
1904	—	—	2
1905	—	—	2
1906	2	—	2
1907	2	—	2
1908	2	—	2
1909	2	—	2
1910	1	1	2
1911	1	1	2
1912	1	1	2
1913	1	1	2
1914	1	1	2
1915	1	1	2
1916	1	1	2
1917	2	—	1
Summa	17	10	29

Anlage A.

Aeußerungen über die künftige Steigerung der Reichsausgaben.

1. Auswärtiges Amt.

Die Schutzgebiete bedürfen nach dem Ablauf eines nur etwa 15 jährigen Zeitraums, während dessen die zuerst erworbenen unter Reichsverwaltung stehen, naturgemäß noch einer weiteren Entwickelung nach den verschiedensten Richtungen hin. Insbesondere sind hierbei produktive Anlagen wie Eisenbahnen, Hafenbauten u. dgl. ins Auge zu fassen, wie andererseits auch mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß zum Schutze des sich weiter ausdehnenden Plantagenbetriebes und der Handelsniederlassungen eine Verstärkung der militärischen Machtmittel erforderlich werden wird.

In welchem Maße die Aufwendungen in einem 20 jährigen Zeitraume und innerhalb desselben von Jahr zu Jahr sich steigern werden, entzieht sich unter den gegebenen Verhältnissen durchaus einer auch nur auf ganz grobe Umrisse sich beschränkenden Veranschlagung, da nicht nur die Wünsche der Gouverneure der einzelnen Schutzgebiete und der Kolonial-Centralverwaltung in Berlin, sondern auch die — in keiner Weise vorher zu bestimmende — Stellungnahme der für die Geldbewilligung maßgebenden verschiedenen Faktoren und die allgemeine Finanzlage des Reichs sowohl wie der Schutzgebiete in Betracht zu ziehen sind.

Namentlich fehlt es aber auch an jedem Anhalt dafür, wieweit das Reich durch eine Erhöhung des Ausgabe-Etats der Schutzgebiete mehr belastet werden würde, da in erster Linie die letzteren selbst die Mittel aufzubringen haben und eine wesentliche Steigerung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit mindestens im Bereich der Möglichkeit liegt.

Auch hinsichtlich der übrigen Ausgaben, insbesondere derjenigen an Pensionen der Beamten, läßt sich in keiner Weise vorausberechnen, in welchem Umfange dieselben für das Ressort des Auswärtigen Amts bis zum Jahre 1920 etwa eine Steigerung erfahren werden.

2. Kriegsministerium.

Die gewünschten Angaben über die „voraussichtliche Steigerung der Ausgaben bis zum Jahre 1920" können in Betreff des diesseitigen Ressorts nicht gemacht werden.

Die Gestaltung des Militär-Etats ist von so vielen wechselnden Einflüssen — z. B. unsere Beziehungen zu den anderen Großmächten, die Heeresorganisationen der Nachbarstaaten, die Fortschritte der Technik — abhängig, daß jeder auch nur einigermaßen zuverlässige Maßstab für die Zukunft fehlt.

Nur darauf ist hinzuweisen, daß die durch das Gesetz vom 25. März 1899 bewilligten Mannschaften voraussichtlich durch die in den Jahren 1901 und 1902 aufzustellenden Formationen aufgebraucht werden. Im Jahre 1903 würde demnach die Anforderung der 7006 Köpfe, deren Bewilligung der Reichstag durch die Resolution IV vom 16. März 1899 in Aussicht gestellt hat, beginnen müssen.

3. Reichs-Marine-Amt.

Die voraussichtliche Steigerung der Ausgaben beim Pensionsfonds der Marine ist in Anlage V des Entwurfs einer Novelle zum Flottengesetz mit aufgeführt, auf welche daher lediglich Bezug genommen werden kann. Die voraussichtlichen Ausgaben für Neubewaffnung und Festungsbauten sind unter den „Sonstigen einmaligen Ausgaben" jener Anlage mit enthalten, dieselbe ergiebt auch, in welcher Weise diese Ausgaben auf ordentliche Einnahmen und Anleihe zu vertheilen sein würden.

Bezüglich der Anlagen in Kiautschou sind noch für eine Reihe von Jahren durchschnittlich dieselben Aufwendungen wie bisher zu erwarten.

Die Erwerbung weiterer maritimer Stützpunkte und Kohlenstationen ist zur Zeit nicht in Aussicht genommen. Inwiefern etwa die Küstenplätze der von der Kolonialverwaltung ressortirenden Schutzgebiete mehr als bisher im Interesse der Marine nutzbar zu machen oder mit besonderen Einrichtungen zu versehen sein würden, wird von der Entwickelung der Hafenanlagen dieser Plätze im Wesentlichen abhängen.

4. Reichsschatzamt.

Steigerung der Verzinsung der Reichsschuld. Nach dem Etat für 1900 sind im Wege des Kredits flüssig zu machen 72 602 029 ℳ. Die Zinsen hiervon betragen unter Zugrundelegung eines Zinsfußes von $3\frac{1}{2}$% = 2 541 700 ℳ.

Für 1900 sind unter Kapitel 72 Titel 4 der fortdauernden Ausgaben indessen nur angesetzt		870 000 =
mithin sind an Zinsen künftig mehr zu zahlen		1 671 700 ℳ.
Im Ergänzungs- (Nachtrags-) Etat für 1900 ist ein Anleihebedarf vorgesehen von	4 820 000 ℳ.	
Ferner wird der Anleihebedarf nach Maßgabe der Fortsetzungsraten, welche aus den bisherigen Bewilligungen für das Reichsheer, die Marine, die Eisenbahnverwaltung und für strategische Bahnen herrühren, sich steigern um etwa	197 700 000 =	
Von diesem gesammten künftigen Anleihebedarf von	202 520 000 ℳ.	
betragen die Zinsen bei einer $3\frac{1}{2}$% Verzinsung		7 088 200 ℳ.
Die Verzinsung der Reichsschuld wird sich hiernach steigern rund um zusammen		8 760 000 =

Die Istausgabe an Pensionen, Wittwen- und Waisengeldern 2c. hat sich in den abgeschlossenen zehn Rechnungsjahren von 1888/89 bis 1898 gesteigert um rund 38 000 000 ℳ. oder jährlich um 3 800 000 ℳ.

Sie betrug:

1888/89	38 912 489 =
1898	77 282 636 =
Steigerung . .	38 370 147 ℳ.

Die darin enthaltenen Ausgaben für die Betriebsverwaltungen (Post- und Telegraphenverwaltung, Reichsdruckerei, Eisenbahnverwaltung) betrugen:

im Jahre 1888/89	8 524 357 ℳ.
= = 1898	18 302 384 =
mithin berechnet sich die Steigerung für diese Verwaltungen allein auf . . .	9 778 027 ℳ.

Es fehlt an Momenten, welche zu der Annahme berechtigen, daß der Mehrbedarf für die nächsten Jahre wesentlich geringer sein wird.

5. Post- und Telegraphenverwaltung.

Außergewöhnliche erhebliche Ausgaben für das diesseitige Ressort, insbesondere für das Kolonial-Postwesen und für Ueberseekabel, sind, soweit sich zur Zeit übersehen läßt, in den nächsten 20 Jahren nicht zu erwarten; vielmehr wird voraussichtlich nur eine aus der regelmäßigen Zunahme des Verkehrs und der Erweiterung der Post- und Telegrapheneinrichtungen sich ergebende Steigerung der Ausgaben eintreten, der eine entsprechende Mehreinnahme an Porto und Telegraphengebühren gegenüberstehen wird.

Es ist anzunehmen, daß zu den Kolonial-Posteinrichtungen ein höherer Zuschuß, als jetzt, in den nächsten 20 Jahren nicht zu leisten sein wird.

Bezüglich der Ueberseekabel ist beabsichtigt, die Kosten für kürzere Küstenkabel entweder aus den laufenden Mitteln des Titels 52 zu bestreiten, oder auf Anleihe zu nehmen, die Herstellung und Legung, sowie den Betrieb größerer Ueberseekabel aber Privatgesellschaften zu übertragen, denen durch jährliche Zuschüsse aus laufenden Reichsmitteln (Titel 63) zu Hülfe zu kommen sein wird. Wenn für diese Beihülfen eine jährliche Erhöhung der Ausgaben um 300 000 ℳ. angenommen wird, so daß also 1920 das Maximum mit 6 Millionen Mark erreicht wäre, so wird es wahrscheinlich möglich sein, dem deutschen Seekabelnetz eine Ausdehnung zu geben, die den Anforderungen des Handels und Verkehrs sowie den Zwecken der Kriegsmarine und der deutschen überseeischen Besitzungen gerecht wird.

Die ganze Frage der Schaffung eines deutschen Seekabelnetzes befindet sich noch in den ersten Anfängen und bietet überdies eine Reihe von Schwierigkeiten, deren finanzielle Wirkungen zum größten Theil im Dunkeln liegen; eine Voraussage, in welcher Weise und in welcher Zeit die Entwickelung vor sich gehen wird, ist gegenwärtig nicht möglich. Der oben angegebene Betrag beruht daher auf einer ungefähren Schätzung.

Bei der Berechnung der anliegenden voraussichtlichen
5434 Steigerung der Ausgaben im Bereich des Reichsamts des Innern bis zum Jahre 1920 gegenüber dem Etat für 1900 sind die Ausgaben für Zwecke der Postdampfersubventionirung und der Arbeiterversicherung ausgeschieden und besonders behandelt, ferner sind die Ausgaben für das Patentamt und das Kanalamt außer Berücksichtigung gelassen, weil die Ausgaben dieser Aemter durch die eigenen Einnahmen bereits ihre Deckung finden oder voraussichtlich finden werden.

In Betreff der Postdampfersubventionen ist zu bemerken:

a) Die gegenwärtig dem Reichstage vorliegende afrikanische Postdampfervorlage (Nr. 702 der Drucksachen) sieht eine Reichsbeihülfe von jährlich 1 350 000 ℳ. statt bisher 900 000 ℳ für Afrika vor. Das Mehr von 450 000 ℳ jährlich würde vom 1. April 1901 ab auf 15 Jahre in den Etat einzustellen sein.

Ob während oder nach Ablauf des auf 15 Jahre abzuschließenden Vertrages, namentlich in Folge Vermehrung der Fahrten, eine weitere Erhöhung der Beihülfe nöthig werden wird, läßt sich nicht mit Sicherheit voraussagen. Außerhalb der Wahrscheinlichkeit liegt es nicht.

b) Im Verkehr mit Ostasien und Australien läuft der neue Vertrag vom 12. September/30. Oktober 1898 vom 1. Oktober 1899 bis 30. September 1914. Eine Erhöhung der Reichsbeihülfe von 5 590 000 ℳ. während der Vertragszeit ist wahrscheinlich nicht erforderlich. Auch für den Rest der Zeit bis 1920 möchte kaum mit einer Mehrausgabe zu rechnen sein, da die eventuell in Frage kommende Vermehrung der Fahrten nach Australien, wohin bisher nur vierwöchentliche Verbindung besteht, wohl nur durchgeführt werden dürfte, wenn sie keine erhöhten Anforderungen an die Reichskasse stellt.

c) Neue subventionirte Dampferlinien werden voraussichtlich den Etat des Reichsamts des Innern in absehbarer Zeit nicht belasten. Nachdem die Jebsen-Linie zwischen Shanghai und Tientsin wiederum für mehrere Jahre auf den Postetat genommen ist, das Gleiche bezüglich der Jaluit-Linie bevorsteht und für die Verbindung mit Samoa eine ähnliche Regelung zu erwarten ist, werden die quasikolonialen Dampferlinien wohl dauernd bei anderen Ressorts bleiben.

Ueber die Belastung, die dem Reiche aus der Arbeiterversicherungsgesetzgebung in den Jahren 1901 bis 1920 erwächst, ergiebt die beifolgende Denkschrift das Nähere. Seite 5434 ff. Inhalts der ihr beigegebenen Berechnung fallen der Reichskasse außer den Renten und den Rentenantheilen, welche auf militärische Dienstleistungen entfallen, nicht unerhebliche Beiträge zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung für die in Betrieben des Reichs beschäftigten Arbeiter zur Last. Letztere Ausgaben vertheilen sich auf sämmtliche Reichsressorts und sind deshalb bei der Ermittelung der das Reichsamt des Innern treffenden Ausgaben außer Betracht geblieben.

Die angeschlossene Uebersicht der einmaligen Ausgaben läßt erkennen, daß diese so bedeutenden Schwankungen unterliegen, daß eine Veranschlagung völlig ausgeschlossen ist. Aber auch hinsichtlich der in den Anlagen versuchten Veranschlagung der fortlaufenden Ausgaben muß bei der Unsicherheit der Unterlagen, auf denen diese Berechnungen beruhen, jede Verantwortlichkeit für deren Richtigkeit ausdrücklich und formell abgelehnt werden. S. 5498.

Berechnung

der

voraussichtlichen Steigerung der Ausgaben im Bereich des Reichsamts des Innern bis zum Jahre 1920 gegenüber dem Etat für 1900.

Bezeichnung der Ausgaben	Voraussichtliche Steigerung der Ausgaben im Bereich des Reichsamts des Innern bis zum Jahre 1920 gegenüber dem Etat für 1900.									
	1901 M.	1902 M.	1903 M.	1904 M	1905 M.	1906 M.	1907 M.	1908 M	1909 M.	1910 M.
Für den gesammten Geschäftsbereich des Reichsamts des Innern unter Ausschluß der Postdampfersubventionen, der durch die Arbeiterversicherungsgesetzgebung erwachsenden Ausgaben, sowie der Ausgaben für Patentamt und Kanalamt	400000	800000	1200000	1600000	2000000	2400000	2800000	3200000	3600000	4000000
Postdampfersubventionen . .	450000	450000	450000	450000	450000	450000	450000	450000	450000	450000
Ausgaben durch die Arbeiterversicherungsgesetzgebung .	3590500	5815000	7873800	9787300	11573700	13248900	14827100	16320400	17741500	19098800
Summe, welche auf ordentliche Mittel entfällt . . .	4440500	7065000	9523800	11837300	14023700	16098900	18077100	19970400	21791500	23548800

Bezeichnung der Ausgaben	Voraussichtliche Steigerung der Ausgaben im Bereich des Reichsamts des Innern bis zum Jahre 1920 gegenüber dem Etat für 1900.										Summe 1901 bis 1920
	1911 M	1912 M.	1913 M	1914 M	1915 M.	1916 M	1917 M.	1918 M.	1919 M.	1920 M	M.
Für den gesammten Geschäftsbereich des Reichsamts des Innern unter Ausschluß der Postdampfersubventionen, der durch die Arbeiterversicherungsgesetzgebung erwachsenden Ausgaben, sowie der Ausgaben für Patentamt und Kanalamt	4400000	4800000	5200000	5600000	6000000	6400000	6800000	7200000	7600000	8000000	84000000
Postdampfersubventionen . .	450000	450000	450000	450000	450000	450000	450000	450000	450000	450000	9000000
Ausgaben durch die Arbeiterversicherungsgesetzgebung .	20401600	21657600	22873800	24056300	25210500	26341300	27453100	28549600	29634400	30710400	376765600
Summe, welche auf ordentliche Mittel entfällt . . .	25251600	26907600	28523800	30106300	31660500	33191300	34703100	36199600	37684400	39160400	469765600

Berlin, den 16. April 1900.

Denkschrift,

betreffend

die Höhe der Belastung, welche dem Reiche aus der Arbeiterversicherungsgesetzgebung in den Jahren 1901 bis 1920 voraussichtlich erwächst.

Für die nachstehenden Untersuchungen über die Belastung des Reichs durch die Arbeiterversicherung sind die zur Zeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen maßgebend gewesen; sie berücksichtigen somit weder die aus den Novellen zu den Unfallversicherungsgesetzen und der geplanten Novelle zum Krankenversicherungsgesetze zu erwartende Mehrbelastung noch die aus der späteren Wittwen- und Waisenversicherung etwa folgende Belastungserhöhung. Auch sind diejenigen Kosten nicht in Betracht gezogen, welche durch etwaige Vermehrung des Beamtenpersonals der bei Durchführung der Arbeiterversicherungsgesetze betheiligten Reichsbehörden — Reichsamt des Innern, Reichs-Postamt und Reichs-Versicherungsamt — erforderlich werden.

Die Berechnungen umfassen

1. die Belastung des Reichs aus den Reichs-Zuschüssen (à 50 M. jährlich) zu den Invaliden- und Altersrenten und aus den auf die Dauer militärischer Dienstleistungen entfallenden Rentenantheilen (§. 35 und §. 40 Abs. 2 des Invalidenversicherungsgesetzes);
2. die Belastung des Reichs als Arbeitgeber aus Beiträgen zu der Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung der in Reichsbetrieben beschäftigten Arbeiter.

Da es sich um die thatsächlichen Gesammtaufwendungen des Reichs und nicht um Durchschnittsbeträge pro Kopf der in Betracht kommenden Personen handelt, so darf, wie das sonst zulässig ist, nicht mit einer konstanten Zahl von Versicherten gerechnet werden, vielmehr muß Rücksicht genommen werden auf die muthmaßliche Vermehrung sowohl der nach dem Invalidenversicherungsgesetz versicherten Personen als auch der in Reichsbetrieben beschäftigten Personen.*)

Zu 1. Die Zahl der nach dem Invalidenversicherungsgesetz versicherungspflichtigen Personen ist vom Kaiserlichen Statistischen Amt auf Grund der berufsstatistischen Erhebungen vom 14. Juni 1895 mit Einschluß der zur Zeit im Heere oder bei der Marine dienenden versicherungspflichtigen Personen auf

12 144 533

ermittelt. Berechnet man den durchschnittlichen Vermehrungsfaktor der versicherungspflichtigen Bevölkerung aus der Vermehrung der 1882 und 1895 gezählten Arbeiter in den drei Hauptberufsgruppen Landwirthschaft, Industrie, Handel und Verkehr (zu vergleichen Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Jahrgang 1897, Ergänzungsheft zum zweiten Hefte S. 10/11), so ergiebt sich als Vermehrungsfaktor f der Werth

$$f = \sqrt[13]{\frac{12\,816\,552}{10\,705\,324}} = 1{,}_{01394}.$$

Unter Zugrundelegung dieses Faktors erhält man für Mitte 1899 die Zahl

12 836 100

und für die Mitte der Jahre 1901 bis 1920 die in der beigefügten Tabelle I Spalte 2 wiedergegebenen Zahlen. Für Mitte 1920 ergiebt sich als Zahl der Versicherungspflichtigen

Tab. I. S. 5437.

17 166 800.

Es fragt sich nun, wie viele von diesen Personen alljährlich in den Rentengenuß neu eintreten, wie groß der jährliche Abgang an Rentenempfängern und der Bestand zu Anfang eines jeden Jahres sein wird.

Nach den dem Reichs-Versicherungsamt vierteljährlich von den Versicherungsträgern zugehenden Mittheilungen bezogen am 31. Dezember 1899

Invalidenrente .	324 319	Personen,
Altersrente . .	195 133	=
zusammen .	519 452	Personen;

am 31. Dezember 1898 bezogen

Invalidenrente .	264 899	Personen,
Altersrente . .	201 329	=
zusammen .	466 228	Personen,

während im Laufe des Jahres 1899 bewilligt wurden

113 981 Renten,

so daß in Fortfall kamen

60 757 Renten.

Hieraus ergiebt sich als mittlere Rentenzugangsziffer

$$\frac{113\,981}{12\,836\,100} = 0{,}_{00888}$$

und als mittlere Rentenabgangsziffer

$$\frac{60\,757}{466\,228 + \frac{113\,981}{2}} = 0{,}_{116}.$$

) Ueber die Zahlen bei Annahme einer konstanten Zahl von Versicherten und Arbeitern in Reichsbetrieben vergl. die Anmerkung) am Schluß dieser Darstellung.

Die an der Hand dieser Ziffern sich ergebenden Zahlen über den Rentenbestand sowie den jährlichen Zu- und Abgang von Rentenempfängern sind in der beigefügten Tabelle I Spalte 3–5 wiedergegeben.

Für den Neuzugang von Rentenempfängern (Z) wurden bisher wegen der zahlreichen Zurückdatirungen von Renten in Folge nachträglicher Geltendmachung des Anspruchs als Zuschuß für das Zugangsjahr 53 ℳ in Ansatz gebracht. Dieser Betrag erscheint für die Zukunft zu hoch, weil nach §. 41 Abs. 3 des Invalidenversicherungsgesetzes künftig für Zeiten, die beim Eingange des Antrags auf Bewilligung einer Rente länger als ein Jahr zurückliegen, die Rente nicht mehr gewährt wird. Der Betrag von 50 ℳ dürfte also für den Zugang (Z) ausreichen. Bringt man, wie bisher, für den Bestand (b) ebenfalls je 50 ℳ. und für den Abgang (a) je 25 ℳ in Anrechnung, so ergiebt sich der Reichszuschuß aus der Formel

$$50 \cdot b + 50 \cdot Z - 25\,a.$$

Die Berechnung dieses Ausdrucks ist in Tabelle I Spalte 6 erfolgt.

In dem Vorstehenden sind die vorübergehenden (Krankheits-) Renten nur insoweit eingeschlossen, als sie nach §. 10 des bisherigen Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zu gewähren waren; dagegen sind diejenigen Fälle nicht berücksichtigt, in welchen nach §. 16 des neuen Invalidenversicherungsgesetzes vom 1. Januar d. J. ab an nicht dauernd erwerbsunfähige Versicherte, welche während 26 Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig gewesen sind, eine Rente zu gewähren ist. Nach der Denkschrift zu dem neuen Invalidenversicherungsgesetz (zu vergl. zu Nr. 93 der Reichstagsdrucksachen, 10. Legislaturperiode, Session 1898/99 S. 24) berechnet sich die mittlere Krankheitsrentenziffer auf

$0{,}_{0016256}$;

der im Durchschnitt für jeden Fall zu zahlende Rentenzuschuß umfaßt 1/4 Jahr, beträgt also $12{,}_{50}$ ℳ, so daß auf jeden Versicherten jährlich

$$0{,}_{0046256} \cdot 12{,}_{50} = 0{,}_{05782}\ ℳ$$

kommen. Für das Jahr 1901 ergiebt sich somit als Reichszuschuß zu den Krankheitsrenten der Betrag von

$$13\,196\,400 \cdot 0{,}_{05782} = 763\,000\ ℳ,$$

und für die folgenden Jahre der Betrag von

$$763\,000 \cdot f,\ 763\,000 \cdot f^2,\ 763\,000 \cdot f^3$$

u. s. w.

worin f den oben ermittelten Vermehrungsfaktor der Versicherten von $1{,}_{01394}$ bezeichnet.

Weiterhin bleiben noch die auf militärische Dienstleistungen entfallenden Rentenantheile des Reichs zu ermitteln. Für diese Aufwendungen des Reichs, welche sich erst allmählich geltend machen werden, ist für das Jahr 1901 ein Betrag von 2 ‰ des Reichszuschusses aus Dauerrenten und für jedes folgende Jahr ein um 1 ‰ steigender Betrag in Ansatz gebracht worden. Die angeschlossene Tabelle I giebt in Spalte 7 die für Krankheitsrenten und Rentenantheile, welche auf die Dauer militärischer Dienstleistungen entfallen, ermittelte Belastung des Reichs wieder.

In Spalte 8 ist in 1000 ℳ abgerundet die muthmaßliche Gesammtbelastung des Reichs aus den vorgedachten Zuschüssen und Rentenantheilen dargestellt.

Zu 2. Die Zahl der in Reichsbetrieben beschäftigten versicherungspflichtigen Personen, für welche das Reich als Arbeitgeber Beiträge zur Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung zu entrichten hat, läßt sich mit Ausnahme der verhältnißmäßig wenigen, im Büreau- und Kanzleidienst beschäftigten und der Versicherungspflicht unterliegenden Personen aus dem vom Reichs-Versicherungsamt alljährlich

veröffentlichten Geschäfts- und Rechnungsergebnissen der gesammten Unfallversicherung entnehmen. Für die Jahre 1889 und 1898 ergeben sich für die nachbenannten Verwaltungen die folgenden Zahlen:

	1889	1898
Marineverwaltung	8 383	16 878
Heeresverwaltung	28 371	37 064
Post- und Telegraphenverwaltung	6 300	17 500
Verwaltung der Reichseisenbahnen	8 794	12 119
Kaiserliches Kanalamt	—	773
zusammen . .	51 848	84 334

In den 10 Jahren 1889 bis 1898 hat sich hiernach die Arbeiterzahl von 51 848 auf 84 334 oder durchschnittlich jährlich um rund

3249

erhöht.

Für die Veranschlagung der künftigen Zunahme sind sichere Unterlagen nicht vorhanden; eine Vermehrung der Arbeiter in Reichsbetrieben dürfte schon mit Rücksicht auf die fortgesetzte Erweiterung der Werften zu erwarten sein. Wird mangels anderer Anhaltspunkte die bisherige durchschnittliche Erhöhung der Arbeiterzahl auch für die Jahre bis 1920 angenommen, so ergeben sich die in der beigefügten Tabelle II Spalte 2 angegebenen Zahlen.

Tab. II. S. 5438.

Für die Invaliden- und Krankenversicherung wird der im Durchschnitt für jeden Versicherten jährlich aufzuwendende Beitrag als konstant angenommen werden dürfen. Denn für die erstere gilt das Prämiendurchschnittsverfahren mit gleichbleibenden Beiträgen; hier würde eine Steigerung des Durchschnittsbeitrags nur in Folge einer allgemeinen höheren Lohnklasseneinschätzung gegenüber der zur Zeit im Durchschnitt in Frage kommenden Lohnklasse III eintreten können, die sich aber der Veranschlagung entzieht. Man wird also für die Invalidenversicherung als Beitrag des Reichs im Durchschnitt pro Kopf der beschäftigten Arbeiter jährlich

$$52 \cdot \frac{0{,}24}{2} = 6{,}24 \text{ ℳ}$$

in Ansatz zu bringen haben. Auch für die Krankenversicherung darf wegen der gleichbleibenden Kassenleistungen mit einem konstanten Beitrag pro Kopf der beschäftigten Arbeiter gerechnet werden. Von allen Krankenkassen im Reiche sind in den Jahren 1892 bis 1896 auf 36 814 806 Mitglieder 568 702 282 ℳ oder im Durchschnitt pro Kopf

15,45 ℳ

ausgegeben. Nimmt man diese Aufwendung auch für die in Betrieben des Reichs gegen Krankheit versicherten Personen an, so hat das Reich durchschnittlich jährlich pro Kopf an Krankenversicherungsbeiträgen

$$\frac{1}{3} \cdot 15{,}45 = 5{,}15 \text{ ℳ}$$

aufzubringen.

Die Unfallversicherungsbeiträge, welche nach dem Umlageverfahren aufzubringen sind, werden wegen der noch fortgesetzt zunehmenden Zahl der Rentenempfänger im Durchschnitt pro Kopf der Versicherten noch weiterhin steigen, bis der jährliche Zu- und Abgang von Rentenempfängern sich ausgleicht; sie werden, soweit aus den bisherigen, im Wesentlichen dasselbe Ergebniß zeigenden Erfahrungen gefolgert werden darf, im Allgemeinen den für die gewerblichen Berufsgenossenschaften ermittelten, in Tabelle II Spalte 3 wiedergegebenen Zahlen gleichkommen.

Legt man diese Zahlen zu Grunde, so ergeben sich als jährliche Arbeitgeberbeiträge des Reichs für alle drei Versicherungszweige im Durchschnitt pro Kopf die in Tabelle II Spalte 4 angegebenen Beträge, welche mit den ermittelten Zahlen der in Betrieben des Reichs beschäftigten Arbeiter multiplizirt zu den in Spalte 5 der Tabelle II angegebenen Gesammtbeiträgen des Reichs in der Eigenschaft als Arbeitgeber führen.

Die voraussichtliche Gesammtbelastung*) des Reichs stellt sich demgemäß nach der gegenwärtigen Lage der Arbeiterversicherungsgesetzgebung und unter Berücksichtigung der Vermehrung sowohl der versicherungspflichtigen Bevölkerung im Allgemeinen wie der in Reichsbetrieben beschäftigten versicherten Personen wie folgt:

Kalenderjahr	Belastung des Reichs in 1000 ℳ		
	aus Zuschüssen zu den Renten und Rentenantheilen, welche auf militärische Dienstleistungen entfallen	aus Beiträgen zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung für die in Betrieben des Reichs beschäftigten Arbeiter	zusammen
1901	33 273,0	2 092,4	35 365,4
1902	35 497,5	2 208,4	37 705,9
1903	37 556,3	2 322,4	39 878,7
1904	39 469,8	2 438,9	41 908,7
1905	41 256,2	2 558,1	43 814,3
1906	42 931,4	2 679,8	45 611,2
1907	44 509,6	2 798,5	47 308,1
1908	46 002,9	2 919,4	48 922,3
1909	47 424,0	3 042,7	50 466,7
1910	48 781,3	3 168,1	51 949,4
1911	50 084,1	3 289,6	53 373,7
1912	51 340,1	3 413,0	54 753,1
1913	52 556,3	3 538,3	56 094,6
1914	53 738,8	3 665,6	57 404,4
1915	54 893,0	3 787,8	58 680,8
1916	56 023,8	3 911,7	59 935,5
1917	57 135,6	4 037,2	61 172,8
1918	58 232,1	4 164,4	62 396,5
1919	59 316,9	4 293,1	63 610,0
1920	60 392,9	4 423,5	64 816,4

*) Bei Annahme eines gleichbleibenden Versicherungsbestandes und somit konstanten Zuganges von 113 981 Rentenempfängern (Zugang 1899) sowie einer in Reichsbetrieben beschäftigten konstanten Arbeiterzahl von 84 334 (Zahl des Jahres 1898) berechnet sich

der Reichszuschuß zu den Dauerrenten auf	46,080	Million. Mark,
der Reichszuschuß zu den Krankheitsrenten auf	0,763	= =
die Belastung des Reichs für Antheile aus militärischen Dienstleistungen auf . .	0,968	= =
die Belastung des Reichs aus Arbeitgeberbeiträgen	2,394	= =
zusammen . . .	50,205	Million. Mark.

Tabelle I.

Berechnung der Belastung, welche dem Reiche in den Jahren 1901 bis 1920 aus Zuschüssen zu den Invaliden- und Altersrenten, sowie aus Rentenantheilen aus militärischen Dienstleistungen erwächst (§§. 35, 40 des Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899, Reichs-Gesetzbl. S. 393).

Rechnungsjahre (Kalenderjahre)	Muthmaßliche Zahl der versicherten Personen in der Mitte der Jahre Sp. 1	Bestand an Rentenempfängern zu Anfang der Jahre Sp. 1	Zugang an Rentenempfängern im Laufe der Jahre (Sp. 1)	Abgang an Rentenempfängern im Laufe der Jahre (Sp. 1)	Höhe des Reichszuschusses für die Jahre Sp. 1 (50 · b + 50 · z — 25 a)	Zuschläge für vorübergehende Renten (§. 40 des Ges.) und Antheile aus militärischen Dienstleistungen ꝛc.	Zusammen Spalte 6 und Spalte 7 abgerundet in 1000 M.
		b	z	a	M.	M.	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
1901	13 196 400	568 065	117 184	72 692	32 445 150	827 890	33 273,0
1902	13 380 400	612 557	118 818	77 948	34 620 050	877 460	35 497,5
1903	13 566 900	653 427	120 474	82 785	36 625 425	930 880	37 556,3
1904	13 756 000	691 116	122 153	87 254	38 482 100	987 720	39 469,8
1905	13 947 800	726 015	123 856	91 401	40 208 525	1 047 650	41 256,2
1906	14 142 200	758 470	125 583	95 266	41 821 000	1 110 390	42 931,4
1907	14 339 300	788 787	127 333	98 885	43 333 875	1 175 710	44 509,6
1908	14 539 200	817 235	129 108	102 288	44 759 450	1 243 430	46 002,9
1909	14 741 900	844 055	130 908	105 503	46 110 575	1 313 430	47 424,0
1910	14 947 400	869 460	132 733	108 556	47 395 750	1 385 550	48 781,3
1911	15 155 800	893 637	134 584	111 468	48 624 350	1 459 750	50 084,1
1912	15 367 100	916 753	136 460	114 258	49 804 200	1 535 910	51 340,1
1913	15 581 300	938 955	138 362	116 944	50 942 250	1 614 040	52 556,3
1914	15 798 500	960 373	140 291	119 540	52 044 700	1 694 080	53 738,8
1915	16 018 700	981 124	142 246	122 061	53 116 975	1 776 010	54 893,0
1916	16 242 000	1 001 309	144 229	124 517	54 163 975	1 859 840	56 023,8
1917	16 468 400	1 021 021	146 239	126 920	55 190 000	1 945 560	57 135,6
1918	16 698 000	1 040 340	148 278	129 280	56 198 900	2 033 190	58 232,1
1919	16 930 800	1 059 338	150 346	131 603	57 194 125	2 122 750	59 316,9
1920	17 166 800	1 078 081	152 441	133 899	58 178 625	2 214 270	60 392,9

Tabelle II.

Berechnung der Belastung des Reichs aus Beiträgen zur Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung für die in Betrieben des Reichs beschäftigten Arbeiter.

Rechnungsjahre (Kalenderjahre)	Muthmaßliche Zahl der in Reichsbetrieben beschäftigten Arbeiter	Höhe des Umlagebeitrags zur Unfallversicherung pro Kopf der Versicherten ℳ	Höhe des jährlichen Arbeitgeberbeitrags zur Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung pro Kopf der Versicherten ℳ	Gesammtjahresbeitrag des Reichs zur Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung für die in Reichsbetrieben beschäftigten Arbeiter (Spalte 2) ℳ
1.	2.	3.	4.	5.
1901	94 081	10,85	22,24	2 092 361
1902	97 330	11,30	22,69	2 208 418
1903	100 579	11,70	23,09	2 322 369
1904	103 828	12,10	23,49	2 438 920
1905	107 077	12,50	23,89	2 558 070
1906	110 326	12,90	24,29	2 679 819
1907	113 575	13,25	24,64	2 798 488
1908	116 824	13,60	24,99	2 919 432
1909	120 073	13,95	25,34	3 042 650
1910	123 322	14,30	25,69	3 168 142
1911	126 571	14,60	25,99	3 289 580
1912	129 820	14,90	26,29	3 412 968
1913	133 096	15,20	26,59	3 538 305
1914	136 318	15,50	26,89	3 665 591
1915	139 567	15,75	27,14	3 787 848
1916	142 816	16,00	27,39	3 911 730
1917	146 065	16,25	27,64	4 037 237
1918	149 314	16,50	27,89	4 164 367
1919	152 563	16,75	28,14	4 293 123
1920	155 812	17,00	28,39	4 423 503

Einmalige Ausgaben.

Etatsjahr	Etatssoll	Gegen das Vorjahr mehr	Gegen das Vorjahr weniger	
1880/81	518 000	—	290 000	
81/82	395 000	—	123 000	
82/83	1 465 000 *)	1 070 000	—	*) Unter Ausschluß des Reichstagsgebäudefonds.
83/84	1 120 000	—	345 000	
84/85	209 000	—	911 000	Desgl.
85/86	685 000	476 000	—	Desgl.
86/87	1 108 000	423 000	—	Desgl.
87/88	888 000	—	220 000	Desgl. und des Kanalbaufonds.
88/89	1 080 000	192 000	—	Desgl.
89/90	498 000	—	582 000	Beide Fonds erscheinen von 1889/90 ab im außerordentlichen Etat.
90/91	457 000	—	41 000	
91/92	2 219 000	1 762 000	—	
92/93	4 715 000	2 496 000	—	
93/94	2 998 000	—	1 717 000	
94/95	4 305 000	1 307 000	—	
95/96	5 314 000	1 009 000	—	
96/97	3 405 000	—	1 909 000	
97/98	3 650 000	245 000	—	
98	1 763 000	—	1 887 000	
99	5 653 000	3 890 000	—	
1900	3 396 000 *)	—	2 257 000	
		12 870 000	9 992 000	
		2 878 000	—	
		+ 518 000		
		*) 3 396 000		

Anlage B.

Tabelle 1.

(Diese nach der ersten Lesung aufgestellte, auf Durchschnittskosten beruhende Geldbedarfsberechnung ist während der zweiten Lesung durch eine neue Berechnung (Anlage C), welche auf den thatsächlichen Jahreskosten beruht, ersetzt worden.)

Geldbedarfsberechnung

(Anlage B des Entwurfs einer Novelle zum Flottengesetz)

nach

Maßgabe der Beschlüsse der Kommission für den Reichshaushalts-Etat

in erster Lesung.

Aufgestellt im Reichs-Marine-Amt.

Lfde. Nr.	Bezeichnung der Ausgaben.	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907
	A. Marine-Etat.								
	Einmalige Ausgaben und zwar:								
1.	Schiffbau und Armirung . .	69,53	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	87,79	87,79
2.	Sonstige einmalige Ausgaben (Werft- und Hafenbauten 2c.)	8,95	18,00	18,00	18,00	18,00	18,00	18,00	18,00
3.	Summe . . .	78,48	118,00	118,00	118,00	18,	118,00	105,79	105,79
4.	Fortdauernde Ausgaben	73,91	70,91	85,91	91,91	97,91	103,91	109,91	115,91
5.	**Gesammtbetrag des Marine-Etats**	152,39	197,91	203,91	209,91	215,91	221,91	215,70	221,70
	B. Sonstige Ausgaben für Marinezwecke.								
6.	Marine-Pensions-Etat	3,61	3,97	4,33	4,69	5,05	5,41	5,77	6,13
7.	Verzinsung der Anleihe	12,54	14,54	16,43	18,20	19,85	21,39	22,49	23,50
8.	Summe A und B . . .	168,54	216,42	224,67	232,80	240,81	248,71	243,96	251,33
	Davon entfallen:								
	a) auf Anleihe:								
	Einmalige Ausgaben und zwar:	*) 6,87							
9.	Schiffbau	28,23	43,24	40,18	37,12	34,06	31,00	19,03	16,51
10.	Sonstige einmalige Ausgaben .	5,20	13,99	13,73	13,47	13,21	12,95	12,69	12,43
11.	insgesammt . . .	40,30	57,23	53,91	50,59	47,27	43,95	31,72	28,94
	b) auf ordentliche Einnahmen:								
	Einmalige Ausgaben und zwar:								
12.	Schiffbau	20,70	29,76	32,82	35,88	38,94	42,00	45,06	47,58
12a.	Armirung	13,73	27,00	27,00	27,00	27,00	27,00	23,70	23,70
13.	Sonstige einmalige Ausgaben .	3,75	4,01	4,27	4,53	4,79	5,05	5,31	5,57
14.	Summe . . .	38,18	60,77	64,09	67,41	70,73	74,05	74,07	76,85
15.	Fortdauernde Ausgaben (laufende Nummer 4, 6 und 7)	90,06	98,42	106,67	114,80	122,81	130,71	138,17	145,54
16.	insgesammt . . .	128,24	159,19	170,76	182,21	193,54	204,66	212,24	222,39
	Daraus ergiebt sich: eine Steigerung der Beanspruchung der ordentlichen Einnahmen								
17.	gegen das Vorjahr in Höhe von	13,80	30,95	11,57	11,45	11,33	11,22	7,48	10,15
18.	im Durchschnittt in Höhe von .								

*) Armirung.

1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
87,79	87,79	87,79	87,79	87,79	87,79	87,79	87,79	87,79	87,79	87,79	87,79	87,79
18,00	18,00	18,00	15,00	15,00	15,00	12,00	12,00	12,00	9,00	9,00	9,00	9,00
105,79	105,79	105,79	102,79	102,79	102,79	99,79	99,79	99,79	96,79	96,79	96,79	96,79
121,91	127,91	133,91	136,21	138,51	140,81	143,11	145,41	147,71	150,01	152,31	154,61	156,91
227,70	233,70	239,70	239,00	241,30	243,60	242,90	245,20	247,50	246,80	249,10	251,40	253,70
6,49	6,85	7,21	7,57	7,93	8,29	8,65	9,01	9,37	9,73	10,09	10,45	10,81
24,42	25,24	25,96	26,48	26,90	27,22	27,38	27,53	27,67	27,70	27,72	27,73	27,73
258,61	265,79	272,87	273,05	276,13	279,11	278,93	281,74	284,54	284,23	286,91	289,58	292,24
14,05	11,53	9,01	6,49	3,91	1,39	—	—	—	—	—	—	—
12,17	11,91	11,65	8,39	8,13	7,87	4,61	4,34	4,07	0,80	0,53	0,26	—
26,22	23,44	20,66	14,88	12,04	9,26	4,61	4,34	4,07	0,80	0,53	0,26	—
50,04	52,56	55,08	57,60	60,18	62,70	64,09	64,09	64,09	64,09	64,09	64,09	64,09
23,70	23,70	23,70	23,70	23,70	23,70	23,70	23,70	23,70	23,70	23,70	23,70	23,70
5,83	6,09	6,35	6,61	6,87	7,13	7,39	7,66	7,93	8,20	8,47	8,74	9,00
79,57	82,35	85,13	87,91	90,75	93,53	95,18	95,45	95,72	95,99	96,26	96,53	96,79
152,82	160,00	167,08	170,26	173,34	176,32	179,14	181,95	184,75	187,44	190,12	192,79	195,45
232,39	242,35	252,21	258,17	264,09	269,85	274,32	277,40	280,47	283,43	286,38	289,32	292,24
10,00	9,96	9,86	5,96	5,92	5,76	4,47	3,08	3,07	2,96	2,95	2,94	2,92
8,20												

Erläuterungen zu Tabelle 1.

1. **Schiffbaukosten.** Durch den Abstrich von 6 großen und 7 kleinen Kreuzern werden 146,5 Millionen Mark erspart.

   In Folge der vorgenommenen gleichmäßigen Vertheilung der Ersatzbauten vertheilt sich diese Ersparniß annähernd gleichmäßig auf die Jahre 1906 bis 1917. Statt 100 Millionen Mark beträgt mithin die Jahresquote von 1906 ab 87,79 Millionen Mark.

2. Die **sonstigen einmaligen Ausgaben** (Landbefestigungen, Dockbauten, Werft- und Hafenanlagen) werden durch den Wegfall der Auslandsschiffe nicht geändert.

3. Die **fortdauernden Ausgaben** erfahren im Jahre 1920 durch den Wegfall der Indienststhaltung von 5 großen und 6 kleinen Auslandsschiffen eine Ermäßigung um etwa 25 Millionen Mark. Diese Ermäßigung tritt etwa vom Jahre 1911 ab in der Weise in die Erscheinung, daß sich die jährliche Steigerung der fortdauernden Ausgaben um $\frac{25}{10}$ Millionen Mark vermindert, mithin statt 4,8 nur 2,3 Millionen Mark jährlich beträgt.

4. Betrag der **Anleihe**
   a) Schiffbau- und Armirungskosten siehe Tabelle 2.
   b) Sonstige einmalige Ausgaben. In der Vertheilung auf Anleihe und ordentliche Einnahmen ist nichts geändert.

5. **Marine-Pensions-Etat.** An der Annahme, daß der Marine-Pensions-Etat im Jahre 1920 das Dreifache des Etatsansatzes für 1900 betragen wird, ist nichts geändert.

Tabelle 2.

Vertheilung

der

Schiffbau- und Armirungskosten

auf

ordentliche Einnahmen und Anleihe.

Lfd. Nr.	Erläuterung.	Jahr							
		1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908
1.	Schiffsbauwerth der Flotte	496	547	598	649	700	751	793	834
2.	6% des Schiffbauwerths*)	29,76	32,82	35,88	38,94	42,00	45,06	47,58	50,04
3.	Jährliche Armirungskosten	27,00	27,00	27,00	27,00	27,00	23,70	23,70	23,70
4.	Auf ordentliche Einnahmen entfallen (lfd. Nr. 2 und 3)	56,76	59,82	62,88	65,94	69,00	68,76	71,28	73,74
5.	Jährliche Quote für Schiffsbauten und Armirungen	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	87,79	87,79	87,79
6.	Auf die Anleihe entfallen (lfd. Nr. 5 abzüglich Nr. 4)	43,24	40,18	37,12	34,06	31,00	19,03	16,51	14,05

*) Die jährlichen Schiffbaukosten betragen in den Jahren 1901 bis 1905 je 73 Millionen Mark, in den Jahren 1906 bis 1920 je 64 Millionen Mark. Vom Jahre 1914 ab bleiben die Aufwendungen für Schiffbau hinter den in Spalte 2 nachgewiesenen 6% des Schiffbauwerths zurück.

Jahr											
1909	1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
876	918	960	1003	1045	1087	1129	1171	1213	1255	1297	1339
52,56	55,08	57,60	60,18	62,70	65,22	67,74	70,26	72,78	75,30	77,82	80,34
23,70	23,70	23,70	23,70	23,70	23,70	23,70	23,70	23,70	23,70	23,70	23,70
76,26	78,78	81,30	83,88	86,40	88,92	91,44	93,96	96,48	99,00	101,52	104,04
87,79	87,79	87,79	87,79	87,79	87,79	87,79	87,79	87,79	87,79	87,79	87,79
11,53	9,01	6,49	3,91	1,39	—	—	—	—	—	—	—

Geldbedarfs

(Anlage V der Begründung des Entwurfs einer Novelle zum Flottengesetz)

Aufgestellt im

Für Schiffbau und Armirung sind keine Durchschnittskosten, sondern die Jahreskosten, wie sie sich aus

Lfde. Nr.	Bezeichnung der Ausgaben.	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907
	A. Marine-Etat.								
	Einmalige Ausgaben und zwar:								
1.	Schiffbau und Armirung . .	69,53	102,80	108,50	107,80	101,10	100,90	97,70	89,70
2.	Sonstige einmalige Ausgaben (Werft- und Hafenbauten 2c.)	8,95	18,00	18,00	18,00	18,00	18,00	18,00	18,00
3.	Summe . . .	78,48	120,80	126,50	125,80	119,10	118,90	115,70	107,70
4.	Fortdauernde Ausgaben	73,91	79,91	85,91	91,91	97,91	103,91	109,91	115,91
5.	**Gesammtbetrag des Marine-Etats**	152,39	200,71	212,41	217,71	217,01	222,81	225,61	223,61
	B. Sonstige Ausgaben für Marinezwecke.								
6.	Marine-Pensions-Etat	3,61	3,97	4,33	4,69	5,05	5,41	5,77	6,13
7.	Verzinsung der Anleihe	12,54	14,58	16,68	18,65	20,33	21,89	23,25	24,31
8.	Summe A und B . . .	168,54	219,26	233,42	241,05	242,39	250,11	254,63	254,05
	Davon entfallen:								
	a) auf Anleihe:								
	Einmalige Ausgaben und zwar:	*) 6,87							
9.	Schiffbau	28,23	44,28	46,39	42,81	34,86	31,66	26,26	17,90
10.	Sonstige einmalige Ausgaben .	5,20	13,99	13,73	13,47	13,21	12,95	12,69	12,43
11.	insgesammt . . .	40,30	58,27	60,12	56,28	48,07	44,61	38,95	30,33
	b) auf ordentliche Einnahmen:								
	Einmalige Ausgaben und zwar:								
12.	Schiffbau	20,70	29,76	32,82	35,88	38,94	42,00	45,06	47,58
12a.	Armirung	13,73	28,76	29,29	29,11	27,30	27,24	26,38	24,22
13.	Sonstige einmalige Ausgaben .	3,75	4,01	4,27	4,53	4,79	5,05	5,31	5,57
14.	Summe . . .	38,18	62,53	66,38	69,52	71,03	74,29	76,75	77,37
15.	Fortdauernde Ausgaben (laufende Nummer 4, 6 und 7)	90,06	98,46	106,92	115,25	123,29	131,21	138,93	146,35
16.	insgesammt . . .	128,24	160,99	173,30	184,77	194,32	205,50	215,68	223,72
	Daraus ergiebt sich: eine Steigerung der Beanspruchung der ordentlichen Einnahmen								
17.	gegen das Vorjahr in Höhe von	13,80	32,75	12,31	11,47	9,55	11,18	10,18	8,04
18.	im Durchschnitt in Höhe von .								

*) Armirung.

Anlage C.

(Tritt an die Stelle der Anlage B Tabelle 1.)

Tabelle 1.

berechnung

nach Maßgabe der Beschlüsse der Kommission für den Reichshaushalts-Etat.

Reichs-Marine-Amt.

dem von Mitgliedern der Kommission aufgestellten Bauplan thatsächlich ergeben, in Ansatz gebracht.

1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917	Summe 1901 bis 1917
81,40	79,40	79,90	78,00	77,20	77,10	80,60	79,70	77,20	70,20	1 489,20
18,00	18,00	18,00	15,00	15,00	15,00	12,00	12,00	12,00	9,00	270,00
99,40	97,40	97,90	93,00	92,20	92,10	92,60	91,70	89,20	79,20	1 759,20
121,91	127,91	133,91	136,21	138,51	140,81	143,11	145,41	147,71	150,01	2 070,87
221,31	225,31	231,81	229,21	230,71	232,91	235,71	237,11	236,91	229,21	3 830,07
6,49	6,85	7,21	7,57	7,93	8,29	8,65	9,01	9,37	9,73	116,45
25,06	25,67	26,19	26,50	26,78	27,06	27,22	27,37	27,51	27,54	406,59
252,86	257,83	265,21	263,28	265,42	268,26	271,58	273,49	273,79	266,48	4 353,11
9,38	5,40	3,25	0,34	—	—	—	—	—	—	262,53
12,17	11,91	11,65	8,39	8,13	7,87	4,61	4,34	4,07	0,80	166,41
21,55	17,31	14,90	8,73	8,13	7,87	4,61	4,34	4,07	0,80	428,94
50,04	52,56	55,08	57,60	56,36	56,28	58,84	58,18	56,36	51,25	824,59
21,98	21,44	21,57	20,06	20,84	20,82	21,76	21,52	20,84	18,95	402,08
5,83	6,09	6,35	6,61	6,87	7,13	7,39	7,66	7,93	8,20	103,59
77,85	80,09	83,00	84,27	84,07	84,23	87,99	87,36	85,13	78,40	1 330,26
153,46	160,43	167,31	170,28	173,22	176,16	178,98	181,79	184,59	187,28	2 593,91
231,31	240,52	250,31	254,55	257,29	260,39	266,97	269,15	269,72	265,68	3 924,17
7,59	9,21	9,79	4,24	2,74	3,10	6,58	2,18	0,57	— 4,04	
8,08										

Erläuterungen zu Tabelle 1.

1. Die **Schiffbaukosten** ermäßigen sich bis zum Jahre 1917 durch den Abstrich von 6 großen und 7 kleinen Kreuzern, sowie durch die andere Gruppirung der Ersatzbauten gegen die Regierungsvorlage um 211 Millionen Mark.

2. Die **sonstigen einmaligen Ausgaben** (Landbefestigungen, Dockbauten, Werft- und Hafenanlagen) werden durch den Wegfall der Auslandsschiffe nicht geändert.

3. Die **fortdauernden Ausgaben** erfahren im Jahre 1920 durch den Wegfall der Indienstthaltung von 5 großen und 6 kleinen Auslandsschiffen eine Ermäßigung um etwa 25 Millionen Mark. Diese Ermäßigung tritt etwa vom Jahre 1911 ab in der Weise in die Erscheinung, daß sich die jährliche Steigerung der fortdauernden Ausgaben um $\frac{25}{10}$ Millionen Mark vermindert, mithin statt 4,8 nur 2,3 Millionen Mark jährlich beträgt.

4. Betrag der **Anleihe**
   a) Schiffbau- und Armirungskosten siehe Tabelle 2.
   b) Sonstige einmalige Ausgaben. In der Vertheilung auf Anleihe und ordentliche Einnahmen ist nichts geändert.

5. **Marine-Pensions-Etat.** An der Annahme, daß der Marine-Pensions-Etat im Jahre 1920 das Dreifache des Etatsansatzes für 1900 betragen wird, ist nichts geändert.

Tabelle 2.

Vertheilung

der

Schiffbau- und Armirungskosten

auf

ordentliche Einnahmen und Anleihe.

Lfd. Nr.	Erläuterung.	Jahr							
		1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908
1.	Schiffbauwerth der Flotte	496	547	598	649	700	751	793	834
2.	6 % des Schiffbauwerths*)	29,76	32,82	35,88	38,94	42,00	45,06	47,58	50,04
3.	Jährliche Armirungskosten (siehe Tabelle 3)	28,76	29,29	29,11	27,30	27,24	26,38	24,22	21,98
4.	Auf ordentliche Einnahmen würden entfallen (lfd. Nr. 2 und 3) . . .	58,52	62,11	64,99	66,24	69,24	71,44	71,80	72,02
5.	Jährliche Quote für Schiffsbauten und Armirungen (siehe Tabelle 3) . . .	102,80	108,50	107,80	101,10	100,90	97,70	89,70	81,40
6.	Auf die Anleihe entfallen (lfd. Nr. 5 abzüglich Nr. 4)	44,28	46,39	42,81	34,86	31,66	26,26	17,90	9,38

*) Vom Jahre 1912 ab bleiben die Aufwendungen für Schiffbau hinter den in Spalte 2 nachgewiesenen 6 % des Schiffbauwerths zurück.

Jahr										
1909	1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917	Summe 1901 bis 1917	
876	918	960	1003	1045	1087	1129	1171	1213	—	
52,56	55,08	57,60	60,18	62,70	65,22	67,74	70,26	72,78	886,20	
21,44	21,57	20,06	20,84	20,82	21,76	21,52	20,84	18,95	402,08	
74,00	76,65	77,66	81,02	83,52	86,98	89,26	91,10	91,73	1 288,28	
79,40	79,90	78,00	77,20	77,10	80,60	79,70	77,20	70,20	1 489,20	
5,40	3,25	0,34	—	—	—	—	—	—	262,53	

Berech

der jährlichen Schiffbau- und Armirungskosten nach den Beschlüssen der Kommission sowie des Zuschlags

(vergl. S. 3361 der Begründung

Erläuterung	Kosten						
	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907
Restraten für Schiffe aus den Forderungen bis einschließlich 1900	67,7	42,3	16,2				
Schiffbauquoten nach Maßgabe der Kommissionsbeschlüsse für neue Schiffe . . . . . (Berechnung Tabelle 4)	22,7	53,8	79,2	88,7	88,5	85,3	77,3
Zuschlag zum Bau von Spezialschiffen, für Umbauten und Preissteigerungen	12,4	12,4	12,4	12,4	12,4	12,4	12,4
Gesammte Schiffbauquote	102,8	108,5	107,8	101,1	100,9	97,7	89,7
Hiervon entfallen auf:							
Schiffbau 73 %	74,04	79,21	78,69	73,80	73,66	71,32	65,48
Armirung 27 %	28,76	29,29	29,11	27,30	27,24	26,38	24,22

nung

Tabelle 3.

für den Reichshaushalts-Etat mit Einschluß der Restraten aus der Zeit vor 1901, für Spezialschiffe 2c.

der Regierungsvorlage).

für											
1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917	Summe für 1901 bis 1917	
										126,2	
69,0	67,0	67,5	65,6	64,8	64,7	68,2	67,3	64,8	57,8	1152,2	
12,4	12,4	12,4	12,4	12,4	12,4	12,4	12,4	12,4	12,4	210,8	
81,4	79,4	79,9	78,0	77,2	77,1	80,6	79,7	77,2	70,2	1489,2	
59,42	57,96	58,33	57,94	56,36	56,28	58,84	58,18	56,36	51,25	1087,12	
21,98	21,44	21,57	20,06	20,84	20,82	21,76	21,52	20,84	18,95	402,08	

Tabelle 4.

Uebersicht

über die Kosten für Schiffsbauten und Armirungen in den Rechnungsjahren 1901 bis 1917 nach den Beschlüssen der Kommission für den Reichshaushalts-Etat.

Es sind in Bau zu nehmen					Die Kosten betragen							Summe
im Rechnungsjahre	Linienschiffe	Große Kreuzer	Kleine Kreuzer	Torpedobootsdivisionen	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	
					in Millionen Mark							
1901	2				9,4	16,4	14,6	9,6				50,0
		1			5,2	6,3	6,5					18,0
			3		5,1	5,4	6,0					16,5
				1	3,0	3,0						6,0
					22,7							
1902	2					9,4	16,4	14,6	9,6			50,0
		1				5,2	6,3	6,5				18,0
			3			5,1	5,4	6,0				16,5
				1		3,0	3,0					6,0
						53,8						
1903	2						9,4	16,4	14,6	9,6		50,0
		1					5,2	6,3	6,5			18,0
			2				3,4	3,6	4,0			11,0
				1			3,0	3,0				6,0
							79,2					
1904	2							9,4	16,4	14,6	9,6	50,0
		1						5,2	6,3	6,5		18,0
			3					5,1	5,4	6,0		16,5
				1				3,0	3,0			6,0
								88,7				
Seite . .	8	4	11	4					65,8	36,7	9,6	356,5

Es sind in Bau zu nehmen					Die Kosten betragen										
im Rechnungsjahre	Linienschiffe	Große Kreuzer	Kleine Kreuzer	Torpedobootsdivisionen	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914	Summe
					in Millionen Mark										
Uebertrag . .	8	4	11	4	65,8	36,7	9,6								356,5
1905	2	1	3	1	9,4 5,2 5,1 3,0 88,5	16,4 6,3 5,4 3,0	14,6 6,5 6,0	9,6							50,0 18,0 16,5 6,0
1906	2		3	1		9,4 5,1 3,0 85,3	16,4 5,4 3,0	14,6 6,0	9,6						50,0 16,5 6,0
1907	2		2	1			9,4 3,4 3,0 77,3	16,4 3,6 3,0	14,6 4,0	9,6					50,0 11,0 6,0
1908	2		2	1				9,4 3,4 3,0 69,0	16,4 3,6 3,0	14,6 4,0	9,6				50,0 11,0 6,0
1909	2		2	1					9,4 3,4 3,0 67,0	16,4 3,6 3,0	14,6 4,0	9,6			50,0 11,0 6,0
1910	1	1	2	1						4,7 5,2 3,4 3,0 67,5	8,2 6,3 3,6 3,0	7,3 6,5 4,0	4,8		25,0 18,0 11,0 6,0
1911	1	1	2	1							4,7 5,2 3,4 3,0 65,6	8,2 6,3 3,6 3,0	7,3 6,5 4,0	4,8	25,0 18,0 11,0 6,0
Seite . .	20	7	27	11								48,5	22,6	4,8	840,5

Es sind in Bau zu nehmen					Die Kosten betragen							
im Rechnungsjahre	Linienschiffe	Große Kreuzer	Kleine Kreuzer	Torpedobootsdivisionen	1912	1913	1914	1915	1916	1917	Summe	Nach 1917 fällige Raten
					in Millionen Mark							
Uebertrag	20	7	27	11	48,5	22,6	4,8				840,5	
1912	1	1	2	1	4,7 5,2 3,4 3,0 64,8	8,2 6,3 3,6 3,0	7,3 6,5 4,0	4,8			25,0 18,0 11,0 6,0	
1913	2	1	2	1		9,4 5,2 3,4 3,0 64,7	16,4 6,3 3,6 3,0	14,6 6,5 4,0	9,6		50,0 18 0 11,0 6,0	
1914	1	1	2	1			4,7 5,2 3,4 3,0 68,2	8,2 6,3 3,6 3,0	7,3 6,5 4,0	4,8	25,0 18,0 11,0 6,0	
1915	1	1	2	1				4,7 5,2 3,4 3,0 67,3	8,2 6,3 3,6 3,0	7,3 6,5 4,0	20,2 18,0 11,0 6,0	4,8
1916	1	1	2	1					4,7 5,2 3,4 3,0 64,8	8,2 6,3 3,6 3,0	12,9 11,5 7,0 6,0	12,1 6,5 4,0
Seite . .	26	12	37	16						43,7	1138,1	27,4

Es sind in Bau zu nehmen					Die Kosten betragen			
im Rechnungsjahre	Linienschiffe	Große Kreuzer	Kleine Kreuzer	Torpedobootsdivisionen	1917 in Mill. Mark	Summe	Nach 1917 fällige Raten	
Uebertrag	26	12	37	16	43,7	1 138,1	27,4	
	2				9,4	9,4	40,6	
1917			1		1,7	1,7	3,8	
				1	3,0	3,0	3,0	
					57,8			
Summe	28	12	38	17		1 152,2	74,8	

Tabelle 5.

Minderausgaben

von 1901 bis 1917 nach den Beschlüssen der Kommission für den Reichshaushalts-Etat gegenüber der Regierungsvorlage.

1. Gesammtersparniß.

Erläuterung	Nach der Regierungsvorlage.	Nach den Kommissionsbeschlüssen.	Erspart.
	Millionen Mark.		
Für Schiffsbauten und Armirungen	1 700,00	1 489,20	210,80
Fortdauernde Ausgaben	2 140,87	2 070,87	70,00
Anleihezinsen	515,85	406,59	109,26
Mithin Gesammtersparniß			390,06
2. Die Gesammtanleihe bis 1917 beträgt nach der Regierungsvorlage			779,80
nach den Kommissionsbeschlüssen			428,94
Weniger			350,86
3. Der Gesammtetat der Marine einschl. Pensionen und Anleihezinsen beträgt im Jahre 1917 nach der Regierungsvorlage			325,99
nach den Kommissionsbeschlüssen			266,48
Weniger			59,51

Anlage D.

Die Deutschen Kapitalanlagen in überseeischen Ländern.

Zusammengestellt im Reichs-Marine-Amte.

Inhaltsverzeichniß.

	Seite
Vorbemerkung	5458
A. Türkisches Reich	5458
B. Afrika:	
I. Nordafrika	5459
II. Westafrika	5459
III. Südafrika	5460
IV. Ostafrika	5460
C. Asien:	
I. Persisch-arabische Halbinsel und Vorderindien	5461
II. Südostasien	5461
III. Ostasien	5462
D. Australasien und Ozeanien:	
I. Australien	5463
II. Die ozeanische Inselwelt	5464
E. Länder um das amerikanische Mittelmeer:	
I. Mexiko	5464
II. Mittelamerika	5465
III. Westindien	5465
IV. Nordküste von Südamerika	5466
F. Südamerika (ausschließlich der Nordküste):	
I. Westküste von Südamerika	5467
II. Ostküste von Südamerika	5468
G. Nordamerika	5469
H. Zusammenfassung	5470
Anlage I. Tabellarische Darstellung der überseeischen Kapitalinteressen Deutschlands	5471
Anlage II. Die an deutschen Börsen gehandelten überseeischen Werthe	5473

Vorbemerkung.

Die Frage, in welcher Höhe deutsche Kapitalien und Kredite in ausländischen Unternehmungen arbeiten, war bis vor Kurzem keiner Beantwortung zugänglich. Erst mittelst einer durch die Vermittelung der deutschen konsularischen Vertretungen in überseeischen Ländern zu Anfang des Jahres 1898 eingeleiteten und nach und nach durchgeführten Erhebung sind genügende Unterlagen für die Schätzung eines Theiles der in Betracht kommenden Summen gewonnen worden. Eine absolute Vollständigkeit für die herangezogenen Länder besitzt, abgesehen von inzwischen eingetretenen Verschiebungen, auch diese Zusammenstellung allerdings noch nicht; weder gingen für alle Gebiete ausreichende Nachweise ein, noch gelang es für einzelne kleinere Landestheile überhaupt irgend welche Unterlagen zu erhalten. Außer Rechnung wurden von vornherein gelassen ganz Europa mit Ausnahme des türkischen Reichs, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die deutschen Schutzgebiete. —

Der Erhebung lag folgender Fragebogen zu Grunde:

Sind in Ihrem Gebiete (Staat, Konsularbezirk) vorhanden:

1. deutsche Handelshäuser?
   Wie hoch schätzen Sie die Summe des in denselben und durch dieselben arbeitenden Kapitals?
   Welches sind die Hauptzweige des von denselben betriebenen Handels?
   Handeln sie wesentlich mit Deutschland und Ihrem Lande oder treiben sie erheblichen Handel mit anderen Ländern und Zwischenhandel?
2. Deutscher Grundbesitz?
   Wie hoch bewerthet sich derselbe schätzungsweise?
3. Deutscher Plantagenbetrieb?
   Welcher Art ist derselbe?
   Was seine Ausdehnung?
   Was eventuell seine Erträge?
4. Deutsche Kredite für kaufmännische, industrielle oder landwirthschaftliche Unternehmungen?
5. Deutsche Bankhäuser und Bankinstitute beziehungsweise -aktiengesellschaften?
   Welches ist die Ausdehnung ihres Betriebs?
6. Schiffe unter deutscher Flagge in der Küstenschiffahrt?
7. Deutsche Kapitalanlagen in Eisenbahnen?
8. Deutsche Kapitalanlagen in Minen oder Bergwerken?
   Welcher Art sind dieselben?
   Und wie groß die angelegten Kapitalien?
9. Deutsche Kapitalanlagen in industriellen Unternehmungen?
   Welcher Art sind dieselben?
   Und wie groß die angelegten Kapitalien, eventuell die Erträge?
10. Deutsche geschlossene Ansiedelungen (Ackerbaukolonien)?
    Haben die Bewohner die deutsche Staatsangehörigkeit beibehalten?
    In welcher Lage befinden sie sich?
11. Sind sonstige deutsche Interessen entweder ansässiger deutscher Staatsangehöriger oder in Deutschland oder anderen Ländern domizilirender Deutscher vorhanden, und welches ist die Art und der Umfang derselben?

Die vorliegenden Resultate sind nunmehr zusammengezogen und zu einer systematischen Darstellung benutzt worden.

Scheinen auch viele Angaben schwankend und zweifelhaft, so bieten sie doch im Ganzen ein übersichtliches Bild über die einschlägigen deutschen Interessen in großen Theilen der Erde.

Ueber die Zahl der über See ansässigen Deutschen sind zur Zeit keine näheren Angaben erhältlich.

Nicht eingeschlossen in diese Aufstellung sind ferner natürlich die in deutschem Besitze befindlichen ausländischen Staatsanleihen und sonstigen Effekten, mit Ausnahme eines Theiles der Eisenbahn- und Minenpapiere. Zum Theil handelt es sich bei all diesem Effektenbesitz um die in Deutschland untergebrachten und an deutschen Börsenplätzen gehandelten Papiere; — eine genaue Werthberechnung der Beträge ist nicht möglich; es lassen sich nur die Namen der zum börsenmäßigen Verkehre vor Allem an den Plätzen Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. zugelassenen Werthe feststellen —. Zum Theil aber handelt es sich auch um in Deutschland nicht börsenmäßig gehandelte Werthe, die im Privatbesitze befindlich sind, oder schließlich um im Auslande für deutsche Rechnung gehandelte und verwaltete Papiere, — dann läßt sich hiervon überhaupt kein Bild gewinnen. — Anlage II enthält eine Zusammenstellung der in Deutschland börsenmäßig gehandelten überseeischen Werthe.

A. Türkisches Reich.

Das türkische Reich, welches sich mit Einschluß Egyptens über eine Fläche von der siebenfachen Größe Deutschlands zwischen dem 20. und 43. Breitengrad erstreckt und von etwa 40 Millionen Menschen bewohnt wird, ist neuerdings in steigendem Umfange zum Zielpunkte fruchtbarer Thätigkeit des deutschen Kaufmanns, des

deutschen Landwirths wie deutscher Industrieller und Eisenbahnunternehmer geworden. Durch die stetigen Besuche deutscher Gelehrter und Reisender in diesen Gegenden, durch die Berufung zahlreicher deutscher Ingenieure, Beamten und Offiziere in hervorragende Stellungen hat sich der deutsche Einfluß im orientalischen Wirthschaftsleben erfreulich gefestigt und eine bedeutende Summe deutscher Interessen ist daselbst herangereift.

Der über 100 Millionen Mark betragende Handel zwischen Deutschland und der Türkei (einschließlich Egyptens) liegt zum weitaus größten Theil in den Händen der überall errichteten deutschen Handelshäuser, deren in den europäischen Provinzen etwa zwei Dutzend mit mehr als 5 Millionen Mark Betriebskapital, in Kleinasien und Palästina über 30 mit 6 bis 7 Millionen Mark, in Egypten gegen 50 mit 28 Millionen Mark für Einfuhr und Ausfuhr, Kommission, Spedition und gelegentlich auch im Versicherungs- und Bankgeschäft thätig waren sowie Kredite bis zu 30 und 35 Millionen Mark jährlich gewährten und vermittelten. Von einer dauernden Steigerung des Schiffsverkehrs mit Deutschland, der 1898 bereits 150 000 Registertonnen umfaßte, erwarten die deutschen Häuser ein weiteres Zunehmen des Bezugs von deutschen Industriewaaren; hier hat namentlich die ständige Ausdehnung der deutschen Levantelinie und ihrer Durchgangstarife fördernd gewirkt.

Von dem deutschen Grundbesitze, der einen Werth von 25 bis 30 Millionen Mark darstellt, entfallen gegen 13 000 ha in Egypten im Werthe von 5 Millionen Mark auf Baumwollen- und Zuckerpflanzungen; sie werfen einen Reinertrag von mehr als einer Drittel Million Mark alljährlich ab. Der überwiegende Theil aber besteht in städtischem Haus- und Anstaltsbesitze. In Palästina ragen unter den Besitzern die kirchlichen Stiftungen, Anstalten und Vereine hervor.

Unter den industriellen Kapitalanlagen nehmen die Eisenbahnen den ersten Rang ein. Mit 225 Millionen Mark waren schon 1898 deutsche Banken, Aktieninhaber und Unternehmer an den Bahngründungen in der europäischen und der asiatischen Türkei betheiligt. Ueber die Hälfte davon entfällt auf die anatolischen Strecken, welche nunmehr durch die neuen Konzessionen des Jahres 1899 eine große Erweiterung erfahren werden.*)

Der Bergwerksbetrieb hat nur unbedeutende Summen deutschen Geldes angezogen, um so reger ist die deutsche Unternehmung auf den Gebieten der Textilindustrie, der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, im Hotelwesen, in Eisfabriken, Wasserwerken u. s. w., darin im Ganzen 6 Millionen Mark von deutscher Seite angelegt waren.

Religiöse und wirthschaftliche Interessen haben in Palästina eine Anzahl von deutschen Ackerbauern und Handwerkern zu geschlossenen Siedelungen vereinigt, die in ökonomisch günstiger Lage befindlich sind und die alten Beziehungen zum Vaterlande beibehalten haben.

Sieht man von der großen Summe idealer und finanzieller Interessen, die die 1500 bis 2000 in der Türkei lebenden arbeitsamen und meist wohlhabenden Staatsangehörigen für Deutschland verkörpern, ab, so ergeben sich doch aus den Vertretungen bedeutender deutscher Versicherungs- und Rhedereigesellschaften, aus der Betheiligung des deutschen Finanzmarkts an den türkischen, namentlich den bulgarischen Emissionen in der Höhe von 20 Millionen und aus dem Bestehen zahlreicher kleinerer geschäftlicher Betriebe neben den oben genannten Beträgen noch so bedeutende Werthe, daß 1897/98 eine Gesammtsumme von **400 Millionen Mark** für sämmtliche wägbare Interessen der deutschen Wirthschaft im türkischen Reiche zu niedrig angesetzt ist. (Siehe Tabelle.)

*) Der Bau der Bagdadbahn erfordert nach sachverständiger Schätzung ein Kapital von etwa 400 Millionen Mark.

B. Afrika.

I. Nordafrika.

1. Für die deutschen Interessen an der Nordküste Afrikas liegen, abgesehen von Egypten (siehe S. 5458), Berichte nur aus Marokko und Tunis vor.

Im Konsulatsbezirke Tanger bestehen darnach 16 deutsche Handelshäuser mit einem Betriebskapitale von fast 2 Millionen Mark, die Einfuhr-, Ausfuhr- und Kommissionsgeschäfte besonders mit Deutschland und England betreiben. Ein Bankgeschäft ferner erzielte im Verkehre mit Deutschland, England und Frankreich 1896 Kassenumsätze in der Höhe von mehr als 20 Millionen Mark. Die dem Handel durch deutsche Häuser gewährten Kredite überstiegen 2 Millionen Mark und sollen namentlich in Zeiten guter Ernten noch wesentlich höher sich bewerthen.

Die gewerbliche Unternehmung beschränkte sich auf den Betrieb je einer mittleren Wachs- und Seifenfabrik. Der Plantagenbetrieb besteht im Wesentlichen nur aus Traubenpflanzungen. Der Grundbesitz beschränkt sich auf die Städte und ihre Umgebung; sein Werth überschritt 1897 nicht dreiviertel Millionen. In dem Schiffahrtsverkehre von vier der maurischen Häfen, auf die fast 1 Million Registertons entfielen, überwog die deutsche Flagge. Einschließlich der recht florirenden Vertretungen deutscher Industriefirmen und Versicherungen wird sich der Gesammtbetrag der mit diesem Lande verknüpften deutschen Geldinteressen auf 8 bis 10 Millionen Mark stellen.

2. In dem unter französischem Einflusse stehenden Tunis beschäftigen sich die 5 deutschen Handelshäuser — Betriebskapital eine Million Mark — mit der Einfuhr überwiegend deutscher, daneben französischer und anderer europäischer Waaren und ein Bankgeschäft außerdem mit der Geldvermittelung zwischen Deutschland einerseits und Tunis, Tripolis, Malta andererseits.

An sonstigen Interessen sind nur der städtische und ländliche deutsche Grundbesitz im Werthe von knapp einer halben Million Mark zu erwähnen. Insgesammt dürfte das hier in Frage stehende deutsche Kapitalsinteresse die Höhe von 2 bis 3 Millionen Mark nicht übersteigen. —

In den beiden berichtenden Ländern sind also im Ganzen **10 bis 12 Millionen Mark** an deutschen Geldwerthen vorhanden.

3. Für Algier läßt sich aus dem umfangreichen deutschen Schiffsverkehre mit diesem Lande ein nicht unerhebliches Interesse des deutschen Rheders und Kaufmanns ableiten.

II. Westafrika.

1. An der Westküste Afrikas sind in den außerdeutschen Gebieten nur geringe deutsche Interessen vertreten. In den 9 deutschen Handelshäusern, die im Konsulatsbezirke Monrovia (Liberia) bestehen und 14 weitere Filialen unterhalten, arbeitet nur ein Betriebskapital von anderthalb Millionen, das sich in dem flotten Austausche der Landesprodukte, namentlich von Kautschuk und Palmkernen, gegen von Deutschland eingeführte Genußmittel und Fabrikate gut verzinst.

Neben den größeren Kreditgewährungen, die dieser Handel erfordert, sind an sonstigen Interessen nur ein Flußschiffahrtsbetrieb, 2 Kaffeepflanzungen und die Vermögenswerthe in den Händen von 50 bis 100 deutschen Kaufleuten und Angestellten zu nennen, die aber die Ge-

sammtsumme der hier arbeitenden deutschen Werthe kaum über **5 Millionen** erheben.

2. Sonstige Interessengebiete bestehen für die deutsche Wirthschaft an der Westseite Afrikas im französischen Kongogebiet und dem Kongofreistaate, mit denen ein schwunghafter Handelsverkehr in der Entwickelung begriffen ist. Doch liegen von hier, den englischen und den portugiesischen Kolonien keine Berichte vor.

Ueberdies nahm die deutsche Schiffahrt an der Westküste Afrikas mit 150 000 Registertons (1899) gleich den Platz nach der englischen ein und bewältigte mehr als den vierten Theil des gesammten Schiffsverkehrs zwischen Europa und der Westküste.

III. Südafrika.

1. Im Caplande findet sich, wie in den meisten übrigen britischen Besitzungen, die Erscheinung, daß die zahlreichen daselbst über das ganze Land verstreuten Deutschen zum überwiegenden Theil in der sie umgebenden Nationalität aufgegangen sind und vielleicht nur zu einem Drittel ihre deutsche Staatsangehörigkeit bewahrt haben. Da aber, wie die Berichte melden, fast alle, auch die anderen zwei Drittel sich noch als Deutsche fühlen, so kann man zum mindesten indirekt von einer bedeutenden deutschen Interessenwelt in jenen Gegenden sprechen.

In den rein und gemischt deutschen Handelshäusern, welche an dem 35 Millionen betragenden Handel mit Deutschland stärker als die übrigen Handelsfirmen und ferner an dem Zwischenhandel mit den Nachbarstaaten erheblich betheiligt sind, stecken 10 bis 12 Millionen Mark Betriebskapitalien und Kreditbeträge von etwa der halben Höhe.

In industriellen Unternehmungen, wie Mühlen, Ziegeleien u. s. w., sind gegen 2 Millionen, im Grundbesitze, der theilweise in geschlossener Ansiedelungsform gruppirt ist, über 12 Millionen Mark angelegt.

Einschließlich der Betheiligung am Minenbetriebe mag sich so eine Gesammtinteressensumme, abzüglich der privaten Vermögenswerthe der einzelnen Deutschen, von **30 bis 40 Millionen** ergeben.

2. Im benachbarten Transvaal arbeiten ganz außerordentlich hohe deutsche Kapitalien nicht sowohl im Handels- und Bankgeschäft allein, in dem gegen 100 Millionen deutsche Kapitalien und Kredite stecken, die hauptsächlich einen lebhaften Handelsverkehr mit Deutschland und England vermitteln, sondern vor Allem auch in den Minenunternehmungen. Reichsdeutsche Häuser, Banken und Aktieninhaber finanziren diese reichen Betriebe mit Hunderten von Millionen; die amtlichen Berichte schätzen den Werth der Kapital-, Kredit- und Geldaktienbeträge, einschließlich der selbständigen deutschen Unternehmungen, auf 730 Millionen Mark.*)

Die stattliche Betheiligung an der niederländisch-südafrikanischen Eisenbahn und die sonstigen deutschen industriellen Unternehmungen treten freilich demgegenüber in den Hintergrund. Auch der Kaffee- und Tabackplantagenbetrieb wie der Grundbesitz, der hier und da sich zu ziemlich selbständigen deutschen oder halbdeutschen Ansiedelungen herausgebildet hat, so beträchtliche Werthe sie verkörpern, verschwinden vor jenen Summen.

*) Nach der „Kölnischen Zeitung" vom 13. Juli 1899 waren an dem gesammten Minenkapitale von Transvaal in der Höhe von 2 900 Millionen Mark Nominalkapital betheiligt: England mit 600, Deutschland mit 800, Frankreich mit 1 500 Millionen, während der „Statist" vom 27. Oktober 1899 bei Annahme eines gleichen Kapitals die Betheiligung Deutschlands, Englands und Frankreichs mit einem Verhältnisse von 4 zu 6 zu 8 bezeichnete. Eine Summe von 720 bis 800 Millionen Mark Minenantheilen wird noch heute von Sachverständigen als durchaus angemessen für diese Werthe bezeichnet.

Für ganz Transvaal mag sich immerhin eine Gesammtsumme deutscher Werthe von gegen **900 Millionen** Mark ergeben.

3. An der portugiesischen Küste von Südafrika, im Bezirke von Mozambique, halten sich die ziemlich vielseitig beanspruchten deutschen Werthe in bescheidenen Grenzen.

Auf den Handel entfallen kaum 10 Millionen Mark, die Kredite werden auf nicht ganz eine Million geschätzt.

Für die Summe der industriellen Interessen, die in dem Betrieb eines Wasserwerkes, einer elektrischen Anlage, einer Werft u. s. w. zum Ausdrucke kommen, fehlt eine Schätzung. Die Zuckerrohrplantagen mit 5000 ha Fläche werfen bislang nur einen mäßigen Ertrag ab.

Der sonstige Grundbesitz repräsentirt viel höhere Werthe, mindestens 4 Millionen Mark. Schlägt man zu alledem die Vermögensinteressen der einzelnen deutschen Gewerbtreibenden, so stellt sich das Gesammtinteresse Deutschlands an der portugiesischen Wirthschaftssphäre in Südafrika auf vielleicht **20 Millionen**.

Ein Gesammtüberblick über das in Südafrika, ausschließlich Deutsch-Südwestafrikas, steckende deutsche Geld und die wertheschaffende deutsche Arbeit daselbst führt zu einer Schätzung der dortigen deutschen Interessen auf **950 bis 960 Millionen** Mark.

IV. Ostafrika.

Im Bezirke Zanzibar haben sich die Anlagen deutscher Gelder und Arbeit mit Erfolg behauptet. Die sechs deutschen Handelshäuser mit ihren $2^1/_2$ bis 3 Millionen Kapitalien hatten 1897 einen Umsatz von rund 18 Millionen in Landesprodukten und Europawaaren sowie im Zwischenhandel. Durch die Besorgung englischer Bankgeschäfte in Beträgen von einigen 20 bis 30 Millionen und Vertretung der deutschen Ostafrikalinie steigern sie ihre Geschäftsinteressen nicht unwesentlich. Das Klima gestattet wenig andern als kommerziellen Betrieb, nur eine deutsche Eisfabrik hält sich neben den Kaufmannshäusern. Zuzüglich des Grundeigenthums und des Pachtbesitzes mögen sich die deutschen finanziellen Interessen im Zanzibargebiet auf vielleicht **5 Millionen** belaufen. —

Für Britisch-Ostafrika, den Sudan 2c. liegen Berichte nicht vor. —

Wie bedeutend Deutschland überhaupt an dem Wirthschaftsleben der gesammten ostafrikanischen Küste interessirt ist, geht aus dem intensiven Schiffahrtsverkehre der deutschen Flagge in den dortigen Häfen hervor. Die deutsche Linie an der Ostküste Afrikas ist doppelt so umfangreich, als die englische und die französische und vermittelt dementsprechend bei weitem das größte Geschäft. —

Obwohl die vorliegende Aufstellung die finanziellen Interessen Deutschlands an der Nord-, Ost- und Westküste und im Süden Afrikas durchaus nicht erschöpft, weil für eine Reihe von Gebieten die überaus zerstreuten deutschen Anlagen daselbst nicht erfaßt werden konnten, so ergiebt doch die Summirung der verzeichneten Werthe einen Betrag von **mehr als einer Milliarde.** Die bedeutenden Werthe, die ferner in den $8^1/_3$ Prozent der Gesammtfläche des Erdtheils ausmachenden deutschen Schutzgebieten stecken, der stetig steigende Antheil Deutschlands an dem $2^1/_2$ Milliarden Mark betragenden Gesammthandel Afrikas (ausschließlich Egyptens) — er betrug 1898 bereits 130 Millionen Mark und stand nur hinter dem englischen und französischen allerdings um ein Vielfaches höheren Antheil zurück —, der außerordentlich rege Schiffsverkehr zwischen Deutschland und dem schwarzen Erdtheil: alles dies erhöht das wirthschaftliche Interesse der Deutschen an Afrika weit über jenen Werthbetrag hinaus.

C. Asien.

I. Persisch-arabische Halbinsel und Vorderindien.

1. Auf der 4 Millionen Quadratkilometer fassenden, von etwa 11 Millionen Menschen bewohnten arabisch-persischen Halbinsel haben deutsche Wirthschaftspioniere allein erst in der Hauptstadt Teheran festen Fuß gefaßt, ein Handelshaus mit einer halben Million Betriebskapital, das ausschließlich deutsche und persische Produkte gegen einander eintauscht, begründet und einige leitende technische und militärische Stellungen im Dienste der persischen Regierung besetzt. Ein nicht unbedeutender Theil deutschen Handels wird außerdem durch fremde Firmen vermittelt. Aber höher als auf 1 bis 2 Millionen sind die deutschen Interessen in diesem Gebiete nicht zu ermitteln. Auf den Bazaren Persiens sollen allerdings vielfach indirekt zugeführte deutsche Waaren gehandelt werden.

2. Ganz anders auf dem zwei Drittel so großen, aber von 250 Millionen Menschen bewohntem Gebiete der unter britischer Herrschaft und Verwaltung stehenden vorderindischen Halbinsel. Zwischen diesen Ländern und dem Deutschen Reiche fluthet jahraus jahrein ein Waarenstrom im Werthe von weit über 250 Millionen hin und her. Dementsprechend arbeiten in den dortigen Konsulatsbezirken einige 30 rein deutsche Handelshäuser mit etwa 12 Millionen Mark Kapital im Einfuhr- und Ausfuhrgeschäft mit Deutschland, das allerdings von dem Umfange des englischen Geschäfts dieser Häuser noch übertroffen wird. Nebenbei arbeiten sie auch in der Schiffsmakelei und im Bankfach und erzielen dabei insgesammt Jahresumsätze, die häufig das Sechsfache ihres Stammkapitals betragen. Die Kredite halten sich auf gleich beträchtlicher Höhe und übersteigen 30 Millionen Mark. Zahlreiche deutsche Handelshäuser und industrielle Unternehmungen sind außerdem durch englische und einheimische Häuser an den verschiedensten Plätzen von Indien ständig vertreten, und ferner werden die einheimischen Häuser hier wie überall fortgesetzt von den Vertretern deutscher Handelsfirmen besucht.

Die in starker Entwickelung befindlichen, modern betriebenen Industrien finden in deutschen Unternehmern eifrige Vertreter und Förderer; Textil- und Holzfabriken, Mühlen, Düngerfabriken, auch eine Sodawasserfabrik sind mit einem Aufwand von 2 bis 3 Millionen Mark von Deutschen begründet und werfen Erträge bis zu 10 Prozent und mehr ab.

Thee-, Kaffee- und Vanilleplantagen von 2 bis 3 000 Hektar Umfang verzinsen ihr Anlagekapital von 5 Millionen zum Theil bereits ebenso hoch, bei anderen jüngeren Pflanzungen steht ein derartiger Gewinn in sicherer Aussicht. Der sonstige Grundbesitz in deutschen Händen hat keinen sehr bedeutenden Umfang, am stärksten sind unter den Grundeigenthümern einige deutsche Missionsgesellschaften vertreten.

Die wichtigsten deutschen Interessen liegen eben im Handel und besonders auch in einzelnen Bezirken im Zwischenhandel. — Nennenswerth sind noch die einflußreichen Stellungen deutscher Bürger in fremden Firmen. Auch kleinere Ladeninhaber, die aber zum Theil sich haben naturalisiren lassen, Hotelmanager, Vertreter von 16 deutschen Versicherungsgesellschaften bilden Elemente zur Förderung des Antheils der deutschen Wirthschaft an diesem reichen Lande, der sich nach runder Schätzung 1898 schon auf **über 50 Millionen** stellte.

II. Südostasien.

Im Südosten Asiens und seiner Inselwelt, einem Gebiete von mehr als 4 Millionen Quadratkilometern Landfläche mit der hohen Bevölkerungsziffer von 80 Millionen Menschen, breiten sich starke deutsche Interessen an den wichtigsten und fruchtbarsten Plätzen in stetiger Steigerung aus.

Deutschland unterhält mit Britisch- und Französisch-Hinterindien, Siam, den niederländischen und den ehemalig spanischen Inseln einen Handel im Werthe von 80 bis 90 Millionen und sieht alljährlich 250 bis 300 beladene Schiffe mit 500 bis 600 000 Registertons zwischen seinen Häfen und denen des südlichen und südöstlichen Asien hin und her dampfen.

1. Es bestehen auf dem hinterindischen Festlande, das Europa und besonders auch Deutschland mit Reis, tropischen Hölzern und Gewürzen versorgt, 30 und mehr deutsche Handelshäuser, mit einem Betriebskapitale von 10 bis 20 Millionen und Umsätzen, die bei vielen das Zehnfache des Anlagekapitals betragen, dank der reichen Geschäftsbeziehungen, die sich nicht auf Europa beschränken, sondern fast über die ganze Welt erstrecken; ein Bankhaus hat einen Umschlag von vielen Millionen. Die meisten dieser Häuser sind zugleich wieder eng liirt mit Reis-, Oel- und Sägemühlen u. dergl. im Werthe von 3 bis 4 Millionen, die ähnlich günstige Erträge erzielen.

In dem Grundbesitze, der ganz überwiegend von diesen Firmen repräsentirt wird, und in ihren Baulichkeiten stecken nach einer runden Schätzung Beträge von 50 Millionen. Ein Theil des Grundbesitzes entfällt auf deutsche Kaffee-, Kakao-, Vanille-, Taback- und Kautschukplantagen und ein Zinnbergwerk nebst Schmelze sowie eine Dockanlage im Bezirke Singapore, an der Deutsche betheiligt sind. Zu dem schon 1898 vorhandenen regen Küstenschiffahrtsbetriebe sind inzwischen bedeutende Erweiterungen durch den Erwerb zweier englischer Linien getreten (vergl. Denkschrift über „die Steigerung der deutschen Seeinteressen 1896 bis 1898" S. 54). Ein Kohlenunternehmen, ferner einige Detailgeschäfte liegen in deutschen Händen, und eine Reihe hervorragender Deutscher sind zur Reorganisation der siamesischen Staatsverwaltung mit hohem Gehalte berufen worden. Ihr Einkommen in Siam wird auf fast eine halbe Million geschätzt, das der übrigen Deutschen, abzüglich der großen Kaufleute, ist mit dem doppelten Betrage nicht zu hoch angesetzt.

Die Gesammtsumme der in Frage stehenden geldwerthen Interessen auf dem Festlande beträgt gegen 75 Millionen.

2. Noch weit intensiver bethätigt sich deutsche Unternehmung in der fruchtbaren niederländischen Inselwelt, mit ihren Schätzen an kostbaren Gewürzen, Kaffee und Taback. Deutsche und holländische Interessen sind hier vielfach in der Form von Theilhaberschaft und Kreditvereinigung so eng verwachsen, daß eine Aussonderung der deutschen Werthe nicht in allen Fällen möglich ist.

Mehr als 20 größtentheils rein deutsche Handelshäuser bestehen in Niederländisch Indien, die mit Hülfe eines Kapitals von 10 Millionen Mark im Ein- und Ausfuhrgeschäfte wie auch hier und da im Detailgeschäft Umsätze bis zur zehnfachen Höhe erzielen. Die Verschiffung der gesammten Tabackernte von Ostsumatra, etwa 200000 Ballen à 80 kg im Jahre, liegt z. B. in den Händen dreier deutscher Häuser.

Bildet auch der Handel mit Deutschland und Holland den Kern der Geschäfte der deutschen Handelshäuser, so erstrecken sich diese doch auch in reichem Maße auf England, Frankreich und die Vereinigten Staaten. Während über die Kreditgewährung bei diesen Transaktionen bestimmte Angaben nicht vorliegen, lassen die Berichte den außerordentlichen Umfang der Finanzgeschäfte deutscher Bankinstitute besonders in dem Bezirke Batavia erkennen.

Die industriellen Unternehmungen beschränken sich auf einige, an sich aber keineswegs unbedeutende Anlagen, wie elektrischer Betriebswerke, Eisfabrik und Sägemühlen; wichtiger ist jedenfalls die Betheiligung an 7 Goldminengesellschaften im Betrage von $2^1/_4$ Millionen Mark und an den javanischen Kleinbahnen.

Auf dem Plantagenbau aber beruhen die größten Interessen der Deutschen, namentlich in Sumatra. Dort gehören ihnen 9 Tabacksplantagen mit 16 330 ha Fläche, 6 Kaffeeplantagen im Umfange von 8520 ha, auf Java ferner Kaffee- und Pfefferplantagen von ähnlichem Umfange, auf Banda eine Muskatpflanzung; die Erträge sind insgesammt auf 20 bis 30 Millionen Mark anzusetzen. Hinzu tritt der Werth der Baulichkeiten, Wohnhäuser, Lagerräume und des Grundbesitzes, dessen Erwerb aber in Sumatra einige für Fremde hinderliche Vorschriften entgegenstehen.

Als bedeutende Träger deutscher Interessen müssen ferner die Missionare, Aerzte, Ingenieure, Plantagenleiter u. s. w. angesehen werden, so daß der zahlenmäßige Kapitalien- und Kreditbetrag von **100—150 Millionen** auch hier nicht annähernd den Gesammtwerth der deutschen Interessen erschöpft.

3. Auf den nunmehr amerikanischen Philippinen waren zur spanischen Zeit die Deutschen gleichfalls nicht unbedeutend vertreten. In 14 Importhäusern und 6 Platzgeschäften steckte 1898 ein werbendes Kapital von $6^1/_2$ bis 7 Millionen, das den dreifachen Umsatz in deutschen, spanischen und amerikanischen Einfuhrwaaren, Stahl-, Glas-, Gewebewaaren, Maschinen und im Tabackexport erzielte. Die entsprechenden Waarenkredite wurden auf $1^1/_2$ Millionen, der Zucker-, Taback- und Reisplantagenbesitz von mehr als 3000 ha im Umfang auf ebensoviel, die Goldminenbetheiligung und der Betrieb von Zigarren- und Zementfabriken, Apotheken und lithographischen Anstalten auf $1^1/_4$ Millionen Mark geschätzt. Ferner waren dort vier deutsche Rhedereien, drei Seeversicherungsgesellschaften und drei Feuerversicherungsgesellschaften ständig vertreten; letztere hatten einen Jahresumsatz von $2^1/_2$ Millionen Mark. Außerdem unterhielten dort deutsche technische Firmen Materiallager.

Einschließlich des sonstigen Grundbesitzes, der jedoch nicht sehr werthvoll war, mag die Gesammtsumme der deutschen Werthe in den Philippinen gegen **15 Millionen** betragen haben.

Im ganzen Gebiete sind also etwa **240 Millionen** deutschen Kapitals in Südostasien thätig.

III. Ostasien.

1. An der Ausbeutung Chinas hatte sich deutsches Kapital bis vor kurzem mit Ausnahme der Niederlassung von Handelshäusern in den Vertragshäfen nur in geringem Umfange betheiligt. Erst die Schaffung einer deutschen Interessensphäre und der Erwerb von Konzessionen für geschlossene deutsche Niederlassungen in einigen der Vertragshäfen hat begonnen, hier Wandel zu schaffen.

Die Handelsbeziehungen mit China waren allerdings bereits seit Jahrzehnten nicht ohne Bedeutung. Deutschland exportirte 1898 nach China für 48 und importirte für 21,7 Millionen Mark Waaren direkt. Deutsche Handelshäuser bestehen in der englischen Kolonie Hongkong und den chinesischen Plätzen Hankow, Swatow, Amoy, Futschau, Tschifu, Tientsin und Shanghai, im Ganzen 105 Häuser. Für 62 davon sind 17 Millionen Mark Kapital angegeben, für die 43 Handelshäuser von Shanghai liegt aber keine Angabe vor, und da dies bei weitem die bedeutendsten sind, ist das hier thatsächlich arbeitende Handelskapital als ein vielfaches des gedachten Betrags anzusehen. Ebenso steht es mit den Krediten, die nur für 21 Hongkonger Handelshäuser mit 46 Millionen Mark feststehen. Man wird demnach Betriebskapital und Kredite der in China ansässigen deutschen Handelshäuser mit weit über 100 Millionen Mark eher zu niedrig als zu hoch ansetzen können. Der Handel aller dieser Häuser mit Deutschland ist bedeutend und umfaßt in der Einfuhr hauptsächlich Maschinen und Eisenwaaren, in der Ausfuhr Thee, Reis und Federn.

Industrielle Unternehmungen giebt es nur sehr wenig. Nur in Shanghai wird eine Baumwoll- und Seidenspinnerei und eine Dockanlage mit annähernd 7 Millionen Mark Kapital betrieben. Außerdem ist deutsches Kapital vielfach betheiligt an englischen Gesellschaften, vor allem an Schiffahrts-, Dock- und Versicherungsgesellschaften in Hongkong mit ca. 50 Millionen, in Shanghai mit 75 Millionen Mark. Eisenbahnbau beabsichtigt das Deutsche Shantung-Eisenbahnsyndikat mit 54, den Abbau von Kohlenbergwerken das Shantung-Bergbausyndikat mit 12 Millionen Mark zu betreiben Der gesammte Grundbesitz deutscher Reichsangehöriger in China läßt sich schwer schätzen, dürfte aber nach den Angaben in den einzelnen fremden Niederlassungen ungefähr einen Werth von 8 Millionen Mark haben. Plantagenbau in deutschen Händen ist nicht vorhanden, abgesehen von 61 ha Weinbergen in Tschifu im Werthe von 100000 Mark. An sonstigen deutschen Kapitalinteressen ist zu erwähnen: das Kapital der deutsch-asiatischen Bank in Shanghai mit 10 Millionen Mark, die außerdem noch eine Forderung von $2^1/_2$ Millionen an der in chinesischem Staatseigenthume stehenden Bahn Tientsin—Taku hat, und das Geschäft der deutschen See- und Feuerversicherungs-Gesellschaften mit mindestens 2 Millionen versicherten Risiken.

Alles in Allem gefaßt dürften die deutschen Interessen in China, wenn man die in Kiautschou angelegten Kapitalien bei Seite läßt, die Summe von **300 Millionen Mark** übersteigen.

2. Die deutschen Interessen in Japan sind nicht so erheblich, wie man vielleicht anzunehmen geneigt wäre. Die Handelsbeziehungen mit Deutschland im Werthe von 53 Millionen Mark erhalten allerdings dadurch besondere Bedeutung, daß vorläufig noch $^4/_5$ dieser Summe auf die Einfuhr aus Deutschland kommen. Man zählt 65 deutsche Handelshäuser mit 24 Millionen Mark Kapital und mit 16 Millionen Mark deutschen Krediten, welch letztere aber nur auf das Importgeschäft kommen, während die Exportgeschäfte von japanischen Banken financirt werden. 42 Prozent des von den deutschen Häusern betriebenen Handels kommen auf Deutschland mit einem Umsatze von 100 Millionen Mark, während im Verkehre mit anderen Ländern 140 Millionen Mark umgesetzt werden.

Kapitalanlagen in industriellen Unternehmungen sind sehr unbedeutend und nur der Grundbesitz der Deutschen in der Fremdenniederlassung ist von einiger Wichtigkeit, er hatte 1898 einen Werth von 10 400 000 *M*. Dazu kommt noch das seinem Umfange nach nicht kontrolirbare auf japanischem Namen stehende Grundeigenthum deutscher Reichsangehöriger außerhalb der Fremdenniederlassung, das auf 6 Millionen Mark annähernd geschätzt wird.

3. Die deutschen Interessen auf der jetzt unter japanischer Herrschaft stehenden Insel Formosa werden mit $5^1/_2$, in dem von Japan beeinflußten Korea mit 1,7 Millionen Mark angegeben, so daß in dem direkt oder indirekt unter japanischem Einflusse stehenden Ostasien die deutschen Interessen auf etwa **65 bis 70 Millionen Mark** zu schätzen sind.

Die gesammten Interessen in Ostasien sind sonach auf **370 bis 400 Millionen** zu schätzen.

In Asien ausschließlich des Türkischen Reichs sind die deutschen Interessen mit **660 bis 700 Millionen** zu bemessen. —

D. Australasien und Ozeanien.

I. Australien.

Von den deutschen Interessen im türkischen Reiche, in Afrika und in Asien unterscheiden sich diejenigen in Australien dadurch, daß hier neben den deutschen Kapitalisten eine ungleich größere Anzahl von Deutschen im Lande weilt und arbeitet.

Wie in fast allen englischen Kolonien haben sie indeß auch hier nur zum Theil ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit bewahrt; auch zwangen die gesetzlichen Bestimmungen über den Landerwerb jeden fremden Bewerber um Grund und Boden zur Naturalisation. Von den 50 bis 60 000 geborenen Deutschen, neben denen sich vielleicht noch weitere 40 000 deutschredende Elemente finden, hat nur etwa die Hälfte ihr deutsches Bürgerrecht bewahrt. Immerhin ist aber die Summe der deutschen Kapitalinteressen auf diesem britischen Kontinente von äußerst bedeutendem Gewichte; sie vertheilen sich auf die verschiedenen Landestheile in ganz ungleichmäßiger Weise.

1. In Queensland arbeiten im Handelsgeschäfte nur wenig über 2 Millionen Betriebskapitalien; die dortigen deutschen Handelshäuser setzen zudem nur zu einem Drittel deutsche Waaren, im Uebrigen britische Einfuhrwaaren, um. Bedeutender ist die deutsche Betheiligung an industriellen Unternehmungen, z. B. an Minenbetrieben — 8 bis 9 Millionen —, an Gerbereien, Holzsägen, Druckerei, Betrieben der Nahrungs- und Genußmittelbranche u. s. w. — 3 Millionen —, und vor allem wichtig erscheint das deutsche Interesse an den landwirthschaftlichen Unternehmungen und den zum Theil genossenschaftlich betriebenen Zuckerplantagen; letztere, die sich über 4 500 ha hindehnen, werfen einen hohen Ertrag von 70 Mark pro Hektar ab und auch die sonstige Landarbeit, die von den Deutschen auf Ackerloosen meist mittleren Umfanges — von höchstens 64 ha — betrieben wird, scheint, nach ihrer Verbreitung zu urtheilen, nicht uneinträglich. Im bäuerlichen Grundbesitz ist ein Kapital von 13 Millionen Mark angelegt, während auf den städtischen Grundbesitz nur 5 Millionen Mark entfallen. Er gruppirt sich vielfach in der Form mehr oder minder geschlossener Ackerbaukolonien oder Dörfer, deren 37 in den amtlichen Berichten erwähnt werden; zugleich wird über die zufriedenstellende Lage, ja den Wohlstand, in dem sich diese Kolonien befinden, berichtet. Die Ansiedler pflanzen Mais, Zuckerrohr, Obst, Futterkräuter und treiben Vieh- und Milchwirthschaft.

Ueberhaupt macht die Gesammtlage der deutschen Elemente in Queensland, die nach dem Census von 1891 auf 20 000 — darunter 15 000 Reichsgebürtige — geschätzt wurden, einen günstigen Eindruck, ihr Gesammteinkommen wird auf jährlich 40 Millionen bewerthet. Daran partizipiren vornehmlich die Agenten der deutschen großen Rhedereien und Versicherungsgesellschaften, aber auch die kleinen Hausbesitzer und Gewerbtreibenden.

Mit einer Summe von **80 Millionen** mögen die geldwerthen deutschen Interessen in Queensland nicht zu hoch angesetzt sein.

2. Die für Deutschland bedeutsamste unter den australischen Kolonien ist jedenfalls Neu-Südwales. Hier arbeiten allein in den deutschen Handelshäusern, deren Zahl über 50 beträgt, gegen 85 Millionen Mark Betriebskapitalien, die sich in dem Einfuhrgeschäfte mit Deutschland, England und Belgien und dem Exporthandel nach Deutschland gut verzinsen, auch in dem blühenden Zwischenhandel Gelegenheit zu eifriger Bethätigung finden. Zu den Anlagekapitalien gesellen sich die recht beträchtlichen schwebenden Kredite.

Den hohen kommerziellen Interessen stehen entsprechende industrielle zur Seite. 50 bis 80 Millionen — eine genauere Feststellung ist bei der weit verbreiteten genossenschaftlichen Betheiligung zahlreicher kleinerer Kapitalbeträge nicht möglich — sind in Bergwerkunternehmungen angelegt. Weitere Millionen entfallen auf die Leder-, Instrumenten-, Konfektions- und Brauindustrie. Der deutsche Landbesitz, der einen Werth von 30 Millionen repräsentirt, ist zum Theil für Zuckerplantagenbetrieb und Weinbau, zum Theil zu Zwecken ausgedehnter Schafzüchtereien verwerthet, ein Theil ist in Ackerbaukolonien zusammengelegt. Der städtische Grundbesitz wird auf weitere 20 Millionen Mark bewerthet.

Die aus all dem bereits erhellende hohe Summe deutscher Werthe wird durch die Vermögensinteressen der Hunderte von deutschen Handwerkern, Krämern, Gastwirthen, Lehrern und der hier vertretenen deutschen Versicherungsgesellschaften um ein Bedeutendes gesteigert. Die Zahl der gesammten deutschen Elemente, die allerdings überwiegend naturalisirt sind, wurde 1891 auf 50 000 geschätzt.

Im Ganzen beziffern sich die deutschen Kapitalinteressen in Neu-Südwales auf weit über **200 Millionen.**

3. Der Staat Viktoria steht in seiner Bedeutung für die deutsche Wirthschaft nicht so sehr viel hinter Neu-Südwales zurück, wenn auch für einzelne Interessengebiete sich keine genaueren Zahlennachweise beibringen lassen.

In einigen zwanzig Handelshäusern sind hier gegen 70 Millionen Mark Kapitalien thätig. Sie befassen sich überwiegend mit dem englischen und amerikanischen Einfuhrgeschäft, während der deutsche Import fast ausschließlich in englischen Händen liegt; die gewährten Kreditbeträge werden als bedeutend bezeichnet.

In industrieller Unternehmung hat sich deutsches Kapital im Allgemeinen zwar noch recht wenig bethätigt, um so mehr aber in landwirthschaftlicher Arbeit und Kleingewerbebetrieb. 5- bis 6 000 wohlhabende Deutsche, allerdings meist naturalisirt, sitzen auf dem Lande. Ihre zahlreichen über das Land verstreuten Farmen schwanken im Umfange von 130 bis 600 Hektar. Zum Theil haben sie sich zu Ansiedelungen zusammengeschlossen; in 11 Fällen sind etwa je 100 bis 150 Deutsche zu einer Kolonie zusammengetreten. Die städtischen Elemente, die unter den 11 000 Deutschen Viktorias etwa die Hälfte ausmachen, die Handwerker, die Kaufleute, die Vertreter der deutschen Industriellen und Versicherungsgesellschaften, haben ihre Staatsangehörigkeit in den meisten Fällen bewahrt.

Die Gesammtsumme der deutschen Interessen kann, soweit eine Schätzung angängig ist, mit **150 Millionen** Mark angenommen werden.

4. Für Westaustralien lassen sich mangels zureichender Berichterstattung keinerlei Schätzungen aufmachen.

5. Für Südaustralien liegen in Folge der Verquickung deutscher und englischer Elemente nur unbestimmte Angaben über die deutschen Werthe und Wirthschaftsinteressen vor. Die Zahl der deutschen Handelshäuser, die zu zwei Dritteln Import, zu einem Drittel Export treiben, beläuft sich auf etwa 17, die Inhaber sind jedoch fast durchweg naturalisirt. Der Gesammthandel mit Deutschland, soweit er sich direkt und nicht durch die Vermittelung über England vollzieht, belief sich 1896 auf 12 Millionen Mark. Auch der Grundbesitz im Werthe von 20 Millionen Mark gehört überwiegend naturalisirten Deutschen. Von diesen — etwa 3 000 an der Zahl — lebt ein größerer Theil in 12 deutschen Dörfern vom Acker-, Wein- und Gemüsebau, allerdings nicht in sehr glänzenden Verhältnissen. Die Gesammtzahl aller deutschen Abkömmlinge

wurde hier Anfang der neunziger Jahre auf 20 000 geschätzt.

Mit **50 Millionen** Mark dürften unter diesen Umständen die deutschen Interessen hierorts ungefähr zu bewerthen sein.

6. Von der vorgelagerten Insel Tasmania sind außer den Niederlassungen zahlreicher deutscher Ackerbauer nur eine industrielle Anlage, ein Schmelzwerk, im Werthe von einer drittel Million zu erwähnen.

Der gesammte australische Kontinent einschließlich Tasmanias barg in dem Berichtsjahre, abgesehen von den nicht abschätzbaren Summen der Goldaktienbetheiligung, rund **550 bis 600 Millionen** an geldwerthen Interessen für die Deutschen.

II. Die ozeanische Inselwelt.

Abgesehen von den deutschen Schutzgebieten*) in der Südsee bestehen deutsche Interessenmittelpunkte in Neuseeland, auf den Tonga-, den Fidschi-Inseln und auf dem amerikanischen Hawai.

1. Auf Neuseeland sind die reindeutschen Elemente selten und durch Naturalisation und Mischehen vielfach in der einheimischen weißen Bevölkerung aufgegangen, so daß man meist nur von indirekten deutschen Interessen bei der deutschen Kapital- und Kreditbetheiligung am Handel, an den Goldminen und -wäschereien, neben den Vermögensinteressen der dort vertretenen deutschen Versicherungen, sprechen kann; sie dürften sich insgesammt nur auf kaum **10 Millionen** Mark belaufen.

Auf den anderen Inselgruppen erhalten sich die deutschen Bürger durchweg ihre Reichsangehörigkeit.

2. Sind auch auf den Tonga- und Fidschi-Inseln die dort angelegten deutschen Werthe zur Zeit nur gering und vorläufig auf einige Handelshäuser mit kaum 2 Millionen Mark Betriebskapital, die überwiegend mit England, Amerika und Australien den Handel vermitteln, auf einige wenige Zucker- und Kokosplantagen im Werthe von 1 Million Mark und auf die sonstigen Vermögensinteressen der Besitzer und Farmer beschränkt, so haben deutsche Arbeit und deutsches Kapital auf der Zuckerinsel Hawai bereits um so größere Erfolge zu verzeichnen gehabt.

3. Im Handel sind auf Hawai 13 Millionen fast ausschließlich in selbständigen deutschen Häusern angelegt, die Zucker, Reis, Kaffee besonders gegen die Industrieerzeugnisse Deutschlands und Amerikas austauschen und dabei Kredite von vielen Millionen für das hawaianische Geschäft selbst bewilligen oder von auswärts heranziehen; vor Allem aber sind die Deutschen in dem Zuckerplantagenbetriebe mit eigenen Unternehmungen oder bedeutenden Antheilen ganz hervorragend vertreten.**) 20 bis 25 Millionen arbeiten hier mit sehr gutem Erfolge; auf den deutschen Antheil entfallen von der Zuckerernte etwa 30 000 bis 40 000 Tonnen. Ebenso sind in Kaffeepflanzungen Deutsche, wenn auch in bescheideneren Grenzen, thätig. An deutschen industriellen Unternehmungen freilich ist nur eine Guanofabrik zu nennen; die Gesammtanlagen werden hier $1^3/_4$ Millionen nicht übersteigen. Der ganze deutsche Grundbesitz ist mit Ausnahme der Zuckerpflanzungen etwa $1^1/_2$ Millionen Mark werth.

Unter den 1550 Deutschen, die Hawai bewohnen, ist als eine besonders wichtige Gruppe die Schaar deutscher Arbeiterfamilien hervorzuheben, die ihre etwa 100 Haushaltungen zu einer Kolonie zusammengeschlossen haben und sich einer äußerst günstigen Lage erfreuen.

Die Gesammtsumme der in Hawai in Frage stehenden deutschen Interessen bleibt mithin kaum hinter **50 Millionen** zurück.

Der Antheil der Reichsdeutschen an allen den genannten Südseeinseln, ausschließlich der deutschen Schutzgebiete, wird zwischen **60 bis 70 Millionen** im Werthe schwanken.

In ganz Australasien und Ozeanien bemessen sich die deutschen Kapitalien auf **610 bis 670 Millionen.**

E. Länder um das amerikanische Mittelmeer.

I. Mexiko.

Der Staatenbund der 27 mexikanischen Republiken, die sich über einen Flächenraum von der drei- bis vierfachen Größe des deutschen Reichsgebiets ausbreiten, wird von einer Bevölkerung von 10 bis 15 Millionen, unter der das weiße Element allerdings nur zu kaum einem Fünftel vertreten ist, bewohnt. Hier liegt, dank der seit Jahrzehnten dort waltenden regen Arbeit deutscher Hände und deutschen Geldes, ein bedeutender Schatz deutscher kommerzieller und industrieller Interessen, die um so werthvoller erscheinen müssen, als sich die Träger und Vertreter derselben überall, soweit die Konsulate berichten, ihre deutsche Staatsangehörigkeit bewahrt haben und auch nur in selteneren Fällen Mischehen mit Kreolen eingegangen sind.

Unter den Inhabern der mehr als 50 deutschen großen Handelshäuser mit zahlreichen Filialen giebt es nur zwei oder drei „sogenannte Deutsche", die nicht mehr dem Reichsverband angehören. Deutschen Charakter trägt überwiegend auch der Betrieb aller Unternehmungen, indem der weitaus größte Theil des mehr als 30 Millionen Mark betragenden gesammten Spezialhandels zwischen Mexiko und dem Deutschen Reiche in ihren Händen ruht. Aus dem Umfange des 70 Millionen Mark übersteigenden Kapitals, das in diesen Handelshäusern arbeitet, ergiebt sich aber bereits von selbst und wird auch durch die Konsulatsberichte allenthalben bestätigt, daß die deutschen Handelshäuser nicht allein die Vermittelung des deutsch-mexikanischen Handels, der auf der einen Seite im Wesentlichen Material-, Spezereiwaaren, Kaffee, Taback und chemische Rohstoffe, auf der anderen vor Allem Eisen-, Erzwaaren, Maschinen und Textilwaaren umfaßt, besorgen, sondern daß sie überhaupt an dem auf eine halbe Milliarde geschätzten gesammten Außenhandels Mexikos, zumal mit den Vereinigten Staaten, England und Frankreich, stark betheiligt sind. Die große Mehrzahl der ersten Handelshäuser Mexikos ist in deutschen, speziell hanseatischen Händen.

Zahlreiche Handelshäuser dehnen ferner ihren Wirkungsbereich über das Export-, Import- und Kommissionsgeschäft auf das Bankgeschäft aus und erzielen dort in

---

*) Auf Samoa, das seit Eingang der Konsulatsberichte inzwischen größtentheils in deutschen Besitz übergegangen ist, haben sich schon seit längerer Zeit Ansätze zu einem deutschen Interessenzentrum herausgebildet. Eine Reihe von deutschen Handelshäusern, 1898 mit einem Betriebskapital von 3 Millionen Mark, treiben nicht unerheblichen Handel mit Deutschland und Amerika in Inselprodukten einerseits und Industriewaaren, Konserven u. s. w. andererseits.

Auch der Grundbesitz und Plantagenbetrieb haben eine bedeutende Ausdehnung genommen; sie repräsentirten vor zwei Jahren schon Werthe von über 5 Millionen. Auf den über 4 000 ha sich erstreckenden Pflanzungen wurden 1897 1 625 Tons Kopra, 10 000 Pfund reinen Kaffees, 2 000 Pfund reinen Kakaos und beträchtliche Mengen Bananen und Ananas gewonnen. Auf gewerblichem Gebiete bestanden allerdings mit Ausnahme eines Rhedereibetriebs mit 4 Küstenfahrern noch keinerlei Anlagen. Immerhin überschritt der gesammte deutsche Interessenbetrag damals schon **10 Millionen Mark.**

**) Hier ist nicht eingerechnet der größte Plantagenbesitzer, der ursprünglich deutsche Klaus Spreckels, der amerikanischer Bürger geworden ist.

manchen Fällen jährliche Umsätze von mehr als 5 Millionen. Wie es zum Theil das Ueberseegeschäft mit sich bringt, das Fristen von 3 oder 6 Monaten bei Waarenlieferungen gewährt, schweben andauernd beträchtliche Kreditverpflichtungen zwischen mexikanischen und reichsdeutschen, namentlich Hamburger Firmen einerseits, aber auch zwischen deutsch-mexikanischen Häusern und eingeborenen Lieferanten und Kunden andererseits, die bisweilen ihre Ernten gegen Waarenlieferungen oder Geldvorschüsse verpfänden. Wenn auch die Kreditgewährung in Folge der häufig nach unten schwankenden Silberpreise vielfache Bedenken gegen sich hat, so ist doch die Höhe der gewährten deutschen Kredite keineswegs unbedeutend und wird zum allermindesten auf 20 Millionen Mark geschätzt.

Sehr gern wendet sich deutsches Geld den industriellen Unternehmungen sowie dem Plantagenbetriebe zu. So wenig ausgedehnt auch die Betheiligung deutschen Kapitals im Bereiche des Eisenbahnbetriebs ist — hier sind eigentlich nur die Antheile einer deutschen Bank an der Isthmusbahn im Bezirke Veracruz zu nennen, sonst arbeitet darin meist amerikanisches Geld — um so mehr arbeitet es im Bergbau — namentlich auf Silber, Blei, Gold und auch Eisen — in der Höhe von etwa 17 Millionen Mark; ferner in Textilunternehmungen, in Oel- und Weizenmühlen, Tabackfabriken, Seifenfabriken und sonstigen größeren gewerblichen Betrieben, die meist mit Dampfkraftanlagen ausgestattet sind und insgesammt ein Betriebskapital von 11 Millionen Mark, das sich nach den vorliegenden Mittheilungen ausgezeichnet mit 10 und mehr Prozent verzinst, besitzen.

Noch stärker ist deutsches Kapital an den Pflanzungen daselbst interessirt. Die deutschen Kaffee-, Taback-, Vanille-, Zucker-, Baumwolle- und Getreideplantagen, denen sich hier und da Viehzüchtereien angliedern, bedecken eine Fläche von etwa 100 000 ha und repräsentiren einen Anlagewerth von 15 Millionen Mark. In Folge der Jugend dieser Unternehmungen waren die Erträge allerdings noch nicht überall auf der vollen Höhe.

Der Werth des von diesen Pflanzungen bedeckten Grundbesitzes einschließlich des sonstigen ländlichen und städtischen Hausbesitzes der Deutschen beziffert sich, soweit er nicht bereits in der vorigen Kapitalssumme eingerechnet ist, auf weitere 13 Millionen Mark.

Nach alledem kann man den Werth der Handels- und industriell-landwirthschaftlichen Interessen der mexikanischen Deutschen auf mindestens 150 Millionen Mark bemessen. Nimmt man dazu die von einzelnen Konsulaten gesondert angegebenen Kapitalien von Deutschen, die zwar persönlich ihren Wohnsitz außerhalb des Landes, meist nach der Heimath verlegt haben, aber ihr Kapital dort weiter arbeiten ließen, dazu die kapitalisirten Beträge der reichen Einkünfte der dortigen, durchschnittlich recht wohlhabenden Deutschen, die hohen Risikenbeträge der deutschen Versicherungsgesellschaften, die hier wie überall ihre Vertretungen unterhalten, dazu die Interessen, welche der stets sich steigernde Schiffsverkehr zwischen Mexiko und dem Reiche, der in den letzten vier Jahren um die Hälfte zugenommen hat, für die deutsche Rhederei bietet, so dürfte die Gesammtsumme der deutschen Interessen in Mexiko **200 Millionen** Mark weit übersteigen.

Eine noch erheblich höhere Schätzung lieferten 1897 die Sachverständigen der Hamburger Handelskammer, welche zu ungleich größeren Beträgen kamen und Ausstände und Habilitaciones in der Höhe von 183,6 Millionen Dollars und Fincas in der Höhe von 28,88 Millionen Dollars ansetzten, was einer Summe von **400 bis 450 Millionen** Mark entsprechen würde.

II. Mittelamerika.

1. Unter den Föderativrepubliken von Mittelamerika sind für das deutsche Wirthschaftsleben Guatemala, Nicaragua und Costa Rica besonders bedeutsam.

Von den 100 größeren und kleineren deutschen Handelshäusern und Gewerbeläden, die dort mit einem Kapitale von 35 Millionen Mark arbeiten, befaßt sich etwa die Hälfte mit dem überseeischen Einfuhr- und Ausfuhrhandel, sie besorgen den größten Theil des gesammten deutsch-mittelamerikanischen Handels, der besonders in Kaffee und Holz sehr lebhaft ist und in Ein- und Ausfuhr gegen 30 Millionen beträgt. Außerdem geht ein Theil des englischen und des kalifornischen Geschäfts durch ihre Hände und in 5 Fällen treiben sie berufsmäßig Bankgeschäfte. In kaufmännischen Unternehmungen und Waarenlieferungen zirkuliren außerdem Kredite in der Höhe von 60 bis 70 Millionen Mark. Das Schwergewicht der kommerziellen und industriellen Interessen ruht in Guatemala, auf das drei Viertel des Handels- und Kreditkapitals entfallen. Weitere 40 bis 50 Millionen sind in landwirthschaftlichen und industriellen Unternehmungen angelegt. $2^1/_2$ Millionen Betriebskapital arbeiten außerdem in zwei zum großen Theil deutschen Eisenbahngründungen und mehr als ebensoviel in einer Beleuchtungsanlage.

Diesen im Ganzen nicht sehr bedeutenden industriellen Anlagen stehen um so bedeutendere deutsche Plantagenunternehmungen gegenüber. 225 Farmen und Ländereien bedecken fast 3 300 qkm, die mit über 20 Millionen Kaffeebäumen und mit Zuckerrohr bepflanzt, 1897 Erträge von 1 500 bis 2 000 t Kaffee sowie zwei drittel Millionen Kilogramm Zucker lieferten und ohne den Grund und Boden allein einen Gesammtwerth von 20 Millionen Mark repräsentiren; hiervon entfallen wiederum auf Guatemala allein Dreiviertel.

Der überaus große deutsche Grundbesitz ist mit reichlich 76 Millionen Mark zu bewerthen, die sich zu 85 Prozent auf Guatemala, zu 12 Prozent auf Costarica und zu 3 Prozent auf Nicaragua vertheilen.

Berücksichtigt man dazu die Forderungen von Deutschen an die dortigen Regierungen und den deutschen Besitz der seit einigen Jahren freilich im Kurse außerordentlich gesunkenen Staatspapiere sowie denjenigen von Bankaktien und Hypotheken, die eine Summe von 9 Millionen Mark ausmachen, so ergeben sich für die gesammten deutschen Kredit- und Kapitalsinteressen in den drei bedeutenderen Staaten Guatemala, Nicaragua und Costarica Summen von **185+15+40 Millionen Mark.**

2. Einschließlich der 7 Millionen deutscher Werthe, die in San Salvador, und der 6 Millionen, die in Honduras in deutschen Handels-, Pflanzungs- und Industrieunternehmungen angelegt sind, aber mangels eingehender Berichte keine genauere Darstellung gestatten, übersteigt also der Gesammtwerth der deutschen Interessen in den mittelamerikanischen Republiken **eine viertel Milliarde.**

III. Westindien.

1. Welche Veränderungen der spanisch-amerikanische Krieg in dem Wirthschaftsleben Cubas im Gefolge haben wird, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, jedenfalls sind die bisher mit der zu zwei Drittel von Weißen bewohnten Insel verknüpften deutschen Interessen bis zum Kriege die bedeutendsten in diesem Wirthschaftsgebiete gewesen.

Selbst in den unruhigen politischen Zeiten des Jahres 1897/98 wurde der Kapitalwerth der 15 deutschen Handelshäuser im Konsulatsbezirk Havana auf 30 Millionen Mark geschätzt. Der nicht unbedeutende, etwa 17 Millionen Mark

betragende Handelsverkehr mit Deutschland, vornehmlich in Taback, Kaffee, Zucker, Reis und Industriewaaren, ruhte zum großen Theil in ihren Händen, und noch weit größer war ihr Antheil an dem Handel mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien. — Fünf dieser Häuser verbanden Bankgeschäfte mit ihren sonstigen Unternehmungen. Das größte Bankhaus von Cuba ist ein deutsches. Selbst in kriegerischen Zeiten erzielten sie Umsätze von fast 100 Millionen Mark, die in ruhigen Zeiten sich bereits auf das Anderthalbfache belaufen haben sollen.

Die Kreditgebahrung, welche unter den kritischen Verhältnissen starken Schwankungen ausgesetzt war, kann nicht genau dargestellt, trotz Allem aber als eine solche größesten Umfanges bezeichnet werden.

Während bei dem unentwickelten Eisenbahnbau des Landes die deutsche Kapitalbetheiligung hier eine kaum nennenswerthe war, fand deutsches Geld und deutsche Arbeit ein fruchtbares Feld auf anderen industriellen Gebieten, namentlich in der Taback- und Zuckerverarbeitung, aber auch in hygienotechnischen Unternehmungen (Wasserwerk, Eisfabrik), die sich in jenem Klima als recht rentabel erwiesen; an 10 Millionen Mark mögen darin angelegt sein.

Die Rohstofferzeugung für die erstgenannten Fabriken lag zum Theil auch in deutschen Händen oder erfreute sich energischer deutscher Betheiligung. Auf den 6000 bis 6500 ha umfassenden Kaffee-, Zucker- und Tabackplantagen verzinste sich das Anlagekapital, das auf viele Millionen berechnet wird, mit 9 bis 10 Prozent in friedlichen Zeiten. Der Grundbesitz in diesen Pflanzungen nebst den zugehörigen Baulichkeiten, ferner der Grundbesitz der vorgenannten industriellen Betriebe, wie der sonstige Wohnungs-, Weide- und Waldbesitz, hatte einen Werth von 15 bis 16 Millionen Mark.

Einschließlich der Einkünfte der zahlreich dort verstreuten deutschen Techniker, Handlungsgehülfen, Handwerker, Arbeiter, Kolonen und Viehzüchter, und weiter der Interessen der Handels- und Versicherungsvertretungen wird sich der Antheil der deutschen Wirthschaft an dem Leben und Weben dieser Insel selbst in ungünstigen Zeiten auf kaum weniger als **150 Millionen** Mark gestellt haben.

2. Das zweite reiche Zentrum deutscher Interessen in der westindischen Inselwelt ist die Insel Haiti mit der Negerrepublik Haiti und dem Mischlingsstaate St. Domingo. Wenngleich hier ebenfalls die ständigen politischen Wirren auf beiden Hälften einen Rückgang in der wirthschaftlichen Entwickelung zur Folge hatten, so sind doch nach wie vor die deutschen Interessen hier erheblich und erfolgreich in Thätigkeit.

Gegen 50 deutsche Handelshäuser mit einem Kapitale von etwa 15 Millionen Mark, über die berichtet wurde, vermittelten großentheils den Handel mit Deutschland, der in den letzten Jahren zwischen 10 und 16 Millionen schwankte, in weit umfassenderem Maßstab aber ferner die Handelsgeschäfte mit den Vereinigten Staaten, England, Frankreich und dem übrigen Europa; da der gesammte Außenhandel Haitis auf etwa 70 bis 80 Millionen Mark geschätzt wird und der weitaus wichtigste Zweig desselben, die Kaffeeausfuhr, in deutschen Händen liegt, da ferner der allergrößte Theil des im Handel dort arbeitenden Leihkapitals deutsch ist und mit den meisten größeren Unternehmungen zugleich Bankgeschäfte verbunden sind, so ist die Gesammtsumme der kommerziellen Interessen Deutschlands auf Haiti mit **50 Millionen** sicher zu niedrig gegriffen. Das deutsche Kapital, das dem reichen Lande sich lebhaft zugewandt hat, konzentrirt sich auf den Handel, da es, abgesehen von der Betheiligung an den dominicanischen Staatsanleihen und dem Schiffahrtsverkehre, bei den politischen Zuständen wenig Aussichten auf rentable Anlagen hat.

In dem Staate St. Domingo sind neben den Handelsniederlagen Zuckerplantagenbetrieb und eine Bierbrauerei die wichtigsten Unternehmungen in deutschen Händen. In Haiti hindert die für den Fremden bestehende gesetzliche Unmöglichkeit, Grundbesitz zu erwerben, die Deutschen, Plantagenbetrieb oder industrielle Unternehmungen zu begründen. Der hier und da benutzte Umweg, durch Ueberschreibung auf einen einheimischen Namen bei voller Hypothekenübernahme seitens des Fremdstaatlers Grundbesitzer zu werden, erweist sich neben seiner Kostspieligkeit vielfach als recht bedenklich, da er zu zahlreichen unangenehmen Prozessen führt und überdies der Hypothekenwerthbesitz bei den haitanischen Geldverhältnissen stark im Preise schwankt.

3. Ueber das nunmehr amerikanische Puerto Rico und die britischen, französischen und niederländischen Antillen liegen keine Berichte vor.

4. Vom dänischen St. Thomas, dem Zentrum des deutschen Schiffahrtsverkehrs in jenen Gegenden, werden die Geldwerthe der dort bestehenden deutschen Anlagen gleichfalls nicht berichtet.

Mit 250 Millionen Mark ist die Gesammtsumme der deutschen Werthe in Westindien ganz erheblich zu niedrig angenommen.

IV. Nordküste Südamerikas.

Im Süden reihen sich in den Länderkranz um das amerikanische Mittelmeer die am Caribischen Meere gelegenen Republiken Columbia und Venezuela des südamerikanischen Kontinents ein.

1. Der deutsche Handel mit Columbia im Jahre 1898 machte ein Drittel des dortigen Gesammthandels aus und ging zum größten Theil durch deutsche Handelshäuser, deren Kapital auf 20 Millionen Mark geschätzt wird. Die Hauptausfuhrprodukte sind Kaffee, Häute, Taback und Steinnüsse, während aus Deutschland hauptsächlich Manufakturwaaren eingeführt werden.

Außerdem sind zahlreiche, nicht in Columbien ansässige Deutschen in den deutschen Häusern mit Kapital betheiligt. Auch sind vielfach Agenturen für englische und amerikanische Firmen in deutschen Händen und viele Reisende deutscher Firmen kommen jährlich ins Land für Farb-, Eisen-, Manufakturwaaren und Drogen. Die Kredite, mit denen die ansässigen deutschen Handelshäuser arbeiten, sind, soweit sie überhaupt zahlenmäßig erfaßt werden können, auf über 60 Millionen Mark, der ihnen gehörige Grund und Boden auf über 2 Millionen Mark zu schätzen. Gerade der deutsche Grundbesitz hat sich in letzter Zeit dadurch stark vermehrt, daß vielfach an Zahlungsstatt Güter, Häuser, Kaffeeplantagen u. s. w. übernommen wurden. Kaffee- und Kakaoplantagen sind in der Größe von 20 000 ha in deutschen Händen und bringen bei günstiger Konjunktur 60 000 Mark jährliche Erträge. Industrielle Unternehmungen sind erst in geringem Umfange vorhanden. Am bedeutendsten ist eine deutsche Bierbrauerei mit 4 Millionen Mark Kapital. Außerdem sind von Deutschen ins Leben gerufen eine Sägemühle und zwei Baumwollenreinigungsanstalten. Eine Goldmine ist ganz, eine Quecksilbermine zum Theil in deutschen Händen. Neuerdings findet erhebliches Interesse das Projekt einer Drahtseilbahn zwischen Bogotá und Honda, wofür 5 bis 6 Millionen Mark veranschlagt sind.

Die gesammten deutschen Interessen in Columbien lassen sich nach Allem auf annähernd **100 Millionen** Mark schätzen.

2. In dem Föderativstaate Venezuela, dem ersten überseeischen Gebiete, wo vor 400 Jahren deutsche Kolonisatoren festen Fuß zu fassen versucht hatten, sind deutsche Interessen in erheblichem Umfange vorhanden.

Die Zahl der ansässigen Deutschen ist zwar nicht sehr groß, doch beherrscht der deutsche Kaufmann den venezolanischen Markt. Die deutschen Handelsbeziehungen mit Venezuela umfaßten 1898 einen Werth von fast 20 Millionen Mark, in der Ausfuhr nach Deutschland hauptsächlich Kaffee, Kakao, Kautschuck, Häute und Holz, in der Einfuhr von Deutschland her vor Allem Textilwaaren, Schießpulver und Eisenwaren. Die verschiedentlichen Krisen, die das Land in den letzten Jahren durchzumachen hatte, haben auch hier eine Abschwächung der Handelsbeziehungen eintreten lassen. Trotzdem arbeiten deutsche Handelshäuser hier mit einem Kapitale von 50 bis 60 Millionen Mark und mindestens ebenso hohen Krediten. Sie beziehen ihre Waare größtentheils aus Deutschland, treiben erheblichen Zwischenhandel und schließen auch Bankgeschäfte ab. Von industriellen Unternehmungen sind Bierbrauereien, Hutfabriken und eine Kaffeereinigungsfabrik mit 3 bis 5 Millionen Mark Kapital, außerdem die große Venezuela-Eisenbahn mit 60 Millionen Aktienkapital in deutschen Händen. Neuerdings ist von einer Hamburger Gesellschaft mit 2 Millionen Mark Kapital der Schlachthof für Caracas gebaut. Der Grundbesitz aller dieser Unternehmungen hat einen Werth von 10 bis 12 Millionen Mark.

Alles in Allem ergiebt sich, daß deutsche Interessen in Venezuela in Höhe von annähernd 200 Millionen Mark vorhanden sind.

Somit arbeitet deutsches Kapital in den Ländern um das amerikanische Mittelmeer herum in einem Betrage von **einer bis ein und einer viertel Milliarde.**

F. Südamerika (ausschließlich der Nordküste).

I. Westküste von Südamerika.

1. Nicht viel anders als im nördlichen Nachbarstaate Columbien liegen die Verhältnisse in Peru und Ecuador. Die ewigen Kriege, Aufstände und Handelsstreitigkeiten unter den mittel- und südamerikanischen Freistaaten lassen eine gedeihliche Fortentwickelung der einzelnen Wirthschaftsgebiete nur sehr langsam von Statten gehen und beeinflussen natürlicherweise die Anlage ausländischen Kapitals, das geordnete Zustände verlangt, in hohem Maße.

So haben auch die deutschen Handelsbeziehungen in Peru und Ecuador keineswegs den bedeutenden Umfang erlangt, welchen sie zweifellos angesichts des außerordentlichen Reichthums beider Länder gewinnen könnten.

Einer Einfuhr aus Deutschland im Werthe von 6,9 Millionen Mark, deren Hauptartikel Maschinen, Stahl-, Eisen- und Textilwaaren sind, steht eine Ausfuhr von 15,2 Millionen Mark an Landesprodukten wie Silbererzen, Kokaïn, Wolle, Baumwolle, Häuten, Kaffee und Zucker aus Peru und Kakao aus Ecuador gegenüber. Die zahlreichen deutschen Handelshäuser vermitteln zu gleichen Theilen den Handel mit Deutschland sowie mit den übrigen europäischen Ländern. Das Betriebskapital der kaufmännischen Firmen ist für Peru auf 25, für Ecuador auf 3 Millionen Mark, die entsprechenden Kredite auf 50 bezw. 6 Millionen Mark anzusetzen.

Das in industriellen Unternehmungen (Bierbrauereien, Möbel-, Seifen- und Kokaïnfabriken, Bäckereien und Schmiedeanstalten) angelegte Kapital ist schwer zu schätzen, jedenfalls aber nur gering und nicht über 2 Millionen Mark. In Minen und Bergwerken arbeiten etwas mehr als 3 Millionen Mark, und eine 70 km lange Eisenbahnstrecke von Pisco nach Ica steht in Pachtung eines Deutschen, der hierin etwa 400 000 Mark angelegt hat.

Von größerer Bedeutung aber sind auch hier die in deutschen Händen befindlichen Plantagen- und Farmbetriebe, für Zuckerrohr-, Baumwolle-, Kaffee-, Koka-, Reis- und Maisanbau in Peru, für Kakao und Viehzucht in Ecuador. Ihr Gesammtflächeninhalt kann wegen der in Peru noch im Rückstande befindlichen Landesaufnahme, die durch die stark gebirgige Bodenbeschaffenheit erschwert wird, auch nicht annähernd angegeben werden. Ihr Werth wird jedoch nach der Vermögenseinschätzung der Besitzer auf 6 Millionen Mark in Peru, auf 7 in Ecuador bewerthet. Die Höhe des Ertrags ist außerordentlich verschieden und schwankt je nach der Konjunktur zwischen 10 und 30 Prozent.

Außerdem besteht eine deutsche Ackerbaukolonie im Innern bei Huanuco gelegen, die von katholischen Auswanderern aus Bayern, Rheinpreußen und Deutsch-Tirol im Jahre 1858 gegründet wurde. Nach alledem wird eine Schätzung des gesammten deutschen Grundbesitzes in Peru und Ecuador (städtische, ländliche, Fabrik- und Minengrundstücke und Plantagen) mit 25 Millionen Mark eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein.

Die Deutschen Perus haben ihre Staatsangehörigkeit meist nicht beibehalten, sind aber nach Sprache und Sitte Deutsche geblieben und haben sich wenig mit Peruanern vermischt. Ihre Lage ist, soweit sie in den Hafenstädten wohnen oder Plantagen betreiben, eine recht günstige.

Die Gesammtsumme der deutschen Kapitalsinteressen in Peru und Ecuador ist mit **100 bis 120 Millionen** anzusetzen.

2. Bei weitem größer, als in den bisher besprochenen südamerikanischen Staaten, ist der Einfluß deutscher Arbeit und deutschen Kapitals in Chile, wo auch seit langem die Zustände verhältnißmäßig wohl geordnete sind. Seine außerordentlich günstige Lage am Meere, seine lang hingestreckte Küste, die sich vom 18. bis zum 55. Breitengrade hinzieht und viele sichere und gute Häfen bietet, haben Handel und Verkehr vortheilhaft beeinflußt.

Hier hat sich der deutsche Handel in den letzten zwei Jahrzehnten so ausgedehnt, daß er jetzt mit an erster Stelle steht. Mehr als ein Achtel der gesammten Einfuhr (1898 20,3 Millionen Mark) kam aus Deutschland, mehr als ein Drittel der gesammten Ausfuhr (1898 75,2 Millionen Mark) ging dorthin. Dieser Umstand ist zum größten Theil darauf zurückzuführen, daß in Chile circa 120 deutsche Handelshäuser mit einem Kapitale von 84 Millionen Mark und mindestens ebenso viel Krediten bestehen, die ihre Waaren zum größten Theil aus Deutschland beziehen und andere Länder nur soweit in Anspruch nehmen, als die betreffenden Artikel in Deutschland nicht fabrizirt werden. Die deutschen Geschäftsreisenden und der prompte billige Frachtverkehr der schönen deutschen Schiffe fördern die Handelsinteressen Deutschlands in diesem Lande bedeutend. In den südlichen chilenischen Häfen, wie Concepcion, Valdivia und Puerto Montt, liegt das Import- wie das Exportgeschäft fast ganz in deutschen Händen, während in den mittleren Provinzen der Export (hauptsächlich von Getreide und Wolle) durch englische Häuser besorgt wird. Die Thatsache, daß in Concepcion 25 deutschen nur 10 englische und französische Firmen gegenüber stehen, kennzeichnet zur Genüge den Umfang des deutschen Einflusses. 2 deutsche Bankhäuser, die deutsch-überseeische Bank mit einem Nominalkapital von 20 und die deutsch-chilenische Bank mit einem solchen von 10 Millionen Mark haben 1893 beziehungsweise 1896 in Chile Filialen errichtet, die erstere in Valparaiso, die zweite ebenda und in Santiago.

Das in Chile arbeitende Kapital beträgt etwa 15 Millionen Mark. Nachdem Chile sich von der 1897 dort herrschenden Krisis erholt hat, ist dieser an sich geringe Umsatz bedeutend gestiegen. Man rühmt den deutschen Banken nach, daß sie gegenüber jungen Gründungen ein finanzielles Entgegenkommen beweisen, das ihren geschäftlichen Einfluß immer energischer auf Kosten der Wettbewerber anderer Nationen steigert.

Ein großer Theil der industriellen Unternehmungen schließlich ist in deutschen Händen oder wenigstens sind Deutsche mit Kapital oder als Mitinhaber an ihnen betheiligt. In den Provinzen Valdivia und Llanquihue, die als die gewerblich am meisten entwickelten von ganz Chile gelten, ist die Industrie ausnahmslos in deutschen Händen und erstreckt sich auf folgende Zweige: 40 Gerbereien, große Bierbrauereien, Schlächtereien für Export, Sprit- und Seifenfabriken, Mühlen, Schuh-, Leinen- und Möbelfabriken. Auch weiter nördlich finden wir dieselbe Art der Betriebe von Deutschen geleitet. Eine große Zahl deutscher Ingenieure und Techniker findet hier ihr gutes Auskommen. In allen diesen Unternehmungen arbeiten mehr als 5 Millionen Mark. Ebenso bedeutend ist der deutsche Minenbesitz, vorzüglich in den Provinzen Tarapacá und Tocopilla, dessen Werth mit Einschluß kleiner schmalspuriger Anschlußbahnen auf 20 Millionen Mark geschätzt wird.

Diesen großen Interessen entsprechend hat sich auch der Schiffsverkehr zwischen Deutschland und Chile außerordentlich gehoben; die Hamburger Kosmos- und die Hamburger Pacificlinie haben regelmäßige Verbindungen eingerichtet. 1898 verkehrten zwischen deutschen und chilenischen Häfen 191 Schiffe mit 380 917 Registertons, davon waren allein $^3/_4$ deutsche, nämlich 146 mit 311 171 Registertons. In Valdivia sind 40 kleine Schleppdampfer, die unter chilenischer Flagge fahren und den Küstenverkehr besorgen, in deutschem Besitze. Sie sind sämmtlich in Deutschland gebaut und haben einen Werth von 3 bis 4 Millionen Mark.

Der deutsche Grundbesitz in Chile ist bei alledem gering, da Plantagenbetrieb nicht vorhanden ist. Er beschränkt sich im Allgemeinen auf die Grundstücke, die zum Selbstbewohnen der Eigenthümer dienen, und diejenigen, auf denen industrielle Unternehmungen angelegt sind. Der Werth der ersteren ist auf 5 Millionen Mark geschätzt, der der letzteren in dem industriellen Kapital eingerechnet. Außerdem sind aber 40 Millionen deutschen Kapitals in chilenischen Hypotheken angelegt.

Was die Staatsangehörigkeit der Deutschen Chiles anbetrifft, so gilt von ihnen Aehnliches wie von den meisten übrigen Deutschen Südamerikas: sie haben überwiegend die deutsche Staatsangehörigkeit verloren und das chilenische Bürgerrecht erworben. Ihre Lage ist, besonders in den Provinzen Valdivia und Llanquihue, wo allein an 5000 Deutsche wohnen, durchaus günstig, und ihre Stellung zur übrigen Bevölkerung eine durchweg befriedigende.

Das gesammte deutsche Kapital in Chile ist mit **270 bis 300 Millionen** Mark nicht zu hoch geschätzt.

Die Gesammtanlagen deutscher Werthe an der Westseite Südamerikas — Columbien und Bolivia, für welch letzteres keine Berichte vorliegen, ausgenommen — beziffern sich somit auf **370 bis 420 Millionen Mark.**

II. Ostküste von Südamerika.

1. Wie Chile bietet Argentinien ein erfreuliches Bild von deutscher Kolonisation und Kulturarbeit. Deutsche Einwanderer sind hieran in hervorragendem Maße betheiligt und haben überall besonders Ackerbau und Handel erheblich gefördert. Ueber das ganze Land sind an 1000 deutsche Geschäftsleute und Gewerbetreibende verbreitet. Allein in Provinz und Stadt Buenos Aires zählt man 500 deutsche Firmen, deren Kapital auf 154 Millionen Mark geschätzt wird, während man das in deutschen Handelshäusern in Argentinien überhaupt angelegte Kapital mit annähernd 200 Millionen Mark angiebt. Im Exporte von Landesprodukten nehmen deutsche Häuser eine führende Stellung ein. Die Ausfuhr nach Deutschland, die mit 143 Millionen Mark etwa ein Viertel der Gesammtausfuhr Argentiniens ausmacht und in der Hauptsache in Bodenerzeugnissen: Getreide, Wolle, Häuten und Fellen, besteht, geht zum größten Theil durch ihre Hände, ebenso ein großer Theil der Importgeschäfte, besonders in Rosario. Die Einfuhr von Deutschland hatte 1896 einen Werth von 43 Millionen Mark und umfaßte damit ungefähr ein Zehntel der Gesammteinfuhr. Ein lebhafter Zwischenhandel nach Paraguay und Uruguay wird ebenfalls von ihnen betrieben. Auch hier arbeiten die meisten Häuser mit sehr hohem Kredite. Man kann sie auf das Doppelte bis Dreifache der effektiven Kapitalien ansetzen, wovon mindestens 160 Millionen Mark auf Deutschland kommen. Die deutsche überseeische Bank hat in Buenos Aires eine Filiale und besorgt den größten Theil der Finanzgeschäfte. (Ueber das Kapital der deutschen überseeischen Bank siehe unter Chile.)

Industrielle, gewerbliche und Handelsunternehmungen sind hier vielfach mit einander verknüpft, eine Scheidung der angelegten Kapitalien daher nicht vorzunehmen. Nur für Buenos Aires wird das in der Industrie angelegte deutsche Kapital auf $6^1/_2$ Millionen Mark geschätzt, während es für das übrige Argentinien bereits unter dem im Handel angelegten angegeben ist. Zahlreiche führende Firmen der Textil- und Lederindustrie tragen deutsche Namen. In weiteren Unternehmungen werden vorwiegend hergestellt: Drahtnägel und Schrauben, Eisenfaçonstücke, Hausgeräthe, Konserven und Konservenbüchsen, Holzarbeiten, Bürsten und Zigarren. Zwei Pianofabriken, allerdings geringeren Betriebsumfanges, sind ebenfalls deutsch; die vorhandenen Brauereien arbeiten sämmtlich nach deutschem Systeme. In einer sehr großen Zahl der industriellen Betriebe sind deutsche Maschinen in Thätigkeit. Alles das kennzeichnet die Stärke des deutschen Einflusses auf den Handel und das Gewerbe. Außerdem existiren deutsche Handwerker in fast allen Branchen, deutsche Apotheker, Musikalien- und Buchhändler, Waffen- und Uhrenhändler. Neuerdings betheiligt sich deutsches Kapital in geringem Umfang an der Untersuchung über die Abbaufähigkeit von Goldminen in San Luis.

Allen diesen großen Interessen entsprechend, ist auch der deutsche Grundbesitz beträchtlich, sein Werth wird auf 160 Millionen Mark geschätzt einschließlich einiger Weinberge von 150 ha in Mendoza, die einen jährlichen Reinertrag von 45 000 Mark liefern, und Zuckerrohrplantagen in Tucumán, deren Umfang noch nicht festgestellt ist. Geschlossene deutsche Ansiedelungen, Ackerbaukolonien, giebt es in den Provinzen Buenos Aires, Santa Fé und Entre Rios. Sie sind vielfach stark mit Deutsch-Schweizern durchsetzt. Die deutsche Staatsangehörigkeit haben die Kolonisten auch hier durch Nachlässigkeit oder Scheu vor Kosten oder vor der Wehrpflicht verloren. Sie befinden sich im Allgemeinen in guter Lage, wenn auch die letzten Mißjahre viel Schaden gemacht haben.

Vielfach sind feste Kapitalien in Hypotheken, Aktien, Staats- und Provinzpapieren angelegt. Das in Hypotheken allein angelegte Kapital wird auf 40 Millionen Mark geschätzt.

Alle diese vielfachen und wichtigen Beziehungen zwischen Deutschland und Argentinien finden ihren getreuen Ausdruck in den Zahlen des Schiffahrtsverkehrs zwischen beiden Ländern. Sechs deutsche Linien vermitteln den Verkehr

zwischen dem La Plata und Deutschland, der Norddeutsche Lloyd, die Hamburg-Südamerikanische Dampfergesellschaft, die de Freitaslinie, die Hamburg-Amerikalinie, die „Hansa" und „Kosmos"-Dampfergesellschaft. Allerdings ist hier auch der Verkehr mit Uruguay eingeschlossen. Jedenfalls verkehrten 1898 zwischen Südamerika südlich von Brasilien und Deutschland

286 Schiffe mit 530994 Registertons. Davon waren deutsch
187 = = 436854 = .

Nach alledem würden die deutschen Interessen in Argentinien mit **600 Millionen** Mark nicht zu hoch geschätzt sein.

2. Zwischen Argentinien und Brasilien eingekeilt, haben die beiden Republiken Uruguay und Paraguay bisher ihre Selbstständigkeit zu bewahren gewußt. Uruguay ist mit seiner günstigen Lage am Meere und am La Plata für deutsche Handelsinteressen das wichtigere Land, während in Paraguay in Ackerbau und Plantagenbetrieb indirekt deutsche Interessen in größerem Umfange vertreten sind, ein Umstand, der schon dadurch an Wichtigkeit gewinnt, daß unter den 17000 Fremden Paraguays sich 12500 Deutsche befinden. Hier bestehen auch 2 rein deutsche Kolonien, deren Bewohner die deutsche Staatsangehörigkeit größtentheils bewahrt haben. In beiden Ländern zusammen stehen 109000 ha Land in deutschem Plantagenbetrieb oder dienen zur Viehzucht. Der gesammte Grundbesitz der Deutschen Uruguays und Paraguays wird auf 13 Millionen Mark geschätzt, was darauf schließen läßt, daß Grund und Boden hier noch einen sehr geringen Werth haben. Der direkte Handel Paraguays mit Deutschland ist nur sehr gering beziehungsweise schwer zu schätzen, weil der größte Theil durch Uruguay oder Argentinien geht. Dagegen ist der Handel Uruguays mit Deutschland bedeutender. Sein Werth beziffert sich auf 18,7 Millionen Mark. Die deutschen Handelshäuser in Uruguay und Paraguay, die mit 42 Millionen Mark Kapital arbeiten, führen vor Allem europäische, zum großen Theil deutsche Gebrauchsartikel ein und Landesprodukte aus. Kredite hierfür sind in großem Umfang vorhanden und mindestens ebenso hoch wie die Betriebskapitalien. In deutschen Brauereien, Gerbereien und Seifenfabriken sind 1,3 Millionen Mark angelegt.

In beiden Ländern zusammen werden etwa **110 Millionen deutsches** Kapital arbeiten.

3. Die Hälfte des gesammten südamerikanischen Kontinents, über 8 Millionen Quadratkilometer, nimmt Brasilien ein, das an natürlichem Reichthum alle übrigen Gebiete Südamerikas weit übertrifft, bisher aber nur in den Küstenprovinzen der europäischen Kultur erschlossen ist. In den vierziger Jahren das Ziel einer nicht unwesentlichen Auswanderung, ist das Land erst seit Aufhebung des von der Heydtschen Reskripts 1897/98 wieder in den Kreis der wichtigeren deutschen Auswanderungsziele getreten. Zur Förderung einer einheitlichen Besiedelung sind zwei Kolonisationsgesellschaften für Brasilien ins Leben gerufen worden; die Hanseatische Kolonisationsgesellschaft hat bereits die Konzession für die Beförderung von jährlich 4000 Auswanderern erhalten und 650000 ha Bodenfläche in der Provinz Santa Catharina erworben. Bisher leben, hauptsächlich in den Provinzen São Paolo, Santa Catharina, Paraná und Rio Grande do Sul, theils in geschlossenen Ansiedlungen, theils in den Städten an 200000 Deutsche, die auf allen Arbeitsgebieten thätig sind und Grundbesitz im Werthe von 30 Millionen Mark erworben haben. Im Hamburgsberger Distrikt sitzen allein gegen 100000 Deutsche zusammen. Nur 45000 haben die Staatsangehörigkeit bewahrt, die übrigen haben sie durch Nachlässigkeit verloren, aber auch die brasilianische nicht erworben. Trotzdem sind dann aber die deutschen Konsuln vielfach gezwungen, ihnen den Schutz des Reiches zu versagen. Ihre materielle Lage ist im Allgemeinen eine befriedigende.

Von deutschen Handelshäusern sind 147 mit einem Kapitale von 150 Millionen Mark in Rio de Janeiro, San Paolo und Rio Grande do Sul konzentrirt. Der größte Theil des deutschen Handels mit Brasilien, der 1898 einen Werth von 145 Millionen Mark hatte, geht durch ihre Hände.

In den Provinzen, wo die Deutschen festen Fuß gefaßt haben und der deutsche Kaufmann dank seiner Anpassungsfähigkeit und Sprachgewandtheit seinen Geschäftsbereich sehr schnell namentlich auf Kosten des englischen Handels ausgedehnt hat, gilt dies auch von dem Handel Brasiliens mit anderen Ländern, vor allem mit England und den Vereinigten Staaten. Deutsche Kredite sind ihnen gewährt in der Höhe von 50 bis 60 Millionen Mark. Die Kreditgewährung der deutschen Kaufleute soll nicht so schwerfällig sein, wie die der Kaufleute anderer Nationen, deshalb viel ausgedehnter und für den Handel außerordentlich förderlich, aber in Folge dessen auch mit größerem Risiko verknüpft.

Neben Ackerbau und Handel beginnt das Kapital jetzt auch, sich industriellen Unternehmungen zuzuwenden. An Eisenbahnlinien in einer Länge von mehr als 700 km in den Staaten Minos-Geraes und Rio de Janeiro ist es betheiligt mit 27 Millionen Mark. Hinter der Süd-Ost-Brasilianischen Bahn bis Caxias steht ebenfalls deutsches Kapital. Brauereien, Destillerien, Webereien und Spinnereien in Rio de Janeiro, zwei Cigarrenfabriken in Bahia, Brauereien, Licht- und Seifenfabriken in San Paolo und Rio Grande und eine große Maschinenbauanstalt in Porto Alegre arbeiten mit 13 bis 15 Millionen deutschen Kapitals. Die finanziellen Beziehungen Deutschlands zu Brasilien schließlich regeln zwei Bankhäuser in Rio de Janeiro, die mit einem Kapitale von 30 Millionen Mark arbeiten; das eine von ihnen, die brasilianische Bank für Deutschland hat Filialen in San Paolo, Santos und Porte Alegre errichtet. Beide setzen jährlich 250 Millionen Mark um.

Zur Ergänzung des Gesammtbildes seien auch hier die Zahlen des deutschen Schiffahrtsverkehrs mit Brasilien angeführt. Es verkehrten 1898:

370 Schiffe mit 489973 Registertons, davon waren deutsch
235 = = 390031 = .

Der Werth der deutschen Interessen ist in den amtlichen Angaben mit **350 Millionen** Mark geschätzt. Schätzungen von Hamburger Sachverständigen, nach Mittheilung der Handelskammer, gingen viel höher; sie bewertheten bereits 1897 die deutschen Interessen in Brasilien auf **600 Millionen** Mark.

Jedenfalls besteht hier, besonders im Süden, ein großes Feld für deutsche Arbeit, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die deutschen Interessen noch außerordentlich entwickelungsfähig sind.

Die gesammte Ostseite des südamerikanischen Kontinents, Venuzuela und die Guyanas, für welch letztere keine Schätzung vorliegt, nicht eingerechnet, birgt eine Summe deutscher Werthe in der Höhe von **einer bis ein und einer drittel Milliarde.**

G. Nordamerika.

1. Die Vielgestaltigkeit der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat es nicht als angängig erscheinen lassen, die Erhebungsweise für die übrigen Bezirke auch auf dieses Land anzuwenden.

Fast 7 Millionen Menschen deutscher Abstammung, darunter 2,8 Millionen Reichsgebürtige, lebten 1890 dort.

Die Höhe der deutschen Kapitalinteressen im Lande ist eine außerordentliche. Sie wurde 1897 auf gegen 2 Milliarden geschätzt, wobei hauptsächlich die Anlagen in amerikanischen Anleihen und Eisenbahnwerthen, in Industrieunternehmungen, zum Theil auch einiger landwirthschaftlicher Grundbesitz im Nordwesten und daneben vor Allem die großen Kapitalien in Betracht kommen, die in Handelsgeschäften deutscher Häuser dort angelegt sind und sich auf Hunderte von Millionen belaufen. Ein großer Theil des überseeischen Handels befindet sich in den Händen deutscher Häuser, die in allen großen Plätzen zu finden sind, und für eine Reihe von Waaren die maßgebende Rolle spielen, so für Kaffee und Taback, auch auf dem Baumwollenmarkt sind sie stark vertreten.

Im Laufe der letzten zwei bis drei Jahre hat Nordamerika einen Theil seiner Werthe zurückgekauft; die Anlagen in Eisenbahnpapieren z. B., die damals auf 200 Millionen Dollars geschätzt wurden, haben sich seitdem nominal erheblich vermindert, während andererseits allerdings der Werth aller amerikanischen Papiere so erheblich gestiegen ist, daß auch heute der Eisenbahnpapierbesitz in deutschen Händen auf einen Werth von 150 Millionen Dollars geschätzt wird.

Es ist aber noch schwerer als früher, über die Gesammtinteressen eine sichere Berechnung anzustellen, da seit Erlaß der deutschen Börsengesetze ein großer Theil der Kapitalanlagen für deutsche Rechnung an auswärtigen Börsen bewerkstelligt wird und somit jeder Anhalt für ihren Umfang fehlt. Andererseits nimmt die Anlage industrieller Unternehmungen für deutsche Rechnung in den Vereinigten Staaten angesichts der dortigen Zollpolitik ständig und stark zu; und Deutschland exportirt nunmehr vielfach hierhin wie nach manchen anderen Theilen der Erde statt industrieller Produkte sein Kapital.

So gehen die Schätzungen auch heute dahin, daß sich in Folge der enormen Werthsteigerung alles amerikanischen Besitzes die Gesammtsumme der deutschen Interessen nicht vermindert hat und noch wie früher gegen **2 Milliarden** betragen dürfte.

Wie groß die Beträge sind, die durch Erbgang von nach Amerika ausgewanderten Deutschen, durch deren Reiseverkehr mit dem alten Mutterlande und durch Rücksiedelung nach erworbenem Vermögen nach Deutschland fließen, ist schließlich gleichfalls nicht zu übersehen.

2. In der britischen Dominion of Canada haben die Deutschen ihre Staatsangehörigkeit nur in geringem Maße zu bewahren vermocht, so daß trotz der sehr bedeutenden Menge deutschredender und deutschgesinnter Elemente in jenem Lande die Zahl der eigentlichen Reichsbürger und die Summe ihrer Interessen im dortigen Wirthschaftsleben nicht sehr hoch ist. Namentlich mit Rücksicht auf die Heimstätten-Gesetzgebung haben sich die Deutschen, um Grundbesitz überhaupt erwerben zu können, fast ausnahmslos, vielleicht zu $^{15}/_{16}$, naturalisiren lassen müssen. In den 7 deutschredenden Ansiedelungen des Bezirkes Montreal sind kaum der vierte Theil Reichsdeutsche.

Es bestehen aber trotzdem in diesem Konsulatsbezirk eine Reihe rein deutscher Handelshäuser, die, mit einem Betriebskapitale von etwa 5 Millionen Mark ausgestattet, besonders die Vermittelung der deutschen Einfuhr und daneben derjenigen aus Großbritannien, Frankreich, Oesterreich und den Vereinigten Staaten besorgen. Gemäß den Zahlungsfristen, die für die Waarenlieferungen von Deutschland gewährt werden, laufen dabei, entsprechend der Höhe der deutschen Einfuhr von 24 Millionen Mark, dauernd Kredite von 5 bis 6 Millionen Mark.

Die sonstige Kreditirung anderer Unternehmungen beschränkt sich auf die Aktienbetheiligung deutscher Kapitalisten an der Canadian Pacificbahn und an Kupfer- und Goldbergwerken. Ausschließlich deutsche Intelligenz und deutsches Kapital arbeitet in einigen industriellen Unternehmungen der Zucker-, Textil- und Pelzbranche. Das hier angelegte Kapital von etwa 3 Millionen Mark verzinst sich sehr gut.

Im deutschen Grundbesitze stecken etwa Kapitalien im Werthe von 2 bis 3 Millionen Mark.

Einschließlich der sonstigen Vermögensinteressen der zahlreichen deutschen Landwirthe, ferner der Handwerker, Agenten, Lehrer, sowie der hier vertretenen deutschen Versicherungsgesellschaften, die insgesammt auf 9 Millionen veranschlagt werden, läßt sich der Kapitalswerth der reichsdeutschen Arbeit und Unternehmung in Canada auf etwa **25 Millionen Mark** bemessen.

Der ganze amerikanische Erdtheil umfaßt somit deutsche Kapitalinteressen in der Höhe von **4 $^1/_2$ bis 5 Milliarden.**

H. Zusammenfassung.

Das Gesammtbild der überseeischen deutschen Kapitalinteressen, soweit sie in dieser Darstellung Berücksichtigung fanden, zeigt sieben bis acht große wirthschaftsgeographische Komplexe, wo deutsches Geld und deutsche Unternehmung sich zu besonders fruchtbarer Bethätigung in der Fremde zusammengefunden haben: Nordamerika, Südamerika und den Länderkranz um das nordamerikanische Mittelmeer, Australien und die Südseeinseln, Ostasien einschließlich der Molukkenwelt und Südasien (Vorderindien, Persien und Arabien), die Levante und endlich Südafrika.

Rechnet man diesen Gruppen die ihnen verwandten kleineren Interessensphären, wo deutsches Kapital versprengt liegt, zu, so ergiebt sich folgende Vertheilung der deutschen Werthe:

Die südamerikanische Welt birgt eine Summe deutscher Werthe in Höhe von 1 $^3/_4$ bis 2 Milliarden, die sich ungefähr mit einem Viertel auf die Westküste, mit je der Hälfte der übrigen Summe auf Argentinien und auf die übrige Ostküste vertheilen, und ganz überwiegend — zu zwei Dritteln wohl — auf kommerziellen Interessen beruhen. Der Grund- und Plantagenbesitz trägt allerdings auch in starkem Maße zu dieser Summe bei, dagegen sind die Kapitalansätze in der Industrie meist noch nicht in gleichem Grade entwickelt.

Die mittelamerikanische Länder- und Inselgruppe, einschließlich der südamerikanischen Staaten am karibischen Meere und Mexikos, die im Wesentlichen eine ähnliche Bemessung der Arbeitssphären des deutschen Kapitals aufweist, repräsentirt deutsche Werthe in der Höhe von 1 000 bis 1 200 Millionen.

Einschließlich der bedeutenden Anlagen in den Vereinigten Staaten und im nördlichen britischen Amerika vereinigt also der gesammte amerikanische Kontinent für Deutschland eine Interessensumme von rund 4 $^1/_2$ bis 5 Milliarden.

In der Südsee hat sich bisher das deutsche Kapital überwiegend auf das Festland Australien konzentrirt; von den 550 bis 600 Millionen, die diese Gebiete aufgenommen haben, entfallen fünf Sechstel, zur Hälfte aus Handelswerthen, zur Hälfte aus industriellen, Bergwerks- und landwirthschaftlichen Kapitalien zusammengesetzt, auf den Kontinent.

In Asien einschließlich der Levante vertheilt sich die deutsche Interessensumme in der Höhe von fast einer Milliarde mit einem knappen Drittel auf Ostasien, mit einem Viertel auf Hinter- und Vorderindien und die niederländische Inselwelt nebst den Philippinen, und mit dem Reste von reichlich zwei Fünftel auf das türkische Reich, von dem

bedeutende Theile allerdings schon nach Europa und Afrika übergreifen. Hier ist inzwischen die Steigerung wohl am erheblichsten gewesen.

Während im Orient gerade wie in China die industriellen, die Eisenbahnanlagen im Vordergrunde des Kapitalsinteresses stehen, überwiegen in allen anderen Ländertheilen, mit Ausnahme des fruchtbaren Pflanzungsgebiets der Molukken, die Handels- und Kreditgeschäftsinteressen durchaus.

In Afrika, das, abgesehen von Egypten und den deutschen Schutzgebieten, an Umfang des investirten deutschen Kapitals — über eine Milliarde — mit Asien auf der gleichen Stufe steht, hat das südafrikanische Territorium, insonderheit Transvaal mit seinen Minenunternehmungen, fast allein diese Summe angesogen, während auf die gesammten ausgedehnten Küstengebiete im Norden, im Westen und im Osten weniger als 100 Millionen entfallen.

Eine Zusammenfassung dieser gesammten über die Erde verbreiteten deutschen Kapitalanlagen ergiebt die beträchtliche Summe von 7 bis 7½ Milliarden, deren Zinserträge dazu beitragen, den deutschen Antheil an der Weltwirthschaft immer mehr zu festigen und zu erweitern.

Wie groß diese Zinserträge sind, beziehungsweise ein wie großer Antheil davon direkt nach Deutschland zurückfließt, läßt sich auch nicht schätzungsweise feststellen. Als sicher aber wird von Sachverständigen bezeichnet, daß als angemessener Ertrag aus überseeischen Unternehmungen der Verzinsungssatz von 6 bis 10 Prozent und darüber anzusehen sei. Nehme man angesichts der Thatsache, daß ein Theil der Zinsen im Auslande verbleibt, nur den minimalen Durchschnittsatz von 6 Prozent an, so **würde das deutsche Nationaleinkommen durch die überseeischen Kapitalanlagen einen jährlichen Zuwachs von 420 bis 450 Millionen Mark erfahren.**

Hierzu kommen aber noch die Anlagen in auswärtigen Anleihen und Spekulationsunternehmungen, die ihrem Umfange nach nicht zu bemessen sind.

Es liegt auf der Hand, welche steigende Verantwortlichkeit mit der zunehmenden Ausdehnung der sich immer vielgestaltiger verbreitenden Kapitalinteressen über die Erde hin entsteht.

Nicht nur in diesen oder jenen kleineren Staaten muß Deutschland in der Lage sein, die Arbeit seiner Staatsangehörigen und deren Erträgnisse zu schützen, sondern vor Allem muß seine Aufmerksamkeit sich darauf richten, zu verhindern, daß andere Großmächte sich berechtigt oder im Stande erachten, die Rechte oder das Interessengebiet deutscher Unterthanen auf dritten Plätzen direkt oder indirekt anzugreifen.

Anlage I.

Tabellarische Darstellung der überseeischen Kapitalinteressen Deutschlands.*)

	Handel und Bankgeschäft. Kapitalien.	Handel und Bankgeschäft. Kredite.	Industrie.	Grundbesitz und Plantagen.	Summe einschl. der sonstigen Interessen.
Türkisches Reich. Ueber 400 Millionen Mark.					
Türkei:					
europäische	5	30—35	+ 6	+ ?	400 + ?
asiatische	6—7		225 + ?	25—30	
ägyptische	28				
Afrika (ohne Egypten und deutsche Schutzgebiete) Ueber 1000 Millionen Mark.					
Marokko	2	2 + ?	0,1	1,00	8—10
Tunis	1	?	...	0,5	2—3
Nordafrika	3	2 + ?	0,1	1,5	**10—13**
Goldküste	1,5	bedeutend	...	nicht unbedeutend	5
Französisch Kongoland, Kongofreistaat 2c.	...	...	...	...	?
Westafrika	1,5	?	...	?	**5 + ?**
Britisch Südafrika	10—12	5—6	2 + ?	12	30—40
Transvaal	100		730 + ?	bedeutend	900
Portugiesisch Südafrika	10	1	?	4 + ?	20
Südafrika	125—130		732 + ?	16 + ?	**950—960**
Zanzibar	2,5—3	?	?	?	5 + ?
Britisch-Ostafrika, Sudan 2c.	...	...	...	...	?
Ostafrika	3	?	?	?	**5 + ?**

*) Ein Fragezeichen bedeutet, daß Interessen vorhanden, ihre Größe aber nicht zahlenmäßig angegeben ist. Punkte bedeuten, daß keinerlei Angaben vorliegen. Ein Querstrich bedeutet das Nichtvorhandensein entsprechender Interessen.

	Handel und Bankgeschäft. Kapitalien.	Handel und Bankgeschäft. Kredite.	Industrie.	Grundbesitz und Plantagen.	Summe einschl. der sonstigen Interessen.
Asien (ausschließlich der Türkei). 650—700 Millionen Mark.					
Persien und Arabien	0,5	...	...	...	1—2
Vorderindien	12	30 + ?	2—3	5 + ?	50 + ?
Hinterindien	10—20	?	3—4	50	75
Niederl. Ind. Inseln	10	bedeutend	2,25 + ?	sehr hoch (Erträge 20—30)	100—150
Philippinen	6,5—7	1,5	1,25	1,5	15
Südostasien	30—35	1,5 + ?	7,5 + ?	51,5 + ?	225—250
China	100		ca. 200	8	über 300
Japan	24		16	16,5	ca. 60
Formosa	?		...	...	5,5
Korea	...		...	...	1,7
Ostasien	124 + ?		216 + ?	24,5 + ?	370—400
Australien und Südsee-Inseln (ohne deutsche Schutzgebiete). 570—600 Millionen Mark.					
Queensland	2	...	11—12	18 + ?	80
Neusüdwales	85	hoch	50—80	50	200—225
Victoria	70	hoch	?	bedeutend	150
Westaustralien	...	...	...	?	?
Südaustralien	?	?	?	?	50
Tasmania	?	?	0,3	nicht unbedeutend	?
Australien (Festland)	157 + ?	bedeutend	60—90 + ?	70 + ?	**500 + ?**
Neuseeland	?	?	?	?	10
Tonga-Inseln / Fidschi-Inseln	2	?	...	1	5—10
Hawai	13	hoch	1,75	26,5 + ?	50
Südsee-Inseln	15 + ?	hoch	1,75 + ?	27,5 + ?	**60—70**
Länder um das amerikanische Mittelmeer. 1 000—1 250 Millionen Mark.					
Mexico	70	20 + ?	28	28	über 200 nach anderer Schätzung 400—450
Mittelamerika.					
Guatemala, Nicaragua, Costa Rica	35	60—70	45—50	100	240
Salvador und Honduras	...	...	...	...	13
Westindien.					
Cuba	30	sehr hoch	10	ca. 20	ca. 150
Haiti und St. Domingo	50		?	?	50 + ?
St. Thomas, Puerto Rico, Surinam 2c.	...	...	...	...	?
Nordküste von Südamerika.					
Columbia	20	60	12	2—3	100
Venezuela	50—60	50—60	67	10—12	ca. 200

	Handel und Bankgeschäft		Industrie.	Grundbesitz und Plantagen.	Summe einschl. der sonstigen Interessen.
	Kapitalien.	Kredite.			
Südamerika (ausschließlich der Nordküste).					
1 500—1 700 Millionen Mark.					
Peru	25	50	5,5	6 + ?	100—120
Ecuador	3	6		7 + ? ca. 25	
Chile	114	80—90	20—30	45	270—300
Bolivia	...	...	...	...	?
Westseite	142	136—150	25—35	70	**370—420**
Argentinien	200	160 + ?	6—7	200 + ?	570—600
Uruguay	42	50	1—2	13	ca. 110
Paraguay					
Brasilien	180	50—60	40 + ?	30	ca. 350 oder nach anderer Schätzung 600
Guyana	...	...	...	...	?
Ostseite	422	260—270	48—50	245—250	**1060—1300**
Nordamerika.					
2 000 Millionen Mark.					
Nordamerika.					
Vereinigte Staaten	?	?	?	?	2 000
Canada	5	5—6	3	2—3	25

Anlage II.

Die an deutschen Börsen gehandelten überseeischen Werthe.

An den einzelnen deutschen Börsen wurden folgende überseeische Werthpapiere notirt: die **Berliner Börse** verzeichnet 21 Staats- und 3 städtische Anleihepapiere, 36 Eisenbahnwerthe und 3 sonstige Bank- und Hypothekenwerthe, die **Frankfurter Börse** 25 staatliche und 18 städtische Anleihewerthe, über 60 Eisenbahnaktien und Prioritäten und 9 sonstige Papiere, Hamburg 19 beziehungsweise 2 der ersten Gattung, 10 der zweiten und 9 der dritten Gruppe einschließlich der Plantagen-Aktien und -Obligationen. Insgesammt werden an den drei deutschen Hauptbörsen, unter Berücksichtigung des Umstandes, daß eine Reihe von Papieren an allen drei Plätzen auftreten, 30 verschiedene Werthpapiere aus Anleihen überseeischer Staaten, 18 aus Anleihen von transatlantischen Städten und Gemeinden, etwa achtzigerlei Eisenbahnwerthe und gegen 20 sonstige Spekulationspapiere, im Ganzen also 150 exotische Werthe gehandelt.

Von argentinischen Staatsanleihen sind vier neben zwei Kommunalanleihen von Buenos Aires in Deutschland untergebracht, die an allen drei Börsenplätzen gehandelt werden. Einige Serien staatlicher sowie kommunaler Pfandbriefe dieses Landes notirt ferner die Hamburger Börse.

Chilenische Staatspapiere erscheinen in zwei Ausgaben auf den 3 großen deutschen Börsen.

Brasilianische Staatsanleihepapiere werden allein von der Hamburger Börse in 4 Nummern gehandelt, wohingegen die Prioritätsobligationen der Oeste de Minas-Eisenbahn-Gesellschaft an allen drei Plätzen aufliegen. Der hamburgische Finanzmarkt ist außerdem an der brasilianischen Bank für Deutschland durch Aktienbezüge betheiligt.

Mittelamerikanische Werthe sind an den deutschen Börsenplätzen außer der Staatsanleihe von St. Domingo und den verschiedenen Aktien und Obligationen der Guatemala-Plantagengesellschaften und einiger verwandter Gründungen nicht vertreten. Dagegen spielen die mexikanischen Anleihen trotz der gegenwärtig im Gange befindlichen Rückkäufe einiger Serien auf der Berliner Börse (1 Sorte), der Frankfurter (3) sowie der Hamburger Börse (1) eine nicht zu übersehende Rolle.

Nordamerika hat die meisten Werthe auf den deutschen Finanzmarkt gebracht. Neben der Berliner Börse, die eine New-Yorker Goldanleihe und vierundzwanzigerlei Vorzugsaktien und Obligationen der verschiedensten Eisenbahnlinien notirt, treibt die Frankfurter Börse besonders ein eifriges Geschäft mit den amerikanischen Bonds, von denen 2 auf einen Staat, 16 auf Städte und Counties, 57 auf Eisenbahnen und 6 auf verschiedene sonstige Institutionen lauten. Außerdem wird ein Eisenbahnaktienpapier regelmäßig notirt. Ausschließlich amerikanische Eisenbahnpapiere, 5 Prioritäten und 2 Aktienpapiere verzeichnet die Hamburger Börse.

China hat durch Begebung von 4 Goldanleihen, die an den drei Plätzen gehandelt werden, das deutsche Kapital in Anspruch genommen.

Transvaal beansprucht für sieben seiner Eisenbahnpapiere das Interesse der Berliner Börse.

Dem Orient aber, der Türkei, Egypten, Kleinasien, Bulgarien mit ihren starken Geldbedürfnissen sind die deutschen Börsen wohl am freigebigsten entgegengekommen. So nahm die Berliner Börse 5 türkische Anleihen und eine Ausgabe von Türkenloosen neben 4 egyptischen und je 1 bulgarischen Anleihe und Pfandbriefserie auf, abgesehen von den Obligationen der anatolischen Eisenbahnen (2 Nummern), der egyptischen und der macedonischen Eisenbahn und den Obligationen der Bank für orientalische Eisenbahnen. Frankfurt betheiligte sich sogar an der Finanzirung von 6 türkischen und 4 egyptischen Anleihen und ließ mehrere Serien von Türkenloosen und Obligationsausgaben für die anatolischen, die Saloniki- und die Monastireisenbahnen neben den Aktien der Banque Ottomane zu. Auch die Aktien der Türkischen Tabak-Regie-Gesellschaft wurden hier gehandelt.

Hamburg handelte mit 2 Türken- und 1 Egyptenanleihe, Türkenloosen und Prioritäten der anatolischen und der Salonikieisenbahn.

Nr. 837.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

die Schlachtvieh- und Fleischbeschau.

(Nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Berathung.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§. 1.

Rindvieh, Schweine, Schafe, Ziegen, Pferde und Hunde, deren Fleisch zum Genusse für Menschen verwendet werden soll, unterliegen vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung. Durch Beschluß des Bundesraths kann die Untersuchungspflicht auf anderes Schlachtvieh ausgedehnt werden.

Bei Nothschlachtungen darf die Untersuchung vor der Schlachtung unterbleiben.

Der Fall der Nothschlachtung liegt dann vor, wenn zu befürchten steht, daß das Thier bis zur Ankunft des zuständigen Beschauers verenden oder das Fleisch durch Verschlimmerung des krankhaften Zustandes wesentlich an Werth verlieren werde oder wenn das Thier in Folge eines Unglücksfalls sofort getödtet werden muß.

§. 2.

Bei Schlachtthieren, deren Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalte des Besitzers verwendet werden soll, darf, sofern sie keine Merkmale einer die Genußtauglichkeit des Fleisches ausschließenden Erkrankung zeigen, die Untersuchung vor der Schlachtung und, sofern sich solche Merkmale auch bei der Schlachtung nicht ergeben, auch die Untersuchung nach der Schlachtung unterbleiben.

Eine gewerbsmäßige Verwendung von Fleisch, bei welchem auf Grund des Abs. 1 die Untersuchung unterbleibt, ist verboten.

Als eigener Haushalt im Sinne des Abs. 1 ist der Haushalt der Kasernen, Krankenhäuser, Erziehungsanstalten, Speiseanstalten, Gefangenanstalten, Armenhäuser und ähnlicher Anstalten sowie der Haushalt der Schlächter, Fleischhändler, Gast-, Schank- und Speisewirthe nicht anzusehen.

§. 3.

Die Landesregierungen sind befugt, für Gegenden und Zeiten, in denen eine übertragbare Thierkrankheit herrscht, die Untersuchung aller der Seuche ausgesetzten Schlachtthiere anzuordnen.

§. 4.

Fleisch im Sinne dieses Gesetzes sind Theile von warmblütigen Thieren, frisch oder zubereitet, sofern sie sich zum Genusse für Menschen eignen. Als Theile gelten auch die aus warmblütigen Thieren hergestellten Fette und Würste, andere Erzeugnisse nur insoweit, als der Bundesrath dies anordnet.

§. 5.

Zur Vornahme der Untersuchungen sind Beschaubezirke zu bilden; für jeden derselben ist mindestens ein Beschauer sowie ein Stellvertreter zu bestellen.

Die Bildung der Beschaubezirke und die Bestellung der Beschauer erfolgt durch die Landesbehörden. Für die in den Armeekonservenfabriken vorzunehmenden Untersuchungen können seitens der Militärverwaltung besondere Beschauer bestellt werden.

Zu Beschauern sind approbirte Thierärzte oder andere Personen, welche genügende Kenntnisse nachgewiesen haben, zu bestellen.

§. 6.

Ergiebt sich bei den Untersuchungen das Vorhandensein oder der Verdacht einer Krankheit, für welche die Anzeigepflicht besteht, so ist nach Maßgabe der hierüber geltenden Vorschriften zu verfahren.

§. 7.

Ergiebt die Untersuchung des lebenden Thieres keinen Grund zur Beanstandung der Schlachtung, so hat der Beschauer sie unter Anordnung der etwa zu beobachtenden besonderen Vorsichtsmaßregeln zu genehmigen.

Die Schlachtung des zur Untersuchung gestellten Thieres darf nicht vor der Ertheilung der Genehmigung und nur unter Einhaltung der angeordneten besonderen Vorsichtsmaßregeln stattfinden.

Erfolgt die Schlachtung nicht spätestens zwei Tage nach Ertheilung der Genehmigung, so ist sie nur nach erneuter Untersuchung und Genehmigung zulässig.

§. 8.

Ergiebt die Untersuchung nach der Schlachtung, daß kein Grund zur Beanstandung des Fleisches vorliegt, so hat der Beschauer es als tauglich zum Genusse für Menschen zu erklären.

Vor der Untersuchung dürfen Theile eines geschlachteten Thieres nicht beseitigt werden.

§. 9.

Ergiebt die Untersuchung, daß das Fleisch zum Genusse für Menschen untauglich ist, so hat der Beschauer es vorläufig zu beschlagnahmen, den Besitzer hiervon zu benachrichtigen und der Polizeibehörde sofort Anzeige zu erstatten.

Fleisch, dessen Untauglichkeit sich bei der Untersuchung ergeben hat, darf als Nahrungs- oder Genußmittel für Menschen nicht in Verkehr gebracht werden.

Die Verwendung des Fleisches zu anderen Zwecken kann von der Polizeibehörde zugelassen werden, soweit gesundheitliche Bedenken nicht entgegenstehen. Die Polizeibehörde bestimmt, welche Sicherungsmaßregeln gegen eine Verwendung des Fleisches zum Genusse für Menschen zu treffen sind.

Das Fleisch darf nicht vor der polizeilichen Zulassung und nur unter Einhaltung der von der Polizeibehörde an-

geordneten Sicherungsmaßregeln in Verkehr gebracht werden.

Das Fleisch ist von der Polizeibehörde in unschädlicher Weise zu beseitigen, soweit seine Verwendung zu anderen Zwecken (Abs. 3) nicht zugelassen wird.

§. 10.

Ergiebt die Untersuchung, daß das Fleisch zum Genusse für Menschen nur bedingt tauglich ist, so hat der Beschauer es vorläufig zu beschlagnahmen, den Besitzer hiervon zu benachrichtigen und der Polizeibehörde sofort Anzeige zu erstatten. Die Polizeibehörde bestimmt, unter welchen Sicherungsmaßregeln das Fleisch zum Genusse für Menschen brauchbar gemacht werden kann.

Fleisch, das bei der Untersuchung als nur bedingt tauglich erkannt worden ist, darf als Nahrungs- und Genußmittel für Menschen nicht in Verkehr gebracht werden, bevor es unter den von der Polizeibehörde angeordneten Sicherungsmaßregeln zum Genusse für Menschen brauchbar gemacht worden ist.

Insoweit eine solche Brauchbarmachung unterbleibt, finden die Vorschriften des §. 9 Abs. 3 bis 5 entsprechende Anwendung.

§. 11.

Der Vertrieb des zum Genusse für Menschen brauchbar gemachten Fleisches (§. 10 Abs. 1) darf nur unter einer diese Beschaffenheit erkennbar machenden Bezeichnung erfolgen.

Fleischhändlern, Gast-, Schank- und Speisewirthen ist der Vertrieb und die Verwendung solchen Fleisches nur mit Genehmigung der Polizeibehörde gestattet; die Genehmigung ist jederzeit widerruflich. An die vorbezeichneten Gewerbetreibenden darf derartiges Fleisch nur abgegeben werden, soweit ihnen eine solche Genehmigung ertheilt worden ist. In den Geschäftsräumen dieser Personen muß an einer in die Augen fallenden Stelle durch deutlichen Anschlag besonders erkennbar gemacht werden, daß Fleisch der im Abs. 1 bezeichneten Beschaffenheit zum Vertrieb oder zur Verwendung kommt.

Fleischhändler dürfen das Fleisch nicht in Räumen feilhalten oder verkaufen, in welchen taugliches Fleisch (§. 8) feilgehalten oder verkauft wird.

§. 12.

Die Einfuhr von Fleisch in luftdicht verschlossenen Büchsen oder ähnlichen Gefäßen, von Würsten und sonstigen Gemengen aus zerkleinertem Fleisch in das Zollinland ist verboten.

Im Uebrigen gelten für die Einfuhr von Fleisch in das Zollinland bis zum 31. Dezember 1903 folgende Bedingungen:

1. Frisches Fleisch darf in das Zollinland nur in ganzen Thierkörpern, die bei Rindvieh, ausschließlich der Kälber, und bei Schweinen in Hälften zerlegt sein können, eingeführt werden.

   Mit den Thierkörpern müssen Brust- und Bauchfell, Lunge, Herz, Nieren, bei Kühen auch das Euter in natürlichem Zusammenhang verbunden sein; der Bundesrath ist ermächtigt, diese Vorschrift auf weitere Organe auszudehnen.

2. Zubereitetes Fleisch darf nur eingeführt werden, wenn nach der Art seiner Gewinnung und Zubereitung Gefahren für die menschliche Gesundheit erfahrungsgemäß ausgeschlossen sind oder die Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit in zuverlässiger Weise bei der Einfuhr sich feststellen läßt. Diese Feststellung gilt als unausführbar insbesondere bei Sendungen von Pöckelfleisch, sofern das Gewicht einzelner Stücke weniger als vier Kilogramm beträgt; auf Schinken, Speck und Därme findet diese Vorschrift keine Anwendung.

   Fleisch, welches zwar einer Behandlung zum Zwecke seiner Haltbarmachung unterzogen worden ist, aber die Eigenschaften frischen Fleisches im Wesentlichen behalten hat oder durch entsprechende Behandlung wieder gewinnen kann, ist als zubereitetes Fleisch nicht anzusehen; Fleisch solcher Art unterliegt den Bestimmungen in Ziffer 1.

Für die Zeit nach dem 31. Dezember 1903 sind die Bedingungen für die Einfuhr von Fleisch gesetzlich von Neuem zu regeln. Sollte eine Neuregelung bis zu dem bezeichneten Zeitpunkte nicht zu Stande kommen, so bleiben die im Abs. 2 festgesetzten Einfuhrbedingungen bis auf Weiteres maßgebend.

§. 13.

Das in das Zollinland eingehende Fleisch unterliegt bei der Einfuhr einer amtlichen Untersuchung unter Mitwirkung der Zollbehörden. Ausgenommen hiervon ist das nachweislich im Inlande bereits vorschriftsmäßig untersuchte und das zur unmittelbaren Durchfuhr bestimmte Fleisch.

Die Einfuhr von Fleisch darf nur über bestimmte Zollämter erfolgen. Der Bundesrath bezeichnet diese Aemter sowie diejenigen Zoll- und Steuerstellen, bei welchen die Untersuchung des Fleisches stattfinden kann.

§. 14.

Auf Wildpret und Federvieh, ferner auf das zum Reiseverbrauch mitgeführte Fleisch finden die Bestimmungen der §§. 12 und 13 nur insoweit Anwendung, als der Bundesrath dies anordnet.

Für das im kleinen Grenzverkehr sowie im Meß- und Marktverkehr des Grenzbezirkes eingehende Fleisch können durch Anordnung der Landesregierungen Ausnahmen von den Bestimmungen der §§. 12 und 13 zugelassen werden.

§. 15.

Der Bundesrath ist ermächtigt, weitergehende Einfuhrverbote und Einfuhrbeschränkungen, als in den §§. 12 und 13 vorgesehen sind, zu beschließen.

§. 16.

Die Vorschriften des §. 8 Abs. 1 und der §§. 9 bis 11 gelten auch für das in das Zollinland eingehende Fleisch. An Stelle der unschädlichen Beseitigung des Fleisches oder an Stelle der polizeilicherseits anzuordnenden Sicherungsmaßregeln kann jedoch, insoweit gesundheitliche Bedenken nicht entgegenstehen, die Wiederausfuhr des Fleisches unter entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen zugelassen werden.

§. 17.

Fleisch, welches zwar nicht für den menschlichen Genuß bestimmt ist, aber dazu verwendet werden kann, darf zur Einfuhr ohne Untersuchung zugelassen werden, nachdem es zum Genusse für Menschen unbrauchbar gemacht ist.

§. 18.

Bei Pferden muß die Untersuchung (§. 1) durch approbirte Thierärzte vorgenommen werden.

Der Vertrieb von Pferdefleisch sowie die Einfuhr solchen Fleisches in das Zollinland darf nur unter einer Bezeichnung erfolgen, welche in deutscher Sprache das Fleisch als Pferdefleisch erkennbar macht.

Fleischhändlern, Gast-, Schank- und Speisewirthen ist der Vertrieb und die Verwendung von Pferdefleisch nur mit Genehmigung der Polizeibehörde gestattet; die Genehmigung ist jederzeit widerruflich. An die vorbezeichneten Gewerbetreibenden darf Pferdefleisch nur abgegeben werden, soweit ihnen eine solche Genehmigung ertheilt worden ist. In den Geschäftsräumen dieser Personen muß an einer in

die Augen fallenden Stelle durch deutlichen Anschlag besonders erkennbar gemacht werden, daß Pferdefleisch zum Vertrieb oder zur Verwendung kommt.

Fleischhändler dürfen Pferdefleisch nicht in Räumen feilhalten oder verkaufen, in welchen Fleisch von anderen Thieren feilgehalten oder verkauft wird.

Der Bundesrath ist ermächtigt, anzuordnen, daß die vorstehenden Vorschriften auf Esel, Maulesel, Hunde und sonstige, seltener zur Schlachtung gelangende Thiere entsprechende Anwendung finden.

§. 19.

Der Beschauer hat das Ergebniß der Untersuchung an dem Fleische kenntlich zu machen. Das aus dem Auslande eingeführte Fleisch ist außerdem als solches kenntlich zu machen.

Der Bundesrath bestimmt die Art der Kennzeichnung.

§. 20.

Fleisch, welches innerhalb des Reichs der amtlichen Untersuchung nach Maßgabe der §§. 8 bis 16 unterlegen hat, darf einer abermaligen amtlichen Untersuchung nur zu dem Zwecke unterworfen werden, um festzustellen, ob das Fleisch inzwischen verdorben ist oder sonst eine gesundheitsschädliche Veränderung seiner Beschaffenheit erlitten hat.

Landesrechtliche Vorschriften, nach denen für Gemeinden mit öffentlichen Schlachthäusern der Vertrieb frischen Fleisches Beschränkungen, insbesondere dem Beschauzwang innerhalb der Gemeinde unterworfen werden kann, bleiben mit der Maßgabe unberührt, daß ihre Anwendbarkeit nicht von der Herkunft des Fleisches abhängig gemacht werden darf.

§. 21.

Bei der gewerbsmäßigen Zubereitung von Fleisch dürfen Stoffe oder Arten des Verfahrens, welche der Waare eine gesundheitsschädliche Beschaffenheit zu verleihen vermögen, nicht angewendet werden. Es ist verboten, derartig zubereitetes Fleisch aus dem Ausland einzuführen, feilzuhalten, zu verkaufen oder sonst in Verkehr zu bringen.

Der Bundesrath bestimmt die Stoffe und die Arten des Verfahrens, auf welche diese Vorschriften Anwendung finden.

Der Bundesrath ordnet an, inwieweit die Vorschriften des Abs. 1 auch auf bestimmte Stoffe und Arten des Verfahrens Anwendung finden, welche eine gesundheitsschädliche oder minderwerthige Beschaffenheit der Waare zu verdecken geeignet sind.

§. 22.

Der Bundesrath ist ermächtigt,

1. Vorschriften über den Nachweis genügender Kenntnisse der Fleischbeschauer zu erlassen,
2. Grundsätze aufzustellen, nach welchen die Schlachtvieh- und Fleischbeschau auszuführen und die weitere Behandlung des Schlachtviehs und Fleisches im Falle der Beanstandung stattzufinden hat,
3. die zur Ausführung der Bestimmungen in dem §. 12 erforderlichen Anordnungen zu treffen und die Gebühren für die Untersuchung des in das Zollinland eingehenden Fleisches festzusetzen.

§. 23.

Wem die Kosten der amtlichen Untersuchung (§. 1) zur Last fallen, regelt sich nach Landesrecht. Im Uebrigen werden die zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen Bestimmungen, insoweit nicht der Bundesrath für zuständig erklärt ist oder insoweit er von einer durch §. 22 ertheilten Ermächtigung keinen Gebrauch macht, von den Landesregierungen erlassen.

§. 24.

Landesrechtliche Vorschriften über die Trichinenschau und über den Vertrieb und die Verwendung von Fleisch, welches zwar zum Genusse für Menschen tauglich, jedoch in seinem Nahrungs- und Genußwerth erheblich herabgesetzt ist, ferner landesrechtliche Vorschriften, welche mit Bezug auf

1. die der Untersuchung zu unterwerfenden Thiere,
2. die Ausführung der Untersuchungen durch approbirte Thierärzte,
3. den Vertrieb beanstandeten Fleisches oder des Fleisches von Thieren der im §. 18 bezeichneten Arten

weitergehende Verpflichtungen als dieses Gesetz begründen, sind mit der Maßgabe zulässig, daß ihre Anwendbarkeit nicht von der Herkunft des Schlachtviehs oder des Fleisches abhängig gemacht werden darf.

§. 25.

Inwieweit die Vorschriften dieses Gesetzes auf das in die Zollausschlüsse eingeführte Fleisch Anwendung zu finden haben, bestimmt der Bundesrath.

§. 26.

Mit Gefängniß bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer wissentlich den Vorschriften des §. 9 Abs. 2, 4, des §. 10 Abs. 2, 3, des §. 12 Abs. 1 oder des §. 21 Abs. 1, 2 oder einem auf Grund des §. 21 Abs. 3 ergangenen Verbote zuwiderhandelt;
2. wer wissentlich Fleisch, das den Vorschriften des §. 12 Abs. 1 zuwider eingeführt oder auf Grund des §. 17 zum Genusse für Menschen unbrauchbar gemacht worden ist, als Nahrungs- oder Genußmittel für Menschen in Verkehr bringt;
3. wer Kennzeichen der im §. 19 vorgesehenen Art fälschlich anbringt oder verfälscht, oder wer wissentlich Fleisch, an welchem die Kennzeichen fälschlich angebracht, verfälscht oder beseitigt worden sind, feilhält oder verkauft.

§. 27.

Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft:

1. wer eine der im §. 26 Nr. 1 und 2 bezeichneten Handlungen aus Fahrlässigkeit begeht,
2. wer eine Schlachtung vornimmt, bevor das Thier der in diesem Gesetze vorgeschriebenen oder einer auf Grund des §. 1 Abs. 1 Satz 2, des §. 3, des §. 18 Abs. 5 oder des §. 24 angeordneten Untersuchung unterworfen worden ist,
3. wer Fleisch in Verkehr bringt, bevor es der in diesem Gesetze vorgeschriebenen oder einer auf Grund des §. 1 Abs. 1 Satz 2, des §. 3, des §. 14 Abs. 1, des §. 18 Abs. 5 oder des §. 24 angeordneten Untersuchung unterworfen worden ist,
4. wer den Vorschriften des §. 2 Abs. 2, des §. 7 Abs. 2, 3, des §. 8 Abs. 2, des §. 11, des §. 12 Abs. 2, des §. 13 Abs. 2 oder des §. 18 Abs. 2 bis 4, ingleichen wer den auf Grund des §. 15 oder des §. 18 Abs. 5 erlassenen Anordnungen oder den auf Grund des §. 24 ergehenden landesrechtlichen Vorschriften über den Vertrieb und die Verwendung von Fleisch zuwiderhandelt.

§. 28.

In den Fällen des §. 26 Nr. 1 und 2 und des §. 27 Nr. 1 ist neben der Strafe auf die Einziehung des Fleisches zu erkennen. In den Fällen des §. 26 Nr. 3 und des

§. 27 Nr. 2 bis 4 kann neben der Strafe auf die Einziehung des Fleisches oder des Thieres erkannt werden. Für die Einziehung ist es ohne Bedeutung, ob der Gegenstand dem Verurtheilten gehört oder nicht.

Ist die Verfolgung oder Verurtheilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbstständig erkannt werden.

§. 29.

Die Vorschriften des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 14. Mai 1879 (Reichs-Gesetzbl. S. 145) bleiben unberührt. Die Vorschriften des §. 16 des bezeichneten Gesetzes finden auch auf Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes Anwendung.

§. 30.

Diejenigen Vorschriften dieses Gesetzes, welche sich auf die Herstellung der zur Durchführung der Schlachtvieh- und Fleischbeschau erforderlichen Einrichtungen beziehen, treten mit dem Tage der Verkündigung dieses Gesetzes in Kraft.

Im Uebrigen wird der Zeitpunkt, mit welchem das Gesetz ganz oder theilweise in Kraft tritt, durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths bestimmt.

Urkundlich 2c.

Gegeben 2c.

Berlin, den 22. Mai 1900.

Angenommene Resolution.

Der Reichstag erkärt es für angezeigt, daß in Ergänzung des Gesetzes über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau durch Landesgesetze öffentliche Schlachtviehversicherungen unter Heranziehung staatlicher Mittel eingerichtet und Maßnahmen zur angemessenen Verwerthung der verworfenen Theile des Schlachtthieres getroffen werden.

Nr. 838/839.

Antrag

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Aenderungen im Münzwesen — Nr. 657 der Drucksachen —.

Nr. 838. Herold. v. Kardorff. Dr. **v. Levetzow.** Der Reichstag wolle beschließen, zu erklären:

„durch Annahme des Gesetzentwurfs, betreffend Aenderungen im Münzwesen, beabsichtigt der Reichstag keinerlei Hinderniß oder Erschwerung für eine vertragsmäßige internationale Regelung der Währung herbeizuführen."

Nr. 839. Dr. **Arendt.** Der Reichstag wolle beschließen:

1. in **Artikel I** der Vorlage hinter „zu fünf Mark" zu setzen: „und zu zehn Mark".
2. dem **Artikel II** der Beschlüsse hinzuzufügen:
   Dem §. 4 des Artikels III des Münzgesetzes folgenden §. 4a hinzuzufügen:
   „Niemand ist verpflichtet, Fünfmarkstücke im Betrage von mehr als 100 Mark und die übrigen Reichssilbermünzen im Betrage von mehr als 20 Mark in Zahlung zu nehmen."

Berlin, den 23. Mai 1900.

Nr. 840/841.

Abänderungs-Anträge

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Anlage II, Unfallversicherungsgesetz **für Land- und Forstwirthschaft:** Nr. 523, 703 b, Zu 703 b, 773 b der Drucksachen —.

Nr. 840. Freiherr **v. Richthofen-Damsdorf** und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

1. **§. 1** Abs. 6 die Worte zwischen „Betriebsbeamter" und „wird durch statutarische Bestimmung" zu streichen, mit Ausnahme von „anzusehen ist".
2. **§. 6a** Abs. 1 die Worte „und die übrigen im §. 1 Abs. 6 bezeichneten Personen" zu streichen.
3. **§. 22** Nr. 12 die letzten Worte von „oder als solche Personen" bis Schluß zu streichen.

Berlin, den 23. Mai 1900.

Freiherr v. Richthofen-Damsdorf. Graf v. Bismarck-Bohlen. v. Blödau. v. Bonin-Bahrenbusch. Graf v. Carmer. v. Dallwitz. v. Dewitz. Dietrich. Graf zu Dohna-Schlodien. Firzlaff. Hilgendorff. Himburg. Fürst zu Inn- und Knyphausen. Graf v. Klinckowstroem. v. Kröcher. Dr. Freiherr v. Langen. Dr. v. Levetzow. Graf zu Limburg-Stirum. Freiherr v. Maltzan. v. Massow. v. Normann. Rettich. Graf v. Roon. Rother. v. Salisch. Schrempf. Graf v. Schwerin-Löwitz. v. Spiegel. v. Staudy. Dr. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode. v. Treuenfels. v. Weitzel. v. Winterfeldt-Menkin.

Nr. 841. v. Waldow und Reitzenstein. Der Reichstag wolle beschließen:

im Falle der Ablehnung des Antrages des Freiherrn v. Richthofen-Damsdorf – Nr. 840 der Drucksachen –

1. im **§. 6a** Abs. 1 die Worte „und die übrigen im §. 1 Abs. 6 bezeichneten Personen" zu streichen.
2. im **§. 6aa** Zeile 2 statt „§. 6a" zu setzen: „§. 1 Abs. 6".
3. dem **§. 6aa** folgenden neuen Absatz hinzuzufügen:
   „Der Berechnung der Rente für Arbeiter der im §. 1 Abs. 6 bezeichneten Art ist ein erhöhter durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst zu Grunde zu legen, welcher in gleicher Weise wie der einfache von der höheren Verwaltungsbehörde festgesetzt wird. In ihrem Ermessen steht es, auch zwei verschiedene Klassen solcher erhöhter Durchschnittsverdienste zu bilden und die Einreihung der verschiedenen Arten von Facharbeitern in jene anzuordnen."

Berlin, den 25. Mai 1900.

v. Waldow und Reitzenstein. Dr. Arendt. Graf v. Arnim. Graf v. Bernstorff (Lauenburg). Boerner. v. Dallwitz. v. Dewitz. Dörksen. Dr. v. Frege-Weltzien. Haake. Himburg. Hofmann (Dillenburg). Jacobskötter. Fürst zu Inn- und Knyphausen. Kahlcke. Kettner. Graf v. Klinckowstroem. Kraemer. Dr. Kropatscheck. Dr. Lehr. Dr. v. Levetzow. v. Massow. Dr. Oertel. Pauli. Rettich. Freiherr v. Richthofen-Damsdorf. Graf v. Roon. Schulze. v. Spiegel. v. Staudy. v. Tiedemann. Tönnies. v. Weitzel. v. Winterfeldt-Menkin. Witt (Marienwerder).

Nr. 842.

Anträge

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Anlage I, Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz Nr. 523, 703a, Zu 703a und 773a der Drucksachen —.

Fischer (Sachsen). **Hoch. Molkenbuhr. Stadthagen.**

Der Reichstag wolle beschließen:

1. in **§. 5** Abs. 2 den zweiten und dritten Satz und den Abs. 3 zu streichen.
2. **§. 5**a Abs. 4 wie folgt zu fassen:
   „Solange der Verletzte aus Anlaß des Unfalls thatsächlich und unverschuldet arbeitslos ist, ist die Theilrente bis zum Betrage der Vollrente zu erhöhen."
3. in **§. 5**c Abs. 3 den letzten Satz zu streichen.
4. in **§. 6**a Abs. 3 den zweiten Satz und den Abs. 5 zu streichen.
5. in **§. 6**b die Worte „aber der Lebensunterhalt . . . bestritten worden" zu ersetzen durch: „falls zu ihrem Lebensunterhalt ein Beitrag durch den Verstorbenen geleistet war".
6. in **§. 6**c die Worte „falls ihr Lebensunterhalt . . . zum Wegfall der Bedürftigkeit" zu ersetzen durch: „falls zu ihrem Lebensunterhalt ein Beitrag durch den Verstorbenen geleistet war".
7. in **§. 6**d die Worte „falls ihr Lebensunterhalt . . im Falle der Bedürftigkeit" zu ersetzen durch: „falls zu ihrem Lebensunterhalt ein Beitrag durch den Verstorbenen geleistet war".
8. in **§. 7** Abs. 1 unter Ziffer 1 auf Zeile 7 bis 10 die Worte: „oder . . . erfordert" zu streichen.
9. in **§. 7**a Abs. 2 auf Zeile 1 vor dem Worte „Maßnahmen", „rechtskräftigen" und auf Zeile 4 vor dem Worte „getroffenen" einzuschalten das Wort: „rechtskräftig".
10. **§. 66**a zu streichen.
11. in **§. 67** Zeile 2 das Wort „zwanzig" zu ersetzen durch das Wort: „zehn".
12. in **§. 95** auf Zeile 3 die Worte „auch" und „nicht" zu streichen.
13. den **§. 96**a zu streichen.

Berlin, den 24. Mai 1900.

Fischer (Sachsen). Hoch. Molkenbuhr. Stadthagen.

Unterstützt durch:

Albrecht. Antrick. Auer. Agster. Baudert. Bebel. Blos. Bock. Calwer. Cramer. Dietz. Dreesbach. Ehrhart. v. Elm. Fischer (Berlin). Förster (Reuß). Frohme. Geck. Geyer. Dr. Gradnauer. Haase (Königsberg). Heine. Dr. Herzfeld. Hofmann (Chemnitz). Horn (Sachsen). Kaden. Klees. Kloß. Kunert. Liebknecht. Meister. Metzger. Pfannkuch. Reißhaus. Rosenow. Schippel. Schlegel. Schmidt (Frankfurt). Dr. Schoenlank. Schwartz (Lübeck). Segitz. Seifert. Singer. Stolle. Thiele. Tutzauer. Ulrich. v. Vollmar. Wurm. Zubeil.

Nr. 843.

Berichterstatter:
Abgeordneter Fischbeck.

Weiterer Bericht

der

Wahlprüfungs-Kommission

über

die Wahl des Abgeordneten Müller (Rudolstadt) im Wahlkreise Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt.

Der Reichstag hat in der 95. Sitzung vom 17. Juni 1899 entsprechend dem Antrage der Wahlprüfungs-Kommission (Nr. 366 der Drucksachen, I. Session 1898/1900) beschlossen:

1. den Beschluß über die Gültigkeit der Wahl des Abgeordneten Müller (Rudolstadt) für den Wahlkreis des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt einstweilen auszusetzen;
2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, durch Vermittelung der Fürstlich Schwarzburg-Rudolstadtschen Landesregierung die bei Punkt I, II, IV, V, VIII, IX, X, XI, XV, XVI, XVIII, XX, XXII, XXIV, XXVI, XXVII, XXVIII und XXIX für erforderlich erachteten Beweiserhebungen zu veranlassen und deren Ergebniß dem Reichstage zugehen zu lassen.

Die Beweiserhebungen haben stattgefunden und folgendes Ergebniß gehabt:

I. In dem Proteste war geltend gemacht, daß in Blankenburg der Mühlenbauer Jünger sen. nach Ausübung seines Wahlrechts von dem Wahlvorstande aus dem Wahllokale gewiesen sei, „da er kein Recht habe nach dem seinerseits ausgeübten Wahlrecht noch in dem Wahllokale zu verweilen."

Da in dem Proteste mehrere ähnliche Fälle gerügt wurden und so der Anschein erweckt werden konnte, als ob die hier hervorgetretene irrige Auffassung des Wahlvorstandes im Wahlkreise vielfach zur Anwendung gelangt und somit in systematischer Weise gegen die Oeffentlichkeit der Wahl gefehlt worden sei, so war beschlossen worden, den Wahlvorsteher Bürgermeister-Stellvertreter Carl Walger zu Blankenburg pro informatione, den Mühlenbauer Jünger sen., den Mühlenbesitzer Otto Henkel und den Privatier Markart ebendaselbst zeugeneidlich über die Thatsache und den Grund der Ausweisung vernehmen zu lassen.

Der pro informatione vernommene Wahlvorsteher Bürgermeister-Stellvertreter Karl Walger hat nach dem Protokoll Folgendes ausgesagt:

„Nachdem Jünger seinen Stimmzettel abgegeben hatte, nahm er im Wahllokale Platz und schien sich da häuslich niederlassen zu wollen. Als er sich schon längere Zeit im Wahllokale verweilt hatte, frug ich den p. Jünger, was er da noch zu thun habe und beabsichtige. Jünger erwiderte, er bliebe da, um die Gesetzlichkeit des Wahlverfahrens zu controliren.

Hierauf machte ich den p. Jünger darauf aufmerksam, daß, wenn alle Wähler in gleicher Absicht im Wahllokal bleiben wollten, kein Platz für die Wahlkommission übrig sei und diese das Lokal verlassen müsse.

Ob ich an den pp. Jünger die Aufforderung gerichtet habe, er solle machen, daß er aus dem Zimmer käme, weiß ich jetzt nicht mehr genau."

Die Aussage des eidlich vernommenen Zeugen Mühlenbesitzer Otto Henkel deckt sich im Wesentlichen mit den Bekundungen des Walger. Er sagt zum Schluß wörtlich:

„Es ist möglich, daß Jünger sen. die Gesetzlichkeit des Wahlverfahrens hat controliren wollen, denn er wurde von p. Walger darauf hingewiesen, daß die Wahlkommission die Aufsicht über das Verfahren bei der Wahl auszuüben habe.

Den pp. Jünger hat Walger nicht förmlich aus dem Zimmer gewiesen. Gesagt hat er nicht: Machen Sie, daß Sie hinaus kommen, sonst lasse ich Sie hinausschmeißen."

Der weiter benannte Zeuge Jünger sen. ist inzwischen verstorben, der Zeuge Markart war nicht auffindbar.

Das Ergebniß der Erhebungen hat nach der Meinung der Kommission nicht den positiven Beweis erbracht, daß in Blankenburg in gesetzwidriger Weise gegen die Oeffentlichkeit des Wahlaktes gefehlt worden ist. Nachdem schon früher die übrigen Behauptungen des I. Punktes des Protestes für unerheblich erklärt worden waren, beschloß die Kommission, den Protestbehauptungen weitere Folge nicht zu geben.

II. In Unterweißbach soll nach dem Protest ein Mitglied des Kriegervereins vor dem Wahllokal den Wählern auf Müller lautende Stimmzettel „aufgezwungen" und etwaige Mitglieder des Kriegervereins, welche die Zettel ablehnten, mit der Ausstoßung aus dem Verein bedroht haben. Dieses Vorgehen wird in dem Protest auf eine unzulässige Agitation des Landraths des Kreises und Vorstandes des Schwarzburg-Rudolstädter Kriegerlandesverbandes Werner zu Königsee zurückgeführt.

Die Kommission hatte beschlossen, den letzteren informatorisch, den in dem Protest benannten Zeugen H. Wukel zu Unterweißbach eidlich über die Behauptungen vernehmen zu lassen.

Die Aeußerung des Fürstlichen Landraths Werner, auf welche noch später wird Bezug genommen werden müssen, lautet wie folgt:

„Königsee, den 28. August 1899.

In Folge der Aufforderung des Fürstl. Ministeriums zu Rudolstadt vom 8. d. M., gemäß den Beschlüssen der Wahlprüfungskommission des Reichstags über verschiedene Punkte des Protestes gegen die Wahl des Abgeordneten Müller mich dienstlich zu äußern, erkläre ich nach Pflicht und Gewissen Folgendes:

1. Ich habe mich nicht in amtlicher, sondern in privater Eigenschaft durch meine Unterschrift als „Landrath Werner" beim Wahlaufruf für Müller betheiligt. (Ich habe den Aufruf nicht als „Fürstl. Landrath", womit sonst regelmäßig amtliche Schriftstücke unterzeichnet werden, unterschrieben.) Dazu bin ich ebenso berechtigt, wie jeder andere Wähler. Da es viele Personen mit Namen Werner giebt, so mußte ich zur Unterscheidung und um nicht Proteste der übrigen Träger meines Namens hervorzurufen, meinen Stand als „Landrath" angeben, wie dies auch alle anderen Wähler zu thun pflegen.

2. Am 19. Juni 1898 nahm ich als Vorstand des Schwarzburg-Rudolstädter Kriegerlandesverbandes auf Einladung am Verbandsfest in Mellenbach Theil. Nach der üblichen Festrede hielt ich eine öffentliche kurze Ansprache, die in ein Hoch auf die kürzlich mit der Kaiser Wilhelms-Erinnerungsmedaille dekorirten Veteranen ausklang, was ja im neuen Deutschen Reiche auch vor Reichstagswahlen noch nicht verboten ist. Von der Reichstagswahl habe ich weder direkt noch indirekt gesprochen. Ich habe mich geflissentlich jeder Anspielung auf dieselbe enthalten, wie ich mich auch selbstverständlich in Kriegervereinen überhaupt jedes Politisirens grundsätzlich enthalte.

Es ist eine grobe Lüge, wenn jetzt behauptet wird, ich hätte am 19. Juni 1898 in einer Ansprache an die Krieger in Mellenbach das gemeinsame Antreten der Kriegervereinsmitglieder und geschlossenes Vorgehen zur Wahl empfohlen.

Leider sind mir die Namen der Unterzeichner des mich betreffenden, romanhaften Theils des Wahlprotestes verschwiegen worden. Ich ersuche deshalb hierdurch die Wahlprüfungskommission, mich gegen diese offenbar wider besseres Wissen gemachten groben Verleumdungen in Schutz zu nehmen und die Angelegenheit zur Weiterverfolgung an die Staatsanwaltschaft abzugeben, denn die Wahlproteste sind doch m. E. nicht dazu da, das Blaue vom Himmel herunter zu lügen und Andere mit verleumderischen Beleidigungen zu überschütten.

3. Zu VIII. Meuselbach. Es ist eine grobe Lüge, wenn im Wahlprotest behauptet wird, ich hätte dem Vorstand Lichtenheld Auftrag zur Controle ertheilt.

Ich habe weder in amtlicher noch in nichtamtlicher Eigenschaft, weder direkt noch indirekt dergleichen Aufträge oder Instruktionen ertheilt.

4. Zu XI: Ausweislich meines Reiseverzeichnisses war ich am 21. Juni 1898 in Neuhaus. Ich erinnere mich, daß mir damals von vielen Seiten mitgetheilt wurde, der Militärverein daselbst bestehe theilweise aus Sozialdemokraten, die besseren Leute hielten sich deshalb fern, bezw. träten aus. So sei z. B. der Fabrikbesitzer Herold aus dem Krieger- bezw. Militärverein ausgetreten, weil die Mehrzahl von dessen Mitgliedern bei der letzten Reichstagswahl offenbar sozialdemokratisch gewählt hätten.

Ich suchte darauf den Militärvereinsvorsitzenden auf und that ihm in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kriegerlandesverbandes Vorhalt und forderte ihn auf, etwaige Sozialdemokraten aus dem Verein auszuschließen, da sie nicht in denselben gehören und ihre Gesinnung nicht mit den satzungsgemäßen Zwecken der Kriegervereine in Einklang zu bringen ist. Bei dieser Gelegenheit brachte der Vereinsvorsitzende auch die Rede auf die bevorstehende Stichwahl. Ich bemerkte dazu, das sei seine Sache, mich ginge das nichts an. Irgend welche Aufträge zu seinem angeblichen Vorgehen habe ich ihm weder direkt noch indirekt gegeben.

Ich halte es für meine Pflicht, die Sozialdemokraten von den Kriegervereinen fern zu halten. Diese werde ich stets zu erfüllen suchen.

Werner, Fürstl. Landrath."

Der eidlich vernommene Zeuge Wukel bekundet das Folgende:

„Am Tage der Stichwahl stand vor dem Wahllokale in Unterweißbach der Tischlermeister Delius Rudolph aus Unterweißbach mit Stimmzetteln in der Hand. Was das für Stimmzettel waren, ob Müller'sche oder Hofmann'sche, weiß ich nicht.

Als ich in das Wahllokal hinein wollte, um den Zettel, den ich in der Tasche hatte, abzugeben, sagte Rudolph zu mir: „Gib einmal Deinen Zettel her, ich „will Dir einen anderen geben, Du wirst sonst aus dem „Kriegervereine herausgestoßen."

Ich wies dies Ansinnen zurück mit den Worten, ich hätte einen Zettel und brauchte keinen anderen. Ich habe darauf meinen Zettel abgegeben.

Ich bin noch jetzt Mitglied des Kriegervereins, wie ich es damals war.

Rudolph hatte damals in unserem Kriegervereine eine „Charge" inne, welche, weiß ich nicht.

v. g. u.

Heinrich Wukel."

Wenn auch hier schon bemerkt werden muß, daß die Kommission in der von ihm selbst bekundeten Thätigkeit des Landraths Werner eine unzulässige Einwirkung auf die Kriegervereine und die politische Stellungnahme der Mitglieder derselben erblickte, so waren doch die auf den Abstimmungsbezirk Unterweißbach bezüglichen Feststellungen nicht derart, daß daraus für diesen Ort eine allgemeine Beeinflussung und erfolgreiche Bedrohung der Kriegervereinsmitglieder geschlossen werden könnte. In dem einzigen zur Kenntniß der Kommission gekommenen Falle des Zeugen Wukel hat dieser nicht nur nach eigenem Belieben sein Stimmrecht ausgeübt, sondern auch bei seiner Vernehmung am 22. Juli 1899 bekundet, daß er bis dahin unangefochten Mitglied des Kriegervereins geblieben sei.

Die Kommission beschloß daher, die in Unterweißbach für Müller abgegebenen Stimmen für gültig zu erklären.

IV. In Elxleben soll sich nach dem Protest der Ortspfarrer drei Schritte von der Wahlurne entfernt hingesetzt und jedem ankommenden Wähler einen auf Müller lautenden Stimmzettel offen in die Hand gegeben haben. „Die Wähler konnten nun gar nicht anders, als diesen abgeben." Der Pfarrer habe „dieses Treiben" bis zum Schluß nicht eingestellt, trotzdem er auf das „Reglementswidrige" desselben aufmerksam gemacht worden sei. Es war die informatorische Vernehmung des Pfarrers Voigt und des Schultheiß-Stellvertreters Carl Heubach und die zeugeneidliche Vernehmung des Hutmachers Oscar Toursel aus Stadtilm über die Protestbehauptung für erforderlich erachtet worden.

Die Beweiserhebung hat ergeben, daß alle wesentlichen Behauptungen des Protestpunktes unrichtig sind. Der eidlich vernommene Zeuge Toursel konnte nur bekunden, daß der Ortspfarrer Voigt in einem Falle außerhalb des Wahllokals einem Wähler einen Stimmzettel übergeben habe, daß dieser Stimmzettel auf Müller gelautet hat, daß er offen dem Wähler behändigt worden und daß die Abgabe des Zettels an der Wahlurne kontrolirt worden ist, ist in keiner Weise bewiesen.

Die Kommission beschloß daher, dem Protestpunkt keinerlei Folge zu geben.

V. Der Protest behauptet, daß in Wüllersleben der Gemeindediener im Auftrage des Ortsvorstandes die Wahlflugblätter und Stimmzettel für Müller ausgetragen und daß in Oberilm der Ortsdiener ebenfalls im Auftrage des Ortsvorstandes die Leute von der Feldarbeit weggeholt und ihnen auf Müller lautende Stimmzettel gegeben habe.

Die auf Beschluß des Reichstages stattgehabte Zeugenvernehmung hat Folgendes ergeben:

Der informatorisch vernommene Schultheiß Adalbert Schmidt zu Wüllersleben sagt aus:

„Es ist richtig, daß ich dem Gemeindediener Friedrich Voigt hier Auftrag ertheilt habe, die mir zugesandten Wahlflugblätter für die Müller-Partei auszutragen bezw. zu verbreiten. Auch die mir zugegangenen Wahlflugblätter für die Lüttich-Partei habe ich durch den Gemeindediener austragen lassen. Letzterer ist diesem Auftrag in der Weise nachgekommen, daß er die fraglichen Flugblätter nicht nur in die Häuser trug, sondern auch in den Schankstätten niederlegte und sie hier und da anklebte.

Ich würde keinen Anstand genommen haben, die Wahlflugblätter auch der sozialdemokratischen Partei auf die angegebene Art im Orte zur Verbreitung zu bringen, wenn mir solche zugeschickt worden wären. Der Gemeindediener hat schon bei früheren Wahlen die Wahlflugblätter vertheilt, da dies von jeher hier so üblich ist.

In gleicher Weise sind durch den Gemeindediener die Stimmzettel für die Müller-Partei, sowie auch für die Lüttich-Partei ausgetragen worden. Es waren mir solche zugeschickt worden und übergab ich dieselben dem Gemeindediener mit dem Auftrage, sie auszutragen. Kurze Zeit vor dem Wahltermine, ob bei der ersten Wahl oder bei der Stichwahl, weiß ich nicht mehr, erhielt ich auch Hoffmann-Stimmzettel. Dieselben habe ich allerdings durch den Gemeindediener nicht austragen lassen, weil letzterer, so viel ich mich entsinne, die Vertheilung der Müller- und Lüttich-Stimmzettel bereits bewirkt hatte. Die Stimmzettel für den socialdemokratischen Candidaten habe ich auf den Tisch vor dem Wahllokal mit gelegt.

V. g. u.

Adelbert Schmidt, Schultheiß."

Gemeindediener Voigt zu Wüllersleben bekundet nach Leistung des Zeugeneides:

„Es ist richtig, daß ich sowohl vor der Hauptwahl als auch vor der Stichwahl der vorjährigen Reichstagswahl mehrfach vom Ortsschultheißen Flugblätter erhielt, die ich im Dorfe vertheilt habe. Für welche Partei sie waren, dies weiß ich nicht.

Auch habe ich Wahlzettel in den Häusern „Wüllerslebens" vertheilt, die ich vom Schultheiß Schmidt empfangen hatte, es waren meines Erinnerns verschiedenartige.

Auf Befragen.

Ob das nicht etwa bei der Hauptwahl gewesen sei:

Darauf kann ich mich nicht mehr so genau erinnern.

Meines Erinnerns stand auf welchen der Name „Lüttich" und auf welchen der Name „Müller", ob auch Hoffmann-Zettel dabei gewesen sind, vermag ich mich nicht mehr zu erinnern.

Ich habe beim Zettel- und Flugblattvertheilen Niemanden gesagt, daß ich die Vertheilung im Auftrage des Schulzen vornähme, auch Niemanden aufgefordert, die in den Wahlzetteln bezeichneten Personen zu wählen.

Ich habe beim Vertheilen der Zettel meist die Leute gar nicht angetroffen, da diese auf dem Feld beschäftigt waren, habe die Zettel vielmehr zum Theil unter den Thüren hineingeschoben, zum Theil zu offenen Fenstern hineingeworfen, zum Theil auch Kindern oder alten Leuten gegeben."

Schultheiß Carl Heyder zu Oberilm, informatorisch vernommen, macht folgende Aussage:

„Es ist nicht wahr, daß ich dem Gemeindediener hier den Auftrag gegeben habe, die Leute von der Feldarbeit wegzuholen und ihnen Zettel für den Candidat Müller auszuhändigen. Ich war selbst Wahlvorsteher.

Vor dem Wahllokal hatte ich einen Tisch aufstellen lassen, auf welchem Stimmzettel für jeden Candidaten lagen.

Als ich einmal das Wahllokal verließ, bemerkte ich, daß die Müllerzettel, obgleich solche noch nicht aufgebraucht sein konnten, auf dem Tische fehlten. Da ich solche noch in meiner Wohnung hatte, so schickte ich den Gemeindediener Albert Stolz dahin, um dieselbe zu holen.

Er überbrachte auch die Stimmzettel und ich legte dieselben auf den fragl. Tisch.

Kurz vor Ablauf des Wahltermins sah ich die Wählerliste durch und als ich bemerkte, daß eine Anzahl Wahlberechtigter ihren Stimmzettel noch nicht abgegeben

hatte, ließ ich durch den Gemeindediener bei jenen anfragen, ob sie noch wählen wollten oder nicht.

Der Gemeindediener hat wohl diesen Auftrag auch ausgeführt; ob sich der eine oder andere Wähler zufolge der gegebenen Anregung noch veranlaßt gesehen hat, seine Stimme abzugeben, weiß ich nicht.

Diese beiden Aufträge waren die einzigen, die ich dem Gemeindediener am Wahltage in Bezug auf die Wahl ertheilt habe; ob dies nur am Tage der ersten Wahl, oder bei Gelegenheit der Stichwahl gewesen ist, kann ich nicht sagen."

Der eidlich vernommene Gemeindediener Albert Stoltz zu Oberilm äußert sich wie folgt:

„Das ist nicht wahr, daß ich bei der Reichstagswahl Leute vom Felde geholt und diesen Müller-Zettel mitgegeben hätte und zwar im Auftrag des Ortsschultheißen.

Am Wahltermine, doch war es wohl der Hauptwahltag, nicht der Stichwahltag sagte mir allerdings im Wahllokal der Schultheiß, es wären die ausliegenden Zettel des einen Candidaten verschwunden, ich sollte im Lokal bleiben und aufpassen, daß keine Zettel weggenommen würden. Es waren meines Erinnerns Müller-Zettel, die verschwunden waren.

Ich habe dann allerdings im Auftrage des Schulzen den Führer der dortigen Sozialdemokraten, August Kürsten, und Louis Trutschel, welche kurz vor Verschwinden der „Müller" Zettel im Lokal gewesen waren, gefragt, ob sie etwa die „Müller"-Zettel weggenommen hätten; diese leugneten es aber.

Gegen Abend bin ich dann noch im Auftrage des Schultheißen bei Arno Lauterbach und beim Bäcker Kirchner gewesen, um diesen zu sagen, wenn sie wählen wollten, möchten sie doch bald kommen, sie wollten dann noch zusammen einen Skat spielen. Beide kamen dann auch noch vor Schluß der Wahl.

Vom Stichwahlstage her ist mir kein bemerkenswerthes Ereigniß mehr in der Erinnerung, daß ich Jemanden im Auftrage des Schultheiß hätte holen müssen."

Die Kommission war übereinstimmend der Ansicht, daß die Vertheilung von Flugblättern und Stimmzetteln durch den Gemeindediener im Auftrage des Schultheißen, wie dies in Wüllersleben geschehen, als ungehörig zu bezeichnen sei. Ebenso erachtete es die Kommission als ungehörig, daß der Schultheiß Heyder zu Oberilm auf Grund der Kenntniß, die er sich als Wahlvorsteher aus den amtlichen Wählerlisten verschafft, säumige Wähler durch den Gemeindediener hat heranholen lassen und Letzterem Auftrag gegeben hat, Stimmzettel für den einen Kandidaten zu beschaffen. Eine Einwirkung auf das Ergebniß der Abstimmung konnte aber seitens der Kommission aus den Vorgängen in Oberilm nicht hergeleitet werden. Dasselbe war hinsichtlich der Vertheilung von Flugblättern und Stimmzetteln durch die Gemeindeorgane in Wüllersleben der Fall. Es ist in keiner Weise bewiesen, daß der Schultheiß Schmidt mit dieser Vertheilung eine Beeinflussung zu Gunsten einer bestimmten Partei beabsichtigt hat. Es sind bei der Hauptwahl nicht nur für den Kandidaten der nationalliberalen Partei sondern auch denjenigen der Freisinnigen Vereinigung in ganz gleicher Weise Flugblätter und Stimmzettel „wie dies von jeher hier üblich" verbreitet worden und der Schultheiß Schmidt bekundet ferner, daß er auch — ob bei der Hauptwahl oder Stichwahl ist nicht festgestellt — Stimmzettel für den sozialdemokratischen Kandidaten auf dem Tisch vor dem Wahllokal niedergelegt hat.

Die Kommission konnte daher auch diesem Protestpunkt eine Bedeutung nicht beilegen.

VIII. In Meuselbach soll es nach dem Protest in einer vor der Wahl stattgehabten Kriegervereinsversammlung jedem Mitgliede zur Pflicht gemacht sein, für Müller zu stimmen. Am Wahltage soll der Vorstand des Vereins August Lichtenheld auf der zum Wahllokal führenden Treppe Zettel auf Müller lautend ausgetheilt und die Wähler daraufhin kontrollirt haben, ob sie den ihnen eingehändigten Stimmzettel an der Urne abgaben. Dasselbe soll seitens des Polizeidieners geschehen sein. Lichtenheld habe, so heißt es in dem Protest, auf Befragen angegeben, daß er mit einer solchen Kontrolle der Kriegervereinsmitglieder beauftragt sei. Die Kommission hatte beschlossen, den Landrath Werner pro informatione und den Zeugen August Lichtenheld und den Polizeidiener in Meuselbach über diese Behauptungen eidlich vernehmen zu lassen.

Anlangend die Aussage des Landraths Werner so ist diese unter II bereits mitgetheilt.

Der Zeuge August Lichtenheld hat nach Ableistung des Eides Folgendes bekundet:

„Am Tage vor der Stichwahl hatte der Kriegerverein in Meuselbach, dessen Vorstand ich damals war, und jetzt noch bin, eine Versammlung. Ich hatte diese Versammlung lediglich zu dem Zwecke berufen, um mich mit den Kameraden über die Stichwahl zum Reichstage zu besprechen. Es war mir nämlich wiederholt von Nichtmitgliedern vorgeworfen, daß Vereinsmitglieder socialdemokratisch gewählt hätten. Ich habe in dieser Versammlung dann auseinandergesetzt, Müller sei ein tüchtiger Mann und ich schlüge vor, den Müller zu wählen. Es ist auch möglich, daß ich die Aeußerung gethan habe, es sei Pflicht eines jeden Kameraden, Müller zu wählen. Genau weiß ich das heute nach 1 Jahre nicht mehr auszusagen. In unseren Statuten ist die Bestimmung enthalten, daß jedes Mitglied mit socialdemokratischer Gesinnung ausgeschlossen sei. Ich nehme an, daß ich auf diese Bestimmung in der Versammlung hingewiesen habe.

Am Tage der Stichwahl habe ich vor dem Wahllokale gestanden den ganzen Vormittag über. Ich that dies, um meine Vereinsmitglieder zu controlieren, weil der Führer der socialdemokratischen Partei Edmund Jahn seine Parteigenossen auch controlierte, wenigstens immer in das Wahllokal mit hineinging.

Ich habe dann verschiedentlich bei Kameraden, die mir als Socialdemokraten verdächtig waren, beobachtet, ob sie Müller'sche Stimmzettel hinnahmen. Ich will bemerken, daß die Stimmzettel auf einem Tische ausgebreitet waren, ich selbst habe keine vertheilt. Es ist auch nicht wahr, daß ich meine Kameraden bis in das Wahllokal hinein begleitet hätte, ich habe das Wahllokal nur betreten, um selbst zu wählen. Als ich in etwas auffälliger Weise einen der Kameraden beobachten wollte, was für einen Stimmzettel er nehme, trat der Führer der Socialdemokraten Jahn an mich heran und frug, was das bedeuten sollte. Ich erwiderte ihm:

„Ich stehe nur hier, um meine Vereinsmitglieder zu controlieren, für die bin ich verantwortlich, denn ich bin damit beauftragt."

Der weiterhin vernommene Gemeinde- und Polizeidiener Ernst Jahn zu Meuselbach bestätigt in seiner Aussage wesentlich die Bekundungen des Zeugen Lichtenheld.

Die Kommission war der Ansicht, daß in dem von dem Zeugen Lichtenheld selbst eingeräumten Verhalten eine gröbliche, unstatthafte Wahlbeeinflussung zu erblicken

sei und beschloß die in Meuselbach für Müller abgegebenen 76 Stimmen für ungültig zu erklären.

IX. In Meura soll nach dem Protest der Ortsdiener im Auftrage des Schultheißen die auf Müller lautenden Stimmzettel sowohl bei der Haupt- als bei der Stichwahl mit der Weisung vertheilt haben: Müller sei zu wählen. Es war beschlossen worden, den Gemeindediener von Meura und die in dem Protest als Zeugin benannte Maurersfrau Ehrhardt in Meura eidlich, den Schultheiß Jahn zu Meura pro informatione zu vernehmen.

Die Beweiserhebungen haben stattgefunden. Es ist aber nichts konstatirt worden, was die Protestbehauptungen irgendwie stützen könnte, weshalb die Kommission diesen Punkt für erledigt erklärte.

X. In Neuhaus sollten in drei namentlich bezeichneten Fällen Wähler im Wahllokal genötigt sein, Müllersche Zettel zu nehmen und unter Kontrole abzugeben. Nach Lage der Protestbehauptungen erschien es nicht ausgeschlossen, daß die in dem Protest benannten Arbeitgeber Otto Höhlein und Heinz Beeinflussungen auch noch bei anderen Arbeitsnehmern versucht haben. Die Kommission hatte daher beschlossen, den Holzmacher Traugott Schöler, Schmiedegesellen Ehrhardt und Arbeiter Carl Schneider zeugeneidlich, die Fabrikanten Otto Höhlein und Heinz pro informatione über die gerügten Vorgänge zu vernehmen.

Die Beweiserhebung hat in keinem Punkte eine Bestätigung der Protestbehauptungen ergeben und ist daher die Kommission über dieselben hinweggegangen.

XI. Hinsichtlich desselben Abstimmungsbezirks war in dem Protest behauptet, daß auf Anregung des Landraths Werner der Vorstand des Kriegervereins ein Zirkular an die Mitglieder des Inhalts versandt habe: „wer am Stichwahltage 12¼ Uhr nicht im Wahllokale erscheine und geschlossen antrete, könne nicht mehr im Verein bleiben."

Wegen dieser Behauptung ist der Landrath Werner pro informatione, der Vorsitzende des Kriegervereins zu Neuhaus am Rennweg als Zeuge vernommen worden.

Die Bekundung des Letzteren, Porzellanmalers August Greiner zu Neuhaus, lautet wie folgt:

„Ich hatte einige Tage vor der Stichwahl Kenntniß davon erhalten, daß man in Neuhaus davon redete, es seien socialdemokratische Mitglieder im Kriegerverein. Ich war darüber empört, und ließ am Tage vor der Stichwahl ein Zircular bei den Mitgliedern des Kriegervereins herumgehen und zwar etwa des Inhalts:

„Ich will nicht hoffen, daß unter uns gedienten Kameraden solche sind, die sich zur socialdemokratischen Angelegenheit hinreißen lassen. Es ist wohl am besten, daß wir uns um 12 Uhr versammeln, und gemeinsam zur Urne gehen."

Irgend eine Drohung, daß, wer nicht kommen würde, aus dem Vereine gestoßen würde, habe ich, wie ich bestimmt weiß, nicht ausgesprochen. Es ist auch nicht wahr, daß ich auf Veranlassung des Landraths Werner dies Zircular erlassen habe, ich habe dies vielmehr aus eigenem Antriebe gethan."

Die Kommission kannte aus diesen Bekundungen wie aus den unter II mitgetheilten Angaben des Landraths Werner nicht ersehen, daß eine unstatthafte Kontrolle der Kriegervereinsmitglieder auf ihre Abstimmung stattgefunden hat. Wenn auch die Beeinflussungsversuche als ungehörig anzusehen sind, so lag für die Kommission doch nicht hinreichender Grund vor, den Wahlakt zu kassiren.

XV. Die Beweiserhebung hat ergeben, daß in Cumbach thatsächlich der Former Willy Gehlert das Wahlrecht ausgeübt hat, obwohl er das wahlmündige Alter noch nicht erreicht hatte. Es ist daher dem als gewählt proklamirten Kandidaten Müller eine Stimme abzuziehen.

XVI. In Schwarza sollte nach dem Protest eine die Freiheit und das Geheimniß der Wahl verletzende Kontrole der Abgabe der Müller'schen Stimmzettel stattgefunden haben. Es war daher beschlossen worden, entsprechend den Angaben des Protestes den Gerber und Gastwirth C. Miß zu Schwarza und den Konsumverwalter Hartmann in Rudolstadt zeugeneidlich und den Fabrikdirektor Max Seyffert zu Schwarza pro informatione zu vernehmen.

Die zeugeneidliche Aussage des Karl Miß lautet wie folgt:

„Ich war bei der letzten Reichstagshauptwahl im Wahllokal zu Schwarza damit beschäftigt Wahlzettel für den socialdemokratischen Candidaten Hofmann an die Wähler zu vertheilen.

Von den Unregelmäßigkeiten sowie von den Aeußerungen die Seitens des Wahlvorstandes nach Verkündung des Resultats gefallen sein sollen (vergl. Anlage A) weiß ich nichts. Aufgefallen ist mir nur, daß der Mühlenbesitzer Nestler aus Schwarza, der zur nationalliberalen Partei gehört, an der Thür stand, die vom Vorzimmer in dem die Zettel vertheilt wurden, in dasjenige Zimmer führte, wo die Wahlurne sich befand und die Thür je beim Eintritt eines Wählers öffnete und so lange dem Wähler nachsah, bis dieser den Wahlzettel an den Vorsitzenden des Wahlkomites abgegeben hatte, wenigstens ist mir das aufgefallen, bei sehr vielen Wählern, wenn auch nicht bei Allen.

Wie es dann bei der Stichwahl zugegangen ist, weiß ich nicht, da ich nur kurze Zeit dort war, um zu wählen."

Der Zeuge Emil Hartmann hat bekundet:

„Am 16. und 24. Juni v. Js. war ich als Abgeordneter der socialdemokratischen Partei hier nach Schwarza geschickt worden, um dort Stimmzettel für den Candidaten Hofmann zu vertheilen und die Gesetzlichkeit des Wahlverfahrens zu überwachen.

Wahlvorstand in Schwarza war damals Prokurist Seyfert.

Vor dem Wahllokal wurden von dem Gutsbesitzer Mackeldey und dem Mühlenbesitzer Nestler Stimmzettel für den Candidaten Müller vertheilt. Jeder Wähler, der in das Vorzimmer zum Wahllokal kam, erhielt meistens von pp. Mackeldey einen Stimmzettel, während Nestler die Thür zum Wahllokale öffnete und den betr. Wählern nachsah, damit von den Wählern die Stimmzettel nicht vertauscht würden. In dem Vorzimmer wurden in vielen Fällen von pp. Mackeldey den Wählern die Stimmzettel der Gegenpartei abgefordert und in vielen Fällen abgenommen."

Der pro informatione vernommene Wahlvorsteher Fabrikdirektor Max Alwin Seyffert hat ausgesagt:

„Ich bin an den beiden Reichstagswahltagen am 16. und 24. v. Js. Wahlvorsteher in Schwarza gewesen. Ich habe mich ganz genau davon überzeugt, daß während des Wahlakts alles gesetzmäßig verlaufen ist.

Ich glaube nicht, daß ich die im Wahlprotest sub 16 i. f. aufgeführten Worte am Stichwahlstage gebraucht habe.

Die Socialdemokraten haben am Wahltage ganz genau dasselbe Verfahren beobachtet wie die Ordnungsparteien; die Socialdemokraten haben ebenso gut Stimmzettel zugeschoben wie die Ordnungspartei.

Wegen meines Verfahrens bei der Wahl bin ich durch die Socialdemokraten im „Thüringer Volksblatt", welches in Saalfeld erscheint, angegriffen worden.

Der Redakteur Becker ist aber von der Strafkammer des Landgerichts hier wegen der in dem betr. Artikel enthaltenen Beleidigung zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt worden."

Die Kommission hat aus diesem Ergebniß der stattgehabten Erhebungen nicht den Beweis entnehmen können, daß in Schwarza wirklich unerlaubte Wahlbeeinflussungen und eine Kontrole stattgefunden haben, und sah sich daher nicht veranlaßt, dem Protestpunkt eine weitere Folge zu geben.

XVIII. In Burkersdorf soll nach der Protestbehauptung der Wahlakt bereits 20 Minuten nach 5 Uhr geschlossen sein; Arbeiter, die um 1/26 Uhr zur Wahl kamen, seien nicht mehr zugelassen. Die Beweiserhebung hat ergeben, daß sich der Wahlvorsteher nach der in dem betreffenden Wirthshaus vorhandenen Uhr gerichtet hat und daß der Wahlakt geschlossen ist, als diese auf 6 Uhr zeigte. Da in dem Ort eine öffentliche Uhr nicht vorhanden ist, so konnte nicht festgestellt werden, ob thatsächlich die Wahl vorzeitig beendet worden ist. Der eidlich vernommene Zeuge Braut behauptet übrigens, daß nach seiner Uhr die Wahl nicht 20 Minuten nach 5 Uhr, sondern 10 Minuten vor 6 Uhr geschlossen sei. Die Kommission beschloß, über den Protestpunkt mangels zuverlässiger Feststellungen hinweg zu gehen.

XX. In Lichte sollen die Wähler auf die Abgabe der Müller'schen Stimmzettel kontrollirt sein, nachdem diese mit bestimmten Merkmalen versehen waren. Es war beschlossen, die abgegebenen Stimmzettel einzufordern und einzusehen, den Wahlvorsteher, Modelleur Wilhelm Ulbrich, und den Edm. Schünzel pro informatione und den Dienstknecht Arthur Richter und Maler Louis Brödel zeugeneidlich zu vernehmen.

Der eidlich vernommene Dienstknecht Arthur Richter behauptet, daß nach seiner Meinung der Wahlvorsteher Ulbrich den von ihm abgegebenen Stimmzettel vor dem Einwurf in die Urne mit einem Kniff versehen habe; daß dies noch in anderen Fällen geschehen, kann er nicht behaupten. Der Auffassung des Richter stehen die Aussagen der übrigen Zeugen entgegen, auch enthalten die von der Kommission geprüften Stimmzettel keinerlei Merkmale. Somit lag kein Grund vor, dem Protestpunkt ein Gewicht beizulegen.

XXII. Nach dem Protest sollen in Burgkemnitz und in Eichicht seitens der Schultheißen die Aufrufe für die Wahl Müllers in den Kästen, in denen sonst die amtlichen Bekanntmachungen ausgehängt werden, angeschlagen gewesen sein. Da in einem solchem Verhalten eventuell eine unstatthafte Parteinahme der Ortsbehörden für den Kandidaten Müller hätte erblickt werden müssen, so war beschlossen worden, von dem Schultheißen Christian Kachold und dem Schultheiß von Eichicht, Albert Waller, amtliche Auskunft darüber einzuholen, ob die Wahlaufrufe für Müller in den zur Bekanntmachung amtlicher Anordnungen bestimmten vergitterten Kästen ausgehängt worden sind.

In dem Falle Burgkemnitz wird von dem Schultheißen Kachold bekundet, daß es in seiner Gemeinde bisher ohne Widerspruch üblich gewesen sei, nicht blos behördliche Bekanntmachungen, sondern „alle die Sachen, welche der Gemeindevorstand der Veröffentlichung für werth", durch Aushang in dem von der Gemeinde beschafften Kasten bekannt zu machen. Thatsächlich habe er auch den Wahlaufruf für Lüttich in dem Kasten zum Aushang gebracht. Die Kommission erachtete die Benutzung der für die öffentlichen Bekanntmachungen bestimmten Kästen zum Aushang von Wahlflugblättern als durchaus ungehörig. Da aber nur festgestellt worden ist, daß sich der Aushang lediglich auf die Kandidatur Lüttich bezog, welche nur für die Hauptwahl in Betracht kam, so war diesem Punkte eine weitere Bedeutung nicht beizulegen.

Den Bezirk Eichicht anlangend, so bestreitet der Gemeindevorstand Kachold entschieden, daß ein Wahlaufruf für Müller in dem vergitterten Kasten für die amtlichen Bekanntmachungen ausgehängt worden sei. Der Aushang habe auf einer Tafel im Ortswirthshaus stattgefunden, welche ortsüblich den Bekanntmachungen über Kontrollversammlungen, Wahlaufrufe, Musterungen, freiwillige Verkäufe u. s. w. diene. Auf dieser Tafel sei nicht nur der Aufruf für Müller, sondern auch derjenige für Lüttich veröffentlicht; andere Aufrufe seien dem Ortsvorstand nicht zugegangen. Aus dieser Bekundung geht hervor, daß die betreffende Tafel nicht allein für amtliche Bekanntmachungen, sondern auch solche privater Art bestimmt war, und war daher auch diesem Protestpunkt eine Folge nicht zu geben.

XXIV. In Udersleben sollen nach dem Protest mehrere namentlich bezeichnete Personen nach Ausübung ihres Wahlrechts vom Wahlvorstande mit dem Bemerken aus dem Wahllokal verwiesen sein, daß dort Niemand mehr etwas zu suchen habe, wenn er gewählt habe. Zum Zwecke der Prüfung, ob hier thatsächlich in der angegebenen Weise die Oeffentlichkeit des Wahlaktes beschränkt worden ist, sind auf Veranlassung des Reichstags der Wahlvorsteher Schichtmeister a. D. Friedrich Leonhardt pro informatione, der Schneider Meux, der Landwirth Friedrich Schilling, der Schuhmacher Robert Tetzel, der Knopfmacher August Günscht, der Handarbeiter Frz. Knauf und der Maurer Carl Hilprecht zeugeneidlich über die angebliche wiederholte Ausweisung von Wählern aus dem Wahllokal, nachdem dieselben ihren Stimmzettel abgegeben hatten, vernommen worden.

Die Beweisaufnahme bezüglich des Schneiders Meux aus Udersleben, welcher nach dem Protest nach Abgabe seines Stimmzettels aus dem Wahllokal gewiesen sein soll, lautet widersprechend. Meux behauptet positiv, daß ihm von dem Wahlvorsteher Leonhardt bedeutet worden sei, der Aufenthalt im Wahllokale sei den Wählern nach stattgehabter Stimmabgabe nicht erlaubt. Leonhardt bestreitet diese Aussage. Er habe es Meux nur verwehrt, sich um den Wahltisch herum zu schaffen zu machen und etwa mit den Beisitzern Gespräche anzufangen. Im Uebrigen will er dem Meux bemerkt haben, daß, wenn letzterer sich im Wahllokale aufhalten wolle, er sich hinsetzen und ruhig verhalten möge. Meux habe bald darauf aus freien Stücken das Wahllokal verlassen. — Diese Aussage wird unterstützt durch den eidlich vernommenen Zeugen Tetzel, Beisitzer im Wahlvorstand, welcher von einer Ausweisung des Meux nichts gehört hat. Da die übrigen vernommenen Zeugen zur Sache nichts bekunden konnten, so mußte dieser Protestpunkt als unaufgeklärt bei Seite gelassen werden.

Dagegen ist aus der Zeugenvernehmung als bewiesen festgestellt, daß von dem Wahlvorstande Wähler aus dem benachbarten Frankenhausen in wiederholten Fällen mit der unzutreffenden Begründung ausgewiesen sind, daß bei der Wahl in Udersleben nur Ortseingesessene theilnehmen dürften. Die Kommission konnte aber nicht den Beweis als erbracht ansehen, daß diese Ausweisungen der Absicht einer planmäßigen Beschränkung der Oeffentlichkeit entsprungen sind und beschloß daher, den Wahlakt für giltig zu erklären.

XXVI. Der Protest behauptet, daß in Borxleben ebenfalls einem aus Frankenhausen stammenden Wähler

der Aufenthalt im Wahllokal verwehrt worden sei; als solcher wird der Knopfmacher Friedrich Bollmann bezeichnet.

Dieser, zeugeneidlich vernommen, giebt an, daß er das Wahllokal überhaupt nicht betreten habe, er sei vielmehr nur aufgefordert, einen neben diesem gelegenen Tanzsaal zu verlassen.

Dem Protestpunkt war danach eine weitere Folge nicht zu geben.

XXVII. In Esperstedt soll nach Schluß der Wahlzeit das Lokal für Nichtkommissions-Angehörige auf zehn Minuten geschlossen gewesen sein. Da danach angenommen werden konnte, daß die Feststellung des Wahlergebnisses bei verschlossenen Thüren erfolgt ist, so war beschlossen worden, den in dem Protest als Zeugen benannten Tischler Kohlmann in Frankenhausen eidlich, den Wahlvorsteher Landwirth Eduard Petersilie in Esperstedt informatorisch zu vernehmen.

Die Aussage des Eduard Kohlmann lautet wie folgt:

„Ich habe mich während der Reichstagswahl in Esperstedt aufgehalten und in der Gaststube des Gemeindegasthauses, in welchem das Wahllokal sich befand, Stimmzettel vertheilt. Ich habe mich nicht durch eigene Wahrnehmung davon überzeugt, daß das Wahlzimmer nach Schluß der Wahl auf 10 Minuten geschlossen worden sei, aber ich nehme dies an auf Grund folgender Wahrnehmungen:

Als ich nach 6 Uhr die Treppe hinauf nach dem Wahllokal ging — es war etwa 8—10 Minuten nach 6 Uhr —, sah ich vor der Thür des Wahlzimmers etwa 6 Leute stehen, die offenbar hinein wollten, aber nicht konnten. Als ich herangekommen war, öffnete sich die Thür und der Lehrer trat mit einer einladenden Handbewegung heraus; gesagt hat er meines Erinnerns nichts. Ich trat mit in das Zimmer, es war bis dahin Niemand als der Wahlvorstand darin anwesend gewesen. Die Namen der Personen, die gewartet haben, kann ich nicht angeben.

Außerdem hat mir vorher der Kaufmann Krüger in Esperstedt, von dem ich annehme, daß er zum Wahlvorstand gehört hat, gesagt: Um 6 Uhr würde das Wahlzimmer auf einige Minuten geschlossen, dann würde es aufgemacht, dann sollte ich auch mit hinein. Auf meine Frage, warum ich nicht um 6 Uhr hinein könnte, sagte er: Wir zählen die Stimmzettel erst vorher einmal, es giebt sonst immer solche Störungen. Was der Wahlvorstand in dem geschlossenen Wahlzimmer gemacht hat, weiß ich nicht, ich denke mir, daß die Wahlzettel ein Mal durchgezählt worden sind. Nach unserem Eintreten in das Zimmer sind die Zettel noch einmal gezählt worden."

Diese Angaben wurden durch die Bekundungen des Wahlvorstehers Petersilie durchaus bestätigt. Damit ist erwiesen, daß in Esperstedt in einer gegen das Gesetz verstoßenden Weise zeitweilig die Oeffentlichkeit bei dem Wahlgeschäft ausgeschlossen gewesen ist und muß somit der ganze Wahlakt für ungültig erklärt werden. Danach sind dem gewählten Kandidaten Müller 87, dem Gegenkandidaten Hofmann 58 Stimmen abzuziehen.

XXVIII. Der Protest behauptet, daß in Günserode zwei aus Frankenhausen stammenden Wählern der Zutritt zum Wahllokal verboten sei.

Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß einer der benannten Zeugen, Franz Haselkuhn aus Frankenhausen, zur Sache nichts bekunden konnte. Dagegen hat der Schneider Johann Schulze aus Frankenhausen unter seinem Eide bestätigt, daß ihm der Aufenthalt im Wahllokal während der Feststellung des Wahlergebnisses verboten worden sei. Der informatorisch vernommene Wahlvorsteher Richard Junker zu Günserode giebt zu, daß er aus Frankenhausen stammende Wähler aus dem Wahllokal gewiesen habe, da er der Meinung sei, „daß in einem Orte nur diejenigen Wähler Zutritt haben, die in der Wahlliste verzeichnet sind".

Die Kommission sah sich aber in derselben Erwägung wie zu XXIV nicht veranlaßt, wegen dieser Feststellungen die Ungültigkeit des Wahlakts auszusprechen.

XXX. In Thalleben soll, wie der Protest behauptet, der Polizeidiener am Tage vor der Stichwahl im Auftrage des Schultheißen die Müller-Zettel zu den Wählern auf dem Kyffhäuser, der Rothenfeld wie dem Rathsfeld getragen haben.

Da hierin eventuell eine unstatthafte amtliche Wahlbeeinflussung hätte erblickt werden müssen, war die informatorische Vernehmung des Landwirths Hermann Setzepfandt und des Polizeidieners in Thalleben, sowie die zeugeneidliche Vernehmung des Carl Vollmar jun. und des Maurers Adolph Barthel, beide zu Frankenhausen, erforderlich erachtet.

Die beiden letztgenannten Zeugen konnten aus eigener Wissenschaft nichts bezeugen. Sie behaupten, von dem Polizeidiener Grabe in Thalleben selbst gehört zu haben, daß er im Auftrage des Schultheißen Stimmzettel vertheilt habe. Darüber, auf wen diese lauteten, hat Barthel nichts gehört, während Vollmar von dem Polizeidiener Grabe erfahren haben will, daß es Stimmzettel für Müller waren.

Grabe bestreitet letzteres entschieden. Er habe nicht vor der Stichwahl, sondern vor der Hauptwahl Stimmzettel vertheilt, und zwar solche für den Kandidaten Lüttich. Der weiterhin informatorisch vernommene Landwirth Setzepfandt weiß zur Sache nichts zu bekunden. Die Kommission sah sich danach genöthigt, den Protestpunkt als nicht genügend geklärt auf sich beruhen zu lassen.

Der als gewählt proklamirte Abgeordnete Müller (Rudolstadt) hatte 8 052 Stimmen erhalten. Ihm kommen nach den Kommissionsbeschlüssen in Abrechnung: 76 Stimmen in Meuselbach, 1 in Cumbach, 87 in Esperstedt, zusammen 164; somit verbleiben ihm noch 7 888 Stimmen. Dem unterlegenen Kandidaten Hofmann, welcher 7 422 Stimmen erhalten hatte, sind abzuziehen 58 in Esperstedt; ihm verbleiben also nach Abrechnung 7 364 gültige Stimmen. Das Gesammtergebniß ist also:

Müller (Rudolstadt)	7 888	Stimmen,
Hofmann	7 364	„
bleiben also	524	Stimmen

Mehrheit für den als gewählt erklärten Abgeordneten Müller (Rudolstadt).

Die Kommission beantragt danach:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Wahl des Abgeordneten Müller (Rudolstadt) im Wahlkreise Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt für **gültig** zu erklären.

Berlin, den 1. Mai 1900.

Die Wahlprüfungs-Kommission.

Dr. **Spahn**, Vorsitzender. **Fischbeck**, Berichterstatter. Dr. **Arendt. Boerner. Brandenburg. v. Czarlinski. Dietrich. Ernst. Fischer** (Berlin). **Graßmann. Pfannkuch. Schrempf. Schwarze** (Lippstadt). **Wellstein.**

Nr. 844.

Neunzehntes Verzeichniß

der

bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen.

Nr. 845/848.

Anträge.

Nr. 845. Zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, **773** der Drucksachen —.

Roesicke (Dessau) und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

1. im **§. 7** Abs. 1 wie folgt zu fassen:
   „Bei der Verhandlung sind, soweit es sich um Unfälle in der Land- und Forstwirthschaft oder im Bergbaubetriebe handelt, Beisitzer aus diesen Berufszweigen, im Uebrigen Beisitzer aus den sonstigen der Versicherung unterliegenden Betrieben zuzuziehen. Ausnahmen sind nur in einzelnen Fällen aus besonderen Gründen zulässig."
2. im **§. 15a** die Worte „eine Spruchkammer" zu ersetzen durch: „ein Senat"; „einer anderen Spruchkammer" zu ersetzen durch: „eines anderen Senats"; „der erweiterten Spruchkammer" zu ersetzen durch: „des erweiterten Senats".
3. im **§. 20** die Ziffer 2 zu streichen und statt „3" zu setzen: „2"; ferner in Abs. 2 den zweiten Satz zu streichen.
4. den **§. 22** Abs. 2 wie folgt zu fassen:
   „Die Bestimmungen des §. 17a dieses Gesetzes, der §§. 8, 8a, 8b des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, der §§. 11, 11a, 11b, 33b, 36 Abs. 3, §§. 39a, 78, 79, 80 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft, sowie der §§. 15, 15a, 15b 34, 79a des See-Unfallversicherungsgesetzes treten erst am 1. Januar 1902 an die Stelle der bisherigen Bestimmungen."

Nr. 846. Zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Anlage I, Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz Nr. 523, 703a, Zu 703a und **773a** der Drucksachen —.

Roesicke (Dessau) und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

1. im **§. 1** hinter Abs. 1 folgenden neuen Absatz einzuschieben:
   „Auf Personen in land- und forstwirthschaftlichen Nebenbetrieben (§. 1 Abs. 2, 3 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft) findet dieses Gesetz keine Anwendung."
2. den **§. 1a** Abs. 2 wie folgt zu fassen:
   „Den Fabriken im Sinne dieses Gesetzes gelten alle Betriebe gleich, für welche Dampfkessel, oder durch elementare Kraft (Wind, Wasser, Dampf, Gas, heiße Luft, Elektrizität u. s. w.) oder durch thierische Kraft bewegte Triebwerke nicht blos vorübergehend zur Anwendung kommen."
3. im **§. 17** die Ziffer 13 zu streichen (vergl. Antrag Nr. 4).
4. hinter **§. 27a** folgende Bestimmung einzuschalten:

   Genossenschaftsbeamte.

   „§. 27b.

   Die Genossenschaftsversammlung hat eine Dienstordnung zu beschließen, durch welche die Rechtsverhältnisse und allgemeinen Anstellungsbedingungen der Genossenschaftsbeamten geregelt werden. Diese Dienstordnung bedarf der Bestätigung durch das Reichs-Versicherungsamt.

   Die Gehälter der Beamten werden im Einzelnen durch den Haushaltsplan der Genossenschaft festgestellt."
5. im **§. 67** Abs. 1 den Schlußsatz „Der Verletzte . . . bis . . . verschlechtern würde" als zweiten Satz in demselben Absatz vor den Worten „Gegen den Bescheid" einzuschieben.
6. dem **§. 78** folgenden Abs. 3 anzufügen:
   „In den Unfallverhütungsvorschriften ist anzugeben, in welcher Art diese Vorschriften zur Kenntniß der Versicherten zu bringen sind."
7. im **§. 92** Abs. 1 auf Zeile 7 statt „im §." zu setzen:
   „in den §§. 20",
   und auf Zeile 9 hinter „27a" einzuschieben:
   „27b".

Nr. 847. Zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Anlage II, Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirthschaft Nr. 523, 703b, Zu 703b, **773b** der Drucksachen —.

Roesicke (Dessau) und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

1. im **§. 3** auf Zeile 5 das Wort: „letzteren" zu ersetzen durch das Wort:
   „Naturalbezüge".
2. im **§. 7** Abs. 1 unter Ziffer 1 auf Zeile 2 und unter Ziffer 2 auf der letzten Zeile statt „6a d" zu setzen:
   „**6a c**".
3. im **§. 10a** den Abs. 2 wie folgt zu fassen:
   „Der §. 44 Abs. 3 findet keine Anwendung auf die Bestimmung derjenigen Gemeinde, welche nach §. 10 die Kosten des Heilverfahrens zu gewähren hat."
4. im **§. 22** die Ziffer 14 zu streichen.
5. hinter **§. 32a** folgende Bestimmung einzuschalten:

   „Genossenschaftsbeamte.

   §. 32b.

   Für diejenigen Beamten der Berufsgenossenschaft, welche nicht Staats- oder Kommunalbeamte sind, hat die Genossenschaftsversammlung eine Dienst-

ordnung zu beschließen, durch welche die Rechtsverhältnisse und allgemeinen Anstellungsbedingungen der Genossenschaftsbeamten geregelt werden. Diese Dienstordnung bedarf der Bestätigung durch das Reichs-Versicherungsamt.

Die Gehälter der Beamten werden im Einzelnen durch den Haushaltsplan der Genossenschaft festgestellt."

6. im **§. 72** Abs. 1 den Schlußsatz als zweiten Satz desselben Absatzes voranzustellen.
7. im **§. 101** hinter dem Allegat des §. „32a" hinzuzufügen:
   „32b".

Nr. 848. Zur dritten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Anlage IV, **See-Unfallversicherungsgesetz** Nr. 523, 703d, Zu **703d** und 773c der Drucksachen —.

Roesicke (Dessau) und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

1. im **§. 13** Abs. 1 Ziffer 1 auf Zeile 6 statt „§. 9a" zu setzen:
   „§§. 9a, 9c Abs. 1,"
   und auf Zeile 8 statt „§. 9b":
   „§§. 9b, 9c";
   ferner als Abs. 3 hinzuzufügen:
   „Ist bei den im §. 9b bezeichneten Personen der der Berechnung zu Grunde zu legende Jahresarbeitsverdienst in Folge eines früher erlittenen, nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen über Unfallversicherung entschädigten Unfalls geringer als der vor diesem Unfalle bezogene Lohn, so ist die aus Anlaß des früheren Unfalls bei Lebzeiten bezogene Rente dem Jahresarbeitsverdienste bis zur Höhe des der früheren Rentenfeststellung zu Grunde gelegten Jahresarbeitsverdienstes hinzuzurechnen".
2. in **§. 24** die Ziffer 13 zu streichen.
3. hinter **§. 33a** folgende Bestimmung einzuschieben:
   „Genossenschaftsbeamte.
   §. 33b.
   Die Genossenschaftsversammlung hat eine Dienstordnung zu beschließen, durch welche die Rechtsverhältnisse und allgemeinen Anstellungsbedingungen der Genossenschaftsbeamten geregelt werden. Diese Dienstordnung bedarf der Bestätigung durch das Reichs-Versicherungsamt.
   Die Gehälter der Beamten werden im Einzelnen durch den Haushaltsplan der Genossenschaft festgestellt."
4. im **§. 34** am Schlusse die Worte „(Verzeichnisse §§. 21 und 22)" zu streichen.
5. im **§. 74a** Abs. 2 auf der drittletzten Zeile statt „für diese Vorschriften" zu setzen: „durch diese Vorschriften".
6. im **§. 75** Abs. 1 den Schlußsatz als zweiten Satz desselben Absatzes voranzustellen.

Berlin, den 25. Mai 1900.

Roesicke (Dessau). Doerksen. Dr. Hitze. Hoch. Hofmann (Dillenburg). Dr. Lehr. Molkenbuhr. Dr. Opfergelt. Freiherr v. Richthofen-Damsdorf. Trimborn.

Nr. 849/851.

Anträge.

Nr. 849. Zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Anlage I, **Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz** Nr. 523, 703a, Zu 703a und **773a** der Drucksachen —.

Roesicke (Dessau) und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

1. im **§. 57** den Abs. 3 zu streichen und den Abs. 4 wie folgt zu fassen:
   „Soll auf Grund eines ärztlichen Gutachtens die Bewilligung einer Entschädigung abgelehnt oder nur eine Theilrente festgestellt werden, so ist vorher der behandelnde Arzt zu hören. Steht dieser zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältnisse, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören."
2. hinter **§. 57** folgenden neuen Paragraphen anzufügen:
   „§. 57a.
   Soll die Bewilligung einer Entschädigung abgelehnt werden, so ist diese Absicht dem Verletzten oder im Falle seines Todes seinen Hinterbliebenen, soweit sie nach §§. 6a bis 6d, 6f entschädigungsberechtigt sein würden, mitzutheilen. Soll eine Entschädigung bewilligt werden, so ist den genannten Personen die Höhe der in Aussicht genommenen Entschädigung mit den rechnungsmäßigen Grundlagen mitzutheilen.
   Der Verletzte sowie seine Hinterbliebenen (§§. 6a bis 6d) sind befugt, auf diese Mittheilung innerhalb zwei Wochen sich zu äußern. Auf ihren innerhalb der gleichen Frist gestellten Antrag hat die untere Verwaltungsbehörde diese Aeußerung zu Protokoll zu nehmen. Wird ein solcher Antrag gestellt, so hat hiervon die untere Verwaltungsbehörde unverzüglich dem zuständigen Genossenschaftsorgan Kenntniß zu geben; dieses hat bis zum Eingang des Protokolls den Bescheid auszusetzen.
   Bei den im Abs. 1 bezeichneten Mittheilungen hat das zuständige Genossenschaftsorgan auf die aus Abs. 2 und aus §. 57 Abs. 3 sich ergebenden Befugnisse sowie auf die in Abs. 2 vorgesehene Frist hinzuweisen."
3. im **§. 67** Abs. 1 statt „von zwanzig Prozent" zu setzen: „von fünfzehn Prozent".
4. im **§. 82** Abs. 2 hinter „können" einzufügen: „mit Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts".
5. dem **§. 109** folgenden Abs. 3 hinzuzusetzen:
   „Die höhere Verwaltungsbehörde kann bestimmte Gemeindebehörden als untere Verwaltungsbehörden im Sinne des §. 57a bezeichnen und mit der Wahrnehmung der dort vorgesehenen Geschäfte betrauen."

Nr. 850. Zur dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Anlage II, Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirthschaft Nr. 523, 703b, Zu 703b, **773b** der Drucksachen —.

Roesicke (Dessau) und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

1. im **§. 1** Abs. 6 auf Zeile 2 hinter „anzusehen ist" an Stelle des jetzigen Wortlauts fortzufahren:
   „welche zum Unterschied von den gewöhnlichen land- oder forstwirthschaftlichen Arbeitern eine, technische Fertigkeiten erfordernde besondere Stellung einnimmt (z. B. Förster; Gärtner; gewerbliche Facharbeiter, wie Brenner, Maschinenführer, Heizer, Müller, Ziegler, Stellmacher, Schmiede, Gärtnergehülfen u. a.) wird durch statutarische Bestimmung der Berufsgenossenschaft (§. 13) für ihren Bezirk festgestellt. Bis zum Erlaß entsprechender statutarischer Bestimmungen bleiben diese Personen den sonstigen Arbeitern gleichgestellt."
2. im **§. 1** den Abs. 7 wie folgt zu fassen:
   „Als landwirthschaftlicher Betrieb im Sinne dieses Gesetzes gilt auch der Betrieb der gewerblichen Gärtnerei (Kunst- und Handelsgärtnerei, Baumschule und Samengärtnerei), dagegen nicht die ausschließliche Bewirthschaftung von Haus- und Ziergärten."
3. im **§. 6a** Abs. 1 auf Zeile 2 bis 3 die Worte:
   „sowie für die sonstigen Arbeiter, welche hauptsächlich in Nebenbetrieben (§. 1 Abs. 2) beschäftigt werden,"
   zu streichen.
4. im **§. 7** in Abs. 2 hinter „Betriebsbeamten" einzuschieben:
   „und Personen der im §. 1 Abs. 6 bezeichneten Art".
5. im **§. 22** unter Ziffer 12 die letzten vier Zeilen durch folgende Fassung zu ersetzen:
   „oder als solche Personen anzusehen sind, welche zum Unterschiede von den gewöhnlichen land- oder forstwirthschaftlichen Arbeitern eine, technische Fertigkeiten erfordernde besondere Stellung einnehmen (§. 1 Abs. 6)."
6. im **§. 33b** auf Zeile 4/5 an Stelle der Worte „im §. 6a Abs. 1" zu setzen:
   „Betriebsbeamten und sonstigen im §. 1 Abs. 6".
7. im **§. 36** Abs. 3 auf Zeile 5/6 an Stelle der Worte „der im §. 6a Abs. 1" zu setzen:
   „von Betriebsbeamten und anderen im §. 1 Abs. 6".
8. im **§. 39a** Abs. 2 auf Zeile 1 die Worte „§. 6a Abs. 1" zu ersetzen durch:
   „§. 1 Abs. 6".
9. im **§. 62** die Abs. 3, 4 durch folgende Bestimmung zu ersetzen:
   „Soll auf Grund eines ärztlichen Gutachtens die Bewilligung einer Entschädigung abgelehnt oder nur eine Theilrente festgestellt werden, so ist vorher der behandelnde Arzt zu hören. Steht dieser zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältnisse, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören."
10. hinter **§. 62** folgende neue Paragraphen hinzuzufügen:
    „§. 62a.
    Soll die Bewilligung einer Entschädigung abgelehnt werden, so ist diese Absicht dem Verletzten oder im Falle seines Todes seinen Hinterbliebenen, soweit sie nach §§. 7a bis 7d, 7f entschädigungsberechtigt sein würden, mitzutheilen. Soll eine Entschädigung bewilligt werden, so ist den genannten Personen die Höhe der in Aussicht genommenen Entschädigung mit den rechnungsmäßigen Grundlagen mitzutheilen.
    Der Verletzte sowie seine Hinterbliebenen (§§. 7a bis 7d) sind befugt, auf diese Mittheilung innerhalb zwei Wochen sich zu äußern. Auf ihren innerhalb der gleichen Frist gestellten Antrag hat die untere Verwaltungsbehörde diese Aeußerung zu Protokoll zu nehmen. Wird ein solcher Antrag gestellt, so hat hiervon die untere Verwaltungsbehörde unverzüglich dem zuständigen Genossenschaftsorgan Kenntniß zu geben; dieses hat bis zum Eingang des Protokolls den Bescheid auszusetzen.
    Bei den im Abs. 1 bezeichneten Mittheilungen hat das zuständige Genossenschaftsorgan auf die aus Abs. 2 und aus §. 62 Abs. 3 sich ergebenden Befugnisse sowie auf die in Abs. 2 vorgesehene Frist hinzuweisen."
11. im **§. 72** Abs. 1 statt „von zwanzig Prozent" zu setzen:
    „von fünfzehn Prozent".
12. im **§. 78** auf Zeile 3/4 an Stelle der Worte „für die in §. 6a Abs. 1 bezeichneten" zu setzen:
    „für Betriebsbeamte und die in §. 1 Abs. 6 bezeichneten".
13. im **§. 79** Abs. 1 auf Zeile 3/4 an Stelle der Worte „Personen der im §. 6a Abs. 1 bezeichneten Art" zu setzen:
    „Betriebsbeamte oder andere Personen der in §. 1 Abs. 6 bezeichneten Art".
14. im **§. 80** auf Zeile 2/3 die Worte „die in §. 6a Abs. 1 bezeichneten Personen" zu ersetzen durch:
    „jeden Betriebsbeamten und jede andere Person der im §. 1 Abs. 6 bezeichneten Art".
15. im **§. 90** Abs. 2 hinter „können" einzufügen:
    „mit Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts".
16. im **§. 129** als Abs. 3 anzufügen:
    „Die höhere Verwaltungsbehörde kann bestimmte Gemeindebehörden als untere Verwaltungsbehörden im Sinne des §. 62a bezeichnen und mit der Wahrnehmung der dort vorgesehenen Geschäfte betrauen."

Nr. 851. Zur dritten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Anlage IV, See-Unfallversicherungsgesetz Nr. 523, 703d, Zu **703d** und 773c der Drucksachen —.

Roesicke (Dessau) und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

1. im **§. 67** die Abs. 3, 4 durch folgende Bestimmung als Abs. 3 zu ersetzen:
   „Soll auf Grund eines ärztlichen Gutachtens die Bewilligung einer Entschädigung abgelehnt oder nur eine Theilrente festgestellt werden, so ist vorher der behandelnde Arzt zu hören. Steht dieser zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältnisse, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören."

2. hinter **§. 67** folgenden neuen Paragraphen einzuschieben:

„§. 67a.

Soll die Bewilligung einer Entschädigung abgelehnt werden, so ist diese Absicht dem Verletzten, sofern er im Inlande anwesend ist, oder im Falle seines Todes seinen Hinterbliebenen, soweit sie nach §§. 13a bis 13d, 13f entschädigungsberechtigt sein würden, mitzutheilen. Soll eine Entschädigung bewilligt werden, so ist den genannten Personen die Höhe der in Aussicht genommenen Entschädigung mit den rechnungsmäßigen Grundlagen mitzutheilen.

Der Verletzte sowie seine Hinterbliebenen (§§. 13a bis 13d) sind befugt, auf diese Mittheilung innerhalb zwei Wochen sich zu äußern. Auf ihren innerhalb der gleichen Frist gestellten Antrag hat die untere Verwaltungsbehörde diese Aeußerung zu Protokoll zu nehmen. Wird ein solcher Antrag gestellt, so hat hiervon die untere Verwaltungsbehörde unverzüglich dem zuständigen Genossenschaftsorgan Kenntniß zu geben; dieses hat bis zum Eingang des Protokolls den Bescheid auszusetzen.

Bei den im Abs. 1 bezeichneten Mittheilungen hat das zuständige Genossenschaftsorgan auf die aus Abs. 2 und aus §. 67 Abs. 3 sich ergebenden Befugnisse sowie auf die in Abs. 2 vorgesehene Frist hinzuweisen."

3. im **§. 75** Abs. 1 statt „von zwanzig Prozent" zu setzen:

„von fünfzehn Prozent".

4. im **§. 93** Abs. 2 hinter „können" einzufügen:

„mit Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts".

5. dem **§. 121** als Abs. 3 hinzuzufügen:

„Die höhere Verwaltungsbehörde kann bestimmte Gemeindebehörden als untere Verwaltungsbehörden im Sinne des §. 67a bezeichnen und mit der Wahrnehmung der dort vorgesehenen Geschäfte betrauen."

Berlin, den 25. Mai 1900.

Roesicke (Dessau). Doerksen. Dr. Hitze. Hofmann (Dillenburg). Dr. Lehr. Dr. Opfergelt. Trimborn.

Nr. 852.

Abänderungs-Anträge

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523, 773 der Drucksachen —.

Roesicke (Dessau). **Doerksen. Hofmann** (Dillenburg). **Trimborn.** Dr. **Hitze.** Dr. **Lehr.** Dr. **Opfergelt.** Freiherr **v. Richthofen-Damsdorf.** Der Reichstag wolle beschließen:

1. im **§. 22** den Abs. 3 wie folgt zu fassen:

„Im Uebrigen tritt dieses Gesetz am 1. Oktober 1900 in Kraft."

2. im **§. 23a** den Eingang wie folgt zu fassen:

„Die Bestimmungen dieses Gesetzes, insoweit sie für die Berechtigten günstiger sind, finden auch Anwendung auf die erste Feststellung von Entschädigungsansprüchen aus Unfällen 2c."

Berlin, den 25. Mai 1900.

Nr. 853/856.

Abänderungs-Anträge

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523 der Drucksachen —. **Hauptgesetz** Nr. 773 —, **Land- und Forstwirthschaft** — Zu Nr. 703b, 773b —.

Hauptgesetz.

Nr. 853. Fischer (Sachsen). **Hoch. Molkenbuhr. Stadthagen.** Der Reichstag wolle beschließen:

1. Abs. 4 des **§. 9** zu streichen.
2. Abs. 2 des **§. 17** zu streichen.
3. in Abs. 1 des **§. 20** die Ziffern 1 und 2 und den Abs. 2 des §. 20 zu streichen.

Fischer (Sachsen). Hoch. Molkenbuhr. Stadthagen.

Unterstützt durch:

Albrecht. Antrick. Auer. Agster. Baudert. Bebel. Blos. Bock. Calwer. Cramer. Dietz. Dreesbach. Ehrhart. v. Elm. Fischer (Berlin). Förster (Reuß). Frohme. Geck. Geyer. Dr. Gradnauer. Haase (Königsberg). Heine. Dr. Herzfeld. Hofmann (Chemnitz). Horn (Sachsen). Kaden. Klees. Kloß. Kunert. Liebknecht. Meister. Metzger. Pfannkuch. Reißhaus. Rosenow. Schippel. Schlegel. Schmidt (Frankfurt). Dr. Schoenlank. Schwartz (Lübeck). Segitz. Seifert. Singer. Stolle. Thiele. Tutzauer. Ulrich. v. Vollmar. Wurm. Zubeil.

Hauptgesetz.

Nr. 854. Trimborn. Doerksen. Dr. **Hitze. Hoch. Hofmann** (Dillenburg). Dr. **Lehr.** Freiherr **v. Richthofen-Damsdorf. Roesicke** (Dessau). **v. Waldow und Reitzenstein.** Der Reichtag wolle beschließen:

im **§. 15** Abs. 1 unter Ziffer 3 auf Zeile 2 statt „§. 63g" zu setzen:

„§§. 63g, 80, 86 Abs. 3",

ferner auf Zeile 4 statt „§. 68g" zu setzen:

„§§. 68g, 88, 94 Abs. 3",

und auf Zeile 6 statt „§. 71g" zu setzen:

„§§. 71g, 92 Abs. 1, §. 96 Abs. 3".

Land- und Forstwirthschaft

— Zu Nr. 703b der Drucksachen —.

Nr. 855. Albrecht und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

1. **§. 6ab** zu fassen wie folgt:

„Bei Berechnung der Rente für versicherte Betriebsunternehmer ist der Jahresarbeitsverdienst zu Grunde zu legen, welcher für die bestgelohnten Arbeiter des Kreises gezahlt wird."

2. im **§. 9** den Abs. 2 zu streichen.

(Unterschriften wie zu Antrag Nr. 853.)

Land- und Forstwirthschaft
— Zu Nr. 703b der Drucksachen —.

Nr. 856. Trimborn. Doerksen. Dr. **Hitze. Hoch. Hofmann** (Dillenburg). Dr. **Lehr.** Freiherr **v. Richthofen-Damsdorf. Roesicke** (Dessau). **v. Waldow und Reitzenstein.** Der Reichstag wolle beschließen:

im **§. 17** Abs. 2 auf der letzten Zeile statt „Bundesraths" zu setzen: „Reichs-Versicherungsamts".

Berlin, den 25. Mai 1900.

Nr. 857.

Abänderungs-Anträge

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Anlage I, Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz Nr. 523, Zu 703a, 773a der Drucksachen —.

Dr. **Opfergelt** und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

1. **§. 96** im ersten Absatz auf vorletzter Zeile das Wort „Genossenschaften" zu streichen; sodann am Schlusse des ersten Absatzes hinzuzufügen:

   „Dieselben Personen haften der Genossenschaft für deren Aufwendungen auch ohne Feststellung durch strafgerichtliches Urtheil. Ist der Unfall durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amts, Berufs oder Gewerbes verpflichtet sind, herbeigeführt, so ist die Genossenschaftsversammlung befugt, von der Verfolgung des Anspruchs abzusehen. Durch das Statut kann diese Befugniß auf den Vorstand übertragen werden."

2. **§. 96a**, wie folgt, zu fassen:

   „Will der Vorstand den Ersatzanspruch aus §. 96 Abs. 1 Satz 3 geltend machen, so hat er den Beschluß dem Ersatzpflichtigen schriftlich mitzutheilen. Der Ersatzpflichtige kann hiergegen die Beschlußfassung der Genossenschaftsversammlung anrufen.

   Die Klage darf nicht vor Ablauf eines Monats nach der Zustellung dieser Mittheilung und nur dann angestellt werden, wenn nicht innerhalb dieser Frist die Beschlußfassung Seitens des Ersatzpflichtigen angerufen ist. Ist letzteres der Fall, so ist die Beschlußfassung der Genossenschaftsversammlung abzuwarten."

3. **§. 96b** den ersten Absatz wie folgt zu fassen:

   „Der Anspruch (§. 96 Abs. 1 Satz 1) verjährt in achtzehn Monaten von dem Tage, an welchem das strafgerichtliche Urtheil rechtskräftig geworden ist, im Uebrigen in zwei Jahren nach dem Unfall. Die Anrufung der Beschlußfassung der Genossenschaftsversammlung (§. 96a Abs. 2) unterbricht die Verjährung."

Berlin, den 25. Mai 1900.

Dr. Opfergelt.
Boerner. Doerksen. Dr. Hitze. Hofmann (Dillenburg). Dr. Lehr. Freiherr v. Richthofen-Damsdorf. Roesicke (Dessau). Trimborn.

Nr. 858.

Abänderungs-Anträge

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene — Nr. 524, 799 der Drucksachen —.

Roesicke (Dessau). Der Reichstag wolle beschließen:

I. im **§. 15** unter Ziffer 2 statt „Berechtigte" zu setzen: „berechtigte Ausländer",

   ferner als Ziffer 3 einzuschieben:

   „3. solange der berechtigte Inländer im Auslande sich aufhält und es unterläßt, der Ausführungsbehörde seinen Aufenthalt mitzutheilen.

   Die Ausführungsbehörde hat über die Mittheilung des Aufenthaltsorts nähere Vorschriften zu erlassen und darin anzuordnen, daß der Rentenberechtigte sich von Zeit zu Zeit bei einem deutschen Konsul persönlich vorzustellen hat.

   Weist der Entschädigungsberechtigte nach, daß er der Vorstellungspflicht ohne sein Verschulden nicht hat genügen können, so lebt insoweit das Recht auf den Bezug der Rente wieder auf."

   und die bisherige Ziffer 3 als Ziffer 4 zu bezeichnen.

II. im **§. 24** Abs. 1 auf der viertletzten Zeile die Worte „von den Entschädigungsverpflichteten" zu streichen und am Schlusse des Abs. 1 hinzuzusetzen:

   „Dieselben Personen haften den auf Grund dieses Gesetzes Entschädigungsverpflichteten für deren Aufwendungen auch ohne Feststellung durch strafgerichtliches Urtheil. Ist der Unfall durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amts, Berufs oder Gewerbes verpflichtet sind, herbeigeführt, so ist die Ausführungsbehörde befugt, von der Verfolgung des Anspruchs abzusehen."

   ferner den Abs. 4 wie folgt zu fassen:

   „Der Anspruch (Abs. 1 Satz 1) verjährt in achtzehn Monaten von dem Tage, an welchem das strafgerichtliche Urtheil rechtskräftig geworden ist, im Uebrigen in zwei Jahren nach dem Unfall."

Berlin, den 26. Mai 1900.

Nr. 859.

Anträge.

Zur dritten Berathung des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes — Nr. 523, 703a, Zu 703b, 773a der Drucksachen —.

Roesicke (Dessau). Der Reichstag wolle beschließen:

1. in **§. 5b** Abs. 3 statt „Tagesarbeitsverdienstes" zu setzen: „Arbeitslohns".
2. in **§. 6a** den zweiten Satz des dritten Absatzes und den Abs. 5 zu streichen.
3. den **§. 6b** wie folgt zu fassen:

   „War die Verstorbene beim Eintritte des Unfalls verheirathet, aber der Lebensunterhalt ihrer Fa-

milie wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehemanns ganz oder überwiegend durch sie bestritten worden, so erhalten bis zum Wegfalle der Bedürftigkeit an Rente

a) der Wittwer zwanzig Prozent,
b) jedes hinterbliebene Kind bis zu dessen zurückgelegtem fünfzehnten Lebensjahre zwanzig Prozent des Arbeitsverdienstes.

Die Berufsgenossenschaft ist berechtigt, im Falle der Tödtung einer Ehefrau, deren Ehemann sich ohne gesetzlichen Grund von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und der Pflicht der Unterhaltung der Kinder entzogen hat, diesen Kindern die Rente zu gewähren."

4. in **§. 66a** Ziffer 2 statt „Berechtigte" zu setzen: „berechtigte Ausländer"; den Abs. 2 der Ziffer 2 zu streichen sowie folgende Ziffer 3 hinzuzufügen:

„3. solange der berechtigte Inländer im Auslande sich aufhält und es unterläßt, der Berufsgenossenschaft seinen Aufenthalt mitzutheilen.

Das Reichs-Versicherungsamt hat über diese Mittheilung des Aufenthaltsortes nähere Vorschriften zu erlassen und darin anzuordnen, daß der Rentenberechtigte sich von Zeit zu Zeit bei einem deutschen Konsul persönlich vorzustellen hat. Kürzere als einjährige Fristen dürfen für diese Vorschriften nicht angeordnet werden.

Weist der Entschädigungsberechtigte nach, daß er der Vorstellungspflicht ohne sein Verschulden nicht hat genügen können, so lebt in soweit das Recht auf den Bezug der Rente wieder auf."

Berlin, den 25. Mai 1900.

Roesicke (Dessau).

Nr. 860/861.

Abänderungs-Anträge

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523 der Drucksachen —. Zu 703b, 773b (Land- und Forstwirthschaft), Zu 703d (See-Unfall).

Nr. 860. Dr. **Opfergelt.** Der Reichstag wolle beschließen:

Zum Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirthschaft

— Zu Nr. 703b der Drucksachen —.

1. **§. 9** Abs. 3 auf Zeile 6 vor „nicht" die Worte einzuschalten: „im Falle des Abs. 2".
2. **§. 117** im ersten Absatz auf drittletzter Zeile (u. s. w. wie zu §. 96 Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz).
3. **§. 117a** wie folgt zu fassen:
   „Will der Vorstand den Ersatzanspruch aus §. 117 Abs. 1 Satz 3 geltend machen" (u. s. w. wie zu §. 96a Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz).
4. **§. 117b** den ersten Absatz wie folgt zu fassen:
   „Der Anspruch (§. 117 Abs. 1 Satz 1) verjährt" [u. s. w. wie in §. 96b Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz, nur mit der Abweichung, daß vor „unterbricht" statt (§. 96a Abs. 2)" zu sagen ist: „(§. 117a Abs. 2)"].

Nr. 861. Zum See-Unfallversicherungsgesetz

— Zu Nr. 703d der Drucksachen —.

1. in **§. 110** Abs. 1 auf 10./11. Zeile die Worte „der Genossenschaft" zu streichen (u. s. w. wie zu §. 96 Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz).
2. **§. 110a** wie folgt zu fassen:
   „Will der Vorstand den Ersatzanspruch aus §. 110 Abs. 1 Satz 3 geltend machen" (u. s. w. wie in §. 96a Abs. 2).
3. **§. 110b** den ersten Absatz wie folgt zu fassen:
   „Der Anspruch (§. 110 Abs. 1 Satz 1) verjährt" [u. s. w. wie in §. 96b Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz, nur mit der Abweichung, daß vor „unterbricht" statt „(§. 96a Abs. 2)" zu sagen ist: „(§. 110a Abs. 2)"].

Berlin, den 25. Mai 1900.

Dr. Opfergelt.

Boerner. Doerksen. Dr. Hitze. Hofmann (Dillenburg). Dr. Lehr. Freiherr v. Richthofen-Damsdorf. Roesicke (Dessau). Trimborn.

Nr. 862/863.

Abänderungs-Anträge

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523 der Drucksachen —.

Bau-Unfallversicherungsgesetz — Nr. 703c der Drucksachen —.

Dr. **Opfergelt.** Der Reichstag wolle beschließen:

1. **§. 49a** im 1. Absatz auf viertletzter Zeile das Wort „Genossenschaften" zu streichen; sodann am Schlusse des 1. Absatzes hinzuzufügen:
   „Dieselben Personen haften der Genossenschaft für deren Aufwendungen auch ohne Feststellung durch strafgerichtliches Urtheil. Ist der Unfall durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, oder dadurch herbeigeführt, daß sie bei der Leitung oder Ausführung eines Baues wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst verstießen, so ist die Genossenschaftsversammlung befugt, von der Verfolgung des Anspruchs abzusehen. Durch Statut kann diese Befugniß auf den Vorstand übertragen werden."
2. **§. 49b** wie folgt zu fassen:
   „Will der Vorstand den Ersatzanspruch aus §. 49a Abs. 1 Satz 3 geltend machen, so" (ꝛc. wie zu §. 96a G.U.V.).
3. **§. 49c** den 1. Absatz wie folgt zu fassen:
   „Der Anspruch (§. 49a Abs. 1 Satz 1) verjährt in 18 Monaten von dem Tage, an welchem das strafgerichtliche Urtheil rechtskräftig geworden ist, im Uebrigen in zwei Jahren nach dem Unfall. Die Anrufung der Beschlußfassung der Genossenschaftsversammlung (§. 49b Abs. 2) unterbricht die Verjährung."

Land- und Forstwirthschaft — Nr. 703b, Zu Nr. 703b, Nr. 773b der Drucksachen —.

Nr. 863. Roesicke (Dessau). Der Reichstag wolle beschließen:

1. in **§. 6a** Abs. 3 statt „Tagesarbeitsverdienstes" zu setzen: „Arbeitslohns".
2. in **§. 7a** den zweiten Satz des dritten Absatzes und den Abs. 5 zu streichen.
3. den **§. 7b** wie folgt zu fassen:

   „War die Verstorbene beim Eintritte des Unfalls verheirathet, aber der Lebensunterhalt ihrer Familie wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehemanns ganz oder überwiegend durch sie bestritten worden, so erhalten bis zum Wegfalle der Bedürftigkeit an Rente

   a) der Wittwer zwanzig Prozent,
   b) jedes hinterbliebene Kind bis zu dessen zurückgelegtem fünfzehnten Lebensjahre zwanzig Prozent des Arbeitsverdienstes.

   Die Berufsgenossenschaft ist berechtigt, im Falle der Tödtung einer Ehefrau, deren Ehemann sich ohne gesetzlichen Grund von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und der Pflicht der Unterhaltung der Kinder entzogen hat, diesen Kindern die Rente zu gewähren.
4. in **§. 71a** Ziffer 2 statt „Berechtigte" zu setzen: „beberechtigte Ausländer"; den Abs. 2 der Ziffer 2 zu streichen sowie folgende Ziffer 3 hinzuzufügen:

   „3. solange der berechtigte Inländer im Auslande sich aufhält und es unterläßt, der Berufsgenossenschaft seinen Aufenthalt mitzutheilen.

   Das Reichs-Versicherungsamt hat über die Mittheilung des Aufenthaltsortes nähere Vorschriften zu erlassen und darin anzuordnen, daß der Rentenberechtigte sich von Zeit zu Zeit bei einem deutschen Konsul persönlich vorzustellen hat. Kürzere als einjährige Fristen dürfen für diese Vorschriften nicht angeordnet werden.

   Weist der Entschädigungsberechtigte nach, daß er der Vorstellungspflicht ohne sein Verschulden nicht hat genügen können, so lebt in soweit das Recht auf den Bezug der Rente wieder auf."

Berlin, den 25. Mai 1900.

Nr. 864.

Petitionen,

welche,

von der Kommission für die Petitionen als nicht geeignet zur Erörterung im Plenum erachtet, zur Einsicht im Büreau niedergelegt sind.

---

cfr. Erstes Verzeichniß — Nr. 84 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 2906. Riedel — Anerkennung als Ganzinvalide.
= II. Nr. 2978. Hepp — } Gewährung von Invaliden-Wohlthaten.
= II. Nr. 2979. Bollm — }
= II. Nr. 2985. Mevis — Nachzahlung von Militär-Invalidenpension.

cfr. Zweites Verzeichniß — Nr. 103 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 3644. Nöthling — Gewährung einer Pensionszulage.
Journ. II. Nr. 3657. Müller — Gewährung einer Entschädigung wegen Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheines.
(Vom Abgeordneten Boltz überreicht.)

cfr. Drittes Verzeichniß — Nr. 123 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 3709. Schönfeld — anderweitige Festsetzung seiner Militär-Invalidenpension.

cfr. Viertes Verzeichniß — Nr. 152 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 3843. Patzki — Beschwerde wegen Entlassung aus einem Invalidenhause.
= II. Nr. 3844. Krüger — anderweitige Festsetzung seiner Militär-Invalidenpension 2c.
(Vom Abgeordneten v. Bonin-Neumark überreicht.)
= II. Nr. 3845. Glaß — Nachzahlung einer Verstümmelungszulage.

cfr. Neuntes Verzeichniß — Nr. 462 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 11851. Edel — Gewährung von Invaliden-Wohlthaten.

cfr. Zehntes Verzeichniß — Nr. 506 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 14753. Wittwe Klähn — Bewilligung einer laufenden Unterstützung.
= II. Nr. 14775. Dziedzioch — Abänderung der Strafprozeßordnung betreffend.
(Vom Abgeordneten Richter überreicht.)

cfr. Elftes Verzeichniß — Nr. 529 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 15120. Krahl — Beschwerde in einer Kommunalangelegenheit.
= II. Nr. 15125. Daunke — Ertheilung eines Civilversorgungsscheines.
= II. Nr. 15155. Schmelzer — Beschwerde wegen Internirung in einer Irrenanstalt.
= II. Nr. 15216. Borm — Nachzahlung von Militär-Invalidenpension.
= II. Nr. 15268. Bernhardt — Gewährung von Militär-Invalidenpension.
(Vom Abgeordneten Schmidt [Frankfurt] überreicht.)
= II. Nr. 15271. Wittwe Wachbar — Beschwerde über Justiz- 2c. Beamte.
= II. Nr. 15277. Hornhauer — unverständlich.

cfr. Zwölftes Verzeichniß — Nr. 568 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 15328. Leuen — Entlassung einer geisteskranken Verwandten aus der Irrenanstalt.
= II. Nr. 15370. Wittwe Zimmer — Gewährung einer Reliktenrente.

cfr. Dreizehntes Verzeichniß — Nr. 596 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 15419. Grundbesitzerverein der Königstadt zu Berlin — Veräußerung eines militärfiskalischen Grundstücks.
= II. Nr. 15507 bis 15542, 15581, 15582, 15952 bis 15955, 15997, 16074 bis 16129, 16171, 16841, 49365 bis 49371, betreffend die Reinhaltung der Ströme und Flüsse.
(Vom Abgeordneten Freiherrn Heyl zu Herrnsheim überreicht.)

Journ. II. Nr. 15544. Grzesik — Nachzahlung der Kriegstheilnehmer-Beihülfe.
= II. Nr. 15614. Bothur — Gewährung einer Altersrente.

cfr. Vierzehntes Verzeichniß — Nr. 623 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 15842. Kursawe — Wiedergewährung der ihm entzogenen Invaliden-Unterstützung.

cfr. Fünfzehntes Verzeichniß — Nr. 656 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 15900. Sobotta — Gewährung einer Unfallrente.
= II. Nr. 15916. Laupner — Invalidenrentenansprüche 2c.
= II. Nr. 15963. Misch — Einrichtung von Schornsteinfeger-Kehrbezirken in der Neumark.
= II. Nr. 15965. Linke — Beschwerde wegen zwangsweiser Aufnahme in eine Schuhmacher-Innung.
= II. Nr. 15980. Dietrich — Einführung verbesserter Achsen-Radsätze auf den Reichs-Eisenbahnen.
= II. Nr. 16024. Hübschmann — Beschwerde über eine Justizbehörde.
= II. Nr. 16045, 16046, 16160, 16297, 16298, betreffend Einführung der Konzessionspflicht für den Kleinhandel mit Bier.

cfr. Sechszehntes Verzeichniß — Nr. 680 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 16443. Wittwe Friedewold — Bewilligung einer Reliktenrente.
= II. Nr. 16476. Herrmann — Gewährung von Invaliden-Wohlthaten 2c.

cfr. Siebzehntes Verzeichniß — Nr. 718 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 16732. Klingkowski — Gewährung von Invaliden-Unterstützung.
= II. Nr. 16775. Großmann — Gewährung von Invalidenpension.
= II. Nr. 16776. Obeln — unverständlich.
= II. Nr. 17033. Diesing — Altersrentenansprüche.
= II. Nr. 17087. Schiller — Invalidenrentenansprüche.
= II. Nr. 17313. Michalski — Unfallrentenansprüche.
= II. Nr. 17314. Wittwe Junge — Altersrentenansprüche.
= II. Nr. 17581. Zeidler —
= II. Nr. 17582. Glaser — } Rechtsschutz betreffend.
= II. Nr. 17583. Karl —
= II. Nr. 17997. Ludolph — Abänderung des Bürgerlichen Gesetzbuches.
= II. Nr. 17998. Bausch — Rechtsschutz betreffend.
= II. Nr. 28006. Mertens — Gewährung von Invaliden-Wohlthaten.
= II. Nr. 28007. Hesse und Genossen — Aufhebung des in einer Gemeinde eingeführten Schlachthauszwanges. (Vom Abgeordneten Steinhauer überreicht.)
= II. Nr. 28019. Bach — Gewährung einer Invaliden-Unterstützung.
= II. Nr. 28020. Wittwe Lukatis — Gewährung einer laufenden Unterstützung.
= II. Nr. 28021. Ehlert — } Gewährung von Kriegs-
= II. Nr. 28022. Lamm — } theilnehmer-Beihülfen.

Berlin, den 25. Mai 1900.

Nr. 865/866.

Abänderungs-Anträge

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze — Nr. 523 der Drucksachen —.

Land- und Forstwirthschaft — Nr. 703b, Zu Nr. 703b, Nr. 773b der Drucksachen. —

Nr. 865. Roesicke (Dessau). Der Reichstag wolle beschließen:

in **§. 101** Abs. 1 auf der viertletzten Zeile statt „88a" zu setzen „68a" und auf der drittletzten Zeile hinter „88" einzuschalten: „90".

See-Unfallversicherungsgesetz — Nr. 523, 703d, Zu Nr. 703d und Nr. 773c der Drucksachen —.

Nr. 866. Roesicke (Dessau). Der Reichstag wolle beschließen:

1. in **§. 9b** Abs. 2 statt „Tagesarbeitsverdienstes" zu setzen: „Arbeitslohns".
2. in **§. 13a** den zweiten Satz des dritten Absatzes und den Abs. 5 zu streichen.
3. den **§. 13b** wie folgt zu fassen:

   „War die Verstorbene beim Eintritte des Unfalls verheirathet, aber der Lebensunterhalt ihrer Familie wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehemanns ganz oder überwiegend durch sie bestritten worden, so erhalten bis zum Wegfalle der Bedürftigkeit an Rente
   a) der Wittwer zwanzig Prozent,
   b) jedes hinterbliebene Kind bis zu dessen zurückgelegtem fünfzehnten Lebensjahre zwanzig Prozent des Arbeitsverdienstes.

   Die Berufsgenossenschaft ist berechtigt, im Falle der Tödtung einer Ehefrau, deren Ehemann sich ohne gesetzlichen Grund von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und der Pflicht der Unterhaltung der Kinder entzogen hat, diesen Kindern die Rente zu gewähren."
4. in **§. 74a** in Ziffer 2 zu setzen: „thut" statt „that"; ferner in Ziffer 3 Abs. 2 auf Zeile 2 statt „diese" zu setzen „die" und auf der viertletzten Zeile statt „für" zu setzen „durch".

Berlin, den 25. Mai 1900.

Nr. 867.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

die Abänderung der Gewerbeordnung.

(Nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Berathung.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen 2c.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Artikel 1.

I. Hinter §. 19 der Gewerbeordnung wird eingeschaltet:

§. 19a.

In dem Bescheide kann dem Unternehmer auf seine Gefahr unbeschadet des Rekursverfahrens

(§. 20) die unverzügliche Ausführung der baulichen Anlagen gestattet werden, wenn er dies vor Schluß der Erörterung beantragt. Die Gestattung kann von einer Sicherheitsleistung abhängig gemacht werden.

II. Hinter §. 21 der Gewerbeordnung wird eingeschaltet:

§. 21a.

Die Sachverständigen (§. 21 Ziffer 1) haben über die Thatsachen, welche durch das Verfahren zu ihrer Kenntniß kommen, Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Nachahmung der von dem Unternehmer geheim gehaltenen, zu ihrer Kenntniß gelangten Betriebseinrichtungen und Betriebsweisen, solange als diese Betriebsgeheimnisse sind, zu enthalten.

Artikel 2.

I. Der §. 23 Abs. 2 der Gewerbeordnung erhält folgende Fassung:

Der Landesgesetzgebung bleibt vorbehalten, die fernere Benutzung bestehender und die Anlage neuer Privatschlächtereien in solchen Orten, für welche öffentliche Schlachthäuser in genügendem Umfange vorhanden sind oder errichtet werden, zu untersagen.

II. Der §. 23 Abs. 3 der Gewerbeordnung erhält folgende Fassung:

Soweit durch landesrechtliche Vorschriften Bestimmungen getroffen werden, wonach gewisse Anlagen oder gewisse Arten von Anlagen in einzelnen Ortstheilen gar nicht oder nur unter besonderen Beschränkungen zugelassen sind, finden diese Bestimmungen auch auf Anlagen der im §. 16 erwähnten Art Anwendung.

Artikel 3.

I. Im §. 34 Abs. 1 der Gewerbeordnung werden nach den Worten „Geschäft eines Pfandleihers" im ersten Satze die Worte „Pfandvermittlers, Gesindevermiethers oder Stellenvermittlers" und nach den Worten „die Erlaubniß" im dritten Satze die Worte „zum Betriebe des Pfandleihgewerbes" eingeschaltet.

II. Im ersten Satze des §. 35 Abs. 3 der Gewerbeordnung werden nach den Worten „schriftlichen Aufsätze" die Worte „von der gewerbsmäßigen Auskunftertheilung über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten" eingeschaltet und die Worte „von dem Geschäfte eines Gesindevermiethers und eines Stellenvermittlers" gestrichen.

III. An Stelle des §. 38 Abs. 1 der Gewerbeordnung treten folgende Bestimmungen:

Die Zentralbehörden sind befugt, über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Pfandleiher, Pfandvermittler, Gesindevermiether, Stellenvermittler und Auktionatoren, soweit darüber die Landesgesetze nicht Bestimmungen treffen, Vorschriften zu erlassen.

Die in dieser Beziehung hinsichtlich der Pfandleiher bestehenden landesgesetzlichen Bestimmungen finden auf den im §. 34 Abs. 2 bezeichneten Geschäftsbetrieb Anwendung. Soweit es sich um diesen Geschäftsbetrieb handelt, gilt die Zahlung des Kaufpreises als Hingabe des Darlehens, der Unterschied zwischen dem Kaufpreise und dem verabredeten Rückkaufpreise als bedungene Vergütung für das Darlehen und die Uebergabe der Sache als Verpfändung derselben für das Darlehen.

Hinsichtlich der Gesindevermiether und Stellenvermittler sind die Zentralbehörden insbesondere befugt, die Ausübung des Gewerbes im Umherziehen sowie die gleichzeitige Ausübung des Gast- und Schankwirthschaftsgewerbes zu beschränken oder zu untersagen.

IV. Im ersten Satze des §. 53 Abs. 3 der Gewerbeordnung werden nach den Worten „begonnen haben," die Worte „sowie Pfandvermittlern, Gesindevermiethern und Stellenvermittlern, welche vor dem 1. Oktober 1900 den Gewerbebetrieb begonnen haben," eingeschaltet.

V. Hinter §. 75 der Gewerbeordnung wird eingeschaltet:

§. 75a.

Die Gesindevermiether und Stellenvermittler sind verpflichtet, das Verzeichniß der von ihnen für ihre gewerblichen Leistungen aufgestellten Taxen der Ortspolizeibehörde einzureichen und in ihren Geschäftsräumen an einer in die Augen fallenden Stelle anzuschlagen. Diese Taxen dürfen zwar jederzeit abgeändert werden, bleiben aber solange in Kraft, bis die Abänderung der Polizeibehörde angezeigt und das abgeänderte Verzeichniß in den Geschäftsräumen angeschlagen ist.

Die Gesindevermiether und Stellenvermittler sind ferner verpflichtet, dem Stellesuchenden vor Abschluß des Vermittelungsgeschäfts die für ihn zur Anwendung kommende Taxe mitzutheilen.

Artikel 4.

In §. 36 Abs. 1 der Gewerbeordnung wird nach dem Worte „Auktionatoren" eingefügt: „Bücherrevisoren,".

Artikel 5.

Hinter §. 41a wird eingeschaltet:

§. 41b.

Auf Antrag von mindestens zwei Dritteln der betheiligten Gewerbetreibenden kann für eine Gemeinde oder mehrere örtlich zusammenhängende Gemeinden durch die höhere Verwaltungsbehörde vorgeschrieben werden, daß an Sonn- und Festtagen in bestimmten Gewerben, deren vollständige oder theilweise Ausübung zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, ein Betrieb nur insoweit stattfinden darf, als Ausnahmen von den im §. 105b Abs. 1 getroffenen Bestimmungen zugelassen sind.

Der Bundesrath ist befugt, Bestimmungen darüber zu erlassen, welche Gewerbetreibende als betheiligt anzusehen sind und in welchem Verfahren die erforderliche Zahl von Gewerbetreibenden festzustellen ist.

Artikel 6.

Der Ziffer 9 des §. 56 Abs. 2 der Gewerbeordnung werden die Worte „sowie Bruchbänder" hinzugefügt.

Artikel 7.

Dem §. 105e der Gewerbeordnung wird als Abs. 2 eingefügt:

Der Bundesrath trifft über die Voraussetzungen und Bedingungen der Zulassung von Ausnahmen nähere Bestimmungen; dieselben sind dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnißnahme mitzutheilen.

Artikel 8.

I. Hinter §. 114 der Gewerbeordnung wird eingeschaltet:

§. 114a.

Für bestimmte Gewerbe kann der Bundesrath Lohnbücher oder Arbeitszettel vorschreiben. In diese sind von dem Arbeitgeber oder dem dazu Bevollmächtigten einzutragen:

1. Art und Umfang der übertragenen Arbeit, bei Akkordarbeit die Stückzahl;
2. die Lohnsätze;
3. die Bedingungen für die Lieferung von Werkzeugen und Stoffen zu den übertragenen Arbeiten.

Der Bundesrath kann bestimmen, daß in die Lohnbücher oder Arbeitszettel auch die Bedingungen für die Gewährung von Kost und Wohnung einzutragen sind, sofern Kost oder Wohnung als Lohn oder Theil des Lohns gewährt werden sollen.

Auf die Eintragungen finden die Vorschriften des §. 111 Abs. 2 bis 4 entsprechende Anwendung.

Das Lohnbuch oder der Arbeitszettel ist von dem Arbeitgeber auf seine Kosten zu beschaffen und dem Arbeiter nach Vollziehung der vorgeschriebenen Eintragungen vor oder bei der Uebergabe der Arbeit kostenfrei auszuhändigen.

Die Lohnbücher sind mit einem Abdruck der Bestimmungen der §§. 115 bis 119a Abs. 1, 119b zu versehen. Im Uebrigen wird die Einrichtung der Lohnbücher durch den Reichskanzler bestimmt.

Auf die von dem Bundesrathe getroffenen Anordnungen findet die Bestimmung im §. 120e Abs. 4 Anwendung.

II. Im §. 119b wird statt „§§. 115 bis 119a" gesetzt: „§§. 114a bis 119a".

Artikel 9.

Im §. 120 Abs. 3 der Gewerbeordnung wird hinter den Worten „achtzehn Jahren" eingefügt: „sowie für weibliche Handlungsgehülfen und -Lehrlinge unter achtzehn Jahren".

Artikel 10.

Hinter §. 133a der Gewerbeordnung wird eingeschaltet:

§. 133aa.

Wird durch Vertrag eine kürzere oder längere Kündigungsfrist bedungen, so muß sie für beide Theile gleich sein; sie darf nicht weniger als einen Monat betragen.

Die Kündigung kann nur für den Schluß eines Kalendermonats zugelassen werden.

Die Vorschriften des Abs. 1 finden auch in dem Falle Anwendung, wenn das Dienstverhältniß für bestimmte Zeit mit der Vereinbarung eingegangen wird, daß es in Ermangelung einer vor dem Ablaufe der Vertragszeit erfolgten Kündigung als verlängert gelten soll.

Eine Vereinbarung, die diesen Vorschriften zuwiderläuft, ist nichtig.

§. 133ab.

Die Vorschriften des §. 133aa finden keine Anwendung, wenn der Angestellte ein Gehalt von mindestens fünftausend Mark für das Jahr bezieht.

Sie bleiben ferner außer Anwendung, wenn der Angestellte für eine außereuropäische Niederlassung angenommen ist und nach dem Vertrage der Arbeitgeber für den Fall, daß er das Dienstverhältniß kündigt, die Kosten der Rückreise des Angestellten zu tragen hat.

§. 133ac.

Wird ein Angestellter nur zur vorübergehenden Aushülfe genommen, so finden die Vorschriften des §. 133aa keine Anwendung, es sei denn, daß das Dienstverhältniß über die Zeit von drei Monaten hinaus fortgesetzt wird. Die Kündigungsfrist muß jedoch auch in einem solchen Falle für beide Theile gleich sein.

Artikel 11.

I. Im §. 134 der Gewerbeordnung wird als Abs. 3 eingeschaltet:

In Fabriken, für welche besondere Bestimmungen auf Grund des §. 114a Abs. 1 nicht erlassen sind, ist auf Kosten des Arbeitgebers für jeden minderjährigen Arbeiter ein Lohnzahlungsbuch einzurichten. In das Lohnzahlungsbuch ist bei jeder Lohnzahlung der Betrag des verdienten Lohnes einzutragen; es ist bei der Lohnzahlung dem Minderjährigen oder seinem gesetzlichen Vertreter auszuhändigen und von dem Empfänger vor der nächsten Lohnzahlung zurückzureichen. Auf das Lohnzahlungsbuch finden die Bestimmungen der §§. 110 Satz 1, 111 Abs. 2 bis 4 Anwendung.

II. Im §. 134b Abs. 1 Ziffer 2 der Gewerbeordnung wird am Schlusse hinzugefügt:

mit der Maßgabe, daß die regelmäßige Lohnzahlung nicht am Sonntag stattfinden darf. Ausnahmen können von der unteren Verwaltungsbehörde zugelassen werden.

Artikel 12.

Der §. 136 Abs. 1 der Gewerbeordnung erhält folgenden Zusatz:

Eine Vor- und Nachmittagspause braucht nicht gewährt zu werden, sofern die jugendlichen Arbeiter täglich nicht länger als acht Stunden beschäftigt werden und die Dauer ihrer durch eine Pause nicht unterbrochenen Arbeitszeit am Vor- und Nachmittage je vier Stunden nicht übersteigt.

Artikel 13.

Der letzte Absatz des §. 138a der Gewerbeordnung erhält folgende Fassung:

Die untere Verwaltungsbehörde kann die Beschäftigung von Arbeiterinnen über sechszehn Jahre, welche kein Hauswesen zu besorgen haben und eine Fortbildungsschule nicht besuchen, bei den im §. 105c Abs. 1 unter Ziffer 3 und 4 bezeichneten Arbeiten an Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen Nachmittags nach fünfeinhalb Uhr, jedoch nicht über achteinhalb Uhr Abends hinaus gestatten. Die Erlaubniß ist schriftlich zu ertheilen. Eine Abschrift derselben ist in den Fabrikräumen, in welchen die Arbeiterinnen beschäftigt werden, an einer in die Augen fallenden Stelle auszuhängen.

Artikel 14.

I. Hinter §. 139b der Gewerbeordnung wird eingeschaltet:

VI. Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Verkaufsstellen.

§. 139c.

In offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörenden Schreibstuben (Kontore) und Lagerräumen ist den Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern nach

Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens zehn Stunden zu gewähren.

In Gemeinden, welche nach der jeweilig letzten Volkszählung mehr als 20 000 Einwohner haben, muß die Ruhezeit in offenen Verkaufsstellen, in denen zwei oder mehr Gehülfen und Lehrlinge beschäftigt werden, für diese mindestens elf Stunden betragen; für kleinere Ortschaften kann diese Ruhezeit durch Ortsstatut vorgeschrieben werden.

Innerhalb der Arbeitszeit muß den Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern eine angemessene Mittagspause gewährt werden. Für Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter, die ihre Hauptmahlzeit außerhalb des die Verkaufsstelle enthaltenden Gebäudes einnehmen, muß diese Pause mindestens ein und eine halbe Stunde betragen.

§. 139d.

Die Bestimmungen des §. 139c finden keine Anwendung

1. auf Arbeiten, die zur Verhütung des Verderbens von Waaren unverzüglich vorgenommen werden müssen,
2. für die Aufnahme der gesetzlich vorgeschriebenen Inventur, sowie bei Neueinrichtungen und Umzügen,
3. außerdem an jährlich höchstens dreißig von der Ortspolizeibehörde allgemein oder für einzelne Geschäftszweige zu bestimmenden Tagen.

§. 139e.

Von neun Uhr Abends bis fünf Uhr Morgens müssen offene Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein. Die beim Ladenschluß im Laden schon anwesenden Kunden dürfen noch bedient werden.

Ueber neun Uhr Abends dürfen Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein

1. für unvorgesehene Nothfälle,
2. an höchstens vierzig von der Ortspolizeibehörde zu bestimmenden Tagen, jedoch bis spätestens zehn Uhr Abends,
3. nach näherer Bestimmung der höheren Verwaltungsbehörde in Städten, welche nach der jeweilig letzten Volkszählung weniger als zweitausend Einwohner haben, sowie in ländlichen Gemeinden, sofern in denselben der Geschäftsverkehr sich vornehmlich auf einzelne Tage der Woche oder auf einzelne Stunden des Tages beschränkt.

Die Bestimmungen der §§. 139c und 139d werden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

Während der Zeit, wo die Verkaufsstellen geschlossen sein müssen, ist das Feilbieten von Waaren auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorherige Bestellung von Haus zu Haus im stehenden Gewerbebetriebe (§. 42b Abs. 1 Ziffer 1) sowie im Gewerbebetriebe im Umherziehen (§. 55 Abs. 1 Ziffer 1) verboten. Ausnahmen können von der Ortspolizeibehörde zugelassen werden. Die Bestimmung des §. 55a Abs. 2 Satz 2 findet Anwendung.

§. 139f.

Auf Antrag von mindestens zwei Dritteln der betheiligten Geschäftsinhaber kann für eine Gemeinde oder mehrere örtlich unmittelbar zusammenhängende Gemeinden durch Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Gemeindebehörden für alle oder einzelne Geschäftszweige angeordnet werden, daß die offenen Verkaufsstellen während bestimmter Zeiträume oder während des ganzen Jahres auch in der Zeit zwischen acht und neun Uhr Abends und zwischen fünf und sieben Uhr Morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen. Die Bestimmungen der §§. 139c und 139d werden hierdurch nicht berührt.

Auf Antrag von mindestens einem Drittel der betheiligten Geschäftsinhaber hat die höhere Verwaltungsbehörde die betheiligten Geschäftsinhaber durch ortsübliche Bekanntmachung oder besondere Mittheilung zu einer Aeußerung für oder gegen die Einführung des Ladenschlusses im Sinne des vorstehenden Absatzes aufzufordern. Erklären sich zwei Drittel der Abstimmenden für die Einführung, so kann die höhere Verwaltungsbehörde die entsprechende Anordnung treffen.

Der Bundesrath ist befugt, Bestimmungen darüber zu erlassen, in welchem Verfahren die erforderliche Zahl von Geschäftsinhabern festzustellen ist.

Während der Zeit, wo Verkaufsstellen auf Grund des Abs. 1 geschlossen sein müssen, ist der Verkauf von Waaren der in diesen Verkaufsstellen geführten Art, sowie das Feilbieten von solchen Waaren auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorherige Bestellung von Haus zu Haus im stehenden Gewerbebetriebe (§. 42b Abs. 1 Ziffer 1) sowie im Gewerbebetriebe im Umherziehen (§. 55 Abs. 1 Ziffer 1) verboten. Ausnahmen können von der Ortspolizeibehörde zugelassen werden. Die Bestimmung des §. 55a Abs. 2 Satz 2 findet Anwendung.

§. 139g.

Die Polizeibehörden sind befugt, im Wege der Verfügung für einzelne offene Verkaufsstellen diejenigen Maßnahmen anzuordnen, welche zur Durchführung der im §. 62 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs enthaltenen Grundsätze in Ansehung der Einrichtung und Unterhaltung der Geschäftsräume und der für den Geschäftsbetrieb bestimmten Vorrichtungen und Geräthschaften sowie in Ansehung der Regelung des Geschäftsbetriebs erforderlich und nach der Beschaffenheit der Anlage ausführbar erscheinen.

Die Bestimmungen im §. 120d Abs. 2 bis 4 finden entsprechende Anwendung.

§. 139h.

Durch Beschluß des Bundesraths können Vorschriften darüber erlassen werden, welchen Anforderungen die Laden-, Arbeits- und Lagerräume und deren Einrichtung sowie die Maschinen und Geräthschaften zum Zwecke der Durchführung der im §. 62 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs enthaltenen Grundsätze zu genügen haben. Die Bestimmung im §. 120e Abs. 4 findet Anwendung.

Soweit solche Vorschriften durch Beschluß des Bundesraths nicht erlassen sind, können sie durch Anordnung der im §. 120e Abs. 2 bezeichneten Behörden erlassen werden.

§. 139i.

Die durch §. 76 Abs. 4 des Handelsgesetzbuchs sowie durch §. 120 Abs. 1 begründete Verpflichtung des Geschäftsinhabers findet an Orten, wo eine

vom Staate oder der Gemeindebehörde anerkannte Fachschule besteht, hinsichtlich des Besuchs dieser Schule entsprechende Anwendung.

Der Geschäftsinhaber hat die Gehülfen und Lehrlinge unter achtzehn Jahren zum Besuche der Fortbildungs- und Fachschule anzuhalten und den Schulbesuch zu überwachen.

§. 139k.

Für jede offene Verkaufsstelle, in welcher in der Regel mindestens zwanzig Gehülfen und Lehrlinge beschäftigt werden, ist innerhalb vier Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes oder nach der Eröffnung des Betriebes eine Arbeitsordnung zu erlassen.

Auf die Arbeitsordnung finden die Vorschriften der §§. 134a, 134b Abs. 1 Ziffer 1 bis 4, Abs. 2, Abs. 3 Satz 1, 134c Abs. 1, Abs. 2 Satz 2 und 3, 134d Abs. 1, 134e, 134f entsprechende Anwendung.

Andere als die in der Arbeitsordnung oder in den §§. 71 und 72 des Handelsgesetzbuchs vorgesehenen Gründe der Entlassung und des Austritts aus der Arbeit dürfen im Arbeitsvertrage nicht vereinbart werden.

Die verhängten Geldstrafen sind in ein Verzeichniß einzutragen, welches den Namen des Bestraften, den Tag der Bestrafung, sowie den Grund und die Höhe der Strafe ergeben und auf Erfordern der Ortspolizeibehörde jederzeit zur Einsicht vorgelegt werden muß.

Auf Arbeitsordnungen, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassen worden sind, finden die Bestimmungen der §§. 134a, 134b Abs. 1 Ziffer 1 bis 4, Abs. 2, Abs. 3 Satz 1, 134c Abs. 1, Abs. 2 Satz 2 und 3, 134e Abs. 2, 134f entsprechende Anwendung. Dieselben sind binnen vier Wochen der unteren Verwaltungsbehörde in zwei Ausfertigungen einzureichen. Auf spätere Abänderungen dieser Arbeitsordnungen und auf die seit dem 1. Oktober 1899 erstmalig erlassenen Arbeitsordnungen finden die §§. 134d Abs. 1 und 134e Abs. 1 entsprechende Anwendung.

§. 139l.

Auf das Halten von Lehrlingen in offenen Verkaufsstellen sowie in anderen Betrieben des Handelsgewerbes findet die Bestimmung des §. 128 Anwendung.

§. 139m.

Die Bestimmungen der §§. 139c bis 139i finden auf den Geschäftsbetrieb der Konsum- und anderer Vereine entsprechende Anwendung.

II. Im §. 154 Abs. 1 der Gewerbeordnung wird anstatt „§§. 105 bis 133e" gesetzt: „§§. 105 bis 133e, 139c bis 139m" und hinter „§§. 105, 106 bis 119b" eingeschaltet: „sowie vorbehaltlich des §. 139g Abs. 1 und der §§. 139h, 139l, 139m die Bestimmungen der §§."

Artikel 15.

I. Im §. 145 Abs. 1 der Gewerbeordnung wird statt „§§. 146 und 153" gesetzt: „§§. 145a, 146 und 153".

II. Hinter §. 145 der Gewerbeordnung wird eingeschaltet:

§. 145a.

Die in den Fällen der §§. 16, 24 und 25 gemäß §. 21 Ziffer 1 zugezogenen Sachverständigen werden bestraft,

1. wenn sie unbefugt Betriebsgeheimnisse offenbaren, welche durch das Verfahren zu ihrer Kenntniß gelangt sind, mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten;
2. wenn sie absichtlich zum Nachtheile der Betriebsunternehmer Betriebsgeheimnisse, welche durch das Verfahren zu ihrer Kenntniß gelangt sind, offenbaren oder geheim gehaltene Betriebseinrichtungen oder Betriebsweisen, welche durch das Verfahren zu ihrer Kenntniß gelangt sind, solange als diese Betriebsgeheimnisse sind, nachahmen, mit Gefängniß, neben welchem auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann. Thun sie dies, um sich oder einem Anderen einen Vermögensvortheil zu verschaffen, so kann neben der Gefängnißstrafe auf Geldstrafe bis zu dreitausend Mark erkannt werden.

Im Falle der Ziffer 1 tritt die Verfolgung nur auf Antrag des Betriebsunternehmers ein.

III. Im §. 146 Abs. 1 der Gewerbeordnung erhalten die Ziffern 2 und 3 folgende Fassung:

2. Gewerbetreibende, welche den §§. 135, 136, 137, 139c oder den auf Grund der §§. 139, 139a getroffenen Verfügungen zuwiderhandeln;
3. Gewerbetreibende, welche dem §. 111 Abs. 3, §. 113 Abs. 3 oder dem §. 114a Abs. 3, soweit daselbst die Bestimmungen des §. 111 Abs. 3 für anwendbar erklärt worden sind, zuwiderhandeln.

IV. Im §. 146a der Gewerbeordnung wird der Schluß nach den Worten „Beschäftigung giebt" wie folgt abgeändert:

oder den §§. 41a, 55a, 139e, §. 139f Abs. 4 oder den auf Grund des §. 105b Abs. 2 erlassenen statutarischen Bestimmungen oder den auf Grund des §. 41b oder des §. 139f Abs. 1 getroffenen Anordnungen zuwiderhandelt.

V. 1. Im §. 147 Abs. 1 Ziffer 4 der Gewerbeordnung werden die Worte „auf Grund des §. 120d" durch die Worte: „auf Grund der §§. 120d, 139g" und die Worte „auf Grund des §. 120e" durch die Worte: „auf Grund der §§. 120e, 139h" ersetzt.

2. Die Ziffer 5 des §. 147 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

5. wer eine Fabrik betreibt oder eine offene Verkaufsstelle hält, für welche eine Arbeitsordnung (§§. 134a, 139k) nicht besteht, oder wer der endgültigen Anordnung der Behörde wegen Ersetzung oder Abänderung der Arbeitsordnung nicht nachkommt.

VI. Der §. 148 Abs. 1 der Gewerbeordnung wird wie folgt abgeändert:

1. Hinter Ziffer 4 wird eingeschaltet:
   4a. wer außer den Fällen des §. 360 Nr. 12, §. 367 Nr. 16 des Strafgesetzbuchs den auf Grund des §. 38 erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt;
2. Die Ziffer 8 erhält folgende Fassung:
   wer bei dem Betriebe seines Gewerbes die durch die Obrigkeit oder durch Anzeige bei derselben festgelegten Taxen überschreitet oder es unterläßt, das gemäß §. 75 oder §. 75a vorgeschriebene Verzeichniß einzureichen;
3. Die Ziffer 12 erhält folgende Fassung:
   wer es unterläßt, der durch §§. 134e Abs. 1, 134g, 139k Abs. 5 für ihn begründeten Ver-

pflichtung zur Einreichung der Arbeitsordnung, ihrer Abänderungen und Nachträge nachzukommen.

VII. Der §. 149 Abs. 1 der Gewerbeordnung wird, wie folgt, abgeändert:

Hinter Ziffer 7 wird eingeschaltet:

7a. wer es unterläßt, gemäß §§. 75, 75a das Verzeichniß anzuschlagen oder dem Stellesuchenden vor Abschluß des Vermittelungsgeschäfts die für ihn zur Anwendung kommende Taxe mitzutheilen.

VIII. Im §. 150 Abs. 1 Ziffer 2 der Gewerbeordnung werden die Worte „in Ansehung der Arbeitsbücher" durch die Worte „in Ansehung der Arbeitsbücher, Lohnbücher oder Arbeitszettel" ersetzt.

IX. Im §. 150 Abs. 1 Ziffer 4 der Gewerbeordnung werden die Worte „des §. 120 Abs. 1" durch die Worte „des §. 120 Abs. 1, des §. 139i" ersetzt.

X. §. 150 Abs. 1 Ziffer 5 der Gewerbeordnung erhält folgende Fassung:

wer es unterläßt, den durch §§. 134c Abs. 3 139k Abs. 4 für ihn begründeten Verpflichtungen nachzukommen.

Artikel 16.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1900 in Kraft.

Artikel 17.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, den Text der Gewerbeordnung, wie er sich aus den Aenderungen ergiebt, welche in diesem Gesetz und den Gesetzen vom

15. Juni	1883,	Reichs-Gesetzbl.	S.	73,
1. Juni	1891,	=	=	= 261,
19. Juni	1893,	=	=	= 197,
6. August	1896,	=	=	= 685,
18. August	1896,	=	=	= 604,
10. Mai	1897,	=	=	= 437,

und vom

26. Juli	1897,	=	=	= 663

sowie durch die am 12. Juli 1884, 31. Januar 1885, 15. Februar 1886, 16. Juni 1886, 16. Juli 1888, 9. Februar 1898 und 31. Oktober 1899 bekannt gemachten, vom Reichstage genehmigten Beschlüsse des Bundesraths (Reichs-Gesetzbl. von 1884 S. 118, von 1885 S. 8, von 1886 S. 28 und 204, von 1888 S. 218, von 1898 S. 27 und von 1899 S. 664) festgestellt sind, durch das Reichs-Gesetzblatt bekannt zu machen.

Urkundlich 2c.

Gegeben 2c.

Angenommene Resolutionen:

1. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen (§§. 135 bis 139b der Gewerbeordnung) auf die Hausindustrie durch Erlaß entsprechender Verordnungen (§. 154 Abs. 4) oder durch Vorlegung eines entsprechenden Gesetzentwurfs mehr als bisher zur Durchführung zu bringen.
2. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Erhebungen durch die Kommission für Arbeiterstatistik über die Arbeitszeit der Gehülfen, Gehülfinnen, Lehrlinge und Arbeiter in Kontoren und solchen kaufmännischen Betrieben, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, und für das in den Verkehrsgewerben beschäftigte Hülfspersonal anzustellen.
3. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage thunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher bezüglich der Gehülfen der Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher über die Arbeitszeit, die Kündigungsfristen, die Sonntagsruhe, die berufliche Aus- und Fortbildung die gleichen oder ähnliche Schutzvorschriften vorsieht, wie sie das Handelsgesetzbuch und die Gewerbeordnung hinsichtlich der Handelsangestellten enthält.

Berlin, den 23. Mai 1900.

Nr. 868.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze.

(Nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Berathung.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen 2c.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Abänderung der bisherigen Gesetze.

§. 1.

Das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 (Reichs-Gesetzbl. S. 69), der Abschnitt A des Gesetzes, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vom 5. Mai 1886 (Reichs-Gesetzbl. S. 132), das Gesetz, betreffend die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen, vom 11. Juli 1887 (Reichs-Gesetzbl. S. 287) und das Gesetz, betreffend die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschiffahrt betheiligter Personen, vom 13. Juli 1887 (Reichs-Gesetzbl. S. 329) erhalten die aus den Anlagen ersichtliche Fassung.

Das Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885 (Reichs-Gesetzbl. S. 159) wird aufgehoben.

Wo in Gesetzen auf Bestimmungen Bezug genommen wird, welche hiernach abgeändert oder aufgehoben werden, sind darunter die an deren Stelle getretenen Bestimmungen zu verstehen.

Errichtung neuer Berufsgenossenschaften.

§. 2.

Die Errichtung von Berufsgenossenschaften für die durch §. 1 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes der Unfallversicherung neu unterstellten Gewerbszweige oder deren Zutheilung zu bestehenden Berufsgenossenschaften erfolgt durch den Bundesrath nach Anhörung von Vertretern der betheiligten Gewerbszweige und Genossenschaften.

Bis zur Genehmigung der Statuten der auf Grund dieses Gesetzes errichteten Berufsgenossenschaften können durch Beschluß des Bundesraths aus den auf Grund der Gesetze vom 6. Juli 1884 (Reichs-Gesetzbl. S. 69), vom 28. Mai 1885 (Reichs-Gesetzbl. S. 159), vom 11. Juli 1887 (Reichs-Gesetzbl. S. 287) und vom 13. Juli 1887 (Reichs-Gesetzbl. S. 329) errichteten Berufsgenossenschaften, ohne Rücksicht auf die in diesen Gesetzen vorgeschriebenen Voraussetzungen, nach Anhörung der betheiligten Genossenschaftsvorstände Gewerbszweige ausgeschieden und einer anderen Berufsgenossenschaft zugetheilt werden.

In den neu errichteten Berufsgenossenschaften wird das Statut durch eine konstituirende Genossenschaftsversammlung beschlossen. Diese besteht aus Delegirten von Handelskammern, Gewerbekammern oder ähnlichen wirthschaftlichen Vertretungen, welchen die Unternehmer der betreffenden Gewerbszweige angehören. Die Landes-Zentralbehörden bezeichnen diejenigen Stellen, welche zur Entsendung von Delegirten befugt sein sollen, und bestimmen für jede derselben unter Berücksichtigung ihrer wirthschaftlichen Bedeutung die Zahl der Delegirten. Erstreckt sich der Bezirk der Berufsgenossenschaft über das Gebiet eines Bundesstaats hinaus, so werden die zur Entsendung von Delegirten befugten Stellen und die Zahl der einer jeden derselben zustehenden Delegirten nach Benehmen mit den betheiligten Landesregierungen vom Reichskanzler bestimmt.

Die Berufung der konstituirenden Genossenschaftsversammlung und die Leitung ihrer Verhandlungen erfolgt bis zur Wahl eines provisorischen Vorstandes durch das Reichs-Versicherungsamt.

Bei den neu errichteten Genossenschaften endet die erste Wahlperiode der Vertreter der Arbeiter mit dem 1. Januar 1906.

Schiedsgerichte.

§. 3.

Die Entscheidung von Streitigkeiten über Entschädigungen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze wird den gemäß §§. 103 ff. des Invalidenversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichten übertragen. Diese führen fortan die Bezeichnung: „Schiedsgericht für Arbeiterversicherung" mit Angabe des Bezirkes und des Sitzes. Bei Streitigkeiten über Entschädigungen für die Folgen von Unfällen in Betrieben, für welche zugelassene besondere Kasseneinrichtungen bestehen (§§. 8, 10, 11 des Invalidenversicherungsgesetzes), treten die für diese errichteten Schiedsgerichte an die Stelle der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung.

Die bisherigen Schiedsgerichte für die einzelnen Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden werden aufgehoben. Die bei diesen Gerichten schwebenden Streitigkeiten gehen in der Lage, in welcher sie sich zu dem im §. 25 Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkte befinden, auf die nach diesem Gesetze zuständigen Schiedsgerichte über und sind von diesen zu erledigen.

§. 4.

Die Zahl der Beisitzer der Schiedsgerichte (§. 104 Abs. 3 des Invalidenversicherungsgesetzes) kann von der Zentralbehörde des Bundesstaats, in welchem der Sitz des Schiedsgerichts belegen ist, oder von der durch sie bestimmten anderen Behörde erhöht werden; dabei kann zugleich bestimmt werden, wieviel Beisitzer am Sitze des Schiedsgerichts oder in dessen naher Umgebung wohnen oder beschäftigt sein müssen. Erstreckt sich der Bezirk des Schiedsgerichts über Gebiete oder Gebietstheile mehrerer Bundesstaaten, so wird die Bestimmung, sofern ein Einverständniß unter den betheiligten Landesregierungen nicht erzielt wird, vom Reichskanzler getroffen. Die Zahl der Beisitzer muß aus der Klasse der Arbeitgeber und der Versicherten mindestens je zwanzig betragen.

In den Schiedsgerichten, deren Bezirk Theile der Seeküste umfaßt, sind zu Vertretern der Versicherten (§. 88 Abs. 2 a. a. O.) auch befahrene Schiffahrtskundige, die nicht Rheder, Korrespondentrheder oder Bevollmächtigte (§. 17 des See-Unfallversicherungsgesetzes) sind, wählbar.

§. 5.

Die für den Sitz des Schiedsgerichts zuständige Landes-Zentralbehörde oder die durch sie bestimmte andere Behörde entscheidet, wieviel Beisitzer von dem Ausschusse der Versicherungsanstalt (§. 104 Abs. 3 des Invalidenversicherungsgesetzes) aus solchen Berufsgenossenschaften oder Ausführungsbehörden zu wählen sind, die im Bezirke des Schiedsgerichts vertreten sind. Die Bestimmung des §. 4 Abs. 1 Satz 2 findet Anwendung.

Wird eine solche Anordnung getroffen, so sind die zur Vertretung der Arbeitgeber bestimmten Beisitzer für die Berufsgenossenschaften aus den stimmberechtigten Mitgliedern der Genossenschaften, deren gesetzlichen Vertretern und bevollmächtigten Leitern ihrer Betriebe, für die Ausführungsbehörden aus den Beamten der Betriebe, für welche die Ausführungsbehörde bestellt ist, zu wählen. Den Vorständen der Berufsgenossenschaften und den Ausführungsbehörden ist Gelegenheit zu geben, geeignete Personen in Vorschlag zu bringen. Ausgeschlossen sind Personen, welche dem Vorstand einer für den Bezirk in Betracht kommenden Berufsgenossenschaft oder Sektion oder einer für den Bezirk in Betracht kommenden Ausführungsbehörde angehören, sowie die Vertrauensmänner. Die zur Vertretung der Versicherten bestimmten Beisitzer sind aus den Personen zu wählen, welche in einem der Genossenschaft zugehörenden oder der Ausführungsbehörde unterstehenden Betriebe beschäftigt sind.

Wird die im Abs. 1 bezeichnete Anordnung für eine Knappschafts-Berufsgenossenschaft getroffen, so kann durch deren Statut bestimmt werden, daß die zur Vertretung der Versicherten bestimmten Beisitzer von den Knappschaftsältesten zu wählen sind.

§. 6.

Solange und soweit die festgesetzte Zahl von Beisitzern nicht gewählt ist oder die Gewählten ihre Dienstleistung verweigern, hat die untere Verwaltungsbehörde, in deren Bezirke sich der Sitz des Schiedsgerichts befindet, die fehlenden Beisitzer aus der Zahl der wählbaren Personen zu berufen.

§. 7.

Bei der Verhandlung sind, soweit es sich um Unfälle in der Land- und Forstwirthschaft oder im Bergbaubetriebe handelt, Beisitzer aus diesen Berufszweigen, im Uebrigen Beisitzer aus den sonstigen der Versicherung unterliegenden Betrieben zuzuziehen. Ausnahmen sind nur in einzelnen Fällen aus besonderen Gründen zulässig.

Im Uebrigen kann der Vorsitzende des Schiedsgerichts auf Antrag der Berufsgenossenschaft, der Ausführungsbehörde oder eines Entschädigungsberechtigten zur Verhandlung und Entscheidung in einem einzelnen Falle, abweichend von der festgesetzten Reihenfolge, Beisitzer aus den Betrieben derjenigen Berufsgenossenschaft oder Ausführungsbehörde zuziehen, welcher der Betrieb, in dem sich der Unfall ereignet hat, angehört. Sofern solche Beisitzer nicht vorhanden sind, können Beisitzer aus anderen Betrieben bestimmt werden, die dem Betrieb, in welchem sich der Unfall ereignet hat, wirthschaftlich nahe stehen. Hat der Vorsitzende einen solchen Antrag abgelehnt, so kann vor Beginn der Verhandlung eine Entscheidung des Schiedsgerichts über den Antrag beansprucht werden, welche endgültig ist.

§. 8.

Das Schiedsgericht wählt bei Beginn eines jeden Geschäftsjahres in seiner ersten Spruchsitzung, in der Regel nach Anhörung der für den betreffenden Bezirk oder Bundesstaat zuständigen Aerztevertretung, aus der Zahl der am Sitze des Schiedsgerichts wohnenden approbirten Aerzte diejenigen aus, welche als Sachverständige bei den Verhandlungen vor dem Schiedsgericht in der Regel nach Bedarf zuzuziehen sind. Den zugezogenen Sachverständigen ist zur Abgabe ihres Gutachtens Einsicht in die Akten des

Schiedsgerichts und der Berufsgenossenschaft zu gewähren. Die Namen der gewählten Aerzte sind öffentlich bekannt zu machen.

Im Uebrigen wird die Durchführung dieser Bestimmung durch die Landes-Zentralbehörde geregelt.

§. 9.

Das Schiedsgericht ist befugt, denjenigen Theil des Betriebs, in welchem der Unfall vorgekommen ist, in Augenschein zu nehmen. Weigert sich der Betriebsunternehmer oder dessen Stellvertreter, die Einnahme des Augenscheins zu gestatten, so ist er hierzu auf Antrag des Schiedsgerichtsvorsitzenden durch die Ortspolizeibehörde anzuhalten.

Soll die Augenscheinseinnahme in einem Dienstraume einer Behörde oder in einem Fahrzeuge der Kaiserlichen Marine stattfinden, so ist die zuständige Dienst- beziehungsweise Kommandobehörde um Gestattung derselben zu ersuchen.

Die Beisitzer haben über die Thatsachen, welche durch die Besichtigung des Betriebs zu ihrer Kenntniß kommen, Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Nachahmung der von dem Betriebsunternehmer geheim gehaltenen, zu ihrer Kenntniß gelangten Betriebseinrichtungen und Betriebsweisen, so lange als diese Betriebsgeheimnisse sind, zu enthalten.

Dem Schiedsgericht eingereichte Urkunden sind sowohl der Berufsgenossenschaft als auch dem Verletzten rechtzeitig mitzutheilen; inwieweit ärztliche Zeugnisse in gleicher Weise mitzutheilen sind, unterliegt zunächst der Entscheidung des Vorsitzenden. Das Schiedsgericht ist befugt, anzuordnen, daß die unterlassene Mittheilung nachzuholen ist.

Das Schiedsgericht ist befugt, den Verletzten, deren Erscheinen bei der Verhandlung als erforderlich bezeichnet ist oder angesehen wird, eine Reiseentschädigung zuzubilligen.

§. 10.

Die Kosten des Schiedsgerichts sind nach Ablauf des Rechnungsjahrs der Versicherungsanstalt von den betheiligten Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden antheilig zu erstatten. Dabei wird das Verhältniß zu Grunde gelegt, in welchem die Zahl derjenigen gegen ihre Bescheide eingelegten Berufungen, welche in diesem Jahre erledigt worden sind, zur Gesammtzahl der vor dem Schiedsgericht in demselben Zeitraum erledigten Berufungen steht. Die Vertheilung der Kosten auf die Versicherungsanstalten, die Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden erfolgt durch den Vorsitzenden des Schiedsgerichts.

Die Kosten des Verfahrens, welche durch die einzelnen Streitfälle erwachsen, sowie solche besondere Kosten, welche durch die ausnahmsweise Zuziehung von Beisitzern gemäß §. 7 Abs. 2 entstehen, sind von demjenigen Träger der Versicherung zu zahlen, gegen dessen Bescheid die Berufung eingelegt ist.

Das Reichs-Versicherungsamt ist befugt, hierüber nähere Bestimmungen zu erlassen.

Das Schiedsgericht ist befugt, den Betheiligten solche Kosten des Verfahrens zur Last zu legen, welche durch Muthwillen oder durch ein auf Verschleppung oder Irreführung berechnetes Verhalten derselben veranlaßt worden sind.

Reichs-Versicherungsamt.

§. 11.

Das Reichs-Versicherungsamt hat seinen Sitz in Berlin und besteht aus ständigen und nichtständigen Mitgliedern.

Der Präsident und die übrigen ständigen Mitglieder werden auf Vorschlag des Bundesraths vom Kaiser auf Lebenszeit ernannt. Aus den ständigen Mitgliedern werden vom Kaiser die Direktoren und die Vorsitzenden der Senate ernannt. Die übrigen Beamten des Reichs-Versicherungsamts werden vom Reichskanzler ernannt.

Von den nichtständigen Mitgliedern werden sechs vom Bundesrath, und zwar mindestens vier aus seiner Mitte, sechs als Vertreter der Arbeitgeber von den Vorständen der Berufsgenossenschaften und den Ausführungsbehörden sowie sechs als Vertreter der Versicherten von den dem Arbeiterstand angehörenden Beisitzern der Schiedsgerichte gewählt.

Die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten werden auf die Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden in der Weise vertheilt, daß

a) für den Bereich des Gewerbe- und des Bau-Unfallversicherungsgesetzes,
b) für den Bereich des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft,
c) für den Bereich des See-Unfallversicherungsgesetzes,

je zwei Vertreter der Arbeitgeber und je zwei Vertreter der Versicherten gewählt werden.

Bei der Wahl der Vertreter der Versicherten sind wahlberechtigt

a) für die Land- und Forstwirthschaft nur die land- und forstwirthschaftlichen Beisitzer der Schiedsgerichte,
b) für die See-Unfallversicherung nur die auf Grund des See-Unfallversicherungsgesetzes versicherten oder auf Grund des §. 4 Abs. 2 berufenen Beisitzer der Schiedsgerichte,
c) für die gewerbliche und die Bau-Unfallversicherung die sonstigen Beisitzer der Schiedsgerichte einschließlich der Beisitzer der auf Grund der §§. 8, 10 des Invalidenversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichte.

§. 12.

Wählbar sind deutsche, männliche, volljährige, im Reichsgebiete wohnende Personen. Nicht wählbar ist, wer zum Amte eines Schöffen unfähig ist (§. 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes).

Wählbar zu Vertretern der Arbeitgeber sind die stimmberechtigten Mitglieder der Genossenschaften, deren gesetzliche Vertreter sowie die bevollmächtigten Leiter ihrer Betriebe, außerdem für Ausführungsbehörden die die Geschäfte der Genossenschaftsvorstände führenden Beamten sowie die sonstigen Beamten der Betriebe, für welche die Ausführungsbehörde bestellt ist.

Wählbar zu Vertretern der Versicherten sind Personen, die auf Grund der betreffenden Unfallversicherungsgesetze versichert sind, für den Bereich der See-Unfallversicherung auch befahrene Schiffahrtskundige, welche nicht Rheder, Mitrheder, Korrespondentrheder oder Bevollmächtigte (§. 17 des See-Unfallversicherungsgesetzes) sind.

§. 13.

Für die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten sind in der gleichen Weise nach Bedürfniß Stellvertreter zu wählen, welche die Mitglieder in Behinderungsfällen zu vertreten haben. Scheidet ein solches Mitglied während der Wahlperiode aus, so haben für den Rest derselben die Stellvertreter in der Reihenfolge ihrer Wahl als Mitglied einzutreten.

§. 14.

Die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten erfolgt unter Leitung des Reichs-Versicherungsamtes in getrennter Wahlhandlung mittelst schriftlicher Abstimmung nach relativer Mehrheit der Stimmen; bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos. Das Stimmen-

verhältniß der einzelnen Wahlkörper bestimmt der Bundesrath unter Berücksichtigung der Zahl der versicherten Personen. Der Bundesrath kann bestimmen, daß und in welcher Weise die Wahlen nach Bezirken zu erfolgen haben und wie die zu wählenden Personen auf einzelne Bezirke zu vertheilen sind. Das Ergebniß der Wahl ist öffentlich bekannt zu machen.

Die Amtsdauer der nichtständigen Mitglieder und ihrer Stellvertreter währt fünf Jahre. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit so lange im Amte, bis ihre Nachfolger ihr Amt angetreten haben. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.

Werden hinsichtlich eines Gewählten Thatsachen bekannt, welche dessen Wählbarkeit nach Maßgabe dieses Gesetzes ausschließen, oder welche sich als grobe Verletzungen der Amtspflicht darstellen, so ist der Gewählte, nachdem ihm Gelegenheit zur Aeußerung gegeben worden ist, durch Beschluß des Reichs-Versicherungsamts seines Amtes zu entheben.

§. 15.

Die Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts sind endgültig, soweit in den Gesetzen nicht ein Anderes bestimmt ist.

§. 16.

Die Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts erfolgen in der Besetzung von fünf Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden, unter denen sich je ein Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten befinden muß, und unter Zuziehung von zwei richterlichen Beamten, wenn es sich handelt

1. um die Entscheidung auf Rekurse gegen die Entscheidungen der Schiedsgerichte;
2. um die Entscheidung vermögensrechtlicher Streitigkeit bei Veränderungen des Bestandes der Berufsgenossenschaften;
3. um die Entscheidung in den Fällen des §. 59a Abs. 2, §§. 63d, 63e Abs. 1, 2, §§. 63g, 80, 86 Abs. 3 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, §. 64a Abs. 2, §§. 68d, 68e Abs. 1, 2, §§. 68g, 88, 94 Abs. 3 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft, §. 68a Abs. 2, §§. 71d, 71e Abs. 1, 2, §§. 71g, 92 Abs. 1, §. 96 Abs. 3 des See-Unfallversicherungsgesetzes.

Beschlüsse, durch welche Rekurse ohne mündliche Verhandlung zurückgewiesen werden (Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz §. 63b Abs. 1, Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirthschaft §. 68b Abs. 1, See-Unfallversicherungsgesetz §. 71b Abs. 1) erfolgen in der Besetzung mit drei Mitgliedern, unter denen sich je ein Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten befinden muß.

Die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten sind, sofern es sich nicht um allgemeine Angelegenheiten handelt, nur zu denjenigen Verhandlungen zuzuziehen, bei denen es sich um Angelegenheiten der Berufsgenossenschaften handelt, für welche sie gewählt sind.

§. 17.

Will ein Senat des Reichs-Versicherungsamts in einer grundsätzlichen Rechtsfrage von der Entscheidung eines anderen Senats abweichen, so ist die Sache zur Enscheidung an einen erweiterten Senat zu verweisen. Dieser entscheidet unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts in der Besetzung mit zwei nichtständigen Mitgliedern des Reichs-Versicherungsamts aus den vom Bundesrath gewählten Mitgliedern, zwei ständigen Mitgliedern, zwei richterlichen Beamten und je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. An Stelle der vom Bundesrath gewählten Mitglieder können ständige Mitglieder des Reichs-Versicherungsamts zugezogen werden.

Das Gleiche gilt, wenn ein Senat von der Entscheidung des erweiterten Senats abweichen will.

§. 18.

In folgenden Angelegenheiten:

1. bei der Vorbereitung und Beschlußfassung des Bundesraths über die Bestimmung, welche Betriebe mit besonderer Unfallgefahr nicht verbunden und deshalb nicht versicherungspflichtig sind (§. 1 Abs. 3 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes);
2. bei der Vorbereitung der Beschlußfassung des Bundesraths über die Genehmigung von Veränderungen des Bestandes der Berufsgenossenschaften (§. 31 a. a. O., §. 42 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft), über die Auflösung einer leistungsunfähigen Genossenschaft (§. 33 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, §. 43a des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft, §. 42 des See-Unfallversicherungsgesetzes);
3. bei der Beschlußfassung über die Genehmigung von Vorschriften zur Verhütung von Unfällen (§. 78 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, §. 87 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft, §. 90 des See-Unfallversicherungsgesetzes)

ist mindestens je ein nichtständiges Mitglied aus den Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten zuzuziehen.

§. 19.

Die Kosten des Reichs-Versicherungsamts und des Verfahrens vor demselben trägt das Reich.

Das Reichs-Versicherungsamt ist befugt, den Betheiligten solche Kosten des Verfahrens zur Last zu legen, welche durch Muthwillen oder durch ein auf Verschleppung oder Irreführung berechnetes Verhalten derselben veranlaßt worden sind.

Die nichtständigen Mitglieder erhalten für die Theilnahme an den Arbeiten und Sitzungen des Reichs-Versicherungsamts eine nach dem Jahresbetrage festzusetzende Vergütung, und diejenigen, welche außerhalb Berlins wohnen, außerdem Ersatz der Kosten der Hin- und Rückreise nach den für die vortragenden Räthe der obersten Reichsbehörden geltenden Sätzen (Verordnung vom 21. Juni 1875, Reichs-Gesetzbl. S. 249). Die Bestimmungen im §. 16 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten, vom 31. März 1873 (Reichs-Gesetzbl. S. 61) finden auf sie keine Anwendung.

Im Uebrigen werden die Formen des Verfahrens und der Geschäftsgang des Reichs-Versicherungsamts durch Kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesraths geregelt.

Regelung des Gebührenwesens.

§. 20.

Die Gebühren der Rechtsanwälte im Verfahren vor den Schiedsgerichten und dem Reichs-Versicherungsamt werden durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths, die Gebühren im Verfahren vor den Landes-Versicherungsämtern von den Landesregierungen festgesetzt.

Eine Vereinbarung über höhere Beträge ist nichtig.

Landes-Versicherungsämter.

§. 21.

In den einzelnen Bundesstaaten können für das Gebiet und auf Kosten derselben Landes-Versicherungsämter errichtet werden.

Die Wirksamkeit des Landes-Versicherungsamts beschränkt sich auf Berufsgenossenschaften, welche nur solche Betriebe umfassen, deren Sitz im Gebiete des betreffenden Bundesstaats belegen ist.

§. 22.

Das Landes-Versicherungsamt besteht aus ständigen und nichtständigen Mitgliedern.

Die ständigen Mitglieder werden von dem Landesherrn des betreffenden Bundesstaats auf Lebenszeit ernannt. Von den nichtständigen Mitgliedern werden in getrennter Wahlhandlung unter Leitung des Landes-Versicherungsamts mittelst schriftlicher Abstimmung vier als Vertreter der Arbeitgeber und vier als Vertreter der Versicherten und zwar in der Art gewählt, daß aus jeder Kategorie mindestens zwei auf die Land- und Forstwirthschaft und, soweit sonstige Träger der Unfallversicherung unter der Aufsicht des Landes-Versicherungsamts stehen, auf diese Träger mindestens je einer entfallen.

Die Wahl erfolgt unter entsprechender Anwendung der Vorschriften des §. 11 Abs. 4, der §§. 12, 13, 14 Abs. 1, 2 mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Bundesraths die Landes-Zentralbehörde tritt. Jedoch nehmen an der Wahl der Vertreter der Arbeitgeber nur die Vorstände derjenigen Berufsgenossenschaften Theil, welche Betriebe, deren Sitz im Gebiet eines anderen Bundesstaates belegen ist, nicht umfassen sowie die auf das Gebiet des Bundesstaats beschränkten Ausführungsbehörden, und an der Wahl der Vertreter der Versicherten nehmen nur die Beisitzer derjenigen Schiedsgerichte Theil, deren Sitz im Gebiete des Bundesstaats belegen ist.

Umfaßt der Wirkungskreis des Landes-Versicherungsamts außer land- und forstwirthschaftlichen Betrieben nur noch Ausführungsbehörden für Bauarbeiten, so brauchen demselben als nichtständige Mitglieder nur je zwei Vertreter der Land- und Forstwirthschaft anzugehören.

Das Stimmenverhältniß der einzelnen Wahlkörper bestimmt die Landesregierung unter Berücksichtigung der Zahl der bei den betreffenden Genossenschaften und Ausführungsbehörden versicherten Personen.

Die Enthebung eines Vertreters der Arbeitgeber oder der Versicherten (§. 14 Abs. 3) erfolgt durch das Landes-Versicherungsamt.

Die Bestimmungen der §§. 16, 18, 19 Abs. 2 finden auf das Landes-Versicherungsamt entsprechende Anwendung.

Im Uebrigen regelt die Landesregierung die Formen des Verfahrens und den Geschäftsgang bei dem Landes-Versicherungsamte sowie die den nichtständigen Mitgliedern zu gewährende Vergütung.

Weitere Einrichtungen der Berufsgenossenschaften.

§. 23.

Die Berufsgenossenschaften sind berechtigt, Einrichtungen zu treffen

1. zur Versicherung der Betriebsunternehmer und der ihnen in Bezug auf Haftpflicht gleichgestellten Personen gegen Haftpflicht;
2. zur Errichtung von Rentenzuschuß- und Pensionskassen für Betriebsbeamte, sowie für die Mitglieder der Berufsgenossenschaft, die bei ihr versicherten Personen und die Beamten der Berufsgenossenschaft sowie für die Angehörigen dieser Personen.

Die Theilnahme an diesen Einrichtungen ist freiwillig. Soweit es sich um Haftpflichtansprüche aus der reichsgesetzlichen Unfallversicherung handelt, darf bei der Einrichtung unter 1 nicht mehr als zwei Drittel durch Versicherung gedeckt werden.

Beschlüsse der Genossenschaftsversammlung, durch welche Einrichtungen der im Abs. 1 bezeichneten Art getroffen werden, sowie die hierfür erlassenen Statuten und deren Abänderung bedürfen der Genehmigung des Bundesraths.

Die Berufsgenossenschaften unterliegen auch in Bezug auf diese Einrichtungen der Aufsicht des Reichs-Versicherungsamts.

Uebergangsbestimmung.

§. 24.

Die Wahlperiode der nach den bisherigen Bestimmungen gewählten Vertreter der Versicherten und nichtständigen Mitglieder des Reichs-Versicherungsamts sowie der Landes-Versicherungsämter und die Wahlperiode ihrer Stellvertreter endet mit dem 1. Januar 1902. Die Ausscheidenden bleiben jedoch so lange im Amte, bis die nach den neuen Bestimmungen an deren Stelle gewählten ihr Amt angetreten haben.

Gesetzeskraft.

§. 25.

Der Zeitpunkt, von welchem ab

1. die im §. 3 bezeichneten Schiedsgerichte an die Stelle der bisherigen nach Berufsgenossenschaften errichteten Schiedsgerichte treten;
2. die Unfallversicherung für solche Betriebszweige in Kraft tritt, welche durch §§. 1, 1a des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes und durch §§. 124 ff. des See-Unfallversicherungsgesetzes der Unfallversicherung neu unterstellt sind,

wird mit Zustimmung des Bundesraths durch Kaiserliche Verordnung bestimmt.

Die Bestimmungen des §. 20 dieses Gesetzes, der §§. 8, 8a, 8b des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, der §§. 11, 11a, 11b, 33b, 36 Abs. 3, §§. 39a, 78, 79, 80 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft, sowie der §§. 15, 15a, 15b, 34, 79a des See-Unfallversicherungsgesetzes treten erst am 1. Januar 1902 an die Stelle der bisherigen Bestimmungen.

Im Uebrigen tritt dieses Gesetz am 1. Oktober 1900 in Kraft.

§. 26.

Sofern bis zum 1. Januar 1902 die Statuten einer Berufsgenossenschaft die nach dem gegenwärtigen Gesetz erforderlichen Aenderungen nicht rechtzeitig erfahren sollten, werden diese Abänderungen durch das Reichs-Versicherungsamt von Aufsichtswegen vollzogen.

§. 27.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes, insoweit sie für die Berechtigten günstiger sind, finden auch Anwendung auf die erste Feststellung von Entschädigungsansprüchen aus Unfällen, welche sich vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ereignet haben, sofern diese Ansprüche bereits nach den bisherigen Unfallversicherungsgesetzen begründet waren und zu jenem Zeitpunkt über dieselben noch nicht rechtskräftig entschieden ist.

§. 28.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, den Text der Unfallversicherungsgesetze unter fortlaufender Nummernfolge der Paragraphen jedes einzelnen dieser Gesetze durch das Reichs-Gesetzblatt bekannt zu machen.

Urkundlich 2c.

Gegeben 2c.

Berlin, den 26. Mai 1900.

Nr. 868a.

Zusammenstellung

des

Entwurfs eines Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes — Nr. 523, 703a, Zu Nr. 703a und Nr. 773a der Drucksachen — mit den Beschlüssen des Reichstages in dritter Berathung.

In allen Theilen unverändert nach den Beschlüssen des Reichstages in zweiter Berathung — Nr. 773a der Drucksachen — jedoch mit Ausnahme der folgenden Paragraphen.

Zweite Berathung cfr. 184. bis 190. Sitzung. Dritte Berathung 202. Sitzung.

I. Allgemeine Bestimmungen.

Umfang der Versicherung.

§. 1.

Alle Arbeiter und Betriebsbeamte, letztere sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt dreitausend Mark nicht übersteigt, werden nach Maßgabe dieses Gesetzes gegen die Folgen der bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle versichert, wenn sie beschäftigt sind:

1. in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Steinbrüchen, Gräbereien (Gruben), auf Werften und Bauhöfen sowie in Fabriken, gewerblichen Brauereien und Hüttenwerken;
2. in Gewerbebetrieben, welche sich auf die Ausführung von Maurer-, Zimmer-, Dachdecker- oder sonstigen durch Beschluß des Bundesraths für versicherungspflichtig erklärten Bauarbeiten, oder von Steinhauer-, Schlosser-, Schmiede- oder Brunnenarbeiten erstrecken, sowie im Schornsteinfeger-, Fensterputzer- und Fleischergewerbe;
3. im gesammten Betriebe der Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltungen sowie in Betrieben der Marine- und Heeresverwaltungen, und zwar einschließlich der Bauten, welche von diesen Verwaltungen für eigene Rechnung ausgeführt werden;
4. im gewerbsmäßigen Fuhrwerks-, Binnenschifffahrts-, Flößerei-, Prahm- und Fährbetriebe, im Gewerbebetriebe des Schiffsziehens (Treidelei) sowie im Baggereibetriebe;
5. im gewerbsmäßigen Speditions-, Speicher-, Lagerei- und Kellereibetriebe;
6. im Gewerbebetriebe der Güterpacker, Güterlader, Schaffer, Bracker, Wäger, Messer, Schauer und Stauer;
7. in Lagerungs-, Holzfällungs- oder der Beförderung von Personen oder Gütern dienenden Betrieben, wenn sie mit einem Handelsgewerbe, dessen Inhaber im Handelsregister eingetragen steht, verbunden sind.

[1]) Auf Personen in land- und forstwirthschaftlichen Nebenbetrieben (§. 1 Abs. 2, 3 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft) findet dieses Gesetz keine Anwendung.

Für Betriebe, welche mit besonderer Unfallgefahr für die darin beschäftigten Personen nicht verknüpft sind, kann durch Beschluß des Bundesraths die Versicherungspflicht ausgeschlossen werden.

[1]) Nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 846 1, 2 der Drucksachen — angenommen.

§. 1a.

Den Betriebsbeamten im Sinne dieses Gesetzes werden Werkmeister und Techniker gleichgestellt.

[2]) Den Fabriken im Sinne dieses Gesetzes gelten alle Betriebe gleich, für welche Dampfkessel, oder durch elementare Kraft (Wind, Wasser, Dampf, Gas, heiße Luft, Elektrizität u. s. w.) oder durch thierische Kraft bewegte Triebwerke nicht blos vorübergehend zur Anwendung kommen.

Im Uebrigen gelten als Fabriken im Sinne dieses Gesetzes insbesondere diejenigen Betriebe, in welchen die Bearbeitung oder Verarbeitung von Gegenständen gewerbsmäßig ausgeführt wird und zu diesem Zwecke mindestens zehn Arbeiter regelmäßig beschäftigt werden, sowie Betriebe, in welchen Explosivstoffe oder explodirende Gegenstände gewerbsmäßig erzeugt werden.

Welche Betriebe außerdem als Fabriken im Sinne dieses Gesetzes anzusehen sind, bestimmt das Reichs-Versicherungsamt.

Auf gewerbliche Anlagen, Eisenbahn- und Schiffahrtsbetriebe, welche wesentliche Bestandtheile eines der vorbezeichneten oder der im §. 1 bezeichneten Betriebe sind, finden die Bestimmungen dieses Gesetzes ebenfalls Anwendung.

§. 5b.

Die Rente ist nach Maßgabe desjenigen Jahresarbeitsverdienstes zu berechnen, den der Verletzte während des letzten Jahres seiner Beschäftigung in dem Betrieb an Gehalt oder Lohn (§. 3) bezogen hat, wobei der fünfzehnhundert Mark übersteigende Betrag nur mit einem Drittel zur Anrechnung kommt.

Als Jahresarbeitsverdienst gilt, soweit sich derselbe nicht aus mindestens wochenweise fixirten Beträgen zusammensetzt, das Dreihundertfache des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes. Für versicherte Personen in Betrieben, in welchen die übliche Betriebsweise eine höhere oder niedrigere Zahl von Arbeitstagen ergiebt, wird diese Zahl statt der Zahl dreihundert der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes zu Grunde gelegt.

War der Verletzte in dem Betriebe vor dem Unfall nicht ein volles Jahr, von dem Unfalle zurückgerechnet, beschäftigt, so ist die Rente nach demjenigen Jahresarbeitsverdienst zu berechnen, welchen während dieses Zeitraums versicherte Personen derselben Art in demselben Betrieb oder in benachbarten gleichartigen Betrieben bezogen haben. Ist dies nicht möglich, so ist der dreihundertfache Betrag desjenigen [3]) Arbeitslohns zu Grunde zu legen, welchen der Verletzte während des letzten Jahres vor dem Unfall an denjenigen Tagen, an welchen er beschäftigt war, im Durchschnitte bezogen hat.

Bei versicherten Personen, welche keinen Lohn oder weniger als den dreihundertfachen Betrag des für ihren Beschäftigungsort festgestellten ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher erwachsener Tagearbeiter beziehen (§. 8 des Krankenversicherungsgesetzes), gilt als Jahresarbeitsverdienst das Dreihundertfache dieses ortsüblichen Tagelohns.

In den Fällen des Abs. 4 ist bei Berechnung der Rente für Personen, welche vor dem Unfalle bereits theilweise erwerbsunfähig waren, derjenige Theil des ortsüblichen Tagelohns zu Grunde zu legen, welcher dem Maße der bisherigen Erwerbsfähigkeit entspricht.

[2]) Nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 846 1, 2 der Drucksachen — angenommen.

[3]) Nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 859 1 der Drucksachen — ist statt des Wortes: „Tagesarbeitsverdienstes" das Wort: „Arbeitslohns" beschlossen.

§. 6a.

Hinterläßt der Verstorbene eine Wittwe oder Kinder, so beträgt die Rente für die Wittwe bis zu deren Tode oder Wiederverheirathung sowie für jedes hinterbliebene Kind bis zu dessen zurückgelegtem fünfzehnten Lebensjahre je zwanzig Prozent des Jahresarbeitsverdienstes.

Im Falle der Wiederverheirathung erhält die Wittwe sechszig Prozent des Jahresarbeitsverdienstes als Abfindung.

Der Anspruch der Wittwe ist ausgeschlossen, wenn die Ehe erst nach dem Unfalle geschlossen worden ist; die Berufsgenossenschaft kann jedoch in besonderen Fällen auch dann eine Wittwenrente gewähren.

Die Bestimmungen über die Renten der Kinder finden auch Anwendung, wenn der Unfall eine alleinstehende weibliche Person betroffen hat und diese mit Hinterlassung von Kindern verstirbt.

§. 6b.

[4]) War die Verstorbene beim Eintritte des Unfalls verheirathet, aber der Lebensunterhalt ihrer Familie wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehemanns ganz oder überwiegend durch sie bestritten worden, so erhalten bis zum Wegfalle der Bedürftigkeit an Rente

a) der Wittwer zwanzig Prozent,
b) jedes hinterbliebene Kind bis zu dessen zurückgelegtem fünfzehnten Lebensjahre zwanzig Prozent des Arbeitsverdienstes.

Die Berufsgenossenschaft ist berechtigt, im Falle der Tödtung einer Ehefrau, deren Ehemann sich ohne gesetzlichen Grund von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und der Pflicht der Unterhaltung der Kinder entzogen hat, diesen Kindern die Rente zu gewähren.

§. 17.

Das Genossenschaftsstatut muß Bestimmung treffen:

1. über Namen und Sitz der Genossenschaft;
2. über die Bildung des Genossenschaftsvorstandes und über den Umfang seiner Befugnisse;
3. über die Berufung der Genossenschaftsversammlung sowie über die Art ihrer Beschlußfassung;
4. über das Stimmrecht der Mitglieder der Genossenschaft und die Prüfung ihrer Vollmachten;
5. über das von den Organen der Genossenschaft bei der Einschätzung der Betriebe in die Klassen des Gefahrentarifs zu beobachtende Verfahren (§. 28);
6. über das Verfahren bei Betriebsveränderungen sowie bei Aenderungen in der Person des Unternehmers (§§. 37b Abs. 2, 38, 39);
7. über die Folgen der Betriebseinstellungen oder eines Wechsels der Betriebsunternehmer, insbesondere über die Sicherstellung der Beiträge der Unternehmer, welche den Betrieb einstellen;
8. über die den Vertretern der versicherten Arbeiter zu gewährenden Vergütungssätze (§. 79a Abs. 4);
9. über die Aufstellung, Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung;
10. über die Ausübung der der Genossenschaft zustehenden Befugnisse zum Erlasse von Vorschriften behufs der Unfallverhütung und zur Ueberwachung der Betriebe (§§. 78 ff.);
11. über die Voraussetzungen einer Abänderung des Statuts;
12. über das bei der Anmeldung und dem Ausscheiden der versicherten Betriebsunternehmer und anderer nach §§. 1 oder 1a nicht versicherter Personen (§. 2) zu beobachtende Verfahren, sowie über die Höhe des der Versicherung der Unternehmer zu Grunde zu legenden Jahresarbeitsverdienstes und dessen Ermittelung (§§. 2, 5b);

[5])13.

Genossenschaftsbeamte.

§. 27b.

[6]) Die Genossenschaftsversammlung hat eine Dienstordnung zu beschließen, durch welche die Rechtsverhältnisse und allgemeinen Anstellungsbedingungen der Genossenschaftsbeamten geregelt werden. Diese Dienstordnung bedarf der Bestätigung durch das Reichs-Versicherungsamt.

Die Gehälter der Beamten werden im Einzelnen durch den Haushaltsplan der Genossenschaft festgestellt.

Feststellung der Entschädigungen.

§. 57.

Die Beschlußfassung über die Feststellung der Entschädigungen (§§. 5 bis 7b) erfolgt

1. sofern die Genossenschaft in Sektionen eingetheilt ist, durch den Vorstand der Sektion, wenn es sich handelt
   a) um die im §. 5a Abs. 1 Ziffer 1 bezeichneten Leistungen,
   b) um die für die Dauer einer voraussichtlich vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit zu gewährende Rente,
   c) um das Sterbegeld,
   d) um die Aufnahme des Verletzten in eine Heilanstalt,
   e) um die den Angehörigen eines Verletzten für die Zeit seiner Behandlung in einer Heilanstalt zu gewährende Rente;
2. in allen übrigen Fällen durch den Vorstand der Genossenschaft.

Das Genossenschaftsstatut kann bestimmen, daß die Feststellung der Entschädigungen in den Fällen des Abs. 1 Ziffer 1 durch einen Ausschuß des Sektionsvorstandes oder durch besondere Kommissionen oder durch örtliche Beauftragte (Vertrauensmänner), in den Fällen des Abs. 1 Ziffer 2 durch den Sektionsvorstand oder durch einen Ausschuß des Genossenschafts- oder Sektionsvorstandes oder durch besondere Kommissionen zu bewirken ist.

[7]) Soll auf Grund eines ärztlichen Gutachtens die Bewilligung einer Entschädigung abgelehnt oder nur eine Theilrente festgestellt werden, so ist vorher der behandelnde Arzt zu hören. Steht dieser zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältnisse, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören.

§. 57a.

[8]) Soll die Bewilligung einer Entschädigung abgelehnt werden, so ist diese Absicht dem Verletzten oder im Falle seines Todes seinen Hinterbliebenen, soweit sie nach §§. 6a bis 6d, 6f entschädigungsberechtigt sein würden, mitzutheilen. Soll eine Entschädigung bewilligt werden, so ist den genannten Personen die Höhe der in Aussicht genommenen Entschädigung mit den rechnungsmäßigen Grundlagen mitzutheilen.

---

[4]) Nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 859[3] der Drucksachen — angenommen.

[5]) Die Ziffer 13 der Beschlüsse ist nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 846[3] der Drucksachen — gestrichen.

[6]) §. 27b (Neu) nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 846[4] der Drucksachen — und

[7]) desgleichen jetziger Abs. 3 nach Streichung des Abs. 3 der Beschlüsse zweiter Lesung auf Grund des Antrages Roesicke (Dessau) — Nr. 849[1] der Drucksachen — angenommen.

[8]) §. 57a (Neu) nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 849 ad 2 der Drucksachen — angenommen.

Der Verletzte sowie seine Hinterbliebenen (§§. 6a bis 6d) sind befugt, auf diese Mittheilung innerhalb zweier Wochen sich zu äußern. Auf ihren innerhalb der gleichen Frist gestellten Antrag hat die untere Verwaltungsbehörde diese Aeußerung zu Protokoll zu nehmen. Wird ein solcher Antrag gestellt, so hat hiervon die untere Verwaltungsbehörde unverzüglich dem zuständigen Genossenschaftsorgan Kenntniß zu geben; dieses hat bis zum Eingang des Protokolls den Bescheid auszusetzen.

Bei den im Abs. 1 bezeichneten Mittheilungen hat das zuständige Genossenschaftsorgan auf die aus Abs. 2 und aus §. 57 Abs. 3 sich ergebenden Befugnisse sowie auf die in Abs. 2 vorgesehene Frist hinzuweisen.

§. 66a.

Das Recht auf Bezug der Rente ruht:

1. solange der Berechtigte eine die Dauer von einem Monat übersteigende Freiheitsstrafe verbüßt oder solange er in einem Arbeitshaus oder einer Besserungsanstalt untergebracht ist. Hat der Berechtigte im Inlande wohnende Angehörige, welche im Falle seines Todes Anspruch auf Rente haben würden, so ist diesen die Rente bis zur Höhe jenes Anspruchs zu überweisen;
2. solange der [9]) berechtigte Ausländer nicht im Inlande seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Diese Bestimmung kann durch Beschluß des Bundesraths für bestimmte Grenzgebiete oder für solche auswärtige Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch einen Betriebsunfall verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden.

[10]) 3. solange der berechtigte Inländer im Auslande sich aufhält und es unterläßt, der Berufsgenossenschaft seinen Aufenthalt mitzutheilen.

Das Reichs-Versicherungsamt hat über die Mittheilung des Aufenthaltsortes nähere Vorschriften zu erlassen und darin anzuordnen, daß der Rentenberechtigte sich von Zeit zu Zeit bei einem deutschen Konsul persönlich vorzustellen hat.

Weist der Entschädigungsberechtigte nach, daß er der Vorstellungspflicht ohne sein Verschulden nicht hat genügen können, so lebt in soweit das Recht auf den Bezug der Rente wieder auf.

Kapitalabfindungen.

§. 67.

Ist bei theilweiser Erwerbsunfähigkeit eine Rente von [11]) fünfzehn oder weniger Prozent der Vollrente festgestellt, so kann nach Anhörung der unteren Verwaltungsbehörde die Berufsgenossenschaft den Entschädigungsberechtigten auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung abfinden. Der Verletzte muß vor Annahme seines Antrags darüber belehrt werden, daß er nach der Abfindung auch in dem Falle keinerlei Anspruch auf Rente mehr habe, wenn sein Zustand sich erheblich verschlechtern würde. Gegen den Bescheid, durch welchen die Kapitalabfindung festgesetzt wird, ist Berufung (§. 62) zulässig. Das Rechtsmittel hat in diesem Falle aufschiebende Wirkung. Bis zur Verkündung der Entscheidung kann der Antrag zurückgezogen werden. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig. Sie kann nur auf Bestätigung oder auf Aufhebung des Bescheids lauten.

Ist der Entschädigungsberechtigte ein Ausländer, so kann er, falls er seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche aufgiebt, auf seinen Antrag mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden. Durch Beschluß des Bundesraths kann diese Bestimmung für bestimmte Grenzgebiete oder für die Angehörigen solcher auswärtiger Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch Unfall verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden.

Diese Bestimmungen finden auch Anwendung auf solche Renten, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes festgestellt worden sind. Wird eine solche Abfindung im Laufe der ersten drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ausgesprochen, so sind die Berufsgenossenschaften berechtigt, die erforderlichen Mittel aus dem Reservefonds zu entnehmen. Dieser ist dann nach näherer Anordnung des Reichs-Versicherungsamts (§. 10c Abs. 2) wieder zu ergänzen.

§. 78.

Die Genossenschaften sind befugt und können im Aufsichtswege angehalten werden, Vorschriften zu erlassen:

1. über die von den Mitgliedern zur Verhütung von Unfällen in ihren Betrieben zu treffenden Einrichtungen und Anordnungen unter Bedrohung der Zuwiderhandelnden mit Geldstrafen bis zu eintausend Mark oder mit der Einschätzung ihrer Betriebe in eine höhere Gefahrenklasse oder, falls sich die letzteren bereits in der höchsten Gefahrenklasse befinden, mit Zuschlägen bis zum doppelten Betrag ihrer Beiträge.

   Für die Herstellung der vorgeschriebenen Einrichtungen ist den Mitgliedern eine angemessene Frist zu bewilligen;
2. über das in den Betrieben von den Versicherten zur Verhütung von Unfällen zu beobachtende Verhalten unter Bedrohung der Zuwiderhandelnden mit Geldstrafen bis zu sechs Mark.

Die Genossenschaften sind außerdem befugt, solche Vorschriften für bestimmt abzugrenzende Bezirke oder für bestimmte Gewerbszweige oder Betriebsarten zu erlassen.

[12]) In den Unfallverhütungsvorschriften ist anzugeben, in welcher Art diese Vorschriften zur Kenntniß der Versicherten zu bringen sind.

Ueberwachung der Betriebe.

§. 82.

Die Genossenschaften sind verpflichtet, für die Durchführung der gemäß §. 78 erlassenen Unfallverhütungsvorschriften Sorge zu tragen. Sie sind befugt, durch technische Aufsichtsbeamte die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen und von den Einrichtungen der Betriebe, soweit sie für die Zugehörigkeit zur Genossenschaft oder für die Einschätzung in den Gefahrentarif von Bedeutung sind, Kenntniß zu nehmen. Sie sind ferner befugt, durch Rechnungsbeamte behufs Prüfung der von den Betriebsunternehmern auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Bestimmungen eingereichten Arbeiter- und Lohnnachweisungen diejenigen

---

[9]) [10]) Nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 859[4] der Drucksachen — mit Streichung des Abs. 2 der Ziffer 2 der Beschlüsse angenommen, und unter Streichung des letzten Satzes des 2. Alinea dieses Gesetzes nach dem Antrage Hofmann (Dillenburg).

[11]) Nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 849[3] der Drucksachen — angenommen und einer Umstellung des letzten Satzes des Abs. 1 vor den zweiten Satz des 1. Alinea ist in Zeile 1 Abs. 1 statt „zwanzig" gesetzt „fünfzehn".

[12]) Dieser Absatz ist nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 846[6] der Drucksachen — hinzugefügt.

Geschäftsbücher und Listen einzusehen, aus welchen die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Beamten und die Beträge der verdienten Gehälter und Löhne ersichtlich werden.

Die Funktionen des technischen Aufsichtsbeamten und des Rechnungsbeamten können [13]) mit Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts in einer Person vereinigt werden.

Die einer Genossenschaft angehörenden Betriebsunternehmer sind verpflichtet, den als solchen legitimirten technischen Aufsichtsbeamten der betheiligten Genossenschaft auf Erfordern den Zutritt zu ihren Betriebsstätten während der Betriebszeit zu gestatten und den Rechnungsbeamten die bezeichneten Bücher und Listen an Ort und Stelle zur Einsicht vorzulegen. Sie können hierzu, vorbehaltlich der Bestimmungen des §. 83 auf Antrag der technischen Aufsichtsbeamten oder der Rechnungsbeamten von der unteren Verwaltungsbehörde durch Geldstrafen im Betrage bis zu dreihundert Mark angehalten werden.

§. 92.

Ist für das Gebiet eines Bundesstaats ein Landes-Versicherungsamt errichtet, so unterliegen Berufsgenossenschaften, welche nur solche Betriebe umfassen, deren Sitz im Gebiete des betreffenden Bundesstaates belegen ist, der Beaufsichtigung durch das Landes-Versicherungsamt. In den Angelegenheiten dieser Berufsgenossenschaften gehen die [14]) in den §§. 23, 26 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, sowie in den §§. 10β, 10c, 20, 25, 27, 27a, [15]) 27b, 28, 30, 32, 33, 37, 37a, 38, 39, 59a, 63a bis 63g, 67, 73, 74b, 75, 76, 76c, 78, 79, 79a, 79b, 80, [16]) 82, 83, 85a, 86, 88, 89, 93a dieses Gesetzes dem Reichs-Versicherungsamt übertragenen Zuständigkeiten auf das Landes-Versicherungsamt über.

Soweit jedoch in den Fällen der §§. 30, 32, 37, 38, 59a, 63d, 63e, 63g eine der Aufsicht eines anderen Landes-Versicherungsamts oder des Reichs-Versicherungsamts unterstellte Berufsgenossenschaft oder eine Ausführungsbehörde eines anderen Bundesstaats mitbetheiligt ist, entscheidet das Reichs-Versicherungsamt. Das Landes-Versicherungsamt hat in solchen Fällen die Akten an das Reichs-Versicherungsamt zur Entscheidung abzugeben.

Hat das Reichs-Versicherungsamt einen Entschädigungsanspruch um deswillen abgelehnt, weil nicht der in Anspruch genommene Träger der Versicherung, sondern ein anderer Träger zur Entschädigung verpflichtet ist, so kann der Anspruch gegen den letzteren nicht mit der Begründung abgelehnt werden, daß der erstere entschädigungspflichtig sei.

Treten für eine der im Abs. 1 genannten, der Aufsicht eines Landes-Versicherungsamts unterstellten Berufsgenossenschaften die Voraussetzungen des §. 33 ein, so gehen die Rechtsansprüche und Verpflichtungen auf den betreffenden Bundesstaat über.

§. 96.

Diejenigen Betriebsunternehmer, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Aufwendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Krankenversicherungsgesetzes von den [17]) Gemeinden, Armenverbänden, Krankenkassen und sonstigen Unterstützungskassen (§. 8 Abs. 1) gemacht worden sind. [18]) Dieselben Personen haften der Genossenschaft für deren Aufwendungen auch ohne Feststellung durch strafgerichtliches Urtheil. Ist der Unfall durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amts, Berufs oder Gewerbes verpflichtet sind, herbeigeführt, so ist die Genossenschaftsversammlung befugt, von der Verfolgung des Anspruchs abzusehen. Durch das Statut kann diese Befugniß auf den Vorstand übertragen werden.

In gleicher Weise haftet als Betriebsunternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

[19]) §. 96a.

Will der Vorstand den Ersatzanspruch aus §. 96 Abs. 1 Satz 3 geltend machen, so hat er den Beschluß dem Ersatzpflichtigen schriftlich mitzutheilen. Der Ersatzpflichtige kann hiergegen die Beschlußfassung der Genossenschaftsversammlung anrufen.

Die Klage darf nicht vor Ablauf eines Monats nach der Zustellung dieser Mittheilung, und nur dann angestellt werden, wenn nicht innerhalb dieser Frist die Beschlußfassung seitens des Ersatzpflichtigen angerufen ist. Ist letzteres der Fall, so ist die Beschlußfassung der Genossenschaftsversammlung abzuwarten.

§. 96b.

[20]) Der Anspruch (§. 96 Abs. 1 Satz 1) verjährt in achtzehn Monaten von dem Tage, an welchem das strafgerichtliche Urtheil rechtskräftig geworden ist, im Uebrigen in zwei Jahren nach dem Unfall. Die Anrufung der Beschlußfassung der Genossenschaftsversammlung (§. 96a Abs. 1) unterbricht die Verjährung.

Die Bestimmung des §. 95 Abs. 3 findet Anwendung.

§. 109.

Die Zentralbehörden der Bundesstaaten bestimmen, von welchen Staats- oder Gemeindebehörden die in diesem Gesetze den höheren Verwaltungsbehörden, den unteren Verwaltungsbehörden und den Ortspolizeibehörden zugewiesenen Verrichtungen wahrzunehmen sind.

Die in Gemäßheit dieser Vorschrift erlassenen Bestimmungen sind durch den Reichsanzeiger bekannt zu machen.

[21]) Die höhere Verwaltungsbehörde kann bestimmte Gemeindebehörden als untere Verwaltungsbehörden im Sinne des §. 57a bezeichnen und mit der Wahrnehmung der dort vorgesehenen Geschäfte betrauen.

---

[13]) Diese Worte „mit Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts" sind nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 849 [4] der Drucksachen — zugesetzt.

[14]) [15]) Ziffernzusätze nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 846 [7] der Drucksachen — und

[16]) einem handschriftlichen Antrage Roesicke (Dessau) angenommen.

[17]) Hier ist nach dem Antrage Dr. Opfergelt und Genossen — Nr. 857 [1] der Drucksachen — das Wort „Genossenschaften" gestrichen und

[18]) dieser Zusatz nach Nr. 857 [1] der Drucksachen desselben Antragstellers beschlossen.

[19]) §. 96a nach dem Antrage Dr. Opfergelt und Genossen — Nr. 857 [2] der Drucksachen — an Stelle der Beschlüsse angenommen.

[20]) Nach dem Antrage Dr. Opfergelt und Genossen — Nr. 857 [3] der Drucksachen — angenommen und ist Abs. 1 an Stelle des gleichen Alinea der Beschlüsse zweiter Lesung getreten.

[21]) Alinea 3 ist nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 849 ad 5 der Drucksachen — in dritter Lesung hinzugefügt.

Berlin, den 25. Mai 1900.

Nr. 868 b.

Zusammenstellung

des

Entwurfs eines Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirthschaft — Nr. 523, 703b, Zu Nr. 703 b und Nr. 773 b der Drucksachen — mit den Beschlüssen des Reichstags in dritter Berathung.

In allen Theilen unverändert nach den Beschlüssen des Reichstags in zweiter Berathung — Nr. 773 b der Drucksachen — jedoch mit Ausnahme der hier folgenden Paragraphen.

Zweite Berathung cfr. 192. und 193. Sitzung.
Dritte Berathung cfr. 203. Sitzung.

I. Allgemeine Bestimmungen.

Umfang der Versicherung.

§. 1.

Alle in land- oder forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten, letztere sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Gehalt oder Lohn dreitausend Mark nicht übersteigt, werden gegen die Folgen der bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes versichert.

Dasselbe gilt mit den aus Abs. 3 Ziffer 1, 2 sich ergebenden Ausnahmen von Arbeitern und Betriebsbeamten in solchen Unternehmungen, welche der Unternehmer eines land- oder forstwirthschaftlichen Betriebs neben seiner Land- oder Forstwirthschaft, aber in wirthschaftlicher Abhängigkeit von derselben betreibt (land- oder forstwirthschaftliche Nebenbetriebe). Hierzu sind insbesondere solche Betriebe zu rechnen, welche ausschließlich oder vorzugsweise bestimmt sind

1. zur weiteren Bearbeitung oder Verarbeitung von Erzeugnissen der Land- oder Forstwirthschaft des Unternehmers,
2. oder zur Befriedigung von Bedürfnissen seiner Land- oder Forstwirthschaft,
3. oder zur Gewinnung oder Verarbeitung von Bodenbestandtheilen seines Grundstücks.

Unter dieses Gesetz fallen nicht

1. Bergwerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Werften, Bauhöfe, Hüttenwerke, sowie Betriebe, in denen Explosivstoffe oder explodirende Gegenstände gewerbsmäßig erzeugt werden,
2. solche Betriebe, welche nach näherer Bestimmung des Reichs-Versicherungsamts wegen ihres erheblichen Umfangs oder wegen besonderer maschineller Einrichtungen oder wegen der Zahl der verwendeten gewerblichen Arbeiter den unter das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz fallenden Fabriken zuzurechnen sind.

Die laufenden Reparaturen an den zum Betriebe der Land- und Forstwirthschaft dienenden Gebäuden und die zum Wirthschaftsbetriebe gehörenden Bodenkultur- und sonstigen Bauarbeiten, insbesondere die diesem Zwecke dienende Herstellung oder Unterhaltung von Wegen, Dämmen, Kanälen und Wasserläufen gelten als Theile des land- und forstwirthschaftlichen Betriebs, wenn sie von Unternehmern land- oder forstwirthschaftlicher Betriebe ohne Uebertragung an andere Unternehmer auf ihren Grundstücken ausgeführt werden. Die kraft öffentlich-rechtlicher Verpflichtung von Unternehmern land- oder forstwirthschaftlicher Betriebe für Gemeindezwecke geleisteten Arbeiten zur Herstellung oder Unterhaltung von Gebäuden, Wegen, Kanälen, Dämmen und Wasserläufen werden den land- oder forstwirthschaftlichen Betrieben dieser Unternehmer zugerechnet.

Der Landesgesetzgebung bleibt überlassen, zu bestimmen, in welchem Umfang und unter welchen Voraussetzungen Unternehmer der unter Abs. 1 fallenden Betriebe versichert, oder Familienangehörige, welche in dem Betriebe des Familienhaupts beschäftigt werden, von der Versicherung ausgeschlossen sein sollen.

Wer im Sinne dieses Gesetzes als Betriebsbeamter oder als eine solche Person anzusehen ist, *) welche zum Unterschied von den gewöhnlichen land- oder forstwirthschaftlichen Arbeitern eine, technische Fertigkeiten erfordernde besondere Stellung einnimmt (z. B. Förster; Gärtner, Gärtnereigehülfen; gewerbliche Facharbeiter, wie Brenner, Maschinenführer, Heizer, Müller, Ziegler, Stellmacher, Schmiede u. a.), wird durch statutarische Bestimmung der Berufsgenossenschaft (§. 13) für ihren Bezirk festgestellt. Bis zum Erlaß entsprechender statutarischer Bestimmungen bleiben diese Personen den sonstigen Arbeitern gleichgestellt.

**) Als landwirthschaftlicher Betrieb im Sinne dieses Gesetzes gilt auch der Betrieb der gewerblichen Gärtnerei (Kunst- und Handelsgärtnerei, Baumschule und Samengärtnerei), dagegen nicht die ausschließliche Bewirthschaftung von Haus- und Ziergärten.

Welche Betriebszweige im Sinne dieses Gesetzes als land- oder forstwirthschaftliche Betriebe anzusehen sind, bestimmt das Reichs-Versicherungsamt.

§. 3.

Als Gehalt oder Lohn gelten auch Tantiemen, Naturalbezüge und sonstige Bezüge, welche den Versicherten, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, gewährt werden und ganz oder theilweise an Stelle des Gehalts oder Lohnes treten. Der Werth der Naturalbezüge***) ist nach Ortsdurchschnittspreisen in Ansatz zu bringen. Dieselben werden von der unteren Verwaltungsbehörde festgesetzt.

§. 6a.

Bei Berechnung der Rente für Betriebsbeamte und die übrigen im §. 1 Abs. 6 bezeichneten Personen ist der †) Jahresarbeitsverdienst zu Grunde zu legen, welchen der Verletzte in dem Betrieb, in welchem der Unfall sich ereignete, während des letzten Jahres bezogen hat.

Als Jahresarbeitsverdienst gilt, soweit sich derselbe nicht aus mindestens wochenweise fixirten Beträgen zusammensetzt, das Dreihundertfache des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes an Gehalt oder Lohn (§. 3). Für versicherte Personen in Betrieben, in welchen die übliche Betriebsweise eine höhere oder niedrigere Zahl von Arbeitstagen ergiebt, wird diese Zahl statt der Zahl dreihundert der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes zu Grunde gelegt.

---

*) Nach dem Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 850[1] der Drucksachen — angenommen.

**) Nach dem Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 850[2] der Drucksachen — angenommen.

***) An Stelle „letzteren" nach dem Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 847[1] der Drucksachen — gesetzt „Naturalbezüge".

†) Hier wurden die Worte „sowie für die sonstigen Arbeiter, welche hauptsächlich in Nebenbetrieben (§. 1 Abs. 2) beschäftigt werden," nach dem Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 850[3] der Drucksachen — gestrichen.

War der Verletzte in dem Betriebe, in welchem der Unfall sich ereignet hat, nicht ein volles Jahr, von dem Unfalle zurückgerechnet, beschäftigt, so ist die Rente nach demjenigen Jahresarbeitsverdienst zu berechnen, welchen während dieses Zeitraums versicherte Personen derselben Art in demselben Betrieb oder in benachbarten gleichartigen Betrieben bezogen haben. Ist dies nicht möglich, so ist der dreihundertfache Betrag desjenigen Arbeitslohns*) zu Grunde zu legen, welchen der Verletzte während des letzten Jahres vor dem Unfall an denjenigen Tagen, an welchen er beschäftigt war, im Durchschnitt bezogen hat.

§. 7.

Im Falle der Tödtung ist als Schadensersatz außerdem zu leisten:

1. als Sterbegeld der fünfzehnte Theil des nach §§. 6a bis 6ac**) der Berechnung der Rente zu Grunde zu legenden Jahresarbeitsverdienstes, jedoch mindestens ein Betrag von fünfzig Mark;
2. eine den Hinterbliebenen vom Todestage des Verstorbenen ab zu gewährende Rente. Dieselbe besteht nach näherer Bestimmung der §§. 7a bis 7e in einem Bruchtheile seines nach §§. 6a bis 6ac**) ermittelten Jahresarbeitsverdienstes.

Ist bei Betriebsbeamten und Personen der im §. 1 Abs. 6 bezeichneten Art***) der der Berechnung zu Grunde zu legende Jahresarbeitsverdienst in Folge eines früher erlittenen, nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen über Unfallversicherung entschädigten Unfalls geringer als der vor diesem Unfalle bezogene Lohn, so ist die aus Anlaß des früheren Unfalls bei Lebzeiten bezogene Rente dem Jahresarbeitsverdienste bis zur Höhe des der früheren Rentenfeststellung zu Grunde gelegten Jahresarbeitsverdienstes hinzuzurechnen.

§. 7a.

Hinterläßt der Verstorbene eine Wittwe oder Kinder, so beträgt die Rente für die Wittwe bis zu deren Tode oder Wiederverheirathung, sowie für jedes hinterbliebene Kind bis zu dessen zurückgelegtem fünfzehnten Lebensjahre je zwanzig Prozent des Jahresarbeitsverdienstes.

Im Falle der Wiederverheirathung erhält die Wittwe sechzig Prozent des Jahresarbeitsverdienstes als Abfindung.

Der Anspruch der Wittwe ist ausgeschlossen, wenn die Ehe erst nach dem Unfalle geschlossen worden ist; die Berufsgenossenschaft kann jedoch in besonderen Fällen auch dann eine Wittwenrente gewähren.†)

Die Bestimmungen über die Renten der Kinder finden auch Anwendung, wenn der Unfall eine alleinstehende weibliche Person betroffen hat und diese mit Hinterlassung von Kindern verstirbt.

†)

§. 7b.††)

War die Verstorbene beim Eintritte des Unfalls verheirathet, aber der Lebensunterhalt ihrer Familie wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehemanns ganz oder überwiegend durch sie bestritten worden, so erhalten bis zum Wegfalle der Bedürftigkeit an Rente

a) der Wittwer zwanzig Prozent,
b) jedes hinterbliebene Kind bis zu dessen zurückgelegtem fünfzehnten Lebensjahre zwanzig Prozent des Arbeitsverdienstes.

Die Berufsgenossenschaft ist berechtigt, im Falle der Tödtung einer Ehefrau, deren Ehemann sich ohne gesetzlichen Grund von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und der Pflicht der Unterhaltung der Kinder entzogen hat, diesen Kindern die Rente zu gewähren.

§. 9.

Durch statutarische Bestimmungen einer Gemeinde für ihren Bezirk oder eines weiteren Kommunalverbandes für seinen Bezirk oder Theile desselben kann, sofern daselbst nach Herkommen der Lohn der in land- oder forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter ganz oder zum Theil in Form von Naturalleistungen gewährt wird, bestimmt werden, daß denjenigen in diesem Bezirke wohnenden Rentenempfängern, welche innerhalb desselben als Arbeiter in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben ihren Gehalt oder Lohn ganz oder zum Theil in Form von Naturalleistungen bezogen haben, sowie den Angehörigen oder Hinterbliebenen solcher Personen auch die Rente bis zu zwei Dritteln ihres Betrages in dieser Form gewährt werde, falls der Bezugsberechtigte dieser Art der Gewährung der Rente zustimmt. Der Werth der Naturalleistungen wird nach Durchschnittspreisen in Ansatz gebracht. Dieselben werden von der höheren Verwaltungsbehörde festgesetzt. Die statutarische Bestimmung bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde.

Solchen Personen, welchen wegen gewohnheitsmäßiger Trunksucht nach Anordnung der zuständigen Behörde geistige Getränke in öffentlichen Schankstätten nicht verabfolgt werden dürfen, ist die Rente in derjenigen Gemeinde, für deren Bezirk eine solche Anordnung getroffen worden ist, auch ohne daß die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen, theilweise oder ihrem vollen Betrage nach in Naturalleistungen zu gewähren. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Personen, welche wegen Trunksucht entmündigt sind.

Der Anspruch auf die Rente geht zu demjenigen Betrag, in welchem Naturalleistungen gewährt werden, auf den Kommunalverband, für dessen Bezirk eine solche Bestimmung getroffen ist, über, wogegen diesem die Leistung der Naturalien obliegt. Der für die Naturalleistungen im Falle des Abs. 2 *) nicht in Anspruch genommene Betrag der Rente ist der Ehefrau des Bezugsberechtigten, seinen Kindern oder seinen Eltern zu überweisen.

Dem Bezugsberechtigten, auf welchen vorstehende Bestimmungen Anwendung finden sollen, ist dies von dem Kommunalverbande mitzutheilen.

Der Bezugsberechtigte ist befugt, binnen zwei Wochen nach der Zustellung dieser Mittheilung die Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde anzurufen. Auf demselben Wege werden alle übrigen Streitigkeiten entschieden, welche aus der Anwendung dieser Bestimmungen zwischen dem Bezugsberechtigten und dem Kommunalverband entstehen.

Sobald der Uebergang des Anspruchs auf Rente endgültig feststeht, hat auf Antrag des Kommunalverbandes der Vorstand der Berufsgenossenschaft die Postverwaltung hiervon rechtzeitig in Kenntniß zu setzen.

---

*) An Stelle „Tagesarbeitsverdienstes" gesetzt „Arbeitslohn" nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 863[1] der Drucksachen —.

**) Nach dem Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 847[2] der Drucksachen — angenommen (statt „6ad" gesetzt „6ac").

***) Nach dem Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 850[4] der Drucksachen — (Einschiebung der Worte „und Personen der im §. 1 Abs. 6 bezeichneten Art") angenommen.

†) Nach Antrag Roesicke (Dessau) — Nr. 863[2] der Drucksachen — wurde Satz 2 des Abs. 3 und Abs. 5 gestrichen.

††) Nach Antrag Roesicke (Dessau) — Nr. 863[3] der Drucksachen — angenommen.

*) Nach dem Antrage Dr. Opfergelt — Nr. 860[1] der Drucksachen — (Einschaltung der Worte „im Falle des Abs. 2") angenommen.

§. 10a.

Als Beschäftigungsort im Sinne dieses Gesetzes gilt für Personen, welche in der Land- oder Forstwirthschaft zur Beschäftigung an wechselnden, in verschiedenen Gemeindebezirken belegenen Orten angenommen sind, der Sitz des Betriebs (§. 44).

*) Der §. 44 Abs. 3 findet keine Anwendung auf die Bestimmung derjenigen Gemeinde, welche nach §. 10 die Kosten des Heilverfahrens zu gewähren hat.

§. 17.

Die Berufsgenossenschaften haben einen Reservefonds anzusammeln. Zur Bildung sind, sofern nicht Landesgesetz oder Statuten einen höheren Betrag vorschreiben, bei der Umlegung des Jahresbedarfs jährlich zwei Prozent desselben zuzuschlagen, solange der Reservefonds nicht das Doppelte des jeweiligen Jahresbedarfs erreicht.

In dringenden Bedarfsfällen kann die Genossenschaft mit Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts schon vorher die Zinsen und erforderlichen Falles auch den Kapitalbestand des Reservefonds angreifen. Die Wiederergänzung erfolgt alsdann nach näherer Anordnung des Reichs-Versicherungsamts.**)

Auf Antrag des Genossenschaftsvorstandes kann die Genossenschaftsversammlung jederzeit weitere Zuschläge zum Reservefonds beschließen. Solche Beschlüsse bedürfen der Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts.

Statut der Berufsgenossenschaft.

§. 22.

Die Berufsgenossenschaft regelt ihre Angelegenheiten und ihre Geschäftsordnung durch ein von der Genossenschaftsversammlung zu beschließendes Statut.

Das Genossenschaftsstatut muß Bestimmung treffen:

1. über Namen und Sitz der Genossenschaft;
2. über die Bildung des Genossenschaftsvorstandes und über den Umfang seiner Befugnisse;
3. über die Bildung des Genossenschaftsausschusses zur Entscheidung über Beschwerden (§§. 38, 82);
4. über die Zusammensetzung und Berufung der Genossenschaftsversammlung, sowie über die Art ihrer Beschlußfassung;
5. über das den Mitgliedern der Genossenschaftsversammlung zustehende Stimmrecht und die Prüfung ihrer Legitimation;
6. über den Maßstab für die Umlegung der Beiträge und, sofern nicht die Umlegung nach dem Maßstabe von Steuern erfolgt, über das bei der Veranlagung und Abschätzung zu beobachtende Verfahren (§§. 37, 39a, 39b);
7. über das Verfahren bei Aenderungen in der Person des Unternehmers, sowie bei Betriebsveränderungen (§§. 47, 48);
8. über die Folgen der Betriebseinstellungen oder eines Wechsels der Betriebsunternehmer, insbesondere über die Sicherstellung der Beiträge der Unternehmer, welche den Betrieb einstellen;
9. über die den Vertretern der versicherten Arbeiter zu gewährenden Vergütungssätze (§. 87b Abs. 1);
10. über die Aufstellung, Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung;
11. über die Ausübung der der Genossenschaft zustehenden Befugnisse zum Erlasse von Vorschriften behufs der Unfallverhütung und zur Ueberwachung der Betriebe (§§. 87ff.);
12. über das bei der Anmeldung und dem Ausscheiden der versicherten Betriebsunternehmer und anderer nach §. 1 nicht versicherter Personen (§. 2) zu beobachtende Verfahren, über die Ermittelung des Jahresarbeitsverdienstes der ersteren und darüber, welche in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben des betreffenden Genossenschaftsbezirkes beschäftigten Personen als Betriebsbeamte*) oder als solche Personen anzusehen sind, welche zum Unterschiede von den gewöhnlichen land- oder forstwirthschaftlichen Arbeitern eine, technische Fertigkeiten erfordernde besondere Stellung einnehmen (§. 1 Abs. 6);
13. über die Voraussetzungen einer Abänderung des Statuts.

**)

Genossenschaftsbeamte.***)

§. 32b.***)

Für diejenigen Beamten der Berufsgenossenschaft, welche nicht Staats- oder Kommunalbeamte sind, hat die Genossenschaftsversammlung eine Dienstordnung zu beschließen, durch welche die Rechtsverhältnisse und allgemeinen Anstellungsbedingungen der Genossenschaftsbeamten geregelt werden. Diese Dienstordnung bedarf der Bestätigung durch das Reichs-Versicherungsamt.

Die Gehälter der Beamten werden im Einzelnen durch den Haushaltsplan der Genossenschaft festgestellt.

Maßstab für die Umlegung der Beiträge.

a) Gefahrenklassen und Arbeitsbedarf.

§. 33b.

Die Umlegung der Beiträge erfolgt, unbeschadet abweichender Regelung gemäß §§. 39a, 39b, nach der Höhe der mit dem Betriebe verbundenen Unfallgefahr (Gefahrenklasse), nach den Gehältern und Löhnen der Betriebsbeamten und sonstigen im §. 1 Abs. 6†) bezeichneten Personen, sowie nach dem Maße der für die einzelnen Betriebe durchschnittlich erforderlichen sonstigen menschlichen Arbeit (Arbeitsbedarf).

§. 36.

Für jeden Unternehmer wird unter Berücksichtigung der Zahl der in seinem Betriebe beschäftigten Arbeiter und der Dauer ihrer Beschäftigung die Zahl derjenigen Arbeitstage abgeschätzt, welche zur Bewirthschaftung seines Betriebes im Jahresdurchschnitt erforderlich sind. Durch Statut kann bestimmt werden, daß die hauswirthschaftlichen und anderen Dienste (§. 1a) bei der Abschätzung des Arbeitsbedarfs besonders zu berücksichtigen sind.

Der Abschätzung liegt mit den gemäß §. 48 zu berücksichtigenden Veränderungen das nach §. 34 des Gesetzes vom 5. Mai 1886 (Reichs-Gesetzbl. S. 132) bei Errichtung der Berufsgenossenschaft aufgestellte Verzeichniß zu Grunde, in welchem für jeden Unternehmer angegeben ist, wieviel versicherte männliche und weibliche Betriebsbeamte und

*) Abs. 2 nach dem Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 847[3] der Drucksachen — angenommen.

**) Nach dem Antrage Trimborn und Genossen — Nr. 856 der Drucksachen — (statt „Bundesraths" zu setzen „Reichs-Versicherungsamts") angenommen.

*) Die folgenden Worte nach dem Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 850[5] der Drucksachen — angenommen.

**) Ziffer 14 nach dem Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 847[4] der Drucksachen — gestrichen.

***) Nach dem Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 847[5] der Drucksachen — angenommen.

†) An Stelle der Worte „im §. 6a Abs. 1" nach dem Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 850[6] der Drucksachen — gesetzt „Betriebsbeamten und sonstigen im §. 1 Abs. 6".

Arbeiter er dauernd und wieviel versicherte Personen er vorübergehend im Jahresdurchschnitte beschäftigt.

Bei der Abschätzung sind dauernd beschäftigte Arbeiter mit dreihundert Arbeitstagen in Rechnung zu ziehen, die Arbeitstage weiblicher Personen nach Verhältniß des Jahresarbeitsverdienstes (§. 6aa) auf Arbeitstage männlicher Arbeiter zurückzuführen, die Arbeitsleistung von Betriebsbeamten und anderen im §. 1 Abs. 6*) bezeichneten Personen sowie von Betriebsunternehmern und deren nicht versicherten Familienangehörigen (§. 1 Abs. 5) aber nicht zu berücksichtigen (§. 80).

Für Betriebe, in welchen regelmäßig nicht mehr als fünf versicherte Personen voll beschäftigt werden, kann durch Statut bestimmt werden, daß einheitliche Beiträge nach einem im Statut festzusetzenden Maßstabe zu entrichten sind.

b) Steuerfuß.

§. 39a.

Durch das Statut kann, sofern nicht durch die Landesgesetzgebung die Versicherung der Familienangehörigen des Betriebsunternehmers ausgeschlossen ist (§. 1 Abs. 5), bestimmt werden, daß die Beiträge der Berufsgenossen durch Zuschläge zu direkten Staats- oder Kommunalsteuern aufgebracht werden, wenn die Anwendung des gesetzlichen Beitragsmaßstabes nach Gefahrenklassen und Arbeitsbedarf (§§. 33b ff.) unzweckmäßig erscheint. Sofern das Statut eine solche Vorschrift, welche in der Genossenschaftsversammlung nur mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden kann, enthält, muß dasselbe auch darüber Bestimmung treffen, wie solche Mitglieder, welche die der Erhebung zu Grunde gelegte Steuer für ihren gesammten Betrieb oder einen Theil desselben nicht zu entrichten haben, zu den Genossenschaftslasten heranzuziehen sind.

Bei Beschäftigung von Personen der im §. 1 Abs. 6**) bezeichneten Art sind nach näherer Bestimmung des Statuts besondere Zuschläge zu den Beiträgen zu entrichten. Ueber die Anmeldung solcher Personen hat das Genossenschaftsstatut Bestimmung zu treffen und deren Nichtbefolgung mit Strafe zu bedrohen. Dasselbe gilt für Betriebsunternehmer, sofern für dieselben der Berechnung der Rente ein höherer wie der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst land- oder forstwirthschaftlicher Arbeiter zu Grunde gelegt wird (§§. 6ab, 22).

Sind mit einem land- oder forstwirthschaftlichen Betriebe Nebenbetriebe (§. 1 Abs. 2) verbunden, so sind von den Unternehmern dieser Betriebe zur Deckung der Unfallgefahr Zuschläge zu den Beiträgen (Abs. 1) zu erheben. Die Voraussetzung für die Erhebung solcher Zuschläge, ihre Höhe und das Verfahren wird durch das Statut geregelt.

Feststellung der Entschädigungen.

§. 62.

Die Beschlußfassung über die Feststellung der Entschädigungen (§§. 5 bis 8b) erfolgt:

1. sofern die Genossenschaft in Sektionen eingetheilt ist, durch den Vorstand der Sektion, wenn es sich handelt
   a) um die im §. 6 Abs. 1 Ziffer 1 bezeichneten Leistungen,
   b) um die für die Dauer einer voraussichtlich vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit zu gewährende Rente,
   c) um das Sterbegeld,
   d) um die Aufnahme des Verletzten in eine Heilanstalt,
   e) um die den Angehörigen eines Verletzten für die Zeit seiner Behandlung in einer Heilanstalt zu gewährende Rente;
2. in allen übrigen Fällen durch den Vorstand der Genossenschaft.

Das Genossenschaftsstatut kann bestimmen, daß die Feststellung der Entschädigungen in den Fällen des Abs. 1 Ziffer 1 durch einen Ausschuß des Sektionsvorstandes oder durch besondere Kommissionen oder durch örtliche Beauftragte (Vertrauensmänner), in den Fällen des Abs. 1 Ziffer 2 durch den Sektionsvorstand oder durch einen Ausschuß des Genossenschafts- oder Sektionsvorstandes oder durch besondere Kommissionen zu bewirken ist.

*) Soll auf Grund eines ärztlichen Gutachtens die Bewilligung einer Entschädigung abgelehnt oder nur eine Theilrente festgestellt werden, so ist vorher der behandelnde Arzt zu hören. Steht dieser zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältnisse, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören.

§. 62a.**)

Soll die Bewilligung einer Entschädigung abgelehnt werden, so ist diese Absicht dem Verletzten oder im Falle seines Todes seinen Hinterbliebenen, soweit sie nach §§. 7a bis 7d, 7f entschädigungsberechtigt sein würden, mitzutheilen. Soll eine Entschädigung bewilligt werden, so ist den genannten Personen die Höhe der in Aussicht genommenen Entschädigung mit den rechnungsmäßigen Grundlagen mitzutheilen.

Der Verletzte sowie seine Hinterbliebenen (§§. 7a bis 7d) sind befugt, auf diese Mittheilung innerhalb zwei Wochen sich zu äußern. Auf ihren innerhalb der gleichen Frist gestellten Antrag hat die untere Verwaltungsbehörde diese Aeußerung zu Protokoll zu nehmen. Wird ein solcher Antrag gestellt, so hat hiervon die untere Verwaltungsbehörde unverzüglich dem zuständigen Genossenschaftsorgan Kenntniß zu geben; dieses hat bis zum Eingang des Protokolls den Bescheid auszusetzen.

Bei den im Abs. 1 bezeichneten Mittheilungen hat das zuständige Genossenschaftsorgan auf die aus Abs. 2 und aus §. 62 Abs. 3 sich ergebenden Befugnisse sowie auf die in Abs. 2 vorgesehene Frist hinzuweisen.

Ruhen der Rente.

§. 71a.

Das Recht auf Bezug der Rente ruht:

1. solange der Berechtigte eine die Dauer von einem Monat übersteigende Freiheitsstrafe verbüßt oder solange er in einem Arbeitshaus oder einer Besserungsanstalt untergebracht ist. Hat der Berechtigte im Inlande wohnende Angehörige, welche im Falle seines Todes Anspruch auf Rente haben würden, so ist diesen die Rente bis zur Höhe jenes Anspruchs zu überweisen;
2. solange der berechtigte Ausländer***) nicht im Inlande seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Diese Bestimmung kann durch Beschluß des Bundesraths für bestimmte Grenzgebiete oder für solche auswärtige Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch einen Betriebsunfall verletzten

*) An Stelle der Worte „der im §. 6a Abs. 1" gesetzt nach dem Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 850[7] der Drucksachen — „von Betriebsbeamten und anderen im §. 1 Abs. 6".

**) An Stelle „§. 6a Abs. 1" nach dem Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 850[8] der Drucksachen — „§. 1 Abs. 6" gesetzt.

*) Abs. 3 nach dem Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 850[9] der Drucksachen — angenommen.

**) Nach dem Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 850[10] der Drucksachen — angenommen.

***) An Stelle „Berechtigte" nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 863[4] der Drucksachen — „berechtigte Ausländer" gesetzt.

Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden;*)

**)3. solange der berechtigte Inländer im Auslande sich aufhält und es unterläßt, der Berufsgenossenschaft seinen Aufenthalt mitzutheilen.

Das Reichs-Versicherungsamt hat über die Mittheilung des Aufenthaltsortes nähere Vorschriften zu erlassen und darin anzuordnen, daß der Rentenberechtigte sich von Zeit zu Zeit bei einem deutschen Konsul persönlich vorzustellen hat.

Weist der Entschädigungsberechtigte nach, daß er der Vorstellungspflicht ohne sein Verschulden nicht hat genügen können, so lebt in soweit das Recht auf den Bezug der Rente wieder auf.

Kapitalabfindungen.

§. 72.

Ist bei theilweiser Erwerbsunfähigkeit eine Rente von fünfzehn***) oder weniger Prozent der Vollrente festgestellt, so kann nach Anhörung der unteren Verwaltungsbehörde die Berufsgenossenschaft den Entschädigungsberechtigten auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung abfinden.†) Der Verletzte muß vor Annahme seines Antrags darüber belehrt werden, daß er nach der Abfindung auch in dem Falle keinerlei Anspruch auf Rente mehr habe, wenn sein Zustand sich erheblich verschlechtern würde. Gegen den Bescheid, durch welchen die Kapitalabfindung festgesetzt wird, ist Berufung §. 67 zulässig. Das Rechtsmittel hat in diesem Falle aufschiebende Wirkung. Bis zur Verkündung der Entscheidung kann der Antrag zurückgezogen werden. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig. Sie kann nur auf Bestätigung oder auf Aufhebung des Bescheids lauten.

Ist der Entschädigungsberechtigte ein Ausländer, so kann er, falls er seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche aufgiebt, auf seinen Antrag mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden. Durch Beschluß des Bundesraths kann diese Bestimmung für bestimmte Grenzgebiete oder für die Angehörigen solcher auswärtiger Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch Unfall verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden.

Diese Bestimmungen finden auch Anwendung auf solche Renten, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes festgestellt worden sind. Wird eine solche Abfindung im Laufe der ersten drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ausgesprochen, so sind die Berufsgenossenschaften berechtigt, die erforderlichen Mittel aus dem angesammelten Reservefonds zu entnehmen. Dieser ist dann nach näherer Anordnung des Reichs-Versicherungsamts (§. 17 Abs. 2) wieder zu ergänzen.

§. 78.

Werden die Beiträge nach Gefahrenklassen und Arbeitsbedarf umgelegt (§. 33b), so ist die Veranlagung in die Gefahrenklasse (§. 35), im Uebrigen für Betriebsbeamte und die in §. 1 Abs. 6††) bezeichneten Personen eine besondere, jährlich aufzustellende Nachweisung der von denselben thatsächlich bezogenen Gehälter und Löhne (§. 79), für versicherte Betriebsunternehmer deren Jahresarbeitsverdienst (§. 6ab), für alle übrigen versicherten Personen die Abschätzung (§. 36) zu Grunde zu legen.

§. 79.

Zu diesem Zwecke hat jedes Mitglied der Genossenschaft, welches im Laufe des verflossenen Rechnungsjahrs versicherte Betriebsbeamte oder andere Personen der in §. 1 Abs. 6*) bezeichneten Art, beschäftigt hat, binnen sechs Wochen nach Ablauf des Rechnungsjahrs dem Genossenschaftsvorstand eine Nachweisung desjenigen Betrags einzureichen, welchen jeder von diesen Versicherten im abgelaufenen Rechnungsjahr an Gehalt oder Lohn (§. 3) thatsächlich bezogen hat oder welcher für ihn anzurechnen ist.

Für Genossenschaftsmitglieder, welche mit der rechtzeitigen Einsendung der Nachweisung im Rückstande sind, erfolgt deren Aufstellung durch den Genossenschafts- beziehungsweise Sektionsvorstand.

§. 80.

Bei der Berechnung der Beiträge wird in der Art verfahren, daß für jeden Betriebsbeamten und jede andere Person der im §. 1 Abs. 6 bezeichneten Art**) die in den Betrieben von ihnen thatsächlich bezogenen oder für sie anzurechnenden Gehälter oder Löhne (§§. 6a, 6ac), für jeden Arbeitstag eines Arbeiters der dreihundertste Theil des nach §. 6aa für den Sitz des Betriebs ermittelten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes für erwachsene männliche Arbeiter, für jeden versicherten Betriebsunternehmer derselbe Jahresarbeitsverdienst, sofern nicht durch das Statut hiervon abweichende Bestimmungen getroffen sind, in Ansatz gebracht wird. Dabei ist der die Höhe von fünfzehnhundert Mark übersteigende Betrag des Jahresarbeitsverdienstes nur mit einem Drittel zur Anrechnung zu bringen.

Ueberwachung der Betriebe.

§. 90.

Die Genossenschaften sind verpflichtet, für die Durchführung der gemäß §. 87 erlassenen Unfallverhütungsvorschriften Sorge zu tragen. Sie sind befugt, durch technische Aufsichtsbeamte die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen und von den Einrichtungen der Betriebe, soweit sie für die Zugehörigkeit zur Genossenschaft oder für die Einschätzung in den Gefahrentarif von Bedeutung sind, Kenntniß zu nehmen. Sie sind ferner befugt, durch Rechnungsbeamte behufs Prüfung der von den Betriebsunternehmern auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Bestimmungen eingereichten Arbeiter- und Lohnnachweisungen diejenigen Geschäftsbücher und Listen einzusehen, aus welchen die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Beamten und die Beträge der verdienten Löhne und Gehälter ersichtlich werden.

Die Funktionen des technischen Aufsichtsbeamten und des Rechnungsbeamten können mit Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts***) in einer Person vereinigt werden.

---

*) Abs. 2 der Ziffer 2 nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 863[4] der Drucksachen — gestrichen.

**) Ziffer 3 nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 863[4] der Drucksachen — angenommen; der 2. Satz des Abs. 2 wurde zurückgezogen.

***) An Stelle „zwanzig" nach dem modificirten Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 850[11] der Drucksachen — „fünfzehn" gesetzt.

†) Umstellung der Sätze im Abs. 1 nach dem Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 847[6] der Drucksachen — angenommen.

††) An Stelle der Worte „die in §. 6a Abs. 1" nach Antrag Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 850[12] der Drucksachen — gesetzt „Betriebsbeamte und die in §. 1 Abs. 6".

*) An Stelle der Worte „Personen der im §. 6a Abs. 1" nach dem Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 850[13] der Drucksachen — gesetzt „Betriebsbeamte oder andere Personen der in §. 1 Abs. 6".

**) An Stelle „die in §. 6a Abs. 1 bezeichneten Personen" nach dem Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 850[14] der Drucksachen — gesetzt: „jeden Betriebsbeamten und jede andere Person der im §. 1 Abs. 6 bezeichneten Art".

***) Die Worte „mit Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts" eingeschaltet nach dem modificirten Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 850[15] der Drucksachen —.

Die Betriebsunternehmer sind verpflichtet, den als solchen legitimirten technischen Aufsichtsbeamten der betheiligten Genossenschaft auf Erfordern den Zutritt zu ihren Betriebsstätten während der Betriebszeit zu gestatten und den Rechnungsbeamten die bezeichneten Bücher und Listen an Ort und Stelle zur Einsicht vorzulegen. Sie können hierzu, vorbehaltlich der Bestimmungen des §. 91, auf Antrag der technischen Aufsichtsbeamten oder der Rechnungsbeamten von der unteren Verwaltungsbehörde durch Geldstrafen im Betrage bis zu dreihundert Mark angehalten werden.

§. 101.

Ist für das Gebiet eines Bundesstaats ein Landes-Versicherungsamt errichtet, so unterliegen Berufsgenossenschaften, welche nur solche Betriebe umfassen, deren Sitz im Gebiete des betreffenden Bundesstaats gelegen ist, der Beaufsichtigung durch das Landes-Versicherungsamt. In den Angelegenheiten dieser Berufsgenossenschaften gehen die in den §§. 23, 26 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, sowie in den §§. 15, 17, 24, 30, 32, 32a, 32b,*) 35, 38, 39, 41, 43, 43a, 46, 48, 64a, 68a**) bis 68g, 72, 82, 84, 85c, 87, 87a, 87c, 88, 90***), 91, 94, 96, 97, 102 dem Reichs-Versicherungsamt übertragenen Zuständigkeiten auf das Landes-Versicherungsamt über.

Soweit jedoch in den Fällen der §§. 38, 41, 43, 46, 48, 64a, 68d, 68e, 68g eine der Aufsicht eines anderen Landes-Versicherungsamts oder des Reichs-Versicherungsamts unterstellte Berufsgenossenschaft oder eine Ausführungsbehörde eines anderen Bundesstaats mitbetheiligt ist, entscheidet das Reichs-Versicherungsamt. Das Landes-Versicherungsamt hat in solchen Fällen die Akten an das Reichs-Versicherungsamt zur Entscheidung abzugeben.

Hat das Reichs-Versicherungsamt einen Entschädigungsanspruch um deswillen abgelehnt, weil nicht der in Anspruch genommene Träger der Versicherung, sondern ein anderer Träger zur Entschädigung verpflichtet ist, so kann der Anspruch gegen den letzteren nicht mit der Begründung abgelehnt werden, daß der erstere entschädigungspflichtig sei.

Treten für eine der im Abs. 1 genannten, der Aufsicht eines Landes-Versicherungsamts unterstellten Berufsgenossenschaften die Voraussetzungen des §. 43a ein, so gehen die Rechtsansprüche und Verpflichtungen auf den betreffenden Bundesstaat über.

§. 117.

Diejenigen Betriebsunternehmer, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amts, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Aufwendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Krankenversicherungsgesetzes von den †) Gemeinden, Armenverbänden oder von Kranken- und anderen Unterstützungskassen (§§. 10, 11 Abs. 1) gemacht worden sind. ††) Dieselben Personen haften der Genossenschaft für deren Aufwendungen auch ohne Feststellung durch strafgerichtliches Urtheil. Ist der Unfall durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amts, Berufs oder Gewerbes verpflichtet sind, herbeigeführt, so ist die Genossenschaftsversammlung befugt, von der Verfolgung des Anspruchs abzusehen. Durch das Statut kann diese Befugniß auf den Vorstand übertragen werden.

In gleicher Weise haftet als Betriebsunternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

§. 117a.*)

Will der Vorstand den Ersatzanspruch aus §. 117 Abs. 1 Satz 3 geltend machen, so hat er den Beschluß dem Ersatzpflichtigen schriftlich mitzutheilen. Der Ersatzpflichtige kann hiergegen die Beschlußfassung der Genossenschaftsversammlung anrufen.

Die Klage darf nicht vor Ablauf eines Monats nach der Zustellung dieser Mittheilung, und nur dann angestellt werden, wenn nicht innerhalb dieser Frist die Beschlußfassung seitens des Ersatzpflichtigen angerufen ist. Ist letzteres der Fall, so ist die Beschlußfassung der Genossenschaftsversammlung abzuwarten.

§. 117b.**)

Der Anspruch (§. 117 Abs. 1 Satz 1) verjährt in achtzehn Monaten von dem Tage, an welchem das strafgerichtliche Urtheil rechtskräftig geworden ist, im Uebrigen in zwei Jahren nach dem Unfall. Die Anrufung der Beschlußfassung der Genossenschaftsversammlung (§. 117a Abs. 1) unterbricht die Verjährung.

Die Bestimmung des §. 116 Abs. 4 findet Anwendung.

Zuständige Landesbehörden.

§. 129.

Die Zentralbehörden der Bundesstaaten bestimmen, von welchen Staatsbehörden, Gemeindevertretungen oder, wo solche nicht bestehen, Gemeindebehörden die in diesem Gesetze den höheren Verwaltungsbehörden, den unteren Verwaltungsbehörden, den Ortspolizeibehörden, den Gemeindebehörden und den Vertretungen der Gemeinden und weiteren Kommunalverbände zugewiesenen Verrichtungen wahrzunehmen sind.

Die in Gemäßheit dieser Vorschrift erlassenen Bestimmungen sind durch den Reichsanzeiger bekannt zu machen.

***) Die höhere Verwaltungsbehörde kann bestimmte Gemeindebehörden als untere Verwaltungsbehörden im Sinne des §. 62a bezeichnen und mit der Wahrnehmung der dort vorgesehenen Geschäfte betrauen.

---

*) „32b" nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 847[7] der Drucksachen — eingefügt.

**) Statt „88a" nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 865 der Drucksachen — gesetzt „68a".

***) Statt „88" nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 865 der Drucksachen — gesetzt „90".

†) Nach dem Antrage Dr. Opfergelt — Nr. 860[2] der Drucksachen — das Wort „Genossenschaften" gestrichen.

††) Der Schluß dieses Absatzes nach dem Antrage Dr. Opfergelt — Nr. 860[2] der Drucksachen — angenommen.

*) Nach dem Antrage Dr. Opfergelt — Nr. 860[3] der Drucksachen — angenommen.

**) Abs. 1 nach dem Antrage Dr. Opfergelt — Nr. 860[4] der Drucksachen — angenommen mit der redaktionellen Aenderung, daß an Stelle des Citats „(§. 117a Abs. 2)" auf der vorletzten Zeile gesetzt ist „(§. 117a Abs. 1)".

***) Abs. 3 nach dem Antrage Roesicke (Dessau) und Genossen — Nr. 850[16] der Drucksachen — angefügt.

Berlin, den 26. Mai 1900.

Nr. 868c.

Zusammenstellung

des

Entwurfs eines Bau-Unfallversicherungsgesetzes — Nr. 523 und Nr. 703c der Drucksachen — mit den Beschlüssen des Reichstages in dritter Berathung.

In allen Theilen unverändert nach den Beschlüssen — Nr. 703c der Drucksachen — jedoch mit Ausnahme der hier folgenden Paragraphen.

§. 49a.

Diejenigen Betriebsunternehmer, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, oder dadurch herbeigeführt haben, daß sie bei der Leitung oder Ausführung eines Baues wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst verstießen, haften für alle Aufwendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Krankenversicherungsgesetzes von den [1]) Kommunalverbänden (§. 8 Abs. 1 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, §. 7 Abs. 2, 5 dieses Gesetzes) oder Krankenkassen gemacht worden sind. [2]) Dieselben Personen haften der Genossenschaft für deren Aufwendungen auch ohne Feststellung durch strafgerichtliches Urtheil. Ist der Unfall durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt, so ist die Genossenschaftsversammlung befugt, von der Verfolgung des Anspruchs abzusehen. Durch Statut kann diese Befugniß auf den Vorstand übertragen werden.

In gleicher Weise haftet als Betriebsunternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

§. 49b.

[3]) Will der Vorstand den Ersatzanspruch aus §. 49a Abs. 1 Satz 3 geltend machen, so hat er den Beschluß dem Ersatzpflichtigen schriftlich mitzutheilen. Der Ersatzpflichtige kann hiergegen die Beschlußfassung der Genossenschaftsversammlung anrufen.

Die Klage darf nicht vor Ablauf eines Monats nach der Zustellung dieser Mittheilung, und nur dann angestellt werden, wenn nicht innerhalb dieser Frist die Beschlußfassung seitens des Ersatzpflichtigen angerufen ist. Ist letzteres der Fall, so ist die Beschlußfassung der Genossenschaftsversammlung abzuwarten.

Zweite Berathung 193. Sitzung. Dritte Berathung 203. Sitzung.

[1]) Hier ist nach dem Antrage Dr. Opfergelt — Nr. 862 ad 1 der Drucksachen — im Abs. 1 das Wort „Genossenschaften" gestrichen.

[2]) Der Zusatz von den Worten: „Dieselben Personen" bis „von der Verfolgung des Anspruchs abzusehen" ist im Absatz 1 nach dem Antrage Dr. Opfergelt angenommen. (cfr. Nr. 862 ad 1.)

[3]) Der §. 49b ist nach dem Antrage Dr. Opfergelt — Nr. 862 sub 2 der Drucksachen — an Stelle des §. 49b der Beschlüsse zweiter Lesung getreten.

§. 49c.

[4]) Der Anspruch (§. 49a Abs. 1 Satz 1) verjährt in 18 Monaten von dem Tage, an welchem das strafgerichtliche Urtheil rechtskräftig geworden ist, im Uebrigen in zwei Jahren nach dem Unfalle. Die Anrufung der Beschlußfassung der Genossenschaftsversammlung (§. 49b Abs. 1) unterbricht die Verjährung.

Für das über einen solchen Anspruch erkennende ordentliche Gericht ist die Entscheidung bindend, welche in dem durch dieses Gesetz geordneten Verfahren über die Frage ergeht, ob ein Unfall vorliegt, für welchen aus der Unfallversicherung Entschädigung zu leisten ist, und in welchem Betrag Entschädigung zu gewähren ist.

Berlin, den 26. Mai 1900.

Nr. 868d.

Zusammenstellung

des

Entwurfs eines See-Unfallversicherungsgesetzes — Nr. 523, 703d, Zu Nr. 703d und Nr. 773c der Drucksachen — mit den Beschlüssen des Reichstags in dritter Berathung.

In allen Theilen unverändert nach den Beschlüssen des Reichstags in zweiter Berathung — Nr. 703c der Drucksachen — jedoch mit Ausnahme der hier folgenden Paragraphen.

§. 9b.

Als Jahresarbeitsverdienst der übrigen auf Grund des §. 1 versicherten Personen gilt, soweit sich derselbe nicht aus mindestens wochenweise fixirten Beträgen zusammensetzt, das Dreihundertfache des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes. Für versicherte Personen in Betrieben, in welchen die übliche Betriebsweise eine höhere oder niedrigere Zahl von Arbeitstagen ergiebt, wird diese Zahl statt der Zahl dreihundert der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes zu Grunde gelegt.

War der Verletzte in dem Betriebe vor dem Unfalle nicht ein volles Jahr beschäftigt, so ist die Rente nach demjenigen Arbeitsverdienste zu berechnen, welchen während dieses Zeitraums versicherte Personen derselben Art in demselben Betrieb oder in benachbarten gleichartigen Betrieben bezogen haben. Ist dies nicht möglich, so ist der dreihundertfache Betrag desjenigen [1]) Arbeitslohns zu Grunde zu legen, welchen der Verletzte während des letzten Jahres vor dem Unfall an denjenigen Tagen, an welchen er beschäftigt war, im Durchschnitte bezogen hat.

Ueber die Ermittelung des Jahresarbeitsverdienstes der nach §. 4 versicherten Personen hat das Statut (§. 24) Bestimmung zu treffen.

[4]) Abs. 1 ist nach dem Antrage Dr. Opfergelt — Nr. 862[3] der Drucksachen — an Stelle des Abs. 1 der Beschlüsse zweiter Lesung — Nr. 703c der Drucksachen — getreten.

[1]) Hier ist das Wort: „Tagesarbeitsverdienstes" durch das Wort: „Arbeitslohns" nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 866[1] der Drucksachen — ersetzt.

Zweite Berathung cfr. 194. Sitzung. Dritte Berathung cfr. 203. Sitzung.

§. 13.

Im Falle der Tödtung ist als Schadensersatz außerdem zu leisten:

1. sofern nicht nach §. 554 des Handelsgesetzbuchs oder §. 51 der Seemannsordnung der Rheder die Bestattungskosten zu tragen hat, und sofern die Bestattung auf dem Lande erfolgt, als Sterbegeld für Seeleute zwei Drittel des nach [2]) §§. 9a, 9c Abs. 1 für den Monat ermittelten Durchschnittsverdienstes, für die übrigen nach § 1 versicherten Personen der fünfzehnte Theil des nach [2]) §§. 9b, 9c zu Grunde zu legenden Jahresarbeitsverdienstes, jedoch mindestens ein Betrag von fünfzig Mark;
2. eine den Hinterbliebenen vom Todestage des Verstorbenen ab zu gewährende Rente. Dieselbe besteht nach näherer Bestimmung der §§. 13a bis 13e in einem Bruchtheile seines nach §§. 9a bis 9c ermittelten Jahresarbeitsverdienstes.

Der Anspruch auf Sterbegeld steht demjenigen zu, welcher die Beerdigung besorgt hat.

[3]) Ist bei den im §. 9b bezeichneten Personen der der Berechnung zu Grunde zu legende Jahresarbeitsverdienst in Folge eines früher erlittenen, nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen über Unfallversicherung entschädigten Unfalls geringer als der vor diesem Unfalle bezogene Lohn, so ist die aus Anlaß des früheren Unfalls bei Lebzeiten bezogene Rente dem Jahresarbeitsverdienste bis zur Höhe des der früheren Rentenfeststellung zu Grunde gelegten Jahresarbeitsverdienstes hinzuzurechnen.

§. 13a.

Hinterläßt der Verstorbene eine Wittwe oder Kinder, so beträgt die Rente für die Wittwe bis zu deren Tode oder Wiederverheirathung sowie für jedes hinterbliebene Kind bis zu dessen zurückgelegtem fünfzehnten Lebensjahre je zwanzig Prozent des Jahresarbeitsverdienstes.

Im Falle der Wiederverheirathung erhält die Wittwe sechszig Prozent des Jahresarbeitsverdienstes als Abfindung.

Der Anspruch der Wittwe ist ausgeschlossen, wenn die Ehe erst nach dem Unfalle geschlossen worden ist; die Berufsgenossenschaft kann jedoch in besonderen Fällen auch dann eine Wittwenrente gewähren.[4])

Die Bestimmungen über die Renten der Kinder finden auch Anwendung, wenn der Unfall eine alleinstehende weibliche Person betroffen hat und diese mit Hinterlassung von Kindern verstirbt.

§. 13b.

[5]) War die Verstorbene beim Eintritte des Unfalls verheirathet, aber der Lebensunterhalt ihrer Familie wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehemanns ganz oder überwiegend durch sie bestritten worden, so erhalten bis zum Wegfalle der Bedürftigkeit an Rente

a) der Wittwer zwanzig Prozent,
b) jedes hinterbliebene Kind bis zu dessen zurückgelegtem fünfzehnten Lebensjahre zwanzig Prozent des Arbeitverdienstes.

Die Berufsgenossenschaft ist berechtigt, im Falle der Tödtung einer Ehefrau, deren Ehemann sich ohne gesetzlichen Grund von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und der Pflicht der Unterhaltung der Kinder entzogen hat, diesen Kindern die Rente zu gewähren.

[2]) Nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 848[1] der Drucksachen — angenommen.

[3]) Abs. 3. [4]) [5]) nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 848[1], 866[2], [3] der Drucksachen — angenommen.

II. Organisation der Berufsgenossenschaft.

Statut der Berufsgenossenschaft.

§. 24.

Die Berufsgenossenschaft regelt ihre innere Verwaltung sowie ihre Geschäftsordnung durch ein von der Genossenschaftsversammlung zu beschließendes Statut.

Das Genossenschaftsstatut muß Bestimmungen treffen:

1. über Namen und Sitz der Genossenschaft;
2. über die Bildung des Genossenschaftsvorstandes und über den Umfang seiner Befugnisse;
3. über die Berufung der Genossenschaftsversammlung sowie über die Art ihrer Beschlußfassung;
4. über das Stimmrecht der Mitglieder der Genossenschaft (§. 43 Abs. 3) und die Prüfung ihrer Vollmachten;
5. über das bei der Abschätzung der Seefahrzeuge (§. 34) zu beobachtende Verfahren (§. 37);
6. über das Verfahren bei Aenderung in den Betrieben oder in der Person der Rheder (§§. 45 bis 47);
7. über die Folgen der Betriebseinstellungen oder eines Wechsels der Betriebsunternehmer, insbesondere über die Sicherstellung der Beiträge derjenigen Personen, welche den Betrieb einstellen;
8. über die den Vertretern der Versicherten zu gewährenden Vergütungssätze (§. 91a Abs. 2);
9. über die Aufstellung, Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung;
10. über die Ausübung der der Genossenschaft zustehenden Befugnisse zum Erlasse von Vorschriften behufs der Unfallverhütung und der Ueberwachung der Betriebe (§§. 90 ff.);
11. über die Voraussetzungen einer Abänderung des Statuts;
12. über das bei der Anmeldung und dem Ausscheiden der auf Grund des §. 4 versicherten Personen zu beobachtende Verfahren sowie über Ermittelung des Jahresarbeitsverdienstes dieser Personen (§. 9b).

[6]) 13.

Genossenschaftsbeamte.

§. 33b.

[7]) Die Genossenschaftsversammlung hat eine Dienstordnung zu beschließen, durch welche die Rechtsverhältnisse und allgemeinen Anstellungsbedingungen der Genossenschaftsbeamten geregelt werden. Diese Dienstordnung bedarf der Bestätigung durch das Reichs-Versicherungsamt.

Die Gehälter der Beamten werden im Einzelnen durch den Haushaltsplan der Genossenschaft festgestellt.

Abschätzung. Gefahrenklassen.

§. 34.

Für jedes Fahrzeug, mit Ausnahme der in Schlepper- und Leichterbetrieben verwendeten Fahrzeuge, wird die durchschnittliche Zahl derjenigen Seeleute abgeschätzt, welche als Besatzung desselben erforderlich sind. Die Abschätzung erfolgt nach Klassen (§. 9a) auf Grund des Handbuchs für die deutsche Handelsmarine und der nach §§. 21, 22 des Gesetzes vom 13. Juli 1887 (Reichs-Gesetzbl. S. 329) bei Errichtung der Berufsgenossenschaft aufgestellten Unternehmer-Verzeichnisse sowie der gemäß §. 45 zu berücksichtigenden Veränderungen.[8])

[6]) Die Ziffer 13 der Beschlüsse ist nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 848[2] der Drucksachen — gestrichen.

[7]) §. 33b (Neu) nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 848[3] der Drucksachen — angenommen.

[8]) Hier sind die Worte: „(Verzeichnisse §§. 21 und 22)" nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 848[4] der Drucksachen — gestrichen.

Feststellung der Entschädigungen.

§. 67.

Die Beschlußfassung über die Feststellung der Entschädigungen (§§. 8 bis 13f) erfolgt:

1. sofern die Genossenschaft in Sektionen eingetheilt ist, durch den Vorstand der Sektion, wenn es sich handelt
   a) um die im §. 9 Abs. 1 Ziffer 1 bezeichneten Leistungen,
   b) um die für die Dauer einer voraussichtlich vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit zu gewährende Rente,
   c) um das Sterbegeld,
   d) um die Aufnahme des Verletzten in eine Heilanstalt,
   e) um die den Angehörigen eines Verletzten für die Zeit seiner Behandlung in einer Heilanstalt zu gewährende Rente;
2. in allen übrigen Fällen durch den Vorstand der Genossenschaft.

Zuständig ist die Sektion, in deren Bezirke der Heimathshafen desjenigen Fahrzeugs belegen ist oder derjenige Betrieb seinen Sitz hat, bei welchem der Unfall sich ereignet hat. Das Genossenschaftsstatut kann bestimmen, daß die Feststellung in den Fällen des Abs. 1 Ziffer 1 und 2 durch ein anderes Organ der Genossenschaft oder durch einen Ausschuß des Genossenschafts- oder Sektionsvorstandes oder durch besondere Kommissionen oder durch örtliche Beauftragte (Vertrauensmänner) zu bewirken ist.

[9]) Soll auf Grund eines ärztlichen Gutachtens die Bewilligung einer Entschädigung abgelehnt oder nur eine Theilrente festgestellt werden, so ist vorher der behandelnde Arzt zu hören. Steht dieser zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältnisse, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören.

§. 67a.

[10]) Soll die Bewilligung einer Entschädigung abgelehnt werden, so ist diese Absicht dem Verletzten, sofern er im Inland anwesend ist, oder im Falle seines Todes seinen Hinterbliebenen, soweit sie nach §§. 13a bis 13d, 13f entschädigungsberechtigt sein würden, mitzutheilen. Soll eine Entschädigung bewilligt werden, so ist den genannten Personen die Höhe der in Aussicht genommenen Entschädigung mit den rechnungsmäßigen Grundlagen mitzutheilen.

Der Verletzte sowie seine Hinterbliebenen (§§. 13a bis 13d) sind befugt, auf diese Mittheilung innerhalb zweier Wochen sich zu äußern. Auf ihren innerhalb der gleichen Frist gestellten Antrag hat die untere Verwaltungsbehörde diese Aeußerung zu Protokoll zu nehmen. Wird ein solcher Antrag gestellt, so hat hiervon die untere Verwaltungsbehörde unverzüglich dem zuständigen Genossenschaftsorgane Kenntniß zu geben; dieses hat bis zum Eingange des Protokolls den Bescheid auszusetzen.

Bei den im Abs. 1 bezeichneten Mittheilungen hat das zuständige Genossenschaftsorgan auf die aus Abs. 2 und aus §. 67 Abs. 3 sich ergebenden Befugnisse sowie auf die im Abs. 2 vorgesehene Frist hinzuweisen.

Ruhen der Rente.

§. 74a.

Das Recht auf Bezug der Rente ruht:

1. solange der Berechtigte eine die Dauer von einem Monat übersteigende Freiheitsstrafe verbüßt oder solange er in einem Arbeitshause oder in einer Besserungsanstalt untergebracht ist. Hat der Berechtigte im Inlande wohnende Angehörige, welche im Falle seines Todes Anspruch auf Rente haben würden, so ist diesen die Rente bis zur Höhe jenes Anspruchs zu überweisen;
2. solange der Berechtigte auf fremden Kriegsschiffen Dienste [11]) thut;
3. solange der Berechtigte, ohne auf einem deutschen Schiffe angemustert zu sein, im Auslande sich aufhält und es unterläßt, der Berufsgenossenschaft seinen Aufenthalt mitzutheilen.

   Die Berufsgenossenschaft ist befugt, über [12]) die Mittheilung des Aufenthaltsorts Vorschriften zu erlassen und darin anzuordnen, daß der Rentenberechtigte sich von Zeit zu Zeit bei einem Seemannsamte persönlich vorzustellen hat. Kürzere als einjährige Fristen dürfen [13]) durch diese Vorschriften nicht angeordnet werden. Die Vorschriften bedürfen der Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts.

   Weist der Entschädigungsberechtigte nach, daß er der Vorstellungspflicht ohne sein Verschulden nicht hat genügen können, so lebt insoweit das Recht auf den Bezug der Rente wieder auf.

Kapitalabfindungen.

§. 75.

Ist bei theilweiser Erwerbsunfähigkeit eine Rente von [14]) fünfzehn oder weniger Prozent der Vollrente festgestellt, so kann nach Anhörung der unteren Verwaltungsbehörde die Berufsgenossenschaft den Entschädigungsberechtigten auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung abfinden. [15]) Der Verletzte muß vor Annahme seines Antrags darüber belehrt werden, daß er nach der Abfindung auch in dem Falle keinerlei Anspruch auf Rente mehr habe, wenn sein Zustand sich erheblich verschlechtern würde. Gegen den Bescheid, durch welchen die Kapitalabfindung festgesetzt wird, ist die Berufung (§. 70) zulässig. Das Rechtsmittel hat in diesem Falle aufschiebende Wirkung. Bis zur Verkündung der Entscheidung kann der Antrag zurückgezogen werden. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig. Sie kann nur auf Bestätigung oder auf Aufhebung des Bescheids lauten.

Ist der Entschädigungsberechtigte ein Ausländer, so kann er, falls er seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche aufgiebt, auf seinen Antrag mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden. Durch Beschluß des Bundesraths kann diese Bestimmung für bestimmte Grenzgebiete oder für die Angehörigen solcher auswärtiger Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch Unfall bei dem Betriebe verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden.

Diese Bestimmungen finden auch Anwendung auf solche Renten, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes festgestellt worden sind. Wird eine solche Abfindung im Laufe der ersten drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ausgesprochen, so ist die Berufsgenossenschaft berechtigt, die erforderlichen Mittel aus dem Reservefonds zu entnehmen. Dieser ist dann nach näherer Anordnung des Reichs-Versicherungsamts (§. 19 Abs. 2) wieder zu ergänzen.

---

[9]) Abs. 3 nach Streichung der Beschlüsse zweiter Lesung auf Grund des Antrags Roesicke (Dessau) — Nr. 851[1] der Drucksachen — angenommen.

[10]) §. 67a (Neu) nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 851[2] der Drucksachen — angenommen.

[11]) [12]) [13]) Nach dem Antrage Roesicke (Dessau) statt der Worte: „that" ist „thut" und für „diese" „die" sowie für das Wort „für" „durch" gesetzt worden — Nr. 866[4] der Drucksachen —.

[14]) und [15]) Nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 851[3] und Nr. 848[6] der Drucksachen — angenommen mit einer Umstellung des letzten Satzes des Abs. 1 vor den zweiten Satz des 1. Alinea, auch ist in Zeile 2 Abs. 1 statt „zwanzig" gesetzt „fünfzehn".

Ueberwachung.

§. 93.

Die Genossenschaft ist verpflichtet, für die Durchführung der gemäß §. 90 erlassenen Unfallverhütungsvorschriften Sorge zu tragen. Sie ist befugt, durch technische Aufsichtsbeamte die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen. Sie ist ferner befugt, durch Rechnungsbeamte behufs Prüfung der auf Grund gesetzlicher oder statuarischer Bestimmungen eingereichten Nachweisungen die Schiffsjournale, Musterrollen, Certifikate, Meßbriefe und sonstigen Schiffspapiere sowie die Listen einzusehen, aus welchen die Zahl der Versicherten sowie der Umfang und die Dauer der zurückgelegten Reisen ersichtlich werden.

Die Funktionen des technischen Aufsichtsbeamten und des Rechnungsbeamten können[16]) mit Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts in einer Person vereinigt werden.

Die Behörden sind verpflichtet, den als solchen legitimirten Rechnungsbeamten der Genossenschaft die auf die Verhältnisse des Fahrzeugs und der Besatzung sich beziehenden Verhandlungen und Urkunden im Geschäftslokale zur Einsicht vorzulegen. Die Rheder, Korrespondentrheder und Bevollmächtigten sowie die Schiffsführer haben den technischen Aufsichtsbeamten auf Erfordern den Zutritt zu den Fahrzeugen sowie die Besichtigung derselben zu gestatten und den Rechnungsbeamten die Schiffspapiere und Listen an Ort und Stelle zur Einsicht vorzulegen. Diese Verpflichtungen bestehen auch gegenüber dem Seemannsamte (§. 92); demselben ist die Eintragung der von ihm verhängten Strafen in das Schiffsjournal zu gestatten. In gleicher Weise haben die anderen Mitglieder der Berufsgenossenschaft die Besichtigung ihres Betriebs zu gestatten und die im Abs. 1 bezeichneten Listen zur Einsicht vorzulegen.

Die Verpflichteten können hierzu auf Antrag der technischen Aufsichtsbeamten oder der Rechnungsbeamten von dem Seemannsamt oder der unteren Verwaltungsbehörde durch Geldstrafen bis zu dreihundert Mark angehalten werden.

§. 110.

Diejenigen Betriebsunternehmer, Mitrheder, Lootsen, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher oder Personen der Schiffsbesatzung, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Aufwendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Krankenversicherungsgesetzes von[17]) den Gemeinden, Armenverbänden, Krankenkassen und sonstigen Unterstützungskassen (§. 15 Abs. 1) gemacht worden sind. [18]) Dieselben Personen haften der Genossenschaft für deren Aufwendungen auch ohne Feststellung durch strafgerichtliches Urtheil. Ist der Unfall durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes verpflichtet sind, herbeigeführt, so ist die Genossenschaftsversammlung befugt, von der Verfolgung des Anspruchs abzusehen. Durch das Statut kann diese Befugniß auf den Vorstand übertragen werden.

In gleicher Weise haftet als Betriebsunternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

§. 110a.

[19]) Will der Vorstand den Ersatzanspruch aus §. 110 Abs. 1 Satz 3 geltend machen, so hat er den Beschluß dem Ersatzpflichtigen schriftlich mitzutheilen. Der Ersatzpflichtige kann hiergegen die Beschlußfassung der Genossenschaftsversammlung anrufen.

Die Klage darf nicht vor Ablauf eines Monats nach der Zustellung dieser Mittheilung und nur dann angestellt werden, wenn nicht innerhalb dieser Frist die Beschlußfassung seitens des Ersatzpflichtigen angerufen ist. Ist letzteres der Fall, so ist die Beschlußfassung der Genossenschaftsversammlung abzuwarten.

§. 110b.

[20]) Der Anspruch (§. 110 Abs. 1 Satz 1) verjährt in achtzehn Monaten von dem Tage, an welchem das strafgerichtliche Urtheil rechtskräftig geworden ist, im Uebrigen in zwei Jahren nach dem Unfalle. Die Anrufung der Beschlußfassung der Genossenschaftsversammlung (§. 110a Abs. 1) unterbricht die Verjährung.

Die Bestimmung des §. 109 Abs. 4 findet Anwendung.

Zuständige Landesbehörden.

§. 121.

Die Zentralbehörden der Bundesstaaten bestimmen, von welchen Staats- oder Gemeindebehörden die in diesem Gesetze den höheren Verwaltungsbehörden, den unteren Verwaltungsbehörden und den Ortspolizeibehörden zugewiesenen Verrichtungen wahrzunehmen sind.

Die in Gemäßheit dieser Vorschrift erlassenen Bestimmungen sind durch den Reichsanzeiger bekannt zu machen.

[21]) Die höhere Verwaltungsbehörde kann bestimmte Gemeindebehörden als untere Verwaltungsbehörden im Sinne des §. 67a bezeichnen und mit der Wahrnehmung der dort vorgesehenen Geschäfte betrauen.

---

[16]) Diese Worte: „mit Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts" sind nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 851[4] der Drucksachen —, unter Versetzung des letzten Absatzes: „Die Funktionen der technischen Aufsichtsbeamten 2c." als Abs. 2, hinzugesetzt.

[17]) Hier ist nach dem Antrage Dr. Opfergelt und Genossen — Nr. 861[1] der Drucksachen — die Worte: „der Genossenschaft" gestrichen und

[18]) dieser Zusatz nach Nr. 861[1] der Drucksachen desselben Antragstellers beschlossen.

[19]) §. 110a nach dem Antrage Dr. Opfergelt und Genossen — Nr. 861[2] der Drucksachen — an Stelle der Beschlüsse zweiter Lesung angenommen.

[20]) Nach dem Antrage Dr. Opfergelt und Genossen — Nr. 861[3] der Drucksachen — angenommen und ist Abs. 1 an Stelle des gleichen Alinea der Beschlüsse zweiter Lesung getreten.

[21]) Alinea 3 ist nach dem Antrage Roesicke (Dessau) — Nr. 851[5] der Drucksachen — in dritter Lesung hinzugefügt.

Resolution.

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Erwägungen darüber einzutreten, ob und in welcher Weise für die in den Schutzgebieten des Deutschen Reichs oder sonst im Auslande in deutschen Betrieben beschäftigten deutschen Betriebsbeamten und Arbeiter eine Unfallversicherung einzuführen ist.

Berlin, den 26. Mai 1900.

Nr. 869.

Berichterstatter:
Abgeordneter Dr. Paasche.

Bericht

der

Kommission für den Reichshaushalts-Etat

über den von den Abgeordneten Bassermann, Dr. Hasse, Graf v. Oriola, Dr. Paasche eingebrachten Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes — Nr. 716 der Drucksachen —.

Der Gesetzentwurf, der als schleuniger Antrag dem Reichstage zugegangen war, wurde daselbst am 1. Mai in erster Lesung verhandelt und zur Vorberathung der Kommission für den Reichshaushalts-Etat überwiesen.

An den Verhandlungen nahmen Theil als Vertreter der verbündeten Regierungen:

A. die Bevollmächtigten zum Bundesrath:
- Tirpitz, Vice-Admiral, Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts,
- Freiherr v. Thielmann, Staatssekretär des Reichsschatzamts,
- Dr. Aschenborn, Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt,
- Dr. Freiherr v. Richthofen, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt,
- Perels, Direktor im Reichs-Marine-Amt,
- Diederichsen, Direktor im Reichs-Marine-Amt,
- Fischel, Direktor im Reichs-Marine-Amt,
- v. Fischer, Direktor im Reichsschatzamt,
- Graf v. Lerchenfeld-Koefering, Königlich bayerischer außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister,
- Freiherr v. Stengel, Königlich bayerischer Staatsrath,
- v. Geiger, Königlich bayerischer Ministerialrath,
- Dr. Graf v. Hohenthal und Bergen, Königlich sächsischer außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister,
- Dr. Rüger, Königlich Sächsischer Geheimer Finanzrath,
- Freiherr v. Varnbüler, Königlich württembergischer außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister,
- v. Schneider, Königlich württembergischer Ministerialrath,
- Dr. v. Jagemann, Großherzoglich badischer außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister,
- Scherer, Großherzoglich badischer Ministerialdirektor,
- Dr. v. Neidhardt, Großherzoglich hessischer außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister,
- Krug v. Nidda, Großherzoglich hessischer Geheimer Staatsrath,
- v. Oertzen, Großherzoglich mecklenburg-schwerinscher außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister,
- Dr. Paulßen, Großherzoglich sachsen-weimarischer Geheimer Legationsrath,
- Selkmann, Großherzoglich oldenburgischer Wirklicher Geheimer Rath,
- Dr. v. Bonin, Herzoglich sächsischer Staatsminister,
- Dr. Klügmann, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der Freien Hanse Städte;

B. die nach Artikel 16 der Reichsverfassung vom Bundesrath berufenen besonderen Kommissare:
- Plath, Kaiserlicher Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrath,
- v. Heeringen, Kaiserlicher Fregatten-Kapitän,
- Capelle, Kaiserlicher Fregatten-Kapitän,
- Kalau vom Hofe, Kaiserlicher Korvetten-Kapitän,
- Dähnhardt, Kaiserlicher Korvetten-Kapitän,
- Koch, Kaiserlicher Geheimer Admiralitätsrath,
- Rauschning, Geheimer Ober-Regierungsrath,
- Koreuber, Geheimer Regierungsrath,
- Kühn, Kaiserlicher Geheimer Ober-Regierungsrath,
- Rüder, Kaiserlicher Admiralitätsrath.

Der Antrag bezweckte in erster Linie eine Erhöhung der Zollsätze für solche vom Auslande eingeführte Luxusverbrauchs-Gegenstände, die durch die in Geltung befindlichen Handelsverträge nicht gebunden sind und nicht von der großen Masse des Volks genossen werden, nach Meinung der Antragsteller aber eine erhöhte Belastung sehr wohl tragen können. Es wurde dagegen in der Kommission der Antrag gestellt, außer der bereits vorgeschlagenen Zollerhöhung auf ausländischen Schaumwein und Branntwein der verschiedensten Art auch Bier mit einem erhöhten Zoll zu belegen.

Auch für diese Berathungen wurden zwei Lesungen in Aussicht genommen und am Schluß der zweiten Lesung schriftlicher Bericht an das Haus beschlossen.

1. Zollerhöhung für Schaumweine.

Die Antragsteller wünschten den Zoll von 80 M. pro 100 kg in Zukunft auf 120 M. zu erhöhen und begründeten diesen Vorschlag damit, daß es sich offenbar bei ausländischem Champagner um einen Luxusverbrauch handle, der eine hohe Besteuerung sehr wohl ertragen könne, grade weil es ein Luxusartikel sei. Der bisherige Zollertrag sei in dem letzten Jahre etwa 2 140 000 M. gewesen. Wenn man annehme, was gewiß nicht unberechtigt sei, daß die Einfuhr trotz einer Zollerhöhung um 50% nicht wesentlich zurückgehen werde, so sei eine Mehreinnahme von etwa 1 Million Mark aus dieser Zollerhöhung mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, und niemand werde behaupten wollen, daß, wenn auf diese Weise der Luxuskonsum zur Deckung der Unkosten der deutschen Flotte mit herangezogen würde, damit eine Belastung der großen Volksmassen eintrete, die als unerwünscht zu bezeichnen sei. Die Antragsteller erklärten aber sofort, daß sie es für selbstverständlich hielten, daß neben dieser Erhöhung des Schaumweinzolles eine inländische Schaumweinsteuer eingeführt werde, die — etwa im Betrage von 50 Pfennig pro Flasche erhoben — nach bisherigen Berechnungen einen Ertrag von rund 5 Millionen Mark zu liefern im Stande sei, da man die heutige Produktion an deutschem Schaumwein auf etwa 12 Millionen Flaschen schätze und davon etwa 2 Millionen ins Ausland gesandt würden. Würde eine derartige Steuer eingeführt, so erhielten bei der vorgeschlagenen Erhöhung des Zollsatzes die deutschen Sektkellereien noch immer einen bedeutenden Zollschutz, der auch wegen des Vorurtheils, das man für die ausländischen Marken habe, und wegen der Ueberlegenheit, die sie in der Qualität durchschnittlich gegenüber den deutschen Schaumweinen hätten, durchaus berechtigt sei, um die inländische Industrie zu weiterer Entwickelung anzuregen. Die Inlandsteuer müsse aber als nothwendige

Ergänzung zum erhöhten Zollsatz hinzukommen, weil sonst die jetzt schon stark entwickelte sogenannte „Grenzindustrie" weiter begünstigt werden würde, die unter französischer Firma aus französischen Weinen Champagner innerhalb der deutschen Zollgrenzen herstellt. Grade diese Industrie würde dann besonders bevorzugt werden, da man nicht daran denken könne, die durch Zollverträge gebundenen, aus der Champagne bezogenen Faßweine einem erhöhten Zollsatz zu unterwerfen. Auf der anderen Seite müsse man aber auch dafür sorgen, daß die deutsche Schaumweinfabrikation, soweit sie ihre Weine durch wirkliche Flaschengährung herstelle, vor der unendlich viel billiger arbeitenden Industrie geschützt werde, die nur durch Zusatz von Kohlensäure künstlich ein moussirendes Getränk herstelle, das an innerem Werth dem durch Flaschengährung gewonnenen Schaumwein nicht gleichzustellen sei. Dieses Produkt werde aber durch eine rücksichtslose Reklame dem Publikum unter vornehmen, zum Theil ausländischen Etiquetten aufgedrängt und habe den guten Ruf der deutschen Sektkellereien in der empfindlichsten Weise benachtheiligt und das Vorurtheil gegen die heimischen Erzeugnisse verstärkt. Deshalb wurde von den Antragstellern gleichzeitig eine Resolution eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf dem Reichstage vorzulegen, der eine Besteuerung der im Inlande hergestellten Schaumweine einführt und gleichzeitig einen Deklarationszwang für die mit künstlichem Zusatz von Kohlensäure hergestellten Schaumweine schafft.

Würde diesen Wünschen in dem bald zu erlassenden Steuergesetz Rechnung getragen, so sei man überzeugt, daß die reelle deutsche Schaumweinfabrikation darunter nicht leiden, sondern eher durch Beseitigung unlauteren Wettbewerbs Vortheil haben würde. Auf einen wesentlichen Rückgang des Verbrauchs an Schaumweinen sei wegen der Steuer von 50 Pf. kaum zu rechnen, umsoweniger, da offenbar die Neigung, moussirende Getränke an Stelle der stillen Weine zu genießen, mit wachsendem Wohlstande des Volks im Zunehmen begriffen sei.

Von Seiten der Vertreter des Reichsschatzamts wurde auf diese Anregung hin ausdrücklich die Erklärung abgegeben, daß die verbündeten Regierungen im kommenden Herbst ein Schaumweinsteuergesetz vorlegen würden, da sie der festen Ueberzeugung seien, daß die inländischen Schaumweine eine Besteuerung sehr wohl ertragen könnten. Es sei aber nicht möglich, bereits jetzt, wie das von anderer Seite gewünscht werde, ein solches Gesetz zur Vorlage zu bringen; denn wenn auch die Kontrole nicht allzu schwierig sein würde, so müßten doch die verschiedenartigen Verhältnisse zunächst eingehend geprüft werden, um danach die Kontrolvorschriften sachgemäß erlassen zu können. Auf die Wünsche der Resolution würde man bei der Abfassung des Gesetzes möglichst Rücksicht nehmen. Auch erklärten die Vertreter des Reichsschatzamts die von den Antragstellern vorgelegte Schätzung über die Erträgnisse einer derartigen Schaumweinbesteuerung als wahrscheinlich den Verhältnissen entsprechend.

Gegen die Heranziehung der Schaumweine zur Deckung der Mehrkosten der Flottenvorlage wurde in der Kommission eigentlich von keiner Seite grundsätzlicher Widerspruch erhoben, nur glaubten einzelne Mitglieder, daß es nicht angebracht sei, jetzt bereits den Zoll auf ausländische Fabrikate zu erhöhen, ehe man in der Lage sei zu überblicken, ob und in welcher Gestalt ein deutsches Schaumweinsteuer-Gesetz zur Verabschiedung gelangen werde. Die Verhandlungen im wirthschaftlichen Ausschuß seien grade über diesen Gegenstand erst vor Kurzem zum Abschluß gebracht und man habe damals gar nicht daran gedacht einen erhöhten Zoll zu fordern. Derselbe sei auch nur berechtigt, wenn man gleichzeitig den inländischen Schaumwein mit zur Besteuerung heranziehe. Denn die heimische Industrie verlange gar keinen Schutzzoll. Der Zoll sei vielmehr, wie auch die Antragsteller zugäben, nur die nothwendige Ergänzung der geplanten Inlandssteuer. Man möge deshalb den Zoll nicht eher einführen, als bis man sich über die Verbrauchsabgabe geeinigt habe und Sicherheit vorhanden sei, daß letztere zur Verabschiedung gelange. Man müsse doch auch wissen, wie hoch die Steuer ausfalle, um danach den Zollsatz berechnen zu können.

Gegen diese Auffassung machte sich aber in der Kommission sehr lebhafter Widerspruch geltend. Es liege gar kein Grund vor, mit der Erhöhung des Einfuhrzolls lange zu warten, weil sonst naturgemäß alle Importeure sich vor den in ferne Zeit hinausgeschobenen Zollerhöhungen so reichlich mit Vorräthen versehen würden, daß für die nächste Zukunft keine Mehrerträge, sondern verminderte Einnahmen aus dem Zoll zu erwarten seien. Auch würde durch die Zollerhöhung niemand geschädigt werden, denn diejenigen, die sich den Luxus gestatten, feine französische Marken zu hohem Preise zu konsumiren, würden auch die weitere Belastung der ausländischen Waare willig tragen, so daß die Händler und Restaurateure im Stande sein würden, die erhöhte Auslage ohne Bedenken auf die Verbraucher abzuwälzen. Wenn dann die Schaumweinsteuer für die inländischen Erzeugnisse erst in späterer Zeit eingeführt würde, so sei das eine Begünstigung, die als Uebergangsstadium den deutschen Produzenten sehr wohl zu gönnen sei, denn für sie würde ja der erhöhte Zoll natürlich als ein Schutzzoll wirken, den auch sie vermuthlich an einer mäßigen Steigerung der Preise dieses Produkts sich würden nutzbar machen können.

Diejenigen, die der sofortigen Einführung des Zolls widersprachen, begründeten ihre Bedenken jedoch weiter damit, daß sie die Furcht hätten, wenn der Zoll erst einmal als erhöhter Schutz für die heimische Fabrikation eingeführt sei, daß dann nachträglich die Inlandssteuer doch nicht kommen würde, weil die Erfahrung gelehrt habe, daß die verschiedenen Anläufe, die man in der Richtung bisher gemacht habe, stets an der Gegenagitation der Schaumweinfabrikanten gescheitert seien. Ein ähnlicher Antrag, den inländischen Schaumwein einer besonderen Besteueruug zu unterziehen, sei ja bereits vor 15 Jahren von der Linken des Hauses gestellt worden. Aber es sei damals nicht gelungen, den Vorschlag durchzuführen. Die Gefahr liege auch jetzt vor, daß der erneute Versuch mißlingen werde. Man möge deswegen, da die Sache keine so große Eile habe und die Ausgaben für die Flotte erst in späterer Zeit herantreten, lieber mit der Erhöhung des Zolls warten, um sie dann gleichzeitig mit der zu beschließenden Inlandssteuer einzuführen.

Die Vertreter der Mehrheitsparteien verwahrten sich jedoch dagegen, daß sie geneigt sein könnten, nachdem der Zoll einmal eingeführt sei, von der von ihnen in Vorschlag gebrachten Inlandssteuer Abstand zu nehmen; denn sie hielten es für Anstandspflicht, bei einer so starken Steigerung der Ausgaben für die Wehrkraft des Landes auch den Champagner heranzuziehen, um so mehr, da Bier und Branntwein, die Getränke der großen Masse des Volkes, in so ausgiebiger Weise besteuert seien. Da auch die verbündeten Regierungen erklärt hätten, daß sie grundsätzlich mit der Einführung einer solchen Steuer einverstanden seien und in der nächsten Session mit einem Entwurfe an den Reichstag herantreten würden, so könne man die Zuversicht hegen, daß ein derartiges Gesetz vom Bundesrath vorgelegt und vom Hause beschlossen würde.

Deshalb entschied sich die große Mehrheit der Kommission für die sofortige Einführung eines erhöhten

Schaumweinzolles, und eine noch größere Mehrheit der Kommission stimmte der oben angedeuteten Resolution zu.

In der zweiten Lesung wurden die Beschlüsse der ersten Lesung gut geheißen, von den Antragstellern aber eine erweiterte Fassung der Resolution in Vorschlag gebracht, dahin gehend, daß in dem zu erlassenden Gesetzentwurf auch bestimmt werden möge:

„daß in Deutschland angefertigte Schaumweine nur unter Angabe des Herstellungsorts in den Handel gebracht werden dürfen".

Begründet wurde dieser Vorschlag damit, daß nach zahlreich eingegangenen Mittheilungen unsere deutsche Schaumweinfabrikation schwer darunter zu leiden hätte, daß oft recht minderwerthige, deutsche Fabrikate unter französischer Firma und unter das Publikum täuschenden Etiquetten zum Verkauf gebracht würden. Man verbinde sich mit irgend einer bedeutungslosen Firma in Reims oder Epernay oder errichte dort eine Filiale, die gar nicht einmal eigene Kellerei und Produktion besitze, und bezeichne dann die deutsche Schaumweinfabrik, welche alsdann die Produkte unter Benutzung französischer und deutscher Weine herstelle, als succursale oder Filiale des französischen Stammhauses. Man täusche nicht selten das Publikum dadurch, daß man bei eingehenden Aufträgen von Reims oder Epernay aus schreiben lasse, man habe den Auftrag dankend empfangen und werde die Sendung von der Filiale in Hochheim oder sonstwo besorgen lassen. Rechnung werde von dem Hause in Reims oder Epernay zugesandt werden. Es wurden auch Beispiele angeführt, daß man in Deutschland in das Handelsregister Firmen eintragen lasse mit französischen Namen aus Reims, die mit der Schaumweinfabrikation garnichts zu thun hätten, und daß dann sehr minderwerthige, mit Kohlensäure hergestellte Produkte unter diesen irreführenden Namen in den Handel gebracht würden, wo man sie vielfach als echte französische Waaren kaufe. Durch solche Manipulationen wird natürlich die heute durchaus leistungsfähige, reelle Sektkellerei, welche nach französischer Manier in sorgfältigster Weise sehr feine Marken herstelle, empfindlich geschädigt, und deswegen würde man der deutschen Industrie einen wesentlichen Dienst leisten, wenn man die auf Täuschung berechneten Manipulationen beseitige. Ob man dabei so weit gehen könne, den Gebrauch französischer Etiketten ganz zu verbieten, müsse näherer Erwägung vorbehalten werden. Jedenfalls sei es ein billiges Verlangen, wenn man fordere, daß auf den Etiketten der Ort der Herstellung und nicht der Name einer französischen Stadt genannt werde und die Täuschung des Publikums, als ob es sich um hochverzollte, hochwerthige ausländische Erzeugnisse handele, so viel als möglich verhindert werde. Die Mehrheit der Kommission stimmte auch diesem Vorschlage zu und genehmigte in zweiter Lesung die also veränderte Resolution sowie die erhöhten Zollpositionen.

2. Zoll auf Liköre und Branntwein aller Art.

Die Antragsteller hatten vorgeschlagen, den Zoll auf Liköre von 180 auf 240 ℳ zu erhöhen, den Zoll für alle übrigen Branntweine, wenn sie in Fässern eingehen, von 125 auf 160 ℳ, wenn sie in Flaschen, Krügen oder anderen Umschließungen in das Zollinland gebracht würden, von 180 auf 240 ℳ heraufzusetzen.

Auch dieser Antrag wurde damit begründet, daß es sich im Wesentlichen um werthvolle Erzeugnisse ausländischer Fabrikation handle, die einen erhöhten Zoll sehr wohl vertragen können. Die feinen französischen und holländischen Liköre würden durch eine solche Mehrbelastung von 60 ℳ pro 100 kg gewiß nicht vom Verbrauch ausgeschlossen werden, und auch der in Fässern eingehende Branntwein bestehe zum weitaus größten Theil aus hochwerthigen französischen Cognacs oder Rum und Arrak, die als solche wohl nicht als Getränke der großen Masse des Volks anzusehen seien, sondern von den Wohlhabenderen genossen würden. Eine Zollerhöhung von 35 ℳ pro 100 kg oder von etwa 35 Pfennig pro Liter würde für diese hochwerthigen Erzeugnisse gewiß nicht nennenswerth ins Gewicht fallen und zu keiner erheblichen Verminderung der Einfuhr Veranlassung geben. Unter dieser Voraussetzung schätzten die Antragsteller die Mehreinnahmen, die aus den Zöllen aus dieser Position zu gewinnen sein würden, auf rund 2 Millionen Mark, da bisher bereits ein Ertrag von etwa $6^1/_3$ Millionen jährlich eingegangen sei. Ueber die Einfuhr der Liköre und Branntweine, sowie über die Länder, aus denen diese Produkte zu uns kommen und den in den letzten Jahren erzielten Zollertrag wurde der Kommission die nachfolgende Uebersicht vorgelegt:

Uebersicht der Einfuhr von Likören und Branntwein.

Statistische Nr.		Die drei hauptsächlichsten Einfuhrländer sind	Einfuhr in Doppelzentnern 1899	1898	1897	1896	1895	1894	1893	1892	1891
599	Liköre		1 881	1 718	1 629	1 728	1 630	1 449	1 717	1 414	1 099
			339	*309*	*293*	*311*	*293*	—	—	—	v. 1. 7. 91 an
		Frankreich	1 301	1 096	1 012	1 099	951	922	1 091	645	620
		Niederlande	222	261	289	288	269	211	274	427	302
		Oesterreich-Ungarn	—	111	110	103	103	105	94	111	—
601	Branntwein, nicht besonders genannt, in Fässern		47 058	44 850	47 204	46 225	48 597	47 634	50 193	46 638	48 853
			5 882	*5 606*	*5 900*	*5 778*	*6 075*	—	—	—	—
		Frankreich	22 084	21 863	22 082	22 482	23 889	23 947	24 070	24 929	25 581
		Britisch-Westindien	9 015	8 156	8 860	9 747	10 035	8 262	8 395	6 865	7 148
		Großbritannien	5 978	5 124	5 287	4 549	4 140	5 044	6 417	5 121	—
		Niederlande	—	—	—	—	—	—	—	—	6 147
602	Branntwein, außer Likör, in Flaschen u. s. w.		1 797	1 779	1 620	1 612	1 701	1 647	1 791	1 746	1 998
			323	*320*	*292*	*290*	*306*	—	—	—	—
		Frankreich	1 340	1 314	1 200	1 192	1 209	1 142	1 271	1 229	1 163
		Großbritannien	131	137	125	119	184	138	116	126	159
		Oesterreich-Ungarn	—	101	92	95	76	—	104	—	—
		Niederlande	—	—	—	—	—	52	—	75	250

Die schrägen Ziffern = Zollerträge in 1000 ℳ.

Was die Berechtigung einer solchen Erhöhung anlangt, so gab ein Vertreter des Reichsschatzamts dazu die folgende Erklärung ab:

„Der Antrag wegen Erhöhung des Zolls auf Spirituosen (Nr. 25b des Tarifs) ist im Reichsschatzamt einer näheren Prüfung unterzogen worden und haben sich dabei wesentliche Bedenken nicht ergeben. Im Reichsschatzamt wird die Ansicht getheilt, daß es sich hier um Gegenstände des Luxusverbrauchs handelt, die eine höhere Zollbelastung wohl ertragen können. Auch die vorgeschlagenen Sätze erscheinen unbedenklich und ist die Befürchtung wohl nicht begründet, daß sie einen erheblichen Rückgang der Einfuhr und damit eine Schmälerung des erwarteten Mehraufkommens an Zollgefäll zur Folge haben werden. Was zunächst die Liköre anbelangt, so hat sich die Einfuhr in den letzten zwei Jahren 1898 und 1899 zwischen 1714 und 1881 dz bewegt; sie stammt zu etwa 65% aus Frankreich und zu etwa 17% aus den Niederlanden und besteht zumeist in feinerer hochwerthiger Waare. Bei einer Erhöhung des Zolls auf 240 M. kann auf eine Mehreinnahme von 100 000 M. gerechnet werden. Bedeutend ist die Einfuhr von Branntwein in Fässern, die im genannten Zeitraum 45 278 und bezw. 46 326 dz mit einem Zollertrage von 5,6 - 5,8 Millionen Mark betragen hat. Die Einfuhr stammt zu etwa 45% aus Frankreich (fast ausschließlich Cognac), zu 20% aus Britisch-Westindien (Rum) und zu 12% aus Großbritannien (Rum, Arak). Die eingeführten Branntweine finden vielfach auch Verwendung in der Schaumwein-[1]) und Spirituosenfabrikation (zum Verschnitt und zur Herstellung von Punschessenzen). Die Erhöhung des Zolls auf 160 M. bedeutet für die Flasche Cognac, Rum u. s. w. eine Mehrbelastung von etwa 0,35 M. und läßt eine erhebliche Minderung der Einfuhr dieser zumeist höherwerthigen Branntweine nicht befürchten, es kann vielmehr auf eine Mehreinnahme von etwa 1,6 Millionen gerechnet werden. Was endlich die übrigen Branntweine außer Likör in Flaschen anbelangt, so handelt es sich hierbei um sehr hochwerthige Getränke — zumeist hochfeine Cognacs im Preise bis zu 30 M. und mehr für die Flasche. Die Einfuhr, die zu 70% aus Frankreich stammt, hat im Durchschnitt der letzten zwei Jahre 1785 dz betragen. Von einer Zollerhöhung auf 240 M. wird ein Mehrertrag von 100 000 M. zu erwarten sein."

Aus der Mitte der Kommission erhob sich jedoch zum Theil sehr lebhafter Widerspruch gegen den Antrag, weniger gegen die Zollbelastung der hochwerthigen Liköre und Branntweine in Flaschen und Krügen als vielmehr dagegen, daß man auch den Branntwein in Fässern einer erneuten Zollerhöhung unterwerfen wolle, nachdem in letzter Zeit bereits mehrfach dieser Zollsatz ganz wesentlich in die Höhe gesetzt worden sei. Es handle sich eben hierbei nicht bloß um reine Luxusartikel, um feine Cognacs und hochfeinen Rum und Arak, sondern namentlich auch um die minderwerthigen Qualitäten der letzteren Branntweinsorten, die besonders an den deutschen Seeküsten auch von den gewöhnlichen Arbeitern getrunken würden und dort namentlich im Winter in Form von Grogk und heißen Aufgüssen vielfach zur Verwendung kämen. Wollte man den Zoll auf Rum und Arak, sowie der Vorschlag es wünscht, wesentlich erhöhen, so würden dadurch unsere Destillateure, die jene Erzeugnisse West- und Ostindiens gebrauchten, um Verschnittrums herzustellen, gezwungen sein, in immer größerem Maße zur Verwendung von künstlichen Essenzen zu greifen, und dadurch gerade die unteren Schichten des Volks empfindlich zu schädigen. Es wurde deswegen von einer Seite der Antrag gestellt, man möge wenigstens Rum und Arak auf dem bisherigen Steuersatz belassen, wenn man auch die sonstigen Liköre, Cognacs in Fässern u. s. w. zu erhöhtem Zollsatz einlassen könne.

Es erhob sich jedoch dagegen nicht bloß von Seiten der Vertreter des Reichsschatzamts, sondern auch von einzelnen sachverständigen Mitgliedern der Kommission lebhafter Widerspruch, da es nicht möglich sei, zolltechnisch die Scheidung zwischen Rum oder Arak und Cognac oder anderen Branntweinsorten durchzuführen. Auch wurde von Seiten verschiedener Mitglieder der Kommission darauf verwiesen, daß diejenigen Sorten von Rum und Arak, die nach der Meinung der Gegner hauptsächlich als Getränk des armen Mannes dienten, nur geringe Mengen echten Produktes enthielten, sondern zum größten Theil aus deutschem Korn- oder Kartoffelsprit beständen und leider recht häufig mit künstlichem Aroma statt durch Zusatz von Zuckerrohrbranntwein dem Rum ähnlich gemacht würden. Eine mäßige Heraufsetzung des Zolls, wie sie hier beantragt sei — von 35 Pfennig pro Liter — würde für die Destillate, die nachher als Verschnitt-Rums zum Verkauf kämen, jedenfalls keine fühlbare Preissteigerung zur Folge haben. Man werde auch nach den Erklärungen des Vertreters des Reichsschatzamts daran festhalten müssen, daß es sich bei allen diesen ausländischen, hochwerthigen Branntweinen um Erzeugnisse handle, die zum größten Theil als Luxusartikel bezeichnet werden könnten und deswegen für die in Aussicht stehenden Zwecke mit einer höheren Steuer belastet werden könnten, wenn man es vermeiden wolle, daß nicht nachher wirkliche Volksnahrungs- und Genußmittel zur Deckung der erwachsenden Unkosten unserer Wehrkraft besteuert werden sollten. Einer der Antragsteller machte noch darauf aufmerksam, daß in den letzten Jahren die Preise für Rum ganz wesentlich herabgegangen seien, so daß die Zollerhöhung nicht viel mehr als einen Ausgleich dieses Preisrückganges darstellen würde, und um so weniger die Befürchtung gerechtfertigt sei, daß der großen Masse des Volkes ein wirklicher Genuß wesentlich vertheuert würde. Er gab auf Grund der Statistik der Insel Jamaika folgende Ziffern über die Ausfuhrwerthe von Rum während der letzten Jahre an; danach betrug der Ausfuhrwerth pro Puncheon Rum im Jahre

1890—91	rund	250	M.
1891—92	„	300	„
1892—93	„	226	„
1893—94	„	200	„
1894—95	„	190	„
1895—96	„	180	„
1896—97	„	150	„
1897—98	„	132	„

Es werde zwar in allerletzter Zeit behauptet, daß gegenwärtig eine Steigerung der Preise eingetreten sei, nach seiner Kenntniß der Verhältnisse klage man aber gerade in den britisch-westindischen Kolonien noch viel mehr über den Rückgang der Preise für Rum als für das Hauptprodukt jener Inseln, für Zucker. Deswegen glaube er nicht, daß die Zollerhöhung für den Konsumenten in irgend einer Weise fühlbar werden würde und zu einer Schädigung des Gewerbes der Likörfabrikanten führen könnte. Es sei zwar eine große Menge von Petitionen eingegangen, die meist gedruckt nach demselben Schema von den verschiedensten Orten des Reichs eingesandt wären und die bedrängte Lage des schwer heimgesuchten Destillations-

[1]) Zur Dosirung.

gewerbes in beweglichen Worten schilderten. Doch glaube er nicht, daß man aus diesem Grunde von der geplanten Maßregel Abstand nehmen solle, denn die inländische Steuer für heimische Branntweine sei im Verhältniß gewiß nicht niedriger, sondern weit höher als diejenige, die für so hochwerthige ausländische Produkte erhoben würde.

Der Einwand, der in verschiedenen Petitionen der Likörfabrikanten wiederholt zum Ausdruck gekommen ist, daß die Likörfabrikation in den letzten Jahren ungebührlich durch wiederholte Zollerhöhungen beunruhigt worden sei, daß die Zollerhöhungen einen wesentlichen Rückgang der Einfuhr zur Folge gehabt hätten und daß diese muthmaßliche Wirkung bewiesen werde durch die Erfolge, die man bei früheren ähnlichen Maßregeln erzielt habe, wurde als nicht stichhaltig erachtet. Denn der Branntweinzoll hat sich in folgender Weise geändert:

Branntweinzoll:

pro 100 kg.

Gesetz vom 15. Juli 1879

Branntwein aller Art, auch Arrak, Rum, Franzbranntwein und versetzte Branntweine in Fässern und Flaschen . . . . . 48 ℳ

Gesetz vom 22. Mai 1885

(Text wie früher) . . . . . 80 ℳ

Gesetz vom 24. Juni 1887

1. Arrak, Cognac und Rum in Fässern . . . 125 ℳ
2. aller übriger Branntwein . . . . . 180 =

Gesetz vom 8. Juni 1891

1. Liköre . . . . . 180 ℳ
2. alle übrigen Branntweine
   α) in Fässern . . . . . 125 =
   β) in Flaschen, Krügen und anderen Umschließungen . . . . . 180 =

Von einer starken Beunruhigung der Industrie durch wiederholte Heraufsetzung der Zollsätze innerhalb der letzten Jahre sei also thatsächlich nicht die Rede, da seit dem Gesetz vom 24. Juni 1887 eine Veränderung in den Zollsätzen eigentlich nicht stattgefunden habe. Auch sei es ganz irrthümlich, wenn man behaupte, daß der Import jetzt bereits durch die vor nunmehr 13 Jahren erhöhten Zölle stark vermindert worden sei. Im Gegentheil beweisen die unten folgenden Ziffern über die Gesammteinfuhr von Branntwein, daß zwar jedesmal vor der Einführung einer Zollerhöhung große Mengen von Branntwein über die Zollgrenze gebracht werden und dementsprechend in den folgenden Jahren ein gewisser Rückschlag eintritt, daß aber der Durchschnittskonsum innerhalb der letzten 13 Jahre durchaus nicht vermindert worden sei. Die Einfuhr stellte sich nämlich folgendermaßen:

1879:	Gesammteinfuhr	von	Branntwein	58 555	Doppel-Centner	(Zollerhöhung)
1880:	=	=	=	44 456	=	
1881:	=	=	=	46 138	=	
1882:	=	=	=	45 169	=	
1883:	=	=	=	48 554	=	
1884:	=	=	=	75 895	=	(Zollerhöhung in Aussicht)
1885:	=	=	=	63 247	=	(Zollerhöhung)
1886:	=	=	=	46 906	=	
1887:	=	=	=	73 251	=	(Zollerhöhung)
1888:	=	=	=	20 281	=	
1889:	=	=	=	33 681	=	
1890:	=	=	=	52 206	=	
1891—1899	=		durchschnittlich	51 000	=	

Die Kommission schloß sich der Anschauung der Antragsteller an und stimmte in erster und zweiter Lesung der vorgeschlagenen Zollerhöhung mit großer Mehrheit zu.

3. Zollerhöhung auf Bier.

Bisher tragen ausländische Biere einen Zoll von 4 ℳ pro 100 kg. Die Antragsteller wünschten den Satz auf 6 ℳ zu erhöhen und begründeten dies damit, daß es sich auch hier nicht um ein Genußmittel der großen Masse des Volkes handle, sondern daß die allein in Frage kommenden englischen Ale- und Porterbiere sowie die echten Pilsener Biere doch nur von den oberen Zehntausend d. h. von den wohlhabenderen Bevölkerungsklassen getrunken würden, und wer sich den Luxus gestatten wolle, die gewiß vortrefflichen und bekömmlichen ausländischen Biere zu trinken und sie den der Qualität nach wohl gleichwerthigen, inländischen Erzeugnissen vorziehe, der werde auch unbedenklich die geringe Mehrbelastung von 2 Pf. pro Liter tragen können, die sich im Ausschank in viertel oder halben Liter-Gläsern für den Verbraucher solcher Biere im Preise kaum fühlbar machen würde. Es könne aber dadurch dem Reiche eine nicht unerhebliche Einnahmequelle erschlossen werden, denn die Einfuhr fremder, namentlich Pilsener Biere, sei, der veränderten Geschmacksrichtung der Biertrinker entsprechend, in letzter Zeit in starkem Steigen begriffen, so daß aus einer Erhöhung des Bierzolls um 50 % sehr wohl auf eine Mehreinnahme von nahezu 1½ Millionen Mark gerechnet werden könne. Wenn auch eine solche erhöhte Belastung vielleicht dazu beitragen würde, daß die Einfuhr nicht in dem bisherigen Tempo weiter steigen werde, so sei ein Rückgang des Konsums wohl kaum dadurch zu befürchten.

Um die Verhältnisse der Einfuhr und Ausfuhr im Vergleich zu der eigenen Produktion Deutschlands zu veranschaulichen, wurde folgende Uebersicht vorgelegt:

Bier-Einfuhr nach Deutschland:

	aus Oesterreich 100 kg	aus England 100 kg	inländische Produktion Hektoliter
1890	246 570	20 050	52 830 000
1891	306 150	23 720	53 205 000
1892	386 540	24 940	54 780 000
1893	477 820	27 550	55 625 000
1894	537 860	29 550	55 369 000
1895	612 640	26 450	60 695 000
1896	658 530	25 950	61 621 000
1897	679 990	25 800	66 378 000
1898	661 950	25 520	67 968 000
1899	723 730	26 620	

Danach ergiebt sich, daß der weitaus größte Theil der in letzter Zeit ganz gewaltig steigenden Biereinfuhr aus Oesterreich stamme, während die Einfuhr von englischem Porter und Ale verhältnißmäßig unbedeutend sei und in

den letzten 10 Jahren kaum eine nennenswerthe Steigerung erfahren habe. — Im Vergleich zu der Gesammtproduktion stelle aber die Einfuhrmenge immer nur annähernd 1 % der inländischen Erzeugnisse dar, könne also, wie oben bereits hervorgehoben, ganz gewiß nicht als ein wesentlicher Theil der Volksernährung betrachtet werden.

Diesen Ausführungen der Antragsteller schlossen sich die Vertreter des Reichsschatzamts vollauf an, und es wurde von einem derselben folgende Erklärung abgegeben:

„Bei dem gegenwärtigen Zollsatze von 4 ℳ für 100 kg beträgt die Belastung, da das Gebinde (die Einfuhr in Flaschen kommt kaum in Betracht) mit verzollt wird und dessen Gewicht 20 bis 24 % beträgt, ungefähr 5 ℳ bis 5 ℳ 25 ₰ für das Hektoliter ausländischen Bieres. Rechnet man hinzu die nach dem Reichsgesetz vom 27. Mai 1885 im Höchstbetrage zulässige örtliche Verbrauchsabgabe, so ergiebt sich eine Gesammtsteuerbelastung von rund 6 ℳ per Hektoliter. In Folge der Erhöhung des Zolls auf 6 ℳ für den Doppelzentner Bier würde sich diese Belastung um ca. 2½ ℳ, somit auf 8 ℳ 50 ₰ per Hektoliter erhöhen. Dem gegenüber ist die Steuerbelastung des im Inlande hergestellten Bieres in den einzelnen Bundesstaaten eine sehr verschiedene und bewegt sich dieselbe einschließlich der örtlichen Verbrauchsabgabe zwischen ungefähr 1 ℳ 65 ₰ (norddeutsche Brausteuergemeinschaft) und 4 ℳ 30 ₰ und erreicht bei bestimmten Biersorten den Betrag bis zu 6 ℳ per Hektoliter (Bayern). In einzelnen Gebietstheilen wird die zunehmende Konkurrenz des ausländischen, speziell des Pilsener Biers, unbequem empfunden und darüber Klage geführt, daß durch letzteres auch die besseren heimischen Biere mehr und mehr verdrängt werden. Damit wird das Verlangen eines wirksameren Zollschutzes verbunden. Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß die zur Einfuhr gelangenden englischen und österreichischen Biere vorzugsweise einen Verbrauchsartikel der wohlhabenden, besser situirten Bevölkerungsklassen bilden, und daß insofern eine höhere Zollbelastung dieser Biere nicht unzulässig erscheint. Im Einzel-Ausschank werden für österreichische Biere 60 ₰ bis zu 1 ℳ, für englische Biere noch höhere Preise für das Liter bezahlt. Die Einfuhr an ausländischen Bieren in Fässern hat sich in den letzten drei Jahren zwischen 688 000 und 750 000 Doppelzentnern bewegt, wovon 4 % aus England und 96 % aus Oesterreich herstammen. Da bei der zunehmenden Beliebtheit speziell der Pilsener Biere von einer Zollerhöhung auf 6 ℳ per Doppelzentner ein merklicher Rückgang der Einfuhr kaum zu befürchten sein möchte, so würde wohl auf eine Mehr-Einnahme von ungefähr 1,4 Millionen Mark gerechnet werden dürfen."

Von anderer Seite wurde aber dieser Betrachtung entgegengehalten, daß man zwar keine Veranlassung habe, gegen eine Erhöhung des Zolls für die schweren englischen Biere zu stimmen, daß aber das sehr gesunde und bekömmliche Pilsener Bier sich steigender Beliebtheit bei den Biertrinkern erfreue und namentlich nach Sachsen und Nord-Deutschland in großer Menge eingeführt und nicht mehr blos von den oberen Zehntausend, sondern bereits von dem Mittelstande verbraucht würde. Wenn auch zuzugeben sei, daß die deutsche Industrie ähnliche Getränke herzustellen sehr wohl in der Lage sein würde, so sei es bisher doch in ausreichendem Maße wohl noch nicht möglich gewesen, denn sonst würde das theuere Pilsener Bier nicht in solchem Umfange sich habe einbürgern können. Die ganze Maßregel, so wie sie hier vorgeschlagen werde, sei doch in erster Linie eine finanzpolitische und sei von den Antragstellern selbst auch garnicht der Gedanke angeregt, daß es sich dabei um einen Schutzzoll handle, den die Brauereien, soviel bekannt, weder selbst gewünscht noch beantragt hätten. Wenn der Vertreter des Reichsschatzamts angedeutet habe, daß man bei dieser Gelegenheit den unzureichenden Zoll für einzelne süddeutsche Biere miterhöhen könne, so solle man doch auch an die Folgen denken, die das gerade für die Ausfuhr süddeutscher und bayerischer Biere im Ausland haben könne; denn die Gefahr liege sehr nahe, da unser Bierexport sehr viel größer als unsere Einfuhr sei, daß das Ausland in irgend einer Form mit Repressalien antworte, so daß schließlich unser deutsches Braugewerbe statt Nutzen nur Schaden von der eingeführten Zollerhöhung haben würde. Von anderer Seite wurde direkt der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß man in Oesterreich, mit dem man gerade jetzt wieder in den Berliner Festlichkeiten feierlichst das bestehende Bündniß vor aller Welt erneuert habe, solche Zollmaßregel als eine Unfreundlichkeit ansehen würde, die gewiß nicht dazu beitragen könne, für die zukünftigen Handelsvertragsverhandlungen den Boden zu ebnen.

Einige der Gegner des Antrages befürchteten auch, daß chauvinistische Gesinnungen die Anregung gegeben haben könnten, die böhmischen Biere besonders zu belasten.

Von den Befürwortern des Antrags wurde aber betont, daß sie eine handelspolitische Wirkung des erhöhten Zolls am allerwenigsten ins Auge gefaßt hätten, sondern daß sie nur aus finanziellen Gründen diese bequeme und gewiß gerechte Steuer sich für die Deckung der Flottenvorlage nicht hätten entgehen lassen wollen. Wenn dabei gleichzeitig der heimischen Industrie ein erwünschter Schutz zu Theil werde, so sei das eine Nebenwirkung, die man hinnehmen könne, die aber an und für sich nicht beabsichtigt sei, ebensowenig wie man durch eine Erhöhung der Auslandssteuer irgendwie den Gedanken aufkommen lassen wolle, daß man in Konsequenz davon zu einer Steigerung der inländischen Biersteuer bereit sei.

Daß Oesterreich oder England durch eine solche rein finanzpolitische Maßregel zu zollpolitischen Gegenmaßregeln veranlaßt werden könne, sei wohl nicht denkbar, und der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamts erklärte ausdrücklich, daß Oesterreich in einer solchen Zollerhöhung am allerwenigsten eine Unfreundlichkeit erblicken könne, da man ja gerade in Oesterreich selber mit einer Erhöhung des Bierzolls — unter Anrechnung der Verbrauchsabgabe — begonnen habe, wie auch in der österreichischen Presse anerkannt werde. Nicht Deutschland könne hierbei als der angreifende Theil betrachtet werden, wenn man überhaupt von solchen handelspolitischen Gesichtspunkten aus die Frage ansehen wolle, sondern Oesterreich habe mit einer Erhöhung des Bierzolls begonnen. Jedenfalls, so wurde von anderer Seite ausgeführt, könne eine jetzige Erhöhung des Zolls unsere Position für die zukünftigen Handelsverträge nicht verschlechtern, sondern im Gegentheil sei es viel eher möglich, nachher auf Grund bestehender hoher Zölle Konzessionen zu machen und sich davon etwas abhandeln zu lassen, als bei niedrigen Zollsätzen die Zustimmung zu einer Erhöhung zu erlangen. Es wurde auch darauf aufmerksam gemacht, daß bisher von keiner Seite irgend eine Petition gegen diese geplante Erhöhung eingegangen sei, daß auch die Gastwirthe, die ja wahrscheinlich am meisten einen erhöhten Zollsatz empfinden würden, aber auch in Anbetracht des bei ihnen solche Biere genießenden besseren Publikums wohl im Stande seien, die Last abzuwälzen, bisher noch keinerlei Widerspruch erhoben hätten. Wenn man aus handelspolitischen Bedenken stets die Furcht vorwalten lassen wolle, daß andere Staaten unsere Zollerhöhungen mit ähnlichen Maßregeln beantworten könnten, so gäbe man sich damit vollständig in die Hände des Auslandes und könne nie daran denken, berechtigte Zoll-

erhöhungen irgend welcher Art einzuführen, da sie natürlich stets irgend welche fremden Interessen verletzten müßten. — Der Antrag wurde deswegen in erster Lesung mit 13 gegen 9 Stimmen, in zweiter Lesung mit erheblicher Majorität von der Kommission angenommen.

4. Erhöhung des Zolls auf Schwefeläther.

In der Kommission wurde zu dem oben besprochenen Abänderungsvorschlage für das Zolltarifgesetz noch der weitere Antrag eingebracht, in Nr. 5a 1 des Zolltarifs die Worte „mit Ausnahme des Schwefeläthers" zu streichen und in derselben Weise in Nr. 5a 2 das Wort „Schwefeläther" fortzulassen. Der Antrag wurde dadurch begründet, daß es sich hierbei zwar nicht um die Besteuerung eines Genußmittels der wohlhabenderen Kreise, sondern im eigentlichsten Sinne um einen Verbrauchsartikel der allerärmsten Bevölkerungsschichten handle, daß aber dieser Verbrauch nur möglich geworden sei durch einen Irrthum, der bei den Ausführungsbestimmungen zum Branntweinsteuergesetz vorgewaltet habe.

Man sei bei Erlaß derselben von der Ansicht ausgegangen, daß der Schwefeläther nur zu gewerblichen Zwecken Verwendung fände, und habe ihm deswegen die Steuerfreiheit des zur Herstellung verwendeten Branntweins und in Folge dessen auch den niedrigen Zollsatz von 20 ℳ zugestanden, während alle zum Genuß bestimmten alkoholischen Getränke mit 125 ℳ resp. 180 ℳ belastet wären. Es habe sich aber in letzter Zeit immer mehr herausgestellt, daß trotz seiner Gesundheitsschädlichkeit der aus steuerfreiem Branntwein hergestellte Schwefeläther in nicht unbeträchtlichen Mengen namentlich im Osten Deutschlands, neuerdings auch von den polnischen Arbeitern des Westens verbraucht werde. Um diesem Unfug zu begegnen, werde man die Ausführungsbestimmungen des Branntweinsteuergesetzes ändern und dazu auch den Zollsatz für eingeführten Schwefeläther auf 125 ℳ erhöhen müssen. — Die Vertreter des Reichsschatzamts stimmten dieser Begründung des Antrages vollauf zu und gaben zur weiteren Klarlegung des Verhältnisses die folgende Erklärung ab:

„Nach den derzeit geltenden Ausführungsbestimmungen zu den Branntweinsteuergesetzen wird Branntwein nach vorgängiger Denaturirung zur Herstellung von Schwefeläther steuerfrei abgelassen. Eine Kontrole über die Verwendung des Schwefeläthers findet nicht statt, weil man bei Erlaß der gedachten Vorschriften wie auch bei Festsetzung des Zollsatzes von 20 ℳ von der Annahme ausging, daß Schwefeläther nur zu gewerblich-technischen Zwecken benutzt werden könne. Diese Annahme hat sich aber als nicht zutreffend erwiesen. Nach den inzwischen gemachten Wahrnehmungen wird Schwefeläther in einzelnen Landestheilen, namentlich in Ost- und Westpreußen, sodann in Posen und Oberschlesien von der männlichen wie auch von der weiblichen Bevölkerung in erheblichen Mengen genossen. Durch polnische Arbeiter ist die Unsitte auch nach Westfalen verschleppt worden. Um diesem Mißbrauch soweit möglich zu steuern, ist beabsichtigt, in den neuen voraussichtlich am 1. Oktober d. J. in Kraft tretenden Ausführungsvorschriften zu den Branntweinsteuergesetzen die steuerfreie Verwendung von Branntwein zur Herstellung von Schwefeläther an die Bedingung zu knüpfen, daß der letztere ausgeführt oder unter Kontrole zu gewerblich-technischen Zwecken verwendet werde. Zur Herstellung des zum Genuß bestimmten Schwefeläthers würde hiernach künftig nur versteuerter Branntwein verbraucht werden können; das Liter Aether würde in Folge dessen mit etwa 1,25—1,45 ℳ Branntweinsteuer belastet werden. Zu wirksamer Durchführung dieser Maßnahme ist aber die Gleichstellung des Schwefeläthers mit den übrigen ebenfalls zum Genusse verwendbaren und daher mit der Branntweinsteuer belasteten Aether-Arten im Zoll, sonach die Erhöhung des Zolls von 20 auf 125 ℳ bei Eingang in Fässern und 180 ℳ in Flaschen unbedingt nothwendig, weil anderenfalls zu befürchten steht, daß im Auslande aus steuerfreiem Branntwein hergestellter Schwefeläther zum Zollsatze von 20 ℳ, oder daß der im Inlande aus steuerfreiem Branntwein zur Ausfuhr hergestellte Schwefeläther ins benachbarte Ausland ausgeführt und demnächst zum gleichen Zollsatze wieder eingebracht wird und in den Konsum übergeht. Zur Zeit ist die Einfuhr an Schwefeläther allerdings sehr gering, wie die untenfolgende Zusammenstellung ergiebt. Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß sie im Falle der Entziehung der Steuerfreiheit für den im Inlande zur Herstellung von Schwefeläther zum Genusse verwendeten Branntwein in bedenklicher Weise steigen würde.

Der vorliegende Antrag verfolgt hiernach einen doppelten Zweck. Er stellt zunächst eine sanitäre Maßnahme dar, um dem überaus gesundheitsschädlichen Konsum von Schwefeläther durch dessen Steuerbelastung und Vertheuerung nach Thunlichkeit vorzubeugen, andererseits ist derselbe eine Schutzmaßnahme zu Gunsten des Branntweinsteueraufkommens, das schätzungsweise schon jetzt um ca. 300 000 ℳ jährlich durch Verbrauch des aus steuerfreiem Branntwein hergestellten Aethers zum menschlichen Genuß geschmälert wird. Sollte wider Erwarten der sanitäre Zweck nicht oder nicht vollständig erreicht werden, so würde immerhin der finanzielle Vortheil zu Gunsten der Reichskasse verbleiben."

Zur Zeit ist die Einführung von Schwefeläther allerdings nur gering, wie die folgende Zusammenstellung ergiebt:

Uebersicht der Einfuhr von Aethern seit 1890.

Statistische Nr.		1899	1898	1897	1896	1895	1894	1893	1892	1891	1890
68a	Aether aller Art, außer Schwefeläther in Fässern	18	30	6	8	181					
68b	Desgleichen in Flaschen	22	20	35	8	7	276	313	296	901	261
68c	Schwefeläther, Celloidin und Kollodium .	55	8	15	7	6	vor 1895 statistische Nummer 68: Aether und Aetherpräparate.				

5. Schlußbestimmungen.

Obgleich in dem Gesetz, betreffend die deutsche Flotte, bereits eine Bestimmung beschlossen worden war, daß dies Gesetz gleichzeitig mit den noch in dieser Session zu erlassenden Gesetzen, betreffend die Abänderung der Stempelabgaben und des Zolltarifs, in Kraft treten solle, wurde es doch für wünschenswerth erachtet, daß hier wie in dem andern Gesetz ein bestimmter Termin für die Einführung der vorgeschlagenen Zollerhöhungen festgesetzt werde. Dabei wurde von einigen Seiten der Wunsch ausgesprochen, daß man denjenigen Importeuren, die durch die unvermutheten Zollerhöhungen getroffen werden könnten, doch die Uebergangszeit möglichst erleichtern und den Termin thunlichst hinausschieben möchte. Jedenfalls sollte man Uebergangsbestimmungen zu treffen versuchen, daß die bereits unterwegs befindlichen oder in deutschen Zoll-Niederlagen liegenden Mengen nach wie vor zu dem alten Zollsatz in das Zollinland hineingebracht werden könnten, weil man sonst die Verbraucher zwinge, vorzeitig die Branntweine hereinzunehmen und die hohen Zollbeträge zu entrichten. Von anderer Seite wurde aber für wünschenswerth erklärt, daß, wenn einmal Zollerhöhungen beschlossen wären, sie dann auch möglichst bald eingeführt würden, weil sonst erfahrungsmäßig durch übermäßig große Einfuhr kurz vor dem Termin der Zollerhöhung der finanzielle Nutzen der Maßregel illusorisch gemacht würde. Auch würden die Importeure ihren Abnehmern sofort die höheren Zollsätze auch für die noch zum niedrigen Satze eingeführten Quantitäten anrechnen und nur, wo Lieferungs-Verträge auf Grund der früheren Zollsätze vorliegen, sei eine gewisse Rücksichtnahme erwünscht. Man schlug daher vor, den 1. Juli als Einführungstermin in das Gesetz aufzunehmen, und behielt sich vor, bis zur zweiten Lesung im Plenum etwaige Ausnahmebestimmungen für diejenigen Mengen, die bereits in Niederlagen lagern oder auf dem Transport nach Deutschland sich befinden, zu formuliren. —

Redaktionell wurden die Anträge zum Zolltarifgesetz nachher etwas geändert und in der aus der anliegenden Zusammenstellung ersichtlichen Form von der Kommission angenommen.

Die Kommission beantragt daher:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. dem Gesetzentwurf in der aus der beifolgenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung die verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen;
2. der folgenden **Resolution**:

   den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zur nächsten Session dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Besteuerung der im Inlande hergestellten Schaumweine einführt und gleichzeitig einen Deklarationszwang für die mit künstlichem Zusatz von Kohlensäure hergestellten Schaumweine schafft sowie bestimmt, daß in Deutschland angefertigte Schaumweine nur unter Angabe des Herstellungsortes in den Handel gebracht werden dürfen

   seine Zustimmung zu geben, und
3. die eingegangenen **Petitionen** durch die Beschlußfassung zu dem Gesetzentwurf für erledigt zu erklären.

Berlin, den 26. Mai 1900.

Die Kommission für den Reichshaushalts-Etat.

v. Kardorff, Vorsitzender. Dr. **Paasche,** Berichterstatter. **Antrick.** Prinz **v. Arenberg.** Graf **v. Arnim. Bassermann. Bebel. Eickhoff. Frese. Gröber.** Dr. **Hasse.** Graf **v. Hompesch.** Graf **v. Klinckowstroem. Liebermann v. Sonnenberg.** Dr. **Lingens. Meister. Motty. Müller** (Fulda). Dr. **Müller** (Sagan). Graf **v. Oriola. Richter. Roeren. Singer. Speck. v. Staudy.** Dr. **Udo** Graf **zu Stolberg-Wernigerode.** Freiherr **v. Thünefeld. Will.**

I.

Zusammenstellung

des

Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Zolltarifgesetzes (Antrag Bassermann und Genossen — Nr. 716 der Drucksachen —), mit den Beschlüssen der Kommission für den Reichshaushalts-Etat.

Vorlage.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen rc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Beschlüsse der Kommission.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen rc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Artikel 1.

Der Zolltarif wird in nachstehender Weise abgeändert:

1. In der Nr. 5 kommen unter a 1. die Worte: „mit Ausnahme des Schwefeläthers", unter a 2. das Wort „Schwefeläther" in Fortfall.

Vorlage.

Im Zolltarif wird die Tarifnummer 25 folgendermaßen geändert:

b) 1. Liqueure	statt 180 M.	240 M.
2. alle übrigen Branntweine		
a) in Fässern . . .	statt 125 =	160 =
b) in Flaschen, Krügen oder anderen Umschließungen	statt 180 =	240 =
e) Wein		
2. in Flaschen eingehend		
α. Schaumweine . . .	statt 80 =	120 =

Urkundlich 2c.
Gegeben 2c.

Beschlüsse der Kommission.

2. In der Nr. 25 erhalten die Positionen a, b und e 2α folgende Fassung:

a) Bier aller Art, auch Meth .	**6 M**
b) Branntwein aller Art, auch Arrak, Rum, Franzbranntwein und versetzte Branntweine	
1. Liköre	240 =
2. alle übrigen Branntweine	
α) in Fässern	160 =
β) in Flaschen, Krügen oder anderen Umschließungen . .	240 =
e) 2α. Schaumweine	120 =
für 100 Kilogramm.	

Artikel 2.

Die obigen Zollerhöhungen treten am 1. Juli 1900 in Kraft.

Urkundlich 2c.
Gegeben 2c.

II.

Resolution.

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zur nächsten Session dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Besteuerung der im Inlande hergestellten Schaumweine einführt und gleichzeitig einen Deklarationszwang für die mit künstlichem Zusatz von Kohlensäure hergestellten Schaumweine schafft sowie bestimmt, daß in Deutschland angefertigte Schaumweine nur unter Angabe des Herstellungsortes in den Handel gebracht werden dürfen.

Nr. 870.

Berichterstatter:
Abgeordneter Dr. Paasche.

Bericht

der

Kommission für den Reichshaushalts-Etat

über

den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Abänderung des Reichsstempel-Gesetzes vom 27. April 1894 (Reichs-Gesetzblatt Seite 381) — Nr. 713 der Drucksachen —.

Durch Beschluß des Reichstags vom 2. Mai 1900 wurde der als schleuniger Antrag von einer großen Anzahl Abgeordneter dem Hause vorgelegte Gesetzentwurf der zweiten Kommission zur Vorbereitung überwiesen. Als Vertreter der verbündeten Regierungen haben an diesen Berathungen theilgenommen:

A. die Bevollmächtigten zum Bundesrath:

Tirpitz, Vice-Admiral, Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts,

Freiherr v. Thielmann, Staatssekretär des Reichsschatzamts,

Dr. Aschenborn, Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt,

Dr. Freiherr v. Richthofen, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt,

Perels, Direktor im Reichs-Marine-Amt,

Diederichsen, Direktor im Reichs-Marine-Amt,

Fischel, Direktor im Reichs-Marine-Amt,

v. Fischer, Direktor im Reichsschatzamt,

Graf v. Lerchenfeld-Koefering, Königlich bayerischer außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister,

Freiherr v. Stengel, Königlich bayerischer Staatsrath,

v. Geiger, Königlich bayerischer Ministerialrath,

Dr. Graf v. Hohenthal und Bergen, Königlich sächsischer außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister,

Dr. Rüger, Königlich sächsischer Geheimer Finanzrath,

Freiherr v. Varnbüler, Königlich württembergischer außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister,

v. Schneider, Königlich württembergischer Ministerialrath,

Dr. v. Jagemann, Großherzoglich badischer außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister,

Scherer, Großherzoglich badischer Ministerialdirektor,
Dr. v. Neidhardt, Großherzoglich hessischer außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister,
Krug v. Nidda, Großherzoglich hessischer Geheimer Staatsrath,
v. Oertzen, Großherzoglich mecklenburg-schwerinscher außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister,
Dr. Paulßen, Großherzoglich sachsen-weimarischer Geheimer Legationsrath,
Selkmann, Großherzoglich oldenburgischer Wirklicher Geheimer Rath,
Dr. v. Bonin, Herzoglich sächsischer Staatsminister,
Dr. Klügmann, außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister der Freien Hanse-Städte;

B. die nach Artikel 16 der Reichsverfassung vom Bundesrath berufenen besonderen Kommissare:
Plath, Kaiserlicher Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrath,
v. Heeringen, Kaiserlicher Fregatten-Kapitän,
Capelle, Kaiserlicher Fregatten-Kapitän,
Kalau vom Hofe, Kaiserlicher Korvetten-Kapitän,
Dähnhardt, Kaiserlicher Korvetten-Kapitän,
Koch, Kaiserlicher Geheimer Admiralitätsrath,
Kühn, Kaiserlicher Geheimer Ober-Regierungsrath,
Dr. Hoffmann, Kaiserlicher Geheimer Ober-Regierungsrath,
Rüder, Kaiserlicher Admiralitätsrath,
Dr. v. Glasenapp, Kaiserlicher Geheimer Ober-Finanzrath,
Graf v. Lehndorff, Königlich preußischer Wirklicher Geheimer Rath, Oberlandstallmeister,
Eskens, Königlich preußischer Geheimer Ober-Bergrath,
Wendelstadt, Königlich preußischer Geheimer Regierungsrath.

Die Kommission beschloß, in zwei Lesungen den Entwurf zu prüfen und schriftlichen Bericht über die Ergebnisse der Verhandlungen dem Hause zu erstatten.

Ursprünglich war der vorgelegte Antrag in der Kommission für den Reichshaushalt als besonderer Theil des Gesetzes, betreffend die deutsche Flotte, eingebracht worden; aber nachdem die Kommission es für unzulässig erachtet hatte, derartige wichtige, ganz neue und innerlich mit dem vorgelegten Gesetz nicht zusammenhängende Gesetzesvorschläge ohne eine erste Lesung im Plenum des Hauses durch die Kommission zu berathen, war nachträglich unter dem 1. Mai der oben erwähnte Antrag dem Hause zugegangen, dort am 2. Mai berathen und zur weiteren Vorberathung der Kommission zugewiesen worden. Es ergiebt sich aus dieser Entwickelungsgeschichte des Antrags, daß die Verhandlungen über die nach Ansicht der Mehrheit der Kommission vorliegende Nothwendigkeit, zur Beschaffung von Deckungsmitteln für die Flotte besondere Steuern gleichzeitig zu beschließen, bereits in den früheren Stadien der Berathung der Flottenvorlage erledigt werden mußten. Es kann deswegen in Bezug auf die allgemeine Begründung eines Theils der in diesem Gesetz vorgeschlagenen Aenderungen der Stempel-Abgaben und ihre finanzpolitische Nothwendigkeit auf den dem Hause von der Kommission vorgelegten Bericht unter Nr. 839 verwiesen werden.

I. Der Tarif.

Die Besprechung gliederte sich nach den verschiedenen Gegenständen, die in erhöhtem Maße oder neu zur Steuer herangezogen werden sollen, in folgende Unterabtheilungen:

1. Die Erhöhung des Emissionsstempels auf Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen,
2. Einführung eines Emissionsstempels auf Antheile gewerkschaftlich betriebener Bergwerke (Kuxe, Kuxscheine),
3. Umsatzstempel auf Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte,
4. Erhöhung des Stempels auf Lotterieloose,
5. Einführung eines Stempels auf Schiffsfrachturkunden,
6. Einführung eines Stempels auf Schiffsfahrkarten.

1. Erhöhung des Emissionsstempels

a) auf in- und ausländische Aktien.

(Nr. 1a und b des Tarifes.)

Von den Antragstellern wurde darauf hingewiesen, daß es ihre Absicht sei, zur Deckung der Mehrkosten der Flottenvorlage hauptsächlich diejenigen Kreise der Bevölkerung heranzuziehen, die im Stande wären, die Lasten leicht zu tragen und durch die Beschlußfassung über die vorgeschlagenen Gesetze zu verhindern, daß für später eintretenden Bedarf die ärmeren Volksklassen herangezogen würden. Eine Erhöhung des Emissionsstempels auf sogenannte Dividendenpapiere sowie auf ausländische Renten und Schuldverschreibungen treffe aber ihrer Meinung nach nicht die schwächeren Schultern des Volkes, sondern könnte ohne wirthschaftliche Schädigung sehr wohl getragen werden. Denn wenn man von inländischen Aktien statt eins vom Hundert nach dem Antrage $1^1/_2$ % als Stempel erhebe, so würde das schwerlich dahin führen, die an und für sich wünschenswerthe und dem Charakter des heutigen Geschäftslebens durchaus entsprechende Umwandlung großer Unternehmungen in Aktiengesellschaften zu hindern oder der Neugründung solcher Gesellschaften Schwierigkeiten zu bereiten. In den meisten Fällen wären die Gewinne und Spesen bei solchen Neugründungen derartig, daß ein erhöhter Stempel von $1^1/_2$ % Niemanden davon abhalten würde, solche Geschäfte zu machen. Die ausländischen Aktien hätten bereits nach dem bisherigen Gesetz von 1894 einen höheren Stempel zu tragen gehabt; auch sie entsprechend mehr zu belasten, mit 2 statt $1^1/_2$ %, würde der Gerechtigkeit entsprechen, wenn wir den inländischen Aktien eine vermehrte Steuer auflegten. Ausländische Renten und Schuldverschreibungen könnten gleichfalls einen erhöhten Stempel tragen und durch die Steigerung von 6 vom Tausend auf 8 vom Tausend würde gewiß nicht verhindert, daß trotzdem große Mengen fremder Papiere an deutschen Börsen gehandelt würden, deren Existenz an und für sich zu etwaigen Ausgleichungen der Zahlungsbilanz dringend wünschenswerth sei.

Wenn man in der vorgeschlagenen Weise die dividendentragenden Papiere des Inlandes anders behandle als diejenigen, die eine feste Verzinsung bieten, würde das vielleicht noch dazu beitragen, den Kurs unserer heimischen Staatspapiere und sonstigen soliden anderen Papiere zu befestigen und die Neigung, sein Geld in exotischen Papieren von oft genug zweifelhaftem Werthe anzulegen, auf ein bescheideneres Maß begrenzt werden.

Derselbe Gedanke, der hierbei von den Antragstellern verfolgt wurde, nur die dividendentragenden sowie die ausländischen Papiere höher als dies bis dahin der Fall

gewesen, zu belasten, dagegen die festverzinslichen Anlagewerthe des Inlandes bei dem bisherigen Steuersatz zu belassen, sollte deshalb später auch bei der Bemessung des Umsatzstempels zur Geltung kommen.

Diejenigen Mitglieder der Kommission, die sich grundsätzlich ablehnend verhielten gegen das Bestreben, zugleich mit dem Erlaß des Flottengesetzes auch eine Reihe von neuen Steuergesetzen zur Einführung zu bringen, aus denen die Mehrkosten der verstärkten Seewehr getragen werden könnten, brachten gegen alle diese Vorschläge wie überhaupt gegen den Gesetzentwurf in erster Linie vor, daß es nicht Sache des Reichstages sei, der Regierung Steuern anzutragen, sondern daß die verbündeten Regierungen selber die Initiative ergreifen müßten und die Pflicht hätten, wohlvorbereitete, mit ausführlichen Motiven und Ertragsberechnungen versehene Gesetzentwürfe vorzulegen. Man könne ohne eine solche Begründung und Berechnung der muthmaßlichen Erträge sich gar kein Bild davon machen, welche finanzielle Wirkung die vorgeschlagenen Steuererhöhungen haben würden und welches die Rückwirkungen auf die Börse und unser ganzes Erwerbsleben sein würden. Man müsse also zunächst wissen, ob die verbündeten Regierungen auch geneigt seien, den Vorschlägen, wie sie hier gemacht würden, grundsätzlich zuzustimmen, und ob sie der Meinung seien, daß die aus einer solchen Steuererhebung fließenden Beträge für die finanzielle Deckung der Flottenvorlage nothwendig seien.

Ein Vertreter des Reichsschatzamts gab die folgende Erklärung ab:

„Auf die Anfrage aus der Mitte der Kommission, ob die vorgeschlagene Erhöhung der Steuer nicht die Ausgabe neuer inländischer Werthpapiere, die Einführung ausländischer Papiere sowie den Umsatz in Effekten und damit auch den Steuerertrag ungünstig beeinflussen werde, erwiderte der Regierungsvertreter, „daß eine bestimmte Auskunft hierüber selbstverständlich nicht gegeben werden könne. Einen Anhalt für die Beurtheilung der Frage könne der Vorgang der Steuergesetzgebung des Jahres 1894 gewähren, anläßlich deren der Effektenstempel für inländische und vor dem 1. Mai 1894 ausgegebene ausländische Werthpapiere verdoppelt, für die übrigen ausländischen Papiere verdreifacht und der Umsatzstempel für Werthpapiere von $^1/_{10}$ auf $^2/_{10}$ vom Tausend erhöht sei. Doch sei bei den Schlußfolgerungen aus den Einnahmeziffern vor und nach Inkrafttreten des Gesetzes vom 27. April 1894 mit großer Vorsicht zu Werke zu gehen, weil der Auf- oder Niedergang des Börsenverkehrs in erster Linie von anderen Einflüssen, insbesondere den allgemeinen wirthschaftlichen Verhältnissen abhängig sei.

Vergleiche man die durchschnittlichen Steuererträge aus der Zeit der Geltung des Gesetzes vom 29. Mai 1885 mit denjenigen aus der Geltungszeit des Gesetzes vom 27. April 1894, so ergebe sich folgendes Bild:

Durchschnittliche Jahreseinnahme während der Rechnungsjahre	Inländische Aktien und Interimsscheine nach Nr. 1a des Tarifs	Ausländische Aktien und Interimsscheine nach Nr. 1b des Tarifs	Inländische Renten- und Schuldverschreibungen, sowie Interimsscheine nach Nr. 2a des Tarifs	Ausländische Renten- und Schuldverschreibungen, sowie Interimsscheine nach Nr. 2b des Tarifs	Geschäfte nach Nr. 4 des Tarifs	Summe der Spalten 2—5
	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
1.	2.	3.	4.	5.	6	7.
1886/87 bis 1893/94 . .	1 412 913 .	387 219 .	300 563 .	2 981 801 .	10 612 237 .	5 082 496 .
1894/95 bis 1899 . . .	7 303 421 .	695 912 .	1 046 921 .	4 156 359 .	15 276 072 .	13 202 613 .

Danach sei nach Erhöhung des Effektenstempels die Einnahme daraus für inländische Papiere auf das 3- und 5fache gestiegen, für ausländische nicht ganz auf das Doppelte. Letzterer Umstand könne aber nicht befremden, wenn man die Höhe der gleichzeitig in einheimischen Werthen angelegten Kapitalien in Betracht ziehe. Die Gesammtsumme des gedachten Stempels habe im Durchschnitt das $2^1/_2$ fache der früheren Einnahme betragen; es könne somit festgestellt werden, daß eine nachtheilige Einwirkung der 1894 vorgenommenen Steigerung der Steuersätze auf den Effektenmarkt nicht wahrnehmbar gewesen sei und es sei danach die Annahme gestattet, daß auch eine weitere mäßige Erhöhung der Sätze im Großen und Ganzen ohne ungünstige Folgen bleiben werde. Diese Auffassung sei zum Theil auch aus sachverständigen Kreisen bestätigt worden.

Anders stehe es mit dem Stempel für Kauf- und Anschaffungsgeschäfte. Hierzu sei zunächst zu bemerken, daß die angeführten Durchschnittszahlen für die Zeit vor und nach 1894 (10,6 und 15,8 Millionen Mark), die sich auf Geschäfte über Werthpapiere und börsenmäßig gehandelte Waaren beziehen, nicht ohne Weiteres mit einander verglichen werden können, weil in das Rechnungsjahr 1896/97 der Erlaß des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896 falle. Dies Gesetz habe bekanntlich den Börsenterminhandel für gewisse Werthpapiere und Waaren untersagt, auch für die Betheiligten die Eintragung in das Börsenregister vorgeschrieben, und hierdurch, was sich für den Waarenhandel auch ziffermäßig nachweisen lasse, zu einer Einschränkung der stempelpflichtigen Geschäfte geführt. Es könnten daher aus der Geltungszeit des gegenwärtigen Stempelgesetzes nur die Jahre 1894/95 und 1895/96 oder allenfalls noch das Jahr 1896/97, auf welches das Börsengesetz schon zum Theil eingewirkt habe, zum Vergleich herangezogen werden. Es würde sich dann die Durchschnittseinnahme nach der Erhöhung des Stempels auf 18,1 Millionen (1894/95 und 1895/96) oder 16,5 Millionen (1894/95 bis 1896/97) gegen 10,6 Millionen Mark in der vorhergehenden Zeit stellen. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß das Gesetz von 1894 zwar einerseits den Umsatzstempel — durch veränderte Art der Berechnung — mehr als verdoppelt, andererseits aber auch zu Gunsten der Abgabepflichtigen sehr beträchtliche Erleichterungen und Befreiungen eingeführt

habe, könne angenommen werden, daß die Zahl der in den für den Börsenverkehr günstigen Jahren 1894/95 und 1895/96 versteuerten Geschäfte wohl nicht wesentlich hinter den Vorjahren zurückgeblieben sei. Später sei ein Rückgang eingetreten und wenn dieser auch muthmaßlich nur zum kleinen Theil auf die Steuergesetzgebung zurückgeführt werden könne, so sei doch die Möglichkeit, daß eine sich nicht in mäßigen Grenzen haltende Erhöhung des Umsatzstempels zu einer Verringerung der Umsätze führen könne, nicht in Abrede zu stellen."

Die Gegner des Vorschlags hielten dem entgegen, daß man aus der Statistik der Stempeleinnahmen der letzten Jahre und der starken Zunahme der Emissionen keinen Beweis für die Unschädlichkeit der Erhöhung des Stempels ableiten, auch nicht behaupten könne, daß deshalb die Einnahmen in demselben Verhältniß steigen würden, wie man den Stempel heraufsetze. Die Gründe für die schnelle Zunahme der Emissionen lägen auf ganz anderem Gebiete. Der ganz ungewöhnliche, wirthschaftliche Aufschwung und der dadurch wachsende Wohlstand gewisser Bevölkerungskreise habe die Veranlassung dazu gegeben. Man solle sich also nicht über die Verhältnisse täuschen. Ein Stillstand oder Rückgang der Gründerthätigkeit sei unvermeidlich und die Stempelerhöhung werde ihn in schlechten Zeiten noch verschärfen. Von den ausländischen Papieren würden nicht die minder empfehlenswerthen, wie die Antragsteller glaubten, sondern gerade die besseren getroffen und dem Markte Deutschlands fern gehalten, während die weniger soliden, die mit hohen Zinsversprechungen und niedrigem Kurse sich beim Publikum einschmeichelten, durch den erhöhten Stempel nicht abgeschreckt würden. Man müsse auch erwägen, daß das Ausland uns gegenüber Repressalien üben könne, während unser Interesse erfordere, daß die deutschen Konsols möglichst auf fremden Börsen eingebürgert würden.

Aus der Kommission wurde aber hervorgehoben, daß man eine solche einmalige Belastung des kapitalkräftigen Publikums, das seine Ersparnisse und sonstige Kapitalien in meist hoch verzinslichen Aktien und ausländischen Papieren anlegen wolle und sich deshalb an Gründungen und Emissionen betheilige, sehr wohl vornehmen könne. Eine nachhaltige Schädigung der Börse sei davon gewiß nicht zu befürchten. Es wurde sogar darauf verwiesen, daß die Steigerung, wie sie in dem Antrag vorgeschlagen sei, wesentlich verstärkt werden könne, denn ob man $1^1/_2$ oder 2 vom Hundert vom Nennwerthe der Aktien als Stempelabgabe einziehe, werde bei den Gründungen und Umwandelungen in keiner Weise ins Gewicht fallen. Erziele man aber auf diese Weise durch eine Erhöhung des Emissionsstempels, wie beantragt wurde, von $1^1/_2$ auf 2 % für inländische Aktien, von 2 auf $2^1/_2$ % für ausländische Aktien einen größeren Mehrertrag für die Reichskasse, so könnte man den in der Presse und in Eingaben an den Reichstag vielfach laut gewordenen Befürchtungen, daß der Umsatzstempel zu einer wesentlich verminderten Geschäftsthätigkeit, zu einem verderblichen Rückgang der Börse und zu geringeren Einnahmen führen könne, wohl Rechnung tragen und deswegen den vorgeschlagenen Satz von $^5/_{10}$ pro Mille mindestens auf $^4/_{10}$ herabsetzen.

Da auf Grund dieser Anregung die Antragsteller ihren später zu besprechenden Antrag, den Umsatzstempel auf $^5/_{10}$ pro Tausend festzusetzen, dahin änderten, daß nur $^4/_{10}$ pro Tausend erhoben werden sollten, so wurde in erster Lesung mit großer Mehrheit der Beschluß gefaßt, in der Tarifnummer 1a (inländische Aktien und Aktien-Antheilsscheine) den Steuersatz von 1 auf 2 vom Hundert, in Tarif-Nr. 1b (ausländische Aktien u. s. w.) von $1^1/_2$ auf $2^1/_2$ vom Hundert zu erhöhen. Desgleichen in der Tarifnummer 2b (ausländische Renten und Schuldverschreibungen) den Stempel von 6 vom Tausend auf 8 vom Tausend heraufzusetzen.

In **2. Lesung** wurden diese Sätze wesentlich umgestaltet.

Es lag zunächst folgender Antrag vor:

Artikel 2 nach dem Worte des ersten Absatzes „Steuersatz" wie folgt zu fassen:

zu Nr. 1a:

Inländische Aktien und Aktienantheilsscheine, sowie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere,

falls sie zu einem Kurse von nicht über 103 Prozent zur Verausgabung gelangen, von 1 vom Hundert auf 2 vom Hundert,

falls sie zu einem Kurse von über 103 bis 140 Prozent zur Verausgabung gelangen, auf 3 vom Hundert,

falls sie zu einem Kurse von über 140 bis 190 Prozent zur Verausgabung gelangen, auf 4 vom Hundert,

falls sie zu einem noch höheren Kurse als 190 Prozent zur Verausgabung gelangen, auf 5 vom Hundert.

zu Nr. 1b:

Ausländische Aktien und Aktienantheilsscheine, welche in einem europäischen Staate zur Verausgabung gelangt sind, wenn sie u. s. w.

von $1^1/_2$ vom Hundert auf $2^1/_2$ vom Hundert.

zu Nr. 1c:

Ausländische Aktien und Aktienantheilsscheine, welche in einem außereuropäischen Staate zur Verausgabung gelangt sind,

von $1^1/_2$ vom Hundert auf 3 vom Hundert.

	Steuersatz.
Nr. 2. Text wie folgt zu fassen:	
a) (Absatz 1 Text unverändert)	von 4 vom Tausend auf 1 vom Hundert.
b) falls diese Renten und Schuldverschreibungen jedoch von inländischen oder ausländischen Aktiengesellschaften, Bergwerksgenossenschaften oder industriellen Unternehmungen verausgabt werden, deren Aktien, Kuxe, Genossenschafts- oder Geschäftsantheile an den Börsen gehandelt und mit bestimmten Kursen in den zur Veröffentlichung bestimmten Kurszetteln verzeichnet werden, wenn am Tage der Veröffentlichung ihrer Verausgabung der Börsenkurs der bezeichneten Aktien, Kuxe, Genossenschafts- oder Geschäftsantheile nicht über 103 beträgt	von 4 vom Tausend auf 2 vom Hundert
nicht über 140	von 4 vom Tausend auf 3 vom Hundert
nicht über 190	von 4 vom Tausend auf 4 vom Hundert
über 190	von 4 vom Tausend auf 5 vom Hundert

c) Renten und Schuldverschreibungen ausländischer Staaten und Korporationen . . . . . von 6 vom Tausend auf 2 vom Hundert

erhöht.

In §. 3b die Worte „oder der Transportgesellschaften" zu streichen.

Der Antragsteller begründete seinen Vorschlag damit, daß er es für ungerechtfertigt erachte, die hohen Agiogewinne, die häufig bei der Emission von Aktien gemacht würden, völlig von den Steuern zu befreien. Man könne sehr wohl einen nach der Höhe des Emissionskurses abgestuften Stempel einführen und würde dann für die Reichskasse ganz wesentlich höhere Beträge erzielen können. Wenn die Aktien so gut stünden, daß der Kurs weit über Pari sei, so hätte namentlich bei Ausgabe von jungen Aktien ein erhöhter Stempelsatz gar keinen Einfluß auf die Ausgabe solcher Aktien und je höher der Kurs sei, je größer pflegten die Gewinne der Gesellschaften und ihrer Aktionäre zu sein, die bei solchen Geschäften gemacht würden; um so höher könne deswegen auch der Antheil des Reiches an diesen Agiogewinnen der Aktionäre bemessen werden. Er glaube, daß es zulässig sei, bei den ausländischen Aktien und Aktien-Antheilsscheinen zu unterscheiden zwischen europäischen und außereuropäischen Papieren. Die Kreditfähigkeit der letzteren sei in den meisten Fällen viel weniger zu übersehen, als diejenige von Aktien, die in europäischen Staaten zur Ausgabe gelangten. Man möge also durch einen höheren Stempelsatz dem Rechnung tragen, um eventuell von einer Kapitalsanlage in fremden, unsicheren Papieren die Spekulation fern zu halten. Vor Allem, meinte er, müsse man versuchen, die Obligationen industrieller Unternehmungen mit einem erhöhten Stempel zu treffen, weil dadurch grade in neuester Zeit viel Unheil angerichtet sei, indem man, nur um die Dividenden der Aktionäre nicht herabzudrücken, große Beträge von Obligationen dem kaufenden Publikum anbiete, die eigentlich trotz ihrer sogenannten hypothekarischen Vorzugsrechte kaum eine größere Sicherheit darstellten, als die Aktien der Gesellschaften selber und z. B. bei abgebauten Bergwerken ganz mißbräuchlich ausgegeben würden. Wenn die Aktien mit einem hohen Stempel belegt würden, so könnten sehr wohl auch diese oft nur scheinbar sicheren, festverzinslichen Papiere eine vermehrte Last tragen, und diese könne um so größer sein, je höher der Kurs der Aktien des ausgebenden Werkes notirt würde. Denn je höher der Kurs, um so williger und vortheilhafter würden die Obligationen im Publikum Abnehmer finden, obwohl man es gar nicht beurtheilen könne, wie weit die verpfändeten Immobilien dauernde Sicherheit böten. Eine Beschränkung des Kredits und Erschwerung der Kapitalbeschaffung für solide Werke sei mit dem erhöhten Stempel nicht gegeben. Wenn er dagegen vorschlüge, auch die Renten und Schuldverschreibungen ausländischer Staaten und Korporationen bei ihrer Einführung an die deutschen Börsen statt mit sechs vom Tausend mit zwei vom Hundert zu besteuern, so geschähe das in erster Linie, um damit den einheimischen Rentenpapieren mehr Abnehmer zuzuführen und dadurch ihren Kurs günstig zu beeinflussen.

Die Summe der Papiere, die derartig im letzten Jahre auf den Markt gebracht seien, wäre ganz außergewöhnlich groß.

Der Antragsteller betonte zum Schluß, daß, wenn seine Vorschläge durchgingen und durch ihre Genehmigung dem Reiche, wie zu erwarten stünde, große Mehreinnahmen zu Theil werden sollten, er dann nicht abgeneigt wäre, dem vielfach geäußerten Wunsch der deutschen Börsen Rechnung zu tragen und den Umsatzstempel weiter zu ermäßigen.

Gegen diese Vorschläge machte sich in der Kommission aber ein sehr lebhafter Widerspruch geltend. Zunächst gab der anwesende Vertreter aus dem Preußischen Handelsministerium folgende Erklärung ab:

„Ich erkenne gerne an, daß dem Antrage insoweit ein gesunder Gedanke zu Grunde liegt, als er den Effektenstempel für die in erster Reihe in Betracht kommenden Aktien nach ihrem wahren Werthe bemessen und damit zugleich einer übermäßigen Agiotage in etwas entgegentreten will. Es handelt sich bei dem Antrage unzweifelhaft um ein großes Steuerobjekt. Ich glaube auch annehmen zu können, daß die Börse sich bereit finden würde, diese neue Last auf sich zu nehmen, wenn sie dagegen, wie der Herr Antragsteller in Aussicht stellt, von der in erster Lesung beschlossenen Erhöhung der Umsatzsteuer befreit bliebe, deren Einführung sie mit großer Sorge entgegensieht. Aber ich kann nicht verhehlen, daß ich wegen der Durchführbarkeit des Vorschlages lebhafte Bedenken hege.

Wenngleich der Wortlaut des Antrages auf eine abweichende Auslegung hinzuführen scheint, darf ich doch wohl annehmen, daß der Herr Antragsteller eine Besteuerung der Effektenemissionen nach Maßgabe des Kurses bezweckt, zu dem sie ins Publikum gebracht werden. Der Effektenstempel muß aber seiner Natur nach schon bei Creirung der Aktien kassirt werden. Es ergiebt sich daher von vornherein das Bedenken, daß eine Abgabe, die gleich bei Schaffung der Aktien entrichtet werden sollte, von einem Vorgange abhängig gemacht wird, der später liegt, der in keinem inneren Zusammenhange mit ihr steht und in manchen Fällen überhaupt nicht eintritt.

Erfolgt die Begebung von Aktien an das Publikum im Wege der Subskription, so würde eine dem Subskriptionspreise entsprechende Stempelung der Aktien allerdings möglich sein, weil er von den Emittenten im Voraus festgesetzt wird.

Erfolgt die Emission durch Einführung an der Börse, so gestaltet sich die Sache schon schwieriger, weil die Emittenten alsdann nur den Mindestpreis zu bestimmen in der Hand haben und die Stempelung daher im Voraus nicht bewirken lassen können; es ist zu fürchten, daß es in solchen Fällen bisweilen nicht möglich sein wird, die Stempelung durch die Steuerbehörde, die dabei doch auch noch eine Kontrole zu üben hat, rechtzeitig vor dem in der Regel ganz kurzen Termine herbeizuführen, an dem die Stücke geliefert werden müssen.

Vollends schwierig gestalten sich die Verhältnisse, wenn vor der Emission ein Theil der Stücke bereits anderweit begeben ist. Wie sollen diese, deren Inhaber von der Einführung der Werthe an einer Börse überhaupt keine Kenntniß zu haben brauchen, zur Stempelung herbeigeschafft werden? Ohne Beibringung der sämmtlichen Stücke kann die Stempelsteuer aber nicht vollständig zur Hebung gelangen.

Aktien, die überhaupt nicht an die Börse gelangen und auch nicht im Wege der Subskription begeben werden, wie dies z. B. häufig bei Zuckerfabriken der Fall sein soll, die von einigen benachbarten Landwirthen gegründet sind, würden gar überhaupt nicht zur Stempelung gelangen können, weil der für die Bestimmung der Höhe des Stempels maßgebende Vorgang ja gar nicht eintritt.

Soll die Stempelpflicht in der vorerörterten Weise erst durch einen späteren Vorgang bestimmt werden, so entsteht hinsichtlich der in der Zwischenzeit bereits veräußerten Werthe die weitere Frage, ob und welche

Personen etwa für die Entrichtung des Stempels haftbar gemacht werden könnten.

Auf alle Fälle würde es auch noch einer genaueren Bestimmung darüber bedürfen, welcher Kurs für die Stempelberechnung denn eigentlich maßgebend sein soll: der Kurs, zu dem die Gründer die Aktien an ein Finanzkonsortium übertragen, der Kurs des ersten außerhalb der Börse erfolgenden Einzelverkaufs, der erste Börsenkurs oder gar verschiedene Kurse? — Bei Ausgabe junger Aktien insbesondere werden in der Regel in Frage kommen: der Kurs, zu dem sie den alten Aktionären angeboten werden, derjenige, wozu ein Konsortium sie übernimmt, und der Einführungskurs an der Börse?

Daß auch die Kontrole einer vollständigen und richtigen Stempelverwendung nach Annahme der Vorschläge äußerst schwierig sein würde, wird nach den bereits vorgetragenen Bedenken gegen deren Durchführbarkeit keiner besonderen Ausführung mehr bedürfen. Dagegen möchte ich nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Stempelung von Aktien häufig lange hinausgeschoben werden würde, namentlich in all den Fällen, wo nach §. 39 des Börsengesetzes die Einführung von Aktien an der Börse erst nach Ablauf des sogenannten Sperrjahres zulässig ist, und daß der Reichskasse dadurch zunächst ein unerwünschter Ausfall entstehen dürfte.

Der Antrag birgt aber auch gewisse wirthschaftliche Gefahren in sich. Wenn ich den Herrn Antragsteller richtig verstanden habe, so will er durch progressive Besteuerung der Aktien nach dem Aufgelde u. a. dem Gebrauche entgegenwirken, daß bestehende Aktiengesellschaften, deren Aktien hoch im Kurse stehen, bei Kapitalsvermehrungen ihre jungen Aktien mit hohem Aufgelde ausgeben. Er scheint es für besser zu halten, daß sie entsprechend mehr Aktien al pari ausgeben. Das hat aber auch seine großen Bedenken, da die Ausgabe junger Aktien zum Nominalwerthe alsdann mit der Einräumung von Bezugsrechten an die alten Aktionäre verbunden zu werden pflegt, die nur zu leicht zu unerwünschten Kurstreibereien mit einem nach Ausübung der Bezugsrechte nachfolgenden Kurssturze Anlaß geben können. Dazu kommt, daß das bei Ausgabe junger Aktien erzielte Agio dem Reservefonds zufließt, dessen Stärkung im öffentlichen Interesse nur gewünscht werden kann. Als eine eigenthümliche Wirkung des Antrages muß auch noch hervorgehoben werden, daß der erhöhte Stempel, wenn er so zur Hebung gelangt, wie ich es als die Absicht des Antragstellers ansehe, im Allgemeinen bei Ausgabe junger Aktien die Gesellschaft selbst treffen und nur bei Neu-Emissionen auf Gründer- oder Uebernahme-Konsortien entfallen würde.

Ganz abgesehen von den angeführten Schwierigkeiten und wirthschaftlichen Bedenken, scheinen die vorgeschlagenen Sätze mir aber auch übermäßig hoch bemessen zu sein. Nach einer oberflächlichen Schätzung, die mir dieser Tage vorgelegt ist, ohne daß ich sie bisher genauer hätte nachprüfen können, soll auf die im ersten Quartal dieses Jahres an hiesiger Börse eingeführten Aktien ein Agio von 69 Millionen Mark entfallen. Rechnet man darauf, was ich lediglich zur Erläuterung bemerke, ohne mich mit einem solchen Satze einverstanden erklären zu wollen, eine Abgabe von nur zwei Prozent, so ergiebt sich für das eine Quartal etwa $1^1/_3$ Million und fürs Jahr ein Betrag von rund 5 Millionen Mark. Hier wäre also, bei unveränderten Börsenverhältnissen schon bei zweiprozentiger Besteuerung eine ebenso hohe Stempeleinnahme zu erwarten, wie von der nach dem Vorschlage des Herrn Antragstellers in Wegfall kommenden und von der Börse sehr viel mehr gefürchteten Erhöhung des Umsatzstempels auf Aktien um 50 Prozent.

Die von dem Herrn Antragsteller an zweiter Stelle in Vorschlag gebrachte Belastung der Emission industrieller Obligationen dürfte noch größeren Bedenken begegnen, als der bisher erörterte Vorschlag.

Zunächst kehren hier ähnliche Schwierigkeiten wegen der Kursfeststellung und der Kontrole wieder wie bei den Aktien. In Ergänzung des vorher Gesagten möchte ich in dieser Beziehung nur noch darauf hinweisen, daß die Kurse von Kuxen überhaupt nicht in Prozenten des Nennwerths zum Ausdrucke kommen. Der vorgeschlagene Maßstab für die Bemessung des Stempels versagt vollständig, wenn die Obligationen statt von Aktiengesellschaften von einzelnen Personen, Einzelfirmen oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung aufgenommen werden.

Im Uebrigen dürfte es aber auch kaum der Billigkeit entsprechen, daß diejenigen Gesellschaften, deren Aktien einen hohen Kursstand haben, und deren Schuldverschreibungen daher in der Regel vom volkswirthschaftlichen Standpunkte aus die geringsten Bedenken entgegenstehen, für die Ausgabe von Obligationen eine erhöhte, mit dem Kursstande der Aktien wachsende Abgabe zahlen sollen. Wenn der Herr Antragsteller hier vorschlägt, die Staffelung nach dem Kurse in gleicher Weise eintreten zu lassen, wie bei der Ausgabe von Aktien, so würde das die Obligationen-Ausgabe sogar noch schwerer treffen, als die Ausgabe neuer Aktien. Denn eine Gesellschaft, deren alte Aktien hoch notirt werden, kann für ihre jungen Aktien in der Regel nur einen niedrigeren Kurs erzielen, als die alten Aktien zur Zeit der Kapitalserhöhung haben. Dieser niedrigere Kurs käme aber nach dem vorliegenden Antrage nur bei Ausgabe junger Aktien zur Geltung, während der Stempel für Obligationen nach dem Kurse der alten Aktien zu bemessen wäre. Dieser hohen Abgabe würden, wie ich beiläufig bemerken möchte, im Falle der Annahme eines von demselben Antragsteller zu Tarifnummer 3b gestellten Antrages, auch die Obligationen von Kleinbahngesellschaften unterliegen, deren Entwickelung doch speziell im landwirthschaftlichen Interesse nicht entgegengetreten werden sollte.

Der Herr Antragsteller bezweckt, wie er ausdrücklich bekundet hat, durch scharfe Besteuerung industrieller Obligationen dahin zu wirken, daß die von der Börse hoch bewertheten Aktiengesellschaften, sofern sie weiterer Kapitalien bedürfen, eher junge Aktien als Obligationen ausgeben. Er hofft dadurch eine Aufbesserung des Kursstandes der inländischen Staatspapiere herbeiführen zu können. Nun entspricht aber eine angemessene Vertheilung der Kapitalsbeschaffung auf Aktien- und Obligationenausgabe sowohl dem Interesse der Aktionäre als dem des Publikums. Ich glaube auch, daß der Herr Antragsteller den Einfluß der Ausgabe industrieller Obligationen auf den Kurs erstklassiger Anlagepapiere überschätzt. Beträgt doch der Werth aller an der Berliner Börse eingeführten inländischen industriellen Obligationen nach einer allerdings nur flüchtig aufgemachten Zusammenrechnung zur Zeit noch nicht eine Milliarde gegenüber etwa neun Milliarden Pfandbriefen und den verschiedenen weiteren Milliarden an Reichs-, Staats- und Kommunal-Anleihen. Der niedrige Kursstand unserer besten Anlagewerthe kann meines Erachtens nur als ein Symptom des bei uns nun schon so lange herrschenden, ganz außerordentlichen Geldbedarfs angesehen werden. Dieser Geldbedarf wird sich aber dadurch nicht aus der Welt schaffen lassen, daß man die den Geldmarkt zur Zeit in erster Reihe

in Anspruch nehmende Industrie dabei von dem einen Wege der Geldbeschaffung auf einen anderen verweist.

So sind es denn, wie mir scheint, eine ganze Reihe technischer Schwierigkeiten und wirthschaftlicher Bedenken, die dem Antrage entgegenstehen; ich wiederhole aber, daß gegen den Grundgedanken einer Heranziehung des bei der Ausgabe von Aktien zu erzielenden Agios ein grundsätzlicher Widerspruch meines Erachtens kaum zu erheben sein dürfte, wenn es gelingt, dafür eine durchführbare Form zu finden, wenn die Stempelsätze mäßig bemessen werden und die Erhöhung des Umsatzstempels auf Aktien unterbleibt."

Diesen Aeußerungen schloß sich der Vertreter aus dem Reichsbankdirektorium mit folgenden Erklärungen an:

„Die Besteuerung des Aufgeldes bei Emission inländischer Aktien nach dem Antrage zu Nr. 1a würde meines Erachtens dann — aber auch nur dann — ausführbar sein, wenn, dem Wortlaute des Antrages und der gegebenen Interpretation entsprechend, unter Ausgabekurs derjenige Betrag verstanden wird, zu welchem die Aktien im Sinne der einschlägigen Bestimmungen des Handels-Gesetzbuchs — insbesondere der §§. 195, 199, 262, 284 — „ausgegeben werden". Dieser Betrag ist jedoch keineswegs mit dem Kurse identisch, zu welchem die Aktien an die Börse gelangen, er stellt vielmehr den Kurs dar, zu welchem bei neuen (Simultan-) Gründungen die Gründer und bei Verstärkungen des Aktienkapitals die alten Aktionäre oder die Uebernahmekonsortien die Aktien übernehmen. Selbst unter dieser Voraussetzung würde die — dem Begriffe des Urkundenstempels widerstreitende — Besteuerung des Aufgeldes vielfache und große Schwierigkeiten, insbesondere hinsichtlich der Kontrolle bieten; ihre Ausführbarkeit ist indessen nicht in Abrede zu stellen.

Freilich wäre der Antrag alsdann für neu gegründete Aktiengesellschaften so gut wie bedeutungslos, da die Aktien von den Gründern regelmäßig zum Parikurse übernommen werden. Seine Bedeutung würde sich hiernach auf die Ausgabe sogenannter „junger" Aktien beschränken.

Die materiellen Bedenken, welche dem Antrage — auch in dieser Beschränkung — entgegenstehen, beruhen, wie bereits der Herr Kommissar aus dem Handelsministerium ausführte, wesentlich auf der Vorschrift des §. 262 des Handels-Gesetzbuchs, nach welcher das bei Ausgabe junger Aktien erzielte Aufgeld dem Reservefonds zufließt. Die Vorschrift verfolgt den wohlerwogenen Zweck, die Solidität der Gesellschaften möglichst zu erhalten und zu stärken. Die Besteuerung des Aufgeldes würde demgegenüber dazu anreizen, bei Ausgabe junger Aktien auf die Erhebung eines Aufgeldes thunlichst zu verzichten. Ein solcher, die Verstärkung des Reservefonds hindernder Verzicht, läge zwar im Interesse der alten Aktionäre, denen das Recht auf den Bezug der neuen Aktien zu dem vortheilhafteren Kurse zusteht, nicht aber im Interesse der Aktiengesellschaft als solcher. Er würde überdies die alten Aktien zum Gegenstande einer an sich sehr unerwünschten Agiotage machen. Denn je höher sich der Werth des Bezugsrechts stellt, desto mehr würde, wie vielfache Vorgänge beweisen, der Kurs der alten Aktien bis zum Tage der Ausübung des Bezugsrechts in die Höhe getrieben werden, um nach diesem Tage um so stärker zu sinken.

Abgesehen hiervon kommt in Betracht, daß die Besteuerung des Aufgeldes, die sich auf inländische Aktien beschränken muß, in dem Antrage auch nur für inländische Aktien vorgesehen ist, zu einer Begünstigung der ausländischen Aktien gegenüber den inländischen führt, die nicht gerechtfertigt erscheint und mit den Grundsätzen der Reichsstempelgesetzgebung in Widerspruch steht.

Die weiterhin zu Nr. 1b und c beantragte Differenzirung der ausländischen Aktien, je nachdem sie in einem europäischen oder außereuropäischen Staate zur Ausgabe gelangen, dürfte sich kaum rechtfertigen. Sie beruht anscheinend auf der Voraussetzung, daß die außereuropäischen Staaten hinsichtlich der Rechtssicherheit und der wirthschaftlichen Verhältnisse hinter den europäischen Staaten zurückstehen. Die Voraussetzung trifft jedoch in dieser Allgemeinheit nicht zu, wie beispielsweise ein Vergleich einzelner europäischer Staaten mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika ergiebt.

Anlangend den zweiten Theil des Antrages, betreffend die Besteuerung der von Aktiengesellschaften 2c. ausgegebenen Obligationen, so darf vorweg bemerkt werden, daß die Feststellung der gemäß Nr. 2b zu erhebenden Steuersätze und die Kontrolle der Stempelverwendung den allergrößten Schwierigkeiten begegnen würde. Indessen ganz abgesehen hiervon, scheint mir der Grundgedanke, den Effektenstempel für Obligationen nach dem Kursstande der Aktien zu staffeln, verfehlt zu sein. Der Kursstand der Aktien bildet einen im Ganzen und Großen zutreffenden Gradmesser für die Bonität des Unternehmens. Der Vorschlag würde hiernach darauf hinauslaufen, die sicheren Obligationen gut situirter Gesellschaften höher zu besteuern als die unsicheren Obligationen unsolider und nothleidender Gesellschaften und demgemäß die Unterbringung der letzteren zu fördern, obwohl gerade sie sich am wenigsten zu Kapitalsanlagen eignen. Daneben bringt der Vorschlag eine, dem bestehenden Zustande widersprechende Bevorzugung der Renten- und Schuldverschreibungen ausländischer Staaten und Korporationen vor den Schuldverschreibungen inländischer Aktiengesellschaften 2c. mit sich. Die Obligationen einer vorzugsweise guten inländischen Aktiengesellschaft würden unter Umständen mit fünf vom Hundert zu stempeln sein, während die Schuldverschreibungen eines exotischen Staates einen Stempel von nur zwei vom Hundert zu tragen hätten. Eine derartige Regelung scheint mir den schwersten Bedenken zu unterliegen.

Für ganz besonders bedenklich erachte ich aber die zu Nr. 3b beantragte Unterstellung der von inländischen Transportgesellschaften ausgegebenen Obligationen unter den Stempelsatz der Nr. 2. Gerade diese Obligationen genießen mit Rücksicht auf die Gemeinnützlichkeit der Transportunternehmungen zur Zeit den ermäßigten Stempelsatz von zwei vom Tausend. Ihre Belastung mit einem so hohen Stempelsatze, wie ihn der Antrag vorsieht, würde der Emission solcher Obligationen und damit der Entwickelung der Transportgesellschaften schwere Hindernisse bereiten und insbesondere die im Interesse der Landbevölkerung sehr erwünschte Ausbreitung des Kleinbahnnetzes hemmen.

Nach alledem kann ich nur empfehlen, den Antrag abzulehnen."

Auch aus der Mitte der Kommission war der Widerspruch sehr lebhaft. Eines der Mitglieder bemerkte in der Kritik des oben erwähnten Antrages, daß er an und für sich es für unrecht erachte, die Börsen und die Börsengeschäfte ganz besonders zur Deckung der Kosten der Flottenvorlage und womöglich allein heranzuziehen, weil er die Flotte für eine nationale Nothwendigkeit halte, deren Kosten die ganze Nation zu tragen habe. Er könne aber namentlich den Vorschlägen, das Agio der Aktiengesellschaften einer besonderen Besteuerung zu unterwerfen, nicht zustimmen, weil er sie für absolut undurchführbar erachte, so sympathisch er auch sonst dem Gedanken gegenüberstehe, die Emissions-

gewinne besonders zu belasten. Der Stempel müsse sofort gezahlt werden, lange ehe die Aktien an den Markt kämen. Eine derartige Stempelung könne bei Neugründungen darum immer nur nach dem Nominal-Werthe erfolgen, da der eigentliche Emissionskurs ja in den meisten Fällen erst sehr viel später festgestellt werde, wenn nach Jahr und Tag die Aktien an die Börse gebracht würden. Auch dabei sei die Feststellung des zu versteuernden Kurses, wie die Herren Regierungsvertreter bereits bemerkt hätten, überaus schwierig, und man solle sich überhaupt hüten, durch eine allzu hohe Besteuerung der Aktien der berechtigten Entwickelung der gesellschaftlichen Organisation der Industrie und des Handels übermäßige Schwierigkeiten zu bereiten. Die Besteuerung der Obligationen industrieller Unternehmungen halte er erst recht für verfehlt, da es doch ein ganz berechtigtes Vorgehen sei, statt neue Aktien auszugeben, auf Grundlage der vorhandenen dauernden Werthe Obligationen auszugeben und damit eine überaus sichere Geldbeschaffung vorzunehmen, die auch im Interesse des Publikums sei, das ohne an den Schwankungen der Dividenden betheiligt zu sein, doch in den höheren Zinsen dieser industriellen Prioritäten einen Antheil an den Erträgnissen großer gewerblicher Unternehmungen haben könne. Wollte man diese Art der Geldbeschaffung mit einem besonderen Stempel erschweren, so läge gar kein Grund vor, warum man nicht ebenso die Hypotheken-Schulden der großen Grundbesitzer oder privater Unternehmungen einer Extrasteuer unterwerfen sollte. Die Renten ausländischer Staaten, so wie vorgeschlagen, mit 2 % zu belasten, komme einer Prohibition gleich und sei überaus gefährlich, weil der Geldmarkt derartiger, oft genug sehr solider und einträglicher Papiere zur Ausgleichung einer Zahlungsbilanz absolut nicht entbehren könne. Er bäte deswegen den ganzen Antrag als undurchführbar oder für die Interessen unseres Geldmarktes gefährlich und schädlich abzulehnen.

Dieser Anschauung wurde von einigen Mitgliedern lebhaft zugestimmt. Es sei durchaus nicht berechtigt, die Aktiengesellschaften und ihre Emissionen beschränken zu wollen; die Erträge, die sie aus dem Agiogewinn machten, flössen dem Reservefonds der Gesellschaft zu, erhöhten deren Solidität und Vertrauenswürdigkeit und wären an und für sich im Interesse solider Geschäftsführung ganz gewiß erwünscht. Wollte man die fremden Staatspapiere durch einen hohen Stempel von den deutschen Börsen fernhalten, so würde man die Zahlungsfähigkeit unserer Börsen derart schwächen, daß damit auch zugleich der politische Einfluß des deutschen Volkes vermindert werde. Wolle man aber den Stempel für Aktien dem Kurse entsprechend bemessen, so würde die nothwendige Folge doch auch die sein, daß man dann alle diejenigen Aktien, die nicht voll einbezahlt würden, beispielsweise also die Aktien der großen Versicherungsgesellschaften, mit einem entsprechend niedrigeren Stempel belege.

Von anderer Seite wurde dagegen der Antrag freundlicher beurtheilt. Zugegeben wurde dabei allseitig, daß es nicht möglich sei, die späteren aus steigenden Kursen sich ergebenden Gewinne durch eine Emissions-Stempelabgabe zu treffen, weil die Stempelung der Aktie naturgemäß immer mit ihrer Verausgabung erfolgen müsse. Aber die Fälle kämen auch vor, daß selbst bei Neugründungen, wie dies im Handelsgesetzbuch im §. 199 ja auch vorgesehen ist, höhere Kurse, als der Nominalbetrag andeute, den ersten Zeichnern angerechnet würden, und vor allen Dingen kämen bei Kapitalserhöhungen vielfach sehr beträchtliche Aufschläge in Frage. Diese höheren Kurse, zu denen die jungen Aktien zur Verausgabung gelangten, könne man sehr wohl zum Gegenstand einer besonderen Besteuerung machen; denn es handle sich hier um ein festes Kapital, was nach Beschluß der Generalversammlung den Mitteln der Gesellschaft zugeführt werde und namentlich zu einer starken Steigerung des Reservefonds beitrage.

Der Zweck des Stempelgesetzes sei doch, das sich im Verkehr zeigende Kapital seinem vollen Betrage entsprechend zur Steuer heranzuziehen. Betrüge die beschlossene Einzahlung also thatsächlich 150 statt 100, so sei auch die Berechnung des Stempels nach der faktischen Einzahlung berechtigt.

Zwar wurde dagegen eingewendet, daß, wenn ein erhöhter Stempel auf diese Mehrwerthe gelegt würde, dann die Gesellschaften nicht mehr zu höheren Kursen ihre jungen Aktien begeben würden, sondern sie zum Nennwerthe den Aktionären zur Verfügung stellen würden. Die gefährliche Folge eines solchen Vorgehens, das man, wenn auch nicht von allen großen und soliden Gesellschaften, so doch von einer Reihe kleinerer Unternehmungen sehr wohl befürchten müsse, — und später wurde ein charakteristisches Beispiel dafür angeführt — würde dann sein, daß die wenigen mit der Verwaltung in Verbindung stehenden und deswegen in die Pläne derselben eingeweihten Aktionäre den muthmaßlichen Gewinn, den sie an den billig zur Verfügung gestellten jungen Aktien haben würden, zu einer ungemessenen Kurstreiberei benutzen könnten. Dadurch würden ganz außergewöhnliche Kursschwankungen nothwendig bedingt werden, weil selbstverständlich das Geschenk der billigen jungen Aktien den Werth der alten vorübergehend stark steigere. Nachher wäre der Rückschlag allerdings unvermeidlich, indem die jungen Aktien dann dividendeberechtigt würden und den Gewinn der alten schmälerten. Darum sollte man von solchen Experimenten absehen, die neben diesen schädlichen Folgen einer Begünstigung des Börsenspiels auch noch sonstige große Bedenken in Bezug auf ihre Durchführbarkeit hätten.

Es wurde jedoch nochmals festgestellt, daß der Gedanke, die späteren Agiogewinne der Aktionäre durch einen Emissionsstempel zu treffen, zwar absolut undurchführbar sei, aber von dem Antragsteller auch garnicht beabsichtigt wäre. Wenn aber Aktiengesellschaften ihre ersten Aktien oder bei Ausgabe von jungen Aktien die letzteren zu erhöhtem Kurse den Aktionären anbieten und demgemäß nicht blos den Nominalbetrag des Aktienkapitals, sondern den um den Aufschlag vermehrten Betrag ihrem Kapitalbestande zuführten, so habe der Staat sehr wohl ein Recht, den wirklich eingezahlten Kapitalbetrag der Steuer zu unterwerfen und nicht blos den Nennwerth der Aktien. Thatsächlich komme es ja nur auf eine andere Form der Kapitalbeschaffung hinaus. Wenn also beispielsweise eine große Bank, um ihr Grundkapital zu erhöhen, 20 Millionen Mark neuer Aktien ausgebe und sie ihren Aktionären zum Kurse von 150 zur Verfügung stelle, so steigere sie ihr Kapital in Wahrheit nicht um 20 Millionen, sondern um 30 Millionen Mark. Man könne annehmen, daß das letztere auch ihre Absicht sei. Würde also nach den Befürchtungen der Gegner die Bank dann zu dem Beschluß kommen, um den geringen Mehrstempel zu sparen, lieber ihre jungen Aktien zum Nennwerthe auszugeben, so müßte sie entsprechend statt 20 Millionen 30 Millionen Mark neuer Aktien auf den Markt bringen. Die Folge davon würde sein, daß die Dividenden der Aktien verhältnißmäßig vermindert werden müßten, während in diesem dem Reservefonds zuwachsenden Agiogewinn die großen Banken und industriellen Unternehmungen über ein sehr beträchtliches Freikapital zu verfügen hätten, das ihnen zinslos zur wirthschaftlichen Benutzung übertragen würde, die Dividenden nicht schmälere, sondern gerade weil es zinslos arbeite, die Erträge des Aktienkapitals

nicht unbeträchtlich zu steigern im Stande sei. Diese Vortheile würde man sich ganz gewiß nicht entgehen lassen, nur um einen minimalen Stempelbetrag zu ersparen.

Auf Grund aller der Einwendungen, die gegen den oben erwähnten Antrag gemacht wurden, zog später der Antragsteller die meisten seiner Forderungen zurück und änderte seinen Vorschlag dahin, daß er anregte, in der Tarifnummer 1a in der Rubrik „Berechnung der Stempelabgabe" hinter die Worte „vom Nennwerthe" einzuschalten die Worte

„zuzüglich des Betrages, um welchen die inländischen Aktien höher als der Nennwerth ausgegeben werden".

Damit fällt die in dem ersten Antrag aufgestellte Skala weg und der Stempel wird zu einer prozentualen Abgabe von dem wirklich angelegten Kapital. Gegen den so veränderten Antrag hatte auch der Vertreter aus dem preußischen Handelsministerium keine weiteren Einwendungen zu machen, er gab vielmehr die Erklärung ab, daß

die Berücksichtigung des der Ausgabe von Aktien zu Grunde liegenden Kurses sowohl bei den Aktien neu errichteter Gesellschaften als bei der Ausgabe junger Aktien alter Gesellschaften ausführbar sein dürfte, wenn, wie das nach dem jetzigen Antrage und den dazu abgegebenen Erklärungen außer Zweifel stehe, der Stempelberechnung immer nur der Kurs der ersten Ausgabe der Aktien durch die Gesellschaft zu Grunde gelegt werde. Bei Neubegründungen werde dieser Kurs den Nominalbetrag allerdings kaum je übersteigen.

Es entspann sich aber in der Kommission darüber noch ein lebhafter Streit, ob man im Stande sein würde, eine derartige Besteuerung praktisch durchzuführen. Ein Kommissionsmitglied meinte ausdrücklich, daß auf Grund der Bestimmung des Handelsgesetzbuches, wonach die neuen Aktien jedesmal den alten Aktionären angeboten werden müßten, es unmöglich sei, den Emissionskurs der neuen Aktien zu treffen. Denn es sei bekannt, daß nicht alle Aktionäre von ihrem Bezugsrechte, wenn es auch noch so vortheilhaft wäre, Gebrauch machen könnten oder wollten, so daß dann ein mehr oder weniger großer Bruchtheil der Aktien zur Zeichnung aufgelegt werden müßte, wobei schließlich auch noch die Möglichkeit bestehen bliebe, daß dann selbst zu ermäßigtem Kurse nicht der gesammte Betrag vom kaufenden Publikum übernommen würde, sondern vielleicht erst in späteren Zeiten allmählich zu einem veränderten Kurse abgesetzt werden könnte. Die Stempelung der Aktien müsse aber sofort erfolgen, während man doch nach dem angeführten Beispiel nicht in der Lage sei, sofort den Kurswerth der Papiere und demgemäß den zu entrichtenden Stempel festzustellen.

Diese Befürchtungen wurden in der Kommission nicht getheilt, vielmehr darauf hingewiesen, daß eine sofortige Abstempelung der Aktien im Gesetz keineswegs verlangt sei, sondern die Stempelpflichtigkeit erst eintrete bei der Verausgabung der Aktien. Das sei aber der Augenblick, in dem die Aktien thatsächlich Abnehmer finden, und der Kurs, zu dem Letzteres erfolgt, wäre aus den Büchern der betreffenden Gesellschaften verhältnißmäßig leicht festzustellen. Zuzugeben sei, daß im einzelnen Falle dann ein dreifach verschiedener Stempel für dieselbe Emission herauskommen könne, wenn nur ein Theil der neuen Aktien von den bisherigen Gesellschaftern übernommen würde, ein Theil zur öffentlichen Zeichnung käme und dann noch ein Restbestand sich ergeben sollte. Diese Schwierigkeiten seien aber nicht so groß, daß man darum auf den an und für sich richtigen Gedanken verzichten müsse, die wirkliche Kapitalanlage und nicht den Nennwerth des Kapitals stempelpflichtig zu machen. Aeußerlich würde auf den Aktien der verschiedene Stempel gar nicht sichtbar werden, denn der Stempel enthalte nur den Prozentsatz, nicht die gezahlte Summe.

Eine Berücksichtigung des Ausgabekurses kann allerdings bei ausländischen Aktien nicht durchgeführt werden, deshalb mußte auch in dem Antrage ausdrücklich von „inländischen" Aktien gesprochen werden, während die ausländischen nur nach dem Nennwerth besteuert werden können.

Besonders nachtheilige Folgen für den Kapitalmarkt des Landes befürchtete man aber daraus nicht.

Nach der Zurückziehung des Antrags, eine Unterscheidung zwischen europäischen und außereuropäischen Aktien zu machen, wurde der Stempelsatz für alle ausländischen Aktien gleichmäßig auf $2^1/_2$ % festgesetzt und von der Kommission mit großer Mehrheit der Emissionsstempel für in- und ausländische Aktien (Tarifnummer 1a und b) in der aus der Anlage ersichtlichen Form angenommen und dem entsprechend in der Spalte „Berechnung der Stempelabgabe" die Abstufung auf 2 und $2^1/_2$ Mark festgesetzt.

Von einem Mitgliede der Kommission wurde zu diesem Titel noch der Antrag gestellt, hinter dem Worte „Aktienantheilsscheine" einzuschalten „Reichsbankantheile". Die Reichsbank müsse bekanntlich in kürzester Frist neue Antheilsscheine ausgeben und zwar werde der Kurs entsprechend den hohen Gewinnen der Bank verhältnißmäßig hoch sein. Es liege kein Grund vor, von Seiten des Reiches auf diese Einnahme zu verzichten, denn bisher seien die Reichsbankantheile, weil sie keine Aktien seien, stempelfrei gewesen.

Der Vertreter aus dem Reichsbankdirektorium gab zu, daß die Reichsbankantheilscheine bis dahin keinen Emissionsstempel zu tragen hatten, weil sie nicht den Charakter von Aktien tragen. Beim Umsatz sei bereits gewohnheitsmäßig der Stempel gezahlt worden, wolle man sie stempelpflichtig machen, so müsse allerdings der Antrag angenommen werden, da die Antheilscheine sonst nicht unter das Gesetz fallen.

Die Kommission stimmte dem zu, obwohl von einem Mitgliede darauf hingewiesen wurde, daß diese neue Last nur scheinbar von den Erwerbern der Bankantheile getragen würde, denn thatsächlich falle sie nachher wieder auf das Reich zurück. Ziehe man 2 % Stempel von dem Kurse ab, so vermindere sich umso viel der Betrag, der dem Reservefonds zufließe und da das Reich zu drei Vierteln am Gewinn betheiligt sei, so habe es von dem ihm zustehenden Gewinnantheil so viel nachher zur Auffüllung des gesetzlichen Reservefonds zuzuschießen.

Auf die Anfrage, welche Erträge die Besteuerung der Aktien nach ihrem Ausgabekurse statt nach dem Nennwerthe bringen würde, gab später der Vertreter aus dem Reichsbankdirektorium folgende Erklärung ab:

Nach einer vorliegenden Zusammenstellung ist an der Berliner Börse im ersten Quartal 1900 an sogenannten „jungen" — d. h. zur Verstärkung des Grundkapitals ausgegebenen — inländischen Aktien, insgesammt ein Nennbetrag von rund 80 Millionen Mark emittirt worden. Das bei der Emission erzielte Aufgeld bezifferte sich auf rund 43,5 Millionen Mark. Die Besteuerung dieses Aufgeldes mit zwei vom Hundert ergäbe mithin einen Ertrag von 870 000 ℳ.

Das Aufgeld ist nach dem Kurse berechnet, zu welchem die jungen Aktien den alten Aktionären zum Bezuge angeboten wurden, und — soweit ein Bezugsrecht nicht bestand — nach dem Kurse, zu welchem sie an der Börse eingeführt worden sind. Da der Einführungskurs den für die Agiobesteuerung maßgebenden Ausgabekurs übersteigt, würde das Steueraufkommen

freilich hinter dem Betrage von 870 000 ℳ thatsächlich zurückgeblieben sein. Auch ist zu berücksichtigen, daß gerade im ersten Quartal 1900 mehrere besonders gut situirte Aktiengesellschaften junge Aktien ausgegeben haben, die demgemäß ein ausnahmsweise hohes Agio erzielten.

Auf der andern Seite kommt jedoch in Betracht, daß die Zusammenstellung nur die an der Berliner Börse notirten Aktiengesellschaften umfaßt, deren Zahl sich zur Zeit auf 847 beläuft, während die Gesammtziffer der inländischen Aktiengesellschaften über 5000 hinausgeht.

Nach alledem wird das von der Besteuerung des Aufgeldes zu erwartende jährliche Erträgniß auch bei vorsichtiger Veranschlagung auf mehrere, mindestens 3—4 Millionen Mark geschätzt werden können.

Im Uebrigen ist in Bezug auf die muthmaßlichen Erträge der sonstigen Steuervorschläge auf die weiter unten mitgetheilte Schätzung zu verweisen, die der Kommission vom Reichsschatzamte unterbreitet wurde.

Entsprechend der Erhöhung des Stempels auf Aktien wurde schließlich auch der Stempel von den Genußscheinen von der Kommission in die Höhe gesetzt. Die in der Anmerkung zu Tarif-Nr. 1 und 2 bisher aufgeführten Steuersätze für Genußscheine sollten nach dem Antrag in folgender Weise erhöht werden:

a) solche, welche als Ersatz an Stelle erloschener Aktien ausgegeben werden . . . . . 50 ₰

b) alle übrigen und zwar
1. inländische . . 15 ℳ } von jeder einzelnen
2. ausländische . . 20 „ } Urkunde.

Bei der Begründung wies der Antragsteller darauf hin, daß die Sätze, wie sie im Tarif des Gesetzes von 1894 festgestellt worden seien, sehr niedrige seien und recht oft nicht dem wahren Werth der Genußscheine entsprechen. Nach den Berechnungen, die bereits bei Berathung des Gesetzes von 1894 angestellt seien, wäre der durchschnittliche Werth eines solchen Genußscheins, sofern er nicht als Ersatz amortisirter Aktien ausgegeben werde, sehr viel höher, als dem geforderten Steuersatz entsprechen würde. Wenn man nun den Stempel für alle Aktien, so wie bisher beschlossen, wesentlich erhöht habe, so sei es durchaus berechtigt, auch diese Genußscheine ihrem wirklichen mittleren Werth entsprechend auf die vorgeschlagenen Sätze von 15—20 ℳ zu erhöhen, dagegen für die Ziffer a den bisherigen Steuersatz von 50 ₰ als Fixstempel beizubehalten.

Von anderer Seite wurde die Frage angeregt, worauf sich denn diese Schätzungen der Antragsteller gründeten und ob überhaupt aus einer solchen ganz ungewöhnlichen Steigerung auf das 4—5 fache ein wesentlicher finanzieller Ertrag zu erwarten sei.

Regierungsseitig wurde angegeben, daß die jährlich sich aus den Genußscheinen ergebende Stempelsteuer für die Rechnungsjahre 1896/97, 1897/98 und 1898 auf etwa 85 000 ℳ sich belaufe. In den folgenden Jahren sei der Ertrag zurückgegangen. Ob in Zukunft größere Einnahmen daraus zu erwarten seien oder ob nicht der vorgeschlagene hohe Stempelsatz von der weiteren Ausgabe von Genußscheinen abhalten werde, sei mit Sicherheit nicht im Voraus zu bestimmen. Jedenfalls könne die finanzielle Wirkung nur eine sehr geringe sein.

Die Antragsteller meinten jedoch, daß, wenn die Folge sein sollte, daß an Stelle der Genußscheine mehr Aktien ausgegeben würden, ihnen diese Wirkung ganz sympathisch sei, denn es würde mit den Genußscheinen viel Unfug getrieben, namentlich bei den Bergwerksunternehmungen. Berechtigt seien wohl nur diejenigen Genußscheine, die als Ersatz an Stelle amortisirter Aktien ausgegeben würden, und deren Stempelsatz sollte ja auch nach dem Antrag auf der bisherigen Höhe verbleiben. Der Antrag wurde darauf, so wie er vorgeschlagen war, in erster wie in zweiter Lesung unverändert angenommen.

b) auf Renten- und Schuldverschreibungen.

(Nr. 2a und b und Nr. 3a und b des Tarifes.)

Zu Tarif-Nr. 2b wurde in erster Lesung der Antrag gestellt, den Emissionsstempel für ausländische Renten und Schuldverschreibungen von 6 vom Tausend auf 8 vom Tausend zu erhöhen. Die Begründung dieses Antrages begnügte sich damit, auf die finanzielle Wirkung einer solchen Erhöhung hinzuweisen, und die Mehrheit der Kommission schloß sich dem Vorschlage an.

Erst in zweiter Lesung wurde eine Reihe von Bedenken gegen die bisher gefaßten Beschlüsse laut, und wurde namentlich darauf hingewiesen, daß eine Belastung der ausländischen Staatspapiere von nachtheiligsten Folgen für unsere ganze Zahlungsbilanz sein könne. Erfahrungsgemäß würden gerade diese ausländischen Staatspapiere ebenso wie eine Reihe von ausländischen Eisenbahn-Prioritäten in größtem Umfange dazu benutzt, um einen Zahlungsausgleich mit fremden Staaten vorzunehmen und dadurch einer Goldausfuhr aus dem eigenen Lande vorzubeugen. Eine zu weit gehende Steigerung des Stempels dieser Papiere würde die nothwendige Folge haben, daß sie dem deutschen Geldmarkte entzogen würden und unsere großen Geldinstitute nicht mehr wie bisher in der Lage wären, den Anforderungen der Zahlungsbilanz in der bequemsten und leichtesten Form gerecht zu werden. Von anderer Seite wurde unter Anerkennung der Berechtigung der eben erwähnten Bedenken dagegen darauf hingewiesen, daß man dann um so mehr die inländischen Renten- und Schuldverschreibungen von industriellen Unternehmungen einer höheren Steuer unterwerfen solle, da man sich gegenwärtig in den Kreisen der Aktien-Gesellschaften vielfach in ausgedehntestem Maße solcher Obligationen bediene, die, ohne absolute Sicherheit zu bieten, zu verhältnißmäßig gutem Zinsfuß in großen Massen an den Markt gebracht würden, um die Dividenden der Aktien nicht herabzudrücken. Die Ausgabe solcher Papiere sei in letzter Zeit ganz besonders gestiegen und ihr höherer Zinsfuß trage mit dazu bei, daß unsere eigenen Staatspapiere im Kurse gedrückt würden, deswegen sei ein erhöhter Emissionsstempel hier sehr wohl angebracht. Es wurde deswegen, nachdem der schon oben erwähnte Antrag einer Besteuerung nach dem Kurswerthe der Aktien zurückgezogen war, der Antrag gestellt, für die inländischen Obligationen den Stempel von 4 vom Tausend auf 1 vom Hundert zu erhöhen. — Auch die oben abgedruckten Anträge, Renten und Schuldverschreibungen ausländischer Staaten und Korporationen statt früher mit 6 vom Tausend in Zukunft mit 2 vom Hundert zu belasten, sowie in der Tarif-Nr. 3b die Begünstigung der „Transportgesellschaften", zu dem billigeren Stempelsatze ihre Papiere ausgeben zu können, in Wegfall kommen zu lassen, wurden später zurückgezogen, nachdem von den verschiedensten Seiten darauf hingewiesen worden war, daß man unmöglich die Obligationen von industriellen Unternehmen deswegen höher belasten könne, weil das Unternehmen selbst ein gut rentirendes sei und die Aktien zu hohem Kurse an der Börse gehandelt würden. Vor Allem wurden aber die Bedenken, die vorher schon geäußert worden waren, wegen des ungünstigen Einflusses der stärkeren Besteuerung ausländischer Staatsrenten immer mehr betont und darauf aufmerksam gemacht, daß nicht bloß die eigentlichen Staatspiere, sondern vor Allem auch vom Staate garantirte Eisenbahn-Obligationen und dergleichen an deutschen Börsen viel gehandelt und zum

Ausgleich der Zahlungsbilanz benutzt würden. Es wurde deswegen der Antrag gestellt, Renten- und Schuldverschreibungen ausländischer Staaten nicht, wie in erster Lesung beschlossen war, mit 8 vom Tausend, sondern mit dem bisherigen Steuersatz von 6 vom Tausend zu belasten und diesen Staatspapieren die vom Staate garantirten Renten- und Schuldverschreibungen privater Unternehmungen gleichzustellen.

Gegen den letzteren Vorschlag erhoben sich insofern Bedenken, als die damit verbundene Absicht, das Material von internationalen Zahlungspapieren zu vermehren, nicht voll erreicht werde, wenn man nur die vom Staate garantirten Papiere den Staatsschuldscheinen gleichstellen wolle. Solche garantirten Papiere seien fast nur russische und österreichische Eisenbahn-Obligationen, während z. B. in großen Mengen auch die italienischen Eisenbahn-Obligationen, ohne vom Staate garantirt zu sein, als sichere Papiere von den großen Geldinstituten der Berliner Börse gehalten würden, um zu Zwecken des Zahlungsausgleichs benutzt zu werden. Desgleichen würden große Quantitäten amerikanischer Eisenbahn-Obligationen, die als hoch verzinsliche aber absolut sichere Papiere sich großer Beliebtheit erfreuten, speziell an der Frankfurter Börse gehandelt. Ein Grund, sie nur wegen der mangelnden Staatsgarantie aus der Kategorie dieser wichtigen Papiere auszuscheiden oder sie anders zu behandeln, liege durchaus nicht vor. Deswegen möge man nicht nur die vom Staat garantirten, sondern die Schuldverschreibungen aller Transportgesellschaften den Staatsschuldscheinen gleichstellen.

So weit wollte jedoch die Mehrheit der Kommission nicht gehen, weil darauf hingewiesen wurde, daß unter „Transportgesellschaften" ja nicht bloß Eisenbahnen zu verstehen seien, sondern die Möglichkeit vorliege, daß mehr, als dies jetzt der Fall ist, auch Prioritäten von Dampfschiffsgesellschaften, Omnibuslinien u. s. w. dem deutschen Markte zugeführt würden. Wenn auch in solchen Unternehmungen dann vielfach deutsches Kapital investirt sei, bieten diese Papiere, namentlich von kleineren Gesellschaften an den Markt gebracht, doch nicht die Sicherheit, daß sie so wie jene anderen großen Eisenbahnpapiere als internationales Zahlungsmittel hin- und hergesandt werden könnten. Deswegen wurde der Vorschlag gemacht, statt „Transportgesellschaften" zu sagen „Eisenbahngesellschaften" und mit dieser Modifikation wurde dann der Antrag angenommen, so daß also in Zukunft die Renten und Schuldverschreibungen ausländischer Staaten und Eisenbahngesellschaften zu dem bisherigen Steuersatz von 6 vom Tausend verstempelt werden sollen.

Dagegen wurde der weitere Antrag, alle sonstigen Renten und Schuldverschreibungen ausländischer Korporationen, Aktiengesellschaften oder industriellen Unternehmungen und sonstigen für den Handelsverkehr bestimmten ausländischen Renten und Schuldverschreibungen mit 1 vom Hundert, anstatt bisher 6 vom Tausend zu belasten, von der Mehrheit der Kommission angenommen.

Der weitere, oben erwähnte Vorschlag, den Stempel auf inländische, für den Handelsverkehr bestimmte Renten und Schuldverschreibungen von Korporationen, Aktien-Gesellschaften u. s. w. mit 1 vom Hundert statt 4 vom Tausend zu belasten, wurde allseitig als zu weit gehend bekämpft und dafür ein anderer Antrag angenommen, den Stempel für diese Obligationen industrieller Unternehmungen von 4 auf 6 vom Tausend zu erhöhen, nachdem von anderer Seite darauf hingewiesen worden war, daß es ungerecht sein würde, die Pfandbriefe der Kreditinstitute und Hypothekenbanken mit dem niedrigen Stempel von zwei vom Tausend zu besteuern, während viele dieser Obligationen die Pfandbriefe der ländlichen und städtischen Kreditanstalten an Sicherheit übertreffen. Dem wurde jedoch entgegengehalten, daß für die Pfandbriefe die Hypotheken haftbar wären, für diejenigen der landschaftlichen Kredit-Institute sogar der gesammte Grundbesitz der Theilnehmer solidarisch hafte, so daß von einer Unsicherheit der Pfandbriefe garnicht geredet werden könne; sie seien vielfach mindestens als ebenso sichere Papiere anzusehen wie die auf Grund staatlicher Genehmigung ausgegebenen Renten und Schuldverschreibungen der Kommunalverbände und Kommunen, die bisher nur den halben Stempel zu tragen hätten von dem, was die Pfandbriefe seit dem Jahre 1894 trügen. Bei der damaligen Berathung des Stempelgesetzes sei der Antrag, Kommunal-Papiere und Pfandbriefe gleichzustellen, nur mit Stimmengleichheit abgelehnt worden, obgleich auch die Vertreter der verbündeten Regierungen damals dafür eingetreten wären.

Es sei deswegen, wenn man den Tarif des Stempelgesetzes einmal revidire, zweckmäßig, das damals Versäumte nachzuholen und jetzt den Stempel für beide Gattungen gleich zu setzen. Es wurde deswegen beantragt, auch die unter Tarif-Nr. 3a verzeichneten Papiere in Zukunft mit zwei vom Tausend zu besteuern. Das fand jedoch lebhaften Widerspruch, weil es sich bei den Kommunal-Anleihen doch nur um öffentliche Anlagen handle. Man habe seiner Zeit im Jahre 1894 die Obligationen der Städte, Gemeinden und kommunalen Verbände zu dem niedrigen Satze belassen, weil ja die Staatspapiere steuerfrei blieben und es eine Ungerechtigkeit sein würde, wenn man die Schuldverschreibungen von Hamburg, Bremen und Lübeck, nur weil sie selbstständige Staaten bildeten, steuerfrei ließe, dagegen die großen Anleihen der preußischen und deutschen Großstädte mit einem hohen Stempel belaste. Gerade gegenwärtig würden aber den Städten stets wachsende Aufgaben zugewiesen, das Seuchengesetz zwinge die meisten der Kommunen, große Anleihen aufzunehmen, um Schlachthäuser einzurichten und dergleichen mehr. Die Städte hätten zum Theil nachzuholen, was sie in früheren Perioden in der Fürsorge für die öffentliche Gesundheitspflege, für Kanalisation, für Beleuchtung und Wasserleitung, für gute Schulen und Wegeanlagen versäumt hätten. Sie wären deswegen jetzt in erhöhtem Maße, um diese Kulturaufgaben fördern zu können, darauf angewiesen, den Weg des öffentlichen Kredits zu beschreiten und wachsende Mengen von Schuldscheinen an den Markt zu bringen. Einer der Redner meinte sogar, daß alle diese kommunalen Ausgaben wichtiger seien als die ganze Flotte und daß man nicht durch eine Erhöhung des Stempels auf Kommunalpapiere den Städten wie den Kreisen und Provinzen die Erfüllung ihrer Kulturaufgaben erschweren solle, denn es handle sich dabei nicht bloß um die großen Städte, sondern ebenso auch um die wachsenden Ausgaben der kommunalen Verbände und Provinzen, die gegenwärtig nicht allein für die Verbesserung der Verkehrsmittel, z. B. zur Förderung von Kleinbahnen, sondern auch zum Bau von Irrenanstalten und Krankenhäusern u. s. w. große Aufwendungen zu machen haben.

Dem wurde jedoch entgegengehalten, daß man nicht daran denke, die Gemeinden und Provinzen in der Förderung ihrer Kulturaufgaben irgendwie hindern zu wollen. Vor Allem würde der geringe Stempel, der nur um $^1/_{10}$ % erhöht werden solle, also auf Anleihen von einer Million nur 1000 ℳ betrage, ganz gewiß keine der Gemeinden hindern, die nothwendigen Ausgaben zu machen und eventuell den Weg der Anleihe zu beschreiten. Viel gefährlicher für die Förderung der kommunalen Zwecke sei jetzt das Steigen des Zinsfußes und demgemäß das Sinken

der Kurse jener Kommunalpapiere, was bei einem Rückgange von 5—6% gegen früher unendlich viel mehr ins Gewicht fiele, als eine Belastung von 1/10%, wie sie durch den erhöhten Stempel eventuell den Kommunen zugemuthet würde. Dabei wurde auch die Ansicht vertreten, daß die Kommunalverbände in neuester Zeit vielfach in zu schnellem Tempo ihre Anleihen vermehrten und nicht selten auch zu überflüssigen Zwecken den öffentlichen Kredit in Anspruch nähmen. Wenn also durch den Stempel in der Richtung ein kleiner Hemmschuh angelegt würde, so sei das nicht einmal sonderlich zu beklagen.

Schließlich wurde der Antrag, den Stempel für inländische Kommunalpapiere (Nr. 3a des Tarifes) von 1 vom Tausend auf 2 vom Tausend zu erhöhen und demgemäß in der Spalte über „Berechnung der Stempelabgabe" die Worte „10 bezw." zu streichen, von der Mehrheit der Kommission angenommen.

Auf Antrag aus der Mitte der Kommission wurde aber in der Nr. 3b des bisherigen Tarifes das Wort „Transportgesellschaften" in zweiter Lesung in „Eisenbahngesellschaften" geändert.

Ursprünglich war in dem oben erwähnten Antrage eines Mitgliedes gefordert, die Vergünstigung, welche die Transportgesellschaften bisher genossen hatten, ihre Renten- und Schuldverschreibungen zu demselben Satze zu versteuern, wie die Pfandbriefe der Kreditanstalten aufzuheben, weil gar keine Veranlassung vorläge, diese Obligationen anders zu behandeln als diejenigen anderer großer industrieller Unternehmungen, für welche häufig sehr bedeutende Immobilien an Fabrik- und Bergwerksanlagen 2c. verpfändet seien, während die Obligationen von Omnibusgesellschaften oder Straßenbahnen mit ihrem verpfändeten rollenden Material doch wohl keine große dauernde Sicherheit zu bieten vermöchten.

Es wurde aber darauf erwidert, daß bei der heutigen schnellen Entwickelung des Kleinbahnwesens, die man zum Segen für Land- und Volkswirthschaft möglichst zu fördern suche, eine Erschwerung der Emission von Obligationen recht wenig angebracht sei. Auch repräsentirten die Anlagen der Eisenbahngesellschaften meist sehr hohe und sichere Werthe, die für eine hypothekarische Beleihung sehr wohl geeignet seien. Man möge also, wenn man nicht allen Transportgesellschaften, namentlich den großen Dampferlinien, die alten Vortheile belassen wolle, mindestens den Eisenbahnen ihre bisherige Stellung belassen. Die Kommission schloß sich diesen Aeußerungen an und schlägt vor, das Wort „Transportgesellschaften" durch „Eisenbahngesellschaften" zu ersetzen. Die von einem Regierungsvertreter geäußerte Annahme, daß unter „Eisenbahnen" im Sinne dieser Bestimmung alle dem öffentlichen Verkehr dienenden Bahnen, namentlich auch alle Kleinbahnen im Sinne des preußischen Gesetzes vom 28. Juli 1892 zu verstehen seien, fand keinen Widerspruch.

2. Einführung eines Emissionsstempels auf Antheile gewerkschaftlich betriebener Bergwerke.

(Nr. 1c des neuen Tarifs.)

In dem der Kommission zur Vorberathung überwiesenen Entwurf war vorgeschlagen worden, hinter der Tarifnummer 1b einzuschalten:

„c) Antheile gewerkschaftlich betriebener Bergwerke (Kuxe und Kuxscheine), soweit die Gewerkschaften in 1000 oder mehr Theile (Kuxe) getheilt sind . . . . . 30 M.;
soweit die Gewerkschaften in weniger als 1000 Theile (Kuxe) getheilt sind . . 100 M. von jeder einzelnen Urkunde.

Vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegebene Antheile sind der vorbezeichneten Abgabe nicht unterworfen."

Begründet wurde dieser Antrag damit, daß neuerdings gerade der gewerkschaftlich betriebene Bergbau eine besondere Ausdehnung gewonnen habe und bei dem heutigen industriellen Aufschwung ganz besondere Gewinne sich ergäben. Wenn man die Aktien gewerblicher Unternehmungen und derjenigen Bergwerke, die in der Form von Aktiengesellschaften betrieben würden, mit einem nach den bisherigen Beschlüssen erhöhten Stempel von 2% belege, so liege an und für sich kein Grund vor, die Antheile dieser gewerkschaftlich betriebenen Bergwerke von der Stempelpflicht freizulassen. Es sei aber zuzugeben, daß diese in ihrer Zahl beschränkten Kuxe nicht so wie die Aktien mit einem prozentualen Stempel vom Stammwerthe oder Ausgabekurse belegt werden könnten, weil ein eigentlicher Nennwerth der Kuxe nicht bestehe und zum Theil ganz eigenartige Verhältnisse in den verschiedensten Gewerken herrschend seien. Deswegen möge man lieber eine Abgabe wie den vorgeschlagenen Fixstempel bewilligen, und die Antragsteller meinten, mit ihrer Zweitheilung desselben auch dem größeren oder geringeren Werth der Kuxe Rechnung zu tragen.

Seitens des Regierungsvertreters wurde dem entgegengehalten, daß ein so hoher Stempel, wie er hier vorgeschlagen sei, wohl nur von einem kleinen Theile der gewerkschaftlichen Unternehmungen getragen werden könne. Es gebe eine ganze Reihe von Bergwerken, deren Gesammtwerth weit unter 3000 M. ja selbst unter 1000 M. zurückbleibe. Diesen könne die beantragte Belastung nicht zugemuthet werden; andererseits liege es doch auch wohl nicht in der Absicht, die Eröffnung derartiger Betriebe für die Zukunft überhaupt auszuschließen. Wolle man die Kuxe zur Steuer heranziehen, so könne hiernach wohl nur ein mäßiger Fixstempel in Frage kommen.

Auch aus der Mitte der Kommission machte sich jedoch gegen den Vorschlag eine sehr lebhafte Opposition geltend, namentlich da alle Kuxe in den ersten Jahren der Begründung der Gewerkschaften einen ziemlich unsicheren Werth hätten, weil man nicht wisse, ob die Bohrversuche, die angestellt würden, ein günstiges Ergebniß haben würden und gar nicht selten große Summen, oft Millionen, in die Bergwerksunternehmungen hineingesteckt würden, ohne daß nachher ein rentabler Betrieb möglich sei. Durch Wassereinbrüche, ungünstige Lagerung des Minerals oder dergleichen werde oft genug die Existenz des ganzen Werks in Frage gestellt und das angelegte Kapital verloren. Jedenfalls seien die vorgeschlagenen Sätze allzu hoch, da es auch eine ganze Reihe von kleineren Gewerkschaften gebe, deren Antheilscheine überhaupt einen ganz geringen Werth hätten, weil der Gesammtbetrag nicht über einige Hunderttausend Mark hinausginge. Die vorgeschlagene Belastung von etwa 30 000 M. stände in gar keinem Verhältniß zu dem wirklichen Werth der Kuxe.

Von einer Seite wurde auch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß man dem fortschreitenden Kohlenbergbau keine neue Schwierigkeiten machen solle, da ja gegenwärtig die Kohlennoth bereits groß genug sei und es dringend wünschenswerth wäre, den Bergbau lieber zu fördern als mit derartigen Stempelabgaben noch weiter zu fesseln, um so mehr, da die Kuxe bereits einem staatlichen Stempel unterliegen.

Dem zuerst geäußerten Bedenken trug der Antragsteller insofern Rechnung, als er nun statt der vorgeschlagenen Sätze einen einheitlichen Fixstempel von 15 M. für jeden einzelnen Antheil (Kux oder Kuxschein) oder Bezugsschein für solchen beantragte. Diesem Antrage

wurde in erster Lesung von der Mehrheit der Kommission zugestimmt, nachdem von Seiten eines Vertreters des Reichsschatzamtes festgestellt war, daß der staatliche Stempel bei Einführung eines Reichsstempels in Wegfall komme.

In zweiter Lesung wurde dagegen von anderer Seite folgender Antrag gestellt:

In Artikel 2 den Abs. 2 wie folgt zu fassen:

Nach 1 b wird eingeschaltet:

„c) Antheilscheine gewerkschaftlich betriebener Bergwerke (Kuxe, Kuxscheine) 1 Mark 50 Pf. von jeder einzelnen Urkunde. Außerdem für die auf diese Werthe vor dem 1. Juli 1900 geleisteten Einzahlungen, sofern die betreffenden Antheilscheine nicht vor dem 1. Januar 1901 zur Abstempelung vorgelegt werden . . . . . 2 vom Hundert.

Für alle nach dem 1. Juli 1900 auf Werthe der angegebenen Art erfolgenden Einzahlungen . . 2 vom Hundert.

Die Abstufungen in der Spalte „Berechnung der Stempelabgaben" werden

zu 1 a auf . . . . . 2 Mark
zu 1 b auf . . . . . 2 Mark 50 Pf.
zu 2 b auf . . . . . 80 Pf.

für je 100 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages festgesetzt."

Später wurde jedoch auch dieser Antrag abgeändert und die folgende Fassung vorgeschlagen:

„c) Antheilscheine gewerkschaftlich betriebener Bergwerke (Kuxe, Kuxscheine) 1 Mark 50 Pf. von jeder einzelnen Urkunde. Außerdem für alle nach dem 1. Juli 1900 auf Werthe der angegebenen Art ausgeschriebenen Einzahlungen . 2 vom Hundert."

Der Bundesrath ist ermächtigt, auf Antrag Einzahlungen, soweit sie zur Deckung von Betriebsverlusten dienen, von der Entrichtung des Stempels zu befreien. Zur Entrichtung des Stempels für die nach dem 1. Juli 1900 ausgeschriebenen Einzahlungen ist die Gewerkschaftskasse verpflichtet und zwar spätestens 2 Wochen nach dem von der Gewerkschaftsvertretung festgesetzten Einzahlungstermin.

In der Begründung dieses Vorschlags wurde hervorgehoben, daß die Beschlüsse erster Lesung viel zu weit gehen, weil sie trotz der Verminderung des Steuersatzes gegen den ursprünglichen Antrag doch die kleineren Gewerkschaften in ganz außerordentlicher Weise belasten müßten und keine Rücksicht nähmen auf die Eigenart der Gewerkschaften, die, der Natur des Bergwerkbetriebes entsprechend, oft mit starken Zubußen zu rechnen hätten und im Gegensatz zu den Aktiengesellschaften nicht gleich bei Beginn ihres Unternehmens den vollen Kapitalbetrag einforderten, sondern erst allmählich mit fortschreitendem Ausbau des Bergwerks von den Gewerkschaftern Einzahlung forderten. Es sei deswegen berechtigter und dem Grundgedanken des ganzen Stempelgesetzes mehr entsprechend, wenn man die faktischen Einzahlungen auf die Antheilscheine der Stempelpflicht unterwerfe, als die noch werthlosen Kuxe mit einem hohen Fixstempel belaste. Da nun aber, wie eben schon angedeutet, die Einzahlungen nicht immer als ein Kapitalszuwachs und eine Verbesserung der Vermögenslage anzusehen seien, sondern in vielen Fällen auch eingefordert werden müßten zur Deckung von unerwarteten Betriebsverlusten, so habe man den Vorschlag gemacht, nur diejenigen Zahlungen stempelpflichtig zu machen, die nachweislich nicht zur Deckung von Betriebsverlusten von den Gewerkschaften eingefordert würden. Da es im Gesetz nicht möglich sei, genaue Bestimmungen darüber zu treffen, wann der Fall eines Betriebsverlustes angenommen werden solle, so schlug man vor, den Bundesrath zu ermächtigen, im einzelnen Falle Entscheidung darüber zu treffen. Man glaubte, in dem Antrag das Richtige getroffen zu haben, wenn man für alle Antheilsscheine einen mit 1,50 *M.* niedrig bemessenen Stempel in Vorschlag bringe, der dem jetzigen preußischen Stempel gleich sei, dagegen auf die später ausgeschriebenen Einzahlungen einen dem Aktienstempel gleichen Steuerbetrag von 2 % erhebe.

Der Antrag wollte weiter die Gewerkschaftskassen zur Zahlung dieses Stempels verpflichten, weil bekanntlich die nachträglichen Einzahlungen auf die Kuxscheine nicht vermerkt zu werden brauchen und man vielfach solche schriftlichen Vermerke vermeide, um nicht bei etwaigem Verkauf der Kuxscheine den Käufern klaren Einblick in die vielleicht bei früherem, schlechten Geschäftsgang nothwendig gewordenen Zubußen zu gestatten. Dadurch verliere freilich die Abgabe scheinbar den Charakter eines Stempels, aber man könnte sehr wohl die Quittungen, welche über die Einzahlungen ausgestellt würden, oder sonst das Gewerkenbuch mit dem nothwendigen Stempel versehen. Die Kontrole werde dadurch wesentlich erleichtert werden.

Dieser Antrag wurde auch von Seiten der Vertreter der verbündeten Regierungen als eine wesentliche Verbesserung dem Beschlusse der ersten Lesung gegenüber anerkannt, doch wurde ihm entgegengehalten, daß bei der Verschiedenheit der Bergrechte in den einzelnen deutschen Bundesstaaten es schwierig sei, jetzt schon dem Antrag eine positive Fassung zu geben, gegen die sich bei späterem genauen Studium der bergrechtlichen Verhältnisse keine Bedenken geltend machen könnten. Die Bestimmung in der vorgeschlagenen Form werde neben anderen bedenklichen Folgen auch die haben, daß gerade die großen und kapitalkräftigen Unternehmungen, die man in erster Linie heranzuziehen wünsche, von der Abgabe am wenigsten betroffen werden würden, weil diese, da ihnen ein ausreichender Bankkredit zur Verfügung stehe, es sehr viel leichter vermeiden könnten, Zubußen zu fordern, als die kleineren Bergwerke. Die Steuerbefreiung von Zubußen, welche zur Deckung von Betriebsverlusten geleistet werden, erscheine an sich nicht ungerechtfertigt, werde aber praktisch kaum durchführbar sein, namentlich in allen denjenigen, wohl die Regel bildenden Fällen, in welchen die Einzahlungen zu verschiedenen Zwecken Verwendung fänden. Den Verwaltungsbehörden könne man nicht gut zumuthen, darüber Entscheidung zu treffen, zu welchem Zwecke eine Einzahlung erfolgt sei; wolle man aber die schließliche Entscheidung dem Richter übertragen, so würde eine endlose Reihe verwickelter Prozesse die Folge sein. Man möge deswegen den Emissionsstempel für Kuxe und für spätere Einzahlungen lieber aus dem Gesetz fortlassen und sich mit einer Resolution begnügen, welcher die verbündeten Regierungen vielleicht in der einen oder der anderen Form Folge leisten könnten, nachdem die Verhältnisse in rechtlicher und wirthschaftlicher Beziehung einer eingehenden Prüfung unterzogen worden wären. Der Vertreter des Reichsschatzamts meinte dabei, daß auch der finanzielle Ertrag eines solchen Stempels auf neu zu emittirende Kuxe und auf Neueinzahlungen, die nicht zur Deckung von Betriebsverlusten dienen, seiner Meinung nach nur ein geringer sein würde, zumal da man in Zukunft bemüht sein werde, thunlichst alle Zubußen als zur Verlustdeckung bestimmt, darzustellen. Doch wurde dem von anderer Seite nachher entgegengehalten, daß gerade unsere Kohlen- und namentlich unsere Kalibergwerke in jüngster Zeit einen ganz besonderen Aufschwung nehmen und wahrscheinlich im nächsten Jahrzehnt Hunderte von Millionen gerade in diesen Bergwerksunternehmungen angelegt werden würden.

Es erkannten jedoch die Antragsteller und die, welche grundsätzlich dem Gedanken einer Kuxbesteuerung zustimmten, an, daß die Form des Antrages noch einer Verbesserung fähig sei, und es wurde deswegen von einer Seite der Wunsch ausgesprochen, eine Subkommission einzusetzen, um die Fassung im Verein mit den Vertretern der verbündeten Regierungen gründlich zu prüfen und zu verbessern. Der Antrag fand jedoch nicht die Unterstützung der Mehrheit der Kommission, vielmehr meinte man, einen vorläufigen Entschluß fassen zu können, der ja eventuell bis zur zweiten Lesung im Plenum des Hauses durch Anträge daselbst abgeändert werden könnte. Man hegte jedoch Bedenken, dem Bundesrath die in dem Antrag zugewiesene Befugniß zu geben, darüber zu entscheiden, ob die Beträge der eingeforderten Nachzahlungen zur Deckung von Betriebsverlusten dienen sollten oder nicht. Deshalb schlug man von einer Seite vor, lieber die Steuerdirektivbehörden an Stelle des Bundesraths mit dieser Entscheidung zu betrauen, da sie ja auch für die Steuereinschätzungen die Frage zu prüfen hätten, ob im einzelnen Falle ein Betriebsverlust vorliege oder nicht.

Doch fand dieser Vorschlag keinen Anklang, da von anderer Seite gerade gegen die Heranziehung der Landesbehörden in der Frage der Steuernachlässe lebhafter Widerspruch erhoben wurde. Man einigte sich deswegen dahin, in Absatz 2 des Antrages den Satz, daß der Bundesrath berechtigt sei, von der Entrichtung des Stempels zu befreien, zu streichen, dagegen im ersten Absatz hinter das Wort „Einzahlung" den Satz einzuschalten: „soweit sie nicht zur Deckung von Betriebsverlusten dienen". Damit wollte man darlegen, daß nur diejenigen Einzahlungen stempelpflichtig sein sollten, die nachweislich nicht zu einer solchen Deckung von Betriebsverlusten herangezogen würden, und daß nur der wirkliche Kapitalzuwachs der Steuer unterliegen solle.

Von Seiten der Gegner des ganzen Antrags wurde zwar geltend gemacht, daß man damit die Gleichstellung der Gewerkschaften mit den Aktienbergwerken wieder aufhöbe, denn wenn die in Form der Aktiengesellschaften betriebenen Bergwerksunternehmungen größere Betriebsverluste hätten und zu dem Zweck ihre Aktien zusammenlegten und nachher neue Aktien ausgeben müßten, so wären sie nach dem jetzt geltenden Stempelgesetz für diese zur Deckung von Verlusten neu aufgenommenen Kapitalien stempelpflichtig, während für die Kuxscheine diese Stempelpflicht aufgehoben werden solle.

Man erkannte jedoch diese Einwendungen nicht als stichhaltig an, weil man meinte, daß, wenn die Belastung der zu solchen Zwecken ausgegebenen Aktien nicht zu rechtfertigen sei, man deshalb denselben Fehler nicht bei den Kuxen mitmachen müsse. Zugegeben wurde allerdings, daß die Form, wie sie der Antrag vorschlage, die Gewerkschaften für die Zahlung haftbar zu machen, über den Rahmen eines Urkundenstempels hinausginge, und daß man nicht einfach die ausgeschriebenen Zahlungen belasten könnte, weil nicht gar selten es eintreten würde, daß einzelne Gewerkschaften aus irgendwelchen Gründen zur wirklichen Leistung der ausgeschriebenen Zahlungen nicht in der Lage wären, oder, was häufig vorkomme, Kuxe im Besitze der Gewerkschaften sich befänden. Die Freunde des Antrages glaubten jedoch, vorläufig diesen Bedenken kein allzu großes Gewicht beilegen zu können, da ja die Gewerkschaften ein Klagerecht gegen die Gewerke auf Leistung der Zubuße besitzen und eventuell in der Lage sind, auf Kosten der Gewerke deren Antheile zu versteigern. Aus allen diesen Gründen wurde der Antrag angenommen und dadurch folgende Resolution, die von anderer Seite beantragt war, erledigt:

„Der Reichstag wolle beschließen den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob angesichts der Verschiedenheit der Berggesetzgebungen der einzelnen Bundesstaaten eine Heranziehung der gewerkschaftlich betriebenen Bergwerke zur Reichsstempelsteuer thunlichst ist, gegebenen Falls eine entsprechende Vorlage zu machen."

3. Die Erhöhung des Stempels auf Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte.

(Nr. 4 des Tarifes.)

a) Tarifnummer 4a 1 und 2.

Ursprünglich war von den Antragstellern in Vorschlag gebracht worden, den Umsatzstempel für Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte

1. über ausländische Banknoten, ausländisches Papiergeld und ausländische Geldsorten,
2. über Werthpapiere der unter 2a, 3a und 3b bezeichneten Art

nach wie vor auf $^{2}/_{10}$ vom Tausend zu belassen. Diese Vorschläge, die nur insofern eine Aenderung des geltenden Stempelsatzes gegen früher enthielten, als danach die bis dahin mit dem gleichen Stempel belegten in- und ausländischen Aktien (Nr. 1a und b des Tarifes), wie die ausländischen Renten und Schuldverschreibungen (Nr. 2b des Tarifs) hier fortgelassen und mit dem höheren Stempel belegt werden sollten, wurden in erster Lesung unverändert angenommen. Nachdem man jedoch in zweiter Lesung den Emissionsstempel für inländische Renten und Schuldverschreibungen der kommunalen Verbände und Kommunen denen der Kreditanstalten und Eisenbahngesellschaften gleichgestellt hatte, war eine besondere Unterscheidung der Nummern 3a und 3b nicht nothwendig, doch mußte nach den in zweiter Lesung gefaßten Beschlüssen die Nr. 2b des Tarifs hier eingeschaltet werden.

b) (Neu.) Tarifnummer 4a. 3.

Umsatzstempel auf Kuxe und Kuxscheine.

Nachdem von der Kommission beschlossen worden war, auch die Kuxe und Kuxscheine der gewerkschaftlich betriebenen Bergwerksunternehmungen mit einem Emissionsstempel zu belegen, hielt man es ebenso für nothwendig, auch den regelmäßigen Umsatz, der in diesen Bergwerkspapieren in neuester Zeit in großem Umfange stattfindet, einem Umsatzstempel zu unterwerfen, ebenso wie das bei dem Handel mit Aktien und sonstigen Inhaberpapieren geschieht.

Der Stempelsatz, der von dem Antragsteller vorgeschlagen wurde, belief sich auf 1 ‰. Es wurde von den Antragstellern zur Begründung dieses hohen Stempelsatzes darauf hingewiesen, daß der Handel in Kuxscheinen sich immer mehr und mehr zu einem börsenmäßigen Geschäft herausgebildet habe. In früheren Zeiten wären die Bergwerksantheile gewissermaßen als Immobilien betrachtet worden und wenig von Hand zu Hand gegangen. Mit der wachsenden Ausdehnung des Kohlen- und Kalibergbaues seien aber diese durch Blankocession übertragbaren Kuxscheine immer mehr Gegenstand eines spekulativen Handels geworden, und es hätte sich beispielsweise in Essen eine eigentliche Kuxenbörse herausgebildet, an der ein gewaltiger Umsatz, oft an einem Tage bis 30 Millionen Mark, in solchen Bergwerkspapieren stattfinde.

In Essen, Berlin, Hannover, Düsseldorf und anderen Plätzen hätten sich regelrechte Kuxenbörsen herausgebildet, die durch vereidete Makler die Geschäfte vermittelten und Kurszettel und Börsenberichte regelmäßig veröffentlichten.

Zwar sei im preußischen Bergrecht vorgesehen, daß die Veränderung im Besitz von Gewerkschaftsantheilen im

Gewerkenbuch verzeichnet werden müsse; und solche Umschreibung sei mit einem Landesstempel belegt, thatsächlich würde aber diese Verpflichtung offenkundig umgangen und der Stempel erspart, ohne daß dagegen irgendwie ein Widerspruch laut geworden sei. Dasselbe fände jetzt auch statt beispielsweise bei den Reichsbankantheilen, die gleichfalls mit Blankocession ebenso wie alle auf den Namen lautenden Aktien von Hand zu Hand gingen, ohne daß man daran dächte, den Namen des Empfängers oder Erwerbers auf der Rückseite des Papiers zu verzeichnen, oder gar die erfolgte Besitzübertragung im Bankbuch irgendwie zu vermerken. Bei der letzten Verhandlung über das Reichsbankgesetz sei von den Herrn Vertretern der Reichsbank offen zugestanden worden, daß in der Aktienregistratur der Reichsbank Leute als Besitzer großer Mengen von Antheilsscheinen verzeichnet seien, die notorisch kein einziges Stück mehr in der Hand hätten. Dasselbe sei auch bei den Kuxen der Fall und gar nicht einmal verwerflich; es beweise aber, daß die Kuxe heute ein bewegliches Börsenpapier geworden seien, und die Kursberichte lieferten den Nachweis, daß oft eine ziemlich wilde Spekulation in diesen Papieren stattfinde und große Kursgewinne von einem zum andern Tage gemacht würden. Es sei ganz unbegreiflich, weshalb man den Handel in diesen Werthen nicht ebenso besteuere wie den in Aktien. Selbst ein Börsenblatt wie die Frankfurter Zeitung äußerte hierüber am 30. März 1900: „In diesem einen Punkte ist in der That anzuerkennen, daß der Umsatz in Kuxen, der in früheren Zeiten verhältnißmäßig klein war, sehr schwerfällig sich vollzog und nur in engeren, mehr lokalen Kreisen, seither eine ganz veränderte Gestaltung erhielt. Spekulative Umsätze in Kuxen sind in weite Kreise gedrungen und haben großen Umfang erreicht. Wenngleich dies mit der Hochkonjunktur zusammenhängt und vermuthlich mit ihr mehr oder weniger schwinden wird, so läßt sich doch nicht verkennen, daß der Umsatz in Kuxen allmählich den Charakter des Werthpapierhandels angenommen hat; es ist nicht ersichtlich, weshalb ihm hinsichtlich der Stempelbelastung eine Ausnahmestellung verbleiben müßte."

Auch aus zahlreichen Zuschriften von Interessenten gehe hervor, daß dieselben einen Umsatzstempel für solche Geschäfte als durchaus gerechtfertigt ansähen und einen Satz von 1 vom Tausend für angemessen erachten.

Man wies aus den Kurszetteln nach, daß oft Differenzen von 400—500 *M.* und mehr für einen Kux innerhalb 24 Stunden stattfänden, so daß ein Umsatzstempel von 1 ‰ gewiß nicht als eine harte Belastung derjenigen angesehen werden könne, die mit solchen Papieren spekulativen Handel trieben.

Von anderer Seite wurde aber darauf aufmerksam gemacht, daß die verlesenen Differenzen von 400—500 *M.* durchaus nicht im Vergleich mit dem Aktienmarkte als etwas Außergewöhnliches zu betrachten seien, denn es handle sich eben um einen sehr großen Effektivwerth der einzelnen Kuxe. Wenn beispielsweise die Antheilscheine einzelner Gewerkschaften bis auf 39 000 *M.* pro Kux bewerthet würden, so sei die Differenz von 400—500 *M.* von einem Tage zum andern einer Kursveränderung vergleichbar, die thatsächlich bei industriellen Aktien recht häufig vorkäme. So wurde ein Beispiel von einem deutschen Hüttenwerk angeführt, dessen Kurs in den letzten Tagen innerhalb 24 Stunden von 715 auf 753 gestiegen sei, also sehr viel stärkere Schwankungen durchgemacht habe, als das aus den angeführten Beispielen der Kuxesteigerung sich ergäbe. Es liege also gar kein vernünftiger Grund vor, die Umsätze in gewerkschaftlichen Antheilen anders zu behandeln als in Industriepapieren und Bergwerksaktien; vielmehr könne man, wenn man einen Stempel einführen wolle, der an und für sich als berechtigt kaum bestritten wurde, höchstens denselben Satz anwenden, der für die Aktien von Bergwerken und industrieller Unternehmungen beschlossen worden sei. Es wurde deshalb von Seiten einzelner Mitglieder der Kommission der Antrag gestellt, den Steuersatz auf $^3/_{10}$ vom Tausend statt auf 1 vom Tausend festzusetzen.

Die Mehrheit der Kommission hielt jedoch an dem vorgeschlagenen Satze fest in der Meinung, daß es sich gerade bei diesen Bergwerksunternehmungen um besonders große Schwankungen im Werthe handle und deswegen eine solche Steuer nicht als besonders drückend empfunden werden könne, umsomehr, da hervorgehoben wurde, daß anderswo wesentlich höhere Abgaben zur Erhebung kämen, beispielsweise in Elsaß-Lothringen 2 vom Hundert, also 20 Mal so viel als hier verlangt wurde.

In zweiter Lesung wurde diesem Beschlusse nach längerer Erörterung von der Kommission zugestimmt, obgleich man zugestand, daß man den finanziellen Ertrag einer solchen Stempelsteuer zu übersehen nicht im Stande wäre.

c) (Neu.) Tarifnummer 4a. 4.

Erhöhung des Stempels auf ausländische Werthe und inländische Dividendenpapiere.

Für sonstige Werthpapiere hatten die Antragsteller den Steuersatz von $^2/_{10}$ auf $^5/_{10}$ erhöhen wollen. Es ist jedoch bereits oben bei der Besprechung der Erörterung über die Höhe des Emissionsstempels für Dividendenpapiere und ausländische Werthe darauf hingewiesen worden, daß sich auch die Antragsteller mit Rücksicht auf die beschlossene Erhöhung des Ausgabestempels und der dadurch zu erwartenden Mehreinnahmen mit einem geringeren Steuersatz glaubten begnügen zu können.

Deswegen wurde auf Antrag der Kommission zuerst der Steuersatz auf $^4/_{10}$, nachher, nachdem man auch die weiter unten zu besprechenden Kompensationsgeschäfte der Stempelpflicht unterworfen hatte, auf $^3/_{10}$ vom Tausend herabgesetzt.

Gegen die Erhöhung des Umsatzstempels für ausländische Papiere und inländische Dividenden-Papiere machte sich eine ganz besonders lebhafte Opposition geltend. Dieser Widerspruch wurde wesentlich unterstützt durch eine ganze Reihe von Petitionen und Eingaben, die dem Reichstage von den verschiedensten Handelskammern und Börsenvertretungen, sowie von den Beamten der Banken zugingen, die alle gerade in diesem Theil des Gesetzes-Vorschlages die größte Gefahr für den Bestand des jetzigen Börsengeschäfts erblickten.

Die Gründe, die in diesen Eingaben und ebenso in der Kommission gegen die Hinaufsetzung des Umsatzstempels auf Dividenden-Papiere laut wurden, gipfelten namentlich darin, daß eine derartige Erhöhung auf $^3/_{10}$ oder gar $^4/_{10}$ oder $^5/_{10}$ die Leistungsfähigkeit unserer deutschen Börsen im Vergleich zu den ausländischen Börsen ganz außergewöhnlich schwächen müsse und die großen Banken noch mehr als bisher gegenüber den kleineren Banken privilegiren und das Geschäft zum Schaden der Makler und kleinen Börsenbesucher in den Händen der großen Geldinstitute centralisiren müsse. Man behauptete dabei, daß bereits die im Jahre 1894 erfolgte Erhöhung des Umsatzstempels von $^1/_{10}$ auf $^2/_{10}$ vom Tausend die deutschen Börsen ganz wesentlich geschwächt habe, und es wurde ziffermäßig der Nachweis zu führen gesucht, daß die Zahl der vereideten Makler und kleinen Banken sowie überhaupt die Zahl der Börsenbesucher in Deutschland ganz wesentlich abgenommen habe, daß das Geschäft sich immer mehr in den Händen der großen Banken konzentrire, denen es möglich sei, durch Kompensation der Aufträge,

die ihnen von ihrem zahlreichen Kundenkreis zugingen, das eigentliche Börsengeschäft und die Vermittelung des Maklers zu ersparen. Dadurch ersparten sie zugleich neben der Courtage einen vollen Stempel, den sie trotzdem nach Handelsrecht berechtigt wären, ihren Kunden je zur Hälfte in Anrechnung zu stellen.

Namentlich aber wies man darauf hin, daß die Leistungsfähigkeit der Börse als solche und ihre bedeutungsvolle Stellung für den gesammten Geldverkehr und die politische Stellung des Landes weniger auf einer Zahl großer leistungsfähiger Bankfirmen beruhe, als vielmehr darauf, daß eine starke Coulisse vorhanden sei, die im Stande wäre, jederzeit auch größere Aufträge, die an die Börse herankämen, ohne einen Druck auf die Kurse zu veranlassen, willig und schnell aufzunehmen. Das sei früher in Berlin und an den sonstigen großen Börsenplätzen Deutschlands in hervorragendem Maße der Fall gewesen, so lange der Stempelsatz derartig niedrig war, daß er die kleinen Spekulationen nicht davon abhielt Geschäfte zu machen, an denen nur niedrige Gewinne gemacht werden. Schon der Stempelsatz von $^2/_{10}$ habe offenkundig einen großen Theil dieser kleinen Spekulanten vom Markte verdrängt und die Bestimmungen des Börsengesetzes vom Jahre 1896, welche den Terminhandel beschränkten und theilweise verboten, hätten erst recht dazu beigetragen, diesen kleineren Börsenbesuchern und den Maklern das Leben schwer zu machen. Die Einkommen dieser kleinen Spekulanten und Makler seien nachweislich in der auffallendsten Weise zurückgegangen, so daß beispielsweise in Frankfurt a/M. gegenwärtig den vereideten Maklern die Genehmigung ertheilt worden sei, anderweitige Geschäfte zu betreiben, weil sie aus ihren eigentlichen Maklergeschäften nicht mehr im Stande seien, selbst nur ein nothdürftig ausreichendes Einkommen zu gewinnen. Es liege aber auf der Hand, daß wenn diese rührige Tagesspekulation, die sonst jederzeit bereit sei, große Aufträge schnell zu übernehmen, in der Erwartung, sie mit geringem Nutzen gleich weiter geben zu können, ausgeschaltet würde, auch der Markt nicht aufnahmefähig bleiben könnte und die Gefahr bestände, daß dann zahlreiche Aufträge zum Kauf und Verkauf, die bisher den deutschen Börsen sich mit Vorliebe zugewandt hätten, lieber fremde Märkte aufsuchten, wo sie sicher wären, unter allen Umständen, ohne einen Druck auf die Kurse auszuüben, ihre Aufträge erfüllt zu sehen. Wenn aber auf diese Weise die Leistungsfähigkeit der Börse geschwächt würde, so hätten davon nicht bloß die heute an der Börse thätigen Makler und Spekulanten den Schaden, sondern auch die Gesammtheit würde darunter zu leiden haben, weil die Sicherheit, unter allen Umständen zu wenig schwankenden Kursen Kaufs- und Verkaufsaufträge erfüllen zu können, schwinden müsse, sobald eine derartige Schwächung der Börse eintrete. Das gesammte, Kapital anlegende Publikum würde also darunter zu leiden haben und schließlich müßte auch der Kredit des Reichs und überhaupt der öffentliche Kredit empfindlich in Mitleidenschaft gezogen werden, ganz abgesehen davon, daß man die Gewinne des Börsengeschäfts den ausländischen Börsen zuwiese und dadurch auch die Steuerquelle, die bisher reichlich geflossen sei, selbst verstopfe. Schon jetzt seien zahlreiche Kauf- und Verkaufsordres den deutschen Börsen entzogen und nach Brüssel und nach London gelegt worden, welche Börsen nach Erlaß des deutschen Stempelgesetzes und vor Allem des Börsengesetzes einen ganz außergewöhnlichen Aufschwung genommen hätten. Man solle sich also hüten, durch ein weiteres feindseliges Vorgehen gegen die Börse die deutsche Stellung auf dem Geldmarkt weiter zu erschüttern und dadurch auch die politische Machtstellung des Reiches zu vermindern.

Vor Allem wurde aber von den Gegnern eines erhöhten Umsatzstempels darauf hingewiesen, daß eine solche Verdoppelung des bisherigen Satzes unter keinen Umständen eine Mehreinnahme, sondern wahrscheinlich sogar eine Mindereinnahme zur Folge haben würde. Man suchte aus den ziffermäßigen Erträgen, welche die Börsensteuer in den letzten Jahren dem Reich gebracht hat, den Nachweis zu führen, daß unter Berücksichtigung gleich günstiger Geschäftsperioden der verdoppelte Stempel des Gesetzes von 1894 keineswegs zu einer Verdoppelung der Einnahmen des Reichs geführt habe. Wenn aber damals noch die Steigerung einigermaßen ertragen werden konnte, so sei eine weitere Erhöhung für die kleine Spekulation geradezu prohibitiv und man würde statt Mehreinnahmen eher Mindereinnahmen zu erwarten haben, wenn man den Stempelsatz in vorgeschlagener Weise in die Höhe setzen wollte.

Außer diesen mehr der Technik des Börsenbetriebes entnommenen Einwendungen wurden aber auch allgemeine Gründe gegen die geplante Verkehrssteuer vorgetragen und lebhaft vertheidigt. Einmal wiesen die Gegner auch hier darauf hin, daß gar keine Veranlassung vorläge, jetzt bei Gelegenheit der Flottenvermehrung ein derartig gefährliches, jedenfalls in seinen Wirkungen nicht genügend zu übersehendes Experiment ohne gründliche Vorbereitung zu machen, denn die beschlossenen höheren Emissionsstempel sowie der erhöhte Lotteriestempel würden unter allen Umständen für die nächsten Jahre reichlich so viel einbringen, als an Mehrausgaben dem Reich aus der Flottennovelle erwachsen würden. Außerdem sei jede Verkehrssteuer an und für sich als ein Uebel zu betrachten, da man einer möglichst freien Entwicklung des Verkehrs gerade in gegenwärtiger Zeit besonders bedürfe, um die großen Transaktionen, die sich in immer stärkerem Maße an den Börsenplätzen zusammendrängten, leicht und ohne gefährliche Erschütterung für den Geldmarkt besorgen zu können.

Allen diesen Gründen gegenüber hielten die Antragsteller und diejenigen, welche ihrer Anschauung zustimmten, daran fest, daß die Börse und derjenige Theil des deutschen Volkes, der Kapitalien in Dividendenpapieren und ausländischen Werthen anzulegen bereit sei, sehr wohl im Stande seien, eine größere Last zu tragen. Denn nicht die Banken und Vermittler, sondern das geldanlegende Publikum werde die Last des erhöhten Stempels zu tragen haben.

Von einer Seite wurde dabei hervorgehoben, daß gerade die Vertreter der Börse und der großen Handelskorporationen sich ganz besonders flottenbegeistert gezeigt hätten und sicherlich von der Ausdehnung und Stärkung unserer Wehrkraft zur See den allergrößten Vortheil haben würden. Man müsse deswegen auch diese Kreise zur Deckung der Flottenvorlage mit heranziehen, das sei eine Forderung der ausgleichenden Gerechtigkeit.

Die Interessenten an der Börse hätten jedesmal geschrieen, wenn nur das Geringste an den Einrichtungen derselben geändert werden sollte; die Prophezeiungen über den nothwendigen und unvermeidlichen Zusammenbruch des ganzen Börsengeschäftes und den Rückgang unseres geschäftlichen Lebens u. dgl., wie sie jetzt wieder in den Petitionen zu Tage treten, seien auch in früheren Zeiten fast mit denselben Worten, jedenfalls mit demselben Nachdruck überall laut geworden. Als die Stempelsteuer im Jahre 1894 erhöht worden sei, habe man in derselben Weise den Ruin unseres wirthschaftlichen Lebens verkündet und habe ebenso behauptet, die Erträge für das Reich würden nicht höher, eher geringer sein. Trotzdem habe die Entwicklung gezeigt, daß gegenwärtig das wirthschaftliche Leben in einem Aufschwunge begriffen sei, der bei anderen Gelegen-

heiten von den Interessenten des Handels und der Börse selbst stets als beispiellos hingestellt werde. Es würden jetzt an der Börse namentlich in den Industriepapieren, die allein durch den erhöhten Stempel getroffen werden sollten, derartige Gewinne gemacht, daß zum Mindesten in den jetzigen Zeiten des Aufschwungs alle die Klagen als unberechtigt anzusehen seien. Aus der von den Vertretern der verbündeten Regierungen vorgelegten Uebersicht* über die Erträge der Reichsstempelabgaben in den letzten Jahren ergebe sich auch, daß die Behauptung, die Verdoppelung der Börsensteuer im Jahre 1894 hätte nicht annähernd die finanzielle Wirkung gehabt, die man sich damals von ihr versprochen habe, vollständig irrig sei. Man könne nicht blos die beiden besten Jahre, die vor dem Erlaß des Stempelsteuergesetzes zu hohen Einnahmen geführt hätten, vergleichen mit den späteren Zeiten, als das neue Börsengesetz in Kraft getreten war, sondern müsse die Jahre vor 1894 mit den nachfolgenden in Vergleich stellen. Danach sei aber unzweifelhaft der Ertrag des Umsatzstempels in den Jahren 1894 und 1895 entsprechend dem erhöhten Satz auf mehr als das Doppelte angewachsen. Wenn aber vom Jahre 1896 an ein Rückschlag eingetreten sei, so sei das weniger dem hohen Stempel als vielmehr den Bestimmungen des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896 zuzuschreiben. Dieses Börsengesetz habe der Spekulation vielfach Zügel angelegt, und es sei ja damals die ausgesprochene Absicht gewesen, durch ein solches Gesetz mittelst des Verbots des Ultimogeschäfts in gewissen Papieren das Spiel an der Börse unmöglich zu machen, oder wenigstens stark einzuschränken. Damals hätte man an der Börse gerade diesem Gesetz gegenüber die allertraurigsten Perspektiven für die Zukunft gestellt, heute dagegen scheine man sich mit dem Börsengesetz ausgesöhnt zu haben und wolle den Rückgang der thatsächlichen Erträgnisse der Börsensteuer nicht auf die damals so viel bekämpfte und angefeindete Aenderung des Börsengesetzes, sondern auf die zwei Jahre zuvor erfolgte Stempelsteuererhöhung zurückführen.

* An Reichsstempelabgaben sind aufgekommen:

im Rechnungsjahre	zu Anschaffungsgeschäften nach Nr. 4 des Tarifs. ℳ	darunter zu Waarengeschäften nach Nr. 4b des Tarifs. ℳ	Bemerkungen.
1.	2.	3.	4.
1886/87	7 937 541		
1887/88	7 398 019		
1888/89	12 456 823		
1889/90	15 143 329		
1890/91	13 455 964		
1891/92	11 021 162		
1892/93	9 320 267		
1893/94	8 164 790		
1894/95	16 406 919	628 265*)	*) Eine Verpflichtung zur Verwendung besonderer Marken für Waarengeschäfte besteht erst seit dem 1. Oktober 1894.
1895/96	19 888 583	1 590 435	
1896/97	13 226 256	935 077	
1897/98	13 728 803	524 692	
1898	13 545 072	551 400	
1899	14 937 017	593 168**)	**) Für das Jahr 1899 steht die Einnahme noch nicht endgültig fest. Die angegebenen Zahlen ergeben daher die vorläufige Einnahme und beruhen zum Theil auf Schätzung.

Es liege deswegen kein Grund vor, allzu pessimistisch die Wirkung einer Erhöhung des Umsatzstempels zu beurtheilen, wenn auch zugegeben werden müsse, daß vielleicht ein Theil der Geschäfte dadurch unmöglich gemacht und ein geringer Bruchtheil der bisher in Berlin vollzogenen Geschäfte ausländischen Börsen zugewiesen würde.

Die Befürworter des Antrages verwahrten sich jedoch energisch dagegen, daß sie die Absicht hätten, die Börse, wie man ihnen das vielfach untergeschoben hatte, zu erdrosseln. Sie dächten garnicht daran die Börse in feindliche Tendenzen zu verfolgen, sondern wüßten im Gegentheil die jetzige Stellung, welche eine blühende Börse im wirthschaftlichen Leben und eine starke, kräftige Bankwelt einnehmen, durchaus zu würdigen.

Die Gefahr einer Zurückdrängung einer Börsenthätigkeit und eine Schwächung der Börsenelemente sei aber keineswegs so groß, wie das von den Organen der Börse und in den jetzt eingereichten Petitionen behauptet werde. Wenn man sich erinnere, wie früher bei Gelegenheit des ersten prozentualen Börsenstempels die Aeltesten der Kaufmannschaft im Jahre 1885 die voraussichtliche Wirkung des damaligen Gesetzes beurtheilt hätten, so kann man sich auch hier über die Folgen der jetzigen Vorschläge beruhigen. Damals sei ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Störungen in der Entwickelung des Börsenverkehrs sich ganz genau an der starken Verminderung der Einlieferungssumme bei der Bank des Berliner Kassenvereins beobachten lassen, aber diese Ziffern sprächen gerade dafür, daß trotz aller dieser Prophezeihungen in keiner Weise ein Börsenrückgang eingetreten sei; denn die Dezembereinnahme des Berliner Kassenvereins habe beispielsweise im Jahre 1885 nur 210 Millionen Mark betragen, während sie im Jahre 1899 auf 1401 Millionen Mark angewachsen sei, sie habe sich in jener Zeit, trotz des in Aussicht gestellten Geschäftsrückganges thatsächlich auf das Sechsfache gehoben. Das Gesammtinkasso sei seit dem Jahre 1892 von 8082 Millionen auf 18207 Millionen gestiegen. Das Kapital der großen Emissionshäuser sei angewachsen von 287 Millionen im Jahre 1885 auf 878 Millionen Mark im Jahre 1900 und das Kapital der Provinzialbanken sei trotz all den trüben Aussichten, die man den dortigen Geldinstituten prophezeit habe, in derselben Zeit von 1206 Millionen auf 2451 Millionen Mark angewachsen, ihre Reserven gleichzeitig von 175 Millionen Mark auf 539 Millionen Mark gestiegen, während auch die Dividenden anzeigten, daß alle diese Banken sich im erfreulichen Fortschritt befinden und steigende Dividenden aufzuweisen hätten. Alle diese Ziffern zeigten jedenfalls, daß von einer schädigenden Wirkung der bisherigen Stempelsteuer nichts zu entdecken sei und so dürfe man hoffen, daß trotz der jetzt zu beschließenden Erhöhung des Umsatzstempels auch in Zukunft eine leistungsfähige und lebenskräftige Börse bei uns in Deutschland erhalten bleibe. Man möge auch bedenken und dieselben Momente wurden auch vom Staatssekretär des Reichsschatzamts mit vorgebracht, daß die Berliner großen Banken neuerdings beschlossen hätten, an Provision in Zukunft von jedem Geschäft 1 pro Mille zu erheben. Diese Provision sei aber nicht mehr wie früher nach dem Nennwerthe der gehandelten Papiere, sondern nach ihrem wirklichen Werthe zu berechnen, soweit der Kurs über Pari steht. Da nun gegenwärtig die meisten Dividendenpapiere, für die allein eine Dividende in Aussicht gestellt sei, weit über Pari bezahlt würden, so müßte die neue Berechnungsart die Provision ganz wesentlich steigern und würde für diejenigen, welche durch Vermittelung der Banken solche Papiere kaufen, sehr viel mehr ins Gewicht fallen, als die verhältnißmäßig geringfügige Stempelerhöhung. Es werde aber Niemand behaupten wollen, daß diese

wesentlich stärkere Steigerung der Provisionssätze den Umsatz an den Börsen in irgendwie nennenswerther Weise beeinflußt habe. Deswegen brauche man sich auch nicht zu ängstigen um die Wirkungen der vorgeschlagenen Stempelsteuererhöhungen. Man würde dem Beitrage von $^3/_{10}$ ohne Bedenken zustimmen können.

Man hielt es aber in der Kommission für nothwendig, daß, wenn der Umsatzstempel erhöht würde, zum Schutze der kleineren Banken auch dafür gesorgt werde, irgend einen Weg zu finden, um die sogenannten Kompensationsgeschäfte, die von großen Banken in viel weiterem Umfange als von den kleineren betrieben würden, in entsprechender Weise zu einer Besteuerung heranzuziehen.

Ein großer Theil des Stempelausfalls, so meinte man, sei sicherlich auf die Thatsache zurückzuführen, daß durch derartige Ausgleichungen zwischen den Kaufs- und Verkaufsaufträgen der einzelnen Banken dem Reiche eine Menge von Stempeln entzogen würde, auf die es seinerzeit bei Erlaß des Gesetzes gerechnet habe. Denn die großen Bankfirmen begleichen oft noch durch telephonische Anfragen und Mittheilungen unter sich den größten Theil der Tagesaufträge und bringen nur die kleinen Ueberschüsse zur börsenmäßigen Vermittlung an die Kursmakler. Sie sind dadurch in der Lage, für alle diejenigen Geschäfte, welche sie in dieser Weise kompensiren, den einmaligen vollen Stempelbetrag, den sie sonst dem Makler zu zahlen hätten, zu ersparen, während sie andererseits nach dem Handelsgesetz berechtigt sind, ihren Kunden auch dann Spesen zu berechnen, wenn sie durch Selbsteintritt das Geschäft vermittelt haben. Bei derartigen Kompensationsgeschäften entsteht somit für die Banken der besondere Vortheil, daß sie jedem ihrer Kommittenten den $1^1/_2$fachen Stempel in Rechnung setzen, während sie nur den einfachen Stempel entrichtet haben. Da sie außerdem die Maklercourtage ersparen und auch ihrerseits anrechnen dürfen, so ergiebt sich für sie ein doppelter Vortheil, der naturgemäß ihre Stellung den kleineren Kommissionären gegenüber wesentlich verstärken muß und es ihnen ermöglicht, zu billigeren Provisionssätzen zu arbeiten, als das den Konkurrenten möglich wird.

Bereits bei der Berathung des Börsengesetzes vom Jahre 1894 hatte man auf diese Ungerechtigkeiten hingewiesen und den Versuch gemacht, den größeren Banken die Vortheile dieser Kompensationen zu entziehen, um dadurch die kleineren vor allzu großem Schaden zu bewahren. Der Versuch scheiterte aber damals, weil man in erster Linie den Vorschlag machte, eine Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen, daß nicht mehr Kosten berechnet werden dürften, als wirklich ausgelegt seien. Eine solche Forderung ist aber nicht durchführbar, weil die Kunden der Banken selbst unzufrieden sein würden, wenn ihnen für einen Theil der Aufträge wirklich gezahlte Maklerspesen und Stempel angerechnet würden, für einen anderen Theil, der durch Kompensationen beglichen wird, aber geringere Spesen abgefordert würden.

Die Subkommission, welcher der Auftrag ertheilt worden war, eine Form zu finden, in der es möglich sei, ohne allzu große Belastung des Bankgeschäfts diese Kompensationsgeschäfte zur Steuer heranzuziehen, unterbreitete nach längerer Berathung den untenstehenden Antrag.*

Sie ging von dem Gedanken aus, daß nur diejenigen Geschäfte als eigentliche Kompensationsgeschäfte zu betrachten seien, die vom Kommissionär an demselben Tage beglichen würden, ohne die Vermittelung der Börse in Anspruch zu nehmen. Zwar war man dabei der Meinung, daß die Möglichkeit vorliege, sich der Stempelpflicht zu entziehen, wenn man zur Feststellung des Begriffs der Kompensationen an der Voraussetzung festhalte, daß der Ausgleich an demselben Tage erfolgt sein müsse. Der Kommissionär könne dann die Erledigung etwaiger Aufträge auf den nächsten Tag hinausschieben und dadurch den Stempel zu seinen Gunsten ersparen.

Es wurde aber von Seiten der Vertreter der verbündeten Regierungen und ebenso aus der Mitte der Kommission darauf hingewiesen, daß einmal eine solche Verzögerung der Aufträge gesetzlich unzulässig sei und andererseits alle diejenigen Geschäfte, die der Kommissionär durch Selbsteintritt vermittelt, indem er die von dem einen Kommittenten zum Verkauf aufgegebenen Papiere übernimmt und am nächsten Tage aus eigenem Bestande dem Käufer weitergiebt, den Charakter eines Kompensationsgeschäfts verlieren. Denn in diesem Falle trägt der Kommissionär thatsächlich das Risiko eines veränderten Kurses. An und für sich soll aber der Kommissionär kein Kursrisiko übernehmen. Sobald er gezwungen sei, um das Geschäft nicht von der Hand zu weisen, Papiere für eigene Rechnung aufzunehmen und sie nachher — ob am folgenden Tage oder erst nach Wochen sei dabei gleichgültig — an andere Kommittenten weiter zu verkaufen, so könne von einem Kompensationsgeschäft in keinem Falle mehr die Rede sein, weil er dann die Gefahr laufe, an einem veränderten Kurse zu verlieren. Er würde allerdings durch eine derartige Geschäftsmanipulation zu seinen Gunsten den einmaligen Stempel ersparen können und trotzdem seinen Kunden je zur Hälfte diesen Stempel in Anrechnung bringen; aber der Gewinn, der daraus zu machen sei, wäre ein derartig geringfügiger, daß er das Risiko einer ungünstigen Veränderung des Kurses in keiner Weise ausgleiche. Auch habe, wie schon erwähnt, der Kommittent einen Anspruch darauf, daß, wenn möglich, die Geschäfte am selben Tage ausgeführt würden und ihm der Kurs dieses Tages in Rechnung gesetzt werde.

Von einzelnen Mitgliedern der Kommission wurde aber die Ansicht vertreten, daß die Umgehung dieser Bestimmung wohl doch leichter sei, wenn man den Begriff des Kompensationsgeschäftes so eng auf die Ausgleichung an demselben Tage beschränken wollte. Deswegen wurde von einer Seite der Antrag gestellt, nachher aber auf Grund der angeführten Erörterung zurückgezogen, die Worte „an demselben Tage" zu streichen. Ebenso wurde von anderer Seite beantragt:

> in der dritten Zeile hinter den Worten „der Selbstkontrahent" einzufügen die Worte „oder Vermittler, der ein derartiges Geschäft zwischen seinen Kommittenten ohne Selbsteintritt" . . .

Auch dieser Antrag wurde nachher von dem Antragsteller zurückgezogen.

Es soll also in Zukunft für jedes durch Kompensation beglichene Geschäft ein dreifacher Stempel entrichtet werden: einmal von dem Verkäufer auf dem ihm ausgestellten Schlußscheine; 2. von dem Käufer gleichfalls auf dem Schlußscheine zu kassiren und 3. soll der ersparte Stempel, der zur Hälfte dem Käufer, zur Hälfte dem Verkäufer angerechnet wird, von der Bank entrichtet werden.

Das war, wie von verschiedenen Seiten hervorgehoben wurde, die thatsächliche Absicht bei Erlaß des Stempelgesetzes vom Jahre 1894, und wenn hierfür eine zweckentsprechende Form gefunden würde, so wäre dadurch

* „Führt der Kommissionär an demselben Tage eine Einkaufskommission und eine Verkaufskommission über Werthpapiere derselben Gattung durch Eintritt als Selbstkontrahent aus, so ist für jedes der beiden Geschäfte, insoweit sie sich ausgleichen, neben der tarifmäßigen Abgabe eine weitere Abgabe in Höhe der Hälfte des Tarifsatzes zu entrichten, es sei denn, daß der Kommissionär zur Deckung eines der beiden Aufträge ein abgabepflichtiges Geschäft mit einem Dritten abgeschlossen hat. Die Bestimmungen über die Erhebung der weiteren Abgabe und über die zur Sicherung dieser Erhebung erforderlichen Maßregeln insbesondere über die Art der Buchführung werden vom Bundesrath getroffen."

den kleineren Banken die Konkurrenz mit den größeren Instituten theilweise wesentlich erleichtert und solche Erleichterung um so nothwendiger, je höher man den Stempelsatz für Umsätze im Börsengeschäft bemesse, je größer also der Gewinn an dem ersparten Stempel werde.

Die Frage, ob es möglich sei, eine bequeme, ohne zu weitgehende Belästigung durchführbare Form für die Besteuerung der Kompensationsgeschäfte zu finden, wurde zwar von einzelnen Seiten stark bezweifelt, von anderer Seite aber die Möglichkeit dieser Durchführung behauptet.

Der ursprüngliche Vorschlag ging dahin, eine Art von Buchkontrole einzuführen, indem jeder Kommissionär die Verpflichtung haben sollte, ein Börsenbuch nach vorgeschriebener Form zu führen und in dieses Börsenbuch alle Aufträge einzutragen und die Art ihrer Abwickelung zu vermerken, den Stempel aber in diesem Buche zu verwenden, sobald das Geschäft durch Kompensationen beglichen ist. Man meinte, daß die Führung eines solchen besonderen Börsenbuches keine großen Schwierigkeiten haben werde, da nur geringe Veränderungen an der Form der heute schon allgemein gebrauchten Bücher nothwendig sein würden und die Kontrole durch den Stempelfiskal wesentlich erleichtert sein würde, wenn er durch Einsicht dieser Bücher die Ueberzeugung gewinnen könne, daß auch die Kompensationsgeschäfte mit einem Stempel belastet seien.

Dagegen wurde aber der Einwand erhoben, daß wenn diese Art der Kontrole auch vielleicht eine zweckmäßige wäre, die gesetzliche Nothwendigkeit, besondere Bücher zu führen, doch insofern ihre Bedenken haben könne, als dieses Börsenbuch alsdann im Sinne des Handelsgesetzbuches ein Handlungsbuch der Firma darstelle und eventuell bei Civilprozessen und dergleichen nach dem Handelsrecht zur Vorlage kommen müsse. Dadurch würden nur zu oft intime Geschäftsbeziehungen, die Fremden nicht mitzutheilen im Interesse der Banken läge, unnöthigerweise publik werden. Man müßte also, wenn man an diesem Börsenbuch festhalte, wohl zum Mindesten Bestimmungen einschalten, daß dieses Buch nicht im Sinne des Handelsgesetzbuches als ein Handlungsbuch angesehen werden solle.

Besser würde es aber sein, die Kontrole über die Verwendung der Stempel einfacher zu gestalten, denn die großen Banken, die täglich bis zu Tausend Geschäfte derart abzuwickeln hätten, würden eine solche Fülle von Büchern der späteren Stempelkontrole wegen aufbewahren müssen, daß diese Last unerträglich wäre. Auch solle man den verbündeten Regierungen überlassen, die Vorschriften, wie die Kontrole durchgeführt werden solle, nach reiflicher Prüfung selbst zu treffen, denn es wäre ja nicht unmöglich, auch auf andere Weise die Stempelzahlung zu sichern, beispielsweise dadurch, daß man verlange, auf jedem der ausgestellten und mit fortlaufender Nummer versehenen Schlußscheine den $1^1/_2$ fachen Betrag des Stempels zu kassiren. Die Prüfung der Steuerzahlung würde dann durch die Stempelfiskale verhältnißmäßig leicht sein. Wolle man aber diesen Weg nicht und glaube man durch eine Buchkontrole weiter zu kommen, so müsse man wenigstens dem Bundesrath es überlassen, seinerseits diejenige Form der Buchungen in Vorschlag zu bringen, die sich nach Rücksprache mit den Interessenten als die am wenigsten lästige herausstelle. Es sei zu erwarten, daß man auch ohne die Anlage eines neuen, selbstständigen Börsenbuches vielleicht durch geringfügige Veränderungen in den jetzt geführten Handlungsbüchern dasselbe Ziel erreichen könne.

Die Mehrheit der Kommission hielt jedoch daran fest, daß eine gewisse Buchkontrole dringend erwünscht sei, und beschloß deswegen:

> den Schlußsatz des vorerwähnten Antrags unverändert anzunehmen und namentlich auch die von einzelnen Seiten angegriffenen Worte „insbesondere über die Art der Buchführung" aufrecht zu erhalten.

Es wurde bei dieser Gelegenheit auch die Frage mit erörtert, ob man die Kontrole über die Verwendung des Umsatzstempels nicht weiter, als im bisherigen Stempelgesetz vorgesehen, ausdehnen solle. Denn das geltende Recht verpflichtet nur öffentliche Anstalten, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, eingetragene Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht, sofern sie abgabepflichtige Geschäfte der unter Nummer 4 des Tarifs bezeichneten Art gewerbsmäßig betreiben oder vermitteln, sich einer Prüfung in Bezug auf die Abgabenentrichtung zu unterwerfen.

Es wurde aber betont, daß gerade bei diesen großen Instituten, deren Geschäftsumfang so ausgedehnt sei, daß eine mehr oder weniger große Anzahl von Angestellten erforderlich sei, eine Kontrole am allerwenigsten nothwendig wäre, da es ausgeschlossen sei, daß in diesen Geschäften Stempelhinterziehungen vorgenommen würden. Wohl aber liege, wie das von einzelnen Mitgliedern der Kommission aus eigener Erfahrung bestätigt wurde, die Gefahr vor, daß einzelne der kleinen Bankiers in der Provinz theils aus Unkenntniß der gesetzlichen Bestimmungen namentlich über die Vermittelung von Käufen an ausländischen Börsen, theils auch um den Stempel zu sparen, die Ausstellung und Stempelung von Schlußnoten unterließen.

Einzelne Mitglieder der Kommission waren der Ueberzeugung, daß dadurch der Reichskasse nicht unbeträchtliche Summen an Stempel vorenthalten würden, die durch eine zweckmäßige Kontrole sehr wohl zu Gunsten des Reichs flüssig gemacht werden könnten. Es war deshalb in der Drucksache Nr. 713 unter Artikel 7 der Antrag gestellt worden, am Schlusse des Absatzes 2 im §. 39 des Gesetzes hinzuzufügen: „Die Steuerdirektiv-Behörden können anordnen, daß auch anderweit bei Personen, welche Geschäfte der bezeichneten Art gewerbsmäßig betreiben oder vermitteln, eine Prüfung der Abgabeentrichtung vorzunehmen ist."

In der Kommission wurde diesem Vorschlage eine einfachere Fassung gegeben, indem beantragt wurde, den Abs. 2 des §. 39 folgendermaßen zu fassen:

> „Der Prüfung in Bezug auf die Abgabeentrichtung unterliegen alle diejenigen, welche abgabepflichtige Geschäfte der unter Nr. 4 und 6 des Tarifs bezeichneten Art gewerbsmäßig betreiben oder vermitteln."

Dieser Antrag wurde schließlich, ebenso wie die vorhergehenden in Bezug auf die Kompensationsgeschäfte von der großen Mehrheit der Kommission angenommen, obgleich von einzelnen Seiten Widerspruch erhoben wurde, daß man die Kontrole so weit ausdehnen und auch die Privatbanken der Beaufsichtigung der Steuerbehörden unterwerfen wolle.

Nachdem diese Vorschläge über die Besteuerung der Kompensationsgeschäfte und die Kontrole auch der Privatbanken von der Kommission angenommen waren und die Ueberzeugung Raum gewann, daß dadurch sehr bedeutende Mehrerträge für das Reich erzielt werden könnten, entschloß sich die Mehrheit, den vorher bereits festgestellten Steuersatz von $^4/_{10}$ vom Tausend nachträglich auf $^3/_{10}$ herabzusetzen, in der Hoffnung, dadurch keine allzu große Belastung des soliden Börsengeschäfts herbeizuführen und doch dem Reich eine beträchtliche Mehreinnahme zu sichern. Die Erträge, die sich aus diesem erhöhten Umsatzstempel ergeben sollten, wurden in der weiter unten mitgetheilten Erklärung der verbündeten Regierungen auf etwa 5 Millionen Mark jährlich angenommen.

In der zweiten Lesung wurde von denjenigen Mitgliedern, welche bisher sehr energisch gegen die Erhöhung

des Umsatzstempels gesprochen hatten, nochmals der Versuch gemacht, den alten Steuersatz beizubehalten. Es wurde darauf hingewiesen, daß die ganze aus dieser Maßregel erwartete Mehreinnahme nur auf 5 Millionen veranschlagt sei und zwar unter der Voraussetzung, die sich wahrscheinlich als irrthümlich erweisen dürfte, daß die Umsätze nicht zurückgingen, sondern auf der bisherigen Höhe verblieben. Da die ganze Maßregel doch nur aus finanziellen Gründen in Vorschlag gebracht sei, so könne man wohl jetzt davon Abstand nehmen, nachdem durch die bisherigen Beschlüsse über die Emissionsstempel ganz beträchtliche Vermehrungen gegenüber den bisherigen Anschlägen in Aussicht ständen. Die Ausgabenstempel seien erhöht, die Berücksichtigung des Emissionskurses für Aktien würde mindestens drei Millionen Mark mehr erbringen, die beschlossene Besteuerung der Kompensationsgeschäfte werde gleichfalls einige Millionen ergeben, und die Erhöhung des Stempels auf Kommunalpapiere und Prioritäten sei bisher auch noch nicht mit veranschlagt worden. Alles in Allem könne man annehmen, daß diese Beschlüsse finanziell sehr viel mehr einbrächten als die hier etwa zu opfernden Beträge, deren Eingang doch immer sehr unsicher sei, abgesehen von der Schädigung des Börsenverkehrs, der früher nachdrücklich genug betont sei. Jede Verkehrssteuer, so wurde von einzelnen der Gegner ausgeführt, sei kulturfeindlich und deshalb zu verwerfen, und wolle man, wie hier vorgeschlagen, die Kulturzwecke durch Besteuerung hindern, so werde man die Sympathien für die Flotte immer mehr herabdrücken.

Die Anhänger des Vorschlages hielten jedoch daran fest, daß es sich hier darum handele, nothwendige Ausgaben auf diejenigen leistungsfähigen Schultern abzuwälzen, welche die neue Last tragen könnten. Denn wenn an den deutschen Börsen jährlich 800 Milliarden Mark umgesetzt würden, so könne das nicht von wenigen leistungsunfähigen Staatsangehörigen geschehen.

Die Emissionsstempel träfen sicher die Börse nicht und auch die Umsatzstempel würden zum weitaus größten Theil auf das Publikum, auf die Bankkunden im Lande abgewälzt. Außerdem, so wurde von einem Mitgliede ausgeführt, brauche man für die dauernden Ansprüche der Flotte dauernde Einnahmen von leidlich gleichbleibender Höhe. Die Emissionen schwankten aber bekanntlich sehr stark nach der Lage des Kapitalwerthes und würden deshalb sehr schwankende Einnahmen liefern, während man viel eher auf gleichmäßige Entwicklung des Umsatzes rechnen könne. Darum solle man auf die Besteuerung des letzteren nicht verzichten; man sei nur ungern von dem ursprünglich beschlossenen $^4/_{10}$ herabgegangen, würde aber versuchen, auf den alten Satz zurückzugehen, wenn die Gegner in ihren Bemühungen fortführen, eine allgemeine Herabsetzung des Stempels zu fordern.

Nur an einem Punkte gelang es, den Stempelsatz mit beträchtlicher Mehrheit auf den bis dahin geltenden Satz zurückzuschrauben.

Nachdem man bei den Emissionsstempeln im Interesse des Ausgleichs der internationalen Zahlungsbilanzen zugestanden hatte, ausländische Staatspapiere und Eisenbahn-Prioritäten mit dem bisherigen Emissionsstempel nach dem alten Steuersatze weiter zu belasten, wurde nunmehr der Antrag gestellt, für diese selbigen Werthe auch den Umsatzstempel unverändert beizubehalten.

Dieselben Gründe, welche an erster Stelle dahin geführt hätten, diese Papiere anders zu behandeln, sprächen auch hier mit, umsomehr, da gerade diese Papiere vielfach zu Arbitrage-Geschäften benutzt werden. Dieser Antrag wurde vielseitig unterstützt, da man anerkennen mußte, daß gerade bei ausländischen Papieren die Gefahr der Verdrängung derselben an die fremden Börsen ganz besonders groß sei. Zudem würden aber diese sicher verzinslichen Werthe auch noch geringe Kursschwankungen durchmachen müssen, also nicht mit den Dividendenpapieren und ihren sehr viel stärkeren Schwankungen im Werthe auf eine Linie gestellt werden. Wollte man für diese fest verzinslichen ausländischen Papiere den Umsatzstempel dem der Aktien gleichstellen, so würden unsere eigenen großen Banken gezwungen sein, ihre Geschäfte in Brüssel und London oder an sonstigen Plätzen zu machen, zum Schaden für die Leistungsfähigkeit unserer Börsen und gleichzeitig zum Schaden für die Einnahme des Reiches. Auf der anderen Seite fürchteten jedoch diejenigen, die den höheren Stempelsatz wünschten, daß dadurch eine wesentliche Verminderung die erhofften Mehreinnahmen resultiren können, doch wurde von dem Leiter des Reichs-Schatzamtes angegeben, daß nach sachverständigem Urtheil der Umsatz in fest verzinslichen Papieren verhältnißmäßig gering sei und nur $^1/_{20}$ des Gesammt-Verkehrs darstelle, während die weitaus größte Masse der in diese Kategorie fallenden Umsätze auf die Dividendenpapiere zu rechnen seien. Der finanzielle Ausfall würde also nicht so bedeutend sein als gefürchtet werde und die Interessen des internationalen Geldmarktes sprächen dafür, dem Antrage auf Ermäßigung zuzustimmen. Hamburg sei beispielsweise früher der Markt für nordische Staatspapiere gewesen und habe dadurch die Möglichkeit gehabt, die Ausgleiche für Handelsbilanzen ohne große Schwierigkeiten durch Rücksendung solcher Papiere an nordische Lieferanten zu begleichen. Bereits durch den jetzigen Stempel sei die Bedeutung Hamburgs über diese Papiere ganz wesentlich zurückgegangen und wolle man nach dieser Richtung hin weiter vorgehen, so würde man nicht bloß die Interessen der Börse, sondern auch vor Allem diejenigen des Hamburger Ausfuhrhandels empfindlich schädigen.

Die Kommission nahm darauf den Vorschlag mit großer Mehrheit an, während sie ebenso festhielt an dem Satze von $^3/_{10}$ vom Tausend für alle Umsätze, die in inländischen und ausländischen Aktien, sowie in ausländischen Prioritäten von Korporationen und industriellen Unternehmungen stattfinden.

d) Ermäßigung.

Das bisherige Gesetz hat zur Erleichterung des Arbitrage-Geschäftes der Börsen die Bestimmung enthalten, daß wenn ein Kontrahent ausländische Banknoten oder Papiergeld sowie Werthpapiere aller Art im Arbitrageverkehr gleichzeitig im Inlande gekauft und im Auslande verkauft hat oder umgekehrt, die Stempelabgabe um ein Zwanzigstel ermäßigt werden solle.

Nachdem nun durch die bisherigen Beschlüsse der Stempel, der zur Zeit für alle diese Kauf- und Anschaffungsgeschäfte gleichmäßig $^2/_{10}$ vom Tausend betragen hatte, für inländische und ausländische Aktien und Aktienantheilscheine, sowie für Renten- und Schuldverschreibungen ausländischer Gesellschaften (Nr. 2c des Tarifes) auf $^3/_{10}$ herabgesetzt war, mußte, wenn man das Arbitragegeschäft in diesen Papieren nicht noch weiter erschweren wollte, die Ermäßigung des Stempels entsprechend erhöht werden.

Es wurde deshalb der Antrag gestellt und angenommen, die Ermäßigung für die in Tarif-Nummer 4 a. 4 bezeichneten Werthpapiere auf ein Zehntel vom Tausend zu erhöhen.

e) Umsatzstempel auf Kauf- und Anschaffungsgeschäfte in Waaren.

(Tarif Nr. 4b.)

In der Vorlage Nummer 713 der Drucksachen war beantragt worden, den Steuersatz der unter Tarifnummer 4b angegebenen Kauf- und Anschaffungsgeschäfte in Waaren

von $^4/_{10}$ ‰ auf $^5/_{10}$ ‰ zu erhöhen. In der Kommission wurde dann der weitere Antrag gestellt, den zweiten Absatz der Nummer 4b dahin abzuändern, daß

„als börsenmäßig gehandelt gelten diejenigen Waaren, für welche an der Börse, deren Usancen für das Geschäft maßgebend sind, Preise für Zeitgeschäfte notirt werden".

Gegen das bestehende Gesetz wäre damit nur das Wort „Terminpreise" in „Preise für Zeitgeschäfte" geändert worden.

Für die zweite Lesung war der Antrag eingebracht, „Preise für Zeitgeschäfte oder Termingeschäfte" einzustellen.

In erster Lesung hatte man den erhöhten Stempelsteuersatz von $^5/_{10}$ ‰ und die Ersetzung des Wortes „Terminpreise" durch „Preise für Zeitgeschäfte" ohne wesentliche Erörterung angenommen.

In zweiter Lesung wurden jedoch Bedenken laut, ob die vorgeschlagene Erhöhung der Steuer wirklich berechtigt sei und ob namentlich die Erweiterung des Kreises der abgabepflichtigen Geschäfte im Interesse einer gesunden Fortentwicklung unseres Waarenmarktes liege. Es sei ja bekannt, daß durch das Börsengesetz vom Jahre 1896 der Waarenterminhandel wesentlich beschränkt worden sei, und die statistischen Mittheilungen, die in der Kommission gemacht worden seien, bewiesen auch, daß sich in Folge dieser gesetzlichen Bestimmungen der Ertrag des Waarenstempels um etwa 1 000 000 ℳ vermindert habe. Wenn jetzt bei dem Darniederliegen des Marktgeschäftes in Getreide der Steuersatz um 25 % erhöht werden solle, so werde das der sich jetzt anbahnenden Gesundung unserer großen Getreidebörsen nur hinderlich entgegentreten. Denn man verstehe den eingebrachten Antrag, daß auch diejenigen Geschäfte besteuert werden sollten, für welche Preise für Zeitgeschäfte notirt werden, dahin, daß auch die auf handelsrechtlicher Basis beruhenden Lieferungsgeschäfte in Getreide der Stempelpflicht unterworfen werden sollten. Dieser handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte könne aber beispielsweise das ganze Müllergewerbe absolut nicht entbehren, da wir Lieferungsgeschäfte zur Versorgung des Marktes mit Brotfrucht und Mehl unter allen Umständen brauchten.

Von anderer Seite wurden Bedenken laut, ob durch die vorgeschlagene Fassung nicht auch andere Waarengattungen stempelpflichtig werden sollten, die auch nach den früheren gesetzlichen Bestimmungen vor Erlaß des Börsengesetzes nicht zur Besteuerung herangezogen wurden. Der Antragsteller erklärte jedoch in Bestätigung der Annahme des Vertreters des preußischen Handelsministeriums, daß nach seinem Vorschlage der Kreis der steuerpflichtigen Waaren in keiner Weise erweitert werden solle, daß er gar nicht daran dächte, wie es ja sonst vielleicht aus dem Wortlaute seines Vorschlags abgeleitet werden könnte, auch die handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte in anderen Waaren, beispielsweise in Salpeter, Sämereien, Petroleum, Baumwolle zu treffen; vielmehr wünsche er, daß neben den noch jetzt auf Termin gehandelten Waaren, die zur Zeit allein einen Ertrag für die Steuer bringen, wieder der alte Kreis von Waaren steuerpflichtig werde, der vor dem Verbot des Terminhandels in Getreide u. s. w. bestanden hätte. — Um diesen Gedankengang zum klaren Ausdruck zu bringen, wurde beantragt, den Schlußsatz der Tarifnummer 4b folgendermaßen zu fassen:

„Als börsenmäßig gehandelt gelten diejenigen Waaren, für welche an der Börse, deren Usancen für das Geschäft maßgebend sind, Terminpreise notirt werden, und von Waaren, in denen der Börsenterminhandel untersagt ist (§. 50 Abs. 1 und 3 des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896) diejenigen, für welche an der in Betracht kommenden Börse Preise für Zeitgeschäfte notirt werden."

Durch diese Fassung erklärte auch der Vertreter des preußischen Handelsministeriums seine Bedenken, daß man nun auch weitere Lieferungsgeschäfte steuerpflichtig machen könne, für beseitigt, und die Mehrheit der Kommission stimmte diesem Vorschlage zu. Der Antragsteller selber aber ermäßigte auf Grund der Bedenken, die von den verschiedensten Seiten aus der Mitte der Kommission laut wurden, den Steuersatz von $^5/_{10}$ ‰, der in erster Lesung beschlossen worden war, wieder auf den früher bestandenen Satz von $^4/_{10}$ ‰.

Ueber die finanzielle Wirkung des so veränderten Vorschlages konnte von Seiten der Vertreter des Reichsschatzamts eine genaue Schätzung nicht gegeben werden, es wurde vielmehr ausdrücklich erklärt, daß man nicht übersehen könne, wie weit die Lieferungsgeschäfte in Getreide dadurch von der börsenmäßigen Feststellung abgezogen würden und sich der Stempelpflichtigkeit entziehen könnten. Man müsse zugeben, daß gerade bei diesen Geschäften die Vermeidung der Vermittlung eines Börsenplatzes am allerleichtesten durchführbar sei, und gerade deswegen sei es auch dringend erwünscht, den Steuersatz nicht höher zu bemessen, als er bereits früher gewesen sei. — Es wurde bei dieser Gelegenheit auch nochmals betont, daß man durch eine Erhöhung des Stempelsatzes nicht das jetzt noch an einzelnen Plätzen bestehende Termingeschäft in Kaffee und namentlich in Zucker weiter erschweren solle, da diese Terminbörsen bereits durch das Börsengesetz und die Forderung der Eintragung in das Börsenregister empfindlich geschädigt worden seien.

Die Kommission nahm daher die auf den Waarenhandel bezüglichen Bestimmungen in der aus der Zusammenstellung ersichtlichen Form mit großer Mehrheit an.

f) Befreiungen.

Zu den nach dem gegenwärtigen Gesetz bisher gültigen „Befreiungen" wurde der Antrag gestellt, die Nummer 1 aufzuheben. In dieser Nr. 1 war bestimmt, daß die Abgabe nicht zu erheben sei,

„falls der Werth des Gegenstandes des Geschäfts nicht mehr als 600 ℳ beträgt.

Werden zwischen denselben Kontrahenten an demselben Tage zu gleichen Vertragsbestimmungen mehrere Geschäfte über Gegenstände derselben Art ohne Vermittler oder durch denselben Vermittler abgeschlossen, deren Gesammtwerth mehr als 600 ℳ beträgt, so greift für die einzelnen Geschäfte, auch wenn der Werth des Gegenstandes derselben den Betrag von 600 ℳ nicht übersteigt, diese Befreiung nicht Platz."

Der Antragsteller führte aus, daß in diesen Bestimmungen der Ausdruck „Gegenstände derselben Art" nicht näher definirt sei, man habe deswegen schon seither verschiedener Ansicht darüber sein können, ob alle unter Tarifnummer 1—3 aufgeführten Werthpapiere darunter zu verstehen seien, oder ob jede einzelne Gattung von Werthpapieren eine Verschiedenheit begründe. Noch zweifelhafter werde die Beschränkung, nachdem durch die bisherigen Beschlüsse über die Höhe des Stempelsatzes neue Unterschiede gemacht worden seien. Auf diese Weise werde es ungewiß, ob nicht eine ganze Reihe von Käufen, welche zwischen denselben Kontrahenten an demselben Tage stattfänden, sich aber auf verschiedene Papiere erstreckten und für jedes derselben nicht über 600 ℳ hinausgingen, stempelpflichtig blieben. Schon bei den Berathungen im Jahre 1894 sei aus der Mitte der Kommission der Nachweis geführt worden, daß ein Käufer bei drei verschiedenen Banken innerhalb 6 Tagen 10800 ℳ 3 %ige Reichsanleihe stempelfrei gekauft habe. Nehme man hierzu nun die verschiedenen „Arten",

so könne man mit Leichtigkeit in einem Jahre mehrere Millionen Mark Werthpapiere ohne Entrichtung von Stempeln an- oder verkaufen. Ein Umsatzstempel von 20 Pf. für Geschäfte unter 1000 ℳ sei aber an und für sich so gering, daß er leicht getragen werden könne, auch von denjenigen, welche nur einmal oder nur selten Anlagen in solcher Höhe machten. Man brauche zu deren Gunsten keine besondere Ausnahme festsetzen, welche immerhin die Möglichkeit biete, stempelfreie Umsätze in größerem Umfange vorzunehmen, ohne daß auf Grund des Gesetzes gegen ein derartiges Verfahren vorgeschritten werden könne. — Diese Ausführungen wurden von keiner Seite bestritten, und infolgedessen die oben angeführte Befreiung mit großer Mehrheit beseitigt.

4. Erhöhung des Stempels auf Lotterieloose ꝛc.

Die Kommission für den Reichshaushalt, und, ihrem Vorschlage folgend, der Reichstag selber hatten bereits bei früherer Gelegenheit den Wunsch ausgesprochen, den Lotteriestempel wesentlich zu erhöhen. Die Gründe dafür, die bereits an anderer Stelle angeführt sind, waren namentlich die, daß man die Spielsucht im Volke doch nicht verhindern könne und daß, wenn die Staatslotterien, wie die Erfahrung lehre, ständig an Ausdehnung gewinnen und den Einzelstaaten große Beträge für ihre Kassen lieferten, es sehr wohl berechtigt wäre, auch für das Reich diese Steuerquelle nutzbarer als bisher zu machen. Man wäre fast allseitig der Ueberzeugung, daß selbst eine Verdoppelung des Lotteriestempels die Lust am Spiel nicht einschränken werde, so daß der doppelte Steuersatz für die eigentlichen Lotterien annähernd auch zu einer Verdoppelung des Ertrages führen werde.

Nur von einer Seite wurde gegen die vorgeschlagene Steuererhöhung grundsätzlicher Widerspruch erhoben, weil die Verfechter dieser Anschauung der Meinung waren, daß das Lotteriespiel an und für sich so verderblich und demoralisirend wirke, daß man es lieber gänzlich verbieten solle, als ihm durch eine Besteuerung noch den Schein einer gewissen staatlichen Billigung zu geben.

Da nun aber die Lotterien Sache der Einzelstaaten sind und in Deutschland bereits sieben Staatslotterien vorhanden sind, die zu verbieten nicht Sache des Reichs ist und gegen deren Aufhebung sich die Bundesstaaten sicherlich mit aller Energie wehren würden, so stellte sich die Mehrheit der Kommission auf den Standpunkt, daß man dann das an sich verwerfliche Lotteriespiel wenigstens auch für die Reichskasse nutzbar machen müsse.

Die große Mehrheit nahm also grundsätzlich den Vorschlag einer Verdoppelung des Lotteriestempels an. Auch die verbündeten Regierungen ließen erklären, daß sie ihrerseits gegen eine solche Maßregel nichts einzuwenden hätten und der Ueberzeugung wären, daß sehr wohl ein Mehrbetrag von 17 Millionen durch eine solche Maßnahme gewonnen werden könne.

Schwierigkeiten ergaben sich nur insofern, als von einer Seite der Vorschlag gemacht war, in den Bestimmungen über die „Befreiungen" statt der Bezeichnung „Ausspielungen zu ausschließlich mildthätigen Zwecken" zu sagen „zu gemeinnützigen Zwecken" und alle solche Lotterien der erhöhten Stempelsteuer nicht zu unterwerfen. Die Vertheidiger dieses Vorschlages wiesen darauf hin, daß eine ganze Reihe von Privatlotterien nicht dem Zweck dienten, der Spielsucht des Volkes eine Ablenkung zu geben, sondern zu gemeinnützigen Zwecken Geld zu beschaffen. Wenn also zu kirchlichen Bauten oder zu wohlthätigen Zwecken Lotterien veranstaltet würden, so seien diejenigen, die sich daran betheiligten, oft zur Abnahme von Loosen viel mehr durch die Absicht veranlaßt, den gemeinnützigen Zweck zu fördern, als durch die Hoffnung auf einen möglichen Spielgewinn. Es sei zwar schwierig, den Gedanken gesetzgeberisch richtig zu formuliren, aber man glaube, daß der Bundesrath im Stande sein würde, im Einzelfalle die Unterscheidung zu treffen, was als gemeinnützig anzusehen sei und was nicht.

Die Vertreter der verbündeten Regierungen erklärten aber, als diese Anregung auch in der zweiten Lesung wiederholt wurde, daß sie es ablehnen müßten, eine solche schwierige Unterscheidung zu treffen, und daß sie deswegen bäten, von einer solchen Bestimmung im Gesetz Abstand zu nehmen. Der Vorschlag wurde in der Kommission auch sonst ziemlich allgemein bekämpft, weil man darauf hinwies, daß, wenn man die Staatslotterien mit dem verdoppelten Stempel belege, man nicht daran denken könne, die Privatlotterien besonders zu begünstigen, im Gegentheil wurde von einzelnen Seiten ausgeführt, daß gerade diese mit kleinen Einsätzen arbeitenden und darum in weitere Kreise des armen Volkes eindringenden Lotterien die allergefährlichsten wären, denn sie verleiteten zum Spiel unter dem Deckmantel, damit ein gutes Werk zu thun, und mancher fromme Mann, der anfangs wohl nur, um die kirchlichen Bauten zu unterstützen, wenige Mark hingegeben habe, um ein Loos zu erwerben, verfalle nachher rettungslos dem Spielteufel, so daß gerade diese Lotterien am allerwenigsten Schonung verdienten.

Es wurde deswegen auch die Anregung nachher fallen gelassen, obgleich von anderer Seite der Vorschlag eine gewisse Unterstützung fand in der Annahme, daß man zu diesen gemeinnützigen Lotterien auch den Totalisator rechnen könne, für den bereits in erster Lesung einige Mitglieder der Kommission lebhaft eingetreten waren. Sie wiesen darauf hin, daß der Totalisator in neuerer Zeit den Lotterien gleichgestellt sei und deswegen der Stempelpflicht des Staates unterworfen wäre. Der Totalisator sei aber für die Förderung des Rennsports unentbehrlich und die Rennen wiederum als Leistungsprüfung für Vollblutpferde die nothwendige Voraussetzung einer umfangreicheren Vollblutzucht. Diese Vollblutzucht sei aber anerkanntermaßen nicht zu entbehren, wenn wir eine leistungsfähige Halbblutzucht im Interesse unserer Heeresverwaltung haben wollten. Der Totalisator wäre nach der Meinung dieser Vertreter deshalb auch weniger gefährlich, da er unter Kontrole stünde und durch die hohen Eintrittsgelder, die von den Wettenden gezahlt werden müßten, nur einer beschränkten Anzahl von zahlungsfähigen Leuten zugänglich sei. Besteuere man ihn aber, wie jetzt vorgeschlagen, mit dem doppelten Stempel, so liege die Gefahr vor, daß das Wetten und Spielen nicht aufhöre, sondern in sehr viel unsolidere Bahnen gelenkt würde und die Spieler den Buchmachern und den privaten Wettbüreaus zugeführt würden, die unendlich verderblicher wirkten als der unter Kontrole stehende Totalisator.

In zweiter Lesung fand diese Anschauung noch eine besonders lebhafte Vertheidigung durch die Vertreter des preußischen Landwirthschaftsministeriums, welche folgende Erklärung zu Protokoll gaben:

„Der Totalisator wurde zu Anfang der 70er Jahre, ungefähr gleichzeitig in Oesterreich, Rußland, Italien und Deutschland, eingeführt, nachdem er in Frankreich bereits etwa 10 Jahre länger funktionirt hatte. Eine staatliche Konzessionirung oder Besteuerung fand nicht statt.

1882 wurde der Betrieb des Totalisators verboten. Bald aber zeigte es sich, daß in Folge dieses Verbots das Wetten nicht ab-, wohl aber das Buchmacherwesen überhand nahm, während die Rennvereine in Folge Verlustes ihrer sichersten Einnahmen nothleidend wurden. Diese Erwägungen führten 1886 zur Konzessionirung des

Totalisators unter der Bedingung, daß alle Einnahmen aus dem Betriebe desselben lediglich zu Gunsten der Landespferdezucht verwandt werden und sowohl Genehmigung als Betrieb unter die Kontrole der Minister des Innern und für Landwirthschaft 2c. gestellt wurden. 1891 wurde der Totalisator mit einer 5 %igen Steuer belegt. 1894 wurde diese Steuer auf 10 % erhöht. Der Einfluß der Besteuerung auf den Umsatz am Totalisator stellt sich dar, wie folgt:

Bis zum Jahre 1890 (also ohne Steuer) nahm der Umsatz dauernd zu und erreichte im Jahre 1890 die Höhe von 24½ Millionen Mark, während er vom Jahre 1891 ab bis 1893 (also unter Wirkung der 5 %igen Steuer) auf 13 Millionen Mark zurückging. Vom Jahre 1894 ab (also unter der 10 %igen Steuer) sank er auf circa 8½ Millionen Mark. In Folge des Zutretens des neuen großen Rennplatzes in Köln hat er sich im letzten Jahre auf ca. 10 Millionen gehoben. Nach Analogie dieser Erfahrungen läßt sich mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß, wenn eine 20 %ige Besteuerung eintritt, der Betrieb des Totalisators gänzlich aufhört. In diesem Falle würde der Reichsfiskus die jetzige Einnahme von ca. 1 Million jährlich verlieren. Geht der Umsatz am Totalisator aber auch nur um die Hälfte zurück, so würde dann die 20 %ige Besteuerung auch nur, wie jetzt, 1 Million Stempelabgabe einbringen. Der pekuniäre Erfolg würde sich also gleich Null oder 1 Million Minus stellen, die Pferdezucht würde aber in beiden Fällen erheblich geschädigt.

Der Einfluß der Totalisator-Einnahmen auf den Rennbetrieb und die Vollblutzucht und damit auch auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Kavallerie drückt sich in folgenden Zahlen aus:

Bis Ende der 70er Jahre betrug die Zahl der jährlich in Deutschland geborenen Vollblutfohlen nicht über 200, während sie jetzt ca. 500 beträgt. Für die preußische Kavallerie werden jährlich ca. 6000 Remonten im Lande angekauft; unter diesen befanden sich in den letzten Jahren durchschnittlich 680—690 Kinder erster Generation von Vollblut-hengsten, also über 11 Prozent. Rechnet man die Nachkommen zweiter und dritter Generation von Vollblut-hengsten hinzu, so würde sich die obige Zahl vervierfachen; es kann sogar mit Bestimmtheit behauptet werden, daß in der ganzen preußischen Kavallerie kein Pferd existirt, welches nicht einen gewissen Prozentsatz von Vollblut in seinen Adern besitzt. Bei dieser eminenten Wichtigkeit, welche die Zucht nach Leistungen für die Leistungsfähigkeit der Kavallerie besitzt, könnte die Staatsregierung einen Rückgang in den öffentlichen Leistungsprüfungen, auf welchen die Vollblutzucht basirt, nicht ruhig mit ansehen; es würde vielmehr schließlich nichts Anderes übrig bleiben, als den Ausfall aus Mitteln der Einzelstaaten zu decken."

Bei aller Anerkennung der Nothwendigkeit, die Leistungsfähigkeit unserer Vollblutpferde zu prüfen und bei dem weiteren Zugeständniß, daß wir ein solches Zuchtmaterial nicht entbehren könnten, um unsere Landespferdezucht leistungsfähig zu erhalten, wurde jedoch von den verschiedensten Seiten darauf aufmerksam gemacht, wie gefährlich es sein würde, bei der allgemeinen Erhöhung des Lotteriestempels gerade diesen Totalisatorbetrieb steuerfrei oder vielmehr auf dem alten Steuersatz zu lassen. Es sei ein Irrthum, wenn man annehme, daß der Totalisator nur von denen benutzt würde, die den hohen Eintrittspreis zum Rennen bezahlen könnten und deswegen etwaige Verluste auch zu tragen im Stande wären. Im Gegentheil zeige die Erfahrung, daß es nicht die besser situirten Klassen der Bevölkerung wären, die ihr Geld zum Totalisator trügen, sondern daß durch ein weitverbreitetes System von Privatwettbüreaus vielfach Leute aus dem Handwerker- und Arbeiterstande verleitet würden, ihre sauer verdienten Groschen dem Wettbetriebe zu opfern, und unbestreitbar seien zahlreiche Existenzen gerade dadurch zu Grunde gerichtet worden, daß sie dem Spiele verfallen wären und die Lust zu ehrlicher Arbeit verloren hätten. Zuzugeben sei, daß Privatwettbüreaus und Buchmachereien noch gefährlicher seien; wenn dies aber der Fall wäre, so sollte man versuchen, sie unschädlich zu machen oder ganz zu verbieten. Dann würde ja dem Totalisator gerade dasjenige Publikum zufließen, auf dessen Beiträge die Rennvereine nicht glaubten verzichten zu können. Die Erklärungen der Vertreter des preußischen Landwirthschaftsministeriums zeigten aber offenkundig, daß das Gedeihen unserer Vollblutzucht und der Bestand der Rennen nicht abhängig sein könne von einer Begünstigung des Totalisatorbetriebes, denn die angeführten Ziffern über den Rückgang der Totalisatoreinnahmen von etwa 24 Millionen auf etwa 8 Millionen jährlich, bewiesen, daß nicht davon die Rennen abhängig seien, sondern daß ihre Entwicklung auch sonst gesichert wäre. Gerade die in einer den Mitgliedern zugegangenen Broschüre ausgeführten Angaben über die wachsende Zahl der Rennen, der Rennplätze und Rennpreise beweise im Zusammenhang mit den zurückgehenden Totalisatoreinnahmen, daß der Rennsport trotzdem gedeihen könne. Aber selbst, wenn man annehmen wolle, daß die Erhöhung des Stempels im Jahre 1894 den Rückgang in den Totalisatoreinnahmen zur Folge gehabt habe, so sei daraus noch nicht der Schluß zu ziehen, daß von jetzt ab der Totalisator ganz darniederliegen würde und die Rennen und Landespferdezucht und in ihrem Gefolge die Versorgung des Heeres mit brauchbaren Pferden nothleiden würden.

Von einer Seite wurde darauf aufmerksam gemacht, daß vielleicht weniger die Besteuerung der Totalisatoreinsätze zu einer Verminderung der Einnahmen geführt habe als der Umstand, daß man beispielsweise den Offizieren verboten habe, am Totalisator zu setzen. Wenn aber der Totalisator die nothwendige Voraussetzung für die Landespferdezucht und für eine leistungsfähige Kavallerie sei, so hätte man ja umgekehrt allen Kavallerieoffizieren zur Pflicht machen müssen, den Totalisator fleißig zu benutzen. Es finde sich aber an den Rennplätzen ein derartig gemischtes Publikum zusammen, daß die anständigen Leute sich davon fernhielten. Dem sei es vielleicht zuzuschreiben, daß die Wetten am Totalisator minder umfangreich würden. Vor allem müsse aber hervorgehoben werden, daß bei etwa 10 Millionen Mark Totalisatoreinsätzen die Rennkassen davon nur etwa 5 %, also ca. 500 000 ℳ. Bruttoeinnahme bezögen, und sollte wirklich diese Einnahmequelle versiegen, so müßte es den Einzelstaaten ein Leichtes sein, durch Erhöhung der Rennprämien die schädlichen Folgen für unsere Vollblutzucht abzuwenden. Eventuell, das gaben selbst die am weitesten links stehenden Parteien zu, könne das Reich eintreten, um das für nothwendig erkannte Ziel zu erreichen. Man gab deswegen der Anregung, den Totalisator von der erhöhten Stempelsteuer auszuschließen, keine Folge und bewilligte auch die in dem Antrage Drucksache Nr. 713 geforderten verschiedenen Steuersätze von 20 % für inländische und 25 % für ausländische Lotterieloose. Ebenso beschloß man in der Spalte „Berechnung der Stempelabgaben" ausdrücklich hervorzuheben, daß die Stempelabgabe nicht zum Nennwerth der Loose und Ausweise hinzuzurechnen sei und daß die Abstufungen eine Mark für je 4 Mark oder einen Bruchtheil des Betrages ausmachen sollten.

Im Anschluß an die in der Kommission gemachten

Mittheilungen über die wachsende Zahl der Wetten und Wettbüreaus bemühte man sich auch die Ausweise über solche Wetten namentlich auch an auswärtigen Rennplätzen aller Art der Stempelpflicht zu unterwerfen.

Es wurde daher beantragt, den Satz „den Spieleinlagen stehen gleich die Wetteinsätze bei öffentlich veranstalteten Pferderennen und ähnlichen, öffentlichen Veranstaltungen" aus dem Tarif zu streichen, dagegen in dem Text des Gesetzes entsprechende Bestimmungen aufzunehmen.

Die Kommission schloß sich diesen Vorschlägen mit geringfügigen, nachher zu besprechenden, Aenderungen an.

5. Einführung eines Stempels auf Schiffsfrachturkunden.

Der vorgelegte Gesetzentwurf schlägt vor, zur Beurkundung eines Frachtvertrages über die Beförderung von Gütern im freien Verkehr dienende Schriftstücke (Konnossemente) nach zwei verschiedenen Stempelsätzen zu belasten, und zwar zunächst

a) die im Inland ausgestellten mit $1/2$ vom Hundert vom Betrage der Seefracht in Abstufungen von je 10 Pfennig für je 20 ℳ oder einen Bruchtheil dieses Betrages, mindestens jedoch 10 Pfennig für jede Tonne Raummaßes oder, wenn die Berechnung der Fracht nach Gewicht erfolgt, für je 1000 kg der Ladung.

Es sollte aber für alle über dasselbe Frachtgeschäft ausgestellten Konnossemente der Stempel nur einmal erhoben werden.

b) Im Auslande ausgestellte Konnossemente sollten, sofern sie im Inland ausgehändigt werden, 10 ℳ von dem die Ladung fordernden Schriftstück zahlen, sobald das Konnossement über ganze Schiffsladungen lautet, während Urkunden über Theilladungen oder Stückgüter mit 20 Pfennig belastet werden, mindestens jedoch 10 Pfennig für jede Tonne Raummaß bezw. für je 1000 kg der Ladung zahlen sollten. Der Beförderung im Seeverkehr sollte dabei diejenige zwischen ausländischen Seehäfen und deutschen Flußhäfen gleich geachtet werden. Für eingehende Sendungen aus Häfen der Nord- und Ostsee sollten nur $5/10$ der vorgeschlagenen Sätze erhoben werden. Konnossemente über Ladungen von weniger als einer Tonne Raummaß oder 1000 kg Gewicht und weniger als 2 ℳ Fracht sollten von der Steuer frei bleiben.

Der Antrag war bereits in den Vorverhandlungen zur Flottennovelle angekündigt worden und damit begründet, daß, wenn im Interesse des deutschen Seeverkehrs das deutsche Volk gezwungen sei, große Opfer zu bringen zur Verstärkung seiner Seewehr, auch diejenigen, die in erster Linie Nutzen von dieser Maßregel hätten, zu einer gewissen Sonderbelastung herangezogen werden müßten. Es sei ja auch bereits früher dem Reichstage bei Gelegenheit der Finanzreformvorlage in einem Gesetzentwurf ein Stempel auf Konnossemente in Vorschlag gebracht worden, dessen Ertrag man damals, weil es sich um einen Fixstempel handelte, nur auf etwa 1 Million schätzte. Man glaubte, daß es möglich sein würde, jetzt statt eines solchen Fixstempels einen prozentualen Stempel vom Werthe der Fracht zu erheben, und dadurch, wenn der Satz nur niedrig genug bemessen wäre, um den Schiffsverkehr nicht von deutschen Häfen abzulenken, eine sehr viel beträchtlichere Mehreinnahme dem Reiche sichern zu können.

In der Besprechung, die in der Kommission über den oben erwähnten Antrag stattfand, wurden dieselben Gesichtspunkte wiederholt und ganz besonders darauf hingewiesen, daß man hoffe, aus einer solchen prozentualen Besteuerung einen verhältnißmäßig hohen Ertrag erzielen zu können. Die Antragsteller betonten dabei ganz besonders, daß namentlich im überseeischen Verkehr ein Abzug von $1/2$ % des Frachtbetrages gar nicht ins Gewicht fallen könne und auch ohne Belastung des Schiffahrt treibenden Publikums erhoben werden könne. Durch die Fixirung des Mindestbetrages, den der Vorschlag enthalte, sei auch die Möglichkeit gegeben, da, wo der Betrag der Frachten vielleicht unter außergewöhnlichen Umständen besonders niedrig sei oder bei gecharterten Schiffen von dem Verfrachter niedrig berechnet würde, eine leidlich sichere und nicht unbeträchtliche Einnahme dem Reiche zu verschaffen.

Von anderer Seite wurde dagegen hervorgehoben, daß es doch zu einer großen Belastung des Publikums führen müsse, wenn bei der Ausstellung jedes Konnossements erst berechnet werden müßte, wie hoch der Stempelbetrag sich belaufe, und dann noch die Kontrole der Stempelbehörden zu erwarten sei, ob auch der richtige Stempel verwendet sei. Es würde das eine Belastung darstellen, die in gar keinem Verhältniß zu dem Ertrage stünde, welchen der Stempel der Reichskasse bringen könne. Deswegen baten die Vertreter dieser Ansicht, von einer solchen Abgabe Abstand zu nehmen, um so mehr, da gar kein besonderer Grund vorliege, gerade die Schiffahrt extra zu treffen; denn die Flotte würde geschaffen zur Erhaltung des Friedens für das ganze Deutsche Reich, und namentlich, wenn man jetzt nur die Schlachtflotte vermehre, ohne an einen Ausbau der Auslandskreuzer zu denken, die doch im eigentlichsten Sinne zum Schutze des Seeverkehrs vorhanden seien, so liege um so weniger eine Veranlassung vor, diesen in erfreulichster Entwickelung begriffenen überseeischen Verkehr durch derartige kleine Steuermaßregeln mit allen ihren belästigenden Folgen zu erschweren. Ueberdies würde der ganze Ertrag ein unverhältnißmäßig niedriger sein und lasse sich auch nicht annähernd überblicken.

Von anderer Seite wurde dieser wie jeder anderen Verkehrssteuer gegenüber hervorgehoben, daß sie grundsätzlich verwerflich wäre, da nur bei vollem freien Verkehr sich das wirthschaftliche Leben des Volks normal und naturgemäß entwickeln könne. Man schlug von dieser Seite wiederholt vor, lieber statt eines solchen Schiffsfrachtstempels eine Abgabe von den Eisenbahnfahrkarten 1. und 2. Klasse zu erheben, die einen sicheren Ertrag von 20 Millionen der Reichskasse bringen würde.

Von einem der Mitglieder der Kommission, der zugleich Vertreter einer der größten Seehandelsplätze Deutschlands ist, wurde aber ausdrücklich betont, daß die Seestädte und die am Seehandel betheiligten Rhedereien und Firmen sich bereit erklärt hätten, zu den Kosten der Vermehrung unserer Seewehr einen Betrag in Form einer besonderen Besteuerung des Schiffsverkehrs zu tragen; nur müßte die Form so gewählt werden, daß sie so wenig wie möglich den eigentlichen Verkehr belästige. Es komme weit weniger auf die Höhe des Stempels dabei an als auf die Form, in der er erhoben würde, und gegen den in dem Antrag vorgeschlagenen Werthstempel oder prozentualen Stempel ließen sich allerdings mancherlei Bedenken geltend machen.

Von Seiten der Antragsteller wurde aber behauptet, daß eine solche Belästigung durch den vorgeschlagenen Stempel kaum eintreten könne; denn über die Menge und das Gewicht der ein- und ausgehenden Waaren sowie über den Frachtbetrag müsse jeder Rheder volle Klarheit haben und es werde jetzt bereits seit vielen Jahren von allen zur See eingehenden Waaren eine statistische Gebühr von 1 pro Mille erhoben, über deren Belästigung noch nirgends

Klagen laut geworden seien. Der überseeische Verkehr könne diese Belastung sehr wohl tragen, um so mehr, da auch in anderen Ländern, beispielsweise in Frankreich und England und neuerdings in Spanien, ähnliche Konnossementsstempel erhoben würden, in England und Frankreich freilich in der Form eines Fixstempels, aber in letzterem Lande in sehr viel höherem Betrage, als dies hier in Vorschlag gebracht sei. Er betrage für die französische Küstenschiffahrt 1,20 Frcs. für jede Sendung, für den ausländischen Seeverkehr sogar 2,40 Frcs. für die Sendung. In England bestehe ein Fixstempel von 50 Pf. für jedes Konnossement. Spanien habe die höchsten und sehr eingehend spezialisirten Konnossementsstempel, wie aus der Anlage hervorgehe, die auch zeige, daß man sich dort vor der Belästigung des Publikums nicht fürchte. Die Kommission nahm in erster Lesung den Antrag, so wie er eingebracht war, unverändert an.

Beil. 2.

In zweiter Lesung wurde von einem Mitgliede der Kommission bei Bekämpfung der in erster Lesung beschlossenen hohen Prozentabgabe darauf hingewiesen, daß Nordamerika neuerdings ganz gewaltige Anstrengungen mache, seine Handelsflotte zu heben und in der Konkurrenz mit den deutschen Schiffahrtsgesellschaften zu unterstützen; die Vorschläge, die neuerdings dort gemacht werden, durch Schiffsbauprämien und Schiffahrtsprämien die heimische Schiffahrt zu heben, gingen so außerordentlich weit, daß es unsern deutschen Rhedereien immer schwieriger werden würde, mit derartig staatlich unterstützten Schiffahrtsgesellschaften in Wettbewerb zu treten. Er überreichte der Kommission eine über diesen Gegenstand ausgearbeitete Denkschrift, deren Zahlen er im Einzelnen vorführte und begründete, und die Kommission beschloß, diese Denkschrift dem schriftlichen Bericht als besondere Anlage beizufügen.

Beil. 3.

Inzwischen waren aus der Mitte der Kommission verschiedene Abänderungsanträge eingebracht, zuerst der Antrag:

„Konnossemente und Frachtbriefe im Seeverkehr zwischen inländischen und ausländischen Häfen, sofern sie im Inlande ausgestellt oder behufs Empfangnahme oder Ablieferung der darin bezeichneten Sendung im Inlande vorgelegt werden:

a) wenn die Schriftstücke über ganze Schiffsladungen lauten,		die Abgabe ist für jede Sendung nur einmal zu entrichten.
1. bis zu 500 Tonnen	Mark 20,—	
2. über 500 Tonnen .	= 30,—	
b) wenn sie über Theilladungen oder Stückgüter lauten	= —,50	

Dem Seeverkehr steht der Verkehr zwischen See- und Flußhäfen gleich.

Handelt es sich um den Verkehr zwischen deutschen und ausländischen Häfen, welche in der Ostsee oder in der Nordsee, einschließlich der französischen und englischen Häfen im Kanal, gelegen sind, so werden nur $^5/_{10}$ der vorgeschriebenen Beträge erhoben."

Dann 2. ein anderer Vorschlag:

„Zur Beurkundung eines Frachtvertrages über die Beförderung von Gütern im Seeverkehr dienende Schriftstücke (Konnossemente) unterliegen der Stempelpflicht und zwar:

1. im Inland ausgestellte Konnossemente sind in jedem Exemplar, mit Ausnahme der im Besitz des Schiffers bleibenden Abschrift (Kapitänskopie), mit fünfzig Pfennig zu stempeln,
2. die gleiche Stempelpflicht besteht für das im Ausland ausgestellte Konnossement, sofern es im Inlande zur Empfangnahme der Waare dient.

Im Verkehr zwischen Hafenplätzen der Nord- und Ostsee, des Kanals oder der Norwegischen Küste ausgestellte Konnossemente unterliegen der Stempelpflicht nur zu zwei Zehntel.

Konnossemente, welche von einem inländischen Verschiffungsplatz nach einem inländischen Fluß- oder Seehafen ausgestellt werden, sind stempelfrei."

und 3. der Antrag:

„Konnossemente und Frachtbriefe im Schiffsverkehr zwischen inländischen und ausländischen Seehäfen, oder zwischen inländischen Flußhäfen und ausländischen Seehäfen, sofern sie im Inlande ausgestellt, oder behufs Empfangnahme der darin bezeichneten Sendung im Inlande vorgelegt oder behändigt werden . . 1 Mark.

Im Verkehr zwischen Hafenplätzen der Nord- und Ostsee, des Kanals oder der norwegischen Küste ausgestellte, vorgelegte oder behändigte Konnossemente und Frachtbriefe . . . . . 10 Pfennig.

Die Abgabe ist für jede Sendung nur einmal zu entrichten."

Alle diese Anträge gingen davon aus, daß es doch bedenklich sein würde, den Konnossementsstempel prozentual nach dem Werth der Fracht zu berechnen, und daß ein Fixstempel der Bequemlichkeit wegen jedem prozentualen Stempel vorzuziehen sei.

Die Gründe, die dafür angeführt wurden, waren die folgenden: Die Annahme der Vorschläge erster Lesung würde den Verkehr sehr viel mehr belästigen und erschweren, als man bisher gemeint habe, und namentlich der kleineren Schiffahrt der Nord- und Ostsee große Schwierigkeiten bereiten. Denn wenn es sich auch bei der Fracht der großen nach überseeischen Ländern gehenden Schiffe vielleicht um verhältnißmäßig wenige Frachtposten und Konnossemente handle und sich deswegen eine nicht allzu umständliche Berechnung der einzelnen Stempelsätze ergebe, so werde grade in dem kleineren Verkehr der Nord- und Ostsee eine große Menge von Arbeit erledigt werden müssen, welche kaum im Verhältniß stände zu den Einnahmen, die durch solche Stempelabgaben erzielt würden. Hier handle es sich, abgesehen von den ganzen Schiffsladungen, welche hauptsächlich aus Holz, Kohlen und Erzen bestehen, meistens um Theilladungen und bei den vielen regelmäßigen Linien namentlich um Stückgüter. Bei der Beförderung der letzteren werden tausendfach gewöhnliche Frachtbriefe verwendet, welche im Falle einer Besteuerung von allein als Urkunden bezeichneten Konnossementen nicht als genügend angesehen werden dürften.

Die fernere Zulassung auch von Frachtbriefen wäre aber gerade in dem kleineren Verkehr zwischen Deutschland, Dänemark und Schweden dringend wünschenswerth. Die Zahl der besonders für die Tourenfahrten auszustellenden Urkunden sei eine sehr große und steige bei einzelnen Rhedereien der Ostsee mit regelmäßigen Linien von deutschen Häfen auf mehr als 100 000, während die einzelnen Frachtsätze zum Theil minimale wären; bei der Berechnung des Stempels nach der Höhe der Fracht würde diesen Rhedereien ebenso wie den kontrolirenden Beamten eine außergewöhnliche Menge von Arbeit erwachsen und namentlich den Rhedern in einer Zeit zur Last fallen, welche die am wenigsten geeignete für solche Arbeit wäre. Denn die Ausstellung der Konnossemente lasse sich fast immer erst kurz vor Abfahrt des Schiffs bewerkstelligen, da nicht selten bis zum letzten Augenblick Stückgüter eingeliefert würden. Außerdem würde dieser kleine Verkehr, welcher für die Volkswirthschaft von größtem Vortheil sei, durch die vorgesehene Abrundung der Abgabensätze nach oben, trotz des Vorschlages, im Nord- und Ostseeverkehr nur die Hälfte zu erheben, verhältnißmäßig sehr viel stärker be-

lastet als die mit wesentlich höheren Frachtsätzen rechnenden transatlantischen Fahrten.

Es komme weiter in Betracht, daß vielfach die Frachten nicht von vornherein festzustellen sind, daß spezielle Abmachungen bestehen zwischen den Abladern und den Vertretern der Schiffe, die sogenannten Rekaktienverträge, die zumeist darauf basiren, daß nach Einlieferung eines gewissen Quantums von Gütern zu einer bestimmten Periode auf die bezahlten Frachten eine Rückgabe erfolge. Die Beträge solcher Rückgaben seien häufig sehr nennenswerthe; bei der prozentualen Berechnung des Stempels würden aber die zuviel gezahlten Stempelgebühren wohl kaum zurückzufordern sein.

Eine weitere Schwierigkeit erhebe sich in den Fällen, wo Schiffe im Eigenthum von Unternehmern, Fabrikanten oder dergleichen sich befinden oder von solchen großen Unternehmungen auf bestimmte Zeit gechartert sind, bei denen es sich lediglich um Frachtfahrten im Interesse der das Schiff charternden Firma handelt. Hier sei die Fracht im Einzelnen garnicht festzusetzen und würde, wo es sich um billige Massenprodukte handle, die Bemessung des Stempels nach dem Raumgehalt oder dem Gewicht der Ladung eine ungebührliche Härte enthalten. Ebenso wurde weiter darauf hingewiesen, daß sowohl im Verkehr der Ostseehäfen wie neuerdings auch im Verkehr über Hamburg und Bremen nach der Levante und England immer häufiger kombinirte Eisenbahn- und Schiffsfrachturkunden vorkommen, und es auch nicht im Interesse der Rhedereien resp. der Eisenbahngesellschaften liege, zu deklariren, welcher Theil von den Durchgangsfrachten auf den Landverkehr und auf den Seetransport entfalle. Man möge daher auf den Prozentstempel verzichten und dafür einen leicht zu erhebenden und leichter zu kontrolirenden Fixstempel einführen, der natürlich in der sogenannten kleinen Fahrt niedriger bemessen sein müßte als im transatlantischen Verkehr.

Da es aber als eine Ungerechtigkeit erschien, jedes Konnossement gleichmäßig zu besteuern ohne Rücksicht darauf, ob es sich um weite Fahrten und hohe Frachtbeträge oder um eine kurze Versendung von geringen Mengen handle, so glaubten die Antragsteller des unter 1. genannten Antrages, für ganze Schiffsladungen eine besondere Besteuerung fordern zu müssen; sie wollten, um den kleineren Schiffen der Ostsee eine Erleichterung gegenüber den großen Ozeandampfern zu verschaffen, Schiffe bis zu 500 Tons mit 20 ℳ, solche über 500 Tons mit 30 ℳ belasten.

Es wurde gegen diese Forderung eingewendet, daß eine solche Besteuerung ganzer Schiffsladungen, wenn sie auch auf den ersten Blick gerecht erscheine, schwer durchführbar, jedenfalls leicht zu umgehen sei. Denn es würden selten Schiffe in einen Hafen einlaufen, die nichts weiter als eine einzige Waarengattung auf ein Konnossement brächten; sondern es sei die Regel, daß irgendwelche kleinere Beiladung gegeben würde, und dadurch liege die Möglichkeit vor, selbst wenn das Schiff zu $^{9}/_{10}$ mit einer einzigen auf eine Frachturkunde gehenden Waare beladen sei, durch einige Konnossemente über beigeladene Güter, sich der Verpflichtung zu entziehen, den hohen Konnossementsstempel für Schiffsladungen zu zahlen. Eine gesetzliche Feststellung, welches Quantum der Ladung als ganze Schiffsladung betrachtet werden solle, würde aber auch nicht zum Ziele führen und leicht umgangen werden können; denn man könne eventuell eine Ladung von 3000 Tons auf etwa drei verschiedene Konnossemente versenden, von denen jedes als Theilladung nur mit einem geringen Fixstempel belastet wird. Aus diesen Gründen glaubte man davon Abstand nehmen zu müssen, die Konnossemente über ganze Schiffsladungen extra zu besteuern, obgleich von einer Seite wiederholt hervorgehoben wurde, daß es ungerecht und monströs sei, eine kleine Stückgutsendung von wenigen Tonnen Gehalt ebenso zu besteuern wie eine ganze Schiffsladung von 5—6000 Tons.

In dem unter 2 genannten Antrag wurde die Forderung gestellt, daß nicht bloß ein Konnossement über jede Ladung, sondern daß alle ausgestellten Urkunden mit dem gleichen Fixstempel belegt werden sollten; nur die in den Händen des Schiffers verbleibende Abschrift, die sogenannte Kapitänskopie, sollte stempelfrei bleiben. Man glaubte dadurch eine bessere und leichtere Kontrole über die Verwendung des Stempels erreichen zu können; aber es wurde eingewendet, daß man dadurch den Ausfuhrhandel mehr belaste als den Einfuhrhandel, weil von den eingehenden Waaren doch immer nur das eine, die Sendung fordernde Exemplar der Stempelpflicht unterliegen könne, während umgekehrt für ausgehende Sendungen oft eine größere Zahl von Urkunden ausgestellt werden müßte. Beispielsweise wurden im russischen Verkehr durchschnittlich fünf Konnossemente gefordert. Wolle man also jede einzelne Urkunde besteuern, so belaste das gerade die kleinen Fahrten, speziell den Handel nach Rußland, ganz besonders, während in den großen transatlantischen Fahrten zumeist nur 2—3 Konnossemente üblich wären. Deswegen ging der ad 3 gestellte Antrag von dieser Forderung, jedes Konnossement zu besteuern, ab, und erhöhte dafür den Betrag des einzelnen Stempels für die transatlantischen Fahrten auf 1 ℳ. für das zu stempelnde Konnossement, um dadurch für Ein- und Ausfuhr gleiches Recht zu schaffen und die kleinen Fahrten der Nord- und Ostsee zu entlasten.

Für letzteren Verkehr hielt man einen Stempelsatz von 10 Pf. pro Konnossement für völlig ausreichend, weil nach den eingegangenen Petitionen gerade im Verkehr der Nord- und Ostsee sehr zahlreiche Urkunden ausgestellt würden und der Stückgutverkehr überwiegend wäre.

Von den Gegnern eines solchen Schiffahrtstempels wurde hervorgehoben, daß die kleinen Fahrten der Nord- und Ostsee auch diese Belastung schwer empfinden würden und daß man deswegen auf jeden Stempel für diese Art des Seeverkehrs verzichten sollte und nur die transatlantischen Fahrten mit der Abgabe belegen möge.

Die Antragsteller wiesen darauf hin, daß die Schiffahrtsinteressenten der Ostsee in ihren Petitionen selbst den Stempelsatz in der vorgeschlagenen Höhe beantragt hätten und ganz gewiß nicht allzu hart dadurch betroffen würden. Lübeck habe bereits für die von dort ausgehenden Schiffssendungen einen Konnossementstempel eingeführt, ohne daß seine Schiffahrtsinteressen gelitten hätten. Um aber der oben erwähnten Schwierigkeit, daß vielfach nicht auf Konnossemente, sondern auf Durchgangsfrachtbriefe Waaren im Verkehr der Ostsee versendet würden, begegnen zu können, wurde ausdrücklich in dem letzteren Antrag neben den Konnossementen auch der Frachtbriefe Erwähnung gethan. Als Konnossement im Sinne des Gesetzes sollten auch die sogenannten Parcel-Empfangsscheine angesehen werden, die im nordamerikanischen Verkehr der anderweitigen Zollbehandlung wegen vielfach beliebt sind.

Um volle Klarheit darüber zu schaffen, welcher Schiffsverkehr der Stempelpflicht unterworfen werden sollte, wurde in der Kommission festgestellt, daß man die sogenannten Küstenfahrten von deutschen Häfen nach deutschen Häfen natürlich stempelfrei lassen wolle, daß nur der Seeverkehr zwischen inländischen und ausländischen Seehäfen getroffen werden sollte, daß aber auch der Verkehr zwischen inländischen Flußhäfen und ausländischen Seehäfen der Stempelpflicht unterliegen solle, um nicht die Rheinhäfen, die ein gut Theil ihrer Waaren nach Amsterdam und Rotterdam versenden

oder von dort beziehen, besser zu stellen als die Versender der deutschen Nord- und Ostseeküste. Es wurde dabei die Frage aufgeworfen, ob man nicht statt „Seehafen" einfach das Wort „Hafen" brauchen solle, weil Sendungen auch nach ausländischen Flußhäfen stattfinden, z. B. nach Rosario, bei denen man vielleicht im Zweifel sein könnte, ob sie als Seehäfen anzusehen wären.

Es wurde jedoch als die übereinstimmende Meinung der Kommission festgestellt, daß diejenigen Flußhäfen als Seehäfen angesehen werden müßten, bis zu denen ein unmittelbarer Seeschiffsverkehr stattfindet, so daß also beispielsweise Köln, welches direkten Seeschiffsverkehr mit Petersburg unterhalte, im Sinne dieses Gesetzes als Seehafen angesehen werden müsse, ohne daß daraus folge, daß nun alle unterhalb Köln liegenden Rheinhäfen als Seehäfen zu gelten hätten.

Ferner wurde ausdrücklich festgestellt, daß der Verkehr zwischen deutschen Häfen und ausländischen Häfen eines Binnensees, wie des Bodensees, nicht der Stempelpflicht unterworfen sein sollte, da es sich hier nicht um einen eigentlichen Seeverkehr handle.

Um aber zum Ausdruck zu bringen, daß der Schiffsverkehr zwischen den deutschen Rheinhäfen und den holländischen Seehäfen nicht der höheren Abgabe von 1 *M.*, sondern der niedrigeren von 10 Pfennig für jedes Konnossement unterliegen solle, wurden nachher von der Redaktionskommission in dem ad 3 genannten Antrage hinter den Worten „im Verkehr zwischen" die Worte eingeschaltet „inländischen Hafenplätzen und ausländischen".

Der Antrag Nr. 3 wurde schließlich in der Kommission in der so veränderten Fassung mit großer Mehrheit angenommen.

6. Einführung eines Stempels auf Schiffsfahrkarten.

In dem der Kommission überwiesenen Antrag war für Fahrkarten, Fahrscheine oder sonstige Ausweise über erfolgte Bezahlung des Personenfahrgeldes im Seeverkehr von inländischen nach ausländischen Häfen für die Fahrt in zweiter Kajüte ein Stempelbetrag von 2,50 *M.* für jede einzelne Fahrkarte in Vorschlag gebracht, für die Fahrt in erster Kajüte dagegen ein solcher von 10 *M.* Für Fahrten nach Seehäfen der Nord- und Ostsee und des Kanals sollten nur $^2/_{10}$ der vorerwähnten Sätze erhoben werden.

Diese Forderung war damit begründet worden, daß die verstärkte deutsche Flotte in erster Linie dem Seeverkehr zu Gute kommen solle und deswegen auch diejenigen, die unsere großen Passagierdampfer zur Fahrt ins Ausland benutzen, zu einer besonderen Abgabe zum Zwecke der Flottenvermehrung sehr wohl herangezogen werden könnten. Es wurde dabei darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika als Kriegssteuer eine sehr bedeutende Abgabe von jeder verkauften Fahrkarte nach überseeischen Ländern einzögen und daß dieser Fahrkartenstempel beispielsweise auch auf deutschen Schiffen zu Gunsten der amerikanischen Staatskasse eingefordert würde. Der Betrag der in der Vorlage geforderten Stempel sei jedenfalls ein derartiger, daß er an und für sich als eine besondere Belastung der Reisenden nicht anzusehen sei, denn in den kleinen Fahrten würden für die Ueberfahrt in erster Kajüte nur 2 *M.*, in zweiter Kajüte nur 50 ₰ erhoben werden. Für die großen Fahrten nach Amerika und Ostasien spiele aber ein Betrag von 10 *M.* für die Reisenden der ersten Kajüte gar keine Rolle, denn es würde gewöhnlich auf diesen Dampfern sehr viel mehr neben den eigentlichen Fahrpreisen an Trinkgeldern u. s. w. ausgegeben, und wenn die Reisenden, die auf deutschen Schiffen von Amerika nach Europa hinüberfahren, es sich ohne Weiteres gefallen lassen, einen Betrag in doppelter Höhe an die amerikanische Staatskasse zu zahlen, so würden durch die deutsche Abgabe die Passagiere von den gut renommirten Schnelldampfern unserer großen Schifffahrtskompagnien gewiß nicht ferngehalten werden.

Es machten sich aber bereits in erster Lesung gegen diese anfangs vertretene Anschauung sehr lebhafte Bedenken geltend. Namentlich wurde darauf hingewiesen, daß der Vergleich mit der von Amerika erhobenen Kriegssteuer doch nicht ohne Weiteres zuzulassen sei, denn dort sei die Abgabe nur als eine vorübergehende gedacht, um außergewöhnliche Kriegslasten zu tragen, während sie bei uns als dauernde Einnahmequelle für das Reich in Vorschlag gebracht sei. Außerdem sei nach den neuesten Nachrichten in den Vereinigten Staaten die Absicht vorhanden, diese Fahrkartensteuer in nächster Zeit aufzuheben. Deutschland würde dann die einzige seefahrende Nation sein, die von den Passagieren ihrer Schiffe einen derartigen Zuschuß zur Erhaltung ihrer Seewehr fordere, und der Betrag dieses Zuschusses würde die Mühe nicht lohnen. Was aber Amerika ohne Bedenken thun konnte, da eben die Reisenden, die von dort nach Europa gehen wollten, keine andere Wahl hätten, als einen Hafen in den Vereinigten Staaten zu benutzen, und sich schwerlich entschließen würden, der Fahrkartensteuer wegen den Umweg über kanadische Häfen zu machen, das treffe für unsere Schiffahrtsverhältnisse nicht zu. Denn die Reisenden, die von Europa nach Amerika hinüber wollten, hätten nicht bloß die deutschen Häfen, sondern ebenso die holländischen, französischen und englischen Häfen zur Verfügung, und deren große Schnelldampferlinien stünden in lebhaftem Wettbewerb mit unseren eigenen großen Schiffahrtsgesellschaften. Es komme aber noch hinzu, daß unsere Dampfergesellschaften den übrigen gegenüber wesentlich benachtheiligt sind, da ihre Schnelldampfer stets die gefährliche Fahrt durch den Kanal und die nicht gerade angenehme durch die Nordsee zu machen hätten, während die amerikanischen, englischen, französischen und holländischen Gesellschaften diese längere Seefahrt und die Gefahren des Kanalverkehrs zum großen Theil vermeiden könnten. Die Folge davon wäre, daß ein großer Theil der Passagiere, die mit deutschen Dampfern fahren wollten, erst in Southampton oder in Cherbourg an Bord gingen, und man würde diese Tendenz, erst in ausländischen Häfen die deutschen Schiffe zu betreten, noch wesentlich verstärken, wenn man in Bremen und Hamburg die Schiffahrtsabgabe erheben wollte; denn es sei doch selbstverständlich, daß man in Southampton und Cherbourg keine versteuerte Ueberfahrtskarten ausgeben könne. Wenn aber diese Neigung, die deutschen Einfuhrhäfen zu vermeiden, durch eine solche Abgabe verstärkt würde, so brächte das der Volkswirthschaft viel mehr Schaden, als der Ertrag dieser Abgabe Nutzen bringen könne. Denn es läge im Interesse unserer Verkehrsentwickelung, daß wir die meist sehr wohlhabenden Reisenden Nordamerikas möglichst nach Deutschland zögen, sie in Bremen und Hamburg, nicht in Southampton und Cherbourg landen ließen und es ihnen allseitig erleichterten, aus unseren Seehäfen die Rückfahrt anzutreten, weil sie dadurch selbstverständlich in viel höherem Maße die deutschen Interessen förderten und ihre Ausgaben den deutschen Produzenten aller Art zu Gute kommen würden.

Aus allen diesen Gründen wurde bereits in erster Lesung der Vorschlag, eine besondere Abgabe für Schiffahrkarten zu erheben, allerdings nur mit geringer Mehrheit, abgelehnt, aber in zweiter Lesung nicht wieder erneuert.

II. Aenderungen des Reichsstempelgesetzes.

Durch die in dem Antrage Nr. 713 geforderten Veränderungen im Tarif des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 sowie durch die zu diesem Antrage in der Kommission gefaßten Beschlüsse würde eine Aenderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 erforderlich, über die im Einzelnen noch kurz Folgendes zu berichten ist.

Artikel 1.

Es wurde für zweckmäßig erachtet, anstatt, wie es in dem vorgelegten Antrag der Fall war, den Tarif in das Gesetz hineinzuarbeiten, ihn ebenso wie in dem bisherigen Gesetze als besondere Anlage diesem Gesetze beizufügen. Daraus ergiebt sich die von der Kommission beschlossene Fassung, wie sie aus der anliegenden Zusammenstellung ersichtlich ist. Die Artikel 2 bis 5 des vorgelegten Antrages kommen deshalb in Fortfall.

Artikel 2.

Da der bisherige §. 1 des Reichsstempelgesetzes inhaltlich bedeutungslos ist, hielt man es für zweckmäßiger, statt eine Aenderung der angezogenen Ziffern vorzunehmen, diesen Paragraphen ganz zu streichen. Die weiteren Aenderungen im § 2 sind redaktioneller Natur.

Artikel 3.

Entsprechend einem, von dem Antrage unter Artikel 6 gemachten Vorschlage, wurde dem §. 6 Abs. 1 die aus der Zusammenstellung ersichtliche Fassung gegeben, wonach alle vor dem 1. Juli 1900 ausgegebenen inländischen und mit dem Reichsstempel versehenen ausländischen Werthpapiere nach den bisherigen Vorschriften zu behandeln sind, ebenso wie die auf später auszustellende inländische Werthpapiere bereits vorher geleisteten Zahlungen.

Artikel 4.

Die Aenderungen, wie sie im §. 8 Abs. 3 und §. 9 vorgeschlagen sind, waren erforderlich, um die Bestimmungen dieses Gesetzes mit denen des inzwischen neuerlassenen Handelsgesetzbuches in Einklang zu bringen.

Im §. 10 Abs. 1 soll hinter die Worte „das abgabepflichtige Geschäft" eingeschaltet werden „am Tage des Geschäftsabschlusses". Dieser Zusatz wurde von der Kommission deswegen beschlossen, weil man bei der Berathung der Vorschläge, betreffend die Kompensationsgeschäfte, von der Ueberzeugung ausgegangen war, daß es zweckmäßig sein würde, durch eine solche Bestimmung die Kommissionäre zu veranlassen, noch an demselben Tage die Schlußnoten über die abgeschlossenen Geschäfte auszustellen, um ein Hinausschieben des Geschäftes und einen Kursschnitt möglichst zu hindern.

Zwar wurde dagegen von einzelnen Seiten der Einwand erhoben, daß es für manche Banken, bei denen im großen Umfange solche Geschäfte zu erledigen wären, nicht leicht sei, am selbigen Tage die Schlußnoten auszustellen, und daß es namentlich für gewisse Zeiten eine ungerechtfertigte Härte enthalten könnte, solchen Zwang auszusprechen. Beispielsweise wurde darauf hingewiesen, daß es Sitte geworden sei, am Sonnabend oder dem einen Festtage vorhergehenden Wochentage bereits um 3 Uhr Nachmittags die Bureaus der Banken zu schließen. An solchen Tagen würde es kaum möglich sein, innerhalb der dann nach dem Börsenschluß verbleibenden Zeit alle Schlußnoten ordnungsmäßig auszustellen und mit dem nöthigen Stempel zu versehen.

Die Mehrheit der Kommission erachtete diese Schwierigkeiten aber nicht für so gewichtig, daß man von jener Vorsichtsmaßregel Abstand nehmen sollte, beschloß aber an Stelle des in erster Lesung angenommenen Zusatzes „an demselben Tage" die obigen Worte: „am Tage des Geschäftsabschlusses" einzuschalten.

Der neu eingefügte §. 12a ist bereits oben bei der Besprechung der Verhandlungen über die Kompensationsgeschäfte ausführlich erörtert worden, und kann deswegen an dieser Stelle auf die dortigen Bemerkungen verwiesen werden. Die weiteren Aenderungen im §. 14 und §. 15 dieses Gesetzes sind redaktioneller Art.

Artikel 5.

Der Abschnitt III, der bisher die Ueberschrift „Lotterieloose" hat, soll nach den Beschlüssen der Kommission in Zukunft die Ueberschrift „Spiel und Wette" tragen, weil man außer den eigentlichen Lotterieloosen in Folgendem die Spiel- und Wetteinlagen stempelpflichtig machen will.

Ueber die allgemeinen Erörterungen, die bei dieser Gelegenheit stattfanden, und die Gesichtspunkte, von denen man bei Berathung der vorgelegten Anträge ausging, ist bereits oben bei der Besprechung der Beschlußfassung zum Tarife ausführlich gehandelt worden und kann deshalb an dieser Stelle darauf verwiesen werden. Das Streben der Kommission ging dahin, auch Wetten und Spieleinlagen stempelpflichtig zu machen, weil man allseitig zugestand, daß nicht bloß die bisher besteuerten Wetten am Totalisator den Charakter des Spiels hätten, sondern in noch viel höherem Maße die durch private Buchmacher und Wettbureaus vermittelten Spieleinlagen und Wetteinsätze. Wenn aber Anfangs der Antrag gestellt war, nur bei öffentlich veranstalteten Pferderennen die Wetten steuerpflichtig zu machen, so wurde in der Kommission darauf hingewiesen, daß in neuerer Zeit das Wetten immer mehr auch bei anderen öffentlichen Rennen, namentlich bei Radfahrrennen und bei Regatten im Segel- und Rudersport sich eingebürgert habe und es deswegen zweckmäßiger sei, statt „Pferderennen" nur „Rennen" zu sagen.

Um den Stempel erheben zu können, fügte man dem §. 22 die Bestimmung hinzu, daß jeder, der im Inlande solche Wetteinsätze entgegennimmt, verpflichtet sein soll, versteuerte Ausweise darüber auszustellen. Da aber auch von Seiten der verbündeten Regierungen anerkannt wurde, daß Wetten nicht bloß bei einheimischen Rennen vom deutschen Publikum im großen Umfange entrirt werden, sondern daß auch ausländische Wettunternehmungen bei öffentlichen Rennen in großem Maßstabe von deutschen Angehörigen unterstützt werden, so beschloß die Kommission, dem §. 24 einen Abs. 2 und 3 anzufügen, wonach auch diese Wetten im Auslande steuerpflichtig sein sollen und versteuerte Ausweise von denjenigen ausgestellt werden müssen, welche Wetten der bezeichneten Art vermitteln. Zur Kontrole darüber soll den Steuerbehörden die Aufsicht über die gewerbsmäßigen Vermittler von Wetten nach näherer Bestimmung des Bundesraths übertragen werden.

Durch eine Veränderung der angezogenen Paragraphen und §. 26 Abs. 1 konnte der Abs. 2 des Gesetzes in Fortfall kommen, wie das von der Kommission in zweiter Lesung beschlossen wurde.

Artikel 6.

Die Veränderungen im ersten Absatz des §. 29 durch Einsetzung des Datums vom 1. Juli 1900 sind die Folgen der unten bezeichneten Beschlüsse, daß dieses Gesetz mit dem 1. Juli 1900 in Kraft treten soll. Da nun aber in neuester Zeit zu den bisher bestandenen Staatslotterien noch neue hinzugekommen sind, deren Spielzeit nicht mit den älteren Lotterien zusammenfällt, so wurde von einer Seite in erster

Lesung der Antrag gestellt, dem §. 29 einen zweiten Absatz hinzuzufügen:

„Auf Loose von inländischen Staatslotterien findet die vorstehende Bestimmung Anwendung, wenn die Ausgabe der Loose auch nur für eine Klasse vor dem 1. August 1900 begonnen hat."

Von anderer Seite wurde dazu der weitere Antrag gestellt, statt „vor dem 1. August 1900" zu sagen: „vor dem 1. Oktober 1900". Der Antragsteller wies darauf hin, daß von den sieben bisher bestehenden Staatslotterien drei ihre Loosausgabe am 1. April und 1. Oktober beginnen, während vier andere den 1. Januar und 1. Juli als Ausgabetermine festhalten. Wolle man also eine gleiche Behandlung einführen, so sei es zweckmäßiger, den 1. Oktober einzusetzen, wodurch namentlich die erst seit einem halben Jahre eingeführte und z. Zt. noch mit großen Schwierigkeiten kämpfende hessische Landeslotterie im Stande sein würde, an dem für dieses Jahr aufgestellten Spielplan festzuhalten.

Es wurde aber von anderer Seite darauf hingewiesen, daß bei den verschiedenen Terminen der Loosausgabe eine absolute Gleichstellung doch nicht zu erreichen wäre, und durch Annahme des 1. Oktober die älteren Lotterien, namentlich die preußische geschädigt werden würden. Es handele sich übrigens nicht bloß um die hessische Lotterie, sondern ebenso um die mecklenburgische und lübeckische, die gleichfalls am 1. April und 1. Oktober ihre Loosausgabe beginnen. Wollte man denen also die Vergünstigungen des Antrages zu Theil werden lassen, so würde das für dieses Jahr eine Mindereinnahme von etwa einer Million Mark bedeuten.

Die Kommission lehnte deswegen den Antrag, den 1. Oktober als Anfangstermin einzusetzen, mit großer Mehrheit ab, obgleich der Vertreter der Großherzoglich hessischen Regierung nachdrücklichst für die Gewährung dieses späteren Termins im Interesse der Lotterieverwaltung des Großherzogthums eintrat.

Der weitere Antrag, den 1. August einzusetzen, wurde daraufhin von den Antragstellern zurückgezogen.

In der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs wurde aber ein anderer Absatz dem §. 29 angefügt, dahin lautend:

„Auf den Betrieb der Totalisatoren auf den Rennplätzen finden die bisherigen Bestimmungen bis zum 1. Januar 1901 Anwendung."

Nachdem, wie oben dargestellt, der Versuch, den Totalisatorbetrieb überhaupt von der erhöhten Stempelpflicht freizulassen, an dem Widerstande der Mehrheit der Kommission gescheitert war, wurde von denen, die früher zu Gunsten des Totalisators eingetreten waren, der Antrag eingebracht, man möchte wenigstens für dieses Etatsjahr bis zum 1. Januar 1901 noch nach der alten Methode besteuern. Als Grund dafür wurde angeführt, daß die Rennvereine auf die Erträge dieser Totalisatoren angewiesen seien und eine Unterstützung durch die Kasse der Einzelstaaten, wie sie vorher als Ersatz für die in Wegfall kommenden Einnahmen vorgeschlagen war, erst bei der Aufstellung des neuen Etats möglich sein würde. Man schätzte das Defizit, das dem preußischen Rennverein erwachsen würde, auf etwa 800 000 *M.*, die für die Interessen der Landes-Pferdezucht unentbehrlich seien. Es würde aber z. B. dem preußischen Herrn Landwirthschafts-Minister, nachdem der Etat für das laufende Jahr abgeschlossen ist, nicht möglich sein, auf andere Weise Ersatz für diesen Ausfall zu schaffen. Deswegen möge man bis zum Inkrafttreten des neuen Etats, der erhöhte Mittel zur Verfügung stellen könne, es beim Alten bewenden lassen.

Diesen Ausführungen wurde jedoch entgegengehalten, daß man fürchte, es solle auf diese Weise nur die Besteuerung des Totalisators, die man eben beschlossen habe, wieder auf Umwegen aus dem Gesetz herausgebracht werden. Man möge deshalb von jener Ausnahme-Bestimmung zu Gunsten dieser Wetteinlagen Abstand nehmen. Obgleich nun von den Befürwortern des Antrages wiederholt versichert wurde, daß es nur die finanziellen Bedenken seien, die sie zu dem Antrage veranlaßt hätten, so lehnte es die Kommission doch ab, den Termin auf den 1. April hinauszuschieben, stimmte aber einem Vermittelungsvorschlage zu, statt dessen den 1. Januar 1901 einzustellen, in der Meinung, daß in den Wintermonaten vom Januar bis zum April doch kaum Rennen stattfinden und deshalb jene finanziellen Bedenken wohl vollauf berücksichtigt würden, wenn man den 1. Januar als Beginn der neuen Bestimmung festsetze.

Artikel 7.

Die Beschlüsse dieses Artikels sind die nothwendigen Ergänzungen der unter Tarifnummer 6 beschlossenen Besteuerung der Schiffsfrachturkunden. Auf ihre Begründung ist oben bei Besprechung des Tarifs ausführlich eingegangen und kann darauf verwiesen werden. Die Aenderungen, die in den Beschlüssen der Kommission gegenüber dem Antrage unter Nr. 713 vorgenommen sind, sind zumeist redaktioneller Art, oder es sind die nothwendigen Folgen der Beschlüsse der Kommission, die an Stelle des vorgeschlagenen prozentualen Stempels vom Frachtbetrage den einfachen Fixstempel setzte. Weitere Erörterungen haben sich in der Kommission an diese Ausführungsbestimmungen nicht geknüpft. Da der unter Nr. 7 des Tarifs in dem Antrag vorgeschlagene Fahrkartenstempel von der Kommission abgelehnt worden war, so fallen auch die §§. 30k bis 30p des Antrags fort.

Artikel 8.

Die hier vorgeschlagene veränderte Fassung des §. 39 Abs. 2 des Gesetzes ist bereits oben bei der Besprechung des Umsatzstempels ausführlich begründet worden.

Artikel 9.

Da der ganze Gesetzesvorschlag nur im Zusammenhang mit dem zur Berathung vorliegenden Gesetze, betreffend die deutsche Flotte, eingebracht war, so suchten die Antragsteller Vorsorge zu treffen, daß die Mehreinnahmen, die sich aus dem baldigen Inkrafttreten dieses Gesetzes über das Etatssoll des gegenwärtigen Rechnungsjahres hinaus ergeben, nicht als Ueberweisungen den Einzelstaaten zu Gute kämen, sondern dem Reiche verblieben. Man begründete das damit, daß der Etat, so wie er gegenwärtig Gesetz geworden ist, von den Einzelstaaten angenommen sei und keine Veranlassung vorliege, die ziemlich beträchtlichen Mehreinnahmen, die man für den noch ausstehenden Zeitraum des laufenden Rechnungsjahres erwarten könne, den Einzelstaaten zuzuweisen. Im Gegentheil habe die Reichsregierung in den während der Session vorgelegten Gesetzentwürfen gerade genug bewiesen, wie nothwendig eine Vermehrung der Betriebsmittel der Reichskasse gegenwärtig sei. Man möge deswegen den Betrag von 20—25 Millionen, der möglichenfalls als Ergebniß dieses Gesetzes noch im Laufe des jetzigen Jahres an Mehreinnahme zu erwarten sei, zu diesem Zwecke für die Reichskasse reserviren, und dadurch eine wenn auch nicht ausreichende so doch immer annehmbare Erleichterung der schwierigen Lage unserer Reichskasse herbeiführen. Die Kommission, welche die hiermit zusammenhängenden Fragen allgemein finanzieller Art, wie sie sich aus §. 45 des Stempelgesetzes ergeben, bereits bei Gelegenheit der Beschlußfassung über das Flottengesetz eingehend durchgesprochen hatte, nahm hier ohne weitere Erörterung den Vorschlag an.

Um den Zusammenhang mit dem Flottengesetz deutlich zum Ausdruck zu bringen und dafür Sorge zu tragen,

daß gleichzeitig mit dem Gesetz, betreffend die deutsche Flotte, die neuen Steuern in Kraft treten sollen, und das eine Gesetz nicht ohne das andere zu verabschieden sei, wurde der Abs. 2 in zweiter Lesung dem ursprünglichen Antrage eingefügt und dadurch der 1. Juli 1900 als Datum des Inkrafttretens des Gesetzes bezeichnet, obwohl von Seiten des Reichsschatzamtes Zweifel geäußert wurden, ob bis dahin alle Ausführungsbestimmungen getroffen werden könnten. Der Abs. 3 ist entsprechend dem früheren Gesetz wieder aufgenommen und nur der Thatsache Rechnung getragen, daß inzwischen ein neues Handelsgesetzbuch in Kraft getreten ist, auf das bei der Verweisung im Einzelnen, wie oben geschehen, Rücksicht zu nehmen ist. Die Kommission schlägt daher vor, das Gesetz in der aus der Zusammenstellung ersichtlichen Form anzunehmen.

III. Veranschlagung der zu erwartenden Mehreinnahmen.

Bezüglich des muthmaßlichen Ertrages der von der Kommission beschlossenen Veränderungen des Stempelsteuergesetzes vom 27. April 1894 wurde vom Reichsschatzamt folgende Zusammenstellung überreicht, in der die Ergebnisse der Beschlüsse erster Lesung berechnet waren.

I. (Tarifnummer 1a.) Für inländische Aktien ist ein Steuersatz von 2 vom Hundert in Aussicht genommen. In den letzten zwei Jahren, für welche genaue Uebersichten vorliegen, d. h. in der Zeit vom 1. Januar 1898 bis 31. Dezember 1899 sind an Reichsstempelabgabe für inländische Aktien bei einem Steuersatze von 1 vom Hundert im Durchschnitt jährlich 11 054 638 ℳ aufgekommen. Die zu erwartende Mehreinnahme berechnet sich somit auf		11 054 638 ℳ
II. (Tarifnummer 1b.) Für ausländische Aktien ist ein Steuersatz von $2^1/_2$ vom Hundert in Aussicht genommen. In den Kalenderjahren 1898 und 1899 sind bei einem Steuersatze von $1^1/_2$ vom Hundert an Reichsstempelabgabe für ausländische Aktien durchschnittlich jährlich 404 242 ℳ aufgekommen. Zu erwarten ist sonach künftig ein Betrag von 673 736 ℳ oder mehr		269 494 =
III. (Tarifnummer 2b.) Für ausländische Renten- und Schuldverschreibungen ist eine Abgabe von 8 vom Tausend vorgesehen. Bei dem bisherigen Satze von 6 vom Tausend sind in den Kalenderjahren 1898 und 1899 durchschnittlich 4 027 642 ℳ aufgekommen. Die künftige Einnahme berechnet sich hiernach auf 5 370 189 ℳ jährlich, oder mehr .		1 342 547 ℳ
IV. (Tarifnummer 4a.) Für Geschäfte über Werthpapiere der vorstehend unter I, II und III aufgeführten Art ist eine Abgabe von $^3/_{10}$ vom Tausend in Aussicht genommen. In den Kalenderjahren 1898 und 1899 sind an Stempelabgabe für Geschäfte über Werthpapiere bei einem Abgabensatze von $^2/_{10}$ vom Tausend durchschnittlich 13 592 589 ℳ aufgekommen. Nach den Aeußerungen Sachverständiger kann angenommen werden, daß von diesem Betrage rund 10 000 000 ℳ auf Geschäfte über ausländische Werthpapiere und inländische Aktien entfallen. Es kann mithin bei einer Erhöhung der Abgabe für diese Geschäfte von $^2/_{10}$ auf $^3/_{10}$ vom Hundert auf eine Mehreinnahme von . . gerechnet werden.		5 000 000 =
V. Für inländische Lotterieloose ist eine Stempelsteuer von 20 vom Hundert, für ausländische von 25 vom Hundert in Aussicht genommen. Die Abgabe soll dabei vom Nennwerthe der Loose mit Ausschluß des auf die Reichsstempelabgabe entfallenden Betrags berechnet werden. In den Kalenderjahren 1898 und 1899 sind bei einem Satze von 10 vom Hundert für Loose zu Privatlotterien durchschnittlich 3 573 345 ℳ aufgekommen. Hierbei ist jedoch die Abgabe vom Nennwerthe einschließlich des auf die Reichsstempelabgabe entfallenden Betrags erhoben worden. Bei einer Erhöhung der Abgabe auf 20 vom Hundert kann daher nicht auf eine Verdoppelung der Einnahme, sondern nur auf eine Mehreinnahme von rund . . . . . 3 000 000 ℳ gerechnet werden.		
Das Aufkommen an Reichsstempelabgabe für Loose zu Staatslotterien ist im Etat für das Rechnungsjahr 1900 mit 18 904 000 ℳ. zum Ansatz gekommen. Da diesem Ansatz ein Abgabensatz von 10 vom Hundert zu Grunde liegt, so ist bei einer Erhöhung der Abgabe auf 20 vom Hundert eine Mehreinnahme von . . . . . 18 904 000 = zu erwarten.		
	Seite . . .	17 666 679 ℳ

Uebertrag . . .	17 666 679 ℳ
Eine weitere Einnahmesteigerung aus dem Lotteriestempel ist durch den Umstand bedingt, daß bei der obigen Berechnung der Mehreinnahme für Loose zu Privatlotterien nicht berücksichtigt ist, daß die Abgabe für einen Theil dieser Loose, die ausländischen, nicht um 10, sondern um 15 vom Hundert erhöht werden soll. Die Differenz kann jedoch nur geringfügig sein und deshalb hier außer Ansatz bleiben.	
Das gesammte Mehraufkommen aus dem Lotteriestempel ist hiernach zu veranschlagen auf	21 904 000 „
VI. Aus der einzuführenden Stempelabgabe für Schiffsfrachturkunden (Konnossemente) kann nach den angestellten Ermittelungen eine jährliche Einnahme von etwa . . . . . erwartet werden.	2 000 000 „
VII. Aus der Erweiterung des Kreises der stempelpflichtigen Waarengeschäfte (Tarifnummer 4b) ist auf eine Mehreinnahme von nicht unter . . . . . zu rechnen.	1 000 000 „
VIII. Zu einer einigermaßen zuverlässigen Schätzung der Mehreinahmen aus den weiter in Aussicht genommenen Aenderungen des Reichsstempelgesetzes —	
der Einführung einer Abgabe für Kuxe von 15 ℳ von jedem einzelnen Antheil;	
der Erhöhung der Stempelabgabe von anderen als den an Stelle erloschener Aktien ausgegebenen Genußscheinen und zwar für inländische von 3 auf 15 ℳ, für ausländische von 5 auf 20 ℳ;	
der Einführung eines Umsatzstempels von 1 vom Tausend für Bergwerkantheile und	
der Heranziehung der sogenannten Kompensationsgeschäfte zur Reichsstempelabgabe —	
fehlt es an den erforderlichen rechnerischen Unterlagen. Diese Mehreinnahmen werden jedoch auch bei vorsichtiger Schätzung auf 2 bis 3 Millionen Mark für das Jahr angenommen werden können. Es wird daher, zugleich zur Abrundung, ein Mindestbetrag von . . . . . in Ansatz gebracht.	2 429 321 „
Das gesammte Mehraufkommen in Folge der vorgesehenen Abänderung des Reichsstempelgesetzes ist somit auf . . . . . zu veranschlagen.	45 000 000 ℳ

Anmerkung. Bei den Veranschlagungen zu Nr. I bis V ist vorausgesetzt worden, daß nicht etwa in Folge der vorzunehmenden Erhöhungen der Abgabensätze die Ausgabe der künftig höher besteuerten Werthpapiere wesentlich abnimmt, oder eine erhebliche Einschränkung der Kauf- u. s. w. Geschäfte über ausländische Werthpapiere und inländische Dividendenpapiere eintritt, oder die Zahl und der Nennwerth der in Deutschland gespielten Lotterieloose fühlbar zurückgeht.

Die Beschlüsse der zweiten Lesung haben die Grundlagen dieser Berechnung wesentlich geändert. Nach Annahme der Kommission würde die finanzielle Wirkung dieser Beschlüsse etwa die folgende sein:

Zu I (Tarifnummer 1a) sind die neu auszugebenden Aktien nicht mehr nach ihrem Nennwerthe, sondern nach dem Ausgabekurse zu besteuern, und dürfte daraus eine Mehreinnahme von mindestens 3 Millionen Mark zu erwarten sein.

Zu III (Tarifnummer 2b) ist die in erster Lesung beschlossene Erhöhung des Stempels von $^6/_{10}$ auf $^8/_{10}$ vom Tausend wieder aufgehoben. Die in Ansatz gebrachten 1 342 547 ℳ würden also in Wegfall kommen.

Ebenso würden aus Nr. IV die Umsätze in ausländischen Staats- und Kommunalpapieren wie in Renten- und Schuldverschreibungen ausländischer Eisenbahnen auszuscheiden sein, da auch für sie entgegen den Beschlüssen erster Lesung an dem bisherigen Stempelsatz festgehalten wurde. Da aber eine genaue Scheidung der Umsätze nicht möglich ist, jedenfalls aber die festverzinslichen Werthe nur einen kleinen Bruchtheil aller Umsätze ausmachen, so wird die angesetzte Summe unter den der Berechnung zu Grunde liegenden Voraussetzungen sich wohl nur wenig ändern. Immerhin dürfte eine Mindereinnahme von ca. 500 000 ℳ in Anschlag zu bringen sein.

Die hier entstandenen Ausfälle an erwarteten Mehreinnahmen dürften sich aber reichlich ausgleichen durch die Resultate der zu Tarif Nr. 2a und 2c und 3 gefaßten Beschlüsse.

Freilich liegen auch darüber keine genauen Schätzungen vor, aber die Verdoppelung des Emissionsstempels für Renten- und Schuldverschreibungen inländischer Kommunen und Kommunalverwaltungen (Tarif Nr. 3) wird mindestens eine Mehreinnahme von 300 000 ℳ bringen.

Die Steigerung des Stempels für inländische Renten- und Schuldverschreibungen von Korporationen und Gesellschaften (Tarif Nr. 2a) von 4 auf 6 vom Tausend, für ausländische Obligationen derart (Tarif Nr. 2c) auf 1 vom Hundert wird mindestens $1^1/_2$ Millionen Mehreinnahmen bringen können.

V. Ob die in zweiter Lesung beschlossene anderweitige Berechnung der Stempelabgabe für Schiffsfrachturkunden eine Minderung der in die Berechnung eingestellten Einnahmen ergeben wird, läßt sich nicht übersehen, ebensowenig ob die zu

VI (Tarifnummer 4b) beschlossene Belassung des Stempelsatzes von 4/10 vom Tausend die geschätzte Mehreinnahme von 1 Million Mark herabdrücken wird.

Unter Berücksichtigung all dieser Beschlüsse dürfte aber, wenn die Grundlagen der oben angeführten Berechnungen sich als richtig erweisen, das gesammte Mehraufkommen an Reichsstempelabgaben auf ca. 46 Millionen Mark zu veranschlagen sein.

Die Kommission beantragt:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. dem aus der angeschlossenen Zusammenstellung A ersichtlichen Gesetzentwurf, betreffend Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 die verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen;
2. die zu dem vorliegenden Gesetzentwurf eingegangenen Petitionen durch die Beschlüsse zu demselben für erledigt zu erklären.

Berlin, den 26. Mai 1900.

Die Kommission für den Reichshaushalts-Etat.

v. Kardorff, Vorsitzender. Dr. **Paasche**, Berichterstatter. **Antrick.** Prinz **v. Arenberg.** Graf **v. Arnim.** **Bassermann.** **Bebel.** **Eickhoff.** **Frese.** **Gröber.** Dr. **Hasse.** Graf **v. Hompesch.** Graf **v. Klinckowstroem.** **Liebermann v. Sonnenberg.** Dr. **Lingens.** **Meister.** **Motty.** **Müller** (Fulda). Dr. **Müller** (Sagan). Graf **v. Oriola.** **Richter.** **Roeren.** **Singer.** **Speck.** **v. Standy.** Dr. **Udo** Graf **zu Stolberg-Wernigerode.** Freiherr **v. Thünefeld.** **Will.**

A.

Zusammenstellung

des

schleunigen Antrages Müller (Fulda) auf Annahme des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 (Reichs-Gesetzbl. S. 381)

— Nr. 713 der Drucksachen —

mit

den Beschlüssen der Kommission für den Reichshaushalts-Etat.

Antrag Müller (Fulda).

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 (Reichs-Gesetzbl. S. 381).

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen rc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Das Reichsstempelgesetz vom 27. April 1894 wird wie folgt geändert:

Artikel 1.

Die Ueberschrift in Abschnitt I wird wie folgt ergänzt:

I. Aktien, Kuxe, Renten und Schuldverschreibungen.

Artikel 2.

In dem Tarif zum Reichsstempelgesetz vom 27. April 1894 (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 27. April 1894, Reichsgesetzblatt Seite 381) wird der Steuersatz

zu Nummer 1a (inländische Aktien) von 1 vom Hundert auf 1½ vom Hundert

Beschlüsse der Kommission.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894.

Wir **Wilhelm,** von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen rc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Artikel 1.

Der Tarif zum Reichsstempelgesetz vom 27. April 1894 (Reichs-Gesetzblatt Seite 381) erhält die aus der Anlage* ersichtliche Fassung.

* Vgl. den Tarif in der Zusammenstellung der Beschlüsse der Kommission in zweiter Lesung mit dem Text des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894. (Seite 5562 des Berichts.)

Antrag Müller (Fulda).

zu 1b (ausländische Aktien) von $1^1/_2$ vom Hundert auf 2 vom Hundert

zu 2b (ausländische Renten- und Schuldverschreibungen) von 6 vom Tausend auf 8 vom Tausend

erhöht.

Nach 1b wird eingeschaltet:

c) Antheile gewerkschaftlich betriebener Bergwerke (Kuxe, Kuxscheine) soweit die Gewerkschaften in 1000 oder mehr Theile (Kuxe) getheilt sind, 30,— ℳ, soweit die Gewerkschaften in weniger als 1000 Theile (Kuxe) getheilt sind, 300,— ℳ von jeder einzelnen Urkunde.

Vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegebene Antheile sind der vorbezeichneten Abgabe nicht unterworfen.

Die Abstufungen in der Spalte „Berechnung der Stempelabgabe" werden

zu 1a auf . . . . . 1,50 ℳ.
= 1b = ... 2,— =

zu 2b auf 80 Pfennig für je 100 ℳ. oder einen Bruchtheil dieses Betrages festgesetzt.

Artikel 3.

Die Stempelabgabe von den Genußscheinen, Anmerkung zu Tarifnummer 1 und 2 wird für

a) solche, welche als Ersatz an Stelle erloschener Aktien ausgegeben werden, auf . 0,50 ℳ,

b) alle übrigen und zwar

1. inländische auf . . . . . 15 =
2. ausländische auf . . . . . 20 =

festgesetzt.

Artikel 4.

Die Bestimmung, betreffend die „Ermäßigung" zu Nr. 4a des Tarifs, erhält im Abs. 1 folgenden Zusatz:

Bei Arbitragegeschäften über Werthpapiere der unter Nr. 4a 3 bezeichneten Art beträgt die Ermäßigung $^2/_{10}$ vom Tausend für jedes der beiden einander gegenüberstehenden Geschäfte.

Artikel 5.

Der Tarif wird ferner abgeändert und ergänzt wie folgt:

Die beabsichtigte Aenderung befindet sich in der Gegenüberstellung zu dem Zolltarif Seite 5562.

Artikel 6.

Die §§. 1, 6 Abs. 1 und 29 des Gesetzes erhalten nachstehende Fassung:

§. 1.

Die in dem anliegenden Tarif unter 1, 2, 3, 5, 6 und 7 bezeichneten Urkunden und unter 4 bezeichneten Geschäfte unterliegen den daselbst aufgeführten Abgaben nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen:

§. 6 Abs. 1.

Bezüglich der vor dem 1. Juli 1900 ausgegebenen inländischen und mit dem Reichsstempel versehenen ausländischen Werthpapiere bewendet es bei den bisherigen Vorschriften. Dasselbe gilt für die nach dem genannten Zeitpunkt ausgegebenen inländischen Werthpapiere in Ansehung der vorher geleisteten Zahlungen.

Beschlüsse der Kommission.

Artikel 2.

§. 1 des Reichsstempelgesetzes wird gestrichen.

Im §. 2 werden die Worte „Tarifnummer 1 bis 3" ersetzt durch: „Nummer 1 bis 3 des anliegenden Tarifs".

Artikel 3.

§. 6 Abs. 1 **des Gesetzes erhält nachstehende Fassung:**

Bezüglich der vor dem 1. Juli 1900 ausgegebenen inländischen und mit dem Reichsstempel versehenen ausländischen Werthpapiere bewendet es bei den bisherigen Vorschriften. Dasselbe gilt für die nach dem genannten Zeitpunkt ausgegebenen inländischen Werthpapiere in Ansehung der vorher geleisteten Zahlungen.

Antrag Müller (Fulda).

Beschlüsse der Kommission.

Artikel 4. (Neu.)

I. Im §. 8 Abs. 3 des Gesetzes wird statt „(Artikel 360 des Handelsgesetzbuchs)" gesetzt:

„Artikel 383 des Handelsgesetzbuchs".

II. Im §. 9 Ziffer 3 des Gesetzes wird statt „Artikel 28" gesetzt:

„Artikel 38".

III. In §. 10 Abs. 1 des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 sind hinter die Worte „das abgabepflichtige Geschäft" folgende Worte einzuschalten:

„am Tage des Geschäftsabschlusses".

IV. Nach §. 12 des Reichsstempelgesetzes wird als §. 12a folgende Bestimmung eingefügt:

§. 12a.

Führt der Kommissionär an demselben Tage eine Einkaufskommission und eine Verkaufskommission über Werthpapiere derselben Gattung durch Eintritt als Selbstkontrahent aus, so ist für jedes der beiden Geschäfte, insoweit sie sich ausgleichen, neben der tarifmäßigen Abgabe eine weitere Abgabe in Höhe der Hälfte des Tarifsatzes zu entrichten, es sei denn, daß der Kommissionär zur Deckung eines der beiden Aufträge ein abgabepflichtiges Geschäft mit einem Dritten abgeschlossen hat. Die Bestimmungen über die Erhebung der weiteren Abgabe und über die zur Sicherung dieser Erhebung erforderlichen Maßregeln, insbesondere über die Art der Buchführung werden vom Bundesrath getroffen.

V. Im §. 14 des Reichsstempelgesetzes fallen hinter den Worten „nummerirt von" fort die Worte:

„den im §. 39 bezeichneten Anstalten".

VI. Im §. 15 des Gesetzes wird statt „Artikel 28" gesetzt:

„Artikel 38".

Artikel 5. (Neu.)

I. Abschnitt III des Reichsstempelgesetzes erhält folgende Ueberschrift: **„Spiel und Wette."**

II. §. 22 des Gesetzes erhält folgenden Abs. 2:

Inwieweit Ausspielungen, bei welchen keine Spielausweise ausgegeben werden, zur Steuer heranzuziehen sind, ist vom Bundesrath zu bestimmen und öffentlich bekannt zu machen.

III. Hinter §. 22 des Reichsstempelgesetzes wird die nachfolgende Bestimmung eingeschaltet:

§. 22a.

Den Spieleinlagen stehen im Sinne der Tarifnummer 5 die Wetteinsätze bei öffentlich veranstalteten Rennen und ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen gleich.

Wer im Inlande solche Wetteinsätze entgegennimmt, ist verpflichtet, versteuerte Ausweise hierüber auszustellen.

IV. §. 24 des Gesetzes erhält nachstehende Absätze 2 und 3:

Den ausländischen Loosen oder Ausweisen über Spieleinlagen stehen Ausweise über Einsätze bei ausländischen Wettunternehmungen für öffentlich veranstaltete Rennen und ähnliche öffentliche Veranstaltungen gleich. Wer, ohne solche Ausweise vom Auslande einzuführen, Wetten der bezeichneten

Antrag Müller (Fulda).

§. 29.

Loose u. s. w. inländischer Unternehmungen, für welche vor dem 1. Juli 1900 die obrigkeitliche Erlaubniß bereits ertheilt ist, sowie ausländische Loose, welche vor diesem Zeitpunkt eingeführt, auch binnen drei Tagen nach demselben angemeldet sind, und die Loose von Staatslotterien, deren Ausgabe auch nur für eine Klasse bereits vor diesem Zeitpunkte begonnen hat, unterliegen, sofern die Ziehung der Loose vor dem 1. Januar 1901 beendet ist, der Reichsstempelabgabe nur nach Maßgabe der bisherigen Bestimmungen.

Artikel 7.

Das Gesetz erhält hinter §. 30 die nachstehende Einschaltung:

III. Schiffsfrachturkunden und Schiffsfahrkarten.

(Tarifnummer 6 und 7.)

§. 30a.

Die Beförderung von Gütern im Seeverkehr (Nr. 6 des Tarifs) nach und von deutschen Häfen darf nur auf Grund einer die Beurkundung des Frachtvertrags enthaltenden Schiffsfrachturkunde (Konnossement), ebenso die Beförderung von Personen von deutschen nach ausländischen Häfen nur auf Grund eines Ausweises über die erfolgte Bezahlung des Personenfahrgeldes stattfinden.

Die Verpflichtung zur Entrichtung der unter Nr. 6 des Tarifs bezeichneten Stempelabgabe liegt bei Urkunden, welche im Inlande ausgestellt werden, dem Aussteller, bei den im Auslande ausgestellten Urkunden demjenigen ob, der das Schriftstück im Inlande aushändigt.

§. 30b.

Werden im Inlande Konnossemente ausgestellt, so ist eine gleichlautende Urkunde dem Führer des Schiffes auszuhändigen oder, falls er selbst der Aussteller ist, von ihm zurückzubehalten und von dieser Urkunde die Steuer zu entrichten. Auf den übrigen Urkunden ist zu vermerken, daß und in welchem Betrage die Steuer entrichtet worden ist.

Der Betrag der Seefracht und des Raumgehalts, bezw. soweit die Fracht nach dem Gewicht

Beschlüsse der Kommission.

Art vermittelt, ist, sofern er diese Vermittelung gewerbsmäßig betreibt, verpflichtet, versteuerte Ausweise über die Wetteinsätze auszustellen.

Gewerbsmäßige Vermittler von Wetten der vorbezeichneten Art unterstehen der Aufsicht der Steuerbehörden nach näherer Bestimmung des Bundesraths.

V. Im § 26 Abs. 1 des Gesetzes wird Zeile 1 statt „§§. 22 bis 24" gesetzt:

„§§. 22, 22a, 23 und 24".

VI. §. 26 Abs. 2 des Gesetzes fällt fort.

Artikel 6.

§. 29 des Gesetzes erhält folgende Fassung:

§. 29.

Loose u. s. w. inländischer Unternehmungen, für welche vor dem 1. Juli 1900 die obrigkeitliche Erlaubniß bereits ertheilt ist, sowie ausländische Loose, welche vor diesem Zeitpunkt eingeführt, auch binnen drei Tagen nach demselben angemeldet sind, und die Loose von Staatslotterien, deren Ausgabe auch nur für eine Klasse bereits vor diesem Zeitpunkte begonnen hat, unterliegen, sofern die Ziehung der Loose vor dem 1. Januar 1901 beendet ist, der Reichsstempelabgabe nur nach Maßgabe der bisherigen Bestimmungen.

Auf den Betrieb der Totalisatoren auf den Rennplätzen finden die bisherigen Bestimmungen bis zum 1. Januar 1901 Anwendung.

Artikel 7.

Hinter §. 30 **des Gesetzes werden folgende Bestimmungen eingeschaltet:**

III a. Schiffsfrachturkunden.

(Tarifnummer 6.)

§. 30a.

Die Beförderung von Gütern im **Schiffsverkehr zwischen inländischen und ausländischen Seehäfen oder zwischen inländischen Flußhäfen und ausländischen Seehäfen darf nur erfolgen, wenn eine Urkunde der im Tarif bezeichneten Art ausgestellt wird. Die Ablieferung von Gütern, die im Schiffsverkehr vom Auslande nach dem Inlande befördert sind, darf nur erfolgen, wenn eine Urkunde der bezeichneten Art ausgehändigt wird.**

Auf den Postverkehr und die Beförderung des Gepäcks der Reisenden finden diese Vorschriften keine Anwendung.

§. 30b.

Die Verpflichtung zur Entrichtung der unter Nr. 6 des Tarifs bezeichneten Stempelabgabe liegt bei Urkunden, welche im Inlande ausgestellt werden, dem Aussteller, bei den im Auslande ausgestellten Urkunden **dem Empfänger der Sendung ob.**

§. 30c.

Wird eine Urkunde der bezeichneten Art im Inlande ausgestellt, so ist **die Abgabe von einer Abschrift zu entrichten, die dem Rheder auszuhändigen, oder falls dieser selbst die Urkunde ausgestellt hat, von ihm zurückzubehalten ist.**

Hat der Rheder seine Niederlassung im Auslande, so tritt an seine Stelle der inländische Vertreter.

Antrag Müller (Fulda).

berechnet wird, des Gewichts der Ladung ist auf jedem einzelnen Schriftstück anzugeben. Sind in einem Konnossement verschiedene Bestimmungsorte enthalten, in der Art, daß sich erst später entscheidet, nach welchem dieser Orte die Güter zu befördern sind, so ist der höchste der hierbei in Betracht kommenden Frachtbeträge anzugeben Ist aus anderen Gründen die Höhe der Fracht noch unbestimmt, so ist unter Angabe der hierfür maßgebenden Vereinbarungen der voraussichtlich höchste Betrag auf dem Schriftstück zu vermerken.

§. 30c.

Die Abgabe muß entrichtet werden, bevor die Aushändigung des Schriftstückes erfolgt. Ausnahmen von dieser Vorschrift zuzulassen, ist der Bundesrath ermächtigt.

§. 30d.

Ist die Entrichtung der Abgabe von den dazu verpflichteten Personen unterlassen worden, so ist sie von jedem ferneren Inhaber des nicht gestempelten Schriftstückes binnen drei Tagen nach dem Tage des Empfangs und jedenfalls vor der weiteren Aushändigung des Schriftstücks, sofern diese im Inlande erfolgt, zu bewirken.

§. 30e.

Die im §. 30a gedachte Verpflichtung wird erfüllt durch Verwendung von Vordrucken, die vor dem Gebrauch vorschriftsmäßig abgestempelt sind, oder von Stempelmarken nach näherer Anordnung des Bundesraths.

Dem Bundesrath steht auch die Bestimmung darüber zu, ob und in welchen Fällen die Entrichtung der Abgabe ohne Verwendung von Stempelzeichen erfolgen darf.

§. 30f.

Die Nichterfüllung der Steuerpflicht wird mit einer Geldstrafe bestraft, welche dem 25 fachen Betrage der vorenthaltenen Abgabe gleichkommt, mindestens aber 20 Mark beträgt.

Diese Strafe trifft besonders und zum vollen Betrage jeden, der die ihm obliegende Verpflichtung zur Entrichtung der Abgabe nicht rechtzeitig erfüllt.

Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher Güter im Seeverkehr nach und von deutschen Häfen, oder Personen von deutschen nach ausländischen Häfen ohne die in §. 30a vorgeschriebenen Urkunden bezw. Ausweise befördert, oder ein Konnossement mit einem unrichtigen Vermerk der im §. 30b bezeichneten Art versieht.

Kann der Betrag der hinterzogenen Abgabe nicht festgestellt werden, so tritt statt der im Abs. 1 gedachten Strafe eine Geldstrafe von 20 bis 5000 Mark ein.

§. 30g.

Wer die Beförderung von Gütern als Gewerbe betreibt, hat, wenn er nach erfolgter Bestrafung auf Grund des §. 30f von Neuem der dort bezeichneten Vorschrift zuwiderhandelt, neben der Strafe des §. 30f die im §. 20 vorgesehene Rückfallstrafe verwirkt.

Beschlüsse der Kommission.

§. 30d.

Die Abgabe muß entrichtet werden **bei im Inlande ausgestellten Schriftstücken,** bevor die Aushändigung der Urkunde durch den Aussteller erfolgt, **bei im Auslande ausgestellten binnen drei Tagen, nachdem die Urkunde in den Besitz des Empfängers der Sendung gelangt ist. Die Schriftstücke, von welchen die Abgabe zu entrichten ist, sind während der Dauer eines Jahres aufzubewahren.**

§. 30e.

Ist die Entrichtung der Abgabe von den dazu verpflichteten Personen unterlassen worden, so ist sie von jedem ferneren Inhaber des nicht gestempelten Schriftstückes binnen drei Tagen nach dem Tage des Empfangs und jedenfalls vor der weiteren Aushändigung des Schriftstücks zu bewirken.

§. 30f.

Unverändert wie §. 30e des Antrages.

§. 30g.

Die Nichterfüllung der Steuerpflicht wird mit einer Geldstrafe bestraft, welche dem 25 fachen Betrage der vorenthaltenen Abgabe gleichkommt, mindestens aber 20 Mark beträgt.

Diese Strafe trifft besonders und zum vollen Betrage jeden, der die ihm obliegende Verpflichtung zur Entrichtung der Abgabe nicht rechtzeitig erfüllt.

Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher **der Vorschrift des §. 30a zuwider Güter befördert oder ausliefert, ohne daß eine der vorgeschriebenen Urkunden ausgestellt oder ausgehändigt wird.**

Kann der Betrag der hinterzogenen Abgabe nicht festgestellt werden, so tritt statt der im Abs. 1 gedachten Strafe eine Geldstrafe von 20 bis 5 000 Mark ein.

§. 30h.

Wer die Beförderung von Gütern als Gewerbe betreibt, hat, wenn er nach erfolgter Bestrafung auf Grund des §. 30g von Neuem der dort bezeichneten Vorschrift zuwiderhandelt, neben der Strafe des §. 30g die im §. 20 vorgesehene Rückfallstrafe verwirkt.

Antrag Müller (Fulda).	Beschlüsse der Kommission.
§. 30h. Zoll-, Hafen- und andere Behörden, in deren Gewahrsam sich Güter, welche Gegenstand eines Seefrachtvertrages sind, befinden, sind befugt, vor der Auslieferung der Güter die Vorlegung eines hierüber ausgestellten vorschriftsmäßig versteuerten Konnossements zu verlangen. Der Schiffsführer ist verpflichtet, den Zoll- und Hafenpolizeibehörden die in seinen Händen befindlichen Konnossemente auf Erfordern zur Einsicht vorzulegen.	§. 30h des Antrags fällt fort.
§. 30i. Enthält ein Schriftstück außer der Beurkundung eines Frachtvertrages noch eine andere, einer landesgesetzlichen Stempelabgabe unterliegende Beurkundung, so finden die landesgesetzlichen Vorschriften neben den Bestimmungen dieses Gesetzes Anwendung. Im Uebrigen unterliegen die Schriftstücke keiner weiteren Stempelabgabe (Taxe, Sportel u. s. w.) in den einzelnen Bundesstaaten.	§. 30i. Unverändert.
§. 30k. Die Verpflichtung zur Entrichtung der unter Nr. 7 des Tarifs bezeichneten Stempelabgabe liegt dem Aussteller der Fahrkarte ob und muß erfüllt werden, bevor die Karte ausgehändigt wird. §. 30l. Die vorgedachte Verpflichtung wird erfüllt durch Zahlung des Abgabenbetrages an die zuständige Steuerstelle, welche die ihr vorzulegenden Karten mit dem vorschriftsmäßigen Stempel zu versehen hat. Der Bundesrath ist ermächtigt, die Verwendung von Stempelmarken zur Entrichtung der Abgabe zuzulassen, oder zu bestimmen, daß und unter welchen Voraussetzungen die Abstempelung der Karten ohne Entrichtung des Abgabenbetrages erfolgen und die letztere bis zum Verkaufe der Karten an die Reisenden ausgesetzt bleiben soll. §. 30m. Bezüglich der Bestrafung der Nichterfüllung der Steuerpflicht, der Rückfallstrafe für diejenigen, welche die Personenbeförderung als Gewerbe betreiben, und der Anwendung landesgesetzlicher Bestimmungen auf die Schiffsfahrkarten finden die Vorschriften der §§. 30f, g und i entsprechende Anwendung. §. 30n. Die Strafe des §. 30f findet auf jeden Anwendung, welcher eine mit dem vorschriftsmäßigen Stempel nicht versehene Fahrkarte veräußert oder an sich bringt. §. 30o. Die Zoll- und Hafenpolizeibehörden sind befugt, die Schiffsfahrkarten der Reisenden zum Zwecke der Prüfung auf ihre vorschriftsmäßige Versteuerung einzusehen. §. 30p. Eine Erstattung der Abgabe ist zulässig, wenn seitens des Ausstellers der Fahrkarte dem Erwerber der volle Betrag des Preises der Karte zurückgewährt worden ist.	Die §§. 30k bis 30p des Antrages fallen fort.
Artikel 7. Im §. 34 Abs. 2 des Gesetzes wird statt „§§. 3, 19 und 26" gesetzt: „§§. 3, 19, 26 und *30f*".	Artikel 8. Im §. 34 Abs. 2 des Gesetzes wird statt „§§. 3, 19 und 26" gesetzt: „§§. 3, 19, 26 und 30g".

Antrag Müller (Fulda).

Im §. 39 Abs. 2 des Gesetzes wird hinter „Geschäfte der unter Nr. 4 des Tarifs bezeichneten Art" eingeschaltet:

„oder die Beförderung von Gütern oder Personen im Seeverkehr".

Am Schlusse desselben Absatzes wird hinzugefügt:

„Die Steuerdirektivbehörden können anordnen, daß auch anderweit bei Personen, welche Geschäfte der bezeichneten Art gewerbsmäßig betreiben oder vermitteln, eine Prüfung der Abgabenentrichtung vorzunehmen ist."

Artikel 8.

Insoweit für das Rechnungsjahr 1900 die Erträge an Reichsstempelabgaben das Etatssoll der Ueberweisungen aus den letzteren übersteigen, ist der Ueberschuß zur Verstärkung der Betriebsmittel der Reichskasse zurückzuhalten.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, die unter Berücksichtigung der obigen Aenderungen sich ergebende Fassung des Reichsstempelgesetzes in einer fortlaufenden Nummernfolge der Abschnitte und Paragraphen mit dem Datum des vorliegenden Gesetzes durch das Reichs-Gesetzblatt bekannt zu machen.

Berlin, den 1. Mai 1900.

Beschlüsse der Kommission.

Der §. 39 Abs. 2 des Gesetzes wird wie folgt geändert:

Der Prüfung in Bezug auf die Abgabenentrichtung unterliegen alle diejenigen, welche abgabepflichtige Geschäfte der unter Nummer 4 des Tarifs oder die Beförderung von Gütern im Schiffsverkehr (Nr. 6 des Tarifs) bezeichneten Art gewerbsmäßig betreiben oder vermitteln.

Artikel **9.**

Insoweit für das Rechnungsjahr 1900 die Erträge an Reichsstempelabgaben das Etatssoll der Ueberweisungen aus den letzteren übersteigen, ist der Ueberschuß zur Verstärkung der Betriebsmittel der Reichskasse zurückzuhalten.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem noch in dieser Session des Reichstages zu erlassenden Gesetz, betreffend die deutsche Flotte, am 1. Juli 1900 in Kraft.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Fassung des Reichsstempelgesetzes, **welche sich aus vorstehenden Bestimmungen und aus dem Erlaß des Handelsgesetzbuches für das Deutsche Reich ergiebt,** in einer fortlaufenden Nummernfolge der Abschnitte und Paragraphen mit dem Datum des vorliegenden Gesetzes durch das Reichs-Gesetzblatt bekannt zu machen.

Urkundlich 2c.

Gegeben 2c.

Berlin, den 26. Mai 1900.

Bisherige Fassung.

Tarif.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz vom Hundert	Tausend	Mark	Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
	Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen.					
1.	a) Inländische Aktien und Aktienantheilsscheine, sowie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere	1	—	—	—	vom Nennwerthe, bei Interimsscheinen vom Betrage der bescheinigten Einzahlungen, und zwar zu 1a in Abstufungen von 1 Mark, zu 1b in Abstufungen von 1½ Mark für je 100 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages. Der nachweislich versteuerte Betrag der Interimsscheine wird auf den Betrag der demnächst etwa zu versteuernden Aktien u. s. w. angerechnet. Ausländische Werthe werden nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umgerechnet.
	b) Ausländische Aktien und Aktienantheilsscheine, wenn sie im Inlande ausgehändigt, veräußert, verpfändet oder wenn daselbst andere Geschäfte unter Lebenden damit gemacht oder Zahlungen darauf geleistet werden, — unter der gleichen Voraussetzung auch Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere	1½		—	—	
	Die Abgabe ist von jedem Stück nur einmal zu entrichten.					
	Befreit sind: Inländische Aktien und Aktienantheilsscheine, sowie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere, sofern sie von Aktiengesellschaften ausgegeben werden, welche nach der Entscheidung des Bundesraths ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dienen, den zur Vertheilung gelangenden Reingewinn satzungsmäßig auf eine höchstens vierprozentige Verzinsung der Kapitaleinlagen beschränken, auch bei Ausloosungen oder für den Fall der Auflösung nicht mehr als den Nennwerth ihrer Antheile zusichern und bei der Auflösung den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens für gemeinnützige Zwecke bestimmen. Die von solchen Aktiengesellschaften beabsichtigten Veranstaltungen müssen auch für die minder begüterten Volksklassen bestimmt sein.					
2.	a) Inländische für den Handelsverkehr bestimmte Renten- und Schuldverschreibungen (auch Partialobligationen), sofern sie nicht unter Nummer 3 fallen, sowie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere . . .	—	4	—	—	vom Nennwerthe, bei Interimsscheinen vom Betrage der be-

Beschlüsse der Kommission.

Tarif.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz vom Hundert	Steuersatz vom Tausend	Steuersatz vom Mark	Steuersatz vom Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
	Aktien, Kuxe, Renten- und Schuldverschreibungen.					
1.	a) Inländische Aktien, Aktienantheilscheine und **Reichsbankantheilscheine,** sowie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere	**2**	—	—	—	vom Nennwerthe, **zuzüglich des Betrages, um welchen die inländischen Aktien höher als der Nennwerth ausgegeben werden,** bei Interimsscheinen vom Betrage der bescheinigten Einzahlungen, und zwar zu 1a in Abstufungen von **2** Mark, zu 1b in Abstufungen von **2½** Mark, für je 100 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages. Der nachweislich versteuerte Betrag der Interimsscheine wird auf den Betrag der demnächst etwa zu versteuernden Aktien u. s. w. angerechnet. Ausländische Werthe werden nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umgerechnet.
	b) Ausländische Aktien und Aktienantheilscheine, wenn sie im Inlande ausgehändigt, veräußert, verpfändet oder wenn daselbst andere Geschäfte unter Lebenden damit gemacht oder Zahlungen darauf geleistet werden, — unter der gleichen Voraussetzung auch Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere	**2½**	—	—	—	
	Die Abgabe ist von jedem Stück nur einmal zu entrichten.					
	c) Antheilscheine gewerkschaftlich betriebener Bergwerke (Kuxe, Kuxscheine) . .	—	—	**1**	**50**	**von jeder einzelnen Urkunde.**
	Außerdem für alle nach dem 1. Juli 1900 auf Werthe der angegebenen Art ausgeschriebene Einzahlungen, soweit solche nicht zur Deckung von Betriebsverlusten dienen	**2**	—	—	—	**vom Betrage der Einzahlung und zwar in Abstufungen von 2 Mark für je 100 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages.**
	Zur Entrichtung des Stempels für die nach dem 1. Juli 1900 ausgeschriebenen Einzahlungen ist die Gewerkschaftskasse verpflichtet und zwar spätestens zwei Wochen nach dem von der Gewerkschaftsvertretung festgesetzten Einzahlungstermin.					
	Befreit sind: Inländische Aktien und Aktienantheilsscheine, sowie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere, sofern sie von Aktiengesellschaften ausgegeben werden, welche nach der Entscheidung des Bundesraths ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dienen, den zur Vertheilung gelangenden Reingewinn satzungsmäßig auf eine höchstens vierprozentige Verzinsung der Kapitaleinlagen beschränken, auch bei Ausloosungen oder für den Fall der Auflösung nicht mehr als den Nennwerth ihrer Antheile zusichern und bei der Auflösung den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens für gemeinnützige Zwecke bestimmen. Die von solchen Aktiengesellschaften beabsichtigten Veranstaltungen müssen auch für die minder begüterten Volksklassen bestimmt sein.					
2.	a) Inländische für den Handelsverkehr bestimmte Renten- und Schuldverschreibungen (auch Partialobligationen), sofern sie nicht unter Nummer 3 fallen, sowie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere . . .	—	**6**	—	—	vom Nennwerthe, bei Interimsscheinen vom Betrage der be-

Bisherige Fassung.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz vom Hundert	Steuersatz vom Tausend	Steuersatz vom Mark	Steuersatz vom Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
(2.)	b) Renten- und Schuldverschreibungen ausländischer Staaten, Korporationen, Aktiengesellschaften oder industrieller Unternehmungen und sonstige für den Handelsverkehr bestimmte ausländische Renten- und Schuldverschreibungen, wenn sie im Inlande ausgehändigt, veräußert, verpfändet, oder wenn daselbst andere Geschäfte unter Lebenden damit gemacht, oder Zahlungen darauf geleistet werden, — unter der gleichen Voraussetzung auch Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere	—	6	—	—	scheinigten Einzahlungen, und zwar zu 2a in Abstufungen von 40 Pfennig, zu 2b in Abstufungen von 60 Pfennig für je 100 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages. Der nachweislich versteuerte Betrag der Interimsscheine wird auf den Betrag der demnächst etwa zu versteuernden Rentenverschreibungen u. s. w. angerechnet. Ist der Kapitalwerth von Rentenverschreibungen aus diesen selbst nicht ersichtlich, so gilt als solcher der 25fache Betrag der einjährigen Rente. Ausländische Werthe werden nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umgerechnet.
	Die Abgabe ist von jedem Stück nur einmal zu entrichten. Befreit sind: 1. Renten- und Schuldverschreibungen des Reichs und der Bundesstaaten, sowie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere; 2. die auf Grund des Reichsgesetzes vom 8. Juni 1871 abgestempelten ausländischen Inhaberpapiere mit Prämien.					
	Anmerkung zu Tarifnummer 1 und 2. Der Aushändigung ausländischer Werthpapiere im Inlande wird es gleichgeachtet, wenn solche Werthpapiere, welche durch ein im Auslande abgeschlossenes Geschäft von einem zur Zeit des Geschäftsabschlusses im Inlande wohnhaften Kontrahenten angeschafft sind, diesem aus dem Auslande übersandt oder von ihm oder einem Vertreter aus dem Auslande abgeholt werden. Genußscheine und ähnliche zum Bezuge eines Antheils an dem Gewinn einer Aktienunternehmung berechtigende Werthpapiere, sofern sie sich nicht als Aktien oder Aktienantheilsscheine (Tarifnummer 1) oder als Renten- oder Schuldverschreibungen (Tarifnummer 2) darstellen, unterliegen einer festen Abgabe, die für					
	a) solche, welche als Ersatz an Stelle amortisirter Aktien ausgegeben werden	—	—	—	50	von jeder einzelnen Urkunde.
	b) alle übrigen, und zwar					
	1. inländische	—	—	3	—	
	2. ausländische	—	—	5	—	
	beträgt. Vor dem 1. Mai 1894 ausgegebene Genußscheine sind der vorbezeichneten Abgabe nicht unterworfen.					

Beschlüsse der Kommission.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz vom Hundert	Steuersatz vom Tausend	Steuersatz vom Mark	Steuersatz vom Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
(2.)	b) Renten- und Schuldverschreibungen ausländischer Staaten **und Eisenbahngesellschaften,** wenn sie im Inlande ausgehändigt, veräußert, verpfändet, oder wenn daselbst andere Geschäfte unter Lebenden damit gemacht, oder Zahlungen darauf geleistet werden, — unter der gleichen Voraussetzung auch Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere . . . . **Die Abgabe ist von jedem Stück nur einmal zu entrichten.**	—	6	—	—	scheinigten Einzahlungen, und zwar zu 2a **und b** in Abstufungen von **60** Pfennig, **zu 2c in Abstufungen von 1 Mark** für je 100 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages. Der nachweislich versteuerte Betrag der Interimsscheine wird auf den Betrag der demnächst etwa zu versteuernden Rentenverschreibungen u. s. w. angerechnet. Ist der Kapitalwerth von Rentenverschreibungen aus diesen selbst nicht ersichtlich, so gilt als solcher der 25fache Betrag der einjährigen Rente. Ausländische Werthe werden nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umgerechnet.
	c) **Renten- und Schuldverschreibungen ausländischer Korporationen, Aktiengesellschaften oder industrieller Unternehmungen und sonstige für den Handelsverkehr bestimmte ausländische Renten und Schuldverschreibungen, sofern sie nicht unter 2b fallen, wenn sie im Inlande ausgehändigt, veräußert, verpfändet, oder wenn daselbst andere Geschäfte unter Lebenden damit gemacht oder Zahlungen darauf geleistet werden, — unter der gleichen Voraussetzung auch Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere** . . . . . Die Abgabe ist von jedem Stück nur einmal zu entrichten. Befreit sind: 1. Renten- und Schuldverschreibungen des Reichs und der Bundesstaaten, sowie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere; 2. die auf Grund des Reichsgesetzes vom 8. Juni 1871 abgestempelten ausländischen Inhaberpapiere mit Prämien.	**1**				
	Anmerkung zu Tarifnummer 1 und 2. Der Aushändigung ausländischer Werthpapiere im Inlande wird es gleichgeachtet, wenn solche Werthpapiere, welche durch ein im Auslande abgeschlossenes Geschäft von einem zur Zeit des Geschäftsabschlusses im Inlande wohnhaften Kontrahenten angeschafft sind, diesem aus dem Auslande übersandt oder von ihm oder einem Vertreter aus dem Auslande abgeholt werden. Genußscheine und ähnliche zum Bezuge eines Antheils an dem Gewinn einer Aktienunternehmung berechtigende Werthpapiere, sofern sie sich nicht als Aktien oder Aktienantheilscheine (Tarifnummer 1) oder als Renten- oder Schuldverschreibungen (Tarifnummer 2) darstellen, unterliegen einer festen Abgabe, die für					
	a) solche, welche als Ersatz an Stelle **erloschener Aktien** ausgegeben werden	—	—	—	50	von jeder einzelnen Urkunde.
	b) alle übrigen, und zwar					
	1. inländische	—	—	**15**	—	
	2. ausländische	—	—	**20**	—	
	beträgt. Vor dem **1. Juli 1900** ausgegebene Genußscheine **werden nach den bisherigen Bestimmungen besteuert.**					

Antrag Müller (Fulda) — Nr. 713 der Drucksachen —.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz vom Hundert	Steuersatz vom Tausend	Steuersatz vom Mark	Steuersatz vom Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
	Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte.					
4	a) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte über:					
	1. ausländische Banknoten, ausländisches Papiergeld, ausländische Geldsorten . . .	—	2/10	—	—	vom Werthe des Gegenstandes des Geschäfts und zwar in Abstufungen von 20 und 50 Pfennig für je 1000 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages. Der Werth des Gegenstandes wird nach dem vereinbarten Kauf- oder Lieferungspreis, sonst durch den mittleren Börsen- oder Marktpreis am Tage des Abschlusses bestimmt. Die zu den Werthpapieren gehörigen Zins- und Gewinnantheilsscheine bleiben bei Berechnung der Abgabe außer Betracht. Ausländische Werthe sind nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umzurechnen.
	2. Werthpapiere der unter Nr. 2a, 3a und 3b bezeichneten Art	—	2/10	—	—	
	3. sonstige Werthpapiere der unter 1—3 bezeichneten Art	—	5/10	—	—	
	Den Kauf- und sonstigen Anschaffungsgeschäften u. s. w. (wie bisher).					
	b) Kauf und Anschaffungsgeschäfte, welche u. s. w. (wie bisher)	—	5/10	—	—	

Bisherige Fassung.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung.	Steuersatz vom Hundert	Steuersatz vom Tausend	Steuersatz vom Mark	Steuersatz vom Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
3	a) Inländische auf den Inhaber lautende und auf Grund staatlicher Genehmigung ausgegebene Renten- und Schuldverschreibungen der Kommunalverbände und Kommunen, sowie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere	—	1	—	—	vom Nennwerthe beziehungsweise vom Betrage der bescheinigten Einzahlungen nach Maßgabe der Vorschriften für die Abgabenberechnung bei inländischen Werthpapieren der unter Nr. 2 bezeichneten Art, und zwar in Abstufungen von *10* beziehungsweise 20 Pfennig für je 100 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages.
	b) Inländische auf den Inhaber lautende und auf Grund staatlicher Genehmigung ausgegebene Renten- und Schuldverschreibungen der Korporationen ländlicher oder städtischer Grundbesitzer, der Grundkredit- und Hypothekenbanken oder der Transportgesellschaften, sowie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere . . .	—	2	—	—	
	Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte.					
4.	a) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte über					
	1. ausländische Banknoten, ausländisches Papiergeld, ausländische Geldsorten;					
	2. Werthpapiere der unter Nr. *1, 2* und 3 des Tarifs bezeichneten Art	—	2/10	—	—	vom Werthe des Gegenstandes des Geschäfts, und zwar in Abstufungen von *20* beziehungsweise *40* Pfennig für je 1000 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages. Der Werth des Gegenstandes wird nach dem vereinbarten Kauf- oder Lieferungspreis, sonst durch den mittleren Börsen- oder Marktpreis am Tage des Abschlusses bestimmt. Die zu den Werthpapieren gehörigen Zins- und Gewinnantheilsscheine bleiben bei Berechnung der Abgabe außer Betracht. Bei Geschäften über die unter Nr. 2 Befreiungen Nr. 1 und Nr. 3 des Tarifs aufgeführten Papiere bleibt der den Nennwerth übersteigende Werth der angeschafften Werthpapiere dieser Gattung außer Betracht, wenn der gesammte Nennwerth 5000 Mark nicht übersteigt. Ausländische Werthe sind nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umzurechnen.

Den Kauf- und sonstigen Anschaffungsgeschäften steht gleich die bei Errichtung einer Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien erfolgende Zutheilung der Aktien auf Grund vorhergehender Zeichnung, die bei Errichtung einer Aktiengesellschaft stattfindende Uebernahme der Aktien durch die Gründer und die Ausreichung von Werthpapieren an den ersten Erwerber.

Ermäßigung.

Hat ein Kontrahent nachweislich im Arbitrageverkehr unter die Tarifnummer 4a 1 und 2 fallende Gegenstände derselben Gattung im Inlande gekauft und im Auslande verkauft oder umgekehrt, oder an dem einen Börsenplatze des Auslandes gekauft und an dem anderen verkauft, so ermäßigt sich die Stempelabgabe von jedem dieser Geschäfte, soweit deren Werthbeträge sich decken, zu Gunsten dieses Kontrahenten um ein Zwanzigstel vom Tausend, wenn die beiden einander gegenüberstehenden Geschäfte zu festen Kursen an demselben oder an zwei unmittelbar auf einander folgenden Börsentagen abgeschlossen sind. Es macht keinen Unterschied, ob der Kontrahent die Geschäfte im Auslande selbst oder durch eine Metaverbindung abgeschlossen hat.

Beschlüsse der Kommission.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz vom Hundert	Steuersatz vom Tausend	Steuersatz vom Mark	Steuersatz vom Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
3.	Inländische auf den Inhaber lautende und auf Grund staatlicher Genehmigung ausgegebene Renten- und Schuldverschreibungen der **Kommunalverbände und Kommunen, der** Korporationen ländlicher oder städtischer Grundbesitzer, der Grundkredit- und Hypothekenbanken oder der **Eisenbahngesellschaften**, sowie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere	—	2	—	—	vom Nennwerthe beziehungsweise vom Betrage der bescheinigten Einzahlungen nach Maßgabe der Vorschriften für die Abgabenberechnung bei inländischen Werthpapieren der unter Nr. 2 bezeichneten Art, und zwar in Abstufungen von 20 Pfennig für je 100 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages.
	Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte.					
4.	a) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte über:					
	1. ausländische Banknoten, ausländisches Papiergeld, ausländische Geldsorten . . .	—	2/10	—	—	
	2. Werthpapiere der unter Nr. **2a, 2b** und 3 des Tarifs bezeichneten Art	—	2/10	—	—	
	3. Antheile gewerkschaftlich betriebener Bergwerke oder die darüber ausgestellten Urkunden (Kuxscheine, Bezugsscheine, Abtretungsscheine)	—	**1**	—	—	
	4. sonstige Werthpapiere der unter 1 bis 3 des Tarifs bezeichneten Art einschließlich der Genußscheine	—	3/10	—	—	
	Den Kauf- und sonstigen Anschaffungsgeschäften steht gleich die bei Errichtung einer Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien erfolgende Zutheilung der Aktien auf Grund vorhergehender Zeichnung, die bei Errichtung einer Aktiengesellschaft stattfindende Uebernahme der Aktien durch die Gründer und die Ausreichung von Werthpapieren an den ersten Erwerber.					vom Werthe des Gegenstandes des Geschäfts und zwar in Abstufungen von **zu 4a 1 und 2 0,20 Mark; zu 4a 3 1,00 Mark; zu 4a 4 0,30 Mark; zu 4b 0,40 Mark** für je 1000 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages. Der Werth des Gegenstandes wird nach dem vereinbarten Kauf- oder Lieferungspreis, sonst durch den mittleren Börsen- oder Marktpreis am Tage des Abschlusses bestimmt. Die zu den Werthpapieren gehörigen Zins- und Gewinnantheilsscheine bleiben bei Berechnung der Abgabe außer Betracht. Ausländische Werthe sind nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umzurechnen.
	Ermäßigung. Hat ein Kontrahent nachweislich im Arbitrageverkehr unter die Tarifnummer 4a 1, 2 und **4** fallende Gegenstände derselben Gattung im Inlande gekauft und im Auslande verkauft oder umgekehrt, oder an dem einen Börsenplatze des Auslandes gekauft und an dem anderen verkauft, so ermäßigt sich die Stempelabgabe von jedem dieser Geschäfte, soweit deren Werthbeträge sich decken, zu Gunsten dieses Kontrahenten **für die unter Tarifnummer 4a 1 und 2 fallenden Gegenstände** um ein Zwanzigstel **und für die unter Tarifnummer 4a 4 fallenden Gegenstände um ein Zehntel** vom Tausend, wenn die beiden einander gegenüberstehenden Geschäfte zu festen Kursen an demselben oder an zwei unmittelbar auf einander					

Bisherige Fassung.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz vom Hundert	Steuersatz vom Tausend	Steuersatz vom Mark	Steuersatz vom Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
(4.)	Unter den gleichen Voraussetzungen tritt diese Steuerermäßigung ein, wenn An- und Verkäufen von ausländischen Banknoten oder ausländischem Papiergeld Geschäfte über Kontanten oder Wechsel gegenüberstehen. Eine einmalige, längstens halbmonatliche Prolongation im Auslande abgeschlossener Geschäfte dieser Art bleibt steuerfrei. Die Geschäfte sind zunächst nach dem vollen Betrage zu versteuern. Der Bundesrath erläßt die näheren Vorschriften darüber, auf Grund welcher Nachweise die Erstattung des zuviel verwendeten Stempels erfolgt. b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte, welche unter Zugrundelegung von Usancen einer Börse geschlossen werden (Loko-, Zeit-, Fix-, Termin-, Prämien- u. s. w. Geschäfte), über Mengen von Waaren, die börsenmäßig gehandelt werden Als börsenmäßig gehandelt gelten diejenigen Waaren, für welche an der Börse, deren Usancen für das Geschäft maßgebend sind, Terminpreise notirt werden.	—	4/10	—	—	
	Befreiungen. Die vorbestimmte Abgabe wird nicht erhoben: 1. falls der Werth des Gegenstandes des Geschäfts nicht mehr als 600 Mark beträgt. Werden zwischen denselben Kontrahenten an einem Tage zu gleichen Vertragsbestimmungen mehrere Geschäfte über Gegenstände derselben Art ohne Vermittler oder durch denselben Vermittler abgeschlossen, deren Gesammtwerth mehr als 600 Mark beträgt, so greift für die einzelnen Geschäfte, auch wenn der Werth des Gegenstandes derselben den Betrag von 600 Mark nicht übersteigt, diese Befreiung nicht Platz. 2. falls die Waaren, welche Gegenstand eines nach Nr. 4b stempelpflichtigen Geschäfts sind, von einem der Vertragschließenden im Inlande erzeugt oder hergestellt sind; 3. für die Ausreichung der von den Pfandbriefinstituten und Hypothekenbanken ausgegebenen auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen als Darlehnsvaluta an den kreditnehmenden Grundbesitzer;					

Beschlüsse der Kommission.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz vom Hundert	Steuersatz vom Tausend	Steuersatz vom Mark	Steuersatz vom Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
(4.)	folgenden Börsentagen abgeschlossen sind. Es macht keinen Unterschied, ob der Kontrahent die Geschäfte im Auslande selbst oder durch eine Metaverbindung abgeschlossen hat. Unter den gleichen Voraussetzungen tritt **die** Steuerermäßigung **(um ein Zwanzigstel vom Tausend)** ein, wenn An- und Verkäufen von ausländischen Banknoten oder ausländischem Papiergeld Geschäfte über Kontanten oder Wechsel gegenüberstehen. Eine einmalige, längstens halbmonatliche Prolongation im Auslande abgeschlossener Geschäfte dieser Art bleibt steuerfrei. Die Geschäfte sind zunächst nach dem vollen Betrage zu versteuern. Der Bundesrath erläßt die näheren Vorschriften darüber, auf Grund welcher Nachweise die Erstattung des zuviel verwendeten Stempels erfolgt.					
	b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte, welche unter Zugrundelegung von Usancen einer Börse geschlossen werden (Loko-, Zeit-, Fix-, Termin-, Prämien- u. s. w. Geschäfte), über Mengen von Waaren, die börsenmäßig gehandelt werden	—	4/10	—	—	
	Als börsenmäßig gehandelt gelten diejenigen Waaren, für welche an der Börse, deren Usancen für das Geschäft maßgebend sind, Terminpreise notirt werden **und bei Waaren, in denen der Börsenterminhandel untersagt ist, (§. 50 Abs. 1 und 3 des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896) diejenigen, für welche an der in Betracht kommenden Börse Preise für Zeitgeschäfte notirt werden.**					
	Befreiungen. Die vorbestimmte Abgabe wird nicht erhoben:					
	1. falls die Waaren, welche Gegenstand eines nach Nr. 4b stempelpflichtigen Geschäfts sind, von einem der Vertragschließenden im Inlande erzeugt oder hergestellt sind; **2.** für die Ausreichung der von den Pfandbriefinstituten und Hypothekenbanken ausgegebenen auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen als Darlehnsvaluta an den kreditnehmenden Grundbesitzer;					

Antrag Müller (Fulda) — Nr. 713 der Drucksachen —.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz von Hundert	Tausend	Mark	Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
	Lotterieloose.					
5	Loose öffentlicher Lotterien, sowie Ausweise über Spieleinlagen bei öffentlich veranstalteten Ausspielungen von Geld- oder anderen Gewinnen					
	a) inländische	20	—	—	—	bei inländischen Loosen vom planmäßigen Preise (Nennwerth) sämmtlicher Loose oder Ausweise mit Ausschluß des auf die Reichsstempelabgabe entfallenden Betrages; bei ausländischen Loosen von dem Preise der einzelnen Loose in Abstufungen von 1 Mark für je 4 Mark oder einen Bruchtheil des Betrages.
	b) ausländische	25	—	—	—	
	Den Spieleinlagen stehen gleich u. s. w. (wie bisher).					
	Schiffsfrachturkunden.					
6	Zur Beurkundung eines Frachtvertrages über die Beförderung von Gütern im Seeverkehr dienende Schriftstücke (Konnossemente)					
	a) im Inlande ausgestellte . . . . . mindestens jedoch 10 Pfennig von jeder Tonne Raummaß, bezw. wenn die Berechnung der Fracht nach Gewicht erfolgt, von je 1000 Kilo der Ladung,	1/2	—	—	—	vom Betrage der Seefracht in Abstufungen von 10 Pf. für je 20 ℳ oder einen Bruchtheil dieses Betrages. Der Stempel ist für alle über dasselbe Frachtgeschäft ausgestellten Konnossemente nur im einmaligen Betrage zu entrichten.
	b) im Auslande ausgestellte, sofern sie im Inlande ausgehändigt werden					
	1. wenn die Schriftstücke über ganze Schiffsladungen lauten	—	—	10	–	von dem die Ladung fordernden Schriftstück.
	2. wenn sie über Theilladungen oder Stückgüter lauten . . . . . mindestens jedoch 10 Pfennig von jeder Tonne Raummaß, bezw. wenn die Berechnung der Fracht nach Gewicht erfolgt, von je 1000 Kilo der Ladung. Der Beförderung von Gütern im Seeverkehr wird gleich erachtet diejenige Beförderung, welche zwischen ausländischen Seehäfen und deutschen Flußhäfen stattfindet.	—	—	—	20	
	Handelt es sich im Falle zu b um Sendungen aus Häfen der Nord- oder Ostsee, so werden nur 5/10 der vorgeschriebenen Sätze erhoben.					

Bisherige Fassung.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz von Hundert	Tausend	Mark	Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
(4.)	4. für sogenannte Kontantgeschäfte über die unter Nr. 4a 1 bezeichneten Gegenstände sowie über ungemünztes Gold oder Silber. Als Kontantgeschäfte gelten solche Geschäfte, welche vertragsmäßig durch Lieferung des Gegenstandes seitens des Verpflichteten an dem Tage des Geschäftsabschlusses zu erfüllen sind.					
	5. von den zur Versicherung von Werthpapieren gegen Verloosung geschlossenen Geschäften, unbeschadet der Stempelpflicht der nach erfolgter Verloosung stattfindenden Kauf- oder sonstigen Anschaffungsgeschäfte.					
	Lotterieloose.					
5.	Loose öffentlicher Lotterien, sowie Ausweise über Spieleinlagen bei öffentlich veranstalteten Ausspielungen von Geld- oder anderen Gewinnen. Den Spieleinlagen stehen gleich die Wetteinsätze bei öffentlich veranstalteten Pferderennen und ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen.	10	—	—	—	bei inländischen Loosen vom planmäßigen Preise (Nennwerth) sämmtlicher Loose oder Ausweise; bei ausländischen Loosen von dem Preise der einzelnen Loose in Abstufungen von 50 Pfennig für je 5 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages.
	Befreit sind: Loose der von den zuständigen Behörden genehmigten Ausspielungen und Lotterien, sofern der Gesammtpreis der Loose einer Ausspielung die Summe von einhundert Mark und bei Ausspielungen zu ausschließlich mildthätigen Zwecken die Summe von fünfundzwanzigtausend Mark nicht übersteigt.					

Beschlüsse der Kommission.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz vom Hundert	Steuersatz vom Tausend	Steuersatz vom Mark	Steuersatz vom Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
(4.)	**3.** für sogenannte Kontantgeschäfte über die unter Nr. 4a 1 bezeichneten Gegenstände sowie über ungemünztes Gold oder Silber. Als Kontantgeschäfte gelten solche Geschäfte, welche vertragsmäßig durch Lieferung des Gegenstandes seitens des Verpflichteten an dem Tage des Geschäftsabschlusses zu erfüllen sind.					
	4. von den zur Versicherung von Werthpapieren gegen Verloosung geschlossenen Geschäften, unbeschadet der Stempelpflicht der nach erfolgter Verloosung stattfindenden Kauf- oder sonstigen Anschaffungsgeschäfte.					
	Lotterieloose.					
5.	Loose öffentlicher Lotterien, sowie Ausweise über Spieleinlagen bei öffentlich veranstalteten Ausspielungen von Geld- oder anderen Gewinnen					
	a) inländische	**20**	—	—	—	bei inländischen Loosen vom planmäßigen Preise (Nennwerth) sämmtlicher Loose oder Ausweise **mit Ausschluß des auf die Reichsstempelabgabe entfallenden Betrages**; bei ausländischen Loosen von dem Preise der einzelnen Loose in Abstufungen von **1 Mark für je 4 Mark** oder einen Bruchtheil des Betrages.
	b) ausländische	**25**	—	—	—	
	Befreit sind: Loose der von den zuständigen Behörden genehmigten Ausspielungen und Lotterien, sofern der Gesammtpreis der Loose einer Ausspielung die Summe von einhundert Mark und bei Ausspielungen zu ausschließlich mildthätigen Zwecken die Summe von fünfundzwanzigtausend Mark nicht übersteigt.					
	Schiffsfrachturkunden.					
6.	**Konnossemente, und Frachtbriefe im Schiffsverkehr zwischen inländischen und ausländischen Seehäfen oder zwischen inländischen Flußhäfen und ausländischen Seehäfen, sofern sie im Inlande ausgestellt oder behufs Empfangnahme oder Ablieferung der darin bezeichneten Sendung im Inlande vorgelegt oder ausgehändigt werden**	—	—	**1**	—	**Von der einzelnen Urkunde. Die Abgabe ist für jede Sendung nur einmal zu entrichten.**
	Im Verkehr zwischen inländischen Hafenplätzen und ausländischen Hafenplätzen der Nord- und Ostsee, des Kanals oder der norwegischen Küste ausgestellte, vorgelegte oder ausgehändigte Konnossemente und Frachtbriefe	—	—	—	**10**	

Antrag Müller (Fulda) — Nr. 713 der Drucksachen —.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz von Hundert	Steuersatz von Tausend	Steuersatz von Mark	Steuersatz von Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
	Befreit sind Konnossemente der zu a und b gedachten Art, aus welchen sich ergiebt, daß der Raumgehalt der Ladung eine Tonne Raummaß oder, falls die Fracht nach Gewicht berechnet wird, 1000 Kilo nicht übersteigt und zugleich die Fracht nicht mehr als 2 ℳ beträgt.					
	Schiffsfahrkarten.					
7	Fahrkarten, Fahrscheine und sonstige Ausweise über die erfolgte Bezahlung des Personenfahrgeldes im Seeverkehr von inländischen nach ausländischen Häfen					
	a) für die Fahrt in der zweiten Kajüte . .	—	—	2	50	von jeder einzelnen Fahrkarte.
	b) in der ersten Kajüte	—	—	10	—	Die Abgabe ist für jede Fahrt nur im einmaligen Betrage zu entrichten.
	Handelt es sich in den Fällen zu a und b um den Verkehr nach ausländischen Häfen der Nord- oder Ostsee einschließlich Frankreich und England im Kanal, so werden nur $^{2}/_{10}$ der vorgeschriebenen Sätze erhoben.					

Beschlüsse der Kommission.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz von Hundert	Steuersatz von Tausend	Steuersatz von Mark	Steuersatz von Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
	Schiffsfahrkarten. ad Nr. 7 des Antrags Müller (Fulda) **abgelehnt.**					

Beilage 1.

B.

Informatorische Zusammenstellung

des

von der Kommission in zweiter Lesung beschlossenen Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 (Reichs-Gesetzbl. S. 381)

mit

dem Texte des Gesetzes vom 27. April 1894.

Bisherige Fassung.

Reichsstempelgesetz
vom 27. April 1894.

§. 1.

Die in dem anliegenden Tarif unter 1, 2, 3 und 5 bezeichneten Urkunden und die daselbst unter 4 bezeichneten Geschäfte unterliegen den daselbst bezeichneten Abgaben nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen:

I. Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen.
(Tarifnummer 1 bis 3.)

§. 2.

Die Verpflichtung zur Entrichtung der unter Tarifnummer 1 bis 3 bezeichneten Stempelabgabe wird erfüllt durch Zahlung des Abgabebetrages an eine zuständige Steuerstelle, welche auf dem vorzulegenden Werthpapiere Reichsstempelmarken zum entsprechenden Betrage zu verwenden oder die Aufdrückung des Stempels zu veranlassen hat.

In welchen Fällen und unter welchen Bedingungen der Verpflichtung zur Versteuerung durch rechtzeitige Verwendung von Stempelmarken ohne amtliche Mitwirkung einer Steuerstelle genügt werden kann, bestimmt der Bundesrath.

§ 3.

Ausländische Werthpapiere, welche durch ein im Auslande abgeschlossenes Geschäft von einem zur Zeit des Geschäftsabschlusses im Inlande wohnhaften Kontrahenten angeschafft sind und ihm aus dem Auslande übersandt oder von ihm oder einem Vertreter aus dem Auslande abgeholt werden, sind von dem Erwerber binnen vierzehn Tagen

Beschlüsse der Kommission.

Entwurf eines Reichsstempelgesetzes.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.
verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

(§. 1 des geltenden Gesetzes fällt weg.)

I. Aktien, Kuxe, Renten- und Schuldverschreibungen.
(Tarifnummer 1 bis 3.)

§. 2.

Die Verpflichtung zur Entrichtung der unter **Nummer** 1 bis 3 **des anliegenden Tarifs** bezeichneten Stempelabgabe wird erfüllt durch Zahlung des Abgabebetrages an eine zuständige Steuerstelle, welche auf dem vorzulegenden Werthpapiere Reichsstempelmarken zum entsprechenden Betrage zu verwenden oder die Aufdrückung des Stempels zu veranlassen hat.

In welchen Fällen und unter welchen Bedingungen der Verpflichtung zur Versteuerung durch rechtzeitige Verwendung von Stempelmarken ohne amtliche Mitwirkung einer Steuerstelle genügt werden kann, bestimmt der Bundesrath.

§. 3.

Unverändert.

Bisherige Fassung.	Beschlüsse der Kommission.
nach der Einbringung der Werthpapiere in das Inland zur Versteuerung anzumelden. Wer dieses unterläßt oder wer Werthpapiere der unter den Tarifnummern 1 bis 3 bezeichneten Art im Inlande ausgiebt, veräußert, verpfändet oder ein anderes Geschäft unter Lebenden damit macht oder Zahlung darauf leistet, bevor die Verpflichtung zur Versteuerung erfüllt oder den Kontrolvorschriften des Bundesraths genügt ist, verfällt in eine Geldstrafe, welche dem fünfundzwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Abgabe gleichkommt, mindestens aber zwanzig Mark für jedes Werthpapier beträgt.	
Diese Strafen treffen besonders und zum vollen Betrage jeden, der als Kontrahent oder in anderer Eigenschaft an der Ausgabe, Veräußerung, Verpfändung oder an dem sonstigen Geschäfte theilgenommen hat.	
Dieselben Personen sind für die Entrichtung der Steuer solidarisch verhaftet.	
§. 4.	§. 4.
Bevor stempelpflichtige inländische Werthpapiere zur Zeichnung aufgelegt werden, oder zu weiteren Einzahlungen auf solche aufgefordert wird, hat der Emittent hiervon der zuständigen Steuerstelle unter Angabe der Zahl, der Gattung und des Nennwerthes der Stücke oder des Betrages der zu leistenden Einzahlungen nach Maßgabe eines von dem Bundesrath zu bestimmenden Formulars Anzeige zu erstatten.	Unverändert.
Die Zuwiderhandlung gegen diese Vorschrift zieht Geldstrafe im Betrage von fünfzig bis fünfhundert Mark nach sich.	
§. 5.	§. 5.
Die der Reichsstempelsteuer unterworfenen Werthpapiere unterliegen in den einzelnen Bundesstaaten keiner weiteren Stempelabgabe (Taxe, Sportel u. s. w.).	Unverändert.
Auch ist von der Umschreibung solcher Werthpapiere in den Büchern und Registern der Gesellschaft 2c., sowie von den auf die Werthpapiere selbst gesetzten Uebertragungsvermerken (Indossamenten, Cessionen u. s. w.) eine Abgabe nicht zu entrichten.	
Im Uebrigen, insbesondere hinsichtlich der Urkunden über Eintragungen in dem Hypothekenbuche (Grundbuche), bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften unberührt.	
§. 6.	§. 6.
Die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegebenen inländischen und mit dem Reichsstempel versehenen ausländischen Werthpapiere werden nach dem Gesetze vom 1. Juli 1881 beurtheilt. Das Gleiche gilt für nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ausgegebene inländische Werthpapiere in Ansehung der vorher geleisteten Zahlungen. Vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgestellte, noch nicht mit dem Reichsstempel versehene ausländische Werthpapiere sind, wenn sie innerhalb sechs Monaten nach diesem Zeitpunkte zur Stempelung vorgelegt werden, nach dem Gesetze vom 1. Juli 1881, bei späterer Vorlegung nach den durch gegenwärtiges Gesetz für inländische Werthpapiere derselben Art in den Tarifnummern 1a und 2a festgesetzten Sätzen zu verstempeln.	**Bezüglich der vor dem 1. Juli 1900** ausgegebenen inländischen und mit dem Reichsstempel versehenen ausländischen Werthpapiere **bewendet es bei den bisherigen Vorschriften. Dasselbe** gilt für **die nach dem genannten Zeitpunkt ausgegebenen inländischen** Werthpapiere in Ansehung der vorher geleisteten Zahlungen.
Werthpapiere, welche lediglich zum Zweck des Umtausches, das heißt behufs Erneuerung der Urkunde ohne Veränderung des ursprünglichen Rechtsverhältnisses, ausgestellt worden sind, bleiben steuerfrei, wenn die zum Umtausch gelangenden Stücke ordnungsmäßig versteuert oder steuerfrei sind und den vom Bundesrath zu erlassenden Kontrolvorschriften genügt worden ist.	Werthpapiere, welche lediglich zum Zweck des Umtausches, das heißt behufs Erneuerung der Urkunde ohne Veränderung des ursprünglichen Rechtsverhältnisses, ausgestellt worden sind, bleiben steuerfrei, wenn die zum Umtausch gelangenden Stücke ordnungsmäßig versteuert oder steuerfrei sind und den vom Bundesrath zu erlassenden Kontrolvorschriften genügt worden ist.

Bisherige Fassung.	Beschlüsse der Kommission.
II. Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte. (Tarifnummer 4).	**II. Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte.** (Tarifnummer 4.)
§. 7.	§. 7.
Die unter Tarifnummer 4 angeordnete Abgabe ist von allen im Inlande abgeschlossenen Geschäften der bezeichneten Art zu erheben.	Unverändert.
Im Auslande abgeschlossene Geschäfte unterliegen der Abgabe, wenn beide Kontrahenten im Inlande wohnhaft sind; ist nur der eine Kontrahent im Inlande wohnhaft, so ist die Abgabe nur im halben Betrage zu entrichten. Bei kaufmännischen Firmen entscheidet für die Frage des Wohnortes der Sitz der Handelsniederlassung, welche das Geschäft abgeschlossen hat.	
Als im Auslande abgeschlossen gelten auch solche Geschäfte, welche durch briefliche oder telegraphische Korrespondenz zwischen einem Orte des Inlandes und einem Orte des Auslandes zu Stande gekommen sind.	
§. 8.	§. 8.
Bedingte Geschäfte gelten in Betreff der Abgabepflicht als unbedingte. Ist einem Kontrahenten ein Wahlrecht eingeräumt, oder die Befugniß, innerhalb bestimmter Grenzen den Umfang der Lieferung zu bestimmen, so wird die Abgabe nach dem höchstmöglichen Werth des Gegenstandes des Geschäfts berechnet.	Mit Aenderung — cfr. Fußnote —.
Jede Verabredung, durch welche die Erfüllung des Geschäfts unter veränderten Vertragsbestimmungen oder gegen Entgelt unter denselben Vertragsbestimmungen auf einen späteren Termin verschoben wird, gilt als neues abgabepflichtiges Geschäft.	
Ist das Geschäft von einem Kommissionär (Artikel 360[1]) des Handelsgesetzbuchs) abgeschlossen, so ist die Abgabe sowohl für das Geschäft zwischen dem Kommissionär und dem Dritten, als auch für das Abwickelungsgeschäft zwischen dem Kommissionär und dem Kommittenten zu entrichten, sofern nicht die Bestimmung des §. 12 Absatz 2 eintritt.	
Geschäfte, welche vorbehaltlich der Aufgabe („an Aufgabe") abgeschlossen werden, sind abgabepflichtig. Die Bezeichnung des definitiven Gegenkontrahenten (die Aufgabe) ist steuerfrei, wenn dieselbe spätestens am folgenden Werktage gemacht wird; wird dieselbe später gemacht, so gilt sie als ein neues abgabepflichtiges Geschäft.	
§. 9.	§. 9.
Zur Entrichtung der Abgabe ist zunächst verpflichtet:	Mit Aenderung — cfr. Fußnote —.
1. wenn das Geschäft durch einen im Inlande wohnhaften Vermittler abgeschlossen ist, dieser,	
andernfalls:	
2. wenn nur einer der Kontrahenten im Inlande wohnhaft ist, dieser,	
3. wenn von den Kontrahenten nur der eine ein im Inlande wohnhafter nach Artikel 28[2]) des Handelsgesetzbuchs zur Führung von Handelsbüchern verpflichteter Kaufmann ist, der letztere,	
4. wenn es sich um das Abwickelungsgeschäft zwischen dem Kommissionär und dem Kommittenten handelt (§. 8 Absatz 3), der Kommissionär,	
5. in allen übrigen Fällen der Veräußerer.	
Die im Inlande wohnhaften Vermittler und die Kontrahenten haften für die Abgabe als Gesammtschuldner, indessen ist bei Geschäften, für welche die Abgabe nur im halben Betrage zu entrichten ist (§. 7 Absatz 2), der nicht im Inlande wohnhafte Kontrahent für die Entrichtung der Abgabe nicht verhaftet.	

[1]) jetzt 383.
[2]) jetzt 38.

Bisherige Fassung.

Der Vermittler ist berechtigt, den Ersatz der entrichteten Abgabe von jedem für die Abgabe verhafteten Kontrahenten zu fordern.

§. 10.

Der zur Entrichtung der Abgabe zunächst Verpflichtete hat über das abgabepflichtige Geschäft eine Schlußnote auszustellen, welche den Namen und den Wohnort des Vermittlers und der Kontrahenten, den Gegenstand und die Bedingungen des Geschäfts, insbesondere den Preis, sowie die Zeit der Lieferung ergeben muß. Die Unterschrift des Ausstellers ist nicht erforderlich.

Die Schlußnote ist doppelt auf einem vorher gestempelten oder mit den erforderlichen Stempelmarken zu versehenden Formular auszustellen, von dem je eine Hälfte für jeden der beiden Kontrahenten bestimmt ist. Spätestens am dritten Tage nach dem Tage des Geschäftsabschlusses hat der Aussteller der Schlußnote die nicht für ihn bestimmte Hälfte der letzteren, wenn derselbe die Schlußnote aber als Vermittler ausgestellt hat (§. 9 Ziffer 1), deren beide Hälften abzusenden.

Vermittler haben diese Absendung und den verwendeten Stempelbetrag in ihren Geschäftsbüchern zu vermerken.

Der zur Entrichtung der Abgabe zunächst Verpflichtete darf unversteuerte Schlußnoten über das abgabepflichtige Geschäft nicht ausstellen und aus der Hand geben.

§. 11.

Ist einem für die Entrichtung der Abgabe verhafteten Kontrahenten (§. 9 Absatz 2) eine zu niedrig versteuerte Schlußnote zugestellt worden, so hat derselbe binnen vierzehn Tagen nach dem Tage des Geschäftsabschlusses den fehlenden Stempelbetrag auf der Schlußnote nachträglich zu verwenden; ist einem solchen Kontrahenten eine versteuerte Schlußnote überhaupt nicht zugegangen, so hat derselbe seinerseits binnen der bezeichneten Frist nach Maßgabe der im §. 10 Absatz 1 und 2 gegebenen Bestimmungen zu verfahren.

Sind bei einem durch einen Vermittler abgeschlossenen Geschäfte (§. 9 Ziffer 1) zwei derartige Kontrahenten betheiligt, so hat jeder von ihnen nur die Hälfte des auf der zugestellten Schlußnote fehlenden Betrages nachträglich zu verwenden, im Falle des Nichteinganges der Schlußnote aber zu der von ihm auszustellenden Schlußnote nur die Hälfte des tarifmäßigen Stempels zu verwenden.

Die nach den vorstehenden Bestimmungen mangels des Empfanges der Schlußnote entrichtete Abgabe ist zurückzuerstatten, wenn nachgewiesen wird, daß der zunächst Verpflichtete die ihm nach §. 10 obliegenden Verpflichtungen rechtzeitig erfüllt hat. Die Entscheidung erfolgt im Verwaltungswege.

§. 12.

Eine Schlußnote kann mehrere abgabepflichtige Geschäfte umfassen, insofern letztere demselben Steuersatze unterliegen und an demselben Tage unter denselben Kontrahenten, welche in gleicher Eigenschaft gehandelt haben, abgeschlossen worden sind. Die Abgabe ist in diesem Falle von dem Gesammtwerthe der Geschäfte zu berechnen.

Wird bei Kommissionsgeschäften für einen auswärtigen Kommittenten, welcher seinerseits als Kommissionär eines Dritten handelt, die Schlußnote mit dem Zusatze „in Kommission" ausgestellt, so bleibt das Abwickelungsgeschäft zwischen ihm und seinem Kommittenten von der Abgabe befreit, wenn er die Schlußnote mit dem Vermerk versieht, daß sich eine versteuerte, über denselben Betrag oder die-

Beschlüsse der Kommission.

§. 10.

Der zur Entrichtung der Abgabe zunächst Verpflichtete hat über das abgabepflichtige Geschäft **am Tage des Geschäftsabschlusses** eine Schlußnote auszustellen, welche den Namen und den Wohnort des Vermittlers und der Kontrahenten, den Gegenstand und die Bedingungen des Geschäfts, insbesondere den Preis sowie die Zeit der Lieferung ergeben muß. Die Unterschrift des Ausstellers ist nicht erforderlich.

Die Schlußnote ist doppelt auf einem vorher gestempelten oder mit den erforderlichen Stempelmarken zu versehenden Formular auszustellen, von dem je eine Hälfte für jeden der beiden Kontrahenten bestimmt ist. Spätestens am dritten Tage nach dem Tage des Geschäftsabschlusses hat der Aussteller der Schlußnote die nicht für ihn bestimmte Hälfte der letzteren, wenn derselbe die Schlußnote aber als Vermittler ausgestellt hat (§. 9 Ziffer 1), deren beide Hälften abzusenden.

Vermittler haben diese Absendung und den verwendeten Stempelbetrag in ihren Geschäftsbüchern zu vermerken.

Der zur Entrichtung der Abgabe zunächst Verpflichtete darf unversteuerte Schlußnoten über das abgabepflichtige Geschäft nicht ausstellen und aus der Hand geben.

§. 11.

Unverändert.

§. 12.

Unverändert.

Bisherige Fassung.	Beschlüsse der Kommission.
selbe Menge und denselben Preis lautende Schlußnote mit zu bezeichnender Nummer (§. 14) in seinen Händen befindet. Umfaßt eine Schlußnote ein Kaufgeschäft und gleichzeitig ein zu einer späteren Zeit zu erfüllendes Rückkaufgeschäft über in der Tarifnummer 4 bezeichnete Gegenstände derselben Art und in demselben Betrage, beziehungsweise derselben Menge (Report-, Deport-, Kostgeschäft), so ist die Abgabe nur für das dem Werthe nach höhere dieser beiden Geschäfte zu berechnen.	§. 12a. **(Neu.)** Führt der Kommissionär an demselben Tage eine Einkaufskommission und eine Verkaufskommission über Werthpapiere derselben Gattung durch Eintritt als Selbstkontrahent aus, so ist für jedes der beiden Geschäfte, insoweit sie sich ausgleichen, neben der tarifmäßigen Abgabe eine weitere Abgabe in Höhe der Hälfte des Tarifsatzes zu entrichten, es sei denn, daß der Kommissionär zur Deckung eines der beiden Aufträge ein abgabepflichtiges Geschäft mit einem Dritten abgeschlossen hat. Die Bestimmungen über die Erhebung der weiteren Abgabe und über die zur Sicherung dieser Erhebung erforderlichen Maßregeln insbesondere über die Art der Buchführung werden vom Bundesrath getroffen.
§. 13. Tauschgeschäfte, bei welchen verschiedene Abschnitte oder Stücke mit verschiedenen Zinsterminen von Werthpapieren derselben Gattung ohne anderweite Gegenleistung Zug um Zug ausgetauscht werden, sind steuerfrei. Uneigentliche Leihgeschäfte, daß heißt solche, bei denen der Empfänger befugt ist, an Stelle der empfangenen Werthpapiere andere Stücke gleicher Gattung zurückzugeben, bleiben steuerfrei, wenn diese Geschäfte ohne Ausbedingung oder Gewährung eines Leihgeldes, Entgeltes, Aufgeldes oder einer sonstigen Leistung und unter Führung einer Frist von längstens einer Woche für die Rücklieferung der Werthpapiere abgeschlossen werden. Die darüber auszufertigenden Schlußnoten müssen diese Festsetzung sowie den Vermerk „Unentgeltliches Leihgeschäft" enthalten.	§. 13. Unverändert.
§. 14. Die Schlußnoten sind nach der Zeitfolge numerirt von den im §. 39 bezeichneten Anstalten, sowie denjenigen Anstalten und Personen, welche gewerbsmäßig abgabepflichtige Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte betreiben oder vermitteln, fünf Jahre lang, von anderen Personen ein Jahr lang aufzubewahren.	§. 14. Die Schlußnoten sind nach der Zeitfolge numerirt von denjenigen Anstalten und Personen, welche gewerbsmäßig abgabepflichtige Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte betreiben oder vermitteln, fünf Jahre lang, von anderen Personen ein Jahr lang aufzubewahren.
§. 15. Ist bei dem Abschluß eines abgabepflichtigen Geschäfts zwischen zwei Kontrahenten, welche nicht nach Artikel 28[1]) des Handelsgesetzbuchs zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, eine beiderseits unterschriebene Vertragsurkunde aufgestellt worden, so bleiben die §§. 9, 10, 11, 12, 14 außer Anwendung. Die Kontrahenten sind verpflichtet, die Vertragsurkunde binnen vierzehn Tagen nach dem Geschäftsabschluß der Steuerbehörde zur Abstempelung vorzulegen; diese Verpflichtung erstreckt sich bei Geschäften, für welche die Abgabe nur im halben Betrage zu erheben ist (§. 7 Absatz 2), nicht auf den nicht im Inlande wohnhaften Kontrahenten.	§. 15. Mit Aenderung — cfr. Fußnote —.
§. 16. Bei Geschäften, für welche eine rechtzeitige Berechnung der Steuer nicht möglich ist, bleibt die Besteuerung unter den vom Bundesrath festzusetzenden Maßgaben so lange ausgesetzt, bis die Berechnung möglich wird. Der Bundes-	§. 16. Unverändert.

[1]) jetzt §. 88.

Bisherige Fassung.	Beschlüsse der Kommission.
rath bestimmt ferner, unter welchen Umständen außerhalb dieses Falles, insbesondere bei im Auslande abgeschlossenen Geschäften, eine andere Frist zur Ausstellung der Schlußnoten eintreten kann.	
§. 17.	§. 17.
Nach der näheren Bestimmung des Bundesraths dürfen Stempelzeichen zur Entrichtung der in der Tarifnummer 4 angeordneten Abgabe auf Kredit verabfolgt werden.	Unverändert.
§. 18.	§. 18.
Geschäfte, welche nach Tarifnummer 4 abgabepflichtig sind, oder auf welche die Vorschrift unter „Befreiungen" zu dieser Tarifnummer Anwendung findet, sowie Schriftstücke über solche Geschäfte sind in den einzelnen Bundesstaaten keinen Stempelabgaben (Taxen, Sporteln u. s. w.) unterworfen. Werden diese Schriftstücke indessen gerichtlich oder notariell aufgenommen oder beglaubigt, so unterliegen sie, neben der in Tarifnummer 4 für das Geschäft vorgeschriebenen Abgabe, den in den Landesgesetzen für gerichtliche oder notarielle Aufnahmen und Beglaubigungen etwa vorgeschriebenen Stempeln (Taxen, Sporteln u. s. w.).	Unverändert.
§. 19.	§. 19.
Wer den Vorschriften im §. 10 Absatz 1 und 2, §. 11 Absatz 1 und 2 und §. 15 zuwiderhandelt oder eine Schlußnote wahrheitswidrig mit dem im §. 12 Absatz 2 oder §. 13 bezeichneten Vermerk versieht, oder im Falle der Tarifnummer 4a behufs Erlangung einer Steuerermäßigung unrichtige Nachweise vorlegt, hat eine Geldstrafe verwirkt, welche dem fünfzigfachen Betrage der hinterzogenen Abgabe oder der beanspruchten Steuerermäßigung gleichkommt, mindestens aber zwanzig Mark beträgt. Kann der Betrag der hinterzogenen Abgabe nicht festgestellt werden, so tritt statt der vorstehend bestimmten Strafe eine Geldstrafe von zwanzig bis fünftausend Mark ein.	Unverändert.
§. 20.	§. 20.
Wer, nachdem er auf Grund des §. 19 bestraft worden, von Neuem den dortselbst bezeichneten Vorschriften zuwiderhandelt, hat neben der im §. 19 vorgesehenen Strafe eine Geldstrafe von einhundertfünfzig bis fünftausend Mark verwirkt. Diese Rückfallsstrafe tritt ein ohne Rücksicht darauf, ob die frühere Bestrafung in demselben oder in einem anderen Bundesstaate erfolgt ist. Sie ist verwirkt, auch wenn die frühere Strafe nur theilweise entrichtet oder ganz oder theilweise erlassen ist. Dieselbe ist ausgeschlossen, wenn seit der Entrichtung oder dem Erlaß der letzten Strafe bis zur Begehung der neuen Zuwiderhandlung fünf Jahre verflossen sind.	Unverändert.
§. 21.	§. 21.
Wer gegen die Vorschriften im §. 10 Absatz 3 und §. 14 verstößt, ist mit Geldstrafe von drei Mark bis fünftausend Mark zu bestrafen.	Unverändert.
III. Lotterieloose. (Tarifnummer 5.)	**III. Spiel und Wette.** (Tarifnummer 5.)
§. 22.	§. 22.
Wer im Bundesgebiete Lotterien und Ausspielungen veranstalten will, hat die Stempelabgabe für die gesammte planmäßige Anzahl der Loose oder Ausweise über Spieleinlagen im Voraus zu entrichten.	Wer im Bundesgebiete Lotterien und Ausspielungen veranstalten will, hat die Stempelabgabe für die gesammte planmäßige Anzahl der Loose oder Ausweise über Spieleinlagen im Voraus zu entrichten.

Bisherige Fassung.	Beschlüsse der Kommission.
	Inwieweit Ausspielungen, bei welchen keine Spielausweise ausgegeben werden, zur Steuer heranzuziehen sind, ist vom Bundesrath zu bestimmen und öffentlich bekannt zu machen.
	§. 22a **(Neu.)** Den Spieleinlagen stehen im Sinne der Tarifnummer 5 die Wetteinsätze bei öffentlich veranstalteten Rennen und ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen gleich. Wer im Inlande solche Wetteinsätze entgegennimmt, ist verpflichtet, versteuerte Ausweise hierüber auszustellen.
§. 23. Vor der Entrichtung der Abgabe darf ohne Genehmigung der zuständigen Steuerstelle mit dem Loosabsatze nicht begonnen werden. Die Genehmigung kann von vorgängiger Sicherstellung der Abgabe abhängig gemacht werden.	§. 23. Unverändert.
§. 24. Wer ausländische Loose oder Ausweise über Spieleinlagen in das Bundesgebiet einführt oder daselbst empfängt, hat dieselben, bevor mit dem Vertriebe begonnen wird, spätestens binnen drei Tagen nach dem Tage der Einführung oder des Empfanges der zuständigen Behörde anzumelden und dann die Stempelabgabe zu entrichten.	§. 24. Wer ausländische Loose oder Ausweise über Spieleinlagen in das Bundesgebiet einführt oder daselbst empfängt, hat dieselben, bevor mit dem Vertriebe begonnen wird, spätestens binnen 3 Tagen nach dem Tage der Einführung oder des Empfanges der zuständigen Behörde anzumelden und davon die Stempelabgabe zu entrichten. **Den ausländischen Loosen oder Ausweisen über Spieleinlagen stehen Ausweise über Einsätze bei ausländischen Wettunternehmungen für öffentlich veranstaltete Rennen und ähnliche öffentliche Veranstaltungen gleich. Wer, ohne solche Ausweise vom Auslande einzuführen, Wetten der bezeichneten Art vermittelt, ist, sofern er diese Vermittelung gewerbsmäßig betreibt, verpflichtet, versteuerte Ausweise über die Wetteinsätze auszustellen.** **Gewerbsmäßige Vermittler von Wetten der vorbezeichneten Art unterstehen der Aufsicht der Steuerbehörden nach näherer Bestimmung des Bundesraths.**
§. 25. Die Verpflichtung zur Entrichtung der Stempelabgabe wird erfüllt durch Zahlung des Abgabebetrages bei der zuständigen Behörde. Ob und in welcher Weise eine Verwendung von Stempelzeichen stattzufinden hat, bestimmt der Bundesrath.	§. 25. Unverändert.
§. 26. Die Nichterfüllung der in den §§. 22 bis *24* bezeichneten Verpflichtungen wird mit einer dem fünffachen Betrage der hinterzogenen Abgabe gleichkommenden Geldstrafe geahndet. Dieselbe ist jedoch gegen den Unternehmer inländischer Lotterien oder Ausspielungen, sowie gegen jeden, welcher den Vertrieb ausländischer Loose oder Ausweise über Ausspielungen im Bundesgebiete besorgt, nicht unter dem Betrage von zweihundertfünfzig Mark festzusetzen.	§. 26. Die Nichterfüllung der in den §§. 22, **22a, 23 und 24** bezeichneten Verpflichtungen wird mit einer dem fünffachen Betrage der hinterzogenen Abgabe gleichkommenden Geldstrafe geahndet. Dieselbe ist jedoch gegen den Unternehmer inländischer Lotterien oder Ausspielungen, sowie gegen jeden, welcher den Vertrieb ausländischer Loose oder Ausweise über Ausspielungen im Bundesgebiete besorgt, nicht unter dem Betrage von zweihundertundfünfzig Mark festzusetzen.
Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher Wetteinsätze der in der Tarifnummer 5 bezeichneten Art entgegennimmt, ohne einen Ausweis darüber auszustellen.	
Ist die Zahl der abgesetzten Loose oder die Gesammthöhe der Wetteinsätze nicht zu ermitteln, so tritt Geldstrafe von zweihundertundfünfzig bis fünftausend Mark ein.	Ist die Zahl der abgesetzten Loose oder die Gesammthöhe der Wetteinsätze nicht zu ermitteln, so tritt Geldstrafe von zweihundertundfünfzig bis fünftausend Mark ein.

Bisherige Fassung.

§. 27.

Ein Anspruch auf Rückerstattung des eingezahlten Abgabebetrages ist ausgeschlossen; eine solche kann von der obersten Landesfinanzbehörde nur dann zugestanden werden, wenn eine beabsichtigte Ausspielung erweislich nicht zu Stande gekommen ist.

§. 28.

Die §§. 22 bis 27 leiden auf Staatslotterien deutscher Bundesstaaten keine Anwendung.

Die Stempelsteuer für die Loose der letzteren wird durch die Lotterieverwaltung eingezogen und in einer Summe für die Gesammtzahl der von ihr abgesetzten Loose zur Reichskasse abgeführt.

Eine Abstempelung der Loose findet nicht statt.

§. 29.

Loose 2c. inländischer Unternehmungen, für welche vor Inkrafttreten dieses Gesetzes die obrigkeitliche Erlaubniß bereits ertheilt ist, sowie ausländische Loose, welche vor diesem Zeitpunkte in das Bundesgebiet eingeführt, auch binnen drei Tagen nach demselben bei der zuständigen Behörde angemeldet sind, und die Loose der Staatslotterien, deren Ausgabe auch nur für eine Klasse bereits vor diesem Zeitpunkt begonnen hat, unterliegen der Reichsstempelabgabe nur nach Maßgabe der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen.

§. 30.

Oeffentliche Ausspielungen, Verloosungen und Lotterien, für welche die Reichsstempelabgabe zu entrichten ist, unterliegen in den einzelnen Bundesstaaten keiner weiteren Stempelabgabe (Taxe, Sportel u. s. w.)

Beschlüsse der Kommission.

§. 27.

Unverändert.

§. 28.

Unverändert.

§. 29.

Loose u. s. w. inländischer Unternehmungen, für welche **vor dem 1. Juli 1900** die obrigkeitliche Erlaubniß bereits ertheilt ist, sowie ausländische Loose, welche vor diesem Zeitraum eingeführt, auch binnen drei Tagen **nach demselben angemeldet sind,** und die Loose **von** Staatslotterien, deren Ausgabe auch nur für eine Klasse bereits vor diesem Zeitpunkte begonnen hat, unterliegen, **sofern die Ziehung der Loose vor dem 1. Januar 1901 beendet ist,** der Reichsstempelabgabe nur nach Maßgabe der **bisherigen Bestimmungen.**

Für den Betrieb der Totalisatoren auf den Rennplätzen finden die bisherigen Bestimmungen bis zum 1. Januar 1901 Anwendung.

§. 30.

Unverändert.

IIIa. Schiffsfrachturkunden. (Neu.)

(Tarifnummer 6.)

§. 30a. **(Neu.)**

Die Beförderung von Gütern im Schiffsverkehr zwischen inländischen und ausländischen Seehäfen oder zwischen inländischen Flußhäfen und ausländischen Seehäfen darf nur erfolgen, wenn eine Urkunde der im Tarif bezeichneten Art ausgestellt wird. Die Ablieferung von Gütern, die im Schiffsverkehr vom Auslande nach dem Inlande befördert sind, darf nur erfolgen, wenn eine Urkunde der bezeichneten Art ausgehändigt wird.

Auf den Postverkehr und die Beförderung des Gepäcks der Reisenden finden diese Vorschriften keine Anwendung.

§. 30b. **(Neu.)**

Die Verpflichtung zur Entrichtung der unter Nr. 6 des Tarifs bezeichneten Stempelabgabe liegt bei Urkunden, welche im Inlande ausgestellt werden, dem Aussteller, bei den im Auslande ausgestellten Urkunden dem Empfänger der Sendung ob.

§. 30c. **(Neu.)**

Wird eine Urkunde der bezeichneten Art im Inlande ausgestellt, so ist die Abgabe von einer Abschrift zu entrichten, die dem Rheder auszuhändigen oder, falls dieser selbst die Urkunde ausgestellt hat, von ihm zurückzubehalten ist.

Hat der Rheder seine Niederlassung im Auslande, so tritt an seine Stelle der inländische Vertreter.

Bisherige Fassung.

Beschlüsse der Kommission.

§. 30d. **(Neu.)**

Die Abgabe muß entrichtet werden bei im Inlande ausgestellten Schriftstücken, bevor die Aushändigung der Urkunde durch den Aussteller erfolgt, bei im Auslande ausgestellten binnen drei Tagen, nachdem die Urkunde in den Besitz des Empfängers der Sendung gelangt ist. Die Schriftstücke, von welchen die Abgabe zu entrichten ist, sind während der Dauer eines Jahres aufzubewahren.

§. 30e. **(Neu.)**

Ist die Entrichtung der Abgabe von den dazu verpflichteten Personen unterlassen worden, so ist sie von jedem ferneren Inhaber des nicht gestempelten Schriftstückes binnen drei Tagen nach dem Tage des Empfanges und jedenfalls vor der weiteren Aushändigung des Schriftstückes zu bewirken.

§. 30f. **(Neu.)**

Die im §. 30a gedachte Verpflichtung wird erfüllt durch Verwendung von Vordrucken, die vor dem Gebrauch vorschriftsmäßig abgestempelt sind, oder von Stempelmarken nach näherer Anordnung des Bundesraths.

Dem Bundesrath steht auch die Bestimmung darüber zu, ob und in welchen Fällen die Entrichtung der Abgabe ohne Verwendung von Stempelzeichen erfolgen darf.

§. 30g. **(Neu.)**

Die Nichterfüllung der Steuerpflicht wird mit einer Geldstrafe bestraft, welche dem fünfundzwanzigfachen Betrage der vorenthaltenen Abgabe gleichkommt, mindestens aber zwanzig Mark beträgt.

Diese Strafe trifft besonders und zum vollen Betrage jeden, der die ihm obliegende Verpflichtung zur Entrichtung der Abgabe nicht rechtzeitig erfüllt.

Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher der Vorschrift des §. 30a zuwider Güter befördert oder ausliefert, ohne daß eine der vorgeschriebenen Urkunden ausgestellt oder ausgehändigt wird.

Kann der Betrag der hinterzogenen Abgabe nicht festgestellt werden, so tritt statt der im Absatz 1 gedachten Strafe eine Geldstrafe von 20 bis 5000 Mark ein.

§. 30h. **(Neu.)**

Wer die Beförderung von Gütern als Gewerbe betreibt, hat, wenn er nach erfolgter Bestrafung auf Grund des §. 30g von Neuem der dort bezeichneten Vorschrift zuwiderhandelt, neben der Strafe des §. 30g die im §. 20 vorgesehene Rückfallstrafe verwirkt.

§. 30i. **(Neu.)**

Enthält ein Schriftstück außer der Beurkundung eines Frachtvertrages noch eine andere, einer landesgesetzlichen Stempelabgabe unterliegende Beurkundung, so finden die landesgesetzlichen Vorschriften neben den Bestimmungen dieses Gesetzes Anwendung.

Im Uebrigen unterliegen die Schriftstücke keiner weiteren Stempelabgabe (Taxe, Sportel u. s. w.) in den einzelnen Bundesstaaten.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

§. 31.

Der Bundesrath erläßt die Anordnungen wegen der Anfertigung und des Vertriebes der nach Maßgabe dieses Gesetzes zu verwendenden Stempelmarken und gestempelten Formulare, sowie die Vorschriften über die Form der Schlußnoten und über die Art der Verwendung der Marken. Er stellt die Bedingungen fest, unter welchen für verdorbene

IV. Allgemeine Bestimmungen.

§. 31.

Unverändert.

Bisherige Fassung.	Beschlüsse der Kommission.
Marken und Formulare, sowie für Stempel auf verdorbenen Werthpapieren Erstattung zulässig ist.	
§. 32.	§. 32.
Stempelmarken, welche nicht in der vorgeschriebenen Weise verwendet worden sind, werden als nicht verwendet angesehen.	Unverändert.
§. 33.	§. 33.
In Beziehung auf die Verpflichtung zur Entrichtung der in diesem Gesetze festgestellten Abgaben ist der Rechtsweg zulässig. Die Klage ist bei Verlust des Klagerechts binnen sechs Monaten nach erfolgter Beitreibung oder mit Vorbehalt geleisteter Zahlung zu erheben. Für die Berechnung dieser Frist sind die Bestimmungen der Civilprozeßordnung maßgebend. Zuständig sind ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes die Landgerichte. Soweit bei denselben Kammern für Handelssachen bestehen, gehört der Rechtsstreit vor diese. Die Revision, sowie die Beschwerde gegen Entscheidungen der Oberlandesgerichte geht an das Reichsgericht.	Unverändert.
§. 34.	§. 34.
Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes oder gegen die zu dessen Ausführung erlassenen Vorschriften, die im Gesetze mit keiner besonderen Strafe belegt sind, ziehen eine Ordnungsstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark nach sich. Dieselbe Strafe tritt ein, wenn in den Fällen der §§. 3, 19 und 26 aus den Umständen sich ergiebt, daß eine Steuerhinterziehung nicht hat verübt werden können oder nicht beabsichtigt worden ist.	Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes oder gegen die zu dessen Ausführung erlassenen Vorschriften, die im Gesetze mit keiner besonderen Strafe belegt sind, ziehen eine Ordnungsstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark nach sich. Die gleiche Strafe tritt ein, wenn in den Fällen der §§. 3, 19, **26 und 30g** aus den Umständen sich ergiebt, daß eine Steuerhinterziehung nicht hat verübt werden können oder nicht beabsichtigt worden ist.
§. 35.	§. 35.
Die auf Grund dieses Gesetzes zu verhängenden Strafen sind bei Genossenschaften und Aktiengesellschaften gegen die Vorstandmitglieder, bei Kommanditgesellschaften gegen die persönlich haftenden Gesellschafter, bei offenen Handelsgesellschaften gegen die Gesellschafter nur im einmaligen Betrage, jedoch unter Haftbarkeit jedes einzelnen als Gesammtschuldner festzusetzen. Ebenso ist in anderen Fällen zu verfahren, in denen bei einem Geschäfte mehrere Personen als Vertreter desselben Kontrahenten oder als gemeinschaftliche Kontrahenten betheiligt sind. Auf die Verhängung der im §. 20 vorgeschriebenen Rückfallsstrafe finden diese Bestimmungen keine Anwendung.	Unverändert.
§. 36.	§. 36.
Hinsichtlich des administrativen Strafverfahrens wegen der Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz, der Strafmilderung und des Erlasses der Strafe im Gnadenwege, der Vollstreckung der Strafe, sowie der Verjährung der Strafverfolgung finden die Vorschriften in den §§. 17 Satz 1, 18 und 19 des Gesetzes vom 10. Juni 1869, betreffend die Wechselstempelsteuer, sinngemäße Anwendung. Die auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes erkannten Geldstrafen fallen dem Fiskus desjenigen Staates zu, von dessen Behörden die Strafentscheidung erlassen ist.	Unverändert.
§. 37.	§. 37.
Die Verwandlung einer Geldstrafe, zu deren Zahlung der Verpflichtete unvermögend ist, in eine Freiheitsstrafe findet nicht statt. Auch darf zur Beitreibung von Geldstrafen ohne Zustimmung des Verurtheilten, wenn dieser ein Deutscher ist, kein Grundstück subhastirt werden.	Unverändert.

Bisherige Fassung.	Beschlüsse der Kommission.
§. 38.	§. 38.
Unter den in diesem Gesetze erwähnten Behörden und Beamten sind, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt, die betreffenden Landesbehörden und Landesbeamten verstanden.	Unverändert.
Welche dieser Behörden und Beamten die in dem Gesetze als zuständig bezeichneten sind, bestimmen, sofern das Gesetz nichts anderes verfügt, die Landesregierungen.	
Den letzteren liegt auch die Kontrole über die betreffenden Behörden und Beamten ob.	
§. 39.	§. 39.
Die in den einzelnen Bundesstaaten mit der Beaufsichtigung des Stempelwesens beauftragten Behörden und Beamten haben die ihnen obliegenden Verpflichtungen mit den gleichen Befugnissen, wie sie ihnen hinsichtlich der nach den Landesgesetzen zu entrichtenden Stempelabgaben zustehen, auch hinsichtlich der in diesem Gesetze bestimmten Abgaben wahrzunehmen.	Die in den einzelnen Bundesstaaten mit der Beaufsichtigung des Stempelwesens beauftragten Behörden und Beamten haben die ihnen obliegenden Verpflichtungen mit den gleichen Befugnissen, wie sie ihnen hinsichtlich der nach den Landesgesetzen zu entrichtenden Stempelabgaben zustehen, auch hinsichtlich der in diesem Gesetze bestimmten Abgaben wahrzunehmen.
Der Prüfung in Bezug auf die Abgabenentrichtung durch von den Landesregierungen zu bestimmende höhere Beamte unterliegen öffentliche Anstalten, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, eingetragene Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sofern sie abgabepflichtige Geschäfte der unter Nummer 4 des Tarifs bezeichneten Art gewerbsmäßig betreiben oder vermitteln. Der gleichen Prüfung unterliegen die zur Erleichterung der Liquidation von Zeitgeschäften bestimmten Anstalten.	Der Prüfung in Bezug auf die Abgabenentrichtung unterliegen **alle diejenigen, welche** abgabepflichtige Geschäfte der unter Nummer 4 des Tarifs bezeichneten Art **oder die Beförderung von Gütern im Schiffsverkehr (Nr. 6 des Tarifs)** gewerbsmäßig betreiben oder vermitteln.
Den revidirenden Beamten sind alle bezüglichen Schriftstücke und erforderlichenfalls auch die Geschäftsbücher zur Einsicht vorzulegen.	Den revidirenden Beamten sind alle bezüglichen Schriftstücke und erforderlichenfalls auch die Geschäftsbücher zur Einsicht vorzulegen.
Von anderen als den im Absatz 2 bezeichneten Personen kann die Steuerdirektivbehörde die Einreichung der auf bestimmt zu bezeichnende abgabepflichtige Geschäfte bezüglichen Schriftstücke verlangen.	Von anderen als den im Absatz 2 bezeichneten Personen kann die Steuerdirektivbehörde die Einreichung der auf bestimmt zu bezeichnende abgabepflichtige Geschäfte bezüglichen Schriftstücke verlangen.
§. 40.	§. 40.
Außerdem haben die Reichsbehörden, die Behörden und Beamten der Bundesstaaten und Kommunen, die von Handelsvorständen eingesetzten Sachverständigenkommissionen und Schiedsgerichte, sowie die Notare die Verpflichtung, die Besteuerung der ihnen vorkommenden Urkunden zu prüfen und die zu ihrer Kenntniß gelangenden Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz bei der zuständigen Behörde zur Anzeige zu bringen.	Unverändert.
§. 41.	§. 41.
Der Bundesrath ordnet an, in welchen Fällen bei administrativen Straffestsetzungen Sachverständige zu hören sind; solche sind, wo Handelsvorstände bestehen, von diesen zu bezeichnen.	Unverändert.
Die Handelsvorstände können unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse und Gewohnheiten ihres Bezirks, zum Zweck der Durchführung des Gesetzes und Sicherung der Entrichtung der Abgaben reglementarische Anordnungen erlassen; letztere bedürfen der Zustimmung der Landesregierungen.	
§. 42.	§. 42.
Bezüglich der Vollstreckbarkeit und des Vollstreckungsverfahrens werden die Reichsstempelabgaben den Landesabgaben gleichgeachtet.	Unverändert.

Bisherige Fassung.	Beschlüsse der Kommission.
§. 43.	§. 43.
Die Kassen des Reichs sind von der Entrichtung der durch dieses Gesetz unter Tarifnummer 1, 2, 3 angeordneten Abgaben befreit. Andere subjektive Befreiungen finden, soweit nicht ausdrücklich Ausnahmen angeordnet sind, nicht statt. Wegen der Entschädigung für die Aufhebung solcher Befreiungen, welche etwa auf lästigen Privatrechtstiteln beruhen, sowie wegen der Erstattung der von solchen Berechtigten entrichteten Stempelbeträge, kommen die entsprechenden Bestimmungen des Gesetzes, betreffend die Wechselstempelsteuer (§. 26 Absatz 2 bis 4), zur Anwendung.	Unverändert.
§. 44.	§. 44.
Jedem Bundesstaate wird von der jährlichen Einnahme, welche in seinem Gebiete aus dem Verkauf von Stempelmarken oder gestempelten Blankets oder durch baare Einzahlung von Reichsstempelabgaben erzielt wird, mit Ausnahme der Steuer von Loosen der Staatslotterien, der Betrag von zwei Prozent aus der Reichskasse gewährt.	Unverändert.
§. 45.	§. 45.
Der Ertrag der Abgaben fließt nach Abzug 1. der auf dem Gesetze oder auf allgemeinen Verwaltungsvorschriften beruhenden Steuererlasse und Steuererstattungen, 2. der nach Vorschrift des §. 44 zu berechnenden Erhebungs- und Verwaltungskosten in die Reichskasse und ist den einzelnen Bundesstaaten nach dem Maßstabe der Bevölkerung, mit welcher sie zu den Matrikularbeiträgen herangezogen werden, zu überweisen.	Unverändert.
	IVa. Uebergangs- und Schlußbestimmungen.
	§. 45a. **(Neu.)**
	Insoweit für das Rechnungsjahr 1900 die Erträge an Reichsstempelabgaben das Etatssoll der Ueberweisungen aus den letzteren übersteigen, ist der Ueberschuß zur Verstärkung der Betriebsmittel der Reichskasse zurückzuhalten.
§. 46.	§. 46.
Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Mai 1894 in Kraft.	Dieses Gesetz tritt **gleichzeitig mit dem noch in dieser Session des Reichstags zu erlassenden Gesetz, betreffend die deutsche Flotte, am 1. Juli 1900** in Kraft.
Für das Gebiet der Insel Helgoland wird der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes durch Kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesraths festgesetzt.	Für das Gebiet der Insel Helgoland wird der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes durch Kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesraths festgesetzt. Urkundlich 2c. Gegeben 2c.

Beilage 2.

Der neueste Schiffahrts-Subventionsgesetzentwurf der Vereinigten Staaten.

Die Unterstützung des Schiffsbaus und der Schiffahrt im Seeverkehr aus Staatsmitteln erfolgt in den einzelnen an der Seeschiffahrt betheiligten Ländern in verschiedener Form. Entweder wird die zollfreie Einfuhr der für den Schiffsbau erforderlichen Materialien zugestanden, oder es werden besondere Schiffsbau- und Schiffahrtsprämien bewilligt. Neben diesen dem gesammten Schiffsbau und der Rhederei eines Landes zufallenden Unterstützungen werden mit einzelnen Schiffahrtsgesellschaften noch besondere Subventionsverträge abgeschlossen, die den betreffenden Gesellschaften gegen Zahlung einer bestimmten Subventionssumme gewisse Verpflichtungen bezüglich des Baues, der Schnelligkeit der Schiffe, Fahrtrichtung und -Dauer 2c. auferlegen.

Mit Rücksicht auf die wenig günstige Entwickelung, welche im Schiffsbau, sowie im Schiffsbestande der Vereinigten Staaten von Amerika während der letzten Jahrzehnte sich bemerkbar machte (vergl. „Nauticus" 1899 S. 388/389, auch Annual Report of the Secr. of the Treasury 1899, LX. F. . .), trat die Regierung zu Washington im vorigen Jahre der Frage einer intensiveren Unterstützung der Schiffahrt näher. Zunächst zog sie mittelst einer Umfrage bei den amerikanischen Konsulaten im Jahre 1899 Erkundigungen darüber ein, in welcher Weise Rhederei und Schiffsbau in den auswärtigen Staaten aus öffentlichen Mitteln unterstützt würden. Das eingegangene Material, welches jetzt in Form eines ca. 200 Seiten umfassenden Werkes vorliegt, diente ihr alsdann als werthvolle Unterlage für die Prüfung der Frage, welchen Weg die amerikanische Regierung nunmehr einzuschlagen hätte.

Außer einer wirksameren Ausdehnung des Gesetzes vom 3. Mai 1891, betreffend die Unterstützung der Postdampfer (Annual Report of the Secretary of the Treasury 1899, I. XI.) wurde die Einführung von Schiffahrtsprämien in Aussicht genommen, über deren Gestaltung und Anwendung die in der Kommissionsfassung zur Zeit vorliegende Bill Auskunft giebt.

Die Bestimmungen des neuen Gesetzentwurfes sind im Wesentlichen folgende:

Die in Aussicht genommenen Vergütungen bestehen:

1. in einer Schiffahrtsprämie, welche gleichmäßig sämmtlichen im Auslandshandel beschäftigten, in Amerika gebauten und amerikanischen Bürgern oder einheimischen Gesellschaften gehörigen Schiffen — sowohl Segel- wie Dampfschiffen — gewährt wird, und
2. in einer Zuschlagsprämie, die nur Dampfschiffen zu Gute kommen soll.

Die Schiffahrtsprämie (1) beläuft sich auf $1^1/_2$ cts. p. ton br. (gross ton) für je 100 zurückgelegte Seemeilen; überschreitet die Länge der Fahrt 1500 Meilen, so verringert sich der Satz p. t. br. und für je 100 Meilen auf 1 ct. Die Länge des Reiseweges wird für Ausreise und Heimreise gesondert berechnet.

Als Grundlage für die Prämienberechnung (1) dient in der Regel (bei Frachtdampfern ausschließlich) der Brutto-Tonnengehalt des Schiffes. Bei Passagier- und Postdampfern aber soll zunächst vom Brutto-Tonnengehalt der Raum, welcher dauernd für die Aufnahme der Passagiere und Postsachen bestimmt ist, in Abrechnung gebracht werden. Erst der hieraus sich ergebende Rest des Tonnengehaltes wird bei Berechnung der Prämie berücksichtigt.

Die Zuschlagsprämie (2) für Dampfschiffe ist je nach Größe und Schnelligkeit des Schiffes verschieden bemessen. Sie wird für die Ausreise p. t. br. der gesammten Tonnage (ohne Raumabzug für Passagierraum) berechnet; dagegen werden bei Berechnung der Prämie für die Heimreise nur 80 % der Tonnage in Anrechnung gebracht.

Die einzelnen Sätze sind folgende für je 100 Seemeilen und p. t.:

Bei Schiffen von mehr als 2000 t.

1.	mit	11	Sm.	und	weniger	als	12	Sm.	$^4/_{10}$ cts.
2.	=	12	=	=	=	=	13	=	$^6/_{10}$ =
3.	=	13	=	=	=	=	14	=	$^8/_{10}$ =
4.	=	14	=	=	=	=	15	=	1 =
5.	=	15	=	=	=	=	16	=	$1^1/_{10}$ =
6.	=	16	=	=	mehr				$1^2/_{10}$ =

Bei Schiffen von mehr als 4000 t.

7.	mit	17	Sm.	und	weniger	als	18	Sm.	$1^4/_{10}$ cts.
8.	=	18	=	=	=	=	19	=	$1^6/_{10}$ =
9.	=	19	=	=	mehr				$1^8/_{10}$ =

Bei Schiffen von mehr als 10 000 t.

10.	mit	20	Sm.	und	weniger	als	21	Sm.	2 cts.
11.	=	21	=	=	mehr				$2^3/_{10}$ =

Die Prämien (1 und 2) werden für Schiffe, welche vor dem 1. Januar 1900 vom Stapel gelassen sind, auf 10 Jahre, für Schiffe, welche nach dem 1. Januar von Stapel gehen, auf 20 Jahre bewilligt. Während der 20 Jahre vermindert sich aber vom 11. Jahre ab die Prämie jährlich um 5 %.

Die Gesammtsumme, welche zur Unterstützung der amerikanischen Handelsflotte in Form von Schiffahrts- und Zuschlagsprämien verwendet werden soll, ist auf 9 Millionen Dollar jährlich (36 Millionen Mark) festgesetzt. Die Verwendung der Prämiengelder hat in der Weise zu erfolgen, daß auf die im Atlantischen Ocean (und im Golf von Mexico) am Seehandel betheiligten Schiffe 70 %, auf die an der Pacific-Küste beschäftigten Schiffe 30 % entfallen. Nach einer Zusammenstellung im Report des Secretary of the Treasury 1899 waren an der atlantischen Küste (einschließlich des Golfes von Mexico) 16 275 Schiffe beschäftigt (1898: 16 442), an der Pacifischen Küste 1970 Schiffe (1898: 1754). In Prozenten entfallen somit auf die Ostküste 90,3 %, auf die Westküste 9,7 %. Die obige Bemessung der Antheile (70 % und 30 %) entspricht somit nicht dem derzeitigen Stande der geographischen Vertheilung der Schiffe. Die Erklärung aber für diese Bemessung der Antheile liegt darin, daß von amerikanischer Seite ausgesprochener Maßen auf eine starke Ausdehnung des Schiffsverkehrs zwischen der Pacific-Küste und dem asiatischen Kontinent hingearbeitet wird. Zur Unterstützung des Seeverkehrs nach Ostasien soll daher von Anfang an ein größerer Theil der Gesammt-Unterstützung zur Verwendung gelangen, als der Schiffsbestand zur Zeit bei gleichmäßiger Vertheilung nach Anzahl der Schiffe erfordern würde.

Die Prämien (1 und 2) werden unter folgenden Bedingungen ausgezahlt:

Das Schiff muß sich im Besitz eines Amerikaners, bezw. einer amerikanischen Gesellschaft befinden und muß vorschriftsmäßig für den Auslandshandel registrirt sein.

Nur solche Schiffe, welche der ersten Klasse der Schiffs-Klassifikation (A. 1) angehören, sind zum Prämienempfang berechtigt.

Das Schiff muß (in der Regel) in Amerika gebaut sein. Im Auslande gebaute Schiffe erhalten nur 50 % der Prämien. Eine Uebergangsbestimmung ist aber vorgesehen, nach welcher ausnahmsweise im Auslande erbaute Schiffe ein Anrecht auf die volle Prämie haben sollen, wenn sie am 1. Januar 1900 von einem amerikanischen Hafen nach einem auswärtigen Hafen in Fahrt begriffen waren, oder am 1. Januar 1900 sich im Bau befanden: Vorbedingung soll auch in diesem Falle sein, daß sich die Schiffe im amerikanischen Besitz befinden. Außerdem müssen die Schiffseigenthümer das Versprechen abgeben, daß sie innerhalb der nächsten 10 Jahre ein gleichwerthiges in Amerika gebautes Schiff als Ersatz des fremden Schiffes in die amerikanische Handelsmarine einstellen werden.

Die Schiffe können zu jeder Zeit von der Regierung als Kreuzer, Transportschiffe oder für sonstige öffentliche Zwecke zu einem angemessenen Preise angekauft werden. Die prämienberechtigten Schiffe sollen hiernach nicht nur Handelszwecken dienen, sondern auch zur Vermehrung der Seemacht der Vereinigten Staaten beitragen.

Jederzeit sind sie verpflichtet, unentgeltlich auf Verlangen des General-Postmeisters Postsendungen mitzunehmen und (falls das Schiff auf einer der Postschiffahrtsrouten fährt) nöthigenfalls den begleitenden Postbeamten den erforderlichen Arbeits- und Aufenthaltsraum zur Verfügung zu stellen. Die Verpflichtung gilt aber nur für die Strecke und Fahrt, für welche die Prämie gezahlt wird.

Offenbar geht die Absicht der amerikanischen Regierung dahin, durch Schaffung einer leistungsfähigen Handelsflotte die Einnahmen aus dem überseeischen Frachtverkehr den heimischen Rhedereien in größerem Maße als bisher zuzuwenden. Wenn man bedenkt, daß der Antheil der amerikanischen Rhederei am Ein- und Ausfuhrhandel im Jahre 1899 nur 9 % betrug (Annual Report of the Secretary of the Treasury LX.), so erscheint das Bestreben der Regierung wohl verständlich. Zur Begründung der geplanten außerordentlichen Maßnahmen wird ferner seitens des Referenten des Komites für Handelsschiffahrt und Fischerei darauf hingewiesen, daß im Vergleich zum englischen Schiffsbau die Herstellungskosten und Mannschaftslöhne in Amerika wesentlich höher sind, daß mithin der amerikanische Schiffsbau auf eine angemessene staatliche Unterstützung angewiesen ist, wenn er mit England erfolgreich in Konkurrenz treten will.

Erscheint es auch mit Rücksicht auf die bisher von den amerikanischen Postschiffen erzielten Erfolge fraglich, ob das von der Bill verfolgte Ziel in vollem Umfange erreicht wird, so hat die deutsche Rhederei doch damit zu rechnen, daß, falls der Gesetzentwurf angenommen wird, die amerikanische Handelsmarine zuzüglich der Subventionszahlungen für Postdampfer auf eine staatliche Unterstützung von jährlich wenigstens 40 650 000 ℳ wird rechnen können. Dazu kommt, daß die Abschnitte 12, 13 des Zollgesetzes vom 24. Juli 1897, betreffend die zollfreie Einfuhr von Erzeugnissen für die Schiffsreparatur, sowie von ausländischem Material, das beim Bau von Schiffsmaschinen verwendet wird, neben dem Schiffs-Prämiengesetz in Kraft bleiben würden.

Demgegenüber hat Deutschland nur eine Subventionssumme von 6 490 000 ℳ aufzuweisen, die lediglich bestimmten Gesellschaften zu Gute kommt, während die deutsche Rhederei in ihrer Gesammtheit, abgesehen von der Schiffsbauprämie für Hochsee-Fischereidampfer, eine direkte Unterstützung vom Staate nicht erhält. Ihr kommt nur die eine Vergünstigung zu Statten, daß nach §. 5 Ziffer 10 des Zolltarifgesetzes Materialien, welche zum Bau, zur Reparatur oder zur Ausrüstung von Seeschiffen Verwendung finden, zollfrei eingelassen werden (vergl. Bekanntmachung des Bundesrathes vom 17. Juli 1889). Der faktische Geldwerth dieser Vergünstigung ist im Laufe der Jahre aber relativ immer geringer geworden, je mehr die heimische Industrie sich entwickelt hat und dem Schiffsbau im steigenden Maße alle erforderlichen Materialien zu liefern im Stande ist, die zur Zeit des Inkrafttretens des deutschen Zollgesetzes in ansehnlichem Umfang aus dem Ausland beschafft werden mußten. Unter diesen Umständen hat die betreffende Bestimmung des Zolltarifgesetzes im Laufe der Jahre ihre frühere Bedeutung verloren; den deutschen Rhedereien und Handelskreisen fällt daher die Aufgabe zu, durch eigene Thatkraft und Rührigkeit dem Seeverkehr diejenige Unterstützung in vermehrtem Maße zuzuwenden, die ihm in anderen Staaten aus öffentlichen Mitteln zufließt — trotz staatlicher Beihülfe aber oft nicht zum gewünschten Erfolge führt, weil den in Frage kommenden Erwerbskreisen des Landes die nöthige Unternehmungslust und kaufmännische Schulung fehlt.

Zu den Staaten, welche schon seit einer Reihe von Jahren die Unterstützung des Schiffsbaues und der Schiffahrt gesetzlich geregelt haben, gehören u. a. Frankreich und Italien. Bestrebungen gleicher Art begegnen wir in neuester Zeit in Rußland und Japan.

Frankreich sowohl, wie Italien unterhalten subventionirte Postdampferlinien, beide Staaten haben daneben aber Schiffsbau- und Schiffahrtsprämien eingeführt, (von deren Genuß die subventionirten Linien ausgeschlossen bleiben), Frankreich zuletzt durch Gesetz vom 30. Januar 1893, Italien durch Gesetz vom 23. Juli 1896, beide Gesetze mit einer Geltungsdauer von 10 Jahren.

In Frankreich war vorher schon im Jahre 1881 ein Gesetz, betreffend die Schiffahrtsprämien erschienen. Es unterschied Bauvergütungs- und Schiffahrtsprämien — ähnlich wie das frühere italienische Gesetz vom 6. Dezember 1883, — legte der Berechnung der Schiffahrtsprämie aber den Netto-Tonnengehalt zu Grunde. Das jetzt geltende Gesetz von 1893 berechnet in beiden Fällen die Prämie nach dem Brutto-Tonnengehalt.

Begründet wird die Einführung der Bauvergütung in dem Gesetz ausdrücklich durch den Hinweis „zum Ausgleich der Lasten, welche der Zolltarif auferlegt". Unterschieden wird die Vergütung für den Schiffskörper und für die Schiffsmaschine, Kessel, Hülfsmaschine 2c. Die Prämie für den Schiffskörper stuft sich ab von 65 bis 40 und 30 Francs pro Tonne br., je nachdem es sich um ein eisernes, stählernes Dampf- und Segelschiff oder um ein hölzernes Schiff von 150 t und mehr, oder unter 150 t handelt. Zu diesen Sätzen werden noch 15 Francs für je 100 kg der eingestellten Maschine 2c. hinzugerechnet. Der Zweck der Bauvergütung, den heimischen Schiffsbau zu unterstützen, zeigt sich in der Bestimmung, daß auch für Schiffe, die für fremde Handelsmarinen auf einer französischen Werft erbaut werden, die Bauprämie ausgezahlt wird.

Die Schiffahrtsprämie wird dagegen in ihrem vollen Umfange nur den in Frankreich gebauten Schiffen gewährt — und zwar ausschließlich für die sogenannte große Fahrt. Die in der internationalen Küstenschiffahrt beschäftigten Fahrzeuge erhalten $^2/_3$ der Prämie. Im Auslande gebaute Schiffe, die die französische Nationalität vor dem 1. Januar 1893 erworben haben, beziehen nur 50 % der Prämie. Die Schiffahrtsprämie beträgt pro Tonne br. und für 1000 durchfahrene Meilen 1,10 Francs für Dampfschiffe

(mit jährlicher Verminderung von 6 bezw. 4 Cents) und 1,70 Francs für Segelschiffe (mit jährlicher Verminderung um 8 bezw. 6 Cts.). Den sämmtlichen Prämien werden von vornherein 4% abgezogen zum Besten der Marine-Invalidenkasse.

Diejenigen Schiffe, welche Schiffsprämien erhalten, sind verpflichtet, alle Korrespondenzen und Packete, die ihnen für den Postdienst anvertraut werden, unentgeltlich zu befördern und am Bestimmungsort abzuliefern.

Nach einer amtlichen Berechnung wurden an Schiffsprämien der obigen Art im Jahre 1895 rund 9 Millionen verausgabt; rechnet man die Subvention für den Seepostverkehr hinzu, so ergiebt sich eine jährliche Aufwendung für Zwecke der Handelsmarine im Betrage von rund 21 466 500 *M.*

Das italienische Gesetz ist im Wesentlichen dem französischen nachgebildet. Es unterscheidet gleichfalls Bauvergütungen (für Schiffsrumpf und Maschine getrennt berechnet) und Schiffahrtsprämien. In Folge der Einführung der Bauvergütungen sind die früheren Bestimmungen aus den Jahren 1872 und 1878 (Gesetz vom 19. April 1872 und 30. Mai 1878, betreffend die Zollfreiheit für Materialien zum Schiffsbau) ausdrücklich aufgehoben. Die Bauvergütung für Schiffsrümpfe aus Stahl und Eisen beträgt 77 Lire, bei Holzschiffen 17,50 Lire für die Meß-Brutto-Tonne. Die Schiffahrtsprämie ist bei Reisen von Italien über die Meerenge von Gibraltar bezw. den Suezkanal hinaus auf 80 Cts. pro Brutto-Tonne für je 1000 Meilen festgesetzt. Für Fahrten im Mittelmeer (Schwarzen Meer) beträgt die Prämie $^2/_3$ des ersten Satzes. Auch im italienischen Gesetz ist eine allmähliche Herabsetzung der Prämie vorgesehen — bis zu 20 Cts. im Minimum. Ferner werden, ähnlich wie im französischen Gesetz, von allen Prämien 5 % abgerechnet zu Gunsten der Seeinvaliden der Handelsmarine. Die gleiche Verpflichtung ist endlich Schiffen auferlegt, die Postsendungen unentgeltlich zu befördern.

Die Leistung des italienischen Staates zur Unterstützung seiner Handelsmarine beliefen sich im Jahre 1895 auf 3 000 000 *M.* Prämienzahlungen und 5 308 870 *M.* Subventionsgelder, insgesammt also auf 8 308 870 *M.*

Japan, der aufstrebende Staat im fernen Osten, unterstützt aus staatlichen Mitteln die Schiffsgesellschaft „Nippon yusen Kaisha" und hat mittelst Gesetz vom 23. Mai 1896 weitere Maßnahmen zur Förderung des Schiffsbaues und der Schiffahrt getroffen. Aus naheliegenden Gründen ist im Gesetz die Zahlung einer Schiffahrtsprämie auf die in Japan gebauten Schiffe nicht beschränkt, da Japan die erforderliche Anzahl von Werften nicht besitzt, um den Bau von Handelsschiffen in absehbarer Zeit rasch fördern zu können; die japanische Rhederei ist in Folge dessen auf den Ankauf fremder Schiffe und auf den Bau von Schiffen im Auslande angewiesen. Daher ist die Gewährung von Prämien an die Bedingung nicht geknüpft, daß das betreffende Schiff im Inland gebaut sein soll, wohl aber will die japanische Regierung den Bestand an eisernen und stählernen Schiffen dadurch heben, daß sie die Prämie nur für Schiffe dieser Art, jedoch nicht für hölzerne Schiffe aussetzt. Der Grundsatz der Prämie beträgt 25 Yen pro Tonne, 1000 Seemeilen bei Schiffen von 1000 t und mit einer Maximalgeschwindigkeit von 10 Knoten; ein Zuschlag wird gewährt von 10 % für jede 500 t mehr, und ein weiterer Zuschlag von 20 % für jeden Knoten Fahrgeschwindigkeit mehr. Die Bauprämie ist gleichfalls nur für Schiffe aus Stahl und Eisen festgesetzt und nur von 700 t aufwärts; sie beträgt 15 Yen pro Tonne, beziehungsweise für Schiffe über 1000 t 20 Yen pro Tonne.

Was Rußland betrifft, so unterstützt die Regierung durch jährliche Zahlungen zunächst den Ausbau der „Freiwilligen Flotte", die dem Staate in ausgedehntem Maße im Verkehr mit Ostasien Transportdienste leistet. Den Bestand an seetüchtigen Handelsschiffen hat die Regierung dadurch zu heben gesucht, daß sie mittelst Gesetzes vom 15./27. Mai 1898 die Einfuhr von eisernen Schiffen vom Zolle befreite, ferner soll die Absicht vorliegen, alles Material für Schiffsausrüstung und Werftanlagen zollfrei einzulassen und den Schiffsbau durch Prämienzahlungen zu unterstützen. Rußland hat allen Grund, auf eine Hebung seines Flottenbestandes für Handelszwecke Bedacht zu nehmen. Denn seit dem Gesetz vom 23. August/4. September 1897, welches den Verkehr zwischen russischen Häfen im europäischen Rußland einerseits und an der asiatischen Küste des Großen Oceans andererseits den russischen Schiffen vorbehält, ist der russischen Rhederei eine Arbeit überwiesen worden, der sie noch nicht gewachsen ist. In letzter Zeit hat die Gründung neuer russischer Schiffahrtsgesellschaften stattgefunden. Auch die Dänisch-Russische Dampfschiffahrtsgesellschaft hat seit etwa $1^1/_2$ Jahren am Waarenverkehr zwischen dem europäischen Rußland und Ostasien in erheblichem Maße sich betheiligt.

Anlage.

Beispiele für die Berechnung der Prämienbeträge

nach

den Sätzen des amerikanischen Gesetzentwurfes, betreffend die Unterstützung des Schiffsbaues und der Schiffahrt,

angewandt auf vier Dampfer von der Art und Ausmessung der Lloyddampfer „Kaiser Wilhelm der Große", „Cöln", „Königin Luise" und „Darmstadt".

Bemerkung. Als Fahrtstrecken sind gewählt: Bremerhaven—New-York (für „Kaiser Wilhelm der Große", „Königin Luise" und „Darmstadt"), Bremerhaven—Baltimore für „Cöln", St. Francisco—Yokohama (für „Königin Luise"), St. Francisco—Sydney (für „Darmstadt").

Für „Königin Luise" und „Darmstadt" ist die Zuschlagsprämie, welche nach Größe und Schnelligkeit der Schiffe sich abstuft (für eine und dieselbe Strecke), einmal nach der effektiven Schnelligkeit der beiden Dampfer, außerdem aber unter Annahme einer größeren Schnelligkeit (16 Sm.) berechnet, um das Ansteigen der Prämie bei erhöhter Schnelligkeit der Schiffe zu verdeutlichen.

Für ein Schiff von der Art wie	Tonnengehalt: T. br.	Tonnengehalt: davon ab Passagierraten T.	Tonnengehalt: bleiben für Berechnung der Schiffahrtsprämie (Sp. 6 und 9) T.	Schnelligkeit in Seemeilen	Länge der Fahrstrecke in Seemeilen	Prämien für die Ausreise in Mark: Schiffahrtsprämie	Prämien für die Ausreise in Mark: Zuschlagsprämie	Prämien für die Ausreise in Mark: Prämien insgesammt (Sp. 6 und 7)	Prämien für die Heimreise in Mark: Schiffahrtsprämie	Prämien für die Heimreise in Mark: Zuschlagsprämie	Prämien für die Heimreise in Mark: Prämien insgesammt (Sp. 9 und 10)	Prämienbeträge für Aus- und Heimreise insgesammt (Sp. 8 und 11) in Mark
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Kaiser Wilhelm der Große	14 349	4 593	9 756	22	3 580 (Bremerhaven—New-York)	17 742,27	49 622,87	67 365,14	17 742,27	39 698,40	57 440,67	124 805,81
Cöln	7 410	490	6 920	12½	3 880 (Bremerhaven—Baltimore)	13 456,63	7 245,17	20 701,80	13 456,63	5 796,17	19 252,80	39 954,60
Königin Luise . . .	10 566	2 250	8 316	13½	3 580 (Bremerhaven—New-York)	15 123,49	12 709,62	27 833,11	15 123,49	10 167,69	25 291,18	53 124,29
= . . .	=	=	=	16*)	=	15 123,49	19 064,43	34 187,92	15 123,49	15 251,54	30 375,03	64 562,95
Darmstadt	5 012	821	4 191	13	=	7 621,78	6 025,03	13 646,81	7 621,78	4 820,00	12 441,78	26 088,59
=	=	=	=	16*)	=	7 621,78	9 043,27	16 665,05	7 621,78	7 234,63	14 856,41	31 521,46
Königin Luise . . .	10 566	2 250	8 316	13½	5 520 (San Francisco—Yokohama)	21 899,35	19 596,99	41 496,34	21 899,35	15 677,59	37 576,94	79 073,28
= . . .	=	=	=	16*)	=	21 899,35	29 395,46	51 294,81	21 899,35	23 516,34	45 415,69	96 710,50
Darmstadt	5 012	821	4 191	13	7 200 (San Francisco—Sydney)	13 993,77	12 125,02	26 118,79	13 993,77	9 700,03	23 693,80	49 812,59
=	=	=	=	16*)	=	13 993,77	14 398,48	28 392,25	13 993,77	11 518,75	25 512,52	53 904,77

*) Siehe die obenstehende Bemerkung, Abs. 2.

Beilage 3.

In Spanien ist durch ein am 25. März d. J. in Kraft getretenes Gesetz, unter Aufhebung der bisher gültig gewesenen entsprechenden Bestimmungen, die Transportsteuer außer für Reisende und für im Inland beförderte Waaren auch für die im Schiffsverkehr sowie zu Lande ein- und ausgehenden Waaren neu geregelt worden. Im Verkehr über See wird die Steuer für ein- und ausgehende Waaren nach Maßgabe des nachstehenden Tarifs erhoben:

	Beim Import für die Tonne zu 1000 kg Pesetas	Beim Export für die Tonne zu 1000 kg Pesetas
Schiffahrt erster Klasse:		
1. Erze jeder Art, Steinkohlen und Koks, Düngestoffe, Kalk, Cement, Pflasterungsmaterial, Baumaterial aus Thon und Cement	0,15	0,15
2. Ordinäres Salz	0,75	0,50
3. Leere Gefäße	frei	frei
4. Waaren aller Art und geprägtes Geld	0,75	0,75
Schiffahrt zweiter Klasse:		
1. Eisenerz, Abfälle von der Eisenfabrikation und Eisenkies	1,00	0,50
2. Sonstige Erze	1,50	1,50
3. Steinkohlen und Koks	0,50	0,50
4. Kalk, Cement, Pflasterungsmaterial, Baumaterial aus Thon und Cement	0,50	0,50
5. Eisen und Ingots	2,00	0,50
6. Blei in Mulden und Kupfermatte	2,00	1,00
7. Ordinäres Salz	3,00	0,10
8. Düngestoffe	2,00	0,25
9. Getreide und Wein	4,00	2,00
10. Leere Gefäße	frei	frei
11. Sonstige Waaren und geprägtes Geld	5,00	2,50
Schiffahrt dritter Klasse:		
1. Eisenerz, Abfälle von der Eisenfabrikation und Eisenkies	1,00	0,20
2. Sonstige Erze	2,00	1,00
3. Steinkohlen und Koks	2,00	0,50
4. Kalk, Cement, Pflasterungsmaterial, Baumaterial aus Thon und Cement	0,50	0,50
5. Eisen und Ingots	2,00	0,50
6. Blei in Mulden und Kupfermatte	3,00	1,00
7. Ordinäres Salz	3,00	0,10
8. Düngestoffe	2,00	0,25
9. Getreide und Wein	5,00	2,50
10. Leere Gefäße	frei	frei
11. Sonstige Waaren und geprägtes Geld	7,00	5,00

Bemerkungen.

Für die Zwecke der Einziehung dieser Steuerbeträge wird die Schiffahrt in drei Klassen eingetheilt; erste Klasse: die eigentliche Küstenschiffahrt, also die, welche von einem Hafen zum anderen der Halbinsel sich vollzieht; zu dieser Klasse wird auch die Schiffahrt mit den Kanarischen Inseln und spanischen Besitzungen gerechnet;

zweite Klasse: die Schiffahrt zwischen den genannten Häfen und denen der übrigen Länder Europas, mit Einschluß der asiatischen Küsten am Mittelmeer und der afrikanischen am Mittelmeer und Atlantischen Ozean bis Kap Bojador;

dritte Klasse: die Schiffahrt zwischen den spanischen Häfen und denen aller übrigen, im Voraufgehenden nicht erwähnten Länder.

Unter „Düngestoffe" sind auch verstanden: salpetersaures und schwefelsaures Natrium, schwefelsaures Kali, Staßfurter Salze, phosphorsaures Kalcium, Superphosphat-Kalk und Chlorkalium.

Von der Transportsteuer befreit sind u. A.: Waaren, welche in den Häfen nur umgeladen oder in Folge Havarie oder anderer zwingender Gründe ab- und wieder aufgeladen werden; Lebensmittel und sonstiger Proviant für die Schiffe, in denen die Verschiffung stattfinden soll; Waaren auswärtiger Herkunft, die durch spanisches Gebiet transitiren, sowie Waaren spanischer Herkunft, die durch fremdes Gebiet transitiren, um nach Spanien zurückbefördert zu werden.

Die Entrichtung der Steuer hat, sowohl bei der Auf- wie bei der Abladung, durch die Kapitäne und Konsignatäre der Schiffe, beziehungsweise die den Transport bewerkstelligenden Agenturen zu geschehen.

Nr. 871.

Zusammenstellung

des

Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene — Nr. 524, 792 und 799 der Drucksachen — mit den Beschlüssen des Reichstags in dritter Berathung.

In allen Theilen unverändert nach den Beschlüssen des Reichstags — Nr. 799 der Drucksachen, — jedoch mit Ausnahme der folgenden Paragraphen.

Ruhen der Rente.

§. 15.

Der Bezug der Rente ruht:

1. solange der Berechtigte eine die Dauer von einem Monat übersteigende Freiheitsstrafe verbüßt oder solange er in einem Arbeitshaus oder einer Besserungsanstalt untergebracht ist. Hat der Berechtigte im Inlande wohnende Angehörige, welche im Falle seines Todes Anspruch auf Rente haben würden, so ist diesen die Rente bis zur Höhe jenes Anspruchs zu überweisen;

Zweite Berathung cfr. 195. Sitzung. Dritte Berathung cfr. 203. Sitzung.

2. solange der berechtigte Ausländer nicht im Inlande seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Diese Bestimmung kann durch Beschluß des Bundesraths für bestimmte Grenzgebiete oder für solche auswärtige Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch einen Betriebsunfall verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden;

3. solange der berechtigte Inländer im Auslande sich aufhält und es unterläßt, der Ausführungsbehörde seinen Aufenthalt mitzutheilen.

Die Ausführungsbehörde hat über die Mittheilung des Aufenthaltsorts nähere Vorschriften zu erlassen und darin anzuordnen, daß der Rentenberechtigte sich von Zeit zu Zeit bei einem deutschen Konsul persönlich vorzustellen hat.

Weist der Entschädigungsberechtigte nach, daß er der Vorstellungspflicht ohne sein Verschulden nicht hat genügen können, so lebt insoweit das Recht auf den Bezug der Rente wieder auf;

4. solange der Berechtigte als Landstreicher umherzieht.

§. 24.

Diejenigen Unternehmer sowie deren Vertreter und Beauftragte, gegen welche durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Aufwendungen, welche in Folge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Krankenversicherungsgesetzes von Gemeinden, Armenverbänden oder von Kranken- und sonstigen Unterstützungskassen (§. 20 Abs. 1) gemacht worden sind. Dieselben Personen haften den auf Grund dieses Gesetzes Entschädigungsverpflichteten für deren Aufwendungen auch ohne Feststellung durch strafgerichtliches Urtheil. Ist der Unfall durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amts, Berufs oder Gewerbes verpflichtet sind, herbeigeführt, so ist die Ausführungsbehörde befugt, von der Verfolgung des Anspruchs abzusehen.

In gleicher Weise haftet als Unternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwerth gefordert werden.

Der Anspruch (Abs. 1 Satz 1) verjährt in achtzehn Monaten von dem Tage, an welchem das strafgerichtliche Urtheil rechtskräftig geworden ist, im Uebrigen in zwei Jahren nach dem Unfalle.

Die Bestimmung des §. 23 Abs. 3 findet Anwendung.

Berlin, den 26. Mai 1900.

Nr. 872.

Berlin, den 18. Mai 1900.

Die Königlich Niederländische Regierung hat darauf aufmerksam gemacht, daß in der am 19. März 1897 zu Venedig unterzeichneten internationalen Sanitäts-Uebereinkunft, betreffend Maßregeln gegen die Einschleppung und Verbreitung der Pest (Reichs-Gesetzblatt 1900 Seite 43ff.) ein redaktionelles Versehen vorgekommen ist. Der Artikel 35 unter II des Kapitels I des der Uebereinkunft als Anlage beigefügten Allgemeinen Gesundheits-Reglements lautet in seiner jetzigen Fassung:

„Tout capitaine convaincu d'avoir ou d'avoir eu à bord plus de cent pèlerins sans la présence d'un médecin commissioné, conformément aux prescriptions de l'article 11, est passible d'une amende de 300 livres turques.“

Die Vorschrift ist dem Artikel 35 des Gesundheits-Reglements der Pariser Sanitätskonvention vom 3. April 1894 (Reichs-Gesetzbl. 1898 S. 973 ff.) nachgebildet. Während aber das Pariser Reglement in dem vorhergehenden Artikel 11 einen Arzt nur für diejenigen Schiffe verlangt, welche hundert Pilger oder mehr an Bord haben, macht der entsprechende Artikel 11 des Venediger Reglements die Mitführung eines Arztes allen Pilgerschiffen ohne Rücksicht auf die Zahl der an Bord befindlichen Pilger zur Pflicht. Die Folge ist, daß nach dem jetzigen Wortlaute des Artikels 35 des Venediger Reglements Kapitäne, die 100 oder weniger Pilger an Bord haben und keinen Arzt mitführen, straflos bleiben würden, und daß somit die Absicht der Venediger Konferenz, die Mitführung eines Arztes für Pilgerschiffe ganz allgemein vorzuschreiben, strafrechtlich nicht erzwingbar wäre.

Es ist daher seitens der Königlich Italienischen Regierung vorgeschlagen worden, dem Artikel 35 des Venediger Reglements durch Abschluß einer besonderen Zusatzerklärung zu der Venediger Uebereinkunft eine mit dem Artikel 11 des Reglements übereinstimmende Fassung zu geben. Nachdem dieser Vorschlag die Annahme der betheiligten Vertragsstaaten, nämlich von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Montenegro, den Niederlanden, Persien, Rumänien, Rußland und der Schweiz gefunden hat, ist am 24. Januar d. J. in Rom von den Bevollmächtigten der genannten Staaten eine Deklaration unterzeichnet worden, durch welche der Artikel 35 in der erforderlichen Weise abgeändert wird.

Im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers beehrt sich der Unterzeichnete, beifolgend die Deklaration im Originaltext und in Uebersetzung nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths dem Reichstage zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen.

Der Reichskanzler.

In Vertretung:

Graf **v. Bülow.**

An den Reichstag.

Nr. II. 13081.
32399.

Déclaration.

Les États signataires de la convention sanitaire internationale de Venise du 19 mars 1897 ayant reconnu la nécessité de modifier l'art. 35 du règlement spécial „Mesures à prendre à bord des navires à pèlerins", inséré au chapitre I du règlement général annexé à la dite convention, en vue de le mettre en harmonie avec l'art. 11 du même règlement, les soussignés, à ce dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, déclarent ce qui suit:

L'art. 35 du règlement spécial précité est ainsi modifié:

„Tout capitaine convaincu d'avoir ou d'avoir eu à bord des pèlerins sans la présence d'un et, éventuellement, d'un second médecin commissioné, conformément aux prescriptions de l'art. 11, est passible d'une amende de 300 livres turques."

Cette déclaration sera soumise à l'approbation du corps législatif dans les pays où cette approbation est requise; elle entrera en vigueur dès que les ratifications en seront échangées, à Rome, dans la forme convenue pour les ratifications de la convention à laquelle elle se réfère.

Faite à Rome, en quatorze exemplaires, le 24 janvier 1900.

Deklaration.

Nachdem die Signatarmächte der am 19. März 1897 zu Venedig abgeschlossenen internationalen Sanitäts-Uebereinkunft die Nothwendigkeit erkannt haben, den Art. 35 des besonderen Reglements „Maßnahmen an Bord der Pilgerschiffe", enthalten in Kapitel I des der genannten Uebereinkunft als Anlage beigefügten allgemeinen Gesundheitsreglements, abzuändern, um ihn in Uebereinstimmung mit Art. 11 desselben Reglements zu bringen, erklären die Unterzeichneten, welche zu diesem Zwecke von ihren Regierungen mit gehörigen Vollmachten versehen sind, was folgt:

Der Art. 35 des erwähnten besonderen Reglements wird dahin abgeändert:

„Jeder Kapitän, welcher überführt wird, ohne Anwesenheit eines oder gegebenen Falles eines zweiten in Gemäßheit der Vorschriften des Art. 11 ermächtigten Arztes, Pilger an Bord zu haben oder gehabt zu haben, verfällt in eine Geldstrafe von 300 türkischen Pfund."

Diese Deklaration soll der parlamentarischen Genehmigung in denjenigen Ländern unterbreitet werden, in welchen eine solche Genehmigung erforderlich ist; sie soll in Kraft treten, sobald die Ratifikationsurkunden in Rom ausgetauscht sein werden, in der Form, wie sie für die Ratifikations-Urkunden der Konvention, auf welche sie sich bezieht, vereinbart ist.

So geschehen zu Rom, in vierzehn Exemplaren, am 24. Januar 1900.

Pour l'Allemagne:
L'Ambassadeur d'Allemagne
(L. S.) **C. Gf. v. Wedel.**

Pour l'Autriche et la Hongrie:
L'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie
(L. S.) **M. Pasetti.**

Pour la Belgique:
Le Ministre de Belgique
(L. S.) **A. van Loo.**

Pour l'Espagne:
Le Chargé d'affaires d'Espagne
(L. S.) **Le comte de Chacon.**

Pour la France:
l'Ambassadeur de France
(L. S.) **Camille Barrère.**

Pour la Grande-Bretagne:
L'Ambassadeur de la Grande-Bretagne
(L. S.) **Currie.**

Pour l'Italie:
Le Ministre des affaires étrangères
(L. S.) **Visconti Venosta.**

Pour le Luxembourg:
Le Ministre de Belgique
(L. S.) **A. van Loo.**

Pour le Monténégro:
L'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie
(L. S.) **M. Pasetti.**

Pour les Pays-Bas:
Le Ministre des Pays-Bas
(L. S.) **Westenberg.**

Pour la Perse:
Le Ministre de Perse
(L. S.) **Malcom.**

Pour la Roumanie:
Le Ministre de Roumanie
(L. S.) **A. C. Catargi.**

Pour la Russie:
L'Ambassadeur de Russie
(L. S.) **Nélidow.**

Pour la Suisse:
Le Ministre de Suisse
(L. S.) **Carlin.**

Nr. 873.

Berichterstatter:
Abgeordneter Ernst.

Weiterer Bericht
der
Wahlprüfungs-Kommission
über
die Wahl des Abgeordneten Firzlaff im dritten Wahlkreise des Regierungsbezirks Köslin (Kreise Köslin, Kolberg-Körlin, Bublitz).

Der Reichstag hat in der Sitzung vom 5. Mai 1899 — Stenographischer Bericht der 77. Sitzung — auf den schriftlichen Bericht der Wahlprüfungs-Kommission vom 13. April 1899 — Drucksache Nr. 208 I. Session 1898/1900 — beschlossen:

1. den Beschluß über die Gültigkeit der Wahl des Abgeordneten Firzlaff im dritten Wahlkreise des Regierungsbezirks Köslin auszusetzen;
2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, durch Vermittelung der Königlich Preußischen Staatsregierung die bei Passus B Nr. 3, 4, 5; D 1, 2, 3, 6, 7, 8, 9, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17 und 19 für erforderlich erachteten Beweisaufnahmen zu veranlassen und das Ergebniß der Beweisaufnahmen dem Reichstage mittheilen zu lassen.

Die Beweiserhebungen sind erfolgt und haben die nachstehend erörterten Ergebnisse gehabt.

1. Im Falle des Passus B Nr. 3 des Berichts handelte es sich um Nachtragungen in der Wählerliste ohne Angabe der Zeit und des Grundes der Nachtragung.

Im Bezirk Wolfshagen Nr. 48 Kreis Köslin ist die Liste überhaupt nicht abgeschlossen. In diese Liste sind vier Wähler unter Nr. 43, 44, 45 und 46 nachgetragen ohne Angabe des Grundes und der Zeit der Nachtragung. Alle vier haben abgestimmt.

Im Bezirk Schwessin Nr. 53 Kreis Köslin sind 19 Wähler ohne Angabe der Zeit und des Grundes nachgetragen, 15 davon haben gewählt. Auf der letzten Seite der Liste, aber erst nach beinahe neun leeren Seiten, findet sich zwar ein vom 8. Juni 1898 datirter Abschlußvermerk, doch kann derselbe nicht ohne Weiteres beweisen, daß die Nachtragsvermerke in der Zeit bis zum 8. Juni erfolgt sind.

Im Bezirk Gust Nr. 23 Bublitz sind 24 Wähler ohne Angabe des Tages und des Grundes der Nachtragung eingetragen.

Aus den Vernehmungen der Gemeindevorsteher Henke in Wolfshagen, Scheunemann in Schwessin und Eggert in Gust erhellt, daß die gerügten Nachtragungen auf einem Versehen beziehungsweise Uebersehen bei Aufstellung der Listen beruhen und theils vor, theils während der Auslegefrist, in keinem Falle aber nach Ablauf der Auslegefrist erfolgt sind. Die Wahlprüfungs-Kommission erachtet hierdurch das Bedenken des Passus B Nr. 3 des Berichts für aufgeklärt und erledigt. §. 8 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 und §. 4 des Reglements vom 28. Mai 1870.

Passus 4 B des Berichts der Kommission lautete:

4. In den folgenden Wahlbezirken fehlen die Bescheinigungen, daß die Wählerlisten in der Zeit vom 18. bis 25. Mai 1898 ausgelegen haben:

a) Nr. 12. Cordeshagen, Kreis Köslin (Guts- und Gemeindebezirk),
b) Nr. 15. Dörsenthin, Kreis Köslin (Gemeindebezirk),
c) Nr. 23. Konikow, Kreis Köslin (Gemeindebezirk),
d) Nr. 28. Manow, Kreis Köslin (Gemeindebezirk),
e) Nr. 50. Schulzenhagen, Kreis Köslin (Guts- und Gemeindebezirk),
f) Nr. 61. Thunow, Kreis Köslin (die Gutsbezirke Thunow, Geritz, Streckenthin),
g) Nr. 35. Groß-Satspe, Kreis Bublitz (Gemeindeliste),
h) Nr. 36. Klein-Satspe, Kreis Bublitz (Gemeindeliste).

Es sollten die Gutsvorsteher Senglier in Cordeshagen, Mielcke in Schulzenhagen und von Kamecke in Thunow, sowie die Gemeindevorsteher Treichel in Cordeshagen, Rutzen in Dörsenthin, Reinfeld in Konikow, Schwertfeger in Maskow, Treichel in Schulzenhagen, Lemke in Groß-Satspe und Syring in Klein-Satsge amtlich darüber vernommen werden, ob und wann und in welcher Zeit die oben erwähnten Wählerlisten in ihren Guts- bezw. Gemeindebezirken zu Jedermanns Einsicht ausgelegen haben und ob und in welcher Weise dies bekannt gemacht worden ist.

Auch dieses zweite Bedenken der Kommission wird durch das Ergebniß der Beweisaufnahme beseitigt. Die vernommenen Guts- und Gemeindevorsteher bestätigen übereinstimmend, daß die Auslegung der Wählerlisten in den betreffenden Bezirken nach vorgängiger ortsüblicher Bekanntmachung in der Zeit vom 18. bis 25. Mai 1898 zu Jedermanns Einsicht erfolgt sei und daß das Fehlen der Bescheinigung nur auf einem Versehen beruhe. In der Mehrzahl der vorgedachten Wahlbezirke ist durch Verlegung der Hauptexemplare der Wählerlisten dargethan, daß diese mit der vorgeschriebenen Auslegebescheinigung versehen sind.

Es wurde zwar hierzu geltend gemacht, daß nach §. 8 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 und §. 4 des Reglements vom 28. Mai 1870 das Auslegeattest auch für das Nebenexemplar der Wählerliste vorgeschrieben und durch den Nachweis der wirklich erfolgten Auslegung innerhalb der bestimmten Zeit nicht ersetzt werden könne, die Kommission glaubt indessen über das Fehlen des Auslegeattestes auf den Nebenexemplaren der Wählerlisten hinweggehen zu können, weil die Auslegung der Listen selbst in der Zeit vom 18. bis 25. Mai 1898 erwiesen ist und es sich nicht um einen Verstoß gegen das Wahlgesetz handelt.

Bei B Nr. 5 war gerügt worden, daß die in den Wahlbezirken Nr. 76 Sellnow (Kolberg-Körlin) und Nr. 27 Latzig (Köslin) für ungültig erklärten Zettel dem Protokolle nicht beigefügt waren.

Der erste der beiden Zettel ist mit Recht für ungültig erklärt, da er keinen Namen, sondern nur den Vermerk „Baurath Charlottenburg" enthält, der zweite Zettel, welcher nach Ausweis des Wahlprotokolls deshalb für ungültig erklärt worden ist, weil der auf demselben befindliche Name durchstrichen, hat nicht beschafft werden können. Es muß daher, da die Entscheidung des Wahlvorstandes an und für sich zu einem Bedenken keinen Anlaß giebt, bei der Entscheidung des Wahlvorstandes von Latzig sein Bewenden behalten. Die eingesandten gültigen Wahlzettel sind geprüft und durchweg für gültig erachtet worden.

Was ferner die vorzeitige Beendigung des Wahlakts in Trienke, Kreis Kolberg Nr. 85, anlangt (D. 1), so haben der Förster Dienke und der Amtsvorsteher Mengel, beide zu Trienke, allerdings bestätigt, daß der Wahlakt daselbst um 1 Uhr abgeschlossen worden sei, und zwar, weil alle Wähler, bis auf den Altersrentenempfänger Bathke, bis dahin bereits ihre Stimmen abgegeben hatten, dieser aber

erklärt habe, er sei krank und komme nicht zur Wahl. Die Kommission erachtet den Wahlvorstand nicht für befugt, vor 6 Uhr Abend den Wahlakt zu schließen, da der genannte Wähler immer noch seinen Willen ändern und zur Wahl kommen konnte; sie rechnet deshalb der Gesammtzahl der abgegebenen Stimmen und den auf die Gegner des Gewählten abgegebenen Stimmen eine hinzu. §. 17 des Wahlreglements.

Bezüglich des Wahlakts in Groß-Pobloth (Punkt 2 D des Berichts) hat die Beweisaufnahme die Richtigkeit des Protestes nicht bestätigt. Dieselben gingen dahin:

In Gr. Pobloth Kr. Kolberg hat der Wirthschafter Albert Hobres die konservativen Zettel, die er vertheilte, zweimal zusammengefaltet, so daß der Name nicht gelesen werden konnte, und gesagt: das wären die richtigen, so müßten sie sein. Die Schwester des Guts- und Wahlvorstehers Fritz Weske, Margarethe Weske, war im Hausflur vor dem Wahllokal und paßte auf, daß die Tagelöhner diese Wahlzettel auch richtig abgaben. Als die Wahl geschlossen war und ehe die Zettel gezählt worden waren, sagte der Wahlvorsteher Fritz Weske: Da wird sich der Landrath freuen! Nach der Wahl haben die Tagelöhner 10 M. für Schnaps von dem Guts- und Wahlvorsteher Weske erhalten.

In einer erst am 6. Januar 1900 eingegangenen Gegenerklärung ist die Behauptung, daß die Wahlzettel durch besondere Zusammenfaltung kenntlich gemacht worden, bestritten und zum Beweise dessen sind Zeugen benannt worden. Auf die angebliche Zahlung von 10 M., welche erst nach beendigter Wahl erfolgt sein soll, hat die Wahlprüfungs-Kommission kein Gewicht gelegt, und ebensowenig konnte dieselbe die nachträgliche Beweisantretung über die Negative berücksichtigen. Der Wirthschafter Hobus (nicht Hobres) in Groß-Pobloth hat nun wörtlich bekundet:

„Bei der Wahl in Groß-Pobloth erschien im Wahllokal ein Wähler mit einem nicht zusammengekniffenen Wahlzettel.

Von dem Wahlvorsteher Herrn Weske belehrt, daß der Zettel gekniffen sein müßte, versuchte der Wähler dieser Anforderung nachzukommen, stellte sich dabei aber sehr ungeschickt an, so daß ich mich veranlaßt sah, ihm zu zeigen, wie es gemacht werden müßte.

Ich nahm dem Mann den Zettel aus der Hand, faltete letzteren zusammen und gab ihn dem Manne wieder zurück. Daß ich konservative Wahlzettel zusammengefaltet, so daß der Name auf denselben nicht zu lesen war, vertheilt und gesagt haben solle: „das wären die richtigen, so müßten sie sein" ist eine Erfindung; ich habe weder vor noch während der Wahl Stimmzettel vertheilt.

Im Flur vor dem Wahlzimmer war ein Tisch mit Wahlzetteln aufgestellt, ein Theil der letzteren mit dem Namen „Firzlaff", ein Theil mit dem Namen „Benoit" und ein Theil unbedruckt — zum Aufschreiben anderer Namen bestimmt. Alle diese Zettel waren ungekniffen. Ich habe mich sowohl im Flur wie im Wahllokal nur kurze Zeit aufgehalten. Ob ich noch einem anderen Wähler gezeigt habe, wie die Wahlzettel zu kniffen seien, weiß ich nicht mehr, wenn es geschehen sein sollte, so ist es mit einem Zettel geschehen, welcher zur Wahl nicht benutzt worden ist.

Ich hätte vom Flur aus nicht beobachten können, ob und welche Zettel die Wähler bei der Wahl abgegeben haben, auch wenn ich es wirklich beabsichtigt hätte, da die Wähler fortwährend ab- und zugingen und vielfach die Thür zwischen Flur und Wahlzimmer — keine Glas-, sondern eine feste Thür — hinter sich schlossen. Ebensowenig konnte von einem Anderen eine solche Beobachtung vom Flur aus gemacht werden.

Während meiner kurzen Anwesenheit im Flur habe ich Fräulein Margarethe Weske allerdings durch den Flur gehen sehen, nicht aber habe ich gesehen oder gehört, daß sie mit einem der erscheinenden Wähler gesprochen, oder daß sie sich mit den Stimmzetteln zu schaffen gemacht hätte."

Der Rittergutsbesitzer Weske in Groß-Pobloth hat bekundet:

„Am Tage der Wahl erschien ein Tagelöhner bei mir im Wahllokal und überreichte mir einen offenen Wahlzettel, den ich indessen nicht genau ansah. Ich weiß nicht, welcher Name auf dem Zettel gestanden hat. Ich sagte darauf dem Betreffenden, dessen Namen ich nicht mehr weiß, so ginge es nicht, er müßte den Zettel kniffen. Er fragte darauf, wie er das machen solle, worauf ihm der im Wahllokal gleichfalls zum Wählen anwesende Wirthschafter Hobus den Zettel aus der Hand nahm, ihn kniffte und sagte, so müsse er es machen.

Diesen Hergang wird der Bauer Tiegs, der gleichfalls dem Wahlvorstand angehörte bezeugen können, ebenso der Wirthschafter Hobus, der Lehrer Holz, der Bauer Hecht und viele andere im Wahllokal Anwesende.

Was draußen im Flur vorgegangen ist, kann ich aus eigener Wissenschaft nicht bekunden. Ich hatte dort Wahlzettel ausgelegt, von denen ein Theil mit dem Namen des konservativen Kandidaten Firzlaff, ein anderer Theil mit dem des freisinnigen Benoit bedruckt war. Außerdem lagen noch weiße Zettel aus, auf welche die Wähler andere Namen hätten aufschreiben können. Von außen konnte meines Dafürhaltens nicht kontrollirt werden, daß die Leute dieselben Zettel in die Wahlurne legten, die sie dort sich genommen hatten.

Ueberhaupt ist meines Wissens Niemand dauernd bei den Zetteln gewesen. Hobus hat nur, wie er mir sagte, den Leuten gezeigt, wie sie die Zettel kniffen müßten und zwar an einem Zettel, der nicht zur Wahl benutzt worden ist.

Verteilt hat er so wenig wie irgend ein Anderer die konservativen Wahlzettel, so viel ich weiß; sollte er es aber gethan haben, so wäre es ihm doch unmöglich gewesen, von außen zu sehen, ob gerade die den Leuten eingehändigten Zettel von ihnen abgegeben wurden. Jedenfalls habe ich mit ihm nicht verabredet, daß die Zettel in bestimmter Weise gekniffen sein sollten."

Fräulein Margarethe Weske in Groß-Pobloth hat sich dahin ausgelassen:

„Ich bin während des Wahlaktes nur einige Male durch den Flur gegangen, in welchem die Wahlzettel in der von meinem Bruder geschilderten Weise auslagen.

Ich traf dabei wiederholt Leute, die sich zur Wahl begaben und sagte ihnen, daß dort konservative und liberale Wahlzettel lägen; auf die weißen Zettel könnten sie auch den Namen eines Sozialdemokraten schreiben.

Einmal waren die Zettel durch den Wind vom Tisch geweht, ich hob sie auf und legte einen Stock darauf, sie zu beschweren, habe mich aber sonst nicht weiter dort aufgehalten.

Einem Wähler, der sich mit einem Zettel aus dem Hause entfernen wollte, sagte ich, hier sei das Wahllokal, worauf er in dasselbe eintrat. Ich habe nicht beobachtet, was für Zettel die Wähler entnommen haben."

Dagegen hat der Bauerngutsbesitzer Hermann Tiegs eidlich bekundet:

„In Gr. Pobloth, Kreis Kolberg-Körlin, lagen im Hausflur vor dem Wahllokale die Wahlzettel für den

konservativen und liberalen Kandidaten. Die Letzteren waren dadurch kenntlich, daß sie geknifft waren. Im Hausflur hielten sich der Wirthschafter Albert Hobus und die Schwester des Guts- und Wahlvorstehers Fritz Weske, Margarethe Weske, die nahe am Tisch mit den Wahlzetteln stand, auf.

Ob Albert Hobus Zettel vertheilt hat, habe ich nicht gesehen, ebensowenig wie ich beurkunden kann, ob er die konservativen Zettel für die richtigen bezeichnet hat. Ich war im Wahllokale als Beisitzer zugegen und konnte die Vorgänge im Hausflur deshalb nicht bemerken.

Die Tagelöhner Buchweiz, jetzt in Fritzow, und Albert Holz, jetzt in Mallnow, haben mir erzählt, Hobus hätte ihnen kurz vor der Wahl 20 *M.* geboten, wenn sie so wählten, wie es dem Herrn gefiele. Ob diese Angabe auf Wahrheit beruht, weiß ich nicht.

Margarethe Weske stand, wie bereits erwähnt, im Hausflur vor dem Wahllokal und beobachtete die Wähler. Hobus traf übrigens erst gegen Mittag vor dem Wahllokale ein und hielt sich im Hausflur vor dem Wahllokal auf, während die Tagelöhner ihrer Wahlpflicht genügten."

Die Kommission glaubt bei den Widersprüchen zwischen der eidlichen Aussage des Zeugen Tiegs und den uneidlichen Angaben des Hobus und der Margarethe Weske diesem Punkte einen entscheidenden Einfluß auf das Ergebniß der Wahl nicht beilegen zu sollen, weil eine Kontrole der Abgabe der Stimmzettel nicht nachgewiesen ist und das vorherige Zusammenfalten der Firzlaff-Zettel keinen Wähler hinderte, die ebenfalls auf dem Tische im Hausflur ausliegenden Benoit-Zettel in ganz derselben Weise zu falten und dem Wahlvorstande zu überreichen. Das, was der Zeuge Tiegs von anderen Personen über einen Versuch einer Wahlbestechung gehört hat, kann nicht berücksichtigt werden, da eine hierauf bezügliche Behauptung im Protest nicht enthalten ist, andererseits aber auch nicht erhellt, ob jene Mittheilungen wahr sind. Nach alledem scheidet dieser Punkt des Protestes, weil unbewiesen, aus.

Der nächste Protestpunkt (D 3 des Berichts) ging dahin:

In Wartekow Kr. Kolberg hat der Hofmeister an der Thür des Wahllokals die geschlossenen Stimmzettel an die Tagelöhner verteilt und im Innern hat der Besitzer von Wartekow Herr Heling aufgepaßt, daß diese auch abgegeben wurden. Resultat: 46 Stimmen, sämmtlich konservativ!

Der Besitzer von Wartekow, Rittergutsbesitzer Heling, welcher zugleich Wahlvorsteher war, hat bei seiner nicht eidlichen Vernehmung sich dahin ausgelassen:

„Nicht mein Hofmeister, sondern der Inspektor Becker in Wartekow hat am Wahltage Stimmzettel vertheilt. Diese Zettel, welche mit dem Namen des Abgeordneten Firzlaff—Degow bedruckt waren, übergab ich dem pp. Becker vor der Wahl, damit er sie an diejenigen Wähler, welche Herrn Firzlaff die Stimme geben wollten, vertheilte. — Ich sagte dem Inspektor etwa Folgendes:

„Es ist heute Reichstagswahl, lassen Sie die Leute eine halbe Stunde früher Mittag machen, daß sie Vormittag ihre Stimme abgeben können. Als Kandidat ist der Zimmermeister Firzlaff aufgestellt, welchem ich meine Stimme gebe; wenn die Leute so zu ihrem Herrn stehen, wie es sich gehört, werden sie auch mit ihrem Herrn wählen.

An wen die Stimmzettel von dem Inspektor Becker abgegeben sind und ob bezw. was er zu den Leuten gesagt hat, weiß ich nicht.

Ob die einzelnen Wähler die konservativen oder ob sie andere Zettel abgaben, konnte ich nicht kontroliren, habe mir auch keine Mühe gegeben, dies zu thun. Die Thür nach dem Wahllokal war stets geschlossen, es hätten also vor dem Betreten desselben die einzelnen Wähler ihre Zettel umtauschen können, ohne daß ich es bemerkte.

Ich habe auf meine Leute in keiner Weise einen Druck ausgeübt, einem bestimmten Kandidaten ihre Stimme zu geben.""

Der Tagelöhner August Gauger hat Folgendes zeugeneidlich bekundet:

„Ich war im Jahre 1898 auf dem Gute Wartekow bei dem Rittergutsbesitzer Heling in Dienst. An dem Tage der Reichstagswahl hütete ich die Kühe. Wie ich auf Mittag nach Hause kam, begab ich mich, da uns von dem Rittergutsbesitzer Heling angesagt war, wir sollten um $^1/_2$12 Uhr zur Wahl kommen, nach dem Wahllokal. Die Wahl wurde im Inspektorhause in der Wohnstube des Inspektors abgehalten.

Wie ich in das Hausflur eintrat, stand in demselben der Inspektor Becker. Dieser gab mir einen zusammengefalteten Zettel in die Hand, mit welchem ich in die Stube ging. In der Stube waren anwesend der Rittergutsbesitzer Heling, der Gemeindevorsteher Voigt und der Bauerhofsbesitzer Scheunemann. Ich entsinne mich wenigstens nicht, daß noch mehr anwesend waren. Ich übergab den zusammengefalteten Zettel, ohne ihn gelesen zu haben, dem Rittergutsbesitzer Heling, welcher ihn in das als Wahlurne dienende Gefäß legte.

Wie ich hinausging, kamen noch andere Wähler. Ich weiß nicht, ob es bei deren Wahl ebenso hergegangen ist."

Auch bei diesem Protestpunkte beschränkt sich die am 6. Januar 1900 eingegangene Gegenerklärung auf das Bestreiten der Richtigkeit der Angabe.

Das Ergebniß der Beweisaufnahme ist nicht geeignet, eine ungesetzliche Wahlbeeinflussung für erwiesen zu erachten, wenngleich der von dem Zeugen geschilderte Vorgang Zweifel hinsichtlich der Freiheit der Wahl bestehen läßt. Anscheinend aber hat Gauger die Abgabe des von dem Wirthschaftsinspektor zusammengefaltet erhaltenen Zettels an den Wahlvorsteher, ohne auch nur den Namen des von ihm Gewählten zu kennen oder zu lesen, für selbstverständlich gehalten und nicht einmal Kenntniß von dem Inhalt und dem Werth des von ihm ausgeübten Rechts besessen. Unter solchen Umständen konnte die Kommission einen ungesetzlichen Eingriff in die Wahlfreiheit und in das Wahlgeheimniß nicht für erwiesen ansehen, obschon sämmtliche Zettel, an der Zahl 46, auf Firzlaff lauteten.

Zu Punkt 6D des Protestes war die nachstehende Behauptung aufgestellt worden:

In Barzlin Kr. Köslin haben konservative Stimmzettel im Wahllokal ausgelegen. Wenn Wähler kamen, so nahm der stellvertretende Wahlvorsteher, Gemeindevorsteher Fiedler, einige von diesen Zetteln, ging damit vor die Thür und übergab sie den Wählern. Die Thür hatte Glasfenster, und der Wahlvorsteher Herr von Heydebreck-Barzlin saß so, daß er die Wähler von der Thür, wo sie die Zettel erhielten, bis zur Wahlurne genau im Auge hatte, so daß ein Umtauschen unmöglich war. Die herrschaftlichen Tagelöhner sind des Mittags vom Inspektor von der Arbeit direkt zur Wahlurne geführt worden.

Hierzu bringt die am 6. Januar 1900 eingegangene Gegenerklärung eine anderweite Beschreibung des Wahllokals unter Angabe von Beweismitteln, im Uebrigen wird auch bei diesem Punkte dessen Richtigkeit bestritten. Die

Beweisaufnahme hat folgendes Resultat gehabt. Es haben bekundet:

a) uneidlich:

1. der Wahlvorsteher von Heydebreck:

„Bei der letzten Reichstagswahl fungirte ich als Wahlvorsteher.

Stellvertretender Wahlvorsteher war der Gemeindevorsteher Fiedler in Barzlin.

Es ist mir nicht erinnerlich, ob die Wahlzettel auf einem Nebentische im Wahllokale gelegen haben oder ob Fiedler dieselben in der Tasche gehabt hat.

Fiedler ging stets aus dem Wahllokale, wenn er Stimmzettel an einen Wähler überreichte; wenn Wähler erst in dem Wahllokale den Wunsch um Verabfolgung eines Wahlzettels aussprachen, ist denselben ein solcher stets außerhalb des Lokals verabfolgt worden.

Die Sitze des Wahlvorstandes waren an einem runden Tisch, der ziemlich in der Mitte des Wahllokals stand. In der Eingangsthür befinden sich oben Fenster, doch kann man durch dieselben die vor dem Hause (die fragl. Thür ist gleichzeitig Hausthür) sich abspielenden Vorgänge nicht übersehen. Ich bestreite also, daß ich die Wähler, welche von dem p. Fiedler Wahlzettel erhielten, von diesem Augenblick an bis zur Abgabe der Zettel im Auge behalten habe bezw. konnte.

Was meine Tagelöhner bezw. Gutsleute anbetrifft, so haben dieselben in der Mittagspause, welche ich wegen der Wahl noch um eine halbe Stunde verlängert habe, ihr Wahlrecht ausgeübt. Um Arbeitsversäumniß zu vermeiden, habe ich dieselben allerdings durch meinen Inspektor direkt von der Arbeit führen, ihnen auch konservative Wahlzettel anbieten lassen.

Eine Kontrole über die Abgabe der konservativen Wahlzettel ist nicht erfolgt, war auch unmöglich."

2. der Gemeindevorsteher Hermann Fiedler:

„Bei der letzten Reichstagswahl war ich als stellvertretender Wahlvorsteher in Barzlin thätig. Es ist richtig, daß im Wahllokale konservative Wahlzettel auslagen, doch sind in keinem Falle den Wählern Wahlzettel im Wahllokale übergeben.

Herr von Heydebreck hat sogar, wenn Wähler den Wunsch nach diesen Wahlzetteln aussprachen, mit Entschiedenheit verlangt, daß dieselben außerhalb des Wahllokals übergeben würden. Ich habe denn auch wiederholt solche Wahlzettel vor dem Wahllokale an Wähler übergeben. Die Thür, durch welche die Wähler eintreten mußten, führt direkt in's Freie und hat oben kleine Glasscheiben. Es ist nicht möglich, durch letztere die außerhalb der Thür befindlichen Leute zu beobachten; erst wenn Jemand auf der obersten der drei zur Thür führenden Steinstufen steht, kann man den oberen Theil desselben sehen. Eine Beobachtung der Wähler durch Herrn von Heydebreck, nach Empfang der Zettel, war daher unmöglich.

Die herrschaftlichen Tagelöhner wählten in der Mittagspause, als sie von der Arbeit kamen, doch weiß ich nicht, ob sie vom Inspektor geführt worden sind."

b) eidlich:

1. der Materialienwaarenhändler Karl Moll aus Barzlin:

„In das Zimmer, in dem die letzte Reichstagswahl in Barzlin stattfand, trat man durch eine Glasthür unmittelbar von der Straße.

Der viereckige Tisch, auf dem die Wahlurne stand, war so aufgestellt, daß von dem Wahlvorstande die an der längeren Seite Sitzenden, Varchmin und Jastrow, mit dem Gesicht gerade auf die Glasthür saßen. An den beiden kürzeren Seiten saßen von Heydebreck und der Lehrer Dahlke.

Vor der Glasthür nach der Straße zu befinden sich zwei Stufen, von denen ich mit Fiedler heruntergetreten war, als er mir den Wahlzettel übergab.

Ich erinnere mich der Situation heute nicht mehr so genau, um sagen zu können, ob die Personen des Wahlvorstandes von der Stelle, wo ich den Zettel erhielt, bis zur Wahlurne mich genau im Auge behalten konnten.

Mir ist nichts darüber bekannt, daß die Tagelöhner vom Inspektor zur Wahl geführt sind.

Ich bemerke, daß ich von vornherein beabsichtigte, konservativ zu wählen."

2. der Altsitzer Karl Thom aus Barzlin:

„Bei der letzten Reichstagswahl habe ich den konservativen Abgeordneten Firzlaff gewählt.

Vor der Thür des Hauses, in dem das Wahllokal sich befand, stand der stellvertretende Wahlvorsteher, Gemeindevorsteher Fiedler, der konservative Wahlzettel in der Hand hatte.

Ich nahm mir einen solchen und begab mich in das Wahllokal. In dasselbe tritt man unmittelbar von der Straße, von der es von einer Glasthür abgeschlossen ist.

Bei meinen Eintritt stand der Wahlvorsteher von Heydebreck mitten in der Stube.

Da Fiedler nicht an der Glasthür stand, so halte ich die Möglichkeit für vorhanden, daß er die Wähler von der Stelle, wo sie die Wahlzettel erhielten, bis zur Wahlurne im Auge behalten konnte.

Andere als konservative Wahlzettel habe ich nicht gesehen.

Daß die herrschaftlichen Tagelöhner vom Inspektor zur Wahl geführt sind, ist mir nicht bekannt."

3. der Maurer Ernst Priebe aus Barzlin:

„Als ich bei der letzten Reichstagswahl in Barzlin zu dem Wahllokal kam, trat mir aus demselben der Gemeindevorsteher Fiedler entgegen und überreichte mir, ob mit oder ohne mein Verlangen weiß ich nicht mehr, einen konservativen Wahlzettel.

Ich trat durch eine Glasthüre von draußen unmittelbar in das Wahlzimmer, wo mir der Zettel von dem Wahlvorsteher von Heydebreck abgenommen wurde.

Darüber, ob es ihm möglich gewesen ist, die Wähler von der Stelle, wo sie die Zettel erhalten, bis zur Wahlurne im Auge zu behalten, kann ich nicht sagen, da ich heute nicht mehr weiß, ob er mit dem Gesicht nach der Glasthür zu gesessen hat.

Fiedler stand auf der vor derselben nach außen hin befindlichen Stufe.

Mir ist nichts darüber bekannt, daß die Tagelöhner vom Inspektor zur Wahl geführt sind.

Ich bemerke, daß ich von vornherein beabsichtigt hatte, konservativ zu wählen."

4. Albert Jastrow aus Barzlin:

„Ich gehörte bei der letzten Reichstagswahl in Barzlin zum Wahlvorstande.

Der Wahltisch stand mit der schmalen Seite nach der Thür, durch welche die Wähler das Zimmer betraten.

Die Angaben, die bisher von den Zeugen, wie mir mitgetheilt ist, über die Plätze, die die Mitglieder des Wahlvorstandes eingenommen haben, gemacht sind, sind nicht richtig.

Es saß vielmehr der Thür gegenüber mit dem Gesicht nach dieser von Heydebreck, links von ihm saßen Fiedler und Varchmin, rechts Dahlke und ich.

Die Thür, durch welche die Wähler eintraten, war keine sogenannte Glasthüre, sondern hatte nur oben 2 kleine Scheiben. Dieselben waren aber so hoch, daß man vom Zimmer aus die Vorgänge draußen nicht beobachten konnte.

Der Gemeindevorsteher Fiedler hatte im Wahllokal konservative Wahlzettel bei sich.

Wenn an die Thüre geklopft wurde, stand er auf und ging hinaus. Was draußen vorging, konnte man wie gesagt, vom Tisch aus, auch stehend, nicht sehen.

Ich nehme aber an, daß Fiedler Wahlzettel vertheilt hat."

5. der Bauer August Varchmin aus Barzlin:

„Ich gehörte bei der letzten Reichstagswahl in Barzlin zum Wahlvorstande. Der Wahltisch stand mit der schmalen Seite nach der Glasthüre, durch welche die Wähler das Zimmer betraten.

Der Thür gegenüber mit dem Gesicht nach dieser saß der Lehrer Dahlke, von diesem links ich und Jastrow.

Von Heydebreck saß auf der rechten Seite und wie ich glaube auch Fiedler.

Bestimmt kann ich jedoch bei der Länge der Zeit mich der Situation nicht mehr genau erinnern, es werden aber die obigen Angaben richtig sein. Auch wo ich selbst gesessen habe, weiß ich nicht mehr genau.

Ich habe nicht gesehen, daß Fiedler, der meistens im Wahlzimmer sich aufhielt, ab und zu aber herausging, Wahlzettel vertheilt hat und habe mich auch nicht darum bekümmert, ob eine Kontrole der Wähler vom Wahltisch aus möglich war.

Ich weiß nichts davon, daß die Tagelöhner vom Inspektor zur Wahl geführt worden sind."

6. der Rentner Karl Gumz aus Barzlin:

„Ich erinnere mich nur noch, daß man das Wahlzimmer durch eine Glasthür betrat, kann aber darüber, wo der Wahltisch gestanden hat und welche Plätze die einzelnen Mitglieder des Wahlvorstandes eingenommen haben, auch nicht annährend mehr Auskunft geben, ebenso wenig auch darüber, ob man vom Wahltisch aus die Vorgänge vor der Glasthüre beobachten konnte.

Mir hat Fiedler, der mir aus dem Wahllokal entgegen trat, einen konservativen Wahlzettel gegeben, den ich aber nicht abgegeben habe, da ich nicht konservativ wählen wollte und bereits mit einem anderen Wahlzettel versehen war.

Mir ist nichts davon bekannt geworden, daß die Tagelöhner vom Inspektor zur Wahl geführt sind."

7. der Holzflößer Friedrich Bahr aus Barzlin:

„Bezüglich der Oertlichkeit schließe ich mich den Angaben des Moll und Varchmin mit der Maßgabe an, daß Fiedler, während ich im Wahlzimmer anwesend war, irgendwo stand.

Als ich mit Gumz und Thom zusammen zu dem Wahllokal kam, trat uns Fiedler aus demselben entgegen und überreichte uns die Wahlzettel. Sodann ging er mit uns zusammen wieder ins Zimmer.

Ob man von dem Wahltisch aus die Vorgänge vor der Glasthüre beobachten konnte, vermag ich nicht zu beurtheilen, da ich mich darum nicht bekümmert habe.

Ich beabsichtigte von vornherein konservativ zu wählen.

Mir ist nichts darüber bekannt geworden, daß die Tagelöhner vom Inspektor zur Wahl geführt worden sind."

Nach diesem Ausfall der Beweiserhebung waren einige Mitglieder der Kommission der Ansicht, daß der Gemeindevorsteher und stellvertretende Wahlvorsteher Fiedler unzweifelhaft eine unzulässige Agitation im Wahllokal ausgeübt habe, und daß auch die Wahlfreiheit bezw. das Wahlgeheimniß verletzt worden sei; sie beantragten deshalb die für den gewählten Kandidaten Firzlaff abgegebenen 38 Stimmen zu kassiren. Andere Mitglieder hielten dagegen den Beweis der unzulässigen Wahlbeeinflussung nicht für erbracht, namentlich sei durch die Zeugenaussagen nicht bewiesen, daß eine Kontrole der Abstimmung durch den Wahlvorsteher v. Heydebreck oder durch Fiedler stattgefunden habe; Wahlzettel außerhalb des Wahllokals zu vertheilen, sei einem nicht in Funktion befindlichen Beisitzer gestattet; der Wahlakt sei deshalb für gültig zu erklären.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Kassirung der für Firzlaff abgegebenen 38 Stimmen mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Zu Punkt 7D des Protestes war behauptet worden:

Der Inspektor Sausel in Jarchow Kr. Kolberg hat seine Leute nach Gervin, dem Wahlort, zum Theil selbst hingefahren, zum Theil unter Aufsicht hingeschickt. Vor dem Wahllokal in Gervin verteilte er an diese Leute konservative Stimmzettel, die einmal zusammengefalzt waren. Dann begab er sich ins Wahllokal, beobachtete die Leute scharf bei Abgabe der Stimmzettel und blieb so lange dort, bis alle Jarchower Leute gewählt hatten. Diese hatten bereits andere Stimmzettel mitgebracht, die sie aber zweimal zusammengelegt hatten. Bei der scharfen Kontrole durch den Inspektor Sausel sahen sich die Leute aber gezwungen, die ihnen von diesem übergebenen, durch die Art des Kniffes kenntlichen Zettel am Wahltisch abzugeben.

Die „Gegenvorstellung" vom 6. Januar bestreitet, daß Sausel die Stimmabgabe beobachtet habe.

Die beschlossene und stattgehabte Beweisaufnahme hat Folgendes ergeben: Es haben bekundet:

a) uneidlich:

der Inspektor Sausel, früher in Jarchow, jetzt in Rabuhn:

„Ich gebe zu, die Arbeiter aus Jarchow teils selbst zum Wahllokal in Gervin gefahren zu haben, teils sie mit dem Inspektor Wilke hingeschickt zu haben, damit ich sie nur möglichst kurze Zeit bei der Arbeit zu entbehren brauchte. Vor dem Wahllokal habe ich die Leute gefragt, ob sie schon Wahlzettel hätten, was die Mehrzahl verneinte. Darauf habe ich Zettel mit dem Namen des konservativen Kandidaten Firzlaff an die Leute vertheilt. Ich bemerke, daß diese Zettel nach Vorschrift zweimal — nicht einmal, wie der Protest behauptet — gekniffst waren. Dabei habe ich gesehen, daß der Hofmeister Zummach, jetzt in Daber, Kreis Randow, und der Tagelöhner Kraft in Jarchow den ihnen von mir überreichten Zettel in die eine Tasche steckten und einen anderen, ebenso zusammengefalteten aus einer anderen Tasche hervorholten.

Ich bin während der Dauer der Wahl im Wahllokal geblieben und habe auch nicht nach den Leuten hingesehen, indessen nicht weiter bemerken können, was für Wahlzettel die Einzelnen abgegeben haben.

Daß sie sich durch meine Gegenwart irgendwie hätten beeinflussen lassen, kann ich nicht annehmen, zumal das Verhalten des Zummach und Kraft deutlich beweist, daß sie es sehr wohl wagten, andere Stimmzettel abzugeben als die, welche ich ihnen gegeben hatte."

b) eidlich:

1. der Hofmeister Wilhelm Zummach in Daber:

„Der Inspektor Sausel hat wohl seinen Leuten die nötige Zeit gegeben, um zur Wahl nach Gerwin sich zu

begeben. Auch hat er gesagt, daß die Leute dorthin gefahren werden könnten, ich weiß aber nicht, daß er Jemand ausdrücklich dazu bestimmt hat, an der Wahl teilzunehmen, und daß er Jemand unter Aufsicht zur Wahl geschickt hat. Die meisten der Arbeiter, möglicherweise auch die sämtlichen Arbeiter vom Gute Jarchow, begaben sich zur Wahl, und zwar auf einem Erntewagen, den das Gut stellte.

Der Inspektor Sausel kam etwas später nach Gerwin als die Arbeiter, bei denen auch ich mich befand, auf dem Erntewagen dort eingetroffen waren. Er kam nach dem Gasthof, in dem wir uns befanden und rief uns zur Wahl.

Vor dem Wahllokal fragte er uns, ob wir denn auch schon Stimmzettel hätten und vertheilte dann an die einzelnen Arbeiter des Gutes Jarchow Zettel, die einmal zusammengelegt waren. Auch ich bekam von ihm einen solchen Zettel. Auf demselben stand der Name des Zimmermeisters Firzlaff. Als wir in das Wahllokal gingen, war auch Sausel in dasselbe gekommen. Er setzte sich an den Tisch, an dem die Wahlkommission saß, und sah der Wahl zu. Daß er auf die einzelnen Wähler bei Abgabe der Stimmzettel scharf geachtet hat, kann ich nicht sagen.

Ebensowenig weiß ich, ob er einen oder den anderen der Jarchower Leute durch seine Anwesenheit im Wahllokal bestimmt hat, nicht einen anderen, als den von ihm übergebenen Zettel, dem Wahlkommissar zu überreichen. Nachdem die Jarchower Leute gewählt hatten, verließ auch wohl Sausel das Wahllokal, jedoch kann ich dies mit voller Bestimmtheit nicht mehr sagen. Als er vor der Wahl die Stimmzettel an die Jarchower Leute vertheilte, hatten wohl schon die meisten von diesen Leuten Stimmzettel. Ich weiß jedoch nicht, ob sie nun von den Sauselschen Stimmzetteln Gebrauch machten, oder ob sie den Stimmzettel, den sie schon vorher hatten, dem Wahlkommissar übergeben haben. Auch weiß ich nicht mehr bestimmt, ob die Stimmzettel, die die Leute schon vorher hatten, zweimal zusammengefaltet und somit von den von Sausel übergebenen Stimmzetteln zu unterscheiden waren. Ferner weiß ich nicht, ob sich einer der Leute in Folge genauer Beobachtung von seiten des Sausel gezwungen gesehen hat, nicht seinen ursprünglichen, sondern den ihm von Sausel übergebenen Stimmzettel am Wahltisch abzugeben. Nachher sagten allerdings manche auf die Frage, weshalb sie so, wie sie angegeben, gewählt hätten, es hätte ja der Inspektor dabeigesessen."

2. der Schneidergeselle Franz Strecker in Gervin:

„Ich fuhr zur Reichstagswahl auf dem Wagen, auf dem auch der Inspektor Sausel fuhr. Er sprach unterwegs gar nicht mit mir über den zu wählenden Kandidaten und gab mir nur vor dem Wahllokal einen zusammengeknifften Zettel, welcher, wie ich mich überzeugte, den Namen des Kandidaten Firzlaff enthielt. Einen anderen Stimmzettel hatte ich nicht. Ich habe dem Wahlvorstande den mir von Sausel übergebenen Stimmzettel aus freien Stücken und unbeeinflußt von diesem abgegeben. Sausel war, während die Jarchower Leute stimmten, im Wahllokal, so viel ich weiß, wenigstens so lange ich im Wahllokal gewesen bin.

Ich habe nicht bemerkt, daß Sausel die Jarchower Leute scharf beobachtet hätte, ob sie auch die von ihm gegebenen Zettel abgäben.

Ob andere Jarchower Leute noch andere Wahlzettel und ob diese mit anderen Kniffen versehen, gehabt haben, weiß ich nicht."

3. der Tagelöhner Karl Braun in Jarchow:

„Zur Zeit der letzten Reichstagswahl war der Verwalter Sausel von der Landbank, welche Eigenthümerin des Gutes Jarchow war, mit der Verwaltung und Parzellirung des Gutes Jarchow beauftragt. Ich war Deputatknecht in Jarchow.

Sausel ließ die sämmtlichen Jarchow'er Leute nach Gervin, wo das Wahllokal war, hinfahren. Ob alle den Wagen benutzten, weiß ich nicht. Ob Zummach mit der Aufsicht beauftragt war, daß alle Leute mitkämen, weiß ich nicht. Der Hofmeister Zummach fuhr gleichfalls in dem Wagen. Sausel fuhr in einem Wagen allein. Wahlzettel gab uns Sausel, entweder schon zu Hause oder vor dem Wahllokal das weiß ich nicht mehr. Ich habe sogar den Zettel nicht angesehen und weiß ich nicht, welcher Name darin stand. Ich hatte von meinem Schwager gleichfalls einen Wahlzettel, in dem ein Stettiner Herr als Kandidat bezeichnet war, erhalten.

Diesen Wahlzettel hatte ich in die linke Westentasche gesteckt, den Sausel'schen in die rechte. Ob die beiden Zettel verschieden gekniffst waren, weiß ich nicht. Ich gab den Zettel, den ich von Sausel hatte, ab. Ob Sausel eine scharfe Kontrolle ausübte, ob auch die von ihm gegebenen Zettel abgegeben würden, habe ich nicht bemerkt, wenngleich er, so lange die Jarchow'er Leute stimmten, im Lokale war und uns dann gleich wieder nach Hause schickte.

Ich gab den Sausel'schen Zettel ab, weil nach meiner Ansicht der Arbeiter angemessen handelt, wenn er den Wünschen der Herrschaft Genüge leistet. Ich sagte mir, die Herrschaft hat dir den Zettel gegeben, den giebst du ab.

Daß ich seinen Zettel abgeben sollte, hat Sausel mir nicht gesagt.

Ob Zummach mir noch unterwegs einen Zettel gegeben hat, das weiß ich nicht mehr."

4. der Tagelöhner Friedrich Erdmann:

„Am Reichstagswahltage hatte ich und andere Leute in Jarchow von dem Verwalter Sausel den Auftrag, Bretter aus Drosedow zu holen. Wir erhielten Anweisung, über Gervin zu fahren, um dort unser Wahlrecht auszuüben. Ich hatte zwei Wahlzettel, den einen hatte ich auf dem Hofe von Jarchow bekommen, ob von Sausel weiß ich nicht, den andern Zettel hatte ein Mann bei meiner Frau abgegeben. Welchen Zettel ich bei dem Wahlakt abgegeben habe, weiß ich nicht, weiß gar nicht einmal, welche Namen in den Zetteln standen.

Eine Aufsichtsperson war auf meinem Wagen nicht.

Ob Sausel während der Wahl der Jarchow'er Leute im Lokal gewesen ist, weiß ich nicht mehr, vor demselben habe ich ihn gesehen. Er gab uns draußen noch eine Cigarre, hat aber nicht gesagt, wir sollten einen bestimmten Zettel abgeben.

Ob meine beiden Zettel verschieden gekniffst waren, weiß ich nicht."

5. der Tagelöhner Julius Hannemann:

„Ich fuhr mit Braun zusammen zur Wahl. Einen Zettel hatte ich damals zunächst noch nicht. Unterwegs gab mir Zummach einen Zettel, vor dem Wahllokale Sausel. Welche Namen in den Zetteln standen, weiß ich nicht.

Ich gab den Zettel ab, den ich von Zummach hatte, weil ich diesen zuerst bekommen hatte. Ich habe nicht bemerkt, daß Sausel im Lokal scharf aufgepaßt hätte, welcher Zettel abgegeben würde. Mir hat er auch nichts gesagt, obgleich ich den andern Zettel abgegeben hatte.

Ich erinnere mich auch nicht, daß die Zettel verschieden gekniffst waren.

Nach der Wahl wußte ich den Namen dessen, den ich gewählt, jetzt weiß ich es nicht mehr."

Auch bei diesem Punkte waren die Meinungen der Kommissionsmitglieder getheilt. Während Einige den Beweis für erbracht erachteten — besonders durch die positive Bekundung des Zeugen Zummach, daß die von Sausel vertheilten Stimmzettel nur einmal gekniffst, also kenntlich waren —, daß das Wahlgeheimniß verletzt worden und daß demnach die 14 aus Jarchow abgegebenen Stimmen zu kassiren und dem gewählten Kandidaten abzuziehen seien, machten Andere geltend, daß die Aussage des Zummach sehr unbestimmt sei, und daß die übrigen Zeugen nichts bekundet hätten, was die Protestbehauptung zu stützen geeignet sei, daß ferner aus der bloßen Anwesenheit des Inspektors Sausel im Wahllokal noch nicht gefolgert werden könne, daß die Wahlfreiheit beeinträchtigt worden sei. Ungehörig sei es gewesen, wenn der Wahlvorstand diesen zur Beobachtung der Stimmabgabe an dem Wahltische habe Platz nehmen lassen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag, die erwähnten 14 Stimmen zu kassiren, mit Stimmengleichheit abgelehnt.

In Punkt 8 des Protestes war die Behauptung aufgestellt worden:

In Kl. Pobloth Kr. Kolberg stand der Tisch mit den konservativen Wahlzetteln zwar nicht im Wahllokal sondern in einem Nebenraum, jedoch so daß der Wahlvorsteher, Herr von Kaphengst — Kl. Pobloth diesen Tisch durch die offengehaltene Thür genau beobachten konnte, was er auch gethan hat.

Zeugen sind die im nachstehenden Rundschreiben benannten Tagelöhner: Mews, Wachs u. Gauger in Kl. Pobloth Kr. Kolberg.

Das Rundschreiben hat Herr von Kaphengst in der für amtliche Bekanntmachungen üblichen Form in seiner Eigenschaft als Gutsvorsteher herumgeschickt. Das Schreiben lautet:

Poblother Männer!!!

Ein großer Teil von Euch hat mir gestern eine kleine Gefälligkeit, die ich von jedem meiner Leute verlangen kann, verweigert, indem er nicht Firzlaff, sondern Benoit gewählt hat. Diejenigen, die das thaten, wußten, daß sie mich dadurch tief kränkten. Ich sehe mich nun leider genötigt, meinerseits Euch gegenüber auch Gefälligkeiten zu verweigern als da sind freie Aerzte, Apotheke, das Halten von Schafen erlaubt ebenso das der Ziegen und zuletzt die Weihnachtsgeschenke für Eure Kinder. Den Leuten, von denen ich weiß, daß sie in meinem Sinne gewählt haben, werde ich weiter Arzt und Apotheke bezahlen, sowie ihnen das Futtergeld für die zuviel gehaltenen Schafe erlassen, ihnen auch erlauben, ihre Ziegen weiter zu halten. Die Schafe müssen sie aber auch abstellen. Den andern entziehe ich aber alle Wohlthaten und würde nichts dagegen haben, wenn Mews, Wachs und vorzüglich Gauger Pobloth, wo sie ja nach ihrer Meinung doch nicht zu leben haben, bald verließen. Jedenfalls aber geschieht dies zu Marien.

v. Kaphengst.

Die Kommission hatte bei der ersten Prüfung der Wahl beschlossen, die Urheberschaft des Schreibens feststellen und den Wahlvorsteher v. Kaphengst informatorisch, die Tagelöhner Mews, Wachs und Gauger zeugeneidlich über die Protestbehauptungen vernehmen zu lassen.

In der stattgehabten Beweisaufnahme haben bekundet:

a) uneidlich:

der Wahlvorsteher Rittergutsbesitzer v. Kaphengst aus Klein Pobloth:

„Im Flur vor dem Wahllokal war allerdings ein Tisch aufgestellt, auf welchem konservative Wahlzettel auslagen. Diesen Tisch konnte ich von meinem Platz im Wahllokal durch die offene Thür auch beobachten und hätte es genau kontroliren können, wenn ein einzelner Wähler an denselben herangetreten wäre. Dies ist indessen nicht geschehen. Die Wähler erschienen in Menge auf einmal, machten sich an dem Tisch zu schaffen und kamen gedrängt herein — der ganze Wahlakt erledigte sich etwa in 1/4 Stunde.

Ich habe hierbei nicht sehen können, ob die einzelnen Leute von den konservativen Wahlzetteln welche genommen haben.

Ich bemerke auch, daß ich bei der Wahl die Zettel nicht dadurch habe unterscheiden können, daß einzelne sauber (die eben in Empfang genommenen konservativen Zettel), andere dagegen unsauber und zerknittert (die von den Leuten in der Tasche mitgebrachtten Zettel) abgegeben wurden, wie dies früher wohl geschehen ist. Vielmehr waren diesmal alle abgegebenen Zettel gleich weiß.

Was die in meinem Schreiben vom Tage nach der Wahl — welches ich anerkenne — mit Namen bezeichneten Mews, Wachs und Gauger ist Gauger in Gr. Jeslin bei einer liberalen Wahlversammlung als Redner aufgetreten; die beiden Anderen waren dort anwesend, in Kl. Pobloth sind sie mit verschiedenen Leuten zusammengekommen, denen sie ihre nichtkonservative Gesinnung deutlich zu erkennen gegeben haben. Dies wurde mir mitgetheilt und ich hielt mich für befugt, ihnen mein Mißfallen über diese Aeußerung zu erkennen zu geben.

Ich versichere ausdrücklich, daß ich bei dem Wahlakt selbst weder die Stimmabgabe der genannten 3 Leute noch die der anderen Wähler irgendwie kontrolirt habe oder überhaupt kontroliren konnte."

b) eidlich:

1. der Tagelöhner Johann Mews, jetzt in Pußta:

„In Kl. Pobloth, Kreis Kolberg-Körlin, stand der Tisch, auf dem eine Anzahl Wahlzettel in mehreren Päckchen lagen, in einem neben dem Wahllokale befindlichen Flur. Die Thür vom Wahllokal zum Flur stand, als ich meiner Wahlpflicht genügte, offen. Der Tisch, an dem der Wahlvorsteher und die Beisitzer saßen, stand so, daß m. E. der Wahlvorsteher von Kapphengst den Tisch mit den Wahlzetteln beobachten konnte. Ob er es auch gethan hat, weiß ich nicht.

Als ich und einige andere Wähler im Begriffe standen von dem Tisch mit den Wahlzetteln uns mit solchen zu versehen, falls sie den uns genehmen Kandidaten enthielten, sagte der Wahlvorsteher v. Kapphengst: „Kriecht nicht in die Ecken; wer einen anderen Zettel geben will, immer frei herein!"

2. der Tagelöhner Johann Wachs in Kl. Pobloth:

„In Kl. Pobloth, Kreis Kolberg-Körlin, stand der Tisch mit den Wahlzetteln — wie ich gehört habe, sollen es lauter konservative Zettel gewesen sein — in dem neben dem Wahllokal befindlichen Hausflur, so daß der Wahlvorsteher v. Kapphengst diesen Tisch durch die offengehaltene Thür genau beobachten konnte. Als ich einen Zettel von dem Tisch nahm, konnte ich den Wahlvorsteher von Kapphengst genau sehen, so daß ich annehme, daß er mich gesehen hat."

3. der Tagelöhner Karl Gauger, jetzt in Johannisberg:

Zur Sache:

wiederholt der Zeuge die Aussage des Zeugen Wachs, dieselbe wurde ihm darauf vorgelesen, worauf er erklärte:

„Der mir vorgelesenen Aussage des Wachs schließe ich mich in allen Punkten an und füge noch hinzu, daß, soweit ich gesehen, der Tisch im Nebenraum des Wahllokals nur konservative Zettel enthielt.""

Nach dem Ausfall dieser Beweisaufnahme waren einige Kommissions-Mitglieder der Ansicht, daß der Wahlvorsteher v. Kaphengst zweifellos die Stimmabgabe kontrolirt habe, und daß dadurch die Wahlfreiheit und das Wahlgeheimniß verletzt worden seien. Aus dem Rundschreiben des Herrn v. Kaphengst gehe unwiderleglich hervor, daß derselbe am Tage nach der Wahl genau gewußt habe, wer konservativ und wer freisinnig gewählt habe. Diese Kenntniß könne er nur aus einer genauen Kontrole der Stimmabgabe geschöpft haben. Die abgegebenen 33 konservativen Stimmen seien deshalb zu kassiren und dem gewählten Kandidaten abzuziehen.

Von anderer Seite wurde dagegen hervorgehoben, daß von den Zeugen nur die Möglichkeit der Kontrole, keineswegs diese selbst bekundet worden sei. Wenn auch das Rundschreiben nicht zu billigen sei, so ergebe dasselbe doch nicht, daß die Kenntniß der Stimmabgabe durch Verletzung des Wahlgeheimnisses erlangt sein müsse und es müsse der Aussage des Wahlvorstehers v. Kaphengst, daß er die Kenntniß von der liberalen Gesinnung der drei genannten Tagelöhner auf anderem Wege erlangt habe, Glauben geschenkt werden. Damit falle der Grund für die beantragte Kassirung des Wahlaktes in Kl. Pobloth.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Kassirung der abgegebenen 33 konservativen Stimmen mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Zu Punkt 9 des Protestes war behauptet worden:

In Simötzel Kr. Kolberg hat der Gemeindevorsteher Radmer einer amtlichen Einladung zur Gemeinde-Versammlung beigefügt: „Am Donnerstag, den 16. Juni ist Wahl. Gewählt wird Zimmermeister Firzlaff!"

Diese Einladung wurde, wie es bei den amtlichen Bekanntmachungen des Gemeinde-Vorstehers üblich ist, von Haus zu Haus weitergegeben.

Bemerkt sei noch, daß nachdem die Sache in Zeitungen veröffentlicht worden war, der Gemeindevorsteher noch einen Zettel herumschickte, auf dem auch die beiden anderen Kandidaten bekannt gegeben wurden.

Die Beweisaufnahme hat folgendes Resultat gehabt. Es haben bekundet:

a) uneidlich:

der Gemeinde- und Wahlvorsteher Radmer in Simötzel:

„Ich habe allerdings den Tag der Wahl bekannt gemacht und dazu geschrieben: „Als Wahlkandidat ist Zimmermeister Firzlaff—Degow aufgestellt" — nicht „gewählt wird . . .", weil mir nur dieser als Kandidat bekannt war, Benoit und Herbert jedoch nicht. Ich habe aber noch 2 oder 3 Tage vor der Wahl auf besondere Anordnung des Herrn Landraths in derselben Form in der jene Bekanntmachung abgefaßt und herumgeschickt worden war, auch die Namen der beiden anderen Kandidaten bekannt gemacht. Soviel ich mich erinnere, habe ich gerade diese zweite Bekanntmachung mit „Radmer, Gemeindevorsteher" unterschrieben um den begangenen Verstoß vollständig gut zu machen. Ich will versuchen, dieses zweite Schriftstück noch aufzufinden und werde es dann einreichen. Den angegebenen Wortlaut beider wird indessen der Amtsvorsteher Herr Axel Wietholz in Neurese, der sie beide in Händen gehabt hat, bezeugen können. Derselbe hat auch die erste Bekanntmachung in einem Exemplar an sich genommen, nachdem sie zirkulirt hatte.

Beide Bekanntmachungen habe ich in 5 Exemplaren herumgeschickt."

Die zweite Bekanntmachung hat folgenden Wortlaut:

„Die Reichstagswahl findet den 16. Juni von 10 bis 6 Uhr in der Wohnung des Gemeindevorstehers statt, als Wahlvorsteher ist der Gemeindevorsteher Radmer ernannt.

Am 2. Juni ist auf die amtliche Bekanntmachung versehens der Zimmerstr. Firzlaff gekommen.

Als Wahlkandidat der konservativen Partei ist der Zimmermeister Firzlaff zu Dechow aufgestellt, von Liberalen der Baurath a. D. Benoit Charlottenburg, Sozialdemokraten Herbert, Buchdrucker zu Stettin.

Simötzel, den 14. Juni 1898.

Der Gemeindevorsteher Radmer."

b) eidlich:

1. Bauerhofsbesitzer August Radmer in Simötzel:

„Ich weiß aus eigener Wissenschaft nichts. Mir hat meine Frau nur gesagt, es sei ein Zettel abgegeben, den sie weiter gegeben hätte, da hätte Firzlaff darin gestanden. Das hat mir gestern oder vorgestern erst meine Frau erzählt. Ich weiß also nicht, ob thatsächlich der Gemeindevorsteher Radmer vor der letzten Reichstagswahl einer Einladung zur Gemeindeversammlung zugefügt hat „am 16. Juni ist Wahl, gewählt wird Zimmermeister Firzlaff."

2. Fleischermeister Ernst Zager in Simötzel:

„Es ist mir erzählt worden, daß vor der Reichstagswahl der Gemeindevorsteher Radmer einen Zettel mit einer Einladung zur Gemeindeversammlung herumgeschickt haben soll, unter welcher gestanden haben soll, daß bei der Reichstagswahl Zimmermeister Firzlaff zu wählen sei.

Ich habe ein solches Schriftstück nicht gesehen."

3. Mühlenbesitzer Ferdinand Storm in Simötzel:

„Ich erinnere mich nicht, daß vor der Reichstagswahl eine Einladung zu einer Gemeindeversammlung an mich gelangt ist, unter welcher eine Aufforderung, bei der Reichstagswahl Firzlaff zu wählen, gestanden hätte."

4. Förster Georg Teske in Simötzel:

„Ich weiß nicht, ob vor der Reichstagswahl der Gemeindevorsteher Radmer einer Einladung zu einer Gemeindeversammlung zugefügt hat, „am 16. Juni ist Wahl, gewählt wird Zimmermeister Firzlaff.

Ich erinnere mich nur, ein Schriftstück gesehen zu haben, in welchem der Gemeindevorsteher Radmer meinem Schwiegersohn, dem Eigenthümer Laabs in Simötzel, mittheilte, daß von konservativer Seite der Zimmermeister Firzlaff als Kandidat aufgestellt sei. Den Zettel gab mein Schwiegersohn einen Nachbar weiter."

Die Majorität der Kommission war der Ansicht, daß der Beweis für die Behauptung des Protestes nicht erbracht sei, namentlich sei nicht bewiesen, daß in der ersten Bekanntmachung die Worte: „Gewählt wird Zimmermeister Firzlaff!" gestanden hätten, worauf es wesentlich ankomme. Der Wahlakt sei deshalb für gültig zu erklären.

Von anderer Seite wurde dagegen betont, daß wenn auch die zeugeneidlichen Aussagen negativ ausgefallen seien, doch

der Gemeinde- und Wahlvorsteher Radmer selbst zugegeben habe, die amtliche Bekanntmachung erlassen zu haben. Ob darin gestanden: „Gewählt wird Zimmermeister Firzlaff!" oder — wie Radmer angiebt: „Als Wahlkandidat ist Zimmermeister Firzlaff-Degow aufgestellt" — sei völlig belanglos; es liege auf jeden Fall eine amtliche Wahlbeeinflussung vor. Daß der ersten Bekanntmachung auf höhere Veranlassung eine zweite zwei Tage vor der Wahl gefolgt sei, in welcher auch die Namen der beiden anderen Kandidaten aufgeführt seien, ändere nichts, zumal garnicht nachgewiesen sei, daß dieselbe noch rechtzeitig den Wählern bekannt geworden sei. In Betreff der Ungehörigkeit und Unzulässigkeit der amtlichen Agitation sei auch bei der ersten Berathung kein Widerspruch in der Kommission geltend gemacht worden. Dem wurde entgegnet, daß die vom Redner bekundete Mittheilung von der Protestbehauptung sich nicht nur im Wortlaute, sondern auch im Sinne unterscheide und daß kein Anlaß vorliege, die Bekanntmachung der Namen sämmtlicher Kandidaten an alle Wähler zu bezweifeln. — Bei der Abstimmung wurde der Antrag, die Wahl in Simötzel zu kassiren, mit Majorität abgelehnt.

In Punkt 11 des Protestes war behauptet worden:

„Der Landrat Herr von Puttkamer in Kolberg ist im Kolberger Kreise in zahlreichen Versammlungen der Konservativen und des Bundes der Landwirte rednerisch aufgetreten und hat den konservativen Kandidaten Firzlaff, der zugleich Kandidat des „Bundes der Landwirte" war, empfohlen, u. a. in Kölpin, Stolzenberg, Drosedow und vielen anderen Orten des Kolberger Kreises.

Aber auch in liberalen Versammlungen, so in Drosedow und Gr. Jestin trat der Landrat als Redner auf. Er begnügte sich nicht damit, seinen politischen Standpunkt zu entwickeln, sondern er forderte in den Versammlungen direkt zur Wahl des konservativen Kandidaten Firzlaff auf.

Der Landrat von Puttkamer hat in der liberalen Versammlung zu Gr. Jestin die Guts- und Gemeindevorsteher in befehlendem Tone energisch aufgefordert, alle Leute, event. auch mit Wagen, heranzuschaffen, damit sie an der Wahl teilnehmen."

Die „Gegenvorstellung" vom 6. Januar d. Js. bestreitet die Mehrheit der Protestbehauptungen.

Die Kommission hatte in der ersten Berathung vom 13. April 1899 nur die behaupteten Vorgänge in Gr. Jestin als erheblich betrachtet und darüber Beweisaufnahme beschlossen. Bei letzterer haben bekundet:

a) eidlich:

der Landrath v. Puttkamer in Kolberg:

„Es ist richtig, daß ich in verschiedenen politischen Versammlungen, konservativen, wie freisinnigen rednerisch aufgetreten bin und mich für die Kandidatur des jetzigen Abgeordneten Firzlaff ausgesprochen habe. Dabei habe ich es aber in jedem einzelnen Falle nicht nur auf das sorgfältigste vermieden, meine Amtsstellung einzuwerfen und amtliche Befugnisse anzuwenden, sondern ich habe in jedem einzelnen Falle meine Ausführungen damit begonnen, daß ich auf das nachdrücklichste erklärt habe, ich erschiene nicht in meiner Eigenschaft als Beamter, sondern lediglich als Privatmann und äußerte meine Meinung über die bevorstehende Wahl nur als Privatmann, wie es jedem Wähler freistehe. Jede Verquickung meines politischen Standpunktes mit meiner amtlichen Stellung und vor Allem jede Einwirkung meiner politischen Ansicht auf amtliche Maßnahmen irgend welcher Natur habe ich in dem letzten Wahlkampf vor der Reichstagswahl, wie stets sorgfältig vermieden. Ich bin in der Lage und bereit, für diese meine Behauptungen zahlreiche Zeugen namhaft zu machen.

Bei allen Gelegenheiten und Gesprächen mit den mir unterstellten Beamten, namentlich denen der Selbstverwaltung, wie Amts-, Guts- und Gemeindevorstehern, welche auch nur einen entfernten Anschein von amtlicher Veranlassung hätten haben können, habe ich es auf das peinlichste vermieden, von der bevorstehenden Reichstagswahl zu sprechen oder irgendwie meine politische Meinung zu entwickeln oder gar den Versuch zu machen, auf die Betreffenden in politischer Hinsicht einen Einfluß auszuüben. Auch das bin ich jeder Zeit in der Lage, durch Zeugen beweisen zu können.

So ist auch die Behauptung des Wahlprotestes „ich habe in der liberalen Versammlung zu Gr. Gestin die Guts- und Gemeindevorsteher in befehlendem Tone energisch aufgefordert, alle Leute, event. auch mit Wagen heranzuschaffen, damit sie an der Wahl theilnehmen," eine direkte Lüge. Ich habe in dieser liberalen Versammlung in Gr. Jestin nicht nur die oben erwähnte Einleitung, daß ich nur als Privatmann spreche, ebenso wie in allen anderen Versammlungen vorausgeschickt, sondern ich habe grade in dieser Versammlung ausdrücklich zu Anfang bemerkt, daß ich mich nie um die politische Gesinnung der Amts-, Guts- und Gemeindevorsteher kümmerte, und daß meine Ausführungen nicht solchen, sondern nur den anwesenden konservativ gesinnten Männern gelten. Ich habe also die etwa anwesenden Gemeinde- 2c. Vorsteher auf das ausdrücklichste ausgenommen. Als Zeugen für diese meine Behauptung benenne ich den Bauerhofsbesitzer Vaßholz in Seefeld, den Rittergutspächter Mengel in Trienke, den Gastwirth Zanott in Gr. Jestin, sowie den Lehrer Jamcke in Gr. Jestin. Die in dem Wahlprotest aufgeführten Zeugen Dr. Janke—Kolberg und Reepschlägermeister Wulff—Kolberg haben in der Versammlung in Gr. Jestin nur wenige Schritte von mir entfernt gesessen; sie müssen meine dort vorgetragenen Ausführungen deutlich vernommen haben, sie besitzen auch, wenigstens der erstere, die zum Verständniß derartiger politischer Auseinandersetzungen erforderliche Bildung. Wenn sie wirklich die betreffende, in dem Wahlprotest behauptete Thatsache oder eine ähnliche bekundet haben, so haben sie damit bewußt die Unwahrheit gesagt. Ich habe ihnen beiden dies auch in einer öffentlichen Versammlung vorgeworfen, ohne daß sie es gewagt haben, dagegen Schritte zu ergreifen.

Als Belagstücke überreiche ich die drei Zeitungsnummern.

Es ist ferner nicht richtig, daß ich die Verfügung an die Amts- 2c. Vorsteher vom 13. Juni v. J., von welcher ich gleichfalls ein Belagexemplar beifüge, auf Aufforderung des Dr. Th. Barth in der liberalen Versammlung in Kolberg am 10. Juni v. J. erlassen habe. Diese Verfügung vom 13. Juni v. J. habe ich abgesetzt auf eine Anregung des Rittergutsbesitzers von Blanckenburg—Schölzow hin, nachdem wir beide von dem gleichfalls in dem Wahlprotest sub 9 verwertheten Vorkommniß mit dem Gemeindevorsteher Radmer in Simötzel Kenntniß erhalten hatten, Zeuge: von Blanckenburg—Schölzow. Ich bemerke hierbei, daß ich den Gemeindevorsteher Radmer wegen dieser amtlichen Wahlbeeinflussung sofort ernst zur Rechenschaft gezogen und veranlaßt habe, seinen Fehler noch vor der Reichstagswahl wieder gut zu machen. Meine mehrerwähnte Verfügung vom 13. Juni v. J. ist dem Adressaten noch rechtzeitig vor der Wahl zugegangen. Hiernach erübrigt sich m. E. ein weiteres Eingehen auf die Behauptung

des Wahlprotestes, „die Amts-, Guts- und Gemeindevorsteher hätten auf meine direkte mündliche Aufforderung bereits alles mögliche gethan, um eine Wahl in meinem Sinne herbeizuführen": sie ist eine Lüge, wie die Behauptung bezüglich der Versammlung in Gr. Jestin.

Uebrigens will ich nicht unerwähnt lassen, daß ich in jener oben erwähnten liberalen Versammlung in Kolberg am 10. Juni aus eigenem Antriebe dem Dr. Barth die Frage vorgelegt habe, ob ich nicht das Recht hätte, als Wähler meine Meinung zu äußern. Er gestand mir dieses Recht ausdrücklich zu, ebenso wie der freisinnige Kandidat Geh. Baurath Benoit, wenn ich nur jedesmal ausdrücklich dabei bemerkte, daß ich nur für meine Person, nur als Privatmann spräche, Zeugen: Dr. Th. Barth u. Geh. Baurath a. D. Benoit—Charlottenburg.

Daß ich diese Bedingung auf das peinlichste jedesmal erfüllt habe, beweisen meine obigen Ausführungen."

b) eidlich:

1. Dr. Paul Jancke in Kolberg:

„Vor der Reichstagswahl war in Gr. Jestin eine liberale Wahlversammlung, in welcher auch der Landrath v. Puttkamer erschienen war. Ob und welche Guts- und Gemeindevorsteher dort waren, weiß ich nicht; Mengel—Trienke habe ich, glaube ich, gesehen. Mehrmals ergriff der Landrat v. Puttkamer das Wort. Schon das erste Mal, wenn ich mich recht erinnere, äußerte er, daß ihm als Person das Recht der Aeußerung zustehe und er nicht beabsichtige, auf die Gemeindevorsteher Einfluß auszuüben, er wisse ganz genau, wie weit er gehen dürfe. Soviel ich mich erinnere, war es, wie er demnächst das Wort ergriff, als er ausführte, der konservative Kandidat hätte nur dann Aussicht durchzukommen, wenn die Wahlbetheiligung eine große wäre. Er forderte nunmehr die Anwesenden auf, möglichst viele Wähler heranzuschaffen, eventl. auch mit Wagen; er setzte noch, wie ich mich zu erinnern glaube, ziemlich wörtlich hinzu: „Hiermit wende ich mich auch an die Gemeinde- und Gutsvorsteher."

Ich bemerke, daß ich mir schriftliche Notizen damals nicht gemacht habe, und daher lediglich nach meinen Erinnerungen aussagen kann.

Die letztere Aeußerung fiel mir umsomehr auf, als sie nach meiner Ueberzeugung den Worten des Herrn von Puttkamer in der ersten Rede nicht entsprach, vielmehr eine Beeinflussung der Guts- u. Gemeindevorsteher durch den Redner als Landrath hierin zu finden sein dürfte."

2. Reepschlägermeister Albert Wulff in Kolberg:

„Zur Sache bekundete Zeuge über den Vorfall in der Gr. Jestiner liberalen Versammlung genau, wie der Vorzeuge Dr. Janke. Dieselbe wurde ihm vorgelesen, und erklärte er, daß er dieselbe zur Seinigen mache, jedoch mit dem Bemerken, daß er sich genau der Worte, mit welchen sich Herr von Puttkamer an die Guts- und Gemeindevorsteher gewendet, nicht erinnere, daß er aber dem Sinne nach sofort den Eindruck gewonnen habe, daß Herr von Puttkamer in seiner Eigenschaft als Landrat die Gemeinde- und Gutsvorsteher dahin beeinflussen wollte, möglichst für den konservativen Kandidaten einzutreten und zu wirken."

3. Tagelöhner Karl Gauger, jetzt in Johannisberg bei Groß Jestin:

„Einige Tage vor der Wahl fand in Gr. Jestin eine liberale Wahlversammlung statt, an der ich auch teilnahm.

Der Landrat von Puttkamer war ebenfalls zugegen und beteiligte sich an der Debatte. Hierbei machte er die Gutsbesitzer darauf aufmerksam, daß sie alle Leute, die krankheits- oder altershalber nicht gehen könnten, zu Wagen heranschaffen sollten. Ich kann nicht bekunden, ob diese Erklärung in befehlendem Tone und energisch erfolgt ist."

Die Kommission war in der Beurtheilung der Vorgänge in Gr. Jestin und der Zeugenaussagen getheilter Meinung. Von einer Seite wurde geltend gemacht, daß die Protestbehauptungen, der Landrath v. Puttkamer habe seine amtliche Stellung mißbraucht und sich in „befehlendem" und „energischem Tone" an die Guts- und Gemeindevorsteher gewandt, in keiner Weise durch die Beweisaufnahme bestätigt worden sei. Von anderen Kommissions-Mitgliedern wurde dagegen hervorgehoben, daß zwar die Erklärung des Landraths v. Puttkamer, nur als Privatmann gesprochen zu haben, nicht bezweifelt werden könne, daß er aber in der Hitze des Wahlkampfes entschieden die Grenzlinie, die ihm als Staatsbeamter gezogen sei, nicht hinlänglich beachtet, sondern dieselbe — wenn auch gegen seine Absicht — überschritten habe. Dies sei durch die zeugeneidlichen Aussagen auch bekundet worden.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag, die Wahl in Gr. Jestin zu kassiren, mit erheblicher Majorität abgelehnt.

In Punkt 12 des Protestes war die Behauptung aufgestellt worden:

„Am Sonntag, den 12. Juni fand in Köslin im Schützengarten ein Fest des Kreiskrieger-Verbandes Köslin statt, an dem auch der Regierungspräsident, Herr von Tepper-Laski-Köslin, teilnahm. Auf diesem Feste ließ der Herr Regierungspräsident zu wiederholten Malen Leute aus verschiedenen Orten des Kreises, von denen er annahm, daß sie als Gemeindevorsteher oder als Vorsitzende von Kriegervereinen Einfluß auf eine größere Zahl von Wählern hätten, zu sich kommen, verwickelte sie in ein Gespräch, in welchem er sie für die am 16. Juni bevorstehende Reichstagswahl im konservativen Sinne zu beeinflussen suchte und sie eindringlichst ermahnte, dafür zu sorgen, daß in ihren Ortschaften konservativ gewählt würde."

Die Beweisaufnahme hat folgendes Resultat ergeben. Es haben bekundet:

a) uneidlich:

der Regierungs-Präsident v. Tepper-Laski in Köslin:

„Auf dem Kriegervereinsfeste am 12. Juni v. J. sprach mir der Vorsitzende des hiesigen Kreis-Kriegerverbandes, Erster Staatsanwalt Rhode, den Wunsch aus, mir einige besonders verdienstvolle Kriegervereins-Vorsitzende vorstellen zu dürfen. Er sei darum ersucht worden und stelle mir anheim, den Vorgestellten bei dieser Gelegenheit einige Worte der Anerkennung für ihre patriotische und verdienstvolle Thätigkeit auszusprechen. Ich erklärte mich dazu bereit. Herr Staatsanwalt Rhode stellte mir darauf eine Anzahl von Personen vor. Ob sich darunter auch einzelne Gemeindevorsteher befunden haben, weiß ich nicht mehr. Daß im Laufe des Gesprächs mit den Vorgestellten auch der bevorstehenden Reichstagswahl Erwähnung geschah, ist möglich. Die mir bis dahin völlig unbekannten Persönlichkeiten aufgefordert zu haben „dafür zu sorgen, daß in ihren Ortschaften konservativ gewählt würde", wie es der Wahlprotest behauptet, stelle ich entschieden in Abrede. Der in dem Proteste gemachte Versuch, jenes von mir weder veranlaßte noch gewünschte Gespräch zu einer unzulässigen amtlichen Wahlbeeinflussung aufzubauschen,

ist ebenso erstaunlich, wie widerwärtig. Herr St.Anw. Rhode wird die Richtigkeit obiger Darstellung bekunden können."

b) eidlich:

1. der Fischer Hermann Rutzen in Nest:

„Im Juni 1898, es war kurz vor der Reichstagswahl, fand in Köslin im Schützengarten ein Kriegerverbandsfest statt.

Ein Herr, wie ich später erfahren habe, soll es ein Beamter des Landrathsamtes gewesen sein, fragte mich nach dem Vorsitzenden des Kriegervereins Nest. Derselbe war gerade nicht anwesend und ich erklärte, daß ich sein Stellvertreter sei.

Daraufhin bestellte mich der Herr zu dem Herrn Regierungspräsidenten.

Er war augenblicklich nicht zu finden, und wurde ich deshalb auf eine halbe Stunde später hinbestellt.

Zu der bestimmten Zeit trafen wir, es begleitete mich nämlich jetzt der Vorsitzende des Vereins, Gemeindevorsteher Parnow, den Herrn Regierungspräsidenten an.

Er fragte uns, wie es in Nest und mit der Fischerei ginge und meinte, er würde bald selbst einmal dort hinkommen.

Beiläufig kam er denn auch auf die bevorstehende Reichstagswahl zu sprechen.

In welcher Weise er derselben Erwähnung that, weiß ich heute nicht mehr, halte es aber für ausgeschlossen, daß er irgendwie versucht hat, uns zu beeinflussen; dessen würde ich mich heute sicher noch erinnern."

2. Otto Scheutzow in Güdenhagen:

„Bei dem im Juni v. J. in Köslin stattgehabten Kriegerverbandsfest sagte mir und dem damaligen Gemeindevorsteher Zander, wenn ich nicht irre, der Gemeindevorsteher aus Nest, wir sollten zum Herrn Regierungspräsidenten kommen.

Wir trafen ihn zunächst nicht an und wurden dann nochmals, wie ich glaube, von einem Boten des Landrathsamts geholt.

Der Regierungspräsident sprach mit uns über die verschiedensten Dinge und schließlich auch über die bevorstehende Reichstagswahl.

Soweit ich mich erinnere, erkundigte er sich nach dem Verhältniß der liberalen und konservativen Wähler in Güdenhagen und meinte, er könne es nicht begreifen, daß die Landleute so „verbohrt" seien, liberal zu wählen, bei den Städtern sei es etwas anderes.

Zander erwiderte, es sei da nichts zu machen, die Leute seien mit den Schulverhältnissen nicht zufrieden.

Zum Schluß kam noch die Rede darauf, daß es uns schon lange versprochen worden sei, die Eschen an der Chaussee, die mit ihren Wurzeln unsere Gärten beschädigen, sollten weggenommen werden.

Der Regierungspräsident sagte darauf im Scherz, wir möchten nur konservativ wählen, dann würden die Bäume weggenommen werden.

Durch den Herrn Ersten Staatsanwalt sind wir nicht vorgestellt worden.

Ich bin Vorsitzender des Kriegervereins Güdenhagen."

3. Gustav Scheunemann in Schweßin:

„Ich bin zwar zu dem im Juni 1898 stattgehabten Kriegerverbandsfest gewesen, der Herr Regierungspräsident hat aber mit mir gar nicht gesprochen."

Von einer Seite der Kommission wurde auf Grund der völlig einwandsfreien zeugeneidlichen Aussage des Otto Scheutzow in Güdenhagen der Beweis als erbracht erachtet, daß der Regierungspräsident v. Tepper-Laski eine amtliche Wahlbeeinflussung der schlimmsten Art getrieben habe. Der von ihm gebrauchte Ausdruck, „er könne nicht begreifen, daß die Landleute so „verbohrt" seien, liberal zu wählen", sowie das Versprechen, daß die Eschen von der Chaussee entfernt werden sollten, wenn konservativ gewählt werden würde, bewiesen zweifellos die Absicht der Beeinflussung.

Von anderer Seite wurde bestritten, daß der Regierungspräsident in seiner amtlichen Eigenschaft mit den Vorsitzenden der Kriegervereine gesprochen habe. Die angeführten Ausdrücke wären vielleicht besser unterblieben, ließen aber sehr wohl auch eine harmlose Deutung zu. Außerdem sei, worauf es ausschließlich ankomme, nicht nachgewiesen, daß die betreffenden Unterredungen zur Kenntniß der Wähler gekommen seien und dadurch einen Einfluß auf die Wahl gehabt hätten. Der ganze Vorgang sei deshalb als unerheblich zu bezeichnen.

Bei der Abstimmung wurde die Frage, ob eine amtliche Wahlbeeinflussung seitens des Regierungspräsidenten v. Tepper-Laski stattgefunden habe, von der Mehrheit der Kommission verneint.

In Punkt 13 des Protestes wurde behauptet:

Der Gemeindevorsteher Borchardt in Steglin Kr. Köslin hat vom Regierungspräsidenten Herrn von Tepper-Laski-Köslin einen Brief erhalten mit genauen Instruktionen zur Herbeiführung einer konservativen Wahl. Es war darin u. a. gesagt: der Schulze solle dafür sorgen, daß eine zuverlässige Person mit konservativen Zetteln vor dem Wahllokal steht; um 3 Uhr Nachm. solle festgestellt werden, wer gewählt habe, die Fehlenden sollten herbeigeschafft werden u. s. w.

Uebrigens ist in Steglin genau nach den Anordnungen des Regierungspräsidenten gehandelt worden. Vor dem Wahllokal waren der Briefträger Kropp (in Uniform!) und der Sohn des Gastwirtes Schulz (letzterer ist zugleich Postvorsteher), namens Bruno, aufgestellt. Von diesen beiden wurden die Wähler erst in der Gaststube zum Gastwirt Schulz und dem städt. Förster Nerenz geschickt, wo sie Freibier und Cigarren und einen konservativen Zettel erhielten, mit der Anweisung, denselben auch abzugeben.

Zum Teil wurden die Wähler von einem der beiden ins Wahllokal begleitet und genau beobachtet, daß sie den Zettel auch an der Urne abgaben.

Bei der Beweisaufnahme haben bekundet:

a) uneidlich:

1. der Regierungspräsident v. Tepper-Laski in Köslin:

„Ich habe an den Gemeindevorsteher Borchardt zu Steglin niemals einen Brief geschrieben, auch demselben niemals Wahl-Instruktionen ertheilt."

2. der Gemeindevorsteher August Borchardt in Steglin:

„Es ist nicht wahr, daß ich jemals, also auch nicht vor der letzten Reichstagswahl, von dem Herrn Regierungs-Präsidenten von Tepper-Laski ein Schreiben mit Instruktionen für die Wahl erhalten habe. Auch mündlich habe ich derartige Instruktionen nicht erhalten. Das einzige, was der Herr Regierungs-Präsident mit mir wegen der Wahl gesprochen hat, war bei einer Anwesenheit desselben in unserem Stegliner Gasthof die

Frage, wie ich wählen würde, worauf ich ihm antwortete, daß ich, wie immer, auch diesmal konservativ wählen würde.

Weiterhin kann ich nichts darüber bekunden, ob der Briefträger Kropp und der Sohn des Gastwirths Schultz oder auch sonst irgend wer während der Wahl vor dem Wahllokal gestanden und die erscheinenden Wähler erst in die Gaststube geführt haben, denn ich habe während der ganzen Zeit das Wahllokal nicht verlassen. Ich weiß auch nichts davon, daß Förster Nerenz und Gastwirth Schultz den Wählern Bier, Cigarren und konservative Stimmzettel gegeben haben.

Jedenfalls ist es nicht wahr, daß Schultz und Nerenz Wähler ins Wahllokal begleitet und überwacht haben; die Wähler sind vielmehr stets allein ins Wahllokal gekommen."

b) eidlich:

1. Ferdinand Splittgerber zu Steglin:

„Die letzte Reichstagswahl in Steglin fand im Kruge des Gastwirths Schulz statt.

Als ich dort hinkam, begegnete mir im Hausflur der Sohn des Schulz und sagte mir, ich möchte mit ihm zum Förster Nehrenz kommen.

Wir gingen dort hin, und Nehrenz fragte mich, ob ich bereits gewählt hätte, als ich das verneinte, gab er mir einen Zettel mit den Worten: „nehmen sie diesen und stecken sie ihn hinein".

Auf wen der Zettel lautete, weiß ich nicht, es war mir auch gleichgültig, ob ich konservativ oder liberal wählte und habe mich deshalb auch nicht darum gekümmert, welcher Name auf einem zweiten Zettel, den ich schon früher erhielt, stand.

Nachdem mir Nehrenz den Zettel eingehändigt hatte, ging ich mit Schulz wieder zurück zum Krug, er begleitete mich bis an die Thür des Wahlzimmers, ich ging hinein und gab den mir von Nehrenz eingehändigten Zettel ab. Sodann ging ich in die Gaststube, wo Bier auf dem Tische stand.

Auf die Mittheilung des Nehrenz und des Gastwirths Schulz, daß es für die Wähler bestimmt sei, habe ich auch davon getrunken.

Kropp ging in dem Lokale ab und zu, hat aber mit mir nicht gesprochen.

Ob Bruno Schulz oder ich die Thür, nachdem ich das Wahlzimmer betreten hatte, geschlossen haben, weiß ich nicht mehr."

2. Ludwig Rademann zu Steglin:

„Am Tage der letzten Reichstagswahl ging ich mit einem liberalen Stimmzettel versehen, zum Kruge des Gastwirths Schulz um zu wählen. Schulz selbst kam mir aus dem Hause entgegen und bat mich mit ihm zum Förster Nehrenz zu gehen. Dort angekommen bat mich Nehrenz, ich möge konservativ wählen und wollte mir einen Zettel übergeben. Ich erklärte ihm, ich wolle liberal wählen und verweigerte die Annahme des Wahlzettels. Nehrenz redete mir dann noch zu und meinte, ich solle ihm doch den Gefallen thun.

Auf meine Erwiderung, daß ich konservativ nicht wählen könne und dann lieber garnicht wählen würde, sagte Nehrenz, dann thun sie das. Daraufhin habe ich nicht gewählt.

Den Briefträger Kropp habe ich, soweit ich mich erinnere, im Hausflur bei Schulz gesehen. Ob er Uniform trug, kann ich nicht mehr sagen."

Die Kommission war einstimmig der Meinung, daß der Beweis für die Behauptungen des Protestes nicht erbracht sei.

In dem Protestpunkt 14 war behauptet worden:

„Drei Tage vor der Wahl erschien der Reg. Baurat Wilms-Köslin in Sorenbohm Kr. Köslin, wohin er Bewohner aus den umliegenden Stranddörfern hatte laden lassen. Er deutete bei dieser Versammlung in nicht mißzuverstehender Weise an, daß die Regierung „rammen" lassen würde (um das Losreißen von Land durch die Ostsee zu verhindern), wenn die Wahlen konservativ ausfallen würden. Wenn auch nicht dem Wortlaute, so doch dem Sinne nach waren die Ausführungen derartig; denn sie veranlaßten den Fischer Teßmann-Sorenbohm zu der Bemerkung, daß vor den Wahlen alles mögliche versprochen und nachher nichts gehalten würde."

Bei der Beweisaufnahme haben bekundet:

a) uneidlich:

der Regierungs- und Baurath Wilhelms in Köslin:

„Es ist richtig, daß ich bei Bereisung der meiner Obhut anvertrauten Dünen- und Strandbezirke am 13. Juni nach Sorenbohm gekommen bin.

Zu gleichem Zwecke war ich in der Zeit vom 17. bis 19. Mai im Dünenbezirk Scholpin, vom 21. bis 22. Juni im Dünenbezirk Vitte.

Auf dieser Dienstreise begleitete mich der zuständige Lokalbeamte Dünenaufseher Scheidt in Funkenhagen.

In Sorenbohm besprach ich mit dem dortigen Gastwirth die starken Abbrüche der Dünen vor der Dorflage, die dringend ein baldiges Einschreiten erforderlich machten, und forderte ihn auf, die betheiligten Grundbesitzer zu einer Besprechung am anderen Morgen einzuladen. Es ist eine arge Uebertreibung und Entstellung wenn behauptet wird, ich hätte „Bewohner aus den umliegenden Stranddörfern" laden lassen, es handelte sich hier lediglich um 8—10 Einwohner aus Sorenbohm und dem einzigen Fischer Teßmann aus Bornhagen — ich halte nämlich die Angabe im Protest, daß Teßmann zu Sorenbohm gehört, nicht für richtig.

Nachdem ich in Funkenhagen genächtigt, kam ich am 14. wieder nach Sorenbohm und besprach im Gasthause mit den erschienenen ca. 10 Personen die dringende Nothwendigkeit die Dünen baldigst zu schützen. Hierbei erwähnte ich, was den Ortsbewohnern schon vorher durch den Landrath amtlich mitgetheilt war, daß die Regierung die Hälfte der Kosten der Uferbefestigung zu tragen beschlossen habe, wenn Provinz, Kreis und Gemeinde die andere Hälfte trügen, und redete ihnen zu die genannten Körperschaften durch Petitionen zu bewegen zu suchen, die Kosten zu bewilligen.

Bei dieser Besprechung ist nicht ein Wort von Politik gefallen, es ist eine dreiste Erfindung, daß ich gesagt oder auch nur angedeutet haben soll, die Regierung würde Arbeiten ausführen lassen, wenn konservativ gewählt würde.

Nach dieser Besprechung forderte ich die Erschienenen auf mit mir nach dem Strande zu gehen um zu besprechen, welche Schutzmaßregeln bei den einzelnen Grundstücken erforderlich seien.

Auf dem Wege dahin ging ich zwischen dem Ortsvorsteher und dem Schullehrer aus Sorenbohm, beides Männer von durchaus konservativer Gesinnung, und fragte, was an diesem Tage wohl sehr nahe lag, wie der Ort wählen würde.

Diese Frage mag wohl der Fischer Teßmann, welcher hinter uns ging, gehört haben, jedenfalls sagte er kurz darauf ohne daß hierzu irgend ein Grund vorlag: Vor den Wahlen wird alles mögliche versprochen aber nachher nichts gehalten".

Diese Worte empörten mich so, daß ich laut zu den Versammelten sprach: Es ist eine Schande, daß durch die Agitatoren des „Nordost" die Bevölkerung jetzt so aufgehetzt wird, daß ein Beamter in der Zeit vor der Wahl nicht mehr wagen kann in seinen Bezirk zu reisen ohne dem Verdachte der Wahlagitation ausgesetzt zu sein. Ich fügte hinzu, daß ein Baubeamter nicht dazu sei Politik zu treiben und daß die Besprechung lediglich in ihrem eignen Interesse stattfinde. Es herrschte unter den Versammelten allgemeine Empörung über das Auftreten von Teßmann, man nannte ihn einen alten Schwätzer und Krakehler und man bat noch die Besichtigung, welche ich abgebrochen hatte, fortzusetzen.

Dieselbe wurde alsdann ohne weiteren Zwischenfall zu Ende geführt, ich habe aber mehrere Male, wenn ich mit einem Besitzer die Maßnahmen besprach, die bezüglich des Schutzes seines Grundstückes in dem Falle getroffen werden würden, daß die Mittel von den Interessenten bewilligt würden, ironisch hinzugefügt: Herr Teßmann wird dieses allerdings wieder für eine Wahlbeeinflussung halten.

Im Anschluß an diese Besichtigung war ich an demselben und an dem nächsten Tage in Begleitung des Dünenaufseher Scheidt in Bauernhufen, Mölln, Nest, Deep und Laase und der Umstand, daß nicht behauptet werden kann, daß ich in einem dieser Orte mich mit den Wählern in Verbindung gesetzt hätte, dürfte schon darthun, daß ich auch in Sorenbohm nicht versucht habe 10 Leute bezüglich ihrer Stimmabgabe zu beeinflussen.

Zu Nr. 15 des Protestes bemerke ich, daß ich den Dünenaufseher Scheidt gelegentlich in seiner Wohnung fragte, ob dort konservative Wahlzettel vertheilt seien und als er dieses verneinte, gab ich ihm ein Packet derselben und eine Anzahl der bekannten konservativen Wahlaufrufe.

Irgend einen Auftrag, selbst konservativ zu wählen oder liberale Stimmzettel einzufordern habe ich ihm nicht gegeben."

b) eidlich:

Karl Teßmann in Sorenbohm:

„Einige Tage vor der letzten Reichstagswahl war in Sorenbohm und auch mir bestellt worden, daß am nächsten Tage wir uns im Gasthof bei Müller einfinden sollten, um mit dem Regierungs- und Baurath Wilhelms die Dünen zu besichtigen.

Am nächsten Vormittag war dann auch eine ganze Anzahl Personen versammelt und die Besichtigung begann.

Während derselben äußerte Baurath Wilhelms zu denjenigen Personen die in seiner Nähe waren, sie haben immer liberal gewählt, hätten sie konservativ gewählt, dann wäre vielleicht schon lange etwas im Gange.

Daraufhin machte ich die Bemerkung, dann ist dies wohl ein Köder.

Wir gingen nun weiter und begegneten am Strande dem Gutsbesitzer von Rhade aus Funkenhagen.

Mit diesem sprach der Regierungsrath Wilhelms und ich hörte wie er auf mich mit dem Finger deutend, sagte: „Ich habe hier so einen alten Freund, der sagt zu mir, das ist wohl ein Köder."

Nachher in dem Gasthause fing er nochmals von meiner Bemerkung zu sprechen an und meinte, ich sei auf dem Irrwege.

Ich entgegnete ihm, nach seiner Aeußerung über die Wahl, habe ich auch meine Ansicht aussprechen wollen. Ich fügte hinzu, wir hätten früher konservativ gewählt, es wäre uns immer viel versprochen worden, wir hätten aber nichts gesehen."

Die Kommission hielt den Beweis der unzulässigen Wahlbeeinflussung nicht für erbracht.

Im Protestpunkt 15 wurde die Behauptung aufgestellt:

„Der Dünenaufseher Scheidt, ein königlicher Beamter, wohnhaft in Funkenhagen Kr. Köslin ist in verschiedenen Dörfern, besonders in der Strandgegend gewesen und hat — nach seiner Aussage — im Auftrage eines Regierungsrates konservative Stimmzettel verteilt. Zu dem Fischer Scharping II in Nest, den er auch im konservativen Sinne zu beeinflussen suchte, hat er geäußert: Das vorige Mal hätte er ja auch Benoit gewählt, aber jetzt müßte er für die Konservativen wirken.

Scheidt hatte ein gedrucktes Verzeichnis von konservativen Vertrauensmännern und Wählern vieler Orte des Wahlkreises in Händen, das er von einem Regierungsrat zu Agitationszwecken bekommen haben will. Scharping II hat Einblick in dieses Verzeichnis gethan. Scheidt war nach Nest, wo er in der oben geschilderten Weise agitierte, mit dem Reg. Baurat Wilhelms-Köslin auf dessen Fuhrwerk gekommen.

Scheidt hatte außerdem — wie er sagte — den Auftrag, liberale Stimmzettel einzusammeln. Dem Fischer Scharping II in Nest Kr. Köslin hat er liberale Stimmzettel abgefordert, wofür er ihm konservative übergeben wollte."

Die Beweisaufnahme hat folgendes Resultat ergeben. Es haben bekundet:

a) uneidlich:

der Dünenaufseher Ernst Scheidt in Funkenhagen:

„Einige Zeit vor der Wahl erhielt ich von dem Regierungs- und Baurath Wilhelms die Aufforderung, im konservativen Sinne bei der Reichstagswahl dadurch zu wirken, daß ich konservative Wahlzettel vertheilte. Ich nahm den Auftrag an und erhielt neben einem Wählerverzeichniß eine größere Anzahl konservativer Wahlzettel. Am folgenden Tage machten wir gemeinschaftlich eine Reise in der Richtung nach Deep und habe ich bei dieser Gelegenheit an verschiedene Leute konservative Wahlzettel zur Weitervertheilung übergeben, so auch an einen Scharping in Nest. Ich bestreite aber mit Entschiedenheit, liberale Wahlzettel eingefordert zu haben, habe auch hierzu keinen Auftrag gehabt.

Außer auf dieser Reise, welche mehrere Tage vor der Reichstagswahl stattfand, habe ich bei dieser Wahl nie konservative Wahlzettel vertheilt.

Auf eine derartige Aeußerung, daß ich früher liberal gewählt habe, jetzt aber konservativ wählen müsse, kann ich mich nicht besinnen."

b) eidlich:

der Fischer Karl Scharping II in Nest:

„Einige Tage vor der letzten Reichstagswahl suchte mich der Dünenaufseher Scheidt auf.

Er hatte ein Pack konservativer Wahlzettel bei sich, die er nach seiner Angabe von dem Regierungs- und Baurath Wilhelms zur Vertheilung erhalten hatte.

Er bot mir dieselben an unter der Bedingung, daß ich ihm die liberalen Zettel herausgeben würde.

Er meinte, er habe früher auch liberal gewählt, sei aber jetzt von der Regierung abhängig und müsse jetzt in ihrem Sinne wirken.

Er zeigte mir auch ein gedrucktes Verzeichniß, in dem, wie er sagte, die konservativen Vertrauensmänner enthalten wären.

Aus seinen Reden, die ich heute genauer nicht mehr wiedergeben kann, entnahm ich, daß er den Auftrag hatte, möglichst viele Zettel zu vertheilen und daß er deshalb auch mich bewegen wollte, konservativ zu wählen.

Daß Scheidt den Auftrag gehabt, die liberalen Stimmzettel abzufordern, hat er nicht ausdrücklich gesagt, jedenfalls weiß ich dies nicht mehr.

Ob Scheidt damals mir gesagt hat, daß er mit dem Reg.-Rath Wilhelms auf dessen Fuhrwerk gekommen sei, weiß ich heute gleichfalls nicht mehr.

Er besitzt ein Zweirad und ist möglicherweise auf diesem gefahren."

Die Kommission war in der Beurtheilung der Beweisaufnahme getheilter Ansicht. Während einige Mitglieder den Beweis der unzulässigen amtlichen Wahlbeeinflussung für erbracht erachteten und demgemäß die Kassirung der konservativen Wahlstimmen in Deep, Funkenhagen, Nest und Sorenbohm — zusammen 142 Stimmen — beantragten, hielten andere die Vorgänge für unerheblich. Da keine Gewißheit darüber bestand, ob ein Dünenaufseher polizeiliche Gewalt habe, im Reichstage aber möglicherweise auf diesen Charakter Werth gelegt werde, wurde die Beschlußfassung behufs näherer Information vertagt. —

Ein Kommissionsmitglied erhielt durch Vermittelung des Herrn Staatssekretärs des Innern Dr. Grafen von Posadowsky-Wehner aus den Königlichen Ministerien des Innern und der öffentlichen Arbeiten die folgende Auskunft:

„Nach Ansicht des Geheimrath Mauser hat ein Dünenaufseher persönlich keine Polizeigewalt, jedoch hat der vorgesetzte Wasserbauinspektor in bestimmten Fällen Polizeigewalt.

Nähere Auskunft könne das Ministerium der öffentlichen Arbeiten ertheilen.

Die Wasserbauinspektoren haben polizeiliche Befugnisse. Bezüglich der Dünenaufseher bestehen keine einheitlichen Bestimmungen hierüber. Ich möchte aber annehmen, daß sie zum Theil auch als Polizeibeamte besonders bestellt sind. Bredow."

In der nächsten Sitzung wurde die ertheilte Auskunft verlesen. Da dieselbe aber die Unklarheit darüber, ob der Dünenaufseher Scheidt polizeiliche Befugnisse zur Zeit der Reichstagswahl gehabt habe oder nicht, bestehen läßt, wurde von einem Mitgliede beantragt, abermals die Beschlußfassung auszusetzen und eine erneute Vernehmung des ꝛc. Scheidt anzuordnen. Der Antrag wurde mit Majorität abgelehnt, obgleich auch die Gegner des Antrags einräumten, daß die stattgehabte Vernehmung des ꝛc. Scheidt manche Unklarheiten bestehen ließe.

Die von einer Seite vertretene Ansicht, daß zweifellos nachgewiesen sei, daß der Dünenaufseher Scheidt von seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Regierungs- und Baurath Wilhelms, den Auftrag erhalten, für konservative Wahlen zu sorgen, und daß er diesen Auftrag auch in seiner amtlichen Eigenschaft ausgeführt habe, wurde von anderer Seite mit dem Hinweise zu entkräften versucht, daß der Beweis dafür fehle. Wilhelms habe keine polizeilichen Befugnisse; in welchen Orten Scheidt Wahlzettel abgegeben habe, sei nicht ermittelt; daß derselbe überhaupt nicht Wahlzettel an die Wähler vertheilt habe, ergebe dessen Aussage im Zusammenhange mit der Aussage des Scharping. Darnach habe Scheidt nur an die konservativen Vertrauensmänner Päckchen mit Wahlzetteln abgegeben und es sei nicht bewiesen, daß seine amtliche Eigenschaft oder der ihm gewordene Auftrag kenntlich gewesen sei. Darin sei aber eine unzulässige Wahlbeeinflussung nicht zu erblicken.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag, die für den konservativen Kandidaten in Deep, Funkenhagen, Nest und Sorenbohm abgegebenen 142 Stimmen zu kassiren, mit Majorität abgelehnt.

Zu Punkt 16 des Protestes war behauptet worden:

In Papenhagen Kr. Kolberg ist die Wählerliste nicht, wie vorgeschrieben ist, ausgelegt worden.

Die stattgehabte Beweisaufnahme hat die Richtigkeit dieser Protestbehauptung nicht ergeben.

In Punkt 17 des Protestes war ebenfalls behauptet worden, daß in Nedlin, Kreis Köslin, die Wählerliste nicht ordnungsmäßig ausgelegt worden sei.

In der Beweisaufnahme haben bekundet:

a) uneidlich:

der Gemeindevorsteher August Röpke in Nedlin:

„An einem Tage, nachdem ich bereits vorher durch Laufzettel bekannt gemacht hatte, daß die Wählerliste ausläge, — ob es am 22. Mai v. Js. gewesen ist, kann ich nicht sagen, — kam der Eigenthümer August Scheunemann aus Nedlin zu mir, zu welchem Zweck weiß ich nicht mehr. Während der Unterhaltung habe ich zu ihm allerdings gesagt, daß die Wählerliste noch nicht fertig sei. Es ist dies auch insofern richtig, als ich erst ein Exemplar fertig hatte und mit dem Abschreiben des zweiten Exemplars noch nicht fertig war.

Ich kann aber amtlich versichern, daß die Wählerliste (und zwar das oben bezeichnete fertige Exemplar) vom 18. bis 25. Mai 1898 bei mir ordnungsmäßig ausgelegen hat und daß dies in ortsüblicher Weise durch Laufzettel in der Gemeinde 8 Tage vorher bekannt gemacht ist.

Hieraus geht also hervor, daß das mir vorgelesene Ausstellungsattest auf der Wählerliste thatsächlich und in allen Punkten richtig ist."

b) eidlich:

August Scheunemann in Nedlin:

„Am 22. Mai 1898 kam ich zum Gemeindevorsteher Röpke zu Nedlin um die Wählerliste einzusehen.

Er erklärte mir, daß er eine solche noch nicht aufgestellt hätte."

Da hiernach Aussage gegen Aussage steht, so war die Mehrheit der Kommission der Ansicht, daß der Beweis für die Richtigkeit der Protestbehauptung nicht erbracht sei.

In Punkt 19 des Protestes war behauptet worden:

„In Thunow Kr. Köslin ist der Eigenthümer Heinrich Barz trotz seines persönlichen Antrages, der während der Auslegung der Listen erfolgte, vom Gemeindevorsteher Wilh. Strutz nicht in die Wählerliste aufgenommen worden. Er konnte daher nicht wählen."

In der Beweisaufnahme haben bekundet:

a) uneidlich:

der Gemeindevorsteher Wilhelm Strutz in Thunow:

„Es ist richtig, daß der Name des Eigenthümers Heinrich Barz in der Wählerliste versehentlich ausgelassen ist. Die Wählerliste hat aber die vorgeschriebene Zeit öffentlich ausgelegen, ohne daß Barz dieselbe eingesehen oder gegen das Fehlen seines Namens protestirt hat.

Der mir vorgehaltene Vorgang, als Scheel und Barz bei mir zu Besuch waren, ist meines Erinnerns so verlaufen, daß Scheel die Wählerliste einsah und dabei das Fehlen des Sattler Weißgerber bemerkte. Der ebenfalls anwesende Weißgerber verlangte darauf

die Nachtragung seines Namens, die ich sofort vornahm. Daß Scheel auch das Fehlen des Barz bemerkt habe und Letzterer ebenfalls die Nachtragung seines Namens verlangt habe, bestreite ich. Jedenfalls hat Barz, welcher mit mir Karten spielte, die Wählerliste nicht selbst eingesehen und habe ich ihm auch nicht versprochen, seine Nachtragung zu bewirken, da ich dieselbe dann sofort mit der Weißgerber'schen zusammen veranlaßt hätte."

b) eidlich:

Heinrich Barz in Thunow:

„Eines Sonntags vor der letzten Reichstagswahl war ich bei dem Gemeindevorsteher Strutz zum Besuch.

Der gleichfalls anwesende Eigenthümer Anton Scheel aus Thunow sah die Wählerliste ein und äußerte, ich würde wohl nicht in dieselbe aufgenommen sein.

Darauf erklärte ich dem Gemeindevorsteher, er solle die Eintragung nachholen, was er mir auch versprach.

Bei der Wahl stellte sich dann heraus, daß ich in der Liste nicht aufgeführt war."

Die Kommission war der Ansicht, daß dem gewählten Abgeordneten eine Stimme abzuziehen sei.

Nach dem Gesammtergebniß der stattgehabten Beweisaufnahme beantragt die Kommission:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Wahl des Abgeordneten Firzlaff im dritten Wahlkreise des Regierungsbezirks Köslin für **gültig** zu erklären.

Berlin, den 25. Mai 1900.

Die Wahlprüfungs-Kommission.

Graßmann, Stellvertreter des Vorsitzenden. **Ernst,** Berichterstatter. Dr. **Arendt. Auer. Boerner. Brandenburg. v. Brockhausen. v. Czarlinski. Fischer** (Berlin). **Henning. Schwarze** (Lippstadt). Dr. **Spahn. Wellstein.** Dr. **Wiemer.**

Nr. 874.

Bericht

der

Reichsschulden-Kommission

I. über die Verwaltung des Schuldenwesens des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs;

II. über ihre Thätigkeit in Ansehung der ihr übertragenen Aufsicht über die Verwaltung:
   a) des Reichs-Invalidenfonds und
   b) des Fonds zur Errichtung des Reichstagsgebäudes;

III. über den Reichskriegsschatz und

IV. über die An- und Ausfertigung, Einziehung und Vernichtung der von der Reichsbank auszugebenden Banknoten.

Berlin, den 11. Mai 1900.

I. Verwaltung des Schuldenwesens.

Nach den Bestimmungen der Reichsschuldenordnung vom 19. März 1900 (Reichs-Gesetzbl. S. 129) verbleibt die Verwaltung der Reichsanleihe der Preußischen Hauptverwaltung der Staatsschulden in der bisherigen Weise. Dagegen besteht die Reichsschulden-Kommission nunmehr aus sechs Bevollmächtigten oder stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrath, und zwar aus dem jedesmaligen Vorsitzenden des Ausschusses für das Rechnungswesen oder einem Stellvertreter des Vorsitzenden und fünf Mitgliedern des Ausschusses, sowie aus sechs Mitgliedern des Reichstags und, wie bisher, aus dem Chefpräsidenten der Preußischen Ober-Rechnungskammer. Die nur zum Zwecke der Kontrole der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds gewählten Mitglieder (§. 3 des Gesetzes vom 23. Februar 1876, Reichs-Gesetzbl. S. 24) sowie das auf Grund des §. 16 des Bankgesetzes vom 14. März 1875 vom Kaiser ernannte Mitglied sind für die Zeit, für welche sie gewählt oder ernannt sind, zufolge §. 20 Abs. 3 der Reichsschuldenordnung vollberechtigte Mitglieder der Kommission geworden.

Seit Erstattung des letzten Berichts vom 30. April 1899 ist an Stelle des in den Ruhestand getretenen Unterstaatssekretärs Meinecke der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Wirkliche Geheime Rath Freiherr von Thielmann Vorsitzender der Reichsschulden-Kommission geworden und an Stelle des ausgeschiedenen Großherzoglich hessischen Wirklichen Geheimen Rathes Dr. von Neidhardt ist vom Bundesrathe der Königlich sächsische Geheime Rath und Ministerialdirektor Dr. Fischer am 22. Juni 1899 zum Kommissionsmitgliede gewählt.

Bei der die Geschäfte der Reichsschulden-Verwaltung wahrnehmenden Preußischen Hauptverwaltung der Staatsschulden sind an Stelle des am 1. Juni 1899 in den Ruhestand getretenen Geheimen Ober-Finanzraths Merleker der Geheime Finanzrath Warnecke und an Stelle des zum Unterstaatssekretär im Finanzministerium ernannten Geheimen Ober-Finanzraths Lehnert der Geheime Ober-Finanzrath Heller zu Mitgliedern ernannt worden.

Die Reichsschulden-Verwaltung hat auch für das Rechnungsjahr 1898 eine Uebersicht von der Verwaltung der norddeutschen Bundes- und der deutschen Reichsschuld vorgelegt, welche die unterzeichnete Kommission hiermit überreicht. Beilagen I u. II.

Von der zum 1. Januar 1873 gekündigten 5prozentigen Anleihe vom Jahre 1870 sind die nach dem vorigen Berichte rückständigen 17 700 M., da Einlösungen im Rechnungsjahr 1898 nicht stattgefunden haben, weiter rückständig geblieben.

Die Reichsanleihen von 1877 bis 1884 und von 1892, welche ursprünglich zu 4 Prozent verzinslich waren, sind durch Gesetz vom 8. März 1897 — Reichs-Gesetzbl. S. 21 — vom 1. Oktober 1897 ab auf $3^1/_2$ Prozent im Zinsfuße herabgesetzt worden. Diese Anleihen im Gesammtbetrage von . . . . . 450 000 000 M.,
die Jahrgänge 1885 bis 1889, 1893 und 1894 der $3^1/_2$ prozentigen Reichsanleihe im Gesammtbetrage von . . 790 000 000 „
und die Jahrgänge 1890 bis 1893 sowie der unterm 4. Mai 1894 ausgefertigte Theil des Jahrganges 1894 der 3prozentigen Reichsanleihe im Betrage von . . . . . 850 000 000 „
waren bereits nach dem vorigen Bericht abgeschlossen.

Von den Schuldverschreibungen der 3prozentigen Reichsanleihe von 1894 — ausgefertigt am 13. März 1895 und 28. Februar 1896 — waren am 31. März 1898 im Bestande der Reichs-Hauptkasse . . . 7 753 200 M.

Sie sind im Rechnungsjahr 1898 veräußert worden, wodurch ein Reinerlös von 7 297 638,30 M. erzielt worden ist.

Von der nach dem vorigen Bericht ausgefertigten 3prozentigen Reichsanleihe von 1898 über 54 000 000 M.

sind im Rechnungsjahr 1898 Schuldverschreibungen über 53 950 700 M. veräußert worden, welche einen Reinerlös von 49 803 202,39 M. ergeben haben.

Ferner sind von der Reichsschulden-Verwaltung Schuldverschreibungen einer weiteren 3prozentigen Reichsanleihe von 1899 über 54 500 000 M. verabfolgt. Davon sind im Rechnungsjahr 1898 Schuldverschreibungen über 54 000 000 M. veräußert worden, wodurch ein Reinerlös von 49 334 857,06 M. erzielt worden ist.

Ein der Uebersicht beigefügter besonderer Nachweis ergiebt die Verrechnung des Erlöses aus sämmtlichen vorgedachten Anleihen auf die im Kapitel 22 Titel 1 bis 3 der Einnahme des Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 129) aufgeführten verschiedenen Finanzgemeinschaften.

An rückständigen und laufenden Zinsen waren im Rechnungsjahr 1898 zu zahlen:

a) bei der 3½-, vormals 4prozentigen Anleihe		100 978,00 M.,
wovon durch Verjährung abgegangen sind		4 620,00 =
bleiben . . .		96 358,00 M.
b) bei der 3½prozentigen Anleihe .	44 873 046,69 M.,	
wovon durch Verjährung abgegangen sind . .	6 539,75 =	
bleiben . . .		44 866 506,94 =
c) bei der 3prozentigen Anleihe . .	29 469 182,59 M.,	
wovon durch Verjährung abgegangen sind . .	5 086,50 =	
bleiben . . .		29 464 096,09 =
zusammen . . .		74 426 961,03 M.
Gezahlt sind . . .		71 737 809,77 =
und rückständig geblieben . . .		2 689 151,26 M.

An Reichsschatzanweisungen waren ausweislich des vorigen Berichts nach Ablauf des Etatsjahrs 1897/98 fällig . . . . . 70 000 000 M.

Bis zum 31. März 1899 sind nach der Uebersicht ferner ausgefertigt . . . 240 000 000 =

zusammen . . . 310 000 000 M.

Davon sind bis 31. März 1899, als nicht zur Ausgabe gelangt, an die Kontrole der Staatspapiere zurückgeliefert . 150 000 000 M., von der Staatsschulden-Tilgungskasse eingelöst 110 000 000 =

zusammen . . . 260 000 000 =

der Rest von . . . . . 50 000 000 M. ist erst später fällig geworden.

An Reichskassenscheinen befinden sich im Umlauf . . . . . 120 000 000 M.

Sie vertheilten sich am 31. März 1899 auf Reichskassenscheine von 1882, welche an Stelle eines in gleicher Höhe zur Einziehung gelangten Betrags an Reichskassenscheinen von 1874 ausgegeben sind, mit . . . . . 119 136 770 =

und auf Reichskassenscheine von 1874 mit 863 230 M.

Bei der am 7. Mai d. J. von der Kommission vorgenommenen besonderen Prüfung waren an diesem Tage in Reichskassenscheinen einschließlich 855 185 M. von 1874 im Umlauf:

in 1 400 000 Stücken zu 50 M.	.	70 000 000 M.,
in 1 500 000 Stücken zu 20 M.	.	30 000 000 =
in 4 000 000 Stücken zu 5 M.	.	20 000 000 =
	=	120 000 000 M.

Diese Summen entsprechen dem Bundesrathsbeschlusse vom 25. Februar 1886, durch welchen in Abänderung der früheren Beschlüsse vom 25. Juni 1881 und 15. November 1883 der Betrag der Reichskassenscheine in Abschnitten zu 20 M. auf 30 000 000 M. und in Abschnitten zu 5 M. auf 20 000 000 M. festgesetzt worden ist.

Für die noch umzutauschenden Scheine von 1874 von 855 185 M., welche nach dem Gesetze vom 21. Juli 1884 (Reichs-Gesetzbl. S. 172) nur noch bei der preußischen Kontrole der Staatspapiere eingelöst werden, ist eine gleich hohe Summe von 1882er und 1899er Scheinen ausgefertigt worden, die im Bestande geführt wird.

Die Reichsschulden-Kommission hat hieraus sowie aus den Büchern und sonstigen Vorlagen der Reichsschulden-Verwaltung die Ueberzeugung gewonnen, daß die Ausfertigung von Reichskassenscheinen und insbesondere auch die im Umlaufe befindliche Summe an solchen nicht die Grenze überschreitet, welche durch das Gesetz vom 30. April 1874 für die Ausfertigung und Ausgabe der Reichskassenscheine vorgeschrieben ist.

Im Abschnitte II D der Uebersicht wird der Nachweis des Verbleibs der nicht verwendeten und der eingelösten Schuldurkunden und Reichskassenscheine geführt. Bei den Vernichtungen solcher Papiere ist die Reichsschulden-Kommission jedesmal durch eines ihrer Mitglieder vertreten gewesen.

Im Abschnitte II E der Uebersicht ist der Nachweis über die Geschäftsergebnisse des Reichsschuldbuchbüreaus erbracht.

Unter Abschnitt II F der Uebersicht sind die eigenen Einnahmen der Reichsschulden-Verwaltung, Kapitel 14 des Etats, nachgewiesen. Das Etatssoll beträgt

	13 900,00 M.
eingegangen sind	14 515,80 =,
mithin mehr . . .	615,80 M.

Unter Abschnitt II G der Uebersicht sind die Verwaltungskosten im Betrage von 300 080,83 M., einschließlich 52 389,90 M. für Herstellung von Schuldpapieren, nachgewiesen.

Unter Abschnitt II J der Uebersicht sind die Veränderungen dargelegt, welche die Reichsschuld im Laufe des Rechnungsjahrs 1898 erlitten hat.

Die Einsicht der die Reichsschulden betreffenden Bücher der Reichsschulden-Verwaltung sowie die am 16. Juni, 15. Dezember 1899 und 27./28. Februar 1900 bei der Preußischen Staatsschulden-Tilgungskasse, dem Reichsschuldbuchbüreau und der preußischen Kontrole der Staatspapiere abgehaltenen unvermutheten Prüfungen haben der Kommission in Bezug auf die ordnungsmäßige Verwaltung dieser Schulden zu Bedenken keinen Anlaß gegeben.

Die in das Reichsschuldbuch eingetragenen Buchforderungen beliefen sich bis zum Schlusse des Monats März 1900 auf 304 508 000 M. in 4 145 Konten, gegen die am Schlusse des Monats März 1899 eingetragenen 281 031 500 M. in 3 459 Konten mehr 23 476 500 M. in 686 Konten.

Von den behufs Eintragung in das Reichsschuldbuch eingereichten Reichsschuldverschreibungen sind seit Erstattung des Berichts vom 30. April 1899 im Beisein von Mitgliedern der Reichsschulden-Kommission und der Reichsschulden-Ver-

waltung am 21. Juni, 17. Oktober und 15. Dezember 1899 insgesammt 11 309 Stück über 11 954 300 ℳ vernichtet worden.

Von dem Rechnungshofe des Deutschen Reichs sind der Kommission folgende, von ihm als richtig angenommene Rechnungen zugegangen:

a) der Kontrole der Staatspapiere:

1. achtundzwanzigste Rechnung über Einnahme und Ausgabe von Reichsschatzanweisungen für das Rechnungsjahr 1898,
2. dreiundzwanzigste Rechnung über die unverzinsliche Reichsschuld (Reichskassenscheine) für das Rechnungsjahr 1898,
3. die Rechnung über die Einnahme und Ausgabe der durch die Tilgungsfonds eingelösten Schuldurkunden des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs für das Etatsjahr 1898,
4. siebente Rechnung über Einnahme und Ausgabe bei Verbriefung der $3^1/_2$-, vormals 4 prozentigen Reichsanleihe von 1877 für die Rechnungsjahre 1894/95 bis 1898,
5. sechste Rechnung über Einnahme und Ausgabe bei Verbriefung der $3^1/_2$-, vormals 4 prozentigen Reichsanleihe von 1879 für die Rechnungsjahre 1894/95 bis 1898,
6. fünfte Rechnung über Einnahme und Ausgabe bei Verbriefung der $3^1/_2$-, vormals 4 prozentigen Reichsanleihe von 1881 für die Rechnungsjahre 1894/1895 bis 1898,
7. vierte Rechnung über Einnahme und Ausgabe bei Verbriefung der $3^1/_2$-, vormals 4 prozentigen Reichsanleihe von 1884 für die Rechnungsjahre 1894/95 bis 1898,
8. zweite Rechnung über Einnahme und Ausgabe bei Verbriefung der 3 prozentigen Reichsanleihe von 1891/92 für die Rechnungsjahre 1894/95 bis 1898,
9. zweite Rechnung über Einnahme und Ausgabe bei Verbriefung der 3 prozentigen Reichsanleihe von 1893 für die Rechnungsjahre 1894/95 bis 1898,
10. erste Rechnung über Einnahme und Ausgabe bei Verbriefung der 3 prozentigen Reichsanleihe von 1898 für das Rechnungsjahr 1898;

b) der Staatsschulden-Tilgungskasse:

11. Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben bei den Fonds der Reichsschulden-Verwaltung für das Rechnungsjahr 1898,
12. Rechnung über den Einlösungsfonds der Reichsschatzanweisungen für das Rechnungsjahr 1898.

Die Kommission hat bei Durchsicht dieser Rechnungen nichts zu erinnern gefunden und trägt deshalb unter deren Ueberreichung darauf an:

der Reichsschulden-Verwaltung für die vorbezeichneten Rechnungen Entlastung zu ertheilen.

II. Reichs-Invalidenfonds und Reichstagsgebäudefonds.

Der Großherzoglich sächsische Wirkliche Geheime Rath Dr. von Heerwart hat die Stelle als Mitglied der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds niedergelegt. Für den Rest der mit dem 30. September 1900 ablaufenden Wahlperiode ist der Königlich sächsische Geheime Rath und Ministerialdirektor Dr. Fischer zum Nachfolger gewählt und in Gemäßheit des §. 12 des Gesetzes vom 23. Mai 1873, betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds (Reichs-Gesetzbl. S. 117), in der Sitzung des Reichsgerichts am 13. November 1899 vereidigt worden.

Die im §. 2 des gedachten Gesetzes bezeichneten, zu dauernder Erwerbung für den Reichs-Invalidenfonds geeigneten Schuldverschreibungen sind nach Maßgabe des §. 9 der Geschäftsanweisung für die Verwaltung vom 11. Juni 1874 (Reichs-Gesetzbl. S. 104) außer Kurs gesetzt und werden nebst den anderen Werthpapieren des Reichs-Invalidenfonds und des Reichstagsgebäudefonds gemäß §. 7 der gedachten Geschäftsanweisung von der Reichsschulden-Kommission mit der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds fortgesetzt unter gemeinschaftlichem Verschlusse gehalten, so daß alle Veränderungen in dem Bestande des Tresors nur unter Mitwirkung eines Mitglieds der Reichsschulden-Kommission stattfinden.

Die vorgeschriebene Prüfung der Bestände des Reichs-Invalidenfonds und des Reichstagsgebäudefonds hat für die seit dem letzten Kommissionsberichte verflossene Zeit am 7. Mai d. J. stattgefunden. Die in den einzelnen Geldspinden vorgefundenen Werthpapiere, zu welchen die Zinsscheine getrennt in besonderen Fächern aufbewahrt werden, wurden von der Kommission einer probeweisen Durchsicht und Nachzählung unterworfen. Es wurde hierbei, wie bei den früheren Prüfungen, in der Art verfahren, daß an der Hand der für die Prüfung aufgestellten, mit den Büchern der Rendantur der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds verglichenen Uebersichten der Vermögensbestände der beiden Fonds bestimmte Gattungen von Werthpapieren ausgewählt und nachgezählt wurden, wobei der Inhalt der einzelnen Packete mit ihren Angaben übereinstimmend befunden wurde. Es hat sich bei dem Prüfungsgeschäfte nichts zu erinnern gefunden.

Die im §. 13 des Gesetzes vom 23. Mai 1873 bezeichneten Monats- und Jahresübersichten über den Eingang und Ausgang von Werthpapieren sowie über die Bestände an solchen sind der Kommission regelmäßig mitgetheilt worden. Die hier beigefügten beiden Uebersichten vom 9. April d. J. ergeben die Bestände der Fonds am Schlusse des Monats März 1900. Bei der von der Kommission vorgenommenen Prüfung der einzelnen Monatsübersichten hat sich nichts zu bemerken gefunden. Beilagen III u. IV.

Aus der ferner beigeschlossenen vergleichenden Nachweisung sind die Veränderungen der Bestände bei dem Reichs-Invalidenfonds und dem Reichstagsgebäudefonds seit dem ersten Jahresberichte der Kommission zu ersehen. Gegen die Anlage der Kapitalien hat sich nichts zu erinnern gefunden. Beilage V.

Das Ergebniß der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds für das Etatsjahr 1897/98 ist in dem letzten Kommissionsberichte vom 30. April 1899 angegeben. Für das Rechnungsjahr 1898 ist nach den Büchern und Rechnungen der Rendantur der genannten Verwaltung eine Zinseneinnahme an die Reichs-Hauptkasse abgeliefert worden

von	15 065 084,03 ℳ,
mithin gegen den Ansatz unter Kapitel 18 Titel 1 des Reichshaushalts-Etats für 1898 von	14 743 000,00 =
mehr . . .	322 084,03 ℳ

An Kapitalzuschuß zu den auf dem Fonds ruhenden Ausgaben sind nach den Erläuterungen in der Uebersicht der Reichs-Ausgaben und -Einnahmen für 1898 zu

Kapitel 18 Titel 2 erforderlich gewesen	13 239 411,85 ℳ,
mithin gegen den Etatsansatz unter Kapitel 18 Titel 2 des Reichshaushalts-Etats für 1898 von	13 903 554,00 =
weniger . . .	664 142,15 ℳ

Der Bestand des Reichs-Invalidenfonds betrug am Schlusse des Rechnungsjahrs 1898:

a) an Schuldverschreibungen des Reichs und deutscher Bundesstaaten, an Eisenbahn-Prioritätsobligationen und Rentenbriefen sowie an Schuldverschreibungen deutscher kommunaler Korporationen 393 336 000,00 M.,

b) ferner 2 917 225 Gulden süddeutscher Währung . . = 5 000 957,00 =

und

c) an Baarwerthen . . . . 664 294,49 =

zusammen . . . 399 001 251,49 M.

Zur Bestreitung der Ausgaben für den Bau des Reichstagsgebäudes sind der Reichs-Hauptkasse auf Grund des Reichshaushalts-Etats nach der auf Blatt 8 der beigeschlossenen Rechnung für das Rechnungsjahr 1898 befindlichen Zusammenstellung überwiesen worden:

a)	im Etatsjahr	1882/83	. .	6 413 644,16 M.
b)	= =	1883/84	. .	863 415,11 =
c)	= =	1884/85	. .	813 179,77 =
d)	= =	1885/86	. .	802 271,63 =
e)	= =	1886/87	. .	1 267 536,84 =
f)	= =	1887/88	. .	957 573,82 =
g)	= =	1888/89	. .	1 092 186,34 =
h)	= =	1889/90	. .	1 973 169,23 =
i)	= =	1890/91	. .	3 128 573,46 =
k)	= =	1891/92	. .	2 766 888,39 =
l)	= =	1892/93	. .	—
m)	= =	1893/94	. .	6 509 410,06 =
n)	= =	1894/95	. .	2 400 309,84 =
o)	= =	1895/96	. .	915 891,36 =
p)	= =	1896/97	. .	403 921,61 =
q)	= =	1897/98	. .	85 981,69 =
r)	= =	1898	. .	83 351,74 =
		zusammen	. . .	30 477 305,05 M.

Nach Blatt 4 der Rechnung ist die Zinseneinnahme des Reichstagsgebäudefonds im Rechnungsjahr 1898 gemäß §. 2 des Gesetzes vom 11. Mai 1877 (Reichs-Gesetzbl. S. 495) jenem Fonds zugewachsen, da über die Zinsen nicht durch den Reichshaushalts-Etat für 1898 zur Bestreitung anderer Ausgaben Bestimmung getroffen ist.

Der Bestand des Reichstagsgebäudefonds betrug am Schlusse des Rechnungsjahrs 1898 an preußischen Staatsschuldverschreibungen . . . . . 572 400,00 M.
und an Baarwerthen . . . . . 47 177,11 =

zusammen . . . 619 577,11 M.

Der Zinsenertrag der Bestände des Reichs-Invalidenfonds und des Reichstagsgebäudefonds, wie sie sich nach den oben erwähnten Uebersichten Ende März d. J. in den verschiedenen Werthpapieren und baaren Hinterlegungen bei den Bankhäusern gestellt haben, bezifferte sich zu diesem Zeitpunkte:

a) bei dem Reichs-Invalidenfonds auf 3,62 Prozent,
b) bei dem Reichstagsgebäudefonds auf 3,50 Prozent.

Die von dem Rechnungshofe des Deutschen Reichs geprüften und festgestellten Rechnungen beider Fonds auf das Rechnungsjahr 1898 haben zu Bedenken keine Veranlassung gegeben.

Die Kommission überreicht außer der bereits oben beigeschlossenen Rechnung des Reichstagsgebäudefonds auch die Rechnung des Reichs-Invalidenfonds für den genannten Zeitraum mit dem Anheimstellen, für diese Rechnungen Entlastung zu ertheilen.

III. Reichskriegsschatz.

In den Beständen des nach Vorschrift des §. 1 der Verordnung vom 22. Januar 1874 (Reichs-Gesetzbl. S. 9) im Juliusthurme der Citadelle von Spandau aufbewahrten Reichskriegsschatzes ist seit dem vorigen Berichte vom 30. April 1899 keine Veränderung eingetreten.

Für das Rechnungsjahr 1898 ist der Kommission die hier beigeschlossene Bestandsnachweisung mitgetheilt worden. Beilage VI.

Anordnungen des Reichskanzlers bezüglich des Reichskriegsschatzes sind seit dem letzten Berichte nicht zur Kenntniß der Kommission gelangt.

Gegen die Bestandsnachweisung ist nichts zu bemerken.

Die im §. 14 der bezeichneten Verordnung vorgeschriebene jährliche Prüfung und Inventur des Schatzes hat am 16. Oktober 1899 unter Betheiligung eines Mitglieds der Reichsschulden-Kommission stattgefunden, und es ist dadurch das Vorhandensein der Bestände des Reichskriegsschatzes von 120 000 000 M. in Reichsgoldmünzen nachgewiesen worden.

Die Aufbewahrung der Bestände in Bezug auf Sicherheit hat dabei zu Bedenken keinen Anlaß gegeben.

IV. Reichsbanknoten.

Die Kommission übt die ihr durch den §. 16 des Bankgesetzes vom 14. März 1875 (Reichs-Gesetzbl. S. 177) übertragene Kontrole über die An- und Ausfertigung, Einziehung und Vernichtung der von der Reichsbank auszugebenden Banknoten in der in dem Berichte vom 11. November 1876 näher dargelegten Weise aus. Seit dem Herbste des Jahres 1898 werden auch die Ausschußnoten seitens der Reichsdruckerei an die Reichsbank abgeliefert und im Beisein eines Mitglieds der Reichsschulden-Kommission vernichtet.

Bei der am 7. Mai d. J. stattgefundenen Prüfung wurde zunächst durch die Bücher der Reichsdruckerei festgestellt, daß die Reichsbank seit der vorhergegangenen Prüfung am 28. April 1899 in Uebereinstimmung mit den von ihr der Reichsschulden-Kommission gemachten Mittheilungen der Reichsdruckerei Auftrag zur Anfertigung von

354 000 000 M.
in Reichsbanknoten zu 1000 M. und von 300 000 000 =
in Reichsbanknoten zu 100 M. ertheilt hat, so daß sie unter Hinzurechnung der von ihr nach dem Berichte vom 30. April 1899 aus früheren Aufträgen noch zu liefernden . . . . . 244 300 000 =

in Noten zu 1 000 M. und 100 M. im Ganzen zu liefern hat . . . . . 898 300 000 M.,
worauf seit dem 28. April 1899
zu 1000 M. . . 189 000 000 M.
und zu 100 M. . . 288 100 000 =

477 100 000 =

geliefert und daher noch . . . . . 421 200 000 M.
in Noten zu 1000 M. und 100 M. rückständig sind. Die Beschreibung der neuen Noten zu 1000 M. und 100 M. ist seitens des Reichsbank-Direktoriums unter dem 10. November 1884, 9. Oktober 1895, 9. Januar und 11. April 1896 und 26. Juli 1898 veröffentlicht worden. Unter Hinzurechnung der in dem vorigen Bericht erwähnten Ablieferung von Noten von . . . . 5 504 860 000 M.
zu den vorerwähnten . . . . . 477 100 000 =

sind im Ganzen . . . . . 5 981 960 000 M.
an Banknoten an die Reichsbank abgeliefert worden.

Nach den früheren Berichten sind von der durch den Allerhöchsten Erlaß vom 16. Juli 1846 (Preußische Gesetz-Samml. S. 264) zur Kontrole der von der früheren Preußischen Bank ausgegebenen Banknoten niedergesetzten Immediatkommission mit ihrem Stempel bedruckt an die Hauptbank abgeliefert worden . . . . . 3 150 640 000 M.,
so daß unter Hinzurechnung der obigen, von der Reichsdruckerei an die Reichsbank abgelieferten Summe an Reichsbanknoten von . . . . . 5 981 960 000 =
eine Gesammteinnahme an Banknoten sich ergiebt von . . . . . 9 132 600 000 M.

Davon sind als nicht mehr umlaufsfähig vernichtet worden:

1. nach dem Berichte vom 11. November 1876 bis Ende 1875 unter Betheiligung eines Mitglieds der genannten Immediatkommission . 578 753 542,50 M.,
2. a) in den folgenden Jahren bis 28. April 1899 . . . . 5 582 567 327,50 =
   b) seit Erstattung des letzten Jahresberichts . . . . 373 692 875,00 =

zusammen also . . 6 535 013 745,00 M.
und mithin von der Reichsbank auf die vorgedachte Summe von . . . 9 132 600 000,00 =
noch nachzuweisen . . . 2 597 586 255,00 M.,

welche in den vorgelegten Büchern richtig vorgetragen gefunden wurden.

Davon werden in der letzten, vor der Prüfung am 7. Mai d. J. dem Reichskanzler eingereichten Wochenübersicht vom 30. April d. J. nachgewiesen an Banknotenbeständen in den Kassen der Hauptbank und ihrer Zweiganstalten und als im Umlaufe befindlich 2 597 553 000 M.

Nach dem vorgelegten Asservatenbuche befinden sich bei der Reichsbank-Hauptkasse unter Mitverschluß eines Mitglieds des Reichsbank-Direktoriums an aufbewahrten, als untauglich für den Umlauf einbehaltenen und zur Vernichtung bestimmten Noten . . . . 33 000 =

zusammen . . 2 597 586 000 M.

Gegen die von der Reichsbank nachzuweisende Summe von . . . . . 2 597 586 255 =

also weniger . . . 255 M.,

welcher Unterschied nach den ertheilten Erläuterungen darauf beruht, daß in den Wochenübersichten der Reichsbank die Banknotenbestände bei den einzelnen Bankkassen auf volle Tausend abgerundet werden.

Die Reichsschulden-Kommission.

Frhr. **von Thielmann.** Frhr. **von Cramm.** Dr. **Schroeder.** **Nieberding.** Dr. **Fischer.** Dr. **Hoffmann.** **Magdeburg.** **Gamp.** Dr. **Kropatscheck.** **Letocha.** Dr. **Paasche.** Dr. **Pachnicke.** **Schmidt.**

An
den Bundesrath und den Reichstag.

Beilage I.

Uebersicht

der

Reichsschulden-Verwaltung über die Verwaltung der Norddeutschen Bundes- und Deutschen Reichsschuld für das Rechnungsjahr 1898.

Berlin, den 6. Januar 1900.

I. Rückstände der Schuld des vormaligen Norddeutschen Bundes.

Der in der vorigen Uebersicht nachgewiesene Rückstand von 17 700 ℳ noch nicht eingelöster Schuldverschreibungen der zum 1. Januar 1873 gekündigten Anleihe von 1870 (Gesetz vom 21. Juli 1870 — Bundes-Gesetzbl. S. 491 —) ist bis zum Schlusse des Rechnungsjahrs 1898 unverändert geblieben.

II. Schuld des Deutschen Reichs.

A. Reichsanleihen.

Ueber das Ergebniß der Begebung der vor dem Rechnungsjahr 1898 abgeschlossenen Anleihen von 1877 bis 1893 sowie der Anleihen vom 8. Februar, 4. Mai und 3. Juli 1894 war der spezielle Nachweis in den früheren Uebersichten geführt.

Die im Rechnungsjahr 1898 fortgesetzte Begebung der Schuldverschreibungen vom 13. März 1895 und 28. Februar 1896 sowie die Ausgabe und Begebung weiterer Schuldverschreibungen von 1898 und 1899 ist unten näher dargelegt.

Die Schuldverschreibungen der Reichsanleihen von 1877 bis 1884 waren bis Ende September 1897 zu 4 Prozent verzinslich; sie sind durch Gesetz vom 8. März 1897 — Reichs-Gesetzbl. S. 21 — vom 1. Oktober 1897 ab auf $3^1/_2$ Prozent im Zinsfuße herabgesetzt worden. Die Schuldverschreibungen der Anleihen von 1885 bis 1889 sind zu $3^1/_2$ Prozent, die von 1890 bis 1892 zu 3 Prozent verzinslich. Bei dem Jahrgang 1893 ist die Anleihe vom 26. April 1893 zu 3 Prozent, die vom 30. Dezember 1893 zu $3^1/_2$ Prozent verzinslich und bei dem Jahrgang 1894 sind die Anleihen vom 8. Februar und 3. Juli 1894 zu $3^1/_2$ Prozent, diejenigen vom 4. Mai 1894, 13. März 1895 und 28. Februar 1896 zu 3 Prozent verzinslich ausgefertigt. Die Zinsscheine der Anleihen von 1877 bis 1886, 1891, 1892, der 3 prozentigen Anleihe von 1893 und der $3^1/_2$ prozentigen Anleihen von 1894 sind am 1. April und am 1. Oktober jedes Jahres, die Zinsscheine der Anleihen von 1887 bis 1890, der $3^1/_2$ prozentigen Anleihe von 1893 sowie der 3 prozentigen Anleihen des Jahrganges 1894 sind am 2. Januar und 1. Juli jedes Jahres fällig.

Auf Grund des §. 6 des Gesetzes vom 31. Mai 1891 (Reichs-Gesetzbl. S. 321) sind in Folge der Löschung von Buchforderungen Schuldverschreibungen folgender Reichsanleihen zur Ausgabe gelangt, und zwar:

der $3^1/_2$-, vormals 4prozentigen Anleihe von 1892, datirt vom 22. Februar 1892 und 12. April 1898 mit April/Oktober-Zinsen,

der $3^1/_2$ prozentigen Anleihe von 1892, datirt vom 23. Februar 1892 und 14. April 1898 mit April/Oktober-Zinsen,

der $3^1/_2$ prozentigen Anleihe von 1892, datirt vom 24. Februar 1892 und 13. April 1898 mit Januar/Juli-Zinsen,

der 3 prozentigen Anleihe von 1890, datirt vom 25. Februar 1892 und 27. Dezember 1897 mit Januar/Juli-Zinsen,

der 3 prozentigen Anleihe von 1892, datirt vom 26. Februar 1892 und 22. April 1895 mit April/Oktober-Zinsen.

1. Anleihen von 1877 bis 1893 und Anleihen vom 8. Februar, 4. Mai und 3. Juli 1894.

Nach Nr. 1 der vorjährigen Uebersicht stellte sich:

	der Nennbetrag der veräußerten Schuldverschreibungen auf Mark.	für welche ein Reinerlös erzielt worden ist von Mark.
bei den $3^1/_2$-, vormals 4prozentigen Anleihen von 1877 bis 1884	450 000 000	445 705 020,05
bei den $3^1/_2$ prozentigen Anleihen von 1885 bis 1889, 1893 und 1894	790 000 000	798 708 641,53
bei den 3prozentigen Anleihen von 1890 bis 1893 und vom 4. Mai 1894	850 000 000	726 781 011,07
zusammen . . .	2 090 000 000	1 971 194 672,65

2. Anleihe von 1894

mit den Daten des 13. März 1895 und 28. Februar 1896.

Von den in der vorigen Uebersicht unter II A 2 bezeichneten, auf Grund der Allerhöchsten Erlasse vom 1. April 1893 (Reichs-Gesetzbl. S. 141) und vom 15. April 1894 (Reichs-Gesetzbl. S. 341) ausgefertigten Schuldverschreibungen der 3 prozentigen Reichsanleihe von 1894 (mit den Daten des 13. März 1895 und 28. Februar 1896) über 20 000 000 M. und 80 000 000 M., zusammen über 100 000 000 M., waren bis Ende März 1898 = 92 246 800 M. mit einem Reinerlöse von 90 532 303 M. veräußert, während 7 753 200 M. bei der Reichs-Hauptkasse im Bestande verblieben.

Davon sind im Rechnungsjahr 1898 weiter veräußert worden:

	a) in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1898 an öffentliche Institute 2c. zum Kurse von 95,50 bis 96,70 Prozent	
1 618 500 M.	für baar	1 557 638,65 M.,
	b) in der Zeit vom 1. Juli bis Ende Dezember 1898 an öffentliche Institute und durch Vermittelung der Reichsbank freihändig zum Kurse von 92,60 bis 94,80 Prozent	
6 134 700 =	für baar	5 739 999,65 = ,
zusammen 7 753 200 M.	mit einem Reinerlöse von	7 297 638,80 M.
	Dazu laut voriger Uebersicht	
92 246 800 =	für baar	90 532 303,00 =
Summe 100 000 000 M.	mit einem Reinerlöse von	97 829 941,30 M.

3. Anleihe von 1898.

Von den in der vorigen Uebersicht unter II A 3 erwähnten, auf Grund des Allerhöchsten Erlasses vom 7. März 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 31) ausgefertigten Schuldverschreibungen der 3 prozentigen Reichsanleihe von 1898 über 54 000 000 M., verzinslich am 2. Januar und 1. Juli, sind im Rechnungsjahr 1898 veräußert worden:

	a) in der Zeit vom 1. Juli bis Ende Dezember 1898 an öffentliche Institute und durch Vermittelung der Reichsbank freihändig zum Kurse von 92,50 bis 94,40 Prozent	
31 800 000 M.	für baar	29 548 503,10 M.,
	b) in der Zeit vom 1. Januar bis Ende März 1899 an öffentliche Institute und durch Vermittelung der Reichsbank freihändig zum Kurse von 91,90 bis 94,30 Prozent	
1 150 700 =	für baar	1 068 921,55 =
	c) auf Grund des Vertrags vom 28. Januar 1899 an die Deutsche Bank hier zum Kurse von 91 3/8 Prozent	
21 000 000 =	für baar	19 185 777,74 =
zusammen 53 950 700 M.	mit einem Reinerlöse von	49 803 202,39 M.

Ueber die Veräußerung der bis zum Schlusse des Rechnungsjahrs 1898 nicht begebenen Schuldverschreibungen der 3 prozentigen Anleihe von 1898 über 49 300 M. ist in der nächstjährigen Uebersicht der Nachweis zu erbringen.

4. Anleihe von 1899.

Durch den Allerhöchsten Erlaß vom 18. Januar 1899 (Reichs-Gesetzbl. S. 1) ist genehmigt, daß auf Grund des Gesetzes vom 31. März 1898, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen (Reichs-Gesetzbl. S. 137) ein Betrag von 55 629 991 M. durch Anleihe beschafft und zu diesem Zwecke ein entsprechender Betrag von Schuldverschreibungen ausgegeben wird.

Auf Grund dieses Allerhöchsten Erlasses sowie auf Grund des Allerhöchsten Erlasses vom 7. März 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 31) sind unterm 8. Februar 1899 Schuldverschreibungen einer 3 prozentigen Anleihe von 1899 über 54 500 000 M. in Abschnitten zu 200 M., 500 M., 1 000 M., 5 000 M. und 10 000 M. nebst Zinsscheinen Reihe I Nr. 1 bis 20 über die Zinsen vom 1. April 1899 ab und Anweisungen zur Abhebung der folgenden Zinsscheinreihe ausgefertigt und an das Komtor der Reichs-Hauptbank für Werthpapiere hierselbst verabfolgt worden.

Davon sind veräußert auf Grund des Vertrags vom 28. Januar 1899 an die Deutsche Bank hier zum Kurse von 91 3/8 Prozent . . . . . 54 000 000 M. für baar . . . . . 49 334 857,06 M.

Der Nachweis über die Veräußerung der verbleibenden Schuldverschreibungen über 500 000 M. wird in der nächsten Uebersicht geführt werden.

Die fälligen Zinsscheine zu den an den betreffenden Zinsterminen noch im Bestande der Reichs-Hauptkasse befindlich gewesenen Schuldverschreibungen sind an die Kontrole der Staatspapiere abgeliefert und im Beisein eines Mitglieds unserer Verwaltung durch Feuer vernichtet worden.

Es sind verbrannt die Zinsscheine:

der 3 prozentigen Anleihe von 1894
Reihe I Nr. 8, fällig am 1. Juli 1898 über 92 020,50 M. zu 6 134 700 M.,
der 3 prozentigen Anleihe von 1898
Reihe I Nr. 1, fällig am 1. Juli 1898 über 810 000 M. zu 54 000 000 M.,
= I = 2, = = 2. Jan. 1899 = 333 000 = = 22 200 000 = .

In Folge der vorstehend gedachten Veräußerungen sind von den Abnehmern der Schuldverschreibungen an Stückzinsen vergütet und auf die betreffenden Zinstermine verrechnet, und zwar bei den Schuldverschreibungen

unter 2a:	19 715,00 M.	für den Zinstermin	1. Juli 1898,
= 2b:	43 546,18 =	= = =	2. Januar 1899,
= 3a:	326 388,50 =	= = =	2. = =
= 3b:	3 504,17 =	= = =	1. Juli 1899,
= 3c:	97 500,00 =	= = =	1. = =
= 4:	7 324,20 =	= = =	1. Oktober 1899.

Dagegen sind an die Abnehmer von Schuldverschreibungen der unter 4 bezeichneten Anleihe 105 380 M. Stückzinsen für den Zinstermin 1. April 1899 gezahlt worden. Die Verrechnung dieses Betrags erfolgt im Rechnungsjahr 1899.

Durch die Anmerkung zu Kapitel 22 der Einnahme des Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 129) ist bestimmt, daß die daselbst aufgeführten Einnahmen aus der Anleihe sich innerhalb der einzelnen Titel mit den noch offenen Krediten aus früheren Anleihebewilligungen übertragen, und daß die solchergestalt sich ergebenden Gesammtkredite um den Betrag der bei den entsprechenden Ausgabefonds etwa eintretenden Ersparnisse gekürzt werden.

Demzufolge schließt sich der, der vorliegenden Uebersicht beigefügte besondere Nachweis über die verabfolgten Schuldverschreibungen, über den Kapitalerlös der davon veräußerten Stücke und über die Vertheilung des Erlöses auf die verschiedenen Kredite dem gleichartigen Nachweise zur vorigen Uebersicht in der Weise an, daß der neu eröffnete Kredit über 55 629 991 M., welcher im Kapitel 22 Titel 1 der Einnahme des Reichshaushalts-Etats für 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 129) aufgeführt und nach Maßgabe des betreffenden Gesetzes auf Grund des Allerhöchsten Erlasses vom 18. Januar 1899 (Reichs-Gesetzbl. S. 1) durch Veräußerung von Schuldverschreibungen zu benutzen ist, in Zugang erscheint.

Die Kredite betragen nach der vorigen Uebersicht			2 251 639 616,47 M.
Hinzu treten die vorbezeichneten			55 629 991,00 =
sind zusammen . . .			2 307 269 607,47 M.
An den hieraus zu deckenden Ausgaben sind bis zum Jahresabschlusse für das Rechnungsjahr 1898 erspart und kommen in Abgang		38 062 894,90 M.	
Ferner sind abzusetzen Ueberschüsse aus dem Ertrage der Zölle 2c. auf Grund der Gesetze:			
vom 16. April 1896 (Reichs-Gesetzbl. S. 103)	13 000 000 M.		
vom 24. März 1897 (Reichs-Gesetzbl. S. 95)	50 000 000 =		
vom 31. März 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 138)	37 500 000 =		
— die auf Grund des Gesetzes vom 25. März 1899 (Reichs-Gesetzbl. S. 189) abzusetzenden 42 400 000 M. gelangen erst in der nächsten Uebersicht zum Nachweise, da die Abschreibung dieses Betrags von dem in das Rechnungsjahr 1899 gehörigen, durch Gesetz vom 25. März 1899 (Reichs-Gesetzbl. S. 188) bewilligten Kredit von 87 098 588 M. erfolgt ist —	100 500 000 =		
		38 062 894,90 =	
			= 138 562 894,90 =
Die Bedarfssumme ermäßigt sich mithin auf			2 168 706 712,57 M.
Beschafft sind durch Veräußerung von Schuldverschreibungen bis zum Schlusse des Rechnungsjahrs 1898, wie vorstehend angegeben:			
unter 1		1 971 194 672,65 M.	
= 2		97 829 941,30 =	
= 3		49 803 202,39 =	
= 4		49 334 857,06 =	
zusammen . .			2 168 162 673,40 =
Ende März 1899 war mithin noch ein Gesammtkredit offen im Betrage von			544 039,17 M.

Wie sich die hier summarisch angegebenen Kredite sowie die Ersparnisse an den aus denselben zu deckenden Ausgaben, ferner die Einnahmen aus der Anleihe und die Kreditrückstände auf die im Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1898 unter Kapitel 22 Titel 1 bis 3 der Einnahme aufgeführten Finanzgemeinschaften vertheilen, ist aus dem vorbezeichneten, als Anlage beigefügten besonderen Nachweise ersichtlich.

5. Verzinsung der Reichsanleihen.

(Rechnung der Staatsschulden-Tilgungskasse Blatt 11 bis 25.)

	Im Rechnungsjahr 1898.				Rückstand am Schlusse des Rechnungsjahrs 1898
	Soll-Ausgabe Mark.	Abgang durch Verjährung Mark.	Bleibende Soll-Ausgabe Mark.	Ist-Ausgabe Mark.	Mark.
Dreieinhalb-, vormals vierprozentige Anleihen:					
vierprozentige Zinsen für Vorjahre . .	100 978,00	4 620,00	96 358,00	66 576,00	29 782,00
Summe für sich.					
Dreieinhalbprozentige Anleihen:					
für Vorjahre	1 473 046,69	6 539,75	1 466 506,94	43 248 448,19	1618 058,75
für 1898 laut Etat — einschließlich der vormals vierprozentigen Anleihen —	43 400 000,00	—	43 400 000,00		
Summe	44 873 046,69	6 539,75	44 866 506,94	43 248 448,19	1618 058,75
Dreiprozentige Anleihen:					
für Vorjahre	1 031 675,70	5 086,50	1 026 589,20	28 422 785,58	1041 310,51
für 1898 laut Etat	29 325 000,00				
Abgang	887 493,11	—	28 437 506,89		
bleiben für 1898	28 437 506,89				
Summe	29 469 182,59	5 086,50	29 464 096,09	28 422 785,58	1041 310,51
Ueberhaupt	74 443 207,28	16 246,25	74 426 961,03	71 737 809,77	2689 151,26

Die Soll-Ausgabe der dreiprozentigen Anleihen für das Rechnungsjahr 1898 von 28 437 506,89 ℳ berechnet sich wie folgt:

Die Anleihen von 1890 bis 1893 und vom 4. Mai 1894 betragen zusammen 850 000 000 ℳ. Kapital, davon 3 Prozent . . . . . 25 500 000,00 ℳ,
ferner sind zu verzinsen nach II A 2 und 3 dieser Uebersicht

a) von den Anleihen vom 13. März 1895 und 28. Februar 1896:

am 1. Juli 1898: 93 865 300 ℳ. Kapital zu 1,50 Prozent . . . 1 407 979,50 ℳ
am 2. Januar 1899: 100 000 000 ℳ Kapital zu 1,50 Prozent . . 1 500 000,00 =
zusammen . . . 2 907 979,50 ℳ

Hiervon kommen in Abgang die in der vorigen Uebersicht unter II A 2c nachgewiesenen, beim Verkaufe von 30 344 000 ℳ der dreiprozentigen Anleihe vom 13. März 1895 und 28. Februar 1896 aufgekommenen und für den Zinstermin 1. Juli 1898 zu verrechnenden Stückzinsen über . . 57 822,93 ℳ
sowie die nach II A 2a und b der vorliegenden Uebersicht bei der Veräußerung von dreiprozentigen Schuldverschreibungen derselben Anleihe aufgekommenen Stückzinsen, und zwar:

nach 2a . . . . . 19 715,00 =
= 2b . . . . . 43 546,18 =
= 121 084,11 =
bleiben . . . 2 786 895,39 =

b) von der Anleihe von 1898:

am 2. Januar 1899: 31 800 000 ℳ. Kapital zu 1,50 Prozent . . 477 000,00 ℳ

Hiervon kommen in Abgang die nach II A 3a dieser Uebersicht bei der Veräußerung der Schuldverschreibungen aufgekommenen Stückzinsen im Betrage von . . . . . 326 388,50 =
bleiben . . . 150 611,50 =
ergiebt überhaupt wie oben . . . 28 437 506,89 ℳ

B. Schatz

Laufende Nr.	Zulässige Ausfertigung laut Gesetz vom	Zulässige Ausfertigung laut Gesetz zulässige Dauer des Umlaufs	Erfolgte Serie
1.	31. März 1897, §§. 3 bis 6 (Reichs-Gesetzbl. S. 49) — Reichshaushalts-Etat für 1897/98 — zur vorübergehenden Verstärkung des ordentlichen Betriebsfonds der Reichs-Hauptkasse nach Bedarf, jedoch nicht über den Betrag von 175 000 000 M. hinaus.	bis 30. September 1898. Innerhalb dieses Zeitraums kann nach Anordnung des Reichskanzlers der Betrag der Schatzanweisungen wiederholt, jedoch nur zur Deckung der in Verkehr gesetzten Schatzanweisungen ausgegeben werden.	von 1897 XXI von 1898 I II III IV V VI VII VIII IX X XI XII XIII XIV XV XVI XVII XVIII XIX XX XXI XXII XXIII XXIV
2.	31. März 1898, §§. 3 bis 6 (Reichs-Gesetzbl. S. 107) — Reichshaushalts-Etat für 1898 — zur vorübergehenden Verstärkung des ordentlichen Betriebsfonds der Reichs-Hauptkasse nach Bedarf, jedoch nicht über den Betrag von 175 000 000 M. hinaus.	bis 30. September 1899. Innerhalb dieses Zeitraums kann nach Anordnung des Reichskanzlers der Betrag der Schatzanweisungen wiederholt, jedoch nur zur Deckung der in Verkehr gesetzten Schatzanweisungen ausgegeben werden.	von 1899 I II III IV V VI

anweisungen.

Ausfertigung und Ablieferung an die Reichs-Hauptkasse:				Ende März 1899 waren davon		
Bestand Ende März 1898 laut voriger Uebersicht Mark.	im Rechnungsjahr 1898 Mark.	Umlauf vom	Umlauf bis	unverwendet zurückgeliefert laut Rechnung der Kontrole der Staatspapiere Mark.	eingelöst laut Rechnung der Staatsschulden-Tilgungskasse Mark.	noch nicht fällig Mark.
10 000 000	—	30. Dezbr. 1897	2. April 1898	—	10 000 000	—
10 000 000	—	7. März 1898	16. April 1898	—	10 000 000	—
10 000 000	—	=	23. April 1898	—	10 000 000	—
10 000 000	—	=	30. April 1898	5 000 000	5 000 000	—
10 000 000	—	24. März 1898	9. Mai 1898	10 000 000	—	—
10 000 000	—	=	16. Mai 1898	10 000 000	—	—
10 000 000	—	=	11. Juli 1898	10 000 000	—	—
—	10 000 000	18. April 1898	18. Juli 1898	10 000 000	—	—
—	10 000 000	=	25. Juli 1898	10 000 000	—	—
—	10 000 000	=	1. August 1898	10 000 000	—	—
—	10 000 000	18. Juli 1898	19. Septbr. 1898	—	10 000 000	—
—	10 000 000	=	26. Septbr. 1898	7 000 000	3 000 000	—
—	10 000 000	=	3. Oktober 1898	—	10 000 000	—
—	10 000 000	22. August 1898	21. Novbr. 1898	10 000 000	—	—
—	10 000 000	=	28. Novbr. 1898	10 000 000	—	—
—	10 000 000	=	5. Dezbr. 1898	10 000 000	—	—
—	10 000 000	12. Septbr. 1898	26. Oktober 1898	—	10 000 000	—
—	10 000 000	=	2. Novbr. 1898	4 000 000	6 000 000	—
—	10 000 000	=	9. Novbr. 1898	10 000 000	—	—
—	10 000 000	2. Novbr. 1898	6. Januar 1899	—	10 000 000	—
—	10 000 000	=	13. Januar 1899	—	10 000 000	—
—	10 000 000	=	20. Januar 1899	—	10 000 000	—
—	10 000 000	19. =	1. Februar 1899	4 000 000	6 000 000	—
—	10 000 000	=	8. Februar 1899	10 000 000	—	—
—	10 000 000	=	15. Februar 1899	10 000 000	—	—
—	10 000 000	7. Januar 1899	22. März 1899	10 000 000	—	—
—	10 000 000	=	29. März 1899	—	—	10 000 000*)
—	10 000 000	=	5. April 1899	—	—	10 000 000
—	10 000 000	15. Februar 1899	12. April 1899	—	—	10 000 000
—	10 000 000	=	19. April 1899	—	—	10 000 000
—	10 000 000	=	26. April 1899	—	—	10 000 000
70 000 000	240 000 000			150 000 000	110 000 000	50 000 000
310 000 000 ℳ				310 000 000 ℳ		

Die vorbezeichneten Schatzanweisungen sind unverzinslich ausgefertigt und erscheinen deshalb in der Rechnung der Staatsschulden-Tilgungskasse für die im Rechnungsjahr 1898 eingelösten Schatzanweisungen nur die zurückgezahlten Kapitalbeträge.

*) Die hier aufgeführten Schatzanweisungen sind erst im Rechnungsjahr 1899 als unverwendet zurückgeliefert worden; sie erscheinen daher erst in der nächsten Rechnung der Kontrole der Staatspapiere in Einnahme.

C. Reichskassenscheine.

(Gesetze vom 30. April 1874 — Reichs-Gesetzbl. S. 40 — und vom 21. Juli 1884 — Reichs-Gesetzbl. S. 172 —.)

1. Reichskassenscheine von 1874.

Am Schlusse des Etatsjahrs 1897/98 befanden sich nach der vorigen Uebersicht noch im Umlaufe . . . .

Davon sind im Rechnungsjahr 1898 durch die preußische Kontrole der Staatspapiere gegen Reichskassenscheine von 1882 umgetauscht — Rechnung Blatt 5 — . . . . . .

Am Schlusse des Rechnungsjahrs 1898 befanden sich mithin im Umlaufe noch . . . . . .

Zum Umtausche der letzteren Scheine waren Reichskassenscheine von 1882 in gleicher Stückzahl und zu gleichen Beträgen bei der preußischen Kontrole der Staatspapiere am Schlusse des Rechnungsjahrs 1898 im Bestande — Rechnung derselben Blatt 8 —.

2. Reichskassenscheine von 1882.

Am Schlusse des Etatsjahrs 1897/98 befanden sich nach der vorigen Uebersicht im Umlaufe . . . . .

Es sind ferner im Umlaufe die nach Nr. 1 im Rechnungsjahr 1898 zum Umtausche verwendeten . . . .

Summe 2 . . .

Hierzu = 1 . . .

In Reichskassenscheinen sind mithin im Umlaufe laut Rechnung der preußischen Kontrole der Staatspapiere für das Rechnungsjahr 1898 — Blatt 9 — . . . . . .

An abgenutzten Scheinen von 1882 sind im Rechnungsjahr 1898 laut Rechnung der preußischen Kontrole der Staatspapiere — Blatt 6 und 7 —

eingegangen und vernichtet . . .

dafür sind ausgefertigt . . .

Zu 50 Mark		Zu 20 Mark		Zu 5 Mark		Zusammen	
Stück.	Betrag. Mark.	Stück.	Betrag. Mark.	Stück.	Betrag. Mark.	Stück.	Betrag. Mark.
2 373	118 650	11 108	222 160	105 842	529 210	119 323	870 020
34	1 700	109	2 180	582	2 910	725	6 790
2 339	116 950	10 999	219 980	105 260	526 300	118 598	863 230
1 397 627	69 881 350	1 488 892	29 777 840	3 894 158	19 470 790	6 780 677	119 129 980
34	1 700	109	2 180	582	2 910	725	6 790
1 397 661	69 883 050	1 489 001	29 780 020	3 894 740	19 473 700	6 781 402	119 136 770
2 339	116 950	10 999	219 980	105 260	526 300	118 598	863 230
1 400 000	70 000 000	1 500 000	30 000 000	4 000 000	20 000 000	6 900 000	120 000 000
204 009	10 200 450	210 963	4 219 260	698 209	3 491 045	1 113 181	17 910 755
204 009	10 200 450	210 963	4 219 260	698 209	3 491 045	1 113 181	17 910 755

hebt sich.

Die im Rechnungsjahr 1898 entstandenen Ausgaben für Herstellung von Ersatzstücken an Stelle abgenutzter Reichskassenscheine sind im Abschnitte G bei den fortdauernden Ausgaben unter 3 nachgewiesen.

D. Nachweis des Verbleibs der nicht verwendeten und der eingelösten Schulddokumente und Reichskassenscheine.

	Betrag		Verbrannt			Niedergelegt		
			laut Verhandlung der Reichsschulden-Kommission und der Reichsschulden-Verwaltung am					
	Einzeln	Zusammen						
	Mark.	Mark.	Tag.	Monat.	Jahr.	Tag	Monat.	Jahr.
1. Reichsschatzanweisungen								
nach der vorliegenden Uebersicht — Abschnitt II B — nicht verwendete.	5 000 000		21.	Mai	1898			
	10 000 000		=	=	=			
	10 000 000		=	=	=			
	10 000 000		27.	Juli	=			
	10 000 000		=	=	=			
	10 000 000		=	=	=			
	10 000 000		=	=	=			
	10 000 000		=	=	=			
	7 000 000		14.	Oktober	=			
	10 000 000		23.	November	=			
	10 000 000		23.	Dezember	=			
	10 000 000		=	=	=			
	4 000 000		23.	November	=			
	10 000 000		=	=	=			
	4 000 000		25.	Februar	1899			
	10 000 000		=	=	=			
	10 000 000		=	=	=			
	10 000 000		27.	März	=			
	=	150 000 000						
eingelöste . . .	10 000 000							
	10 000 000							
	10 000 000							
	5 000 000							
	10 000 000							
	3 000 000							
	10 000 000					17.	Oktober	1899
	10 000 000							
	6 000 000							
	10 000 000							
	10 000 000							
	10 000 000							
	6 000 000							
	=	110 000 000						
2. Reichskassenscheine.								
a) **Ausfertigung von 1874**								
gegen neue von 1882 umgetauschte.	1 005		28.	April	1898			
	405		21.	Mai	=			
	530		23.	Juni	=			
	770		27.	Juli	=			
	1 290		14.	Oktober	=			
	865		23.	November	=			
	325		23.	Dezember	=			
	295		18.	Januar	1899			
	670		25.	Februar	=			
	580		27.	März	=			
	55		25.	April	=			
	=	6 790						
Seite . . .		260 006 790						

	Betrag		Verbrannt			Niedergelegt		
			laut Verhandlung der Reichsschulden-Kommission und der Reichsschulden-Verwaltung am					
	Einzeln	Zusammen						
	Mark.	Mark.	Tag.	Monat.	Jahr.	Tag.	Monat.	Jahr.
Uebertrag . . .		260 006 790						
b) **Ausfertigung von 1882**								
eingezogene, abgenutzte, durch anderweit ausgefertigte ersetzt.	1 274 250		28.	April	1898			
	1 647 675		21.	Mai	=			
	1 556 090		23.	Juni	=			
	1 334 825		27.	Juli	=			
	4 290 395		14.	Oktober	=			
	1 751 900		23.	November	=			
	1 536 570		23.	Dezember	=			
	1 179 755		18.	Januar	1899			
	1 678 030		25.	Februar	=			
	1 652 015		27.	März	=			
	9 250		25.	April	=			
	=	17 910 755						
Zusammen . . .		277 917 545						

Die im Etatsjahr 1896/97 eingelöste, in der Uebersicht für dasselbe Jahr nachgewiesene Schuldverschreibung der Anleihe des vormaligen Norddeutschen Bundes von 1870 über 100 Rthlr. = 300 ℳ, ist am 22. Juli 1899 in Gegenwart eines Mitglieds der Reichsschulden-Kommission und zweier Mitglieder unserer Verwaltung durch Feuer vernichtet worden.

Die Vernichtung der nach der vorigen Uebersicht im Etatsjahr 1897/98 eingelösten Reichsschatzanweisungen über 35 000 000 ℳ sowie der eingelösten, in der vorliegenden Uebersicht nachgewiesenen Reichsschatzanweisungen über 110 000 000 ℳ., welche Effekten kassirt und in den Büchern gelöscht sind, kann erst nach Dechargirung der betreffenden Rechnungen bewirkt werden.

E. Das Reichsschuldbuch.

(Gesetz vom 31. Mai 1891 — Reichs-Gesetzbl. S. 321 —.)

	Betrag der Buchschuld am 31. März 1898	Zugang	Abgang	Betrag der Buchschuld am 31. März 1899
	Mark.	Mark.	Mark.	Mark.
zu $3^1/_2$, vormals 4 Prozent	53 803 300	3 134 900	1 312 100	55 626 100
= $3^1/_2$ Prozent	85 874 400	3 314 200	5 586 900	83 601 700
= 3 = ...	141 771 900	6 501 300	6 469 500	141 803 700
zusammen . . .	281 449 600	12 950 400	13 368 500	281 031 500

Von der eingetragenen Buchschuld entfallen auf:

Abtheilung	3½-, vormals 4 prozentige Buchschuld		3½ prozentige Buchschuld		3 prozentige Buchschuld		Zusammen	
	Zahl der Konten.	Betrag Mark.	Zahl der Konten.	Betrag Mark.	Zahl der Konten.	Betrag Mark.	Zahl der Konten.	Betrag Mark.
I. Physische Personen	501	16 892 100	679	24 660 800	801	35 967 800	1 981	77 520 700
II. Handelsfirmen	8	1 576 000	12	5 370 700	14	12 672 200	34	19 618 900
III. Eingetragene Genossenschaften .	—	—	—	—	—	—	—	—
IV. Eingeschriebene Hülfskassen . .	—	—	—	—	—	—	—	—
V. Juristische Personen	540	19 226 000	282	40 654 600	333	76 929 400	1 155	136 810 000
VI. Vermögensmassen ohne juristische Persönlichkeit, deren Verwaltung von einer öffentlichen Behörde oder unter deren Aufsicht geführt wird	81	17 466 100	94	9 420 300	97	13 969 400	272	40 855 800
VII. Vermögensmassen, deren Verwalter ihre Verfügungsbefugniß über die Masse durch eine gerichtliche oder notarielle Urkunde nachweisen	4	465 900	9	3 495 300	4	2 264 900	17	6 226 100
Summe . . .	1 134	55 626 100	1 076	83 601 700	1 249	141 803 700	3 459	281 031 500

Die zur Umwandlung in eine Reichsbuchschuld eingelieferten Schuldverschreibungen über zusammen 12 950 400 ℳ sind auf Grund des §. 22 des Gesetzes vom 31. Mai 1891 (Reichs-Gesetzbl. S. 321) nach vorheriger Kassirung im Beisein von Mitgliedern der Reichsschulden-Kommission und der Reichsschulden-Verwaltung durch Feuer vernichtet worden, und zwar:

am 23. Juni	1898:	1 948 800	ℳ
= 14. Oktober	1898:	3 270 800	=
= 23. Dezember	1898:	3 253 600	=
= 27. März	1899:	2 712 900	=
= 25. April	1899:	1 764 300	=
sind wie oben . . .		12 950 400	ℳ

Gegen die vorgedachten gelöschten Forderungen von 1 312 100 ℳ bei der 3½-, vormals 4 prozentigen, von 5 586 900 ℳ bei der 3½ prozentigen und von 6 469 500 ℳ bei der 3 prozentigen Buchschuld sind auf Grund des §. 6 des Gesetzes vom 31. Mai 1891 Schuldverschreibungen der entsprechenden Anleihen über dieselben Beträge ausgefertigt und ausgereicht worden.

F. Einnahmen.

An eigenen Einnahmen, Kapitel 14 des Etats, sind im Rechnungsjahr 1898 eingegangen:

14 513,00 ℳ an Gebühren für Eintragungen in das Reichsschuldbuch und
2,80 = an Ausfertigungskosten für umgeschriebene beschädigte Schuldverschreibungen und Zinsscheinbogen 2c.

zusammen 14 515,80 ℳ gegen das Etatssoll von
13 900,00 =

mehr 615,80 ℳ

Der gesammte Einnahmebetrag ist an die Reichs-Hauptkasse laut deren Quittungen vom 20. Mai 1899 abgeführt.

G. Verwaltungskosten.

(Rechnung der Preußischen Staatsschulden-Tilgungskasse Blatt 6 bis 10 und 26.)

Fortdauernde Ausgaben.

Im Etat über die Ausgaben der Reichsschulden-Verwaltung für das Rechnungsjahr 1898 sind unter Kapitel 71 Titel 1 bis 3 ausgeworfen:

1. 126 800 M. Vergütung an Preußen für Wahrnehmung der Geschäfte der Verwaltung der Reichsschuld.

Dieser Betrag ist dem Verwaltungskostenfonds der Preußischen Staatsschuld überwiesen . . . . . 126 800,00 M.

2. 30 500 = zu den Kosten der Herstellung der Schuldpapiere, der außerordentlichen Drucksachen der Büreaus, Buchbinderarbeiten, Insertionen und zu sonstigen Ausgaben.

Gezahlt sind:

für Herstellung der Schuldpapiere	52 389,90 M.	
= Drucksachen	2 432,41 =	
= Buchbinderarbeit	315,30 =	
= sonstige Ausgaben	623,40 =	
		= 55 761,01 =

3. 84 000 = zur Verfolgung der Verfertiger und Verbreiter falscher Reichskassenscheine, zur Ersatzleistung für letztere in dazu geeigneten Fällen und zu den Kosten der An- und Ausfertigung der für beschädigte Reichskassenscheine zu gewährenden Ersatzstücke.

Gezahlt sind:

Ersatz für 1 falschen Reichskassenschein	50,00 M.	
für Herstellung von Ersatzstücken	117 469,82 =	
		= 117 519,82 =

241 300 M.	Summe der fortdauernden Ausgaben . . .	300 080,83 M.
	gegen das Etatssoll von	241 300,00 =
	mehr . . .	58 780,83 M.
	und zwar	
	zu 2 . . . . . 25 261,01 M.	
	zu 3 . . . . . 33 519,82 =	
	zusammen mehr wie vor . . .	58 780,83 M.

Einmalige Ausgaben.

Von den durch den Etat von 1895/96 — Ordentlicher Etat — unter Kapitel 8a zur Herstellung neuer Reichskassenscheine über 50 M. ausgeworfenen . . . . . 170 000,00 M.
sind verausgabt worden:

a) nach der vorigen Uebersicht bis Ende 1896/97	3 450,00 M.	
b) im Rechnungsjahr 1898	12 597,60 =	
zusammen . . .		16 047,60 =

so daß ein Rest verbleibt von . . . . . 153 952,40 M.

H. Rechnungen.

Die Rechnungen der preußischen Kontrole der Staatspapiere sowie der Preußischen Staatsschulden-Tilgungskasse über die Verwaltung des Schuldenwesens des vormaligen Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs für das Etatsjahr 1896/97 und frühere Jahre sind sämmtlich vom Reichstag und Bundesrathe dechargirt.

Dagegen ist die Decharge über die Rechnungen für das Etatsjahr 1897/98 noch nicht ertheilt worden.

Die für das Rechnungsjahr 1898 gelegten Rechnungen sind sämmtlich dem Rechnungshofe des Deutschen Reichs übersandt, von demselben bereits revidirt und bis auf eine für richtig angenommen.

J. Zusammenstellung des beim Schlusse des Rechnungsjahrs 1898 vorhanden gewesenen Schuldbestandes und Vergleichung desselben gegen das Vorjahr.

	Schuldbetrag am Schlusse des Rechnungsjahrs		Mithin 1898 gegen das Vorjahr	
	1898 Mark.	1897/98 Mark.	mehr Mark.	weniger Mark.
I. Rückstände der Schuld des vormaligen Norddeutschen Bundes.				
Gekündigte Schuldverschreibungen der Bundesanleihe von 1870	17 700	17 700	—	—
Summe I für sich.				
II. Schuld des Deutschen Reichs.				
1. Anleihen:				
$3^1/_2$-, vormals 4 prozentige von 1877 bis 1884	450 000 000	450 000 000	—	—
$3^1/_2$ prozentige von 1885 bis 1889, 1893 und 1894	790 000 000	790 000 000	—	—
3 = von 1890 bis 1893 und vom 4. Mai 1894	850 000 000	850 000 000	—	—
3 = vom 13. März 1895 und 28. Februar 1896	100 000 000	92 246 800	7 753 200	—
3 = von 1898	53 950 700	—	53 950 700	—
3 = = 1899	54 000 000	—	54 000 000	—
=	2 297 950 700	2 182 246 800	115 703 900	—
2. Schatzanweisungen	50 000 000	70 000 000	—	20 000 000
3. Reichskassenscheine	120 000 000	120 000 000	—	—
Summe II . . .	2 467 950 700	2 372 246 800	95 703 900	—
Dazu = I . . .	17 700	17 700	—	—
Ueberhaupt . . .	2 467 968 400	2 372 264 500	95 703 900	—

Reichsschulden-Verwaltung.

v. Hoffmann. Mücke. Tielsch. Zwicker. Heller. Warnecke.

Beilage II.

Besonderer Nachweis

über

die von der Reichsschulden-Verwaltung verabfolgten Schuldverschreibungen von Reichsanleihen, über den Kapitalerlös der davon veräußerten Stücke und über die Vertheilung des Erlöses auf die im Kapitel 22 Titel 1 bis 3 der Einnahme des Reichshaushalts-Etats für 1898 aufgeführten verschiedenen Finanzgemeinschaften bis zum Schlusse des Rechnungsjahrs 1898.

	Schuldverschreibungen sind verabfolgt	Davon sind		Ende März 1899 unveräußert bei der Reichs-Hauptkasse im Bestande
		veräußert	mit einem Erlöse von	
	Mark.	Mark.	Mark.	Mark.
$3^1/_2$-, vormals 4prozentige Anleihen von 1877 bis 1884 nach dem vorigen Nachweise	450 000 000	450 000 000	445 705 020,05	
$3^1/_2$prozentige Anleihen von 1885 bis 1889, 1893 und 1894 nach dem vorigen Nachweise	790 000 000	790 000 000	798 708 641,53	
3prozentige Anleihen von 1890 bis 1893 und vom 4. Mai 1894 nach dem vorigen Nachweise	850 000 000	850 000 000	726 781 011,07	
3prozentige Anleihen vom 13. März 1895 und 28. Februar 1896 nach dem vorigen Nachweise	100 000 000	92 246 800	90 532 303,00	
im Rechnungsjahr 1898 . .	—	7 753 200	7 297 638,30	
		100 000 000	97 829 941,30	
3prozentige Anleihe von 1898 im Rechnungsjahr 1898	54 000 000	53 950 700	49 803 202,39	49 300
3prozentige Anleihe von 1899 im Rechnungsjahr 1898	54 500 000	54 000 000	49 334 857,06	500 000
Zusammen laut vorigen Nachweises . . .	2 190 000 000	2 182 246 800	2 061 726 975,65	—
im Rechnungsjahr 1898 . . .	108 500 000	115 703 900	106 435 697,75	549 300
Ueberhaupt . . .	2 298 500 000	2 297 950 700	2 168 162 673,40	549 300

Der Erlös von den veräußerten Schuldverschreibungen vertheilt sich wie folgt:

1. Laufende Nr.	2. Bezeichnung des Kredits.	3. Betrag des Kredits Mark.	4. Ersparnisse an den aus dem Kredite zu deckenden Ausgaben bis zu dem Jahresabschlusse des Rechnungsjahrs 1898 Mark.
	I. Laufende Kredite.		
1.	Zu einmaligen Ausgaben für Rechnung der Gesammtheit aller Bundesstaaten (Kapitel 22 Titel 1 der Einnahme des Reichshaushalts-Etats für 1898 — Reichs-Gesetzbl. S. 129 —)	2 029 076 142,47	30 852 345,08
	Nach dem besonderen Nachweise zur vorigen Uebersicht 1 973 446 151,47 ℳ.		
	Es treten hinzu auf Grund des Gesetzes vom 31. März 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 137) . . . . . 55 629 991,00 =		
	Summe 1 . . . 2 029 076 142,47 ℳ.		
2.	Zu einmaligen Ausgaben für Rechnung der Bundesstaaten mit Ausschluß von Bayern (Kapitel 22 Titel 2 der Einnahme des Reichshaushalts-Etats für 1898 — Reichs-Gesetzbl. S. 129 —) . . .	127 081 208,00	6 561 360,57
	Nach dem besonderen Nachweise zur vorigen Uebersicht 127 081 208,00 ℳ.		
	Es tritt hinzu: Nichts.		
	Summe 2 für sich.		
3.	Zu einmaligen Ausgaben für Rechnung der Bundesstaaten mit Ausschluß von Bayern und Württemberg (Kapitel 22 Titel 3 der Einnahme des Reichshaushalts-Etats für 1898 — Reichs-Gesetzbl. S. 129 —)	17 788 000,00	141 904,47
	Nach dem besonderen Nachweise zur vorigen Uebersicht 17 788 000,00 ℳ.		
	Es tritt hinzu: Nichts.		
	Summe 3 für sich.		
	Summe I. Laufende Kredite . . .	2 173 945 350,47	37 555 610,12
	II. Erledigte Kredite.		
	Bis zum Schlusse des Etatsjahrs 1888/89 nach II des vorigen Nachweises	133 324 257,00	507 284,78
	Ueberhaupt . . .	2 307 269 607,47	38 062 894,90

5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.
Ueberschüsse aus dem Ertrage der Zölle ꝛc. auf Grund der Gesetze vom 16. April 1896, 24. März 1897 und 31. März 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 103, 95 und 138)	Der Kredit ermäßigt sich mithin auf	Davon sind beschafft durch Veräußerung der vorstehend verzeichneten Schuldverschreibungen			Der Kredit war am 1. April 1899 noch offen im Betrage von (Spalte 9 gegen 6)	Bemerkungen.
		bis zum Schlusse des Etatsjahrs 1897/98 laut vorigem Nachweise	im Rechnungsjahr 1898	zusammen		
Mark.	Mark.	Mark.	Mark.	Mark.	Mark.	
100 500 000	1 897 723 797,39	1 790 914 647,61	106 435 603,08	1 897 350 250,69	373 546,70	
—	120 519 847,43	120 349 260,29	94,67	120 349 354,96	170 492,47	
—	17 646 095,53	17 646 095,53	—	17 646 095,53	—	
100 500 000	2 035 889 740,35	1 928 910 003,43	106 435 697,75	2 035 345 701,18	544 039,17	
—	132 816 972,22	132 816 972,22	—	132 816 972,22	—	
100 500 000	2 168 706 712,57	2 061 726 975,65	106 435 697,75	2 168 162 673,40	544 039,17	

Beilage III.

Uebersicht

über

den Zu- und Abgang bei dem Reichs-Invalidenfonds im Monate März 1900 sowie über den Bestand dieses Fonds am Schlusse desselben Monats.

	Nennwerth der Schuldverschreibungen		Baarwerthe
	Mark.	Gulden süddeutscher Währung.	Mark.
I. Bestand Ende Februar 1900	385 188 900	2 845 475	941 678,75
II. Zugang im März d. J.			
a) Schuldverschreibungen:			
Keine.			
b) Baar:			
1. Für zur Rückzahlung am 1. April d. J. ausgelooste			
11 400 M. 4 proz. Brandenburgische Rentenbriefe			
3 000 = 4 = Hannoversche dergl.			
10 500 = 4 = Pommersche dergl.			
12 900 = 4 = Posensche dergl.			
13 875 = 4 = Preußische dergl.			
12 600 = 4 = Sächsische dergl.			
6 000 = 4 = Schlesische dergl.			
63 150 = 4 = Schleswig-Holsteinsche dergl.			
133 425 M.	—	—	133 425,00
4 500 M. 3½ proz. Königsberger Stadtanleihe von 1895	—	—	4 500,00
2. Am 1. April d. J. fällige, vertragsmäßig 14 Tage vorher zu zahlende Tilgungsquoten kommunaler Anleihen laut Nachweisung . . . . . 1 591 300 M.	—	—	1 591 300,00
Summe des Zuganges . . .	—	—	1 729 225,00
zusammen . . .	385 188 900	2 845 475	2 670 903,75
III. Abgang im März d. J.			
a) Schuldverschreibungen:			
1. Zur Rückzahlung am 1. April d. J. ausgelooste 4 proz. Rentenbriefe	133 425	—	—
3½ proz. Königsberger Stadtanleihe von 1895	4 500	—	—
2. In Folge Tilgung	1 591 300	—	—
b) Baar:			
Nichts.			
Summe des Abganges . . .	1 729 225	—	—
IV. Bleibt Bestand Ende März 1900	383 459 675	2 845 475	2 670 903,75

Vorseitiger Bestand wird nachgewiesen:

a) In Schuldverschreibungen.

Laufende Nr.		Nennwerth Mark.	Nennwerth Gulden süddeutscher Währung.	Bemerkungen.
	I. Vom Reiche oder von deutschen Bundesstaaten.			
1.	3½proz. deutsche Reichsanleihe von 1877	3 676 000	—	
2.	3½ = = = = 1878	2 300 000	—	
3.	3½ = = = = 1884	111 200	—	
4.	3½ = = = = 1885	560 700	—	
5.	3½ = = = = 1886	1 006 800	—	
6.	3½ = = = = 1887	1 713 200	—	
7.	3½ = = = = 1888	9 367 900	—	
8.	3½ = = = = 1889	8 555 000	—	
9.	3½ = = = = 1893	1 142 000	—	
10.	3½ = = = = 1894	18 470 000	—	
11.	3 = = = = 1890	356 800	—	
12.	3 = = = = 1892	2 847 600	—	
13.	3 = = = = 1894	79 700	—	
14.	3 = = = = 1898	2 058 500	—	
15.	3½ = preußische konsolidirte Staatsanleihe von 1876/79 . .	9 895 900	—	
16.	3½ = = = = = 1880 . . .	272 600	—	
17.	3½ = = = = = 1881 . . .	50 300	—	
18.	3½ = = = = = 1882 . . .	5 699 100	—	
19.	3½ = = = = = 1883 . . .	24 547 950	—	
20.	3½ = = = = = 1884 . . .	8 642 900	—	
21.	3½ = = = = = 1885 . . .	14 153 400	—	
22.	3½ = = = = = 1887 . . .	747 000	—	
23.	3½ = = = = = 1889 . . .	4 987 900	—	
24.	3½ = = = = = 1890 . . .	28 142 500	—	
25.	3½ = = = = = 1894 . . .	3 400	—	
26.	3½ = bayerisches Staats-Eisenbahnanlehen (Zinsen 1./4., 1./10.)	111 146 800	—	Davon lauten 111 000 000 ℳ auf den Reichs-Invalidenfonds.
27.	3½ = = = (= 1./3., 1./9.)	3 632 000	—	
28.	3½ = = = (= 1./2., 1./8.)	470 000	—	
29.	3½ = badische Staats-Eisenbahnanleihe von 1878	199 000	—	
30.	3½ = = = = 1879	3 781 200	—	
31.	3½ = = = = 1880	19 475 700	—	
32.	3½ = = = = 1892	2 000 000	—	auf den Namen lautend.
33.	3½ = = = = 1892	1 170 000	—	auf den Inhaber lautend.
34.	3½ = Bremer Staatsanleihe von 1893	6 000	—	
35.	3 = = = = 1896	3 470 000	—	
36.	3½ = Hamburger Staatsanleihe von 1893	291 000	—	
37.	3 = = = = 1897	664 500	—	
38.	3 = Lübecker Staatsanleihe von 1895	2 000 000	—	
39.	3½ = Oldenburger konsolidirte Staatsanleihe von 1894 . .	1 700 000	—	
40.	3 = Königlich sächsische Rente von 1878	3 000 000	—	
41.	3½ = waldeck-pyrmonter Staatsanleihe	331 800	—	
42.	3½ = württembergische Staatsanleihe von 1881 (Zinsen 1./1., 1./7.)	1 790 200	—	
43.	3½ = = = = 1881 (= 1./4., 1/10.)	1 143 000	—	
44.	3½ = = = = 1895	1 946 400	—	
45.	3½ = badische Staats-Eisenbahnanleihe von 1859/61 . . .	—	508 600	
46.	3½ = = = = 1862/64 . . .	—	712 800	
	Seite . . .	307 605 950	1 221 400	

Laufende Nr.		Nennwerth Mark.	Nennwerth Gulden süddeutscher Währung.	Bemerkungen.
	Uebertrag . . .	307 605 950	1 221 400	
47.	4 proz. bayerische Grundrenten-Ablösungs-Oblig. (Zinsen 1./1.) . .	—	58 600	
48.	4 = = = (= 1./2.) . .	—	575 000	
49.	4 = = = (= 1./4.) . .	—	555 325	
50.	4 = = = (= 1./6.) . .	—	279 000	
51.	4 = = = (= 1./9.) . .	—	156 150	
	Summe I . . .	307 605 950	2 845 475	
	II. Schuldverschreibungen mit Staatsgarantie.			
1.	3 1/2 proz. Bayerisch-Pfälzische Ludwigsbahn-Prior.-Oblig. von 1879 .	1 556 000	—	
2.	3 1/2 = = = = = = 1880 .	242 500	—	
3.	3 1/2 = = = = = = 1881 .	11 229 300	—	
4.	3 1/2 = = = Maximilianbahn = = 1881 .	577 400	—	
5.	3 1/2 = = = Nordbahn = = 1880 .	128 500	—	
6.	3 1/2 = = = = = = 1881 .	985 300	—	
	Summe II . . .	14 719 000	—	
	III. Rentenbriefe von zur Vermittelung der Ablösung von Renten in Deutschland bestehenden Rentenbanken.			Abgang:
1.	4 proz. Brandenburger Rentenbriefe	543 675	—	11 400 M.
2.	4 = Hannoversche = ...	69 075	—	3 000 =
3.	4 = Hessen-Nassauer = ...	48 525	—	
4.	4 = Lauenburger = ...	123 000	—	
5.	4 = Pommersche = ...	351 675	—	10 500 =
6.	3 1/2 = = = (Zinsen 1./1., 1./7.) . . .	300	—	
7.	3 1/2 = = = (= 1./4., 1./10.) . . .	900	—	
8.	4 = Posener = ...	491 325	—	12 900 =
9.	3 1/2 = = = (Zinsen 1./1., 1./7.) . . .	9 300	—	
10.	3 1/2 = = = (= 1./4., 1./10.) . . .	8 700	—	
11.	4 = Preußische = ...	1 099 950	—	13 875 =
12.	3 1/2 = = = (Zinsen 1./1., 1./7.) . . .	16 350	—	
13.	3 1/2 = = = (= 1./4., 1./10.) . . .	55 650	—	
14.	4 = Rheinisch-Westfälische = ...	24 600	—	
15.	4 = Sächsische = ...	226 950	—	12 600 =
16.	4 = Schlesische = ...	210 900	—	6 000 =
17.	3 1/2 = = = (Zinsen 1./4., 1./10.) . . .	6 000	—	
18.	4 = Schleswig-Holsteiner = ...	3 962 850	—	63 150 =
19.	3 1/2 = = = (Zinsen 1./1., 1./7.) . . .	—	—	
	Summe III . . .	7 249 725	—	133 425 M.
	IV. Schuldverschreibungen deutscher kommunaler Korporationen.			
	a) Auf Inhaber lautende:			
1.	3 1/2 proz. Schuldverschreibungen der Stadt Königsberg i. Pr. von 1895	586 500	—	4 500 M.
2.	3 1/2 = = = = Mannheim von 1895 . .	2 200 000	—	
3.	4 1/2 = = = = Nürnberg von 1871 . .	—	—	
	Summe IVa . . .	2 786 500	–	

Laufende Nr.		Gegenwärtiger Schuldbetrag Mark.	Bemerkungen.
	b) Auf Namen lautende:		Abgang: Mark.
1.	4 proz. Schuldverschreibung des Kreises Adelnau	240 800	
2.	4 = = der Stadt Aken a. E.	77 000	
3.	4 = = = = Allenstein von 1885	311 400	
4.	4½ = = des Kreises Allenstein	—	4 400
5.	4 = = der Stadt Augsburg	468 100	
6.	4½ = = = = Backnang	33 200	
7.	4 = = = = Barmen	1 838 000	85 000
8.	4½ = = des Kreises Berent von 1874	215 600	
9.	4 = = = = Berent = 1883	61 300	
10.	4 = = der Stadt Bernburg von 1880	55 400	2 600
11.	4 = = = = Bernburg = 1885	342 200	
12.	4 = = = = Beuthen O.S. von 1886	108 600	43 800
13.	4 = = des Kreises Beuthen O.S.	78 300	
14.	4 = = der Stadt Boppard	155 300	
15.	4½ = = des Kreises Braunsberg von 1874	79 600	
16.	4 = = = = Braunsberg = 1883	172 700	
17.	4 = = = = Braunsberg = 1886	71 400	
18.	4 = = = = Brieg von 1882	111 800	3 000
19.	4 = = = = Brieg = 1883	86 200	
20.	4 = = = = Buk von 1884	235 600	
21.	4 = = = = Buk = 1885	204 400	
22.	4 = = der Stadt Burg (Anleihe I)	206 200	
23.	4 = = = = Burg (= II)	121 200	
24.	4 = = = = Caub	138 200	
25.	4½ = = = = Cham	189 000	
26.	4 = = des Kreises Colberg-Cörlin	125 600	14 400
27.	4½ = = der Stadt Cosel	101 500	
28.	4½ = = = = Creuznach	59 400	
29.	4½ = = = = Danzig	304 400	
30.	4½ = = des Kreises Danzig	145 800	
31.	4½ = = = = Darkehmen	62 400	
32.	4½ = = der Stadt Döbeln	184 100	
33.	4 = = = = Dortmund	2 401 800	507 600
—	4½ = = = = Eberswalde	—	
34.	4½ = = = Bürgermeisterei Eitorf	144 400	4 800
35.	4 = = des Kreises Elbing	360 200	
36.	4 = = = = Fischhausen von 1884	24 800	
37.	4 = = = = Flatow = 1881	499 400	
38.	4 = = = = Flatow = 1885	79 400	
39.	4 = = der Stadt Forst i. L. = 1882	305 400	
40.	4 = = = = Forst i. L. = 1885	95 200	
41.	4 = = = = Frankfurt a. M.	3 131 600	
42.	4½ = = = = Freiburg i. Schl.	39 800	
43.	4 = = = = Geisenheim	119 200	
44.	4 = = des Kreises Gerdauen	459 900	
45.	4½ = = der Stadt Gnesen	125 400	
46.	4½ = = des Kreises Gnesen von 1874	157 500	
47.	4 = = = = Gnesen = 1880	76 200	
48.	4 = = der Stadt Graudenz = 1881	85 400	
49.	4 = = = = Graudenz = 1885	84 800	8 800
50.	4 = = = = Graudenz = 1892	217 800	21 800
51.	4 = = des Kreises Graudenz = 1884	118 800	
52.	4 = = der Stadt Greiz = 1881	45 500	
53.	4½ = = = = Großenhain	272 000	
54.	4 = = des Kreises Grottkau	14 800	
	Seite	15 444 000	696 200

Laufende Nr.		Gegenwärtiger Schuldbetrag Mark.	Bemerkungen.
			Abgang: Mark.
	Uebertrag . . .	15 444 000	696 200
55.	4½ proz. Schuldverschreibung der Stadt Halle a. S.	1 266 400	
56.	4½ = = des Kreises Heydekrug	44 400	
57.	4 = = der Gemeinde Hockenheim	125 400	
58.	4 = = des Kreises Pr. Holland (Anl. I) . .	60 000	
59.	4 = = = = Pr. Holland (Anl. II) . .	120 200	
60.	4 = = der Stadt Jauer	64 600	
61.	4 = = = = Insterburg	367 800	7 600
62.	4½ = = des Kreises Insterburg	17 200	
63.	4 = = der Stadt Iserlohn	709 600	22 700
64.	4½ = = = = Kalk (Regierungsbez. Cöln)	199 000	
65.	4½ = = des Kreises Kattowitz	147 200	
—	4½ = = der Stadt Kempen	—	
66.	4½ = = = = Kirn	34 800	
—	4½ = = des Kreises Königsberg i. Pr. . . .	—	
67.	4 = = der Stadt Königshütte	356 600	20 200
68.	4 = = = = Konitz	154 400	
69.	4½ = = = = Konstanz	50 700	
70.	4½ = = des Kreises Kosten	165 200	
71.	4 = = der Stadt Kreuzburg O.Schl. . . .	90 500	
72.	4 = = des Kreises Deutsch-Krone von 1881 .	201 200	
73.	4 = = = = Deutsch-Krone = 1882 .	137 600	
74.	4 = = der Stadt Krotoschin	79 000	5 600
75.	4 = = des Kreises Krotoschin	234 000	
76.	4½ = = = = Labiau	115 000	
77.	4 = = der Stadt Labischin	52 200	
—	4½ = = = = Landeck	—	
—	4 = = des Kreises Lebus	—	
78.	4 = = der Stadt Lennep	456 600	
79.	4 = = des Kreises Leobschütz	817 200	
80.	4 = = der Stadt Limbach i. S.	166 800	
81.	4½ = = = Gemeinde Lindenau b. Leipzig .	11 400	
82.	4½ = = = Stadt Lissa (Prov. Posen) . .	78 300	
83.	4 = = = = Lörrach	117 200	
84.	4 = = = = Lötzen von 1886 . . .	59 000	
85.	4 = = = = Lötzen = 1888 . . .	121 200	
86.	4½ = = = = Löwen i. Schl.	53 200	
87.	4½ = = = = Lüben	79 000	
88.	4 = = = = Lyck	90 400	5 600
89.	4 = = des Kreises Marienburg von 1882 .	315 800	
90.	4 = = = = Marienburg = 1883 .	938 200	
91.	4 = = der Stadt Marienburg = 1885 .	84 200	1 800
92.	4 = = = = Marienburg = 1886 .	106 500	5 200
93.	4 = = = = Marienwerder	164 700	
94.	4 = = des Kreises Marienwerder	1 038 200	
95.	4½ = = der Stadt Merzig	63 300	
96.	4 = = des Kreises Meseritz von 1882 . . .	127 400	10 800
97.	4 = = = = Meseritz = 1884 . . .	149 000	3 200
98.	4 = = = = Mogilno = 1887 . . .	49 800	14 000
99.	4 = = = = Mohrungen	61 200	
100.	4 = = der Stadt Mülheim a. d. Ruhr . .	101 000	
101.	4 = = = = München von 1865 . .	263 600	
102.	4 = = = = München = 1879 . .	904 200	
103.	4 = = = = München = 1892 . .	7 420 800	99 200
—	4½ = = = = Nakel	—	
	Seite . . .	34 075 200	892 100

Laufende Nr.		Gegenwärtiger Schuldbetrag Mark.	Bemerkungen.
			Abgang: Mark.
	Uebertrag . . .	34 075 200	892 100
104.	4 proz. Schuldverschreibung des Kreises Neisse von 1884	240 000	
105.	4 = = = = Neisse = 1885	240 000	
106.	4 = = = = Neisse = 1887	160 200	
107.	4 = = = = Neisse = 1888 . . .	224 200	
108.	4 = = der Stadt Neumark i. Westpr. . . .	54 400	
109.	4½ = = des Kreises Neumarkt i. Schl. . . .	118 400	
110.	4 = = der Stadt Neumünster	547 800	
111.	4½ = = = = Neustadt O.S. von 1874 .	174 000	
112.	4 = = = = Neustadt O.S. = 1882 .	122 200	
113.	4 = = des Kreises Neustadt O.S.	410 700	
114.	4½ = = = = Neustadt i. Westpr. . . .	253 600	
115.	4 = = der Stadt Neuteich	64 200	
116.	4 = = = = Neuwied	123 100	
—	4½ = = des Kreises Niederung	—	
117.	4½ = = der Stadt Oberlahnstein	115 600	
118.	4½ = = des Kreises Obornik	62 800	
119.	4½ = = der Stadt Oels	108 900	
120.	4 = = = = Orb	85 800	
121.	4 = = des Kreises Ortelsburg	32 400	18 800
122.	4½ = = der Stadt Osterode i. Ostpr. von 1874	35 900	
123.	4½ = = = = Osterode i. Ostpr. = 1880	127 400	
124.	4 = = = = Osterode i. Ostpr. = 1882	83 400	
125.	4 = = = = Osterode i. Ostpr. = 1885	78 600	
126.	4 = = = = Osterode i. Ostpr. = 1887	136 100	
127.	4 = = = = Ost-Prignitz	119 400	11 000
128.	4½ = = = = Ottweiler von 1880 . . .	74 400	2 400
129.	4 = = = = Ottweiler = 1885 . . .	73 600	
130.	4½ = = des Kreises Pillkallen	9 600	
131.	4½ = = der Stadt Pirmasens i. d. Pfalz . .	62 600	
132.	4 = = = = Pirna	166 800	
133.	4 = = = = Plauen i. Vogtl. von 1885 .	603 600	
134.	4 = = = = Pleß	128 200	
135.	4 = = des Kreises Pleß	134 600	
136.	4 = = der Stadt Raguhn	61 400	
137.	4½ = = des Kreises Rastenburg	544 900	
138.	4½ = = der Stadt Ratibor	30 600	21 400
139.	4½ = = = = Remscheid von 1874 . . .	93 400	
140.	4 = = = = Remscheid = 1883 . . .	702 800	
141.	4 = = = = Reinerz (Anleihe I) . . .	48 200	
142.	4 = = = = Reinerz (= II) . . .	270 000	
143.	4 = = = Gemeinde Reudnitz bei Leipzig . .	72 600	2 000
144.	4½ = = = Stadt Rottweil a. N.	50 000	
145.	4 = = = = Rüdesheim	99 400	
146.	4 = = = = Ruhrort	129 700	
147.	4 = = = = Säckingen	212 600	
148.	4 = = = = Samter	57 600	
149.	4½ = = des Kreises Samter von 1880 . . .	110 200	
150.	4½ = = = = Schildberg von 1874 . .	160 200	
151.	4 = = = = Schildberg = 1880 . .	51 200	
152.	4½ = = = = Schlochau	63 300	
153.	4 = = der Stadt Schneidemühl von 1884 .	96 200	
154.	4 = = = = Schneidemühl = 1889 .	145 400	2 600
155.	4 = = = = Schneidemühl = 1892 .	272 400	4 000
—	4½ = = = = Schrimm	—	
	Seite . . .	42 319 800	949 300

Laufende Nr.		Gegenwärtiger Schuldbetrag Mark.	Bemerkungen.
			Abgang: Mark.
	Uebertrag . . .	42 319 800	949 300
—	4½ proz. Schuldverschreibung des Kreises Schrimm	—	
156.	4½ = = = = Schroda von 1874 . . .	331 200	
157.	4 = = = = Schroda = 1882 . . .	94 800	8 400
158.	4½ = = = = Sensburg	166 400	
159.	4 = = = = Soldin	156 600	
160.	4 = = = = Sonneberg	81 800	
161.	4½ = = der Stadt Sorau N.L. von 1873 . .	315 000	
162.	4 = = = = Sorau N.L. = 1885 . .	150 000	
163.	4 = = = = Sorau N.L. = 1888 . .	94 000	
164.	4 = = = = Sorau N.L. = 1892 . .	174 600	
165.	4½ = = = = Spremberg	150 900	
166.	4½ = = des Kreises Pr. Stargard	232 800	
167.	4 = = = = Strasburg i. Westpr. . .	421 500	
168.	4 = = der Stadt Straßburg i. Elsaß . . .	1 768 400	605 200
169.	4 = = des Kreises Groß-Strehlitz	52 300	
170.	4 = = = = Stuhm von 1880	368 400	
171.	4 = = der Stadt Tarnowitz von 1882 . . .	84 200	
172.	4½ = = des Kreises Tarnowitz	56 800	
173.	4 = = der Stadt Thorn	29 600	
174.	4½ = = des Kreises Thorn	225 600	
175.	4½ = = = = Tilsit	—	7 800
176.	4 = = der Stadt Todtnau	474 000	
177.	4½ = = = = Traunstein (Oberbayern) .	51 200	
178.	4 = = des Kreises Tuchel	90 800	
179.	4 = = der Stadt Waldkirch von 1881 . . .	78 000	
180.	4½ = = = = Waiblingen	39 500	2 200
181.	4½ = = des Kreises Groß-Wartenberg . . .	89 100	
182.	4 = = der Stadt Wehlau	55 200	1 200
183.	4½ = = des Kreises Wehlau von 1879 . . .	82 600	
184.	4 = = = = Wehlau = 1883 . . .	46 600	
185.	4 = = der Stadt Weißenfels	305 400	7 400
186.	4 = = = Gemeinde Neu-Weißensee von 1885	204 400	
187.	4 = = = = Neu-Weißensee = 1888	108 200	
188.	4 = = = = Westerland auf Sylt . .	946 000	
189.	4 = = = Stadtgemeinde Wimpfen	76 600	1 400
190.	4½ = = = Stadt Wohlau	14 300	
191.	4 = = = = Wolkenstein	61 000	
192.	4 = = = = Wülfrath	123 200	
193.	4½ = = = = Wurzen	83 100	
194.	4½ = = des Kreises Zabrze	190 200	
195.	4 = = der Stadt Zschopau	320 000	
196.	4 = = = = Züllichau	343 600	8 400
197.	4 = = = = Zülz	40 800	
	Summe IVb . . .	51 098 500	1 591 300
	Hierzu: = IVa . . .	2 786 500	
	Summe IV . . .	53 885 000	

Wiederholung.

a) Schuldverschreibungen.	Nennwerth Mark.	Nennwerth Gulden süddeutscher Währung.
I. Schuldverschreibungen des Reichs und deutscher Bundesstaaten	307 605 950	2 845 475
II. Schuldverschreibungen mit Staatsgarantie	14 719 000	—
III. Rentenbriefe von zur Vermittelung der Ablösung von Renten in Deutschland bestehenden Rentenbanken	7 249 725	—
IV. Schuldverschreibungen deutscher kommunaler Korporationen . .	53 885 000	—
Summe a . . .	383 459 675	2 845 475

b) Baar:

Guthaben: 1. bei der Reichs-Hauptkasse . . . . . 10 803,75 M.
2. = Bankinstituten . . . . . 2 660 100,00 =
Summe b . . . 2 670 903,75 M.

Berlin, den 9. April 1900.

Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds.
Rösing. Scherer.

Beilage IV.

Uebersicht

über

den Zu- und Abgang bei dem **Fonds für Errichtung des Reichstagsgebäudes** im Monate März 1900 sowie über den Bestand dieses Fonds am Schlusse desselben Monats.

	Nennwerth der Schuldverschreibungen Mark.	Baarwerthe Mark.
I. Bestand Ende Februar 1900	432 200	328,69
II. Zugang im März d. J.		
a) Schuldverschreibungen: } Nichts.		
b) Baar: } Nichts.		
Summe des Zuganges . . .	—	—
zusammen . . .	432 200	328,69
III. Abgang im März d. J.		
a) Schuldverschreibungen: } Nichts.		
b) Baar: } Nichts.		
Summe des Abganges . . .	—	—
IV. Bleibt Bestand Ende März 1900	432 200	328,69

Der Bestand wird nachgewiesen:

a) in Schuldverschreibungen:

Laufende Nr.		Nennwerth. Mark.	Bemerkungen.
—	$3^1/_2$ prozentige preußische konsolidirte Staatsanleihe von 1876/79 . . .	432 200	
	Summe a für sich.		

b) Baar:

Guthaben bei der Reichs-Hauptkasse . . . . . 328,69 M.
Summe b für sich.

Berlin, den 9. April 1900.

Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds.
Rösing. Scherer.

Beilage V.

Vergleichende Nachweisung

der Bestände an Werthpapieren des Reichs-Invalidenfonds und des Fonds für Errichtung des Reichstagsgebäudes zur Zeit des ersten Jahresberichts der Reichsschulden-Kommission und Ende März 1900.

Abschnitt.	Bezeichnung der Werthpapiere.		Nennwerth. Bestand Ende Februar 1874.	Nennwerth. Bestand Ende März 1900.	Nennwerth. Mithin jetzt mehr.	Nennwerth. Mithin jetzt weniger.
	A. Reichs-Invalidenfonds.					
I.	Schuldverschreibungen des Reichs und deutscher Bundesstaaten . . .	Mark	96 421 500	307 605 950	211 184 450	—
		Gulden süddeutscher Währung	3 677 500	2 845 475	—	832 025
II.	Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen 2c. mit Staatsgarantie	Mark	53 420 700	14 719 000	—	38 701 700
		Gulden süddeutscher Währung	7 025 500	—	—	7 025 500
III.	Rentenbriefe von zur Vermittelung der Ablösung von Renten in Deutschland bestehenden Rentenbanken	Mark	—	7 249 725	7 249 725	—
IV.	Schuldverschreibungen deutscher kommunaler Korporationen	Mark	106 053 257,15	53 885 000	—	52 168 257,15
V.	Schuldverschreibungen nichtdeutscher Staaten . .	holländische Gulden	2 560 000	—	—	2 560 000
		Pfd. Sterl.	918 750	—	—	918 750
		Dollar	17 784 000	—	—	17 784 000
VI.	Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen ohne Staatsgarantie	Mark	205 739 400	—	—	205 739 400
		Gulden süddeutscher Währung	495 250	—	—	495 250
					218 434 175	296 609 357,15
	Zusammen . .	Mark	461 634 857,15	383 459 675	—	78 175 182,15
		Gulden süddeutscher Währung	11 198 250	2 845 475	—	8 352 775
		holländische Gulden	2 560 000	—	—	2 560 000
		Pfd. Sterl.	918 750	—	—	918 750
		Dollar	17 784 000	—	—	17 784 000
	B. Fonds für Errichtung des Reichstagsgebäudes.					
I.	Schuldverschreibungen des Reichs und deutscher Bundesstaaten . . .	Mark	—	432 200	432 200	—
V.	Schuldverschreibungen nichtdeutscher Staaten .	Dollar	5 809 300	—	—	5 809 300
	Zusammen . .	Mark	—	432 200	432 200	—
		Dollar	5 809 300	—	—	5 809 300

Beilage VI.

Nachweisung über den Bestand des Reichskriegsschatzes am Schlusse des Rechnungsjahrs 1898, abgeschlossen am 20. Juni 1899.

Bezeichnung der Einnahmen und Ausgaben.	Betrag Mark.
A. Einnahme.	
Der am Schlusse des Etatsjahrs 1897/98 nach Fol. 3 der Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben des Reichskriegsschatzes in dem Etatsjahr 1897/98 verbliebene Bestand mit . . .	120 000 000
B. Ausgabe.	
Nichts.	
Mithin bleibt Bestand am Schlusse des Etatsjahrs 1898 . . . . . welcher gemäß §. 1 der Verordnung vom 22. Januar 1874 (Reichs-Gesetzbl. S. 9) in dem Juliusthurme der Citadelle zu Spandau verwahrlich niedergelegt ist.	120 000 000

Berlin, den 20. Juni 1899.

Rendantur des Reichskriegsschatzes.
Schaede. **Keul.**

Die Richtigkeit bescheinigt.

Berlin, den 20. Juni 1899.

Der Kurator des Reichskriegsschatzes.
Plath.

Nr. 875.

Zusammenstellung

des

Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Handelsbeziehungen zum Britischen Reiche

— Nr. 833 der Drucksachen — mit den Beschlüssen des Reichstags in **zweiter** Berathung.

Vorlage.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

die Handelsbeziehungen zum Britischen Reiche.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, für die Zeit nach dem 30. Juli 1900, was folgt:

Der Bundesrath wird ermächtigt, den Angehörigen und den Erzeugnissen des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland sowie den Angehörigen und den Erzeugnissen britischer Kolonien und auswärtiger Besitzungen bis auf Weiteres diejenigen Vortheile einzuräumen, die seitens des Reichs den Angehörigen oder den Erzeugnissen des meistbegünstigten Landes gewährt werden.

Urkundlich ꝛc.

Gegeben ꝛc.

Beschlüsse des Reichstags.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

die Handelsbeziehungen zum Britischen Reiche.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, für die Zeit nach dem 30. Juli 1900, was folgt:

Der Bundesrath wird ermächtigt, den Angehörigen und den Erzeugnissen des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland sowie den Angehörigen und den Erzeugnissen britischer Kolonien und auswärtiger Besitzungen bis ***zum 30. Juli 1901** diejenigen Vortheile einzuräumen, die seitens des Reichs den Angehörigen oder den Erzeugnissen des meistbegünstigten Landes gewährt werden.

Urkundlich ꝛc.

Gegeben ꝛc.

* Aenderung nach dem handschriftlich vorgelegenen Antrag Dr. Roesicke (Kaiserslautern).

Berlin, den 26. Mai 1900.

Nr. 876/879.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des von dem Abgeordneten Müller (Fulda) eingebrachten Gesetzentwurfs wegen Abänderung des Reichsstempelgesetzes — Nr. 870 der Drucksachen —.

Nr. 876. Wörle. Der Reichstag wolle beschließen:

dem **§. 29** der Kommissionsbeschlüsse folgenden Absatz 2 zu geben:

Loose u. s. w. inländischer Unternehmungen, für welche vor dem 1. Januar 1900 die obrigkeitliche Erlaubniß bereits ertheilt ist, unterliegen in jedem Falle der Reichsstempelabgabe nur nach Maßgabe der bisherigen Bestimmungen.

(Der jetzige Abs. 2 der Kommissionsbeschlüsse wird alsdann Abs. 3.)

Wörle.

Prinz v. Arenberg. Dr. Bachem. Baumann. Beck (Aichach). Biesenbach. Dasbach. Euler. Graf v. Galen. Gerstenberger. Glowatzki. Gröber. Hartmann. Dr. Heim. Herrmann. Dr. Hitze. Holzapfel. Graf v. Hompesch. Hubrich. Hug. Humann. Dr. Jaeger. Kirsch. Klose. Kohl. Krebs. Linder. Lurz. Dr. Marcour. Dr. Opfergelt. Dr. Pichler. Graf v. Preysing. Schmid (Immenstadt). Dr. Schmitt (Mainz). Schuler. Speck. Trimborn. Dr. Weißenhagen. de Witt (Köln). Dr. am Zehnhoff.

Nr. 877. Frese. Dr. **Paasche.** Der Reichstag wolle beschließen:

Zu IIIa. **Schiffsfrachturkunden. (Neu.)**

(Tarifnummer 6.)

In **§. 30b (Neu)** in der dritten Zeile das Wort „Aussteller" zu ersetzen durch das Wort: „Ablader".

Nr. 878. Bassermann. Der Reichstag wolle beschließen:

den Tarif zum Reichsstempelgesetz zu Nr. 1 Spalte: „Berechnung der Stempelabgabe" wie folgt zu fassen:

vom Nennwerthe, bei Interimsscheinen und nicht voll gezahlten Namensaktien vom Betrage der bescheinigten Einzahlungen, und zwar:

zu 1a in Abstufungen von 2 Mark
zu 1b in Abstufungen von $2^1/_2$ Mark

für je 100 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages. Bei inländischen Aktien u. s. w. erfolgt die Versteuerung zuzüglich des Betrages, zu welchem sie höher als der Nennwerth lautet, ausgegeben werden.

Der nachweislich versteuerte Betrag der Interimsscheine wird auf den Betrag der demnächst etwa zu versteuernden Aktien u. s. w. angerechnet. Das Gleiche gilt von dem versteuerten Betrage nicht voll gezahlter Aktien bei späteren Einzahlungen.

Ausländische Werthe (u. s. w. wie bisher).

Nr. 879. Richter. Der Reichstag wolle beschließen:

A. Im **Tarif** nach den Beschlüssen der Kommission S. 5563 u. flgde.

1. Nr. 1 c) Antheilscheine gewerkschaftlich betriebener Bergwerke 2c. zu **streichen;**
2. Nr. 3 die Kommissionsbeschlüsse zu streichen und somit es bei der bisherigen Fassung des Gesetzes (3a und 3b) zu belassen, also den Emissionsstempel auf **Kommunalobligationen** und Obligationen von **Transportgesellschaften**, welche nicht Eisenbahnobligationen sind, **nicht** zu erhöhen;
3. Nr. 4a sub 3 den Kaufstempel auf Antheile gewerkschaftlich betriebener Bergwerke auf 3 **Zehntel** vom Tausend statt auf Ein vom Tausend festzusetzen;
4. Nr. 4 unter **Befreiungen** die Nr. 1 der **bisherigen** Fassung des Gesetzes (wenn der Werth des Gegenstandes aber nicht mehr als 600 Mark beträgt) **wiederherzustellen;**
5. Nr. 6 **Schiffsfrachturkunden** zu **streichen, eventuell** den zweiten Absatz von Nr. 6 zu fassen wie folgt:

   Befreit sind die im Verkehr zwischen inländischen Hafenplätzen und ausländischen Hafenplätzen der Nord- und Ostsee, des Kanals oder der norwegischen Küste ausgestellten, vorgelegten oder ausgehändigten Konnossemente und Frachtbriefe;
6. in **Artikel 8** des Gesetzes nach den Kommissionsbeschlüssen (S. 5561) den zweiten, auf die **Ausdehnung der Revisionspflicht** bezüglichen Absatz zu **streichen;**
7. die nachfolgende **Resolution** anzunehmen:

   Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Erhebungen darüber anzustellen, ob nach den gemachten Erfahrungen die Prüfung in Bezug auf die Entrichtung der Abgabe für Kauf- und Anschaffungsgeschäfte nicht allgemein beschränkt werden kann auf die Befugniß der Steuerdirektivbehörde, die Einreichung der auf bestimmt zu bezeichnende abgabepflichtige Geschäfte bezüglichen Schriftstücke zu verlangen.

Berlin, den 7. Juni 1900.

Nr. 880.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des Entwurfs einer Novelle zum Gesetze, betreffend die deutsche Flotte, vom 10. April 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 165) — Nr. 836 der Drucksachen —.

Rickert. Der Reichstag wolle beschließen:

Zu **V. Schlußbestimmung.**

1. Zeile 1 und 2 statt: „mit dem, noch in dieser Session des Reichstags zu erlassenden Gesetz"

   zu setzen:

   „mit den, noch in dieser Session zu erlassenden Gesetzen".
2. in Zeile 4 die Worte: „dem Gesetz" zu streichen.

Berlin, den 7. Juni 1900.

Nr. 881.

Berlin, den 7. Juni 1900.

Im Namen Seiner Majestät des Kaisers beehrt sich der Unterzeichnete dem Reichstage den beiliegenden

Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderungen des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete (Reichs-Gesetzbl. 1888 S. 75, Reichs-Gesetzbl. 1899 S. 365),

wie solcher vom Bundesrathe beschlossen worden ist, nebst Begründung zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen.

Der Reichskanzler.

Fürst zu Hohenlohe.

An den Reichstag.

Nr. K. 13302.
37368.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

Aenderungen des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete (Reichs-Gesetzbl. 1888 S. 75, Reichs-Gesetzbl. 1899 S. 365).

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Artikel 1.

Das Gesetz, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete (Reichs-Gesetzbl. 1888 S. 75, Reichs-Gesetzbl. 1899 S. 365), erhält die Ueberschrift „Schutzgebietsgesetz" und wird geändert, wie folgt:

I. An die Stelle des §. 2 treten folgende Vorschriften:

§. 2.

Auf die Gerichtsverfassung in den Schutzgebieten finden die Vorschriften der §§. 5, 7 bis 15, 17, 18 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7. April 1900 (Reichs-Gesetzbl. S. 213) mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß an die Stelle des Konsuls der von dem Reichskanzler zur Ausübung der Gerichtsbarkeit ermächtigte Beamte und an die Stelle des Konsulargerichts das in Gemäßheit der Vorschriften über das letztere zusammengesetzte Gericht des Schutzgebiets tritt.

§. 2a.

In den Schutzgebieten gelten die im §. 19 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit bezeichneten Vorschriften der Reichsgesetze und preußischen Gesetze. Die Vorschriften der §§. 20 bis 22, des §. 23 Abs. 1 bis 3 und 5, der §§. 26, 29 bis 31, 33 bis 35, 37 bis 45, 47, 48, 52 bis 75 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit finden entsprechende Anwendung.

§. 2b.

Die Eingeborenen unterliegen der im §. 2 geregelten Gerichtsbarkeit und den im §. 2a bezeichneten Vorschriften nur insoweit, als dies durch Kaiserliche Verordnung bestimmt wird. Den Eingeborenen können durch Kaiserliche Verordnung bestimmte andere Arten von Personen gleichgestellt werden.

§. 2c.

Die Militärgerichtsbarkeit wird durch dieses Gesetz nicht berührt.

II. Im §. 3 werden

1. die Nr. 1, 2 und 5 gestrichen,
2. die Nr. 4 unter a folgendermaßen gefaßt:
   die Mitwirkung einer Staatsanwaltschaft mit der Maßgabe eintritt, daß, soweit die Staatsanwaltschaft zuständig ist, die Vorschriften der §§. 56, 65 und des §. 71 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit außer Anwendung bleiben,
3. die Nr. 9 folgendermaßen gefaßt:
   die nach dem Gesetz über die Konsulargerichtsbarkeit begründete Zuständigkeit des Reichsgerichts einem Konsulargericht oder einem Gerichtshof in einem Schutzgebiet übertragen und über die Zusammensetzung des letzteren Gerichtshofs sowie über das Verfahren in Berufungs- und Beschwerdesachen, die vor einem dieser Gerichte zu verhandeln sind, mit der Maßgabe Anordnungen getroffen werden, daß das Gericht aus einem Vorsitzenden und mindestens vier Beisitzern bestehen muß;
4. die Nr. 11 durch folgende Vorschrift ersetzt:
   für die gerichtliche und notarielle Beurkundung von Rechtsgeschäften mit Ausschluß der Verfügungen von Todeswegen ein einfacheres Verfahren vorgeschrieben sowie die Zuständigkeit der Notare eingeschränkt werden;

III. An die Stelle des §. 4 treten folgende Vorschriften:

Auf die Eheschließung und die Beurkundung des Personenstandes in den Schutzgebieten finden die §§. 2 bis 9, 11, 12 und 14 des Gesetzes vom 4. Mai 1870 (Bundes-Gesetzbl. S. 599, Reichs-Gesetzbl. 1896 S. 614) entsprechende Anwendung. Die Ermächtigung zur Eheschließung und zur Beurkundung des Personenstandes wird durch den Reichskanzler ertheilt.

Die Form einer Ehe, die in einem Schutzgebiete geschlossen wird, bestimmt sich ausschließlich nach den Vorschriften des bezeichneten Gesetzes.

Die Eingeborenen unterliegen den Vorschriften der Abs. 1, 2 nur insoweit, als dies durch Kaiserliche Verordnung bestimmt wird. Den Eingeborenen können durch Kaiserliche Verordnung bestimmte andere Arten von Personen gleichgestellt werden.

IV. Als §. 11a wird folgende Vorschrift eingestellt:

Für Schutzgebiete, in denen das Gesetz über die Konsulargerichtsbarkeit vom 10. Juli 1879 und das Gesetz, betreffend die Eheschließung und die Beurkundung des Personenstandes von Reichsangehörigen im Auslande, vom 4. Mai 1870 noch nicht in Kraft gesetzt sind, wird der Zeitpunkt, in welchem die §§. 2 bis 4 dieses Gesetzes in Kraft treten, durch Kaiserliche Verordnung bestimmt.

Artikel 2.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, den Text des Schutzgebietsgesetzes, wie er sich aus den Aenderungen ergiebt, die im Artikel 1 sowie in dem Gesetze, betreffend Abänderung und Ergänzung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, vom 2. Juli 1899 (Reichs-Gesetzblatt S. 365) vorgesehen sind, unter fortlaufender Reihenfolge der Paragraphenzahlen und Nummern

durch das Reichs-Gesetzblatt bekannt zu machen. Hierbei sind die in dem bisherigen Gesetz enthaltenen Verweisungen auf die Vorschriften von Gesetzen, die durch neuere Gesetze aufgehoben oder geändert worden sind, durch Verweisungen auf die an die Stelle jener Vorschriften getretenen neuen Vorschriften zu ersetzen.

Soweit in Reichsgesetzen oder Landesgesetzen auf Vorschriften des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, verwiesen ist, treten die entsprechenden Vorschriften des von dem Reichskanzler bekannt gemachten Textes an die Stelle.

Artikel 3.

Die Vorschriften des Artikel 2 Abs. 1 treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Im Uebrigen tritt dieses Gesetz an einem durch Kaiserliche Verordnung festzusetzenden Tage in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben 2c.

Begründung.

Nach §. 2 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete (Reichs-Gesetzbl. 1888 S. 75) bestimmen sich das bürgerliche Recht, das Strafrecht, das gerichtliche Verfahren einschließlich der Gerichtsverfassung für die Schutzgebiete nach den Vorschriften des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 10. Juli 1879 (Reichs-Gesetzbl. S. 197). Letzteres Gesetz wird demnächst durch das Gesetz über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7. April 1900 (Reichs-Gesetzbl. S. 213) ersetzt werden, welches an einem durch Kaiserliche Verordnung festzusetzenden Tage in Kraft treten soll (vergl. §. 78). Von demselben Zeitpunkte würden in den Schutzgebieten nach §. 79 des neuen Gesetzes dessen Vorschriften an Stelle derjenigen des Gesetzes vom 10. Juli 1879 zur Anwendung gelangen. Zweck des vorliegenden Entwurfs ist die Anpassung des neuen Gesetzes an die Verhältnisse in den Schutzgebieten, was am zweckmäßigsten durch Aufzählung der zur Uebertragung geeigneten und Ausscheidung oder Ersetzung der nicht oder nicht ohne Weiteres übertragbaren Vorschriften geschieht.

Eine solche Aufzählung enthält der Entwurf im Artikel 1 unter I §. 2 und 2a. Ausgeschieden sind darin zunächst die den „Umfang der Konsulargerichtsbarkeit" bestimmenden Vorschriften des Ersten Abschnitts (§§. 1 bis 3) des neuen Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit, da in den Schutzgebieten bei dem territorialen Charakter der dort ausgeübten Schutzgewalt eine Bezeichnung der der Gerichtsbarkeit unterliegenden Personen nicht erforderlich ist. Für die Schutzgebiete genügt es, die Ausnahmen von der Regel der territorialen Geltung der Gesetze festzusetzen. Entsprechend dem thatsächlichen Zustande, der sich in dieser Beziehung auf Grund des §. 3 Nr. 1 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, in letzteren mittelst Kaiserlicher Verordnungen durchweg entwickelt hat, werden die fraglichen Ausnahmen in dem Entwurfe dahin formulirt, daß nur die Eingeborenen, denen aber noch andere Arten von Personen (Angehöriger anderer unzivilisirter Rassen) gleichgestellt werden können, von der hier in Rede stehenden Gerichtsbarkeit ausgenommen sein sollen, wenn und soweit nicht durch Kaiserliche Verordnung ein Anderes bestimmt wird.

Der Fortfall des §. 25 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit erklärt sich gleichfalls aus dem Territorialitätsprinzip.

Der Vorbehalt des dem §. 3 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit nachgebildeten §. 2c des Entwurfs, betreffend die Militärgerichtsbarkeit, entspricht dem bisherigen Rechtszustande.

Hinsichtlich der übrigen in den §§. 2 und 2a ausgeschiedenen Vorschriften des gedachten Gesetzes dürften folgende Erläuterungen genügen:

1. Eine Anzahl von Paragraphen würde in Folge der besonderen Behörden- und Verwaltungsorganisation für die Schutzgebiete entbehrlich, theilweise mit ihr auch nicht wohl vereinbar sein. Hierher gehören u. A. die §§. 4, 6, 23 Abs. 4. Unzweckmäßig würde insbesondere auch die Uebertragung des §. 16 sein, welcher die Bestimmung der mit den Verrichtungen der Gerichtsschreiber, Gerichtsvollzieher und Zustellungsbeamten zu betrauenden Personen dem Konsul, also dem Richter, überläßt. In den Schutzgebieten werden den Richtern mitunter dergleichen im heimischen Dienste geschulte Beamte, z. B. als Grundbuchführer, von den vorgesetzten Dienststellen, regelmäßig vom Reichskanzler, zuzutheilen sein.
2. Einige andere Paragraphen werden deshalb auszuschalten sein, weil darin Einrichtungen und Rechtsverhältnisse, bei denen bestimmte örtliche Beziehungen von besonderem Belange sind, und insbesondere der Begriff des Inlandes beziehungsweise Auslandes eine Rolle spielt, in einer für die Schutzgebiete nicht verwerthbaren Art und Weise geregelt werden.
   Vergl. z. B. §§. 27, 32, 49, 76.
3. Der nicht übernommene §. 24 bestimmt als Regel im Abs. 1, daß in den Konsulargerichtsbezirken der Reichsfiskus an die Stelle des Landesfiskus tritt, und im Abs. 2 — entsprechend dem §. 46 des alten Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit —, daß Geldstrafen zur Reichskasse fließen. Zur Uebertragung dieser Sonderbestimmungen auf die Schutzgebiete liegt kein Anlaß vor, seitdem für letztere durch das Gesetz über die Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete vom 30. März 1892 (Reichs-Gesetzbl. S. 369) das Etatsrecht besonders geregelt worden ist, und für jedes Schutzgebiet ein eigener Fiskus besteht.
   Beim Fortfalle des zweiten Absatzes des §. 24 wird auch die Nr. 11 im §. 3 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, entbehrlich, wonach durch Kaiserliche Verordnung von der Vorschrift der Vereinnahmung von Geldstrafen zur Reichskasse (vergl. den vorerwähnten §. 46) abgewichen werden kann.
   In Betreff der Zustellungen und der Zwangsvollstreckungen verbleibt es bei der schon im §. 3 Nr. 10 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete vorgesehenen Regelung durch Kaiserliche Verordnung. Die §§. 28 und 46 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit sind daher ebenfalls nicht für anwendbar erklärt.
4. Hinsichtlich des §. 36 wird auf das unten zu Artikel 1, III Bemerkte verwiesen.
5. §. 50 kann im Hinblick auf die Verordnungsgewalt des Kaisers gemäß §. 3 Nr. 3 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, in Fortfall kommen.
6. §. 51 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit (vergl. §. 4 Abs. 3 bis 5 des alten Gesetzes) ordnet die Befugniß der Konsuln zum Erlasse polizeilicher Vorschriften. Diese ihrer Natur nach nichtrichterliche Befugniß, wie bisher, den richterlichen Beamten in den Schutzgebieten zu belassen, empfiehlt sich nicht, da der §. 11 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der Schutzgebiete, ein erhebliches weitergehendes, allen praktischen Bedürfnissen genügendes

Verordnungsrecht des Reichskanzlers geschaffen hat, welches dieser auf Beamte der Schutzgebiete zu übertragen in der Lage ist und thatsächlich in allen Schutzgebieten geeigneten Stellen (in der Regel den Gouverneuren) übertragen hat.

Zu Artikel 1, II, §. 3 des Entwurfs ist zu bemerken:

1. betreffend die Nr. 1, 2, 5 des alten §. 3: Die Nr. 1 (Unterwerfung Nicht-Reichsangehöriger unter die Gerichtsbarkeit) ist durch die anderweite Regelung des Umfanges der Gerichtsbarkeit (§. 2 bis 2c des Entwurfs), Nr. 2 (Kaiserliches Verordnungsrecht bezüglich der Rechtsverhältnisse an unbeweglichen Sachen) durch Ordnung des betreffenden Punktes im §. 21 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit, Nr. 5 Kaiserliches Verordnungsrecht bezüglich Erweiterung der Bestimmung des §. 232 der Strafprozeßordnung) durch die weitergehende Vorschrift des §. 59 des bezeichneten Gesetzes gegenstandslos geworden;
2. betreffend die neue Fassung der Nummer unter 4a und der Nr. 9: Es handelt sich im Wesentlichen um Anpassung dieser Nummern an die im Entwurf an dieser Stelle in Bezug genommenen neuen Gesetzesvorschriften;
3. betreffend die Einstellung der neuen Nr. 11: Die Ernennung von Notaren, deren Fehlen in verschiedenen Schutzgebieten als Mangel empfunden worden ist, wird um so weniger bedenklich sein, je einfacher das Verfahren für die Notariatsakte gestaltet werden kann. Diese Vereinfachung, unter vorläufiger Beschränkung der Zuständigkeit der Notare auf Rechtsgeschäfte unter Lebenden, will der Entwurf ermöglichen, desgleichen die entsprechende Vereinfachung der gerichtlichen Beurkundung solcher Rechtsgeschäfte.
4. Bezüglich der alten Nr. 11 wird auf das in der Drucksache Seite 5639 unter Nr. 3 Bemerkte verwiesen.

Artikel 1, III des Entwurfs behandelt die Eheschließung und Beurkundung des Personenstandes. Der bisherige §. 4 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, bezieht sich, wie das darin erwähnte Gesetz vom 4. Mai 1870 selbst, nur auf Reichsangehörige, vorbehaltlich der Ausdehnung auf andere Personen im Wege Kaiserlicher Verordnung. Entsprechend demjenigen, was oben betreffs des territorialen Charakters der in den Schutzgebieten ausgeübten Schutzgewalt, insbesondere der Gerichtsbarkeit, ausgeführt worden ist, erscheint es angemessen, auch die territoriale Geltung des hier in Rede stehenden Gesetzes zum Ausdrucke zu bringen, wozu es nur der Ausschaltung einiger Paragraphen desselben, insbesondere des §. 1 bedarf. Alle sich in den Schutzgebieten aufhaltenden Personen — mit Ausnahme der Eingeborenen, welche wie bezüglich der Unterwerfung unter die Gerichtsbarkeit behandelt werden — sind nunmehr den Vorschriften des Gesetzes vom 4. Mai 1870 unterstellt und zwar, entsprechend der Regel des §. 36 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit, mit der Maßgabe, daß die Form der Ehe sich ausschließlich nach jenem Gesetze bestimmt. §. 11a im Artikel 1, V wiederholt in neuer Formulirung die Vorschriften der Schlußabsätze der §§. 2 und 4 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete.

Im Artikel 2 des Entwurfs wird die Neuredaktion des bestehenden Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete und seiner Ergänzungen, vorgesehen und nach dem Vorgange des Artikel III des Gesetzes vom 15. März 1888 (Reichs-Gesetzbl. S. 71) dem Reichskanzler überlassen.

Nr. 882.

Abänderungs-Antrag

zur

zweiten Berathung des von dem Abgeordneten Müller (Fulda) eingebrachten Gesetzentwurfs wegen Abänderung des Reichsstempelgesetzes — Nr. 870 der Drucksachen —.

Dr. **Heim.** Der Reichstag wolle beschließen:

im Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894, im Tarif lfd. Nr. 4a, 4 statt $^3/_{10}$ zu setzen $^4/_{10}$.

Berlin, den 7. Juni 1900.

Dr. Heim. Dr. Bachem. Bachmeier. Baumann. Beck (Aichach). Biesenbach. Bindewald. Graf v. Bismarck-Bohlen. v. Blödau. v. Bonin-Bahrenbusch. Breuer. Broekmann. Graf v. Carmer. Dasbach. Delsor. Echinger. Firzlaff. Fritzen (Rees). Graf v. Galen. Gräfe. Gröber. Dr. Hille. Hilpert. Dr. Hitze. Hofmann (Ellwangen). Graf v. Hompesch. Hubrich. Humann. Jacobskötter. Graf v. Kanitz. Klose. Köhler. Kohl. Krebs. Lanzinger. Dr. Lender. Letocha. Dr. v. Levetzow. Liebermann v. Sonnenberg. Linder. Lucke. Lurz. Graf Magnis. Dr. Marcour. v. Massow. Mentz. Nauck. Nißler. Dr. Oertel. Dr. Opfergelt. Pauli (Potsdam). Dr. Pichler. Pierson. Graf v. Preysing. v. Puttkamer-Plauth. Raab. Ranner. Roellinger. Graf v. Roon. v. Salisch. Schmid (Immenstadt). Schmidt (Warburg). Schuler. Schwarze (Lippstadt). Graf v. Schwerin-Löwitz. Smalakys. Speck. v. Spiegel. Stoecker. Dr. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode. Strzoda. Tasch. Dr. Vonderscheer. Freiherr v. Wangenheim (Pyritz). Dr. Weißenhagen. v. Weitzel. Werthmann. Winterer. de Witt (Köln). Witzlsperger. Wörle. Zeidler.

Nr. 883.

Abänderungs-Antrag

zur

zweiten Berathung des von den Abgeordneten Bassermann und Genossen eingebrachten Antrags wegen Abänderung des Zolltarifgesetzes — Nr. 869 der Drucksachen —.

Dr. **Semler.** Der Reichstag wolle beschließen:

dem Gesetzentwurf als Artikel 2 hinzuzufügen:

Artikel 2. **(Neu.)**

Die Bestimmung des Artikels 1 findet auf solche Waaren keine Anwendung, welche am 1. Juni 1900 in den deutschen Zollausschlüssen (Freihäfen, Theilungslägern) für deutsche Rechnung vorhanden waren oder welche bis zum 1. Juni 1900 von Deutschen nachweislich bestellt sind. Solche Waaren dürfen auch nach dem 1. Juli 1900 bis zum 1. Oktober 1900 zu den bisher bestehenden Zollsätzen verzollt werden.

Berlin, den 8. Juni 1900.

Nr. 884.

Zusammenstellung

des

Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die deutsche Flotte

nach den

Beschlüssen des Reichstags in **zweiter** Berathung.

In allen Theilen unverändert nach den Beschlüssen der Kommission für den Reichshaushalts-Etat — Nr. 836 der Drucksachen — jedoch mit Ausnahme der hier folgenden Bestimmung.

Beschlüsse der Kommission.	Beschlüsse des Reichstags.
V. Schlußbestimmung.	**V. Schlußbestimmung.**
Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem, noch in dieser Session des Reichstags zu erlassenden Gesetz, betreffend Abänderung des Reichs-Stempelgesetzes vom 27. April 1894 (Reichs-Gesetzbl. S. 381) und dem Gesetz, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes, in Kraft.	Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit *den, noch in dieser Session zu erlassenden Gesetzen, betreffend Abänderung des Reichs-Stempelgesetzes vom 27. April 1894 (Reichs-Gesetzbl. S. 381) und, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes, in Kraft.
Das Gesetz, betreffend die deutsche Flotte, vom 10. April 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 165) wird aufgehoben.	Das Gesetz, betreffend die deutsche Flotte, vom 10. April 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 165) wird aufgehoben.
Urkundlich 2c.	Urkundlich 2c.
Gegeben 2c.	Gegeben 2c.

Berlin, den 7. Juni 1900.

Nr. 885/886.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des von dem Abgeordneten Müller (Fulda) eingebrachten Gesetzentwurfs wegen Abänderung des Reichsstempelgesetzes — Nr. 870 der Drucksachen —.

Nr. 885. Graf **v. Oriola.** Der Reichstag wolle beschließen:

1. dem **§. 24** Abs. 3 folgende Fassung zu geben:
   Gewerbsmäßige Vermittler von Wetten der vorbezeichneten sowie der im §. 22a bezeichneten Art unterstehen u. s. w.
2. den **§. 29** Abs. 2 wie folgt zu fassen:
   Für das Wetten an Totalisatoren auf inländischen Rennplätzen finden die bisherigen Bestimmungen bis zum 1. Januar 1901 Anwendung.

Nr. 886. Wörle. Der Reichstag wolle beschließen:
(unter Zurückziehung des Antrags Nr. 876):
den ersten Absatz des **§. 29** zu ersetzen durch folgende beiden Absätze:

Loose u. s. w. inländischer Unternehmungen, für welche vor dem 1. Juli 1900 die obrigkeitliche Erlaubniß ertheilt ist, unterliegen, sofern die Ziehung der Loose vor dem 1. Januar 1902 beendet ist, der Reichsstempelabgabe nur nach Maßgabe der bisherigen Bestimmungen.

Ausländische Loose, welche vor dem 1. Juli 1900 eingeführt, auch binnen drei Tagen nach demselben angemeldet sind, und die Loose von Staatslotterien, deren Ausgabe auch nur für eine Klasse bereits vor diesem Zeitpunkte begonnen hat, unterliegen, sofern die Ziehung der Loose vor dem 1. Januar 1901 beendet ist, der Reichsstempelabgabe nur nach Maßgabe der bisherigen Bestimmungen.

(Der jetzige Abs. 2 der Kommissionsbeschlüsse wird alsdann Abs. 3.)

Berlin, den 8. Juni 1900.

Nr. 887.

Resolution

zu dem

von dem Abgeordneten Müller (Fulda) eingebrachten Gesetzentwurf wegen Abänderung des Reichsstempelgesetzes — Nr. 870 der Drucksachen —.

Hilbck. Der Reichstag wolle beschließen:
den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob angesichts der Verschiedenheit der Berggesetzgebungen der einzelnen Bundesstaaten eine Heranziehung der gewerkschaftlich betriebenen Bergwerke zur Reichsstempelsteuer thunlich ist, gegebenen Falls eine entsprechende Vorlage zu machen.

Berlin, den 8. Juni 1900.

* Aenderungen gegen die Kommissionsbeschlüsse angenommen nach dem Antrage Rickert — Nr. 880 Ziffer 1 und 2 der Drucksachen —.

Nr. 888.

Antrag

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Handelsbeziehungen zum Britischen Reiche — Nr. 875 der Drucksachen —.

Dr. **Paasche** und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

die Worte „zum 30. Juli 1901" zu ersetzen durch die Worte: „zum 31. Dezember 1903".

Berlin, den 8. Juni 1900.

Dr. Paasche. Graf v. Arnim. Dr. Bachem. Frese. Graf v. Kanitz. v. Kardorff. Graf v. Klinckowstroem. Dr. v. Levetzow. Möller (Duisburg). Müller (Fulda). Dr. Oertel. Richter. Dr. Roesicke (Kaiserslautern). Schrader.

Nr. 889.

Mündlicher Bericht

der

Rechnungs-Kommission

über

die Rechnung über den Haushalt der afrikanischen Schutzgebiete für die Etatsjahre 1894/95 und 1895/96 — Nr. 632 der Drucksachen —.

Berichterstatter: Abgeordneter Horn (Neiße).

Antrag der Kommission:

Der Reichstag wolle beschließen:

dem Herrn Reichskanzler in Bezug auf die Rechnungen über den Haushalt der afrikanischen Schutzgebiete für die Etatsjahre 1894/95 und 1895/96

die Entlastung zu ertheilen.

Berlin, den 8. Juni 1900.

Die Rechnungs-Kommission.

Dr. **Hasse**, Vorsitzender. **Horn** (Neiße), Berichterstatter.

Nr. 890.

Abänderungs-Antrag

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten — Nr. 796 der Drucksachen —.

Reißhaus. Der Reichstag wolle beschließen:

dem **§. 14** folgenden Zusatz zu geben:

Durch die Absonderung des Kranken oder Ansteckungsverdächtigen darf ein Zwang auf die von demselben gewünschte Heilmethode nicht ausgeübt werden und ist derselbe nach der von ihm gewünschten Heilmethode zu behandeln.

Berlin, den 9. Juni 1900.

Nr. 891.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des von dem Abgeordneten Müller (Fulda) eingebrachten Gesetzentwurfs wegen Abänderung des Reichsstempelgesetzes — Nr. 870 der Drucksachen —.

Unter Zurückziehung des Antrages Nr. 877 der Drucksachen.

Frese. Dr. **Paasche.** Der Reichstag wolle beschließen:

1. im **§. 30b** und **§. 30d** des Gesetzentwurfs das Wort „Aussteller" durch „Ablader" zu ersetzen.
2. im **§. 30c** Abs. 1 die Worte „falls dieser selbst die Urkunde ausgestellt hat" zu ersetzen durch: „falls diesem selbst die Verpflichtung zur Entrichtung der Abgabe obliegt".

Berlin, den 9. Juni 1900.

Nr. 892.

Abänderungs-Anträge

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten — Nr. 796 der Drucksachen —.

Baudert. Der Reichstag wolle beschließen:

1. in **§. 14** Abs. 2 Zeile 2 hinter „seiner" zu setzen: „Behandlung und".
2. in **§. 14** Abs. 2 Zeile 10 vor „ohne Schädigung" zu setzen: „der behandelnde Arzt es".
3. in **§. 14** Abs. 2 hinzuzufügen: „Im Krankenhaus ist den vom Kranken zu seiner Behandlung gewünschten Personen der Zutritt zu gestatten."

Berlin, den 9. Juni 1900.

Nr. 893.

Petitionen,

welche,

von der Kommission für die Petitionen als nicht geeignet zur Erörterung im Plenum erachtet, zur Einsicht im Büreau niedergelegt sind.

cfr. Erstes Verzeichniß — Nr. 84 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 2963. Ringleb — Gewährung von Invalidenwohlthaten.

= II. Nr. 2964. Dechert — Gewährung von Invalidenpension. (Vom Abgeordneten Wintermeyer überreicht.)

= II. Nr. 3339. Paasch — Entschädigungsansprüche.

cfr. Zweites Verzeichniß — Nr. 103 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 3643. Scheer — Invalidenpensions-Ansprüche.

cfr. Sechstes Verzeichniß — Nr. 207 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 4549. Werner — } Gewährung von Invalidenwohlthaten.
= II. Nr. 4550. Rummel — }

(II. 4549 vom Abgeordneten Grafen v. Oriola überreicht.)

cfr. Neuntes Verzeichniß — Nr. 462 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 9115. Schmidt — } Rechtsschutz betreffend.
= II. Nr. 9399. Jürjans — }
= II. Nr. 10109. Barthel — Invalidenpensions-Ansprüche.
= II. Nr. 10112. Corman — Nachlaßregulirung.
= II. Nr. 10151. Abraham — } Rechtsschutz betreffend.
= II. Nr. 10249. Otto — }
= II. Nr. 11852. Frase — Gewährung von Invalidenwohlthaten.
= II. Nr. 11885. Krause — Rechtsschutz betreffend.
= II. Nr. 12243. Bonin — Invalidenpensions-Ansprüche.
= II. Nr. 13829. Hölzel — Entschädigungsansprüche.
= II. Nr. 13831. Glembotzki — } Rechtsschutz betreffend.
= II. Nr. 13832. Hüttmann — }
= II. Nr. 14363. Schulte — }

cfr. Zehntes Verzeichniß — Nr. 506 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 14761. Burchardt — } Rechtsschutz betreffend.
= II. Nr. 14779. Bierau — }
= II. Nr. 14861. Oertel — Gewährung einer Invalidenunterstützung.

cfr. Elftes Verzeichniß — Nr. 529 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 15112. Rieck — } Rechtsschutz betreffend.
= II. Nr. 15173. Beilig — }
(II. 15173 vom Abgeordneten Kopsch überreicht.)
= II. Nr. 15152. Risters — Nachlaßregulirung betreffend.

cfr. Zwölftes Verzeichniß — Nr. 568 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 15354. Bensel — Militärpensions-Ansprüche 2c.
= II. Nr. 15371. Metzler und Genossen — Abänderung des Gesetzes, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Angehörigen des Reichsheeres und der Marine.

cfr. Dreizehntes Verzeichniß — Nr. 596 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 15415. Hessels — } Rechtsschutz betreffend.
= II. Nr. 15615. Jäschke — }

cfr. Vierzehntes Verzeichniß — Nr. 623 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 15765. Plappa — Invalidenrenten-Ansprüche.

cfr. Fünfzehntes Verzeichniß — Nr. 656 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 15901. Jöckel — Erhöhung seiner Militärpension 2c.
= II. Nr. 15902. Wittwe Flemming — Gewährung einer Reliktenrente.
= II. Nr. 15962. Mareske — Beschwerde über eine Reichsbehörde.
= II. Nr. 15981. Jacobs — Nachzahlung der Kriegstheilnehmer-Beihülfe.
= II. Nr. 15982. Fasbender — Altersrenten-Ansprüche.
= II. Nr. 16047. Pries — Rechtsschutz betreffend.
= II. Nr. 16049. Leuwer — Gewährung von Invalidenwohlthaten.
= II. Nr. 16050. Jendrikowski — Entschädigungsansprüche.

cfr. Sechszehntes Verzeichniß — Nr. 680 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 16173. Venske — Gewährung von Invalidenwohlthaten.
= II. Nr. 16345. Wittwe Kahlert — Gewährung einer Unterstützung.
= II. Nr. 16344. König — } Rechtsschutz betreffend.
= II. Nr. 16503. Weggler — }
Journ. II. Nr. 16444. Magistrat zu Neidenburg — Ausbau einer Sekundärbahn zur Vollbahn.
= II. Nr. 16539. Imbierowicz — Invalidenrenten-Ansprüche.

cfr. Siebzehntes Verzeichniß — Nr. 718 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 16570. Reusch — } Rechtsschutz betreffend.
= II. Nr. 16604. Wwe. Kurr — }
= II. Nr. 16605. Platzer — }
= II. Nr. 16667. Menzel — Erhöhung einer Unterstützung.
= II. Nr. 16707. Schulz — Invalidenrenten-Ansprüche.
= II. Nr. 16948. Zyczywek — } Gewährung von Kriegstheilnehmer-Beihülfen.
= II. Nr. 16949. Grünberg — }
= II. Nr. 16951. Rominsky — Invalidenrenten-Ansprüche.
= II. Nr. 16952. Jendrikowski — Wiederaufnahme eines Strafverfahrens.
= II. Nr. 17034. Wwe. Zmich — Bewilligung einer laufenden Unterstützung.
= II. Nr. 17035. Witzke — Unfallrenten-Ansprüche.
= II. Nr. 17579. Rieß — Gewährung von Invalidenunterstützung.
= II. Nr. 17580. Gallin — Erhöhung der Kriegstheilnehmer-Beihülfe.
= II. Nr. 17584. Wählmann — Aufhebung seiner Entmündigung 2c.
= II. Nr. 28032. Behrbaum — Invalidenpensions-Ansprüche.
(Vom Abgeordneten v. Treuenfels überreicht.)

cfr. Achtzehntes Verzeichniß — Nr. 762 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 46959. Bluschke — Beschwerde über Justizpersonen.
= II. Nr. 49235. Fuhrmann — Rechtsschutz betreffend.
= II. Nr. 49316. Berkowski — Wiederaufnahme eines Strafverfahrens.

cfr. Neunzehntes Verzeichniß — Nr. 844 der Drucksachen —.

Journ. II. Nr. 50524. Steprath — Nachlaßregulirung betreffend.
= II. Nr. 54118. Abänderung des Münzgesetzes betreffend.

Berlin, den 9. Juni 1900.

Nr. 894.

Abänderungs-Antrag

zur

zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten — Nr. 796 der Drucksachen —.

Baudert. Der Reichstag wolle beschließen:

in **§. 14** Abs. 2 Zeile 3 hinter den Worten „bestimmten Personen" zu setzen:

„dem Arzte, dem Seelsorger oder der auf Wunsch des Kranken zu seiner Behandlung verlangten Person".

Der auf Nr. 892 unter 3. gestellte Antrag wird zurückgezogen.

Berlin, den 9. Juni 1900.

Nr. 895.

Zusammenstellung

des

von dem Abgeordneten Müller (Fulda) eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 (Reichs-Gesetzbl. S. 381)
— Nr. 713 und Nr. 870 der Drucksachen —

mit

den Beschlüssen des Reichstags in zweiter Berathung.*

Antrag Müller (Fulda).

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 (Reichs-Gesetzbl. S. 381).

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen rc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Das Reichsstempelgesetz vom 27. April 1894 wird wie folgt geändert:

Artikel 1.

Die Ueberschrift in Abschnitt I wird wie folgt ergänzt:

I. Aktien, Kuxe, Renten und Schuldverschreibungen.

Artikel 2.

In dem Tarif zum Reichsstempelgesetz vom 27. April 1894 (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 27. April 1894, Reichsgesetzblatt Seite 381) wird der Steuersatz

zu Nummer 1a (inländische Aktien) von 1 vom Hundert auf $1^1/_2$ vom Hundert

zu 1b (ausländische Aktien) von $1^1/_2$ vom Hundert auf 2 vom Hundert

zu 2b (ausländische Renten- und Schuldverschreibungen) von 6 vom Tausend auf 8 vom Tausend

erhöht.

Nach 1b wird eingeschaltet:

c) Antheile gewerkschaftlich betriebener Bergwerke (Kuxe, Kuxscheine) soweit die Gewerkschaften in 1000 oder mehr Theile (Kuxe) getheilt sind, 30,— *M.*, soweit die Gewerkschaften in weniger als 1000 Theile (Kuxe) getheilt sind, 300,— *M.* von jeder einzelnen Urkunde.

Beschlüsse des Reichstags.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen rc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Artikel 1.

Der Tarif zum Reichsstempelgesetz vom 27. April 1894 (Reichs-Gesetzblatt Seite 381) erhält die aus der Anlage ersichtliche Fassung.**

---

* Die Veränderungen gegen die Kommissionsbeschlüsse sind in lateinischer Schrift gedruckt.

** cfr. Seite 5652.

Antrag Müller (Fulda).

Vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegebene Antheile sind der vorbezeichneten Abgabe nicht unterworfen.

Die Abstufungen in der Spalte „Berechnung der Stempelabgabe" werden

zu 1a auf . . . . . 1,50 ℳ
" 1b " . . . . . 2,— "

zu 2b auf 80 Pfennig für je 100 ℳ oder einen Bruchtheil dieses Betrages festgesetzt.

Artikel 3.

Die Stempelabgabe von den Genußscheinen, Anmerkung zu Tarifnummer 1 und 2 wird für

a) solche, welche als Ersatz an Stelle erloschener Aktien ausgegeben werden, auf . 0,50 ℳ,
b) alle übrigen und zwar
1. inländische auf . . . . . 15 "
2. ausländische auf . . . . 20 "

festgesetzt.

Artikel 4.

Die Bestimmung, betreffend die „Ermäßigung" zu Nr. 4a des Tarifs, erhält im Abs. 1 folgenden Zusatz:

Bei Arbitragegeschäften über Werthpapiere der unter Nr. 4a 3 bezeichneten Art beträgt die Ermäßigung 2/10 vom Tausend für jedes der beiden einander gegenüberstehenden Geschäfte.

Artikel 5.

Der Tarif wird ferner abgeändert und ergänzt wie folgt:

Die beabsichtigte Aenderung befindet sich in der Gegenüberstellung zu dem bisherigen Tarif — Nr. 870 der Drucksachen —, Zu Seiten 5566, 5570, 5572.

Artikel 6.

Die §§. 1, 6 Abs. 1 und 29 des Gesetzes erhalten nachstehende Fassung:

§. 1.

Die in dem anliegenden Tarif unter 1, 2, 3, 5, 6 und 7 bezeichneten Urkunden und unter 4 bezeichneten Geschäfte unterliegen den daselbst aufgeführten Abgaben nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen.

§. 6 Abs. 1.

Bezüglich der vor dem 1. Juli 1900 ausgegebenen inländischen und mit dem Reichsstempel versehenen ausländischen Werthpapiere bewendet es bei den bisherigen Vorschriften. Dasselbe gilt für die nach dem genannten Zeitpunkt ausgegebenen inländischen Werthpapiere in Ansehung der vorher geleisteten Zahlungen.

Beschlüsse des Reichstags.

Artikel 2.

§. 1 des Reichsstempelgesetzes wird gestrichen.

Im §. 2 werden die Worte „Tarifnummer 1 bis 3" ersetzt durch: „Nummer 1 bis 3 des anliegenden Tarifs".

Artikel 3.

§. 6 Abs. 1 **des Gesetzes erhält nachstehende Fassung:**

Bezüglich der vor dem 1. Juli 1900 ausgegebenen inländischen und mit dem Reichsstempel versehenen ausländischen Werthpapiere bewendet es bei den bisherigen Vorschriften. Dasselbe gilt für die nach dem genannten Zeitpunkt ausgegebenen inländischen Werthpapiere in Ansehung der vorher geleisteten Zahlungen.

Artikel 4. **(Neu.)**

I. Im §. 8 Abs. 3 des Gesetzes wird statt „(Artikel 360 des Handelsgesetzbuchs)" gesetzt:
„(Artikel 383 des Handelsgesetzbuchs)".

II. Im §. 9 Ziffer 3 des Gesetzes wird statt „Artikel 28" gesetzt:
„Artikel 38".

III. In §. 10 Abs. 1 des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 sind hinter die Worte „das abgabepflichtige Geschäft" folgende Worte einzuschalten:
„am Tage des Geschäftsabschlusses".

IV. Nach §. 12 des Reichsstempelgesetzes wird als §. 12a folgende Bestimmung eingefügt:

Antrag Müller (Fulda).

Beschlüsse des Reichstags.

§. 12a.

Führt der Kommissionär an demselben Tage eine Einkaufskommission und eine Verkaufskommission über Werthpapiere derselben Gattung durch Eintritt als Selbstkontrahent aus, so ist für jedes der beiden Geschäfte, insoweit sie sich ausgleichen, neben der tarifmäßigen Abgabe eine weitere Abgabe in Höhe der Hälfte des Tarifsatzes zu entrichten, es sei denn, daß der Kommissionär zur Deckung eines der beiden Aufträge ein abgabepflichtiges Geschäft mit einem Dritten abgeschlossen hat. Die Bestimmungen über die Erhebung der weiteren Abgabe und über die zur Sicherung dieser Erhebung erforderlichen Maßregeln, insbesondere über die Art der Buchführung werden vom Bundesrath getroffen.

V. Im §. 14 des Reichsstempelgesetzes fallen hinter den Worten „nummerirt von" fort die Worte:

„den im §. 39 bezeichneten Anstalten sowie".

VI. Im §. 15 des Gesetzes wird statt „Artikel 28" gesetzt: „Artikel 38".

Artikel 5. **(Neu.)**

I. Abschnitt III des Reichsstempelgesetzes erhält folgende Ueberschrift: **„Spiel und Wette."**

II. §. 22 des Gesetzes erhält folgenden Abs. 2:

Inwieweit Ausspielungen, bei welchen keine Spielausweise ausgegeben werden, zur Steuer heranzuziehen sind, ist vom Bundesrath zu bestimmen und öffentlich bekannt zu machen.

III. Hinter §. 22 des Reichsstempelgesetzes wird die nachfolgende Bestimmung eingeschaltet:

§. 22a.

Den Spieleinlagen stehen im Sinne der Tarifnummer 5 die Wetteinsätze bei öffentlich veranstalteten Rennen und ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen gleich.

Wer im Inlande solche Wetteinsätze entgegennimmt, ist verpflichtet, versteuerte Ausweise hierüber auszustellen.

IV. §. 24 des Gesetzes erhält nachstehende Absätze 2 und 3:

Den ausländischen Loosen oder Ausweisen über Spieleinlagen stehen Ausweise über Einsätze bei ausländischen Wettunternehmungen für öffentlich veranstaltete Rennen und ähnliche öffentliche Veranstaltungen gleich. Wer, ohne solche Ausweise vom Auslande einzuführen, Wetten der bezeichneten Art vermittelt, ist, sofern er diese Vermittelung gewerbsmäßig betreibt, verpflichtet, versteuerte Ausweise über die Wetteinsätze auszustellen.

Gewerbsmäßige Vermittler von Wetten der vorbezeichneten *sowie der im §. 22a bezeichneten Art unterstehen der Aufsicht der Steuerbehörden nach näherer Bestimmung des Bundesraths.

V. Im §. 26 Abs. 1 des Gesetzes wird Zeile 1 statt „§§. 22 bis 24" gesetzt:

„§§. 22, 22a, 23 und 24".

VI. §. 26 Abs. 2 des Gesetzes fällt fort.

* Aenderungen nach dem Antrage Graf v. Oriola — Nr. 885I der Drucksachen —.

Antrag Müller (Fulda).

§. 29.

Loose u. s. w. inländischer Unternehmungen, für welche vor dem 1. Juli 1900 die obrigkeitliche Erlaubniß bereits ertheilt ist, sowie ausländische Loose, welche vor diesem Zeitpunkt eingeführt, auch binnen drei Tagen nach demselben angemeldet sind, und die Loose von Staatslotterien, deren Ausgabe auch nur für eine Klasse bereits vor diesem Zeitpunkte begonnen hat, unterliegen, sofern die Ziehung der Loose vor dem 1. Januar 1901 beendet ist, der Reichsstempelabgabe nur nach Maßgabe der bisherigen Bestimmungen.

Artikel 7.

Das Gesetz erhält hinter §. 30 die nachstehende Einschaltung:

III. Schiffsfrachturkunden und Schiffsfahrkarten.

(Tarifnummer 6 und 7.)

§. 30a.

Die Beförderung von Gütern im Seeverkehr (Nr. 6 des Tarifs) nach und von deutschen Häfen darf nur auf Grund einer die Beurkundung des Frachtvertrags enthaltenden Schiffsfrachturkunde (Konnossement), ebenso die Beförderung von Personen von deutschen nach ausländischen Häfen nur auf Grund eines Ausweises über die erfolgte Bezahlung des Personenfahrgeldes stattfinden.

Die Verpflichtung zur Entrichtung der unter Nr. 6 des Tarifs bezeichneten Stempelabgabe liegt bei Urkunden, welche im Inlande ausgestellt werden, dem Aussteller, bei den im Auslande ausgestellten Urkunden demjenigen ob, der das Schriftstück im Inlande aushändigt.

§. 30b.

Werden im Inlande Konnossemente ausgestellt, so ist eine gleichlautende Urkunde dem Führer des Schiffes auszuhändigen oder, falls er selbst der Aussteller ist, von ihm zurückzubehalten und von dieser Urkunde die Steuer zu entrichten. Auf den übrigen Urkunden ist zu vermerken, daß und in welchem Betrage die Steuer entrichtet worden ist.

Der Betrag der Seefracht und des Raumgehalts, bezw. soweit die Fracht nach dem Gewicht berechnet wird, des Gewichts der Ladung ist auf

Beschlüsse des Reichstages.

Artikel 6.

§. 29 des Gesetzes erhält folgende Fassung:

§. 29.*

Loose u. s. w. inländischer Unternehmungen, für welche vor dem 1. Juli 1900 die obrigkeitliche Erlaubniß ertheilt ist, unterliegen, sofern die Ziehung der Loose vor dem 1. Januar 1902 beendet ist, der Reichsstempelabgabe nur nach Massgabe der bisherigen Bestimmungen.

Ausländische Loose, welche vor dem 1. Juli 1900 eingeführt, auch binnen drei Tagen nach demselben angemeldet sind, und die Loose von Staatslotterien, deren Ausgabe auch nur für eine Klasse bereits vor diesem Zeitpunkte begonnen hat, unterliegen, sofern die Ziehung der Loose vor dem 1. Januar 1901 beendet ist, der Reichsstempelabgabe nur nach Maßgabe der bisherigen Bestimmungen.

Für das Wetten an Totalisatoren auf inländischen Rennplätzen finden die bisherigen Bestimmungen bis zum 1. Januar 1901 Anwendung.

Artikel 7.

Hinter §. 30 **des Gesetzes werden folgende Bestimmungen eingeschaltet:**

IIIa. Schiffsfrachturkunden.

(Tarifnummer 6.)

§. 30a.

Die Beförderung von Gütern im **Schiffsverkehr zwischen inländischen und ausländischen Seehäfen oder zwischen inländischen Flußhäfen und ausländischen Seehäfen darf nur erfolgen, wenn eine Urkunde der im Tarif bezeichneten Art ausgestellt wird. Die Ablieferung von Gütern, die im Schiffsverkehr vom Auslande nach dem Inlande befördert sind, darf nur erfolgen, wenn eine Urkunde der bezeichneten Art ausgehändigt wird.**

Auf den Postverkehr und die Beförderung des Gepäcks der Reisenden finden diese Vorschriften keine Anwendung.

§. 30b.

Die Verpflichtung zur Entrichtung der unter Nr. 6 des Tarifs bezeichneten Stempelabgabe liegt bei Urkunden, welche im Inlande ausgestellt werden, dem **Ablader, bei den im Auslande ausgestellten Urkunden **dem Empfänger der Sendung ob.**

§. 30c.

Wird eine Urkunde der bezeichneten Art im Inlande ausgestellt, so ist **die Abgabe von einer Abschrift zu entrichten, die dem Rheder auszuhändigen, oder falls** **diesem selbst die Verpflichtung zur Entrichtung der Abgabe obliegt, **von ihm zurückzubehalten ist.**

Hat der Rheder seine Niederlassung im Auslande, so tritt an seine Stelle der inländische Vertreter.

* §. 29 nach den Anträgen Wörle — Nr. 886 der Drucksachen — und Graf v. Oriola — Nr. 885, 2 der Drucksachen — beschlossen.

** Aenderungen nach dem Antrage Frese. Dr. Paasche — Nr. 891 der Drucksachen — beschlossen.

Antrag Müller (Fulda).

jedem einzelnen Schriftstück anzugeben. Sind in einem Konnossement verschiedene Bestimmungsorte enthalten, in der Art, daß sich erst später entscheidet, nach welchem dieser Orte die Güter zu befördern sind, so ist der höchste der hierbei in Betracht kommenden Frachtbeträge anzugeben. Ist aus anderen Gründen die Höhe der Fracht noch unbestimmt, so ist unter Angabe der hierfür maßgebenden Vereinbarungen der voraussichtlich höchste Betrag auf dem Schriftstück zu vermerken.

§. 30c.

Die Abgabe muß entrichtet werden, bevor die Aushändigung des Schriftstückes erfolgt. Ausnahmen von dieser Vorschrift zuzulassen, ist der Bundesrath ermächtigt.

§. 30d.

Ist die Entrichtung der Abgabe von den dazu verpflichteten Personen unterlassen worden, so ist sie von jedem ferneren Inhaber des nicht gestempelten Schriftstückes binnen drei Tagen nach dem Tage des Empfangs und jedenfalls vor der weiteren Aushändigung des Schriftstücks, sofern diese im Inlande erfolgt, zu bewirken.

§. 30e.

Die im §. 30a gedachte Verpflichtung wird erfüllt durch Verwendung von Vordrucken, die vor dem Gebrauch vorschriftsmäßig abgestempelt sind, oder von Stempelmarken nach näherer Anordnung des Bundesraths.

Dem Bundesrath steht auch die Bestimmung darüber zu, ob und in welchen Fällen die Entrichtung der Abgabe ohne Verwendung von Stempelzeichen erfolgen darf.

§. 30f.

Die Nichterfüllung der Steuerpflicht wird mit einer Geldstrafe bestraft, welche dem 25fachen Betrage der vorenthaltenen Abgabe gleichkommt, mindestens aber 20 Mark beträgt.

Diese Strafe trifft besonders und zum vollen Betrage jeden, der die ihm obliegende Verpflichtung zur Entrichtung der Abgabe nicht rechtzeitig erfüllt.

Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher Güter im Seeverkehr nach und von deutschen Häfen, oder Personen von deutschen nach ausländischen Häfen ohne die in §. 30a vorgeschriebenen Urkunden bezw. Ausweise befördert, oder ein Konnossement mit einem unrichtigen Vermerk der im §. 30b bezeichneten Art versieht.

Kann der Betrag der hinterzogenen Abgabe nicht festgestellt werden, so tritt statt der im Abs. 1 gedachten Strafe eine Geldstrafe von 20 bis 5000 Mark ein.

§. 30g.

Wer die Beförderung von Gütern als Gewerbe betreibt, hat, wenn er nach erfolgter Bestrafung auf Grund des §. 30f von Neuem der dort bezeichneten Vorschrift zuwiderhandelt, neben der Strafe des §. 30f die im §. 20 vorgesehene Rückfallstrafe verwirkt.

Beschlüsse des Reichstags.

§. 30d.

Die Abgabe muß entrichtet werden **bei im Inlande ausgestellten Schriftstücken,** bevor die Aushändigung der Urkunde durch den *Ablader erfolgt, **bei im Auslande ausgestellten binnen drei Tagen, nachdem die Urkunde in den Besitz des Empfängers der Sendung gelangt ist. Die Schriftstücke, von welchen die Abgabe zu entrichten ist, sind während der Dauer eines Jahres aufzubewahren.**

§. 30e.

Ist die Entrichtung der Abgabe von den dazu verpflichteten Personen unterlassen worden, so ist sie von jedem ferneren Inhaber des nicht gestempelten Schriftstückes binnen drei Tagen nach dem Tage des Empfangs und jedenfalls vor der weiteren Aushändigung des Schriftstücks zu bewirken.

§. 30f.

Unverändert wie §. 30e des Antrages.

§. 30g.

Die Nichterfüllung der Steuerpflicht wird mit einer Geldstrafe bestraft, welche dem 25fachen Betrage der vorenthaltenen Abgabe gleichkommt, mindestens aber 20 Mark beträgt.

Diese Strafe trifft besonders und zum vollen Betrage jeden, der die ihm obliegende Verpflichtung zur Entrichtung der Abgabe nicht rechtzeitig erfüllt.

Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher **der Vorschrift des §. 30a zuwider Güter befördert oder ausliefert, ohne daß eine der vorgeschriebenen Urkunden ausgestellt oder ausgehändigt wird.**

Kann der Betrag der hinterzogenen Abgabe nicht festgestellt werden, so tritt statt der im Abs. 1 gedachten Strafe eine Geldstrafe von 20 bis 5 000 Mark ein.

§. 30h.

Wer die Beförderung von Gütern als Gewerbe betreibt, hat, wenn er nach erfolgter Bestrafung auf Grund des §. 30g von Neuem der dort bezeichneten Vorschrift zuwiderhandelt, neben der Strafe des §. 30g die im §. 20 vorgesehene Rückfallstrafe verwirkt.

**

* Aenderung nach dem Antrage Frese. Dr. Paasche — Nr. 891 der Drucksachen — beschlossen.

** §§. 30h bis 30p des Initiativ-Antrages Müller (Fulda) — Nr. 718 der Drucksachen — sind fortgefallen.

Antrag Müller (Fulda).

§. 30i.

Enthält ein Schriftstück außer der Beurkundung eines Frachtvertrages noch eine andere, einer landesgesetzlichen Stempelabgabe unterliegende Beurkundung, so finden die landesgesetzlichen Vorschriften neben den Bestimmungen dieses Gesetzes Anwendung.

Im Uebrigen unterliegen die Schriftstücke keiner weiteren Stempelabgabe (Taxe, Sportel u. s. w.) in den einzelnen Bundesstaaten.

Artikel 7.

Im §. 34 Abs. 2 des Gesetzes wird statt „§§. 3 19 und 26" gesetzt: „§§. 3, 19, 26 und *30f*".

Im §. 39 Abs. 2 des Gesetzes wird hinter „Geschäfte der unter Nr. 4 des Tarifs bezeichneten Art" eingeschaltet:

„oder die Beförderung von Gütern oder Personen im Seeverkehr".

Am Schlusse desselben Absatzes wird hinzugefügt:

„Die Steuerdirektivbehörden können anordnen, daß auch anderweit bei Personen, welche Geschäfte der bezeichneten Art gewerbsmäßig betreiben oder vermitteln, eine Prüfung der Abgabenentrichtung vorzunehmen ist."

Artikel 8.

Insoweit für das Rechnungsjahr 1900 die Erträge an Reichsstempelabgaben das Etatssoll der Ueberweisungen aus den letzteren übersteigen, ist der Ueberschuß zur Verstärkung der Betriebsmittel der Reichskasse zurückzuhalten.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, die unter Berücksichtigung der obigen Aenderungen sich ergebende Fassung des Reichsstempelgesetzes in einer fortlaufenden Nummernfolge der Abschnitte und Paragraphen mit dem Datum des vorliegenden Gesetzes durch das Reichs-Gesetzblatt bekannt zu machen.

Beschlüsse des Reichstags.

§. 30i.

Unverändert.

Artikel 8.

Im §. 34 Abs. 2 des Gesetzes wird statt „§§. 3, 19 und 26" gesetzt: „§§. 3, 19, 26 und 30g".

Der §. 39 Abs. 2 des Gesetzes wird wie folgt geändert:

Der Prüfung in Bezug auf die Abgabenentrichtung unterliegen alle diejenigen, welche abgabepflichtige Geschäfte der unter Nummer 4 des Tarifs bezeichneten Art* oder die Beförderung von Gütern im Schiffsverkehr (Nr. 6 des Tarifs) gewerbsmäßig betreiben oder vermitteln.

Artikel 9.

Insoweit für das Rechnungsjahr 1900 die Erträge an Reichsstempelabgaben das Etatssoll der Ueberweisungen aus den letzteren übersteigen, ist der Ueberschuß zur Verstärkung der Betriebsmittel der Reichskasse zurückzuhalten.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem noch in dieser Session des Reichstages zu erlassenden Gesetz, betreffend die deutsche Flotte, am 1. Juli 1900 in Kraft.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Fassung des Reichsstempelgesetzes, **welche sich aus vorstehenden Bestimmungen und aus dem Erlaß des Handelsgesetzbuches für das Deutsche Reich ergiebt,** in einer fortlaufenden Nummernfolge der Abschnitte und Paragraphen mit dem Datum des vorliegenden Gesetzes durch das Reichs-Gesetzblatt bekannt zu machen.

Urkundlich 2c.

Gegeben 2c.

* Umstellungen der Worte „bezeichneten Art" die in den Kommissionsbeschlüssen vor dem Worte „gewerbsmäßig" standen, sind berichtigend vor das Wort „oder" gesetzt.

Berlin, den 9. Juni 1900.

Anlage.

Zu Artikel 1.

Tarif.

Der in der Zusammenstellung A abgedruckte Tarif der Kommissionsbeschlüsse, Seite 5563 ff. — Nr. 870 der Drucksachen — **ist in allen Theilen unverändert nach den Kommissionsbeschlüssen bis auf die Aenderungen, wie folgt angenommen,** welche nach dem Antrage Bassermann — Nr. 878 der Drucksachen — zu 1a und 1b des Tarifs letzte Spalte „Berechnung der Stempelabgaben" beschlossen sind.

Die Fassung lautet an dieser Stelle wie folgt:

Beschlüsse der Kommission.	**Beschlüsse des Reichstags in zweiter Lesung.**
Berechnung der Stempelabgabe.	Berechnung der Stempelabgabe.
vom Nennwerthe, **zuzüglich des Betrages, um welchen die inländischen Aktien höher als der Nennwerth ausgegeben werden,** bei Interimsscheinen vom Betrage der bescheinigten Einzahlungen, und zwar zu 1a in Abstufungen von 2 Mark, zu 1b in Abstufungen von $2^1/_2$ Mark, für je 100 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages.	vom Nennwerthe, bei Interimsscheinen und nicht voll gezahlten Namensaktien vom Betrage der bescheinigten Einzahlungen, und zwar: zu 1a in Abstufungen von 2 Mark, zu 1b in Abstufungen von $2^1/_2$ Mark, für je 100 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages. Bei inländischen Aktien u. s. w. erfolgt die Versteuerung zuzüglich des Betrages, zu welchem sie höher, als der Nennwerth lautet, ausgegeben werden.
Der nachweislich versteuerte Betrag der Interimsscheine wird auf den Betrag der demnächst etwa zu versteuernden Aktien u. s. w. angerechnet.	Der nachweislich versteuerte Betrag der Interimsscheine wird auf den Betrag der demnächst etwa zu versteuernden Aktien u. s. w. angerechnet. Das Gleiche gilt von dem versteuerten Betrage nicht voll gezahlter Aktien bei späteren Einzahlungen.
Ausländische Werthe werden nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umgerechnet.	Ausländische Werthe werden nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umgerechnet.

Nr. 896.

Zusammenstellung

des

Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Zolltarifgesetzes (Antrag Bassermann und Genossen — Nr. 716 der Drucksachen —), mit den Beschlüssen des Reichstages in zweiter Berathung.

Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Zolltarifgesetzes.

Vorlage.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Im Zolltarif wird die Tarifnummer 25 folgendermaßen geändert:

b) 1. Liqueure	statt 180 M.	240 M.
2. alle übrigen Branntweine		
a) in Fässern . . .	statt 125 „	160 „
b) in Flaschen, Krügen oder anderen Umschließungen	statt 180 „	240 „
e) Wein		
2. in Flaschen eingehend		
α. Schaumweine . . .	statt 80 „	120 „

Urkundlich ꝛc.
Gegeben ꝛc.

Beschlüsse des Reichstages.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Artikel 1.

Der Zolltarif wird in nachstehender Weise abgeändert:

1. In der Nr. 5 kommen unter a 1. die Worte: „mit Ausnahme des Schwefeläthers", unter a 2. das Wort „Schwefeläther" in Fortfall.

2. In der Nr. 25 erhalten die Positionen a, b und e 2α folgende Fassung:

a) Bier aller Art, auch Meth .	**6 M**
b) Branntwein aller Art, auch Arrak, Rum, Franzbranntwein und versetzte Branntweine	
1. Liköre	240 „
2. alle übrigen Branntweine	
α) in Fässern	160 „
β) in Flaschen, Krügen oder anderen Umschließungen . .	240 „
e) 2α. Schaumweine	120 „

für 100 Kilogramm.

Artikel 2.

Die *Bestimmungen des Artikels 1 **treten am 1. Juli 1900 in Kraft.**

Urkundlich ꝛc.
Gegeben ꝛc.

* An dieser Stelle standen in den Kommissionsbeschlüssen die Worte: „obigen Zollerhöhungen", welche nach dem handschriftlichen Antrag Dr. Paasche ersetzt sind durch die Worte: „Bestimmungen des Artikels 1".

In zweiter Berathung angenommene Resolution.

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zur nächsten Session dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Besteuerung der im Inlande hergestellten Schaumweine einführt und gleichzeitig einen Deklarationszwang für die mit künstlichem Zusatz von Kohlensäure hergestellten Schaumweine schafft sowie bestimmt, daß in Deutschland angefertigte Schaumweine nur unter Angabe des Herstellungsortes in den Handel gebracht werden dürfen.

Berlin, den 9. Juni 1900.

Nr. 897/899.

Abänderungs-Anträge

zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten — Nr. 796 der Drucksachen —.

Nr. 897. Dr. **Böckel.** Der Reichstag wolle beschließen: den **§. 5** Abs. 2 „Durch Beschluß des Bundesraths" bis „ausgedehnt werden" zu streichen.

Nr. 898. Rembold. Der Reichstag wolle beschließen: den **§. 14** Abs. 2 zu ändern wie folgt:

1. hinter Satz 1 einzuschieben:
   Angehörigen und Urkundspersonen ist, insoweit es zur Erledigung wichtiger und dringender Angelegenheiten geboten ist, der Zutritt zu dem Kranken unter Beobachtung der erforderlichen Maßregeln gegen eine Weiterverbreitung der Krankheit gestattet.
2. im Fall der Annahme dieses Antrages im bisherigen Satz 2 statt „zu diesem Zwecke" zu setzen: „zum Zwecke der Absonderung".

Rembold.

Dr. Bachem. Beck (Aichach). Gröber. Dr. Hitze. Graf v. Hompesch. Horn (Neiße). Krebs. Ritter v. Lama. Lehemeir. Linder. Lurz. Dr. Marcour. Dr. Opfergelt. Dr. Spahn. Speck. Freiherr v. Thünefeld. Dr. Weißenhagen.

Nr. 899. Reißhaus. Der Reichstag wolle beschließen:
(Unter Zurückziehung der Nr. 890.)
dem **§. 14** folgenden Zusatz zu geben:
Durch die Absonderung des Kranken oder Krankheitsverdächtigen darf ein Zwang auf die von demselben gewünschte Heilmethode nicht ausgeübt werden und ist derselbe nach der von ihm gewünschten Heilmethode zu behandeln. Bis zum vollendeten 14. Lebensjahre bestimmen die Eltern oder Vormünder dieselbe.

Berlin, den 11. Juni 1900.

Nr. 900/901.

Abänderungs-Anträge

zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Aenderungen des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete (Reichs-Gesetzbl. 1888 S. 75, Reichs-Gesetzbl. 1899 S. 365) — Nr. 881 der Drucksachen —.

Nr. 900. Beck (Heidelberg). **Kirsch.** Dr. **Oertel** (Sachsen). **Schrader.** Der Reichstag wolle beschließen:

1. in Artikel 1: I. **§. 2b** Zeile 4 im zweiten Satz statt der Worte „bestimmte andere Arten von Personen" zu setzen:
   „bestimmte andere Theile der Bevölkerung".
2. in Artikel 1: III. Abs. 3 Zeile 3 und 4 letzter Satz ebenso statt „bestimmte andere Arten von Personen" zu setzen:
   „bestimmte andere Theile der Bevölkerung".

Nr. 901. Gröber und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:
in **Artikel 1** als Ziffer IIIa folgende Bestimmung aufzunehmen:

Als §. 10a wird folgende Vorschrift eingefügt:

§. 10a.

Den Angehörigen der im Deutschen Reich anerkannten Religionsgemeinschaften werden in den Schutzgebieten Gewissensfreiheit und religiöse Duldung gewährleistet. Die freie und öffentliche Ausübung dieser Kulte, das Recht der Erbauung gottesdienstlicher Gebäude und der Einrichtung von Missionen der bezeichneten Religionsgemeinschaften unterliegen keinerlei gesetzlicher Beschränkung noch Hinderung.

Berlin, den 11. Juni 1900.

Gröber.

Aigner. Prinz v. Arenberg. Dr. Bachem. Beck (Aichach). Biesenbach. Brandenburg. Bumiller. Cahensly. Echinger. Frank. Fritzen (Düsseldorf). Fritzen (Rees). Graf v. Galen. Gerstenberger. Glowatzki. Hartmann. Dr. Freiherr Heereman v. Zuydwyk. Dr. Hille. Dr. Hitze. Hofmann (Ellwangen). Graf v. Hompesch. Horn (Neiße). Hubrich. Hug. Humann. Dr. Jäger. Kirsch. Klose. Kohl. Krebs. Ritter v. Lama. Lehemeir. Dr. Lender. Letocha. Dr. Lieber (Montabaur). Linder. Lurz. Graf Magnis. Dr. Marcour. Mayer (Landshut). Götz v. Olenhusen. Dr. Opfergelt. Pingen. Graf v. Preysing. Ranner. Rembold. Dr. Rintelen. Schaettgen. Freiherr v. Schele-Schelenburg. Schüler. Schuler. Schwarze (Lippstadt). Dr. Spahn. Speck. Szmula. Tasch. Trimborn. Freiherr v. Thünefeld. Wallenborn. Dr. Weißenhagen. Wellstein. Werthmann. de Witt (Köln).

Nr. 902.

Abänderungs-Anträge

zur dritten Berathung des von dem Abgeordneten Müller (Fulda) eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 — Nr. 895 der Drucksachen —.

Hilbck. Müller (Fulda). Graf **v. Oriola.** Dr. **Paasche.** Der Reichstag wolle beschließen:

1. in Nr. 1c des Tarifs Abs. 2 hinter „dienen" hinzuzufügen:
   „oder zur Erhaltung des Betriebes in seinem bisherigen Umfange bestimmt sind und verwendet werden";
2. den Steuersatz statt auf 2 vom Hundert auf 1 vom Hundert herabzusetzen;
3. in Abs. 3 statt „Gewerkschaftskasse" das Wort „Gewerkschaft" zu setzen;
4. in Nr. 4a 3 des Tarifs die Worte „Antheile gewerkschaftlich betriebener Bergwerke" durch „Antheile von bergrechtlichen Gewerkschaften" zu ersetzen.

Berlin, den 11. Juni 1900.

Hilbck. Müller (Fulda). Graf v. Oriola. Dr. Paasche. Prinz v. Arenberg. Graf v. Arnim. Bassermann. Bender. Biesenbach. Dr. Blankenhorn. Börner. Büsing. Prinz zu Carolath-Schönaich. Dr. Deinhard. Depken. Dr. Endemann. Faller. Franken. Friedel. Fritzen (Rees). Graßmann. Freiherr Heyl zu Herrnsheim. Dr. Hitze. Hofmann (Dillenburg). Horn (Goslar). Hosang. Kahlcke. Kettner. Kirsch. Kraemer. Krebs. Letocha. Lurz. Marbe. Mauser. Müller (Rudolstadt). Münch-Ferber. Pingen. Placke. Quentin. Rimpau. Dr. Rintelen. Schulze. Dr. Semler. Speck. Tönnies. Uhlemann.

Nr.

Zusammenstellung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend

— Nr. 690, 796 der Drucksachen — mit den

In allen Theilen unverändert nach den Beschlüssen der XXIV. Kommission —

Vorlage.

§. 14.

Für kranke und krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen kann eine Absonderung angeordnet werden.

Die Absonderung kranker Personen hat derart zu erfolgen, daß der Kranke mit anderen als den zu seiner Behandlung und Pflege bestimmten Personen nicht in Berührung kommt und eine Verbreitung der Krankheit thunlichst ausgeschlossen ist. Werden auf Erfordern der Polizeibehörde in der Behausung des Kranken die zu diesem Zwecke nothwendigen Einrichtungen nicht getroffen, so kann, falls der beamtete Arzt es für unerläßlich und ohne Schädigung des Kranken für zulässig erklärt, die Ueberführung des Kranken in ein Krankenhaus oder in einen anderen geeigneten Unterkunftsraum angeordnet werden. Dasselbe gilt, wenn die Absonderung nach dem Gutachten des beamteten Arztes in anderer Weise nicht durchführbar ist.

Auf die Absonderung krankheits- oder ansteckungsverdächtiger Personen finden die Bestimmungen des Abs. 2 sinngemäße Anwendung. Jedoch dürfen krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen nicht in demselben Raume mit kranken Personen untergebracht werden, auch sollen ansteckungsverdächtige Personen von krankheitsverdächtigen Personen soweit möglich getrennt bleiben.

Wohnungen oder Häuser, in welchen erkrankte Personen sich befinden, können kenntlich gemacht werden.

Für das berufsmäßige Pflegepersonal können Verkehrsbeschränkungen angeordnet werden.

Beschlüsse der Kommission.

§. 14.

Für kranke und krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen kann eine Absonderung angeordnet werden.

Die Absonderung kranker Personen hat derart zu erfolgen, daß der Kranke mit anderen als den zu seiner Pflege bestimmten Personen, **dem Arzte oder dem Seelsorger** nicht in Berührung kommt und eine Verbreitung der Krankheit thunlichst ausgeschlossen ist. Werden auf Erfordern der Polizeibehörde in der Behausung des Kranken die **nach dem Gutachten des beamteten Arztes** zu diesem Zwecke nothwendigen Einrichtungen nicht getroffen, so kann, falls der beamtete Arzt es für unerläßlich und ohne Schädigung des Kranken für zulässig erklärt, die Ueberführung des Kranken in ein **geeignetes** Krankenhaus oder in einen anderen geeigneten Unterkunftsraum angeordnet werden.

Auf die Absonderung krankheits- oder ansteckungsverdächtiger Personen finden die Bestimmungen des Abs. 2 sinngemäße Anwendung. Jedoch dürfen krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen nicht in demselben Raume mit kranken Personen untergebracht werden. Ansteckungsverdächtige Personen **dürfen in demselben Raume** mit krankheitsverdächtigen Personen **nur untergebracht werden, soweit der beamtete Arzt es für zulässig hält.**

Wohnungen oder Häuser, in welchen erkrankte Personen sich befinden, können kenntlich gemacht werden.

Für das berufsmäßige Pflegepersonal können Verkehrsbeschränkungen angeordnet werden.

*** Veränderungen gegen die Kommissions-Beschlüsse sind mit lateinischen Buchstaben gedruckt.**

903.*

die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten

Beschlüssen des Reichstags in zweiter Berathung.

Nr. 796 der Drucksachen — jedoch mit Ausnahme der hier folgenden Bestimmung.

Beschlüsse des Reichstags.

§. 14.

Für kranke und krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen kann eine Absonderung angeordnet werden.

Die Absonderung kranker Personen hat derart zu erfolgen, daß der Kranke mit anderen als den zu seiner Pflege bestimmten Personen, dem Arzte oder dem Seelsorger nicht in Berührung kommt und eine Verbreitung der Krankheit thunlichst ausgeschlossen ist. *Angehörigen und Urkundspersonen ist, insoweit es zur Erledigung wichtiger und dringender Angelegenheiten geboten ist, der Zutritt zu dem Kranken unter Beobachtung der erforderlichen Massregeln gegen eine Weiterverbreitung der Krankheit gestattet. Werden auf Erfordern der Polizeibehörde in der Behausung des Kranken die nach dem Gutachten des beamteten Arztes *zum Zwecke der Absonderung nothwendigen Einrichtungen nicht getroffen, so kann, falls der beamtete Arzt es für unerläßlich und **der behandelnde Arzt es ohne Schädigung des Kranken für zulässig erklärt, die Ueberführung des Kranken in ein geeignetes Krankenhaus oder in einen anderen geeigneten Unterkunftsraum angeordnet werden.

Auf die Absonderung krankheits- oder ansteckungsverdächtiger Personen finden die Bestimmungen des Abs. 2 sinngemäße Anwendung. Jedoch dürfen krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen nicht in demselben Raume mit kranken Personen untergebracht werden. Ansteckungsverdächtige Personen dürfen in demselben Raume mit krankheitsverdächtigen Personen nur untergebracht werden, soweit der beamtete Arzt es für zulässig hält.

Wohnungen oder Häuser, in welchen erkrankte Personen sich befinden, können kenntlich gemacht werden.

Für das berufsmäßige Pflegepersonal können Verkehrsbeschränkungen angeordnet werden.

* Dieser Satz und der Zusatz ist nach dem Antrage Rembold und Genossen — Nr. 899 der Drucksachen — beschlossen.

** Zusatz nach dem Antrage Baudert — Nr. 892 ad 2 der Drucksachen —.

In zweiter Berathung angenommene Resolution.

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen baldigst für das ganze Reichsgebiet eine allgemeine obligatorische Leichenschau vorgeschrieben wird.

Berlin, den 11. Juni 1900.

Nr. 904.

Entwurf eines Gesetzes

betreffend

die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten.

(Nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Berathung.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen rc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Anzeigepflicht.

§. 1.

Jede Erkrankung und jeder Todesfall an

Aussatz (Lepra), Cholera (asiatischer), Fleckfieber (Flecktyphus), Gelbfieber, Pest (orientalischer Beulenpest), Pocken (Blattern),

sowie jeder Fall, welcher den Verdacht einer dieser Krankheiten erweckt, ist der für den Aufenthaltsort des Erkrankten oder den Sterbeort zuständigen Polizeibehörde unverzüglich anzuzeigen.

Wechselt der Erkrankte den Aufenthaltsort, so ist dies unverzüglich bei der Polizeibehörde des bisherigen und des neuen Aufenthaltsorts zur Anzeige zu bringen.

§. 2.

Zur Anzeige sind verpflichtet:

1. der zugezogene Arzt,
2. der Haushaltungsvorstand,
3. jede sonst mit der Behandlung oder Pflege des Erkrankten beschäftigte Person,
4. derjenige, in dessen Wohnung oder Behausung der Erkrankungs- oder Todesfall sich ereignet hat,
5. der Leichenschauer.

Die Verpflichtung der unter Nr. 2 bis 5 genannten Personen tritt nur dann ein, wenn ein früher genannter Verpflichteter nicht vorhanden ist.

§. 3.

Für Krankheits- und Todesfälle, welche sich in öffentlichen Kranken-, Entbindungs-, Pflege-, Gefangenen- und ähnlichen Anstalten ereignen, ist der Vorsteher der Anstalt oder die von der zuständigen Stelle damit beauftragte Person ausschließlich zur Erstattung der Anzeige verpflichtet.

Auf Schiffen oder Flößen gilt als der zur Erstattung der Anzeige verpflichtete Haushaltungsvorstand der Schiffer oder Floßführer oder deren Stellvertreter. Der Bundesrath ist ermächtigt, Bestimmungen darüber zu erlassen, an wen bei Krankheits- und Todesfällen, welche auf Schiffen oder Flößen vorkommen, die Anzeige zu erstatten ist.

§. 4.

Die Anzeige kann mündlich oder schriftlich erstattet werden. Die Polizeibehörden haben auf Verlangen Meldekarten für schriftliche Anzeigen unentgeltlich zu verabfolgen.

§. 5.

Landesrechtliche Bestimmungen, welche eine weitergehende Anzeigepflicht begründen, werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

Durch Beschluß des Bundesraths können die Vorschriften über die Anzeigepflicht (§§. 1 bis 4) auf andere als die im §. 1 Abs. 1 genannten übertragbaren Krankheiten ausgedehnt werden.

Ermittelung der Krankheit.

§. 6.

Die Polizeibehörde muß, sobald sie von dem Ausbruch oder dem Verdachte des Auftretens einer der im §. 1 Abs. 1 genannten Krankheiten (gemeingefährliche Krankheiten) Kenntniß erhält, den zuständigen beamteten Arzt benachrichtigen. Dieser hat alsdann unverzüglich an Ort und Stelle Ermittelungen über die Art, den Stand und die Ursache der Krankheit vorzunehmen und der Polizeibehörde eine Erklärung darüber abzugeben, ob der Ausbruch der Krankheit festgestellt oder der Verdacht des Ausbruchs begründet ist. In Nothfällen kann der beamtete Arzt die Ermittelung auch vornehmen, ohne daß ihm eine Nachricht der Polizeibehörde zugegangen ist.

In Ortschaften mit mehr als 10 000 Einwohnern ist nach den Bestimmungen des Abs. 1 auch dann zu verfahren, wenn Erkrankungs- oder Todesfälle in einem räumlich abgegrenzten Theile der Ortschaft, welcher von der Krankheit bis dahin verschont geblieben war, vorkommen.

Die höhere Verwaltungsbehörde kann Ermittelungen über jeden einzelnen Krankheits- oder Todesfall anordnen. So lange eine solche Anordnung nicht getroffen ist, sind nach der ersten Feststellung der Krankheit von dem beamteten Arzte Ermittelungen nur im Einverständnisse mit der unteren Verwaltungsbehörde und nur insoweit vorzunehmen, als dies erforderlich ist, um die Ausbreitung der Krankheit örtlich und zeitlich zu verfolgen.

§. 7.

Dem beamteten Arzte ist, soweit er es zur Feststellung der Krankheit für erforderlich und ohne Schädigung des Kranken für zulässig hält, der Zutritt zu dem Kranken oder zur Leiche und die Vornahme der zu den Ermittelungen über die Krankheit erforderlichen Untersuchungen zu gestatten. Auch kann bei Cholera-, Gelbfieber- und Pestverdacht eine Oeffnung der Leiche polizeilich angeordnet werden, insoweit der beamtete Arzt dies zur Feststellung der Krankheit für erforderlich hält.

Der behandelnde Arzt ist berechtigt, den Untersuchungen, insbesondere auch der Leichenöffnung beizuwohnen.

Die in §§. 2 und 3 aufgeführten Personen sind verpflichtet, über alle für die Entstehung und den Verlauf der Krankheit wichtigen Umstände dem beamteten Arzte und der zuständigen Behörde auf Befragen Auskunft zu ertheilen.

§. 8.

Ist nach dem Gutachten des beamteten Arztes der Ausbruch der Krankheit festgestellt oder der Verdacht des Ausbruchs begründet, so hat die Polizeibehörde unverzüglich die erforderlichen Schutzmaßregeln zu treffen.

§. 9.

Bei Gefahr im Verzuge kann der beamtete Arzt schon vor dem Einschreiten der Polizeibehörde die zur Verhütung der Verbreitung der Krankheit zunächst erforderlichen Maßregeln anordnen. Der Vorsteher der Ortschaft hat den von dem beamteten Arzte getroffenen Anordnungen Folge zu leisten. Von den Anordnungen hat der beamtete Arzt der Polizeibehörde sofort schriftliche Mittheilung zu machen; sie bleiben so lange in Kraft, bis von der zuständigen Behörde anderweite Verfügung getroffen wird.

§. 10.

Für Ortschaften und Bezirke, welche von einer gemeingefährlichen Krankheit befallen oder bedroht sind, kann durch die zuständige Behörde angeordnet werden, daß jede Leiche vor der Bestattung einer amtlichen Besichtigung (Leichenschau) zu unterwerfen ist.

Schutzmaßregeln.

§. 11.

Zur Verhütung der Verbreitung der gemeingefährlichen Krankheiten können für die Dauer der Krankheitsgefahr Absperrungs- und Aufsichtsmaßregeln nach Maßgabe der §§. 12 bis 21 polizeilich angeordnet werden.

Die Anfechtung der Anordnungen hat keine aufschiebende Wirkung.

§. 12.

Kranke und krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen können einer Beobachtung unterworfen werden. Eine Beschränkung in der Wahl des Aufenthalts oder der Arbeitsstätte ist zu diesem Zwecke nur bei Personen zulässig, welche obdachslos oder ohne festen Wohnsitz sind oder berufs- oder gewohnheitsmäßig umherziehen.

§. 13.

Die höhere Verwaltungsbehörde kann für den Umfang ihres Bezirkes oder für Theile desselben anordnen, daß zureisende Personen, sofern sie sich innerhalb einer zu bestimmenden Frist vor ihrer Ankunft in Ortschaften oder Bezirken aufgehalten haben, in welchen eine gemeingefährliche Krankheit ausgebrochen ist, nach ihrer Ankunft der Ortspolizeibehörde zu melden sind.

§. 14.

Für kranke und krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen kann eine Absonderung angeordnet werden.

Die Absonderung kranker Personen hat derart zu erfolgen, daß der Kranke mit anderen als den zu seiner Pflege bestimmten Personen, dem Arzte oder dem Seelsorger nicht in Berührung kommt und eine Verbreitung der Krankheit thunlichst ausgeschlossen ist. Angehörigen und Urkundspersonen ist, insoweit es zur Erledigung wichtiger und dringender Angelegenheiten geboten ist, der Zutritt zu dem Kranken unter Beobachtung der erforderlichen Maßregeln gegen eine Weiterverbreitung der Krankheit gestattet. Werden auf Erfordern der Polizeibehörde in der Behausung des Kranken die nach dem Gutachten des beamteten Arztes zum Zwecke der Absonderung nothwendigen Einrichtungen nicht getroffen, so kann, falls der beamtete Arzt es für unerläßlich und der behandelnde Arzt es ohne Schädigung des Kranken für zulässig erklärt, die Ueberführung des Kranken in ein geeignetes Krankenhaus oder in einen anderen geeigneten Unterkunftsraum angeordnet werden.

Auf die Absonderung krankheits- oder ansteckungsverdächtiger Personen finden die Bestimmungen des Abs. 2 sinngemäße Anwendung. Jedoch dürfen krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen nicht in demselben Raume mit kranken Personen untergebracht werden. Ansteckungsverdächtige Personen dürfen in demselben Raume mit krankheitsverdächtigen Personen nur untergebracht werden, soweit der beamtete Arzt es für zulässig hält.

Wohnungen oder Häuser, in welchen erkrankte Personen sich befinden, können kenntlich gemacht werden.

Für das berufsmäßige Pflegepersonal können Verkehrsbeschränkungen angeordnet werden.

§. 15.

Die Landesbehörden sind befugt, für Ortschaften und Bezirke, welche von einer gemeingefährlichen Krankheit befallen oder bedroht sind,

1. hinsichtlich der gewerbsmäßigen Herstellung, Behandlung und Aufbewahrung sowie hinsichtlich des Vertriebs von Gegenständen, welche geeignet sind, die Krankheit zu verbreiten, eine gesundheitspolizeiliche Ueberwachung und die zur Verhütung der Verbreitung der Krankheit erforderlichen Maßregeln anzuordnen; die Ausfuhr von Gegenständen der bezeichneten Art darf aber nur für Ortschaften verboten werden, in denen Cholera, Fleckfieber, Pest oder Pocken ausgebrochen sind,
2. Gegenstände der in Nr. 1 bezeichneten Art vom Gewerbebetrieb im Umherziehen auszuschließen,
3. die Abhaltung von Märkten, Messen und anderen Veranstaltungen, welche eine Ansammlung größerer Menschenmengen mit sich bringen, zu verbieten oder zu beschränken,
4. die in der Schiffahrt, der Flößerei oder sonstigen Transportbetrieben beschäftigten Personen einer gesundheitspolizeilichen Ueberwachung zu unterwerfen und kranke, krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen sowie Gegenstände, von denen anzunehmen ist, daß sie mit dem Krankheitsstoffe behaftet sind, von der Beförderung auszuschließen,
5. den Schiffahrts- und Flößereiverkehr auf bestimmte Tageszeiten zu beschränken.

§. 16.

Jugendliche Personen aus Behausungen, in denen Erkrankungen vorgekommen sind, können zeitweilig vom Schul- und Unterrichtsbesuche fern gehalten werden. Hinsichtlich der sonstigen für die Schulen anzuordnenden Schutzmaßregeln bewendet es bei den landesrechtlichen Bestimmungen.

§. 17.

In Ortschaften, welche von Cholera, Fleckfieber, Pest oder Pocken befallen oder bedroht sind, sowie in deren Umgegend kann die Benutzung von Brunnen, Teichen, Seen, Wasserläufen, Wasserleitungen sowie der dem öffentlichen Gebrauche dienenden Bade-, Schwimm-, Wasch- und Bedürfnißanstalten verboten oder beschränkt werden.

§. 18.

Die gänzliche oder theilweise Räumung von Wohnungen und Gebäuden, in denen Erkrankungen vorgekommen sind, kann, insoweit der beamtete Arzt es zur wirksamen Bekämpfung der Krankheit für unerläßlich erklärt, angeordnet werden. Den betroffenen Bewohnern ist anderweit geeignete Unterkunft unentgeltlich zu bieten.

§. 19.

Für Gegenstände und Räume, von denen anzunehmen ist, daß sie mit dem Krankheitsstoffe behaftet sind, kann eine Desinfektion angeordnet werden.

Für Reisegepäck und Handelswaaren ist bei Aussatz, Cholera und Gelbfieber die Anordnung der Desinfektion nur dann zulässig, wenn die Annahme, daß die Gegenstände mit dem Krankheitsstoffe behaftet sind, durch besondere Umstände begründet ist.

Ist die Desinfektion nicht ausführbar oder im Verhältnisse zum Werthe der Gegenstände zu kostspielig, so kann die Vernichtung angeordnet werden.

§. 20.

Zum Schutze gegen Pest können Maßregeln zur Vertilgung und Fernhaltung von Ratten, Mäusen und anderem Ungeziefer angeordnet werden.

§. 21.

Für die Aufbewahrung, Einsargung, Beförderung und Bestattung der Leichen von Personen, welche an einer gemeingefährlichen Krankheit gestorben sind, können besondere Vorsichtsmaßregeln angeordnet werden.

§. 22.

Die Bestimmungen über die Ausführung der in den §§. 12 bis 21 vorgesehenen Schutzmaßregeln, insbesondere der Desinfektion, werden vom Bundesrath erlassen.

§. 23.

Die zuständige Landesbehörde kann die Gemeinden oder die weiteren Kommunalverbände dazu anhalten, diejenigen Einrichtungen, welche zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Krankheiten nothwendig sind, zu treffen. Wegen Aufbringung der erforderlichen Kosten findet die Bestimmung des §. 37 Abs. 2 Anwendung.

§. 24.

Zur Verhütung der Einschleppung der gemeingefährlichen Kranheiten aus dem Auslande kann der Einlaß der Seeschiffe von der Erfüllung gesundheitspolizeilicher Vorschriften abhängig gemacht sowie

1. der Einlaß anderer dem Personen- oder Frachtverkehre dienenden Fahrzeuge,
2. die Ein- und Durchfuhr von Waaren und Gebrauchsgegenständen,
3. der Eintritt und die Beförderung von Personen, welche aus dem von der Krankheit befallenen Lande kommen,

verboten oder beschränkt werden.

Der Bundesrath ist ermächtigt, Vorschriften über die hiernach zu treffenden Maßregeln zu beschließen. Soweit sich diese Vorschriften auf die gesundheitspolizeiliche Ueberwachung der Seeschiffe beziehen, können sie auf den Schiffsverkehr zwischen deutschen Häfen erstreckt werden.

§. 25.

Wenn eine gemeingefährliche Krankheit im Ausland oder im Küstengebiete des Reichs ausgebrochen ist, so bestimmt der Reichskanzler oder für das Gebiet des zunächst bedrohten Bundesstaats im Einvernehmen mit dem Reichskanzler die Landesregierung, wann und in welchem Umfange die gemäß §. 24 Abs. 2 erlassenen Vorschriften in Vollzug zu setzen sind.

§. 26.

Der Bundesrath ist ermächtigt, Vorschriften über die Ausstellung von Gesundheitspässen für die aus deutschen Häfen ausgehenden Seeschiffe zu beschließen.

§. 27.

Der Bundesrath ist ermächtigt, über die bei der Ausführung wissenschaftlicher Arbeiten mit Krankheitserregern zu beobachtenden Vorsichtsmaßregeln sowie über den Verkehr mit Krankheitserregern und deren Aufbewahrung Vorschriften zu erlassen.

Entschädigungen.

§. 28.

Personen, welche der Invalidenversicherung unterliegen, haben für die Zeit, während der sie auf Grund des §. 12 in der Wahl des Aufenthalts oder der Arbeitsstätte beschränkt oder auf Grund des §. 14 abgesondert sind, Anspruch auf eine Entschädigung wegen des ihnen dadurch entgangenen Arbeitsverdienstes, bei deren Berechnung als Tagesarbeitsverdienst der dreihundertste Theil des für die Invalidenversicherung maßgebenden Jahresarbeitsverdienstes zu Grunde zu legen ist.

Dieser Anspruch fällt weg, insoweit auf Grund einer auf gesetzlicher Verpflichtung beruhenden Versicherung wegen einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit Unterstützung gewährt wird oder wenn eine Verpflegung auf öffentliche Kosten stattfindet.

§. 29

Für Gegenstände, welche in Folge einer nach Maßgabe dieses Gesetzes polizeilich angeordneten und überwachten Desinfektion derart beschädigt worden sind, daß sie zu ihrem bestimmungsmäßigen Gebrauche nicht weiter verwendet werden können, oder welche auf polizeiliche Anordnung vernichtet worden sind, ist vorbehaltlich der in §§. 32 und 33 angegebenen Ausnahmen auf Antrag Entschädigung zu gewähren.

§. 30.

Als Entschädigung soll der gemeine Werth des Gegenstandes gewährt werden ohne Rücksicht auf die Minderung des Werthes, welche sich aus der Annahme ergiebt, daß der Gegenstand mit Krankheitsstoff behaftet sei. Wird der Gegenstand nur beschädigt oder theilweise vernichtet, so ist der verbleibende Werth auf die Entschädigung anzurechnen.

§. 31.

Die Entschädigung wird, sofern ein anderer Berechtigter nicht bekannt ist, demjenigen gezahlt, in dessen Gewahrsam sich der beschädigte oder vernichtete Gegenstand zur Zeit der Desinfektion befand. Mit dieser Zahlung erlischt jede Entschädigungsverpflichtung aus §. 29.

§. 32.

Eine Entschädigung auf Grund dieses Gesetzes wird nicht gewährt:

1. für Gegenstände, welche im Eigenthume des Reichs, eines Bundesstaats oder einer kommunalen Körperschaft sich befinden;
2. für Gegenstände, welche entgegen einem auf Grund des §. 15 Nr. 1 oder des §. 24 erlassenen Verbot aus- oder eingeführt worden sind.

§. 33.

Der Anspruch auf Entschädigung fällt weg:

1. wenn derjenige, welchem die Entschädigung zustehen würde, die beschädigten oder vernichteten Gegenstände oder einzelne derselben an sich gebracht hat, obwohl er wußte oder den Umständen nach annehmen mußte, daß dieselben bereits mit dem Krankheitsstoffe behaftet oder auf polizeiliche Anordnung zu desinfiziren waren;
2. wenn derjenige, welchem die Entschädigung zustehen würde oder in dessen Gewahrsam die beschädigten oder vernichteten Gegenstände sich befanden, zu der Desinfektion durch eine Zuwiderhandlung gegen dieses Gesetz oder eine auf Grund desselben getroffene Anordnung Veranlassung gegeben hat.

§. 34.

Die Kosten der Entschädigungen sind aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten. Im Uebrigen bleibt der landesrechtlichen Regelung vorbehalten, Bestimmungen darüber zu treffen:

1. von wem die Entschädigung zu gewähren und wie dieselbe aufzubringen ist,
2. binnen welcher Frist der Entschädigungsanspruch geltend zu machen ist,
3. wie die Entschädigung zu ermitteln und festzustellen ist.

Allgemeine Vorschriften.

§. 35.

Die dem allgemeinen Gebrauche dienenden Einrichtungen für Versorgung mit Trink- oder Wirthschaftswasser und für Fortschaffung der Abfallstoffe sind fortlaufend durch staatliche Beamte zu überwachen.

Die Gemeinden sind verpflichtet, für die Beseitigung der vorgefundenen gesundheitsgefährlichen Mißstände Sorge zu tragen. Sie können nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zur Herstellung von Einrichtungen der im Abs. 1 bezeichneten Art, sofern dieselben zum Schutze gegen übertragbare Krankheiten erforderlich sind, jederzeit angehalten werden.

Das Verfahren, in welchem über die hiernach gegen die Gemeinden zulässigen Anordnungen zu entscheiden ist, richtet sich nach Landesrecht.

§. 36.

Beamtete Aerzte im Sinne dieses Gesetzes sind Aerzte, welche vom Staate angestellt sind oder deren Anstellung mit Zustimmung des Staates erfolgt ist.

An Stelle der beamteten Aerzte können im Falle ihrer Behinderung oder aus sonstigen dringenden Gründen andere Aerzte zugezogen werden. Innerhalb des von ihnen übernommenen Auftrags gelten die letzteren als beamtete Aerzte und sind befugt und verpflichtet, diejenigen Amtsverrichtungen wahrzunehmen, welche in diesem Gesetz oder in den hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen den beamteten Aerzten übertragen sind.

§. 37.

Die Anordnung und Leitung der Abwehr- und Unterdrückungsmaßregeln liegt den Landesregierungen und deren Organen ob.

Die Zuständigkeit der Behörden und die Aufbringung der entstehenden Kosten regelt sich nach Landesrecht.

Die Kosten der auf Grund des §. 6 angestellten behördlichen Ermittelungen, der Beobachtung in den Fällen des §. 12, ferner auf Antrag die Kosten der auf Grund des §. 19 polizeilich angeordneten und überwachten Desinfektion und der auf Grund des §. 21 angeordneten besonderen Vorsichtsmaßregeln für die Aufbewahrung, Einsargung, Beförderung und Bestattung der Leichen sind aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten.

Die Landesregierungen bestimmen, welche Körperschaften unter der Bezeichnung Gemeinde, weiterer Kommunalverband und kommunale Körperschaft zu verstehen sind.

§. 38.

Die Behörden der Bundesstaaten sind verpflichtet, sich bei der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten gegenseitig zu unterstützen.

§. 39.

Die Ausführung der nach Maßgabe dieses Gesetzes zu ergreifenden Schutzmaßregeln liegt, insoweit davon

1. dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Militärpersonen,
2. Personen, welche in militärischen Dienstgebäuden oder auf den zur Kaiserlichen Marine gehörigen oder von ihr gemietheten Schiffen und Fahrzeugen untergebracht sind,
3. marschirende oder auf dem Transporte befindliche Militärpersonen und Truppentheile des Heeres und der Marine, sowie die Ausrüstungs- und Gebrauchsgegenstände derselben,
4. ausschließlich von der Militär- oder Marineverwaltung benutzte Grundstücke und Einrichtungen

betroffen werden, den Militär- und Marinebehörden ob.

Auf Truppenübungen finden die nach diesem Gesetze zulässigen Verkehrsbeschränkungen keine Anwendung.

Der Bundesrath hat darüber Bestimmung zu treffen, inwieweit von dem Auftreten des Verdachts und von dem Ausbruch einer übertragbaren Krankheit, sowie von dem Verlauf und dem Erlöschen der Krankheit sich die Militär- und Polizeibehörden gegenseitig in Kenntniß zu setzen haben.

§. 40.

Für den Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr, sowie für Schiffahrtsbetriebe, welche im Anschluß an den Eisenbahnverkehr geführt werden und der staatlichen Eisenbahnaufsichtsbehörde unterstellt sind, liegt die Ausführung der nach Maßgabe dieses Gesetzes zu ergreifenden Schutzmaßregeln ausschließlich den zuständigen Reichs- und Landesbehörden ob.

Inwieweit die auf Grund dieses Gesetzes polizeilich angeordneten Verkehrsbeschränkungen und Desinfektionsmaßnahmen

1. auf Personen, welche während der Beförderung als krank, krankheits- oder ansteckungsverdächtig befunden werden,
2. auf die im Dienste befindlichen oder aus dienstlicher Veranlassung vorübergehend außerhalb ihres Wohnsitzes sich aufhaltenden Beamten und Arbeiter der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltungen sowie der genannten Schiffahrtsbetriebe

Anwendung finden, bestimmt der Bundesrath.

§. 41.

Dem Reichskanzler liegt ob, die Ausführung dieses Gesetzes und der auf Grund desselben erlassenen Anordnungen zu überwachen.

Wenn zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Krankheiten Maßregeln erforderlich sind, von welchen die Gebiete mehrerer Bundesstaaten betroffen werden, so hat der Reichskanzler oder ein von ihm bestellter Kommissar für Herstellung und Erhaltung der Einheit in den Anordnungen der Landesbehörden zu sorgen und zu diesem Behufe das Erforderliche zu bestimmen, in dringenden Fällen auch die Landesbehörden unmittelbar mit Anweisungen zu versehen.

§. 42.

Ist in einer Ortschaft der Ausbruch einer gemeingefährlichen Krankheit festgestellt, so ist das Kaiserliche Gesundheitsamt hiervon sofort auf kürzestem Wege zu benachrichtigen. Der Bundesrath ist ermächtigt zu bestimmen, inwieweit im späteren Verlauf dem Kaiserlichen Gesundheitsamte Mittheilungen über Erkrankungs- und Todesfälle zu machen sind.

§. 43.

In Verbindung mit dem Kaiserlichen Gesundheitsamte wird ein Reichsgesundheitsrath gebildet. Die Geschäftsordnung wird vom Reichskanzler mit Zustimmung des Bundesraths festgestellt. Die Mitglieder werden vom Bundesrathe gewählt.

Der Reichsgesundheitsrath hat das Gesundheitsamt bei der Erfüllung der diesem Amte zugewiesenen Aufgaben zu unterstützen. Er ist befugt, den Landesbehörden auf Ansuchen Rath zu ertheilen. Er kann sich, um Auskunft zu erhalten, mit den ihm zu diesem Zwecke zu bezeichnenden Landesbehörden unmittelbar in Verbindung setzen, sowie Vertreter absenden, welche unter Mitwirkung der zuständigen Landesbehörden Aufklärungen an Ort und Stelle einziehen.

Strafvorschriften.

§. 44.

Mit Gefängniß bis zu drei Jahren wird bestraft:

1. wer wissentlich bewegliche Gegenstände, für welche eine Desinfektion polizeilich angeordnet war, vor Ausführung der angeordneten Desinfektion in

Gebrauch nimmt, an Andere überläßt oder sonst in Verkehr bringt;

2. wer wissentlich Kleidungsstücke, Leibwäsche, Bettzeug oder sonstige bewegliche Gegenstände, welche von Personen, die an einer gemeingefährlichen Krankheit litten, während der Erkrankung gebraucht oder bei deren Behandlung oder Pflege benutzt worden sind, in Gebrauch nimmt, an Andere überläßt oder sonst in Verkehr bringt, bevor sie den auf Grund des §. 22 vom Bundesrathe beschlossenen Bestimmungen entsprechend desinfizirt worden sind;
3. wer wissentlich Fahrzeuge oder sonstige Geräthschaften, welche zur Beförderung von Kranken oder Verstorbenen der in Nr. 2 bezeichneten Art gedient haben, vor Ausführung der polizeilich angeordneten Desinfektion benutzt oder Anderen zur Benutzung überläßt.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

§. 45.

Mit Geldstrafe von 10 bis 150 Mark oder mit Haft nicht unter einer Woche wird bestraft:

1. wer die ihm nach den §§. 2, 3 oder nach den auf Grund des §. 5 vom Bundesrathe beschlossenen Vorschriften obliegende Anzeige unterläßt oder länger als 24 Stunden, nachdem er von der anzuzeigenden Thatsache Kenntniß erhalten hat, verzögert. Die Strafverfolgung tritt nicht ein, wenn die Anzeige, obwohl nicht von dem zunächst Verpflichteten, doch rechtzeitig gemacht worden ist;
2. wer im Falle des §. 7 dem beamteten Arzte den Zutritt zu dem Kranken oder zur Leiche oder die Vornahme der erforderlichen Untersuchungen verweigert;
3. wer den Bestimmungen im §. 7 Abs. 3 zuwider über die daselbst bezeichneten Umstände dem beamteten Arzte oder der zuständigen Behörde die Auskunft verweigert oder wissentlich unrichtige Angaben macht;
4. wer den auf Grund des §. 13 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt.

§. 46.

Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird, sofern nicht nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist, bestraft:

1. wer den im Falle des §. 9 von dem beamteten Arzte oder dem Vorsteher der Ortschaft getroffenen vorläufigen Anordnungen oder den auf Grund des §. 10 von der zuständigen Behörde erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt;
2. wer den auf Grund des §. 12, des §. 14 Abs. 5, der §§. 15, 17, 19 bis 22 getroffenen polizeilichen Anordnungen zuwiderhandelt;
3. wer den auf Grund der §§. 24, 26, 27 erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt.

Schlußbestimmungen.

§. 47.

Die vom Bundesrath zur Ausführung dieses Gesetzes erlassenen allgemeinen Bestimmungen sind dem Reichstag zur Kenntniß mitzutheilen.

§. 48.

Landesrechtliche Vorschriften über die Bekämpfung anderer als der im §. 1 Abs. 1 genannten übertragbaren Krankheiten werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

§. 49.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Urkundlich 2c.

Gegeben 2c.

Berlin, den 12. Juni 1900.

Nr. 905/906.

Nr. 905. **Antrag**

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die deutsche Flotte — Nr. 884 und 836 der Drucksachen —.

Büsing und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

in V. Schlußbestimmung im Abs. 1 die Worte „noch in dieser Session zu erlassenden"

zu streichen.

Berlin, den 11. Juni 1900.

Büsing. Frese. Gröber. Müller (Fulda). Graf v. Oriola. Dr. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode.

Nr. 906. **Abänderungs-Antrag**

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 (Reichs-Gesetzbl. S. 381) — Nr. 895 und 870 der Drucksachen —.

Büsing und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

im Artikel 9 Abs. 2 die Worte:

„noch in dieser Session des Reichstages zu erlassenden"

zu streichen.

Berlin, den 11. Juni 1900.

Büsing. Graf v. Arnim. Frese. Gröber. Müller (Fulda). Graf v. Oriola. Dr. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode.

Nr. 907.

Abänderungs-Antrag

zur

dritten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten — Nr. 903 der Drucksachen —.

Dr. **Endemann.** Der Reichstag wolle beschließen:

im §. 14 Abs. 1 Zeile 4 von unten die Worte: „der behandelnde Arzt es"

zu streichen.

Berlin, den 12. Juni 1900.

Nr. 908.

Zusammenstellung

des

Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Aenderungen des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete (Reichs-Gesetzbl. 1888 S. 75, Reichs-Gesetzbl. 1899 S. 365) — Nr. 881 der Drucksachen —, mit den Beschlüssen des Reichstags in **zweiter** Berathung.

In allen Theilen unverändert nach der Vorlage — Nr. 881 der Drucksachen — jedoch mit Ausnahme der folgenden Artikel.

Vorlage.

Artikel 1.

Das Gesetz, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete (Reichs-Gesetzbl. 1888 S. 75, Reichs-Gesetzbl. 1899 S. 365), erhält die Ueberschrift „Schutzgebietsgesetz" und wird geändert, wie folgt:

I. An die Stelle des §. 2 treten folgende Vorschriften:

2c.

§. 2b.

Die Eingeborenen unterliegen der im §. 2 geregelten Gerichtsbarkeit und den im §. 2a bezeichneten Vorschriften nur insoweit, als dies durch Kaiserliche Verordnung bestimmt wird. Den Eingeborenen können durch Kaiserliche Verordnung bestimmte andere Arten von Personen gleichgestellt werden.

III. An die Stelle des §. 4 treten folgende Vorschriften:

Auf die Eheschließung und die Beurkundung des Personenstandes in den Schutzgebieten finden die §§. 2 bis 9, 11, 12 und 14 des Gesetzes vom 4. Mai 1870 (Bundes-Gesetzbl. S. 599, Reichs-Gesetzbl. 1896 S. 614) entsprechende Anwendung. Die Ermächtigung zur Eheschließung und zur Beurkundung des Personenstandes wird durch den Reichskanzler ertheilt.

Die Form einer Ehe, die in einem Schutzgebiete geschlossen wird, bestimmt sich ausschließlich nach den Vorschriften des bezeichneten Gesetzes.

Die Eingeborenen unterliegen den Vorschriften der Abs. 1, 2 nur insoweit, als dies durch Kaiserliche Verordnung bestimmt wird. Den Eingeborenen können durch Kaiserliche Verordnung bestimmte andere Arten von Personen gleichgestellt werden.

Beschlüsse der Kommission.

Artikel 1.

Das Gesetz, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete (Reichs-Gesetzbl. 1888 S. 75, Reichs-Gesetzbl. 1899 S. 365), erhält die Ueberschrift „Schutzgebietsgesetz" und wird geändert, wie folgt:

I. An die Stelle des §. 2 treten folgende Vorschriften:

2c.

§§. 2, 2a unverändert nach der Vorlage.

§. 2b.

Die Eingeborenen unterliegen der im §. 2 geregelten Gerichtsbarkeit und den im §. 2a bezeichneten Vorschriften nur insoweit, als dies durch Kaiserliche Verordnung bestimmt wird. Den Eingeborenen können durch Kaiserliche Verordnung bestimmte andere **Theile der Bevölkerung***) gleichgestellt werden.

III. An die Stelle des §. 4 treten folgende Vorschriften:

Abs. 1 und 2 unverändert nach der Vorlage.

Die Eingeborenen unterliegen den Vorschriften der Abs. 1, 2 nur insoweit, als dies durch Kaiserliche Verordnung bestimmt wird. Den Eingeborenen können durch Kaiserliche Verordnung bestimmte andere **Theile der Bevölkerung***) gleichgestellt werden.

IIIa.**)

Als §. 10a wird folgende Vorschrift eingefügt:

§. 10a. (Neu.)

Den Angehörigen der im Deutschen Reich anerkannten Religionsgemeinschaften werden in den Schutzgebieten Gewissensfreiheit und religiöse Duldung gewährleistet. Die freie und öffentliche Ausübung dieser Kulte, das Recht der Erbauung gottesdienstlicher Gebäude und der Einrichtung von Missionen der bezeichneten Religionsgemeinschaften unterliegen keinerlei gesetzlicher Beschränkung noch Hinderung.

*) Veränderung nach dem Antrage Beck (Heidelberg), Kirsch, Dr. Oertel (Sachsen), Schrader — Nr. 900 der Drucksachen — angenommen.

**) IIIa nach dem Antrage Gröber und Genossen — Nr. 901 der Drucksachen — angenommen.

Berlin, den 12. Juni 1900.

Nr. 909.

Entwurf eines Gesetzes

betreffend

die deutsche Flotte.

(Nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Berathung.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

I. Schiffsbestand.

§. 1.

Es soll bestehen:

1. die Schlachtflotte:
   aus 2 Flottenflaggschiffen,
   4 Geschwadern zu je 8 Linienschiffen,
   8 Großen Kreuzern } als Aufklärungsschiffen;
   24 Kleinen Kreuzern }
2. die Auslandflotte:
   aus 3 Großen Kreuzern,
   10 Kleinen Kreuzern;
3. die Materialreserve:
   aus 4 Linienschiffen,
   3 Großen Kreuzern,
   4 Kleinen Kreuzern.

Auf diesen Sollbestand kommen bei Erlaß dieses Gesetzes
Anl. A die in der Anlage A aufgeführten Schiffe in Anrechnung.

§. 2.

Ausgenommen bei Schiffsverlusten sollen ersetzt werden:
Linienschiffe nach 25 Jahren,
Kreuzer nach 20 Jahren.

Die Fristen laufen vom Jahre der Bewilligung der ersten Rate des zu ersetzenden Schiffes bis zur Bewilligung der ersten Rate des Ersatzschiffes.

Für den Zeitraum von 1901 bis 1917 werden die
Anl. B. Ersatzbauten nach der Anlage B geregelt.

II. Indiensthaltung.

§. 3.

Bezüglich der Indiensthaltung der Schlachtflotte gelten folgende Grundsätze:

1. Das 1. und 2. Geschwader bilden die aktive Schlachtflotte,
   das 3. und 4. Geschwader die Reserve-Schlachtflotte.
2. Von der aktiven Schlachtflotte sollen sämmtliche, von der Reserve-Schlachtflotte die Hälfte der Linienschiffe und Kreuzer dauernd im Dienst gehalten werden.
3. Zu Manövern sollen einzelne außer Dienst befindliche Schiffe der Reserve-Schlachtflotte vorübergehend in Dienst gestellt werden.

III. Personalbestand.

§. 4.

An Deckoffizieren, Unteroffizieren und Gemeinen der Matrosendivisionen, Werftdivisionen und Torpedo-Abtheilungen sollen vorhanden sein:

1. volle Besatzungen für die zur aktiven Schlachtflotte gehörigen Schiffe, für die Hälfte der Torpedoboote, die Schulschiffe und die Spezialschiffe,
2. Besatzungsstämme (Maschinenpersonal $^2/_3$, übriges Personal $^1/_2$ der vollen Besatzungen) für die zur Reserve-Schlachtflotte gehörigen Schiffe, sowie für die 2. Hälfte der Torpedoboote,
3. $1^1/_2$ fache Besatzungen für die im Auslande befindlichen Schiffe,
4. der erforderliche Landbedarf,
5. ein Zuschlag von 5 Prozent zum Gesammtbedarf.

IV. Kosten.

§. 5.

Die Bereitstellung der zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Mittel unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushalts-Etat.

§. 6.

Insoweit vom Rechnungsjahre 1901 ab der Mehrbedarf an fortdauernden und einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats der Marineverwaltung den Mehrertrag der Reichsstempelabgaben über die Summe von 53708000 Mark hinaus übersteigt, und der Fehlbetrag nicht in den sonstigen Einnahmen des Reichs seine Deckung findet, darf der letztere nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsabgaben aufgebracht werden.

V. Schlußbestimmung.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit den Gesetzen, betreffend Abänderung des Reichs-Stempelgesetzes vom 27. April 1894 (Reichs-Gesetzbl. S. 381) und, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes, in Kraft.

Das Gesetz, betreffend die deutsche Flotte, vom 10. April 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 165) wird aufgehoben.

Urkundlich ꝛc.

Gegeben ꝛc.

Angenommene Resolutionen (Seite 5664).

Anlage A.

Nachweisung

der

bei Erlaß dieses Gesetzes auf den Sollbestand in Anrechnung kommenden Schiffe.

27 Linienschiffe.

1. Bayern.
2. Sachsen.
3. Württemberg.
4. Baden.
5. Oldenburg.
6. Brandenburg.
7. Kurfürst Friedr. Wilhelm.
8. Weißenburg.
9. Wörth.
10. Kaiser Friedrich III.
11. Kaiser Wilhelm II.
12. Kaiser Wilhelm d. Gr.
13. Kaiser Barbarossa.
14. Kaiser Karl d. Gr.
15. C.
16. D.
17. E.
18. F.
19. G.
20. Siegfried.
21. Beowulf.
22. Frithjof.
23. Hildebrand.
24. Heimdall.
25. Hagen.
26. Aegir.
27. Odin.

12 große Kreuzer.

1. König Wilhelm.
2. Kaiser.
3. Deutschland.
4. Kaiserin Augusta.
5. Hertha.
6. Victoria Louise.
7. Freya.
8. Hansa.
9. Vineta.
10. Fürst Bismarck.
11. Prinz Heinrich.
12. B.

29 kleine Kreuzer.

1. Zieten.
2. Blitz.
3. Pfeil.
4. Arkona.
5. Alexandrine.
6. Greif.
7. Irene.
8. Prinzeß Wilhelm.
9. Schwalbe.
10. Wacht.
11. Jagd.
12. Sperber.
13. Bussard.
14. Meteor.
15. Falke.
16. Komet.
17. Kormoran.
18. Kondor.
19. Seeadler.
20. Gefion.
21. Geier.
22. Hela.
23. Gazelle.
24. Niobe.
25. Nymphe.
26. C.
27. D.
28. E.
29. F.

Anlage B.

Vertheilung

der

in den Jahren 1901 bis 1917 einschließlich vorzunehmenden Ersatzbauten auf die einzelnen Jahre.

Ersatzjahr	Linienschiffe	große Kreuzer	kleine Kreuzer
1901	—	1	—
1902	—	1	1
1903	—	1	1
1904	—	—	2
1905	—	—	2
1906	2	—	2
1907	2	—	2
1908	2	—	2
1909	2	—	2
1910	1	1	2
1911	1	1	2
1912	1	1	2
1913	1	1	2
1914	1	1	2
1915	1	1	2
1916	1	1	2
1917	2	—	1
Summa	17	10	29

Angenommene Resolutionen.

I. 1. daß vom Rechnungsjahre 1901 ab im Etat für die Verwaltung der Kaiserlichen Marine die vollen Kosten für Armirungen (statt bisher zwei Drittel) und von den Schiffsbaukosten sechs (statt bisher fünf) Prozent des Werths der Flotte auf den ordentlichen Etat übernommen werden;

2. daß der aus der Aenderung des Reichsstempelgesetzes noch verbleibende Ueberschuß zur Verminderung der Reichsschuld nach Maßgabe der hierüber im Etat zu treffenden Bestimmungen Verwendung finde;

II. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß im Interesse der Landwirthschaft und zum Zweck deren Versorgung mit den nöthigen Arbeitskräften die deutschen Reichsgrenzen für den erforderlichen Zuzug fremdländischer Arbeiter geöffnet werden;

III. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, spätestens Anfang der nächsten Session des Reichstags einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Besteuerung des Saccharins und ähnlicher Süßstoffe in einer der bestehenden Zuckersteuer und der Süßkraft der künstlichen Süßstoffe entsprechenden Höhe gesichert wird.

Berlin, den 12. Juni 1900.

Nr. 910.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894.

(Nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Berathung.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Artikel 1.

Der Tarif zum Reichsstempelgesetz vom 27. April 1894 (Reichs-Gesetzblatt Seite 381) erhält die aus der Anlage ersichtliche Fassung.

Artikel 2.

§. 1 des Reichsstempelgesetzes wird gestrichen.

Im §. 2 werden die Worte „Tarifnummer 1 bis 3" ersetzt durch: „Nummer 1 bis 3 des anliegenden Tarifs".

Artikel 3.

§. 6 Abs. 1 des Gesetzes erhält nachstehende Fassung:

Bezüglich der vor dem 1. Juli 1900 ausgegebenen inländischen und mit dem Reichsstempel versehenen ausländischen Werthpapiere bewendet es bei den bisherigen Vorschriften. Dasselbe gilt für die nach dem genannten Zeitpunkt ausgegebenen inländischen Werthpapiere in Ansehung der vorher geleisteten Zahlungen.

Artikel 4.

I. Im §. 8 Abs. 3 des Gesetzes wird statt „(Artikel 360 des Handelsgesetzbuchs)" gesetzt:
„(Artikel 383 des Handelsgesetzbuchs)".

II. Im §. 9 Ziffer 3 des Gesetzes wird statt „Artikel 28" gesetzt:
„Artikel 38".

III. In §. 10 Abs. 1 des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 sind hinter die Worte „das abgabepflichtige Geschäft" folgende Worte einzuschalten:
„am Tage des Geschäftsabschlusses".

IV. Nach §. 12 des Reichsstempelgesetzes wird als §. 12a folgende Bestimmung eingefügt:

§. 12a.

Führt der Kommissionär an demselben Tage eine Einkaufskommission und eine Verkaufskommission über Werthpapiere derselben Gattung durch Eintritt als Selbstkontrahent aus, so ist für jedes der beiden Geschäfte, insoweit sie sich ausgleichen, neben der tarifmäßigen Abgabe eine weitere Abgabe in Höhe der Hälfte des Tarifsatzes zu entrichten, es sei denn, daß der Kommissionär zur Deckung eines der beiden Aufträge ein abgabepflichtiges Geschäft mit einem Dritten abgeschlossen hat. Die Bestimmungen über die Erhebung der weiteren Abgabe und über die zur Sicherung dieser Erhebung erforderlichen Maßregeln, insbesondere über die Art der Buchführung werden vom Bundesrath getroffen.

V. Im §. 14 des Reichsstempelgesetzes fallen hinter den Worten „nummerirt von" fort die Worte:
„den im §. 39 bezeichneten Anstalten sowie".

VI. Im §. 15 des Gesetzes wird statt „Artikel 28" gesetzt:
„Artikel 38".

Artikel 5.

I. Abschnitt III des Reichsstempelgesetzes erhält folgende Ueberschrift: „Spiel und Wette."

II. §. 22 des Gesetzes erhält folgenden Abs. 2:

Inwieweit Ausspielungen, bei welchen keine Spielausweise ausgegeben werden, zur Steuer heranzuziehen sind, ist vom Bundesrath zu bestimmen und öffentlich bekannt zu machen.

III. Hinter §. 22 des Reichsstempelgesetzes wird die nachfolgende Bestimmung eingeschaltet:

§. 22a.

Den Spieleinlagen stehen im Sinne der Tarifnummer 5 die Wetteinsätze bei öffentlich veranstalteten Rennen und ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen gleich.

Wer im Inlande solche Wetteinsätze entgegennimmt, ist verpflichtet, versteuerte Ausweise hierüber auszustellen.

IV. §. 24 des Gesetzes erhält nachstehende Absätze 2 und 3:

Den ausländischen Loosen oder Ausweisen über Spieleinlagen stehen Ausweise über Einsätze bei ausländischen Wettunternehmungen für öffentlich veranstaltete Rennen und ähnliche öffentliche Veranstaltungen gleich. Wer, ohne solche Ausweise vom Auslande einzuführen, Wetten der bezeichneten Art vermittelt, ist, sofern er diese Vermittelung gewerbsmäßig betreibt, verpflichtet, versteuerte Ausweise über die Wetteinsätze auszustellen.

Gewerbsmäßige Vermittler von Wetten der vorbezeichneten sowie der im §. 22a bezeichneten Art unterstehen der Aufsicht der Steuerbehörden nach näherer Bestimmung des Bundesraths.

V. Im §. 26 Abs. 1 des Gesetzes wird Zeile 1 statt „§§. 22 bis 24" gesetzt:
„§§. 22, 22a, 23 und 24".

VI. §. 26 Abs. 2 des Gesetzes fällt fort.

Artikel 6.

§. 29 des Gesetzes erhält folgende Fassung:

§. 29.

Loose u. s. w. inländischer Unternehmungen, für welche vor dem 1. Juli 1900 die obrigkeitliche Erlaubniß ertheilt ist, unterliegen, sofern die Ziehung der Loose vor dem 1. Januar 1902 beendet ist, der Reichsstempelabgabe nur nach Maßgabe der bisherigen Bestimmungen.

Ausländische Loose, welche vor dem 1. Juli 1900 eingeführt, auch binnen drei Tagen nach demselben angemeldet sind, und die Loose von Staatslotterien, deren Ausgabe auch nur für eine Klasse bereits vor diesem Zeitpunkte begonnen hat, unterliegen, sofern die Ziehung der Loose vor dem 1. Januar 1901 beendet ist, der Reichsstempelabgabe nur nach Maßgabe der bisherigen Bestimmungen.

Für das Wetten an Totalisatoren auf inländischen Rennplätzen finden die bisherigen Bestimmungen bis zum 1. Januar 1901 Anwendung.

Artikel 7.

Hinter §. 30 des Gesetzes werden folgende Bestimmungen eingeschaltet:

IIIa. Schiffsfrachturkunden.

(Tarifnummer 6.)

§. 30a.

Die Beförderung von Gütern im Schiffsverkehr zwischen inländischen und ausländischen Seehäfen oder zwischen inländischen Flußhäfen und ausländischen Seehäfen darf nur erfolgen, wenn eine Urkunde der im Tarif bezeichneten Art ausgestellt wird. Die Ablieferung von Gütern, die im Schiffsverkehr vom Auslande nach dem Inlande befördert sind, darf nur erfolgen, wenn eine Urkunde der bezeichneten Art ausgehändigt wird.

Auf den Postverkehr und die Beförderung des Gepäcks der Reisenden finden diese Vorschriften keine Anwendung.

§. 30b.

Die Verpflichtung zur Entrichtung der unter Nr. 6 des Tarifs bezeichneten Stempelabgabe liegt bei Urkunden, welche im Inlande ausgestellt werden, dem Ablader, bei den im Auslande ausgestellten Urkunden dem Empfänger der Sendung ob.

§. 30c.

Wird eine Urkunde der bezeichneten Art im Inlande ausgestellt, so ist die Abgabe von einer Abschrift zu entrichten, die dem Rheder auszuhändigen, oder falls diesem selbst die Verpflichtung zur Entrichtung der Abgabe obliegt, von ihm zurückzubehalten ist.

Hat der Rheder seine Niederlassung im Auslande, so tritt an seine Stelle der inländische Vertreter.

§. 30d.

Die Abgabe muß entrichtet werden bei im Inlande ausgestellten Schriftstücken, bevor die Aushändigung der Urkunde durch den Ablader erfolgt, bei im Auslande ausgestellten binnen drei Tagen, nachdem die Urkunde in den Besitz des Empfängers der Sendung gelangt ist. Die Schriftstücke, von welchen die Abgabe zu entrichten ist, sind während der Dauer eines Jahres aufzubewahren.

§. 30e.

Ist die Entrichtung der Abgabe von den dazu verpflichteten Personen unterlassen worden, so ist sie von jedem ferneren Inhaber des nicht gestempelten Schriftstückes binnen drei Tagen nach dem Tage des Empfangs und jedenfalls vor der weiteren Aushändigung des Schriftstücks zu bewirken.

§. 30f.

Die im §. 30a gedachte Verpflichtung wird erfüllt durch Verwendung von Vordrucken, die vor dem Gebrauch vorschriftsmäßig abgestempelt sind, oder von Stempelmarken nach näherer Anordnung des Bundesraths.

Dem Bundesrath steht auch die Bestimmung darüber zu, ob und in welchen Fällen die Entrichtung der Abgabe ohne Verwendung von Stempelzeichen erfolgen darf.

§. 30g.

Die Nichterfüllung der Steuerpflicht wird mit einer Geldstrafe bestraft, welche dem 25 fachen Betrage der vorenthaltenen Abgabe gleichkommt, mindestens aber 20 Mark beträgt.

Diese Strafe trifft besonders und zum vollen Betrage jeden, der die ihm obliegende Verpflichtung zur Entrichtung der Abgabe nicht rechtzeitig erfüllt.

Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher der Vorschrift des §. 30a zuwider Güter befördert oder ausliefert, ohne daß eine der vorgeschriebenen Urkunden ausgestellt oder ausgehändigt wird.

Kann der Betrag der hinterzogenen Abgabe nicht festgestellt werden, so tritt statt der im Abs. 1 gedachten Strafe eine Geldstrafe von 20 bis 5 000 Mark ein.

§. 30h.

Wer die Beförderung von Gütern als Gewerbe betreibt, hat, wenn er nach erfolgter Bestrafung auf Grund des §. 30g von Neuem der dort bezeichneten Vorschrift zuwiderhandelt, neben der Strafe des §. 30g die im §. 20 vorgesehene Rückfallstrafe verwirkt.

§. 30i.

Enthält ein Schriftstück außer der Beurkundung eines Frachtvertrages noch eine andere, einer landesgesetzlichen Stempelabgabe unterliegende Beurkundung, so finden die landesgesetzlichen Vorschriften neben den Bestimmungen dieses Gesetzes Anwendung.

Im Uebrigen unterliegen die Schriftstücke keiner weiteren Stempelabgabe (Taxe, Sportel u. s. w.) in den einzelnen Bundesstaaten.

Artikel 8.

Im §. 34 Abs. 2 des Gesetzes wird statt „§§. 3, 19 und 26" gesetzt: „§§. 3, 19, 26 und 30g".

Der §. 39 Abs. 2 des Gesetzes wird wie folgt geändert:

Der Prüfung in Bezug auf die Abgabenentrichtung unterliegen alle diejenigen, welche abgabepflichtige Geschäfte der unter Nummer 4 des Tarifs bezeichneten Art oder die Beförderung von Gütern im Schiffsverkehr (Nr. 6 des Tarifs) gewerbsmäßig betreiben oder vermitteln.

Artikel 9.

Insoweit für das Rechnungsjahr 1900 die Erträge an Reichsstempelabgaben das Etatssoll der Ueberweisungen aus den letzteren übersteigen, ist der Ueberschuß zur Verstärkung der Betriebsmittel der Reichskasse zurückzuhalten.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem zu erlassenden Gesetz, betreffend die deutsche Flotte, am 1. Juli 1900 in Kraft.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Fassung des Reichsstempelgesetzes, welche sich aus vorstehenden Bestimmungen und aus dem Erlaß des Handelsgesetzbuches für das Deutsche Reich ergiebt, in einer fortlaufenden Nummernfolge der Abschnitte und Paragraphen mit dem Datum des vorliegenden Gesetzes durch das Reichs-Gesetzblatt bekannt zu machen.

Urkundlich 2c.

Gegeben 2c.

Berlin, den 12. Juni 1900.

Tarif.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz vom Hundert	Tausend	Mark	Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
	Aktien, Kuxe, Renten- und Schuldverschreibungen.					
1.	a) Inländische Aktien, Aktienantheilscheine und Reichsbankantheilscheine, sowie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere	2	—	—	—	vom Nennwerthe, bei Interimsscheinen und nicht voll gezahlten Namensaktien vom Betrage der bescheinigten Einzahlungen, und zwar: zu 1a in Abstufungen von 2 Mark, zu 1b in Abstufungen von 2½ Mark, für je 100 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages. Bei inländischen Aktien u. s. w. erfolgt die Versteuerung zuzüglich des Betrages, zu welchem sie höher, als der Nennwerth lautet, ausgegeben werden. Der nachweislich versteuerte Betrag der Interimsscheine wird auf den Betrag der demnächst etwa zu versteuernden Aktien u. s. w. angerechnet. Das Gleiche gilt von dem versteuerten Betrage nicht voll gezahlter Aktien bei späteren Einzahlungen. Ausländische Werthe werden nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umgerechnet.
	b) Ausländische Aktien und Aktienantheilscheine, wenn sie im Inlande ausgehändigt, veräußert, verpfändet oder wenn daselbst andere Geschäfte unter Lebenden damit gemacht oder Zahlungen darauf geleistet werden, — unter der gleichen Voraussetzung auch Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere . . . . . Die Abgabe ist von jedem Stück nur einmal zu entrichten.	2½	—	—	—	
	c) Antheilscheine gewerkschaftlich betriebener Bergwerke (Kuxe, Kuxscheine)	—	—	1	50	von jeder einzelnen Urkunde.
	Außerdem für alle nach dem 1. Juli 1900 auf Werthe der angegebenen Art ausgeschriebene Einzahlungen, soweit solche nicht zur Deckung von Betriebsverlusten dienen oder zur Erhaltung des Betriebes in seinem bisherigen Umfange bestimmt sind und verwendet werden	1	—	—	—	vom Betrage der Einzahlung und zwar in Abstufungen von 1 Mark für je 100 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages.
	Zur Entrichtung des Stempels für die nach dem 1. Juli 1900 ausgeschriebenen Einzahlungen ist die Gewerkschaft verpflichtet und zwar spätestens zwei Wochen nach dem von der Gewerkschaftsvertretung festgesetzten Einzahlungstermin.					
	Befreit sind: Inländische Aktien und Aktienantheilsscheine, sowie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere, sofern sie von Aktiengesellschaften ausgegeben werden, welche nach der Entscheidung des Bundesraths ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dienen, den zur Vertheilung gelangenden Reingewinn satzungsmäßig auf eine höchstens vierprozentige Verzinsung der Kapitaleinlagen beschränken, auch bei Ausloosungen oder für den Fall der Auflösung nicht mehr als den Nennwerth ihrer Antheile zusichern und bei der Auflösung den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens für gemeinnützige Zwecke bestimmen. Die von solchen Aktiengesellschaften beabsichtigten Veranstaltungen müssen auch für die minder begüterten Volksklassen bestimmt sein.					

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz vom Hundert	Tausend	Mark	Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
2.	a) Inländische für den Handelsverkehr bestimmte Renten- und Schuldverschreibungen (auch Partialobligationen), sofern sie nicht unter Nummer 3 fallen, sowie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere . . .	—	6	—	—	vom Nennwerthe, bei Interimsscheinen vom Betrage der bescheinigten Einzahlungen, und zwar zu 2a und b in Abstufungen von 60 Pfennig, zu 2c in Abstufungen von 1 Mark für je 100 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages. Der nachweislich versteuerte Betrag der Interimsscheine wird auf den Betrag der demnächst etwa zu versteuernden Rentenverschreibungen u. s. w. angerechnet. Ist der Kapitalwerth von Rentenverschreibungen aus diesen selbst nicht ersichtlich, so gilt als solcher der 25fache Betrag der einjährigen Rente. Ausländische Werthe werden nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umgerechnet.
	b) Renten- und Schuldverschreibungen ausländischer Staaten und Eisenbahngesellschaften, wenn sie im Inlande ausgehändigt, veräußert, verpfändet, oder wenn daselbst andere Geschäfte unter Lebenden damit gemacht, oder Zahlungen darauf geleistet werden, — unter der gleichen Voraussetzung auch Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere . . . . Die Abgabe ist von jedem Stück nur einmal zu entrichten.	—	6	—	—	
	c) Renten- und Schuldverschreibungen ausländischer Korporationen, Aktiengesellschaften oder industrieller Unternehmungen und sonstige für den Handelsverkehr bestimmte ausländische Renten und Schuldverschreibungen, sofern sie nicht unter 2b fallen, wenn sie im Inlande ausgehändigt, veräußert, verpfändet, oder wenn daselbst andere Geschäfte unter Lebenden damit gemacht oder Zahlungen darauf geleistet werden, — unter der gleichen Voraussetzung auch Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere . . . . Die Abgabe ist von jedem Stück nur einmal zu entrichten.	1				
	Befreit sind: 1. Renten- und Schuldverschreibungen des Reichs und der Bundesstaaten, sowie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere; 2. die auf Grund des Reichsgesetzes vom 8. Juni 1871 abgestempelten ausländischen Inhaberpapiere mit Prämien.					
	Anmerkung zu Tarifnummer 1 und 2. Der Aushändigung ausländischer Werthpapiere im Inlande wird es gleichgeachtet, wenn solche Werthpapiere, welche durch ein im Auslande abgeschlossenes Geschäft von einem zur Zeit des Geschäftsabschlusses im Inlande wohnhaften Kontrahenten angeschafft sind, diesem aus dem Auslande übersandt oder von ihm oder einem Vertreter aus dem Auslande abgeholt werden. Genußscheine und ähnliche zum Bezuge eines Antheils an dem Gewinn einer Aktienunternehmung berechtigende Werthpapiere, sofern sie sich nicht als Aktien oder Aktienantheilscheine (Tarifnummer 1) oder als Renten- oder Schuldverschreibungen (Tarifnummer 2) darstellen, unterliegen einer festen Abgabe, die für					
	a) solche, welche als Ersatz an Stelle erloschener Aktien ausgegeben werden	—	—	—	50	von jeder einzelnen Urkunde.
	b) alle übrigen, und zwar					
	1. inländische	—	—	15	—	
	2. ausländische	—	—	20	—	
	beträgt. Vor dem 1. Juli 1900 ausgegebene Genußscheine werden nach den bisherigen Bestimmungen besteuert.					

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz vom Hundert	Tausend	Mark	Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
3.	Inländische auf den Inhaber lautende und auf Grund staatlicher Genehmigung ausgegebene Renten- und Schuldverschreibungen der Kommunalverbände und Kommunen, der Korporationen ländlicher oder städtischer Grundbesitzer, der Grundkredit- und Hypothekenbanken oder der Eisenbahngesellschaften, sowie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere	—	2	—	—	vom Nennwerthe beziehungsweise vom Betrage der bescheinigten Einzahlungen nach Maßgabe der Vorschriften für die Abgabenberechnung bei inländischen Werthpapieren der unter Nr. 2 bezeichneten Art, und zwar in Abstufungen von 20 Pfennig für je 100 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages.
	Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte.					
4.	a) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte über:					
	1. ausländische Banknoten, ausländisches Papiergeld, ausländische Geldsorten . . .	—	2/10	—	—	
	2. Werthpapiere der unter Nr. 2 a, 2 b und 3 des Tarifs bezeichneten Art	—	2/10	—	—	
	3. Antheile von bergrechtlichen Gewerkschaften oder die darüber ausgestellten Urkunden (Kuxscheine, Bezugsscheine, Abtretungsscheine)	—	1	—	—	
	4. sonstige Werthpapiere der unter 1 bis 3 des Tarifs bezeichneten Art einschließlich der Genußscheine	—	3/10	—	—	
	Den Kauf- und sonstigen Anschaffungsgeschäften steht gleich die bei Errichtung einer Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien erfolgende Zutheilung der Aktien auf Grund vorhergehender Zeichnung, die bei Errichtung einer Aktiengesellschaft stattfindende Uebernahme der Aktien durch die Gründer und die Ausreichung von Werthpapieren an den ersten Erwerber.					
	Ermäßigung.					
	Hat ein Kontrahent nachweislich im Arbitrageverkehr unter die Tarifnummer 4a 1, 2 und 4 fallende Gegenstände derselben Gattung im Inlande gekauft und im Auslande verkauft oder umgekehrt, oder an dem einen Börsenplatze des Auslandes gekauft und an dem anderen verkauft, so ermäßigt sich die Stempelabgabe von jedem dieser Geschäfte, soweit deren Werthbeträge sich decken, zu Gunsten dieses Kontrahenten für die unter Tarifnummer 4a 1 und 2 fallenden Gegenstände um ein Zwanzigstel und für die unter Tarifnummer 4a 4 fallenden Gegenstände um ein Zehntel vom Tausend, wenn die beiden einander gegenüberstehenden Geschäfte zu festen Kursen an demselben oder an zwei unmittelbar auf einander folgenden Börsentagen abgeschlossen sind. Es macht keinen Unterschied, ob der Kontrahent die Geschäfte im Auslande selbst oder durch eine Metaverbindung abgeschlossen hat.					vom Werthe des Gegenstandes des Geschäfts und zwar in Abstufungen von zu 4a 1 und 2 0,20 Mark; zu 4a 3 1,00 Mark; zu 4a 4 0,30 Mark; zu 4b 0,40 Mark für je 1000 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages. Der Werth des Gegenstandes wird nach dem vereinbarten Kauf- oder Lieferungspreis, sonst durch den mittleren Börsen- oder Marktpreis am Tage des Abschlusses bestimmt. Die zu den Werthpapieren gehörigen Zins- und Gewinnantheilsscheine bleiben bei Berechnung der Abgabe außer Betracht. Ausländische Werthe sind nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umzurechnen.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz vom Hundert	Steuersatz vom Tausend	Steuersatz vom Mark	Steuersatz vom Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
(4.)	Unter den gleichen Voraussetzungen tritt die Steuerermäßigung (um ein Zwanzigstel vom Tausend) ein, wenn An- und Verkäufen von ausländischen Banknoten oder ausländischem Papiergeld Geschäfte über Kontanten oder Wechsel gegenüberstehen. Eine einmalige, längstens halbmonatliche Prolongation im Auslande abgeschlossener Geschäfte dieser Art bleibt steuerfrei. Die Geschäfte sind zunächst nach dem vollen Betrage zu versteuern. Der Bundesrath erläßt die näheren Vorschriften darüber, auf Grund welcher Nachweise die Erstattung des zuviel verwendeten Stempels erfolgt.					
	b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte, welche unter Zugrundelegung von Usancen einer Börse geschlossen werden (Loko-, Zeit-, Fix-, Termin-, Prämien- u. s. w. Geschäfte), über Mengen von Waaren, die börsenmäßig gehandelt werden	—	4/10	—	—	
	Als börsenmäßig gehandelt gelten diejenigen Waaren, für welche an der Börse, deren Usancen für das Geschäft maßgebend sind, Terminpreise notirt werden und bei Waaren, in denen der Börsenterminhandel untersagt ist, (§. 50 Abs. 1 und 3 des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896) diejenigen, für welche an der in Betracht kommenden Börse Preise für Zeitgeschäfte notirt werden.					
	Befreiungen. Die vorbestimmte Abgabe wird nicht erhoben: 1. falls die Waaren, welche Gegenstand eines nach Nr. 4b stempelpflichtigen Geschäfts sind, von einem der Vertragschließenden im Inlande erzeugt oder hergestellt sind; 2. für die Ausreichung der von den Pfandbriefinstituten und Hypothekenbanken ausgegebenen auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen als Darlehnsvaluta an den kreditnehmenden Grundbesitzer; 3. für sogenannte Kontantgeschäfte über die unter Nr. 4a 1 bezeichneten Gegenstände sowie über ungemünztes Gold oder Silber. Als Kontantgeschäfte gelten solche Geschäfte, welche vertragsmäßig durch Lieferung des Gegenstandes seitens des Verpflichteten an dem Tage des Geschäftsabschlusses zu erfüllen sind. 4. von den zur Versicherung von Werthpapieren gegen Verloosung geschlossenen Geschäften, unbeschadet der Stempelpflicht der nach erfolgter Verloosung stattfindenden Kauf- oder sonstigen Anschaffungsgeschäfte.					

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz vom Hundert	Tausend	Mark	Pf.	Berechnung der Stempelabgabe
5.	**Lotterieloose.**					
	Loose öffentlicher Lotterien, sowie Ausweise über Spieleinlagen bei öffentlich veranstalteten Ausspielungen von Geld- oder anderen Gewinnen					
	a) inländische	20	—	—	—	bei inländischen Loosen vom planmäßigen Preise (Nennwerth) sämmtlicher Loose oder Ausweise mit Ausschluß des auf die Reichsstempelabgabe entfallenden Betrages; bei ausländischen Loosen von dem Preise der einzelnen Loose in Abstufungen von 1 Mark für je 4 Mark oder einen Bruchtheil des Betrages.
	b) ausländische	25	—	—	—	
	Befreit sind:					
	Loose der von den zuständigen Behörden genehmigten Ausspielungen und Lotterien, sofern der Gesammtpreis der Loose einer Ausspielung die Summe von einhundert Mark und bei Ausspielungen zu ausschließlich mildthätigen Zwecken die Summe von fünfundzwanzigtausend Mark nicht übersteigt.					
6.	**Schiffsfrachturkunden.**					
	Konnossemente und Frachtbriefe im Schiffsverkehr zwischen inländischen und ausländischen Seehäfen oder zwischen inländischen Flußhäfen und ausländischen Seehäfen, sofern sie im Inlande ausgestellt oder behufs Empfangnahme oder Ablieferung der darin bezeichneten Sendung im Inlande vorgelegt oder ausgehändigt werden . . .	—	—	1	—	Von der einzelnen Urkunde. Die Abgabe ist für jede Sendung nur einmal zu entrichten.
	Im Verkehr zwischen inländischen Hafenplätzen und ausländischen Hafenplätzen der Nord- und Ostsee, des Kanals oder der norwegischen Küste ausgestellte, vorgelegte oder ausgehändigte Konnossemente und Frachtbriefe	—	—	—	10	

Nr. 911.

Wir Wilhelm,

von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen,

ꝛc. ꝛc. ꝛc.

thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Wir Unseren Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst ermächtigt haben, gemäß Artikel 12 der Verfassung die gegenwärtigen Sitzungen des Reichstags in Unserem und der verbündeten Regierungen Namen am 12. Juni dieses Jahres zu schließen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Neues Palais, den 6. Juni 1900.

(L. S.) **Wilhelm** J. R.

Fürst zu Hohenlohe.

Allerhöchste Ermächtigung.

R.A.d.J. Nr. 5461.

Mit dem Originale gleichlautend.

Berlin, den 12. Juni 1900.

Knack,
Direktor.

Nr. 912/919.
Berichte
der
Kommission für die Petitionen.

Nr. 912. Mündlicher Bericht.

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Weißenhagen.
Antrag der Kommission.

Der Reichstag wolle beschließen:

über die Petition II. Nr. 49 614 des Schriftstellers Julius Aumüller in München, die Friedensvermittelung im südafrikanischen Kriege betreffend,

zur Tagesordnung überzugehen.

Nr. 913. Einhundertunddritter Bericht.

Berichterstatter:
Abgeordneter Gäbel. Journ. II. Nr. 14777.

Der frühere Garnison-Bauschreiber Hugo Bernecker, z. Zt. in Charlottenburg, hat wiederholt beim Reichstage um seine Wiederzulassung zum Garnison-Bauschreiberdienst nachgesucht und petitionirt, nachdem er aus demselben entlassen worden war, weil diese Stellen nach neueren Bestimmungen den Militäranwärtern vorbehalten sind. Wenngleich nun auch der Reichstag dessen Wiedereinstellung befürwortete, so geschah die erhoffte Wiederzulassung und Anstellung dennoch nicht, da der Herr Reichskanzler entgegen dem Beschlusse des Reichstags sich ablehnend verhielt, also die gewünschte „Berücksichtigung" nicht eintreten ließ.

Bereits im Jahre 1898 wurde über die Wiederzulassung 2c. Berneckers zum Garnison-Bauschreiberdienst in der Petitions-Kommission und in der 79. Sitzung am 29. April 1898 im Plenum des Reichstags berathen und die Petition 2c. Berneckers dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Am 15. Februar 1899 kam die Petition zum zweiten Male in der Petitions-Kommission unter Zuziehung des Herrn Geheimen Oberbauraths Appelius als Regierungs-Kommissar zur Berathung und Beschlußfassung (siehe achter Bericht Nr. 199 der Drucksachen), worauf dann am 11. April 1899 der Reichstag in der 62. Sitzung wiederum dem Beschlusse seiner Petitions-Kommission zustimmte und demgemäß beschloß,

die Petition Journ. II. Nr. 2865 des Bauschreibers Bernecker zu Berlin um Anstellung als Garnison-Bauschreiber

dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Wie aus dem angeführten Berichte deutlich hervorgeht, vermochte die Petitions-Kommission den Ausführungen des Herrn Regierungskommissars nicht zuzustimmen, indem sie davon ausging, daß man einen „treuen und zuverlässigen Beamten", wenngleich ihm auch die Anwartschaft zum Garnison-Bauschreiber als „Militäranwärter" nicht zur Seite stehe, an deren Stelle aber eine

„zehnjährige treue und zuverlässige Dienstleistung im Bauschreiberdienst für seine Wiederzulassung und Anstellung"

spreche, thunlichst in seiner Stellung belassen solle. Die Entfernung des 2c. Bernecker aus seiner Stellung erscheine als eine ungemein große Härte, die sich weder ein Privatmann, geschweige denn der Staat, einem treuen Beamten gegenüber zu Schulden kommen lassen werde und dürfe. Selbst wenn gegen die Nichtwiederanstellung rechtlich — in Folge des Vorzugsrechtes der Militäranwärter — nichts einzuwenden sei, so sprächen doch andererseits Billigkeitsgründe dafür, einen „pflichtgetreuen Beamten" in seiner ihm liebgewonnenen Stellung zu belassen und, wie hier nun der Fall liege, ihn wieder in den Garnison-Bauschreiberdienst ein- bezw. anzustellen, indem der Petent sich die Anstellung durch treue Arbeit und Zuverlässigkeit gewissermaßen ebenso wie ein Militäranwärter „erdient" habe.

Die Petitions-Kommission kam auch in der am 2. Mai d. Js. stattgefundenen Sitzung zu keinem anderen Votum, vielmehr erachtete sie die Wiederanstellung des 2c. Bernecker geradezu als unabweisbare Pflicht.

Der Petent hat nach Eingabe seiner dritten — unterm 26. November 1899 abgefaßten — Petition an den Reichstag beim Kriegsministerium auf Grund des am 11. April 1899 erfolgten Reichstagsbeschlusses um seine „Wiederanstellung" nachgesucht, von dort aber, laut einer Ergänzungseingabe vom 3. Mai d. Js. zu seiner bereits Tags zuvor in der Petitions-Kommission zur Berathung und Beschlußfassung gestellten Petition vom Kriegsministerium unterm 21. April d. Js. folgenden Bescheid erhalten:

Kriegsministerium.
Nr. 35/4. 1900. B. 5.

Berlin W., den 21. April 1900.
Leipziger Straße 5.

Auf das an Seine Durchlaucht den Herrn Reichkanzler gerichtete, hierher abgegebene Gesuch vom 25. März 1900 wird Ihnen mitgetheilt, daß Ihre Zulassung zum Garnison-Bauschreiberdienst grundsätzlich nicht erfolgen kann, weil Sie nicht zu den Militäranwärtern gehören, denen die Garnison-Bauschreiberstellen ausschließlich vorbehalten sind.

Im Auftrage des Kriegsministers:
(gez.) v. Heeringen.

An den Bauschreiber Herrn Hugo Bernecker
zu Charlottenburg.

*Inhaltsverzeichniß.

		Seite
Nr. 912.	Mündlicher Petitionsbericht, betreffend die Friedensvermittelung im südafrikanischen Kriege — Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Weißenhagen — (Antrag: Uebergang zur Tagesordnung)	5672
Nr. 913.	Hundertunddritter Bericht betreffend die Zulassung zum Garnison-Bauschreiberdienst — Berichterstatter: Abgeordneter Gäbel — (Antrag: Ueberweisung zur Berücksichtigung)	5672
Nr. 914.	Hundertundvierter Bericht, betreffend Gewährung von Invalidenwohlthaten — Berichterstatter: Abgeordneter Müller (Waldeck) — (Antrag: Ueberweisung zur Berücksichtigung)	5673
Nr. 915.	Hundertundfünfter Bericht, betreffend Gewährung von Invalidenwohlthaten — Berichterstatter: Abgeordneter Müller (Waldeck) — (Antrag: Uebergang zur Tagesordnung)	5673
Nr. 916.	Hundertundsechster Bericht, betreffend anderweite Festsetzung eines Besoldungsdienstalters 2c. — Berichterstatter: Abgeordneter Krebs — (Antrag: Ueberweisung zur Erwägung)	5674
Nr. 917.	Hundertundsiebenter Bericht, betreffend Nachzahlung von Gehaltsgebührnissen — Berichterstatter: Abgeordneter Wallenborn — (Antrag: Ueberweisung zur Erwägung)	5678
Nr. 918.	Hundertundachter Bericht, betreffend die Abänderung der Fernsprechanschlußnummern nach Inkrafttreten der Fernsprechgebührenordnung — Berichterstatter: Abgeordneter Wallenborn — (Antrag: Uebergang zur Tagesordnung)	5680
Nr. 919.	Hundertundneunter Bericht, betreffend den Vertrieb von Schreibmaterialien 2c. in dem Markenverkaufsstand eines Postdienstgebäudes — Berichterstatter: Abgeordneter Hegelmaier — (Antrag: Uebergang zur Tagesordnung)	5680

Die Petitions-Kommission kann sich mit dem ꝛc. Bernecker von Seiten des Kriegsministers zu theil gewordenen Bescheid keineswegs beruhigen, zumal der Reichstag dem Beschlusse seiner Petitions-Kommission schon „zweimal" rückhaltlos beigetreten ist. Die Petitions-Kommission beschloß einstimmig, die Petition mittelst schriftlichen Berichts dem Plenum nochmals zu unterbreiten mit dem Antrag:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Petition Journ. II. Nr. 14777 des Bauschreibers Hugo Bernecker, zur Zeit in Charlottenburg, um Anstellung als Garnison-Bauschreiber

dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Nr. 914. Einhundertundvierter Bericht.

Berichterstatter:
Abgeordneter Müller (Waldeck). Journ. II. Nr. 8704.

Der Petent Peter Carstens zu Pferdekrug bei Hennstedt bittet um Zubilligung von Invaliden-Wohlthaten. Petent ist am 8. Oktober 1896 beim Magdeburgischen Dragoner-Regiment Nr. 6, 4. Eskadron in Diedenhofen eingestellt. Am 12. März 1898 also nach fast 1½jähriger Dienstleistung verspürte er plötzlich während des Reitens einen heftigen Schmerz in der Leistengegend, von dem er sofort seinem Nebenmanne, dem Dragoner Emil Kock, Mittheilung machte. Er ritt ein Pferd, welches bockte und stößige Gangart hatte. Der Schmerz steigerte sich derart, daß er nicht im Stande war, in der Kaserne sein Pferd abzusatteln und er dem Wachtmeister Meldung machen mußte. Letzterer erstattete die Meldung weiter an den Herrn Rittmeister und äußerte schon dieser bei einer Besichtigung der schmerzenden Stelle, daß ein Bruch wahrscheinlich entstanden sei.

Die ärztliche Untersuchung habe dann dies bestätigt.

Zur Berathung der vorstehenden Petition war von der Petitions-Kommission als Regierungskommissar Herr Hauptmann Siber zugezogen, welcher folgende Erklärung abgab:

„Der ehemalige Dragoner Carstens behauptet, sich durch Reiten eines stark zackelnden Pferdes am 12. März 1898 einen Leistenbruch zugezogen zu haben. Er hat allerdings an demselben Tage über Schmerzen in der Leistengegend geklagt und ist daher der Eskadronchef nicht abgeneigt gewesen, Dienstbeschädigung anzuerkennen.

Dagegen konnte ärztlicherseits nicht die Ueberzeugung gewonnen werden, daß durch das Reiten eines zackelnden Pferdes bei einem im Reiten ausgebildeten und gesunden Manne ein Leistenbruch entstehen könne. Im vorliegenden Falle war es auch um so weniger möglich, dies anzunehmen, als der ärztliche Befund, wie er bei der ersten Untersuchung festgestellt wurde, nicht auf einen frisch entstandenen Bruch schließen ließ. Es konnte vielmehr nur angenommen werden, daß der Bruch sich schon früher allmählich entwickelt hatte und daß er sich nur an dem fraglichen Tage dem p. Carstens bemerklich machte. Dem ärztlichen Urtheil ist seitens der Medizinalabtheilung des Kriegsministeriums beigetreten worden und hat daher im Hinblick auf §. 62 des Militär-Pensionsgesetzes vom 27. Juni 1871, nach welchem

die Invalidität und der Grad derselben sowohl für sich als in ihrem ursächlichen Zusammenhange mit einer erlittenen Dienstbeschädigung auf Grund militärärztlicher Bescheinigung durch die dazu verordneten Militärbehörden festzustellen ist,

der in demselben Paragraphen geforderte Nachweis einer Dienstbeschädigung nicht als erbracht anerkannt werden können."

Die Petitions-Kommission konnte sich der Meinung nicht anschließen, daß es generell ausgeschlossen sei, daß ein Bruch beim Reiten entstehen könne.

Ebenfalls hielt die Petitions-Kommission die Annahme für nicht gerechtfertigt, daß eventuell der Bruch schon vor dem Reiten vorhanden gewesen sei. Diese Annahme sei ausgeschlossen wegen der großen Dimension die der Bruchschaden nach Angabe der Akten gehabt habe und weil die Aussagen des vom Petenten namhaft gemachten Zeugen die Angaben desselben sämmtlich bestätigt haben. Ein Bruchschaden von derartiger Bedeutung würde das Besteigen des Pferdes und die Betheiligung am Uebungsreiten von vornherein verhindert haben. Sie war also der Meinung, daß die Verletzung im Dienste und hervorgerufen durch die dienstlichen Verrichtungen entstanden sei.

Die Kommission beschloß daher einstimmig zu beantragen:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Petition II. Nr. 8704 des Peter Carstens in Pferdekrug wegen Gewährung von Invaliden-Wohlthaten

dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Nr. 915. Einhundertundfünfter Bericht.

Berichterstatter:
Abgeordneter Müller (Waldeck). Journ. II. Nr. 8705.

Der Petent, Gartenhausbesitzer Aug. Thümmler-Reudnitz, bittet um Gewährung von Invaliden-Wohlthaten für seinen geisteskranken Sohn.

Nach seiner Angabe sollen seiner Zeit gegen die Aushebung des letzteren zum aktiven Militärdienst behörderliche Einwendungen gemacht sein, da er schon damals vorübergehend Anfälle von Geisteskrankheit gezeigt habe.

Eine zu den Akten liegende Bescheinigung des Gemeindevorstandes zu Gottesgrün vom 24. April 1899 bestätigt diese Behauptung unter folgendem Wortlaut:

„Derselbe äußerte ungefähr 2 Monate vor seinem Dienstantritt eine Aengstlichkeit und Furchtsamkeit, so daß man annahm, er scheue sich vor den Soldatendienst, dies kam Ende des Monats August 1894 soweit, daß eine Geistesgestörtheit an ihm wahrzunehmen war, welche eines Tages zu einem Wuthanfall ausbrach, wo er von mehreren starken Personen festgehalten werden mußte, welche ihn nach Greiz ins Landeskrankenhaus gebracht haben, wo er nach ungefähr 8 Tagen wieder beruhigt entlassen wurde."

Petent behauptet nun, daß durch den Militärdienst und insbesondere durch einige bei demselben erlittene Mißhandlungen eine Verschlimmerung des Zustandes seines Sohnes entstanden sei.

Aus den Akten geht hervor, daß der Thümmler seit 1896 in der Königlichen Heil- und Pflegeanstalt Untergöltzsch als Geisteskranker untergebracht ist. Zur Berathung der Petition war von der Petitions-Kommission Herr Hauptmann Siber zugezogen, der folgende Erklärung abgab:

„Der Vater des ehemaligen Musketier Thümmler behauptet:

1. daß sein Sohn unrechtmäßig zur Einstellung gelangt sei, obwohl die betr. Kommissionen Kenntniß von einer früher überstandenen Geisteskrankheit desselben gehabt hätten und
2. daß die geistige Erkrankung durch den Militärdienst erneut zum Ausbruch gebracht wäre.

Nach den amtlichen Feststellungen bei den Ersatzbehörden des Aushebungsbezirks ist weder der Musterungs- noch der Aushebungs-Kommission die vor dem Diensteintritt überstandene kurze Geisteskrankheit bekannt geworden.

Nach etwa einjähriger Dienstzeit trat diese Krankheit gelegentlich einer Lazarethbehandlung wegen Knieleidens erstmalig in Erscheinung.

Thümmler wurde geheilt der Truppe zur Schonung zurücküberwiesen. Bald darauf wurden bei einer Untersuchung wegen angeblicher Mißhandlung des p. Thümmler durch einen Unteroffizier Anzeichen nicht völliger Zurechnungsfähigkeit des Ersteren bemerkt. Die Nachforschungen in der Heimath brachten jetzt erst die vor der Einstellung in den Militärdienst überstandene Geisteskrankheit dem Truppentheil zur Kenntniß, verschafften aber auch zugleich die Gewißheit, daß Thümmler erblich belastet war.

Die angebliche Mißhandlung ist ebensowenig erwiesen, als eine später noch angegebene gewaltsame Behandlung durch Kameraden, welche ihn beim Baden ins Wasser geworfen haben sollten.

Eine besondere dienstliche Veranlassung für das Auftreten der Krankheit während der Dienstzeit konnte nicht erbracht werden. Die Entlassung erfolgte daher ohne Invalidenversorgung als dienstunbrauchbar, und zwar wegen überstandener Geisteskrankheit, welche zeitweilig in die Erscheinung tritt; für die Zeit der Entlassung — 1896 — bestand eine Erkrankung jedoch nicht.

Gesetzlich begründete Ansprüche auf Invalidenversorgung konnten nicht anerkannt werden; es stand aber der Absicht der Gewährung einer laufenden Unterstützung aus §. 110 M. P. G. der Mangel besonderer Bedürftigkeit des Entlassenen im Wege.

Erst jetzt ist der Militärverwaltung zur Kenntniß gekommen, daß die Verhältnisse des Vaters Thümmler nicht mehr die früheren günstigen sind, und konnte daher dringende Bedürftigkeit angenommen und dem Sohne eine laufende Unterstützung von monatlich 15 *M.* bewilligt werden.

Im Hinblicke auf die dem Vater durch den Aufenthalt des Sohnes in der Heilanstalt erwachsenen großen Ausgaben hat die Militärverwaltung in besonders wohlwollender Erwägung es auch für zulässig erachtet, Unterstützungsbedürftigkeit auch noch für die rückliegende Zeit, und zwar von seiner Entlassung aus dem aktiven Militär-Dienste ab anzurechnen, und ist dem p. Thümmler der Betrag der Unterstützung mit zusammen 705 *M.* nachgezahlt worden."

Die Kommission beschloß mit Rücksicht auf diese Erklärung nach Antrag des Referenten mittels schriftlichen Berichts an das Plenum zu beantragen:

Der Reichstag wolle beschließen:

über die Petition Journ. II. Nr. 8705 des Gartenhausbesitzers Thümmler in Reudnitz um Bewilligung von Invalidenwohlthaten für seinen geisteskranken Sohn

zur Tagesordnung überzugehen.

Nr. 916. Einhundertundsechster Bericht.

Berichterstatter:
Abgeordneter Krebs. Journ. II. Nr. 15314.

Der Geheime Registrator a. D. Kanzleirath Jaeger aus Zehlendorf richtet an den Reichstag unterm 10. Januar 1900 eine Petition um Vordatirung des Dienstalters, Gewährung des Höchstgehalts und dementsprechende Erhöhung des Ruhegehalts und begründet dieselbe, wie folgt:

Die Denkschrift zum Ergänzungsetat für 1897/98, betreffend die Fortführung der Besoldungsaufbesserung, S 6 bestimme im Schlußsatz: „Die allgemeinen Vorschriften bei Ausführung des Dienstaltersstufensystems, die in den Denkschriften zu den Hauptetats der Jahre 1893/94 und folgende niedergelegt sind, würden auch bei den erhöhten Gehältern und bei den sonstigen vorbemerkten Neuregelungen ohne Weiteres in Kraft bleiben." Dazu gehöre besonders die Bestimmung unter 2b der Denkschrift im Hauptetat für 1894/95 S. 57: „Hinsichtlich der in der Zeit vor der Einführung des Dienstaltersstufensystems liegenden Fälle von Beförderungen und Versetzungen wäre bei Anrechnung der Zeit, welche ein Beamter bereits in der früheren Stellung auf einem bestimmten Gehaltssatze zugebracht haben würde, in der Weise zu verfahren, daß festgestellt wird, welche Dienstzeit der Beamte in der früheren Klasse zurückgelegt hatte und welches Gehalt ihm danach in dieser Klasse **zur Zeit des Uebertritts** zugestanden haben würde, wenn die jetzigen Gehaltssätze sowie die jetzige Dienstaltersstufenordnung damals schon bestanden hätten. Auf Grund der so getroffenen Feststellung wäre alsdann zu ermitteln, welche Dienstzeit dem Beamten beim Uebertritt in die neue Klasse anzurechnen gewesen sein würde, wenn auch für diese Klasse die jetzigen Gehaltssätze sowie die jetzige Dienstaltersstufenordnung schon in Kraft gewesen wären u. s. w."

Das Inkraftbleiben dieser Bestimmung 2b auch bei den erhöhten Gehältern sei von den betheiligten Beamten als ein Akt der Gerechtigkeit freudig begrüßt worden, weil durch die Einführung des Dienstaltersstufensystems die im Jahre 1890/91 begonnene Besoldungsaufbesserung unterbrochen sei. So sei es z. B. gekommen, daß Kanzleisekretäre im Kriegsministerium, die schon in ihrer Besoldung aufgebessert und zu Geheimen Registratoren befördert gewesen, in Folge der Einführung des Dienstaltersstufensystems die vor ihnen beförderten dienstälteren ehemaligen Intendantur-Registratoren, die eine Gehaltsaufbesserung in ihrer Vordienststellung noch nicht erfahren hatten, im Gehalte überholten. Diese Ungleichheiten müßten ja einstweilen ertragen werden, bei der Fortsetzung der Besoldungsaufbesserung jedoch hätte nach den vorerwähnten Uebergangsbestimmungen der Ausgleich erwartet werden dürfen. Ein solcher sei trotzdem ausgeblieben, denn bei der Neuregelung des Besoldungsdienstalters sei, wie dies nach der Bestimmung 2b hätte geschehen müssen, nicht der Zeitpunkt **des thatsächlichen Uebertritts** in die Beförderungsstelle entscheidend gewesen, sondern der 1. April 1897, d. i. der Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Besoldungssätze. Hiernach sei nur denjenigen vor dem 1. April 1897 beförderten Beamten ein günstigeres Besoldungsdienstalter beigelegt, die, wenn sie in ihrer Vordienststellung geblieben wären, in dieser am 1. April 1897 entweder schon ein höheres Gehalt erdient oder ein solches doch früher als in der neuen Stelle erworben gehabt hätten. Diese Beamten hätten, ebenso wie die früher schon aufgebesserten Kanzleisekretäre und die seit dem 1. April 1897 beförderten, auf diese Weise vor ihren älteren Kollegen den Vortheil erlangt, das Höchstgehalt der Stelle in einer bis zu 3 Jahren kürzeren Dienstzeit zu erreichen. Dazu kommt, daß den nach dem 1. Januar 1892 etatsmäßig angestellten Militäranwärtern noch ein Militärdienstjahr auf ihr Besoldungsdienstalter angerechnet wird, so daß sich bei diesen der Unterschied zwischen ihren älteren Kollegen bis zu 4 Jahren erhöht, wobei die jüngeren Beamten noch den weiteren

Vortheil hätten, daß sie schon in jüngeren Jahren die aufgebesserten Gehälter bezögen.

Der preußische Herr Kriegsminister hätte die hierin liegende Härte anerkannt und die Neuregelung des Besoldungsdienstalters für die vor dem 1. April 1897 beförderten Beamten zunächst ausgesetzt; denn im preußischen Armee-Verordnungsblatt für 1897 heißt es in den betreffenden Ausführungsbestimmungen S. 201:

„2. 2c. Wegen Neuregelung des Besoldungsdienstalters der vor dem 1. April d. J. beförderten oder im dienstlichen Interesse in andere Stellen versetzten Beamten bleibt weitere Bestimmung vorbehalten."

Später — im April 1898 — sei denn auch bei den Büreaubeamten des Kriegsministeriums, die eine längere als 12jährige etatsmäßige Intendanturdienstzeit hinter sich hätten, das Besoldungsdienstalter so festgesetzt, wie es nach den obenerwähnten Uebergangsbestimmungen vorgeschrieben worden, wobei also die Beamten mit 9—12jähriger etatsmäßiger Vordienstzeit, zu denen auch Petent gehöre, weiter unberücksichtigt bleiben. — Die mit einer längeren als 12jährigen etatsmäßigen Vordienstzeit im Kriegsministerium angestellten Büreaubeamten seien insoweit begünstigt gewesen, als sie schneller etatsmäßig angestellt, während in Folge der Schaffung neuer Diätarstellen die Beamten mit 9—12jähriger Vordienstzeit ein entsprechend längeres Diätariat durchzumachen gehabt. Wird aber die Gesammtdienstzeit der Beamten in Betracht gezogen, so seien die nicht berücksichtigten Beamten den ohnehin begünstigten überlegen; dies ergebe sich daraus, daß sie das Höchstgehalt selbst bei Anwendung der Uebergangsbestimmungen erst im Durchschnittsalter von 59,20 Jahren (sonst erst mit 60,18 Jahren) erreichen, die anderen aber schon mit 56,7 Jahren.

Dasselbe Kriegsministerium habe doch nach der mehrerwähnten Bestimmung der Denkschrift zum Ergänzungsetat für 1897/98 die höheren Gehälter für zuständig gehalten, wie dies daraus zu folgern sei, daß es dieselben noch durch den Etat für 1898 angefordert habe, denn nur so lasse es sich erklären, daß in der Uebersicht der Reichs-Ausgaben und -Einnahmen für 1897/98 S. 51 Kapitel 14 Titel 6 41507,19 M. als unverwendet in Abgang gestellt seien.

Der Petent fügt nunmehr eine Abschrift der an den preußischen Herrn Kriegsminister gerichteten Eingabe vom 4. Januar 1900 bei, mit welcher er dasselbe Petitum wie beim Reichstage stellte und aus welcher, abgesehen von dem bisher gegebenen Material, noch hervorzuheben bleibt, daß bei seinem am 1. Oktober 1898 erfolgten Uebertritt in den Ruhestand die Frage, welche von einer Anzahl von mittleren Beamten des Kriegsministeriums über die anderweite Festsetzung des Besoldungsdienstalters nach Maßgabe der Denkschrift für die Besoldungsaufbesserung im Jahre 1897 nicht zur Entscheidung gelangt sei. Der Festsetzung seines Ruhegehalts hätte daher, obwohl er bereits eine Dienstzeit von 41 Jahren und das 59. Lebensjahr erreicht, das Höchstgehalt, wie er gehofft, nicht zu Grunde gelegt werden sollen. Bei Einführung der Dienstaltersstufen sei nur den nach dem 6. Januar 1892 als mittlere Beamten angestellten Militäranwärtern ein Jahr auf ihr Besoldungsdienstalter angerechnet worden, den älteren aber nicht. Bei der Besoldungsaufbesserung im Jahre 1897 erlangten die jüngeren Beamten einen weiteren Vortheil insoweit, als ihnen bei ihrer Anstellung im Kriegsministerium die etatsmäßige Intendanturdienstzeit unter Hinzurechnung von einem Militärdienstjahr vom 6. bis ausschließlich 9. Jahre als Ministerialdienstzeit gerechnet worden, während bei den früher übernommenen Beamten erst die Zeit vom 9. bis 12. Jahre angerechnet sei. Obwohl die Denkschrift einen Ausgleich zugelassen, habe eine nachträgliche anderweite Festsetzung des Besoldungsdienstalters nur für einen Theil der älteren Beamten stattgefunden. Die unter der Wirkung der Besoldungsaufbesserung im Kriegsministerium angestellten jüngeren Beamten hätten die Möglichkeit, das Höchstgehalt mit einer bis zu 4 Jahren kürzeren Gesammtdienstzeit zu erreichen, als ihre älteren Kollegen, die erst mit 9- bis 12jähriger etatsmäßiger Vordienstzeit in der Centralbehörde zur Anstellung gelangten. Dazu komme, daß die letzteren fast ausnahmslos Kriegstheilnehmer seien und in Folge der erlittenen Strapazen naturgemäß früher dienstunfähig geworden, wie die an Feldzügen nicht betheiligten jüngeren Beamten. Bei dem Petenten sei die Dienstunfähigkeit in Folge Erkrankung schon im Alter von 59 Jahren nach einer Gesammtdienstzeit von $41^7/_{12}$ Jahren eingetreten, ohne daß er das Höchstgehalt erreicht habe, welches ihm nach dem Wortlaut der Denkschrift ein halbes Jahr vor seinem Ausscheiden zugestanden hätte; das ergebe für ihn einen jährlichen Ausfall von 375 M. Wie dem Petenten mitgetheilt sei, habe der Herr Kriegsminister zur Abstellung dieser Härten die erforderlichen Schritte gethan, doch seien dieselben erfolglos gewesen, wie aus dem abschriftlich beigefügten Bescheide desselben vom 10. Januar 1900 hervorgehe, daß das Kriegsministerium zu einer Vordatirung seines Besoldungs-Dienstalters, welche die nachträgliche Bewilligung des Höchstgehalts und die Zugrundelegung des letzteren bei Feststellung seiner Pension gestatten würde, nicht ermächtigt sei, daß ferner seine Anführung nicht zutreffe, daß nach der zum Reichs-Haushaltsetat für 1897/98 gehörigen Denkschrift über die Fortführung der Besoldungsaufbesserung die Regelung seiner Besoldung im Sinne seines Antrages zulässig wäre, und zwar neben dem höheren Gehalt für $^1/_2$ Jahr von 250 M. und bei seinem Tode auch die Erhöhung des Wittwengeldes um 150 M., Beträge, die heutzutage wesentlich ins Gewicht fielen.

Der Petent meint, daß, wenn es bei einer so durchgreifenden Reform, wie es die Einführung des Dienstaltersstufensystems sei, nicht angängig gewesen, allen Beamten gleiche Vortheile zuzuwenden, es doch recht und billig wäre, wenigstens alle Beamten nach gleichen Grundsätzen zu behandeln, und nicht, wie es schon bei der Anrechnung eines Militärdienstjahres geschehen, auch jetzt wieder die älteren Beamten von den gewährten Vortheilen auszuschließen. Wäre das Dienstaltersstufensystem erst nach vollständig beendeter Besoldungsaufbesserung zur Einführung gelangt, dann hätten derartige Ungleichheiten zum Nachtheil der älteren Beamten nicht vorkommen können; aus der Einführung des Systems vor durchgeführter Besoldungsaufbesserung habe den Beamten, die ohnehin schon auf die Aufbesserung warten mußten, erst noch ein weiterer Nachtheil erwachsen sollen. Dabei sollten die segensreichen Wirkungen dieses Systems im Allgemeinen nicht unterschätzt werden, wogegen andrerseits in Betreff der Intendanturbureaubeamten, aus denen sich der größte Theil der gleichartigen Beamten des Kriegsministeriums ergänze, dasselbe System von nicht unerheblichem Vortheil für die Reichskasse gewesen, da z. B. im Etat für 1900 für 617 Stellen nach dem früheren System 1 665 900 Mark einzustellen gewesen wären, während jetzt nur 1 424 550 Mark im Kapitel 16 Titel 3 also rund 240 000 Mark weniger angefordert seien.

Der Petent bittet den Reichstag beschließen zu wollen:

daß entsprechend der Vorschrift in dem Schlußsatze der Denkschrift zum Ergänzungsetat 1897/98 auch die Bestimmung 2b der Denkschrift zum Hauptetat 1894/1895 Seite 57 auf sämmtliche

vor dem 1. April 1897 beförderten und versetzten Beamten gleichmäßige Anwendung zu finden habe.

Am 27. April 1900 verhandelte die Petitions-Kommission über diese Petition, wobei die Herren Regierungskommissare folgende Erklärungen abgaben:

der Geh. Oberregierungsrath Herr Neumann aus dem Reichsschatzamt erklärte:

Die Angelegenheit sei ausführlich mit dem Reichsschatzamte erörtert, und es müsse zur Klarstellung etwas weiter auf Grund der Mittheilungen des Königlich Preußischen Kriegsministeriums zurückgegangen werden.

Die Klasse der dortigen Geheimen expedirenden Sekretäre und Registratoren finde ihren Ersatz hauptsächlich aus den Intendantur-Sekretären und Registratoren- deren Verhältnisse also vorweg zu betrachten seien. Die Intendantur-Bureaubeamten gehören zur Sekretärklasse der höheren Verwaltungsbehörden und stehen insofern gleich den entsprechenden Beamten der Militärbehörden des Reichsdienstes, der Ober-Postdirektionen, der Eisenbahndirektionen, preußischen Oberlandesgerichte, Regierungen, Provinzial-Steuer-Direktionen und anderen höheren Verwaltungsbehörden. Die Anstellung als Intendantursekretär erfolge nach mehrjährigem Dienste bei der Truppe und im Zahlmeisterbureau, sowie auf Grund einer nicht leichten Prüfung und nach längerem Diätariat; die Registratoren treten als Militäranwärter ein. Im Allgemeinen falle das Durchschnittsalter bei der etatsmäßigen Anstellung, also wohl auf Anfang der dreißiger Lebensjahre. Dafür seien die Betheiligten aber dadurch bevorzugt, daß sie die erste Anstellung alsbald bei einer höheren Verwaltungsbehörde finden. Vor den anderen Sekretären solcher Behörden stehe ihnen ein gewisser Vorzug dadurch zu, daß sie servisberechtigte Militärbeamte sind und an pensionsfähigem Personalservis 450 M. ihnen berechnet werden, ihr Gehalt aber nur um 300 M., nicht 450 M., gegen das der gleichstehenden Sekretäre zurückbleibt. Sie stiegen im pensionsfähigen Einkommen, abgesehen von dem Wohnungsgeldzuschuß auf 3750 M. (jetzt 4350 M.), während das Höchstgehalt bei den gleichstehenden Behörden 3600 M. (jetzt 4200 M.), abgesehen von besonderen Berliner Zulagen, betrug. Die hiernach um 150 M. von Anfang an bessere Ausstattung der Stellen sei wichtig für die in in der Petition hervorgehobenen Unterschiede.

Die Beförderung der Intendantur-Bureaubeamten in die Ministerialstellung ferner gestalte sich nicht ungünstig. Nicht blos das dem Geschäftsgebiete der Intendanturen vorstehende Verwaltungsdepartement, sondern auch die anderen Departements des Kriegsministeriums seien, abgesehen vom Ersatz aus dem Feuerwerks- und Zeugpersonal, auf eine Ergänzung aus den Intendantur-Bureaubeamten angewiesen. Danach stelle sich das Verhältniß so, daß beinahe schon auf je drei Intendantur-Büreaubeamte eine Ministerialstellung komme, und tüchtige Leute mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen können, in eine solche Stellung befördert zu werden, wogegen die Beförderung in die obersten Reichsämter und bei den preußischen Civilministerien sich in Folge der viel größeren Auswahlziffer als eine seltene Ausnahme darstelle, bei der zahlreiche tüchtige Kräfte zurückbleiben und Zufälligkeiten viel weniger ausgeschlossen seien. Andererseits sei das Lebensalter bei der Anstellung im Kriegsministerium ziemlich hoch. Der Grund liege darin, daß nicht wie bei manchen anderen Ministerien auch jüngere Kräfte zur Beförderung aus den nachgeordneten Behörden herausgegriffen, sondern diejenigen Intendanturbeamten, die von der Beförderung nicht überhaupt ausgeschlossen werden, regelmäßig erst nach dem Dienstalter herankommen. Aus den Uebersichten, die bei Einführung des Altersstufensystems aufgestellt wurden, sei zu entnehmen, daß bei der Anstellung im Ministerium die Expedienten durchschnittlich 42½, die Registratoren sogar 46 Jahre alt waren, während die Altersziffern bei anderen Centralstellen, soweit sie ermittelt sind, — abgesehen von den Registratoren beim Reichs-Postamt — sich niedriger hielten. Danach wäre in der Ministerialbeamten-Stellung das Höchstgehalt, da die Aufrückungsfrist nominell 18 Jahre beträgt, immerhin noch eine Reihe von Jahren vor der regelmäßigen Pensionirung erreichbar. Es komme hinzu, daß die 18 Jahre sich bei Manchen bis auf 15 Jahre verkürzen, während vor Einführung der Altersstufen das Höchstgehalt durchschnittlich etwa 16 Jahre nach der Anstellung im Ministerium sich erlangen ließ. Dies Höchstgehalt sei überdies seit dem 1. April 1897 von 5400 auf 6000 M. erhöht.

Die Stellung, aus der der Petent pensionirt worden sei, biete hiernach Licht und Schatten, im Ganzen aber namentlich insofern große Vorzüge, als in der Laufbahn eine Stellung mit höherem Gehalte regelmäßig erreichbar gewesen sei.

Auf einen Unterschied innerhalb seiner Ministerialsekretäre habe das Königlich preußische Kriegsministerium allerdings bei Einführung des Altersstufensystems aufmerksam gemacht, insofern die Vortheile dieses Systems nicht Allen gleichmäßig zu Theil wurden. Bei Versetzungen und Beförderungen nämlich (Seite 56 und 57 der Denkschrift zum Haupt-Etat für 1894/95 wegen Regelung der Gehälter der mittleren u. s. w. Beamten nach Altersstufen) solle der Beamte den in der bisherigen Stellung normalmäßig erreichten Gehaltssatz mit hinübernehmen und, wenn ein solcher in der neuen Stellung nicht besteht, sogleich in den nächsthöheren einrücken, auf diesem aber, wenn die damit verbundene Gehaltsverbesserung weniger beträgt, als sie dem Beamten in der früheren Klasse beim Aufsteigen in deren nächsthöhere Gehaltsstufe zu Theil geworden wäre, nur noch dieselbe Zeit, welche er auf der zuletzt inne gehabten Stufe der früheren noch hätte zubringen müssen, sonst aber volle drei Jahre verbleiben. Dabei habe (zu 2b daselbst) wegen der in der Zeit vor Einführung des Dienstaltersstufensystems liegenden Fälle von Beförderungen und Versetzungen in der Weise verfahren werden sollen, daß festgestellt wird, welches Gehalt ihm in der früheren Klasse zur Zeit des Uebertritts zugestanden hätte, wenn die neuen Stufensätze damals schon bestanden hätten und welche Dienstzeit dem Beamten beim Uebertritt in die neue Klasse anzurechnen gewesen sein würde, wenn auch für diese Klasse die neuen Stufensätze damals schon in Kraft gewesen wären. Zu dem hinüberzunehmenden Gehalte sei bei den Militärbeamten jedesmal der pensionsfähige Betrag des Servises hinzugerechnet worden. Dies habe zur Folge gehabt, daß die 12 Jahre etatsmäßig in der Intendantur Gedienten, deren Gehalt 2700 M. betrug, unter Zurechnung der 450 M. pensionsfähigen Servises in die mit 3000 M. beginnende Ministerialsekretärstellung bereits mit 3150 M. einrückten und, da ein solcher Satz in der neuen Stellung nicht bestand, sofort auf den nächsthöheren Satz von 3400 M. zu stehen kamen. Auch die in der Zeit weniger zahlreicher Stelleneröffnungen, also verhältnißmäßig spät Beförderten, länger (13, 14 bis ausschließlich 15 Jahre) in der Intendantur Gedienten konnten nur auf denselben Satz von 3400 M. kommen, da sie in der bisherigen Stellung — einschließlich des pensionsfähigen Servises — ebenfalls 3150 M. bezogen. Sie mußten auf den 3400 M. auch ebenso wie die nur 12 Jahre Gedienten

volle drei Jahre stehen bleiben, da sie beim Verbleiben in der Intendantur nur um 200 ℳ bei der nächsten Aufrückung gestiegen wären, als Ministerialsekretäre aber durch die Einrückung in 3400 ℳ nicht um weniger, sondern um mehr — 250 ℳ — aufrückten. Die Ungleichmäßigkeit für Jüngere und Aeltere habe also ihren Grund für die mehr bevorzugten Jüngeren darin, daß die 150 ℳ überschießender Servis mit in Anrechnung kommen und für die weniger begünstigten Aelteren darin, daß für sie das Aufrücken beim Verbleiben in der Intendantur nur um 200 ℳ statt — wie in den früheren Stufen dort — um 300 ℳ erfolgt wäre. Eine solche nach oben hin abnehmende Steigung sei im Allgemeinen dem Interesse der Beamtenschaft entsprechend. Wenn nicht arithmetisch gleiche Stufen sich bilden lassen, so seien die Stufen thunlichst auf volle Hunderte abzurunden und die stärksten Steigungen nach unten zu legen gewesen.

Da Verschiedenheiten der hervorgehobenen Art unvermeidlich erschienen, habe die Finanzverwaltung zu einem Ausgleiche nicht mitzuwirken vermocht. Es sei bei den näheren Ermittelungen festgestellt, daß zum Beispiel auch in Preußen einem Regierungssekretär bei der Beförderung in eine Ministerialstellung gleichmäßig nur drei Jahre der früheren Dienstzeit anzurechnen waren, ob diese 12 oder 15 Jahre betrug, und es seien ferner die großen Unterschiede der Dienstzeit in Betracht gekommen, nach welcher in Preußen besonders bei der Ober-Rechnungskammer, dem Ober-Verwaltungsgericht, der Hauptverwaltung der Staatsschulden und anderen Behörden, sowohl Sekretäre wie Räthe, im Vergleich zu anderen Dienststellen erst zur Anstellung gelangen, ohne daß ein Ausgleich möglich ist. Insgesammt sei maßgebend gewesen, daß den betheiligten Kriegsministerialsekretären nicht Nachtheil gegen früher, sondern nur weniger Vortheil als anderen durch das neue System zufiel.

Später habe bei den Konferenzen über die dem Reichstage für 1896/97 vorgelegten nachträglichen Aenderungen des Altersstufensystems das Königliche Kriegsministerium die Frage des Ausgleichs jener Verschiedenheiten wieder aufgenommen; die Marineverwaltung, sowie die Verwaltung der Reichseisenbahnen und des Innern hätten alsbald gleichfalls Ausgleichsansprüche für ihre in verschiedenem Lebens- und Dienstalter beförderten Sekretäre erhoben. Auch damals sei es zu einer Anerkennung solcher Ansprüche nicht gelangt.

Bei Einbringung der Vorlage für die Gehältererhöhungen zum 1. April 1897 endlich, bei der das Höchstgehalt sowohl der Intendantur-Büreaubeamten, als auch der Ministerial-Büreaubeamten die Erhöhung auf den jetzigen Stand erfahren habe, sei die beklagte Verschiedenheit innerhalb der Ministerialbeamten überhaupt nicht zur Sprache gekommen. Dem Schlußsatze in der Denkschrift S. 6 dieser Vorlage — Nr. 576 der Reichstagsdrucksachen für 1895/97 —, auf den der Petent sich berufe, habe ein anderer Fall zu Grunde gelegen, nämlich der, daß ein nach dem 1. April 1897 zur Beförderung gelangender Militär-Justizbeamter in Folge Herübernahme des nunmehr erhöhten Gehaltes der Vordienststellung einem älteren Beamten vorankommen konnte, der aus dem früheren geringeren Gehalte heraus befördert war. Nur zu dem Zwecke, um Ueberholungen in dem einzelnen, dem Reichsschatzamte besonders angeführten und in ähnlichen Fällen zu vermeiden, sei jene vom Petenten hervorgehobene Bestimmung, die allerdings ohne Weiteres auf die Gesammtheit der bei Einführung des Altersstufensystems getroffenen Vorschriften Bezug nehme, für nöthig gehalten worden. Bei späteren Verhandlungen innerhalb der preußischen Verwaltung sei seitens der Reichsverwaltung, unter demselben Gesichtspunkte, und da z. B. auch innerhalb des Reichsschatzamtes und bei der Reichseisenbahn Fälle der Ueberholung hätten vorkommen können, die vorgesehene Bezugnahme auf die bei Einführung des Altersstufensystems getroffenen Vorschriften aufrecht erhalten worden. Für Preußen habe die Eisenbahnverwaltung eine ähnlich weitgehende Bezugnahme angeregt gehabt, es sei jedoch in der preußischen Staatsverwaltung schließlich über einen Weg, der gleichfalls die Möglichkeit der Ueberholung durch Jüngere ausschließe, und zwar einfach dahin erfolgt, daß kein vor dem 1. April 1897 Beförderter ein geringeres Gehalt in der Beförderungsstelle beziehen solle, als die nach diesem Tage Beförderten, die das neuerdings erhöhte Gehalt der Vordienststellung mit hinübernehmen. Die in der Denkschrift im Reiche vorgesehene, in der Fassung freilich weitergehende Fondsbewirthschaftungs-Maßgabe sei dementsprechend nur in derselben Beschränkung, durch die ihr Zweck erreicht werde, zur Anwendung gelangt. Um Fälle der Ueberholung aber handele es sich bei den Kriegsministerialbeamten überhaupt nicht.

Nach Abschluß der Gehältererhöhung habe indeß der Herr Kriegsminister bei erneuter Anregung der Angelegenheit unter Anderem zur Sprache gebracht, daß nunmehr den länger in der Intendantur etatsmäßig Gedienten nicht blos wie früher die bis zu drei Jahren Jüngeren fast gleich kämen, sondern sogar bis zu sechs Jahren Nachstehende einen fast gleichen Vorzug erreichten. Wenn nun auch grundsätzlich daran festgehalten werden müsse, daß eine Härte gegenüber dem früheren Besoldungssystem nur in einer Besserstellung Jüngerer, dagegen nicht in einem bloßen Nachkommen Jüngerer, was sich nicht immer vermeiden lasse, liegen würde, so habe doch der Herr Reichskanzler speziell jene Annäherung der bis zu sechs Jahren Jüngeren für eine derartig ungewöhnliche und nicht im Sinne der gesetzgebenden Faktoren bei der allgemeinen Gehaltsaufbesserung liegende Folge erachtet, daß in diesen Fällen eine Anwendung der zu 2 g der Denkschrift zum Hauptetat für 1894/95 gegebenen Ausgleichungsbefugniß vertretbar erscheine. In solchem Sinne sei auf Antrag des Herrn Reichskanzlers also für die betreffenden älteren Beamten, zusammen 54, eine Vordatirung bewilligt worden, dazu für 20 in gleicher Lage befindliche Ministerialbeamte beim Reichs-Marine-Amt, Reichsschatzamte und Rechnungshofe. Der Petent gehöre nicht zu diesen Aelteren. Wenn auch ihm Jüngere nachgekommen sein sollten, so sei solches doch nicht in dem weitgehenden Maße, sondern nur in ähnlichem Maße erfolgt, wie es bei den Aelteren vor der Gehälteraufbesserung der Fall gewesen sei und zu einer Ausnahmsbewilligung nicht ausgereicht habe.

Eine Ausdehnung solcher Bewilligung auf andere, denen die Jüngeren nicht in besonders ungewöhnlichem Maße näher gerückt seien, würde schließlich auf ein Anerkenntniß dahin hinauslaufen, daß das Altersstufensystem, jedem gleichmäßige Vortheile zu gewähren, bestimmt gewesen sei. Es würden dann bei der Intendantur umgekehrt auch die oben hervorgehobenen Besonderheiten, die, wie die 150 ℳ überschießender pensionsfähiger Servis, wichtige Vorzüge enthalten, nicht bestehen können, namentlich aber in Fällen verspäteter Beförderung in Folge Mangels an Stelleneröffnungen ein Ausgleich gefordert werden. Wenn, wie es der Petent verlange, die bloße Thatsache, daß jüngere Beamte überhaupt nicht in demselben Maße wie bisher hinter den älteren zurückbleiben, schon zu einem Ausgleich genügen solle, so würde nicht blos bei zahlreichen Ministerial-

beamten auch in der preußischen Verwaltung eine Umrechnung des Dienstalters nöthig werden, sondern es würden auch bei nachgeordneten Behörden vielleicht Hunderte von Beamten ähnliche Ansprüche erheben, und schließlich wären Veränderungen in den Anstellungs- oder Beförderungsaussichten für Jüngere, insbesondere durch Erleichterung oder Erschwerung der Vorbedingungen, unmöglich gemacht, wenn nicht gleichzeitig das Dienstalter der Aelteren zurückgerückt oder gekürzt werden soll.

der Geh. Kriegsrath Herr Froebel aus dem Kriegsministerium erklärte:

Er wolle darauf hinweisen, daß die Dienstzeit von 12—15 Jahren bei der Intendantur (Gruppe I), welche wegen ihrer Länge den Anlaß zur Vordatirung von 54 Beamten gegeben habe, nur scheinbar diejenige der Beamten mit geringerer bezw. einer Vordienstzeit bei der Intendantur von 9—12 Jahren (Gruppe II, in Summe 44 Beamte, wovon zwei inzwischen verstorben) an Ausdehnung übertreffe.

Bei Gruppe II sei zu berücksichtigen, daß diese Beamten in Folge ungünstigerer Beförderungsverhältnisse längere Zeit in der der etatsmäßigen Anstellungszeit vorhergehenden Diätarzeit zugebracht hätten. Vielfach wären sogar der Diätarzeit noch Jahre der Verwendung in Hülfsarbeiterstellen vorangegangen.

Würden diese Vorzeiten hinzugenommen, in welchen die Beamten die Dienstobliegenheiten etatsmäßiger Beamten ausübten, ohne jedoch — bei dem Mangel freier Stellen — in etatsmäßige Stellen einrücken zu können, so ergebe sich für Gruppe II in der Vordienststellung eine Gesammtdauer, welche derjenigen von Gruppe I nicht nachstehe.

Die Gruppe I habe bereits in der Zeit vor der Gehaltsaufbesserung, dem 1. April 1897, den Vortheil genossen, früher in die besser besoldeten etatsmäßigen Stellen einzurücken. Dieser Vortheil gegenüber Gruppe II sei in der Folgezeit, nach dem 1. April 1897 bezw. durch die Gehaltsaufbesserung, nicht ausgeglichen worden. Im Gegentheil hätten die Beamten von Gruppe I wiederum den Vorzug erlangt, in ihrem Besoldungsdienstalter vordatirt zu werden. Welchen Einfluß diese Vordatirung auf das Verhältniß zu Gruppe II habe, ersehe man deutlich, wenn man das Lebensalter in beiden Gruppen bei dem Einrücken in das Höchstgehalt vergleiche. Während Gruppe I im Durchschnitt das Höchstgehalt mit 56,17 Lebensjahren erreiche, könne Gruppe II erst mit 60,18 Lebensjahren einrücken.

Die Reichsfinanzverwaltung sei im Verein mit dem Kriegsministerium jederzeit bestrebt gewesen, Härten und Ungleichheiten auf Grund der Ermächtigung gemäß Ziffer 2g Abschnitt „Regelung der Gehälter der mittleren und Kanzleibeamten nach Dienstaltersstufen" in der Denkschrift zum Haupt-Etat 1894/95 nach Möglichkeit zu beseitigen. In diesem Sinne habe sie auch die Vordatirung für Gruppe I seinerzeit zugestanden. Wenn daher vorausgesetzt werden dürfe, daß die Reichsfinanzverwaltung eine Prüfung der geschilderten Ungleichmäßigkeit in dem Besoldungsdienstalter bei Gruppe I und II nicht ablehne, so werde die Ausgleichung dieser Ungleichmäßigkeit einer hohen Kommission zur geneigten Erwägung gestellt.

Die Beamten der Gruppe I und II seien aus der gleichen Vordienststellung hervorgegangen. Sie ständen einander zeitlich, im Dienst- und Lebensalter, sehr nahe; sie arbeiteten neben einander in derselben Behörde (Kriegsministerium). Die Berührungspunkte, welche fortgesetzt zur Vergleichung der beiderseitigen Besoldungsverhältnisse herausforderten, seien also sehr zahlreich. Endlich dürfte noch ins Gewicht fallen, daß die Verbesserung für Gruppe II geringere finanzielle Anforderungen stellen würde. Denn bei Gruppe I seien vordatirt worden:

54 Beamte mit 1622 Monaten, im Durchschnitt für den Kopf = 30 Monate; bei Gruppe II würden vorzudatiren sein:

44 Beamte mit 578 Monaten, im Durchschnitt für den Kopf = 13 Monate, oder, bei Weglassung von zwei inzwischen verstorbenen Beamten:

42 Beamte mit 526 Monaten, im Durchschnitt für den Kopf = $12^1/_2$ Monate.

Darauf wurden über die Sachlage Erörterungen gepflogen, als deren Resultat sich herausstellte, daß von einem Mitgliede ein Antrag auf Ueberweisung als Material gestellt, jedoch ein anderer Antrag auf Erwägung mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Die Kommission beantragt demnach:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Petition II. Nr. 15 314 des Geh. Registrators a. D. Kanzleirath Jaeger aus Zehlendorf wegen Verbesserung seines Dienstalters und entsprechender anderweiter Festsetzung seines Ruhegehalts

dem Herrn Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Nr. 917. Einhundertundsiebenter Bericht.

Berichterstatter:
Abgeordneter Wallenborn. Journ. II. Nr. 14708.

Nachdem der 60. Bericht der Petitions-Kommission — Nr. 513 der Drucksachen — bereits gedruckt und vertheilt worden war, ging dem Vorsitzenden der Kommission das nachstehende Schreiben des Herrn Geh. Admiralitätsraths Koch zu:

Meine Erklärung zu der Petition des Geheimen Kanzlei-Sekretärs Peters im Reichs-Marine-Amt. — Vergl. 60. Bericht der Petitions-Kommission, Drucksachen Nr. 513 Journ. 4826 sehe ich mich genöthigt, wie folgt, zu berichtigen:

„Die sogenannte Gehaltssperre verfolgte den Zweck, zu verhindern, daß, nachdem einmal die Einführung des Dienstaltersstufensystems von den gesetzgebenden Faktoren beschlossen war und in naher Aussicht stand, noch nachträglich einzelne Beamte über diejenigen Gehaltsstufen emporgehoben wurden, auf welche sie nach Maßgabe des letzteren Systems Anspruch hatten. Der Fall einer solchen Emporhebung hätte für Peters, der ohnehin schon mehr bezog, vorgelegen, wenn ihm, so wie er es jetzt beantragt, noch am 1. Februar 1894 eine Gehaltszulage bewilligt worden wäre.

Der mit der Gehaltssperre befolgte Grundsatz ist auf Anregung der Reichsfinanzverwaltung unter geringfügiger Abweichung in der geschäftlichen Behandlung auch gegenüber den höheren Beamten zur Anwendung gebracht worden, und sind Fälle dieser Art, soweit meine Erkundigungen reichen, innerhalb der Marine-Verwaltung nicht praktisch geworden."

Der Vorsitzende gab der Kommission hiervon Kenntniß; dieselbe beschloß, in eine erneute Berathung der Petition II. Nr. 4826 zu treten. Diese erfolgte in der Sitzung vom 17. Januar 1900 unter Anwesenheit der Herren Geh. Admiralitäts-Rath Koch und Geh. Oberregierungs-Rath Neumann als Regierungsvertreter. Referent trug den Sachverhalt und die erste Verhandlung der Petition vor.

Der zuletzt genannte Vertreter des Reichsschatzamts gab die folgende Erklärung ab:

„Der Petent sei doch wohl von Irrthümern ausgegangen, nach deren Aufklärung die Kommission seinen Wünschen nicht so wie in erster Berathung werde zustimmen wollen. Die Petition gehe darauf hinaus, eine Zulage nachträglich zu verlangen, die der Verwaltungschef unter dem früheren Besoldungssystem hätte bewilligen können, aber thatsächlich nicht bewilligt hat. Bei diesem früheren System, dem sogenannten Durchschnittssystem, sei im Etat neben der Stellenzahl, sowie dem Mindestsatz und Höchstsatz des Gehaltes der Durchschnittssatz ausgeworfen gewesen, und der Etatsfonds jedesmal durch Vervielfältigung des Durchschnitts mit der Stellenzahl gefunden. Bei Zugang neuer Stellen sei immer der Durchschnitt hinzugekommen, den Verwaltungschefs also, da die Neuangestellten regelmäßig mit dem Mindestsatz begannen, zugleich eine Zuwendung an ältere Beamte ermöglicht worden. Ueberhaupt haben die Verwaltungschefs bei der Vertheilung des Etatsfonds freies Ermessen gehabt, soweit sie nur nicht im Mindest- oder Höchstsatz abwichen oder den Gesammtfonds überschritten. Durch Abgang frei gewordene Gehälter seien demgemäß vertheilt. Bei jeder in stärkerem Wachsen befindlichen Verwaltung aber seien zugleich durch die vermehrten Zugänge Mittel verfügbar geworden, und der Chef in der Lage gewesen, die Beamten verhältnißmäßig schnell und ohne Rücksicht darauf mit Zulagen zu bedenken, ob die gleichartigen Beamten anderer Verwaltungen etwa zurückblieben.

Dies freie Ermessen und jede dabei etwa entstandene Gepflogenheit habe aufgehört, sobald der Herr Reichskanzler sich über die Einführung des Altersstufensystems schlüssig gemacht und mit Kaiserlicher Genehmigung die betreffende Vorlage für den Bundesrath und Reichstag habe aufstellen lassen. Das neue System sollte vor Allem innerhalb jeder Verwaltung das Aufrücken von den Zufälligkeiten der jedesmaligen Abgänge unabhängig machen. Es wurden feste Stufen gebildet, in die jeder bei befriedigender Dienstführung, auch wenn der Etat dadurch überschritten wurde, einrücken konnte, die aber andererseits nicht früher, als nach festbestimmter Zeit erreichbar sein sollten. Hierdurch ergab sich zugleich die Folge, daß fortan ein Ausgleich zwischen den vorangeeilten und zurückgebliebenen Verwaltungszweigen insofern stattfand, als jeder bis dahin höher Bedachte zwar selbstverständlich das erreichte Gehalt und damit einen Vorzug vor Andern behielt, weitere Zulagen aber nunmehr nur im Rahmen der für sein Dienstalter als angemessen erkannten Stufen erhielt. Hätte eine Verwaltung inzwischen bis zur Gesetzeskraft der betreffenden Etatsvorlage ihr freies Ermessen der Vertheilung verfügbar werdender Mittel noch dazu benutzt, um einzelne Beamten über die gedachten nunmehr als angemessen erkannten Stufen hinauszubringen, so hätte sie sich in einen gewissen Widerspruch mit der neuen Regelung gesetzt und die Ungleichheiten, die dabei ohnedies Schwierigkeiten bereiteten, noch vermehrt.

So sei denn nach einander bei der staffelweise für untere, für mittlere und Kanzlei-Beamte außerhalb der Post, und schließlich auch für die Postbeamten und für alle höheren Beamten erfolgten Einführung des neuen Systems die Bewilligung weiterer über dessen Rahmen hinausgehender Zulagen jedesmal schon vor dem 1. April, mit dem der betreffende Etat in Kraft trat, eingestellt worden. Streng genommen hätte dies gleich nach Einbringung der Vorlage beim Bundesrath geschehen müssen. Im Interesse der Einheitlichkeit habe es aber jedesmal bei einer Einstellung vom 1. Januar ab bewendet. Von da ab habe Niemand eine Zulage über dasjenige hinaus noch erhalten, was ihm vom 1. April ab nach der neuen Norm zustand, auch die Postbeamten und die höheren Beamten nicht. Der Petent aber habe vor Einführung des Altersstufensystems bereits 200 ℳ mehr bezogen, als ihm danach zukam, also sich damit begnügen müssen.

Man könne auch nicht etwa einwenden, daß die geschehene Einstellung weiterer Heraushebungen über die Norm die Bedeutung hatte, einer erst zum 1. April des betreffenden Jahres in gesetzliche Geltung tretenden Bestimmung bereits eine rückwirkende Kraft zu verleihen; denn es hätte sich bei weiteren Mehrbewilligungen vor dem 1. April nicht blos um eine Zuwendung bis zu diesem Tage, sondern um eine solche für die Dauer gehandelt, wodurch gerade der Zeit nach dem 1. April und der von da ab vorgesehenen Regelung vorgegriffen worden wäre.

Wenn die Verwaltungschefs folgerichtig die in ihrem freien Ermessen liegenden Bewilligungen hiernach auf Anregung der Reichs-Finanzverwaltung einstellten, so habe sich Niemand darüber zu beschweren. Welche Unbilligkeit hätte nicht vielmehr gegenüber den zurückgebliebenen Beamten anderer Ressorts darin gelegen, wenn die im Gehalt bereits vorangekommenen Beamten noch weiter vorweg bedacht worden wären?

Aber selbst wenn die Petitionskommission, was nicht anzunehmen sei, bei dem wohlwollenden Standpunkte der ersten Berathung grundsätzlich beharre, so sei zu erwägen, daß eine Berücksichtigung der Petition praktisch nicht wohl ausführbar sein werde. Die Berücksichtigung könnte sich selbstverständlich nicht auf den einzelnen Beamten beschränken, sondern es würden alle in gleicher Lage befindlichen Angestellten des Reiches und die zahlreichen Beamten der Bundesstaaten, insbesondere der preußischen Verwaltung, in der ebenfalls die Zulagebewilligung eingestellt wurde, das Gleiche verlangen. In vielen Fällen aber werde sich gar nicht mehr feststellen lassen, ob es, wie im vorliegenden Einzelfalle, in der Absicht der Vorgesetzten gelegen hätte, eine Zulage — und welche — noch zu bewilligen, wenn das neue Besoldungssystem nicht bevorstand, und ebenso wenig, ob der Besoldungsfonds zu der betreffenden Zeit überall die erforderlichen Mittel hatte und nicht etwa noch anderweit zu verwenden gewesen wäre. Ein Beschluß auf Ueberweisung zur Berücksichtigung würde in weiten Beamtenkreisen Bestrebungen wachrufen, die nicht erfüllt werden könnten.

In erster Linie aber müsse, wie ausgeführt, sachlich das Verlangen für unberechtigt gehalten werden, daß eine Zulage nachgewährt werde, deren Bewilligung seiner Zeit im freien Ermessen des Vorgesetzten gelegen habe und aus allgemeinen Rücksichten unterblieben sei."

Aus der Kommission wurden die Gründe für die erste Beschlußfassung wiederholt geltend gemacht. Der Referent beantragte, auch diesmal die Petition dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Kommission beschloß jedoch, mit Rücksicht auf die seitens des Reichsschatzamtes abgegebene Erklärung, die Ueberweisung zur Erwägung. Sie beantragt demnach:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Petition II. Nr. 4826 des Geheimen Kanzleisekretärs Peters zu Berlin wegen Nachzahlung von Gehaltsgebührnissen

dem Herrn Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Nr. 918. Einhundertundachter Bericht.

Berichterstatter:
Abgeordneter Wallenborn. Journ. II. Nr. 15730.

Der Dresdener Bürger und Geschäftsmann Carl Wendschuch richtet an den Deutschen Reichstag die Bitte, die Kaiserliche Oberpostbehörde dahin anweisen zu wollen daß den kleineren und mittleren Geschäftsleuten, welche von Ostern 1900 ab nicht gewillt sind, die erhöhte Pauschalsumme für Telephonanschluß von 190 M. jährlich zu zahlen, sondern sich für die ermäßigte Taxe von 90 + 20 = 110 M. entschieden haben, ihre bisherige Telephon-Nummer belassen bleibe. Die betr. Geschäftsleute hätten vielfach auf Rechnungen, Katalogen, Briefköpfen und sonstigen Geschäftspapieren ihre Nummer bezeichnet, diese Papiere seien mit der bisherigen Nummer in den Händen der Kundschaft — nun sollte diese Nummer aufgegeben werden, weil die betr. Geschäftsleute nicht in der Lage seien, die erhöhte Gebühr zu bezahlen.

Petent weist auf die Unzuträglichkeiten und Schädigungen hin, welche für diese Geschäftsleute dadurch entstehen können. Dies sei überhaupt eine einseitige, willkürliche Maßnahme, weil diejenigen Geschäftsleute, welche die erhöhte Gebühr bezahlen, die bisherige Nummer behalten könnten. Petent ist der Ansicht, daß die Postverwaltung durch diese Maßnahme die Theilnehmer von der Benutzung der neuen Einrichtung abzuhalten suche, vielleicht, weil sie ihr mehr Arbeit und weniger Nutzen bringe. Dadurch werde der Zweck, den kleinen und mittleren Geschäftsleuten eine Erleichterung zu bringen, verhindert.

Da Petent sich in dieser Sache vergeblich an die zuständige Ober-Postdirektion und an den Herrn Staatssekretär des Reichspostamts gewendet, richtet er die Eingangs erwähnte Bitte an den Reichstag.

Diese Petition wurde in der Sitzung der Petitions-Kommission des Reichstags vom 9. Mai d. J. in Anwesenheit des Geheimen Ober-Postraths Herrn Münch als Vertreter der Reichsregierung verhandelt.

Nach Vortrag des Inhalts der Petition wurde folgende Erklärung des Herrn Regierungsvertreters abgegeben:

> Die Bestimmungen im §. 5 der Fernsprechgebühren-Ordnung, daß Anschlüsse an Stadt-Fernsprecheinrichtungen außer gegen Bauschgebühr (§. 2 der F.O.) auch gegen Grundgebühr und Gesprächsgebühren zulässig sind, bezweckt, weniger bemittelten Personen, also kleinen Geschäftsleuten, Aerzten u. s. w., welche keinen großen Gesprächsverkehr unterhalten, den Beitritt zu den Fernsprecheinrichtungen zu erleichtern. Diese Personen werden im Allgemeinen große Vorräthe an Geschäftspapieren, die ihre Firma und ihre Fernsprech-Anschlußnummer tragen, nicht besitzen. Größere Geschäfte, für welche dies zutreffen kann, werden dagegen von der Zahlung der Grundgebühr 2c. keinen Gebrauch machen, da dieser Gebührenmodus für einen ausgebreiteten Gesprächsverkehr viel unvortheilhafter und theurer ist, als der der Bauschgebühr.
>
> Eine Aenderung der Anschlußnummer kann daher für solche Theilnehmer, welche von der Bauschgebühr zur Grund- und Gesprächsgebühr übergehen, im Allgemeinen Unzuträglichkeiten nicht im Gefolge haben. In größeren Orten, in denen mehrere Vermittelungsanstalten bestehen, wie in Berlin, Hamburg u. s. w. und auch in Dresden, kommen übrigens Aenderungen der Anschlußnummern sehr häufig vor, nämlich stets, wenn ein Theilnehmer sein Geschäft oder seine Wohnung aus dem Anschlußbereich einer Vermittelungsanstalt in den einer anderen verlegt, also umzieht. Die Theilnehmer haben sich noch immer mit dieser Nothwendigkeit abgefunden.
>
> Die Möglichkeit, daß ein Konkurrent die frei werdende Anschlußnummer erhalten könnte, ist in größeren Städten — und die kommen hier nur in Betracht, da in kleineren Stadt-Fernsprecheinrichtungen von der Aenderung der Anschlußnummer im Allgemeinen abgesehen werden kann — sehr gering und auch sonst nicht hoch anzuschlagen, da ja aus dem Theilnehmerverzeichniß ohne Weiteres ersichtlich ist, daß und welche neue Nummer der Theilnehmer erhalten hat. Die Ausführungen des Petenten sind daher in keiner Weise begründet.
>
> Die Aenderung der Anschlußnummer in den beregten Fällen hat sich aber aus betriebstechnischen Gründen als durchaus nothwendig und unabwendbar ergeben. Denn für die Theilnehmer, welche Gesprächsgebühren zahlen, müssen nothwendigerweise die für sie ausgeführten Verbindungen einzeln gebucht, auch ganz besonders sorgfältig behandelt und überwacht werden, damit nicht Irrthümer unterlaufen und den Betreffenden mehr Gebühren angerechnet werden, als sie zu zahlen wirklich schuldig sind. Hieraus folgt aber ohne Weiteres, daß jede solche Verbindung den Beamten längere Zeit, als sonst erforderlich, in Anspruch nimmt, und daß die übrigen Theilnehmer, welche auch Verbindungen wünschen, auf die Ausführung längere Zeit warten müßten. Dies würde sich aber in den Stunden des stärksten Geschäftsverkehrs, in denen oft gleichzeitig 10, 20 und mehr Anrufe an einem Arbeitsplatze erfolgen, in unliebsamster Weise geltend machen und den gesammten Betrieb gefährden. Es liegt daher im Interesse sämmtlicher Theilnehmer, auch derjenigen, welche Gesprächsgebühren entrichten, daß beide Gattungen von Anschlußleitungen bei den Vermittelungsanstalten von einander getrennt, d. h. daß die Anschlußleitungen jeder Gattung auf besondere Umschalteschränke gelegt und den einzelnen Beamten nur so viele Anschlüsse überwiesen werden, als sie ohne Zeitverlust zu bedienen im Stande sind. Dies Verfahren hat auch auf diejenigen Theilnehmer Anwendung finden müssen, welche sich entschlossen haben, von der Bauschgebühr zur Gesprächsgebühr überzugehen und es hat sich deshalb die Aenderung ihrer Anschlußnummern nicht vermeiden lassen.
>
> Daß die Aenderung der Anschlußnummer sich den Theilnehmern nicht besonders fühlbar gemacht hat, dürfte daraus hervorgehen, daß von den 33 345 Theilnehmern, welche bis zum 15. Februar die Erklärung abgegeben haben, daß sie künftig Grundgebühr und Gesprächsgebühren zahlen wollen, nur Einer — und zwar Karl Wendschuch in Dresden in der vorliegenden Petition — Beschwerde geführt hat.

Die Kommission konnte sich der Richtigkeit dieser Ausführungen nicht verschließen und beschloß in der Erwägung, daß kein genügendes Material zur Abänderung der betreffenden Bestimmungen vorgebracht sei, mittels schriftlichen Berichts an das Plenum zu beantragen:

Der Reichstag wolle beschließen:

über die Petition II Nr. 15730 des Geschäftsmannes Carl Wendschuch zu Dresden um Belassung der bisherigen Telephon-Nummern zur Tagesordnung überzugehen.

Nr. 919. Einhundertundneunter Bericht.

Berichterstatter:
Abgeordneter Hegelmaier. Journ. II Nr. 15839.

In dem Postamt I zu Kassel besteht ein Verkaufsstand für Postwerthzeichen, welcher der Wittwe eines Postbureauassistenten übertragen ist und in dem neben den Postfreimarken Ansichtspostkarten, Papier, Briefumschläge, Stahl-

federn und Zollinhaltserklärungen an das Publikum zum Verkauf gelangen. Gegen diese Einrichtung legte der Vorstand des Detaillisten-Verbandes für Hessen und Waldeck unter dem 20. Oktober v. J. bei der Kaiserlichen Oberpostdirektion zu Kassel Beschwerde ein, mit der Begründung, daß hierdurch den Gewerbetreibenden, welche sich gleichfalls mit dem Verkauf von Postwerthzeichen befassen, und zwar ohne jede Vergütung, eine unzulässige Konkurrenz zudem noch in einem öffentlichen Staatsgebäude bereitet werde, und daß ferner auch dem Publikum, zu dessen Erleichterung und Zeitersparniß der fragliche Verkaufsstand eingerichtet worden sei, durch das zeitraubende Aussuchen der Ansichtspostkarten Unbequemlichkeiten entstehen. Es wolle daher nicht allein im Interesse der betheiligten Gewerbetreibenden, sondern auch im Interesse des geschädigten Publikums der Verkauf von Ansichtspostkarten in diesem Verkaufsstande untersagt werden. Die Kaiserliche Oberpostdirektion fand jedoch durch Bescheid vom 23. Oktober v. J. keine Veranlassung, eine Aenderung an der bestehenden Einrichtung eintreten zu lassen; es sei nämlich der Verkauf von Ansichtspostkarten in dem Markenverkaufsstande des Postamts I so gering, daß Störungen für Postwerthzeichenkäufer, die natürlich immer in erster Linie berücksichtigt werden müssen, bisher nicht bemerkt worden seien. Die gleiche Einrichtung bestehe auch in anderen Städten, und seien noch niemals darüber Klagen angebracht worden. Durch Eingaben vom 24. November und 22. Dezember v. J. rief nunmehr der Beschwerdeführer die Entscheidung des Reichspostamts an, unter besonderer Hervorhebung, daß der fragliche Verkauf von Ansichtspostkarten, wenn er auch nach der Antwort der Kaiserlichen Ober-Postdirektion gering sein solle, doch geeignet genug erscheine, zu der schon bestehenden Erbitterung in den Kreisen des gewerbetreibenden Mittelstandes neue Unzufriedenheit zu erregen. Das Reichspostamt erwiderte unter dem 18. Januar d. J., daß es keinen Anlaß gefunden habe, in diese Angelegenheit einzugreifen. Hierauf reichte der Beschwerdeführer unter dem 22. Februar d. J. eine Petition an den Reichstag ein, in welcher gegen den Verkauf von Gegenständen verschiedener Art in dem neu errichteten Markenverkaufsstande im Postamt I zu Kassel Vorstellung erhoben und unter Wiederholung der früheren Begründung gebeten wurde, der Reichstag wolle dahin wirken, daß der Verkauf der erwähnten Gegenstände im Postgebäude zu Kassel verboten werde.

Ueber diese Petition verhandelte die Petitions-Kommission in ihrer Sitzung vom 9. Mai d. J. und gab hierbei der bestellte Regierungskommissar, Herr Geheimer Ober-Postrath Kobelt, folgende Erklärung ab:

„An den Schalterstellen der Postanstalten war schon immer von Seiten des Publikums, insbesondere durchreisender Fremden, der Wunsch häufig zum Ausdruck gekommen, Schreibbedürfnisse, namentlich Briefpapier, Umschläge und Bleistifte, ebenso Ansichtspostkarten, Zollinhaltserklärungen, Packetaufschriften u. dgl. zur Vermeidung weiterer Gänge dort zu erhalten. Die Postverwaltung hat sich diesen Wünschen gegenüber ablehnend verhalten, so lange sie den Verkehr mit dem Publikum lediglich durch ihre Beamten vermitteln ließ, weil sie derartige Nebenbeschäftigungen als nicht passend für Beamte ansah. Als aber zur Entlastung der Schalterstellen dazu übergegangen wurde, für den Freimarkenverkauf im Kleinen Privatpersonen heranzuziehen, die in besonderen Verkaufsständen ihren Platz haben, keine Dienstkleidung tragen und nicht im Beamtenverhältniß stehen, glaubte die Postverwaltung den erwähnten Wünschen Rechnung tragen zu sollen, und gestattete den Inhabern solcher Verkaufsstände, sich mit dem Verkaufe von Druckschriften, Ansichtspostkarten und Schreibbedürfnissen insoweit zu befassen, als durch diesen Nebenvertrieb der Zweck der Einrichtung, der Absatz von Werthzeichen, nicht beeinträchtigt wird. Von dieser Erlaubniß ist in 24 Orten für 26 Verkaufsstände Gebrauch gemacht worden. Nach den Mitte April hierüber erstatteten Berichten hat sich der Verkauf an Nebenartikeln allgemein auf Einzelstücke oder kleine Mengen zur Befriedigung eines augenblicklichen Bedürfnisses beschränkt und hauptsächlich an Fremde stattgefunden. Der durch die Nebenbeschäftigung erzielte Umsatz ist ein sehr geringer gewesen; er hat für alle Orte zusammen täglich 26 ℳ 42 Pf. betragen, während der Reingewinn sich insgesammt auf 8 ℳ 31 Pf. täglich belaufen hat.

In Cassel speziell, wo der Verkaufsstand der Wittwe eines jung verstorbenen Postbüreauassistenten übertragen ist, hat der tägliche Umsatz aus dem Verkauf von Papier, Briefumschlägen, Stahlfedern, Ansichtspostkarten und Zollinhaltserklärungen sowie aus der Hülfeleistung beim Verpacken und Bezeichnen von Postsendungen 65 Pf. und der Reingewinn hieraus 25 Pf. betragen, während für durchschnittlich 1000 ℳ täglich Werthzeichen verkauft worden sind.

Die Personen, die sich mit Nebenbeschäftigungen gedachter Art befassen, sind überall, insbesondere auch in Cassel, angehalten worden, diese zur Gewerbesteuer anzumelden, sind indessen mit Ausnahme von zwei Fällen in außerpreußischen Gebieten wegen Geringfügigkeit des Umsatzes zur Steuerzahlung nicht herangezogen worden."

Die Petitions-Kommission beschloß hierauf ohne weitere Debatte einstimmig, in Anbetracht der Geringfügigkeit der Sache zu beantragen:

Der Reichstag wolle beschließen:

über die Petition Journ. II. Nr. 15839 des Detaillisten-Verbandes für Hessen und Waldeck zu Cassel wegen Einstellung des Vertriebs von Schreibmaterialien 2c. in dem Markenverkaufsstand des Postamts I zu Cassel

zur Tagesordnung überzugehen.

Berlin, den 9. Juni 1900.

Die Kommission für die Petitionen.

Rimpau, Vorsitzender. **Gäbel, Hegelmaier, Krebs, Müller** (Waldeck), **Wallenborn**, Dr. **Weißenhagen** Berichterstatter. **Calwer. Euler. Firzlaff. Fischbeck. Franken. v. Glebocki. Hoffmann** (Hall). **Jacobskötter. Kraemer.** Graf **Magnis.** Freiherr **v. Maltzan.** Dr. **Marcour.** Dr. **Müller** (Meiningen). **v. Queis. Schwartz** (Lübeck). **Strzoda. Stubbendorff. Thiele. Tutzauer. Wattendorff. Wintermeyer.**

Das Gesammtregister befindet sich am Schluß des 7. Bandes der Stenographischen Berichte.